

**(Selbst-)Hilfe in Zeiten der Hilflosigkeit?**  
**Die „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ und die „*Jüdische Unterstützungsstelle*“**  
**im Generalgouvernement**  
**1939–1944/45**

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des  
Doktorgrades der Philosophie  
des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften  
der Justus-Liebig-Universität Gießen  
vorgelegt von  
Annalena Schmidt  
(Gießen)



Dekan: Prof. Dr. Stefan Tebruck

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg

2. Berichterstatterin: Prof. Dr. Ulrike Weckel

Tag der Disputation: 29. Juni 2016



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
Zum Gegenstand und der Terminologie.....	2
Forschungsstand .....	7
Zielsetzung, Fragestellungen und Vorgehensweise .....	11
Quellenauswahl und -kritik.....	17

**Der Weg zur Organisation und die gesetzlichen Grundlagen:  
Die *Koordinierungskommission* in Warschau und der Weg  
zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* für das Generalgouvernement  
1939/40**

<b>I.1 Die <i>Koordinierungskommission</i> in Warschau .....</b>	<b>33</b>
<b>I.2 Die Bedeutung des Auslands in der Phase der Entstehung.....</b>	<b>54</b>
I.2.1 Das <i>American Joint Distribution Committee</i> .....	57
I.2.2 Die amerikanischen-nichtjüdischen Hilfsorganisationen.....	62
I.2.3 Die <i>Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen</i> .....	82
<b>I.3 Die nationalsozialistischen Akteure .....</b>	<b>85</b>
I.3.1 Die Zivilverwaltung im Generalgouvernement.....	85
I.3.2 Die Ziele der Nationalsozialisten .....	93
<b>I.4 Die gesetzlichen Grundlagen der <i>Jüdischen Sozialen Selbsthilfe</i> .....</b>	<b>105</b>
I.4.1 Die Gespräche mit polnischen Vertretern und der Zivilverwaltung.....	106
I.4.2 Die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Akteuren .....	122
I.4.3 Die Genese der Satzungen und Geschäftsordnungen.....	127
I.4.4 Die Satzungen und Geschäftsordnungen.....	133
I.4.5 Ein jüdischer Vertreter im <i>Haupthilfsausschuss</i> (R.G.O.).....	138
I.4.6 Der Name des jüdischen Ausschusses.....	141
<b>I. Zwischenfazit .....</b>	<b>144</b>

**Aufbau und Tätigkeit/Zusammenarbeit und Ziele:**  
***Jüdische Soziale Selbsthilfe***  
**1940–1942**

<b>II.1 Das Präsidium der <i>Jüdischen Sozialen Selbsthilfe</i></b>	149
II.1.1 Die Konstituierung und die Mitglieder des Präsidiums	154
II.1.2 Der Aufbau und die Gliederung des Präsidiums	162
II.1.3 Die Tätigkeitsbereiche	165
II.1.4 Die Einrichtung der Ghettos und andere Widrigkeiten	169
II.1.5 Die Finanzierung der Tätigkeit	175
II.1.6 Die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen der Vorkriegszeit	182
II.1.7 Die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren	199
<b>II.2 Die Hilfskomitees und Delegaturen der <i>Jüdischen Sozialen Selbsthilfe</i></b>	212
II.2.1 Die Konstituierung und die Aufgaben der Hilfskomitees und Delegaturen	212
II.2.2 Die Sonderrolle des Hilfskomitees in Warschau	223
II.2.3 Die Kommunikationswege	227
II.2.4 Die Auswirkungen der Einrichtung der Ghettos und der Zwangsarbeit	234
II.2.5 Die Finanzierung der Tätigkeit der Hilfskomitees und Delegaturen	237
II.2.6 Die Tätigkeit der Distriktberater und Inspektoren	244
II.2.7 Die Zusammenarbeit und Konkurrenz mit den Judenräten	249
<b>II.3 Die Hilfslieferungen an die Lager</b>	268
<b>II.4 Die <i>Jüdische Soziale Selbsthilfe</i> und das religiöse Leben</b>	281
II.4.1 Die Sammlungen zum Abverlangen der „Zedeka“ von der Bevölkerung	284
II.4.2 Die Hilfen und die Tätigkeit anlässlich der Festtage	286
II.4.3 Die Beachtung der Nahrungsgebote in der Tätigkeit der JSS	293
II.4.4 Das Jiddische als Verkehrssprache der JSS	298
<b>II.5 Die Zusammenarbeit mit den Besatzern</b>	300
<b>II.6 Die Bedeutung des Auslands für die <i>Jüdische Soziale Selbsthilfe</i></b>	327
II.6.1 Der Transport von Geld und Waren aus dem Ausland	330
II.6.2 Das <i>American Joint Distribution Committee</i>	339
II.6.3 Die Verbindung zur <i>Reichsvereinigung der Juden in Deutschland</i>	343
II.6.4 Die jüdischen Organisationen im „neutralen Ausland“	347
II.6.5 Die Rolle der <i>Commission for Polish Relief</i>	353
II.6.6 Der Kontakt zu jüdischen Gemeinden und Landsmannschaften im Ausland	365
II.6.7 Die „Ausländische Verwandtenhilfe“	368
<b>II.7 Die Ziele der Nationalsozialisten</b>	378
II.7.1 Die Ziele der Nationalsozialisten	380
II.7.2 Die Ziele der Besatzer	388
<b>II. Zwischenfazit</b>	398

# Umbau und Ende: Schließung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* – Entstehung, Tätigkeit und Ende der *Jüdischen Unterstützungsstelle* 1942/43–1944/5

<b>III.1 Die <i>Jüdische Unterstützungsstelle</i> – Umbenennung oder Neuanfang?</b>	405
III.1.1 Die Anordnung zur Schließung der <i>JSS</i>	407
III.1.2 Die Schließung des <i>HHA</i>	415
III.1.3 Die Anordnung zur Gründung der <i>JUS</i>	416
III.1.4 Die Mitteilung an die Hilfskomitees und Delegaturen	418
III.1.5 Die Schließung der <i>JUS</i>	421
III.1.6 Die offizielle Wiederaufnahme der Tätigkeit der <i>JUS</i>	424
III.1.7 Die Ziele der Nationalsozialisten	427
<b>III.2 Die Tätigkeit der <i>Jüdischen Unterstützungsstelle</i></b>	432
III.2.1 Die Aufgabenbereiche und die Tätigkeit der <i>JUS</i>	434
III.2.2 Die Lieferungen in die Lager	448
III.2.3 Die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren	470
III.2.4 Die Zusammenarbeit mit nationalsozialistischen Akteuren	473
<b>III.3 Die Bedeutung des Auslands für die <i>Jüdische Unterstützungsstelle</i></b>	477
III.3.1 Die Hilfe aus dem Ausland	479
III.3.2 Die <i>Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen</i>	489
III.3.3 Die Probleme und Gerüchte im In- und Ausland?	497
<b>III.4 Das Ende der <i>Jüdischen Unterstützungsstelle</i></b>	501
III.4.1 Eine erhöhte Gefahr für das Leben der Familie Weichert	501
III.4.2 Die Weiterführung der Hilfstätigkeit ab Sommer 1944?	504
III.4.3 Die unmittelbare Zeit nach der Befreiung	507
<b>III. Zwischenfazit</b>	510
 <b>Schlussbetrachtung</b>	513
Zusammenfassung	514
Desiderate	518
 <b>Anhang</b>	
Gesetzestexte	520
Kurzbiographien	526
Abkürzungsverzeichnis	547
Quellen- und Literaturverzeichnis	550





## Einleitung

Ein Spaziergang durch den Krakauer Stadtteil Podgórze im Frühsommer 2013. Ich laufe durch die Straßen und Gassen. An einigen Häusern hängen silberne Gedenkplatten. In diesem Bezirk war in den Jahren zwischen 1941 und 1943 das Ghetto, in dem die Nationalsozialisten Menschen, die sie als Juden und Jüdinnen definierten, zusammenpferchten. Auf den Gedenkplatten wird auf Gebäude im Ghetto verwiesen, die eine besondere Funktion hatten: die „Apteka pod Orlem“ [„Apotheke unter dem Adler“] des Polen Tadeusz Pankiewicz, das „Arbeitsamt“, das jüdische Krankenhaus sowie das Haus, in welchem die „Żydowska Samopomoc Społeczna“ [„Jüdische Soziale Selbsthilfe“] zeitweise untergebracht war. Vor diesem Anwesen in der Józefińska 18 bleibe ich stehen. Ich mache Fotos von dem Haus – gar nicht so einfach das große Haus, das in einer relativ engen Straße gelegen ist und in der viele Autos parken, mit der Kamera zu fixieren. Ein junger Mann im Anzug wird auf mich aufmerksam, bleibt stehen und beginnt zu erklären, dass sich in diesem Haus in der Vorkriegszeit eine jüdische Bank befunden habe. Kein Wort über das Ghetto, kein Wort über die *Jüdische Soziale Selbsthilfe*, eine für das gesamte Generalgouvernement zuständige Organisation während des Zweiten Weltkrieges. Ich frage nach, ob er mir etwas dazu sagen kann, dass diese Straße nur wenige Jahre später Teil des Ghettos war und dass sich in eben diesem Gebäude auch das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*, befand. Das Ghetto sei dort gewesen, so der sichtlich irritierte Mann, aber von der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* habe er noch nie etwas gehört. Doch wie auch? Auf dem Schild, das an dem Haus mit der Nummer 18 angebracht ist, wird kurz vermerkt „*W tym budynku w latach 1941–1943 znajdowała się siedziba Żydowskiej Samopomocy Społecznej*. [In diesem Gebäude befand sich in den Jahren 1941–1943 der Sitz der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.]“ Des Weiteren wird auf ein Tagesheim für Kinder hingewiesen, das sich im danebenliegenden Gebäude mit der Nummer 22 befand. Die Kinder wurden bei der Auflösung des Ghettos im Jahr 1943 ermordet. Darunter wird der Text auf Hebräisch und Englisch wiedergegeben. Mehr erfahren wir nicht über die Organisation und ihre Reichweite. Nur durch die Großschreibung des Namens im Polnischen kann man erahnen, dass es sich um eine Organisation und somit nicht einfach um eine „jüdische soziale Selbsthilfe“, sondern um die „Jüdische Soziale Selbsthilfe“ gehandelt hat. In der englischsprachigen Version des Textes wird sie als „*Jewish Social Self-Help Organisation*“ bezeichnet. Forschung liegt zu dieser Organisation und auch zur *Jüdischen Unterstützungsstelle*, die ab dem Jahr 1942/43 an ihre Stelle trat, nur sehr eingeschränkt vor, wie im Abschnitt zum Forschungsstand zu zeigen sein wird. Diese Lücke soll diese Studie schließen. Die vorliegende Arbeit knüpft an meine im Jahr 2012 an der Justus-Liebig-Universität in Gießen eingereichte Masterarbeit mit dem Titel „*Żydowska Samopomoc Społeczna/Jüdische Alleinhilfe. Die Jüdische*

*Soziale Selbsthilfe‘ im Spiegel der Selbstzeugnisse Michał Weicherts“* an, in der Schriften des Vorsitzenden der *JSS* und des Leiters der *JUS* mit Blick auf seine Darstellung der Organisation(en) ausgewertet wurden.

### **Zum Gegenstand und der Terminologie**

In den ersten Tagen nach dem Kriegsbeginn gründete sich in Warschau eine *Koordinierungskommission*, in der sich jüdische Vereine zusammenschlossen, um eine effektivere Hilfe für die notleidenden Menschen leisten zu können. Diese kooperierte in den ersten Wochen eng mit einer ähnlich gelagerten polnischen Organisation. Bis zum Ende des Jahres 1939 wandte diese sich aber von der jüdischen Vereinigung ab. Die *Koordinierungskommission* änderten ihren Namen in „Jüdische Soziale Selbsthilfe“, war aber weiterhin allein auf die Stadt Warschau beschränkt tätig. Am 29. Mai 1940 ergingen eine Satzung und eine Geschäftsordnung für die *Jüdische Soziale Selbsthilfe (JSS)*, die im gesamten Generalgouvernement tätig werden sollte. Sie war dem *Haupthilfsausschuss (HLA)* unterstellt, dem ebenfalls ein *Polnischer Hauptausschuss (PhA)* sowie ein *Ukrainischer Hauptausschuss (UHA)* subsumiert waren. Alle vier Organisationen hatten als Aufsichtsbehörde die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Die *JSS* existierte bis in den Spätsommer 1942. Dann wurde durch die Besatzer die *Jüdische Unterstützungsstelle (JUS)* geschaffen, die mit einer Unterbrechung mindestens bis in den Sommer 1944 tätig sein durfte. Zu der Verwendung der Namen der Organisation(en) müssen einige Anmerkungen gemacht werden, weil bei der Benutzung der Bezeichnungen und Abkürzungen einige Dinge zu bedenken waren, die auch den Lesern und Leserinnen offengelegt werden müssen, da es anderenfalls zu Missverständnissen kommen könnte. Von all diesen sprachlichen Regelungen ausgenommen sind die wörtlichen Zitate. Ein eigener Abschnitt (I.4.6) wird sich der Benennung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* widmen. Dennoch hier bereits einige Worte zum Problemzusammenhang: Der Name *Jüdische Soziale Selbsthilfe* entstand bereits Ende 1939 oder Anfang 1940, also zu einem Zeitpunkt, an dem an eine gesetzliche Regelung für eine Organisation, die im gesamten Generalgouvernement tätig sein sollte, noch nicht zu denken war. Ende Mai des Jahres 1940 wurde der Name in der durch die Besatzer erlassenen Satzung und der Geschäftsordnung festgeschrieben. Die Abkürzung wurde offiziell mit *JSS* angegeben. Eine Änderung der Abkürzung auf *JS* erfolgte nach dem Anschluss Galiziens an das Generalgouvernement. Nach der Schließung der *JSS* riefen die Nationalsozialisten eine Organisation mit dem Namen *Jüdische Unterstützungsstelle* ins Leben, deren Abkürzung *JUS* war. Gerade für die Anfangszeit der Organisation musste eine bewusste Wahl getroffen werden, welche Bezeichnung in der vorliegenden Arbeit verwendet werden soll, da in den Quellen die Anwendung der Namen bis in den Mai 1940 nicht einheitlich erfolgt. Um bei den Lesern und Leserinnen die Benutzung der Begriffe und Abkürzungen möglichst klar zu machen, wurde beschlossen, dass die Organisation ab dem 29. Mai 1940 mit *Jüdische Soziale Selbsthilfe* und

der Abkürzung *JSS* bezeichnet wird. Die Abkürzung *JS* wird keine Verwendung finden, da sie in den Quellen ebenfalls sehr uneinheitlich erfolgt. Für die Zeit vor Mai 1940 wird durchgängig der Begriff *Koordinierungskommission* gebraucht. Einzig der Einsatz der Bezeichnung *Jüdische Unterstützungsstelle* mit der Abkürzung *JUS* ist in den Quellen einheitlich. Dieser Begriff findet in den Quellen ab dem Erlass der Zivilverwaltung, der die Organisation ins Leben rief Verwendung, dem folgt auch die vorliegende Studie. Auch die Bezeichnung der Dachorganisation, also des *HHA*, sowie des *PHA* erscheint nur auf den ersten Blick klar. Für die deutschen Begriffe trifft dies zu. Für die polnischen Begriffe sieht die Situation anders aus. Diese Studie ist in deutscher Sprache verfasst, aus diesem Grund werden dazu an dieser Stelle keine gesonderten Ausführungen gemacht, da die Benutzung der deutschen Begriffe eindeutig ist. Auf die Problematik der polnischsprachigen Begriffe sei an dieser Stelle lediglich hingewiesen – genauere Ausführungen dazu werden in den einzelnen Unterkapiteln, die sich mit dem *Haupthilfsausschuss* beschäftigen (I.4.5 sowie II.17.1) gemacht. Allerdings sind nicht nur die Bezeichnungen der untersuchten und der nebenstehenden Organisationen für vorliegende Studie genauer zu erläutern. Auch die Verwendung weiterer Begriffe muss offengelegt und an einigen Stellen Definitionen vorgenommen werden. Der zeitliche Rahmen, in dem sich diese Studie bewegt wird allgemein mit dem Begriff „Holocaust“ bezeichnet, der sich gerade in der deutschsprachigen Forschung zur Verfolgung und vor allem der Vernichtung der Menschen, die die Nationalsozialisten als Juden und Jüdinnen definierten, durchgesetzt hat. Allerdings erscheint die ursprüngliche Bedeutung „Brandopfer“ nicht angemessen. Andere Begriffe sind etwa „Shoah“, für „die Katastrophe“, „das große Unglück“, „das große Unheil“, aus dem Hebräischen oder „Churb(a)n“, das vor allem im Jiddischen verwendet wird – beide Begriffe erscheinen geeigneter.<sup>1</sup> Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Studie der Begriff „Shoah“ verwendet. Dabei wird er nicht erst für die Zeit ab 1941/42, sondern ab 1939 Verwendung finden und damit neben der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung auch für die Verfolgungsmaßnahmen der Juden und Jüdinnen durch die NS gebraucht werden. Dabei sind direkt die nächsten problematischen Begriffe – „Juden“ und „Jüdinnen“ – angesprochen. Wenn in der vorliegenden Arbeit von „Juden“, „Jüdinnen“ oder auch „jüdischer Bevölkerung“ die Rede ist, dann entspricht dies zumeist den in den zeitgenössischen Quellen gebrauchten Begriffen. Die Verwendung der Begriffe muss sich zum einen an den Quellen der Organisation(en) selbst orientieren, zum anderen aber auch an den Texten, in denen die Nationalsozialisten für das Generalgouvernement definierten, was beziehungsweise wer unter dem Begriff „Jude“ zu verstehen ist. Dabei muss sich vor allem an der Verordnung über die Bestimmung des Begriffs „Jude“ im Generalgouvernement vom

---

<sup>1</sup> Zu der Verwendung und der Begriffsgeschichte von „Holocaust“ vgl. etwa ULRICH WYRWA: „Holocaust“. Notizen zur Begriffsgeschichte, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (1999), S. 300–311. Für den Vergleich der Verwendung der Begriffe vgl. ANNA-VERA SULLAM CALIMANI: A Name for Extermination, in: *The Modern Language Review* 94 (1999), S. 978–999.

24. Juli 1940 orientiert werden. Maßgebend sind dabei vor allem die im zweiten Paragraphen dieser Verordnung gemachten Ausführungen:

„§ 2 Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. Als Jude gilt, wer von zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, sofern er am 1. September 1939 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird, sofern er beim Inkrafttreten dieser Verordnung mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet, sofern er aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne von Abs. 1 stammt und nach dem 31. Mai 1941 geboren wird. Als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.“<sup>2</sup>

An einigen Stellen muss jedoch innerhalb dieser heterogenen Gruppen unterschieden und nur einzelne Kreise in den Blick genommen werden: Unter den Menschen, die mit dem Begriff „Jude“ bezeichnet wurden, befanden sich auf der einen Seite religiöse und säkulare Juden und Jüdinnen, auf der anderen Seite aber auch Menschen, die nur durch die Gesetzgebung der Nationalsozialisten zu „Juden“ gemacht wurden. Wenn in dieser Arbeit von „Juden“, „Jüdinnen“ und „jüdischer Bevölkerung“ die Rede ist, dann sind darunter alle Gruppen zu verstehen, die in der Zeit zwischen 1939 und 1945 in den Quellen als „Juden“ bezeichnet wurden. In Abschnitten, in denen explizit nur ein Teil aus der Gruppe untersucht wird, wird darauf hingewiesen, dass es sich beispielsweise nur um den Teil der Menschen geht, der zum Beispiel als „religiöse Juden und Jüdinnen“ zu bezeichnen ist. An anderer Stelle werden die – wie sie in der Quellsprache genannt werden – „getauften Juden und Jüdinnen“ untersucht.<sup>3</sup> Die Frage nach der Betreuung dieser Personengruppe muss im Zusammenhang der Analyse der Beziehung der *JSS* zum *PHA* gestellt werden. Das gesamte Vorgehen des Anpassens der Begriffe an die Rhetorik der Nationalsozialisten, aber auch das Herausgreifen einzelner Untergruppen, die zum Teil selbst definiert und in den Quellen nicht klar benannt worden sind, ist sicher nicht einfach. Man setzt sich unter anderem der Gefahr aus, anderen Teilen der heterogenen Gruppe nicht gerecht zu werden. Dennoch soll der Versuch unternommen werden, die „jüdische Bevölkerung“ nicht als homogene Einheit zu verstehen, die als Gemeinsamkeit hatte, dass alle Individuen der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt waren. Vielmehr soll, zumindest an einer Stelle, auf das Leben der Menschen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Einheiten innerhalb der Gruppe eingegangen werden. Eine zweite Gruppe von Akteuren, für die man eine durchgängige Bezeichnung für die Darstellung der Ergebnisse der Studie finden muss, sind die Personen, die in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements – sei es auf zentraler oder auch dezentraler Ebene – tätig waren. Man kann diese Personen den Quellen folgend, weitgehend als „Deutsche“ bezeichnen. Für die vorliegende Studie erscheint die Benutzung des Begriffes „Deutsche“ problematisch, da ebenfalls Juden und Jüdinnen aus Deutschland

---

<sup>2</sup> Verordnung über die Bestimmung des Begriffs „Jude“ im Generalgouvernement. Vom 24. Juli 1940, in: VBlGG 1940, S. 23. Zudem finden sich hier Angaben darüber, welche Betriebe im Einzelnen als „jüdische Betriebe“ anzusehen waren. Da diese Frage für die vorliegende Arbeit keine direkte Relevanz besitzt, wird an dieser Stelle nicht genauer darauf eingegangen.

<sup>3</sup> Vgl. zu der Verwendung des Begriffes „getaufte Juden“ v.a. AAN, 125/5.

in das Generalgouvernement deportiert wurden, die ebenfalls Deutsche waren und sich als Deutsche bezeichnet hätten. Aus diesem Grund werden die Personen, die als Deutsche in der Regierung des Generalgouvernements oder auch in anderen Dienststellen tätig waren, als „Besatzer“ bezeichnet. Wenn von „Nationalsozialisten“ die Rede ist, sind neben den Akteuren im Generalgouvernement auch solche aus Reichsbehörden – etwa den „Auswärtigen Amt“ – gemeint. Der Begriff der „Nationalsozialisten“ wird konsequent mit NS abgekürzt werden. Wenn in der vorliegenden Studie von Regierung die Rede ist, dann ist damit grundsätzlich die Regierung des Generalgouvernements gemeint. Handelt es sich um Akteure aus dem Reich – seien es Einzelpersonen oder Institutionen – so wird dies als Reichsregierung kenntlich gemacht beziehungsweise die Dienststelle genannt.

In den Quellen werden die Begriffe „Ghetto“ und „jüdischer Wohnbezirk“ für die Orte in denen die Besatzer die Menschen, die sie als Juden und Jüdinnen definierten, zusammenpferchten und von der Außenwelt abschotteten, gleichermaßen gebraucht. Ebenso wird sich bei den Begriffen „Umsiedlung“ oder „Aussiedlung“ für die Deportation der Menschen zuweilen an der Quellsprache orientiert, wenngleich zu bedenken ist, dass die Besatzer die Begriffe bewusst verwandten, um damit in der Rhetorik ihre Taten zu verharmlosen. Auch den jüdischen und polnischen Akteuren war schon zur Zeit des Geschehens bewusst, wie die Worte anzuwenden waren. Den Grundsätzen der Besatzer folgten sie: *„[D]ie ‚Umsiedler‘, denn das Wort ‚Aussiedlung‘ darf man nicht benutzen, so wie man den Ausdruck ‚Ghetto‘ nicht in den Mund nehmen darf, sondern ‚Jüdisches Wohnviertel‘.“*<sup>4</sup>

Mit Ausnahme von den wörtlichen Zitaten wird in der vorliegenden Arbeit für die Räume in denen Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Medikamente und andere Materialien gelagert wurden die Bezeichnung „Magazin“ benutzt. Dies erfolgt zum einen aus dem Grund, da dies der eindeutig am häufigsten verwandte Quellenbegriff für diese Räume war.<sup>5</sup> Zum anderen aber auch aus dem Grunde, da bei der Verwendung des Begriffes „Lager“ eine Verwechslungsgefahr mit den „Lagern“ besteht, in denen die Menschen von den NS zur Arbeit interniert oder ermordet wurden. In den Quellen ist die für Spenden die aus dem Ausland in das Generalgouvernement gelangten oftmals die Rede von „Liebesgaben“.<sup>6</sup> Dieser Begriff wird auch in dieser Arbeit – wenn auch nicht ausschließlich – Verwendung finden. Er wird gleichmeinend neben Worten wie „Spende“ oder „Hilfslieferung“ stehen, ohne dass damit eine andere Bedeutung verbunden ist.

Ein weiteres Begriffspaar, das im Zusammenhang mit dieser Studie erläuterungsbedürftig erscheint, sind die Begriffe der „Zusammenarbeit“ und der „Kollaboration“. Letztgenannter Begriff wird in der Alltagssprache und auch in anderen Fachdisziplinen neutral verwendet. In der Geschichtswissenschaft und vor allem bei der Erforschung des Zweiten Weltkrieges und der Shoah

<sup>4</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 94.

<sup>5</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>6</sup> Vgl. v.a. die Protokolle und Berichte in AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

ist dieser Begriff allerdings negativ geprägt, da dieser dort häufig eher im Kontext einer Mittäterschaft denn einer „neutralen“ Zusammenarbeit benutzt wird.<sup>7</sup> So gab es in der Nachkriegszeit beispielsweise gegen einen der führenden Funktionäre der *Jüdischen Unterstützungsstelle* zwei Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfes der „Kollaboration“.<sup>8</sup> In dieser Studie soll allerdings vor allem die für die jüdische Bevölkerung produktive „Zusammenarbeit“ zwischen den Funktionären der *Koordinierungskommission*, der *JSS* sowie der *JUS* mit anderen jüdischen Akteuren, polnischen Akteuren sowie den Besatzern untersucht werden. Diese Untersuchung soll und darf nicht von den Nachkriegsverfahren wegen den Vorwurfs der „Kollaboration“ geleitet sein, da die Erforschung nicht nur die „Zusammenarbeit“ mit den NS, sondern auch das Zusammenspiel mit weiteren Akteuren in den Blick nimmt. Aus diesem Grund wird der Begriff „Zusammenarbeit“ verwendet.

Alle im Fließtext verwendeten Quellen- und Literaturzitate werden mit Ausnahme des englischen in deutscher Übersetzung angegeben. Die Übersetzungen stammen von der Verfasserin der vorliegenden Arbeit. Transkriptionen aus dem Jiddischen erfolgen nach Jost G. Blum, der sich in einem Anfang der 1990er Jahren veröffentlichten Aufsatz mit der Transkription des Jiddischen auseinandersetzt, die sich entgegen der gängigeren YIVO-Transkription an der deutschen Orthografie orientiert.<sup>9</sup> Die vorliegende Studie ist deutscher Sprache verfasst, deshalb erscheint es sinnvoll, sich an dem Vorschlag Blums zu orientieren.

Die Namen von beteiligten Personen werden sofern die polnische Schreibweise bekannt ist, durchgängig dieser Schreibweise folgen. Ist die polnische Version des Namens nicht überliefert, so wird der Name in der in den Quellen verwandten Schreibweise angegeben. Handelt es sich bei der Ursprungssprache um Jiddisch und ist die polnische Schreibweise des Namens nicht bekannt, so erfolgt die Angabe entsprechend der Transkription nach Jost G. Blum.<sup>10</sup> Namen von Orten und Städten werden in jeweils zwei Schreibweisen – der polnischen und der von der durch die NS verwandten Weise – angegeben werden.<sup>11</sup> Eine Ausnahme bilden Warschau und Krakau, die durchgängig in der im Deutschen gebräuchlichen Bezeichnung benannt werden. Zudem gibt es einige Orte, die häufig genannt werden und für die lediglich eine Schreibweise existiert. Als Beispiele seien hier Radom, Kielce oder auch Lublin genannt. Bei Straßennamen und Namen von Plätzen musste

---

<sup>7</sup> Zur „Kollaboration“ vgl. v.a. JOACHIM TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa, Wiesbaden 2006 sowie einzelne Beiträge aus JOHANNES HÜRTER/JÜRGEN ZARUSKY (Hg.): Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008 und WOLFGANG BENZ U.A. (Hg.): Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996.

<sup>8</sup> HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Der Kollaborationsvorwurf in der polnischen und jüdischen Öffentlichkeit nach 1945. Das Beispiel Michal Weichert, in: JOACHIM TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa, Wiesbaden 2006, S. 250–288 sowie DAVID ENGEL: Who is a Collaborator? The Trials of Michal Weichert, in: SŁAWOMIR KAPRALSKI (Hg.): The Jews in Poland. Bd. 2, Krakau 1999, S. 339–370.

<sup>9</sup> JOST G. BLUM: Zur Transkription des Standardjiddisch, in: Jiddistikmitteilungen 7 (1992), S. 1–30.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Die Verwendung orientiert sich dabei durchgängig an ANDRZEJ MARCINKIEWICZ: Słownik niemieckich nazw miejscowości Drugiej Rzeczypospolitej pod kontrolą III Rzeszy (1939–1945), Warszawa 2003.

aufgrund der großen Anzahl von Städten und Orten auf die pragmatischste Variante zurückgegriffen werden, sodass jeweils nur die in den Quellen verwandten Bezeichnungen angegeben werden.<sup>12</sup>

## Forschungsstand

Bereits im Jahr 1948 erschien eine erste Publikation zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* im Kontext der Veröffentlichungen des „Jüdischen Historischen Institutes“. Jedoch handelt es sich dabei um ein „Selbstzeugnis“ eines Beteiligten, Menachem Linder, der mit statistischem Material die Hilfstätigkeit des ersten Jahres nachzeichnet, was bei ihm mit der Begründung der Vorgängereinstitution beginnt.<sup>13</sup> Neben diesem einen Bericht wurde in den „bletern far geschichte“ [Blättern für Geschichte], dem ersten Publikationsorgan des Institutes in jiddischer Sprache, bis zu deren letzten Nummer, die im Jahr 1993 veröffentlicht wurde, kein weiterer Beitrag, der sich mit der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* beschäftigt, publiziert.<sup>14</sup> Auch in den Periodika des Jüdischen Historischen Institutes, die teilweise parallel zu der jiddischen Zeitschrift in polnischer Sprache erschienen, sind keine Beiträge zum Thema zu finden.<sup>15</sup> Tatiana Brustin-Berenstein veröffentlichte im Jahr 1990 einen Aufsatz mit dem Titel „Jüdische Soziale Selbsthilfe“. Es handelt sich dabei mehr oder weniger um eine Besprechung der von Michał Weichert verfassten Monographie zur *JSS*, in der ausgewählte Kapitel aus Weicherts Werk referiert werden.<sup>16</sup> Auch das Werk Michał Weicherts, das dem Aufsatz von Brustin-Berenstein zugrunde liegt, kann im weitesten Sinne als Forschung zu der Institution angesehen werden, wenngleich der Autor damit bestimmte Ziele verfolgte, die in der Begründung der Quellenauswahl noch genannt werden.<sup>17</sup> Zudem hat Arnon Rubin in einer von ihm veröffent-

<sup>12</sup> Ein Abgleich aller Vorkriegsnamen mit den in den Quellen verwandten Namen ist nicht erfolgt. Dies stünde vom Arbeitsaufwand nicht im Geringsten im Verhältnis zum zu erwartenden Ertrag.

<sup>13</sup> MENACHEM LINDER: A ior jidische sotsiale aleinhilf, in: Bleter far geschichte 1 (1948), S. 3–13. Das Original dieses Berichtes wird im Ringelblumarchiv verwahrt, das im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau aufbewahrt wird. Dieser wurde relativ zeitnah zum Geschehen verfasst. Es sind darüber hinaus weitere Aufzeichnungen von Menachem Linder in diesem Archiv zu finden. Vgl. AŽIH, Ring I/297 oder auch AŽIH, Ring I/298. Von diesen ist aber allein der erste publizierte Bericht über das „erste Jahr“ von Relevanz für die vorliegende Studie, da Linder sich allein mit der Stadt Warschau beschäftigt, die – wie im weiteren Verlauf der Studie noch zu zeigen sein wird – eine gewisse Sonderrolle eingenommen hat. Aus diesem Grund sind die Berichte, die nach 1940 lediglich noch für ein Hilfskomitee von vielen stehen, nicht von Relevanz. Für eine Analyse, die sich mit der Situation der Organisation bzw. der Fürsorge und Wohlfahrt in der Stadt Warschau befasst, würden diese Ausführungen Linders eine hervorragende Quelle darstellen.

<sup>14</sup> Bleter far geschichte 1 (1948) bis 31 (1993).

<sup>15</sup> Seit 1949 „Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego“ und seit 2000 umbenannt in „Kwartalnik Historii Żydów“.

<sup>16</sup> TATIANA BRUSTIN-BERENSTEIN: Jüdische Soziale Selbsthilfe, in: WOLF GRUNER (Hg.): Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, Berlin 1990, S. 156–174.

<sup>17</sup> MICHAŁ WEICHERT: Jidische Aleinhilf 1939–1945, Tel Aviv 1962. In den Jahren davor und danach wurden ebenso die vierbändigen Erinnerungen Weicherts veröffentlicht. Das Werk, das sich allein mit der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und der *Jüdischen Unterstützungsstelle* auseinandersetzt, wollte er bereits in den späten 1940er Jahren in polnischer Sprache veröffentlichen – dies gelang ihm wohl aber wegen der gegen ihn erhobenen „Kollaboration“-Vorwürfe nicht. Das polnischsprachige Manuskript wird neben anderen Schriften Weicherts in der Jagiellonenbibliothek in Krakau verwahrt – BJ, 195/57; ebenso in YVA, O.21-6. Zu den Plänen das Buch in polnischer Sprache zu veröffentlichen vgl. die Einleitung von WEICHERT: Aleinhilf.

lichen Reihe mit dem Titel „Facts and Fictions about the Rescue of Polish Jewry during the Holocaust“ einen Band mit dem Titel „Jewish Welfare Services in the Occupied Poland“ veröffentlicht, in dem er eine kleine Quellenauswahl zur *JSS* und zur *JUS* zusammengestellt hat. Neben kompletten Dokumenten, die vor allem aus israelischen Archiven stammen, veröffentlichte er Auszüge aus Yizkor-Büchern, vereinfacht gesagt Erinnerungsbücher von jüdischen Gemeinden, die meist von den Landsmannschaften angefertigt wurden.<sup>18</sup> Bei diesen vier Publikationen handelt es sich um die einzigen Werke, die sich dezidiert der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* widmen. Einzig in einem Band von Alina Skibińska aus dem Jahr 2007, der sich mit den Archiven und Quellen zur Erforschung der Shoah beschäftigt, ist ein größerer Abschnitt von Jakub Petelewicz enthalten, der sich mit den Quellen zur *JSS* auseinandersetzt und der auch genauer auf die Organisation eingeht.<sup>19</sup> Darüber hinaus liegt keine Forschung vor, die ausschließlich oder zumindest in einem größeren Umfang die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* oder die *Jüdische Unterstützungsstelle* untersucht. Auch in Studien, die sich mit der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Polen beziehungsweise genauer dem Generalgouvernement beschäftigen, spielt die *JSS* nur eine sehr untergeordnete und meist keine Rolle. Einige Arbeiten – etwa zu den Ghettos in Krakau und Warschau – greifen die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* auf und behandeln sie knapp für die in den Untersuchungen relevanten Gebiete.<sup>20</sup> Weit größeren Raum nimmt in der Forschung der *Rada Pomocy Żydom* [Rat für die Unterstützung der Juden] (RPŻ)<sup>21</sup> ein.<sup>22</sup> In Studien, die ihren Fokus auf einzelne Distrikte des Generalgouvernements legen, wurde die *JSS* zuweilen behandelt: So erwähnt Robert Seidel in seiner Schrift zur Besatzungspolitik in Polen, die er am Beispiel des Distriktes Radom untersucht, die *JSS*, gibt aber keine weiterführenden Informationen darüber.<sup>23</sup> Dieter Pohl behandelt die *JSS* in seiner Arbeit zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Ostgalizien aus dem Jahr 1996 auf knapp drei Seiten, wobei er sich im Vergleich zu

<sup>18</sup> ARNON RUBIN: Facts and Fictions about the Rescue of Polish Jewry during the Holocaust. Jewish Welfare Services in the Occupied Poland, Tel Aviv 2003.

<sup>19</sup> ALINA SKIBIŃSKA: Źródła do badań nad zagładą Żydów na okupowanych ziemiach polskich, Warszawa 2007, S. 54, 123, 152, 189, 283f.

<sup>20</sup> So etwa ANDREA LÖW/MARKUS ROTH: Juden in Krakau unter deutscher Besatzung, Göttingen 2011, v.a. S. 91–99; RUTA SAKOWSKA: Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939–1943, Osnabrück 1999, v.a. S. 81–128; ANNA JODŁOWIEC-DZIEDZIC/STANISŁAW PIWOWARSKI: The Holocaust of Cracow Jews on the 60<sup>th</sup> anniversary of the liquidation of the Cracow Ghetto, Krakau 2006, v.a. S. 9 oder auch ANDREA LÖW/MARKUS ROTH: Das Warschauer Ghetto. Alltag und Widerstand im Angesicht der Vernichtung, München 2013.

<sup>21</sup> *Żegota* war der Codename für den Rat für die Unterstützung der Juden (polnisch: *Rada Pomocy Żydom*). Er wurde im Dezember 1942 als Fortsetzung eines früheren Geheimkomitees gegründet, das *Provisorisches Komitee für die Judenhilfe* (polnisch: *Tymczasowy Komitet Pomocy Żydom*) hieß. Im Gegensatz zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* kann die Geschichte der *Żegota* als gut erforscht bezeichnet werden. Für polnischsprachige Studien vgl. etwa TERESA PREKEROWA: Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942–1945, Warszawa 1982 sowie ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT u.a. (Hg.): „Żegota“ Rada Pomocy Żydom 1942–1945, Warszawa 2002 oder englischsprachig IRENE TOMASZEWSKI/TECIA WERBOWSKI: *Żegota. The Rescue of Jews in Wartime Poland*, Montreal 1994 sowie DIES.: *Żegota. The Council to Aid Jews in Occupied Poland 1942–1945*, Montreal 1994.

<sup>22</sup> JODŁOWIEC-DZIEDZIC/PIWOWARSKI: Holocaust of Cracow Jews, v.a. S. 18.

<sup>23</sup> ROBERT SEIDEL: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn 2006, S. 226: „Ferner beaufsichtigen sie [BuF, A.S.] die ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ (*JSS*), ein Fürsorgeorgan, das am 29. Mai 1940 entstand.“ Ob die *JSS* wirklich am 29. Mai 1940 entstand, ob sie dort nur auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wurde oder ob diese Grundlage erst später in Kraft trat, wird an späterer Stelle noch genauer untersucht werden. Vgl. Kapitel I.



anderen Studien auf einen recht umfassenden Quellenkorpus stützt. Er verwendet sowohl Quellen aus dem Archiv des Jüdischen Historischen Institut in Warschau als auch aus dem Staatlichen Oblast-Archiv Lemberg.<sup>24</sup> Noch ausführlicher und auf einer breiten Quellenbasis beschäftigt sich Jacek Andrzej Młynarczyk in seiner Untersuchung über sich mit den Judenmord in Zentralpolen, mit der *JSS* und führte dies wie Seidel am Beispiel des Distrikts Radom exemplarisch aus.<sup>25</sup> Weiterhin erschienen einige Aufsätze, in denen die *JSS* am Rande behandelt wird, aber nie größeren Raum einnimmt.<sup>26</sup>

Leni Yahil und Jochen Bussmann beschreiben ihrer Monographie „Shoah“ die *JSS* kurz, wobei der Schwerpunkt auf ihrer Hilfstätigkeit in Warschau liegt. Allerdings sind die getroffenen Aussagen sehr fragwürdig, da vor allem Quellen herangezogen werden, die aus dem Umfeld der „Weichert-Gegner“<sup>27</sup> nach 1944 stammen. Aus diesem Grund erscheint es zweifelhaft, ob auf einer solch einseitigen Quellenbasis überzeugende Ergebnisse erzielt werden können.<sup>28</sup> Ebenfalls für Warschau geht Israel Gutman auf die Selbsthilfetätigkeit in der jüdischen Bevölkerung und dann auch sehr knapp auf die *JSS* ein.<sup>29</sup> Zudem findet die *JSS* in einigen Studien lediglich Erwähnung – ohne eine wirkliche Behandlung –, auf diese wird im Einzelnen aufgrund der gebotenen Kürze nicht eingegangen werden.<sup>30</sup> Stattdessen soll die Nichtbehandlung der *JSS* in Publikationen, die für dieses Thema eigentlich einschlägig erscheinen, angesprochen werden. So spielt die *JSS* etwa in einem Werk von Christian Gerlach, die sich dem Titel entsprechend mit „Krieg, Ernährung, Völkermord“ beschäftigt, keine Rolle,<sup>31</sup> obgleich er sich in einem Kapitel mit der Bedeutung der Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement und der Westukraine beschäftigt.<sup>32</sup> Auch Bogdan Musial schenkt der *JSS* in

<sup>24</sup> DIETER POHL: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, hier: v.a. S. 117–119.

<sup>25</sup> JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK: Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007, v.a. S. 196–212.

<sup>26</sup> So etwa in ANDREA LÖW: „Nicht in Melancholie verfallen“. Reaktionen der jüdischen Minderheit im besetzten Polen 1939–1941, in: KLAUS-MICHAEL MALLMANN/BOGDAN MUSIAL (Hg.): Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, Darmstadt 2004, S. 170–186 oder auch ANDREA LÖW: Zwischen Untergang und Selbsthilfe. Juden im Kreis Radzyn während des Zweiten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 716–735.

<sup>27</sup> Michal Weichert war der Vorsitzender der *JSS* und der Leiter der *JUS*. Eine Kurzbiographie Weicherts – wie zu allen weiteren in der vorliegenden Studie genannten Personen – ist im Anhang zu finden. In dieser wird auf seine Nachkriegsbiographie eingegangen, was die Wendung „Weichert-Gegner“ an dieser Stelle verständlich macht.

<sup>28</sup> LENI YAHIL/JOCHEN H. BUSSMANN: Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998, v.a. S. 292f. sowie S. 309f. Die Autoren stützen sich dabei vor allem auf Jonas Turkow und seine Darstellung der *JSS* in seinen Erinnerungen. JONAS TURKOW: Azoi iz es gewen. Churbn Warsche, Buenos Aires 1948.

<sup>29</sup> ISRAEL GUTMAN: The Jews of Warsaw, 1939–1945. Ghetto, Underground, Revolt, Brighton 1982, v.a. S. 40–47 sowie S. 102–106.

<sup>30</sup> So etwa in LARS JOCKHECK: Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945, Osnabrück 2006.

<sup>31</sup> CHRISTIAN GERLACH: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.

<sup>32</sup> Ebd., S. 167–257.

seiner Untersuchung zur „deutschen Zivilverwaltung“ und der Judenverfolgung im Generalgouvernement kaum Beachtung. Zwar geht er auf die Entstehung, die Umbenennung und die Finanzierung der Hilfskomitees in Grundzügen ein, jedoch wird der *JSS* auch in dieser räumlich begrenzten Untersuchung für ihre Region kaum Platz eingeräumt.<sup>33</sup> Selbst Gunnar S. Paulsson, der sich mit „Hilfe für Juden und jüdische Selbsthilfe in Warschau“ in den Jahren von 1940 bis 1945 beschäftigt, nennt die *JSS* nicht. Paulsson geht auf den *RPŻ* ein und macht für die Hilfsorganisationen allgemein aus, dass organisierte Hilfe – ob nun von polnischer oder jüdischer Seite – nur eine relativ geringe Rolle spielte. Er führte das auf die späte Entwicklung der Hilfsorganisationen zurück, deren Entstehung er auf den September 1942 datierte.<sup>34</sup> David Silberklang widmet sich in einem Aufsatz der antijüdischen Politik in Polen durch die NS während des Zweiten Weltkrieges – die *JSS* spielt dabei keine Rolle, lediglich der *RPŻ* wird genannt.<sup>35</sup> Etwas mehr Aufmerksamkeit schenkt der Autor der *JSS* in seiner Monographie zur Shoah im Distrikt Lublin.<sup>36</sup> Die *JUS* wird wenigen Werken genannt, ohne dass die *JSS* zuvor behandelt wurde.<sup>37</sup> In der polnischsprachigen Forschung liegen zudem noch drei Studien vor, die das *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* und den *Polnischen Hauptausschuss* untersuchen – aber auch hier wird die *JSS* allenfalls genannt.<sup>38</sup>

Zudem gibt es einige Aufsätze, die sich mit der Person Michal Weichert in Gänze oder am Rande beschäftigen und in denen die *JSS* demnach mal mehr und mal weniger Beachtung findet: So widmen sich Hans-Jürgen Bömelburg und David Engel in je einem Aufsatz dem Kollaborationsvorwurf gegen Weichert, der aufgrund seiner Tätigkeit bei der *JUS* erhoben wurde.<sup>39</sup> Es sind außerdem Studien vorhanden, die sich mit weiteren Mitgliedern der *JSS* auseinandersetzen und im Kontext der biographischen Aufarbeitung das Wirken der Personen in der Einrichtung aufgreifen.<sup>40</sup> Samuel Kassow behandelt zudem in einem längeren Abschnitt eine Warschauer Einrichtung,

<sup>33</sup> BOGDAN MUSIAL: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin, Wiesbaden 2011 (2. Auflage, zuerst 2000), S. 162f. sowie S. 282f.

<sup>34</sup> GUNNAR S. PAULSSON: Hilfe für Juden und jüdische Selbsthilfe in Warschau (1940–1945), in: BEATE KOSMALA (Hg.): Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945, Berlin 2002, S. 297–307.

<sup>35</sup> DAVID SILBERKLANG: Am seidenen Faden. Überlegungen zum Schicksal der Juden im besetzten Polen 1939–1945, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 233–249.

<sup>36</sup> DAVID SILBERKLANG: Gates of Tears. The Holocaust in the Lublin District, Jerusalem 2013.

<sup>37</sup> So etwa in FELICJA KARAY: Death Comes in Yellow. Skarzysko-Kamienna Slave Labour Camp, Amsterdam 1996 oder auch TOMASZWSKI/WERBOWSKI: Żegota, v.a. S. 120.

<sup>38</sup> BOGDAN KROLL: Opieka i samopomoc społeczna w Warszawie 1939–1945. Stoleczny Komitet Samopomoc Społecznej i warszawskie agendy Rady Głównej Opiekuńczej, Warszawa 1977, S. 178 sowie BOGDAN KROLL: Rada Główna Opiekuńcza. 1939–1945, Warszawa 1985, S. 91–93, 226–229. Auch in einer neuen Studie, die sich mit dem *Polnischen Hauptausschuss* im Distrikt Lublin beschäftigt, wird – bis auf eine Erwähnung – keine genauere Untersuchung zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* für diesen Bereich vorgenommen: JANUSZ KŁAPEC: Rada Główna Opiekuńcza w dystrykcie Lubelskim w latach 1940–1944, Lublin 2011, S. 124.

<sup>39</sup> HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Der Kollaborationsvorwurf in der polnischen und jüdischen Öffentlichkeit nach 1945. Das Beispiel Michal Weichert, in: JOACHIM TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa, Wiesbaden 2006, S. 250–288 oder auch DAVID ENGEL: Who is a Collaborator? The Trials of Michal Weichert, in: SŁAWOMIR KAPRALSKI (Hg.): The Jews in Poland, Bd. 2, Krakau 1999, S. 339–370.

<sup>40</sup> So etwa SAMUEL D. KASSOW: Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbeck bei Hamburg 2010, v.a. S. 182–184.

die er als „Aleynhilf“ bezeichnet, bei der es sich zeitweise um die Warschauer Abordnung der *JSS* gehandelt hatte.<sup>41</sup> In der Quellensammlung zur „Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland“ finden sich einige Dokumente zur *JSS* und in dem ersten relevanten Band eine kurze Einführung zur Organisation, wenngleich das dort Geschriebene auf Grund von Ungenauigkeiten generell mit Vorsicht betrachtet werden sollte.<sup>42</sup>

Die quantitativ dürftige Forschung beziehungsweise die Nichterforschung der *JSS* und der *JUS* lässt sich auf sehr unterschiedliche Gründe zurückzuführen. Der Hauptgrund dürfte aber Michal Weicherts Stellung in der Nachkriegsgesellschaft sein. Er wurde zumindest aus der polnischen und polnisch-jüdischen Gesellschaft vollständig ausgeschlossen und durch ein Urteil eines jüdischen Ehrengerichtes Gerichtsverfahren als „Kollaborateur“ gebrandmarkt.<sup>43</sup> Der Einrichtung selbst haftet dadurch etwas Negatives an, so dass eine eingehende Beschäftigung mit der Thematik bis heute von Seiten jüdischer Historiker und Historikerinnen nicht erfolgte. Das Desiderat ist sicherlich auch auf die für die Erforschung des Themas notwendigen Sprachkenntnisse – mindestens in Polnisch, Jiddisch, Deutsch und Englisch – zurückzuführen. Zudem machen die geografisch weit zerstreuten Bestände eine Erforschung des Themas zu einem kostspieligen Unterfangen, was aus forschungspraktischen Gründen als Argument angeführt werden muss.

### **Zielsetzung, Fragestellungen und Vorgehensweise**

Mit der vorliegenden Doktorarbeit wird die erste monographische Studie zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und der *Jüdischen Unterstützungsstelle* vorgelegt. Da es sich um die erste Arbeit zu den Organisation(en) handelt, beeinflusst dies in hohem Maß das Forschungsdesign.<sup>44</sup> Deshalb ist die Studie als Institutionengeschichte angelegt, die aber nicht bei der Einrichtung der Zentrale in Krakau stehen bleibt, sondern auch auf die Lage der Organisation(en) in einzelnen Städten und Orten des

<sup>41</sup> Ebd., S. 147–238. Nähere Ausführungen zu der Situation der Warschauer Abordnung der *JSS*, in denen auch auf die Monographie Kassows Bezug genommen werden wird, finden sich in dem Abschnitt zur Sonderrolle der *JSS* in Warschau in der vorliegenden Studie. Vgl. dazu II.2.2.

<sup>42</sup> KLAUS-PETER FRIEDRICH (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 4: Polen September 1939 – Juli 1941, München 2011. Im Folgenden: VEJ 4. Ebenso KLAUS-PETER FRIEDRICH (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 9: Generalgouvernement August 1941 – 1945, München 2013. Im Folgenden: VEJ 9. Allerdings ist das was im Glossar in VEJ 9 zur *JSS* und der *JUS* geschrieben wird sehr ungenau und an einigen Stellen schlicht falsch. Die Hilfskomitees der *JSS* wurden nicht, wie in der Edition behauptet, am 20. Januar 1942 den Judenräten unterstellt. Dies trifft allein auf die Stadt Warschau zu, wie im Verlauf vorliegender Studie noch zu zeigen sein wird. Das Warschauer Komitee stellte unter allen regionalen und lokalen Abordnungen der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* einen Sonderfall dar, sodass es nicht legitim ist, von diesem Komitee auf alle Stadt-, Kreiskomitees und Delegaturen zu schließen. „*Jüdische Soziale Selbsthilfe. Sie wurde im Frühjahr 1940 als von den Judenräten unabhängige Organisation der Sozialfürsorge geschaffen und stand unter strenger deutscher Aufsicht. Ihre Zentrale befand sich in Krakau, ihr Vorsitzender war Michal Weichert. Die deutschen Behörden unterstellten die Ortskomitees der JSS am 20.1.1942 den Judenräten. Die Arbeit der JSS endete im Sommer 1942 im Verlauf der ‚Aktion Reinhardt‘, an ihre Stelle trat im Okt. 1942 die Jüdische Unterstützungsstelle (JUS), die – mit Unterbrechung von Dezember 1942 bis März 1943 – nur von Krakau aus Hilfe organisieren durfte, und musste im Juli 1944 ihre Tätigkeit einstellen.*“ VEJ 9, S. 820f.

<sup>43</sup> Vgl. dazu auch seine Kurzbiographie im Anhang dieser Arbeit.

<sup>44</sup> Auf einige Desiderate, die einer besonders dringenden Bearbeitung bedürfen, wird in der Schlussbetrachtung hingewiesen werden.

Generalgouvernements eingeht. Letztgenanntes kann allerdings lediglich aus der Sicht des Präsidiums der *JSS* beziehungsweise der Leitungsebene der *JUS* erfolgen, da sich vor allem, wie im folgenden Abschnitt noch zu zeigen sein wird, auf Akten dieser Ebenen der Organisation(en) gestützt wird. Bei der Erforschung der Zentrale der *JSS* in Krakau und der Ziele der Beteiligten, soll es nicht bei einer rechts- und politikhistorischen Arbeit belassen werden, vielmehr muss auch – was in der Erforschung der Shoah bisher nur sehr randständig erfolgt ist und ebenso ein Desiderat darstellt – analysiert werden, wie in der Organisation religiöse Gebote oder zumindest Erfahrungsräume in die Gestaltung der Hilfstätigkeit einfließen. Bei der Analyse des Themas werden folgende Fragenstellungen forschungsleitend sein – die Reihung an dieser Stelle erfolgt nicht in der tatsächlichen Reihung der sich an die Einleitung anschließenden Kapitel, weil nicht alle untersuchten Aspekte in einzelnen Kapiteln und Unterkapiteln bearbeitet werden, sondern auch eine gewisse Chronologie der Geschichte der Organisation(en) in der Arbeit gewahrt werden soll. Zunächst einmal ist der Frage nachzugehen, wie die Organisation(en) zustande kamen und wie sie sich im Laufe ihres Bestehens entwickelten. Dabei werden neben den Brüchen – beispielsweise die Schließung der *JSS* und die Eröffnung der *JUS* – auch die Kontinuitäten über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Organisation(en) in den Blick genommen. Neben dieser die Arbeit rahmenden Frage werden auch spezielle Teilaspekte analysiert. Im Fokus der Arbeit stehen die Zusammenarbeit und Konkurrenz sowie die den Zielen der beteiligten Gruppen. Die Untersuchung wird jeweils für unterschiedliche Akteure beziehungsweise agierende Gruppen erfolgen. Übergeordnete Fragen sind dabei: Welche Ziele verfolgten die NS damit? Welche Rolle spielte das Ausland? Bezogen auf die Tätigkeit der Organisation(en) ist zu fragen: Wie funktionierte die Zusammenarbeit mit den Judenräten? Gab es eine Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren? Gab es eine Zusammenarbeit mit nationalsozialistischen Akteuren? Welche Handlungsspielräume hatten die jüdischen Akteure? Welche Kommunikationswege gab es innerhalb des Generalgouvernements und mit dem Ausland? Einer der wichtigsten Aspekte ist dabei, welche Ziele die Beteiligten mit den Organisation(en) verfolgten. Dabei ist zum einen nach den Zielen der nationalsozialistischen Akteure zu fragen, die in einer Zeit in der sie massenhaft Menschen, die sie als Juden und Jüdinnen definierten, umbrachten, solche Organisation(en) zuließen und subventionieren. Zum anderen ist natürlich nach den Zielen der jüdischen Beteiligten zu fragen und bei dieser Gruppe sind zudem die Handlungsspielräume auszuloten. Im Kontext der Untersuchung der Handlungsspielräume ist zu analysieren, wie die Führungsebene der *JSS* auf zentraler sowie auf lokaler und regionaler Ebene und die *JUS* ihre Spielräume beziehungsweise die durch die NS verliehene „Macht“ nutzte. Eine Frage, die ebenfalls für den kompletten Untersuchungszeitraum relevant ist, ist die nach der Rolle des Auslands. Die Analyse muss zwei beziehungsweise dreigeteilt erfolgen: Welche Rolle spielte das Ausland beim Zustandekommen der *JSS*? Welcher Stellenwert ist dem Ausland für die *JSS* und *JUS* beizumessen?

Dabei sind sowohl die ausländischen Hilfsorganisationen zu betrachten als auch die Abteilung „ausländische Verwandtenhilfe“, die vom Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* eingerichtet wurde. Die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* war bis in das Jahr 1942 mit dem *Polnischen* und dem *Ukrainischen Hauptausschuss* unter dem *Haupthilfsausschuss* zusammengeschlossen: Aus diesem Grund soll für den gesamten Untersuchungszeitraum nach der Zusammenarbeit und Konkurrenz zwischen den Organisationen bzw. später nach der Zusammenarbeit der Akteure der einzelnen Gruppen gefragt werden. Dieser Aspekt ist nicht zuletzt deshalb von großer Bedeutung, da das Schicksal der jüdischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges auch im Zusammenhang mit den anderen „Bevölkerungsgruppen“ im Generalgouvernement gesehen werden muss. Vor dem Krieg lebten die Menschen – wenn auch nicht konfliktfrei – nebeneinander. Durch die Besatzung, die Einrichtung der Ghettos und schließlich durch die Einrichtung der unterschiedlichen Ausschüsse für die einzelnen Gruppen, wurde neben einer physischen Trennung durch die Ghettos, durch die Einrichtung der Ausschüsse auch eine „ideelle“ Trennung der „Volksgruppen“, intendiert und in die Tat umgesetzt. Die Frage nach der Zusammenarbeit und Konkurrenz muss daher auch für das Verhältnis der *JSS* – beziehungsweise auf der dezentralen Ebene, der Hilfskomitees und Delegaturen, – und den Judenräten gestellt werden. Neben der eigentlichen Untersuchung der Organisation(en) kann die vorliegende Studie einen Beitrag zur Kommunikationsgeschichte während der Shoah leisten, wenngleich dieser Aspekt nur am Rande analysiert wird, da es nicht das zentrale Anliegen der vorliegenden Studie ist. Zum einen werden die Kommunikationswege der Organisation(en) innerhalb des Generalgouvernements untersucht. Damit sind neben der Kommunikation im Sinne eines Austauschs von Informationen auch der Transfer von Geld und Gütern gemeint. Zum anderen kann auch ebendiese Kommunikation zwischen den Organisation(en) im Generalgouvernement und solchen im Ausland untersucht werden, allerdings nur bedingt, da in weiten Teilen lediglich die Akten der *JSS* und der *JUS* analysiert wurden und aus diesen nicht immer klar hervorgeht auf welchem Wege Güter aus dem Ausland in das Generalgouvernement gelangten. Insbesondere an solchen Stellen an denen die Organisation(en) sie durch die Vermittlung des *HHA* erhielten.

Auch wenn der *Polnische Hauptausschuss* häufiger genannt wird und an einigen Stellen dessen Zusammenarbeit bzw. die Zusammenarbeit einzelner Mitglieder des Ausschuss mit der *JSS* untersucht wird, so ist es nicht Intention dieser Arbeit die beiden Organisationen zu vergleichen. Zudem können in der vorliegenden Studie nicht alle Auslandskontakte der *Hauptausschüsse* bis ins Details untersucht werden. Für Unterkapitel der Studie, die sich mit dem Ausland beschäftigen wurde eine Auswahl an Ländern beziehungsweise Organisationen getroffen, die für diese Fragen genauer untersucht werden. Die Wahl ist dabei auf zwei Länder und die dort agierenden Organisationen gefallen: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Schweiz. Für die „neutralen Länder“ wird in allen drei Kapiteln eine Fallstudie zur *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* erfolgen, die ihren Sitz

in Zürich hatte, da sich für diese Organisation gezeigt hat, dass sie direkt nach dem Überfall der Deutschen auf Polen ihre Hilfe für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement angeboten hat und auch bis zum Ende des Krieges leistete. Durch ihren Sitz in der Schweiz war dies möglich, US-amerikanische Organisationen mussten sich nach dem Kriegseintritt der USA zurückziehen und konnten keine direkte Hilfe mehr leisten.

Auf die Vorgeschichte der Judenverfolgung von 1933 an oder sogar noch zurückgreifend in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden, da dies bei der Untersuchung der forschungsleitenden Aspekte nur selten zielführend wäre und die Behandlung dieses Zeitraums den Rahmen der vorliegenden Arbeit endgültig sprengen würde. Die Studie setzt mit dem Überfall auf Polen – dem 1. September des Jahres 1939 – ein. Festzuhalten ist in Bezug auf die Jahre vor 1939 lediglich, dass die Sozialisation – wohl vor allem die berufliche – der deutschen Protagonisten dieser Arbeit in den Jahren vor 1939 im nationalsozialistischen Deutschland stattgefunden hat. Zudem kann und soll in der vorliegenden Arbeit kein Vergleich der Situation der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement mit der der Juden und Jüdinnen in anderen Ländern vorgenommen werden. Auch Organisationen die in anderen Ländern entstanden und sich mit der sozialen Situation der Juden und Jüdinnen befassten, können nur einbezogen werden insofern sie mit der *JSS* oder der *JUS* zusammenarbeiteten oder andere Kontakte bestanden. Als Beispiel sei hier die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* genannt.

In der polnischen Historiographie hat sich der Begriff der „indirekten Vernichtung“ („eksterminacja pośrednia“/„zagłada pośrednia“) für die bereits ab September 1939 gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Aktionen durch die NS durchgesetzt.<sup>45</sup> Die Tätigkeit der *JSS* und später der *JUS* reichte in ihrem Bestehen über die Phase der „indirekten Vernichtung“ hinaus und die Organisation(en) waren auch in den Jahren der „direkten Vernichtung“ der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement tätig. Ruta Sakowska machte aus, dass die Phase der „indirekten Vernichtung“ für jeden Ort und jede Stadt separat festzusetzen sei, da die Deportationen in die Vernichtungslager zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingesetzt hätten. Für Warschau stellte sie den Übergang von der „indirekten“ zu der „direkten“ Vernichtung ab dem Juli 1942 mit den ersten Deportationen aus dem Warschauer Ghetto nach Treblinka fest.<sup>46</sup> Wenngleich damit die Periodisierung der Shoah in die zwei Etappen der Vernichtung keine klare zeitliche Grenze hat, so macht genau diese Tatsache dieses Modell der Periodisierung der Zeit der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung so anschlussfähig für bisher unerforschte Phänomene der Shoah, die

---

<sup>45</sup> Vgl. RUTA SAKOWSKA: Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer. Ein historischer Essay und ausgewählte Dokumente aus dem Ringelblumarchiv 1941–1943, Berlin 1993, S. 9. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1986 in polnischer Sprache: RUTA SAKOWSKA: Dwa etapy. Hitlerowska polityka eksterminacji Żydów w oczach ofiar. Szkic historyczny i dokumenty, Warszawa 1986.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 9.

sich nicht in starrere Periodisierungsvorschläge einordnen lassen. Aus diesem Grunde wird in der vorliegenden Arbeit – sofern es um Fragen der Periodisierung geht – auf das primär in der polnischen Historiographie verbreitete Konzept, die Shoah in die Phase der „indirekten Vernichtung“ und die der „direkten Vernichtung“ zu unterteilen, zurückgegriffen. Der Aufbau der vorliegenden Studie wird allerdings von den Organisation(en) ausgehend in drei Teile gegliedert sein in Kapitel I werden die *Koordinierungskommission* in Warschau und die Gründung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* im Fokus stehen. In Kapitel II wird die *Jüdische Soziale Selbsthilfe*, ihre Tätigkeit, aber auch die Ziele und das Handeln der NS sowie die Rolle des Auslands analysiert. In Kapitel III werden ebendiese Aspekte für die *JUS* analysiert, nachdem die Schließung der *JSS* und die Eröffnung der *JUS* untersucht wurden.

In Kapitel I wird zunächst die *Koordinierungskommission* in Warschau in den Blick genommen (I.1), ehe sich im zweiten Unterkapitel der Bedeutung des Auslands in der Phase der Entstehung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* gewidmet wird (I.2). Dabei werden neben dem *American Jewish Joint Distribution Committee* (*JDC*), das ohnehin bereits in Polen tätig war (I.2.1) auch amerikanische-nicht-jüdische Hilfsorganisationen und deren Bedeutung untersucht (I.2.2), ehe sich schließlich der *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* (*Hafip*), die ihren Sitz in Zürich hatte, in einer Fallstudie gewidmet wird (I.2.3), zu der auch in den beiden folgenden Kapitel exemplarische Analysen für die jüdischen Hilfsorganisationen im „neutralen Ausland“ angestellt werden. In dem folgenden Unterkapitel werden die nationalsozialistischen Akteure in den Blick genommen (I.3). Zunächst wird dabei ein Überblick über die Zivilverwaltung im Generalgouvernement gegeben (I.3.1) und sich anschließend den Zielen der NS gewidmet, die sie mit der Gründung der *JSS* verbanden (I.3.2). Das letzte Unterkapitel des Kapitels I analysiert die gesetzlichen Grundlagen der *JSS* (I.4). Dabei werden zunächst Gespräche der jüdischen Akteure mit polnischen Vertretern und der Zivilverwaltung ausgewertet (I.4.1) und im Anschluss die Zusammenarbeit mit den NS beleuchtet (I.4.2). Folgend wird die Genese der Satzungen und Geschäftsordnungen des *HHA*, des *PHA*, der *JSS* und des *UHA* untersucht (I.4.3) und im Anschluss auf den Inhalt dieser rechtsetzenden Texte eingegangen (I.4.4). Zudem wird ein früher Vorgänger des *HHA* in den Blick genommen (I.4.5) und das Kapitel abschließend die Namensfindung für den jüdischen Ausschuss analysiert (I.4.6).

Im zweiten Kapitel wird zunächst das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* im Fokus der Analyse stehen (II.1). Ausgehend von der Konstituierung und den Mitgliedern (II.1.1) wird der Aufbau und die Gliederung des Präsidiums der *JSS* untersucht (II.1.2), ehe sich den Tätigkeitsbereichen gewidmet wird (II.1.3). Im Anschluss wird die räumliche Unterbringung der Organisation untersucht und dabei auch die Einrichtung der Ghettos und andere Widrigkeiten analysiert (II.1.4). Ein die Tätigkeit der Organisation in allen Bereichen bestimmender Aspekt ist die Finanzierung der *JSS*, der sich in II.1.5 gewidmet wird. Sich anschließend wird die Zusammenarbeit mit

Hilfsorganisationen der Vorkriegszeit (II.1.6) und diese mit polnischen Akteuren (II.1.7) untersucht. Im zweiten Unterkapitel werden ausführlich die regionalen und lokalen Abordnungen der *JSS* betrachtet (II.2). Dabei wird zunächst die Konstituierung und die Aufgaben der Hilfskomitees und Delegaturen analysiert (II.2.1) und auf die Sonderrolle des Hilfskomitees in Warschau eingegangen (II.2.2), ehe die Kommunikation zwischen dem Präsidium und den Hilfskomitees und Delegaturen untersucht wird (II.2.3). Auch für die regionalen und lokalen Abordnungen werden die Auswirkungen der Einrichtung der Ghettos und der Zwangsarbeit untersucht werden (II.2.4). Wie bereits für das Präsidium ist auch in diesen Unterkapitel die Finanzierung der Tätigkeit der Organisation zu untersuchen (II.2.5). Sich anschließend wird die Tätigkeit der Distriktberater und Inspektoren der *JSS* in den Fokus gerückt (II.2.6). Folgend werden die Zusammenarbeit mit den Judenräten und die Konkurrenz zu diesen untersucht (II.2.7). In II.3 wird ein spezieller Tätigkeitsbereich der *JSS* untersucht, der eigentlich nicht zu deren definierten Aufgaben zählte: die Hilfslieferungen an die Lager. Zur Auslotung der Handlungsspielräume wird im folgenden Unterkapitel der Umgang der *JSS* mit den religiösen Geboten untersucht (II.4). Dabei werden Sammlungen zum Abverlangen der „Zedeka“ von der Bevölkerung (II.4.1), spezielle Hilfen und Tätigkeit anlässlich der jüdischen Festtage (II.4.2), die Beachtung der Nahrungsgebote (II.4.3) sowie Jiddisch als Verkehrssprache (II.4.4) untersucht. Folgend wird sich der Zusammenarbeit mit den Besatzern gewidmet (II.5) und im sich anschließenden Unterkapitel abermals der Bedeutung des Auslands; in diesem Kapitel während des Bestehens der *JSS* (II.6). Dabei wird zunächst der Transport von Geld und Waren aus dem Ausland analysiert (II.6.1). Folgend wird sich erneut dem *JDC* gewidmet (II.6.2). Im Anschluss wird die Verbindung zur *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* untersucht (II.6.3) und abermals die jüdischen Organisationen im „neutralen Ausland“ in einer Fallstudie zur *Hafip* in den Blick genommen (II.6.4). Bei der Untersuchung einer amerikanischen-nichtjüdischen Organisation – der *Commission for Polish Relief (Comporel)* – wird der Fokus auf die von ihr durchgeführten Inspektionsreisen gelegt (II.6.5). Sich anschließend wird der Kontakt zu jüdischen Gemeinden und Landsmannschaften im Ausland (II.6.6) sowie die Abteilung „Ausländische Verwandtenhilfe“ der *JSS* (II.6.7) untersucht. In II.7 werden die Ziele der NS, die sie während des Bestehens mit der Organisation verbanden analysiert. Dies geschieht aufgeteilt nach den Zielen, die die NS im Reich und im Generalgouvernement hatten (II.7.1) und nach den dezidierten Zielen der Besatzer (II.7.2).

In Kapitel III wird die Schließung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und die Gründung der *Jüdischen Unterstützungsstelle* untersucht (III.1). Ausgehend von der Anordnung zur Schließung der *JSS* (III.1.1) und der des *HHa* (III.1.2) wird die Gründung der *JUS* (III.1.3) beleuchtet. Sich anschließend wird die Mitteilung der Änderung an die Hilfskomitees und Delegaturen analysiert (III.1.4) sowie eine Schließung der *JUS* (III.1.5) und die offizielle Wiederaufnahme der Tätigkeit dieser



(III.1.6) in den Blick genommen. Das erste Unterkapitel abschließend werden die Ziele der NS, die sie mit der Schließung der *JSS*, vor allem aber der Gründung der *JUS* verbanden untersucht (III.1.7). In III.2 wird die Tätigkeit der *JUS* analysiert. Zunächst werden allgemein die Aufgabengebiete und die Tätigkeit dargestellt (III.2.1), ehe auf die Hauptaufgabe – die Lieferungen an die Lager – eingegangen wird (III.2.2). Erneut werden in diesem Kapitel die Zusammenarbeit der Akteure der *JUS* mit polnischen Akteuren (III.2.3) sowie diese mit den Besatzern (III.2.4) untersucht. Auch der Bedeutung des Auslands wird erneut Beachtung geschenkt werden (III.3). Dabei wird zunächst auf die Bedeutung der Hilfe aus dem Ausland für die *JUS* im Allgemeinen eingegangen (III.3.1) und erneut eine Fallstudie zur *Hafip* (III.3.2) durchgeführt. Im Falle der *JUS* müssen im Gegensatz zu den beiden vorigen Kapiteln allerdings auch Probleme und Gerüchte im In- und damit verbunden im Ausland analysiert werden (III.3.3). Das letzte Unterkapitel der Studie analysiert das Ende der *JUS* (III.4). Dabei wird zunächst auf die erhöhte Gefahr für das Leben der Familie Weichert eingegangen (III.4.1) und sich dann der Weiterführung der Hilfstätigkeit ab Sommer 1944 gewidmet (III.4.2). Das letzte Unterkapitel stellt einen Ausblick auf die Situation der jüdischen Akteure in der unmittelbaren Zeit nach der Befreiung dar (III.4.3).

### Quellenauswahl und -kritik

Der Abschnitt Quellenauswahl wird in dieser Einleitung aufgrund der sehr zerstreuten Bestände in Archiven in mindestens fünf Ländern und deren zum Teil etwas verworrenen Überlieferungs- und Entstehungsgeschichte einen überproportional großen Teil ausmachen. Aber nur durch eine detaillierte Darstellung der Überlieferung und Entstehung der untersuchten Bestände, Begründung der Auswahl und die damit verbundene Quellenkritik kann das in dieser Arbeit untersuchte Thema angemessen bearbeitet werden.

Im Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego [Archiv des Jüdischen Historischen Institutes] (AŻIH) in Warschau befinden sich zwei Bestände, die explizit Material zur *JSS* verwahren. Es handelt sich dabei um die Bestände 211 und 211 aneks, die die Akten der Organisation(en) selbst umfassen. Allerdings ist das Material auf die Präsidialüberlieferung beschränkt. Zwar finden sich dort auch Akten zu den Hilfskomitees, Delegaturen und Judenräten, jedoch enthalten diese nur das Material, das an das Präsidium gesandt wurde – zum Beispiel Protokoll und Berichte – sowie die Korrespondenz zwischen der Leitungsebene und den regionalen und lokalen Abordnungen sowie Judenräten.<sup>47</sup> Wie noch gezeigt wird, ist die Überlieferungssituation für die Quellen der

---

<sup>47</sup> Zur Geschichte der beiden Bestände 211 und 211 aneks, wurde von einer Archivarin am Jüdischen Historischen Institut im Herbst 2013 die Auskunft gegeben, dass beide Bestände eigentlich ein Bestand seien, der eine Überlieferungsgeschichte habe. Die Materialien, die sich heute in dem aneks-Bestand befänden seien erst nach der Bearbeitung des eigentlichen Bestandes in Büros von Mitarbeitern des Institutes gefunden worden. Aufgrund dieser Aussage muss die Überlieferungsgeschichte der beiden Bestandteile nicht getrennt voneinander betrachtet werden.

Besitzer deutlich schlechter. Allerdings musste die *JSS* ihre komplette Korrespondenz bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ als Durchschlag vorlegen, sodass auf Grundlage des Bestandes auch die schriftliche Kommunikation zwischen der *JSS* und den Besatzern teilweise nachvollzogen werden kann.<sup>48</sup> Die Bestände umfassen zusammen über 1.500 Akten, was es notwendig machte, eine Auswahl zu treffen. Diese ist in der Weise erfolgt, dass die Akten, die sich nicht mit einem speziellen Hilfskomitee, einer Delegatur oder einem Judenrat beschäftigen, komplett analysiert wurden. Die rund 1.000 Akten, in denen sich vor allem die Korrespondenz zwischen dem Präsidium und einzelnen lokalen und regionalen Abordnungen oder Judenräten befindet, wurden mit einem Fokus auf die darin enthaltenen Protokolle und Berichte der Sitzungen der Hilfskomitees und Delegaturen sowie auf die Korrespondenz mit den Besatzungsbehörden ausgewertet, da die anderen enthaltenen Dokumente häufig für die Fragestellungen der vorliegenden Studie nicht aussagekräftig und damit nicht relevant waren.<sup>49</sup> Wie genau diese Akten ins Archiv gelangten, konnte nicht rekonstruiert werden. Bei einem Treffen zwischen Angehörigen der Zivilverwaltung und dem Präsidenten der *JSS* und dem Leiter der *JUS*, Michał Weichert, sei ihm – zu einem Zeitpunkt als die *JSS* nicht mehr existierte und die *JUS* offiziell von den Besatzern geschlossen und noch nicht wieder zugelassen worden war – unter anderem mitgeteilt worden, dass die Akten an die Zivilverwaltung zu geben seien. Weiter thematisierte er in seiner Monographie zu der *JSS* und *JUS* eine nächtliche „Kopieraktion“ sowie die Vernichtung der brisantesten Akten, bevor man die Originale an die Regierung gab.<sup>50</sup> Dies lässt sich bedingt auch in den überlieferten Akten nachvollziehen, wenngleich darin lediglich ein Schreiben der Regierung an Weichert überliefert ist, in dem er für die vollständige Übergabe der Akten an die zuständigen Besitzer verantwortlich gemacht wurde.<sup>51</sup> Wenn man davon ausgeht, dass die Aussagen Weicherts korrekt sind und das exakte Datum des Schreibens vorliegt, in dessen zeitlicher Nähe die Übergabe der Akten an die Besitzer stattgefunden haben muss, so kommt man zu dem Schluss, dass es sich bei den in Warschau verwahrten Akten um die Kopien oder Dubletten der Originalakten handelt. Nicht erkennen kann man aus der Überlieferung, ob die Vernichtung der brisantesten Dokumente vor oder nach der

---

<sup>48</sup> Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe an die Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, 28.03.1941, AŽIH, aneks 211/34, Bl. 1: „*In der Anlage gestatten wir uns die Durchschläge unserer Briefe Nr. 2178–2208 zu senden.*“ Immer wieder finden sich solche Briefe in den Akten in den Akten, dieses Schriftstück wurde lediglich exemplarisch herausgegriffen. Im Folgenden wird in den Fußnoten das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* der Übersichtlichkeit halber grundsätzlich nur mit *JSS* angegeben. Handelt es sich um eine Geschäftsstelle oder eine einzelne Person, so wird dies in Abgrenzung explizit genannt werden. Ebenso wird die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Regierung des Generalgouvernements mit der Abkürzung BuF angegeben werden.

<sup>49</sup> Oftmals handelte sich um Quittungen für erhaltene Hilfslieferung, um die Anforderungen von Bescheinigungen für die Mitglieder der Hilfskomitees oder ähnliches. Vgl. dazu AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>50</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 55.

<sup>51</sup> BuF an Michał Weichert betr. „*Verbleib aller Geschäftspapiere und Akten der aufgelösten Jüdischen Unterstützungsstelle*“, 01.12.1942, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 57. „*Sie haben sich dafür zu verbürgen, dass sämtliche Geschäftspapiere (Briefe, Durchschläge, Abrechnungen, Geschäftsbücher aller Art usw.) geschlossen beieinanderbleiben, nichts entfernt wird bis zur gesamten Überführung an den noch zu bestimmenden Ort.*“

nächtlichen Kopieraktion stattfand. Dies muss man bei der Interpretation der einzelnen Quellen in ihrem Gesamtzusammenhang immer im Blick haben, da unter Umständen nicht die komplette Korrespondenz, die einst existierte zur Verfügung steht. Solche Tatbestände machen es nötig über die archivalischen Quellen hinaus etwa veröffentlichte und unveröffentlichte Schriften von Beteiligten in die Untersuchung einzubeziehen.<sup>52</sup> Für die Zeit vor der Gründung der *JSS* wurde zudem Unterlagen aus dem Oneg Shabbat-Archiv, bekannter unter dem Namen Ringelblumarchiv (AŻIH, Ring)<sup>53</sup>, einbezogen. Die für diese Studie wichtigsten Dokumente sind Gesprächsprotokolle, die Michal Weichert von den frühen Gesprächen mit den Besatzern anfertigte.<sup>54</sup> Weichert hat ferner sehr umfangreiche Schriften aus der Nachkriegszeit und Aufzeichnungen aus der Zeit des Geschehens hinterlassen, sondern war auch einer der wichtigsten Akteure und damit einer der primären „Quellenbildner“ der Organisation(en). Deshalb hätte an dieser Stelle ein kurzer Überblick über das Leben der Person gegeben werden müssen, die der *JSS* und *JUS* von ihrer Gründung bis in die letzten Tage des Krieges vorstand und sich in der Nachkriegszeit zweier Verfahren wegen des Vorwurfes der Kollaboration stellen musste.<sup>55</sup> Weicherts Kurzbiographie ist, ebenso wie die der anderen Akteure, dieser Arbeit im Anhang nachgestellt. Aufgrund seiner herausragenden Rolle wurde sein Nachlass analysiert, da zu erwarten war, dass sich darin weitere Schriftstücke befinden, die Aufschluss über das Funktionieren der Organisation(en) geben und diese aufgrund der bereits beschriebenen Überlieferungsbedingungen in dem offiziellen Bestand der *JSS* nicht enthalten sind. Problematisch an dem Nachlass ist jedoch, dass er auf mindestens vier Archive verteilt ist. Ein bisher unverzeichneter Teilnachlass von Weichert konnte im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes eingesehen werden.<sup>56</sup> Darin findet sich unter anderem ein Bericht, den Weichert in der unmittelbaren Nachkriegszeit an die ausländischen Hilfsorganisationen sandte.<sup>57</sup> In der Handschriftenabteilung der Biblioteka Jagiellońska [Jagiellonen-Bibliothek] (BJ) in Krakau liegt ein weiterer Teil des Nachlasses. Bei diesen Dokumenten handelt es sich in weiten Teilen um Kopien beziehungsweise Abschriften von Akten, die auch in den Beständen des Archives des Jüdischen Historischen Institutes zu finden sind. Da gerade die das persönliche Leben von Weichert betref-

<sup>52</sup> V.a. MICHAŁ WEICHERT: *Zichroines*, Bd. 3: *Milchome*, Tel Aviv 1963; DERS.: *Zichroines*, Bd. 4: *Nochn Churbn*, Tel Aviv 1970 sowie DERS.: *Jidische Aleinhilf*, Tel Aviv 1962. Ebenso die unveröffentlichten Aufzeichnungen Weicherts – AŻIH 302/25 oder auch ADAM CZERNIAKÓW: *Im Warschauer Ghetto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942*, übersetzt von SILKE LENT, München 1986.

<sup>53</sup> Es handelt sich bei diesem Archiv um ein im Warschauer Ghetto geführtes Untergrundarchiv. Vgl. dazu etwa KASSOW: *Ringelblums Vermächtnis*.

<sup>54</sup> Vgl. etwa AŻIH, Ring II/117–119.

<sup>55</sup> Zu den beiden Gerichtsverfahren vgl. BÖMELBURG: *Kollaborationsvorwurf* sowie ENGEL: *Who is a Collaborator?*

<sup>56</sup> Da dieser Bestand noch nicht verzeichnet und auch nicht paginiert ist, im Folgenden AŻIH, Teilnachlass Michal Weichert. Wenn in den Fußnoten keine konkreten Seiten- oder Blattzahlen angegeben sind ist davon auszugehen, dass die entsprechende Akte nicht paginiert war. Dies gilt für diesen Nachlass, aber auch für einige andere Bestände.

<sup>57</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der J.S.S., später J.U.S. 1939–1944, Februar 1946, AŻIH, Teilnachlass Michal Weichert. Im Folgenden: „Bericht JSS/JUS 1946“.

fenden und auch einige auf die Organisation(en) bezogene Aktenstücke in diesen Beständen singular sind, wird vereinzelt auch aus diesen Akten zitiert werden.<sup>58</sup> Zwei weitere Teile des Nachlasses sind nach Weicherts Emigration nach Israel in dortige Archive gelangt. In den Yad Vashem Archives (YVA)<sup>59</sup> und in der Jewish National and University Library (JNL) finden sich zwei weitere Teile des Nachlasses.<sup>60</sup> Aus den Nachlässen Weicherts werden jedoch lediglich die Dokumente und Abschriften von Dokumenten einbezogen, die vor dem Ende der Besatzung entstanden sind, zumal die in der Nachkriegszeit entstandene Korrespondenz Verteidigungsstrategien enthalten können, die die Ergebnisse der Studie verfälschen könnten. In sehr wenigen Fällen werden Ausnahmen gemacht, da es für bestimmte Zeiten sehr wenige oder auch gar keine Quellen gibt, sodass zum Beispiel die Korrespondenz mit Edmund Seyfried, die in der Nachkriegszeit geführt wurde, in die Untersuchung aufgenommen wurde.<sup>61</sup> Neben der Nachkriegskorrespondenz, die aus dem Quellensample ausgeschlossen wurde, wurden auch die Akten der gegen Weichert geführten Gerichtsverfahren nicht in die Untersuchung einbezogen, da die Zeugenaussagen als Quellen für diese Studie fragwürdig erschienen. Auf der einen Seite gab es Personen die ein Interesse hatten, dass Weichert als „Kollaborateur“ verurteilt wird und die in diesem Sinne aussagten. Auf der anderen Seite hat der Angeklagte Zeugen beigebracht, die in seinem Sinne berichteten. Die meisten Menschen die in der *JUS* und auch der *JSS* tätig waren, Personen die von der Wohlfahrts- und Fürsorgetätigkeit der *JSS* und der *JUS* profitierten und darüber hätten Zeugnis ablegen können, überlebten die Shoah meist nicht.<sup>62</sup> Dem widerspricht auf den ersten Blick das Einbeziehen der von Michal Weichert verfassten Schriften, weil diese – mit einer Ausnahme – ebenfalls in der Nachkriegszeit verfasst wurden und damit von dem Wissen über den „Kollaboration“-Vorwurf beeinflusst gewesen sein könnten. Für diese wurde, wie für die Schriften anderer Beteiligten auch, eine Ausnahme gemacht. Aufgrund der Quellenlage ist es unabdingbar, dass auch das zur Zeit des Geschehens Niedergeschriebene und das Erinnernte in die Untersuchung einbezogen werden, da

<sup>58</sup> Vor allem BJ, 195/57–199/57 sowie BJ, 31/97–49/97.

<sup>59</sup> YVA, O.21. In diesem Nachlass findet sich u.a. eine polnischsprachige Version des schließlich in jiddischer Sprache veröffentlichten Buches „Jidische Aleinhilf“. Zudem enthält dieser auch weitere Akten mit persönlichen Dokumenten sowie Kopien und Originalakten aus der Zeit der *JSS* und der *JUS*.

<sup>60</sup> JNL, ARC. Ms. Var. 371 (L). Dieser Nachlass Weicherts umfasst in weiten Teilen Material zu seiner Tätigkeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 2008 übergab Weicherts Sohn den Restbestand des Nachlasses, der Unterlagen aus und über die Zeit des Zweiten Weltkriegs enthält, an die Bibliothek. Vgl. die Aussage eines Mitarbeiters der JNL. Der Nachlass umfasst neben den Materialien, die Weichert vermutlich zum Abfassen des Buches „Jidische Aleinhilf“ verwendete, vor allem Originalunterlagen aus der Zeit der *JUS*, einige Akten, die die beiden gegen ihn geführten Gerichtsprozesse betreffen sowie eine Handschrift, die er im Jahr 1944 in seinem Versteck anfertigte, von der eine Abschrift im „Jüdischen Historischen Institut“ in Warschau aufbewahrt wird.

<sup>61</sup> Vgl. etwa AŽIH, Nachlass Weichert. Zu der Verwendung und dem Zwang diese Dokumente einbeziehen zu müssen vgl. den Abschnitt zur Weiterführung der *JUS* in der vorliegenden Studie. Eine Akte von Edmund Seyfried, die im Archivum Akt Nowych aufbewahrt wird, wurde ebenso ausgewertet. Bei dieser handelt es sich um Schriftstücke, die von seinem Bruder stammen und aus diesem Grunde für die vorliegende Studie nicht von Relevanz ist. Vgl. AAN, 1992 Seyfried Edmund (1889–1968) – Materiały nieuporządkowane.

<sup>62</sup> Vgl. Akten der Gerichtsverfahren: AŽIH, 313/137 sowie AŽIH, 344/145–152. Zu den beiden Verfahren vgl. BÖMELBURG: Der Kollaborationsvorwurf sowie ENGEL: Who is a Collaborator?

sich anderenfalls bestimmte Entwicklungen nicht erklären lassen. Nicht alle Dokumente sind überliefert und einige Anweisungen durch die Besatzer wurden lediglich mündlich gegeben, dies wird durch die Aufzeichnungen und Erinnerungen der Beteiligten deutlich. Für die in der Nachkriegszeit von Weichert verfassten Schriften konnte allerdings durch einen Abgleich mit den Aufzeichnungen, die er im Jahr 1944 im Versteck geschrieben hat, nachgewiesen werden, dass die die Entwicklung der Organisation(en) und den Kontakt zu den Besatzern betreffenden Aussagen in den Nachkriegsschriften im Vergleich zu der während der Besatzungszeit verfassten Schrift in gleicher Weise dargestellt werden.<sup>63</sup> Aus diesem Grund erscheint es legitim, diese Schriften heranzuziehen, wenngleich sie aus der Zeit nach dem Krieg stammen, einer Phase, deren Quellen nur mit aller Vorsicht – also lediglich nach einem dezidierten Abgleich der Schriften untereinander und möglichst mit Quellen aus der Zeit des Geschehens – einbezogen werden. Diese Vorsicht muss auch für die Schriften anderer Personen gelten, die direkt oder indirekt an der *JSS* und einzelnen Diskussionen beteiligt waren. Hier wurden lediglich die Schriften ausgewertet, die während des Kriegs verfasst, dann aber in der Nachkriegszeit veröffentlicht wurden. Dies gilt für die Schriften von jüdischen Beteiligten.<sup>64</sup> Für die Erinnerungen der polnisch-nichtjüdischen Beteiligten konnte abweichend verfahren werden, weil diese nicht in die Diskussionen um den Vorwurf der „Kollaboration“ einbezogen waren, sodass deren Schriften – etwa die Erinnerungen Adam Ronikers – einbezogen wurden, wenngleich sie erst nach 1945 verfasst wurden.<sup>65</sup> Bei den Schriften, für die eine Ausnahme gemacht wurde, da sie für die Erforschung des Themas unabdingbar sind, handelt es sich im Einzelnen um ein im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes aufbewahrtes Typoskript mit Aufzeichnungen des Präsidenten der *JSS* und Leiters der *JUS* Michal Weichert.<sup>66</sup> Ebenso

<sup>63</sup> Vgl. dazu v.a. WEICHERT: *Milchome*; DERS.: *Nochn Churbn* sowie DERS.: *Aleinhilf*. Ebenso die unveröffentlichten Aufzeichnungen Weicherts – *AŽIH*, 302/25.

<sup>64</sup> So etwa ABRAHAM I. KATSH (Hg.): *Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des CHAIM A. KAPLAN*, Frankfurt am Main 1967 oder auch FREDERIK WEINSTEIN: *Aufzeichnungen aus dem Versteck. Erlebnisse eines polnischen Juden 1939–1946*, Berlin 2006.

<sup>65</sup> Vgl. TADEUSZ PANKIEWICZ: *Die Apotheke im Krakauer Ghetto*, Essen u.a. 1995 (im Folgenden: PANKIEWICZ: *Apotheke*) oder auch ADAM RONIKIER: *Pamiętniki 1939–1945*, Kraków 2001. Die Erinnerungen Pankiewicz sind zuerst 1946 erschienen: TADEUSZ PANKIEWICZ: *Apteka w ghetcie krakowskim*, Kraków 1946. Für vorliegende Studie wurde auf die zweite erheblich erweiterte Auflage zurückgegriffen, die im Jahr 1995 erschienen ist und unter anderem ins Deutsche und Englische übersetzt wurde.

<sup>66</sup> *AŽIH*, 302/25. Die Originalhandschrift auf der dieses Manuskript beruht befindet sich in einem Nachlass Weicherts in der „Jewish National Library“ in Jerusalem – vgl. JNL, Arc.Ms. Var. 371 (L). Eine Auswertung des Textes war bereits vor dem Auffinden dieses Ursprungsmanuskript erfolgt, deshalb sei an dieser Stelle lediglich auf dieses Original der Aufzeichnungen hingewiesen. Im Folgenden wird aus der Version die im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau aufbewahrt wird zitiert werden. Es wurde ein Abgleich von zentralen Stellen zwischen Handschrift und Abschrift vorgenommen, sodass mit Sicherheit gesagt werden kann, dass die Abschrift auf ebendiesem Text in Jerusalem beruht. Sicher vor Fehlern dessen der die Handschrift transkribiert hat, kann man jedoch nicht sein. Fragmente des Manuskriptes, das im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau aufbewahrt wird, befinden sich auch in Heidelberg im Zentralarchiv zur Erforschung der Juden in Deutschland im Nachlass von Józef Wulf. Die drei Fragmente werden dort aber nicht einer Schrift und einer Person zugeordnet. Ein Abgleich mit dem Text Weicherts aus dem Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau hat aber ergeben, dass es sich um eine Abschrift der Aufzeichnungen Weicherts handelt. Die drei eingesehenen Fragmente geben nicht die kompletten Aufzeichnungen, sondern lediglich den zweiten Band und die ersten 86 Seiten des ersten Bandes wieder. Vgl. ZA, B 2/1, Serie B Nr. 1310 sowie ZA, B 2/1, Serie C Nr. 676–688.

wurde das edierte Tagebuch des Obmannes des Warschauer Judenrates Adam Czerniaków in die Untersuchung einbezogen,<sup>67</sup> weil sich bei der Auswertung des von Weichert verfassten Manuskriptes gezeigt hat, dass Czerniaków beispielsweise bei den ersten Gesprächen, die zwischen jüdischen Vertretern mit der Zivilverwaltung geführt wurden, anwesend war.<sup>68</sup> In der offiziellen Überlieferung des Warschauer Judenrates tauchen diese Gespräche nicht auf.<sup>69</sup> Aus diesem Grunde war es unabdingbar, das Tagebuch Czerniakóws in die Untersuchung einzubeziehen, da nur so – auch über die Erinnerungen und Aufzeichnungen Weicherts hinaus – ein breiteres Bild des Zustandekommens der *JSS* gegeben werden kann. Zudem ist das Tagebuch vor Kriegsende verfasst worden und kann demnach nicht von dem „Kollaboration“-Vorwurf gegen Weichert gefärbt sein. Neben diesen sehr zeitnah entstandenen Schriften liegen von Weichert noch vierbändige Erinnerungen<sup>70</sup> sowie eine Monographie vor, die sich allein mit der Hilfsorganisation beschäftigt.<sup>71</sup> Zudem existieren Erinnerungen des Leiters des *PHL* und *HHL* Adam Ronikier.<sup>72</sup> In geringem Umfang wurden zudem Texte der Holocaust- und Lagerliteratur in die Untersuchung einbezogen. Dies erfolgt vor allem an solchen Stellen, an denen die Überlieferung auf archivalischer Ebene unzureichend oder gar nicht vorhanden ist, aber auch bei Aspekten, die die Fremdwahrnehmung der *JSS* und *JUS* durch – vor allem polnisch-nichtjüdische – Zeitgenossen betreffen. Es handelt sich dabei um Texte, die dezidiert dem genannten Genre zugewiesen werden können, aber auch um lebensgeschichtliche Erinnerungen, die in Teilen die Zeit des Zweiten Weltkrieges thematisieren.<sup>73</sup> Neben den Schriften der in der vorderen Reihe beteiligten Personen, wurden zudem im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes die Bestände mit den Titeln *Pamiętniki*<sup>74</sup> und *Relacje*<sup>75</sup> mit Blick auf Personen, die in den Hilfskomitees und Delegaturen der *JSS* wirkten, ausgewertet. Bei dem erstgenannten Bestand handelt es sich um „zufällig“ entstandene Berichte, Tagebücher und Ähnlichem. Der zweitgenannte Bestand umfasst Berichte, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit von den „Jüdischen

---

<sup>67</sup> CZERNIAKÓW: *Im Warschauer Ghetto*. Eine Neuauflage des Werkes ist im Jahr 2013 erschienen – vgl. ADAM CZERNIAKÓW: *Im Warschauer Ghetto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942*, München 2013. Die Zitation in der vorliegenden Arbeit wird aus der Erstauflage erfolgen. Da die beiden Auflagen aber – abgesehen von dem der Neuauflage hinzugefügtem Nachwort von Marcel Reich-Ranicki – bis hin zu den Seitenzahlen identisch sind –, ist sie auch jederzeit für die zweite Auflage nachvollziehbar.

<sup>68</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 302/25, Bd. 1, Bl. 47f.

<sup>69</sup> Vgl. dazu etwa den Bericht über die Tätigkeit des Judenrates in Warschau im Zeitraum vom 7. Oktober 1939 bis zum 31. Dezember 1940, APW, 483/6, passim.

<sup>70</sup> WEICHERT: *Zichroines*. Bd. 1: *Galitsie, Win, Berlin* [Erinnerungen: Galizien, Wien, Berlin], Tel Aviv 1960; DERS.: *Zichroines*. Bd. 2: *Warsche* [Erinnerungen: Warschau], Tel Aviv 1961; DERS.: *Milchome* sowie DERS.: *Nochn Churbn*.

<sup>71</sup> WEICHERT: *Aleinhilf*.

<sup>72</sup> RONIKIER: *Pamiętniki*.

<sup>73</sup> So etwa KAPLAN: *Tagebuch*; KAROLINA LANCKOROŃSKA: *Mut ist angeboren. Erinnerungen an den Krieg 1939–1945*. Aus dem Polnischen von KARIN WOLFF, Köln/Wien/Weimar 2003; HALINA NELKEN: *Freiheit will ich noch erleben. Krakauer Tagebuch*, Gerlingen 1996 oder auch MIETEK PEMPER: *Der rettende Weg. Schindlers Liste – die wahre Geschichte*, Hamburg 2005.

<sup>74</sup> AŻIH, 302.

<sup>75</sup> AŻIH, 301.

Historischen Kommissionen“ in Polen gesammelt wurden. Bei der Auswertung der beiden Bestände wurden nur solche Quellen gewählt, bei denen schon bei der Durchsicht der Findbücher ersichtlich wurde, dass sie die *JSS* oder die *JUS* thematisieren – im Grunde genommen hätten alle Dokumente die sich in den beiden Beständen befinden und die von Menschen verfasst wurden, die auf dem Gebiet des Generalgouvernements lebten, relevant sein können. Der Fokus wurde jedoch auf Berichte von Personen gelegt, die selbst bei der *JSS* tätig waren und nicht auf solche der von den Organisation(en) profitierenden Bevölkerung. Dabei erwiesen sich diese Quellen als wenig relevant für die Untersuchung des Themas. Selbst für eine Untersuchung der Tätigkeit auf Ebene der Hilfskomitees und Delegaturen, wären diese Bestände wenig hilfreich, da auch in solchen Berichten, die von Personen stammen, die in unterschiedlichen Küchen arbeiteten, die Organisation(en) mit keinem Wort angesprochen wurden. Deshalb lassen sich daraus keine Erkenntnisse über das Funktionieren der Einrichtungen auf lokaler und regionaler Ebene gewinnen.<sup>76</sup> Einzig die bereits von Weichert genannten Aufzeichnungen befinden sich in einem der Bestände.<sup>77</sup> Zudem findet sich eine Aussage Edmund Seyfrieds in dem Bestand der „Relacje“, die wichtige Informationen über die Geschehnisse des zweiten Halbjahres 1944 enthält.<sup>78</sup> Für die Zeit liegen uns – wie im Folgenden noch thematisiert wird – kaum andere überlieferte Quellen vor.<sup>79</sup> Ferner wurde auch der Bestand der Erinnerungen im Archiv von Yad Vashem unter den oben genannten Prämissen ausgewertet.<sup>80</sup> Eine weitere wichtige Quelle für das Leben der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement ist die „Gazeta Żydowska“, die in der Zeit zwischen Ende April 1940 und Ende August 1942 erschien, zumal Weichert in seinen Erinnerungen angab, dass die erste Schließung der *JSS* auf einen in dieser Zeitung erschienen Artikel zurückzuführen sei.<sup>81</sup> Ergänzt wurde die Auswertung im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau durch die ebenfalls dort verwahrten Akten der Abordnung des *American Joint Distribution Committee* in Polen,<sup>82</sup> die des *Centos*,<sup>83</sup> sowie die Akten einiger Judenräte<sup>84</sup> sowie die Dokumentensammlung „dokumenty niemieckie“.<sup>85</sup> Neben den Quellen aus den Beständen des Archives des Jüdischen Historischen Institutes und den – im weitesten Sinne – „Selbstzeugnissen“ sowie dem verteilten Nachlass Weicherts, wurden Quellen aus polnischen, deutschen, israelischen, amerikanischen und schweizerischen Archiven in die Untersuchung einbezogen. Aus dem Archiwum Akt Nowych [Archiv Neuer Akten] (AAN) wurden

<sup>76</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 302/1124, 1128 oder auch 1153.

<sup>77</sup> AŻIH, 302/25.

<sup>78</sup> AŻIH, 301/6937.

<sup>79</sup> Vgl. dazu die einführenden Worte zu Kapitel III.

<sup>80</sup> YVA, O.3 sowie YVA, O.33.

<sup>81</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 2, S. 69.

<sup>82</sup> AŻIH, 210.

<sup>83</sup> AŻIH, 200.

<sup>84</sup> So etwa AŻIH, 218 (Warschau) und 221 (Krakau).

<sup>85</sup> AŻIH, 233.

vor allem die Akten des *HHA* und des *PHA* sowie Akten der Regierung des Generalgouvernements verwendet.<sup>86</sup> Es handelt sich dabei um Stellen, die der *JSS* und der *JUS* übergeordnet waren beziehungsweise mit dem *PHA* einer zumindest zeitweise de jure nebengeordnete Organisation. Im Archiwum Państwowe w Krakowie [Staatsarchiv Krakau] (APK) wurden unter anderem die Akten des Stadthauptmannes von Krakau<sup>87</sup> sowie Fragmente der Überlieferung des Präsidiums der *JSS*<sup>88</sup> ausgewertet. Das Staatsarchiv in Krakau stellte neben dem Staatsarchiv Warschau eine Ausnahme dar. Da in der vorliegenden Arbeit aufgrund des Zuschnitts und der Fragestellung auf regionale Fallstudien verzichtet wurde, wurden nur die staatlichen Archive in Warschau und Krakau in die Untersuchung einbezogen und diese nicht mit Blick auf die dortigen Hilfskomitees, sondern auf die Gesamtorganisation, die in Warschau gegründet wurde und deren Sitz von den NS nach Krakau verlegt wurde, untersucht. Im Archiwum Państwowe Miasta Stolecznego Warszawy [Staatsarchiv der Hauptstadt Warschau] (APW) wurden aus diesem Grund die Akten des Judenrates<sup>89</sup> und des Stadthauptmannes<sup>90</sup> analysiert, zumal der Obmann des Warschauer Judenrates an Verhandlungen mit den NS in Bezug auf die Fürsorge und Wohlfahrt beteiligt war. Von den Beständen amerikanischer Archive, wurden lediglich die Dokumente des *JDC* in die Untersuchung einbezogen sowie die zentralen Akten der New Yorker Zentrale, die sich mit der Hilfe für Polen vom Jahr 1939 bis zum Kriegseintritt der USA beschäftigen.<sup>91</sup> In den Archiven der Hoover Institution werden Akten der *Comporel* verwahrt.<sup>92</sup> Diese wurden nicht ausgewertet, da diese Organisation unabhängig von der „Volkszugehörigkeit“ für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement Hilfe leistete. Aus diesem Grund lief der Kontakt über den *HHA*, sodass eine Auswertung dieses Bestandes für die Beantwortung der Fragestellungen nicht zentral ist, da es keinen direkten Kontakt zwischen den Akteuren der *JSS* und *JUS* sowie diesen der *Comporel* gab.

Zudem konnten im Archiv von Yad Vashem in Jerusalem weitere Akten eingesehen werden, die für vorliegende Studie von Relevanz sind. Im Einzelnen handelt es sich um Bestände von ausländischen Akteuren, die Hilfe für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement leisteten.<sup>93</sup> Mit Blick auf ebendiese Organisationen wurde auch ein Bestand im Central Zionist Archive (CZA) in Jerusalem einbezogen.<sup>94</sup> In Yad Vashem wurden zudem die Akten eines Mitgliedes der Polni-

---

<sup>86</sup> AAN, 125 oder auch AAN, 111.

<sup>87</sup> APK, SMKr.

<sup>88</sup> APK, pnn.

<sup>89</sup> APW, Przewodniczący Rady Żydowskiej w Warszawie.

<sup>90</sup> APW, Stadthauptmannschaft Warschau.

<sup>91</sup> JDC, Records of the American Jewish Joint Distribution Committee: New York office 1933–1944. Die Einsicht der Akten erfolgte im Archiv von Yad Vashem, in dem Mikrofilme der New Yorker Akten aufbewahrt und zugänglich gemacht werden.

<sup>92</sup> Hoover Institution, 48000 Commission for Polish Relief Records.

<sup>93</sup> So etwa YVA, M.20.

<sup>94</sup> CZA, C 3.



schen Regierung im Exil, Ignacy Schwarzbart, untersucht, um einen Eindruck davon zu bekommen, was dort über die Tätigkeit der *JSS* und *JUS* bekannt war sowie ob und in welcher Weise Stellung dazu genommen wurde.<sup>95</sup> Auch die Sammlung zu Polen wurde einer Sichtung unterzogen – diese enthält aber kaum Material, das nicht schon aus anderen Archiven bekannt war.<sup>96</sup> Mit Blick auf die *JUS* wurden auch die Akten zu und von Oskar Schindler, die in Jerusalem aufbewahrt werden, analysiert.<sup>97</sup> Der Vollständigkeit halber wurde auch das lochamej haGeta'ot [Archiv der Ghettokämpfer] (GFH) besucht. Dort ließen sich allerdings kaum relevante Akten zum Thema finden. Die meisten Schriftstücke – Abschriften oder Kopien – waren mit sehr wenigen Ausnahmen bereits aus anderen Archiven bekannt.<sup>98</sup>

Ein Bericht der *JUS* ist in einem Archiv des Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies in den Niederlanden zu finden,<sup>99</sup> allerdings wird dieser in mehreren Ausführungen auch in anderen Archiven aufbewahrt. Daraus lässt sich allein der Befund ableiten, dass der Bericht auch ins Ausland gelangte, sofern man vor Ort im Archiv erfahren kann, wann der Bericht in das Archiv gelangte. Da das Zirkulieren der Berichte ins Ausland während der NS-Zeit durch andere Bestände – etwa solche in der Schweiz – auch ohne eine Reise nach Amsterdam geklärt werden konnte, wurde das niederländische Archiv nicht in die Untersuchung einbezogen. Damit sind bereits die nächsten Archive angesprochen – jene in der Schweiz. Für die vorliegende Studie sind das Archiv für Zeitgeschichte (AfZ) in Zürich sowie das Archiv des Internationalen Roten Kreuzes (ACICR) in Genf von Relevanz.<sup>100</sup> Es handelt sich um die Bestände des *Internationalen Roten Kreuzes* (IRK) zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, in denen sich aber allein Akten zur Zeit der *JUS* finden lassen.<sup>101</sup> Im erstgenannten Archiv finden sich die Akten des *Schweizer Israelitischen Gemeindebundes* (SIG), in denen Korrespondenz mit der *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* enthalten ist<sup>102</sup> – einer für die Organisation(en) im Generalgouvernement wichtiger Partner, an dem die Rolle des Auslands in der vorliegenden Studie unter anderem exemplarisch untersucht werden wird.

Im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB) konnte eine ganze Reihe an Beständen gesichtet werden, die für die Arbeit von Relevanz hätten sein können, bei denen sich zuweilen bei der Aus-

<sup>95</sup> YVA, M.2.

<sup>96</sup> YVA, O.6.

<sup>97</sup> V.a. YVA, P.41 sowie YVA, O.1 mit Blick auf Oskar Schindler und Julius Madritsch.

<sup>98</sup> Da dort sehr viele Bestände mit sehr wenigen Ergebnissen eingesehen wurden, kann an dieser Stelle nicht genauer darauf eingegangen werden. Einige Hinweise zum Material in diesem Archiv finden sich aber in den entsprechenden Fußnoten, in denen Dokumente aus diesem Archiv zitiert werden.

<sup>99</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Unterstütsungsstelle für die Monate August – September 1942, NIOD Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies, 187/167H.

<sup>100</sup> Da sich die benötigten Akten des zweitgenannten Archives als Kopienbestand im erstgenannten Archiv befinden, wurde für die Untersuchung lediglich auf die Bestände des Archives für Zeitgeschichte zugegriffen.

<sup>101</sup> ACICR, G 59/7-257.

<sup>102</sup> AfZ, IB SIG-Archiv.

wertung der Akten aber herausstellte, dass die zu untersuchenden Organisation(en) eine sehr untergeordnete Rolle spielten. Zum einen wurden Berichte der Stadt- und Kreishauptleute sowie der Gouverneure der Distrikte für unterschiedliche Zeiten ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass die Hilfskomitees sowie Delegaturen nur sehr selten genannt wurde und die *JUS* gar keine Erwähnung fand.<sup>103</sup> Auch in den Akten der Gouverneure, die im Bundesarchiv verwahrt werden, finden sich keine Dokumente die sich explizit mit der *JSS* beschäftigen – und auch in den Unterlagen, in denen es etwa um die Einrichtung von Ghettos geht, spielt die Organisation keine Rolle.<sup>104</sup> Zum anderen wurden auch die Akten der Regierung des Generalgouvernements ausgewertet. Die zentralsten Dokumente sind die zur Vereinsbildung im Generalgouvernement.<sup>105</sup> Von besonderer Bedeutung ist ein Bericht eines Wirtschaftsprüfers, der im Auftrag der Regierung des Generalgouvernements im März des Jahres 1944 eine „*generelle Überprüfung des Kassenwesens und der allgemeinen Finanzgebarung und der Wirtschaftsführung*“ der *Jüdischen Unterstützungsstelle* vornahm. Neben dem Bericht des Wirtschaftsprüfers, der eine Außensicht auf die Organisation liefert, sind Anhänge vorhanden. Bei diesen Anhängen handelt es sich um Durchschläge diverser Dokumente aus der Arbeit der *JUS*. Darunter finden sich etwa die Berichte der Organisation sowie Medikamentenlisten, die an die Lager und Betriebe versandt wurden und auch an anderer Stelle in den Akten zu finden sind. Von besonderer Bedeutung sind jedoch die detaillierten Listen, die Angaben über die belieferten Lagern und Betrieben sowie zu der jeweiligen Menge der gelieferten Hilfsgüter enthalten. Diese Listen – die taggenaue Angaben machen – sind besonders wertvoll, da sie an keiner anderen Stelle überliefert sind.<sup>106</sup> In den Beständen des „Reichsicherheitshauptamtes“ (RSHA) finden sich Unterlagen der europäischen Abordnung des *JDC*, in der sich unter anderem Protokolle finden lassen, in denen über die Fürsorge für die Juden und Jüdinnen in Polen diskutiert wird. Die Protokolle stammen aus der Anfangszeit des Zweiten Weltkrieges, so dass hier wichtige Aussagen zu den Plänen der amerikanischen Organisation während der Entstehungszeit der *JSS* zu entnehmen sind.<sup>107</sup> Die Dokumente über die außenpolitische Bedeutung der untersuchten Organisation(en) wurden im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA) analysiert. Die Akten, die in diesem Archiv eingesehen wurden beschäftigen sich vor allem mit der Hilfstätigkeit ausländischer Wohltätigkeitsorganisationen „*aus Anlaß des Krieges 1939/40*“ in Polen. Es handelt sich vor allem um Korrespondenz, die zwischen dem „Auswärtigen Amt“ und dem *Amerikanischen Roten Kreuz* (*ARK*), der

<sup>103</sup> Vgl. etwa BAB, R 52 III/16; BAB, R 52 III/17; BAB, R 52 III/22; BAB, R 52 III/23; BAB, R 52 III/24 und BAB, R 52 III/25.

<sup>104</sup> Vgl. etwa BAB, R 52 III/18; BAB, R 52 III/19; BAB, R 52 III/20 und BAB, R 52 III/21.

<sup>105</sup> Vgl. etwa BAB, R 54 III/4a; BAB, R 53 III/5; BAB, R 53 III/6; BAB, R 53 III/7 und BAB, R 53 III/7a.

<sup>106</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers Dr.-Ing. Bruno Siebert, Krakau, über die bei der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement [...] vorgenommene generelle Überprüfung des Kassenwesens und der allgemeinen Finanzgebarung und Wirtschaftsführung, 16.03.1944, BAB, R 52 III/51.

<sup>107</sup> BAB, R 58/9243.

*Comporel* sowie den *Quäkern* geführt wurde, zudem um Korrespondenz und Berichte, die im Kontext von Inspektionsreisen der amerikanischen Organisationen beziehungsweise Gesandten in das Generalgouvernement entstanden. In diesen Akten geht es nicht explizit um die jüdische Bevölkerung, sondern um die Zivilbevölkerung im Generalgouvernement, die jedoch die jüdischen Menschen und damit den Gegenstand dieser Arbeit impliziert.<sup>108</sup> Diese Unterlagen wurden vor allem mit Blick auf die Entstehungszeit der Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen im Generalgouvernement ausgewertet. Das Dienstagebuch des Generalgouverneurs Hans Frank wurde ebenfalls hinzugezogen, jedoch wurde hier lediglich auf die Edition zurückgegriffen, da sich darin keine weiteren Anhaltspunkte fanden, dass an anderer Stelle noch ausführlich zu dem Thema referiert wird.<sup>109</sup> Des Weiteren wurden im Bundesarchiv-Lichterfelde einzelne Dokumente mit dem Original verglichen.<sup>110</sup> Diese Überprüfung bestätigte den Eindruck der Lektüre der edierten Fassung, sodass in der vorliegenden Arbeit allein aus der Edition zitiert wird. Aus dem Archiv des „Deutschen Roten Kreuzes“ (ADRK) erwies sich letztlich nur eine Akte als relevant, in der sich unter anderem Presseartikel zu der Tätigkeit im Generalgouvernement befinden.<sup>111</sup> Weite Teile der Dokumentation des „Deutschen Roten Kreuzes“ (DRK) wurden im Jahr 1945 zerstört.<sup>112</sup> Es gab die Vermutung, dass sich in dessen Archiv relevante Materialien für diese Studie befinden, da „[m]it der Entsendung des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes [...] nicht die Absicht verbunden [war], eine eigene Organisation des Deutschen Roten Kreuzes im Generalgouvernement aufzubauen, sondern der Beauftragte [...] dort als Bevollmächtigter des Deutschen Roten Kreuzes die diesem dort obliegenden Aufgaben durchzuführen [hatte].“<sup>113</sup> Die ist jedoch nicht der Fall. Das Archiv des „International Tracing Service“ (ITS) wurde vor allem mit Blick auf die handelnden Personen ausgewertet. Allerdings war dies nicht sehr ertragreich. Allerdings fanden sich in den Dokumentensammlungen des Archivs einige relevante Schriftstücke.<sup>114</sup>

Neben dem archivalischen Material wurden auch zeitgenössische Druckschriften in die Untersuchung einbezogen: etwa solche die rechtssetzenden Charakter hatten; solche, die für den Dienstgebrauch der Beamten bestimmt waren; aber auch solche, die sich an die Bevölkerung im Generalgouvernement und im „Reich“ richteten und sich damit an die nationale Öffentlichkeit sowie an die Weltöffentlichkeit, etwa in Form von Journalisten, wandten. In diesem Bereich der Quellen ist auch das „Verordnungsblatt für das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ und die darin enthaltenen Gesetze und Verordnungen einzuordnen. Zwar wurden etwa

<sup>108</sup> So etwa PAAA, R 60691; PAAA, R 127544 sowie v.a. PAAA, R 43083–43087.

<sup>109</sup> Vgl. WERNER PRÄG/WOLFGANG JACOBMEYER (Hg.): Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen. 1939–1945, Stuttgart 1975. Im Folgenden: Dienstagebuch.

<sup>110</sup> Vgl. etwa BAB, R 52 II/225 oder auch BAB, R 52 II/226.

<sup>111</sup> ADRK, RK 16.

<sup>112</sup> Diese Information wurde der Autorin der vorliegenden Studie von einer Archivarin des Archivs mündlich mitgeteilt.

<sup>113</sup> Notiz aus der Hagener Zeitung, 02.02.1940, ADRK, RK 16.

<sup>114</sup> Vgl. etwa Plakat „An alle Juden!“, ITS, DOI 82181138 oder auch Abschrift Abwehrstelle Lublin an die Abwehrstelle Krakau betr. „Judenlager an der Grenze“, 24.09.1940, ITS, DOI 82181484–82181489.

die Geschäftsordnungen und die Satzungen<sup>115</sup> für die Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen nicht darin veröffentlicht, jedoch bieten sie uns andere Gesetze und Verordnungen, die das Leben der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement betrafen und einschränkten und so den Kontext lieferten, in dem die *JSS* agieren musste.<sup>116</sup> Wenngleich herausgestellt werden muss, dass sie nur bedingt und vor allem für die Zeit des Bestehens der *JSS* Informationen enthalten können, da in der Zeit, in der die *JUS* existierte die Tötungsmaschinerie der NS in vollem Gange und sich dies nicht in Gesetzen und Verordnungen niederschlug. Neben diesen gesetzgebenden Schriften sind Handlungsanweisungen für die Mitarbeiter in der Zivilverwaltung erschienen. Hier bietet uns der „Volkspolitische Informationsdienst“, der in drei Bänden erschien und von dem sich ein Band dezidiert mit der „Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement“ beschäftigt, eine wichtige Quelle, was den Besatzern, die in der Verwaltung arbeiteten, an die Hand gegeben wurde.<sup>117</sup> In diesem findet sich auch die erste Satzung und Geschäftsordnung in gedruckter Form.<sup>118</sup> Zudem wurden zwei im Auftrag des Generalgouverneurs herausgegebene populäre Schriften ausgewertet, die das Generalgouvernement zum Gegenstand haben.<sup>119</sup> Für andere Schriften dieser Art zeigte sich, dass sie für das Thema nicht von Relevanz sind.<sup>120</sup> Dennoch müssen auch diese erstgenannten Schriften als Quelle herangezogen werden, da sie uns einen Einblick davon vermitteln, was auf offizieller Seite über die Arbeit der Besatzer im Generalgouvernement und damit über die untersuchten Organisation(en) bekanntgegeben wurde. Neben den schriftlichen Quellen wurden auch Photographien in die Untersuchung einbezogen, die zu unterschiedlichen Zeiten und mit divergierenden Zielen entstanden sind. Zentral ist hier ein Bestand, der unter anderem

---

<sup>115</sup> Die Satzung und die Geschäftsordnung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* wurden in FRITZ ARLT (Hg.): Die Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt im Generalgouvernement. Heft 2 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940 publiziert. Die Veröffentlichung erfolgte in deutscher Sprache. Daneben finden sich weltweit Abschriften, Drucke und auch Übersetzungen in das Polnische in diversen Akten in unterschiedlichen Archiven – vgl. etwa JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 3 sowie Arc.Ms. Var. 371/XI 4, aber auch AŽIH, 211/1.

<sup>116</sup> Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete/Verordnungsblatt für das Generalgouvernement, hg. vom AMT FÜR GESETZGEBUNG IN DER REGIERUNG DES GENERALGOUVERNEMENTS, Krakau 1939–1944.

<sup>117</sup> ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt im Generalgouvernement. Der dritte Band der Reihe beschäftigt sich mit den Bevölkerungsverhältnissen im Generalgouvernement und hat damit noch eine bedingte Relevanz für das Thema – FRITZ ARLT (Hg.): Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement. Heft 3 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940. Der erste Band der Reihe thematisiert allein die ukrainische Bevölkerung und ist damit für die vorliegende Studie nicht von Relevanz.

<sup>118</sup> Satzung und die Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe wurden in ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt im Generalgouvernement veröffentlicht.

<sup>119</sup> MAX FREIHERR DU PREL (Hg.): Das Deutsche Generalgouvernement. Ein Überblick über Gebiet, Gestaltung und Geschichte, Krakau 1940 sowie DERS. (Hg.): Das Generalgouvernement. Im Auftrage und mit einem Vorwort des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Frank, Würzburg 1942.

<sup>120</sup> Zu nennen sind hier beispielsweise BRUNO HANS HIRCHE: Erlebtes Generalgouvernement, Krakau 1941 und Das Generalgouvernement. Reisehandbuch von Karl Baedeker, Leipzig 1943.

in Yad Vashem aufbewahrt wird und in dem sich über 400 Photographien aus dem Warschau des Jahres 1940 befinden.<sup>121</sup>

\*\*\*

„Eine Studie, die sich mit dem Verhalten der deutsch-jüdischen Funktionäre während des Holocaust befasst, läuft Gefahr, Beifall von der falschen Seite zu bekommen, d.h. von jenen, die glauben wollen, die verfolgten Juden hätten an ihrer eigenen Ermordung mitgewirkt.“<sup>122</sup> Dies konstatierte Beate Meyer in den einführenden Bemerkungen zu ihrer Studie zur *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* und ich kann es uneingeschränkt auf die Sorgen, die man bei der Erforschung von auf den ersten Blick jüdischen Organisationen und ihren polnisch-jüdischen Funktionären hegt, übertragen. Ulrich Herbert sagte über die Forschung zur Shoah im Allgemeinen aus:

„Am Ende muss betont werden, dass die Holocaust-Forschung kein wissenschaftliches Feld wie jedes andere ist. Zweifellos gelten auch für dieses Thema die strengen Regeln des geschichtswissenschaftlichen Arbeitens. Aber niemand, der über diese Themen forscht, kann die aufwühlenden, furchtbaren, erschütternden Erfahrungen einfach abstreifen, die man bei der Lektüre der Quellen und der Erlebnisberichte macht. Es ist nicht einfach präzise und kühl zu analysieren, wenn es im Text um die Deportation der Kinder eines Waisenhauses geht oder um die letzten Briefe von Menschen auf ihrem Weg in die Hinrichtung. Der Wechsel in die kalte Welt der Täter, zumal jener an den Schreibtischen, ist da nageliegend, oder die Flucht ins Fach der Perzeptionsforschung über den Umgang mit dem Judenmord in den Nachkriegsjahrzehnten, die mittlerweile beinahe doppelt so viele Studien produziert wie die Forschung über das Geschehen selbst.“<sup>123</sup>

Mit der vorliegenden Studie wurde dezidiert nicht versucht in das Feld der Täterforschung zu „flüchten“, wenngleich die Ziele der NS sowie die Zusammenarbeit zwischen den Organisation(en) und den Besatzern ein Bestandteil sind. Neben den Fragen, warum die NS eine solche Organisation während der massenhaften Verfolgung und Ermordung der Menschen, die sie als Juden und Jüdinnen definierten überhaupt zuließen, kommt einem unweigerlich in den Sinn, dass die Studie instrumentalisiert werden könnte. Deshalb sei an dieser Stelle – vielleicht teilweise die Ergebnisse der Studie vorwegnehmend – darauf hingewiesen, dass die NS mit der Schaffung der Organisation(en) Ziele verfolgten, die im Einklang mit deren Verfolgungs- und Vernichtungspolitik standen. Wenngleich die Quellenbasis zu dem Handeln der NS und zu den Zielen, die sie mit der Schaffung der *JSS* und vor allem später der *JUS* verbanden, im Vergleich zu der Tätigkeit der Organisation(en) an sich deutlich schlechter ist, muss – vor allem auch aufgrund der Bedenken, die man als Wissenschaftlerin der eigenen Arbeit gegenüber hegt – das Handeln und die Ziele der NS in jedem Kapitel

<sup>121</sup> Die Originale werden an unterschiedlichen Orten aufbewahrt. So u.a. in AŽIH und BJ. Zudem sind sie online über den Bildkatalog von Yad Vashem abrufbar. Sie werden dort unter FA32–FA36 geführt.

<sup>122</sup> BEATE MEYER: *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, Göttingen 2011, S. 9. Weiter heißt es: „Ich hoffe, meine Arbeit leistet solchen irrigen, die deutschen Täter exkulpierenden Annahmen keinen Vorschub. Vielmehr habe ich mich bemüht herauszuarbeiten, vor welchen sich ständig wandelnden Herausforderungen und Zwängen die jüdischen Repräsentanten in den Jahren 1939 bis 1945 standen und wie sich auf diese reagierten.“

<sup>123</sup> ULRICH HERBERT: *Holocaust-Forschung in Deutschland. Geschichte und Perspektiven einer schwierigen Disziplin*, in: FRANK BAJOHHR/ANDREA LÖW (Hg.): *Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung*, Frankfurt am Main 2015, S. 31–79, hier: S. 67f.

für den jeweiligen Zeitabschnitt eine besondere Rolle spielen. Diese wurden in eigenen Unterkapiteln und Abschnitten untergebracht und man muss hoffen, dass diese Studie nicht selektiv gelesen wird und auch diese Abschnitte, in denen die perversen Ziele der NS und deren Handeln untersucht werden, Beachtung finden. Die Bedenken habend, dass man missverstanden werden könnte, lässt einen bei der Lektüre und Auswertung der Quellen nicht untangiert. Man ertappt sich bei dem Gedanken, ob man Quellen jüdischer Funktionäre – teilweise auch aus der Nachkriegszeit –, in denen die Besatzer eine positive Würdigung erfahren, nicht unter den Tisch fallen lassen sollte, weil einem teilweise Quellen fehlen, die das Gegenteil aussagen. Durch dieses Ungleichgewicht fragt man sich, ob man zu den richtigen Ergebnissen kommt oder ob die Sicht der jüdischen Funktionäre auf die NS teilweise wirklich so positiv war. Zwischenzeitlich hegt man den Gedanken, ob man diese Studie, an die man ergebnisoffen heranging, nicht abbrechen soll, weil einem die NS in einem zu guten Licht erscheinen. Als ordentlich arbeitende Historikerin lässt man selbstverständlich die Quellen nicht unter den Tisch fallen und berücksichtigt sie in der Studie.

# **Der Weg zur Organisation und die gesetzlichen Grundlagen:**

Die *Koordinierungskommission* in Warschau  
und der Weg zur  
*Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*  
für das Generalgouvernement

1939/40

Jüdische Wohlfahrtsvereine gründeten unmittelbar nach dem Überfall der Deutschen Truppen auf Polen in Warschau eine *Koordinierungskommission*, die sich an das kurz zuvor eingerichtete *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* anschloss. Die Schaffung dieser beiden Einrichtungen und die Entwicklung zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* nicht mehr nur für Warschau, sondern für das gesamte Generalgouvernement, sind Gegenstände dieses Kapitels. In I.1 stehen die Einrichtung der *Koordinierungskommission*, deren Umbenennung in *Jüdische Soziale Selbsthilfe* und schließlich die Tätigkeit dieser im Mittelpunkt. In I.2 wird die Rolle von ausländischen Organisationen in der Zeit nach dem Beginn des Krieges vom Herbst 1939 bis in das Frühjahr 1940 untersucht wird. Dabei werden neben jüdischen Organisationen (I.2.1) auch solche untersucht, die für die Bevölkerung unabhängig vom Glauben oder der „Volkszugehörigkeit“ Hilfe leisteten (I.2.2). Unter anderem wird eine Fallstudie zur *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* durchgeführt (I.2.3), weil es sich bei dieser Organisation, die ihren Sitz in Zürich hatte, wohl um die Organisation handelte, die von Beginn an und bis in das Jahr 1944 hinein am kontinuierlichsten Hilfe leisten konnte und tatsächlich leistete. Daneben werden die *Commission for Polish Relief*, das *Amerikanische Rote Kreuz* und eine Initiative der *Quäker* in die Untersuchung einbezogen (I.2.2). Eine Sonderrolle nahm das *JDC* ein, da dieses bereits vor Kriegsbeginn eine Geschäftsstelle in Warschau hatte und auch nach dem Ausbruch des Krieges seine Tätigkeit fortsetzte und intensivierte (I.2.1). In I.3 wird der Blick auf die NS gelenkt. Eingeleitet wird dieses Unterkapitel mit einem Abschnitt zur Zivilverwaltung im Generalgouvernement (I.3.1), wobei der Schwerpunkt auf der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ liegt, die für den Gegenstand der vorliegenden Studie von höchster Relevanz war. In I.3.2 werden die Ziele, die die NS mit der Tolerierung der jüdischen Organisation verfolgten, analysiert. In dem letzten, umfangreichsten Unterkapitel (I.4), wird die Genese der gesetzlichen Grundlagen der *JSS*, des ihr übergeordneten *Haupthilfsausschusses* sowie des nebengeordneten *Polnischen* und *Ukrainischen Hauptausschuss* untersucht (I.4.3). Dargestellt werden die zwischen den jüdischen und polnischen Vertretern mit der Zivilverwaltung geführten Gespräche sowie die Diskussionen rund um die Entwürfe für Satzungen und Geschäftsordnungen der Organisationen (I.4.1) sowie die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Akteuren (I.4.2). In I.4.3 wird auf die Gründung des *HHA* und seiner untergeordneten Ausschüsse eingegangen und auf Grundlage der Satzungen und Geschäftsordnungen dargestellt. Mit Blick auf seine Bedeutung für die später zugelassene *JSS* wird zudem ein Vorgänger des *Haupthilfsausschusses* betrachtet (I.4.5). Ferner wird analysiert, warum der jüdische Ausschuss eine von den anderen Ausschüssen abweichende Bezeichnung erhielt (I.4.6).



## 1.1 Die *Koordinierungskommission* in Warschau

Der Überfall der Deutschen auf Polen, die kriegerischen Handlungen und die Bombardierung der Städte stellten die zivile Bevölkerung sehr schnell vor massive Probleme. In diesem Unterkapitel wird der Gründung der *Koordinierungskommission* der jüdischen wohltätigen Vereine in Warschau unmittelbar nach Kriegsbeginn untersucht. Die Fokussierung auf Warschau ist dem Umstand geschuldet, dass die hier untersuchte Kommission nur in dieser Stadt tätig war. Die Organisation muss als eine der Vorgängereinstitutionen<sup>124</sup> der späteren *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* angesehen werden, sodass ihr in der vorliegenden Studie Beachtung geschenkt werden muss, wenngleich sie sich in ihrer Tätigkeit lediglich auf Warschau beschränkte und diese Stadt für die weitere Untersuchung des Gegenstandes aufgrund ihrer Sonderrolle<sup>125</sup> weitgehend ausgeklammert wird. Auf ähnlich angelegte Komitees, die in anderen Städten bestanden haben könnten, kann – vor allem aufgrund der Quellenlage – nicht im Einzelnen eingegangen werden; zumal diese keine Rolle für das Entstehen der *JSS*, die Entscheidungsfindung der NS diese walten zu lassen beziehungsweise zur gründen, gespielt haben.<sup>126</sup> Krakau ist lediglich an den Stellen relevant, wenn es um Gespräche mit Vertretern der Regierung des Generalgouvernements gehen wird, da diese in Krakau, dem Regierungssitz des Generalgouverneurs,<sup>127</sup> stattfanden. Um die Tätigkeit der *Koordinierungskommission* im Folgenden besser einordnen zu können, soll ein kurzer Überblick über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement gegeben werden. Allerdings ist dies ein schwieriges Unterfangen,<sup>128</sup> da dieses Thema eigentlich eine eigenständige Bearbeitung verdient hatte. Aus diesem Grund beschränken sich die Ausführungen vor allem auf die Anfangszeit der deutschen Besatzung und der Fokus liegt auf den mit der Gründung der *Koordinierungskommission* und der *JSS* verbundenen Aspekten. Das Endergebnis der antijüdischen Politik war die Ermordung der meisten dort lebenden

---

<sup>124</sup> In vielen Städten und Orten gründeten sich Komitees, die regional und vor allem lokal soziale Hilfe leisteten. Dies ist auf der Basis primärer Quellen schwer nachzuvollziehen. Diese Organisationen können teilweise als Vorgängereinrichtungen der Hilfskomitees angesehen werden. Die Quellenlage ist außerordentlich schlecht. Außer der teilweisen Erwähnung dieser Komitees in der späteren Korrespondenz mit dem Präsidium, in der es um die Einsetzung der Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen ging, gibt es keine Dokumente zu diesen frühen Einrichtungen. Vgl. AŻIH, 211. Die Unterlagen sind vermutlich – genau wie die der Hilfskomitees und Delegaturen selbst – bei der Auflösung der Ghettos und der Deportation der Menschen zur Zwangsarbeit oder in den Tod verloren gegangen, sodass zu diesen Komitees in der frühen Zeit für die Städte und Dörfer im Generalgouvernement kaum Aussagen getroffen werden können. Zudem waren diese Komitees nicht in direkter Linie mit der Entwicklung der *JSS* verbunden, da die Akteure, die in Gespräche mit der Regierung des Generalgouvernements getreten sind, vor allem aus Warschau kamen. Aus diesem Grund erscheint es legitim, sich im Rahmen dieser Studie für die Zeit bis in das Frühjahr 1940 primär der Warschauer Organisation und ihrer Entwicklung zu widmen.

<sup>125</sup> Vgl. hierzu II.2.2.

<sup>126</sup> Vgl. hierzu I.3.2.

<sup>127</sup> CZESŁAW MADAJCZYK: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin (Ost) 1987, S. 31.

<sup>128</sup> Dies machte auch DAVID SILBERKLING in einem Aufsatz aus dem Jahr 2009 aus: DERS.: Faden, S. 233.

Juden und Jüdinnen, wofür es im Herbst 1939 jedoch noch keine Anzeichen gab<sup>129</sup> – so zumindest die in der Forschung vorherrschende Meinung.<sup>130</sup> Die Jahre 1939 bis 1940 waren gekennzeichnet von willkürlicher Gewalt und Mord. Die jüdische Bevölkerung war Prügel, öffentlichen Erniedrigungen, Entführungen auf offener Straße sowie Zwangsarbeit, Isolation und Massenmord ausgesetzt.<sup>131</sup> Die „Judenpolitik“ lässt sich im Generalgouvernement grob in zwei Phasen unterteilen: die erste begann im Herbst 1939 und währte bis 1942 und die zweite ist ab Frühjahr 1942 zu datieren. Beide unterscheiden sich durch die Zielsetzung und die Kompetenzträger. In der ersten Phase bestimmte die Zivilverwaltung weitgehend selbstständig die antijüdische Politik im Generalgouvernement. Ihre erklärten kurzfristigen Ziele waren es die jüdische Bevölkerung zu isolieren, sie aus der Wirtschaft auszuschalten und gleichzeitig zur Zwangsarbeit heranzuziehen. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement wurde Ende 1941 zum Bestandteil der „Gesamtlösung der Judenfrage“. Nur wenige Juden und Jüdinnen überlebten die nationalsozialistische Diktatur durch Flucht, im Zwangsarbeitslager oder im Versteck.<sup>132</sup> Mit der Übernahme durch den zivilen Verwaltungsapparat begann die antijüdische Politik im Generalgouvernement konkrete Formen anzunehmen. Bis dahin herrschte in dieser Hinsicht keinerlei Einheitlichkeit – vor allem wegen der doppelten Kompetenzverteilung auf die zivilen Organe der Militärverwaltung und die Sicherheitspolizei. Somit ging es zunächst darum, in diesem Bereich die Zuständigkeiten eindeutig zu klären, was endgültig im Sommer 1940 geschah, nachdem man Pläne zur Errichtung eines „Judenreservats“ im Distrikt Lublin verworfen hatte<sup>133</sup> und weder SS noch Polizei es vermochten ein eigenes realisierbares Konzept für die Judenpolitik vorzulegen. Dadurch gewann die Zivilverwaltung Handlungsspielräume für die Gestaltung einer eigenen „Judenpolitik“.<sup>134</sup> Die bis dahin anvisierten, kurzfristigen Planungen erwiesen sich seit dem Fallenlassen des „Reservatsprojektes“ als

<sup>129</sup> Zur Ermordung der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement vgl. etwa MLYNARCZYK: Judenmord; DIETER POHL: Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt am Main 1993 sowie DERS.: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien.

<sup>130</sup> Dagegen sprechen etwa die frühen Gewaltexzesse durch Polizeibataillone, bei denen schon im Herbst 1939 ganze jüdische Gemeinden vernichtet wurden. Vgl. dazu etwa MARKUS ROTH/ANNALENA SCHMIDT: Judenmord in Ostrów Mazowiecka. Tat und Ahndung, Berlin 2013. Zu weiteren frühen Gewaltexzessen vgl. etwa KLAUS-MICHAEL MALLMANN: „... Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören“. Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: KLAUS-MICHAEL MALLMANN/BOGDAN MUSIAL (Hg.): Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, Darmstadt 2004, S. 71–89. Als Quelle für die Nazi-Ideologie sei hier exemplarisch der bereits mehrfach genannte „Volkspolitische Informationsdienst“ angeführt. Falls nicht anders angegeben ist mit der Abkürzung „Volkspolitischer Informationsdienst“ im Folgenden immer das hier angegebene zweite Heft der drei Hefte umfassenden Reihe gemeint. Auf den Inhalt dieser Schrift wird im Folgenden noch genauer einzugehen sein. Vgl. ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt.

<sup>131</sup> Dazu etwa SILBERKLING: Faden, S. 237f.

<sup>132</sup> Vgl. HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/BOGDAN MUSIAL: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945, in: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ/KLAUS ZIEMER (Hg.): Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000, S. 43–111, hier: S. 90f.

<sup>133</sup> Zu dem Plan ein „Judenreservat“ zu schaffen vgl. CHRISTOPHER R. BROWNING: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2006, v.a. S. 65–74.

<sup>134</sup> Bereits Mitte September 1939 wurde in Berlin der Plan erörtert zwischen Bug und San ein „Judenreservat“ zu errichten, in das alle Juden und Jüdinnen aus dem gesamten deutschen Machtbereich deportiert werden sollten. Die Organisation dieser Vertreibung oblag Heinrich Himmler und seinem Stab und war somit eine Reichsangelegenheit.

nicht realisierbar, sodass das Generalgouvernement seine zentrale Bedeutung für die endgültige „Lösung der Judenfrage“ verlor und von da an mittel- und langfristige Zielsetzungen in den Vordergrund rückten. Die zivilen Verwaltungsstellen vor Ort gestalteten fortan die antijüdische Politik im Generalgouvernement – sie wurde damit zu einer regionalen Angelegenheit.<sup>135</sup> Musial machte in seiner Studie zur Rolle der Zivilverwaltung, die er exemplarisch an dem Distrikt Lublin durchführte, aus, dass den Kreis- und Stadthauptleuten eine entscheidende Rolle zukam.<sup>136</sup>

Hier seien einige Beispiele genannt, die für die antijüdische Politik in der frühen Zeit nach der Einrichtung des Generalgouvernements standen und ebenso für die Einrichtung einer jüdischen *Koordinierungskommission* sowie die Gründung der *JSS* von Bedeutung waren: Die Besatzer führten im Oktober 1939 den Arbeitszwang für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement ein.<sup>137</sup> Spätestens ab dem Jahr 1940 war die jüdische Bevölkerung aus der Sozialversicherung im Generalgouvernement ausgeschlossen<sup>138</sup> und bereits seit dem 1. Dezember 1939 bestand für Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement eine Kennzeichnungspflicht.<sup>139</sup> Als die NS 1939 Zentral- und Westpolen eroberten, fanden sie existierende jüdische Gemeinde- und Führungsstrukturen – die „Kehillah“ – vor, auf deren Basis sie die Kontrolle aufzubauen suchten und die „Judenräte“ schufen.<sup>140</sup> Für diesen wichtigen Bereich der antijüdischen Politik im Generalgouvernement gab es zunächst ebenfalls keine klare Regelung. Ihre Einrichtung war bereits mit einem Schnellbrief

---

Im März 1940 wurde der Plan fallengelassen. An die Stelle des Lublin-Projektes, das eine „Lösung der Judenfrage“, wohl aber nicht ihre Vernichtung auf dem Territorium des Generalgouvernements bringen sollte, trat die Idee, die europäischen Juden und Jüdinnen nach Madagaskar abzuschicken. Vgl. dazu SEIDEL: Besatzungspolitik, S. 223.

<sup>135</sup> Vgl. ebd.

<sup>136</sup> Vgl. MUSIAL: Zivilverwaltung, insbes. S. 118–120.

<sup>137</sup> Vgl. Verordnung über die Einführung des Arbeitszwangs für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement vom 26. Oktober 1939, in: VBlGG 1939, S. 5–7. In einer Durchführungsverordnung aus dem Dezember des Jahres 1939 wurden detaillierte Angaben zur Durchführung der Verordnung gemacht. Zweite Durchführungsverordnung zur Verordnung vom 26. Oktober 1939 über die Einführung des Arbeitszwangs für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements (Erfassungsvorschrift) vom 12.12.1939, in: VBlGG 1939, S. 246–248. Dazu wurde unter anderem ausgeführt: „Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Einführung des Arbeitszwanges für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements vom 26. Oktober 1939 (Verordnungsbl. G.G.P., S. 6) bestimme ich: § 1 Alle jüdischen Bewohner im Gebiet des Generalgouvernements vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr unterliegen grundsätzlich dem Arbeitszwang. Die Dauer dieses Arbeitszwanges beträgt in der Regel 2 Jahre; sie wird verlängert, wenn innerhalb dieser Zeit ihr erzieherischer Zweck nicht erreicht sein sollte. § 2 Die Zwangsarbeitspflichtigen werden zur Auswertung ihrer Arbeitskraft, nach Möglichkeit entsprechend etwa erlernter Berufe, bei lagermäßiger Unterbringung zur Arbeit eingesetzt. Nicht voll Arbeitsfähige finden ihrem Arbeitsvermögen entsprechend Verwendung. § 3 Die Erfassung der Arbeitszwangspflichtigen erstreckt sich zunächst auf die männlichen Juden vom vollendeten 12. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr. Diese werden durch öffentlichen Aufruf der Bürgermeister gemäß noch ergebender besonderer Weisung der Kreishauptleute aufgefordert, sich über ihren zuständigen Judenrat zur Einzeichnung in die Erfassungskartei zu melden. Die Bürgermeister sind neben den Judenräten für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Erfassung verantwortlich.“

<sup>138</sup> Vgl. Zweite Verordnung über die Sozialversicherung im Generalgouvernement (Unterstützung und Verfahren), in: VBlGG 1940, S. 92–95. „§ 8 (1) Versicherte Juden werden vorerst aus der Sozialversicherung lediglich durch ärztliche Behandlung, Heil- und Hilfsmittel unterstützt. In Ausnahmefällen, insbesondere bei ansteckenden Krankheiten oder dem Verdacht darauf, kann ihnen auch Krankenhausbehandlung gewährt werden.“

<sup>139</sup> Vgl. Verordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement vom 23. November 1939, in: VBlGG 1939, S. 61. „§ 1 Alle Juden und Jüdinnen, die sich im Generalgouvernement aufhalten und das 10. Lebensjahr überschritten haben sind verpflichtet am vom 1. Dezember 1939 ab am rechten Ärmel der Kleidung und Überbekleidung einen mindestens 10 cm breiten weißen Streifen mit dem Zionsstern zu tragen.“

<sup>140</sup> Vgl. SILBERKLING: Faden, S. 237.

Heydrichs vom 21. September 1939 bestimmt worden und die Einsatzgruppen und Landräte leiteten ihre Einrichtung in die Wege. Erst eine Verordnung Hans Franks vom 18. November 1939 schuf eine eindeutige und detaillierte Regelung der Einrichtung und der Aufgaben der Judenräte. Nach der Verordnung waren die Judenräte „Selbstverwaltungsorgane“, was wie blanker Hohn erscheint, da ihre einzige Aufgabe darin bestand Befehle der deutschen Dienststellen entgegenzunehmen und sie auszuführen. Bei Nichtbefolgung drohten drakonische Strafen. Entscheidend war jedoch, dass über die endgültige Zusammensetzung der Judenräte die Kreis- und Stadthauptleute entschieden, was der Zivilverwaltung den Zugriff auf die Institution sicherte.<sup>141</sup>

Infolge der Kriegereignisse verlor ein bedeutender Teil der jüdischen Bevölkerung seine Erwerbsquellen. Man zog Männer im Militäralter zum Heeresdienst ein, andere flüchteten aus den zentral gelegenen Gebieten in den Osten. Unzählige Familien waren ohne Ernährer. Aber auch die daheimgebliebenen erwerbsfähigen Personen grenzten die Besatzer aus dem Wirtschaftsleben aus. Der „Arisierungsprozess“ in Industrie, Großhandel und Bankwesen brachte eine beträchtliche Anzahl an Juden und Jüdinnen um ihre Beschäftigung. Die Angehörigen der freien Berufe – wie Rechtsanwälte, Schriftsteller, Künstler – verloren ebenfalls ihre Arbeitsstätten. Nicht weniger hart traf der Prozess neben dem Kleinhandel das Handwerk, das Kleingewerbe und die Arbeiterschaft. Die Kriegshandlungen vernichteten viele Werkstätten, Arbeitsplätze und Werkzeuge, die Absatzgebiete schrumpften und die Rohstoffbeschaffung stockte.<sup>142</sup> So mussten Tausende und Abertausende in größeren und kleineren Städten die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen. Unter ihnen befanden sich manche, die noch kurze Zeit zuvor zu den Spendern für die Fürsorge- und Wohlfahrtsvereine gehörten.<sup>143</sup> Unmittelbar nach dem Überfall auf Polen schufen im Herbst 1939 Angehörige der jüdischen Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen eine *Koordinierungskommission* in Warschau. Für die *Kommission* gab es keine gesetzlichen Grundlagen, sodass in diesem Abschnitt

---

<sup>141</sup> Die endgültige Durchsetzung dieses Anspruchs gelang erst Monate später. Mit einer am 25. April 1940 ergangenen Durchführungsverordnung wurde die ausschließliche Befehlsgewalt über die Judenräte den Kreishauptmännern übertragen. Im Prinzip galt das auch ab Mitte Juni des Jahres 1940 für die Stadthauptleute, allerdings mit gewissen Einschränkungen. Grund dafür war die starke Präsenz der Polizei in den Städten, wo die Sicherheitspolizei weiterhin den faktischen Zugriff auf die Judenräte behielt und bei sicherheitspolizeilichen und politischen Entscheidungen mit einbezogen werden musste. Für die dortigen Judenräte brachte dieser Zustand eine weitere Erschwerung ihrer Arbeit, denn sie mussten sich nunmehr mit beiden Besatzungsorganen arrangieren. Vgl. dazu SEIDEL: Besatzungspolitik, S. 225f. oder auch MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 280. Auf die Judenräte und deren Zusammenarbeit mit der JSS wird in Kapitel II noch genauer einzugehen sein. Für Kapitel I ist vorrangig der Warschauer Judenrat – mit seinem Vorsitzenden Adam Czerniaków – von Relevanz. Zu den Judenräten liegt Forschung vor, mit der bereits vergleichsweise früh begonnen wurde. Sie wurde dann allerdings lange Zeit nicht weitergeführt, so dass man noch heute auf ISAIAH TRUNK mit seinem Werk verweisen kann. DERS.: Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1977.

<sup>142</sup> Vgl. „Bemerkungen über die jüdische Wohlfahrtspflege“ vom 2. März 1940 unterzeichnet vom Koordinierungsausschuss der Fürsorge- und Wohlfahrtsaktionen, TOZ, Centos u.a., AŽIH, 211 aneks, Bl. 1–4, hier: Bl. 1. Im Folgenden: „Bemerkungen über die jüdische Wohlfahrt“.

<sup>143</sup> Vgl. ebd., Bl. 1.

keine Rechtsquellen einbezogen werden können. Auch die Korrespondenz, setzt erst mit der Konstituierung des Präsidiums der JSS ein.<sup>144</sup> Aus diesem Grund muss für die Erforschung dieser frühen Phase vor allem auf die Schriften Michał Weicherts und Dokumente des Ringelblumarchivs zurückgegriffen werden. Bereits mit dem Überfall der NS auf Polen konstituierte sich das *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* in Warschau.<sup>145</sup> Warschau war zu dieser Zeit die Hauptstadt Polens, die NS ernannten am 4. November 1939 Krakau zum Regierungssitz des Generalgouvernements.<sup>146</sup> Das *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe in Warschau* sollte – wie es in einer offiziellen Bekanntmachung hieß – auf „alle Eventualitäten“ vorbereitet sein, also auch auf eine eventuelle Okkupation der Hauptstadt.<sup>147</sup> In seinen Erinnerungen führte Weichert aus, dass die Organisation die Lebensmittel- und Kleidermagazine der bereits vor dem Überfall auf Polen bestehenden „Winterhilfe“ übernommen sowie Geldmittel von der Stadt zur Verfügung gestellt bekommen habe.<sup>148</sup> An der Spitze des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* habe ein Vorstand der „herrschenden Partei“ gestanden.<sup>149</sup> In seinen Aufzeichnungen aus dem Jahr 1944 schrieb Weichert, dass das Komitee aus neun Personen „stellvertretend für verschiedene Richtungen“ bestand: Leiter waren Artur Śliwiński, Stellvertreter Jan Strzelecki und Łobzowski, Mitglieder unter anderem Machnicki, Aberkiewicz, Chodźko und Generalsekretär Henryk Drozdowski.<sup>150</sup> Im Unterschied zu den Judenräten ging die Gründung der *Koordinierungskommission* auf Initiative der Betroffenen zurück. Sie erfolgte wenige Tage nach dem Überfall der Deutschen auf Polen. In einem im Januar 1940 verfassten Bericht wurde angegeben, dass Vertreter der in Warschau tätigen Vereine diese Kommission im Anschluss an das *Hauptstädtische Komitee für soziale Fürsorge* schufen. Es sollte die Tätigkeit der einzelnen Vereine koordinieren und „den neuen Umstaenden angemessen gestalten“.<sup>151</sup> Am Tag nach der Gründung des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* habe eine Beratung aller Vorstände der jüdischen Hilfsorganisationen im Beisein des Direktors des JDC stattgefunden, so Weichert.<sup>152</sup>

<sup>144</sup> AŻIH, 211 und AŻIH, 211 aneks.

<sup>145</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 9. Weichert führte aus: „Als der Krieg ausgebrochen ist – am 1. September 1939 – hat die polnische Regierung in Warschau das ‚Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe‘ gegründet.“

<sup>146</sup> MADAJCZYK: Okkupationspolitik, S. 31.

<sup>147</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 9.

<sup>148</sup> Vgl. DERS.: Milchome, S. 17.

<sup>149</sup> Vgl. ebd.

<sup>150</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 1. „W pierwszych dniach września Rząd powołał Stołeczny Komitet Samopomocy Społecznej (S.K.S.S.) oddając mu do dyspozycji zasoby i fundusze Pomocy Żmowej. Działalność S.K.S.S. była z góry obliczona na 'wszelkie ewentualności'. W skład komitetu wchodziło 9 osób, reprezentujących różne kierunki; przew. był Artur Śliwiński, zastępcami Jan Strzelecki i prof. Łobzowski, członkami m. innymi Machnicki, Aberkiewicz, Chodźko, sekretarzem generał Henryk Drozdowski.“

<sup>151</sup> Bericht über die Fürsorge fuer die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŻIH, Ring II/117. „Bei Kriegsausbruch traten die Vertreter der in Warschau taetigen Vereine zusammen und riefen im Anschluss an das geschaffene Komitee für soziale Fuersorge [...] eine Koordinierungskommission ins Leben, die die Taetigkeit der einzelnen juedischen Vereine zu koordinieren und den neuen Umstaenden angemessen zu gestalten hatte. Von den namhaften Vereine fanden sich in der Koordinierungskommission zusammen die Warschauer Abteilungen [...] ‚Centos‘ und ‚Toż‘, ferner das Zentrale Hilfskomitee fuer die Juden das Stadt Warschau und das Komitee fuer Handwerkerfuersorge. [...] So konnte sie einerseits die Haupttaetigkeit der einzelnen Vereine in Warschau aufrecht erhalten und andererseits an neue Aufgaben, die als Gebot der Stunde erschienen herantreten. [...] [A]n der Spitze der Koordinierungskommission steht Dr. Michael Weichert.“

<sup>152</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 10.

Auf seinen Vorschlag hin habe man im Zuge dessen beschlossen, dass für die Zeit des Krieges alle Vereine in ein „*Koordinierungs-Komitee*“ – wie Weichert es an dieser Stelle bezeichnet – zusammengeschlossen und dieses beim *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* angesiedelt werden sollte. Als Vorsitzender sollte der Direktor des JDC fungieren, als stellvertretender Vorsitzender Michal Weichert selbst. Ihm sollte die Zusammenarbeit mit der polnischen Organisation obliegen.<sup>153</sup> Weicherts Erinnerungen mit dem Titel „Milchome“ beginnen mit dem Überfall der Deutschen auf Polen und er stellte dar, dass dadurch die Hilfsorganisationen vor neue Aufgaben gestellt worden seien. Dies habe gezeigt, dass die Fürsorge- und Wohlfahrtsvereine untereinander sowie mit diesen Vereinen mit den anderen Institutionen der Stadt (für die nichtjüdische Bevölkerung) ihre Hilfe koordinieren müssten.<sup>154</sup> Ihn habe man bevollmächtigt, den Kontakt mit dem Präsidium der polnischen Organisation zu suchen. Er sei direkt zum Sitz dieser gegangen, um dort mit dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und dem Generalsekretär zu konferieren. Die Vizepräsidenten hätten den Anschluss begrüßt; die Haltung des Präsidenten sei „*reserviert und höchst diplomatisch*“ gewesen und sei so die ganze Zeit geblieben.<sup>155</sup> Im Gegensatz zu den Ausführungen in seiner Monographie „Jidische Aleinhilf“, gab er in den Erinnerungen an, die Berater des JDC hätten am Morgen nach dem Überfall auf Polen und der Gründung des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* zu einer Besprechung der Vorsitzenden der zentralen und örtlichen Hilfsgesellschaften eingeladen. In „Jidische Aleinhilf“ führte er lediglich aus, dass bei der Sitzung auch Vertreter der US-amerikanischen Organisation anwesend gewesen seien und ließ offen, wie die Versammlung zustande kam.<sup>156</sup> Auf der Sitzung habe er vorgeschlagen, dass alle jüdischen Gesellschaften ihre Tätigkeit für die Zeit des Krieges vereinigen sollten. Sie sollten sich zu einer „*Koordinierungskommission der jüdischen Hilfs- und sozialen Gesellschaften*“ zusammenfinden und dem *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* anschließen.<sup>157</sup> Im Laufe der Zeit ergab sich eine Änderung an der Spitze der *Koordinierungskommission*: Als sich der JDC-Vertreter Leon Neustadt wieder mit seiner ganzen Zeit der Tätigkeit im Büro der US-amerikanischen Organisation habe widmen müssen, sei er selbst – Weichert – zum Vorsitzenden und Emanuel Ringelblum zum Generalsekretär gewählt worden.<sup>158</sup> Die Tätigkeit der *Koordinierungskommission* setze unmittelbar nach ihrer Gründung ein. Durch die Räumlichkeiten der Hilfsorganisationen und das geschulte Personal war die nötige Infrastruktur vorhanden, so Weichert. Von Tag zu Tag sei die Zahl der Obdachlosen durch die anhaltende Bombardierung gewachsen. Daher seien in der ersten Zeit vor allem in Schulen und Kinos Heime für die Obdachlosen

<sup>153</sup> Vgl. ebd. In einer Fußnote auf der entsprechenden Seite merkte WEICHERT an, dass diese Konstellation bis zur Wahl des Präsidiums der JSS in dieser Zusammensetzung bestehen geblieben sei. Vgl. ebd., S. 10. Siehe dazu auch DERS.: *Milchome*, S. 18 oder AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 2.

<sup>154</sup> Vgl. WEICHERT: *Milchome*, S. 18.

<sup>155</sup> Ebd., S. 19.

<sup>156</sup> Vgl. ebd., S. 18 und DERS.: *Aleinhilf*, S. 10.

<sup>157</sup> Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 18.

<sup>158</sup> Vgl. DERS.: *Aleinhilf*, S. 10. Vgl. dazu auch DERS.: *Milchome*, S. 18 sowie AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 2.

geschaffen und dafür vom *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* sowie dem JDC Mittel und Material zur Verfügung gestellt worden.<sup>159</sup> Im Gegensatz dazu stellte Weichert in „Milchome“ dar, dass es zunächst Probleme zwischen der jüdischen und der polnischen Organisation bezüglich der Zuteilungen für die jüdische Bevölkerung gegeben habe, das *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* habe dann aber zugestimmt, Lebensmittel für die jüdische Bevölkerung für 30 Groszy pro Tag herauszugeben.<sup>160</sup> Die erste Zeit der Hilfstätigkeit und die Situation der jüdischen Bevölkerung in Warschau werden in „Milchome“ im Vergleich zu „Jidische Aleinhilf“ deutlich ausführlicher beschrieben. Schon nach den ersten Bombardierungen Warschaus waren viele Menschen obdachlos, nach den weiteren Bombardierungen wuchsen die Zahlen und zudem kamen Menschen aus nahen und weiter entfernten Orten und Städten nach Warschau, so Weichert. In Schulen, Kinos, Vereinslokalen etc. seien provisorische Heime für die Flüchtlinge eingerichtet worden. Weiterhin sei ein großer Bedarf an öffentlichen Küchen und Verteilstellen vorhanden gewesen und die Zuweisungen der polnischen Organisation, der sich die *Koordinierungskommission* angegliedert hatte, hätten nicht ausgereicht. Das JDC habe alle weiteren Kosten gedeckt. Im September, also dem Monat des Überfalls auf Polen, hätten bereits 9.000 Menschen die Hilfe der *Koordinierungskommission* in Anspruch genommen.<sup>161</sup> In seinen Aufzeichnungen thematisierte Weichert ebenfalls die direkte Aufnahme der Hilfstätigkeit durch die *Koordinierungskommission*. Er berichtete über die Einrichtung der Institutionen, die Hilfe leisten sollten, deren Lokale in Schulen, Kinos und den Vereinslokalen gebildet wurden. Die Zahl der Personen, die bereits im September 1939 von der Hilfe durch die Kommission profitierten, gab er in den Aufzeichnungen gleichlautend mit den Erinnerungen mit 9.000 Menschen an.<sup>162</sup> In diesem Dokument führte er allerdings abweichend von den anderen „Selbstzeugnissen“ an, dass die jüdische Kommission vom *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Geld – Weichert nannte hier 30.000 Złoty – erhalten habe.<sup>163</sup> In den Aufzeichnungen stellte er dar, dass die Hilfstätigkeit gerade während der Bombardierung schwer war und mindestens einmal, manchmal zweimal, am Tag „alarm na miasto Warszawy [Alarm für die Stadt Warschau]“ aus den Radios tönte.<sup>164</sup> Die Bombardierung der Stadt habe nicht aufgehört – immer wieder habe die Bevölkerung in Warschau aus dem Radio die Rufe „Luftalarm“ gehört. Weichert schrieb in „Milchome“ über Zerstörung und Tod sowie das Einrücken der Artillerie.<sup>165</sup> Massenhaft hätten sich Menschen zur Arbeit in den polnischen und jüdischen Hilfsorganisationen gemeldet – man habe deshalb neben der zentralen Hilfe auch private „Bespeisungen“

---

<sup>159</sup> Vgl. DERS.: Aleinhilf, S. 10.

<sup>160</sup> Vgl. DERS.: Milchome, S. 19.

<sup>161</sup> Vgl. ebd.

<sup>162</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 2f. „Pod naszą opieką znajdowało się e wrześniu około 9000 (dziewięć tysięcy) osób.“

<sup>163</sup> Ebd.

<sup>164</sup> Ebd., S. 3.

<sup>165</sup> Vgl. WEICHERT: Milchome, S. 19f.

organisieren können.<sup>166</sup> Er stellte die Probleme und Katastrophen dar, die sich in der Frühzeit der Arbeit der *Koordinierungskommission* zutrugen, obwohl sich viele im gesellschaftlichen Leben stehenden Juden und Jüdinnen in ihren Dienst gestellt hätten und sich viele außerdem nicht von der Bombardierung und dem Beschuss abhalten ließen, ins Büro, zu den Magazinen oder den Küchen zu gelangen.<sup>167</sup> Die Lebensmittel für die Küchen seien jeden Tag mit Handwägelchen von den Magazinen der *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* abgeholt worden.<sup>168</sup> Zwei Mitarbeiterinnen seien in dieser Zeit durch einen Bombenangriff getötet worden. Die beiden waren jedoch bei Weitem nicht die einzigen Opfer aus den Reihen der *Koordinierungskommission*, so Weichert.<sup>169</sup> In den Aufzeichnungen thematisierte er die Probleme in der Frühzeit der *Koordinierungskommission* sehr ausführlich: So schrieb er über die Bombenangriffe auf die Stadt und die dadurch erschwerte Hilfstätigkeit.<sup>170</sup> Aus dem Radio habe er die Nachricht der Kriegserklärung Frankreichs und Englands erfahren – es sei bekannt gewesen, dass die Deutschen bereits im Land und die Verbündeten Polens weit entfernt waren. Die zentralen Behörden hätten sich auf eine Evakuierung vorbereitet und am 6. oder 7. September habe die Regierung angekündigt, dass sie Warschau verlasse und erst nach dem Gewinn des Krieges zurückkommen würde.<sup>171</sup> Weiter schrieb er über einen Bombentreffer auf sein eigenes Haus. Er datiert dieses Ereignis auf den 15. oder 16. Dezember 1940, ganz sicher sei er sich nicht, er könne sich lediglich daran erinnern, dass es sich um den jüdischen Neujahrstag gehandelt habe.<sup>172</sup>

Im Januar 1940 legten die Verantwortlichen der *Koordinierungskommission* einen Bericht vor, der die „Fürsorge für die jüdische Bevölkerung“ zum Inhalt hatte. Sie berichteten darin vor allem über die *Koordinierungskommission* und die ihr angeschlossenen Vereine.<sup>173</sup> Im Generalgouvernement – genau wie im Vorkriegspolen – gab es Vereine, die sich um die Armenpflege kümmerten. Solche Vereine bestritten die mit ihrer Tätigkeit verbundenen Ausgaben sowohl durch Mitgliedsbeiträge als auch durch Zuwendungen von Behörden, öffentlichen Anstalten und Organisationen: „Manche dieser Vereine beschränkten ihr Tätigkeitsgebiet auf eine Stadt, andere erstreckten sich auf das ganze Land. Oft schlossen sich Vereine in den einzelnen Städten zu Landesverbänden zusammen.“<sup>174</sup> Zu den Letzteren hätten unter anderem die Verbände *Centralne Towarzystwo Opieki nad Sierotami* [Zentralgesellschaft für die Betreuung von

---

<sup>166</sup> Vgl. ebd., S. 20.

<sup>167</sup> Vgl. ebd., S. 22.

<sup>168</sup> Vgl. ebd.

<sup>169</sup> Vgl. ebd.

<sup>170</sup> Vgl. AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 3.

<sup>171</sup> Vgl. ebd., S. 4f.

<sup>172</sup> Vgl. ebd., S. 5f.

<sup>173</sup> Bericht über die Fürsorge für die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŻIH, Ring II/117; Information über die Tätigkeit der Koordinierungskommission der jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisationen zu Warschau, 10./12.02.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>174</sup> Bericht über die Fürsorge für die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŻIH, Ring II/117. In ähnlicher Weise auch Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŻIH, Ring II/118.



Waisen] (*Centos*), denen die Waisen- und Kinderfürsorge oblag, und *Towarzystwo Ochrony Zdrowia* [Gesellschaft für Gesundheitsschutz] (*Toż*), dessen Hauptaufgabe die Gesundheitspflege der armen jüdischen Bevölkerung war, gehört. Bei Kriegsausbruch traten die Vertreter der in Warschau tätigen Vereine zusammen und riefen „im Anschluss an das geschaffene Komitee für soziale Fürsorge“ die *Koordinierungskommission* ins Leben. Ihre Hauptaufgabe war es, die Tätigkeit der einzelnen jüdischen Vereine zu koordinieren und „den neuen Umstaenden angemessen zu gestalten“.<sup>175</sup> Von den namhaften Vereinen fanden sich in der *Koordinierungskommission* zusammen die Warschauer Abteilungen der oberwähnten *Centos* und *Toż*, ferner das *Zentrale Hilfskomitee fuer die Juden der Stadt Warschau* und das *Komitee fuer Handwerkerfürsorge* der „*Towarzystwo Popierania Rzemiosła*“ [Gesellschaft zur Förderung des Handwerks] (*ORT*): „Die angeschlossenen Vereine verfuegen ueber langjaehrige Erfahrungen, einen geschulten Beamten- und Angestelltenapparat, eigene Amtsraeume und entsprechende Hilfseinrichtungen. Dies alles wurde nun der *Koordinierungskommission* zur Verfuegung gestellt.“<sup>176</sup> So konnte die Haupttätigkeit der einzelnen Vereine in Warschau einerseits aufrechterhalten und andererseits an neue Aufgaben herangegangen werden. Eine der Hauptaufgaben in der Anfangszeit sei die Betreuung der nach Warschau strömenden Flüchtlinge gewesen:

„Es musste fuer eine – sei es auch einfache – Verpflegung und Unterbringung gesorgt werden. So wurden fuer die Fluechtlinge Volkskuechen und Massenquartiere eingerichtet. In 32 Kuechen wurden Fluechtlingen Suppen verabreicht, in 54 Sammelpunkten, vorwiegend in Theater-, Kino-, Schul- und Bethaus-Raeumen fanden ca. 7000 Fluechtlinge, ohne Unterschied von Glauben und Nationalität, Unterkunft. Als die Fluechtlinge nach der Uebergabe Warschaus in ihre Heime zurueckkehrten, wurden vorderhand die Massenquartiere aufgeloeset, die Heimkehrer erhielten Geldunterstuetzung zur Bestreitung der Reisekosten.“<sup>177</sup>

An dieser Stelle ist es wichtig darauf aufmerksam zu machen, dass die Verantwortlichen der *Koordinierungskommission* über Flüchtlinge im Allgemeinen schrieben und für deren Betreuung der „ohne Unterschied von Glauben und Nationalität“<sup>178</sup> sorgten. Dies war spätestens mit dem Erlass der Satzungen und Geschäftsordnungen für den *Haupthilfsausschuss* und den diesem unterstellten *Hauptausschüssen* – darunter die *JSS* – nicht mehr gestattet.<sup>179</sup> Allerdings rügten die Besatzer die *Kommission* für die Betreuung von Nichtjuden: „Sie schreiben in Ihrem Bericht [...], dass in 54 Sammelpunkten, vorwiegend Theater-, Kino- Schul-, und Bethäusern ca. 7000 Flüchtlinge, ohne Unterschied von Glauben und Nationalität, Unterkunft erhalten. Sie wollen davon Kenntnis nehmen, dass es Ihnen lediglich gestattet ist, für jüdische

<sup>175</sup> Bericht über die Fürsorge fuer die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŽIH, Ring II/117. In ähnlicher Weise auch Information über die Tätigkeit der Koordinierungskommission der jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisationen zu Warschau, 10./12.02.1940, AŽIH, Ring II/117 oder auch Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>176</sup> Bericht über die Fürsorge fuer die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŽIH, Ring II/117. In ähnlicher Weise auch Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>177</sup> Bericht über die Fürsorge fuer die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŽIH, Ring II/117. In ähnlichem Wortlaut auch in Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>178</sup> Bericht über die Fürsorge fuer die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>179</sup> Vgl. I.4.

Rassengenossen, allerdings gleich welcher Nationalität zu sorgen. Es ist Ihnen verboten Arier zu betreuen.“<sup>180</sup> Adam Czerniaków, der Vorsitzende des Warschauer Judenrats, notierte bereits in einem Tagebucheintrag für den folgenden Tag den Erhalt dieses Briefes.<sup>181</sup> Auf den Brief reagierte die *Koordinierungskommission* und gab an, dass sich die Ausführungen in dem Bericht lediglich auf den September 1939 bezögen. Um „etwaigen Missgriff in der Zukunft vorzubeugen“, habe man an die Organisationen und Anstalten, die der *Koordinierungskommission* unterstehen, bereits ein Rundschreiben gerichtet.<sup>182</sup> Die für die Betreuung der Flüchtlinge erforderlichen Mittel brachte die *Koordinierungskommission* auf und erhielt nur geringe Unterstützungen durch das *Hauptstädtische Komitee für soziale Selbsthilfe*. Der größte Teil der für diese Zwecke aufgewandten Ressourcen stammte wohl vom *JDC*.<sup>183</sup>

Außerdem setzte die *Koordinierungskommission* die Tätigkeit der Volksküchen fort<sup>184</sup> und betreute 6.866 Kinder – darunter Waisen – in Warschau. Diese Versorgung erfolgte vor allem durch *Centos* und *Toż*.<sup>185</sup> Szym Braude betreute die Volksküchen, Stanisław Benkiel die Fürsorge für Evakuierte und Obdachlose, Benjamin Zabłudowski und Izaak Brianski die *Centos*-Anstalten und für die Gesundheitspflege durch *Toż* war Jakub Rosenblum verantwortlich. Das *JDC* bezeichnete in der Korrespondenz mit der Regierung Weichert auch im Frühjahr 1940 immer wieder als Leiter der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* – wie sich die *Koordinierungskommission* seit Anfang 1940 nannte.<sup>186</sup> Neben der *Koordinierungskommission* oblagen nach wie vor der jüdischen Gemeinde – jetzt in Form des Judenrates – Aufgaben aus dem Bereich der Fürsorge und Wohlfahrt.<sup>187</sup> Die *Koordinierungskommission*

<sup>180</sup> Abschrift eines Schreibens der Regierung, Abteilung Volkswohlfahrt an die Jüdische Fürsorge Warschau, 15.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>181</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 33. „Ein Brief ‚Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete‘ vom 15.1.1940, Abteilung Volkswohlfahrt, in dem untersagt wird (als Antwort auf einen Bericht, daß 7000 Flüchtlinge ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität bei der Jüd[ischen] Sozialfürsorge Zuflucht gefunden haben), sich Ariern anzunehmen.“

<sup>182</sup> Abschrift Weichert an Chef des Distriktes Warschau, Abt. Volkswohlfahrt, 30.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>183</sup> Bericht über die Fürsorge fuer die jüdische Bevölkerung, 12.01.1940, AŽIH, Ring II/117. In ähnlicher Weise auch Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>184</sup> Ebd. „Die Taetigkeit der Volkskuechen [und der Ernaehrungsfürsorge] musste fortgesetzt werden. [...] So wurden im Oktober [5336] Suppen taeglich, im November – 33.970, im Dezember 40.608 an die Armen ausgegeben. Am 19. Januar 1940 betrug die Zahl der in [58] Volkskuechen fuer Erwachsene verabreichten Suppen – 49.531.“ In ähnlicher Art auch Information über die Tätigkeit der Koordinierungskommission der jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisationen zu Warschau, 10./12.02.1940, AŽIH, Ring II/117 sowie in ähnlichem Wortlaut auch in Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>185</sup> Ebd. „Ausserdem betreut zur Zeit ‚Centos‘ 6.866 Waisen und Kinder und zwar erhalten 675 volle Verpflegung und Unterkunft in 9 Internaten in Warschau und Umgebung, waehrend 4.506 in Kinderkuechen und 1.685 in Bespeisungspunkten einmal taeglich ein warmes Mahl erhalten. ‚Centos‘ besitzt auch eine Kinderuebernahmestelle, wo eine Selektion der Kinder stattfindet. Fuer Kinderernaehrung sorgt auch zum Teil ‚Toż‘ in einem Kinderheim fuer 125 Kinder im Vorschulalter, einer Kueche fuer Kinder und Muetter, die 625 Mittage zur Verteilung bringt und in 24 Kinderkuechen, wo 4.900 Kinder im Schulalter Mittage erhalten.“ In ähnlicher Weise auch Information über die Tätigkeit der Koordinierungskommission der jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisationen zu Warschau, 10./12.02.1940, AŽIH, Ring II/117 sowie in ähnlichem Wortlaut auch in Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>186</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 210/35, passim.

<sup>187</sup> Abschrift Präsident des Ältestenrates Warschau an Amt für Volkswohlfahrt Warschau, 16.01.1940, AŽIH, Ring II/117. „Der Aeltestenrat bei der Jüdischen Kultusgemeinde in Warschau hat die Leitung des Krankenhauses im Czysterevier / 1500 Betten/ in eigene Verwaltung übernommen und ausserdem 2 neue Quarantänespitäler für 1500 Genesende eröffnet. Wegen Mangels entsprechender Geldmittel, die zur Versorgung obiger Spitäler mit unentbehrlichen Gegenständen / Bettgestellen, Wäsche, Geräten u.dgl./ nötig sind, habe ich eine Sachsammlung bei der jüdischen Bevölkerung in Warschau veranstaltet und zu diesem Zwecke mich mit einem

führte – über die bereits dargelegten Tätigkeitsfelder hinaus – ab Januar 1940 Sammlungen von Kleidung und Wäsche durch. Ihre Mitarbeiter wuschen diese im Anschluss, desinfizierten die Kleidung und Wäsche und reparierten sie.<sup>188</sup> Zudem sammelte sie unter anderem in den Volksküchen unter den Juden und Jüdinnen Warschaus Geldbeiträge.<sup>189</sup> Die Abteilung Kleiderhilfe verteilte bereits in den Monaten November und Dezember 1939 sowie Januar 1940 etwa 15.000 Kleidungs- und Wäschestücke.<sup>190</sup> Unter anderem für solche Sammlungsaktionen formierten sich in Warschau – spätestens im Frühjahr 1940 – die sogenannten Hauskomitees.<sup>191</sup> Auch die Zusammenarbeit zwischen der *Koordinierungskommission* und dem Judenrat funktionierte, wie ein Eintrag Adam Czerniaków, des Obmanns des Warschauer Judenrates, in sein Tagebuch am 18. Februar 1940 belegt:

„Mende von der SS war gekommen und fuhr mich zum Ostbahnhof. Dort sagte mir nach ziemlich langer Wartezeit im Frost ein *Bahnhoffizier*, es müsse Essen für 150 Kriegsgefangene und 350 [weitere] beschafft werden. [...] Er wollte, daß ich die 150 irgendwo in Warschau unterbringe, aber unter Haftung [für] jeden 5-ten. Ich ging vor den Bahnhof, um in die Stadt zu fahren. Irgendein Soldat lief hinter mir her, packte mich am Kragen und führte mich zur Wache ab. Irgendein deutscher Eisenbahner entzifferte den ‚Ausweis‘ und man ließ mich mit Mühe und Not frei. Ich fuhr zum JDC in der Jasna-Str. Ich traf niemanden an. Von dort zu Dr. Weichert, ich machte ihn ausfindig. Schließlich zu Bornstein. Er versprach, heute Brot und Tee zu schicken.“<sup>192</sup>

Allerdings blieb die Situation der *Koordinierungskommission* in Warschau nicht dauerhaft wie beschrieben. Ende April war die Lage äußerst schwierig. Die Verantwortlichen der *Kommission* befürchteten, dass die Tätigkeit bald eingestellt werden müsse, sofern keine neuen Finanzquellen erschlossen werden könnten.<sup>193</sup> Damit war die Fürsorge und Wohlfahrt für die jüdische Bevölkerung in der Stadt Warschau in Gefahr. Aus einem Bericht der *Koordinierungskommission* über die Hilfstätigkeit in den ersten Monaten geht hervor, in welchen Bereichen die geleistete Hilfe lag. Aufgeführt werden

---

*Aufruf, obige Gegenstände zu spenden gewendet. Bis jetzt sind an obige Spitäler 70 Tragen verschiedener Sachen geliefert worden. Die erwähnte Sammlung ist weiter im Gange.“*

<sup>188</sup> Weichert an Chef des Distrikt Warschau Abteilung Volkswohlfahrt, 18.01.1940, AŽIH, Ring II/117. Vgl. dazu auch Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>189</sup> Weichert an Chef des Distrikt Warschau Abteilung Volkswohlfahrt, 18.01.1940, AŽIH, Ring II/117. „Da wenigstens einem Teil der Armen und insbesondere der Obdachlosen und Evakuierten mit Wäsche und Kleidung zu versehen, haben wir unter der juedischen Bevölkerung eine Sammlung von gebrauchten Waesche- und Kleiderstücken veranstaltet. Die gesammelte Kleidung und Waesche wird von uns gewaschen, desinfiziert und repariert.“

<sup>190</sup> Information über die Tätigkeit der Koordinierungskommission der jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisationen zu Warschau, 10./12.02.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>191</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 53. Vgl. hierzu II.2.2.

<sup>192</sup> Ebd., S. 42f.

<sup>193</sup> Ueberblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118. „Sollten nicht neue Quellen erschlossen werden, wird wohl die Wohlfahrtstätigkeit entweder ganz eingestellt, oder aber so weit eingeschränkt werden müssen, dass sie in gar keinen Verhältnis zu den bestehenden Erfordernissen bleiben wird.“

die Ernährungshilfe,<sup>194</sup> die Wohnungshilfe,<sup>195</sup> die Kleiderhilfe,<sup>196</sup> die Evakuiertenhilfe,<sup>197</sup> die Gesundheitspflege<sup>198</sup> sowie die Fürsorge für Waisen, Kinder und Greise.<sup>199</sup> Die *Koordinierungskommission* wies zudem darauf hin, dass man an die Erschließung neuer Einnahmequellen für die genannten Bereiche denken müsse, „wenn die soziale Fürsorge der jüdischen Bevölkerung schon in der aller-nächsten Zeit nicht völlig versagen soll.“ Die Auslandshilfe allein würde nicht genügen: „Vielmehr müssen Staat und Stadt auf irgendwelche Weise eingreifen.“<sup>200</sup> Als zweckmäßig wurde angesehen, die gesamte

<sup>194</sup> Vgl. Bemerkungen über die jüdische Wohlfahrt, Bl. 1. „1/ Ernährungshilfe. Bloss in Warschau erhalten in 67 Volksküchen 65.780 Erwachsene und in den 51 Kinderküchen 15.531 Kinder, als insgesamt 81.311 Personen einmal täglich eine warme Suppe. Oft bildet diese magere Suppe die einzige Nahrung des Betreffenden. Es werden Bemühungen angestellt, den Nährwert der Suppe zu heben, die jedoch an den Verpflegungsschwierigkeiten scheitern. Viele tausende hungrige Juden bitten vergebens auch nur um die Suppe. Von den mehr als vierhunderttausend Juden, die sich zur Zeit in Warschau befinden, müssten noch etwa hunderttausend Erwachsene und etwa dreissigtausend Kinder Nahrung oder Zusatznahrung erhalten. Ein geringer Teil dieser Anwärter wird schon jetzt mit Lebensmitteln einmal wöchentlich versehen, oder erhält unentgeltlich ein Glas Tee und manchmal ein Stück Brot. Ausserhalb Warschaws wird die Zahl der von den Volksküchen ernährten Juden schätzungsweise auf 400.000 errechnet.“

<sup>195</sup> Vgl. ebd., Bl. 2. „2/ Wohnungshilfe. Die von den Kriegereignissen verursachte Zerstörung von Wohnstätten hat die jüdische Bevölkerung besonders hart getroffen. In Warschau haben, schätzungsweise, etwa 30 % der Juden ihre Wohnungen verloren. Ein Teil dieser Obdachlosen fand vorübergehend Unterkunft bei Verwandten oder Bekannten. Andere erhielten einen Wohnungszuschuss von der Wohnungsfürsorge, um sich irgendwo einmieten zu können. Infolge der steigenden Verarmung muss in der nächsten Zeit mit einer grossen Zahl Räumungsprozesse gerechnet werden, die eine weitere Inanspruchnahme der Wohnungsunterstützungen zur Folge haben wird. Die Wohnungsnot in Warschau und einigen grösseren Städten wurde noch grösser, da die Einwohner der abgebrannten kleineren Städte ihre Heimstätten verlassen mussten und sich zur Zeit in grösseren Städten aufhalten.“

<sup>196</sup> Vgl. ebd., „3/ Kleiderhilfe. Nie war der Bedarf an Kleidern und Wäsche bei der verarmten Bevölkerung so gross wie jetzt. Viele haben infolge der Kriegereignisse ihre gesamte Habe verloren, manche sind aus ihren Wohnorten geflüchtet oder wurden evakuiert, ohne das Nötigste an Wäsche und Kleidern mitnehmen zu können. Den Betroffenen konnte nur in ganz geringem Umfange geholfen werden. So wurden in Warschau kaum 36.143 Kleidungs- und Wäschestücke an 28.000 Personen aus dem ganzen Generalgouvernement verteilt.“

<sup>197</sup> Vgl. ebd., „4/ Evakuiertenhilfe. Die oben erwähnten drei Gebiete der Hilfstätigkeit wurden in grösserem Ausmass von den Flüchtlingen und Evakuierten in Anspruch genommen. In Warschau sind bis zur Stunde 49.000 Evakuierte und Flüchtlinge registriert, etwa 20 dürften nicht erfasst worden sein. Die Registrierten werden in verschiedener Weise von der Fürsorge in Evakuiertenheimen, Evakuiertenasylan und Privatwohnungen betreut. Ausserhalb Warschaws wurden bis Februar 1940 130.224 Evakuierte in 90 Punkten registriert, die Zahl der noch nicht Erfassten dürfte schätzungsweise 150.000 betragen.“

<sup>198</sup> Vgl. ebd., „5/ Gesundheitspflege. Auch die Gesundheitspflege der jüdischen Bevölkerung wurde infolge der geschaffenen Lage vor neue Aufgaben gestellt. So ist z.B. in Warschau das grosse Krankenhaus aus Czyste mit 1192 Betten, das bis vor Kurzem von der Stadtgemeinde unterhalten wurde, mit dem 1. Januar 1940 in die Verwaltung des Judenrates übergegangen. Neu hinzugekommen sind zwei Isolierhäuser / Żelena Nr. 86 für 776 Betten und Leszno 109/111 für 654 Betten. Die prophylaktische-hygienische Fürsorge der jüdischen Bevölkerung, die nach wie vor im Generalgouvernement von dem T.O.Z. Verein besorgt wird, musste ebenfalls eine bedeutende Erweiterung erfahren. Unter anderem wurde in Warschau eine Sonderkommission zur Bekämpfung der Seuchengefahr errichtet, deren Budget mit über 100.000 Zł. im Monat vorangeschlagen ist, während die Kosten der oben erwähnten drei Kranken- und Isolier-Häuser sich auf genau Zł. 263.827 im Monat belaufen. Die Tätigkeit auf diesem Gebiete muss aber noch bedeutend verstärkt werden, insbesondere durch Betreuung der Evakuierten, mittels Zusatzverpflegung, Besorgung mit reiner Leib- und Bettwäsche, Seife, Heil- und Vorbeugungsmitteln, Schutzimpfungen, Errichtungen von Kranken- und Isolier-Häusern, vor allem aber durch eine gross angelegte Propaganda zur Erhaltung der Sauberkeit, zwecks Vorbeugung der Krankheitsgefahren.“

<sup>199</sup> Vgl. ebd., Bl. 3. „6./ Fürsorge für Kinder, Waisen und Greise. Infolge der Kriegsoperationen und der Schaffung der Demarkationsgrenze zwischen dem deutschen und dem sowjetrussischen Interessenkreis blieb eine ansehnliche Zahl Kinder ohne Elternschutz. Viele Familien sind ausserstande ihre Kinder genügend zu ernähren. So entsteht eine dringende Aufgabe für die CENTOS Vereine, denen in den einzelnen Städten die Waisen- und Kinderfürsorge obliegt, die Zusatzverpflegung der Kinder, ihre Bekleidung und Beschubung, die Unterbringung in Voll- und Halbinternaten, Kinderheimen, Spielgärten u.a. In vielen Städten, in denen aus verschiedenerlei Gründen kein Schulunterricht stattfindet, muss für eine entsprechende Aufsicht der Kinder im Schulalter gesorgt werden.“

<sup>200</sup> Ebd.

Wohlfahrt- und Fürsorgetätigkeit in drei Sektoren einzuteilen, die ihre Tätigkeit untereinander koordinieren sollten: zum einen die Auslandshilfe,<sup>201</sup> die Gemeindehilfe<sup>202</sup> und schließlich die „freiwillige Hilfe“.<sup>203</sup> Es wurde auf eine grundsätzliche Regelung der Angelegenheiten gedrängt und auf eine rasche Lösung für die wichtigsten Bereiche gehofft. Als solche werden in der schon erwähnten Denkschrift die Zuteilung von kontingentierten Lebensmitteln an die Fürsorge- und Wohlfahrtsanstalten genannt, ebenso wie die Gewährung von Zuschüssen an jene Anstalten, die nicht über eigene Mittel verfügten und die anderenfalls gezwungen wären ihre Hilfstätigkeit einzustellen und die Erteilung von Einfuhr- und Einkaufsgenehmigungen, sowohl aus dem Generalgouvernement als auch aus dem Reich für Lebensmittel, Kleiderstoffe, Konfektionen, Wäsche, Rohstoffe, der die jüdischen Fürsorgeanstalten zur Betreuung ihrer Pfleglinge bedürfen. Schließlich führte man „das Ermöglichen den in den Wohlfahrtsanstalten tätigen Juden einer restlosen Erfüllung ihrer Pflichten durch Gewährung der Bewegungsfreiheit und Nichtheranziehen zu anderen Arbeiten“ an.<sup>204</sup> Für die Stadt Warschau ist eine letzte Notiz über die Tätigkeit der *Koordinierungskommission* nur vier Tage vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* überliefert. Zu dieser Zeit wurden zwei neue, zuvor noch nicht aufgezählte Tätigkeitsbereiche genannt: eine Sonderkommission für Seuchenbekämpfung sowie die Abteilung für konstruktive Hilfe, die Handwerker und beruflich tätige Personen beim Einkauf von Maschinen, Werkzeugen und Rohstoffen unterstützen sollte.<sup>205</sup> Das oben Gesagte bezieht sich – in weiten Teilen – lediglich auf die Stadt Warschau. Im Distrikt Warschau gab es im April 1940 – also vor der offiziellen Gründung der *JSS* – insgesamt 68 Hilfskomitees.<sup>206</sup> Auf dem gesamten Gebiet des Generalgouvernements bestanden zu etwa dieser Zeit – einen

<sup>201</sup> Vgl. ebd., Bl. 4. „Der erste Sektor, die Auslandshilfe würde zunächst die amerikanische Hilfe umfassen, die von der altbewährten jüdischen Fürsorgeorganisation American Joint Distribution Committee organisiert wird. Die Sammlung von Geldspenden, Kleidungsstücken und Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten sollte fortgesetzt und die gewonnen Beiträge und Sachbestände unter die bestehenden jüdischen Vereine, Verbände und Hilfskomitees zur Verteilung gebracht werden. In diesen Sektor würde auch die Hilfe fallen, die das Internationale Rote Kreuz durch die Vermittlung des Haupthilfsausschusses /R.G.O./ beim Generalgouverneur und der örtlichen Hilfsausschüsse dem jüdischen Teil der Bevölkerung leisten wird.“

<sup>202</sup> Vgl. ebd. „Als zweiter Sektor wäre die Gemeindehilfe zu betrachten. Darunter ist die von den Judenräten zu leistende Fürsorge zu verstehen. Ihr Umfang wird wohl in den einzelnen Gemeinden verschieden sein, je nach dem was bisher mit Erfolg geleistet wurde.“

<sup>203</sup> Vgl. ebd. „Der dritte Sektor würde schließlich die freiwillige Hilfe umfassen, d.i. die direkte Hilfstätigkeit der bestehenden einzelnen Fürsorgevereine und Anstalten.“

<sup>204</sup> Ebd.

<sup>205</sup> Notiz über die Arbeit der Koordinierungskommission der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe wohl Weichert, 25.05.1940, AŽIH, Ring II/118. „Sonderkommission für Seuchenbekämpfung errichtete sanitäre Abteilungen. Desinfektionskolonnen, Bade- und Waschanstalten und organisierte Aufklärungsaktion grossen Massstabes, worin sie durch die Bezirks- und Hauskomitees unterstützt wurde. In April sind 13.000 Personen gebadet und 5.000 kg Wäsche gewaschen worden. [...] Die Abteilung für konstruktive Hilfe erteilt Hilfe am Handwerker und beruflich tätige Personen beim Einkauf von Maschinen, Werkzeugen und Rohstoffen.“ Wenn im Folgenden in den Akten- bzw. Dokumententiteln ein „wohl“ steht, so deutet dies an, dass die Angabe lediglich angenommen, aber nicht belegt ist.

<sup>206</sup> Die Jüdische Fürsorge im Distrikt Warschau wohl Weichert, [April 1940], AŽIH, Ring II/118. Da keine sehr viel weitreichendere Informationen über die Tätigkeit der Organisation gegeben werden, wird an dieser Stelle lediglich der Text der Notiz zitiert: „Die Jüdische Soziale Selbsthilfe /Koordinierungs-Ausschuss der jüdischen sozialen und Fürsorge-Vereine/ entstand in September 1939 unmittelbar nach dem Kriegsausbruch in Anlehnung an das Städtische Selbsthilfe-Komitee. Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe wird von den folgenden Sektionen und Abteilungen ausgeübt: 1/ Abteilung für Evakuierte, Flüchtlinge und Obdachlose In 7 grösseren Musterheimen und 104 kleineren Asylen sind etwa 7.000 Evakuierte, Flüchtlinge und Obdachlose untergebracht, während weitere 30.000 von Zuschüssen für Mietzins, Mahlzeiten in Volksküchen, Lebensmittelpaketen, medizinischer Hilfe und sanitärer Ueberwachung geniessen. 2/ Abteilung Volksküchen Anfang April belief sich die Zahl der in Warschau tätigen Küchen

guten Monat vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung für die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* – 626 jüdische Küchen, darunter vom *Toż* getragene Kinderküchen oder von *Centos* getragene Jugendküchen und Lebensmittelverteilungsstellen mit einer Ausgabe von 370.333 Tagesrationen. Der jüdische Verein *Toż* unterhielt 13 ständige Sanitätsstellen, 27 „Ambulatorien“, 24 Heilanstalten, 25 Krankenhäuser, 70 Badeanstalten und beschäftigte 120 Ärzte und 13 Schwestern. Außer den schon erwähnten Küchen für Kinder unterhielt der Verein *Centos* noch Internate, Kinder- sowie Waisenheime und Kinderhorte.<sup>207</sup> Zumindest für Warschau war die *Koordinierungskommission*, die dann unter „*Koordinierungskommission der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“ firmierte, noch erhalten geblieben.<sup>208</sup> Zu der Sonderrolle des Hilfskomitees der JSS in Warschau sollen an anderer Stelle in der vorliegenden Studie noch genauere Untersuchungen angestellt werden.<sup>209</sup>

---

auf 69, die etwa 67.000 Suppen täglich verabreichten. Insgesamt wurden im Zeitraum ab September 1939 bis April 1940 7.890.164 Suppen an Erwachsene verabfolgt. Anlässlich der jüdischen Osterfeiertage organisierte die Jüdische Soziale Selbsthilfe eine umfassende Osteraktion, innerhalb welcher 1.063.260 kg Nahrungsmittel, die in grossen Massen von den Liebesgaben ausländischer jüdischer charitativen Organisationen stammen, unter 250.000 Personen verteilt wurden. 3/ Die Kinder- und Waisenfürsorge unterhält bzw. subventioniert durch den CENTOS-Verein 13 Internate und 22 Kinderheime mit 4.400 Zöglingen. In 11 Kinderküchen und 53 Zusatzernährungsstellen werden 23.140 Kinder ernährt. 4/ Abteilung Gesundheitspflege übt durch den TOZ-Verein die medizinische und prophylaktische Ueberwachung der armen jüdischen Bevölkerung aus, so wie die sanitär-hygienische Aufsicht über den Einrichtungen der J.S.S. /Asyle für Evakuierte, Volksküchen, Internate und Kinderküchen/ und unterhält 9 unentgeltliche Ambulatorien und Heilanstalten und 1 Apotheke. 5/ Sonderkommission für Seuchenbekämpfung errichtete sanitäre Abteilungen. Desinfektionskolonnen, Bade- und Waschanstalten und organisierte Aufklärungsaktion grossen Massstabes, worin sie durch die Bezirks- und Hauskomitees unterstützt wurde. In April sind 13.000 Personen gebadet und 5.000 kg Wäsche gewaschen worden. 6/ Die Sammlungs-Abteilung organisiert Sammlungen von Geld, Materialien, Kleidungs- und Wäschestücken. Bis zum 15. Mai wurden 2 Sammlungen veranstaltet, die Folgendes ergeben haben: Gesamtzahl der gesammelten Stücke beträgt 86.547[.] Darunter Männer, Frauen, Kinderväsche und Bettzeug 36.415[.] Kleidungsstücke 27.312[.] Schuhe 4.173[.] Verschiedenes 18.647. Die Sammlung befriedigte jedoch nur in geringem Masse den Bedarf der Obdachlosen, die ihre eigne Kleidung verloren haben, sowie der vielen Evakuierten und Flüchtlinge, die ihre Sachen nicht mitzunehmen versuchten. Die alten Kleider, Kleidungs- und Wäschestücke werden vor der Verteilung einer gründlichen Desinfektion, Instandsetzung, Reinigung und Büglung in zu diesem Zwecke von der J.S.S. eingerichteten Werkstätten unterzogen. 7/ Die Abteilung für konstruktive Hilfe erteilt Hilfe am Handwerker und beruflich tätige Personen beim Einkauf von Maschinen, Werkzeugen und Rohstoffen.“ [Hervorhebungen im Original.]

<sup>207</sup> Vgl. HERBERT HEINRICH: Aufbau und Organisation der freien Wohlfahrt, in: ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt, S. 28–38, hier: S. 34f. Man gab zu den „Ernährungshilfen“ eine detaillierte Aufstellung: „**Distrikt Warschau** (außer Warschau-Stadt): 64 Volksküchen und 10 Lebensmittelverteilungsstellen, die 52 090 tägliche Rationen ausgeben. 24 TOZ Kinderküchen mit 17 315 täglichen Rationen. 48 Centos Jugendküchen mit 2 862 täglichen Rationen und 38 Centos Jugendküchen mit 5 845 täglichen Rationen. **Warschau-Stadt**: 69 Volksküchen mit 59 314 täglichen Portionen. 24 TOZ Kinderküchen mit 17 315 täglichen Portionen. 48 Centos Jugendküchen mit 12 451 täglichen Rationen. **Distrikt Lublin**: 24 Volksküchen und 72 Lebensmittelverteilungsstellen, die 81 043 Tagesrationen ausgeben. 6 TOZ Kinderküchen mit 1 475 Tagesrationen. 38 Centos Jugendküchen mit 5 717 Tagesrationen. **Distrikt Radom**: 46 Volksküchen und 67 Lebensmittelverteilungsstellen mit 77 231 Tagesrationen. 5 TOZ Kinderküchen mit 3 586 Tagesrationen. 15 Centos Jugendküchen mit 2 299 Tagesrationen. **Distrikt Krakau**: 52 Volksküchen und 25 Lebensmittelverteilungsstellen mit 42 158 Tagesrationen und 1 Centos Jugendküche mit 350 Tagesrationen.“ [Hervorhebungen im Original.] In einem Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement bis Juli 1940 wurde die Zahl der jüdischen Küchen mit insgesamt 647 angegeben. Die übrigen Angaben stimmen mit denen aus dem „Volkspolitischen Informationsdienst“ überein. Vgl. dazu Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Bd. 1: Raumordnung, Aufbau der Verwaltung, Rechtsetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung, in: BAB, R 52 II/247, S. 194 (da die Akte nicht paginiert ist, wurde hier die Seitenzählung des Berichtes übernommen). Im Folgenden: Bericht Aufbau GG.

<sup>208</sup> Vgl. YVA, O.21/16-3.

<sup>209</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Aufenthalt der Juden in geschlossenen Fürsorgeanstalten des Kreises Warschau-Land“, 01.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 215. „Wir gestatten uns in der Anlage eine Abschrift der Eingabe der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Koordinierungsausschuss in Warschau zu überreichen.“ Vgl. hierzu II.2.2.

Allerdings lief die Hilfe durch die *Koordinierungskommission* nicht so reibungslos, wie es anmutet: Weichert ging in „Jidische Aleinhilf“ unter anderem auf die Beschlagnahmung der Gelder der jüdischen Gemeinde und die Einrichtung des Judenrates in Warschau ein.<sup>210</sup> Dadurch sei die Arbeit der *Koordinierungskommission* noch weiter erschwert worden.<sup>211</sup> Die Schilderung ist nur sehr kurz und Weichert gab – wenig emotional – lediglich die Faktenlage wieder. Im Gegensatz dazu schilderte er das Geschehen in „Milchome“ deutlich ausführlicher. Die Ausführungen setzten mit der Beschreibung ein, dass wenige Tage nach der Belagerung die Gestapo zur jüdischen Gemeinde in Warschau gekommen sei und das Vermögen beschlagnahmt habe. Die Mitarbeiter seien verhaftet worden, die Gemeinde geschlossen und es die Ansage gemacht worden, dass es bald eine Bestimmung geben werde, wie die Gemeinde weitergeführt werden solle – wenige Tage danach sei der Judenrat eingerichtet worden.<sup>212</sup> Es folgen Angaben zur Person Adam Czerniaków, der von den Besatzern als Vorsitzender des Rates eingesetzt wurde.<sup>213</sup> Weichert schilderte weiter, dass die Juden und Jüdinnen aus Warschau geflohen seien, führte die Bildung des Ghettos in Warschau aus und informierte in einigen Sätzen zum jüdischen Leben in Krakau zu jener Zeit,<sup>214</sup> ehe er abermals auf die Haltung der Mitglieder des *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* gegenüber der jüdischen Bevölkerung und der *Koordinierungskommission* zu sprechen kam. Diese sei noch immer nicht eindeutig gewesen – im Präsidium der polnischen Organisation sei die Meinung dazu geteilt gewesen.<sup>215</sup> Zudem machte er konkrete Angaben zur Arbeit der *Koordinierungskommission*, die er in dieser ausführlichen Form in „Jidische Aleinhilf“ nicht tätigte. Die Organisation habe alle Zweige der sozialen Hilfe übernommen. In den zahlreichen Küchen hätten die Menschen einen Teller warme Suppe bekommen; selten erhielten die Bedürftigen dazu auch ein Stückchen Brot. Es gab zwei Typen von Küchen: Zum einen allgemeine Küchen, von denen jeder etwas bekommen konnte, und zum anderen geschlossene, die für bestimmte Kreise bestimmt waren. In diesen „Küchen“ sei außerdem mit den Kindern gelernt worden und es habe sich dort das gesellschaftliche und politische Leben abgespielt. Zudem habe es „Küchen“ für Literaten, Schauspieler und Künstler gegeben (diese seien in den ehemaligen Lokalen der Verbände untergebracht gewesen) sowie „Küchen“ von Berufsverbänden für „ihre“ Gruppen. Nahrungsmittel, die man habe lagern können (wie Mehl, Bohnen und Erbsen), habe die Versorgungsabteilung eingekauft und unter den Küchen verteilt; andere – wie Kartoffeln und Gemüse – hätten die Küchen selbst gekauft.<sup>216</sup> Zudem seien Heime für Vertriebene und Obdachlose eingerichtet worden – diese seien in drei Kategorien eingeteilt

---

<sup>210</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 11.

<sup>211</sup> Vgl. ebd.

<sup>212</sup> Vgl. DERS.: Milchome, S. 34.

<sup>213</sup> Vgl. ebd.

<sup>214</sup> Vgl. ebd., S. 35–42.

<sup>215</sup> Vgl. ebd., S. 42f.

<sup>216</sup> Vgl. ebd., S. 44.

gewesen: „Massenheime“ seien in drei- und vierstöckigen Häusern untergebracht gewesen. In Schulen seien Gruppen aus einer Stadt oder einer Ortschaft beherbergt worden. In früheren Mittelschulen seien „Musterpunkte“ mit Waschzimmern, eigenen Küchen und Kinderzimmern eingerichtet worden. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Vertriebenenabteilung der *Koordinierungskommission*. Andere Abteilungen oder generell eine Gliederung in Abteilungen, wie sie für die JSS später vorgenommen wurde,<sup>217</sup> erfolgte für die Vorgängereinstitution an keiner Stelle. Nach der Bombardierung von Warschau sei damit begonnen worden, Wäsche und Kleidung zu sammeln. In einem Rückgriff auf seine frühere Theatertätigkeit erreichte Weichert eine Spende Klara Segalowiczs aus dem Theaterfundus.<sup>218</sup> Segalowicz war mit dem Leiter des JDC-Büros in Warschau, Leon Neustadt, verheiratet.<sup>219</sup> Die ORT vergrößerte ihre Schneider- und Schusterwerkstatt, so Weichert. Durch die Erfahrungen, die aus Deutschland bekannt waren, hätten sich die Verantwortlichen der *Koordinierungskommission* auf das Schlimmste eingestellt.<sup>220</sup> Eine spezielle Abteilung habe sich mit der individuellen Unterstützung beschäftigt. Die Abkürzung der Abteilung war „P.I.“ – für „*Pomoc indywidualnie* [individuelle Hilfe]“, so Weichert.<sup>221</sup> Für sanitäre Hilfe sei ebenfalls die ORT zuständig gewesen, für Kinderbespeisungen *Centos*. Trotz der verzweigten Abteilungen und der Hilfe, die die *Koordinierungskommission* leistete, hätten die Mitarbeiter nur die primitivsten Bedürfnisse der vielen zehntausend Menschen die Hilfe benötigten bedienen können. Die Zahl der Bedürftigen stieg an.<sup>222</sup> Weiter ging Weichert recht ausführlich auf die finanziellen Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung ein. So hätten Juden und Jüdinnen nicht mehr als 2.000 Złoty bei der Bank ausgezahlt bekommen.<sup>223</sup> In einem Bericht aus der unmittelbaren Nachkriegszeit führte Weichert an, dass es unter diesen Umständen nicht leicht gewesen sei, die immer weitere Kreise umfassende Hilfstätigkeit der *Koordinierungskommission* aufrechtzuerhalten, zumal sie jeder rechtlichen Grundlage entbehrte.<sup>224</sup>

Nach Kriegsausbruch setzte etwa der schon angesprochene Verein *Centos* ununterbrochen seine Tätigkeit fort, indem er den geänderten Umständen Rechnung trug und sich insbesondere der Kriegsoffer annahm. Zu dem Verein wurde in der Denkschrift der *Koordinierungskommission* Folgendes dokumentiert: „*Gegenwärtig unterhält der Verein in Warschau und Umgebung 13 Waisenheime und Internate mit 1.700 Kindern, zwölf Kinderborte mit 2.220 Kindern, zwölf Kinderküchen für 6.000 Kinder, zwei*

<sup>217</sup> Vgl. etwa DERS.: Aleinhilf, S. 26.

<sup>218</sup> Vgl. DERS.: Milchome, S. 45.

<sup>219</sup> Polski Słownik Biograficzny, Warszawa/Kraków 1995, S. 154.

<sup>220</sup> Vgl. WEICHERT: Milchome, S. 45.

<sup>221</sup> Ebd., S. 45f.

<sup>222</sup> Vgl. ebd., S. 46.

<sup>223</sup> Vgl. ebd.

<sup>224</sup> Vgl. Bericht JSS/JUS 1946.



*Fürsorgestellen für Mutter und Kind, die 1.100 Säuglinge betreuen, 21 Aufsichtsstellen für 800 Kinder von Evakuierten und Obdachlosen.*<sup>225</sup> Überdies rief Centos gemeinsam mit dem Koordinierungsausschuss in Warschau bei den Hauskomitees 750 Kinderaufsichtsstellen für 25.000 Kinder ins Leben. Außerhalb Warschaus unterhielt oder unterstützte der Verband im Juli 1940 Anstalten in 15 Städten im Distrikt Krakau, 32 im Distrikt Warschau, 27 im Distrikt Lublin und elf im Distrikt Radom mit einer Gesamtzahl von etwa 19.500 Kindern.<sup>226</sup> Während des Krieges sei die Tätigkeit des *Toż*, insbesondere der Warschauer Abteilung, bedeutend ausgebaut worden, indem sie die ärztliche Betreuung der Obdachlosen, Evakuierten und Flüchtlinge, ferner die hygienische Überwachung der Volks- und Kinderküchen übernommen hätten. Es seien unter der jüdischen Bevölkerung umfassende Schutzimpfungen vorgenommen und die Sonderkommission zur Seuchenbekämpfung ins Leben gerufen worden.<sup>227</sup> Die Tätigkeit der Vereine war für die *Koordinierungskommission* zentral. Aus diesem Grund hielt man in „Anmerkungen zur jüdischen Wohlfahrt“ mit Blick auf eine gesetzliche Regelung der jüdischen Fürsorge fest: *„Um die Fürsorge zweckdienlich zu gestalten, wäre es erwünscht vom Bestehenden auszugehen. Die Vereine und Verbände, Organisationen und Anstalten, die sich in fortdauernder Tätigkeit bewährt haben und die über langjährige Erfahrungen, ein geschultes Beamten- und Angestelltenpersonal, Amtsräume und Einrichtungen verfügen, sollen ihre Tätigkeit fortsetzen dürfen. Desgleichen sollten auch jene Anstalten bestehen bleiben, die seit Jahr und Tag von den jüdischen Kultusgemeinden unterhalten werden. Es muss aber von vornherein jede konkurrierende Tätigkeit vermieden werden, die unter den gegebenen Umständen eine unverzeihliche Kraftvergeudung bedeuten würde.“*<sup>228</sup> Durch die *Koordinierungskommission* in den ersten Wochen nach dem Überfall und die enge Zusammenarbeit mit dem JDC war die Arbeit der jüdischen Organisation bereits auf eine gute Grundlage gestellt.

Hans Frank hielt in seinem Diensttagebuch am 31. Oktober 1939 fest, dass ganz klar der Unterschied zwischen dem *„deutschen Herrenvolk und den Polen“* herausgestellt werden müsse. Neben den Beamten müssten die Volksdeutschen direkt versorgt werden: *„Die NSV [„Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“, Anm. A.S.] sei ausschließlich für die Deutschen da, während sich die Polen – von den Juden sei überhaupt nicht die Rede – selbst helfen müssten, damit die ‚polnische Gemeinschaftsseele‘ ihr Leistungsvermögen zeigen könne. Ihre Verpflegung sei nur insoweit wichtig, als sie sie erarbeiteten; an sich seien sie gar nicht gewöhnt, daß sich jemand um sie sorge.“*<sup>229</sup> Eine gute Woche später fanden Besprechungen über die NSV mit Reichsminister Seyß-Inquart, Ministerialrat Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger, den Gouverneuren Wächter, Lasch und Fischer sowie dem Bevollmächtigten in Berlin Heuber statt. Dabei

<sup>225</sup> JSS an BuF über HHA betr. „Vereine“, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/276, Bl. 1308–1314, hier: Bl. 1309.

<sup>226</sup> Ebd.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Bemerkungen über die jüdische Wohlfahrt, Bl. 3.

<sup>229</sup> Diensttagebuch, 31.10.1939, Diensttagebuch [Lodz Besprechungen, 10 S.], S. 53.

stellte Gouverneur Fischer die Einrichtung des „*polnischen Hilfskomitees*“ für Warschau unter Oberaufsicht eines Volksdeutschen in Aussicht: „*Er betonte, daß für die Juden ein besonderes Ghetto gebildet werden müsste. Nach Meldung des jüdischen Ältestenrates seien in Warschau noch 30 000 Juden vorhanden.*“<sup>230</sup> Im 14. Dezember 1939 erteilte Friedrich Siebert, Leiter der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“, bei einer abermaligen Besprechung den „*Bestrebungen der NSV, im Generalgouvernement eine polnische NSV aufzu ziehen*“ eine Absage.<sup>231</sup> Am folgenden Tag teilte Landrat Siebert dem Generalgouverneur mit, „*daß in der Frage der NSV bereits eine Einigung zustande gekommen sei. Es habe ursprünglich so ausgesehen, als ob es Schwierigkeiten gebe zwischen dem NSV und der Stelle ‚Volkspflege‘. Nunmehr sei erreicht, daß die künftige Betreuung der polnischen Wohlfahrtsinteressen unter dem Begriff ‚Volkswohlfahrt‘ – nicht NSV – durchgeführt werde, während die ‚Volkspflege‘ den staatlichen Teil der Fürsorge übernehme.*“<sup>232</sup> Ende desselben Monats kam die NSV in die Stadt Warschau und startete dort ihre Tätigkeit. Über die Arbeit der NSV führten die Besatzer in einem Halbjahresbericht für den Distrikt Warschau aus: „*Spät in der Nacht fand im Kommandozelt des Hilfszugs Bayern in Łowicz noch eine Dienstbesprechung statt. Es wurde hervorgehoben, dass es geklappt hat. Für den nächsten Tag wurde der gänzliche Ausschluss der Juden bei der Betreuung befohlen und durchgeführt.*“<sup>233</sup> Dies spricht dafür, dass die jüdische Bevölkerung – zumindest für sehr kurze Zeit – an der Versorgung der Zivilbevölkerung durch die NSV partizipierte und die Besatzer sie dann von dieser Versorgung ausschloss. Dies kann allerdings auch rein dem Propagandaziel der NS gedient haben. Während der Verteilung des Essens bestand – so die Hypothese – die Chance, die Reihen der wartenden Menschen zu fotografieren und zu filmen. Da die jüdische Bevölkerung bereits seit Ende November 1939 verpflichtet war einen weißen Stoffstreifen mit einem blauen Davidstern zur Kennzeichnung zu tragen, wären die Juden und Jüdinnen zu erkennen gewesen.<sup>234</sup> Dafür, dass die Besatzer während der Essensausgaben tatsächlich filmten oder fotografierten, liegen allerdings keine Quellen vor.<sup>235</sup> Lediglich ein Tagebucheintrag von Chaim Kaplan stützt diese These: „*Die Deutschen wahrten bei ihrem Einmarsch in die Hauptstadt die Disziplin. Sie verkündeten sogleich, daß sie an die Bedürftigen kostenlos Brot verteilen würden. Vor dem Einmarsch – Bomben; nach dem Einmarsch – Brot für die Hungernden. Sie geben sich den Anschein einer wohlthätigen Armee, aber bei aller ihrer Wohlthätigkeit vergaßen ihre Flugzeuge nicht, über Warschau zu kreisen und die langen Reihen derer zu photographieren, die sich von dem ‚wohlthätigen‘ Feind Brot schenken ließen. So schlugen sie gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: sie sammelten*

<sup>230</sup> Ebd., 07.11.1939, Dienstagebuch [Krakau Besprechungen, 1 S.], S. 59f.

<sup>231</sup> Ebd., 14.12.1939, Dienstagebuch [Krakau Besprechungen, 5 S.], S. 80.

<sup>232</sup> Ebd., 15.12.1939, Dienstagebuch [Krakau Besprechungen, 6 S.], S. 81f.

<sup>233</sup> Die Innere Verwaltung im Distrikt Warschau. Halbjahresbericht. Vorgelegt und zusammengestellt vom Leiter der Abteilung „Innere Verwaltung“ im Amt des Distriktchefs Warschau, Reichsamtsleiter Dr. Gauweiler. Nur als Manuskript gedruckt, ohne Datum, AAN, 111/423, Bl. 50.

<sup>234</sup> Vgl. Verordnung über die Kennzeichnung von Juden im Generalgouvernement vom 23. November 1939, in: VBI GG 1939, S. 61. „§ 1 Alle Juden und Jüdinnen, die sich im Generalgouvernement aufhalten und das 10. Lebensjahr überschritten haben sind verpflichtet am vom 1. Dezember 1939 ab am rechten Ärmel der Kleidung und Überbekleidung einen mindestens 10 cm breiten weißen Streifen mit dem Zionsstern zu tragen.“

<sup>235</sup> Zu den Zielen, die die Besatzer mit ihrem Handeln in Bezug auf die Koordinierungskommission verbanden vgl. I.3.1.

*Propagandamaterial und stellten beweiskräftige Filme her.*<sup>236</sup> Ob es sich bei dem, was Kaplan schrieb, tatsächlich um eine Verteilung von Essen durch die NSV handelte, lässt sich heute nicht mehr überprüfen. Es erscheint allerdings unwahrscheinlich, da dieser Eintrag auf den 1. Oktober 1939 datiert ist – eine Zeit, in der die NSV noch gar nicht in der Stadt war. Drei Tage danach musste Kaplan über die „*wohlthätige Armee*“ feststellen: „*Wir sind schamlosen Mördern ausgeliefert. Die „wohlthätige“ Armee verteilt Brot und Suppe an die Hungrigen, und die armen Unglücklichen müssen sich stundenlang um ihre magere Portion anstellen; wenn aber ein Jude an die Reihe kommt, wird er grob zur Seite gestoßen und muß sowohl beschämt und mißhandelt als auch hungrig und durstig umkehren.*“<sup>237</sup> Die Besatzer gaben in einer Schrift an, dass die Tätigkeit der NSV als Grundlage der Fürsorgearbeit im Generalgouvernement gesehen werde müsse:<sup>238</sup> „*Die Fürsorge an den nicht deutschen Volkszugehörigen erstreckte sich über das polnische und jüdische Hilfswerk, die eng mit der NSV zusammenarbeiteten oder von ihr beaufsichtigt wurden.*“<sup>239</sup> Am 30. März 1940 wurde die NSV aus dem Generalgouvernement zurückgezogen.<sup>240</sup> Allerdings gaben die Besatzer in ihrer Schrift ebenso an, dass die „*Arbeit für Polen, Ukrainer und Juden*“ bereits ab Dezember 1939 eingestellt worden war.<sup>241</sup> Wichtig wird für die Besatzer und auch für die jüdischen Akteure zudem gewesen sein, dass mit dem Einzug der NSV nach Warschau, das *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* von der *Koordinierungskommission* abrückte. In einem Überblick über die Tätigkeit der *Koordinierungskommission* im April 1940 steht geschrieben, dass der „*Koordinierungs-Ausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“ zunächst unter der Aufsicht der Abteilung „*Volkswohlfahrt*“ des Distriktchefs Warschau und damit der NSV gestanden habe. Im Januar 1940 sei die Kommission dann der Abteilung „*Fürsorge*“ des Stadtpräsidenten unterstellt worden.<sup>242</sup> In einem im Juni 1940 verfassten Bericht über die Finanzquellen der – dann bereits – *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* hieß es, dass in Warschau für die Finanzierung der Tätigkeit Mittel der polnischen Organisation in Betracht kämen, die zu Beginn des Krieges von der polnischen Regierung gezahlt worden seien. Zunächst hätte die jüdische Bevölkerung der Stadt von diesen Mitteln profitiert. „*Auf Veranlassung der deutschen Behörden /N.S.V. – Herr von Janowsky/ stellte P.S.S. [Polnische Soziale Selbsthilfe, Anm. A.S.] die weiteren Auszahlungen ein.*“<sup>243</sup> In einem Halbjahresbericht der „*Inneren Verwaltung*“ für den Distrikt

<sup>236</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 47.

<sup>237</sup> Ebd., S. 49f.

<sup>238</sup> FRITZ ARLT: Vom Sinn und Aufbau des Gruppenezernats Bevölkerungswesen und Fürsorge, in: DERS. (Hg.): Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt, S. 3–7, hier: S. 6.

<sup>239</sup> Ebd., S. 6.

<sup>240</sup> Ebd.

<sup>241</sup> Ebd.

<sup>242</sup> Überblick über die Tätigkeit des Koordinierungs-Ausschusses der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Warschau [Weichert], 20.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>243</sup> Finanzquellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 20.06.1940, AŽIH, 211 aneks/126, Bl. 3. Das entsprechende Dokument ist auch in polnischer Sprache überliefert. Vgl. ebd., Bl. 1f.

Warschau gaben die Besatzer an, dass mit Einzug der deutschen Verwaltung eine Trennung zwischen der freien polnischen und der freien jüdischen Fürsorge durchgeführt würden und eine Betreuung der Juden und Jüdinnen von Seiten der staatlichen Fürsorge nicht mehr erfolgte.<sup>244</sup>

Ende Dezember 1939 oder Anfang 1940 änderte die *Koordinierungskommission* ihren Namen in *Jüdische Soziale Selbsthilfe*. Dies thematisierte Weichert in allen seinen Schriften. So schrieb er: „Nachdem die S.K.S.S. komplett von uns Abstand genommen hat, hat die Koord.-Kom. ihren Namen in ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ geändert.“<sup>245</sup> Wann genau diese Änderung vollzogen wurde, führte er nicht exakt aus. Es lässt sich lediglich aus der Nennung des Abrückens der polnischen Organisation schließen, dass dies noch Ende 1939 erfolgte. Etwas detaillierter erläuterte Weichert die Änderung des Namens in dem Band „Milchome“: „Rechtlich ist die Koordinierungskommission in der Luft gewesen. Seit das S.K.S.S. sich von uns abgewendet hat, habe man faktisch aufgehört, beim Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe zu sein. Wir haben von den Einrichtungen die Schilder mit dem grünen Kreuz abgenommen, was das Zeichen des S.K.S.S. gewesen war und wir haben auf die Magazine die Aufschrift American Joint Distribution Committee geschrieben. Bald darauf haben wir den Namen unserer Institution auf ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ geändert.“<sup>246</sup> Eine genauere Erläuterung, wie es zu der Änderung des Namens kam, erfolgt auch hier nicht. Allerdings werden in dieser Quelle zumindest die Schritte hin zur Namensänderung durch das Abnehmen der Schilder des Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe und dem Anbringen von Schildern des JDC genannt. Zudem erwähnte er die rechtlich unsichere Lage der jüdischen Organisation durch die Abwendung der polnischen Organisation. Warum gerade *Jüdische Soziale Selbsthilfe* als Namen gewählt wurde, thematisierte er nicht. Ebenso in dem Bericht für die ausländischen Hilfsorganisationen aus dem Jahr 1946 wies er in einem kurzen Absatz auf die Änderung des Namens hin:<sup>247</sup> „Namensaenderung. Um dieselbe Zeit aenderte auch die Koordinierungskommission ihren Namen auf ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘, da sie bereits seit Laengerem vom S.K.S.S. unabhaengig war.“<sup>248</sup> Eine Datierung nahm er nicht vor, erwähnt wird lediglich die schon länger erfolgte Unabhängigkeit vom Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe. Bemerkenswert ist, dass Weichert das Abwenden in dem Bericht mit dem positiv konnotierten Wort „unabhängig“ beschrieb, wohingegen er in den jiddischsprachigen Veröffentlichungen immer von einem „Abrücken“ sprach, was deutlich negativer konnotiert ist. Aufgrund dessen habe man sich zu einer Änderung des Namens entschlossen. In den polnischsprachigen Aufzeichnungen berichtete er ebenfalls von einer Namensänderung „po zupełnym usamodzielnieniu się [nachdem sie vollständig unabhängig geworden war]“.<sup>249</sup> Auch hier datierte

---

<sup>244</sup> Halbjahresbericht Distrikt Warschau, Bl. 70f. „Für die Durchführung der jüdischen Fürsorge und die Bestreitung der dafür erforderlichen Kosten sind die Juden selbst verantwortlich.“

<sup>245</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 12.

<sup>246</sup> DERS.: Milchome, S. 47.

<sup>247</sup> Vgl. Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>248</sup> Ebd.

<sup>249</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 63. „[...] [K]tórą wobec zmienionych warunków organizacyjnych, po zupełnym usamodzielnieniu się, przemianowaliśmy na Żydowską Samopomoc Społeczną.“

Weichert die Änderung des Namens nicht exakt. Die letztgenannte Zeitangabe vor dem Hinweis auf die Namensänderung sind die „*pierwsze miesiace 1940 r.* [ersten Monate des Jahres 1940]“.<sup>250</sup> Demnach thematisierte Weichert in allen „Selbstzeugnissen“ die Änderung des Namens von *Koordinierungskommission* in *Jüdische Soziale Selbsthilfe*. Wann diese Namensänderung genau anzusetzen ist, kann auch nach der Lektüre der „Selbstzeugnisse“ nicht exakt gesagt werden, da es – wie ausgeführt – über eine Nennung der Änderung kaum hinausgeht. Zudem existieren keine Informationen auf wessen Initiative die Namensänderung stattfand, ob andere Titel für die Institution im Gespräch waren oder ob es darüber größere Diskussionen gab.

Im folgenden Unterkapitel soll die Bedeutung des Auslands für die *Koordinierungskommission* und auf dem Weg zu einer Organisation für das gesamte Generalgouvernement untersucht werden.

---

<sup>250</sup> Ebd., S. 61.

## I.2 Die Bedeutung des Auslands in der Phase der Entstehung

„Durch die Wolken, die für uns den Himmel bedecken, drang ein kleiner Lichtstrahl. Wir haben erfahren, daß die amerikanischen Quäker eine Hilfsmission nach Polen entsenden wollen. Diesmal wird die Hilfe auf amerikanische Weise geboten werden, ohne Rücksicht auf Rasse und Religion, und selbst die Juden werden von der dargebotenen Hilfe Nutzen haben. Mögen sie gesegnet sein! Für uns ist es das erstmal, daß wir anstatt ‚Juden ausgenommen‘ die Formulierung ‚Juden einbegriffen‘ vernahmen, und sie hat in unseren Ohren einen seltsamen Klang.“<sup>251</sup>

Dies notierte Chaim Kaplan am 24. Januar 1940 in sein Tagebuch und führte weiter aus: *„Ist es wirklich wahr? Zu alledem kommt noch, daß die polnische Zeitung des Eroberers es für notwendig hielt (freiwillig oder unter Druck?), das in der Öffentlichkeit bekanntzugeben.“*<sup>252</sup> Die jüdische Bevölkerung habe es Amerika zu danken, dass auch sie einmal Anerkennung finde. Die Besatzer hätten vor Amerika eine *„tödliche Angst und fürchten sich davor, sich mit der amerikanischen Öffentlichkeit zu verfeinden.“*<sup>253</sup> Deshalb gebe es keine Beschränkung der den Juden und Jüdinnen vom JDC gereichten Hilfe und deshalb forderten die Eroberer nicht, dass die *Quäker* sie von ihrem Wohltätigkeitswerk ausschließen. Als sich im Ausland Gerüchte verbreiteten, dass die *Quäker*-Delegation auf Schwierigkeiten bei der Einreise in das Generalgouvernement stoße, beeilten sich die Eroberer, so Kaplan, mit einem Dementi und rühmten sich laut ihrer guten Absichten, dieser US-amerikanischen Wohltätigkeitsorganisation die Gelegenheit zu geben, der durch die Schuld der Regierung so tief gestürzten Bevölkerung zur Hilfe zu kommen: *„Ihr Herz fließt über vor Mitleid mit allen Geschöpfen dieser Erde. Selbstverständlich liegt darin kein Widerspruch zu der in der gleichen Zeitung veröffentlichten Mitteilung, daß Juden nicht das Recht haben, 200 Zloty in Kleingeld zu erhalten, wenn sie kraft des neuesten Erlasses ihre Hunderter- und Fünfhunderter Scheine bei der Bank ‚hinterlegen‘. [...] Schweren Herzens erlauben die Eroberer den wohltätigen Quäkern, ‚sogar den Juden‘ Hilfe zu leisten. Die Furcht der Amerikaner ist über ihnen.“*<sup>254</sup>

In diesem Unterkapitel werden die ausländischen Organisationen, die für die jüdische Bevölkerung – und teilweise für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung – im Generalgouvernement Hilfe leisteten untersucht. Dabei geht es nicht primär darum die gelieferten Hilfsgüter und deren Anzahl zu bestimmen, sondern die Initiativen der ausländischen Hilfsorganisation und die Reaktionen der Besatzer in ihrem Handeln zu ergründen. Bei den Hilfsorganisationen muss zwischen vier unterschiedlichen Gruppen unterschieden werden: jüdische ausländische Organisationen, die ohnehin bereits in Polen tätig waren, jüdisch-ausländische Organisationen, die sich explizit mit Hilfsangeboten an die jüdische Bevölkerung wandten, ausländische Hilfsorganisationen, die sich mit

---

<sup>251</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 128f.

<sup>252</sup> Ebd.

<sup>253</sup> Ebd.

<sup>254</sup> Ebd.

dem Angebot der Hilfe für das gesamte Generalgouvernement an übergeordnete Stellen wandten und als letzte Organisation das *Internationale Rote Kreuz* (IRK). Es ließen sich nur wenige Hinweise darauf finden, dass das IRK in der frühen Phase eine besondere Rolle spielte. Das IRK wird deswegen in diesem Kapitel kaum eine Rolle spielen und erst in II.6 und vor allem III.3 von Relevanz werden. Die *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* gab im April 1940 an, dass sie ihre bisherigen Pakete über das *Internationale Rote Kreuz* gesandt habe.<sup>255</sup> Es muss angemerkt werden, dass die in diesem Kapitel untersuchten Organisationen lediglich exemplarisch sind. Es gab viele weitere Einrichtungen, die sich um eine Hilfe für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement bemühten. Die Auswahl ist bei der Darstellung auf die ausländischen Organisationen gefallen, für die sich im Laufe der Recherche zeigte, dass sie am meisten für die Zivilbevölkerung im Generalgouvernement bewirkten. Auswahlkriterien waren, dass die geleistete Hilfe längerfristig und möglichst intensiv war. Zudem werden solche Institutionen berücksichtigt, die im Handeln beziehungsweise durch ihre Vorgaben bei der NS etwas auslösten. Aus diesem Grund werden in diesem Unterkapitel neben dem JDC die *Hafip*, das ARK und die *Quäker* sowie die *Comporel* genauer untersucht. Andere Initiativen – etwa vom *Brasilianisches Rotes Kreuz*, *Holländisches Rotes Kreuz*,<sup>256</sup> *Schwedischen Roten Kreuz*<sup>257</sup> oder solche des *Belgischen Roten Kreuzes*<sup>258</sup> – konnten nicht berücksichtigt werden.

Im Jahr 1942 brachte der *Polnischen Hauptausschusses* in einem Brief an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Regierung deutlich zum Ausdruck, dass sich die polnische Organisation „nicht aus freiem Antrieb seiner Mitglieder“ gegründet habe.<sup>259</sup> Im Gegenteil: „Im Zusammenhang mit dem Eintreffen im Generalgouvernement der Vertreter der amerikanischen Quäker, deren Reise den Zweck hatte, zu erforschen, auf welche Weise die geplante Hilfeleistung für Polen zu verwirklichen wäre, hat der damalige Leiter der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge Herr Dr. Arlt im Dezember 1939 den Unterzeichnenden Grafen Ronikier, der im vorigen Weltkriege im Vorstand einer Fürsorgeinstitution den Vorsitz führte, beauftragt, ihn den Entwurf einer Organisation der freien Wohlfahrtsaktion vorzulegen.“<sup>260</sup> Da die Gründung der JSS beziehungsweise aus Sicht der Regierung die Zulassung der JSS in direktem Zusammenhang mit der

<sup>255</sup> Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen, Zürich, an das JDC-Komitee, Paris, 26.04.1940, BAB, R 58/9243. Die *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* wird im Folgenden in den Fußnoten grundsätzlich mit *Hafip* abgekürzt werden.

<sup>256</sup> Rodzielnictwo leków i pomocy, BJ, 36/96. Dieses Schriftstück enthält Listen mit eingehenden Medikamenten und anderen Spenden, die in der Zeit zwischen dem 6. Februar und dem 18. Juni 1940 in das Generalgouvernement gelangt sind.

<sup>257</sup> Vgl. etwa Vermerk, 08.11.1939, PAAA, R 127544 oder auch Referat Lohman an Rechtsabteilung des AA, 05.12.1939, PAAA, R 43074.

<sup>258</sup> Vgl. etwa AA an das Reichsverkehrsministerium und Reichsfinanzministerium betr. „Transport eines von dem belgischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Krankenwagens mit Hilfsmaterial durch das Deutsche Reich nach Warschau“, 23.11.1939, PAAA, R 43074.

<sup>259</sup> Polnischer Hauptausschuss an BuF betr. „Eintragung in das Vereinsregister“, 26.09.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 56f. Der *Polnische Hauptausschuss* wird im Folgenden in den Fußnoten grundsätzlich mit *PHA* abgekürzt werden.

<sup>260</sup> Ebd. Es ging in dem Brief darum, dass Listen mit den Namen der Gründungsmitglieder für die Eintragung des *PHA* als Verein vorgelegt werden sollen. Das Schreiben ist nicht komplett überliefert. Er bricht nach der ersten Seite ab.

Gründung des PHA sowie des übergeordneten HHA gesehen werden muss, sind diese frühen Initiativen ausländischer Organisationen für diese Studie genauer zu untersuchen, gerade vor dem Hintergrund des in obigem Zitat Ausgeführten.

Schon relativ früh – Mitte November 1939 – legte das „Auswärtige Amt“ in Berlin die Richtlinien für Hilfsangebote aus dem Ausland zugunsten Polens fest: So habe der Reichsaußenminister mitgeteilt, dass zur Behandlung der Angebote von Hilfen für Polen aus dem Ausland folgende Richtlinien zu gelten hätten: „1.) Geld- und Sachspenden für Deutschland sind nach wie vor grundsätzlich abzulehnen. 2.) Geld- und Sachspenden für Polen können angenommen werden, wenn die Spender mit der Verteilung durch das Deutsche Rote Kreuz oder sonstige deutsche Stellen einverstanden sind. 3.) Es ist grundsätzlich unerwünscht, daß sich Delegationen fremder Rotkreuzgesellschaften im Ausland niederlassen. Dies gilt auch für die Amerikaner. Äußerstenfalls könne den Amerikanern zugestanden werden, daß sie einen Vertrauensmann bestellen, der aber kein Büro errichtet, sondern lediglich Adressat der Sendungen aus Amerika sein und sich im übrigen auf die Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz beschränken soll. Andere Staaten sollen keine Vertreter hierher senden. 4.) Mit dem Delegierten des Genfer Internationalen Komitees vom Roten Kreuz kann das bisherige Verfahren fortgesetzt werden, wonach er von Zeit zu Zeit nach Berlin zu Verhandlungen kommt. 5.) Reisen ausländischer Rotkreuzvertreter oder Vertreter anderer ausländischer Hilfsgesellschaften in das Gebiet des Generalgouvernements sollen künftig grundsätzlich nicht mehr stattfinden. Die bereits angekündigten Vertreter der Quäker können nach Deutschland hereingelassen, sollen aber zur möglichst baldigen Wiederausreise veranlaßt werden.“<sup>261</sup> Gerade der letzte Punkt sollte hervorgehoben werden: Zu diesem Zeitpunkt war es von Seiten der Reichsbehörden noch unerwünscht – und allenfalls als Ausnahme zugelassen –, dass ausländische Delegierte Reisen in das Generalgouvernement unternehmen, um den Empfang der Spenden zu kontrollieren und sich einen Eindruck von der Situation vor Ort zu verschaffen. Zu einem späteren Zeitpunkt war es, wie in II.6.5 noch zu zeigen sein wird, für einige US-amerikanische Organisationen eine gängige Praxis Reisen zu diesen Zwecken in das Generalgouvernement durchzuführen. Die oben genannten Richtlinien teilte das „Auswärtige Amt“ seinen Auslandsvertretungen mit. Dabei wurde herausgestellt: „Wohltätigkeitsorganisationen und Rotkreuzgesellschaften des Auslandes haben sich in verschiedenen Fällen zur Hilfeleistung für die durch den Krieg betroffenen ehemals polnischen Gebieten erboten. Für die Behandlung solcher Angebote sind folgende Richtlinien festgesetzt. Deutschland ist zu stolz, um Wohltätigkeit ausländischen Ursprungs für die deutsche Bevölkerung und die Soldaten an der Front entgegenzunehmen. Geld und Sachspenden in Gestalt von Medikamenten, Kleidung und dergleichen werden nur für die polnische Bevölkerung entgegengenommen.“<sup>262</sup> In dem Schreiben, das an die Botschaften und Gesandt-

---

<sup>261</sup> Aktennotiz, 16.11.1939, PAAA, R 43074.

<sup>262</sup> Abschrift AA an die Deutschen Botschaften in diversen Städten (etwa Ankara, Brüssel, Buenos Aires) sowie Gesandtschaften (etwa Bern, Oslo, Stockholm), 30.11.1939, PAAA, R 43074.



schaften erging, schrieb das „Auswärtige Amt“ über die Reisen von Vertretern ausländischer Hilfsorganisationen bereits, dass diese „*nur kurz befristet nach einer für jeden Fall besonders einzuholenden Weisung des Auswärtigen Amtes gestattet werden. Der Aufenthalt derartiger Vertreter in Deutschland darf nur ein vorübergehender sein, keinesfalls dürfen etwa ständige Büros errichtet werden. Die Einreise derartiger Vertreter ins das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete kommt regelmäßig nicht in Frage.*“<sup>263</sup> Mit dieser neuen Aussage waren zumindest kurze Inspektionsreisen von Vertretern der Hilfsorganisationen gestattet. Die NS gingen sogar soweit, dass sie in der Phase, in der die Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen noch nicht offiziell bestanden, einen fingierten *HHÄ* während einer Inspektionsreise der Amerikaner auftreten ließen. So wurde im Juli 1940 um eine Verschiebung der Reise der Amerikaner gebeten: „*Der Zeitpunkt der Reise ist ungünstig, da der Haupthilfssausschuss in Umbildung begriffen ist. Es läßt sich aber nicht absehen, ob demnächst ein günstigerer Zeitpunkt zu finden sein wird.*“<sup>264</sup> Wie das folgende Zitat deutlich macht, war diese Umbildung keine Umbildung im eigentlichen Sinne: „*In Warschau ist der polnische Haupthilfssausschuß seit der Reise von Hartigan umbesetzt worden. Herr Machnitzki ist noch darin. Es ist wichtig, daß den Amerikanern nicht aufgeht, daß der Haupthilfssausschuß im Falle Hartigan für diesen Zweck zusammengestellt war. Die Gräfin Tarnowska, die das Polnische Rote Kreuz in Warschau leitete, hat es abgelehnt, in den Haupthilfssausschuß einzutreten. Sie ist aber weiter im Polnischen Roten Kreuz tätig und, da sie englisch spricht, besonders nützlich.*“<sup>265</sup>

### **I.2.1 Das *American Joint Distribution Committee***<sup>266</sup>

Knapp sechs Wochen nach dem Überfall der deutschen Truppen auf Polen ging es in den Büroräumen des *JDC* zu „*wie in einem Irrenhaus*“, so Kaplan. Es gab Zehntausende von Bedürftigen. Sämtliche Räume waren voller Menschen. Das Geschrei und Getöse hörte den ganzen Tag lang nicht auf. Am Eingang stand ein Pförtner, der bei seinen Anweisungen nicht an seinem Platz blieb – die Leute, die ins Haus wollen, ignorierten ihn und bahnten sich mit ihren Ellenbogen einen Weg. Leute, die verschiedenste Unternehmen betrieben, machten sich beim *JDC* zu schaffen, und jeder war auf seine Annehmlichkeiten und Vorteile aus. Das Ganze sei erstaunlich – die ganze „*Kirmes*“ spielte sich ohne Wissen des Eroberers ab, der dafür offenbar gar kein Interesse zeigte, so die Beobachtungen Chaim Kaplans, die er am 16. Oktober 1939 in seinem Tagebuch niederschrieb.<sup>267</sup> Zwei Tage nach diesem Eintrag notierte Kaplan weiter:

<sup>263</sup> Ebd.

<sup>264</sup> Aufzeichnung, 03.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>265</sup> Ebd.

<sup>266</sup> Die enge Zusammenarbeit zwischen dem *JDC* und der *Koordinierungskommission* wurde bereits herausgestellt. Vertreter der amerikanischen Organisationen, die bereits vor dem Überfall in Polen tätig waren, waren an der Gründung der *Koordinierungskommission* direkt beteiligt. In diesem Abschnitt wird nun vor allem die Tätigkeit des *JDC*, die nicht direkt mit der *Koordinierungskommission* in Verbindung stand, untersucht und zudem neben der Warschauer Abteilung der Organisation auch die europäischen und amerikanischen Büros einbezogen. Zum *JDC* während der Shoah im Allgemeinen und auch zu Polen vgl. YEHUDA BAUER: *American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945*, Detroit 1981.

<sup>267</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 60.

„Möge jeder, der die Abgründe der Tragödie des polnischen Judentums ermessen will, in das Jointgebäude (Lesznostraße 13) kommen und dort das Tal der Tränen sehen. Aber selbst der Joint besitzt keine rechtlichen Befugnisse, und der Sieger weiß nichts von seiner Existenz. Zu unserem Glück sind die Geldmittel des Joint in den Händen des amerikanischen Konsulats und dem Zugriff des Feindes entzogen. Er würde sie sonst bis auf den letzten Cent beschlagnahmen. Aber die Unterstützungsgelder des Joint sind nur ein Tropfen im Meer. Großer Gott! Setzt du der polnischen Judenheit ein Ende? ‚Dein Volk‘ kann nicht verstehen: Warum schweigt die Welt?“<sup>268</sup>

Mit dem Kriegsbeginn trat in der Arbeit des polnischen Komitees des JDC „ein jäher Wechsel ein“. So hieß es in einem Bericht der Organisation aus dem Frühjahr 1940: „Die Kriegsergebnisse, sowie ihre unausbleiblichen Begleit- und Folgeerscheinungen mussten eine gründliche Umstellung der Hilfstätigkeit herbeiführen. Die normale Arbeit wurde unterbrochen, sämtliche Geldmittel wurden der Nothilfe zur Verfügung gestellt.“<sup>269</sup> Das JDC habe sowohl die Judenräte als auch die gesellschaftlichen Hilfskomitees im ganzen Lande subventioniert, um Ernährungs-, Wohnungs- sowie Kleiderhilfe zu leisten, um die Gesundheitspflege und Bekämpfung von Krankheiten, die Waisen- und Kinderfürsorge sowie die konstruktive Hilfe im Rahmen der Möglichkeiten zu fördern.<sup>270</sup> Den nationalsozialistischen Akteuren war ebenfalls bewusst, dass es sich bei dem JDC um eine Organisation handelte, die bereits vor dem Krieg in Polen tätig und eine große finanzielle Stütze für viele jüdische Wohlfahrtsvereine war.<sup>271</sup> Und auch für die ersten Monate des Zweiten Weltkrieges wusste die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zu berichten, dass das JDC für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement auch in materieller Hinsicht viel leistete.<sup>272</sup> Bereits im November 1939 ließen die NS dem Komitee des JDC besonderen Schutz angedeihen, da es sich um eine US-amerikanische Organisation handelte.<sup>273</sup> Kaplan notierte auch für den Dezember 1940, dass täglich Massen von Vertriebenen „in die unglückliche Hauptstadt“, also Warschau, strömten, „lauter geschlagene Flüchtlinge, die eines schönen Tages aus ihrer Heimat gejagt wurden.“<sup>274</sup> Beim Anblick dieser verzweifelten Menschen blute einem das Herz: „Infolge der Größe dieser Katastrophe kann man nicht einmal an konstruktive Hilfe denken. Die einzige Institution, die ihnen vorübergehend hilft – mit Bettlergaben, die jeweils gerade für einen Tag ausreichen –, ist der Joint, der sein Büro in der Lesznostraße 13 hat.“<sup>275</sup> An manchen Stellen der Erinnerungen oder Tagebuchaufzeichnungen aus Warschau kann nicht klar unterschieden werden, was die Tätigkeit der Koordinierungskommission und was diese des JDC war. Weichert schrieb in seinen Aufzeichnungen aus dem

---

<sup>268</sup> Ebd., S. 62f.

<sup>269</sup> Tätigkeitsbericht des JDC in Warschau im Monat April 1940, ohne Datum, AŽIH, 210/3, Bl. 2. Der Tätigkeitsbericht informiert weiterhin über die einzelnen Bereiche der Hilfstätigkeit und dabei vor allem über die „Osteraktion“ im Jahr 1940.

<sup>270</sup> Ebd.

<sup>271</sup> Vgl. HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 34.

<sup>272</sup> Vgl. ebd., S. 35f.

<sup>273</sup> Abschrift Amerikanisches Konsulat an die betreffenden Behörden, 06.11.1939, AŽIH, 210/33, Bl. 4. „Ich bescheinige hiermit, dass American Joint Distribution Committee in Warschau [...], eine amerikanische Wohlfahrtsorganisation ist und dass die in ihren Räumen befindlichen Gegenstände und Akten sowie Waren, Besitz und Eigentum der genannten Organisation ist. Es wird gebeten, dass die Interessen dieser amerikanischen Organisation gewahrt werden.“

<sup>274</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 97.

<sup>275</sup> Ebd.

Jahr 1944, dass das *JDC* nicht nur das Geld für die *Kommission* geliefert, sondern selbst eine große Hilfstätigkeit entwickelt habe.<sup>276</sup> Neben der *Koordinierungskommission*, die einen engen Kontakt zum Warschauer Judenrat pflegte, arbeitete der Judenrat Ende 1939 und Anfang 1940 ebenso mit dem *JDC* zusammen, das zu dieser Zeit noch seinen Sitz in Warschau hatte.<sup>277</sup>

Nicht nur in Warschau selbst, sondern auch die europäischen und die US-amerikanischen Einrichtungen des *JDC* sorgten sich um die jüdische Bevölkerung schon bald nach dem Überfall der Deutschen auf Polen. Bereits in Laufe des Oktobers 1939 kam es zu einem regen Schriftverkehr zwischen der europäischen Abordnung der New Yorker Zentrale des *JDC*. Diese resultierten aus der Kriegslage und der damit verbundenen Probleme, vor die sich die europäischen Fürsorge- und Wohlfahrtverbände gestellt sahen.<sup>278</sup> Aus diesem Grund nahm die US-amerikanische Zentrale sehr bald Kontakt zu dem *Amerikanischen Roten Kreuz*, den *Quäkern* sowie der *Commission for Polish Relief* auf; die europäische Abordnung wandte sich zwecks einer Zusammenarbeit an das *Internationale Rote Kreuz*.<sup>279</sup> Das *JDC* in Europa hatte erfahren, dass es Pläne gebe, es solle neben dem deutsch- und dem russischbesetzten Teil Polens in der Mitte ein „Puffer“ entstehen.<sup>280</sup> Bei diesem „Puffer“ handelte es sich um das Generalgouvernement. Zudem wurde zu dieser Zeit veranlasst aus diesem Grund in allen an Polen angrenzenden Ländern Personen des *JDC* zu positionieren.<sup>281</sup> Die europäische Abordnung der US-amerikanischen Organisation versuchte zu dieser Zeit – im Oktober 1939 – einen direkten Kontakt zu Polen herzustellen, der mit dem Beginn des Krieges wohl abgebrochen war, so hätten sich Gitterman und Neustadt, die beiden Leiter des *JDC* in Polen, seit Anfang September nicht mehr gemeldet. Gitterman sei einige Tage vor Ausbruch des Krieges nach Paris berufen worden, da eine wichtige Konferenz stattgefunden habe, um die Organisation auf den bevorstehenden Krieg vorzubereiten. Einen Tag vor Ausbruch des Krieges sei Gitterman zurück nach Warschau geflogen. Es seien Anstrengungen durch Konsulate und andere – offizielle und inoffizielle – Kanäle unternommen worden, die beiden zu finden, jedoch waren diese nicht von Erfolg gekrönt.<sup>282</sup> Ende Oktober sah das *JDC* große Probleme mit der Versorgung Polens auf sich zukommen. Mehr als die Hälfte Warschaus waren durch Bomben und Feuer zerstört und 600.000 Menschen allein in dieser Stadt ohne Unterschlupf. Der jüdische Bevölkerungsanteil der Stadt betrug etwa ein Drittel; demnach war ein Minimum von 200.000 Juden und Jüdinnen obdachlos: „Eine große Aufgabe liegt vor uns!“, so hielt das *JDC* auf europäischer Ebene Ende Oktober

<sup>276</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 44. „*Amerykański Joint nie tylko zasilat funduszami Kom.Koord. ale i sam rozwijal dużą działalność charytatywną.*“

<sup>277</sup> Vgl. dazu etwa CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 42f., 45, 47, 70, 76, 77 sowie 79.

<sup>278</sup> # 2 – Bulletin of present activities of J.D.C., 10.10.1939, BAB, R 58/9243.

<sup>279</sup> Ebd.

<sup>280</sup> Ebd.

<sup>281</sup> Ebd.

<sup>282</sup> Ebd.

1939 fest.<sup>283</sup> Allerdings erhielt es in der Zwischenzeit wohl Nachricht aus Polen. Die US-amerikanische Organisation wusste zu berichten, dass das Büro in Warschau zerstört war; die Leiter sollen sich zu dieser Zeit in Vilnius aufgehalten haben.<sup>284</sup> Das JDC in Europa baute in der Zwischenzeit auch den Kontakt zum ARK aus und es entwickelte sich eine Kooperation zwischen JDC und ARK, um den tausenden Notleidenden in Polen zu helfen. Ebenso war das JDC in Kontakt mit der neugegründeten *Commission for Polish Relief*, von der man zu berichten wusste, dass diese ihre Vertreter nach Warschau geschickt habe – dies hoffte das JDC auch für die eigenen Vertreter, die sich in Europa aufhielten.<sup>285</sup> Den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den nichtjüdischen-US-amerikanischen Hilfsorganisationen versuchte das JDC im November weiter auszubauen.<sup>286</sup> Anfang November berichtete die Vertreter in Europa, dass das Warschauer Büro des JDC während der Belagerung der Stadt ununterbrochen funktionierte und dass es sich dabei um die einzige Unterstützung gehandelt habe, die der notleidenden jüdischen Bevölkerung zugutekam. Obwohl das Büro in Warschau zerstört worden sei, habe man unter anderem Lebensmittel besorgen und Suppenküchen aufbauen können. 20.000 Mahlzeiten würden zu dieser Zeit ausgegeben werden und eine zukünftige Erhöhung auf 50.000 sei geplant.<sup>287</sup> Die Tätigkeit in Warschau wurde von Neustadt, Guzik und Ringelblum geführt, die von einer großen Zahl an regionalen und lokalen Mitarbeitern unterstützt wurden. Neustadt allerdings wurde verwundet und seine Frau getötet worden.<sup>288</sup>

Anfang 1940 notierte Chaim Kaplan in seinem Tagebuch: „*Um unsere Tragödie vollzumachen, haben uns alle offiziellen Vertreter des Joint verlassen. Die Führer der polnischen Judenheit drängten sich in Friedenszeiten nach vorne, als ihnen ein Monatsgehalt von 1200 Zloty, so viel wie ein Senator oder Abgeordneter erhielt, attraktiv schien; aber in Zeiten, in denen uns – um die Wahrheit zu sagen, auch ihnen – Gefahr drohte, suchten sie ihr Heil in der Flucht.*“<sup>289</sup> Allerdings ist zweifelhaft, dass die Angestellten der US-amerikanischen Organisation die notleidende Bevölkerung wirklich verließen, so wie Kaplan schrieb, oder ob sie sich selbst zu dieser Zeit vielleicht in einer Notlage befanden. Am 14. sowie 15. Januar 1940 berichtet der Obmann des Warschauer Judenrates in seinem Tagebuch über die Verhaftung von Angehörigen des JDC: „*Wegen der Verhaftung eines gewissen Dr. Szalman, eines JDC-Angestellten, zu SS gerufen.*“ Für

<sup>283</sup> # 3 – Bulletin of present activities of J.D.C., 24.10.1939, BAB, R 58/9243.

<sup>284</sup> Ebd.

<sup>285</sup> Ebd.

<sup>286</sup> Minutes of a meeting of administration committee of the JDC [Europe], 08.11.1939, BAB, R 58/9243.

<sup>287</sup> # 4 – Bulletin of present activities of J.D.C., 09.11.1939, BAB, R 58/9243.

<sup>288</sup> Ebd.

<sup>289</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 114. Weiter führte er aus: „*Wird ihrer Sünde am Tag des Gerichts gedacht werden? Ich bezweifle es. Jedenfalls gibt es niemand, der von organisatorischer Arbeit wirklich etwas versteht, und die Verwaltung des Joint befindet sich in den Händen arbeitsloser Lehrer, gagenloser Schauspieler und Müßiggänger, die nicht die Fähigkeit haben, die Situation zu erfassen, ihre Arbeit sachgemäß zu verrichten und einen Organisationsrahmen zu schaffen, der den Bedürfnissen der Stunde genügt. Ich sympathisiere mit diesen bezahlten öffentlichen Bediensteten. Sie sind gutherzig und willig, aber sind ihrer schweren Bürde nicht gewachsen. In Wirklichkeit würden selbst gebildete und erfahrenere Beamte als sie es nicht besser machen. Ein solch riesiges Unternehmen bedarf der Initiative einer Regierung und die Hilfe eines Verwaltungsapparates.*“ Auch an weiteren Stellen beschrieb Kaplan in seinem Tagebuch die Tätigkeit des JDC. Da diese Studie sich vorrangig mit der JSS und der JUS beschäftigt, sei an dieser Stelle lediglich auf die weiteren Erwähnungen des JDC und seiner Tätigkeit hingewiesen. Vgl. ebd., S. 146f., 154f., 167–169.

den nächsten Tag hielt er allerdings die beruhigende Nachricht in seinem Tagebuch fest: „*Morgens SS. Freilassung von Dr. Szalman vom JDC.*“<sup>290</sup> Jedoch zeigt dieser Vorfall auch, dass selbst die Angehörigen der US-amerikanischen Hilfsorganisation, die durch ihren Status einen gewissen Schutz vor der Verfolgung genossen, vor den Besatzern nicht sicher waren.

Das Komitee des JDC in Warschau war eine Filialabteilung der New Yorker Zentrale und seit dem Jahre 1919 in Polen tätig: „*Es durfte als ausländische Organisation in Polen ungehindert seine Hilfstätigkeit entwickeln, ohne eine von der polnischen Gesetzgebung für die sonstigen Vereine geforderte Organisationsform annehmen zu müssen.*“<sup>291</sup> In den ersten Jahren führte das JDC seine Tätigkeit unmittelbar, dadurch dass es eigene Abteilungen in den größeren Städten gründete, die sich direkt mit bestimmten Gebieten der Wohlfahrtspflege und Fürsorge befassten. Mit der Zeit, um das Jahr 1925, ging das JDC zu anderen Arbeitsmethoden über, indem es den bereits vorhandenen und neu entstehenden Vereinen Geldbeträge zusandte, sei es zwecks Gründung von bestimmten Anstalten – wie zum Beispiel Waisenheimen, Kindererholungsheime, Ambulatorien –, sei es als jährliche Zuschüsse. Die Zuwendungen kamen hie und da lokalen Vereinen zugute, waren allerdings im Großen und Ganzen für Landesverbände bestimmt, die ihrerseits die erhaltenen Zuschüsse unter die einzelnen zugehörigen Vereine zur Verteilung brachten. Diese Hilfen kamen beispielsweise *Centos*, *Toż* oder *Centrala Kas Bezprocentowych* [Zentrale zinslose Darlehenskasse] (*Cekabe*) zugute.<sup>292</sup> Mit dem Kriegsausbruch im September 1939 änderte sich die Tätigkeit des JDC: „*Die Kriegsergebnisse und ihre unvermeidlichen Begleiterscheinungen mussten eine gründliche Umstellung der Hilfstätigkeit zur Folge haben. Der normale Lauf der Arbeit wurde unterbrochen, sämtliche Geldmittel u. z. sowohl das normale Winterbudget, als auch der Reservefonds wurden der Nothilfe zur Verfügung gestellt.*“<sup>293</sup> Das JDC konzentrierte sich in seiner Tätigkeit fortan auf die folgenden Bereiche: Ernährungshilfe, Wohnungshilfe, Kleiderhilfe, Gesundheitspflege sowie die Kinder- und Waisenfürsorge. Im Bereich der Ernährungshilfe wurden Volksküchen ins Leben gerufen, die den Flüchtlingen, Evakuierten und ortsansässigen Kriegsoptionen einmal täglich eine warme Suppe ausgaben. Im Bereich der Wohnungshilfe wurden vor allem die Flüchtlinge unterstützt. Bei der Kleiderhilfe galt es die Menschen zu unterstützen, deren gesamte Habe verbrannt oder vernichtet worden war und die so ohne Kleidung und Wäsche waren. Im Bereich der Gesundheitspflege bemühte sich *Toż* um die Bekämpfung von Seuchengefahren. Im Bereich der Waisen- und Kinder-Fürsorge half die *Koordinierungskommission* den Kindern, die aufgrund der „*Schaffung der Demarkationsgrenze*“ ohne Elternschutz waren. Zudem waren viele Familien außer Stande, ihre

<sup>290</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 33.

<sup>291</sup> Notiz ueber die Taetigkeit des JDC, 02.03.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>292</sup> Ebd.

<sup>293</sup> Ebd.

Kinder genügend zu ernähren. Den Kindern half vor allem *Centos*.<sup>294</sup> Diese Hilfen sollten weiter ausgebaut werden: „*Aber reine philanthropische Tätigkeit würde im Widerspruch stehen zu den Grundsätzen und Erfahrungen, die sich in jahrzehntelanger Arbeit bewährt haben. Fürsorge darf nicht Selbstzweck werden, muss vielmehr bestimmten Zwecken dienen. Allerdings gibt es Gruppen, die ständiger Fürsorge bedürfen.*“<sup>295</sup> Ende Dezember 1939 wurde während einer Konferenz auf europäischer Ebene des *JDC* zunächst über die allgemein für das Jahr 1940 geplanten Hilfen, anschließend über eine Konferenz, die man mit einigen Vertretern der *Commission for Polish Relief* hatte, berichtet. Von der *Comporel* wurde geschätzt, dass man für die Arbeit in Polen einen Betrag von drei Millionen Dollar pro Jahr aufwenden müsse, dabei erhoffte sie sich ein Drittel des Geldes von der polnischen und ein Drittel von der US-amerikanischen Regierung sowie ein Drittel vom *JDC*. Aufgrund von finanziellen Unsicherheiten konnte das *JDC* keinen solchen Betrag für einen längeren Zeitraum zusichern und sagte deshalb 250.000 Dollar für drei Monate zu.<sup>296</sup> Im Januar 1940 schrieb das *JDC* noch über die Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen-nichtjüdischen Organisationen<sup>297</sup> und berichtete über die schreckliche Lage der Juden und Jüdinnen in Polen sowie den „Lublin-Plan“.<sup>298</sup> Das *JDC* war aus diesem Grund daran die Hilfe den notleidenden Menschen kontinuierlich angedeihen zu lassen. Die Zahl der täglich ausgegebenen Mahlzeiten habe es auf 50.000 erhöht, die Hilfe für Kinder und die medizinische Hilfe laufe ebenfalls weiter.<sup>299</sup> Ebenso gab es im Februar 1940 noch Diskussionen, ob das *JDC* mit der *Comporel* zusammenarbeiten möchte.<sup>300</sup>

### I.2.2 Die amerikanischen-nichtjüdischen Hilfsorganisationen

In diesem Abschnitt soll auf die Rolle von Vertretern des *ARK* und der *Quäker*<sup>301</sup> eingegangen werden, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1940 aus den USA auf den Weg in das Generalgouvernement begaben, um sich vor Ort ein Bild der Situation der Bevölkerung zu machen und Gespräche mit verantwortlichen Stellen zu führen. Als dritte Hilfsorganisation wird auf die *Comporel* des ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover eingegangen. Alle drei Gruppen leisteten für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung Hilfe. Da die Organisationen teilweise sehr eng zusammenarbeiteten und die nationalsozialistischen Akteure sie sehr ähnlich behandelten, werden diese in

---

<sup>294</sup> Ebd.

<sup>295</sup> Ebd.

<sup>296</sup> An informal meeting of members of the Administration Committee was held on Wednesday afternoon, December 20th, 1939, 22.12.1939, BAB, R 58/9243.

<sup>297</sup> Bulletin # 5 – war relief activities of J.D.C. (Poland and Refugees from Poland), 11.01.1940, BAB, R 58/9243.

<sup>298</sup> Ebd.

<sup>299</sup> Ebd.

<sup>300</sup> A meeting of the Administration Committee was held on Wednesday, February 7th, 1940, 12.02.1940, BAB, R 58/9243.

<sup>301</sup> Neben den *Quäkern* engagierten sich die *Mennoniten* für die polnische Zivilbevölkerung, auf die in dieser Studie jedoch nicht genauer eingegangen werden kann. Als Beispiel einer amerikanisch, religiösen Gruppierung, die für die Zivilbevölkerung im Generalgouvernement Hilfe leistete, wird exemplarisch die Gruppe der *Quäker* untersucht werden. Dokumente zur Hilfe durch die *Mennoniten* finden sich u.a. in PAAA, R 43074.

diesem Abschnitt zusammengefasst unter „US-amerikanische nichtjüdische Hilfsorganisationen“ untersucht.

Am 3. Oktober 1940 fragte die *Gesellschaft der Freunde* – also die *Quäker* – beim „Auswärtigen Amt“ in Berlin an, ob es erlaubt sei ein Hilfswerk für Warschau aufzunehmen. Geplant war es mehrere hunderttausend Dollar auszugeben, die in den Ankauf von Lebensmitteln investiert werden sollten. Die Mittel stammten von der *Commission for Polish Relief*.<sup>302</sup> Im „Auswärtigen Amt“ wollte man „angesichts [des] zu erwartenden Devisenanfalls Zustimmung und Einreisegenehmigung ins besetzte Gebiet für Scattergood nebst zwei bis drei jüngeren Hilfskräften (Quäker) [...] erteilen.“<sup>303</sup> Bereits am 10. Oktober erhielten die *Quäker* die Genehmigung für ihre Hilfsaktion:

„Bezugnehmend auf die soeben mit Ihnen gehabte Unterredung teile ich Ihnen nach Rücksprache mit Herrn Außenminister Ribbentrop mit, daß die Deutsche Reichsregierung mit der Hilfsaktion der amerikanischen Quäker in Polen einverstanden ist. Sie wünscht aber, dass sich diese Hilfsmaßnahme nur auf die polnische Bevölkerung erstreckt. Sie wünscht ferner, daß sich Ihre Organisation der NS. Volkswohlfahrt zur Verteilung der Spenden an die polnische Bevölkerung bedient. Sie hat nichts dagegen einzuwenden, daß sich die in Deutschland befindlichen Herren Ihrer Organisation von der ordnungsgemäßen Verteilung der von Ihnen gespendeten Gaben an die polnische hilfsbedürftige Bevölkerung überzeugen und gestatten zu diesem Zweck die Einreise Ihrer Herren in das besetzte polnische Gebiet.“<sup>304</sup>

Die Auflagen, die den *Quäkern* hier gemacht wurden, entsprechen in etwa denen, die einen knappen Monat später vom Reichsaußenminister für alle Hilfsorganisationen aus den „neutralen Ländern“ für die Lieferungen in das Generalgouvernement festgelegt werden sollten. Allerdings war in den Vorgaben dann das „Deutsche Rote Kreuz“ und nicht die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ für die Verteilung der ausländischen Hilfslieferungen festgelegt worden.<sup>305</sup>

Ebenfalls zu dieser Zeit trat das *Amerikanische Rote Kreuz* mit ersten Hilfsangeboten über das „Deutsche Rote Kreuz“ in Aktion. Ein Vertreter – Ernest Swift – war bereits auf dem Weg nach Europa und suchte das Gespräch über mögliche Hilfen für Polen. Das DRK teilte dem „Auswärtigen Amt“ mit, dass man es für richtig halte, einer Anregung der Amerikaner zu einer Besprechung nachzukommen.<sup>306</sup> Schon sehr früh plante das ARK Reisen nach Polen, um sich die Situation vor

<sup>302</sup> Telegramm der Quäker wohl an das AA, 03.10.1939, PAAA, R 127544.

<sup>303</sup> Ebd.

<sup>304</sup> Abschrift des AA an Howard und Elikton, Quäker-Büro, 10.10.1939, PAAA, R 127544.

<sup>305</sup> Aktennotiz, 16.11.1939, PAAA, R 43074.

<sup>306</sup> Präsidium des DRK an die Rechtsabteilung des AA, 04.10.1939, PAAA, R 43080.

Ort anzuschauen. Bereits Ende Oktober 1939 fand zu dem Zweck der Abklärung ein Treffen zwischen einem Vertreter des ARK und einem Vertreter des „Auswärtigen Amtes“ statt.<sup>307</sup> Den Reisewunsch der Amerikaner klärte das „Auswärtige Amt“ bald darauf mit dem Oberkommando der Wehrmacht.<sup>308</sup> Das „Auswärtige Amt“ befürwortete diese Reise.<sup>309</sup>

Anfang November 1939 waren dann Vertreter im Auftrag des Hilfswerks der *Quäker* und der *Commission for Polish Relief* auf dem Weg nach Deutschland. Einer der Delegierten, J. Edgar Rhoads, eine der führenden Personen der Quäker-Organisation, „*weilte in deren Auftrag während [der] Nachkriegszeit als Leiter der Kinderspeisung in Deutschland. In seiner Begleitung reist Mr. Gamble, der in der Nachkriegszeit Beauftragter der Quäkerorganisation in Polen war.*“<sup>310</sup> Die Delegierten sollten sich zunächst im „Auswärtigen Amt“ melden, wo man bereits auf deren Ankunft vorbereitet war:<sup>311</sup>

„Quäker werden folgenden Anträge unterbreiten: 1) Vorerst Genehmigung zollfreier Einfuhr von Woll- und Baumwollstoffen für Winterkleidung und von Woldecken für bedürftige polnische Zivilbevölkerung. 2.) Danach Einfuhr von Rohmaterial (Wolle und Baumwolle) aus der durch polnische Textilindustrie Winterkleidung für bedürftige polnische Zivilbevölkerung hergestellt werden soll. 3.) Einrichtung von Kinderspeisung Überweisung von Geldzuwendungen aus Amerika nach Polen, wovon Hälfte in Devisen Reichsbank gegen Gewährung Geschenk-Mark-Kurs zur Verfügung gestellt werde. Quäker erhoffen Gegenwert der zweiten Hälfte aus blockierten Reichsmarkguthaben amerikanischer Unternehmen zu bekommen, welche dieses Guthaben für Polish Relief stiften würden. Soweit von hier aus zu beurteilen, scheint Plan im Interesse deutscher Devisen- und Rohstoffwirtschaft zu liegen. Wegen Rückwirkung auf hiesige öffentliche Meinung empfehle ich freundliche Aufnahme der Quäker.“<sup>312</sup>

Zudem gab es im „Auswärtigen Amt“ Unstimmigkeiten darüber, ob man die Quäker wirklich nach Deutschland einreisen lassen möchte: „*Die Weisung des Herrn Reichsaußenminister, daß einerseits dem Hilfswerk zugestimmt wird, andererseits es für unnötig gehalten wird, daß ausländische Quäker nach Deutschland kommen, ist der deutschen Botschaft in Washington unter dem 22. Oktober 1939 telegraphisch übermittelt worden.*“<sup>313</sup> Das „Auswärtige Amt“ erhielt am 1. November ein Antworttelegramm der Botschaft. Diese legte einen Teil des Telegramms anders aus und kündigte an, „*daß maßgebende Quäker (J. Edgar Rhoads und Gamble) sich am 11.d.M. nach Deutschland einschiffen wollen.*“<sup>314</sup> Zudem geht aus dem den Vorgang festhaltenden Vermerk hervor, dass sich zu dieser Zeit bereits *Quäker* in Deutschland befanden, „*die mit der NSV in engste Verbindung gebracht wurden*“.<sup>315</sup> Einer der in Deutschland Anwesenden hatte bereits zusammen mit der NSV eine Erkundungsfahrt nach Polen unternommen, war

---

<sup>307</sup> Vgl. dazu etwa die Aufzeichnungen des AA, 31.10.1939, PAAA, R 43080.

<sup>308</sup> Durchschlag Schnellbrief des AA an das OKW, Abteilung Ausland, 31.10.1939, PAAA, R 43080. „*Herr Swift und Herr Taylor äusserten den Wunsch, es möge ihnen gestattet werden, eine kurze, etwa fünftägige Reise, die vielleicht über Lodz nach Warschau führen könnte, zu unternehmen, um einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Sie würden, wenn sie selbst an Ort und Stelle gewesen seien, besser in der Lage sein, nach ihrer Rückkehr nach Amerika für die Hilfsaktion einzutreten.*“

<sup>309</sup> Ebd.

<sup>310</sup> Telegramm Nr. 600, 01./02.11.1939, PAAA, R 43083.

<sup>311</sup> Ebd.

<sup>312</sup> Ebd.

<sup>313</sup> Vermerk betr. „*Quäker-Hilfswerk*“, 06.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>314</sup> Ebd.

<sup>315</sup> Ebd.



auf dieser Reise aber verunglückt und deshalb zur Zeit des Schreibens nicht tätig.<sup>316</sup> Für diese erste Erkundungsfahrt – die sich in den Akten des „Auswärtigen Amtes“ nicht in größerem Umfang niederschlug – spricht, dass der *Polnische Hauptausschuss* in seinem ersten Jahresbericht angab, am 1. November 1939 habe ein Gespräch zwischen Adam Ronikier und einem Vertreter der *Quäker* stattgefunden, in dem es um die „*Möglichkeiten und Formen der Hilfeleistung für Polen*“ gegangen sei.<sup>317</sup> Ein anderer *Quäker*, der ebenfalls in Deutschland war, sei nach Amerika zurückgekehrt: „*In Anbetracht der Bedeutung der Quäker und der in Aussicht stehenden großen Spenden (Devisen und Sachspenden) dürfte es notwendig sein, die Frage, ob nicht doch amerikanische Quäker hierher kommen dürfen, erneut zu prüfen. Die Botschaft empfiehlt eine bejahende Antwort im Hinblick auf unsere Devisen- und Rohstofflage und die günstige Rückwirkung einer Einreiseerlaubnis auf die amerikanische öffentliche Meinung.*“<sup>318</sup> Das „Auswärtige Amt“ informierte unter anderem den Reichsfeldmarschall Göring über die geplante Hilfsaktion der *Quäker*.<sup>319</sup> Deren Ankunft aus Amerika, sei für den 11. November 1939 geplant.<sup>320</sup> Noch fünf Tage vor der beabsichtigten Einreise gab es Unstimmigkeiten darüber, ob man die aus den USA ankommenden Personen wirklich nach Polen lassen wollte oder ob dies nur solchen *Quäkern* gestattet werden sollte, die sich bereits in Deutschland befanden. Zudem wurde die Meinung vertreten, dass eine Betreuung der Zivilbevölkerung im Generalgouvernement ausschließlich über die NSV stattzufinden habe. Zudem wurde angeführt, dass „*die von dem Herrn Reichsaußenminister gewünschte Unterstützungsmethode demnächst nicht mehr durchführbar sei. Teilweise würden die Quäkerspenden in Dollars geleistet, für welche innerhalb des ehemals polnischen Gebiets Sachwerte aufgekauft werden sollten, um sie den zu Unterstützenden zuzuführen. Dieses Gebiet sei aber schon so ziemlich ausverkauft bzw. zur Auffüllung unserer eigenen Lebensmittel mit Beschlag belegt, sodaß Geldspenden innerhalb des ehemaligen Polen keinen rechten Sinn mehr hätten.*“<sup>321</sup> Die Verteilung von Spenden und Sachwerten, welche von außen eingeführt würden, könne jedoch in der folgenden Zeit – spätestens ab dem 15. November – nicht mehr durch die NSV erfolgen, da diese sich mit ihrer Tätigkeit aus dem Generalgouvernement zurückziehe und dort nur noch eine ganz geringe Zahl von Volksdeutschen betreue: „*Jede Betreuung durch die Quäker müsste also in Zukunft von dem polnischen Hilfsverein vermittelt werden, der seinerseits organisatorisch recht unzulänglich sei.*“<sup>322</sup> Schließlich wurde noch angemerkt, dass die *Quäker*, die in das Gouvernement einreisen würden, „*dort zweifellos Zustände vorfinden und beobachten müssten, aus welchen gegen die deutsche Verwaltung im Ausland Vorwürfe abgeleitet würden.*“<sup>323</sup> Aus diesem Grund schlug Erich Hilgenfeldt, der Leiter der NSV, vor,

---

<sup>316</sup> Ebd.

<sup>317</sup> Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 4. „*Am 1. November 1939 kam zum Grafen Ronikier in Warschau der Vertreter der Quäker, Mac Donald im Auftrag von Hoover, um mit [ihm] die Möglichkeiten und Formen der Hilfeleistung für Polen zu besprechen.*“

<sup>318</sup> Vermerk betr. „*Quäker-Hilfswerk*“, 06.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>319</sup> Ebd.

<sup>320</sup> Ebd.

<sup>321</sup> Vermerk, 06.11.1939, PAAA, R 43083.

<sup>322</sup> Ebd.

<sup>323</sup> Ebd.

dass die US-amerikanische *Quäker*-Unterstützungsaktion für das Generalgouvernement gestoppt werden solle. Von Seiten des „Auswärtigen Amtes“ wurde allerdings geäußert: *„Was die etwaige üble Nachrede über die Zustände im Gouvernement angehe, so müsse ich allerdings bemerken, daß ein Abstoppen der Quäker-Unterstützung in diesem Gebiet uns selbstverständlich auch mißdeutet und gegen uns ausgenutzt werden könne.“*<sup>324</sup> Dennoch wurde eine Weisung des Reichsaußenministers in die USA übermittelt, dass die Einreise US-amerikanischer *Quäker* nach Deutschland *„durchaus unerwünscht“* sei und möglichst verhindert werden sollte. Diese Weisung erreichte das Generalkonsulat in New York nicht mehr rechtzeitig, um die Abreise der beiden Delegierten Rhoads und Gamble zu verhindern. Die beiden Herren waren bereits aus New York abgereist und sollten Anfang der folgenden Woche in Genua eintreffen: *„Es ergibt sich somit die Situation, daß die amerikanischen Herren entweder bei ihrer Ankunft in Genua durch den Deutschen Generalkonsul auf das Nichterwünschtsein ihrer Einreise aufmerksam gemacht oder an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden müßten. Beides hätte zweifellos eine starke Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in USA.“*<sup>325</sup> Ferner habe sich die für das *Quäker*-Hilfswerk gegebene Lage grundsätzlich verändert, da die NSV, durch deren Organisation die *Quäker* im Generalgouvernement tätig werden sollten, sich aus dem Gebiet völlig zurückgezogen habe und die in Deutschland befindlichen *Quäker* nicht mehr aktionsfähig seien. Zudem sei dem IRK und dem ARK gestattet worden, die Verhältnisse vor Ort und Stelle kennenzulernen. Unter diesen Umständen wurde vorgeschlagen, die US-amerikanischen *Quäker* einreisen zu lassen, um sie über die Lage und ihre Arbeitsmöglichkeiten aufzuklären: *„Diese bestehen darin, daß sie ihre Tätigkeit in Verbindung mit der amerikanischen Roten-Kreuz-Hilfe nur unter der Oberleitung des Deutschen Roten Kreuzes (von deutscher Seite als Kontrollinstanz vorgesehen) auszuführen hätten. Eine Besuchsreise in Polen kommt vorläufig nicht in Frage. Wegen der Stellung des Generalfeldmarschalls Göring darf auf die Anlage verwiesen werden. Auf Anregung des Referats Deutschland würde die Gestapo über die Ankunft und Tätigkeit der Quäker informiert werden.“*<sup>326</sup>

Zu der Zeit, in der noch über eine mögliche Einreise der Vertreter der *Quäker* in das Generalgouvernement diskutiert wurde, war dergleichen den Delegaten des *Amerikanischen Roten Kreuzes* bereits gestattet worden. Bei der Reise stand nicht nur das Generalgouvernement auf dem Reiseprogramm der Delegation, sondern auch die eingegliederten polnischen Gebiete.<sup>327</sup> Von Seiten des

---

<sup>324</sup> Ebd.

<sup>325</sup> Vermerk betr. *„Quäker-Hilfswerk in Polen“*, 14.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>326</sup> Ebd.

<sup>327</sup> Aufzeichnung einer Reise des ARK durch das AA, 08.11.1939, PAAA, R 43080. *„Sie waren sehr beeindruckt von der Fahrt über die Reichsautobahn und von dem äusseren Anblick des Industriegebiets, noch mehr durch den Gegensatz, der sich nach Überschreiten der alten polnischen Grenze in Richtung Krakau bot. Sie merkten ohne weiteres, dass auf polnischer Seite Schmutz, Unordnung und Vernachlässigung vorherrschte, die Folgen der polnischen Wirtschaft, nicht aber Kriegsfolgen sind. Von solchen sind auf der Fahrt bis Krakau und weiter über Kielce nach Radom nur wenig zu bemerken. In Krakau sowohl wie in Radom konnten sich die Herren von der Tätigkeit der NSV bei der Betreuung von Flüchtlingen und von dem Wirken der deutschen militärischen Stellen bei der Unterbringung grosser Truppenmassen und bei der Besorgung des Nachschubs überzeugen. Die Fahrt wurde Montag früh in Richtung Warschau fortgesetzt. Diese Stadt beeindruckte beide Herren, die beruflich vielfach die Folgen grosser Katastrophen mit angesehen haben, ganz ungewöhnlich stark. Auch hier wurde ihnen, wie auf der ganzen Reise, ständig in mündlicher Unterhaltung erklärt, dass Deutschland gegen seinen Willen gezwungen war, gegen Polen vorzugehen [...]. Die Herren besuchten ferner den Leiter der noch in Warschau gebliebenen amerikanischen*

„Auswärtigen Amtes“ wurde nach der Reise vermerkt, dass die Vertreter des *Amerikanischen Roten Kreuzes* nur den Zielen der NS entsprechende Szenen zu Gesicht bekommen hätten. Auch seien sie mehrfach darauf hingewiesen worden, dass sie im Interesse der Durchführung ihres Hilfsprogramms von einer journalistischen Auswertung ihrer Reise absehen müssten, was sie ohne weiteres versprochen hätten.<sup>328</sup> Nach dieser Reise durch die „*ehemaligen polnischen Gebiete*“ suchten die Vertreter des ARK abermals das „Auswärtige Amt“ auf. Das deutsche Ministerium sollte über das Ergebnis eines längeren Telegrammwechsels mit ihrer Washingtoner Zentrale unterrichtet werden. Aus der Aktennotiz über dieses Gespräch geht eine Impression des ARK über diese Reise: „*Sie teilten mit, sie hätten über ihre Eindrücke auf der Reise durch Polen mit dem Ausdruck höchster Anerkennung für die organisatorische Leistungen der deutschen Verwaltung berichtet, zugleich aber auch die Not dargelegt, in der sich ein Teil der polnischen Bevölkerung befinde. Sie hätten empfohlen, vor allem andere Arzneimittel und medizinische Ausrüstung für polnische Hospitäler und für den allgemeinen Gesundheitsdienst zu liefern, da ihnen die Not auf diesem Gebiet am größten erschienen sei.*“<sup>329</sup> Das ARK habe sich bereit erklärt, eine große Spende herüberzuschicken, da diese Dinge in Europa zu diesem Zeitpunkt nicht mehr käuflich wären. Es handele sich um eine erste Spende im Wert von rund 250.000 Dollar, der voraussichtlich weitere folgen würden. Außerdem liefen schon zu dieser Zeit in Washington aus allen Teilen des Landes Geldspenden, meist von polnisch-stämmigen US-Amerikanern, ein, die nach Deutschland und Polen überwiesen werden würden, sobald die mit dem „Deutschen Roten Kreuz“ in Aussicht genommen Zusammenarbeit organisiert sei. Für die Verteilung der Spenden verlangten die US-Amerikaner, dass ein Vertreter des ARK nach Berlin bestellt werde, „*der bei der Verteilung mit Rat und Tat zur Verfügung stünde.*“<sup>330</sup> Dies sei insbesondere der englischen und französischen Regierung gegenüber notwendig, da diese den unbehinderten Durchtransport der Spenden nur dann zulassen würden, wenn durch Bestellung eines eigenen Vertreters des ARK die Verwendung der Spenden für den geplanten Zweck garantiert werden könne.<sup>331</sup> Die für Spenden in Frage kommenden US-amerikanischen Kreise würden voraussichtlich in größerem Umfange Beiträge liefern, wenn sie wüssten, dass die Verteilung unter Mitwirkung eines Vertreters des ARK vorgenommen werde. Zudem müsse man gelegentlich in das Generalgouvernement einreisen, um sich einen Einblick über die Verteilung der Spenden vor Ort zu verschaffen.<sup>332</sup> Ende November verbreiteten die US-amerikanischen Medien Informationen über die Tätigkeit des ARK in Polen, die wohl aus einem

---

*Vertretung, eine NSV-Verteilungsstelle und die Zentralstelle der NSV in Warschau, ausserdem auf ihren eigenen Wunsch die noch teilweise erhaltenen Warschauer Büroräume des polnischen Roten Kreuzes, wo ihnen von der Leiterin der polnischen Schwesternschaft, Gräfin Tarnowska, auf Fragen Auskunft erteilt wurde. Die Fahrt führte von Warschau nach Lodz und am folgenden Tage nach Berlin zurück.*“

<sup>328</sup> Ebd.

<sup>329</sup> Aufzeichnung, 13.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>330</sup> Ebd.

<sup>331</sup> Ebd.

<sup>332</sup> Ebd.

Interview mit einem Vertreter des ARK stammten. Die Informationen darüber und über die Reaktionen und den Umgang der Medien mit den in den USA vorhandenen, waren über das dem Propagandaministerium unterstellten „Deutschen Nachrichtenbüro“ (DNB) mitgeteilt worden:

„Washington, 28. November (DNB-Vertreter) – Der Rundfunk verbreitet hier ein Berliner Interview mit Nicholson vom amerikanischen Roten Kreuz, worin dieser mehrfach betont, daß die Reichsregierung ihm bei der Fürsorge für die Notleidenden in Polen jegliche Erleichterung gewähre. Diese positive Feststellung eines führenden Amerikaners sollte eigentlich zu Deuteleien keinen Anlaß geben, aber im Gegensatz zu London und Paris, wo die amerikanischen Korrespondenten in hundertprozentiger Loyalität alle Verlautbarungen der dortigen Regierungen kommentarlos weitergeben, ja sich fast mit deren Ansichten identifizieren, halten es die amerikanischen Korrespondenten im gleichfalls Kriegsführenden Berlin für angebracht, jeden Vorgang kritisch zu analysieren und die deutsche Seite möglichst zu verkleinern. So berichtet Sigrid Schultz über obige Angelegenheit, indem sie zunächst mit der negativen Feststellung beginnt und behauptet, die amerikanische Rote-Kreuz-Vertretung habe noch keine Gewähr voller Privilegien für eine Besichtigung der in Polen bisher geleisteten Arbeit erhalten können. Der Erfolg dieses ersten Satzes ist, daß ‚Washington Times Herald‘ folgende fette Überschrift bringt: ‚Nazis hindern Hilfswerk im polnischen Gebiet und verbieten Besichtigung durch amerikanisches Rotes Kreuz‘. Eine noch weit üblere Brunnenvergiftung leistete sich Einervin Acel, ebenfalls vom Berliner Büro der ‚Chicago Tribune‘, der seine Meldung überscheibt: ‚Durch Kurier nach Stockholm‘, um dadurch den Anschein zu erwecken, er habe diese Nachricht hinausschmuggeln müssen.“<sup>333</sup>

Nach den langen Diskussionen über die Ankunft der *Quäker* erreichte die Delegation am 30. November das „Auswärtige Amt“ für ein Gespräch über die Grundlagen der Hilfsaktion, die sie für Polen in Gang setzten wollten.<sup>334</sup> Die drei Delegierten teilten mit, dass in den Vereinigten Staaten ein *Polish Relief Committee* gegründet wurde, das die Absicht hatte, für Hilfeleistungen in Polen eine Organisation nach folgenden Richtlinien zustande zu bringen:

„a) Überweisung von Geldbeträgen [...] an bestimmte Personen in den ehemals polnischen Gebieten. Die Abordnung teilte mit, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich 5–6 Millionen Dollar nach Polen von Verwandten aus Amerika überwiesen worden seien. Die Polen in Amerika möchten diese Überweisungen fortsetzen sobald sich eine Möglichkeit hierzu ergibt. Außerdem sind von Juden in Amerika an die polnischen Juden Beträge überwiesen worden, die wahrscheinlich ein Mehrfaches der genannten Summe ausmachten. Für die Überweisung von Geldbeträgen hätte das Polish Relief Committee eine Zusammenarbeit mit amerikanischen Stillhaltetgläubigern in der Weise in Aussicht genommen, daß die in Frage kommenden Beträge zur Hälfte in freien Devisen, zur Hälfte zu Lasten von Stillhaltetforderungen gezahlt werden sollten. b) Übermittlung von Paketen mit Lebensmitteln und Kleidung aus den Vereinigten Staaten an bestimmt bezeichnete Personen in den ehemals polnischen Gebieten. Die Abordnung war der Auffassung, daß die Engländer diese Pakete durchlassen würden. c) Einrichtung von Kinderspeisungen, insbesondere auch Verteilung von Kondensmilch und Lebertran an Kinder sowie Kleiderspenden für Bedürftige.“<sup>335</sup>

<sup>333</sup> Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisaufnahme“ Nr. 331, 29.11.1939, PAAA, R 43080.

<sup>334</sup> Aktennotiz Albrecht, 30.11.1939, PAAA, R 43074. „Heute suchte mich eine Abordnung der amerikanischen Quäker auf, um die Grundlage der Hilfsaktion, die die Quäker für Polen in Gang setzten wollten, vorzutragen. Die Delegation besteht aus: 1.) Mr. Rhoads, der nach seinen Bemerkungen mit dem Leiter der Berliner Vertreter, Elkinton, nahe verwandt ist und schon im Jahre 1919 bei dem damaligen Hilfswerk der Quäker in Deutschland gearbeitet hat; 2.) Mr. Gamble, der der Delegation wegen seiner besonderen Sachkunde der Verhältnisse in Polen und Rußland zugeteilt ist; 3.) der frühere republikanische Senator Woolcutt, der darauf hinwies, daß er schon im Jahre 1916 mit Erlaubnis der deutschen Militärbehörden eine Reise durch Belgien und Polen zum Zwecke der Organisation eines Hilfswerkes gemacht hat und sich für seine Person auf Mr. Bliss berief, der nach seinen Angaben mit dem Herrn Reichsaußenminister befreundet ist.“

<sup>335</sup> Ebd.

Die Abordnung bat, für die Pakete und Kleiderspenden eine zollfreie Einfuhr nach Deutschland zu ermöglichen. Die Delegation war bereits Anfang der Woche in Berlin eingetroffen und hatte sich zunächst mit dem Leiter der NSV, Erich Hilgenfeldt, in Verbindung gesetzt. Nach ihren Ausführungen war bei den Besprechungen der Plan erwogen worden, zur Durchführung der Aktion in Warschau einen Ausschuß einzusetzen, der aus einem Vertreter der *Quäker*, einem in Warschau ansässigen US-amerikanischen Konsularbeamten und einem Mitglied der NSV bestehen sollte. Bei der Weiterleitung der Spenden sollte eine Zusammenarbeit mit der kurz zuvor eingerichteten „*Pollenselbsthilfe und einem jüdischen Komitee*“ stattfinden. Auf die Einrichtung des Ausschusses legte die Abordnung Wert, weil sie den US-amerikanischen Spendern die Gewähr dafür bieten würde, dass die Spenden und Überweisungen an die richtigen Personen geleitet würden. Die Abordnung brachte ferner zum Ausdruck, dass sie gern Polen und dabei insbesondere Warschau aufsuchen möchte. Man erklärte der Delegation, dass ihre Anregungen im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts geprüft werden. Zudem wurden sie darauf hingewiesen, dass für die Verteilung von Spenden in Polen die Organisation des Roten Kreuzes bestehe und bezüglich der Reisen nach Polen die zuständigen militärischen Stellen gehört werden müssten.<sup>336</sup>

Am 6. Dezember 1939 erreichte die *Quäker* ein Schreiben des „Auswärtigen Amtes“, das auf Vorsprachen der Delegierten beim „Auswärtigen Amt“, der NSV und eine Eingabe der *Quäker* zurückzuführen ist.<sup>337</sup> Darin wurde mitgeteilt, dass eine Verteilung von Lebertran und kondensierter Milch an polnische und jüdische Kinder – die dezidiert aufgezählt werden – im Generalgouvernement stattfinden könne. Für die Einfuhr der Güter werde Zollfreiheit gewährt. Für die Durchführung der Aktion führte man „*das polnische und jüdische Hilfskomitee in Krakau unter der Aufsicht des Deutschen Roten Kreuzes*“ an.<sup>338</sup> Eine Verteilung von Bekleidungsgegenständen an Bedürftige wurde ebenso erlaubt wie das zollfreie Einführen von Lebensmittelpaketen. Dabei stellte das „Auswärtige Amt“ in den Schreiben heraus: „*Dies gilt auch für unbemittelte Juden.*“<sup>339</sup> Für das Generalgouvernement gab man dafür außerdem an, dass es sich empfehle, die Abwicklung über das polnische und das jüdische Hilfskomitee in Krakau abzuwickeln. Zudem wurde gestattet Geldüberweisungen zu tätigen.<sup>340</sup> Zu einer möglichen Reise der Vertreter der *Quäker* teilte man diesen mit: „*Eine Einreise von Vertretern der Gesellschaft der Freunde in das Gebiet des Generalgouvernements wäre bei der vorstehenden Regelung nicht erforderlich. Sie wäre auch nach Mitteilung der zuständigen deutschen Stellen zurzeit nicht möglich.*“

<sup>336</sup> Ebd.

<sup>337</sup> Durchschrift AA an Vertreter der Quäker, 06.12.1939, PAAA, R 43083.

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Ebd.

<sup>340</sup> Ebd. „*Die Überweisung von Registermark an Personen im Gebiet des Generalgouvernements ist nicht möglich, da dort noch eine Zloty-Währung besteht. Hier könnte eine Regelung dahin getroffen werde, daß Beträge, die für jeden Empfänger RM 50 nicht übersteigen, von den Absendern in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Hälfte in Registermark und zur Hälfte in amerikanischer Währung an eine noch zu vereinbarende deutsche Großbank nach Deutschland überwiesen werden. Die deutsche Großbank wird dann die eingehenden Beträge in Zloty-Währung umwechseln und auf einem noch festzustellenden Wege – voraussichtlich über ihre Niederlassungen im Gebiet des Generalgouvernements – den Empfängern zuleiten.*“

Falls die Gesellschaft der Freunde bereit ist, die von ihr geplante Hilfsorganisation nach den vorstehend mitgeteilten Grundsätzen durchzuführen, bin ich gern bereit, wegen der Regelung im einzelnen das weitere zu veranlassen. Mit dem Ausdruck einer vorzüglichen Hochachtung.“<sup>341</sup> Im Laufe der folgenden Zeit konkretisierte sich die Hilfe, die durch die US-amerikanischen *Quäker* für die notleidende Bevölkerung für das Generalgouvernement geleistet werden sollte und es konnten auf beiden Seiten Ergebnisse erzielt werden. Das Reichsbankdirektorium regelte die Überweisung unentgeltlicher, freiwilliger Geldspenden aus dem Ausland in das Generalgouvernement, sodass die Zahlungen zur Hälfte in freien Devisen und zur Hälfte unter Verwendung von Registermarkguthaben geleistet werden konnte.<sup>342</sup> Die *Quäker* – hier unter „*American Friends Service Committee Representing Commission for Polish Relief*“ firmierend<sup>343</sup> – hatten in der Zwischenzeit eine Sendung Lebertran zur Verteilung im Generalgouvernement zur Verfügung gestellt. Die *Quäker* – die *Comporel* repräsentierend – planten die Übersendung weiterer Spenden, insbesondere von Material für Kleidung und Wäsche. Die Verteilung der Sachspenden sollte durch Vermittlung des DRK stattfinden: „*Das Deutsche Rote Kreuz wird die Selbsthilfeorganisationen und die sonstigen Einrichtungen, die im Gebiet des Generalgouvernements bestehen, bei der Verteilung der Spenden heranziehen.*“<sup>344</sup> Über die Verteilung der Spenden sollte das DRK Verwendungsbescheinigungen beibringen, die an einen von den *Quäkern* bestimmten Beauftragten ausgehändigt werden sollten.<sup>345</sup> Die *Quäker* erwogen einen Beauftragten zu bestimmen, der eine ständige Adresse in Kopenhagen hatte und von Zeit zu Zeit für einige Tage nach Deutschland reisen sollte, um Verhandlungen mit den deutschen Behörden und dem DRK zu führen sowie laufende Geschäfte zu erledigen.<sup>346</sup> „*Alle Beteiligten gehen davon aus, daß die Einzelheiten der in Aussicht genommenen Regelung von Zeit zu Zeit und je nach Lage der Verhältnisse überprüft werden müssen. Die Deutsche Regierung muss sich insbesondere vorbehalten, die für die Durchführung des Hilfswerkes von ihr gewährten Erleichterungen jederzeit zu widerrufen, wenn dies nach ihrem Ermessen aus politischen oder militärischen Gründen geboten erscheint.*“<sup>347</sup>

Immer wieder berichteten die ausländischen Medien über die Ankunft von US-amerikanischen Delegierten – sowohl der *Quäker* als auch des *ARK* – in Deutschland und über die geleistete Hilfe und zuweilen auch über die damit verbundenen Probleme.<sup>348</sup>

---

<sup>341</sup> Ebd.

<sup>342</sup> Doppel von Aufzeichnungen, wohl Ende 1939 oder Anfang 1940, PAAA, R 43070. „Über die Beträge kann der Empfänger bis zum Höchstbetrage von 100 Zloty je Monat ohne besondere Genehmigung verfügen. Zur Verfügung über den Höchstbetrag hinaus bedarf es der Genehmigung des Generalgouverneurs. Die näheren Einzelheiten werden den beteiligten Banken bekanntgegeben. Geldspenden, die durch Vermittlung der amerikanischen Quäkerorganisation in das Gebiet des Generalgouvernements gesandt werden sollen, können auf dem vorbezeichneten Wege übermittelt werden.“

<sup>343</sup> Ebd. Die *Quäker* hatten bereits in ihrem ersten Telegramm an das „Auswärtige Amt“ mitgeteilt, dass die Mittel über die sie verfügen von der *Comporel* stammen. Vgl. Telegramm der Quäker wohl an das AA, 03.10.1939, PAAA, R 127544.

<sup>344</sup> Ebd.

<sup>345</sup> Ebd.

<sup>346</sup> Ebd.

<sup>347</sup> Ebd.

<sup>348</sup> Vgl. dazu etwa das Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisnahme“ Nr. 13, 13.01.1940, PAAA, R 43080.

„Auf Verabredung suchte mich heute ein europäischer Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes, Mr. Harold Nicholson, der schon seit einigen Monaten die Frage der Hilfstätigkeit des Amerikanischen Roten Kreuzes für die polnische Zivilbevölkerung im Generalgouvernement bearbeitet, auf. Er war von einem Genfer Amerikaner namens Otten, begleitet, der ihm als Dolmetscher dient. Herr Nicholson legte Abschrift eines ihm durch die hiesige Amerikanische Botschaft zugegangenen Telegramms von Norman Davis vor und führte dazu aus, Davis sei im Irrtum, wenn er annehme, dass ein Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes die Sendungen in Krakau in Empfang nehmen sollte. Dies sei nicht vereinbart und nicht in Aussicht genommen worden. Offenbar werde aber von polnischen Gruppen in den Vereinigten Staaten die Hilfs- und Liebestätigkeit des Amerikanischen Roten Kreuzes mit den hetzerischen Behauptungen angegriffen, es stände nicht fest, ob das Material wirklich der polnischen Zivilbevölkerung zugute käme. Herr Nicholson erklärte, er möchte anregen zu prüfen, ob es nicht zur Gegenwirkung gegen diese Hetze ratsam sein würde, ihm als Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes Gelegenheit zu einer Besuchsreise nach Krakau zu geben, damit er nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten in der Lage sei, zu erklären, er habe sich persönlich davon überzeugt, dass das Deutsche Rote Kreuz die Verwaltung und Verteilung der Hilfssendungen in vorbildlicher Weise in die Hand genommen habe und durchführe. Er betont wiederholt, dass ihm jegliches Misstrauen gegen das Deutsche Rote Kreuz fern liege, er verspreche sich aber von einer solchen Reise, die auf zwei bis drei Tage beschränkt sein könnte eine weitreichende propagandistische Wirkung für das vom Amerikanischen Roten Kreuz übernommene Hilfswerk. Herr Nicholson erklärte, eine grössere Sendung von Hilfsmaterial, enthaltend Arzneimittel, Schuhe, Decken und Kleidung, sei bereits von Triest aus über Ödenburg nach Krakau abgegangen. Er nehme an, dass diese Sendung am 15. oder 16.d.M. nach Krakau eintreffe. Eine weitere grössere Sendung – etwa drei Eisenbahnwaggons – mit Material ähnlicher Zusammensetzung werde in Genua erwartet und von dort unverzüglich weitergeleitet. Mit der Ankunft dieser Sendung in Krakau könne Ende dieses Monats gerechnet werden. Weitere grössere Sendungen, im ganzen 5 oder 6, ständen in Aussicht. Herr Nicholson wohnt in Berlin im Hotel Adlon. [...] Für einen Vertreter der Quäker-Organisation ist Ende Dezember v.J. die Genehmigung zu einer eintägigen Besuchsreise nach Krakau durch den Herrn Reichsaussenminister erteilt worden. Zwischen dem Quäker-Hilfswerk und dem Hilfswerk des Amerikanischen Roten Kreuzes bestehen keine Zusammenhänge. Im Hinblick hierauf wird um Entscheidung gebeten, ob dem Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes die Erfüllung seiner Bitte zugesagt werden kann und gegebenenfalls, welche Bedingungen daran geknüpft werden sollen. Es darf dazu bemerkt werden, dass von Seiten der nach Amerika zurückgekehrten Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes in überaus anerkennender Weise die von den Deutschen im Generalgouvernement unternommene Aufbautätigkeit öffentlich bezeugt worden ist.“<sup>349</sup>

Zudem kann man ab Anfang 1940 zwischen den US-amerikanischen Organisationen eine Konkurrenz über die Möglichkeit ins Generalgouvernement reisen zu dürfen erkennen.<sup>350</sup> Die Vertreter des *Amerikanischen Roten Kreuzes* erwogen eine abermalige Reise in das Generalgouvernement, um das Eintreffen der ersten Hilfslieferung zu kontrollieren. Das „Deutsche Rote Kreuz“ begrüßte die Reise.<sup>351</sup> Auch die *Quäker* planten zu dieser Zeit eine Reise in das Generalgouvernement. Hans Frank empfing im Beisein eines Vertreters des „Auswärtigen Amtes“ im Januar 1940 einen Delegierten der Vereinigung in Berlin. Frank ließ sich berichten, welche Ausrichtungen das Hilfswerk der *Quäker* haben sollte und führte dazu aus, dass die Versorgung des Generalgouvernements „mit

<sup>349</sup> Aufzeichnung, 16.01.1940, PAAA, R 43080.

<sup>350</sup> Ebd.

<sup>351</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA, 17.01.1940, PAAA, R 43080. „Nach der besonderen Lage, die für das Amerikanische Rote Kreuz bei seinen Hilfsaktionen entstanden ist, besteht auch hier der Wunsch, den Rotkreuzaktionen eine besondere Unterstützung zu verleihen, zumal im Hinblick auf die dem Vertreter der Quäker bereits erteilte Genehmigung ebenfalls zu einer Reise nach Krakau. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit des Deutschen Roten Kreuzes mit den Vertretern des Amerikanischen Rotes Kreuzes, die einen Ausdruck gefunden hat auch in dem von Herrn Swift bei seiner Rückkehr nach Amerika erteilten Interviews, verbürgt zudem einen guten Verlauf einer etwa genehmigten Reise auch des Herrn Nicholson.“

den notwendigsten Lebensmitteln vollkommen gesichert sei, es sei ihm soeben gelungen, die Überweisung von 150 000 t Getreide aus Deutschland nach dem Generalgouvernement zu erreichen. Die Bevölkerung des Generalgouvernements gebe eifrig ihrer Arbeit nach, nur das Verkehrswesen sei hauptsächlich infolge der polnischen Kriegsmaßnahmen (Brückensprengungen u. dgl.) noch nicht ganz auf der Höhe.<sup>352</sup> Er habe veranlasst, dass die Polen Selbsthilfeorganisationen gründeten, „bei denen die einzelnen Klassen der Bevölkerung, die bisher sich stärker wie in anderen Ländern abgesondert hatten, zusammengeführt wurden zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe.“<sup>353</sup> Als der Quäker-Vertreter für diese Darlegung besonderes Interesse bekundete, sagte Frank, dass er keine Bedenken habe, wenn ein oder zwei Vertreter der Quäker als Gäste des Beauftragten des „Auswärtigen Amtes“ nach Krakau kommen: „Es würde ihnen Gelegenheit geben werden, sich mit den Verhältnissen im Generalgouvernement, wo die Deutsche Verwaltung nichts zu verbergen habe, vertraut zu machen.“<sup>354</sup> Nach dem Gespräch und der durch Frank ausgesprochenen Einladung genehmigte auch das „Auswärtige Amt“ eine Reise der Quäker.<sup>355</sup> Die Reisepläne konkretisierten sich im Laufe des Januar 1940. Anfang Januar wandte sich die *Commission for Polish Relief* an das „Auswärtige Amt“ und bat ebenso um eine Genehmigung für die Einreise der Quäker.<sup>356</sup> In einem Telegramm einer Auslandsvertretung in den USA hieß es: „Versagung Genehmigung würde voraussichtlich Einstellung Hilfswerks und entsprechend ungünstige Rückwirkung auf hiesige öffentliche Meinung haben. Transocean Meldung zufolge soll inzwischen Einreisegenehmigung für Vertreter beider Organisationen erteilt worden sein.“<sup>357</sup> Zuvor noch auf eine Konkurrenz bei den Reisen in das Generalgouvernement hingewiesen,<sup>358</sup> konkretisierte sich Ende Januar nun der Plan, dass die Reise der Quäker und des Amerikanischen Roten Kreuzes gemeinsam stattfinden sollte.<sup>359</sup> Mit Datum des 1. Februar 1940 liegt ein Durchschlag einer Aufzeichnung über einen Besuch der Vertreter der ARK und der Quäker bei Hans Frank vor. In dem Gespräch sei es vor allem um einen ständigen Vertreter der US-amerikanischen Organisationen im Generalgouvernement gegangen – dem habe Frank teilweise unter Auflagen zugestimmt.<sup>360</sup> Dies schlug sich im Dienstagebuch des Generalgouverneurs nicht nieder. Lediglich am 6. Februar 1940 sprach er die US-amerikanische Hilfe in einem Interview mit einem Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“ in Krakau an: „Es gibt eine Art polnische Selbsthilfe, eine Art Winterhilfe. Das amerikanische Rote Kreuz beteiligt sich, ebenso die Quäker. Beide sind sehr betrübt, daß die Engländer ihnen in Gibraltar die Waren beschlagnahmt haben. Die Engländer haben die Schiffsladungen ausgeladen. Das ist englische Menschlichkeit im Dienst der Polen. Deutschland muß jeden Monat 10 000 t Getreide auf Rechnung des Staatsetats für

<sup>352</sup> Aufzeichnung, wohl Januar 1940, PAAA, R 43083.

<sup>353</sup> Ebd.

<sup>354</sup> Ebd.

<sup>355</sup> Aufzeichnung, 27.01.1940, PAAA, R 43083.

<sup>356</sup> Abschrift Telegramm wohl Deutsche Botschaft Washington an AA, 30.01.1940, PAAA, R 127544.

<sup>357</sup> Ebd.

<sup>358</sup> Vgl. Aufzeichnung, 16.01.1940, PAAA, R 43080.

<sup>359</sup> Abschrift Fernschreiben des AA an Vertreter des AA beim GG, 30.01.1940, PAAA, R 43080.

<sup>360</sup> Durchschlag einer Aufzeichnung, 01.02.1940, PAAA, R 43080.



*die notleidenden Polen abgeben.*<sup>361</sup> Ein wirklicher Bezug zu dem obengenannten Schreiben ist dabei nicht erkennbar. Vielmehr handelt es sich dabei um Negativpropaganda zu Lasten Englands und einer positiven Darstellung der eigenen Tätigkeit, da man Geld für die hungernden Polen aufwende.

Die US-amerikanische Regierung war darauf bedacht, dass die NS den US-amerikanischen Hilfswerken jegliche Unterstützung zusagten. Eine Kontrolle der Verteilung der Spenden vor Ort sei aus zwei Gründen notwendig: Zum einen würden keine Spenden fließen, wenn die Spender nicht durch Leute „ihres Vertrauens“ an der Verteilung vor Ort beteiligt seien. Zum anderen machten England und Frankreich eine solche Kontrolle zur Voraussetzung für das Durchlassen der Sendungen durch die Blockade. Wenn nicht eine befriedigende Lösung erfolge, würden jedoch die Vertreter der Organisationen Ende dieser Woche abreisen müssen. Die ganze Angelegenheit würde dann durch die Publizistik eine erhebliche Verschlechterung der deutsch-US-amerikanischen Beziehungen zur Folge haben.<sup>362</sup> Am 20. Februar 1940 fand im „Auswärtigen Amt“ eine Besprechung über die weitere Behandlung der Hilfsaktion des *ARK* und der *Quäker* statt. Dabei wurde zunächst der Stand der Angelegenheit geschildert und mitgeteilt, dass auf Grund der Weisung des Reichsaußenministers dem Wunsche der US-amerikanischen Gesellschaften, für die Dauer der Hilfsaktion eine ständige Vertretung im Gebiet des Generalgouvernements einrichten zu dürfen, nicht entsprochen werden könne. Den Gesellschaften sollte allerdings gestattet werden von Zeit zu Zeit Vertreter zu entsenden, um die eintreffenden Spenden in Empfang zu nehmen, ihre Zuteilung im Benehmen mit dem DRK zu regeln und die Durchführung der Verteilung zu beobachten. Die Dauer des Aufenthaltes werde sich jeweils nach dem Umfang der Sendungen und nach der für ihre Verteilung benötigte Zeit richten. Eine Erklärung der US-amerikanischen Gesellschaften, ob sie unter diesen Bedingungen zur Fortsetzung ihrer Hilfsaktion bereit seien, lag zu dieser Zeit noch nicht vor. Folgender Hauptgrund für die Genehmigung der Einreise der US-amerikanischen Delegierten in das Generalgouvernement sei maßgebend gewesen: eine Verweigerung der Einreise hätte propagandistisch gegen die NS ausgenutzt werden können. Allerdings würdigte das „Auswärtige Amt“ die Bedenken, die von abwehrpolizeilicher und sicherheitspolizeilicher Seite gegen die Gestattung der Einreise bestünden: *„Wenn auch die gegenwärtig in Deutschland weilenden Delegierten der amerikanischen Gesellschaften, mit denen die bisherigen Verhandlungen geführt worden seien, sich durchaus loyal verhalten und keinerlei Anlass zum Verdacht gegeben hätten, so können doch nicht mit unbedingter Sicherheit die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass nicht doch einmal ein Vertreter der amerikanischen Gesellschaften seinen Aufenthalt im Generalgouvernement zu Spionagezwecken missbrauche.“*<sup>363</sup>

<sup>361</sup> Dienstagebuch, 23.04.1940, Interview des Herrn Generalgouverneurs durch den Korrespondenten des Völkischen Beobachters Kleis [Krakau, Prot., 19 S.], S. 104–108, hier: S. 108.

<sup>362</sup> Schreiben wohl intern im AA mit handschriftlichem Vermerk „eilt sehr!“, 13.02.1940, PAAA, R 43080.

<sup>363</sup> Niederschrift zu einer Sitzung, 20./21.02.1940, PAAA, R 43084.

Das ARK hatte in der Zwischenzeit einen Antrag auf Einreise eines Vertreters in das Generalgouvernement gestellt beziehungsweise einen früheren Antrag erneuert: „Bei Entsendung neuer Vertreter möge Amerikanisches Rotes Kreuz nur dortiger Botschaft bekannte geeignete Persönlichkeiten auswählen und nicht unbekannte Personen nach Europa senden, deren Einreise nicht gestattet werden könnte.“<sup>364</sup> Die Verhandlungen mit den Quäkern seien schwieriger als mit dem ARK gewesen: „Wünsche [der] Quäker, die von vornherein [eine] ständige Vertretung verlangten, gingen weiter. Ferner bestanden Quäkern gegenüber bei inneren Stellen bei Anerkennung ihrer Leistungen für deutsche Kinder in der Nachkriegszeit gewisse Hemmungen wegen pazifistischer Kriegsdienst ablehnender Ideologie.“<sup>365</sup> Die Bedenken seien durch das Entgegenkommen des Generalgouverneurs Hans Frank ausgeräumt worden.<sup>366</sup>

Ende Februar 1940 erfuhr das „Oberkommando der Wehrmacht“ (OKW) aus „einwandfreier Quelle“, dass das US-amerikanische Außenamt beschlossen habe, zunächst keine weiteren Hilfssendungen mehr von USA-Häfen nach Polen abgehen zu lassen und die in Genua befindlichen vorläufig dort zurückzuhalten und teilte dies dem „Auswärtigen Amt“ mit. Als Grund wurde angeführt, dass man deutscherseits die US-amerikanische Einflussnahme auf die Verteilung zu scharf einschränke: „An den Spenden besteht sowohl wegen des mit ihnen verbundenen Devisengewinns als auch wegen des Beitrags zur Ergänzung des Ernährungsraums ein erhebliches Interesse.“<sup>367</sup> Um das Fließen der Spenden wieder in Gang zu bringen, sei das OKW deshalb bereit, die „aus Abwehrgründen früher geübten Bedenken zurückzustellen. Es werden daher gegen die Zulassung einer begrenzten Anzahl von Amerikanern zu Reisen in das Generalgouvernement auf beschränkte Zeit in deutscher Begleitung mit vorher bestimmten Reiserouten Einwendungen nicht mehr erhoben. Die gleiche Einstellung besteht hier für sonstige Massnahmen, die die Angelegenheit fördern und erleichtern können.“<sup>368</sup> Vom 3. bis 15. März 1940 fand eine Inspektionsreise von Vertretern des ARK im Generalgouvernement statt. Ihr Aufenthalt in Krakau war von dem Beauftragten des DRK vorbereitet worden.<sup>369</sup> Als Beauftragter des DRK bestimmte man den früheren Hamburger Gesandtschaftsrat Louis Sanne. Zu seinen Aufgaben zählte vor allem die Durchführung der internationalen Hilfsorganisationen für die nichtdeutsche Bevölkerung im Generalgouvernement.<sup>370</sup> Dieser sollte im Laufe der kommenden Monate und bis in die letzten Tage

<sup>364</sup> Abschrift Telegramm an Botschaft in Washington, [nach 21. Februar 1940], PAAA, R 43084.

<sup>365</sup> Ebd.

<sup>366</sup> Ebd.

<sup>367</sup> OKW, Berlin an AA betr. „Hilfsaktion des Amerikanischen Roten Kreuzes und der Amerikanischen Quäker-Gesellschaft für die Zivilbevölkerung des Generalgouvernements“, 26.02.1940, PAAA, R 43084.

<sup>368</sup> Ebd.

<sup>369</sup> Aufzeichnungen über die Besichtigungsreise der Delegierten des Amerikanischen Roten Kreuzes, Nicholson und Taylor, durch das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete vom 03.–15.03.1940, 18.03.1940, PAAA, R 43080.

<sup>370</sup> Entwurf wohl AA an den Vertreter der Auswärtigen Amts beim Generalgouverneur, 28.12.1939, PAAA, R 43074.

der Besatzung eine wichtige Rolle für die polnischen und jüdischen Organisationen im Generalgouvernement einnehmen.<sup>371</sup> Während der Reise der Vertreter des ARK fanden zunächst eingehende Besprechungen mit den Mitgliedern des polnischen *Haupthilfsausschusses* statt, an denen auf deutscher Seite Sanne und der Leiter der Abteilung „Bevölkerung und Fürsorge“, Fritz Arlt, teilnahmen: *„Bei diesen Besprechungen gewannen die amerikanischen Delegierten einen Einblick in den Aufbau und die Tätigkeit des polnischen Haupthilfsausschusses und der ihm angeschlossenen polnischen und jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen.“*<sup>372</sup> Die Delegation besuchte unter anderem ein jüdisches Hospital sowie die karitative Sektion der jüdischen Gemeinde in Krakau. Ferner wurden die US-amerikanischen Delegierten mit den *„polnischen und jüdischen Mitgliedern des Warschauer Hilfsausschusses“* bekannt gemacht.<sup>373</sup> Zudem besuchte man polnische und jüdische Flüchtlingsheime, Volksküchen, Waisenhäuser, Krankenhäuser und Impfstellen in Warschau sowie das jüdische Krankenhaus in Lublin.<sup>374</sup> Die Verantwortlichen des Reichsministeriums fassten am Ende ihres Reiseberichtes zusammen, dass die US-amerikanischen Delegierten die Möglichkeit gehabt hätten, Folgendes festzustellen: *„1.) Teile der Zivilbevölkerung des Generalgouvernements sind zurzeit hilfsbedürftig. 2.) Im Generalgouvernement sind polnische und jüdische Wohltätigkeitsorganisationen tätig, die in der Lage sind, unter der Aufsicht des Deutschen Roten Kreuzes die Hilfsspenden des Amerikanischen Roten Kreuzes in einer den Wünschen der Spender Rechnung tragenden Weise zu verteilen. 3.) Die deutschen Behörden im Generalgouvernement behindern die Tätigkeit der polnischen und jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen nicht nur nicht, sondern fördern sie.“*<sup>375</sup> Der Vorsteher der *Koordinierungskommission* und spätere Vorsitzende der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* Michał Weichert war bei der obengenannten Besprechung mit den Delegierten anwesend.<sup>376</sup> Die Medien in den USA berichteten zu dieser Zeit positiv über die Ergebnisse, die die US-amerikanischen Hilfsorganisationen in Bezug auf ihre Hilfe für Polen mit der deutschen Regierung erzielten: *„Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, gab bekannt, dass die Verhandlungen zwischen der Organisation für die Unterstützung der polnischen Bevölkerung und den Regierungen der Alliierten sowie mit der deutschen Regierung sich günstig entwickeln und, dass demnächst Dampfer von den Vereinigten Staaten abgehen könnten, um der polnischen Zivilbevölkerung Lebensmittel und Kleidung zu bringen.“*<sup>377</sup> Die Regierung der Alliierten garantieren die ungehinderte Durchfahrt der Dampfer durch die Blockade und die deutsche Regierung garantiere dafür, dass die Verteilung an die Polen und Polinnen unter US-amerikanischer

<sup>371</sup> Vgl. hierzu I.4.4.

<sup>372</sup> Aufzeichnungen über die Besichtigungsreise der Delegierten des Amerikanischen Roten Kreuzes, Nicholson und Taylor, durch das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete vom 03.–15.03.1940, 18.03.1940, PAAA, R 43080.

<sup>373</sup> Ebd.

<sup>374</sup> Ebd.

<sup>375</sup> Ebd.

<sup>376</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 13.03.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>377</sup> Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisnahme“ Nr. 73, 13.03.1940, PAAA, R 43080.

Kontrolle erfolge.<sup>378</sup> Auch die Delegierten der *Quäker* konnten dem „Auswärtigen Amt“ über weitere Fortschritte bei der Beschaffung von Hilfslieferungen für das Generalgouvernement berichten. Sie hatten bei einer norwegischen Firma eine weitere Sendung von 500 Fässern Lebertran bestellt, die „unter *Hinzuziehung polnischer und jüdischer Wohltätigkeitsorganisationen*“ an bedürftige Kinder verteilt werden sollte.<sup>379</sup> Die *Quäker* zogen sich in der folgenden Zeit aus der Hilfstätigkeit zurück und die – schon mehrfach erwähnte – *Commission for Polish Relief*, die zuvor bereits finanzielle Mittel für das *Quäker*-Hilfswerk zur Verfügung gestellt hatte,<sup>380</sup> übernahm auch die aktive Hilfe.<sup>381</sup> Das „Auswärtige Amt“ hielt diesbezüglich fest: „*Unter Leitung des ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover hat sich in den Vereinigten Staaten eine Vereinigung amerikanischer Bürger mit dem Namen Polish Food Commission gebildet, welche die bisher von den Quäkern getragenen Hilfsaktionen für das Generalgouvernement auf neuer Grundlage weiterführen will.*“<sup>382</sup> Über die geplante Organisation machte der im April 1940 in Berlin weilende Vertreter der Kommission, John Hartigan, Mitteilung. Demnach verfüge die Kommission zu diesem Zeitpunkt über 1 ¼ Millionen Dollar, die sie von der polnischen „*Scheinregierung in Angers*“ erhalten habe. Sie hoffe weitere erhebliche Mittel, bis zu 15 Millionen Dollar, teils aus denselben Quellen, teils von der englischen oder französischen Regierung zu bekommen. Außerdem wolle sie Hilfsaktionen, die von anderen Wohltätigkeitsgesellschaften in den Vereinigten Staaten getragen werden, aufnehmen, damit sie neben dem *ARK* die einzige Trägerin solcher Aktionen würde.<sup>383</sup> „*Wie schon ihr Name besagt, sieht die Kommission als ihre Hauptaufgabe an, Lebensmittel an die polnische Bevölkerung zu verteilen. Dies soll hauptsächlich auf caritativer Grundlage geschehen; daneben sollen aber auch Lebensmittelpakete, für die amerikanischen Spender bezahlen, an die von diesen bedachten Personen gesandt werden.*“<sup>384</sup> Die Kommission wünschte, und dies sei nach den mündlichen Ausführungen Hartigans der wesentliche Teil des gesamten Plans, Lebensmitteldepots im Generalgouvernement unter der Kontrolle von US-amerikanischen Beauftragten zu errichten. Die Zahl der hierfür nötigen Beauftragten gab man mit etwa 15 an. Die Kommission wollte nur Beauftragte entsenden, die vorher von der deutschen Regierung geprüft worden waren und erklärte sich einverstanden, dass jeder Beauftragte, bezüglich dessen die deutschen Stellen einen entsprechenden Wunsch äußerten, sofort zurückgezogen werde. Die Kommission habe sich bereits an die alliierten Blockadebehörden mit der Frage gewandt, ob diese die Lebensmitteltransporte durchlassen würden. Sie habe ein Schreiben des britischen Botschafters aus Washington erhalten, aus dem sich ergab, dass die Engländer eine erste Sendung im Werte von 100.000 Dollars durch die Banngutkontrolle durchlassen wollen:

---

<sup>378</sup> Ebd.

<sup>379</sup> Aktennotiz, ohne Datum, PAAA, R 43084.

<sup>380</sup> Vgl. dazu etwa Telegramm der Quäker wohl an das AA, 03.10.1939, PAAA, R 127544.

<sup>381</sup> Vgl. dazu etwa Entscheidungsvorlage für den Reichsaußenminister, 20.04.1940, PAAA, R 43084.

<sup>382</sup> Entscheidungsvorlage für den Reichsaußenminister, 20.04.1940, PAAA, R 43084.

<sup>383</sup> Ebd.

<sup>384</sup> Ebd.

„Bevor sie weitere Sendungen durchlassen, wünschen sie einen Bericht der Kommission über ihre Erfahrungen mit der ersten Sendung zu erhalten, aus dem sie sich davon überzeugen können, daß den amerikanischen Aufsichtspersonen von deutscher Seite gestattet worden sei, die Verteilung in voller Freiheit zu überwachen und daß die Sendungen weder direkt, noch indirekt durch die Ausfuhr gleicher Mengen polnischer Erzeugnisse nach Deutschland, dem Deutschen Reich zugute gekommen sind.“<sup>385</sup> Auf Grund dieses Schreibens brachte die Kommission Lebensmittel auf den Weg über Bergen nach Stettin. Die Schiffe sollten jedoch im Hinblick auf die Ereignisse in Norwegen – im Zuge des Unternehmens „Weserübung“ hatte die deutsche Wehrmacht im April 1940 erfolglos versucht Dänemark und Norwegen zu besetzen<sup>386</sup> – über das Mittelmeer umgeleitet werden.<sup>387</sup> Die Angelegenheit wurde mit Vertretern des OKW, der Gestapo, des Reichsernährungsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Generalgouverneurs besprochen. Diese Unterredungen hatten folgendes Ergebnis: Sämtliche beteiligte Stellen begrüßten zusätzliche Lieferungen von Lebensmitteln. „Die Vertreter des Generalgouverneurs wiesen insbesondere darauf hin, daß die Lebensmittelversorgung in einzelnen Gebieten des Generalgouvernements, namentlich in Warschau und in den ruthenischen Gebieten östlich von Krakau, unbefriedigt sei. Die bestehenden polnischen und jüdischen Hilfsorganisationen könnten ihre Tätigkeit nur unter großen Schwierigkeiten fortsetzen.“<sup>388</sup> Unstimmigkeit herrschte aber in Bezug auf die Entsendung von US-amerikanischen Vertretern für eine längere Zeit in das Generalgouvernement. Das OKW nahm den Standpunkt ein, dass daran die Hilfsaktion nicht scheitern dürfe. Der Vertreter des Generalgouvernements teilte mit, dass nach Ansicht von Reichsminister Arthur Seyß-Inquart „die Entsendung von vier amerikanischen Vertretern in das Generalgouvernement tragbar sein würde.“<sup>389</sup> Der Vertreter der Gestapo allerdings hielt an den bestehenden Weisungen fest, „wonach eine ständige amerikanische Vertretung nicht annehmbar sei, glaubte aber eine Überprüfung in Aussicht stellen zu können, wenn politische Gründe ein gewisses Entgegenkommen hinsichtlich der amerikanischen Wünsche angezeigt erscheinen lassen.“<sup>390</sup> Ein anderer Aspekt scheint mindestens ebenso schwierig gewesen zu sein: „Die Abgabe einer verpflichtenden Erklärung wonach Deutschland bei der Durchführung der Hilfsaktion davon abgesehen werde, entsprechende Mengen polnischer Erzeugnisse aus dem Generalgouvernement nach Deutschland zu bringen, hielten die Vertreter des Ernährungsministeriums und des Generalgouverneurs nicht für möglich. Sie wiesen darauf hin, daß gewisse Verwaltungsmaßnahmen getroffen worden seien, die eine solche Ausfuhr zum Ziele habe. Vom außenpolitischen Standpunkt erscheint es heikel, daß die Kommission im wesentlichen mit polnischen, französischen und englischen Regierungsmitteln arbeiten soll. Man würde einer feindlichen Propaganda vielleicht damit begegnen können, daß auf die aus Polen verschleppten Goldvorräte hingewiesen wird, die

---

<sup>385</sup> Ebd.

<sup>386</sup> Vgl. dazu etwa HANS-MARTIN OTTMER: „Weserübung“. Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940, München 1994.

<sup>387</sup> Entscheidungsvorlage für den Reichsaußenminister, 20.04.1940, PAAA, R 43084.

<sup>388</sup> Ebd.

<sup>389</sup> Ebd.

<sup>390</sup> Ebd.

auf diesem Wege wenigstens zu einem kleinen Teil der polnischen Bevölkerung zugute kommen würden. Ferner dürfte zur berücksichtigen sein, daß es mindestens zweifelhaft erscheint, ob die Engländer es dazu kommen lassen werden, daß das Hilfswerk die von den Amerikanern beabsichtigen Ausmaße annimmt.“<sup>391</sup> Nicht nur in Berlin sah man den Punkt kritisch, dass die Mittel, die der nichtdeutschen Zivilbevölkerung im Generalgouvernement zugutekommen unter anderem aus polnischen Regierungsmitteln stammen. Auch der Gesandte des „Auswärtigen Amtes“, Johann von Wühlisch, wies im Zusammenhang mit der geplanten Hilfsaktion darauf hin, dass diese „eines gewissen politischen Beigeschmacks nicht entbehre. Es handele sich um eine ziemlich große Summe von 10 bis 20 Millionen Dollar, die von den Alliierten und der polnischen Regierung in Angers zugunsten der Polen verwendet werden solle. Er frage sich nun, ob es opportun sei, Gelder anzunehmen, die von der polnischen Regierung stammten.“<sup>392</sup> Hans Frank habe entschieden, dass das Geld unter keinen Umständen angenommen werde. Der Gesandte von Wühlisch bemerkte, dass von dem Geld Lebensmittel gekauft werden sollten. Auf die Frage des Generalgouverneurs, „was aus der Unterstützungsaktion des amerikanischen Roten Kreuzes und der Quäker geworden sei, erwiderte Gesandter von Wühlisch, daß demnächst wieder 20 Waggon mit Kleidungsstücken, Bettwäsche usw. ankämen.“<sup>393</sup> Die Gegenstände sollten durch das *Polnische Rote Kreuz* in Anwesenheit von zwei Vertretern des *ARK* verteilt werden.<sup>394</sup> Zudem wurde die Regierung über die geplante Aktion der *Comporel* unterrichtet. Man stützte sich dabei auf einen Bericht des Beauftragten Hoover an Geheimrat Albrecht im „Auswärtigen Amt“.<sup>395</sup> Es wurde vorgeschlagen die Frage mit Staatssekretär Bühler zu besprechen. Die Besatzer waren sicher, dass das Problem des Aus- beziehungsweise Einfuhrverbots müsse irgendwie gelöst werden musste. Der Gesandte des „Auswärtigen Amtes“ äußerte allerdings Bedenken, dass „im Generalgouvernement Gelder oder Lebensmittel verteilt würden, die die polnische Regierung kaufe, da dadurch die Autorität des Reiches gefährdet werde.“<sup>396</sup> Der Generalgouverneur wandte sich ebenfalls entschieden gegen eine solche Maßnahme: „Man könne höchstens Gaben verteilen, die aus dem amerikanischen Volke heraus, vielleicht auch von privaten Polen gesammelt würden. Das dürfe aber absolut keinen amtlichen Charakter haben, und man könne auch unter keinen Umständen Gelder von den alliierten Regierungen annehmen, da man sonst für diese Staaten Propaganda machen würde. Auch lehnte er entschieden die Beteiligung von Ausländern an der Organisation dieser Lebensmittelverteilung ab, da er darin ein Mißtrauen gegen das Generalgouvernement erblicken müsse, als sei es nicht imstande, diese Gegenstände richtig zu verteilen. Er halte ein solches Ansinnen

---

<sup>391</sup> Ebd.

<sup>392</sup> Dienstagebuch, 23.04.1940, Dienstagebuch [Krakau Besprechungen und Arbeitssitzung, 18 S.], S. 183–186, hier: S. 184.

<sup>393</sup> Ebd.

<sup>394</sup> Ebd.

<sup>395</sup> Ebd.

<sup>396</sup> Ebd.

*geradezu für beleidigend.*<sup>397</sup> Der Gesandte des „Auswärtigen Amtes“ wollte in dieser Angelegenheit eine Meldung nach Berlin machen.<sup>398</sup>

Anfang Mai 1940 hatte die *Comporel* in dieser Frage noch keine Rückmeldung erhalten. Deshalb suchte Hartigan abermals das „Auswärtige Amt“ auf, um Wünsche und Mitteilungen anzubringen. In erster Linie bat er um eine Beschleunigung der deutschen Äußerung, ob dem von seinem Komitee ausgearbeiteten Plan zur Hilfeleistung für Polen grundsätzlich zugestimmt werde. Er ging davon aus, dass Ende der Woche weitere 1.150 Tonnen Lebensmittel für die polnische Bevölkerung aus den USA abgesendet werden. Bereits kurz zuvor war eine solche Sendung in Genua eingetroffen. Im Zusammenhang mit dieser Sendung suchte Hartigan nach, dem als weiteren Vertreter der Kommission in Aussicht genommenen Murray nunmehr das Einreisevisum zu erteilen. Hartigan teilte zudem mit, dass er demnächst, *„vielleicht schon Ende dieser Woche“*, mit dem Botschafter in Brüssel zusammenkomme. Falls bis dahin eine zustimmende Äußerung der Deutschen Regierung auf den Vorschlag erfolgt sein sollte, bat er, ihm einen Besuch beim Generalgouverneur zu ermöglichen.<sup>399</sup> Ebenfalls versuchte das „Auswärtige Amt“ zu dieser Zeit die Bedingungen des „Durchlassens“ der US-amerikanischen Hilfssendungen zu klären.<sup>400</sup>

Noch im selben Monat äußerte der Vertreter der *Comporel* ebenfalls den Wunsch, nach Krakau reisen zu dürfen. Überdies teilte er mit, dass die avisierten Lebensmittelsendungen aus Mitteln von Privatpersonen aus den USA angekauft worden seien. *„Es handle sich also nicht um polnische oder alliierte Gelder. Die Bedenken, die aus diesem Grund gegen die Verteilung der Spenden erhoben worden wären, seien damit also hinfällig.“*<sup>401</sup> Johann von Wühlisch äußerte sich *„dahin sofort sehr lebhaft in dem Sinne, er habe gegen diesen Plan erhebliche Bedenken, solange nicht grundsätzlich geklärt sei, von wem die weiteren grossen Spenden des Polish Relief Committee finanziert würden. Man könne Herrn Hartigan nicht zum Generalgouverneur bringen, wenn das Hilfswerk später nicht durchgeführt würde, weil es von alliierten oder polnischen Geldern bezahlt werde.“*<sup>402</sup> Hartigan drängte in den folgenden Tagen immer vehementer auf ein Ergebnis der Verhandlungen: *„Er verstehe durchaus, daß sich infolge der politischen Ereignisse die grundsätzliche Entscheidung verzögert habe; er nehme an, daß dabei vielleicht auch der Umstand eine Rolle spiele, daß der Herr Reichsaußenminister das Problem der polnischen Gebiete mit Lebensmitteln nicht als ein isoliertes ansähe, sondern das Gesamtproblem des Bedarfs*

<sup>397</sup> Ebd.

<sup>398</sup> Ebd.

<sup>399</sup> Aktenvermerk, 06.05.1940, PAAA, R 43084.

<sup>400</sup> Abschrift Telegramm an Botschaft Washington, 14.05.1940, PAAA, R 43084. *„Nach Mitteilung Comporel-Vertreters Hartigan bat Gibson über englische Haltung gegenüber geplantem Hilfswerk Comporel Generalgouvernement gedrahtet, daß Engländer Waren für Polenhilfe unter gleichen Voraussetzungen wie 1914 durchlassen wollen. Damals stellten die Engländer für die von Hoover geplante Hilfsaktion für Polen Bedingung, daß deutsche Besatzungstruppen auf jede Requisition verzichten. An Unerfüllbarkeit dieser Bedingungen scheiterte das Hilfswerk. Wortlaut englischer Bedingungen liegen noch nicht vor. Wenn sie Ankündigungen entsprechen, würde etwaiges Scheitern Hilfswerks auf Haltung Englands zurückzuführen sein.“*

<sup>401</sup> Aufzeichnung, 18.05.1940, PAAA, R 43084.

<sup>402</sup> Ebd.

aller von den deutschen Truppen besetzten Gebiete, insbesondere auch Belgiens vor Augen habe.“<sup>403</sup> Für – wohl Ende Mai – liegt ein Entwurf eines Schreibens des „Auswärtigen Amtes“ an Hartigan vor. Teile des Schreibens sind gestrichen und mit dem Vermerk „*nichts schriftlich*“ versehen, sodass nicht davon ausgegangen werden kann, dass dieses Schreiben in dieser Form versandt wurde.<sup>404</sup> Eine Ausfertigung oder ein späterer Entwurf sind allerdings nicht überliefert, sodass man sich auf dieses Schreiben stützen muss, um die Haltung der deutschen Regierung für diese Zeit zu ergründen:

„Die Deutsche Regierung ist grundsätzlich bereit, die Verteilung dieser Lebensmittel im Generalgouvernement zuzulassen. Für das Verfahren würden dieselben Richtlinien gelten, wie sie bei anderen ähnlichen Hilfsaktionen angewandt worden sind. Die Verteilung würde nach einem Plan erfolgen, den das Deutsche Rote Kreuz aufstellt, das auf diesem Gebiet eine allgemeine Vollmacht der Deutschen Regierung hat. Um die Ankunft der Waren in Warschau, bei späteren Sendungen auch in Radom und Lublin nachzuprüfen, um ferner die Lebensmittel den örtlichen Verteilungsorganisationen zuzuteilen und die Verteilung an Ort und Stelle zu beobachten, kann Vertretern, die von Ihnen benannt worden sind, die Einreise in das Gebiet des Generalgouvernements gestattet werden. Zu diesem Zweck werden vier Reisen von je etwa zehntägiger Dauer in Betracht kommen. Die abschließenden Besprechungen über den von dem Deutschen Roten Kreuz aufzustellenden Verteilungsplan können in Krakau an einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt stattfinden.“<sup>405</sup>

Die Spenden sollten dabei ausschließlich der nichtdeutschen Bevölkerung des Generalgouvernements und weder direkt noch indirekt dem Reich und der Wehrmacht zugutekommen, führte man weiter aus.<sup>406</sup> Bei dieser Gelegenheit wurde zudem auf Folgendes hingewiesen: Die Reichsregierung habe wiederholt feststellen müssen, dass „*Polen im Ausland Pläne für Hilfsaktionen im Generalgouvernement für deutsch-feindliche Propaganda ausgenutzt haben. So ist schon vor einigen Monaten von Polen in Frankreich die Behauptung aufgestellt worden, sie müßten durch die Commission for Polish Relief die Versorgung der Bevölkerung im Generalgouvernement mit Lebensmitteln ermöglichen. Neuerdings ist bekannt geworden, daß in Versammlungen, der der Paderewski-Fund for Polish Relief veranstaltet, deutsch-feindliche Hetzfilme gezeigt und unwahre Behauptungen über die Zustände in Polen und die Notwendigkeit der Errichtung amerikanischer Verteilungsstellen durch die Comporel aufgestellt werden.*“<sup>407</sup> An diesen Versammlungen hätten bekannte Polen teilgenommen. „*Es ist eine bekannte Tatsache, daß schon vor dem gegenwärtigen Krieg die Polen im Ausland in sehr beträchtlichem Umfang Geld und sonstige Gegenstände nach Polen schickten, um zur Linderung der in weiten Kreisen der dortigen Bevölkerung bestehenden Notlage beizutragen. Die Deutsche Regierung hat Verwaltungsmaßnahmen getroffen, durch welche die Fortsetzung von Geldüberweisungen und Paketsendungen in das Gebiet des Generalgouvernements ermöglicht wird. Sie hat auch ausländische Hilfsaktionen zugelassen, soweit sie die Überzeugung hatte, daß die dazu erforderlichen Geldmittel auf einwandfreier Weise und nicht durch falsche Darstellungen über die Verhältnisse im Generalgouvernement zusammengebracht wurden. Nach Ihren Mitteilungen steht die Polish*

---

<sup>403</sup> Aufzeichnung, 22.05.1940, PAAA, R 43084.

<sup>404</sup> Entwurf AA an Hartigan, Mai 1940, PAAA, R 43084. Die erste Seite des Dokuments wurde durchgestrichen und mit dem handschriftlichen Vermerk „*nichts schriftlich*“ versehen.

<sup>405</sup> Ebd.

<sup>406</sup> Ebd.

<sup>407</sup> Ebd.



*Food Commission nicht im Zusammenhang mit dem Paderewski-Fund und hat von diesem bisher kein Geld erhalten.*<sup>408</sup> Da jedoch die Polen und Polinnen im Ausland die von der *Comporel* eingeleitete Unterstützung von Bedürftigen für deutsch-feindliche Agitationen ausnützen, müsse sich die Reichsregierung vorbehalten, die jetzt ins Auge gefasste Verteilung der nach Europa gesandten Lebensmittel jederzeit zu beenden, wenn diese Propaganda fortgesetzt werde.<sup>409</sup> Anfang Juni scheint dann eine Regelung über die Hilfstätigkeit der *Comporel* getroffen worden zu sein. Bei einer Besprechung, bei der neben Hartigan der Beauftragte des DRK sowie Regierungsvertreter des Generalgouvernements anwesend waren, traf man folgende Vereinbarungen. Es wurde in Aussicht genommen für jeden der vier Distrikte einen Vertreter des DRK zu bestellen, der die Sendungen der US-amerikanischen Organisation entgegennehmen sollte. Die Ostbahn sollte regelmäßig an die Vertreter des DRK in den Distrikten über eingetroffene Waggons berichten, damit diese das Erforderliche veranlassen können, um die Waggons sofort auszuladen und die Ladungen in Lagerhäuser sicherstellen zu lassen. Unter den im „*Haupthilfsausschuss für die besetzten polnischen Gebiete*“ zusammengeschlossenen einzelnen Hilfsorganisationen habe das *Polnische Rote Kreuz* für den Distrikt Warschau sein Lagerhaus zur Aufnahme der Liebesgaben zur Verfügung gestellt und wirke bei der Entladung von Waggons und der Beförderung der Liebesgaben mit. Das gleiche Verfahren wurde für Radom, Lublin und Krakau in Aussicht gestellt. Das *Polnische Rote Kreuz* sollte bei der Einlagerung und Auslieferung als Treuhänder für die *Comporel* wirken. Mit Hartigan oder seinem Vertreter sollten wegen der Verteilung der Liebesgaben auf dem Wege über den Beauftragten des DRK Verfügungen getroffen werden. Man sei sich darüber einig gewesen, dass ein Nachweis der Verteilung an die einzelnen Empfänger – etwa über Empfangsbestätigungen – nicht verlangt und in der Regel nicht geliefert werden könne. Vertretern der *Comporel* werde jedoch bei Reisen die Möglichkeit gegeben werden, Stichproben über den Verbleib der von den unteren Verteilungsstellen weitergeleiteten Liebesgaben zu machen. Hartigan wünschte, dass sich diese letztgenannte Vereinbarung nur auf die bereits angekommenen und unterwegs befindlichen Sendungen beziehe. Die wurde bei einer Besprechung entsprechend festgelegt.<sup>410</sup>

Parallel zu den Entwicklungen rund um die Hilfstätigkeit der *Comporel* waren weitere Sendungen des *ARK* auf dem Weg und die Amerikaner baten darum erneut eine Reise zur Kontrolle der Ankunft und der Verteilung durchführen zu dürfen.<sup>411</sup> Das „Auswärtige Amt“ legte dem Reichsaußenminister hierzu eine entsprechende Beschlussvorlage vor.<sup>412</sup> Die Reisen entfalteten die von den

---

<sup>408</sup> Ebd.

<sup>409</sup> Ebd.

<sup>410</sup> Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Hartigan, Sanne, Makowski und Heinrich, 04.06.1940, PAAA, R 43084.

<sup>411</sup> Aufzeichnung, 22.04.1940, PAAA, R 43081.

<sup>412</sup> Beschlussvorlage für den RAM zur Einreise der Delegierten in das Generalgouvernement, 24.04.1940, PAAA, R 43081.

NS intendierten Wirkungen: „*Nicholson, Vizepräsident amerikanischen Rotkreuzes, laut ‚Washington Daily News‘ erklärte in Pressekonferenz, Juden würden in Polen von Deutschen weder verfolgt noch gemartert werden. Er habe keine Grausamkeit gegen Juden gesehen und er sei in vielen polnischen Ghettos gewesen.*“<sup>413</sup>

### **I.2.3 Die Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen**

Am 29. Oktober 1939 trafen sich in Zürich im Hotel „Ivria“ 33 Personen, die darüber debattierten, wie von der Schweiz aus Hilfe für polnische Juden und Jüdinnen organisiert werden kann. Die Versammlung kam zustande, da sich die „*ostjüdischen Vereine in Zürich*“ wenige Wochen zuvor mit dem Ziel zu helfen zusammengeschlossen hatten. Die Sitzung war von Farbstein einberufen worden, „*um die Basis für dieses Hilfswerk zu verbreitern.*“<sup>414</sup> In dem Protokoll der Versammlung führe man an, dass bereits Hilfswerke in der Schweiz bestünden, die Hilfe für Polen und auch für die dort lebenden Juden und Jüdinnen leisten – allerdings: „*Ich finde nun, wir sollten selbst die Sache in die Hand nehmen, damit die Gelder auch so zwischen Nichtjuden und Juden verteilt werden, wie sie von Nichtjuden und Juden kommen. Denn Juden wollen an Juden abgeben.*“<sup>415</sup> Die Arbeit sollte bestehen aus: 1.) der Nachforschung nach Juden, die in Polen wohnen, und von den Verwandten im Ausland gesucht werden und 2.) der effektiven Hilfe.<sup>416</sup> Das Problem zu diesem frühen Zeitpunkt – Ende Oktober 1939 – war, dass man in der Schweiz noch nicht wusste „*was in Polen tatsächlich zugeht, wir haben nur sehr spärliche Nachrichten. Wir wissen nicht, ob noch jüdische Organisationen in Polen bestehen.*“<sup>417</sup> Allerdings war den bei der Sitzung Anwesenden klar, dass ein Komitee gegründet werden müsse, wenngleich man auch sah, dass sich bereits um eine große Zahl an polnischen Flüchtlingen in der Schweiz gekümmert werden musste, was ebenfalls große Geldbeträge beanspruchte.<sup>418</sup> Neben der Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Organisationen betrachteten die Schweizer das *Rote Kreuz* als einen potentiellen Partner.<sup>419</sup> In der Diskussion wurde darüber gesprochen, dass man den ohnehin überlasteten *Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund* in die Arbeit einbeziehen solle oder aber den *Jüdischen Weltkongress*. Zu einer potentiellen Zusammenarbeit mit dem *Weltkongress* stellten die Anwesenden allerdings fest: „*Wenn wir mit dem Weltkongress zusammenarbeiten, so würden die deutschen Behörden die Arbeit sabotieren, denn der Weltkongress ist dort nicht gut angeschrieben. Ich erkenne keineswegs die Arbeit des Weltkongresses, aber wenn wir Hilfe für die poln. Juden leisten wollen, so müssen wir dies so tun, dass wir auch mit der deutschen Regierung zusammen arbeiten können. Ich schlage deshalb vor, ein kleines Comité zu gründen. Die verschiedenen Richtungen*

---

<sup>413</sup> Abschrift DNB-Meldung, PAAA, R 43081.

<sup>414</sup> Protokoll der von Herrn Dr. D. Farbstein, Zürich, einberufenen Sitzung vom 29. Okt. 1939 in der Pension Ivria Zürich, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.

<sup>415</sup> Ebd.

<sup>416</sup> Ebd.

<sup>417</sup> Ebd.

<sup>418</sup> Ebd.

<sup>419</sup> Ebd.

sollen darin vertreten sein.“<sup>420</sup> Auch eine Zusammenarbeit mit dem JDC wurde diskutiert.<sup>421</sup> Silberschein schlug vor: „Ich finde, wir sollten den poln. Juden in erster Linie dadurch helfen, dass wir uns für die Polenhilfe in einer einzigen Organisation zusammenschliessen. Es soll den einzelnen Organisationen nicht die Arbeit genommen werden, aber die Arbeit soll doch koordiniert getan werden. [...] Man sollte eine Resolution hier fassen, dass alle Organisationen den poln. Juden helfen sollten. Dabei ist mir aber klar, dass der Gemeindebund im Moment nicht in der Lage ist, selbst Geld auch noch für die poln. Juden zu sammeln.“<sup>422</sup> Saly Braunschweig äußerte sich diesbezüglich: „Ich bin auch der Meinung, dass der Gemeindebund in Verbindung mit dem Weltkongress arbeiten soll. Wir wissen, dass wir helfen müssen. Wie und ob und was man helfen kann, das können wir hier nicht beschliessen. Der Gemeindebund als Vertreter des Schweizer Judentums, soweit es in Gemeinden organisiert ist, wird sich auch der poln. Frage keinesfalls entziehen, auch wenn er damit zu seiner grossen Arbeit noch mehr Arbeit bekommt. Sollte er in der jetzigen Zusammensetzung der Sache nicht gewachsen sein, so müsste er neue Männer zuziehen.“<sup>423</sup> Somit stand am Ende der Sitzung im Oktober 1939 fest, dass eine „Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen“ gegründet werden müsse, die allerdings noch nicht so genannt wurde.

Es gibt einige Hinweise darauf, dass jüdische Hilfsorganisationen aus dem Ausland schon sehr früh an die Akteure im Generalgouvernement herantraten und ihre Hilfe anboten sowie dafür, dass in der Zeit vor der gesetzlichen Regelung der Organisation bereits Spenden aus dem Ausland flossen. So notierte der Obmann des Warschauer Judenrates Mitte April 1940 in seinem Tagebuch, dass man Medikamente in Augenschein genommen habe, die Hilfsorganisationen aus der Schweiz geschickt hatten.<sup>424</sup> Zuerst wandte sich die *Hafip* in der Tat an den Judenrat in Warschau und bot diesem ihre Hilfe an. Vermutlich in Unwissen über die Existenz der *Koordinierungskommission*, zudem war diese – wohl erste Spende – direkt für das Krankenhaus vorgesehen, das dem Judenrat unterstand. Bereits Anfang Januar 1940 erreichte den Warschauer Judenrat ein Schreiben der jüdischen Organisation aus der Schweiz, in dem diese mitteilte, man habe die Absicht eine größere Menge an Kleidern zu spenden, deren Verteilung an den Judenrat übertragen werden sollte.<sup>425</sup> Adam Czerniaków berichtete am 16. Januar 1940 über den Erhalt dieses Briefes.<sup>426</sup> Er sandte diesen zur Kenntnisnahme an das städtische Amt für Volkswohlfahrt.<sup>427</sup> Dieses gab ihn wiederum an das „Amt für

---

<sup>420</sup> Ebd.

<sup>421</sup> Ebd.

<sup>422</sup> Ebd.

<sup>423</sup> Ebd.

<sup>424</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 63.

<sup>425</sup> Hafip, Zürich, an den Warschauer Judenrat, 10.01.1940, AŽIH, Ring II/117. „Wir bitten Sie, sich bei der zuständigen Behörde dafür zu verwenden, dass Sie die Transport- und Einfuhrbewilligung für diese Kleider erhalten. Eine Fotokopie Ihrer Bewilligung wollen Sie uns schnellstens zukommen lassen, da sonst der Transport von hier nach dort unmöglich ist. Wir haben auch die Absicht einen Transport Medikamente für das jüdische Spital, das unter Ihrer Verwaltung steht, zu senden und benötigen ebenfalls die Transport- und Einfuhrbewilligung. Wollen Sie bitte die Spitalverwaltung veranlassen dies zu beschaffen und uns ebenfalls eine Fotokopie zukommen zu lassen.“

<sup>426</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 33. „Morgens Gemeinde. Aus Zürich ist ein Brief bezüglich Kleider- und Medikamentenhilfe eingegangen (Hilfsaktionen für notleidende Juden in Polen, Zürich).“

<sup>427</sup> Abschrift Czerniaków an Amt für Volkswohlfahrt, 19.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

Volkswohlfahrt“, wohl auf Ebene der Regierung, weiter, damit das eine Stellungnahme dazu abgeben konnte. Czerniaków sollte einen weiteren Bescheid abwarten und solange nichts unternehmen,<sup>428</sup> allerdings handelte er, um den Vorgang zu beschleunigen und teilte dies dem „Amt für Volkswohlfahrt“ – jedoch wohl vor dem Erhalt der Nachricht – mit: *„Ordnungshalber wie auch zwecks Beschleunigung der Durchführung dieser Angelegenheit habe ich bei der Deutschen Handelskammer für Polen in Warschau ein Gesuch um Erteilung der Einfuhrbewilligung eingereicht. Gemäss Ihrer Anordnung im letzten Abschnitte Ihres Schreibens werde ich bis Erhalt weiter Nachrichten nichts mehr weiter in dieser Angelegenheit unternehmen.“*<sup>429</sup> Am 16. Februar – einen Monat nach Erhalt des Briefes – vermerkte der Obmann des Warschauer Judenrates: *„Die Spende aus Zürich lässt sich nicht in eine vorschriftsmäßige Form bringen.“*<sup>430</sup> Weichert war an diesem Tag zu einer Besprechung bei der Stadtregierung, bei der ihm mitteilt wurde, dass solche Spenden über das IRK sowie das DRK geschickt werden müssten.<sup>431</sup> Ob diese erste avisierte Kleidersendung der *Hafip* das Generalgouvernement tatsächlich erreichte, ist nicht belegt. Es bleibt aber festzuhalten, dass sich die jüdische Organisation aus der Schweiz bereits kurz nach dem Überfall der Deutschen auf Polen um eine Hilfe für die Zivilbevölkerung bemühte. Der einzig belegte Adressat war der Warschauer Judenrat, der sich aber gemeinsam mit der *Koordinierungskommission* – in der Person Weicherts – um eine Einfuhrbewilligung für diese Sendung kümmerte. Es gibt lediglich einen weiteren Hinweis darauf, dass in der frühen Zeit tatsächliche Spenden – wohl über den Krakauer Judenrat – angekommen sind. Hierzu konnte allerdings keine direkte Korrespondenz ausfindig gemacht werden. Allein in einer Akte des JDC in Paris, die heute im Bundesarchiv im Bestand des RSHA aufbewahrt wird, findet sich ein Schreiben das dies belegt: Im April 1940 berichtete die *Hafip* an das Komitee des JDC in Paris über die bereits geleistete Hilfe für die im Generalgouvernement lebenden Juden. Man habe vor einigen Tagen ein Paket mit 500 Kilogramm Kleidung nach Krakau gesandt. Zur Zeit des Schreibens sei man dabei ein zweites Paket mit 3.000 Kilogramm Kleidung nach Warschau zu schicken, ebenso ein Paket mit 5.000 Kilogramm Lebensmitteln. Die Pakete wurden über das *Internationale Rote Kreuz* geschickt, wenngleich nur für wenige Produkte aus der Schweiz Transportlizenzen zu erhalten waren. Es seien weitere Produkte zum Versand vorhanden, jedoch gebe es Probleme mit den Lizenzen für Käse, Schokolade, Ovomaltine, Suppenwürfel und Kakao.<sup>432</sup>

<sup>428</sup> Abschrift Chef des Distrikts Warschau, Abteilung Volkswohlfahrt, an Judenrat in Warschau, 20.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>429</sup> Abschrift Czerniaków an das Amt für Volkswohlfahrt, 24.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>430</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 42.

<sup>431</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 16.02.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>432</sup> Hafip, Zürich, an das JDC-Komitee, Paris, 26.04.1940, BAB, R 58/9243.

### I.3 Die nationalsozialistischen Akteure

In diesem Unterkapitel stehen die nationalsozialistischen Akteure, sowohl im Reich als auch im Generalgouvernement, im Fokus. Dazu wird im ersten Abschnitt zunächst der Aufbau und die Tätigkeit der Zivilverwaltung im Generalgouvernement untersucht, da eine Analyse des Funktionierens der Verwaltungsstrukturen und gerade der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ für das Verständnis der Erforschung der Ziele der NS unabdingbar ist. Im zweiten Abschnitt erfolgt eine Untersuchung der Ziele, die die NS mit der jüdischen und damit zusammenhängend auch mit der Schaffung der polnischen, der ukrainischen sowie der übergeordneten Organisation verbanden.

#### I.3.1 Die Zivilverwaltung im Generalgouvernement

„Das Generalgouvernement muß sich also ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergeben, sein Leben einrichten. Wir kennen bereits die Fülle von Problemen, die fortwährend aufsteigen. Diese Erkenntnis erfordert gebieterisch, daß jeder von uns zunächst eine strenge Erziehungsarbeit an sich selbst leistet. Wir alle mußten umdenken lernen; wir mussten uns loslösen aus dem Reichs-Verwaltungsdenken, dem Parteidenken, um den eigenartigen Kolonialcharakter und -bereich unseres Generalgouvernements in zielklarer Vorstellung zu erfassen. Wir stehen auf staats- und verwaltungsrechtlichem Neuland.“<sup>433</sup>

Polen war nicht nur das Land, das als erstes durch einen kriegerischen Angriff von den NS besetzt wurde, es war das Land, das mit am längsten von den NS besetzt war und bei dem die NS eine radikale Umgestaltung des bis 1939 bestehenden Territoriums durchführten.<sup>434</sup> Nach dem Angriff der deutschen Truppen war Polen vom Herbst 1939 an dreigeteilt: das in das Reich eingegliederte Gebiet, das „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“<sup>435</sup> sowie die sowjetische Besatzungszone. Am 17. Oktober 1939 fand in der Reichskanzlei eine für die Bildung des Generalgouvernements entscheidende Besprechung statt. Adolf Hitler teilte Wilhelm Keitel – dem Chef des OKW – das Ende der Militärverwaltung im besetzten Polen mit. In groben Zügen erläuterte er die Zielsetzung, die mit der Einrichtung des Generalgouvernements beabsichtigt war. Gemäß

---

<sup>433</sup> Dienstagebuch, 19.01.1940, Abteilungsleitersitzung [Krakau, Protokoll, 39 S.], S. 90–98, hier: S. 90.

<sup>434</sup> Zur Besatzungspolitik in Polen allgemein vgl. etwa BÖMELBURG/MUSIAL: Besatzungspolitik; HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 bis 1945, in: BERNHARD CHIARI/JERZY KOCHANKOWSKI (Hg.): Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2003, S. 250–288 oder auch CZESŁAW MADAJCZYK: Allgemeine Richtlinien der deutschen Besatzungspolitik in Polen, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 37–51.

<sup>435</sup> In der vorliegenden Studie wird aufgrund der besseren Lesbarkeit ausschließlich der Begriff „Generalgouvernement“ verwendet.

den ideologischen Vorstellungen Hitlers hatte dabei die „Volkstumspolitik“ entscheidenden Vorrang. Erst danach folgten die militärischen Aufgaben und die wirtschaftliche Ausbeutung.<sup>436</sup> In den zentralpolnischen Provinzen entstand nur neun Tage später – am 26. Oktober 1939 – auf 95.743 Quadratkilometern das Generalgouvernement. Es umfasste die Distrikte Warschau, Krakau, Lublin und Radom – ab dem Jahr 1941 kam noch der Distrikt Galizien hinzu. Auf diesem Gebiet lebten 1939 etwa 12,1 Millionen Einwohner, wobei die Polen und Polinnen den größten Bevölkerungsanteil ausmachten und die jüdische Bevölkerung mit 11,5 Prozent den zweitgrößten. Daneben lebte noch eine größere Zahl Ukrainer in diesem Bereich sowie einige Deutsche (unter einem Prozent), Weißrussen und andere kleinere Gruppen. Hans Frank wurde zum Generalgouverneur ernannt, der seinen Sitz auf der Königsburg Wawel in Krakau bezog.<sup>437</sup> Nach der Angliederung des Distrikts Galizien am 1. August 1941 erstreckte sich das Generalgouvernement über 142.000 Quadratkilometer und zählte 17,5 Millionen Einwohner. Die Polen und Polinnen stellten mit über elf Millionen die große Mehrheit, nur in Galizien waren sie gegenüber den Ukrainern – insgesamt etwa vier Millionen Menschen – in der Minderheit. Das Generalgouvernement sollte für die Zeit vor dem „Endsieg“ eine Art „Heimstätte“ der polnischen Bevölkerung bleiben, ein „Arbeitskräftereservoir“, das man wie eine „Kolonie“ behandelte, so die These Włodzimierz Borodziejs. Es sollte den Deutschen für eine Besiedlung deshalb nicht offenstehen.<sup>438</sup> Die Ansicht des Generalgouvernements als Kolonie vertreten auch andere Autoren.<sup>439</sup> Nach der kurzen Phase der Militärverwaltung wurde im Generalgouvernement eine Zivilverwaltung aufgebaut.<sup>440</sup> Die gesamte deutsche Zivilverwaltung des Generalgouvernements im Jahr 1942 zählte etwa 30.000 Mitarbeiter – davon war die Hälfte bei der Bahn und der Post beschäftigt. In der Stadtverwaltung in Krakau waren 1941 100 Deutsche tätig; Ende 1942 über 300, denen knapp 8.000 – hauptsächlich polnische – Mitarbeiter gegenüberstanden. Die deutsche Zivilverwaltung konnte also ohne einen großen einheimischen Apparat nicht funktionieren. Das bedeutete in der Praxis, dass einerseits die Polen und Polinnen zwar entrechtet waren, andererseits Selbstverwaltung, Wirtschaft, Genossenschaft, Transport und Gesundheitswesen ohne polnische Kommunalbeamte und Angestellte, Hilfspolizisten, Ingenieure, Eisenbahner und Ärzte nicht auskommen konnten. Auch jüdische Mitarbeiter waren zeitweise in der Verwaltung tätig, da sie für den Bereich der Fürsorge und Wohlfahrt für den jüdischen Bevölkerungsanteil als Berater in den unteren Verwaltungsebenen tätig waren,

<sup>436</sup> Vgl. BÖMELBURG/MUSIAL: Besatzungspolitik, S. 71.

<sup>437</sup> Vgl. dazu etwa die entsprechenden Abschnitte in BÖMELBURG/MUSIAL: Besatzungspolitik; BÖMELBURG: Besatzungspolitik; WŁODZIMIERZ BORODZIEJ: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 192 oder auch SEIDEL: Besatzungspolitik, S. 31. Die Zahlen wurden der Studie von Seidel entnommen.

<sup>438</sup> Vgl. BORODZIEJ: Geschichte Polens, S. 198.

<sup>439</sup> Vgl. dazu etwa GRZEGORZ MAZUR: Der Widerstand im Generalgouvernement 1939–1945, in: MŁYNARCZYK: Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung, S. 402–426, hier: S. 406.

<sup>440</sup> Mit dieser Phase der Militärverwaltung, die für die vorliegende Arbeit nicht von Relevanz ist, beschäftigt sich etwa ROBERT SEIDEL, der diese vor allem exemplarisch am Distrikt Radom untersucht – DERS.: Besatzungspolitik, v.a. S. 24–31.

wie später noch zu zeigen sein wird. Dieses System fand in den dem Reich eingegliederten Gebieten keine Entsprechung.<sup>441</sup> Der Besatzungsapparat im Generalgouvernement setzte sich aus drei Bestandteilen zusammen: dem SS- und Polizeiapparat, der Wehrmacht und der Zivilverwaltung.<sup>442</sup> Zum Aufbau letzterer und speziell der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, auf die im Folgenden genauer eingegangen werden wird, liegen bereits Publikationen vor, die in den letzten 20 Jahren veröffentlicht wurden, auf die an dieser Stelle für die allgemeinen Aspekte zum Aufbau der Verwaltung zurückgegriffen werden kann.<sup>443</sup> Die Zentralbehörde war das Amt des Generalgouverneurs, das am 30. Juli 1940 in „Regierung des Generalgouvernements“ umbenannt und damit aufwertet wurde.<sup>444</sup> Die mittlere Ebene der Verwaltung bildeten die Distriktverwaltungen, an deren Spitze jeweils ein Gouverneur (Distriktchef) stand, der dem Generalgouverneur direkt unterstand. Die dritte Instanz stellten die Kreis- und Stadthauptmannschaften, mit Kreis- und Stadthauptleuten, dar, die dem entsprechenden Gouverneur untergeordnet waren.<sup>445</sup> Zum Chef des Amtes des Generalgouverneurs ernannte Hans Frank seinen langjährigen Mitarbeiter Josef Bühler, der die Aufgabe erhielt, die Tätigkeiten der verschiedenen Fachbehörden, die in diesem Amt zusammengefasst waren, zu leiten und zu koordinieren. Bühler bekleidete dieses Amt bis zum Ende der Besatzung.<sup>446</sup> Die Regierung gliederte sich in zwölf Hauptabteilungen, die zunächst als „Abteilungen im Amt des Generalgouverneurs“ bezeichnet wurden, und das Staatssekretariat.<sup>447</sup> Hinzu kamen der Bankdirigent, der gleichzeitig die Bankaufsichtsbehörde und die Emissionsbank leitete, sowie das Oberste Rechnungsprüfungsamt. Die Hauptabteilungen gliederten sich in Abteilungen, Unterabteilungen, Hauptreferate und Referate. Ihre Leiter führten den Titel „Präsident“ (zunächst Abteilungsleiter). Die dominierende Rolle in der Regierung spielte die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“, in der unter anderem die für die vorliegende Studie relevante Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ angesiedelt war. Freilich war sie durch die Herauslösung der Polizei als Verwaltungsexekutive geschwächt, da diese in den SS- und Polizeiapparat eingebunden war – die Inspektoren des Sonderdienstes, die in der „Innere Verwaltung“ angesiedelt waren, waren kein

<sup>441</sup> Vgl. BORODZIEJ: Geschichte Polens, S. 200f.

<sup>442</sup> Vgl. BÖMELBURG/MUSIAL: Besatzungspolitik, S. 73.

<sup>443</sup> Besonders relevant für die vorliegende Arbeit ist MUSIAL: Zivilverwaltung oder auch GÖTZ ALY/SUSANNE HEIM: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung, Hamburg 1991, v.a. S. 209–215. Wobei gesagt werden muss, dass es verwundert, dass Musial der JSS in der Studie kaum Bedeutung zukommen lässt.

<sup>444</sup> In der vorliegenden Arbeit wird die jeweils zu der Zeit, über die geschrieben wird, gültige Bezeichnung des Amtes Verwendung finden, da sich diese aufgrund der Quellsprache auch in den jeweiligen Zitaten finden wird.

<sup>445</sup> Vgl. BÖMELBURG/MUSIAL: Besatzungspolitik, S. 73. Zudem liegt zu einzelnen Bereichen der Verwaltung auf der dezentralen Ebene Forschung vor. Vgl. etwa MARKUS ROTH: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.

<sup>446</sup> Um seiner Stellung die notwendige Autorität zu geben, sorgte Frank dafür, dass Bühler am 3. März 1940 die Amtsbezeichnung „Staatssekretär“ verliehen wurde. MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 32.

<sup>447</sup> Im Staatssekretariat waren Behörden zusammengefasst: das Amt für Außenhandel, die Kanzlei des Generalgouverneurs, der Regierungschef (mit dem Pressechef der Regierung), das Amt für Gesetzgebung, das Amt für Preisbildung, das Amt für Raumordnung, das Personalamt, das Betriebsamt und das Direktorium der Archive. MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 32.

gleichwertiger Ersatz. Die Abteilung die sachlich dem Innenministerium entsprach, gliederte sich wiederum in neun Abteilungen. Die Behörde leitete und koordinierte den eigentlichen Verwaltungsaufbau mit den ihr unterstehenden Abteilungen „Allgemeine Staatsverwaltung“ und „Kommunalverwaltung“. Somit beeinflusste die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ entscheidend den Aufbau und das Funktionieren der Verwaltung im Generalgouvernement.<sup>448</sup> Daneben waren in dieser Hauptabteilung die Abteilungen „Gesundheitswesen“<sup>449</sup> und – vor allem – „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ verankert, von denen für die vorliegende Untersuchung vor allem letztere von besonderer Relevanz ist, da sie die direkte Aufsichtsbehörde des später zu thematisierenden *HHA* und der drei *Hauptausschüsse* – und damit der *JSS* – war.<sup>450</sup> Bogdan Musial hielt fest, dass die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ eine wichtige Rolle bei der antijüdischen Politik und dem Massenmord an der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement spielte. Er führte als Grund an, dass die Abteilung unter anderem für die Seuchenbekämpfung zuständig gewesen sei.<sup>451</sup> Basis für dieses Unterkapitel sind neben der vorhandenen Literatur<sup>452</sup> vor allem zwei Quellen: zum einen der „Volkspolitischen Informationsdienst“,<sup>453</sup> zum anderen der „Bericht über den Aufbau

<sup>448</sup> Vgl. ebd., S. 32f.

<sup>449</sup> Die einzelnen Abteilungen sollen, mit Ausnahme der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, nicht näher betrachtet werden. Dennoch werden hier einige Sätze zur Abteilung „Gesundheitswesen“ angemerkt, da auch sie im Folgenden an einigen Stellen von Relevanz sein wird. Im Zuge des Aufbaus der Verwaltung des Generalgouverneurs wurde zunächst eine selbstständige Abteilung „Gesundheitswesen und ärztliche Volkspflege“ geschaffen, die auch für die gesundheitlichen Belange der anderen Abteilungen zuständig war. Ziel war eine Vereinheitlichung und Straffung der Gesundheitsverwaltung im Vergleich zum Reich, wo die einzelnen Ministerien eigene Medizinabteilungen besaßen. Abteilungsleiter und zugleich Gesundheitsführer im Generalgouvernement wurde am 15. Dezember 1939 Obermedizinalrat Dr. Jost Walbaum. Zum 1. April 1941 wurde die Abteilung „Gesundheitswesen“ der Abteilung VI in die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung eingegliedert. Dies änderte das Konzept der Einheitlichkeit und Selbstständigkeit jedoch nicht. Walbaums Abteilung bestand im Wesentlichen aus zwei Unterabteilungen und einer Reihe von dem „Abteilungspräsidenten“ direkt unterstellten Referaten und Außenstellen: Zur Unterabteilung „Gesundheitsangelegenheiten“ gehörten die Referate Seuchenbekämpfung und allgemeine Gesundheitsangelegenheiten sowie Ärzteeinsatz, Heil- und Pflegeanstalten, Krankenanstalten und medizinische Institute, Schulgesundheits- und Jugendpflege, sportärztliche Betreuung und Freiwilliger öffentlicher Gesundheitsdienst. Die Unterabteilung Apotheken- und Arzneimittelwesen bestand aus den Referaten Apothekenwesen, Arzneimittelwesen, Sanitäre Überwachung der Lebens- und Genussmittel, Heilpflanzenkunde und Heilpflanzenbeschaffung. Am 20. Januar 1943 wurde das Gesundheitswesen als einzige Abteilung aus der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ wieder ausgegliedert. Auf Distrikt-ebene wurde das Gesundheitswesen referatsmäßig der Zentralabteilung nachgebildet und von einem Arzt geleitet, der zugleich Amtsarzt des Distrikts war. Auch den Gesundheitsabteilungen der Kreishauptmannschaften stand prinzipiell ein Amtsarzt vor, der zugleich Chef des Krankenhauses am Sitz der Kreishauptmannschaft war. Ähnlich war es in den Stadthauptmannschaften. Vgl. dazu v.a. WILLI DREBEN/VOLKER RIEß: Ausbeutung und Vernichtung. Gesundheitspolitik im Generalgouvernement, in: NORBERT FREI (Hg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 157–172.

<sup>450</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>451</sup> Vgl. MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 32f.

<sup>452</sup> Vgl. dazu etwa ebd., v.a. S. 96–100 oder auch ALY/HEIM: Vordenker, insbes. S. 209–215.

<sup>453</sup> Hier vor allem das zweite Heft zur „Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement“ – ARLT: Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt. Zum Zweck der Publikation führte man auf Seite drei aus: „Die im Laufe der Monate Juli und August distriktweise durchgeführten Arbeitstagungen der Referenten für Bevölkerungswesen und Fürsorge bei den Kreis- und Stadthauptleuten ergaben, daß die in den Kreisen und Städten arbeitenden Männer zwar verstanden hatten, sich in einer ausgezeichneten Weise in das ihnen anvertraute Arbeitsgebiet einzuarbeiten, jedoch der Gesamtumfang der Arbeit sowie die organisatorischen wie gesetzlichen Grundlagen im Zusammenhang mit der gegenseitigen Ergänzung zwischen volkspolitischen und fürsorgepolitischen Aufgaben ihnen nicht immer vollkommen klar waren. In der vorliegenden Schrift soll nunmehr eine vorläufige Übersicht gegeben werden, über den Aufbau und die Organisation, die Grundlagen wie die Leistungen der Fürsorge und Wohlfahrt im Bereich des Generalgouvernements unter Berücksichtigung ihrer sonstigen volkspolitischen Aufgaben. Das vorliegende Handbuch soll in seiner übersichtlichen Ausarbeitung eine Anleitung und ein Nachschlagewerk für die Männer der Front der Verwaltung sein. Der Übersicht halber ist es in zwei Teile gegliedert, wobei der



im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940“ und dabei insbesondere der erste Band *„Raumordnung, Aufbau der Verwaltung, Rechtssetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung“*, der im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde verwahrt wird.<sup>454</sup>

Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ war ein neuartiges Gebilde, das – im Gegensatz zu vielen anderen Abteilungen – kein Gegenstück in der Reichsverwaltung hatte. Ihre Entstehung hing eng mit der im NS-Staat so wichtigen „Volkstumspolitik“ zusammen, die nach den NS-Rassengesetzen zu betreiben war, konstatiert Musial.<sup>455</sup> Arlt, der Leiter der Abteilung schrieb zeitgenössisch: *„In der Regierung des Generalgouvernements sind die volkspolitischen Referate, in denen Fachleute arbeiten, die mit der Landeskunde, der Geschichte, der Volks- und Rassenzusammensetzung, sowie mit der Sprache dieses Gebietes vertraut sind, zusammengefasst in der Inneren Verwaltung – Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge. Jede Volksgruppe wird referatsmäßig gesondert bearbeitet. So gibt es ein Referat Deutsche Volksgruppe, ein Ukrainerreferat, ein Goralenreferat, in dem zugleich alle anderen Volksgruppen enthalten sind, ein Judenreferat und ein Referat Emigrantengruppen. [...] [H]ier [kann] praktisch, volkpolitisch differenzierende und je nach den politischen Notwendigkeiten fördernde oder hindernde Arbeit auf dem Gebiete der Fürsorge betrieben werden.“*<sup>456</sup>

In dem bereits angesprochenen „Volkspolitischen Informationsdienst“, der eine Handlungsanweisung für die Mitarbeiter des Gruppendezernates „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ darstellte, werden die Aufgabe des Bereiches in der Verwaltung unter der Marginale *„Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge eine politische Notwendigkeit“* wie folgt beschrieben: *„Das Generalgouvernement ist ein Verwaltungsgebiet im Großdeutschen Reich mit fremdvölkischen Einwohnern. Jede Verwaltungsaufgabe, gleich ob sie Verwaltungsaufgabe im eigentlichen Sinne ist oder ob sie in der Verwaltung größerer Wirtschaftsanlagen fällt, stößt auf den fremdvölkischen Bewohner des Gebietes als Hilfskraft in der Arbeit, als Objekt der Verwaltung, als Träger aller Lebensäußerungen, der verwaltungsmäßig betreut wird.“*<sup>457</sup> Fritz Arlt baute die Dienststelle der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ auf. Der damals 27-jährige Arlt war zuvor als Amtsleiter für Rassenpolitik beim Gau Schlesien in Breslau tätig und leitete die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ bis September 1940. Danach führte die Abteilung der bisherige stellvertretende Leiter Walther Föhl. Im Mai 1941 übernahm diesen Posten Lothar Weihrauch und

---

*Teil I die Ausführungen über die Organisation, eine Kommentierung der gesetzlichen Grundlagen sowie einen kurzen Arbeitsnachweis liefert, während der Teil II in Anlagen die wesentlichen Verordnungen und Runderlässe enthält, sowie die Formblätter, mit welchen gearbeitet wird.“* Auf dem Deckblatt der Publikation ist der Hinweis *„Vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch.“* aufgedruckt. [Hervorhebung im Original.] Aus diesem Vermerk darf nicht geschlossen werden, dass es sich um ein geheimes Dokument handelte. Diese Art der Dienstvorschriften steht in einer langen, bis in das 19. Jahrhundert zurückreichenden, Tradition. Man hat hier eine dichte Zusammenstellung an Anweisungen, Gesetzen, Ordnungen und Formblättern mit den entsprechenden Hinweisen zur Benutzung, gerahmt von Artikeln der Referatsleiter, die einen Einblick in die Behörde – und teilweise die hinter den Vorgängen stehende Ideologie – ermöglichen.

<sup>454</sup> BAB, R 52 II/247. Siehe zudem auch die Abschnitte *„Bevölkerungswesen und Fürsorge“* (Bl. 182f.), *„Referat Judenwesen“* (Bl. 190–192), *„Referat Freie Wohlfahrt“* (Bl. 192–195) sowie *„Referat Staatliche Fürsorge“* (Bl. 196–198).

<sup>455</sup> Vgl. MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 96.

<sup>456</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, Zitat: S. 3f.

<sup>457</sup> Ebd., S. 3.

bekleidete dieses Amt bis zur Befreiung Krakaus. Für den Aufbau der Dienststelle Krakau holte Arlt sein Personal aus der Gauleitung Breslau. Ursprünglich war die Unterabteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Abteilung „Gesundheitswesen“ eingegliedert, da man in Krakau zunächst nicht wusste, in welchen Bereich sie eigentlich hineingehörte. Noch vor Jahresende 1939 wurde jedoch die Unterabteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in die Abteilung „Innere Verwaltung“ übergeleitet und wertete sie ab Sommer 1940 zur eignen Abteilung auf. Ihr Aufgabenbereich umfasste drei Gebiete: die Abwicklung und Koordination des gesamten Bevölkerungstransfers im Generalgouvernement, die Organisation und Beaufsichtigung der Fürsorge und Wohlfahrt für „Volksdeutsche“ und für Nichtdeutsche sowie die Bearbeitung „*volkstumpolitische[r] Grundlagen der Verwaltungsarbeit im Generalgouvernement*“.<sup>458</sup> Um die „*Fürsorgeprobleme zu steuern*“ hatte, neben der Abteilung „Gesundheitswesen“ mit ihrer Aufsicht über Krankenhäuser, die Abteilung „Arbeit“ bereits im Oktober 1939 begonnen sowohl das Versicherungswesen aufzubauen als auch ab Anfang Dezember 1939 durch die Einführung einer Arbeitslosenhilfe Fürsorge zu treiben. Dies wurde fortgesetzt durch die ebenfalls im Dezember erfolgte Wiederaufnahme von Unterstützungszahlungen an Militärrentenempfänger des ehemaligen polnischen Staates und ihre Hinterbliebenen durch die Abteilung „Arbeit“ und die Weiterzahlung von Leistungen an Pensionsempfänger des ehemaligen polnischen Staates sowie die ersten Entlastungsmaßnahmen auf dem Fürsorgegebiet.<sup>459</sup> Ende Dezember 1939 wurde die „Arbeitsgruppe II – Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der „Inneren Verwaltung“ gegründet und somit auch das Gebiet der „wirtschaftlichen Fürsorge und Wohlfahrt“ in Angriff genommen. Die ersten Aufgaben dieser Arbeitsgruppe waren es eine Übersicht über die vorhandenen Rechtsquellen auf dem Gebiet der Fürsorge und der Wohlfahrt zu gewinnen sowie die Bekanntgabe des geltenden Rechts auf dem Wege von Runderlässen. Außerdem war sie für die Erfassung der im Generalgouvernement bestehenden Fürsorgeeinrichtungen verantwortlich.<sup>460</sup> Bis in das Jahr 1940 erfolgte eine „Neuordnung“ der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement. In diesem Rahmen nahmen die Besatzer zunächst „*notwendige Änderungen*“ des staatlichen Fürsorgegesetzes vor und schufen eine neue gesetzliche Grundlage, die ihren Zielen entsprach. Darauffolgend organisierten sie die alte freie polnische Wohlfahrt unter „*Vermeidung aller polnischen Störungsmöglichkeiten*“ neu und beteiligten die nichtpolnischen „Volksgruppen“ an der Wohlfahrts-

---

<sup>458</sup> MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 96–100. Nach einer Übersicht im „Volkspolitischen Informationsdienst“ bestand die Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Jahr 1940 aus 13 Referaten. Im Einzelnen waren dies: „*Deutsche Volkszugehörigkeit*“, „*Umsiedlung*“, „*Urkundenbeschaffungsstelle*“, „*Juden*“, „*Ukrainer*“, „*Sonstige Volksgruppen*“, „*Emigranten*“, „*Evakuierte und Flüchtlinge*“, „*Kriegsgefangene*“, „*Staatliche Fürsorge*“, „*Fürsorge und Wohlfahrt für die deutschen Volkszugehörigen*“, „*Freie Wohlfahrt*“ sowie „*Statistik*“. Vgl. Volkspolitischer Informationsdienst, S. 41.

<sup>459</sup> HANS MÜLLER: Aufbau und Organisation der staatlichen Fürsorge im Generalgouvernement. Eine Sammlung von Rechtsquellen nach dem Stande vom 1. September 1940 zur Bearbeitung von Anträgen Hilfsbedürftiger, in: ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt, S. 14–27, hier: S. 14.

<sup>460</sup> Vgl. ebd., S. 14.

arbeit. Schließlich wurde die deutsche Verwaltung bis in die einzelnen Kreise des Generalgouvernements mit „Bevölkerungswesen- und Fürsorge“-Referenten besetzt, die nicht nur die laufenden Arbeiten ausführen, sondern auch jederzeit fähig sein sollten, „*außerordentliche Aufgaben*“ – wie Umsiedlungsaktionen– ordnungsgemäß durchzuführen und durch ihre gleichmäßige Ausrichtung in distriktweisen Schulungswochen eine einheitliche Arbeit auf dem Fürsorge- und Wohlfahrtsgebiet zu gewährleisten.<sup>461</sup> Um die Zusammenarbeit zwischen der freien Wohlfahrt und der staatlichen Fürsorge zu garantieren, sollte der Referent für freie Wohlfahrt in der Abteilung „Innere Verwaltung“ in der Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zu diesem Zweck ständig delegiert werden.<sup>462</sup> Parallel zum Aufbau der Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Amt des Generalgouverneurs war bei den Chefs der Distrikte Warschau, Radom, Lublin und Krakau jeweils in der Abteilung „Innere Verwaltung“ die Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ eingerichtet worden. Bei den Kreis- und Stadthauptleuten wurde ein Referat „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ geschaffen, dessen Aufgabe es war, alle einschlägigen Arbeiten vor Ort durchzuführen.<sup>463</sup>

Für das Jahr 1942 machte Musial aus, dass die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in zehn Referate eingeteilt war und das Referat X die Bezeichnung „Freie Wohlfahrt und Judenfragen“ trug. Bis 1942 leitete dieses Referat Herbert Heinrich, bevor es im Anschluss bis Januar 1945 von Richard Türk übernommen wurde.<sup>464</sup> Für die Frühzeit und die Entwicklungsphase ergeben sich aus den Quellen mindestens zwei Referate, das Referat „Freie Wohlfahrt“ und das Referat „Judenwesen“, die für die Arbeit der JSS verantwortlich beziehungsweise aufsichtsberechtigt waren.<sup>465</sup> Für das Referat „Juden“ wurden im Jahr 1940 als Hauptaufgaben die „*Begriffsbestimmung*“ und die „*Entscheidung in ungeklärten Fällen*“ angeführt; für das Referat „Freie Wohlfahrt“ die Aufsicht über den HHA, die beiden *Hauptausschüsse* sowie die JSS.<sup>466</sup> In der Handlungsanweisung aus dem Jahr 1940 schrieb man dazu: „*Um direkt Einfluß nehmen zu können auf die volkspolitische Lage sind jeweils die praktischen Arbeitsgebiete der Fürsorge mit einem volkspolitischen Referat verbunden, so mit dem Referat deutsche Volksgruppen das Referat Fürsorge für deutsche Volkszugehörige, mit den übrigen volkspolitischen Referaten das Referat Freie Wohlfahrt.*“<sup>467</sup> In dem Referat „Freie Wohlfahrt“ wurden folgende Arbeitsgebiete zusammengefasst: Vorrangig der Aufbau, die Überwachung, Lenkung und Förderung der freien polnischen, ukrainischen und jüdischen Wohlfahrt; zudem der Aufbau, die Überwachung und Lenkung der jüdischen Fürsorge, die im Gegensatz zu der Fürsorge der übrigen Volksgruppen nicht der Staat, sondern die Judenräte und später die Hilfskomitees trugen; weiterhin die Verhandlungen

<sup>461</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 5f.

<sup>462</sup> Vgl. dazu etwa Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 4.

<sup>463</sup> Vgl. dazu ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 6.

<sup>464</sup> Vgl. MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 100.

<sup>465</sup> Vgl. Organisationsplan der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, in: ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt, S. 41.

<sup>466</sup> Ebd.

<sup>467</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, Zitat: S. 4.

in Vertretung der Regierung mit den ausländischen Hilfsorganisationen, die über den Beauftragten des DRK und den Beauftragten des „Auswärtigen Amtes“ liefen sowie schließlich die Überwachung und Lenkung der einkommenden ausländischen Spenden für alle Volksgruppen.<sup>468</sup> Das Referat besetzte man mit einem Referenten und einem Platzarbeiter.<sup>469</sup>

Bis zum Sommer 1940 gingen viele Kompetenzen im Bereich der „Judenangelegenheiten“ in die Hände der Zivilverwaltung über. Für die Vereinheitlichung der antijüdischen Politik richteten die Besatzer im März 1940 im Amt des Generalgouverneurs ein „Judenreferat“ ein, das ebenfalls in der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ angesiedelt war.<sup>470</sup> Götz Aly und Susanne Heim halten in ihrer vieldiskutierten Studie für die Abteilung fest, dass sie von Anfang an eng mit der Sicherheitspolizei und dem SD zusammengearbeitet habe und später unmittelbar mit den verwaltungstechnischen Vorbereitungen für den Massenmord an jüdischen Männern, Frauen und Kindern befasst gewesen sei.<sup>471</sup> Der von Arlt besonders geförderte „Judenreferent“ seiner Abteilung, Heinrich Gottong, machte sich dafür stark, auch die nichtjüdischen Eheleute aus „Mischehen“ den gleichen antijüdischen Gesetzen und Diskriminierungsmaßnahmen zu unterwerfen.<sup>472</sup> Es gab weitere Referate, die mit „Judenangelegenheiten“ beschäftigt waren. So oblag etwa der Abteilung „Wirtschaft“ die Ausschaltung der Juden und Jüdinnen aus dem wirtschaftlichen Bereich, wobei die praktische Umsetzung meist bei den Stadt- und Kreishauptleuten lag. Für die Lebensmittelzuteilung war die Abteilung „Ernährung und Landwirtschaft“ mit den Kreislandwirten auf Kreisebene zuständig. Die Gesundheitspolitik („Seuchenbekämpfung“) oblag der Abteilung „Gesundheitswesen“. In den Kreisen waren für diesen Bereich die Kreisärzte, die dem jeweiligen Kreishauptmann unterstanden, verantwortlich.<sup>473</sup>

Im Gesundheitswesen war zu Beginn der Besatzung noch eine jüdische Abteilung – etwa im Gesundheitsamt in Krakau – vorhanden, der ein jüdischer Leiter vorstand. Jedoch existierte schon bald auf Amtsebene keine Abteilung dieser Art mehr.<sup>474</sup> In der Verwaltung bestand, folgt man Dieter Pohl, Konsens darüber, dass „*die Juden ernährt werden müssten*“, aber auch darüber, dass sie systematisch weniger und schlechteres zu essen bekommen sollten als die anderen Bevölkerungsgruppen. Erst angesichts der Massenmorde im Jahr 1942 wurde eine Einstellung der Versorgung der jüdischen Bevölkerung diskutiert, so gab es in einigen Distrikten Vertreter einer „Vernichtung durch Verhungern“ und Kreis- und Stadthauptleute, die eine Versorgung verweigerten.<sup>475</sup>

---

<sup>468</sup> Vgl. Bericht Aufbau GG, S. 182 sowie HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 29.

<sup>469</sup> Vgl. HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 29.

<sup>470</sup> Dazu SEIDEL: Besatzungspolitik, S. 226.

<sup>471</sup> Vgl. ALY/HEIM: Vordenker, S. 215.

<sup>472</sup> Vgl. ebd., S. 213.

<sup>473</sup> Vgl. SEIDEL: Besatzungspolitik, S. 226.

<sup>474</sup> Vgl. DREBEN/RIEB: Ausbeutung und Vernichtung, hier: S. 160f.

<sup>475</sup> Vgl. POHL: Judenverfolgung, S. 117.

### I.3.2 Die Ziele der Nationalsozialisten

Anfang April 1940 – also wenige Wochen vor dem Erlass der Satzung und Geschäftsordnung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* hielt die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in einem Schreiben an die Distriktchefs die Stoßrichtung der Judenpolitik des Generalgouvernements fest. Als Grund für das Schreiben wurde angegeben: *„Damit die Einheitlichkeit der Behandlung aller Judenangelegenheiten gewahrt bleibt, ist es notwendig, sich über die Grundlagen zu verständigen, auf der unsere künftige Arbeit aufgebaut sein soll. Zur Übernahme meines Referates für Judenangelegenheiten im Amt des Generalgouverneurs wende ich mich daher an die Referenten auf diesem Gebiet und möchte kurz die Einstellung aufzeigen, die wir zweckmässig dem Judentum gegenüber zum Ausdruck bringen müssen. Gleichzeitig sind damit Ziele gegeben, die wir anzustreben haben.“*<sup>476</sup> Neben einer Definition, wer im Generalgouvernement als Jude und Jüdin zu gelten hat, wurde ausgeführt, dass eine räumliche Trennung zwischen polnischer und jüdischer Bevölkerung hergestellt werden müsse.<sup>477</sup> Weiter hieß es: *„Juden sollen grundsätzlich nur für Juden aufgenommen, so sollen z.B. für den Aufbau jüdischer Ansiedlungen lediglich Juden eingesetzt werden. [...] Die Juden sollen eine eigene Sozialversicherung aufbauen und ihre Beiträge weder an eine nicht jüdische Versicherung zahlen, noch eine nichtjüdische Einrichtung in Anspruch nehmen. [...] Das Vermögen und das Kapital solcher jüdischer Organisationen stehen unter dem Schutz der deutschen Verwaltung. Dasselbe gilt für die jüdische Wohlfahrtseinrichtung.“*<sup>478</sup> Am Ende dieses Schreibens wurde den Distriktchefs verkündet: *„Alle Massnahmen müssen ausgerichtet sein auf das Ziel, später das gesamte Judentum in einem bestimmten Gebiet zusammenzufassen und auf ein jüdisches Siedlungsgebiet zu beschränken; als eine selbstständige Lebensgemeinschaft unter Aufsicht des Reiches.“*<sup>479</sup> In einem im „Volkspolitischen Informationsdienst“ veröffentlichten Artikel schilderte man das Ziel des dreieggliederten Systems der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement. Es gab Befürchtungen, dass sich die Bevölkerung untereinander solidarisieren könnte, wenn sie gemeinsam für die Organisation der Hilfe für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung hätte tragen müssen. Aus diesem Grunde sei ein *„volkspolitisch differenzierter Aufbau der Fürsorge- und Wohlfahrtarbeit“* erfolgt: *„Die fremdvölkischen Gruppen sollen für sich selbst sorgen, ohne durch eine gemeinsame Arbeit zusammengeschweißt zu werden.“*<sup>480</sup> Außerdem seien die *Hauptausschüsse* ein Instrument gewesen, die „Volksgruppen“ zu beobachten und zu steuern: *„Um indirekt Einfluß auf die Volksgruppen ausüben zu können, fällt der Fürsorge die Aufgabe zu, die Fürsorge- und Hilfsmittel zu steuern und die Volksgruppen zu beobachten zur Sicherung gegen sozial bedingte politische Gegenbewegungen.“*<sup>481</sup> Deshalb habe es im Neuaufbau der Verwaltung des Generalgouvernements einer Revision der gesetzlichen Grundlagen der Fürsorge- und Wohlfahrtsarbeit bedurft. Die Fürsorgearbeit, wie sie von den Besatzern vorgefunden wurde, sei

<sup>476</sup> Abschrift BuF an die Distriktchefs betr. „Judenangelegenheiten“, 06.04.1940, YVA, O.21/3, Bl. 26–29, hier: Bl. 27f.

<sup>477</sup> Ebd.

<sup>478</sup> Ebd.

<sup>479</sup> Ebd.

<sup>480</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 3.

<sup>481</sup> Ebd., S. 4f.

von dem Gesichtspunkt der „Polonisierung“ der nichtpolnischen Volksgruppen beherrscht gewesen. *„Die Fürsorge mußte daher nach den deutschen Verwaltungsnotwendigkeiten völlig neu orientiert und zugleich in ein starkes Ueberwachungssystem gebracht werden.“*<sup>482</sup> Ferner hätten Beobachtungen gezeigt, wie im Generalgouvernement bis zu diesem Zeitpunkt halb-militärische oder politisch aktive Organisationen plötzlich Fürsorge betreiben wollten. Aus diesem Grunde sei das *Polnische Rote Kreuz* auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückgedrängt und aller Fürsorgeaufgaben beraubt worden.<sup>483</sup> Damit ist sicher ein Teil der hinter der später folgenden Einrichtung des *HHA* und der drei *Hauptausschüsse* – des *PHA*, des *UHA* und der *JSS* – stehenden Ziele der NS angesprochen. Eine direkte „volkspolitische Steuerung“ ließe sich auf einigen Gebieten durchführen, *„wie wir dies an der unterschiedlichen Behandlung der Juden einerseits und der anderen Volksgruppen andererseits sehen [...] Eine mitunter gebotene weitere nach außen sichtbare differenzierte Behandlung ist nicht immer möglich.“*<sup>484</sup> Diese sei aber aus grundsätzlichen politischen Erwägungen, die für die Verwaltung „fremdvölkischer Gebiete“ gelten, notwendig.<sup>485</sup> Die differenten Ziele, die mit den einzelnen Ausschüssen verbunden waren, kamen in der Kommentierung der Einrichtung durch die Besatzer zum Tragen. In einer internen Dienstanweisung in Form des publizierten „Volkspolitischen Informationsdienstes“ machte man unter der Marginalie *„Das Problem der Judenfürsorge“* Angaben zu der gesetzlichen Regelung der *JSS*. Im Zuge des Aufbaus der Organisation sei es notwendig alle Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben von den bisherigen Trägern auf die Hilfskomitees überzuleiten, dazu sollten:

„[...] im Laufe der Entwicklung die Judenräte ihrer Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben entledigt und die den jüdischen Hilfskomitees überwiesen werden. Gleichzeitig muß man auf dem Boden der Tatsachen vor einer nach dem Krieg wohl endgültigen Regelung des Judenproblems zu arbeiten beginnen und die schwebenden Fragen zu einer für uns richtigen Lösung zu bringen. Der eingeschlagene Weg garantiert die Kontrolle und die Aufsicht über die jüdische Fürsorge und Wohlfahrt, es ist aber notwendig, um das angestrebte Ziel zu erreichen, daß die Befehlsgewalt des Kreis- bzw. Stadthauptmannes über die Judenräte von allen deutschen Dienststellen respektiert wird. Erst dann wird mit der sicherheitspolizeilichen Ueberwachung durch die Dienststellen der Sicherheitspolizei das Judenproblem in geordneten Bahnen behandelt werden können.“<sup>486</sup>

Durch diese Anmerkungen, die in Bezug auf die gesetzliche Regelung durch die Satzung und die Geschäftsordnung der *JSS* im Jahr 1940 gemacht wurden, wird deutlich, dass die NS mit der Organisation kein längerfristiges Projekt intendierten. Die Verantwortlichen in der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ machten deutlich, dass das *„Judenproblem in geordneten Bahnen behandelt“* werden sollte, gingen von einer *„nach dem Krieg wohl endgültigen Regelung des Judenproblems“* aus und gaben an: *„Der eingeschlagene Weg garantiert die Kontrolle und die Aufsicht über die jüdische Fürsorge und Wohlfahrt.“*<sup>487</sup>

---

<sup>482</sup> Ebd., S. 5.

<sup>483</sup> Vgl. ebd.

<sup>484</sup> Ebd., S. 4.

<sup>485</sup> Vgl. ebd.

<sup>486</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, Zitat: S. 35.

<sup>487</sup> Ebd.

Die NS selbst schrieben in 1940 über die Behandlung der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement, die JSS erwähnten sie in dem untenstehenden Zitat nicht explizit, allerdings stammt dieser Text aus dem Jahr 1940; die zweite Auflage des Werkes, in dem der Text veröffentlicht wurde, wurde 1942 publiziert, dem Jahr, in dem die NS im Sommer die Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS gaben. In der ersten Auflage wurde angegeben, dass den Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement eine Art von Selbstverwaltung eingeräumt worden sei: *„Aus den jüdischen Kultusgemeinden wurden Ältestenräte gebildet, die als amtliche Repräsentanten des jüdischen Bevölkerungsteils gegenüber den deutschen Behörden auftreten und ermächtigt sind. In keiner Form sind vom Generalgouverneur Verordnungen erlassen worden, die die freie geschäftliche Betätigung der Juden oder den Verkehr zwischen Polen und Juden irgendwie einschränken; sie können nach wie vor untereinander Geschäfte machen und auch untereinander heiraten. Die Juden tragen im Generalgouvernement am rechten Oberarm eine weiße Armbinde mit einem blauen Zionsstern.“*<sup>488</sup> Die JSS wurde hier nicht explizit erwähnt, allerdings die Judenräte, die die Besatzer selbst eingerichtet hatten. Lediglich für einzelne Distrikte verfasste man genauere Ausführungen zur jüdischen Fürsorge. In „Das Deutsche Generalgouvernement“ im Abschnitt zum Distrikt Warschau wurde die JSS erwähnt. Dabei gingen die Autoren zunächst in sehr antipolnischen Tönen auf die Gründung der „Polnischen Sozialen Selbsthilfe“ ein. Weiter hieß es: *„Neben der Polnischen Sozialen Selbsthilfe entstand nach Einzug der deutschen Verwaltung noch die Jüdische Soziale Selbsthilfe und beide Organisationen wurden deutscherseits sofort weitgehend gefördert.“*<sup>489</sup> Bemerkenswert ist, wie die Besatzer hierin betonten, dass die JSS *„nach dem Einzug der deutschen Verwaltung“* entstanden sei. Für die „Polnische Soziale Selbsthilfe“ findet sich die Behauptung, dass diese unmittelbar nach Kriegsbeginn entstanden sei.<sup>490</sup> Zudem schrieb man abstrus darüber, welchen Anteil die Besatzer beim Aufbau der Selbsthilfe-Organisationen im Generalgouvernement hatten. Sie enden folgendermaßen: *„Um die freie Polnische und Jüdische Soziale Selbsthilfe vollkommen auf sich zu stellen, ist nunmehr noch eine eigene*

<sup>488</sup> DU PREL: Generalgouvernement, S. 13f. Das Vorwort des Buches wurde auf den 23. Mai des Jahres 1940 datiert, also kurz vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 29. Mai 1940. Dies ist bei der Interpretation des Geschriebenen zu bedenken. Im „Völkischen Beobachter“ wurde der Text in einer ganz ähnlichen Weise veröffentlicht: *„Die Juden haben eine Organisation der jüdischen Ältestenräte, eine Art Selbstverwaltung. In jeder Gemeinde gibt es einen jüdischen Ältestenrat, der direkt von den deutschen Behörden, die die Juden betreffenden Aufträge entgegennimmt. Es ist eine totale Regelung: die Juden treten an und empfangen Befehle. Der Arbeitsdienst ist für die Juden eingeführt. Sie arbeiten sehr brav, ja, sie drängen gerade dazu, und es bedeutet eine große Auszeichnung für sie auf der Burg arbeiten zu dürfen. Der Typ des Ostjudens ist bei uns nicht bekannt; hier arbeiten die Juden.“* Dienstagebuch, 06.02.1940, Interview des Herrn Generalgouverneurs durch den Korrespondenten des Völkischen Beobachters Kleiss [Krakau Prot., 19 S.], S. 104–108, hier: S. 105. Auch in der Neuauflage von DU PRELS „Das Generalgouvernement“ ist der Text erhalten, allerdings in einer geänderten Fassung. *„Den Juden ist im Generalgouvernement eine Art von Selbstverwaltung eingeräumt. Aus den jüdischen Kultusgemeinden wurden Ältestenräte gebildet, die als amtliche Repräsentanten des jüdischen Bevölkerungsteils gegenüber den deutschen Behörden aufzutreten ermächtigt sind. Verschiedentlich hat die Aussiedlung der Juden aus bestimmten Teilen des Generalgouvernements stattgefunden, so z.B. im Distrikt Warschau aus den Kreisen westlich der Weichsel und in der Stadt Krakau aus dem Stadtteil Kazimierz. Die Juden wurden örtlich in jüdischen Wohnbezirken zusammengefasst, in die auch die ausgesiedelten Juden überführt wurden.“* DERS. (Hg.): Das Generalgouvernement. Im Auftrage und mit einem Vorwort des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Hans Frank, Krakau 1942, S. XVII. Im Folgenden DU PREL: Generalgouvernement II. Die zweite Auflage des Werkes erschien in dem Jahr, in dem die Jüdische Soziale Selbsthilfe durch die NS aufgelöst wurde.

<sup>489</sup> Ebd., S. 214f.

<sup>490</sup> Ebd.

*zentrale polnische Organisation, der Polnische Haupthilfsausschuß in Krakau, geschaffen worden, dem die gesamte freie Selbsthilfearbeit in eigener Verantwortung unterstellt ist. Die Tätigkeit des Haupthilfsausschusses wird in jedem einzelnen Kreise ausgeführt durch eigene Kreiskomitees. Diese Organisation als einer Dachorganisation der freien Selbsthilfe werden künftig öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt und die Möglichkeit gegeben, neue Mittel selbst aufzubringen, die sie vollkommen selbstständig verwaltet. So wird künftig die freie Wohlfahrtsarbeit tatsächlich eine freie Polnische Selbsthilfe sein, die deutscherseits volle Unterstützung in ihrer Tätigkeit findet.*<sup>491</sup> Durch diese Ausführungen wird deutlich, dass mit der Anerkennung der Organisationen ein direkter Propagandazweck verbunden war, den die Besatzer nutzten, indem sie in Publikationen, die sich an die Öffentlichkeit und indirekt an Pressevertreter aus dem Ausland wandten, über ihre Taten im Kontext der Gründung der Organisationen schrieben. Wie bereits in I.1 zitiert, sammelten die NS Material, das sie für Propagandazwecke einsetzen konnten. So schrieb Chaim Kaplan in seinem Tagebuch bereits Anfang Oktober 1939, dass die Besatzer in Warschau Brot auch an die Juden und Jüdinnen verteilten und dies fotografierten und filmten. Allerdings musste er wenige Tage später feststellen, dass dies nur zum Schein geschah und die Juden und Jüdinnen schon bald aus den Reihen der Wartenden herausgedrängt wurden.<sup>492</sup> Beim Sammeln der Materialien und den Veröffentlichungen über die angebliche Politik in Bezug auf die nichtdeutsche Zivilbevölkerung war wohl ein Ziel „Liebesgaben“ aus dem Ausland zu erlangen, die man ohne die Ausschüsse der einzelnen „Volksgruppen“ als Empfänger der Spenden nicht erhalten hätte. Dadurch mussten die Besatzer weniger Lebensmittel für die Versorgung der nichtdeutschen Zivilbevölkerung aufwenden. Diese Lebensmittel – so die These – konnten sie stattdessen für die deutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement verwenden oder ins Reich ausführen. Neben den Artikeln und Publikationen, die die NS selbst herausbrachte oder zumindest lancierte, ist auch das Zulassen des Kontaktes zu ausländischen Hilfsorganisationen unter dem Propagandaaspekt zu verstehen. Zum einen wurde so erreicht, dass im Ausland Presseberichte zu den Hilfsorganisationen, die die Spenden sandten, veröffentlicht wurden. In diesen wurde nicht selten erwähnt, dass die Liebesgaben auch für die jüdische Bevölkerung bestimmt waren. Zum anderen erfüllten Aufrufe diese Funktion, die die Organisationen an die Menschen in den Ländern richteten. Wie oben zitiert war es das Verhältnis zu den Amerikanern, das die NS wohl dazu bewog nach außen ein möglichst positives Bild zu zeichnen.<sup>493</sup>

---

<sup>491</sup> Ebd.

<sup>492</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 49f.

<sup>493</sup> Ebd., S. 128f. „Durch die Wolken, die für uns den Himmel bedecken, drang ein kleiner Lichtstrahl. Wir haben erfahren, daß die amerikanischen Quäker eine Hilfsmission nach Polen entsenden wollen. Diesmal wird die Hilfe auf amerikanische Weise geboten werden, ohne Rücksicht auf Rasse und Religion, und selbst die Juden werden von der dargebotenen Hilfe Nutzen haben. Mögen sie gesegnet sein! Für uns ist es das erstmal, daß wir anstatt ‚Juden ausgenommen‘ die Formulierung ‚Juden einbegriffen‘ vernahmen, und sie hat in unseren Ohren einen seltsamen Klang. Ist es wirklich wahr? Zu alledem kommt noch, daß die polnische Zeitung des Eroberers es für notwendig hielt (freiwillig oder unter Druck?), das in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Wir haben es Amerika zu danken, daß wir einmal auch Anerkennung finden. Sie haben vor Amerika eine tödliche Angst und fürchten sich davor, sich mit der amerikanischen Öffentlichkeit zu verfeinden. Deshalb gibt es auch keine Beschränkung der den Juden vom Joint gereichten Hilfe, und deshalb fordern die Eroberer nicht, daß



Eine wichtige Funktion schrieben wohl vor allem die Reichsbehörden der Propaganda zu, die mit einer zugelassenen jüdischen Organisation im Generalgouvernement auszuüben war. Wie dargelegt, wandten sich schon unmittelbar nach dem Überfall der Deutschen auf Polen ausländische Hilfsorganisationen, die für die polnische Zivilbevölkerung Spenden senden wollten, an das „Auswärtige Amt“.<sup>494</sup> Am Anfang war wohl auch eine Versorgung von polnischen Soldaten durch die ausländischen Organisationen intendiert und von Seite des Reichs goutiert.<sup>495</sup> Über die Inspektionsreisen der Amerikaner führte das „Auswärtige Amt“ an: *„Die Amerikaner werden überdies in der Lage sein, die über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten ausgestreuten ungünstigen Gerüchte auf Grund eigenen Augenscheins zu widerlegen. Da beide Amerikaner sich in der deutschen Sprache nicht verständlich machen können, erscheint es notwendig, ihnen für die Reise auch einen Beamten des Auswärtigen Amts zuzuteilen, der gleichzeitig dafür zu sorgen hätte, daß die Reise so gestaltet wird, wie es das propagandistische Interesse des Reichs erfordert.“*<sup>496</sup> In diesem Zusammenhang wurde das „*propagandistische Interesse des Reiches*“<sup>497</sup> angesprochen, was in den Akten zu späteren Reisen von US-amerikanischen Delegierten kaum mehr zu finden ist.<sup>498</sup> Im Kontext der Quäker-Hilfsaktion fragte man Reichsfeldmarschall Göring an, der antwortete, *„daß von seiner Seite keine Bedenken bestünden, wenn die Quäker die Hilfsaktion unter amerikanischer Flagge durchführen. Hierzu würden sie sich in Fühlungnahme mit der N.S.V. polnischer Hilfs-Organisationen zu bedienen haben. Bei der Betreuung in dieser Weise brauche ein Unterschied zwischen Polen und Juden nicht gemacht werden.“*<sup>499</sup> Damit war von hoher Reichsstelle festgestellt, dass bei dem Kontakt und Lieferungen der ausländischen Hilfsorganisationen keine Unterscheidung zwischen der polnischen und jüdischen Bevölkerung gemacht werden müsse. Die polizeilichen Stellen äußerten sich zunächst nicht sehr positiv über die geplanten Reisen der Amerikaner, allerdings vertrat das „Auswärtigen Amt“ folgende Position: *„Der Herr RAM hat das grundsätzliche Urteil der Gestapo über die Quäker zur Kenntnis genommen, äußerte jedoch in diesem Zusammenhang, daß diese trotzdem politisch für die Zwecke Deutschland gelegentlich benutzt werden könnten.“*<sup>500</sup> Als es bei einer geplanten Reise der Quäker-Delegierten zu einer

---

*die Quäker die Juden von ihrem Wohltätigkeitswerk ausschlossen. Als sich im Ausland Gerüchte verbreiteten, daß die Quäkerdelegation auf Schwierigkeiten bei der Einreise in das besetzte Gebiet stoße, beeilten sich die Eroberer mit einem Dementi und rühmten sich laut ihrer guten Absichten, dieser amerikanischen Wohltätigkeitsorganisation die Gelegenheit zu geben, der durch die Schuld der Regierung so tief gestürzten Bevölkerung zur Hilfe zu kommen. Ihr Herz fließt über vor Mitleid mit allen Geschöpfen dieser Erde. Selbstverständlich liegt darin kein Widerspruch zu der in der gleichen Zeitung veröffentlichten Mitteilung, daß Juden nicht das Recht haben, 200 Zloty in Kleingeld zu erhalten, wenn sie kraft des neuesten Erlasses ihre Hunderter- und Fünfhunderterseine bei der Bank ‚hinterlegen‘. [...] Schweren Herzens erlauben die Eroberer den wohlthätigen Quäkern, ‚sogar den Juden‘ Hilfe zu leisten. Die Furcht der Amerikaner ist über ihnen.“*

<sup>494</sup> Vgl. hierzu I.2.

<sup>495</sup> Beschlussvorlage für den Reichsaußenminister, 02.11.1939, PAAA, R 43080. *„Als bald nach Kriegsausbruch erbot sich das Amerikanische Rote Kreuz, durch Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, Sanitätsmaterial und Sanitätspersonal an die kriegsführenden Staaten zu senden. Die Angelegenheit ist dem Führer unterbreitet worden, der entschieden hat, es könne Material für die kranken und verwundeten polnischen Soldaten angenommen werden.“*

<sup>496</sup> Ebd.

<sup>497</sup> Ebd.

<sup>498</sup> Vgl. dazu etwa PAAA, R 43081f.

<sup>499</sup> Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung an die NSV, 02.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>500</sup> Vermerk, 06.11.1939, PAAA, R 127544.

Kommunikationspanne kam kommt auch die Haltung des „Auswärtigen Amtes“ recht deutlich zum Ausdruck. Eine Weisung des „Auswärtigen Amtes“, dass man die Delegierten aus Amerika in Deutschland nicht wünsche, erreichte die Botschaft in Washington zu spät, so dass sich die beiden *Quäker* bereits auf dem Weg nach Deutschland befanden. Eine Zurückweisung hätte, so das „Auswärtige Amt“, in jedem Fall „eine starke Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in USA.“<sup>501</sup> Die Amerikaner, wohl über die Wirkung ihrer Reisen für die NS wissend, führten in ihrer Argumentation immer wieder an, dass die Reisen und die darüber in den US-amerikanischen Medien erscheinenden Berichte eine durchaus positive Wirkung auf die Spendenfreudigkeit der – vor allem polnischen – Amerikaner hätte.<sup>502</sup> Neben der Propagandafunktion, die der Hilfe und den daraus resultierenden Medienberichten inhärent war, muss den Besatzern daran gelegen gewesen sein, die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement zu ernähren. In Bezug auf die Hilfen die im Generalgouvernement ankamen, gab es im Laufe der Zeit innerhalb der US-amerikanischen Bevölkerung Gerüchte, dass diese nicht am Bestimmungsort eintreffen. Ein Vertreter des *Amerikanischen Roten Kreuzes* etwa berichtete dem „Auswärtigen Amt“, dass von polnischen Gruppen in den Vereinigten Staaten die Hilfs- und Liebestätigkeit des ARK mit den „hetzerischen Behauptungen“ angegriffen werde, es stünde nicht fest, ob das Material wirklich der polnischen Zivilbevölkerung zugutekäme. Woraufhin ein Vertreter des ARK im „Auswärtigen Amt“ angeregt habe zu prüfen, ob es nicht ratsam wäre, um gegen diese Hetze zu wirken, ihm eine Besuchsreise zu genehmigen. Er sei nach Rückkehr in der USA dann in der Lage zu erklären, dass das DRK vorbildlich arbeite und die Spenden die Hilfsbedürftigen erreichen. Dabei habe er betont, dass er kein Misstrauen gegen das DRK hege.<sup>503</sup> Damit kann die These aufgestellt werden, dass den Vertretern der US-amerikanischen Hilfsorganisationen – zumindest teilweise – bewusst war, welche Ziele die NS mit der Erlaubnis der Hilfssendungen verbanden. Das ARK berichtete im „Auswärtigen Amt“ zudem, dass auch der US-amerikanischen Regierung daran gelegen sei, dass die

„[...] Kontrolle in der Verteilung der Gaben an Ort und Stelle aus zwei Gründen notwendig sei: 1) einmal würden keine Spenden fließen, wenn die Spender nicht durch Leute ihres Vertrauens an der Verteilung an Ort und Stelle beteiligt seien und 2) machten England und Frankreich eine solche Kontrolle zur Voraussetzung für das Durchlassen der Sendungen durch die Blockade. Hoover, der sich speziell dieser Frage in Amerika annahme, hätte schon in der vorigen Woche beabsichtigt, eine sehr scharfe Erklärung herauszugeben, wonach die Verhandlungen am Deutschen Widerstand gescheitert seien und die Vertreter der drei Organisationen zur Abreise veranlasst werden sollte. Er, Kirk, habe dies durch seine telegrafische Berichterstattung verhindert. Wenn nicht eine baldige befriedigende Lösung erfolge, würden jedoch die Vertreter der Organisationen Ende dieser Woche abreisen müssen. Die ganze Angelegenheit würde dann durch die Publizistik [...] eine erhebliche Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zur Folge haben.“<sup>504</sup>

<sup>501</sup> Vermerk betr. „*Quäker-Hilfswerk in Polen*“, 14.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>502</sup> Vgl. dazu etwa Durchschlag Schnellbrief des AA an OKW, Abteilung Ausland, 31.10.1939, PAAA, R 43080.

<sup>503</sup> Aufzeichnung, 16.01.1940, PAAA, R 43080.

<sup>504</sup> Schreiben wohl intern im AA mit handschriftlichem Vermerk „*eilt sehr*“, 13.02.1940, PAAA, R 43080.

Das „Auswärtigen Amt“ hielt Ende April 1940 fest, dass im Jahr 1914 als Hoover ein gleichartiges Hilfswerk für Polen habe durchführen wollen, die Hilfstätigkeit daran gescheitert sei, dass *„die Engländer die für Deutschland unannehmbare Forderung stellten, daß Deutschland auf das Recht der militärischen Requisition im Gebiete des damaligen Königreichs Polen völlig verzichten müsse. Mit Rücksicht auf die propagandistischen Auswirkungen dürfte es sich aber empfehlen, die Sache so zu behandeln, daß das Odium für ein Scheitern des Hilfswerks auf die Engländer, nicht auf uns fällt. Es darf daher vorgeschlagen werden, der Forderung der Amerikaner auf Entsendung ständiger Vertreter in das Generalgouvernement in dem von Reichsminister Seyss-Inquart gezogenen Rahmen zuzustimmen. Bei den Besprechungen hat der amerikanische Vertreter auch darauf hingewiesen, daß das Zustandekommen der Hilfsaktion einen politischen Erfolg Hoovers und damit eine gewisse Beeinträchtigung der Stellung Roosevelts bedeuten würde. Außerdem würde sie zur Beruhigung der Stimmung der zahlreichen in Amerika wohnenden Polen (annähernd 5 Millionen) beitragen und sich dahin auswirken, daß die Hetze zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg von dieser Seite jedenfalls nicht verstärkt wird.“*<sup>505</sup> Zu der Einsetzung eines ständigen Vertreters der US-amerikanischen Hilfsorganisationen im Generalgouvernement kam es nicht. Allerdings wurden ihnen im Laufe der Zeit Reisen zur Kontrolle der ankommenden Liebesgaben ins Generalgouvernement gewährt.<sup>506</sup> In einem der Berichte, die ein Begleiter einer der US-amerikanischen Delegationen von Seiten des „Auswärtigen Amtes“ anfertigte, wurde zusammenfassend festgehalten, *„[...] dass die amerikanischen Delegierten Gelegenheit zu folgenden Feststellungen gehabt haben: 1.) Teile der Zivilbevölkerung des Generalgouvernements sind zurzeit hilfsbedürftig. 2.) Im Generalgouvernement sind polnische und jüdische Wohltätigkeitsorganisationen tätig, die in der Lage sind, unter der Aufsicht des Deutschen Roten Kreuzes die Hilfsspenden des Amerikanischen Roten Kreuzes in einer den Wünschen der Spender Rechnung tragenden Weise zu verteilen. 3.) Die deutschen Behörden im Generalgouvernement behindern die Tätigkeit der polnischen und jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen nicht nur nicht, sondern fördern sie.“*<sup>507</sup> Gerade die letzten beiden Punkte treffen die Ziele der NS mit der Einrichtung der polnischen und vor allem jüdischen Organisationen einen propagandistischen Zweck zu verfolgen im Besonderen. Zu diesem Zwecke berichteten Angehörige der Regierung den Delegierten, die das Generalgouvernement bereisten, regelmäßig über die Tätigkeit in Bezug auf die polnische und jüdische Zivilbevölkerung.<sup>508</sup> Die gesamte Werbung für das Handeln des „Auswärtigen Amtes“ und der Besatzer scheint gefruchtet zu haben. So habe ein Vertreter der ARK in

<sup>505</sup> Entscheidungsvorlage für den Reichsaußenminister, 20.04.1940, PAAA, R 43084.

<sup>506</sup> Vgl. hierzu II.6.5.

<sup>507</sup> Aufzeichnungen über die Besichtigungsreise der Delegierten des Amerikanischen Roten Kreuzes, Nicholson und Taylor, durch das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete vom 03.–15.03.1940, 18.03.1940, PAAA, R 43080.

<sup>508</sup> Vgl. dazu etwa Neuordnung der polnischen Fürsorge, in: Krakauer Zeitung, 02.02.1940. *„Bereits kurz nach der Eroberung Warschaus wurde für die notleidende polnische Bevölkerung durch Grosseinsatz der NS-Volkswohlfahrt gesorgt. Nach und nach gelang es auch, einen grossen Teil der polnischen Bevölkerung wieder in Arbeitsstellung zu bringen und damit den nötigen Lebensunterhalt zu sichern. Das Gebiet der Fürsorge wurde aber auch weiterhin von den deutschen Behörden bewacht und unterstützt. So wurde ein polnisches Hilfskomitee gegründet, das unter der Aufsicht des Stadtpräsidenten Warschaus steht. Dieses Komitee unterhält gegenwärtig allein 91 Küchen, die täglich für 75 000 Polen Mittagessen liefern. 45 Küchen sind für die Kinderernährung bestimmt. Sie liefern täglich*

einem Gespräch im „Auswärtigen Amt“ angeführt, „daß wir uns bisher zu den Juden und zu dem von Präsident Roosevelt beherrschten Amerikanischen Roten Kreuz sehr entgegenkommend verhalten hätten. Dem Amerikanischen Roten Kreuz sei in vollem Umfang Gelegenheit gegeben worden, Spenden in Polen zu verteilen und Beauftragte dorthin zu entsenden. Die jüdischen Organisationen hätten in dem vollen Umfang Gelegenheit, in Polen tätig zu werden.“<sup>509</sup> Auch in den Medien wurde über die Reisen und die Tätigkeit der Zivilverwaltung berichtet,<sup>510</sup> ebenfalls unterstützten weitere Pressartikel, die im Kontext der Reisen des ARK veröffentlicht wurden, das Ziel der NS, das sie mit der Organisation verbanden.<sup>511</sup> Allerdings deuteten verantwortliche Stellen im Ausland das Geschriebene zuweilen nicht in dem Sinne, wie es die NS erhofft hatten. So habe der Rundfunk in den USA ein Berliner Interview mit Nicholson vom ARK verbreitet, worin dieser mehrfach betont habe, dass die Reichsregierung ihm bei der Fürsorge für die Notleidenden in Polen jegliche Erleichterung gewähre. In dem bereits im Abschnitt zu den ausländischen Hilfsorganisationen wörtlich zitierten DNB-Bericht wurde die Deutung in unterschiedlichen Medien Europas herausgestellt.<sup>512</sup> Demnach scheinen die Bemühungen um die Selbsthilfe-Organisationen und die mit diesen verbundenen Inspektionsreisen der ausländischen Hilfsorganisationen nicht immer der Propaganda gedient haben, die die NS mit der Gründung der Organisationen im Generalgouvernement intendiert hatten. Fast jede Reise der Amerikaner nahmen Journalisten der europäischen Presse zum Anlass, negativ über die Behandlung der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement zu berichten. Auch in den folgenden Monaten veränderte sich

---

30 000 Portionen. Das Essen wird durchweg unentgeltlich abgegeben. Nur in 7 Küchen wird ein bestimmtes Entgelt gefordert. Neben der Ernährung ist auch die Bekleidung und Unterbringung der vom Kriege besonders betroffenen Polen Aufgabe des polnischen Hilfskomitees. So wurden durch die Kleiderhilfe Kleider, Wäsche und Schuhe verteilt, und zwar in erster Linie an Kinder. 30 % der Vorräte wurden unentgeltlich abgegeben, 70 % zum Selbstkostenpreis. Für Flüchtlinge und Obdachlose wurden 9 Zufluchtsheime eingerichtet, in denen die Insassen auch gepflegt wurden. Sofern die Aufgenommenen in andere Orte des Generalgouvernements weiterreisen wollen, wird ihnen die Reise durch ganze oder teilweise kostenlose Beschaffung der Fahrkarte erleichtert. 129 Ärzte und 79 Hebammen stehen dem Komitee für die ärztliche Betreuung der Hilfsbedürftigen zur Verfügung. Eine besondere Behandlung wird Monat für Monat allein 3 000 Lungenleidenden zuteil. Zum Arbeitsbereich des polnischen Hilfskomitees gehört weiter noch die Suche nach Arbeitsmöglichkeiten, Ratschlägen und Beihilfen für die Inbetriebsetzung von Arbeitsstätten und schliesslich Ausgabe von Kohlenbezugsscheine für je 50 kg Kohle, die z.T. im Winter unentgeltlich ausgegeben wurde. Auch für die jüdische Bevölkerung wurde eine ähnliche Hilfsorganisation ins Leben gerufen. In Warschau leben etwa 400 000 Juden. Das jüdische Hilfskomitee steht gleichfalls unter Kontrolle des Stadtpräsidenten. Ihm unterstehen 63 Volksküchen, die täglich 62 000 Personen warmes Essen verabreichen, ferner werden 30 000 zugewanderte Juden betreut, die in Asyl und Heimen untergebracht sind, z.T. aber auch in jüdischen Privatwohnungen eingemietet wurden. Durch einen besonderen Zweig der jüdischen Fürsorge werden insgesamt 8.600 Kinder betreut, die Unterkunft und Verpflegung erhalten. In einer Sonderküche werden täglich an 855 Mütter und Kinder Mittagessen verteilt und ebenso wird für gerechte Verteilung von Kleidungs- und Wäschestücken an die Bedürftigsten Sorge getragen. Bemerkenswert ist ferner noch, dass die Stadt Warschau, ohne hierzu verpflichtet zu sein, die nach einem polnischen Gesetz vom 9. Mai 1939 festgelegten Sonderunterstützungen für Angehörige von Offizieren und Mannschaften, die sich im Kriegsdienst befinden, weiter ausbezahlt hat, obwohl das eine monatliche Belastung der Stadt Warschau von 2 Millionen Zloty bedeutet. Heute noch gibt die Stadt Warschau 1 Million Zloty für Sonderunterstützungen aus.“ Hilfe für Polen und Juden in Warschau, nicht datiert [wohl erste Hälfte des Jahres 1940], PAAA, R 60691.

<sup>509</sup> Aufzeichnung, 22.05.1940, PAAA, R 43084.

<sup>510</sup> Eine dezidierte Auswertung der Presse fand nicht statt. Das hier Geschriebene bezieht sich lediglich auf die Presseausschnitte, die sich in den Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden. Das Vorhandensein der Berichte zeigt darüber hinaus, dass auch die Beamten im „Auswärtigen Amt“ die Medienberichterstattung über die Reisen der ausländischen Hilfsorganisationen in das Generalgouvernement sehr genau beobachteten.

<sup>511</sup> Vgl. dazu etwa Relief for Poland Aided by Germany, 29.11.1939, The New York Times.

<sup>512</sup> Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisnahme“ Nr. 331, 29.11.1939, PAAA, R 43080.

die Berichterstattung nicht merklich.<sup>513</sup> Vor allem im Februar 1940 häuften sich negative Medienberichte: „Auch Hetze wegen der Verfolgung der Juden in Polen. Londoner Rundfunk, englisch, 7.2. Die Münchener Zeitschrift ‚Wettkampf‘ mache das freie Eingeständnis, daß die Juden in Polen vernichtet werden müßten. Eine Meldung aus Amsterdam besage, daß diese Vernichtung bereits begonnen habe, und Tausende von Männern, Frauen und Kindern täglich ihre Heimat verlassen mussten. Hunderte seien erfroren und weitere Tausende stürben vor Hunger. Nach dem gleichen Amsterdamer Bericht würden die jüdischen Synagogen und Büchereien in dem von Deutschland besetzten polnischen Gebiet von den Nazis systematisch vernichtet.“<sup>514</sup> Erst im Frühjahr 1940 änderte sich die Presseberichterstattung aus Sicht der NS zumindest in den USA ins Positive, wo sie von Anfang an nicht so kritisch war.<sup>515</sup> Allerdings war auch nach dieser Zeit die Medienberichterstattung über die Behandlung der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement durchaus negativ.<sup>516</sup> Dennoch – oder gerade deshalb – versuchten die NS ihren „Einsatz“ für die jüdische Bevölkerung pressewirksam einzusetzen. So wurde im April 1940 in einer Zeitschrift veröffentlicht: „Die Juden bekommen ungesäuertes Brot. Bekommen die Juden Hilfe vom Staat? Ja, natürlich. Zu Ostern empfing ich eine jüdische Deputation, welche sagte, dass sie kein Ostern feiern könnten, wenn man ihnen nicht ungesäuertes Brot gäbe, welches in Polen nicht aufzutreiben sei. Es wurde angeordnet, dass 100 Lastwagen voll von Rumänien oder Ungarn importiert wurden. Die Juden bekommen auch Hilfe von den ausländischen Komitees. Die Quäker schickten vor einiger Zeit eine Ladung Lebensmittel und Lebertran für die Kinder. Die Ladung wurde inzwischen von den Engländern in Gibraltar beschlagnahmt, welche erklärten, dass sie eine Garantie dafür haben müssten, dass nicht deutsche Kinder diesen Lebertran bekämen. So etwas nennt man humane Kriegsführung.“<sup>517</sup>

Einen weiteren Punkt, den die NS mit der Gründung der JSS verbanden – und an dieser Stelle auch mit der des Polnischen Hauptausschuss, des Ukrainischen Hauptausschuss sowie des übergeordneten HHA –, war die Beschaffung von Devisen. So argumentierte man bei der Zulassung der Tätigkeit der ausländischen Hilfsorganisationen mit dem damit verbundenen Devisenanfall – so bereits im

<sup>513</sup> Vgl. dazu etwa Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisnahme“ Nr. 13, 13.01.1940, PAAA, R 43080. „Berlin, 13. Jan. (Radiodienst) Der Londoner Rundfunk meldet, daß eine Delegation des amerikanischen Roten Kreuzes und der Quäker-Organisation in Berlin eingetroffen ist. Die Delegation werde sich bis hier weiter nach Polen begeben, um der polnischen Not steuern zu helfen. Die Delegation habe von den deutschen Behörden die Einreisegenehmigung nur unter der Bedingung erhalten, daß die Mitglieder der Delegation keinerlei Informationen über die Verhältnisse in Polen verbreiten.“

<sup>514</sup> Bericht über die polnische Presse und andere Feindpropaganda betr. Polen Nr. 5/1940, 08.02.1940, PAAA, R 99223. Oder auch Bericht über polnische Presse und andere Feindpropaganda betr. Polen Nr. 9/1940, 20.02.1940, PAAA, R 99223.

<sup>515</sup> Vgl. etwa Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisnahme“ Nr. 73, 13.03.1940, PAAA, R 43080.

<sup>516</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die polnische Presse und andere Feindpropaganda betr. Polen Nr. 24/1940, 23.04.1940, PAAA, R 99223. „Verfolgung der Juden in Warschau. Glos Polski, 19.4. Nach Informationen, die von der polnischen Botschaft beim Quirinal eingegangen sind, haben sich in letzte Zeit die Verfolgungen der Juden in Warschau verstärkt, um dadurch der Tätigkeit der amerikanischen humanitären Organisationen, die Spenden sowohl unter Polen als unter die Juden zu verteilen, wurde zum Vorwand genommen, um wilde antijüdische Ausschreitungen zu organisieren, die von den deutschen Behörden gefilmt wurden. Diese Demonstrationen verfolgen ein doppeltes Ziel: Einmal soll dadurch der amerikanischen Öffentlichkeit und der Öffentlichkeit neutraler Staaten vor Augen geführt werden, daß die Polen als Urheber dieser Pogrome der Hilfe und Sympathie der Welt nicht würdig seien. Außerdem wollten die deutschen Behörden die Spannung zwischen den Polen und Juden vergrößern, um bei von den deutschen Agenten provozieren Ausschreitungen Polizei und Gestapo sowohl gegen die Polen als auch gegen die Juden einsetzen zu können.“

<sup>517</sup> Übersetzung aus „Aftonbladet“ vom 7. April 1940 „Ich werde Polen in einem Garten verwandeln.“ Generalgouverneur Frank spricht über die Wiederaufbauarbeit, PAAA, R 60691.

Oktober 1939 im Kontext der Anfrage der *Quäker* bezüglich der Aufnahme eines Hilfswerkes für die Stadt Warschau. Dabei sei beabsichtigt „*mehrere hunderttausend Dollars bar in Polen für Ankauf von Lebensmitteln auszugeben, die Warschauer Bevölkerung zugute kommen sollen.*“<sup>518</sup> Aufgrund des zu erwartenden Devisenanfalls wurde empfohlen den Amerikanern Einreisegenehmigungen zu erteilen.<sup>519</sup> Als es dann im Zusammenhang mit der Einreise der *Quäker* in das Reich und damit ins Generalgouvernement zu Problemen kam, wurde im „Auswärtigen Amt“ abermals angeführt:

„In Anbetracht der Bedeutung der Quäker und der in Aussicht stehenden großen Spenden (Devisen und Sachspenden) dürfte es notwendig sein, die Frage, ob nicht doch amerikanische Quäker hierher kommen dürfen, erneut zu prüfen. Die Botschaft empfiehlt eine bejahende Antwort im Hinblick auf unsere Devisen- und Rohstofflage und die günstige Rückwirkung einer Einreiseerlaubnis auf die amerikanische öffentliche Meinung. Generalfeldmarschall Göring ist nach Vortrag durch Bürgermeister Winkler – von dieser Aktion war bisher hier nichts bekannt – von der beabsichtigten Hilfsaktion der Quäker unterrichtet worden (vgl. dessen Stellungnahme in der Anlage). Reichsamtseileiter Hilgenfeld hat, wie hierher durch sein Büro mitgeteilt wurde, die Angelegenheit mit dem Herr St.S. bzw. dem Herrn U.St.S. heute von sich aus besprochen.“<sup>520</sup>

Zwar werden hier auch die Sachspenden angegeben, allerdings sah man diese immer in Bezug auf die Devisen- und Rohstofflage. Mit der Einbindung der ausländischen – vor allem der US-amerikanischen – Hilfsorganisationen war somit schon zu diesem Zeitpunkt eine indirekte Ernährung der deutschen Bevölkerung verbunden.<sup>521</sup> Im Kontext der Debatte über eine Besuchsreise von Vertretern des *ARK* wurde zudem ausgeführt: „*Außenpolitische Bedenken dürften gegen die Reise, deren Dauer auf etwa 4 Tage bemessen werden soll, nicht bestehen. Es ist zu erwarten, daß die geplante Aktion des Amerikanischen Roten Kreuzes die von der NSV übernommene Versorgung der notleidenden polnischen Bevölkerung erleichtert wird, und daß die zu erwartenden Geldspenden zu einer Ergänzung des Devisenvorrats des Deutschen Reichs führen werden. Die Amerikaner werden überdies in der Lage sein, die über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten ausgestreuten ungünstigen Gerüchte auf Grund eigenen Augenscheins zu widerlegen.*“<sup>522</sup> Im November 1939 suchte eine Delegation der *Quäker* das „Auswärtige Amt“ auf, um über die Tätigkeit der *Comporel* zu reden. Diese habe unter anderem beabsichtigt Geld an Personen in den „*ehemals polnischen Gebieten*“ zu überweisen. Bereits in der Zwischenkriegszeit seien große Mengen Geld aus den USA nach Polen geflossen, das zumeist von Verwandten überwiesen wurde.<sup>523</sup> In einem nicht genauer datierten Schreiben vom Ende des Jahres 1939 oder dem Beginn des Jahres 1940 wurde abermals über eine Besprechung mit den *Quäker*-Vertretern festgehalten: „[d]as Reichsbankdirektorium hat die Überweisung unentgeltlicher freiwilliger Geldspenden aus dem Ausland nach dem Gebiet des Generalgouvernements in der Weise geregelt, daß die Zahlungen zur Hälfte in freien Devisen und zur Hälfte unter

---

<sup>518</sup> Telegramm der Botschaft Washington wohl an das AA, 03.10.1939, PAAA, R 127544.

<sup>519</sup> Ebd.

<sup>520</sup> Vermerk betr. „*Quäker-Hilfswerk*“, 06.11.1939, PAAA, R 127544.

<sup>521</sup> Vgl. hierzu II.7.

<sup>522</sup> Beschlussvorlage für den Reichsaußenminister, 02.11.1939, PAAA, R 43080.

<sup>523</sup> Aktennotiz Albrecht, 30.11.1939, PAAA, R 43074.

*Verwendung von Registermarkguthaben geleistet werden können.*<sup>524</sup> Auch der Bevölkerung im Generalgouvernement waren die Ziele, die die Besatzer mit der Zulassung der Hilfstätigkeit verbanden, teilweise schon wenige Monate nach Kriegsbeginn bewusst. Schon im Februar 1940 formulierte Kaplan in Warschau in seinem Tagebuch in Bezug auf die Tätigkeit des JDC:

„Mehr als uns gereicht das Gold, das uns aus dem noblen, philanthropischen Amerika zuströmt, den Eroberern zum Nutzen, und daher übersehen sie ihre Prinzipien und lassen die Hilfstätigkeit des Joint zu. Achtzig Prozent von jedem Dollar gelangt in die Tasche des Eroberers; wir erhalten nur zwanzig Prozent seines faktischen Wertes. Jeder Dollar muss zu dem von den Eroberern festgesetzten Kurs gegen Zloty umgewechselt werden, das heißt, ein Dollar gegen 5,20 Zloty, obgleich sein wirklicher Wert vielleicht bei 200 Dollar liegt. Auf diese Weise bereichern sich die Barbaren am Unglück der Juden, das sie selbst verursacht und über uns gebracht haben. Aber wenig ist besser als nichts.“<sup>525</sup>

Noch im Frühjahr 1940 beschäftigten sich die NS noch mit dem Erhalt von Devisen über die Hilfsorganisationen. Im Kontext einer Debatte über den Postpaketversand in das Generalgouvernement hieß es beispielsweise: *„Die Pakete sollen nach Möglichkeit die gleiche Größe haben; sie sollen vor ihrer Einbringung in das Reich oder in das Generalgouvernement bereits im Ausland voll bezahlt sein. Es erscheint unerwünscht, wenn die Empfänger zwecks Beschaffung solcher Pakete im Ausland Devisenbeträge zugewiesen erhalten, weil dadurch für die von der deutschen Wirtschaft im Ausland vorzunehmenden Käufe eine unkontrollierbare Konkurrenz entstehen würde. Zölle und die in Deutschland oder im Generalgouvernement im Zusammenhang mit den Liebesgabensendungen entstehenden Spenden werden in Devisen zu begleichen sein.“*<sup>526</sup> Im April 1940 entwickelte sich die Debatte dazu weiter, da man bei der Regelung, die man anstrebte, den Devisengewinn gefährdet sah: *„In dem obengenannten Zusammenhang und unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 3.4. wird mitgeteilt, dass nach nochmaliger Befragung des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur in Krakau von dort her bestätigt wird, dass nach z.Zt. bestehender Regelung sämtliche Liebesgabensendungen, die Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel usw. enthalten, zollfrei eingeführt werden können. [...] Eine Voraussetzung für das Eingehen von Devisen bei solchen regelmässigen Liebesgabenpaket-Sendungen würde sein, dass nach Eröffnung des Postpaketverkehrs aus dem Auslande für solche Pakete in Abweichung von der Regelung der bisherigen Liebesgaben-Einfuhr erst die Einföhrung einer Zollgebühr vorgesehen würde.“*<sup>527</sup> Doch nicht nur über den Paketversand versuchte man Devisen zu erhalten, ebenso durch Geldüberweisungen: *„Im Interesse eines erhöhten Devisenfalles bin ich damit einverstanden, dass a) hinsichtlich der Überweisungen in freien Devisen aus dem Ausland nach dem Generalgouvernement aus sicherheitspolizeilichen*

<sup>524</sup> Doppel von Aufzeichnungen, wohl Ende 1939 oder Anfang 1940, PAAA, R 43070.

<sup>525</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 145f.

<sup>526</sup> Aufzeichnungen über eine Besprechung im Auswärtigen Amt betr. *„Regelung der Übersendung von Liebesgabenpaketen aus dem Ausland in das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“*, 03.04.1940, PAAA, R 43075. An der Besprechung nahmen Vertreter des Auswärtigen Amtes, des OKW Ausland, des Reichsfinanzministerium, des Reichswirtschaftsministerium, des Reichsernährungsministerium, des RSHA, des DRK sowie der stellvertretende Bevollmächtigte des Generalgouverneurs teil.

<sup>527</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. *„Liebesgabenpaketdienst für das Generalgouvernement“*, 19.04.1940, PAAA, R 43075.

*Beschränkungen verzichtet wird, b) bei Registermark-Überweisungen aus dem neutralen Ausland in das Generalgouvernement von der Einhaltung des bisherigen festgesetzten monatlichen Höchstbetrages – ausser bei Auszahlung an Juden – abgesehen wird. Für letzteren soll die Auszahlung 250 Zloty wöchentlich nicht überschreiten.*<sup>528</sup>

Wie zu Beginn des Abschnitts bereits erwähnt war ein Ziel der NS die „Räumliche Trennung zwischen Polen und Juden.“<sup>529</sup> Diese Trennung vollzog man jedoch nicht nur räumlich, sondern erreichte diese auch durch die Einrichtung der getrennten Hilfsorganisationen innerhalb des Generalgouvernements. Schon früh war man deshalb von Seiten der Besatzer bedacht, dass Juden und Jüdinnen keine Hilfe für Polen und Polinnen leisten und brachte dies mehrmals in der Korrespondenz zum Ausdruck: „*Sie schreiben in Ihrem Bericht [...], dass [...] Flüchtlinge, ohne Unterschied von Glauben und Nationalität, Unterkunft erhalten. Sie wollen davon Kenntnis nehmen, dass es Ihnen lediglich gestattet ist, für jüdische Rassengenossen, allerdings gleich welcher Nationalität zu sorgen. Es ist Ihnen verboten Arier zu betreuen.*“<sup>530</sup> Die Verantwortlichen der *Koordinierungskommission* waren sich dessen wohl bewusst – oder gaben dies zumindest vor.<sup>531</sup> Die Trennung der „Volksgruppen“ kam jedoch erst durch den Erlass der Satzungen und Geschäftsordnungen für den *HLA* sowie die *Hauptausschüsse* und daraus resultierend durch die Tätigkeit der *JSS* im gesamten Generalgouvernement zum Ausdruck. Aus diesem Grund wird dieses Ziel in II.7 genauer untersucht. Ein anderes Bild versuchte man natürlich für die ausländischen Hilfsorganisationen zu zeichnen. So empfing man – unter anderem – im Frühjahr 1940 US-amerikanische Delegierte zu einer Inspektionsreise in das Generalgouvernement.<sup>532</sup>

---

<sup>528</sup> Durchschrift Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Berlin) an den Reichswirtschaftsminister betr. „*Geldüberweisungen in das Gebiet des Generalgouvernements zu Unterstützungszwecken*“, 08.05.1940, PAAA, R 43075.

<sup>529</sup> Abschrift BuF an die Distriktchefs betr. „*Judenangelegenheiten*“, 06.04.1940, YVA, O.21/3, Bl. 26–29, hier: Bl. 27f.

<sup>530</sup> Abschrift Chef des Distrikt Warschau, Abteilung Volkswohlfahrt an die Jüdische Fürsorge Warschau, 15.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>531</sup> Abschrift Weichert an den Chef des Distriktes Warschau, Abt. Volkswohlfahrt, 30.01.1940, AŽIH, Ring II/117. „*Auf das Schreiben der Abteilung Volkswohlfahrt vom 15.ds.Mts. bezugnehmend, gestatten wir uns darauf hinzuweisen, dass der Passus von der Betreuung der Flüchtlinge ohne Unterschied von Glauben und Nationalität sich auf den Monat September 1939 bezieht. Um etwaigen Missgriff in der Zukunft vorzubeugen, haben wir an die Organisationen und Anstalten, die unter unserer Obhut stehen, ein Rundschreiben gerichtet, dessen Abschrift wir beifügen.*“

<sup>532</sup> Vgl. dazu I.2. In diesem wurden diese Reisen ausführlich betrachtet und dabei kommen auch die Ziele der NS, die sie damit verbanden heraus. Aufzeichnungen über die Besichtigungsreise der Delegierten des Amerikanischen Roten Kreuzes, Nicholson und Taylor, durch das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete vom 03.–15.03.1940, 18.03.1940, PAAA, R 43080.



#### I.4 Die gesetzlichen Grundlagen der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*

„Rechtlich ist die Koordinierungskommission in der Luft gewesen“, so Weichert in seinen Erinnerungen.<sup>533</sup> Die polnische Organisation hatte sich von der jüdischen Organisation abgewendet und man damit gehörte die *Koordinierungskommission* faktisch nicht mehr zum *Hauptstädtischen Komitee für soziale Selbsthilfe*, so Weichert. Man habe von den Einrichtungen die Schilder mit dem „Grünen Kreuz“ genommen, welches das Symbol der Organisation war und an den Magazinen die Schilder des *JDC* aufgehängt. Zudem habe man den Namen in *Jüdische Soziale Selbsthilfe* geändert.<sup>534</sup> Anfang Oktober habe die NSV die Aufsicht über die polnische Organisation übernommen. Für die jüdische Organisation hätten sich die NSV und ebenso die anderen Stellen der Besatzer nicht interessiert. Aus diesem Grund sei die jüdische Organisation mehr als drei Monate nicht legal gewesen. Ab und an habe man sich gegen einzelne Besatzer wehren müssen, die Schilder des *JDC* hätten jedoch geholt.<sup>535</sup> Die Phase der rechtlichen Ungewissheit endete in den letzten Tagen des Mai 1940. Am 29. des Monats erließ die Regierung die Satzungen und Geschäftsordnungen für den *HHa*, den *PHa*, den *UHa* und die *JSS*.<sup>536</sup> Neben den vier genannten Ausschüssen existierten Satzungen und Geschäftsordnungen für ein *Weissruthenisches Komitee*, für ein *Russisches Komitee* sowie eine Satzung eines *Goralischen Komitees*.<sup>537</sup> In der Korrespondenz zwischen der Regierung mit den Distriktchefs sowie Kreis- und Stadthauptleuten findet sich im Dezember 1940 die Angabe, dass „[f]ür Goralen und die Emmigrationsgruppen (Russen, Weissrussen, Kaukasier) [...] die Bildung von entsprechenden Hilfskomitees abgeschlossen“ sei.<sup>538</sup>

Der Weg zu einer gesetzlichen Grundlage war nicht einfach, denn so wie in I.1 dargelegt, war die Tätigkeit der *Koordinierungskommission* schwierig und dies wirkte sich auf die Gründung einer für das gesamte Generalgouvernement tätigen Organisation aus. Nicht zuletzt der Initiative des Auslands – und dabei vor allem der US-amerikanischen Organisationen – war es zu verdanken, dass die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* im Mai 1940 gegründet wurde. Neben diesen Initiativen, waren es die Verhandlungen zwischen Vertretern der polnischen und jüdischen Organisationen mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, die zu einer Schaffung der Gesetzestexte führten. Diese Verhandlungen, die Inhalte der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie die Änderungen

---

<sup>533</sup> WEICHERT: Milchome, S. 47.

<sup>534</sup> Vgl. ebd.

<sup>535</sup> Vgl. ebd.

<sup>536</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 211/1 sowie AŽIH, 211 aneks/1. Diese Akten beinhalten jeweils die Satzung und die Geschäftsordnung der Organisation in der Fassung vom 29. Mai 1940 – darunter auch Versionen in polnischer Sprache.

<sup>537</sup> Die genannten Schriftstücke sind zu finden in BAB, R 53 III/6. In dieser Akte sind auch die entsprechenden Satzungen und Geschäftsordnungen für die zuerst genannten Organisationen zu finden.

<sup>538</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung an die Distriktchefs betr. „Dienstverkehr mit dem Polnischen, Ukrainischen und Jüdischen Hauptausschuss sowie mit dem Haupthilfsausschuss“, 17.12.1940, AŽIH, 211 aneks/276, Bl. 379. Auch vorhanden in APW, Kreishauptmannschaft Warschau-Land/331, Bl. 106f., ITS, DOI 82177861 oder auch APK, IZGG/7, Bl. 43f.

dieser Texte im Laufe des Bestehens der *JSS* sollen in diesem Unterkapitel untersucht werden. Der letztgenannte Punkt durchbricht damit die Chronologie dieser Arbeit, jedoch erscheint es sinnvoll die Änderungen an den Gesetzestexten für den kompletten Zeitraum des Bestehens der *JSS* in diesem Kontext zu analysieren, da es sich nur um sehr wenige und zuweilen auch nur bedingt die wirkliche Tätigkeit betreffende Änderungen handelt.

#### **I.4.1 Die Gespräche mit polnischen Vertretern und der Zivilverwaltung**

Auch wenn die Überlieferung, wie dargelegt, schlecht ist, lassen sich Anhaltspunkte finden, dass noch zu Beginn des Jahres 1940 – also noch vor der offiziellen Gründung der *JSS* Ende Mai desselben Jahres – noch eine Zusammenarbeit zwischen den jüdischen und polnischen Akteuren stattfand. Auch in der Korrespondenz der Besatzer finden sich Hinweise, dass es eine solche Zusammenarbeit gab. Im April 1940 tätigte man – beziehungsweise es war intendiert – Nahrungsmiteinkäufe durch Polen zugunsten der in der *Koordinierungskommission* zusammengeschlossenen jüdischen Organisationen.<sup>539</sup> Die jüdische Bevölkerung war ohnehin durch einen Vertreter, in einem Vorläufer des späteren *HH4* in Krakau vertreten, mit polnischen Akteuren in Kontakt.<sup>540</sup> Durch die wachsende Verarmung der Juden und Jüdinnen durch den Ausschluss aus dem wirtschaftlichen Leben, habe die *Koordinierungskommission* zudem mit sinkenden Mitgliederzahlen in den Hilfsorganisationen und damit mit sinkenden Spenden zu kämpfen gehabt.<sup>541</sup> Das *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* und die *Koordinierungskommission* organisierten auch in dieser Zeit Hilfe. Die jüdische Organisation erhielt von der polnischen weiterhin Produkte (wenn auch in geringerem Umfang) und Geld (einmalig 20.000 Złoty). Allerdings sei irgendwann vom Präsidium der polnischen Organisation die Aussage gekommen, dass diese sich komplett von der jüdischen Kommission distanzieren, da sich die polnischen Akteure der Haltung der Besatzer gegenüber den Juden und Jüdinnen bewusst waren. Die *Koordinierungskommission* konnte also nicht mit weiterer Unterstützung vom *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* rechnen.<sup>542</sup> Weichert habe geantwortet, dass die Güter, die durch die Regierung zentral an die Dachorganisation übergeben würden, für die gesamte Bevölkerung Warschaus bestimmt seien und er es nicht einsehe, auf die Zuweisungen für die jüdische Bevölkerung zu verzichten. Andere Mitglieder des Präsidiums der polnischen Organisation seien seiner Meinung gewesen. Er habe sich mehrmals zu Diskussionen zum Sitz des *Hauptstädti-*

---

<sup>539</sup> Vgl. dazu BuF an den Chef des Distrikts Warschau, Bevölkerungswesen und Fürsorge, 01.04.1940, AŽIH, 210/35, Bl. 1 oder auch BuF an Chef des Distrikts Warschau, Innere Verwaltung, Fürsorge, 10.05.1940, AŽIH, 210/37, Bl. 17.

<sup>540</sup> Vgl. dazu I.4.5.

<sup>541</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 10.

<sup>542</sup> Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 33.

*schen Komitees für Soziale Selbsthilfe* begeben. Die Lage allerdings habe sich nicht verbessert. Die Mitglieder der polnischen Organisation hätten Angst gehabt, dass sie verhaftet würden, wenn sie weiterhin den Kontakt zur *Koordinierungskommission* pflegten.<sup>543</sup>

Neben der Zusammenarbeit der im *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* tätigen Polen, gab es Kontakt mit dem *Polnischen Roten Kreuz*. Dieser Kontakt lief vor allem über die Abordnung des JDC in Warschau, die ein wichtiger – wenn nicht elementarer – Bestandteil der *Koordinierungskommission* war.<sup>544</sup> Am 19. November 1939 notierte Adam Czerniaków in sein Tagebuch: „*Nach Mittag Verabredung mit dem Beauftragten Junod<sup>545</sup> beim Roten Kreuz. Er sagte Hilfe für die Juden, Medikamente und Lebensmit[el] zu.*“<sup>546</sup> Damit ist ein direkter Kontakt zum *Internationalen Roten Kreuz* in dieser frühen Zeit belegt.

Spätestens ab Anfang 1940 fanden vermehrt Gespräche zwischen den Besatzern und jüdischen Vertretern statt. Zumindest sind ab dieser Zeit entsprechende von Weichert angefertigte Gesprächsnotizen überliefert. Diese dienen – neben den Schriften Weicherts – als eine wichtige Quelle für die Untersuchung des Kontakts zwischen den Besatzern und jüdischen Akteuren. Die Geschäftsräume der NSV befanden sich auf der Waretzke 9, in demselben Gebäude in dem die Versorgungsabteilung des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* sein Büro hatte. Dort musste Weichert oft einen Funktionär aufsuchen. Am 6. Januar 1940 habe ihm Machnicki – ein Repräsentant der polnischen Organisation – einen Brief übergeben, in dem ein Mitglied der JSS aufgefordert worden sei, sich am nächsten Tag zu melden. Der Anführer der NSV in Warschau, Blumenthal, habe ihn empfangen, sich einen kurzen Bericht zur Tätigkeit der JSS angehört und gesagt, dass die NSV die Aufsicht über die JSS übernehme und ihn, Weichert, aufgefordert, in zwei Tagen zu seinem Gehilfen Roman Gräbsch zu kommen. Über Blumenthal habe ihm Machnicki gesagt, dass er

<sup>543</sup> Vgl. ebd.

<sup>544</sup> Abschrift Vertrag zwischen der Hauptverwaltung des Polnischen Roten Kreuzes und dem American Joint Distribution Committee in Warschau, 06.02.1940, AŽIH, 210/65, Bl. 2. „1./ Das Polnische Rote Kreuz tritt grundsätzlich an die Mitarbeit mit dem American Joint Distribution Committee heran. 2./ Die Hilfe und Mitarbeit des Polnischen Roten Kreuzes waren a./ Übernahme der Überwachung und Kontrolle der vom American Joint Distribution Committee gemeinsam mit der Gesellschaft ‚TOZ‘ geführten Sanitätstätigkeiten. Das ganze Sanitätspersonal, wie auch die Inspektoren, die eigentlich Ärzte sein sollten, sind zum Tragen des Kennzeichen des Roten Kreuzes und Geniessung seines Schutzes berechtigt; davon geht hervor, dass das ganze genannte Personal auf Antrag das American Joint Distribution Committee vom Polnischen Roten Kreuz ernannt ist. Die mit obiger Aktion verbundenen Kosten gehen ausschliesslich zu Lasten des American Joint Distribution Committee. b./ Übernahme der Angelegenheit in Bezug auf Verständigung mit Familien und Ausfindung der Vermissten durch Vermittlung des Informationsbüros des Polnischen Roten Kreuzes. c./ Lieferung von Heilmitteln und Sanitärstoffen seitens des Polnischen Roten Kreuzes gemeinsam mit dem A.J.D.C. im Rahmen ihrer Möglichkeiten an die Bevölkerung, wobei mit einer eventuellen diesbezüglichen Hilfe aus dem Ausland gerechnet wird. 3./ Die Verständigung des American Joint Distribution Committee mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, mit dem Deutschen Roten Kreuz und mit den Behörden wird durch die Vermittlung des Polnischen Roten Kreuzes erfolgen. 4./ Als ständiger Delegierter des Polnischen Roten Kreuzes für das A.J.D.C. wird das Mitglied der Hauptverwaltung des PRK, Herr Józef Wielowiejski sein. 5./ Obiger Vertrag trägt einen provisorischen Charakter und kann Änderung auf Antrag einer jeden Seite erfahren.“

<sup>545</sup> Bei Marcel Junod handelte es sich um den Delegierten des *Internationalen Roten Kreuzes* im Reich. Vgl. MARCEL JUNOD: Kämpfer beidseits der Front, Zürich/Wien 1947. Junod schrieb in seiner Autobiographie über den Besuch in Warschau im November 1939. Das Treffen mit dem Judenrat thematisierte er allerdings nicht. Vgl. ebd., S. 156–162.

<sup>546</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 17.

sich nicht in die inneren Probleme des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* einmische. Über Roman Grabsch sei Weichert bereits zuvor von dem Sekretär der polnischen Organisation mitgeteilt worden, dass er ein „Lodzer Mensch“ sei und er sich sein Büro mit von Juden und Jüdinnen geraubten Sachen eingerichtet habe.<sup>547</sup>

Am 10. Januar 1940 sprach Weichert mit Grabsch und Blumenthal.<sup>548</sup> Das Gespräch war durch Treffen der Besatzer am Vortag mit Vertretern des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* zustande gekommen.<sup>549</sup> Weichert stellte bei dem Gespräch kurz die Geschichte der *Koordinierungskommission* vor, darunter die Tätigkeit der Volksküchen, die Hilfe für die Flüchtlinge und so weiter. Weichert wurde aufgefordert, dass die *Koordinierungskommission* auf jede Hilfe des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* zu verzichten habe und selbst nur Hilfe für die jüdische Bevölkerung leisten dürfe. Dabei betonten die Vertreter der Besatzer, dass sie im Namen des Generalgouverneurs sprächen.<sup>550</sup> Weichert entgegnete, dass diese Aufgaben über die finanziellen Möglichkeiten der *Koordinierungskommission* hinausgingen und dass die Aufgabe der sozialen Fürsorge eine Sache der „jüdischen Gemeinde“, sprich der Judenräte, sei.<sup>551</sup> Am Ende dieses Gespräches stand der Entschluss von Grabsch und Blumenthal, dass Czerniaków – als Vorsitzender des Warschauer Judenrates – vorzuladen sei.<sup>552</sup> Ein Protokoll über ein Gespräch zwischen dem Obmann des Judenrates, Grabsch und Blumenthal ist nicht überliefert.<sup>553</sup> Lediglich Czerniaków gab in seinem Tagebuch an: „Morgen habe ich eine Konferenz mit dem JDC über die Sozialfürsorge.“<sup>554</sup> Ob es dabei um das Gespräch in Anwesenheit der Besatzer handelte, ist unklar. Für den 13. Januar notierte Czerniaków: „Morgens bei Blumenthals NVF<sup>555</sup>, er fordert ein Komitee für Warschau. [...] Danach schweren Herzens Gemeinde – Sitzung der Koordinierungskommission. Erlass über Zwangsarbeit.“<sup>556</sup> Offenbar fand seine Konferenz mit den Besatzern erst an diesem Tag statt. In jedem Fall war Weichert am 13. Januar 1940 ebenfalls wieder bei ihnen; Hinweise darauf, dass Czerniaków bei diesem Treffen anwesend war, gibt es nicht. Für die Gründung der JSS ist bei diesem Gespräch kein direkter Zusammenhang zu sehen, da bei der Konferenz lediglich über die Situation der Juden und Jüdinnen in Polen – vor allem in

---

<sup>547</sup> Vgl. WEICHERT: Milchome, S. 47f.

<sup>548</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 10.01.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>549</sup> Vgl. dazu SKSS, Wydział Wykonawczy, Sekcja Zaopatrywania, pismo z 09.01.1940r. do Komisji Koordynacyjnej Organizacji Społecznych i Opiekuńczych, AŻIH, Ring II/117 sowie Gesprächsprotokoll Weichert, 10.01.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>550</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 10.01.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>551</sup> Ebd.

<sup>552</sup> Ebd.

<sup>553</sup> Weichert fertigte die Protokolle beziehungsweise Gesprächsnotizen selbst an. Es ist davon auszugehen, dass Weichert bei dem Gespräch mit Czerniaków nicht anwesend war und aus diesem Grund kein entsprechendes Schriftstück verfasst wurde. Alle anderen Protokolle dieser Art befinden sich in drei Akten im zweiten Teil des Ringelblumarchivs. Ein solches Protokoll für ein Gespräch am 11. Januar 1940 ist nicht überliefert. Vgl. AŻIH, Ring II/117–119.

<sup>554</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 32.

<sup>555</sup> Gemeint war damit wohl die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“, kurz: NSV. So auch in ebd.

<sup>556</sup> Ebd., S. 32f.

Warschau – geredet wurde, ohne dass es um direkte Vorschläge für die Verbesserung dieser Situation ging.<sup>557</sup> Der Kontakt zu den Stellen des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* war in dieser Zeit nicht komplett abgebrochen. So fanden noch Treffen zwischen den Verantwortlichen der *Koordinierungskommission* und der Abteilung für Volksküchen der nunmehr polnischen Organisation statt.<sup>558</sup> Bereits in dieser Zeit war die spezielle Hilfstätigkeit für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement von ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen angelaufen. Jedoch gab es auch Konflikte mit den Besatzern. Czerniaków notierte am 16. Januar 1940 in sein Tagebuch: „*Morgens Gemeinde. Aus Zürich ist ein Brief bezüglich Kleider- und Medikamentenhilfe eingegangen (Hilfsaktionen für notleidende Juden in Polen, Zürich). Ein Brief, Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete vom 15. I. 1940, Abteilung Volkswohlfahrt, in dem untersagt wird (als Antwort auf einen Bericht, daß 7000 Flüchtlinge ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität bei der Jüd[ischen] Sozialfürsorge Zuflucht gefunden haben), sich Ariern anzunehmen.*“<sup>559</sup> Die Hilfe durch Juden und Jüdinnen für Menschen „ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität“ untersagten die Besatzer der jüdischen Fürsorge bereits im Januar 1940.<sup>560</sup> Dieser Punkt sollte bei der späteren gesetzlichen Grundlage und der Ausgestaltung der Tätigkeit der gegründeten jüdischen, polnischen und ukrainischen Ausschüsse noch eine wichtige Rolle spielen.

Eine dritte Konferenz mit Gräbsch fand am 18. Januar 1940 statt. Es wurde erstmals über eine Organisation gesprochen, die für alle Distrikte einen einheitlichen Namen aufweisen sollte. Der Name wurde in dieser Besprechung noch mit „*Jüdisches Hilfswerk*“ angegeben.<sup>561</sup> Dennoch sei darauf hingewiesen, dass die Gedanken und Pläne, auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt bereits eine Organisation für das gesamte Generalgouvernement vorsahen, doch lokal in Warschau angestellt wurden. Treffen in Krakau, über die Situation in allen Distrikten, sollten erst später folgen. An diesem 18. Januar – also dem Tag der Sitzung – erhielt der Warschauer Judenrat ein Schreiben des Stadtpräsidenten, in dem dieser den Auftrag erteilte, für Warschau eine „*Juedische Soziale Selbsthilfe-Organisation /JSS/ ins Leben zu rufen.*“<sup>562</sup> Dies wird im folgenden Kapitel in dem Abschnitt zur

<sup>557</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 13.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>558</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 15.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>559</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 33.

<sup>560</sup> Vgl. ebd.

<sup>561</sup> Vgl. Gesprächsprotokoll Weichert, 18.01.1940, AŽIH, Ring II/117. Da der Text eigentlich in polnischer Sprache verfasst ist und lediglich der Name der angedachten Organisation auf Deutsch in den Text eingefügt wurde, kann mit relativer Sicherheit gesagt werden, dass es sich hier um den Namen der angedachten Organisation und nicht um ein Gespräch über die Gründung eines jüdischen Hilfswerks – unklar welchen Namens – handelte.

<sup>562</sup> Abschrift Stadtpräsident für die Stadt Warschau an den Obmann des Judenrates der Stadt Warschau betr. „*Jüdische Soziale Selbsthilfe /JSS/ Warschau*“, 23.01.1939 [muss 1940 gewesen sein], APW, Stadthauptmannschaft Warschau/339, Bl. 1. „*Die JSS hat den Zweck eine einheitliche Betreuung und Unterstützung der Juden Warschaus, die sich aus eigenen Kräften nicht das Existenzminimum sichern koennen, aus den Kreisen der Judenschaft Warschaus selbst herbeizufuehren. Zur Erreichung dieses Zwecks kann die JSS in den Kreisen der Juden Warschaus Mitglieder werben, Sammlungen von Geld- und Sachspenden durchfuehren, sowie sonst geeignet erscheinende Massnahmen ergreifen. Die JSS hat sich ausschliesslich auf Juden zu beschraenken. Jeder – noch so loser – Zusammenhang mit polnischen Organisationen, etwa der Polnischen Sozialen Selbsthilfe /PSS/ ist verboten. Insbesondere ist es verboten bei Nichtjuden zu sammeln oder deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Der JSS untersteht auch Ueberwachung und zweckmaessiger Einsatz der juedischen Wohlfahrtseinrichtungen in Warschau, die mir namentlich zu benennen sind. Die Einzelheiten der Organisation der JSS*

Sonderrolle der jüdischen Organisation in der Stadt Warschau (II.2.2) noch genauer beleuchtet. Bei den folgenden Gesprächen zwischen Weichert und Gräbsch kamen keine Themen zur Beratung, die direkt mit der Gründung der JSS in Verbindung standen.<sup>563</sup> Ein letztes Treffen mit Gräbsch und Blumenthal fand am 3. Februar 1940 statt, da die Verantwortung für die *Koordinierungskommission* auf andere Abteilungen in der Stadtregierung überging.<sup>564</sup> Während dieses letzten Treffens sprach man unter anderem über die Abgrenzungen zwischen den Aufgaben der *Koordinierungskommission* und der „Jüdischen Gemeinde“ – also dem Judenrat.<sup>565</sup> Gräbsch teilte zudem bei dem Treffen mit, dass ab dem 3. Februar die *Koordinierungskommission* in den Aufgabebereich von Ilg in der Stadtregierung falle. Weichert habe daraufhin gefragt, ob dieser der Abteilung „Volkswohlfahrt“ oder „Innere Verwaltung“ angehöre, worauf er die Antwort „Innere Verwaltung“ erhalten habe.<sup>566</sup> Am Ende des Protokolls schrieb Weichert: *„W obu wypadkach pożegnanie miała charakter serdeczny. [In beiden Fällen hatte der Abschied einen herzlichen Charakter.]“*<sup>567</sup>

Am 10. Februar 1940 notierte Czerniaków in seinem Tagebuch: *„Ich habe eine Einladung zu Dr. Ilg beim [Amt des] Stadtpräsidenten für Montag morgen um 10. Nach Mittag habe ich mit Dr. Weichert Material für ihn überarbeitet.“*<sup>568</sup> Zwei Tage später notierte er: *„Morgens mit Dr. Weichert bei Dr. Ilg im [Amt des] Stadtpräsidenten. ‚Wir wollen keine Juden bei uns haben‘.“*<sup>569</sup> Bei dem Gespräch bei der Stadtregierung unterhielten sich Weichert und Ilg zunächst über die Zwangsarbeit, ehe sie auf die (Neu-)Gründung (*utworzenie*) der JSS zu sprechen kamen. Ilg gab an, dass Weichert zu diesem Treffen gebeten worden sei, da er an der Spitze der *Koordinierungskommission* stand. Ilg habe im Verlauf des Gesprächs ein Papier aus der Tasche gezogen, in dem einige Absätze zur JSS geschrieben standen. Weichert

---

*werden von dieser selbst festgelegt. Vorsitzender der JSS ist der Obmann des Judenrates und er benennt aus dem Kreise der Judenraete einen Sachbearbeiter. Ueber die aufgebaute Organisation der JSS, insbesondere ueber ihre sachliche und oertliche Untergliederung ist mir raschestens zu berichten. Dabei sind mir die Namen der leitenden Personen, unter Beifuegung eines Lebenslaufes zu benennen. Ueber die Taetigkeit der JSS besonders ueber den Mitgliederstand, die Aufbringung von Geld- und Sachmitteln, die sonst durchgefuehrten und geplanten Massnahmen sowie ueber die Art der Verteilung und Betreuung ist mit jeweils zum 1. und 15. Eines Monats zu berichten.“* Vgl. dazu auch Bericht über die Tätigkeit des Judenrates bei der jüdischen Kultusgemeinde Warschau bis zum Februar 1940, APW, Stadthauptmannschaft Warschau/14, Bl. 71–73. *„Der Stadtpraesident fuer die Stadt Warschau erteilte dem Judenrat den Auftrag eine ‚Juedische Soziale Selbsthilfe‘ /J.S.S./ fuer die Stadt Warschau ins Leben zu rufen. Der Zweck dieser Organisation ist, eine einheitliche Betreuung und Unterstuetzung der Juden Warschaus, die sich aus eigenen Kraeften nicht das Existenzminimum sichern koennen. Zur Erreichung dieses Zweckes darf die J.S.S. Sammlungen durchfuehren. Der J.S.S. untersteht auch die Ueberwachung und der zweckmaessige Einsatz saemtlicher juedischer Wohlfahrtseinrichtungen in Warschau. Der Obmann des Judenrates hat unter Heranziehung kompetenter Mitarbeiter die Bearbeitung des Organisationsplanes der neuen Organisation unverzueglich in Angriff genommen. Der J.S.S., welche eine fuehlbare Luecke in der Gestaltung des oeffentlichen Lebens der juedischen Gemeinde ausfuellt, steht eine ebenso grosse wie dankbare Aufgabe bevor.“*

<sup>563</sup> Vgl. dazu etwa Gesprächsprotokoll Weichert, 20.01.1940, AZIH, Ring II/117; Gesprächsprotokoll Weichert, 24.01.1940, AZIH, Ring II/117; Gesprächsprotokoll Weichert, 26.01.1940, AZIH, Ring II/117; Gesprächsprotokoll Weichert, 27.01.1940, AZIH, Ring II/117 sowie Gesprächsprotokoll Weichert, 29.01.1940, AZIH, Ring II/117.

<sup>564</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 03.02.1940, AZIH, Ring II/117.

<sup>565</sup> Ebd.

<sup>566</sup> Ebd.

<sup>567</sup> Ebd.

<sup>568</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 40f.

<sup>569</sup> Ebd., S. 41.

mutmaßt, dass es sich um den Entwurf eines Statuts Ronikers gehandelt habe.<sup>570</sup> Diese Mutmaßung Weicherts kann durchaus zutreffend sein. Den ersten Entwurf reichte Ronikers bereits am 22. Januar 1940 im damaligen Amt des Generalgouverneurs ein.<sup>571</sup> Weiter wurde in dem Protokoll angegeben, dass es den Plan gebe, im gesamten Generalgouvernement einen „Haupthilfssausschuss“ (*Główna Komisja Pomocnicza*) zu gründen.<sup>572</sup> Dieser HHA sollte aus fünf polnischen und einem jüdischen Vertreter bestehen. Die Hauptaufgabe sollte die Verteilung der aus dem Ausland ankommenden Spenden sein. Zudem sollte dem Ausschuss obliegen, zu entscheiden, welcher Teil der Spenden für die christliche und welcher für die jüdische Bevölkerung sei („*dla ludności chrześcijańskiej a jaka dla żydowskiej*“).<sup>573</sup> Die Personen, die diesem Ausschuss angehören sollten, seien noch nicht festgelegt. Analog dazu sollte auch in Warschau ein solcher Ausschuss entstehen, der abweichend zu dem im Gesamtgeneralgouvernement aus sechs Polen und einem Juden bestehen sollte.<sup>574</sup> Wenn man allerdings auf die Ebene der Satzungs- und Geschäftsordnungsentwürfe und die Diskussionen, die zwischen Roniker und der Regierung geführt wurden, schaut, so war dort ein übergeordneter Ausschuss im Sinne des später dann in die Tat umgesetzten HHA erst ab dem 6. April 1940 vorgesehen<sup>575</sup> – also fast zwei Monate nach der von Weichert geführten Diskussion. Unabhängig

<sup>570</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 12.02.1940, AŻIH, Ring II/117. Die „Jüdische Soziale Selbsthilfe“ benannte man in diesem Protokoll mit ihrer polnischen Bezeichnung.

<sup>571</sup> PHA an Abteilung BuF betr. „Eintragung in das Vereinsregister“, 26.09.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 56f. Es geht in dem Brief allgemein darum, dass Listen mit den Namen der Gründungsmitglieder für die Eintragung des PHA als Verein vorgelegt werden sollen. Das Schreiben ist nicht komplett überliefert, sondern bricht nach der ersten Seite ab. Allerdings skizzierte man bereits auf der ersten Seite in groben Zügen das Zustandekommen des *Polnischen Hauptausschusses*.

<sup>572</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 12.02.1940, AŻIH, Ring II/117. Den Name des *Haupthilfssausschusses* nannte er auf Deutsch. Zudem gab er als polnische Bezeichnung im Protokoll „*Główna Komisja Pomocnicza*“ an. Diese im Polnischen von den beiden späteren Bezeichnungen abweichende Variante des Namens ist wohl darauf zurückzuführen, dass Weichert das Gespräch auf Deutsch führte und im Anschluss ein polnischsprachiges Protokoll anfertigte, in dem er die Bezeichnungen für Organisationen frei übersetzte.

<sup>573</sup> Ebd.

<sup>574</sup> Ebd.

<sup>575</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 8f. „Des Weiteren errichtete die Abteilung Innere Verwaltung, zwecks Erfüllung der dem Haupthilfssausschuss gegenüber der ukrainischen Volksgruppe und der jüdischen Gruppe übertragenen Aufgaben als Organe des Haupthilfssausschusses den Ukrainischen Hauptausschuss und die Jüdische Soziale Selbsthilfe – aus 7 Mitgliedern bestehend. Am Sitz eines jeden Kreis-Stadt-Hauptmannes sieht dieser Entwurf ukrainische und jüdische Hilfskomitees aus 5 Mitgliedern vor. Der Ukrainische Hauptausschuss und die Jüdische Soziale Selbsthilfe sowie deren Kreisorganisationen handeln im Namen des Haupthilfssausschusses und sind nicht Träger von eigenen Rechten und Verbindlichkeiten, arbeiten jedoch in sachlicher Hinsicht selbstständig und sind ausschließlich der Abteilung Innere Verwaltung verantwortlich. Die polnischen, auf dieser neuen Grundlage ausgearbeiteten Entwürfe, bildeten einen Haupthilfssausschuss, aus 5 Polen bestehend / der Jude wurde gestrichen, im Gegensatz zu allen bisherigen Entwürfen/, wogegen als Organe des Haupthilfssausschusses, Zentralinstitutionen, nämlich die Zentrale Ukrainische Soziale Selbsthilfe und die Zentrale Jüdische Soziale Selbsthilfe, jede aus 5 Mitgliedern bestehend, vorgesehen wurden, denen die ukrainischen und jüdischen Stadt- und Kreis-Komitees unterstellt sind. Der Vorschlag von Andrzej Jałowiecki aus dem Büro des P.H.A. suchte die Frage der Ukrainer in anderer Weise zu lösen. Nach diesem Vorschlag besteht der Vorstand des Haupthilfssausschusses aus 5 Mitgliedern polnischer Volkszugehörigkeit. In den Angelegenheiten, welche die Fürsorge für die ukrainische und jüdische Bevölkerung betreffen, nimmt an den Arbeiten des Vorstandes des Haupthilfssausschusses je ein Vertreter der betreffenden Bevölkerung teil. Ähnlich versuchte der am 21. April durch Direktor Łopatto bearbeitete Satzungsentwurf diese Angelegenheit zu regeln. Letzterer plante einen Haupthilfssausschuss aus 24 Personen, darunter 21 Polen, ein Ukrainer, zwei Juden. Der Vorstand besteht aus fünf Polen, an Arbeiten, welche für die Fürsorge für die ukrainische und jüdische Bevölkerung betreffen, nehmen Vertreter dieser Bevölkerungsgruppen teil. Am Sitz der Kreis- oder Stadt-Hauptleute errichtet der Haupthilfssausschuss ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Polnisches Hilfskomitee. Gleichzeitig sieht der Entwurf als Organe des Haupthilfssausschusses, den Ukrainischen Hauptausschuss und die Zentrale Jüdische Soziale Selbsthilfe vor.“

davon sollten eine „*Soziale Selbsthilfe*“ und eine „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ ins Leben gerufen werden.<sup>576</sup> Nachdem Weichert Ilg über das JDC informiert hatte, kam er abermals auf die JSS und die *Koordinierungskommission* zu sprechen beziehungsweise ließ durch Ilg offene Fragen klären: So war eine Frage, ob die *Koordinierungskommission* nach der „*Umwandlung*“ (*przekształcenie*) ihre Tätigkeit fortsetzen könne. Die Antwort Ilgs lautete „ja“. Die zweite Frage behandelte die Möglichkeit weiterhin Spenden sammeln zu dürfen, wozu man bereits von Blumenthal die Erlaubnis für die *Koordinierungskommission* erhalten habe. Die letzte Frage zielte auf die Vereine, die der *Koordinierungskommission* angehörten ab. Weichert fragte danach, ob diese weiterhin existieren dürfen. Die Antwort darauf war vage, aber bestimmt: Wenn die Vereine überflüssig geworden seien, sollten sie aufgelöst werden.<sup>577</sup> Damit wurde kein Zeitpunkt für die Auflösung der Vereine festgelegt, jedoch stand fest, dass sie irgendwann im Laufe der nächsten Zeit – seien es Monate oder Jahre – aufgelöst werden sollen.

Czerniaków notierte drei Tage nach dem oben geschilderten Treffen am 15. Februar 1940: „*Nach Mittag Ausarbeitung der JSS-Organisationsstruktur.*“<sup>578</sup> Einen Tag später fand ein weiteres Gespräch zwischen Weichert und Ilg statt. In dem Gespräch beschäftigte man sich unter anderem mit dem Transport der aus dem Ausland ankommenden Spenden. Am Ende der Konferenz habe Weichert Ilg darüber informiert, was im Bereich der Umwandlung der *Koordinierungskommission* zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* unternommen worden sei. Weitere Ausführungen dazu machte Weichert in der Gesprächsnotiz nicht.<sup>579</sup> Vor allem war dies – da hier von „Umwandlung“ die Rede ist – lediglich auf Warschau und die oben angeführte Anordnung zur Gründung einer *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* in der Stadt bezogen. Und auch fünf Tage nach dem Treffen zwischen Weichert und Gräbsch schrieb der Obmann des Warschauer Judenrates am 21. Februar 1940: „*Abends Ausarbeitung des JSS-Organisationsplans.*“<sup>580</sup>

Die bisherigen Gespräche wurden alle in Warschau und lediglich mit Vertretern der Stadtregierung abgehalten. Dies änderte sich Ende Februar 1940. Am 23. des Monats machte sich eine Delegation aus Warschau auf den Weg nach Krakau, um dort mit Vertretern der Regierung zu sprechen. Allerdings besprach man auch in Krakau die Situation vor allem auf Warschau bezogen. Am Ende des Gespräches habe Arlt gesagt, dass keine „J.S.S.“ gegründet werden solle und keine „J.H.K.“.

---

<sup>576</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 12.02.1940, AŻIH, Ring II/117. Bezeichnet werden diese mit „*Samopomoc Społeczna*“ und „*Żydowska Samopomoc Społeczna*“. Es ist davon auszugehen, dass mit der Erstgenannten der spätere PHA gemeint war.

<sup>577</sup> Ebd.

<sup>578</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 41.

<sup>579</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 16.02.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>580</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 44.



Entsprechende Befehle hätten sowohl Massing und auch Ilg. Ob sich die Aussage nur auf die Benennung der Organisation oder die grundsätzliche Entscheidung, ob sie überhaupt gegründet werden soll, bezog, geht aus den Aufzeichnungen nicht hervor.<sup>581</sup> Nach diesem Gespräch in Krakau suchte Weichert Ilg erneut in Warschau auf. Eines der Themen, das in diesem Gespräch auf der Tagesordnung stand, war die Schaffung der *JSS*. Ilg fragte dabei, in welchem Stadium die Organisation der *JSS* begriffen sei. Weichert antwortete, dass in der folgenden Woche ein Organisationsplan vorliegen werde; man für die Benennung des Personals jedoch mehr Zeit benötige, als ursprünglich angenommen. Aus dieser Aufzeichnung geht zudem hervor, dass Arlt in Krakau nicht grundsätzlich die Schaffung der jüdischen Organisation in Frage stellte, sondern lediglich die Benennung. Weitere Themen waren die „Immunität“ der Mitarbeiter der jüdischen Organisation und Legitimationskarten. In beiden Fällen, konnte keine abschließende Regelung erzielt werden.<sup>582</sup> Am 26. Februar 1940 notierte Czerniaków: *„Morgens um 8 Konferenz mit dem JDC und dem Krakauer Gem[einde]vorsitzenden wegen der Reise Bornsteins vom JDC nach Krakau. Direktiven: das JDC in Warschau und seine Vertretung in Krakau usw.“*<sup>583</sup> Demnach waren die Warschauer Vertreter zu Gesprächen mit dem Judenrat in Krakau gekommen, was für die spätere Gründung der *JSS* in ihrem gesetzlich verankerten Sinne von Bedeutung war. Am 29. Februar 1940 fand sich Weichert zu einem weiteren Gespräch in Krakau ein. Konkrete Planungen stellte man in Bezug auf die *JSS* bei diesem Gespräch nicht an. Eines der Hauptthemen waren die Aufgaben der jüdischen Wohlfahrt.<sup>584</sup>

Am 2. März fanden weitere Beratungen zwischen jüdischen Vertretern und Mitgliedern der Regierung in Krakau statt. Bei dem Gespräch stellte man zunächst eine Denkschrift des *JDC* und eine der *Koordinierungskommission* vor, ehe man im Anschluss ausgewählte Aspekte diskutierte. Arlt sagte unter anderem, dass man eine Zusammenarbeit zwischen der Regierung, dem *JDC* und der jüdischen Fürsorge etablieren wolle. Weichert berichtete darauf über die diversen Gespräche, die er und anderem mit der Stadtregierung in Warschau geführt hatte und über die bereits erfolgte Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen. Die Besatzer hätten zudem versprochen in den nächsten Tagen einen Organisationplan der jüdischen Fürsorge vorzulegen. Während dieses Gespräches habe man nochmals über die Benennung der jüdischen Organisation gesprochen: Weichert plädierte dafür die Organisation „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ zu nennen, da sich dieser Name bereits etabliert habe. Arlt hingegen sagte, dass der Name für alle Organisationen, die polnische und die jüdische, auf dem gesamten Gebiet des Generalgouvernements „*J.H.K.*“ und „*P.H.K.*“ werden

<sup>581</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 23.02.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>582</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 26.02.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>583</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 45.

<sup>584</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 29.02.1940, AŻIH, Ring II/117.

solle.<sup>585</sup> Am 4. März 1940 notierte Adam Czerniaków: „*Weichert ist aus Krakau zurückgekehrt.*“<sup>586</sup> Bereits zu dieser Zeit fanden Inspektionsreisen der US-amerikanischen Hilfsorganisationen – auf die im vorangegangenen Abschnitt bereits ausführlich eingegangen wurde – statt. Czerniaków vermerkte am 11. März 1940: „*Morgens um 10:30 Besichtigung charitativer Einrichtungen mit Radziwiłł, Graf Ronikier, Nicholson und Taylor usw. Nach Mittag TOZ, das jüdischen Waisenhaus in der Leszno-Str. und das Flüchtlingsheim in der Dzielna-Str.*“<sup>587</sup> Nicholson und Taylor, waren Vertreter des ARK, die sich zu dieser Zeit mit einer Delegation in Warschau und einigen anderen Städten aufhielten, um die Ankunft der von ihrer Organisation geschickten Liebesgaben im Generalgouvernement vor Ort zu überprüfen.<sup>588</sup> Eine weitere Sitzung in Krakau zwischen Arlt, Heinrich und Weichert fand am 13. März 1940 statt. Themen waren unter anderem der Besuch einer Delegation des ARK und die Benennung der zu schaffenden jüdischen Organisation im Generalgouvernement. Im Kontext dieses Abschnitts sei lediglich auf den letztgenannten Tagesordnungspunkt eingegangen. Weichert habe gefragt, ob der Name mittlerweile definitiv festgelegt sei. Arlt habe entgegnet, dass der ihm für die Organisation für das gesamte Generalgouvernement am geeignetsten erscheinende Name „*Jüdisches Hilfswerk*“ und „*Jüdisches Hilfskomitee*“ für Organisation in einzelnen Städten sei. Die Sache sei aber noch nicht abschließend bestimmt. Auch versprach Arlt die Angelegenheit zu prüfen und am nächsten Tag darauf zurückzukommen.<sup>589</sup> Das Treffen am folgenden Tag fand statt und das Gespräch kam abermals auf die Benennung der Organisation. Weichert argumentierte bei der Begründung für die Beibehaltung des Namens „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ vor allem mit den ausländischen Hilfsorganisationen. Man sei auf diese ausländischen Organisationen angewiesen und diesen sei der Name „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ im Gegensatz zu „*Jüdisches Hilfswerk*“ bereits bekannt. Dieser Name betone zudem den Selbsthilfecharakter der Organisation. Am Ende des Gespräches vereinbarte man, dass der Name der Organisation „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ sein solle und die regionalen und lokalen Abordnungen mit „*Jüdisches Hilfskomitee*“ benannt werden sollen.<sup>590</sup>

Am 27. März sollte eine weitere, wohl deutlich größere Sitzung in Krakau stattfinden. Anhand von Czerniakóws Tagebuch lassen sich die Vorbereitungen für diese Besprechung recht gut nachvollziehen. Eine knappe Woche vor den anstehenden Beratungen in Krakau hielt der Warschauer Obmann des Judenrates fest: „*N.m. um 1 Sitzung wegen der Reise nach Krakau.*“<sup>591</sup> Man begann also frühzeitig mit der internen Organisation dieses Gesprächs. Am 24. März 1940 schrieb Czerniaków,

<sup>585</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 02.03.1940, AŻIH, Ring II/117. Eine Auflösung der beiden Abkürzungen erfolgt im Text nicht. Es ist davon auszugehen, dass die Abkürzungen für „Jüdisches Hilfskomitee“ und „Polnisches Hilfskomitee“ stehen.

<sup>586</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 47.

<sup>587</sup> Ebd., S. 49.

<sup>588</sup> Vgl. dazu I.2.2.

<sup>589</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 13.03.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>590</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 14.03.1940, AŻIH, Ring II/117.

<sup>591</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 53.

dass er zum ersten Mal seit dem Einmarsch der Deutschen zuhause gegessen und an einem Memo für Krakau geschrieben habe, wohin er gemeinsam mit den Räten Jaszuński, Milejkowski und Sztolcman sowie mit Weichert und Bornstein vom JDC „zitiert wurde“.<sup>592</sup> Czerniaków notierte für den 25. März 1940: „*Morgens um 9 Gemeinde. Sitzung wegen Krakau.*“<sup>593</sup> Für den 26. März 1940 hielt Czerniaków in seinem Tagebuch fest: „*Morgens Vorbereit[ung] auf Krakau. Auf der Straße prügeln sie [Juden] ([Markt]-Hallen). Ich richte ein Schreiben an die zuständigen Stellen. Ich fuhr um 4:43 nach Krakau ab und kam nach 12 an. Unterwegs entwarfen Weichert, Jaszuński, Milejkowski, Stolcman und ich einen Gesprächsplan.*“<sup>594</sup> Am 27. März 1940 fand das Gespräch in Krakau statt. In diesem thematisierten die Anweisenden jedoch ausschließlich die Situation in Warschau.<sup>595</sup> Das Manuskript der Rede, die wohl von Czerniaków oder einer der anderen an dem Gespräch beteiligten Personen in Krakau gehalten wurde, ist erhalten. Die Rede trägt die Überschrift „*Die neuen Aufgaben der jüdischen Gemeinde in Warschau und die Lage der jüdischen Bevölkerung.*“ Zum Inhalt hatte sie unter anderem die Auswirkungen der Kriegseignisse auf die wirtschaftliche Lage, den Gesundheitszustand und die Rechtslage der Bevölkerung. Zentrales Thema war die Lage der Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen:<sup>596</sup>

„Diese Pflichten sind aber ins Ungeheuerliche gewachsen. Vor dem Kriege bildete die soziale Fürsorge für die jüdische Bevölkerung einen Teil der Aufgaben, die den staatlichen und kommunalen Behörden oblagen. Diese liessen den freien Wohlfahrtsvereinen beträchtliche Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zukommen. Manche Zweige der Fürsorge waren derart organisiert, dass die betreffenden Anstalten /z.B. städtische Krankenhäuser, städtische Stelle für Gesundheitspflege und soziale Fürsorge, städtische Pensionskassen, soziale Versicherungsanstalten u.dgl./ die Juden in gleichem Masse wie Nichtjuden bedienten. In anderen Zweigen der Fürsorge gab es besondere Anstalten für Juden /jüdische Krankenhäuser, Waisenheime, Handwerker-Patronate, Emigrationsheime u.dgl./, die aber aus öffentlichen Mitteln ausgiebig unterstützt wurden. Ergänzend wirkten jüdische charitative und soziale Vereine, die ihre Einkünfte der Opferwilligkeit der jüdischen Bevölkerung im Inland und Ausland zu verdanken hatten. Dabei muss bemerkt werden, dass der Anteil der ausländischen Zuschüsse für die jüdische soziale Fürsorge unbedeutend war im Vergleich mit den Mitteln, die aus öffentlichen Fonds und Spenden der inländischen Juden flossen. Diese Sachlage erfuhr gegenwärtig eine grundlegende Änderung. Die staatlichen und kommunalen Anstalten der sozialen Fürsorge bedienen nicht mehr Juden weder unmittelbar noch mittelbar. Auf behördliche Anordnung ist es Juden untersagt derartige öffentliche und sogar private Anstalten in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig aber wurden jegliche Unterstützungen und Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an jüdische Anstalten eingestellt. Die ganze Last der sozialen Fürsorge fällt somit auf die jüdische Bevölkerung. Andererseits aber ist eine erschreckende Steigerung der Inanspruchnahme der sozialen Fürsorge zu verzeichnen, sowohl quantitativ als qualitativ. Während vor dem Kriege vorwiegend vereinzelte nicht erwerbsfähige Personen /Kinder, Waisen, Greise, Kranke, Invaliden u.dgl./ sich an die Fürsorge wandten, pochen jetzt an ihre Tore stets wachsende Reihen verarmter Juden mit ihren Familien, die keine Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten finden. Wir freien jüdischen Fürsorge-Vereine, die im Koordinierungs-Ausschuss der Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen zusammengeschlossen sind, sind ebenfalls ausserstande, den stets wachsenden Anforderungen der jüdisch[en] Bevölkerung Genüge zu leisten und wenden sich an die Gemeinde

<sup>592</sup> Ebd., S. 54.

<sup>593</sup> Ebd.

<sup>594</sup> Ebd.

<sup>595</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 27.03.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>596</sup> Manuskript „*Die neuen Aufgaben der jüdischen Gemeinde in Warschau und die Lage der jüdischen Bevölkerung*“, 26.03.1940, AŽIH, 221/4, passim. Auch vorhanden in AŽIH, Ring II/46.

und finanzielle Unterstützung, bezw. Uebernahme ganzer Zweige der Fürsorge, da sie sonst gezwungen wären, ihre Tätigkeit einzustellen.“<sup>597</sup>

Am Ende des Berichtes stellte der Obmann des Warschauer Judenrates fünf Forderungen an die Regierung auf, von denen eine die Fürsorge- und Wohlfahrt für die jüdische Bevölkerung betraf: „*Den Judenräten und jüdischen Fürsorgeanstalten sollen für ihre Wohlfahrtszwecke erhebliche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden.*“<sup>598</sup> Für den Sitzungstag hielt Czerniaków in seinem Tagebuch fest:

„Krakau. Morgens um 6 aufgestanden. Ich bereite meine Rede vor. 1. Sicherheit 2. Gemeinde 3. Wirtsch[afts]leben, *Rechtslage* – Sztolcman 4. Arbeitsproblem – Jaszunski 5. Gesundheitswesen – Mil[ej]kowski Nach Mittag von Dr. Arlt und seinem Kol[legen] Heinrich empfangen. Ich hielt eine Rede zum Thema Schutz von Leben und Eigentum. Ich schilderte einen Tag im Leben der Gemeinde und schloß mit dem Appell, Leben und Eigentum zu schützen, wobei ich darauf hinwies, daß die Armbinden die Juden deklassieren und sie zu einer Zielscheibe für Verbrecher machen. Ich berichtete von den Pogromen in Warschau, die es seit 1880 nicht mehr gegeben hatte. Zum Schluß legte ich die (finanzielle) Lage der Gemeinde dar. Arlt hat Zweifel hinsichtlich des Prügels. Die Soldaten könnten Frauen lockerer Moral nicht erkennen, sofern sie keine Armbinden haben. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die fraglichen Frauen die Armbinden ohnehin abnehmen werden. Ich verwies darauf, daß man einige [Juden vom Armbindetragen] befreit, daß mir vorge-schlagen wurde, ein Gesuch beim *Stadtpräsidenten* einzureichen, weil ich, wenn ich z.B. nachts gerufen würde, gar nicht kommen dürfte, und daß es grüne, die Juden dispensierende Armbinden gibt, die Behörden als die Gefährlichkeit einsehen. Jaszunski, Sztolcman und Milejowski referierten über den Arbeitszwang, die Restriktionen und die Epidemie, Arlt bat um zusätzliche Unterlagen über die Gemeindefinanzen und öffentliche Arbeiten sowie um Statistiken über Geburten (Abtreibungen).“<sup>599</sup>

Auch für den 28. März 1940 beschrieb der Obmann des Warschauer Judenrates ausführlich die Geschehnisse des Tages:

„8 Uhr morgens. Ing. Reicher (er reiste mit Bornstein an) benachrichtigt uns von dem Pogrom gestern. Buchweitz konnte nicht bis zur Gemeinde in der Grzybowska-Str. vordringen. In Anbetracht dessen beschlossen wir, zu Arlt zu gehen. In der Zwischenzeit trifft die Bürobotin Wojnarowska mit der Nachricht ein, es werde geprügelt und gehetzt, sowie mit dem Brief von Lichtenbaum, wonach Rozen und Rosenthal auf dem Weg von der SS zur Gemeinde verletzt wurden und die Gemeinde belagert wird. Das Arbeitsbataillon verfügte nur über 1500 Arbeiter. Arlt empfing uns und rief Dr. Gauweiler an, der erklärte, es seien bereits Maßnahmen ergriffen worden. Ich las ihm Lichtenbaums Brief vor. Auf mein Bitten hin erklärte er, daß er Meisinger anrufen werde (er setze sich tatsächlich mit SS-Krüger und – wie ich vermute – mit Meisinger in Verbindung). Er riet uns, heute nach Warschau abzureisen und uns mit Leist, Meisinger und Gauweiler in Verbindung zu setzen. Zwischen 12 und 1 rief man uns an, wir sollten uns bei Arlt melden, Heinrich empfing uns und nahm der Reihe nach unsere Aussagen über das, was wir in Warschau gesehen hatten, zu Protokoll. Wieder erwähnte ich das Prügeln. Mit Arlts Einverständnis beschlossen wir, Sztolcman als Verbindungsmann zwischen uns und Krakau dortzulassen. Arlt bestimmte, daß wir uns im Sinne des Schreibens, das nach Warschau abgeht (an die Behörden und an uns), mit Siebert absprechen werden, dem Chef der Inneren Verwaltung (Unterabteilung Bevölkerungswesen) Alleinnige Befehlsgewalt Kreishauptmann bzw. Stadthauptmann. Mit Bezug auf den Judenrat, Arbeits-einsatz. Fürsorge. Finanzielle Möglichkeiten der Gemeinde. Executive-Gewalt lokale Behörde die

---

<sup>597</sup> Ebd.

<sup>598</sup> Ebd., Bl. 9. Die anderen Forderungen die Adam Czerniaków am Ende seiner Rede aufstellte sind, dass die Ungleichbehandlung der Juden und Jüdinnen aufhören müsse und sie der „*übrigen Bevölkerung*“ gleichgestellt werden müssen, da den Juden und Jüdinnen das normale Dasein unmöglich gemacht werde. Den Juden und Jüdinnen solle die Erwerbstätigkeit im Handwerk, Gewerbe, Handel und freien Berufen ermöglicht werden. Es solle Abstand davon genommen werden, die Juden und Jüdinnen mit übermäßigen persönlichen und sachlichen Leistungen zu belasten. Und schließlich, dass keine speziellen Einschränkungen für die jüdische Bevölkerung zur Anwendung kommen dürfen.

<sup>599</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 55. [Hervorhebungen im Original.]

Finanzexecutive. Treuhänder-Sperrkonto einzelner Personen (bis zur Neuordnung des Finanzwesens (im Gange) alte Guthaben noch ohne Dezision. Eine Idee mit den Armbinden. Abfahrt 22:20 mit dem Schlafwagen nach Warschau. Auf Anweisung von Arlt muß ich morgen Leist, Gauweiler und Meisinger aufsuchen. Kein Auge zugetan.“<sup>600</sup>

Die Gespräche zwischen den Vertretern des Warschauer Judenrates, dem Vertreter des JDC und Weicherts in Warschau scheinen – zumindest teilweise – gefruchtet zu haben. Am zweiten Sitzungstag erhielt Weichert von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ einen Brief:

„Ich muss Sie hiermit in Kenntnis setzen von einem Schreiben des Leiters der Inneren Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs über die von uns besprochenen Angelegenheiten, die an die Herren Kreis- und Stadthauptleute durchgegeben werden. 1. Eine Durchführungsverordnung zu der Verordnung über die Bildung von Judenräten wird in den nächsten Tagen ergehen. Darin wird bestimmt werden, dass die Befehlsgewalt über die Judenräte alleinige Angelegenheit der Stadt- und Kreishauptleute sein wird, so dass in Zukunft Arbeitseinsatz und ähnliche Dinge nur über den Stadthauptmann an die Judenräte herankommen können. Durch die Anordnung wird vermieden, dass Anordnungen aller Art von den verschiedenen Behörden an Judenräte ergehen, ohne dass der Erfolg der Anordnung gewährleistet ist. Die Kreis- und Stadthauptleute haben auf Antrag ausserdem die Ermächtigung, den Judenräten gewisse Angelegenheiten zu übertragen. Dabei ist in erster Linie daran zu denken, dass die Kreis- und Stadthauptleute den Juden das Recht einräumen, Abgaben von ihren Rassengenossen zum Zweck der Erledigung der ihnen auferlegten Anordnungen z.B. gerade auf dem Gebiet der Fürsorge zu erheben. Es können dabei auch Zwangsvollstreckungsmassnahmen gegen die Juden vorgesehen werden, die ihren Verpflichtungen gegenüber den Judenräten nicht nachkommen. 2. Wegen der von Ihnen vorgeschlagenen Zusatzbinde zur Judenbinde, Beschaffung eines Wohnungsausweises, Nachtdienstausweises und Magazinausweises teile ich Ihnen mit, dass Sie sich in dieser Angelegenheit ebenfalls an die zuständigen Kreis- und Stadthauptleute wenden müssen, die von dem Inhalt des Rundschreibens von Dr. Siebert unterrichtet sind.“<sup>601</sup>

Damit waren die Judenräte – zumindest de jure – nicht mehr der willkürlichen Gewalt unterschiedlicher Dienststellen der Besatzer ausgesetzt, sondern hatten einen konkreten Ansprechpartner. Allerdings waren sie damit von der Willkür des einzelnen Kreis- oder Stadthauptmanns und seiner Einstellung abhängig. In der folgenden Zeit intensivierte sich der Kontakt zwischen Weichert und der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“. Nur wenige Tage später wurde Weichert in einem weiteren Brief über die von der genannten Abteilung getroffenen Maßnahmen und Gespräche in Bezug auf die Auszahlung der Sozialversicherungsbeiträge unterrichtet. Allerdings wurde der Auszahlung eine Absage erteilt.<sup>602</sup> In der Zwischenzeit hatten neuerlich Gespräche zwischen Weichert, Bornstein und Vertretern der Besatzer stattgefunden. So findet sich für den 2. April 1940 in Czerniakóws Tagebuch die Notiz: „Weichert und Bornstein müssen zu Messig, ev[entuell] zu Dr. Gauweiler gehen.“<sup>603</sup> Allerdings besprach man bei diesem Treffen keine für das gesamte Generalgouvernement relevanten Themen.<sup>604</sup> Bei einem Treffen zwei Tage später waren die Zwangsarbeit und

<sup>600</sup> Ebd., S. 55f.

<sup>601</sup> Abschrift BuF an Weichert, 28.03.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>602</sup> Abschrift BuF an Weichert, 02.04.1940, AŽIH, Ring II/117. „Die Aufnahme von Versicherungszahlungen an Juden kann z.Zt. noch nicht erfolgen. Dagegen werden sie aus Mitteln der Krankenversicherung vorerst durch ärztliche Behandlung, Heil- und Hilfsmittel unterstützt.“

<sup>603</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 58.

<sup>604</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 02.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

die „Umsiedlungen“ das Hauptthema der Besprechung.<sup>605</sup> Am 8. und 9. April folgten weitere Gespräche zwischen der Zivilverwaltung sowie Weichert und Bornstein. Bei diesen Gesprächen nannte man die Ukrainer erstmals als Gruppe, die ebenfalls dem „R.G.O.“ angehören sollte. Heinrich habe bei diesem Treffen die Regeln vorgetragen, wie sie im damals aktuellen Satzungsentwurf festgehalten waren. Der neue „R.G.O.“ sollte aus sieben Mitgliedern bestehen: fünf Polen, einem Ukrainer und einem Juden. Der Name sollte *Haupthilfsausschuss* sein. Der Ausschuss sollte in drei Sektoren unterteilt werden: einen polnischen, einen ukrainischen und einen jüdischen; diese sollten den Namen Hauptausschuss tragen. Abweichend davon sollte der jüdische Sektor des *HHA*, der aus sieben Mitgliedern bestehe und bereits als „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ gegründet sei, den abweichenden Namen tragen. In dem Protokoll des Gespräches werden erstmals Angaben darüber gemacht, aus welchen Quellen die *JSS* ihre finanziellen Mittel beziehen sollte. Genannt werden hier Zuwendungen des „R.G.O.“ und der kommunalen Verwaltungen sowie Regierungsmittel.<sup>606</sup> Soweit aus den Quellen ersichtlich war eine *Jüdische Soziale Selbsthilfe* für das gesamte Generalgouvernement zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegründet; allein für Warschau existierte eine Organisation bezogen auf die Stadt mit dieser Bezeichnung.

Ebenfalls am 9. April 1940 fand ein Gespräch zwischen dem „R.G.O.“<sup>607</sup>, mindestens einem Vertreter der Zivilverwaltung sowie Weichert und Bornstein statt. Das Hauptthema dieses Gespräches war die Trennung des Budgets für die polnische Organisation von dem Budget der jüdischen Organisation. Bei dem Treffen erzielte man in Bezug auf die prozentuale Verteilung keine Einigung. Jüdischerseits argumentierten die Anwesenden damit, dass man ein größeres Budget erhalten müsste, da der jüdischen Organisationen neben der Fürsorge die Wohlfahrt obliegen sollte. Polnischerseits wurde vorgeschlagen, dass für die Verteilung der Spenden einen Schlüssel festgelegt werden müsse, was bei diesem Treffen jedoch nicht mehr geschah.<sup>608</sup> Czerniaków notierte am 10. April 1940: „*Rückkehr von Sztolcman aus Krakau, ohne Ergebnis.*“<sup>609</sup>

Neben den Treffen mit den Besatzern fanden im April weitere Treffen zwischen den Vertretern der *Koordinierungskommission* und solchen des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* statt. So traf man sich beispielsweise am 11. April und redete neben den Finanzen über antisemitische Ausschreitungen in Warschau.<sup>610</sup> Noch an demselben Tag begegnete Weichert Massing und sprach auch mit ihm über die Finanzen.<sup>611</sup> Einen Tag später suchte Weichert einen Vertreter der Abteilung

<sup>605</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 04.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>606</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 10.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>607</sup> Er wurde in diesem Schriftstück wohl erstmals so genannt. Vgl. Gesprächsprotokoll Weichert, 09.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>608</sup> Ebd.

<sup>609</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 60.

<sup>610</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 11.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>611</sup> Ebd. Zwei Tage darauf traf sich Weichert abermals mit Massing und redete mit ihm wiederum über die Finanzen. Vgl. Gesprächsprotokoll Weichert, 14.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

„Ernährung und Landwirtschaft“ der Stadtregierung auf, um mit ihm über die Zuteilung von Mehl zu sprechen, dass man für das Backen von Brot für die Feiertage dringend benötigte.<sup>612</sup> Am 14. und 15. April kam man abermals zu einem Gespräch mit dem *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* zusammen, um über die Zusammenarbeit im Allgemeinen<sup>613</sup> sowie über konkretere Dinge – wie den Einkauf von Kartoffeln – zu reden.<sup>614</sup> Am 16. April 1940 traf sich Weichert nochmals mit Vertretern des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* wegen der Finanzangelegenheiten, die allerdings nur Warschau betrafen und deshalb an dieser Stelle nicht von Relevanz sind.<sup>615</sup> Ebenso besprach Weichert mit einem Vertreter der Stadtregierung wegen der Beschlagnahmung von Mehl in Henryków.<sup>616</sup> Und noch am selben Tag ging er in eine andere Abteilung der Stadtregierung, um über das Verhältnis der *Koordinierungskommission* zu Stellen der Besatzer zu reden.<sup>617</sup> Am folgenden Tag traf Weichert sich mit unterschiedlichen Vertretern des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe*, um über den Einkauf von Nahrungsmitteln für die *Koordinierungskommission* zu reden.<sup>618</sup> Wegen der Beschlagnahmung des Mehles in Henryków redete man auch am 18. April 1940 mit dem Kreishauptmann für den Kreis Warschau<sup>619</sup> und am folgenden Tag wiederum mit einem Vertreter der Stadtregierung der Abteilung „Ernährung“ in Warschau.<sup>620</sup> Am 19. April 1940 sprach sich Weichert mit einem Vertreter der Ordnungspolizei über das Tragen der Armbinden.<sup>621</sup> So hielt Czerniaków fest: „Hptm. Rochlin [?]. Mit Weichert bestellt wegen der Befreiung vom Tragen der Armbinden.“<sup>622</sup> Zudem besprach Weichert am 19. April erneut mit Vertretern des *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* über das Verhältnis zwischen der jüdischen und der polnischen Organisation – allerdings ist dies im Kontext dieser Studie nicht von Relevanz, da es allein die Stadt Warschau betraf.<sup>623</sup>

Am 22. April 1940 schrieb der Obmann des Warschauer Judenrates: „Morgen findet eine Konferenz mit Arlt statt.“<sup>624</sup> Am 24. April 1940 notierte er: „Heute und morgen ist die Konferenz mit Arlt.“<sup>625</sup> Am Tag nach der Konferenz in Krakau hielt er am 26. April 1940 in seinem Tagebuch fest: „[...] eine Änderung hinsichtlich der jüdischen Selbsthilfe [erfolgt], damit ausl[ändischen] Juden nicht das Aufbringen von

---

<sup>612</sup> Ebd.

<sup>613</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 15.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>614</sup> Ebd.

<sup>615</sup> Gesprächsprotokoll Weichert I, 16.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>616</sup> Gesprächsprotokoll Weichert II, 16.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>617</sup> Gesprächsprotokoll Weichert III, 16.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>618</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 17.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>619</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 18.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>620</sup> Gesprächsprotokoll Weichert I, 19.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>621</sup> Gesprächsprotokoll Weichert II, 19.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>622</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 63.

<sup>623</sup> Gesprächsprotokoll Weichert III, 19.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>624</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 64.

<sup>625</sup> Ebd.

*Geldern verleidet wird (pflegliche Behandlung der Fürsorge)* [...].<sup>626</sup> Zu dieser Konferenz in Krakau liegt im Gegensatz zu allen anderen Konferenzen dieser Art kein von Weichert verfasster Bericht vor.<sup>627</sup>

Für den 29. April stand eine weitere Sitzung mit einem Vertreter der Stadtregierung an, in der es unter anderem um die Kennzeichnung der Mitarbeiter der Sozialfürsorge und Legitimationskarten für diese ging.<sup>628</sup> Am 6. Mai fand abermals ein Treffen zwischen Vertretern der *Koordinierungskommission* und des *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* statt. Neben der Zusammenarbeit der beiden Organisationen erfuhr man, dass in der nächsten Zeit eine offizielle Regelung in Bezug auf die polnische und die jüdische Organisation zu erwarten sei.<sup>629</sup> Am folgenden Tag fand dann tatsächlich ein Gespräch mit der Regierung in Krakau statt, in dem diese neben anderen Themen über die Satzungen und die Geschäftsordnungen für die Organisationen informierte. Der Name des übergreifenden Ausschusses sollte „*Haupthilfsausschuss für die besetzten polnischen Gebiete. Freie Wohlfahrt für Polen, Ukrainer und Juden*“ lauten. Man wollte die drei Unterausschüsse – den *Polnischen Hauptausschuss*, den *Ukrainischen Hauptausschuss* und die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* – einrichten, die jeweils für das gesamte Generalgouvernement zuständig sein sollten. Ihre Arbeit sollten sie zukünftig durch Hilfskomitees in den einzelnen Städten und Ortschaften ausführen. Darüber seien durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ auch alle anderen Stellen in Verwaltung und dem Bereich der Polizei informiert worden.<sup>630</sup> Am folgenden Tag traf sich Weichert mit Heinrich von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, um mit ihm unter anderem über Soforthilfen für die jüdische Bevölkerung zu reden.<sup>631</sup> Noch an demselben Tag führte man ein weiteres Gespräch – in zusätzlicher Anwesenheit des Krakauer Vorsitzenden des Judenrates Bieberstein –, in dem es um die Einrichtung der Zentrale der JSS in Krakau ging.<sup>632</sup> Ein Gespräch zwischen Weichert und Bieberstein fand ebenfalls noch an diesem Tag statt – die beiden unterhielten sich über die zukünftige Zusammensetzung des Präsidiums der JSS – allerdings ohne Ergebnis.<sup>633</sup>

Am 11. Mai kam man zu einem Gespräch über Einzelaspekte der Satzung und der Geschäftsordnung zusammen. Der zentrale Aspekt war wohl die Frage nach den Sprachen, die der polnischen, der ukrainischen und der jüdischen Organisation für ihre interne und externe Korrespondenz verwenden sollten. Der Entwurf sah vor, dass es dem *Polnische Hauptausschuss* erlaubt werden sollte auf Polnisch zu korrespondieren, der *Ukrainische Hauptausschuss* sollte es auf Ukrainisch dürfen, die JSS sollte die deutsche Sprache als Verkehrssprache verwenden. Mit der Begründung, dass dies vor allem für die Hilfskomitees nicht möglich sein werde, erhob Weichert

---

<sup>626</sup> Ebd., S. 65.

<sup>627</sup> Vgl. AŽIH, Ring II/117 sowie AŽIH, Ring II/118.

<sup>628</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 29.04.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>629</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 06.05.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>630</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 07.05.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>631</sup> Gesprächsprotokoll Weichert I, 08.05.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>632</sup> Gesprächsprotokoll Weichert II, 08.05.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>633</sup> Gesprächsprotokoll Weichert III, 08.05.1940, AŽIH, Ring II/118.



dagegen Widerspruch. Eine Entscheidung teilte man ihm in Bezug auf die Sprachenfrage noch nicht mit.<sup>634</sup>

Die Gespräche die zwischen deutschen, polnischen und jüdischen Vertretern in der Zivilverwaltung stattfanden, sind der Bevölkerung – zumindest bestimmten Kreisen – nicht unbekannt geblieben. Sie gaben den Menschen immer wieder Anlass darüber zu spekulieren, was es mit den Treffen zwischen den Besatzern und ihren „Mitmenschen“ eigentlich auf sich hatte. Chaim Kaplan etwa notierte am 30. März 1940 in sein Tagebuch:

„Frank lud eine große Delegation von Vertretern der wichtigsten polnischen Judenräte nach Krakau ein. Zu welchem Zweck? Bis jetzt weiß es niemand. Die Delegation ist bereits zurückgekommen, aber keiner will etwas sagen. Jaszunski berichtet, man habe sie respektvoll behandelt. Was sagte man ihnen? Die Delegation weigert sich zu sprechen, bis der Judenrat seine Sitzung anberaumt. Inzwischen machen verschiedene, einander widersprechende Gerüchte die Runde durch die Stadt. Einige Leute trafen die Delegationsmitglieder bei guter Laune an; andere sagten, sie seien niedergeschlagen gewesen. Manche sagten, die grausamen Eroberer seien gegenüber dem verachteten Volk etwas weicher geworden und wollten Zugeständnisse machen. Andere erzählten, es sei gewiß, daß in wenigen Tagen in Warschau ein Ghetto errichtet würde.“<sup>635</sup>

Die Treffen ließen den Tagebuchschreiber nicht in Ruhe und so notierte er eine gute Woche später:

„Es gibt keine zuverlässige Informationsquelle über die Judenratsdelegation nach Krakau. Aber von einem vertrauenswürdigen Gewährsmann, der für den Judenrat und einige der Delegierten arbeitet, hörte ich, daß vorläufig weder eine Verbesserung noch eine Verschlimmerung der Lage zu erwarten sei. An der Delegation beteiligten sich sechs Vertreter, vier vom Judenrat und zwei vom Joint. Im allgemeinen wurden sie mit gebührender Höflichkeit empfangen. Dr. Frank selbst empfing sie jedoch nicht, vielmehr der Leiter der Abteilung für Nationale Minderheiten. Er forderte sie auf, Platz zu nehmen, und das verdient besonders erwähnt zu werden, weil die Vertreter des Judenrats, die als Bittsteller kommen, im allgemeinen nicht zum Sitzen aufgefordert werden und der Beamte sie, ohne auch nur einen Blick auf sie zu werfen, auf die bekannte Weise anredet. Dennoch machten ihnen die Nazis keine Versprechungen, nahmen lediglich das Memorandum entgegen. Während der Begegnung versuchte die Delegation freimütig zu sein und nichts zu verheimlichen. Offenbar hatten sie eine Menge zu verheimlichen. Wenn man voller Angst und Zittern vor einem Nazigewaltigen steht, ist man weder seiner Freiheit noch seines Lebens sicher. Es gibt keine moralische Scheußlichkeit, die ein Nazi einem Juden nicht antun könnte.“<sup>636</sup>

Für die Bevölkerung blieben diese Treffen wohl lange nebulös und auch für die Vertreter, die an den Gesprächen teilnahmen, waren die Ergebnisse lange Zeit vage. Spätestens am 3. Juni 1940 war Weichert bekannt, dass die Satzungen und die Geschäftsordnungen durch die Regierung erlassen und dadurch auch genehmigt waren und man sich in der folgenden Zeit an den weiteren Ausbau der Organisation zu machen habe.<sup>637</sup> Am 21. Juni 1940 fand in Krakau in der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ ein Gespräch statt, bei dem unter anderem Weichert, Jaszuński und der Krakauer Vorsitzende des Judenrates Bieberstein anwesend waren. Themen dieses Gespräches waren unter anderem die Tätigkeit eines jüdischen Vertreters im *HHA*, das Verhältnis der Judenräte

<sup>634</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 11.05.1940, AŽIH, Ring II/118.

<sup>635</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 162.

<sup>636</sup> Ebd., S. 163.

<sup>637</sup> Vgl. Gesprächsprotokoll Weichert, 03.06.1940, Ring II/119.

zur JSS sowie die Finanzierung der Tätigkeit dieser, allerdings legte man sich noch nicht abschließend fest.<sup>638</sup> Parallel zu den Gesprächen, die zwischen den jüdischen Vertretern, der Stadtregierung in Warschau und der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in Krakau stattfanden, verfasste die Regierung im Laufe der Monate die Satzungen und Geschäftsordnungen für den *HH4*, die *Hauptausschüsse*, sowie die JSS. Diese Entwicklung, wenngleich in diesem Abschnitt an vielen Stellen tangiert, wird in I.4.3 ausführlich dargestellt, da sie sich vor allem unter der Mitarbeit der polnischen Akteure vollzog. In den in diesem Abschnitt analysierten Gesprächen zwischen den Besatzern und den jüdischen Vertretern, ist die Gesamtgenese dieser Rechtstexte nur eingeschränkt zum Ausdruck gekommen. Im folgenden Abschnitt wird zunächst die Zusammenarbeit zwischen den jüdischen und den nationalsozialistischen Akteuren jenseits der bereits thematisierten Gespräche untersucht werden.

#### **I.4.2 Die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Akteuren**

Jüdische Vertreter – allen voran Michał Weichert – waren im Gespräch mit unterschiedlichen Regierungsstellen von lokaler Ebene bis hin zur Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der Regierung.<sup>639</sup> Weitere Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden folgte. Eine direkte Zusammenarbeit zwischen Reichsbehörden und der *Koordinierungskommission* gab es 1939 und 1940 nicht. Allerdings handelte man im „Auswärtigen Amt“ – zumindest indirekt – zugunsten der jüdischen Vereinigung. Dies wurde bereits im Abschnitt zur Bedeutung des Auslands in der Phase der Entstehung der JSS (I.2) bereits ausführlich dargelegt. Zwar waren die Handlungen der Akteure im „Auswärtigen Amt“ nicht nur auf die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement bezogen, aber gerade im Kontakt mit den *Quäkern*, dem *ARK* sowie der *Comporel* stellten die Verantwortlichen im Reich immer wieder heraus, dass die Liebesgabensendungen auch den Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement zugutekommen würden, wenn eine Hilfsaktion zustande käme.<sup>640</sup> Auch die Gestapo nahm Stellung zu der Hilfsaktion für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung.<sup>641</sup> Die damit durch die NS verfolgten Ziele sind bereits ausführlich untersucht worden.<sup>642</sup> Auch mit anderen Stellen bestanden keine direkten Kontakte. Die *Koordinierungskommission* profitierte allenfalls von Handlungen der NS, die mit der Verfolgung deren Ziele verknüpft waren. So profitierte die jüdische Vereinigung von den Bestimmungen, die die Zollbehörden, die „Reichspost“ und später die

---

<sup>638</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 21.06.1940, AZIH, Ring II/119.

<sup>639</sup> Um unnötige Redundanzen zu vermeiden, werden diese Gespräche an dieser Stelle nicht nochmals thematisiert. Vgl. hierzu I.4.1.

<sup>640</sup> Vgl. hierzu I.2.

<sup>641</sup> Vermerk, 06.11.1939, PAAA, R 127544. „Der Herr RAM hat das grundsätzliche Urteil der Gestapo über die Quäker zur Kenntnis genommen, äußerte jedoch in diesem Zusammenhang, daß diese trotzdem politisch für die Zwecke Deutschland gelegentlich benutzt werden könnten.“

<sup>642</sup> Vgl. hierzu I.3.2.

„Deutsche Post Osten“ allgemein für den Transport ihres Schriftverkehrs, ihrer Pakete und Päckchen trafen.<sup>643</sup> Das Handeln des OKW sowie der Ministerien und Einrichtungen im Reich war ebenfalls nicht direkt auf die jüdische Vereinigung bezogen, sondern allein auf das Ziel des „Auswärtigen Amtes“, das ausländischen Hilfsorganisationen die Einreise in das Generalgouvernement ermöglichen wollte.<sup>644</sup> Allerdings gab es zwischen den NS Unstimmigkeiten darüber, in wessen Hand die Aufsicht über die jüdische Bevölkerung und ihre Institutionen und Organisationen liegen sollte. Brigadeführer Streckenbach etwa schlug vor, die Entscheidung so zu fällen, dass der jüdische Ältestenrat und damit überhaupt die Juden und Jüdinnen insgesamt unter die Aufsicht der Sicherheitspolizei gestellt würden sowie dass alles, was von den Juden und Jüdinnen gewünscht werde, über diese Stelle geleitet werde. Die Zahl der Juden und Jüdinnen werde noch größer werden, wenn diese aus den Ostprovinzen ins Generalgouvernement kämen. Wenn die jüdischen Gemeinden weiter so ausgebeutet würden wie bisher, dann fielen eines schönen Tages Millionen Juden und Jüdinnen dem Generalgouvernement zur Last. Schließlich könne man sie ja nicht verhungern lassen. Die dem Judentum zur Verfügung stehenden Mittel seien recht bescheiden, denn im Generalgouvernement gebe es keine reichen Juden und Jüdinnen mehr, *„sondern in der Hauptsache nur noch Judenproletariat. Er würde es also begrüßen, wenn die Frage der Beaufsichtigung der jüdischen Ältestenräte und Kultusgemeinden einmal grundsätzlich entschieden werden würde. Die Sicherheitspolizei dränge sich gewiß nicht nach dieser zusätzlichen Belastung, aber die Praxis habe bewiesen, daß die bisherige Art und Weise der Behandlung dieser Frage nicht zweckmäßig sei.“*<sup>645</sup> Einige Wochen zuvor war Weichert – stellvertretend für die *Koordinierungskommission* – von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in Kenntnis gesetzt worden, dass die Kreis- und Stadthauptleute darüber unterrichtet worden seien, dass eine Durchführungsverordnung zu der Verordnung über die Bildung von Judenräten in Bälde erlassen

<sup>643</sup> Vgl. zu der allgemeinen Korrespondenz über die Zulassung des Post- und des Paketverkehrs für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. *„Liebesgabenpaketdienst für das Generalgouvernement“*, 19.04.1940, PAAA, R 43075; Abschrift Amt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete, Leiter der Abteilung Post an den Beauftragten des Auswärtigen Amtes im Amt des Generalgouverneurs, 24.04.1940, PAAA, R 43075; Reichspostministerium an das AA betr. *„Liebesgabenpakete“*, 04.05.1940, PAAA, R 43075 oder auch Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. *„Besuch des Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Dr. Marti, in Krakau“*, 28.05.1940, PAAA, R 43075. Genauere Untersuchungen des Transportes von Post, Geld und Waren finden sich im folgenden Kapitel. Vgl. hierzu II.6.1. Für den Zeitraum, in dem die Organisation als *Koordinierungskommission* allein auf Warschau beschränkt agierte, war diese Thematik von noch nicht allzu großer Relevanz. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle auf eine genauere Untersuchung verzichtet.

<sup>644</sup> Aus diesem Grund kann hier keine genauere Betrachtung stattfinden. Verwiesen sei aber auf die Abschrift AA an die Deutschen Botschaften in diversen Städten (etwa Ankara, Brüssel, Buenos Aires) sowie Gesandtschaften (etwa Bern, Oslo, Stockholm), 30.11.1939, PAAA, R 43074 sowie auf die Aufzeichnungen über eine Besprechung im Auswärtigen Amt, betreffend die Regelung der Übersendung von Liebesgabenpaketen aus dem Ausland in das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete, 03.04.1940, PAAA, R 43075. An der Besprechung nahmen Vertreter des Auswärtigen Amtes, des OKW Ausland, des Reichsfinanzministerium, des Reichswirtschaftsministerium, des Reichsernährungsministerium, des RSHA, des DRK sowie der stellvertretende Bevollmächtigte des Generalgouverneurs teil.

<sup>645</sup> Dienstadtgebuch, 30.05.1940, Polizeisitzung [Krakau Prot., 40 S.], S. 209–220, hier: S. 216.

werde.<sup>646</sup> Darin sollte bestimmt werden, dass die Befehlsgewalt über die Judenräte alleinige Angelegenheit der Kreis- und Stadthauptleute sein werde.<sup>647</sup>

Bereits im Januar 1940 stand die *Koordinierungskommission* in reger Korrespondenz mit der Abteilung „Volkswohlfahrt“ in der Stadtregierung von Warschau, im Distrikt Warschau und mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ auf höchster Ebene im Generalgouvernement. Die jüdische Vereinigung unterrichtete die Besatzer über die ergriffenen Maßnahmen. Diese waren nicht immer im Sinne der Besatzer, sodass man die jüdischen Verantwortlichen für ihr Handeln rügte, so zum Beispiel, als Flüchtlinge für kurze Zeit ohne Beachtung ihres „*Glaubens und Nationalität*“ versorgt wurden.<sup>648</sup> Weiterhin richtete die *Koordinierungskommission* Anfragen an die Regierung, die allerdings negativ oder aufschiebend beschieden wurden.<sup>649</sup>

Ein wichtiger Punkt, der später auch für die *JSS* nach ihrer Gründung wichtig werden sollte, war ein Schutz der Räumlichkeiten, in denen die Mitarbeiter arbeiteten oder in denen Hilfsgüter lagerten: *„Durch Vertreter des American Joint Distribution Committee wurden wir gebeten, einen ausreichenden Schutz für die Magazine und Büroräume der jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen und des Gebäudes des jüdischen Ältestenrates als Mitträgerin der jüdischen Wohlfahrt zu veranlassen. Ich bitte Sie, bei dem Stadtpräsidenten die dafür notwendigen Schritte zu unternehmen. Ich schlage dafür besondere Ausweise vor.“*<sup>650</sup> Zudem setzte sich die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ für eine Zusammenarbeit zwischen der Stadtregierung und den Vertretern der jüdischen Vereinigung ein: *„Weiterhin wurden wir von Dr. Weichert gebeten, dass er rechtzeitig vor dem Eintreffen von Evakuiertenzügen benachrichtigt wird, um die notwendige Ernährung sicherzustellen. Ich bitte Sie, Dr. Weichert von dem Eintreffen dieser Züge entsprechend zu benachrichtigen. Dr. Weichert bat mich ausserdem, dem Polnischen Hilfskomitee, Herr Michnicki, die Erlaubnis zu geben, dass dieser für die Jüdische Soziale Selbsthilfe Nahrungsmittel ankaufen darf und sie dann mit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe verrechnet. Ich habe in dieser Angelegenheit an Sie verwiesen und glaube, dass diese Bitte zu unterstützen*

---

<sup>646</sup> Abschrift BuF an Weichert, 28.03.1940, AŽIH, Ring II/117. In dem Schreiben ist die Rede davon, dass die Verordnung in einigen Tagen ergehen werde. Die „Verordnung über die Judenräte“ war allerdings bereits am 28.11.1939 erlassen worden. Vgl. VBlGG 1939, S. 72f.

<sup>647</sup> Abschrift BuF an Weichert, 28.03.1940, AŽIH, Ring II/117. *„Dabei ist in erster Linie daran zu denken, dass die Kreis- und Stadthauptleute den Juden das Recht einräumen, Abgaben von ihren Rassengenossen zum Zweck der Erledigung der ihnen auferlegten Anordnungen z.B. gerade auf dem Gebiet der Fürsorge zu erheben. Es können dabei auch Zwangsvollstreckungsmassnahmen gegen die Juden vorgesehen werden, die ihren Verpflichtungen gegenüber den Judenräten nicht nachkommen. [...] Wegen der von Ihnen vorgeschlagenen Zusatzbinde zur Judenbinde, Beschaffung eines Wohnungsausweises, Nachtdienstausweises und Magazinausweises teile ich Ihnen mit, dass Sie sich in dieser Angelegenheit ebenfalls an die zuständigen Kreis- und Stadthauptleute wenden müssen, die von dem Inhalt des Rundschreibens von Dr. Siebert unterrichtet sind.“*

<sup>648</sup> Abschrift eines Schreibens der Stadtregierung Warschau, Abteilung Volkswohlfahrt, an die Jüdische Fürsorge Warschau, 15.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>649</sup> Vgl. etwa Abschrift BuF an Weichert, 02.04.1940, AŽIH, Ring II/117. *„Bezugnehmend auf ihre wiederholten Anfragen über Auszahlung der Sozialversicherungsbeiträge der Juden teile ich Ihnen folgende Stellungnahme der zuständigen Abteilung Arbeit mit: Die Aufnahme von Versicherungsabgaben an Juden kann z.Zt. noch nicht erfolgen. Dagegen werden sie aus Mitteln der Krankenversicherung vorerst durch ärztliche Behandlung, Heil- und Hilfsmittel unterstützt. Ferner erhalten sie Krankenhausbearbeitungen insbesondere bei ansteckenden Krankheiten oder einem Verdacht darauf / § 8 der 2. Verordnung über die Sozialversicherung im Generalgouvernement/. Sollte sich die finanzielle Lage der Sozialversicherung in der nächsten Zeit erheblich verbessern, ist mit der Wiederaufnahme von Versicherungsabgaben an Juden zu rechnen.“*

<sup>650</sup> BuF an den Chef des Distrikts Warschau, Bevölkerungswesen und Fürsorge, 01.04.1940, AŽIH, 210/35, Bl. 1.

ist. Ich bitte Sie weiterhin bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Stadthauptmann Warschau dahin zu wirken, dass die jüdische Bevölkerung vor allem die jüdischen Volksküchen im Rahmen des möglich bei der Kontingentierung von Nahrungsmitteln berücksichtigt werden.“<sup>651</sup> Neben der direkten Regierungsebene fand ein Kontakt zwischen dem Gouverneur für den Distrikt Warschau und der *Koordinierungskommission* statt, wenngleich dieser sich in gewissen Fällen dann wieder an die höhere Instanz wandte.<sup>652</sup> Zudem vermittelte er auch zwischen jüdischen Stellen und dem Stadtpräsidenten von Warschau. So wandte sich der Distriktchef im April 1940 an den Stadtpräsidenten und übersandte ihm eine Eingabe<sup>653</sup> mit einem Begleitschreiben, das den folgenden Wortlaut hat: „Es ist mir in letzter Zeit von mehreren Stellen gemeldet worden, dass solche und ähnliche Beschlagnahmen insbesondere durch Wehrmachtsangehörige auf eigene Verantwortung durchgeführt worden sind und dass Juden zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, die im Rahmen der jüdischen Fürsorge für mich einen Auftrag zu erledigen hatten. Es ist auf die Dauer unerträglich, wenn durch diese Massnahmen einzelner Wehrmachtsangehöriger deutscherseits die Verordnungen des Generalgouverneurs sabotiert werden, das Ansehen der deutschen Verwaltung lächerlich gemacht wird und die Ruhe und Sicherheit der Bevölkerung dauernd gestört wird.“<sup>654</sup> Wie man erkennen kann, ging es dem Distriktchef nicht um den Schutz der jüdischen Bevölkerung, sondern allein um das Ansehen seines Amtes. Zudem waren die Verantwortlichen der jüdischen Fürsorge gezwungen, zum Beispiel in finanziellen Angelegenheiten mit dem Distriktchef zusammenzuarbeiten. So etwa, wenn es darum ging Geldbeträge umzutauschen<sup>655</sup> oder einfach nur darum, über die aktuellen Tätigkeiten zu berichten.<sup>656</sup> Daneben agierte auch der Judenrat der Stadt in Fürsorgedingen, wenngleich seine Bitten sich meist an den Stadtpräsidenten richteten.<sup>657</sup> Durch die geteilte Korrespondenz der jüdischen Akteure mit

---

<sup>651</sup> Ebd.

<sup>652</sup> Abschrift Chef des Distrikts Warschau Abteilung Volkswohlfahrt an Judenrat in Warschau, 20.01.1940, AŽIH, Ring II/117. „Ihr Schreiben vom 19. Januar betreffend Einfuhr von Kleidern und Medikamenten aus Zürich habe ich an den Herrn Generalgouverneur-Amtschef für Volkswohlfahrt zur Stellungnahme weitergegeben. Sie wollen von mir Bescheid abwarten. Bis dahin haben Sie weiter nichts zu unternehmen.“ Der Obmann des Warschauer Judenrates antwortete darauf: „Hiermit bestätige ich den Erhalt Ihrer Mitteilung vom 20. ds.Mts., dass mein Gesuch d.d. 19.I.1940 betreffend Einfuhr von Kleider und Medikamente aus Zürich an den Herrn Generalgouvernement-Amtschef für Volkswohlfahrt weitergeleitet haben. Ordnungshalber wie auch zwecks Beschleunigung der Durchführung dieser Angelegenheit habe ich bei der Deutschen Handelskammer für Polen in Warschau ein Gesuch um Erteilung der Einfuhrbewilligung eingereicht. Gemäss ihrer Anordnung im letzten Abschnitte Ihres Schreibens werde ich bis Erhalt weiter Nachrichten nichts mehr weiter in dieser Angelegenheit unternehmen.“ Abschrift Czerniaków an das Amt für Volkswohlfahrt, 24.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>653</sup> Diese Eingabe ist nicht überliefert. Dies geht allein aus dem Brief, der an den Stadtpräsidenten gesandt wurde, hervor. Vgl. dazu Chef des Distrikts Warschau, Abteilung Fürsorge an den Stadtpräsidenten betr. „Freie Beschlagnahme“, 06.04.1940, AŽIH, 210/35, Bl. 38.

<sup>654</sup> Ebd.

<sup>655</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift Weichert an den Chef des Distrikt Warschau Abt. Volkswohlfahrt, 27.01.1940, AŽIH, Ring II/117. „Im Anschluss an unsere Wendung vom 22. ds.Mts. an Herrn Dir. Dr. Hoffmann mit der Bitte, uns den Betrag von Zl. 155.000 in 500 und 199 Banknoten umtauschen zu wollen erklären wir eidesstattlich, dass unser Saldo am 20.I.1940 – Zl. 161.246,35 betrug, wovon Zl. 158.000 aus 500 und 100 Banknoten bestanden. Ferner erklären wir eidesstattlich, dass in dem genannten Saldo ausschliesslich Dienstgelder enthalten sind und keine Beträge, die den Angestellten, ihren Angehörigen, Bekannten, anderen Privatpersonen geboeren, oder kaueflich erworben worden sind.“

<sup>656</sup> Vgl. dazu etwa Weichert an den Chef des Distrikt Warschau Abteilung Volkswohlfahrt, 18.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

<sup>657</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift Präsident des Ältestenrates Warschau an Amt für Volkswohlfahrt Warschau, 16.01.1940, AŽIH, Ring II/117.

unterschiedlichen Stellen mag es dazu gekommen sein, dass Ende Januar 1940 der Stadtpräsident von Warschau dem Judenrat den Auftrag erteilte in Warschau „eine Juedische Soziale Selbsthilfe-Organisation“ zu gründen.<sup>658</sup>

Neben den Regierungsstellen fand eine Zusammenarbeit zwischen dem Beauftragten des „Deutschen Roten Kreuzes“ und der *Koordinierungskommission* statt. Am 10. Januar 1940 trat der „Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ – so die offizielle Bezeichnung – seinen Dienst in Krakau an.<sup>659</sup> Wie bereits erwähnt, sind im Archiv des Deutschen Roten Kreuzes keine Akten des Beauftragten des DRK überliefert und auch in den polnischen Archiven ließ sich keine Überlieferung ausfindig machen, sodass an dieser Stelle allein auf eine Sammlung von Zeitungsausschnitten<sup>660</sup> sowie die Akten der *JSS*,<sup>661</sup> des *HHA* und des *PHA*<sup>662</sup> für die Untersuchung zurückgegriffen werden kann. Mit der Entsendung eines Beauftragten verband das Präsidium des DRK in Berlin nicht die Schaffung einer eigenen Organisation des DRK im Generalgouvernement, sondern der Beauftragte sollte als Bevollmächtigter des DRK die diesem dort obliegenden Aufgaben wahrnehmen: „Zunächst bearbeitet das Deutsche Rote Kreuz, das nach einer Entscheidung der zuständigen deutschen Behörde als alleinige Empfangs- und Vermittlungsstelle dafür zuständig ist, die aus dem Ausland für die polnische Bevölkerung eingehende Hilfsaktion in Zusammenarbeit mit den Behörden des Generalgouvernements und den in Frage kommenden und dafür eingesetzten Selbsthilfeorganisationen. [...] Die Zentralstelle der gesamten Auskunfts- und Vermittlungsarbeit befindet sich beim Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin.“<sup>663</sup> Die größeren Städte – wie Warschau und Krakau – hatten eigene Beauftragte, die für den Bereich der Stadt die Aufgaben im Bereich des DRK wahrnahmen.<sup>664</sup> In der Frühzeit der Besatzung gab es vor allem eine indirekte Zusammenarbeit im Kontext der Reisen von Vertretern der ausländischen Hilfsorganisationen im Generalgouvernement. Diese erfolgte, da es noch keinen Beauftragten des DRK für das Generalgouvernement gab, über die Zentrale in Berlin. Das DRK rückversicherte sich beim „Auswärtigen Amt“, dass eine Zusammenarbeit mit dem *ARK* erlaubt beziehungsweise gewünscht war.<sup>665</sup> Das DRK war bei der

---

<sup>658</sup> Abschrift Stadtpräsident für die Stadt Warschau an den Obmann des Judenrates der Stadt Warschau betr. „Jüdische Soziale Selbsthilfe / JSS/, Warschau“, 23.01.1939 [muss 1940 gewesen sein], APW, Stadthauptmannschaft Warschau/339, Bl. 1. Darauf wurde bereits hingewiesen und der Inhalt des Schreibens wörtlich zitiert. Vgl. hierzu auch II.2.2.

<sup>659</sup> Vgl. dazu etwa „Das Deutsche Rote Kreuz im Generalgouvernement“, Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe), 03.02.1940, in ARK, 16 oder auch Entwurf wohl AA an den Vertreter der Auswärtigen Amts beim Generalgouverneur, 28.12.1939, PAAA, R 43074.

<sup>660</sup> Vgl. ADRK, RK 16.

<sup>661</sup> Vgl. v.a. AZIH, 211 und 211 aneks.

<sup>662</sup> Vgl. AAN, 125.

<sup>663</sup> „Das Deutsche Rote Kreuz im Generalgouvernement“, Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe), 03.02.1940, ADRK, RK 16. In ähnlicher Weise berichtete auch „Rote Kreuz Arbeit in Krakau. Vermittlung und Auskünfte auch in Krakau“, 03.04.1940, ADRK, RK 16.

<sup>664</sup> Ebd.; „Neuer Beauftragter des Deutschen Roten Kreuzes in Warschau“, in Warschauer Zeitung, 25.07.1940, ADRK, RK 16.

<sup>665</sup> Präsidium des DRK an die Rechtsabteilung des AA, 04.10.1939, PAAA, R 43080.

Gestattung der Reisen durch ausländische Vertreter teilweise kritischer als es das „Auswärtige Amt“ war,<sup>666</sup> wenngleich sich diese Haltung im Laufe der ersten Monate der Besatzung wandelte.<sup>667</sup>

Im Februar 1940 fand eine Besprechung des *Polnischen Roten Kreuzes* mit den Vertretern des ARK im Kontext einer Reise durch das Generalgouvernement statt. Die Besprechung leitete der Beauftragte des DRK. Es waren Vertreter unterschiedlichster Organisationen anwesend – so etwa des *Polnischen Hauptausschusses* sowie des HHA, die damals noch nicht den gesetzlich anerkannten beziehungsweise von den Besatzern gegründeten Organisationen entsprachen. Man sagte, dass Letzterem vor allem die Aufgabe zukomme mit dem DRK in Verbindung zu bleiben und mit Hilfe der ausländischen Organisation „*nützliche Mittel*“ in das Generalgouvernement hereinzuholen. Die jüdische Bevölkerung erwähnte man dabei nicht explizit.<sup>668</sup> Daraus ließ sich bereits zu diesem Zeitpunkt schließen, dass der Beauftragte des „Deutschen Roten Kreuzes“ für die JSS noch eine wichtige Rolle spielen wird. Festgeschrieben war dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht und ein direkter Kontakt bestand vermutlich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls nicht.<sup>669</sup>

#### I.4.3 Die Genese der Satzungen und Geschäftsordnungen

Bei der Entwicklung der Satzungen und der Geschäftsordnungen für den HHA und die ihm unterstehenden *Hauptausschüsse*, zu denen die JSS gehörte, spielten vor allem die polnisch-nichtjüdischen Akteure eine wichtige Rolle. Um das Zusammenspiel zwischen den unterschiedlichen Organisationen in der Phase ihres Bestehens besser verstehen zu können, soll in diesem Unterkapitel der Weg zu den Satzungen und Geschäftsordnungen untersucht werden, wenngleich es sich bei den an diesem Prozess beteiligten Personen nicht um die Akteure der *Koordinierungskommission* und späteren JSS handelte. Jedoch waren Akteure aus zwei Personengruppen beteiligt, mit denen die jüdische Organisation zusammenarbeitete: die Akteure rund um das *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* und des späteren PHA sowie die Beamten der Regierung. Eine die JSS gründende Satzung und Geschäftsordnung wurde – ebenso wie die Satzungen und Geschäftsordnungen des

<sup>666</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an Lohmann von der Rechtsabteilung des AA, 27.12.1939, PAAA, 43080. „Soeben erhalte ich einen Brief von Herrn Nicholson aus Genf, den ich Ihnen im Auszug anliegend zur Kenntnis bringen möchte. Mit einer gewissen Besorgnis ersehe ich daraus, dass Herr Nicholson doch irgendeine Mitarbeit beim Empfang oder Einsatz der Spende in Krakau selbst zugebilligt würde.“

<sup>667</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA, 17.01.1940, PAAA, R 43080. „Zu der Bitte, die der Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes, Herr Nicholson, im Zusammenhang mit dem auch dort vorgelegten Kabel des Präsidenten des Amerikanischen Roten Kreuzes geäußert hat nach der Ermöglichung einer Reise nach Krakau bei dem Eingang der ersten Hilfssendung des Amerikanischen Roten Kreuzes im Generalgouvernement, erlaubt sich das Deutsche Rote Kreuz mitzuteilen, dass es die Genehmigung einer solchen Reise begrüßen würde.“

<sup>668</sup> Protokoll über die Besprechung des PRK mit dem Vertreter des ARK unter der Leitung des DRK-Oberführers Dr. Sanne am 01.02.1940, PAAA, R 43080.

<sup>669</sup> An dieser Stelle kann nur vermutet werden, dass ein direkter Kontakt noch nicht bestand. Wie bereits dargelegt, sind die Akten des Beauftragten des „Deutschen Roten Kreuzes“ nicht überliefert. Ebenso ist Überlieferungssituation für die Zeit, in der die *Koordinierungskommission* bestand, sehr schlecht. Zwar verfasste Weichert Protokolle von unterschiedlichen Treffen, die im Ringelblumarchiv überliefert sind, jedoch wird kein Treffen zwischen den jüdischen Akteuren und dem DRK-Vertreter erwähnt. Vgl. hierzu I.4.1. Aus diesem Grund muss an dieser Stelle lediglich die vage Vermutung stehen bleiben, dass es im Frühjahr 1940 noch keinen direkten Kontakt zwischen den Vertretern der *Koordinierungskommission* und dem „Deutschen Roten Kreuz“ gab.

HH4, des PH4 und des UH4 – im Mai 1940 erlassen.<sup>670</sup> Die Unterlagen, die eine Untersuchung der Genese der Satzungen und Geschäftsordnungen möglich machen, sind von Seiten der Besatzer nicht überliefert. Für die polnischen Bemühungen um eine Schaffung der Rechtstexte liegen die Entwürfe vor.<sup>671</sup> Die Vorbereitungen der Satzungen und Geschäftsordnungen fanden unter Mitarbeit – zumindest von polnischer Seite – der beteiligten Gruppen statt.<sup>672</sup> So arbeitete etwa Adam Ronikier an den Ordnungen mit und reichte selbst Entwürfe ein – die notwendigen Erfahrungen dazu hatte er bereits im Jahr 1916 erworben, als er im *Hauptfürsorgekomitee* tätig war.<sup>673</sup> Den ersten Entwurf reichte Ronikier am 22. Januar 1940 bei der Regierung ein. Dieser bildete den Ausgangspunkt zu langwierigen Verhandlungen über den Inhalt und die Fassung der Organisationsgrundlage

---

<sup>670</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe § 1–8, BAB, R 52 III/5, Bl. 45 sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe §1–7 und §17–20, BAB, R 52 III/5, Bl. 46f. Die Blätter 48 bis 50 der Akte umfassen eine Kopie der Satzungs- und Geschäftsordnungsfragmente und sind ebenso wie die vorangegangenen Seiten mit einem Genehmigungsvermerk aus dem Juli 1942 versehen. Des Weiteren finden sich in der Akte BAB, R 52 III/6 Fragmente der Satzung und Geschäftsordnung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*, die die genannten Paragraphen umfassen. Sie sind in dieser Akte auf den Blättern 58 bis 60 zu finden. Es wurde ein Abgleich mit der komplett überlieferten Satzung und der Geschäftsordnung im „Volkspolitischen Informationsdienst“ (ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt, S. 114–116 und S. 123–126.) vorgenommen. Die Paragraphen, die abgeglichen werden konnten, sind nahezu identisch, lediglich die Bezeichnung für die Regierung des Generalgouvernements variiert. Wird diese in den Akten als „Regierung des Generalgouvernements“ bezeichnet, findet sich in der Fassung des „Volkspolitischen Informationsdienstes“ der Terminus „Amt des Generalgouverneurs“. An einer Stelle gibt es eine inhaltliche Abweichung: In § 5 Abs. 1 werden die ordentlichen Mitglieder und ihre Arbeitsgebiete aufgezählt, an dieser Stelle entfällt in der in den Akten überlieferten Fassung das Gesundheitswesen und die Arbeits- und Wirtschaftshilfe wurde im Gegenzug in zwei einzelne Bereiche aufgeteilt. Da die überprüfbaren Paragraphen sonst übereinstimmen, wird im Folgenden ausschließlich aus der Fassung des „Volkspolitischen Informationsdienstes“ (ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt) zitiert werden. Ähnlich schlecht ist die Überlieferung der Satzungen und Geschäftsordnungen des *Haupthilfsausschusses*, des *Polnischen Hauptausschusses* und des *Ukrainischen Hauptausschusses*, sodass auch hier auf die eben genannte Publikation der Regierung des Generalgouvernements zurückgegriffen werden muss. Weiterhin finden sich in den Akten der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau Typoskripte der Satzung und der Geschäftsordnung. Es wurde ein Abgleich mit den im „Volkspolitischen Informationsdienst“ veröffentlichten Versionen vorgenommen. Es handelt sich auch hier um die erste Version der Texte aus dem Mai 1940. Vgl. AŻIH, 211 aneks/1. Die angesprochenen Ordnungen für die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* – und daneben auch diejenigen für den *Haupthilfsausschuss* und den *Polnischen Hauptausschuss* – finden sich in polnischer Übersetzung als Typoskripte ebenso in den Akten des Präsidiums der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*. Vgl. AŻIH, 211, 1, Bl. 1–24. Da diese Abschriften mit den publizierten Texten übereinstimmen, werden im Folgenden auch diese Ordnungen nicht mehr zitiert, sondern lediglich die im „Volkspolitischen Informationsdienst“ veröffentlichten Verordnungen. Der genaue Wortlaut des Statuts des *Haupthilfsausschusses*, der Satzung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* sowie der Geschäftsordnung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* finden sich im Anhang der vorliegenden Arbeit, sodass zur Wahrung der Übersichtlichkeit der Arbeit darauf verzichtet werden kann, den Wortlaut der Paragraphen und ihrer Absätze anzugeben.

<sup>671</sup> Vgl. dazu etwa die Entwürfe für Satzungen und Geschäftsordnungen, die von polnischer Seite bei der Regierung des Generalgouvernements eingereicht wurden – AAN, 125/84f. Diese wurden für die vorliegende Studie keinem Abgleich unterzogen, sondern sich lediglich auf das gestützt, was durch den *Polnischen Hauptausschuss* in dem ersten Jahresbericht über die Entstehung der Satzungen und Geschäftsordnungen geschrieben wurde. Zudem wurden einige ergänzende Quellen aus dem Archivbestand des *Polnischen Hauptausschusses* (AAN, 125) hinzugezogen. Da sich dabei zeigte, dass es sich bei der Ausgestaltung der Satzungen und Geschäftsordnungen vor allem polnische Akteure und die Besatzer beteiligten, waren die jüdischen Akteure lediglich die, die sich nach den dann bereits erlassenen Rechtstexten zu richten hatten. Allein der abweichende Name der jüdischen Organisation konnte bereits auf Grundlage der Gespräche, die Weichert mit den Besatzern führte, ermittelt werden. Aus diesem Grund erschien es nicht ratsam einen detaillierten Vergleich der Entwurfsfassungen durchzuführen.

<sup>672</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 6. „Wie wir schon im vorigen Abschnitt erwähnt haben, brachte Frau Maria Tarnowska, die stellvertretende Vorsitzende des Hauptvorstandes des P.R.K., auch einen durch den Hauptvorstand des P.R.K. bearbeiteten Entwurf mit, wobei sie gleichzeitig bemerkte, dass Graf Ronikier schon einen fertigen eigenen Organisationsplan der freien Wohlfahrt besitze.“

<sup>673</sup> Vgl. ebd. „An dieser Stelle möchten wir noch daran erinnern, dass Graf Ronikier schon im Jahre 1916 im *Hauptfürsorgekomitee* / *Rada Główna Opiekuńcza* / als dessen Vorsitzender tätig war. Zweifellos hat ihm die während der damaligen Tätigkeit gewonnene Erfahrung es ermöglicht, jetzt den Plan für die Organisation der freien Wohlfahrt in so kurzer Zeit zu entwerfen.“



des PHA – und damit verbunden des HHA und der JSS.<sup>674</sup> Zudem soll der von Ronikier eingereichte Entwurf die Grundlage weiterer Vorschläge gewesen sein, die sowohl von polnischer als auch von Seite der Besatzer vorgebracht wurden:

„Der Entwurf des Grafen Ronikier sieht einen Polnischen Fürsorgerat /Polska Rada Opiekuńcza/ vor, der aus einem Hauptvorstand und einem Aufsichtsrat besteht. Sitz des Vorstandes ist Krakau. Zum Hauptvorstand gehören fünf Polen und Juden, zum Aufsichtsrat 23 Polen und zwei Juden. Das Verhältnis zu den Behörden bezeichnet der Entwurf in der Weise, dass der Hauptvorstand mit dem beim Generalgouverneur bestellten Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes sowie mit dem Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge zusammenarbeitet. An erster Stelle der Aufgaben des Polnischen Hauptausschusses /R.G.O./ nennt der Entwurf die Vertretung der polnischen Wohlfahrtsorganisationen gegenüber ausländischen Wohlfahrtsinstitutionen, weiter die Führung von Verhandlungen mit solchen ausländischen Institutionen hinsichtlich der für die polnische Bevölkerung bestimmten Unterstützungen des Deutschen Roten Kreuzes /D.R.K./ zugewiesenen Mittel. Zu den weiteren Aufgaben des Polnischen Hauptausschusses /R.G.O./ gehören die Durchführung von Sammlungen zwecks Beschaffung weiterer Hilfsmittel sowie die zusätzliche Fürsorge für Aussiedler und Flüchtlinge in Mitarbeit mit dem P.R.K. Der Entwurf sieht die Errichtung von Komitees am Sitz der Kreis- /Stadt-/Hauptleute vor, bestehend aus 6 Polen und einem Juden, wobei unter den polnischen Vertretern sich der Vorsitzende des Kreisfürsorgeverbandes befinden muss. Den Personenbestand der zu errichtenden Hilfskomitees schlägt der Vertreter des P.R.K. im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Kreisfürsorgeverbandes vor. Diese Vorschläge bedürfen der Zustimmung des zuständigen Kreis- bzw. Stadthauptmannes.“<sup>675</sup>

Die Besatzer lehnten den Entwurf Ronikiers ab. Der als Antwort auf seinen Vorschlag eingesandte Gegenentwurf der Besatzer sollte den *Hauptausschuss* mit seiner Mitgliederzahl beibehalten. An anderer Stelle nahm man Änderungen am Entwurf vor:

„Uebereinstimmend mit dem Entwurf des Grafen Ronikier sah der deutsche Entwurf Kreiskomitees aus 6 Polen und einem Juden vor, wobei betont wurde, dass unter den polnischen Mitgliedern sich der Leiter des Kreisfürsorgeverbandes und der Zweigstellenleiter der P.R.K. befinden muss und dass Vertreter des P.R.K. im Einvernehmen mit dem Leiter des Kreisfürsorgeverbandes die Mitglieder der zu bildenden Komitees vorschlagen. Dagegen wurde die Bestimmung zur Bildung eines Aufsichtsrates nicht berücksichtigt. Am 14. Februar 1940 hat die Regierung des Generalgouvernements den Satzungsentwurf an die Kreis-/Stadt-/Hauptleute versandt, dieselben begannen mit der Berufung der Hilfskomitees, was viel Verwirrung hervorrief. Schliesslich wurde vereinbart, dass der P.H.A. mit Rücksicht auf seine Verantwortung für die Tätigkeit der Komitees dieselben zu berufen habe.“<sup>676</sup>

Am 14. Februar 1940 reichten die Polen wiederum einen Entwurf ein, der sich nahezu vollständig mit dem angeführten Entwurf der Besatzer deckte. In demselben soll sich nur eine neue Bestimmung befunden haben und zwar, dass sich unter den fünf polnischen Mitgliedern des PHA ein Vertreter des *Polnischen Roten Kreuzes* befinden müsse.<sup>677</sup> In einem weiteren Konzept wurde die Selbstständigkeit der sich anschließenden Institutionen herausgestellt – gerade im Blick auf das *Polnische Rote Kreuz*.<sup>678</sup> In diesem wurden wohl erstmals genaue Aufgabenbereiche für den *Polnischen*

<sup>674</sup> PHA an Abteilung BuF betr. „Eintragung in das Vereinsregister“, 26.09.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 56f.

<sup>675</sup> Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 6.

<sup>676</sup> Ebd., Bl. 7.

<sup>677</sup> Vgl. ebd.

<sup>678</sup> Ebd. „Auf Wunsch der Behörden sollte die Satzung kurz gefasst sein und nur die Rahmenbestimmungen enthalten, andererseits wollte jedoch der P.H.A. alle Grundlagen für seine künftige Tätigkeit festlegen. Aus diesem Grunde wurde am 20. Februar 1940 die Geschäftsordnung des P.H.A. durch Direktor Lopatto ausgearbeitet. In dieser Geschäftsordnung wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass die Zugehörigkeit zum P.H.A. die satzungsmässige und vermögensrechtliche Selbstständigkeit der einzelnen Institutionen nicht berührt, und

*Hauptausschuss* formuliert: „Unter den Aufgaben des P.H.A. stellte der Geschäftsordnungsentwurf an die Spitze die Mitarbeit mit den Regierungsorganen sowie ein möglichst enges Zusammenwirken mit den Selbstverwaltungsfaktoren in allen Hilfsaktionen zugunsten der polnischen Bevölkerung, insbesondere der Evakuierten und Aussiedler.“<sup>679</sup> Im Laufe der Ausarbeitung der Satzung fand am 22. Februar 1940 – also noch bevor die Satzung und die Geschäftsordnung erlassen wurden – die erste konstituierende Sitzung des *Polnischen Hauptausschusses* statt; für die *JSS* hingegen erst im Herbst 1940.<sup>680</sup> Auf diese Sitzung des *PHA*, wird im übernächsten Abschnitt in diesem Kapitel genauer eingegangen, da an den ersten Sitzungen auch ein jüdischer Vertreter teilnahm.<sup>681</sup> Die Diskussionen über die Satzungen und die Geschäftsordnungen waren zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht abgeschlossen. Am 26. Februar 1940 schrieb das Amt des Generalgouverneurs an Adam Ronikier:

„Herr Graf! Bei der Durchsicht bzw. bei einer genauen wörtlichen Übersetzung unseres Statutes sind mir folgende Bedenken aufgekommen, die in Ihrem Übersetzungsvorschlag hinzukorrigiert worden sind. Ich bitte um eine Stellungnahme Ihrerseits dazu. Nach Rücksprache mit den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes [...] gedenke ich im Rahmen der Durchführungsverordnung für den Polnischen Haupthilfsausschuss bei den Distriktchefs (Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen u. Fürsorge) einen Beirat von 2 polnischen und einem jüdischen Herren zu bilden. Ich bitte, mir Vorschläge machen zu wollen in Bezug auf die 2 polnischen Herren für Warschau, Krakau, Radom u. Lublin. Als Juden möchte ich einen Mitarbeiter des a.j.d.c. einsetzen. Ich würde mich freuen, mich mit Ihnen über dieses Problem unterhalten zu können.“<sup>682</sup>

Mitte März 1940 brachten die Besatzer einen neuen Vorschlag für die Gesetzestexte der zu bildenden Ausschüsse vor, in dem der in dem zitierten Schreiben an Ronikier erwähnte Beirat vorgesehen war.<sup>683</sup> Am 6. April 1940 legte die Abteilung „Innere Verwaltung“ – „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ – einen neuen Entwurf vor, in dem erstmalig außer fünf Polen und einem Juden noch ein

---

*bezüglich des P.R.K. wurde die Bestimmung aufgenommen, „Das Polnische Rote Kreuz, das sich dem P.H.A. anschliesst, enthält aufgrund seiner Stellung als Mitglied einer internationalen Organisation besondere Berechtigungen durch Teilnahme in den Hilfskomitees auf allen ihren Organisationsstufen, wobei es gänzlich seinen internationalen Charakter bewahrt.“*

<sup>679</sup> Ebd.

<sup>680</sup> Vgl. ebd., Bl. 8. Bei der ersten Zusammenkunft des *PHA* sollen folgende Personen gewählt worden sein: Vorsitzender Fürst Janusz Radziwiłł, stellvertretender Vorsitzender Graf Adam Ronikier, Maria Tarnowska, Pater Romuald Moskala, Direktor Kulakowski; vom Büro des *PHA* Direktor Łopatto und Antoni Plater. Die Verteilung der Arbeitsgebiete unter den Mitgliedern der *PHA* erfolgte in der Weise, dass Graf Ronikier ständiger Vertreter des Vorsitzenden war, den *PHA* nach außen vertrat und vor allem sämtliche Verhandlungen mit den Behörden und ausländischen Missionen führte. Frau Tarnowska leitete die Arbeiten des *Polnischen Roten Kreuzes*, das mit dem *PHA* auf dem Gebiet ärztlich-hygienischer sowie besonderer durch den *PHA* übertragener Angelegenheiten, wie Kriegsgefangenenfürsorge und ähnlichem, zusammenarbeitete. Pater Moskala übernahm die freie Wohlfahrtspflege und Direktor Kulakowski die Finanzangelegenheiten.

<sup>681</sup> Vgl. hierzu I.4.5. In der vorliegenden Arbeit wird das Organ im Gegensatz zum ersten Jahresbericht des *Polnischen Hauptausschusses* als erste Sitzung des *Haupthilfsausschusses* gefasst, da dieses in seiner Funktion dem *HHÄ* näher war als dem *PHA*.

<sup>682</sup> Amt des Generalgouverneurs an Ronikier, 26.02.1940, AAN, 125/6, Bl. 44.

<sup>683</sup> Vgl. Jahresbericht *PHA* 1940/41, Bl. 8. „[...] an Stelle der Geschäftsordnung nur eine Ergänzung der Satzung zu geben. Die deutscherseits vorgelegte Ergänzung enthielt eine Reihe von Bestimmungen: Insbesondere sollte zwecks enger Zusammenarbeit der Leiter des Referats Freie Wohlfahrt im Dienstgebäude des P.H.A. seinen eigenen Dienstsitz haben, und der Referent für freie Wohlfahrt sollte Vertreter der Behörden im P.H.A. sein. Zur Entlastung des Präsidiums des P.H.A. sollte ein zwölfköpfiger Beirat von der Abteilung Innere Verwaltung – Bevölkerungswesen und Fürsorge im Amt des Generalgouverneurs bestellt werden. Dieser Beirat sollte aus den Leitern der einzelnen grösseren polnischen Wohlfahrtsorganisationen bestehen. Dem Vertreter des P.R.K. in dem Hauptausschuss weist der Entwurf besonders die sanitären und Gesundheitsangelegenheiten zu. Die Verhandlungssprache in den Sitzungen sollte deutsch sein – die Protokolle sollten in polnischer und deutscher Sprache abgefasst werden. In dieser Zeit legte der Beauftragte des D.R.K. beim Generalgouverneur Dr. Sanne seinen Entwurf der Satzungsergänzungen vor, der dadurch charakterisiert ist, dass er ebenso wie die polnischen Entwürfe die Bildung

Ukrainer für den *HHÄ* vorgesehen war. Der *HHÄ* in dieser Form tauchte in diesem Entwurf zum ersten Mal auf. Er sollte als übergeordnetes Organ über die *Hauptausschüsse* – also den *PHA*, den *UHA* und die *JSS* – fungieren.<sup>684</sup> Der *UHA* war zustande gekommen, da „[d]as ukrainische Hilfskomitee im Bereich der b.p. Gebiete [...] bei mir [Fritz Arlt, Anm. A.S.] vorstellig geworden [ist] und [...] den Wunsch geäußert [hat], im polnischen Haupthilfsausschuss, da es zu dem Staatsvolk des ehemaligen polnischen Gebietes gehört, vertreten zu sein. Den seitens des ukrainischen Hilfskomitees angeführten Gründen kann ich mich nicht verschliessen. Ich schlage daher vor, einen Ukrainer zum ordentlichen Mitglied des polnischen Haupthilfsausschusses zu ernennen. Auf meine Frage den Vertretern einzelner ukrainischer Hilfskomitees gegenüber, wer von ihnen in Vorschlag gebracht wurde, ist mit der frühere *Vize-Sejmu Wasyl Mudryj*, Krakau [...]. Ich bitte um Ihre Stellungnahme, gegebenenfalls um Zusage.“<sup>685</sup> Damit war von der Seite der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der Regierung ein klares Votum für das ukrainische Mitglied in dem Ausschuss ausgesprochen. Ronikier war mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Seine Antwort an Arlt lautete: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 29.3.40 [...] beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, dass ich es nicht für zweckmässig halte einen Vertreter des ukrainischen Hilfskomitees als ständiges Mitglied des polnischen Haupthilfsausschusses zu kooptieren. Wir sind aber gerne bereit mit dem ukrainischen Komitee Hand in Hand zu arbeiten, auch gegebenenfalls mit einem Vertreter des ukrainischen Komitees gemeinsame Beratungen zu pflegen.“<sup>686</sup> Diese ablehnende Haltung von polnischer Seite hatte keinen Einfluss. Der *Ukrainische Hauptausschuss* wurde eingerichtet und ein Ukrainer war ständiges Mitglied im *HHÄ*.<sup>687</sup>

Anfang Mai 1940 kam es zu einer Diskussion, dass der *HHÄ* doch nicht zustande kommen sollte, sondern „die drei Hauptausschüsse nötigenfalls zu gemeinsamen Beratungen zusammentreffen“ sollen,<sup>688</sup> was sich jedoch in den endgültigen Fassungen der Gesetzestexte nicht niederschlug. Von polnischer Seite erklärte man sich mit den im Bedarfsfall anzusetzenden Beratungen einverstanden – allerdings nur unter der Voraussetzung, „dass das paritätische Verhältnis von 5 Polen, einem Ukrainer und 1 Juden, Statuten mässig dabei gewahrt sei.“<sup>689</sup> Die Regierung war von dem – wohl zwischenzeitlichen – Plan, keinen übergeordneten Ausschuss zu gründen dagegen schon wieder abgerückt. Man teilte Radziwill mit, „dass das von Ihnen in diesem Schreiben gewünschte paritätische Verhältnis von 5 Polen, 1 Ukrainer und 1 Juden wie verabredet selbstverständlich bei den notfalls erforderlichen Besprechungen gewahrt bleibt. Dieses von Ihnen erwähnte paritätische Verhältnis wird auch in die für diesen Zweck geschaffenen Satzung des

---

eines aus 17 Vertretern polnischer Wohlfahrtsorganisationen bestehenden Beirat vorsieht. Die nunmehr umgearbeiteten polnischen Entwürfe standen auf demselben Standpunkt wie alle bisher polnischerseits vorgeschlagenen, nur sahen dieselben als Territorialorgane ausser den Stadt- und Kreis-Hilfskomitees noch Delegaturen vor, die sich im Bestand von 3 Personen sich an den Sitzen der aufgelösten Kreisen befinden sollten.“

<sup>684</sup> Vgl. ebd., Bl. 8f.

<sup>685</sup> Arlt an RGO (Ronikier), 29.03.1940, AAN, 125/6, Bl. 6.

<sup>686</sup> RGO (Ronikier) an Arlt betr. „Das ukrainische Hilfskomitee“, 03.04.1940, AAN, 125/6, Bl. 3.

<sup>687</sup> Vgl. dazu Statut des Haupthilfsausschusses, Satzung des Ukrainischen Hauptausschuss sowie Geschäftsordnung des Ukrainischen Hauptausschuss.

<sup>688</sup> Wohl Radziwill an Heinrich von BuF, 08.05.1940, AAN, 125/6, Bl. 35.

<sup>689</sup> Ebd.

*Haupthilfssausschusses übernommen werden.*<sup>690</sup> In demselben Monat wurde versucht, die Satzung und die Geschäftsordnung mit der Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ abzustimmen.<sup>691</sup> Zur Wahrung gemeinsamer Belange der drei *Hauptausschüsse* wurde der *HH.A.* – mit der offiziellen Bezeichnung „*Haupthilfssausschuss für die besetzten polnischen Gebiete, Freie Wohlfahrt der Polen, Ukrainer und Juden*“ – am 29. Mai 1940 gegründet. Ihm oblag die richtige Verwendung und Weiterleitung der durch den Beauftragten des DRK vermittelten ausländischen „Liebesgaben“.<sup>692</sup> Der durch den *PHA* berufene Marek Bieberstein vertrat in den Sitzungen die Interessen der jüdischen Bevölkerung.<sup>693</sup> In der Satzung wurde festgelegt, dass die *JSS* eine Geschäftsordnung zu erlassen habe, die der Zustimmung der Zivilverwaltung bedarf.<sup>694</sup> Allerdings erscheint es fraglich, ob die jüdischen Akteure die vorliegende Geschäftsordnung tatsächlich selbst verfassten – im Gegenteil. Sie trägt in hohem Maße die Handschrift der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und da sie stellenweise wortgleich mit den entsprechenden Ordnungen des *Polnischen Hauptausschusses* sowie des *Ukrainischen Hauptausschusses* ist, ist es nahezu sicher, dass dieser Texte aus der Feder der Besatzer stammt.<sup>695</sup>

<sup>690</sup> BuF an Radziwiłł, 10.05.1940, AAN, 125/6, Bl. 32.

<sup>691</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 9–11. „In den ersten Tagen des Mai wurde auf einer Konferenz mit den Herrn Dr. Arlt und Dr. Siebert vereinbart, dass ein gemeinschaftlicher Hauptausschuss bestehen sollte. Dieser Gedanke wurde jedoch fallen gelassen und die drei Ausschüsse sollten je nach Bedarf zu gemeinsamer Beratung zusammentreten, wobei das Verhältnis – 5 Polen, ein Ukrainer und ein Jude eingehalten werden sollte. Auf diese Weise ist der Gedanke des Haupthilfssausschusses entstanden, der den Polnischen, den Ukrainischen und Jüdischen Hauptausschuss zusammenfasste. Im Laufe des Monats Mai wurde trotz der Bemühungen polnischerseits, die Genehmigung der Satzung und der Geschäftsordnung nicht erlangt. Da gerade in dieser Zeit die amerikanischen Spenden anlangten, und die Rückwanderungsaktion sowie die Organisation des Terrains durchgeführt wurden, was alles eine systematische, angestrengte Arbeit erforderte, so wurde indessen am 27. Mai die innere Organisation des Büros des P.H.A. in folgender Weise durchgeführt. Unterdessen hatte Graf Ronikier infolge einer gewissen Meinungsverschiedenheit zwischen dem P.H.A. und den Behörden am 4. Juni 1940 bei denselben ein Schreiben eingereicht, in welchem er den Rücktritt der Mitglieder des P.H.A. mitteilte, mit dem Bemerkten, dass er nicht in der Lage sei, die Geschäfte der Organisation weiter zu führen. Ueber seine Tätigkeit wollte Graf Ronikier dem Aufsichtsrat in Warschau Rechenschaft ablegen, wobei er den Behörden vorschlug, er könne bei den für ihn massgebenden Faktoren den Gedanken der Berufung des P.H.A. in seiner neuen Zusammensetzung anregen. So geschah es auch; von den früheren Mitgliedern traten der Vorsitzende Janusz Radziwiłł, Frau Maria Tarnowska und der Bürodirektor Stefan Łopatto zurück. Am 13. Juni 1940 übersandte die Abteilung Innere Verwaltung dem Grafen Ronikier die Satzung sowie die Geschäftsordnung des Haupthilfssausschusses und des Polnischen Hauptausschusses sowie, die durch die Regierung des Generalgouvernements am 29. Juni 1940 genehmigt worden waren, mit der Einladung, den Vorsitz im Haupthilfssausschuss und im Polnischen Hauptausschuss zu übernehmen. Die durch die Regierung des Generalgouvernements endgültig genehmigten Rechtsgrundlagen bestehen aus drei Teilen, nämlich [sic!] der Satzung des H.H.A., der Satzung des P.H.A. und der Geschäftsordnung des P.H.A. Die Bestimmungen der Satzung des H.H.A. haben die Fragen der Bevölkerungsgruppen auf dem Gebiete der freien Wohlfahrt geregelt. Gemäss §-1 werden der Polnische Hauptausschuss, der Ukrainische Hauptausschuss und die Jüdische Soziale Selbsthilfe zur Wahrung gemeinsamer Belange auf dem Gebiet der freien Wohlfahrt zu dem H.H.A. zusammengefasst. Der H.H.A. hat die Aufgabe, die durch Vermittlung des D.R.K. überwiesenen ausländischen Liebesgaben zu übernehmen, dieselben zweckmässig zu verwenden oder an die Hauptausschüsse weiterzuleiten. Den H.H.A. bilden 5 Mitglieder aus dem Präsidium des P.H.A. und je eines aus dem Präsidium des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe. Die Verwaltungsgeschäfte des H.H.A. werden durch den P.H.A. geführt. Das Verhältnis den Behörden gegenüber wird in §-4 und §-5 geregelt. Die Sitzungen des H.H.A. werden durch den Leiter der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs einberufen. Die Verteilungspläne des H.H.A. bedürfen der Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs und des Beauftragten des D.R.K. beim Generalgouverneur. Die Satzung und die Geschäftsordnung des P.H.A. regeln die Angelegenheiten, die ausschließlich die polnische freie Wohlfahrt betreffen.“

<sup>692</sup> Vgl. HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 30.

<sup>693</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 8.

<sup>694</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 9.

<sup>695</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Geschäftsordnung des Polnischen Hauptausschusses sowie Geschäftsordnung des Ukrainischen Hauptausschusses.

#### I.4.4 Die Satzungen und Geschäftsordnungen

Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ schrieb über den HHA: „*Er ist quasi als eine interparlamentarische Vertretung der drei Volksgruppen (Polen, Ukrainer, Juden) in allen Wohlfahrtsdingen anzusehen, der sich selbst verwaltet.*“<sup>696</sup> Der der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, dem Polnischen sowie dem Ukrainischen Hauptausschuss übergeordneten Instanz gehörten sieben Mitglieder an, von denen fünf Mitglieder des Präsidiums des PHA und je eines Mitglied des UHA sowie eines der JSS sein musste.<sup>697</sup> Die Hauptaufgabe des Ausschusses war es, die durch den Beauftragten des DRK vermittelten „ausländischen Liebesgaben“ zu verteilen beziehungsweise zur Verteilung an die drei Hauptausschüsse weiterzuleiten.<sup>698</sup> Der PHA führte die Verwaltungsgeschäfte des HHA.<sup>699</sup> Die Tätigkeit des Ausschusses war jedoch stark von der Verwaltung des Generalgouvernements abhängig.<sup>700</sup> In den Akten der Besatzer finden sich außerdem Satzungen und teilweise auch Geschäftsordnungen für ein Weissruthenisches Komitee, für ein Russisches Komitee und ein Goralisches Komitee. Ob diese sich wirklich konstituierten oder ob sie nur angedacht waren, konnte auf Basis der Akten nicht nachvollzogen werden, da sich neben den genannten Dokumenten keine weiteren Hinweise – etwa durch Korrespondenz mit den Komitees oder deren Verantwortlichen – finden ließen.<sup>701</sup> Die Satzung der JSS sah vor, dass die Organisationen der freien Wohlfahrt und Fürsorge in der neu gegründeten Organisation zusammengeschlossen werden. Die Zugehörigkeit zur JSS sollte jedoch nicht die Selbstständigkeit der einzelnen Einrichtungen berühren – Satzungen und Vermögensverhältnisse sollten bestehen bleiben.<sup>702</sup> Die JSS sollte ihren Sitz in Krakau erhalten.<sup>703</sup> Laut Satzung hatte der Vorstand eine Geschäftsordnung zu erlassen, die von der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ abgesegnet werden musste.<sup>704</sup> Der neu gegründeten Einrichtung wurden durch die Satzung sieben Hauptaufgaben gegeben: sie sollten 1. die gesamte offene und geschlossene Fürsorge für die jüdische Bevölkerung leisten und dabei alle Organisationen der freien Wohlfahrt im Generalgouvernement zu einheitlich ausgerichteter Arbeit zusammenfassen; 2. allgemeine

<sup>696</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, Zitat: S. 30.

<sup>697</sup> Vgl. Statut des Haupthilfsausschuss für die besetzten polnischen Gebiete, § 2. Die Genehmigungspflicht der Mitglieder durch die deutsche Verwaltung musste nicht gesondert aufgeführt werden, da diese bereits dem Präsidium eines Hauptausschusses angehören mussten und demnach noch die Zustimmung der Besatzer hatten. Vgl. dazu ebd.

<sup>698</sup> Statut des Haupthilfsausschuss für die besetzten polnischen Gebiete, § 3.

<sup>699</sup> Vgl. ebd., § 6.

<sup>700</sup> Vgl. ebd., § 4f.

<sup>701</sup> Vgl. Satzungen des Weissruthenischen Komitees, BAB, R 53 III/6, Bl. 102–104; Geschäftsordnung des Weissruthenischen Komitees, BAB, R 53 III/6, Bl. 105–109; Satzung des Russischen Komitees, BAB, R 53 III/6, Bl. 117–119; Geschäftsordnung des Russischen Komitees, BAB, R 53 III/6, Bl. 120–125 sowie Satzung des Goralischen Komitees, BAB, R 53 III/6, Bl. 126–129. Diese Satzungen liegen entgegen der Satzungen und Geschäftsordnungen des Haupthilfsausschusses und der drei Hauptausschüsse nur als Typoskript und nicht in gedruckter oder veröffentlichter Form vor. Dies legt den Schluss nahe, dass diese Komitees nie eingerichtet wurden bzw. sofern doch, dass die Organisationen eine solch geringe Größe hatten, dass sich ein Druck nicht lohnte.

<sup>702</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

<sup>703</sup> Vgl. ebd., § 2.

<sup>704</sup> Vgl. ebd., § 9.

Wohlfahrtspflege treiben; 3. war sie für die Beschaffung der Mittel für die Fürsorge- und Wohlfahrtstätigkeit zuständig; 4. sollten sie Sach- und Geldspenden an die unterstützungsbedürftige Bevölkerung verteilen; 5. Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen errichten, unterhalten und unterstützen sowie 6. über den Beauftragten des DRK mit ausländischen Wohlfahrtorganisationen zusammenarbeiten.<sup>705</sup> Bei der Einrichtung von Wohlfahrtsanstalten war die *JSS* an die Genehmigung der Regierung gebunden.<sup>706</sup> Der Kern der *JSS* bestand aus einem Präsidium mit sieben Mitgliedern. Darüber hinaus waren weitere Mitglieder als Fördermitglieder zugelassen. Für alle Vorgänge war jedoch die Zustimmung der Hauptabteilung „Inneren Verwaltung“ der Regierung notwendig.<sup>707</sup> Das Präsidium der *JSS* bestand aus einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden, die jedoch von der Regierung bestätigt werden mussten.<sup>708</sup> Die Führung der laufenden Geschäfte sollte – laut Satzung – je nach Bedarf durch einen geschäftsführenden Direktor und weitere Hilfskräfte erfolgen, die durch den Vorstand angestellt werden konnten.<sup>709</sup> Jedes Mitglied des Präsidiums sollte ein eigenes Arbeitsgebiet übernehmen. Neben dem Vorsitz und dem stellvertretenden Vorsitz waren dies das Rechnungswesen, das Gesundheitswesen, die Arbeits- und Wirtschaftshilfe, die Ernährungshilfe sowie die Organisation und Personalfragen.<sup>710</sup> Es sollten monatliche Sitzungen abhalten und ein Rechenschaftsbericht für den abgelaufenen Monat vorlegt werden.<sup>711</sup> Die Sitzungen mussten der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ angekündigt<sup>712</sup> und die Protokolle der entsprechenden Sitzungen im Anschluss an die Verwaltung übermittelt werden.<sup>713</sup> Ebenso musste die *JSS* monatlich einen Tätigkeitsbericht vorlegen und nach Abschluss eines Geschäftsjahres einen Jahresbericht.<sup>714</sup> Zudem erließ die Regierung in einer II. Geschäftsordnung der *JSS*, dass die gesamte Korrespondenz in Abschrift am Tage des Versands an die Abteilung „Innere Verwaltung“ zu senden sei.<sup>715</sup> Neben den schon erwähnten Punkten, die die *JSS* mit der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung abklären musste, war sie in ihrer gesamten Tätigkeit der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ – und hier genauer der Abteilung „Bevölkerungswesen

---

<sup>705</sup> Vgl. ebd., § 3.

<sup>706</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 7.

<sup>707</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5 und § 17.

<sup>708</sup> Vgl. ebd., § 6.

<sup>709</sup> Vgl. ebd., § 7.

<sup>710</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5. An dieser Stelle gibt es eine Abweichung zwischen dem Fragment der Geschäftsordnung, das sich in den Akten der Außenstelle des Bundesarchives Berlin-Lichterfelde findet, und der hier zitierten Fassung aus dem „Volkspolitischen Informationsdienst“. Im Fragment entfällt das Gesundheitswesen und die Arbeits- sowie Wirtschaftshilfe werden in zwei eigene Bereiche aufgeteilt. Vgl. R 52 III/6, Bl. 59f.

<sup>711</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 8.

<sup>712</sup> Vgl. ebd., § 10.

<sup>713</sup> Vgl. ebd., § 11.

<sup>714</sup> Vgl. ebd., § 12.

<sup>715</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

und Fürsorge“ – voll verantwortlich. Bei der Verteilung der Spenden von ausländischen Organisationen war sie zudem auf die Zustimmung des Beauftragten des DRK angewiesen.<sup>716</sup>

Die Finanzierung der JSS sollte zum einen auf der Grundlage von Mitgliederbeiträgen geschehen, zum anderen konnte die JSS staatliche und kommunale Subventionen erhalten oder sich durch Geld- und Sachspenden, Sammlungen, Lotterien und „sonstige Zuwendungen von Lebens oder von Todes wegen“ finanzieren.<sup>717</sup> Die Verantwortlichen der JSS waren bei der Ausgabe der eingeworbenen Mittel nicht frei – sie hatten auch hier Rücksprache mit der Regierung zu halten<sup>718</sup> beziehungsweise für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan vorzulegen.<sup>719</sup> Neben der Zentrale der JSS in Krakau sollte die Organisation am Sitz der Kreis- und Stadthauptleute je nach Bedarf jüdische Hilfskomitees errichten, die aus jeweils fünf Mitgliedern bestehen sollten. Diese Komitees bekamen keine eigenen Rechte zugesprochen, sie handelten im Rahmen der JSS und waren an die Weisungen der Kreis- und Stadthauptleute in ihrem Bereich gebunden.<sup>720</sup> Die Bezeichnung war für das gesamte Generalgouvernement JSS – auch die einzelnen Hilfskomitees trugen diese Bezeichnung mit einem entsprechenden Zusatz.<sup>721</sup> An den Dienstgebäuden sollten Schilder mit dem Namen – in deutscher und in polnischer Sprache – angebracht werden.<sup>722</sup> Die Aufgaben dieser Hilfskomitees waren vielfältig. In der Geschäftsordnung der JSS wurden neun Aufgaben formuliert, die teilweise eher Handlungsanweisungen entsprachen.<sup>723</sup> Druckzeugnisse der JSS mussten vor Drucklegung der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden.<sup>724</sup> Reisen von Mitarbeitern der JSS mussten im Vorfeld bei der Regierung angekündigt werden.<sup>725</sup> Es ist wichtig herauszustellen, dass die JSS zu Teilen auch die Fürsorge für die jüdische Bevölkerung leisten musste. Im Gegensatz zu der Fürsorge der übrigen Bevölkerungsgruppen trugen diese die Judenräte beziehungsweise die Hilfskomitees und nicht der Staat.<sup>726</sup> Die Distriktberater wurden in der Satzung und der eigentlichen Geschäftsordnung der JSS nicht als Bestandteile der Organisation genannt.<sup>727</sup> Allein in der II. Geschäftsordnung wird die Existenz dieser Personen dadurch öffentlich, da für sie darin festgelegt wurde, dass auch sie ihre Korrespondenz in Abschrift der ihnen übergeordneten Stelle vorlegen müssen.<sup>728</sup> Allerdings informierte man über die Funktion der Distriktberater in einer ebenfalls im

<sup>716</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 8.

<sup>717</sup> Ebd., § 10.

<sup>718</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 6.

<sup>719</sup> Vgl. ebd., § 13.

<sup>720</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 12 und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 19.

<sup>721</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

<sup>722</sup> Vgl. ebd., § 2.

<sup>723</sup> Ebd., § 20. Auf die Aufgaben der Hilfskomitees ist in II.2.1 einzugehen.

<sup>724</sup> Vgl. ebd., § 15f.

<sup>725</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>726</sup> Vgl. HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 29.

<sup>727</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>728</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

Jahr 1940 veröffentlichten Schrift der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ – sie firmieren dort als Beiräte bei den Distriktchefs.<sup>729</sup> Dies war in der Geschäftsordnung des *PHA* so vorgesehen,<sup>730</sup> dieser Passus fehlte in der Geschäftsordnung der *JSS*.<sup>731</sup> Mit Ausnahme dieses Paragraphen und jenem in dem festgelegt wurde, dass die *JSS* neben der Wohlfahrt die Fürsorge trug, finden sich in den Satzungen und Geschäftsordnungen keine Unterschiede.<sup>732</sup> Damit war die *JSS* mit den anderen beiden *Hauptausschüssen* zumindest de jure relativ gleichgestellt. Wie die Situation und die Arbeit der *JSS* und auch des *PHA* und des *UHA* de facto aussah und ob es Unterschiede in der Behandlung der einzelnen Gruppen abseits der rechtlichen Regelungen gab, kann in der vorliegenden Arbeit aufgrund anderer Erkenntnisinteressen nicht beantwortet werden. Forschungen dazu stehen noch aus. Es kann jedoch angemerkt werden, dass zwischen den drei Ausschüssen in jedem Fall Unterschiede bestanden haben müssen. Dafür spricht, dass der Vorsitzende des *PHA* zugleich den *HHa* leitete und damit gewisse Privilegien hatte. Zudem waren fünf Mitglieder des aus sieben Mitgliedern bestehenden Präsidiums des *HHa* gleichzeitig Angehörige des Präsidiums des *PHA*.<sup>733</sup> Dem *UHA* räumten die Besatzer in einer gesonderten Ordnung zum kulturellen Leben ferner gewisse Privilegien ein, die in gesonderten Richtlinien geregelt wurden.<sup>734</sup> Die größte Besonderheit, also dass die *JSS* sowohl die Fürsorge als auch die Wohlfahrt übernehmen musste, wurde bereits umseitig ausgeführt.

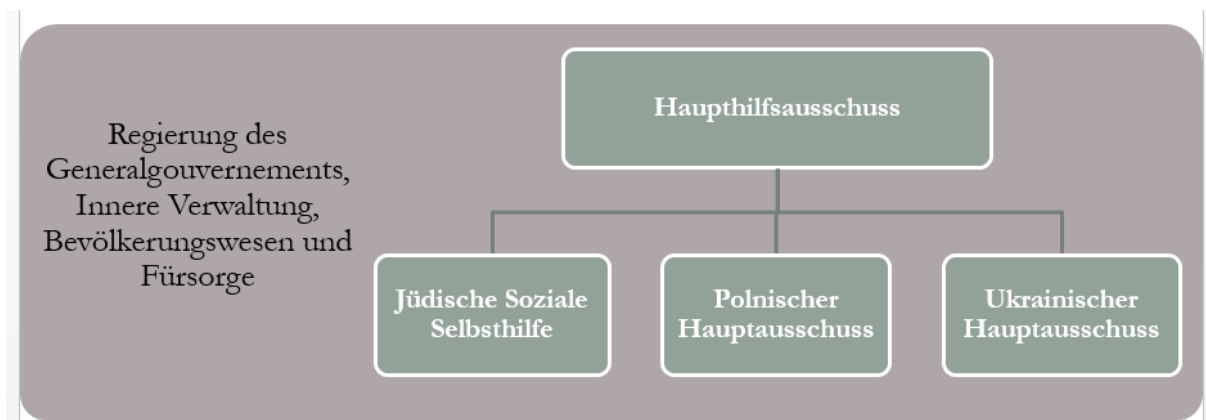


Abbildung 1: Organigramm des Haupthilfsausschusses und der Hauptausschüsse

<sup>729</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 31. Ähnlich formuliert auch in Kanzlei des Generalgouverneurs: Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Band 1: Raumordnung und Aufbau der Verwaltung, Rechtssetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung, BAB, R 52 II/247, Bl. 182 und Bl. 193.

<sup>730</sup> Geschäftsordnung des Polnischen Hauptausschusses, § 20.

<sup>731</sup> Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>732</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe; Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe; Satzung des Polnischen Hauptausschusses; Geschäftsordnung des Polnischen Hauptausschusses; Satzung des Ukrainischen Hauptausschusses sowie Geschäftsordnung des Ukrainischen Hauptausschusses.

<sup>733</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 2.

<sup>734</sup> Vgl. Richtlinien für die Arbeit in ukrainischen Hilfskomitees, in: Volkspolitischer Informationsdienst, S. 129–136.



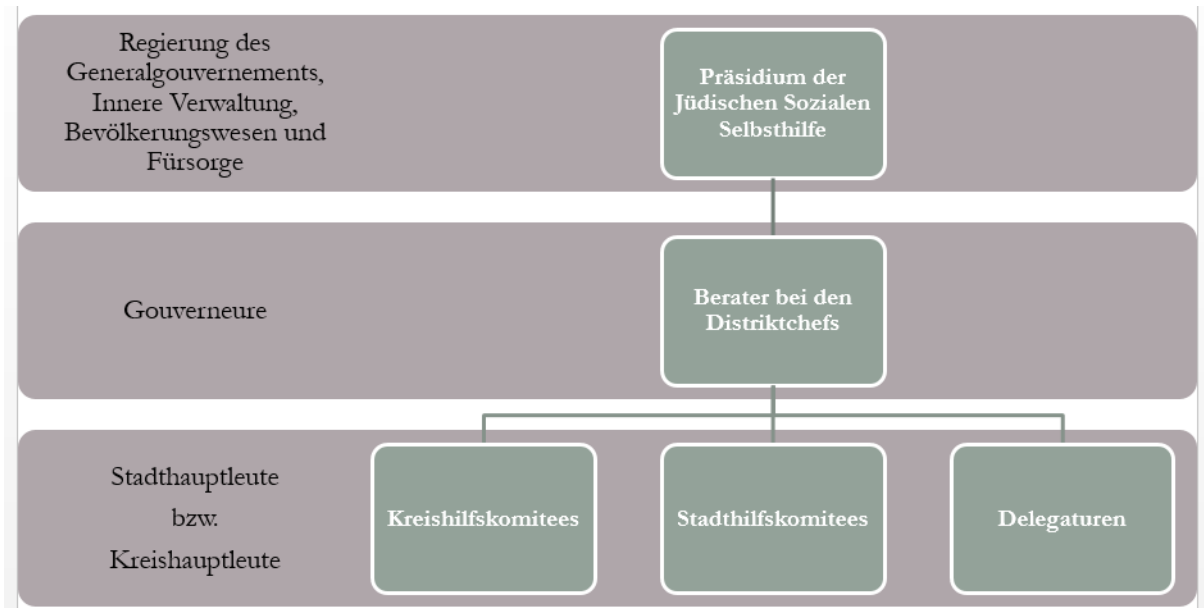


Abbildung 2: Organigramm der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe

Im Laufe des Bestehens der JSS gab es Änderungen an ihrer gesetzlichen Grundlage. Nicht datiert ist eine Änderung des ersten Paragraphen der Satzung der JSS, in deren Kontext zunächst die Vermögenswerte der Vereine klar der jüdischen Organisation zugesprochen werden sollten, dann allerdings eine Streichung eines Satzteils vorgenommen wurde, der dies regeln sollte. Handschriftlich strich man „und die Vermögenswerte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen.“<sup>735</sup> Aus einem Schreiben der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ an die Abteilung „Allgemeine Staatsverwaltung“ geht jedoch hervor, dass diese Änderung im Juli 1942 erfolgt sein muss.<sup>736</sup> Weiterhin änderte man im Zuge dieser Satzungsänderung dann wohl die Abkürzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe auf „J.S.“.<sup>737</sup> Für den Distrikt Galizien ließ sich ausmachen, dass dort auch die Bezeichnung „Jüdische Soziale Hilfe“

<sup>735</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, BAB, R 52 III/6, Bl. 58. Der erste Paragraph der Satzung lautet: „Die Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt werden in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zusammengefasst. Sie verlieren durch ihre Zugehörigkeit zu der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ihre Selbstständigkeit, ihre Satzungen werden aufgehoben und die Vermögenswerte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen.“

<sup>736</sup> Vgl. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „Änderung der Satzungen des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses sowie der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 08.07.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 35. „Bezugnehmend auf Ihr obengenanntes Schreiben teile ich Ihnen mit, dass § 1 der Satzungen des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe wie folgt geändert wurde: und zwar ist der Absatz, ... und die Vermögenswerte dem Polnischen Hauptausschuß übertragen, ... und die Vermögenswerte dem Ukrainischen Hauptausschuß übertragen, ... und die Vermögenswerte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen gestrichen worden.“ Dafür spricht auch: „Zu Ihrer Kenntnisnahme teile ich Ihnen mit, dass auf Grund der Vereinsverordnung vom 23.7.1940 der § 1 der Satzungen geändert werden musste und zwar gelangt der Absatz [...] ... und die Vermögenswerte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen zur Streichung.“ Abschrift BuF betr. „Änderung der Satzung des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 09.07.1942, AAN, 125/1, Bl. 42.

<sup>737</sup> Vgl. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „Änderung der Satzungen des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses sowie der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 08.07.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 35. „Des weiteren wurde in der Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe die in § 1 genannte Abkürzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (J.S.S.) auf J.S. geändert.“

mit der Abkürzung „J.S.H.“ verwendet wurde, was aber – soweit ersichtlich – nie in einem entsprechenden Gesetz, einer Verordnung, Anordnung oder ähnlichem festgehalten wurden.<sup>738</sup> Zudem war bereits im November 1941 eine Satzungsänderung des *HHA* durchgeführt worden, die in Verbindung mit der Angliederung des Distriktes Galizien an das Generalgouvernement zu sehen ist, da die Änderung eine Erhöhung der Anzahl der ukrainischen Mitglieder im Ausschuss zu Folge hatte.<sup>739</sup> Bereits im Februar des Jahres war die offizielle Bezeichnung des Ausschusses geändert worden. Dabei war „*Haupthilfsausschuss für die besetzten polnischen Gebiete*“ in „*Haupthilfsausschuss für das Generalgouvernement*“ geändert worden.<sup>740</sup> Für den dem Generalgouvernement angegliederten Distrikt Galizien übernahm man die bis zu diesem Zeitpunkt getroffenen gesetzlichen Regelungen für das Generalgouvernement.<sup>741</sup> Damit müssten auch die Satzung und die Geschäftsordnung der *JSS* für diesen Bereich übernommen worden sein.

#### I.4.5 Ein jüdischer Vertreter im *Haupthilfsausschuss* (R.G.O.)

Bereits vor dem Erlass von Satzungen und Geschäftsordnungen für den *HHA* gab es eine Organisation, in der polnische und jüdische Vertreter unter dem Namen „*Rada Główna Opiekuńcza*“ – der späteren polnischen Bezeichnung des *PHA* – zusammenarbeiteten. Die Bezeichnung des *Haupthilfsausschuss* nach Erlass der Satzungen und Geschäftsordnungen war im Polnischen „*Naczelna Rada Opiekuńcza*“. Bereits in I.4.3 wurde erwähnt, dass der *PHA* in dem Bericht über die Tätigkeit im ersten Jahr seines Bestehens festhielt, dass es sich bei dieser Sitzung um die erste des *PHA* handelte.<sup>742</sup> Im Kontext der Untersuchung der *JSS* und des damit verbundenen *HHA* muss

<sup>738</sup> Vgl. dazu etwa WEICHERT: Aleinhilf.

<sup>739</sup> Vgl. Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abteilung I Allgemeine Staatsverwaltung an den HHA betr. „*Bevölkerungswesen und Fürsorge*“, 29.11.1941, AAN, 125/1, Bl. 43. „*Die mit Schreiben vom 13. Februar 1941 mitgeteilte Änderung des § 1 der Satzungen des Haupthilfsausschusses gilt sinngemäss auch für die folgenden Paragraphen. Ferner wird der § 2 der Satzungen des Haupthilfsausschusses geändert. § 2, Der Haupthilfsausschuss für das Generalgouvernement besteht aus 7 Mitgliedern, von denen 4 aus dem Präsidium des Polnischen Hauptausschusses, 2 dem Präsidium des Ukrainischen Hauptausschusses und 1 dem Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe angehören.*“ Vgl. dazu auch Jahresbericht PHA 1941/42, Bl. 8. „*Im November 1941 wurde von der Hauptabteilung Innere Verwaltung GG. eine Aenderung der Satzung des Polnischen Hauptausschusses eingeführt. Insbesondere hat §-1 der Satzung des PHA. durch Verfügung vom 26. XI. 1941 [...] folgenden Wortlaut erhalten: ‚Die Organisationen der freien polnischen Wohlfahrt werden in dem Polnischen Hauptausschuss zusammengefasst. Sie verlieren durch die Zugehörigkeit zu dem Polnischen Hauptausschuss ihre Selbstständigkeit, ihre Satzungen werden aufgehoben, die Vermögenswerte dem Polnischen Hauptausschuss übertragen. Gleichzeitig ist durch ein Schreiben mit derselben Bezeichnung aber unter dem Datum v. 29. November 1941 §-2 der Satzung des HHA. geändert worden, der gegenwärtig lautet: ‚Der Haupthilfsausschuss für das Generalgouvernement besteht aus 7 Mitgliedern, von denen 4 dem Präsidium des polnischen Hauptausschusses, 2 dem Präsidium des Ukrainischen Hauptausschusses und 1 dem Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe angehören.‘ Diese Aenderung bezweckte die Vergrößerung der Mitgliederzahl der Ukrainer um eines bei gleichzeitiger Beseitigung eines Polen im Zusammenhang mit der Bindung des Distriktes Galizien und der Erweiterung der Tätigkeit des HHA. und des PHA. auf diesen Distrikt.*“

<sup>740</sup> BuF an HHA betr. „*Änderung des § 1 der Satzungen des Haupthilfsausschusses*“, 11.02.1941, AAN, 125/5, Bl. 30. „*Der § 1 der Satzungen des Haupthilfsausschusses, der Polnische Hauptausschuss, der Ukrainischer Hauptausschuss und die Jüdische Soziale Selbsthilfe werden zur Wabrung gemeinsamer Belange auf dem Gebiet der freien Wohlfahrt zusammengefasst zu dem ‚Haupthilfsausschuss für die besetzten polnische Gebiete Freie Wohlfahrt der Polen, Ukrainer und Juden‘ wird wie folgt geändert: ‚Haupthilfsausschuss für das Generalgouvernement. Freie Wohlfahrt der Polen, Ukrainer, Minderheiten und Juden.*“

<sup>741</sup> Vgl. Sechste Verordnung über die Einführung von Verordnungen im Distrikt Galizien vom 22. April 1942, in: VBI GG, 1942, S. 229f. „*§ 3 Im Distrikt Galizien gilt für die öffentliche Fürsorge von Nichtdeutschen das im Generalgouvernement geltende Recht.*“

<sup>742</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 8.

diese Sitzung allerdings als erste Sitzung des letztgenannten Ausschuss gesehen werden, da hier Polen und ein jüdischer Vertreter zusammensaßen und gemeinsame Belange beziehungsweise ihre Zusammenarbeit besprachen.<sup>743</sup> In dieser Studie soll nur auf die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Belange in den frühen Sitzungen eingegangen werden, da die Tätigkeit des *PHA* zwar ebenso spannend, für die vorliegende Untersuchung allerdings nicht von Relevanz ist. Im Protokoll der ersten Sitzung werden die Mitglieder des Ausschusses auch als solche des *HHÄ* bezeichnet.<sup>744</sup> An diesem Treffen nahm noch kein jüdischer Vertreter teil, allerdings beschlossen die Anwesenden zu Beginn der Sitzung Marek Bieberstein als jüdisches Mitglied in den Ausschuss zu berufen. Bei der späteren Aufgabenverteilung wurde Bieberstein die Aufgabe die jüdischen Interessen in dem Ausschuss zu vertreten übertragen,<sup>745</sup> was nicht wirklich verwundert, da er einzige jüdische Vertreter war. In der konstituierenden Sitzung begannen die Anwesenden bereits mit der Gründung von Hilfskomitees für einzelne Städte, in denen ebenfalls jüdische Vertreter vorgesehen waren.<sup>746</sup> Schon am folgenden Tag trat der *HHÄ* abermals zusammen. Bei dieser Sitzung war Marek Bieberstein bereits als Vertreter der jüdischen Bevölkerung zugegen.<sup>747</sup> Wie aus dem Protokoll hervorgeht, waren die Mitglieder *HHÄ* zu dieser Zeit allerdings noch nicht bestätigt.<sup>748</sup> Zudem wurde in der Sitzung mitgeteilt, dass ein „Beitrag“ für die Stadt Krakau geschaffen worden sei. In diesen sei unter anderem Bernard Willer als Vertreter der jüdischen Bevölkerung gewählt worden,<sup>749</sup> der bereits in der ersten Sitzung für diesen Posten vorgesehen war.<sup>750</sup> Zudem sprach man in dieser zweiten Sitzung des *HHÄ* unter anderem über den prozentualen Schlüssel zur Verteilung der aus dem Ausland ankommenden Spenden: *„Nach dem Dir. Lopatto die Einzelheiten bezüglich des Verteilungs-Schlüssels vorstellte wurde die durchgeführte Verteilung vom Ausschuss gesetzt. Da die prozentuale Zuteilung für die Juden gegenwärtig für die Stadt Warschau für 15 % des Ganzen und für die Stadt Krakau auf 10 % festgestellt wurde, bittet M. Bieberstein in Zukunft das Prozent für Krakau auch bis auf 15 % zu steigern. Der Ausschuss nahm es zur Kenntnis und versprach die Sache in Zukunft zu prüfen. Bezüglich dessen stellt Dir. Lopatto den Antrag M. Bieberstein wolle es unternehmen das prozentige Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur arischen, in einzelnen*

<sup>743</sup> Protokoll der ersten Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 22. Februar 1940 in Krakau, AAN, 125/8, Bl. 1–8.

<sup>744</sup> Ebd.

<sup>745</sup> Ebd.

<sup>746</sup> Ebd. *„Als Vertreter der jüdischen Bevölkerung wurde Herr Abram Gepner, beziehungsweise Herr Jerzy Berland vorgesehen. Den Bestand des Hilfskomitees für Krakau bilden: [...] [a]ls Vertreter der jüdischen Bevölkerung Ing. Bernard Willner.“*

<sup>747</sup> Protokoll der zweiten Sitzung des Haupthilfsausschusses am 23. Februar 1940 um 16 Uhr in Krakau, AAN, 125/8, Bl. 18–26.

<sup>748</sup> Ebd. *„Anknüpfend bat Gf. Ronikier um Beschleunigung der Entscheidung über die Genehmigung des Personenstandes des R.G.O. und zwar der Personen: Fürst J. Radziwiłł, Gf. Ronikier, Gfin. Tarnowska, Moskala, Kulakowski und des Vertreters der jüdischen Bevölkerung Bieberstein.“*

<sup>749</sup> Ebd.

<sup>750</sup> Protokoll der ersten Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 22. Februar 1940 in Krakau, AAN, 125/8, Bl. 1–8.

*Kreisen und Bezirken, in einer Bearbeitung vorzustellen, wozu sich M. Bieberstein bereit erklärte.*<sup>751</sup> Am 7. März 1940 fand die dritte Sitzung des *HHA* statt. In der Sitzung wurden unter anderem die Probleme beim Aufbau des *HHA*, der Besuch einer US-amerikanischen Delegation in Krakau sowie die finanziellen Grundlagen der Arbeit thematisiert.<sup>752</sup> Bei der Besprechung über die finanziellen Grundlagen der Arbeit meldete sich Bieberstein zu Wort und „meint es wäre angeboten sich mit einem Aufrufe an die jüdische Bevölkerung um Spendensammlung zu wenden und äussert die Bestimmtheit, dass die jüdische Bevölkerung diesen Aufruf tatkräftig unterstützen würde. Obwohl viele wohlhabende Mitglieder dieser Bevölkerung materiell sehr gelitten haben, so ist ihre Bereitschaft für Fürsorgezwecke doch bedeutend; der beste Beweis dafür ist die Arbeit der jüdischen Gemeinde, die von Aussen nur sehr geringe Mittel erhielt.“<sup>753</sup> Am 16. März fand die vierte Sitzung des *HHA* statt.<sup>754</sup> In der Sitzung berichtete Bieberstein über den Aufbau der Organisation in Lublin. Für die Stadt seien Marek Alten als Vertreter für die jüdische Bevölkerung und Maurycy Szlaf für den Kreis bestimmt worden.<sup>755</sup> In der fünften Sitzung am 30. März 1940 war kein Vertreter der jüdischen Bevölkerung anwesend und in der Sitzung wurden keine die jüdische Bevölkerung direkt betreffenden Themen behandelt,<sup>756</sup> ebenfalls bei der folgenden Sitzung am 4. April 1940.<sup>757</sup> Dafür, dass sich dieser frühe *HHA* bereits als nicht mehr „volksgruppenübergreifende“ Einrichtung verstand spricht ein Schreiben, das der Ausschuss an die „Hilfsausschüsse“ in den Distrikten verschickte:<sup>758</sup>

„Zwecks Sammlung von zur bildlichen Darstellung des gegenwärtigen Volksfürsorgezustandes in den Gebieten des Generalgouvernements nötigen Materials, zur Orientierung im Gesamtbilde der aktuellen Fürsorgeprobleme und zwecks Feststellung der Höhe, der zur Deckung der dringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung nötigen Mittel, wendet sich der Polnische Haupthilfsausschuss mit der Bitte um möglichst rasche Mitteilung entsprechender Angaben auf dem Gebiete des dortigen Distrikts. [...] Angaben hinsichtlich des Zustandes der freien Fürsorge für die jüdische Bevölkerung werden von den jeweiligen jüdischen Organisationen, laut Muster 1–5, zusammengefasst; diesbezüglich wenden wir uns gleichzeitig an die obgenannten Organisationen durch Vermittlung des Vorstandes der jüdischen Kultusgemeinde und Vertreter der jüdischen Bevölkerung im H.H.A. Herrn Marek Bieberstein. Obwohl jüdische Anstalten vollständiger Kinder, Jugend- und Erwachsenen-Fürsorge in den beiliegenden Formularen eingetragen sind, sollen die Formulare Muster 1 u. 2 für diese Anstalten nicht ausgefüllt werden.“<sup>759</sup>

<sup>751</sup> Protokoll der zweiten Sitzung des Haupthilfsausschusses am 23. Februar 1940 um 16 Uhr in Krakau, AAN, 125/8, Bl. 18–26. Mit „arische Bevölkerung“ ist im Kontext der Erforschung der Shoah im Generalgouvernement die polnisch-nichtjüdische Bevölkerung gemeint. Wenn von „arischer Seite“ die Rede ist, ist damit meist die Welt außerhalb der Ghettos gemeint.

<sup>752</sup> Protokoll der dritten Sitzung des RGO am 7.III.1940, AAN, 125/8, Bl. 34–46.

<sup>753</sup> Ebd.

<sup>754</sup> Protokoll der vierten Sitzung der RGO vom 16. März 1940 um 17 Uhr in Krakau, AAN, 125/8, Bl. 52–58.

<sup>755</sup> Ebd.

<sup>756</sup> Protokoll der fünften Sitzung des RGO am 30. März 1940 um 11 Uhr, AAN, 125/8, Bl. 59–63.

<sup>757</sup> Protokoll der sechsten Sitzung der RGO vom 4. April 1940 um 17 Uhr in Krakau, AAN, 125/8, Bl. 64–70.

<sup>758</sup> Wohl RGO [früher *HHA*] an die Hilfsausschüsse in Krakau, Warschau, Radom und Lublin betr. „Tätigkeit der Volksfürsorge“, 29.04.1940, AAN, 125/139, Bl. 3f.

<sup>759</sup> Ebd. In ähnlicher Weise lautet auch das Schreiben, dass an Marek Bieberstein als Vorsitzenden der „Jüdischen Gemeinde“ in Krakau geschickt wurde. Vgl. RGO [früher *HHA*] an Marek Bieberstein, Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde in Krakau betr. „Tätigkeit der Volksfürsorge“, 06.05.1940, AAN, 125/139, Bl. 5f. Darin findet sich noch der Zusatz: „In Angelegenheit der Vereine bitten wir um Ausfüllen der Formulare Muster Nr. 3 – ebenso bezüglich der jüdischen Komitees und Institutionen die keine Rechtsfähigkeit haben und die in der Kriegszeit für zeitweilige, mit den Kriegshandlungen verbundenen Zwecke,

In einer Sitzung, die im Juni 1940 mit Vertretern des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* in Warschau stattfand, wurde über den Verteilungsschlüssel diskutiert. Dabei sprachen die Anwesenden für die jüdische Bevölkerung über einen Anteil von zehn Prozent an der Gesamtmenge der aus dem Ausland in das Generalgouvernement gelangenden Liebesgaben. Festgehalten wurde, dass die Amerikaner mit einem Anteil von unter zehn Prozent nicht einverstanden wären.<sup>760</sup> Der *HHÄ*, in der Form, in der dieser noch während der Diskussionen über die Satzungen und Geschäftsordnungen tagte, wurde Anfang Juni 1940 umgestaltet. Ob dies auf innere Konflikte oder auf Grund der dann erlassenen Satzung für den Ausschuss zurückzuführen ist, geht aus den vorliegenden Quellen nicht hervor.<sup>761</sup> In der Aufzählung der Mitglieder ist neben polnischen Mitgliedern und Marek Bieberstein, als Vertreter der jüdischen Bevölkerung, erstmals auch ein ukrainisches Mitglied zu finden. Zur Situation der *„jüdischen Wohlfahrt und Fürsorge“* gab die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zu diesem Zeitpunkt an, dass sie sich *„nach unseren Richtlinien“* im Umbau befinde: *„Der vorgesehene Leiter der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Dr. Weichert, ist z.Zt. zu diesbezüglichen Verhandlungen in Krakau.“*<sup>762</sup>

#### I.4.6 Der Name des jüdischen Ausschusses

Auffällig ist die abweichende Benennung des Hauptausschusses, der für die jüdische Bevölkerung auf dem Gebiet des Generalgouvernements zuständig war. Im „Volkspolitischen Informationsdienst“ aus 1940 werden dazu folgende Angaben gemacht: *„Für den jüdischen Bevölkerungsanteil wurde ein anderer Ausdruck gewählt, da die Jüdische Soziale Selbsthilfe außer der Wohlfahrt auch die gesamte offene und geschlossene Fürsorge für Juden betreibt, während bei den Polen und Ukrainern die Fürsorge Aufgabe des Staates bzw. der Gemeinden ist.“*<sup>763</sup> Die Diskussion über den Namen der jüdischen Organisation thematisierte auch Michał Weichert in seinen Schriften. In „Jidische Aleinhilf“ schrieb er, dass die Beibehaltung der Bezeichnung *„Jüdische Soziale Selbsthilfe“* nicht leicht gewesen sei, da die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ für alle drei Ausschüsse die Bezeichnung „Hauptausschuss“ bevorzugte. Die jüdischen Akteure hätten sich energisch dagegen gewehrt, da durch die Beibehaltung des Namens dargestellt werden sollte, dass die Besatzer keine neue Organisation geschaffen hatten, sondern eine bestehende Organisation einem Ausschuss, dem *HHÄ*, unterstellt hätten, die fortan für die Verteilung der aus dem Ausland kommenden Spenden zuständig sein sollte. Zudem habe

---

entstanden sind. Vor Allem kommen hier in Betracht, unter verschiedenen Benennungen errichtete Fürsorge-Komitees für Ausgesiedelte, Flüchtlinge, Obdachlose usw. Schliesslich teilen wir mit, dass wir uns gleichzeitig an die Polnischen Organisationen um Einsendung analogischer Angaben laut Muster 1–3, ausschliesslich für Polnische Bevölkerung gewendet haben.“

<sup>760</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 04.06.1940, AŽIH, Ring II/119.

<sup>761</sup> BuF an das AA, 14.06.1940, PAAA, R 43075. „Ich darf Ihnen bezugnehmend auf unsere Verhandlungen in Warschau mitteilen, dass entgegen den Befürchtungen von Dr. Sanne und so wie ich es Ihnen bereits in Warschau andeutete, der Haupthilfeausschuss für die besetzten polnischen Gebiete, dessen Mitglieder demissioniert hatten, seine Arbeit wieder aufgenommen hat.“

<sup>762</sup> Ebd.

<sup>763</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, Zitat: S. 30. Diese Begründung gab man in dieser Form auch in einem Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement an. Vgl. dazu Bericht Aufbau GG, S. 193.

man damit die Andersartigkeit und Selbstständigkeit unterstreichen wollen. Es sei gelungen und deshalb sei der Name so festgeschrieben worden.<sup>764</sup> Die Diskussionen mit den Besatzern über den Namen wurden bereits in I.4.1 ausführlich dargestellt – aus diesem Grund soll hierauf nicht mehr im Detail eingegangen werden.<sup>765</sup> Die Polen hätten ebenfalls ihren Namen, der bereits im Ersten Weltkrieg geführt wurde, haben wollen – dies sei ihnen jedoch nur für die polnische Bezeichnung zugestanden worden, nicht aber für die deutsche.<sup>766</sup> In „Milchome“ führte Weichert diesen Aspekt aus: Die zentrale Organisation habe man *HHA* nennen wollen und die nationalen Sektoren „*Hauptausschuss*“. Er habe darum gebeten, dass die jüdische Abteilung *Jüdische Soziale Selbsthilfe* heißen dürfe und dafür unterschiedliche Gründe angeführt: Zum einen, dass man damit unterstreichen wolle, dass diese Organisation schon vor der Besetzung der Stadt Warschau gegründet worden und sie ohne Pause tätig gewesen sei; zum anderen, um die jüdische Organisation auch vom Namen her von den anderen beiden Organisationen abzugrenzen. Schließlich weil der Name der Organisation zu ihren Inhalten passen sollte und er sich leicht popularisieren lasse. Dies sei bei dem Namen „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ mit den entsprechenden Abkürzungen gegeben, nicht aber bei „*Jüdischer Hauptausschuss*“.<sup>767</sup> Eine Änderung des Namens „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ erfolgte im Laufe ihres Bestehens nicht.<sup>768</sup> Allerdings gab es nach dem Anschluss des Distriktes Galizien an das Generalgouvernement Diskussionen über den Namen, dieser wurde nicht abgeändert. Im Zuge einer Satzungsänderung<sup>769</sup> wurde im Endeffekt nur die Abkürzung von „*J.S.S.*“ zu „*J.S.*“ gekürzt.<sup>770</sup> Im Distrikt Galizien sah die dortige SS ein Problem darin, dass eine jüdische Organisation in ihrer Abkürzung ein „SS“ trug. Aus diesem Grund kam zum damaligen Zeitpunkt die Forderung auf, die *JSS* umzubenennen. Die Organisation wollte dies auf keinen Fall. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, so Weichert, habe sich nicht auf einen Streit mit der SS einlassen wollen und deshalb eine Änderung des Namens gefordert. Józef Jaszuński habe dann den Vorschlag gemacht, den Namen beizubehalten und lediglich die Abkürzung auf „*J.S.*“ zu ändern, worauf sich die Zivilverwaltung eingelassen hätte,<sup>771</sup> was sich auch in der Satzung niederschlagen sollte.<sup>772</sup> Allerdings konnte keine Satzung ausfindig gemacht werden, in der dies tatsächlich umgesetzt wurde.

---

<sup>764</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 15 oder I.4.1.

<sup>765</sup> Vgl. hierzu I.4.1.

<sup>766</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 15.

<sup>767</sup> Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 74f. Siehe zudem *AŽIH*, 302/25, Bd. 1, S. 78f.

<sup>768</sup> Ob es sich bei dem Übergang von der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* zur *Jüdischen Unterstützungsstelle* um eine Umbenennung oder eine Neugründung einer Organisation handelte, wird in Kapitel III diskutiert.

<sup>769</sup> Auf Änderungen an Satzungen und Geschäftsordnungen wurde in I.4.4 eingegangen.

<sup>770</sup> Vgl. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „*Änderung der Satzungen des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses sowie der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 08.07.1942, Bl. 35.

<sup>771</sup> WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 50.

<sup>772</sup> Vgl. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „*Änderung der Satzungen des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses sowie der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 08.07.1942, Bl. 35.

Die fehlende Umsetzung könnte dadurch zu erklären sein, da keine drei Wochen nach dem Vorschlag dieser Änderung der Abkürzung ein massiver Einschnitt für die JSS anstand: die Besatzer erließen die Verfügung, dass das Präsidium der JSS aufzulösen sei.<sup>773</sup> Für den Distrikt Galizien ließ sich ausmachen, dass dort neben „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ auch die Bezeichnung „*Jüdische Soziale Hilfe*“ mit der Abkürzung „J.S.H.“ verwendet wurde, was – soweit ersichtlich – nie in einem entsprechenden Gesetz, einer Verordnung, Anordnung oder ähnlichem festgehalten wurde.<sup>774</sup> Allerdings muss sich die Diskussion über den Namen doch weitergetragen haben, da beispielsweise Jonas Turkow in seinen Erinnerungen angab, dass in der Abkürzung der JSS „S.S.“ aufgetaucht sei und diese „*heiligen Initialen*“ habe eine jüdische Organisation nicht tragen dürfen. Aus diesem Grund wurde der Namen zunächst in „ZOS“ [Abkürzung für *Żydowska Opieka Społeczna*] für „*Jüdische Soziale Hilfe*“ geändert. Diese Bezeichnung und vor allem diese Abkürzung habe jedoch nicht lange Bestand gehabt, da die Besatzer befürchteten, dass man das „Z“ noch in ein „S“ ändern oder als dieses verstehen könne und sich diese deshalb wie „S.O.S.“ anhören könne. Deshalb sei eine Änderung des Namens der Organisation in Warschau in „*Jüdisches Hilfskomitee*“ mit der Abkürzung „J.H.K.“ erfolgt.<sup>775</sup>

---

<sup>773</sup> Vgl. hierzu III.

<sup>774</sup> Vgl. dazu etwa WEICHERT: *Aleinhilf*.

<sup>775</sup> TURKOW: *Azoi iz es gewen*, S. 61f. Turkow grenzte diese Namensänderungen nicht zeitlich ein. Er nannte aber die Personen, die am Anfang Mitglieder dieses Komitees waren. Darunter befindet sich auch der Name Weicherts mit dem Zusatz, dass dieser dann nach Krakau gegangen sei. Es ist jedoch nicht sicher, ob sich diese Umbenennungen tatsächlich alle vor Weicherts Wahl in das Präsidium der JSS abspielten. Die von Turkow angeführte Anekdote könnte sich allerdings auch nur auf die Stadt Warschau beziehen, da der Name der Organisation dort ohnehin in mehreren Ausführungen kursierte. Auch war Turkow selbst in Warschau tätig und berichtet in seinen Erinnerungen vor allem über die Stadt selbst.

## I. Zwischenfazit

Der Entstehung der *Koordinierungskommission* in Warschau und Weg zur Gründung der Organisation für das gesamte Generalgouvernement – der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* – sowie deren gesetzliche Grundlagen waren der Gegenstand dieses Kapitels. Der Zeitraum erstreckte sich von September des Jahres 1939 bis in den Sommer des Jahres 1940. Die drei zentralen Punkte, die dabei behandelt wurden, waren die „Vorgeschichte“ und die Gründung der *Koordinierungskommission*, die Rolle des Auslands bei der Entstehung sowie der Weg, der zu den gesetzlichen Grundlagen der *JSS* und damit ihrer Gründung führte. Die Schaffung der *Koordinierungskommission* in Warschau ging im Gegensatz zur Etablierung der Judenräte auf eine Initiative jüdischer Akteure der Verantwortlichen der Fürsorgevereine aus der Vorkriegszeit zurück. Zunächst arbeitete die jüdische mit der polnischen Organisation in Warschau – dem *Hauptstädtischen Komitee für Soziale Selbsthilfe* – zusammen, ehe dieses nach der Ankunft der NSV von der jüdischen Organisation abrückte. Die *Koordinierungskommission* änderte ihren Name im Zuge dessen – Ende 1939 oder Anfang 1940 – in *Jüdische Soziale Selbsthilfe*. Ihr Wirkungskreis war aber nach wie vor auf die Stadt Warschau beschränkt. Die Besatzer gründeten erst Ende Mai des Jahres 1940 eine Organisation – die auf Einwirken der jüdischen Akteure ebenfalls den Namen *Jüdische Soziale Selbsthilfe* trug –, die für das gesamte Generalgouvernement zuständig sein und ihren Sitz in Krakau nehmen sollte. Neben der jüdischen Organisation entstand ein *Polnischer Hauptausschuss*, ein *Ukrainischer Hauptausschuss* sowie ein den drei Organisationen übergeordneter *Haupthilfsausschuss*. An den Gesprächen über die Satzungen und Geschäftsordnungen für die Organisationen waren vor allem nichtjüdische Polen beteiligt. Bei gelegentlichen Gesprächen zwischen jüdischen Vertretern und Funktionären der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ wurden Punkte wie die Benennung der jüdischen Organisation oder die Sprache, die diese in ihrer Korrespondenz verwenden durfte, verhandelt. Neben den Angehörigen der *Koordinierungskommission* waren in diesen Prozess auch Judenräte – vor allem die von Warschau und Krakau – eingebunden. Dabei waren in beiden Städten auch parallele Entwicklungen zu beobachten, die mit der Gründung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* in Verbindung standen, wenngleich die Warschauer Entwicklungen vor allem von den jüdischen Fürsorge- und Wohlfahrtorganisationen der Vorkriegszeit ausgingen und von polnischen und jüdischen Akteuren bestimmt waren; die Krakauer Entwicklungen hingegen wohl vor allem von den Besatzern gelenkt waren. Die jüdischen Vereine setzten in dieser Zeit noch relativ unbehelligt ihre Arbeit fort.

Als einer der wenigen Punkte der Satzung des *HH4* wurde als zentrale Funktion in der lediglich sechs Paragraphen umfassenden Satzung festgeschrieben, dass die Funktion des *HH4* es sein sollte, die über den Beauftragten des DRK eingehenden Liebesgaben aus dem Ausland in Empfang zu nehmen und zu verteilen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die NS nachdem vor allem US-



amerikanische ausländische Hilfsorganisationen – wie die *Quäker* oder auch das *Amerikanische Rote Kreuz* – bereits in den Wochen nach dem Überfall auf Polen an das „Auswärtige Amt“ in Berlin herantraten und ihre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Polen anboten. Ihre Spendenbereitschaft knüpften sie allerdings daran, dass die Hilfslieferungen von der Bevölkerung selbst und nicht durch die Besatzer verteilt werden. Aus diesem Grund waren die NS unter Zugzwang und mussten den unterschiedlichen „Bevölkerungsgruppen“ eine Möglichkeit einräumen, diese Spenden an die Bedürftigen zu verteilen. Im Zuge dessen schufen sie den *HHA* sowie die drei unterordneten *Hauptausschüsse*, zu denen auch die *JSS* zählte. Die Schaffung dieser Ausschüsse geschah allerdings nicht aus Nächstenliebe der Besatzer oder der NS im Reich. Im Gegenteil, sie verfolgten mit der Gründung dieser Ausschüsse und vor allem auch der *JSS* ganz eigene Ziele. Sie wollten mit den Organisationen im Generalgouvernement Propaganda betreiben: durch eigene Publikationen, lancierte Presseberichterstattung und auch durch den Kontakt mit den ausländischen Hilfsorganisationen. Dies war aber nicht das einzige Ziel, denn zudem wollten sie durch die Versorgung der Menschen durch Hilfslieferungen aus dem Ausland ihre eigenen Ressourcen sparen und damit durch die Ausschüsse für eine indirekte Versorgung der Deutschen sorgen. Zudem erlangten sie über die ausländischen Hilfsorganisationen Devisen. Durch die Ausschüsse versuchten die Besatzer die „Volksgruppen“ im Generalgouvernement zu beobachten und zu steuern. Ein Ziel der Besatzer war es auch die „Volksgruppen“ im Generalgouvernement voneinander zu trennen – dies geschah zum einen räumlich durch die Einrichtung der Ghettos, zum anderen aber auch durch die Schaffung der nach „Volksgruppen“ getrennten Ausschüsse, da die Besatzer die Gefahr sahen, dass sich die Menschen durch eine gemeinsam betriebene Fürsorgearbeit mit der jeweils anderen Gruppe hätte solidarisieren können. Die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* war für die Besatzer zunächst keine längerfristig angelegte Organisation, da sie zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht wussten, wie das „Judenproblem“ im Generalgouvernement endgültig gelöst werden sollte.



**Aufbau und Tätigkeit/  
Zusammenarbeit und Ziele:**

*Jüdische Soziale Selbsthilfe*

1940–1942

In diesem Kapitel wird die am längsten bestehende Organisation auf allen ihren Ebenen analysiert – der Schwerpunkt ist dabei auf die Tätigkeit des Präsidiums der *JSS* gelegt. Die Untersuchung der Hilfskomitees und Delegaturen erfolgt lediglich in Abhängigkeit zur Tätigkeit ihrer übergeordneten Instanzen, da alles andere im Rahmen dieser Studie nicht möglich gewesen wäre. II.1 widmet sich eingehend dem Präsidium: Ausgehend von der Konstituierung dessen und der Analyse der Mitglieder und Mitarbeiterstruktur (II.1.1) werden der Aufbau und die Gliederung (II.1.2) sowie die Arbeitsbereiche und die Tätigkeit untersucht (II.1.3). Es schließen sich Abschnitte zur Unterbringung (II.1.4) und der Finanzierung (II.1.5) an. In II.1.4 wird dabei die Auswirkung der Einrichtung von Ghettos analysiert, ebenso wie die Verfolgung der Mitglieder und seiner Mitarbeiter sowie andere Hemmnisse der Tätigkeit. In II.1.6 wird die Zusammenarbeit zwischen der *JSS* und den Hilfsvereinen, die bereits in der Vorkriegszeit in Polen tätig waren, untersucht und die nach dem Willen der Besatzer in der neuen Organisation aufgehen sollten. Die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren und der *JSS* wird ebenfalls analysiert (II.1.7). Dies geschieht auf drei Ebenen: dem *HHa* (II.1.7.1), dem *PHA* (II.1.7.2) und auf der Ebene einer einzelnen polnisch-nichtjüdischen Person (II.1.7.2). Die Hilfskomitees und Delegaturen der *JSS* werden ebenso wie die der Distriktberater in II.2 untersucht. Ausgehend von der Konstituierung der regionalen und lokalen Abordnungen (II.2.1) und der Analyse der Sonderrolle der Warschauer Abordnung (II.2.2) werden die Kommunikation zwischen dem Präsidium und den Abordnungen (II.2.3), die Einrichtung der Ghettos und die Auswirkung auf die Tätigkeit (II.2.4) und die Finanzierung (II.2.5) dargelegt. In II.2.6 stehen die Tätigkeit der Distriktberater und der Inspektoren im Mittelpunkt und im Folgenden wird die Zusammenarbeit mit den Judenräten analysiert (II.2.7). Zudem werden die Hilfslieferungen in die Lager analysiert (II.3), wenngleich diese Tätigkeit für die *JSS* nie als offizielle Aufgabe definiert wurde. Zur Auslotung der Handlungsspielräume der jüdischen Akteure wird in II.4 die Tätigkeit der *JSS* in Bezug auf das religiöse Leben der Menschen untersucht. In II.5 wird die Zusammenarbeit der *JSS* mit den Besatzern analysiert werden. Auch die Bedeutung des Auslands wird in diesem Kapitel abermals eine Rolle spielen. Neben einer erneuten Fallstudie zur *Hafip* (II.6.4) wird in diesem Unterkapitel auch intensiv die Rolle der *Comporel* und deren „Inspektionsreisen“ (II.6.5) untersucht. Zudem wird eine Abteilung des Präsidiums – die „Ausländische Verwandtenhilfe“ (II.6.7) – detaillierter betrachtet. Daneben werden das *JDC* (II.6.2), unterschiedliche *Rotkreuzaktionen*, der Kontakt zu Gemeinden sowie Landsmannschaften im Ausland (II.6.6) sowie der Transfer von Geld und Waren (II.6.1) analysiert. Dabei wird auch die Verbindung zwischen der *JSS* und der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* (II.6.3) erforscht.

## II.1 Das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*

Als Sitz der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* legten die Besatzer in der Satzung die Hauptstadt des Generalgouvernements, Krakau, fest,<sup>776</sup> die sie bereits am 4. November 1939 zu ihrem Regierungssitz ernannt hatten.<sup>777</sup> Die Benennung der Organisation sollte ausschließlich für den gesamten Bereich des Generalgouvernements *Jüdische Soziale Selbsthilfe* lauten. Auch die Hilfskomitees sollten diesen Namen als Zusatz tragen, die Abkürzung legte man auf „J.S.S.“ fest.<sup>778</sup> Die Diensträume mussten mit Schildern mit der Bezeichnung in deutscher und polnischer Sprache versehen werden.<sup>779</sup> Sitzungsgemäß hatte die Organisation folgende Aufgaben:

„1. Die gesamte jüdische offene und geschlossene Fürsorge zu betreiben; 2. alle Organisationen der freien Wohlfahrt im Generalgouvernement zu einheitlich ausgerichteter Arbeit zusammenzufassen; 3. allgemeine Wohlfahrtspflege zu treiben; 4. alle Maßnahmen zu treffen, um die zur Errichtung des Satzungszwecks benötigten Mittel zu beschaffen; 5. Sach- und Geldspenden an die unterstützungsbedürftige Bevölkerung zu verteilen; 6. Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen zu errichten, zu unterhalten oder zu unterstützen; 7. die Zusammenarbeit mit ausländischen Wohlfahrtsorganisationen durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete zu pflegen.“<sup>780</sup>

Dabei legten die Besatzer explizit fest, dass diese Aufgaben nur gegenüber der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement beziehungsweise den Menschen, die die NS als Juden und Jüdinnen definierten bestanden.<sup>781</sup> Ihre Tätigkeit übte die JSS mit Unterstützung von Hilfskomitees und Delegaturen<sup>782</sup> aus. Diese Komitees waren durch das Präsidium der JSS zu überwachen und die regionalen und lokalen Einrichtungen waren diesem gegenüber berichtspflichtig.<sup>783</sup> Die JSS unterstand mit allen Abteilungen der Aufsicht der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ innerhalb der Regierung des Generalgouvernements.<sup>784</sup> Für die Sitzungen des Präsidiums der JSS waren gemäss der Geschäftsordnung Einladungen an die Zivilverwaltung zu richten.<sup>785</sup> Über jede Sitzung musste in deutscher und in polnischer Sprache ein Protokoll geführt werden, das in der deutschsprachigen Version an die Aufsichtsbehörde zu senden war.<sup>786</sup> Ähnliche Regelungen gab es für

---

<sup>776</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 2.

<sup>777</sup> MADAJCZYK: Okkupationspolitik, S. 31.

<sup>778</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1. Abweichend von dieser offiziell festgelegten Abkürzung wird – mit Ausnahme der wörtlichen Zitate – in der vorliegenden Studie durchgängig die Abkürzung JSS ohne Punkte Verwendung finden.

<sup>779</sup> Vgl. ebd., § 2.

<sup>780</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>781</sup> Vgl. ebd., § 4.

<sup>782</sup> Die Delegaturen traten erst später als lokale Abordnungen hinzu und wurden aus diesem Grund in der Satzung und der Geschäftsordnung der JSS noch nicht als Einrichtungen dieser geführt.

<sup>783</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 13.

<sup>784</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3 sowie Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 8.

<sup>785</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 10.

<sup>786</sup> Vgl. ebd., § 11.

Monats- und Jahresberichte, die zu festgesetzten Fristen bei der Zivilverwaltung eingereicht werden mussten.<sup>787</sup> Die Kontrolle gipfelte in der Bestimmung, dass das Präsidium der *JSS*, entsprechende Erlasse gab es auch für die Hilfskomitees auf niedrigerer Verwaltungsebene, ihre gesamte Korrespondenz am Tag des Versendens der Aufsichtsbehörde in Abschrift vorlegen musste. Die Korrespondenz durfte in deutscher und polnischer Sprache erfolgen.<sup>788</sup> Das Präsidium musste die Post nach dem Versenden an die Zivilverwaltung weitergeben, was die Arbeit nicht beeinträchtigte, in anderen Fällen mussten Handlungen vor der Ausführung mit den Besatzern abgestimmt werden. So musste zum Beispiel bereits bei der Wahl der Mitglieder der *JSS* eine Zustimmung durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ erfolgen und jede Änderung in der Zusammensetzung bedurfte ebenfalls der Zustimmung.<sup>789</sup> Auch die Einteilung des Präsidiums musste von der Zivilverwaltung genehmigt werden.<sup>790</sup> Ebenso war man bei der Wahl der Angestellten auf die Zustimmung der Zivilverwaltung angewiesen – zudem mussten angestellte Personen Anordnung der Aufsichtsbehörde entlassen werden, sofern ein Angestellter den Vorstellungen der Besatzer plötzlich nicht mehr entsprach.<sup>791</sup> Die Aufsichtsbehörde stellte für die Mitglieder des Präsidiums Lichtbildausweise aus, die ihre Zugehörigkeit zu der Organisation bestätigten.<sup>792</sup> Die Reisen, die Präsidiumsmitglieder und andere Angehörige der *JSS* machten, waren der jeweils übergeordneten Behörde mitzuteilen.<sup>793</sup> In der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ war ein ständiger Delegierter vorgesehen, der die Zusammenarbeit zwischen der freien Wohlfahrt und der staatlichen Fürsorge gewährleisten sollte.<sup>794</sup> Dieser Satz scheint aus der Geschäftsordnung des *PHA* übernommen worden zu sein, denn für die jüdische Bevölkerung gab es nach der Besatzung durch die NS keine staatliche Fürsorge mehr und soweit ersichtlich entsandte das Präsidium einen solchen jüdischen Delegierten nicht. Die gesetzliche Regelung der *JSS* erfolgte – wie bereits in I.4.4 ausführlich dargelegt – am 29. Mai 1940.<sup>795</sup> Im folgenden Abschnitt II.1.1 wird untersucht, wie die Aufstellung des Präsidiums ablief, die im September 1940 in einer konstituierenden Sitzung des Präsidiums endete. Bereits vor der offiziellen Konstituierung des Präsidiums der *JSS* nahmen dessen spätere Akteure die Tätigkeit auf. So begann man bereits im Juli 1940 damit Kleidung und Wäsche für die notleidende Bevölkerung mit Blick auf den kommenden Winter zu besorgen. Dafür erbaten die späteren Mitglieder des Präsidiums bei der Abteilung „Innere Verwaltung“ darum, dass der Einkauf

---

<sup>787</sup> Vgl. ebd., § 12. Darüber hinaus musste die *JSS* Mitteilungsblätter, Pressemeldungen etc. vor der Drucklegung bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zur Genehmigung – oder wohl eher zutreffend: Zensur – vorlegen. Vgl. ebd., § 15f.

<sup>788</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

<sup>789</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5 sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5.

<sup>790</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 6.

<sup>791</sup> Vgl. ebd., § 7.

<sup>792</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 17.

<sup>793</sup> Vgl. ebd., § 3.

<sup>794</sup> Vgl. ebd., § 4.

<sup>795</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

von Stoffen sowohl im Generalgouvernement (wie z.B. in Tomaszów Mazowiecki/Tomaschau) als auch in den dem Reich angegliederten Gebieten (wie z.B. Łódź/Litzmannstadt) ermöglicht werde. Aus diesen Stoffen sollten unter behördlicher Aufsicht und Kontrolle in Werkstätten Kleidungs- und Wäschestücke hergestellt werden. Diese sollten vor allem den Evakuierten und den Flüchtlingen zugutekommen, da diese – so die Argumentation der JSS – solche nicht in genügender Menge mitnehmen konnten oder die vorhandenen Stücke bereits sehr abgetragen seien. Auch die Kinder der Flüchtlinge und Ausgesiedelten seien so schlecht bekleidet und beschuht, dass es ihnen nicht möglich sei in die Kinderküchen und die Zusatzernährungsstellen zu kommen.<sup>796</sup> Am Ende des Schreibens führte die JSS ein Argument an, das auch für ihre spätere Tätigkeit wichtig werden sollte – die Seuchenbekämpfung: *„Besonders ernst wird das Bekleidungsproblem im Angesicht der Massnahmen, die zur Seuchenbekämpfung getroffen werden. Nebst Seife und Desinfektionsmittel sind ofter Wäschewechsel und warme Kleidung die besten Mittel zur Seuchenbekämpfung.“*<sup>797</sup> Doch nicht nur die Versorgung der Menschen mit Kleidung, Wäsche und Schuhen war ein Thema für die noch zu konstituierende JSS, auch mit weiteren Belangen wandte sich das Präsidium an die Regierung, die zuweilen ebenfalls mit der Versorgung der Flüchtlinge zusammenhingen. So argumentierte die JSS in einem Schreiben an die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“, dass es unter den Evakuierten und Flüchtlingen, die sich in verschiedenen Ortschaften des Generalgouvernements befanden, viele gebe, die aus den dem Reich angegliederten Gebieten stammten. Manche von ihnen hätten in ihrer Heimat Vermögenswerte zurückgelassen; ebenso die jüdischen Gemeinden in den von Juden und Jüdinnen verlassenen Orten. Oft befänden sich in den letzteren Fällen die vermögensberechtigten Personen gegenwärtig im Generalgouvernement. Die Evakuierten und Flüchtlinge belasteten die öffentliche Wohlfahrt, die mit großen finanziellen Schwierigkeiten kämpfte, in enormer Weise, so die Argumentation der JSS. Deshalb bat sie die Regierung deshalb darum, dass die Vermögenswerte der Gemeinden und Einzelpersonen der jüdischen Fürsorge zur Verfügung gestellt werden sollten. Der Vorschlag der JSS war, dass die Beträge an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ angewiesen und von dieser an die vom „Amt des Generalgouverneurs ins Leben gerufene Jüdische Soziale Selbsthilfe“ weitergeleitet werden. Diese Gelder würden dann nicht nur den Eigentümern, sondern gerechterweise größeren aus jenen Gebieten stammenden Gruppen zugutekommen.<sup>798</sup> Nicht nur die erst neu im Generalgouvernement Angekommenen partizipierten von der Hilfe in dieser Zeit. Eine Bitte an die Regierung, die einen Bereich der Hilfe betraf der in der späteren Arbeit der JSS

<sup>796</sup> Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „Einkauf von Kleidungsstoffen“, 05.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 5.

<sup>797</sup> Ebd.

<sup>798</sup> Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „Vermögenswerte der evakuierten jüdischen Gemeinden und Privatpersonen“, 05.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 6.

nicht mehr auftauchte, war eine Rechtsberatung für die Hilfesuchenden einrichten zu dürfen. Diese Form der Hilfe sei nachgefragt. Es handelte sich hier meistens um Mietstreitigkeiten und sich aus behördlichen Verordnungen ergebende Verpflichtungen. Es sei allgemein bekannt, dass die Verwaltungsbehörden der Besatzer bis zum Amt des Generalgouverneurs hinauf mit Gesuchen und Eingaben überflutet würden, die manchmal bedeutungslose Bitten enthielten. Die JSS beabsichtigte deshalb den Rechtshilfeapparat in Warschau auszubauen und in den anderen Städten, in denen Hilfskomitees oder Delegaturen entstehen würden, in die Organisation der JSS einzubauen. Dies würde nicht nur für die Betreuten von großer Bedeutung sein, sondern zudem eine fühlbare Entlastung für die Verwaltungsbehörden der Besatzer mit sich bringen. Die Rechtshilfe würde von qualifizierten Personen durchgeführt werden, die von den in Anspruch nehmenden Personen kein Honorar entgegennehmen würden. Die Armen sollten die Rechtshilfe gänzlich unentgeltlich erhalten, von anderen sollten geringe Abgaben zu Gunsten der JSS erhoben werden.<sup>799</sup> Im ersten und letztgenannten Fall der frühen Eingaben kann man erkennen, dass die JSS bei der Argumentation gegenüber der Zivilverwaltung nicht nur auf die Lage der jüdischen Bevölkerung abzielte, sondern auch Belange anführte, die zu einer Entlastung der Besatzungsbehörden führen sollten: zum einen die Unterstützung der Seuchenbekämpfung durch die erbetene Maßnahme und zum anderen eine Entlastung der Behörden, die sich durch eine durch die JSS eingerichtete Rechthilfe mit weniger Anfragen aus der jüdischen Bevölkerung konfrontiert sehen sollten. Dies kann bedeuten, dass die jüdischen Akteure recht schnell die Absichten der Besatzer durchschauten hatten und versuchten, deren Bedürfnisse zu instrumentalisieren – natürlich innerhalb der engen Grenzen, die durch die asymmetrische Machtbeziehung gegeben waren.

Zur Zeit der Konstituierung des Präsidiums der JSS war geplant, dass die Mitglieder an ihrer Binde, die sie zur Kennzeichnung als Jude oder Jüdin im Generalgouvernement ohnehin zu tragen verpflichtet waren, eine Aufschrift anbringen sollten, die verdeutlichen sollte, dass sie der JSS angehören. Die Präsidiumsmitglieder sollten auf der Binde neben dem Namen der Organisation über dem blauen Davidstern in roter Farbe darunter den Zusatz „*Präsidium*“ tragen. Für die Mitglieder der Hilfskomitees sollten über dem Stern der Hinweis „*Jüdisches Hilfskomitee*“ und unter dem Stern der Name der jeweiligen Stadt zu finden sein.<sup>800</sup> Diese abgewandelten Armbinden kamen jedoch nie zum Einsatz, da die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ diesen – soweit ersichtlich – nicht zustimmte.<sup>801</sup> Die Mitglieder der Organisation intendierten damit vermutlich einen direkteren Schutz ihres Lebens. Durch die deutliche Kennzeichnung als jüdische Funktionäre wären sie

<sup>799</sup> Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „*Rechtshilfe für die Betreuten der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 11.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 8.

<sup>800</sup> JSS an BuF betr. „*Aufschrift auf den Judenbinden der Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 11.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 182.

<sup>801</sup> Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.



bei „Aktionen“ in den Ghettos direkt aufgefallen und dadurch temporär geschützt gewesen. Diese These ist allerdings retrospektiv aufgestellt, in Kenntnis dessen, was den Juden und Jüdinnen widerfuhr und als Shoah in die Geschichte eingehen sollte. Unter Umständen war mit den besonderen Armbinden auch rein das Ziel verbunden, dass die Mitarbeiter für ihre Mitmenschen als Angehörige der JSS gekennzeichnet sind, um für Hilfsbedürftige als direkte Ansprechpartner fungieren zu können. Zwar waren den Verantwortlichen der Organisation auf präsidialer Ebene und in einigen regionalen und lokalen Abordnungen die Deportationen und Ermordungen ihrer Mitmenschen schon früh bewusst,<sup>802</sup> inwieweit den Beteiligten allerdings etwa die Existenz der Vernichtungslager und das ganze Ausmass der Katastrophe bekannt war, kann nicht gesagt werden. Spätestens im Jahr 1944, als er untergetaucht war und sich im Versteck aufhielt war Weichert die Shoah mit all ihren Konsequenzen für die Juden und Jüdinnen bekannt. Allerdings schien er schon zu einem früheren Zeitpunkt etwas geahnt zu haben, wie sich aus seinen Aufzeichnungen lesen lässt: Weichert berichtete zunächst belanglos, dass er wegen einer Entzündung der Regenbogenhaut nicht habe lesen können. Als er dann wieder in der Lage gewesen sei, habe er das Buch „Die vierzig Tage des Musa Dagħ“ von Franz Werfel gelesen. Er bezeichnet es als „10 dni MUZY DAGH“:<sup>803</sup> „Es war Franz Werfel: Die zehn Tage des MUSA DAGH. Bei einer Kerze und dann bei einer Karbidlampe verlese ich mich in der Einsamkeit. Die Erzählung über die Vertreibung der Armenier durch die Türken erschütterte mich tief. Die Analogien kamen von allein. Ich spürte jedoch nicht, dass das Wort Fleisch werden und unter uns wohnen sollte.“<sup>804</sup> Der Zeitpunkt der Lektüre ist nicht genau datiert, allerdings schrieb er diese Zeilen im

<sup>802</sup> So informierte der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau, Auerswald, mehrere Kreishauptleute über ein Schreiben, das er von der JSS im Dezember 1941 erhielt. Dieses Schreiben sendete die Delegatur in Sobienie Jeziory an Gustaw Wielikowski und hatte folgenden Wortlaut, der in dem Schreiben an die Kreishauptleute in Übersetzung wiedergegeben wurde: „Mit Rücksicht darauf, daß die Erschießung von Juden, die den jüdischen Wohnbezirk in Sobienie Jeziory verlassen, sich von Tag zu Tag mehren, erlauben wir uns, Sie höflich anzufragen, ob ähnliche Exekutionen auch woanders stattfinden. Wie uns bekannt ist, trifft dies nur auf den Kreis Garwolin zu. Ist eine Intervention möglich, daß die Erschießungen nicht am Feststellungsort stattfinden soll und daß in jedem Einzelfall der Judenrat verständigt wird, da wir bisher nichts über die eigentliche Zahl der Erschossenen und den Ort Ihrer Bestattung wissen?“ Schreiben des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau Auerswald an die Kreishauptleute von Warschau-Land, Minsk, Siedlce und Sokolow-Wegrow, 09.01.1942, APW, Amt des Generalgouverneurs des Distrikt Warschau, Der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk Warschau, Transferrstelle, 482/40, Bl. 24.

<sup>803</sup> An dieser Stelle können nun zwei Gründe für den von dem Original (FRANZ WERFEL: Die vierzig Tage des Musa Dagħ, Berlin 1933.) abweichenden Titel angeführt werden. Der Text Weicherts wurde mindestens zwei Jahre nach der Lektüre aus seiner Erinnerung heraus geschrieben – deshalb könnte es sein, dass er sich nicht mehr exakt an den Titel des Werkes erinnerte. Es könnte aber auch sein, dass im handschriftlichen Original die Zahl nicht gut lesbar war und falsch übertragen wurde.

<sup>804</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 228. „Była to Franciszka WERFLA: 10 dni MUZY DAGH. Przy świeczce a później lampce karbidowej zaczytałem się samotności. Opowieść o wysiedleniach Ormian przez Turków wstrząsnęła mną do głębi. Analogie się same nasuwały. Nie przeczytowałem jednak, że w niedługim czasie słowo stanie się ciałem i zamiesz[a]ł między nami.“ Das Ende der letzten Zeile scheint eine Anlehnung an das Johannesevangelium zu sein, „że w niedługim czasie słowo stanie się ciałem i zamiesz[a]ł między nami.“ „A to Słowo ciałem się stało, i mieszkało między nami“ (Ewangelia Jan 1,14) allerdings findet sich diese Zeile exakt so nur in der Biblia Gdańska, die im Gegensatz zu der Biblia Tysiąclecia weniger gebräuchlich ist. In der deutschen Fassung der Bibel lautet die Zeile „Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns“. (Johannes 1,14). Genau diese Passage findet sich aber auch in einem populären polnischen Weihnachtslied „Bóg się rodzi, moc truchleje“ und dort heißt es in den letzten zwei Versen einer jeden Strophe: „A Słowo ciałem się stało, i mieszkało między nami.“ Vgl. JAREK ZAWADZKI: Selected Masterpieces of Polish Poetry, Seattle 2007, S. 22. Das Zitat zielt wohl nicht auf die Bibelstelle, sondern eher auf das bekannte Weihnachtslied.

direkten Anschluss von einem Ereignis aus dem November 1941, sodass der Schluss nahe liegt, dass es auch etwa zu dieser Zeit gewesen sein muss beziehungsweise er versucht vorzugeben, das Buch zu dieser Zeit gelesen zu haben.<sup>805</sup> Interessant ist die Änderung der Zeiten in dem Zitat aus der Bibel, das aus einem populären polnischen Weihnachtslied oder einem anderen Text stammt, der dieses Bibelzitat aufgreift, dass im letzten Satz angeführt ist: Er schrieb „*dass das Wort Fleisch werden und unter uns wohnen sollte*“. Schaut man in das Originalzitat, so wäre es: „*Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns*“.<sup>806</sup> In der Bibel war das Wort bereits zu etwas geworden, was unter den Menschen war. In Weicherts Zitat, gerade mit den einleitenden Worten „*Ich spürte jedoch nicht*“ und aufgrund der Änderung der Zeiten, wird deutlich, dass er zum Zeitpunkt der Lektüre noch nichts von der massenhaften Tötung der Juden und Jüdinnen durch die Deutschen ahnen konnte. Zwar sah er wohl Analogien, das Ausmaß der Katastrophe konnte er aber zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht absehen. Zudem ist fraglich, ob er das Buch tatsächlich im Jahre 1941 las oder später las und auf das Jahr 1941 rückdatierte, um die Vorahnung dessen, was im Anschluss geschehen und als Shoah in die Geschichte eingehen sollte, konstruieren zu können.<sup>807</sup> Diese Episode dient lediglich zur Verdeutlichung dessen, was den Mitgliedern der JSS über die Verfolgung und Vernichtung der Juden und Jüdinnen bekannt war. Dieses Wissen oder zumindest eine Ahnung dessen was geschah und noch geschehen sollte kann ihre Arbeit geprägt haben und ist bei dem was im Folgenden über die Organisationen und ihre Akteure geschrieben wird zu bedenken.

### II.1.1 Die Konstituierung und die Mitglieder des Präsidiums

Die JSS, respektive das Präsidium dieser, bestand satzungsgemäß aus sieben ordentlichen Mitgliedern. Der Beitritt weiterer Mitglieder war nur mit Zustimmung der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ möglich. Vereine und Verbände konnten lediglich fördernde Mitglieder werden. Der Austritt eines Mitgliedes konnte nur am Ende eines Geschäftsjahres stattfinden und der Ausschluss eines Mitgliedes lediglich mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde oder auf deren Weisung erfolgen.<sup>808</sup> Das Geschäftsjahr begann am 1. April und endete am 31. März des nächsten Jahres.<sup>809</sup> Für diesen Zeitraum wurde jeweils das Präsidium gewählt. Der Vorstand der JSS bestand aus einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden. Die Vorstandsmitglieder waren ebenfalls jeweils für ein Geschäftsjahr aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder zu wählen, wobei diese

---

<sup>805</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 228.

<sup>806</sup> Die Übersetzung vom Polnischen ins Deutsche wurde entsprechend der Bibelübersetzungen vorgenommen, damit in der Übersetzung auch das Zitat aus einem biblischen Text deutlich wird.

<sup>807</sup> Das Buch Werfels wurde bereits in der Zeit zwischen 1942 und 1945 von der jüdischen Bevölkerung – etwa in Bialystok oder Vilnius – rezipiert und ähnlich gedeutet, wie es Weichert (angeblich) 1941 schon getan hat. Vgl. dazu etwa YAIR AURON: *The Banality of Indifference. Zionism and the Armenian Genocide*, New Brunswick 2009, v.a. S. 301–309.

<sup>808</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5.

<sup>809</sup> Vgl. ebd., § 11.

durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ bestätigt werden mussten.<sup>810</sup> Die sieben ordentlichen Mitglieder stellten gemäß der Geschäftsordnung das Präsidium<sup>811</sup> und dabei von den ordentlichen Mitgliedern – also sich selbst – gewählt werden.<sup>812</sup> Durch den Vorstand der JSS war satzungsgemäß eine Geschäftsordnung zu erlassen, die – wie alles andere – von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden musste.<sup>813</sup> Allerdings erscheint es fraglich, ob die vorliegende Geschäftsordnung tatsächlich von den jüdischen Akteuren erlassen wurde – im Gegenteil: Viel wahrscheinlicher ist es, dass diese die Besatzer, eventuell unter Einbezug polnischer Akteure, verfassten.<sup>814</sup> Neben dem Präsidium war in der Geschäftsordnung noch ein Beirat vorgesehen, der sich auf Vorschlag des Präsidiums der JSS und der Aufsichtsbehörde bilden sollte.<sup>815</sup> Hinweise darauf, dass sich ein solcher Beirat de facto konstituierte, finden sich in den Quellen nicht.<sup>816</sup>

Ein Gespräch über die zukünftige Zusammensetzung des Präsidiums zwischen Weichert und Bieberstein fand am 8. Mai 1940 statt und damit noch vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung, allerdings erzielten sie keine Ergebnisse.<sup>817</sup> Die Diskussionen über die Zusammensetzung des Präsidiums setzten sich gut zwei Wochen nach dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung durch die Besatzungsbehörde fort. Der Obmann des Warschauer Judenrates, der, wie bereits gezeigt wurde, auch an den Gesprächen mit den Krakauer Besatzungsbehörden im Zeitraum der Entstehung der Organisation beteiligt war, notierte am 15. Juni 1940 in sein Tagebuch: *„Konferenz in der Gemeinde über die 7 für die JSS in Krakau sowie über Direktiven für die Satzung. N.m. um 6 Konferenz in der Tlomackie-Str. über die JSS. Die Delegation nach Krakau, Weichert und Jaszunski – eine Reihe von Postulaten bezüglich der JSS.“*<sup>818</sup> Eine Woche später schrieb Czerniaków nochmals zu diesem Thema: *„Weichert und Jaszunski sind zurück. Die JSS soll so schnell wie möglich in Gang gebracht werden. In Krakau wird man einige zehntausend Juden aus den jüdischen Wohnvierteln aussiedeln, in das Präsidium der JSS sollen vier Mitglieder aus Warschau gewählt werden (2 werden aus Krakau sein).“*<sup>819</sup> Die Mitglieder des Präsidiums sollten aus unterschiedlichen Distrikten kommen. Im ersten Geschäftsjahr bestand es allerdings lediglich aus solchen aus den Distrikten Warschau und Krakau.<sup>820</sup> Den Warschauer Teil der Mitglieder des Präsidiums der JSS legte man noch im Laufe des Junis 1940 fest:<sup>821</sup> *„Nominierung von*

<sup>810</sup> Vgl. ebd., § 6.

<sup>811</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5 (1).

<sup>812</sup> Vgl. ebd., § 5 (2).

<sup>813</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 9.

<sup>814</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Geschäftsordnung des Polnischen Hauptausschusses sowie Geschäftsordnung des Ukrainischen Hauptausschusses.

<sup>815</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 9.

<sup>816</sup> Vgl. AŻIH, 211 und AŻIH, 211 aneks.

<sup>817</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 08.05.1940, AŻIH, Ring II/118.

<sup>818</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 81.

<sup>819</sup> Ebd., S. 84.

<sup>820</sup> Vgl. etwa AŻIH 302/25, Bd. 1, S. 83.

<sup>821</sup> Ausführliche Kurzbiographien der in der Zeit des Bestehens der JSS tätigen Personen finden sich – genau wie die aller anderen in dieser Arbeit genannten Personen – im Anhang der vorliegenden Studie.

7 Mitgliedern des JSS-Präsidiums in Krakau. Aus Warschau vier: Zabłudowski, Weichert, An[walt] Wielikowski, Jaszunski.<sup>822</sup> Der spätere Vorsitzende Weichert brach, noch vor der Konstituierung des Präsidiums, auf eine Reise durch das Generalgouvernement auf, um für die Einsetzung der regionalen und lokalen Abordnungen zu sorgen.<sup>823</sup> Die Frage des Vorsitzes war zu dieser Zeit noch nicht geklärt. Am 1. Juli vermerkte Czerniaków: „Auf den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz rechne er [Weichert, Anm. A.S.] nicht. Doch andererseits hat Jaszunski seiner Ansicht nach nicht die Qualität dafür.“<sup>824</sup> Jaszunski scheint der Wunschkandidat des Warschauer Obmannes gewesen zu sein, während Weichert einen anderen Kandidaten favorisierte: „Besprechung mit Weichert [...]. Ich dringe darauf, daß Jaszunski Vorsitzender wird. Weicherts Konzeption, daß Gepner es wird, falls Arlt J[aszunski] ablehnt.“<sup>825</sup> Generell scheint die Beziehung zwischen Adam Czerniaków und Michał Weichert – zumindest in dieser Zeit – konfliktär gewesen zu sein. So schrieb Czerniaków etwa am 15. Juli in sein Tagebuch: „Weichert. Nach Mittag eine Besprechung, um W[eichert] zur Ordnung zu rufen. Es endet damit, daß er beleidigt den Saal verläßt.“<sup>826</sup> Allerdings beeinflusste dies die Zusammenarbeit wohl nicht maßgeblich, da zu diesem Zeitpunkt bereits klar war, dass das Präsidium der JSS seinen Sitz in Krakau zu nehmen hatte und Weichert dort ansässig sein sollte. Czerniaków als Obmann des Warschauer Judenrates war nie für einen Posten in der JSS im Gespräch, sodass sich diese Differenzen allenfalls temporär auf die Auswahl der Mitglieder des Präsidiums auswirkten, die allerdings auch von anderen Einflüssen tangiert war. Zu einem späteren Zeitpunkt sandte das JDC aus New York eine Kabelnachricht an seine Abteilung in Krakau, in der angegeben wurde, dass ORT unter der Voraussetzung, dass Jaszunski weiterhin als Leiter der Organisation im Generalgouvernement fungiert weiteres Geld erhalte.<sup>827</sup> Als dieses Telegramm versandt wurde waren der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende bereits gewählt worden. Allerdings kann es sein, dass solche Nachrichten aus dem Ausland die Organisationen bereits vor der Wahl des Präsidiums erreicht hatten, die uns heute nicht mehr überliefert sind. Aus diesem Grund kann nur die These aufgestellt werden, dass bei der Festlegung der Führungsspitze der JSS unter Umständen auch Einfluss aus dem Ausland eine Rolle spielte.

In „Jidische Aleinhilf“ führte Michał Weichert aus, dass nach dem Erhalt der Satzungen und Geschäftsordnungen in Warschau eine Versammlung mit 20 Teilnehmern einberufen wurde, die unterschiedliche politische und religiöse Richtungen in der jüdischen Gesellschaft vertraten sowie

<sup>822</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 84.

<sup>823</sup> Ebd., S. 88.

<sup>824</sup> Ebd.

<sup>825</sup> Ebd., S. 89.

<sup>826</sup> Ebd., S. 93.

<sup>827</sup> Telegramm wohl JDC, New York an das JDC, Krakau, 07.11.1940, AŻIH, 210/128, Bl. 3.

die zentralen Organisationen repräsentierten.<sup>828</sup> Es seien insgesamt zwei Sitzungen abgehalten worden, bei denen man sich unter anderem über die Zukunft und die Ausgestaltung der *JSS* verständigt habe. Konsens sei gewesen, dass die in der Vorkriegszeit tätigen Organisationen unter dem Dach der *JSS* vereint werden sollten, um sie unter anderem vor dem Zugriff der Gestapo zu schützen.<sup>829</sup> Ähnlich beschrieb Weichert die Situation nach der gesetzlichen Regelung der Wahl des Präsidiums in „Milchome“. Interessant und Hervorhebens wert ist hier insbesondere ein Punkt: Bei den Sitzungen wurden unterschiedliche Angelegenheiten diskutiert – etwa auch, ob sich Juden und Jüdinnen an einer solchen Organisation, die Regeln durch die Besatzer auferlegt bekam, beteiligen dürften. Die Anwesenden seien diesbezüglich zu dem Schluss gekommen, dass man sich zum Schutz der jüdischen Bevölkerung sowie der bestehenden jüdischen Vereine beteiligen müsse.<sup>830</sup> Weiterhin sei bei diesen Sitzungen beschlossen worden, dass in das Präsidium vier Mitglieder aus Warschau und drei aus Krakau berufen werden sollten. Die Vorsteher der anderen beiden Distriktstädte, Radom und Lublin, sollten später einbezogen werden. Beratend sollten sie allerdings, wie es in der Geschäftsordnung bereits vorgesehen war, schon vorher tätig sein.<sup>831</sup> Die Diskussionen führte man nicht nur, wie Czerniaków bereits notierte, intern in Warschau, es fanden in dieser Zeit ebenso Reisen einer Delegation nach Krakau statt.<sup>832</sup> Bei einer Sitzung am 17. Juli 1940 wurden die Warschauer Mitglieder des zukünftigen Präsidiums der *JSS* schriftlich festgehalten. Nominiert waren Jaszuński, Zabłudowski, Wielikowski und Weichert.<sup>833</sup> Über die Mitglieder des Präsidiums konferierten die jüdischen Akteure auch in der Folgezeit noch mit der Regierung.<sup>834</sup> Bereits Anfang Juli lag dem Beauftragen des „Auswärtigen Amtes“ eine Liste der Mitglieder der *JSS* vor. Genannt wurde Bieberstein, als jüdischer Vertreter im *HH4*,<sup>835</sup> und als Mitglieder der *JSS* Hilfstein, Jaszuński, Tisch, Weichert, Wielikowski, Zabłudowski und ebenfalls Bieberstein.<sup>836</sup> Die Diskussionen über die Bestellung einzelner Mitglieder in das Präsidium der *JSS* sind in den Quellen nicht sehr dicht belegt, da viele der Verhandlungen wohl mündlich geführt wurden und keine Protokolle oder Gesprächsnotizen angefertigt wurden. Aus diesem Grund kann über die konkreten Gründe für die Auswahl einzelner Mitglieder nur spekuliert werden. Jedoch ist einer der Gründe für eine bestimmte Verteilung der Mitglieder im Präsidium belegt und wurde auch schon angesprochen: Die

<sup>828</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 16f.

<sup>829</sup> Vgl. ebd.

<sup>830</sup> Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 76.

<sup>831</sup> Vgl. DERS.: *Aleinhilf*, S. 17.

<sup>832</sup> Vgl. etwa CZERNIAKÓW: *Im Warschauer Ghetto*, S. 94.

<sup>833</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 17.07.1940, AŽIH, Ring II/119.

<sup>834</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 19.07.1940, AŽIH, Ring II/119.

<sup>835</sup> Auf die Mitglieder im *HH4* wird in I.7.1 noch genauer eingegangen werden.

<sup>836</sup> Beauftragter des AA beim Amt des Generalgouvernements an das AA betr. „*Gründung des Haupthilfsausschusses für die besetzten polnischen Gebiete*“, 08.07.1940, PAAA, R 43075.

Mitglieder sollten aus unterschiedlichen Distrikten kommen. Demnach musste die Distriktzugehörigkeit der potentiellen Präsidiumsmitglieder ein Kriterium bei der Auswahl sein.<sup>837</sup> Weitere Kriterien für die Auswahl wurden nicht genannt. Auffällig ist bei vielen späteren Mitgliedern, dass sie einen Teil ihrer schulischen oder universitären Ausbildung in deutschsprachigen Ländern verbrachten. Jaszuński etwa studierte für zwei Semester in Charlottenburg (Berlin) und legte in der Zwischenkriegszeit einige Übersetzungen aus dem Polnischen ins Deutsche vor.<sup>838</sup> Zabłudowski hatte die Realschule in Frankfurt am Main besucht.<sup>839</sup> Der spätere Vorsitzende Weichert hatte Teile seiner Studienzeit in Wien und Berlin verbracht<sup>840</sup> und bereits während des Ersten Weltkrieges bei der deutschen Presseverwaltung, einer Angabe zufolge im besetzten Warschau, gearbeitet.<sup>841</sup> Für Michał Weichert, den man zum Vorsitzenden der Organisation wählte, hielt Tadeusz Pankiewicz in seinen Erinnerungen fest: „*Wahrscheinlich gab es niemanden im Ghetto, der so mit den Deutschen reden konnte wie Dr. Weichert. Er kannte sie ausgezeichnet, er kannte ihre Mentalität und ihre Gedankengänge.*“<sup>842</sup> Demnach lagen bei mindestens drei Mitgliedern des neugegründeten Präsidiums sehr gute Deutschkenntnisse durch eine Ausbildung im deutschsprachigen Raum vor. Die Beherrschung der deutschen Sprache als Voraussetzung für ein höheres Amt in einer der Hilfsorganisationen – sei es für die *JSS* oder für den *PHA* – wurden auch an anderer Stelle formuliert. Für Karolina Lanckorońska beispielsweise, die unter anderem für den *PHA* tätig war, galt, dass sie für ihre Tätigkeit fließend Deutsch sprechen musste.<sup>843</sup>

Die Namen der gewählten Mitglieder des Präsidiums mussten entsprechend der gesetzlichen Grundlagen der *JSS* der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zur Bestätigung vorgelegt werden. Weichert schrieb dazu, dass man Anfang Juli 1940 die Namen zu diesem Zweck eingereicht habe. In diesem Monat und ebenso im August sei eine Bestätigung nicht erfolgt, jedoch sei der Vorschlag auch noch nicht abgelehnt worden. Dies habe das Präsidium einige Zeit davon abgehalten Abteilungen zu gründen. Da man allerdings nicht länger habe warten wollen, sei für den 5. September 1940 die erste Sitzung des Präsidiums der *JSS* angesetzt und als erste Punkte die vorläufige Wahl der „Exekutive“ und die vorläufige Verteilung der Arbeitsbereiche auf der Tagesordnung gesetzt worden. Zwei Tage vor der Sitzung habe die Aufsichtsbehörde das Präsidium

<sup>837</sup> Vgl. etwa AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 83.

<sup>838</sup> APW, Stadthauptmannschaft Warschau/14, Bl. 10.

<sup>839</sup> Ebd., Bl. 26.

<sup>840</sup> Vgl. dazu v.a. WEICHERT: Galitsie, Win, Berlin.

<sup>841</sup> Vgl. Einträge zu Weichert, in: Jüdische National-Biographie sowie Leksikon fun der neier jidischer literatur. In einem Artikel im Gedenkbuch seiner Geburtsstadt schrieb man über ihn „[...] where he also worked as an Austrian assistant in the Newspaper Science Institute at the German Press Committee.“ Gedenkbuch der Stadt Podhajce (Übersetzung ins Englische von JERROLD LANDAU), auf: <<http://www.jewishgen.org/yizkor/Podhajce/Podhajce.html>> (08.05.2012). Genauere Angaben dazu sind leider nicht zu finden.

<sup>842</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 66.

<sup>843</sup> Vgl. etwa LANCKOROŃSKA: Mut ist angeboren, S. 77. Sie wurde im *PHA* die Beauftragte für die Gefangenenfürsorge. Vgl. hierzu auch II.7.2. Für ihr Amt formulierte sie als eine der Voraussetzungen: „[...] sie muß fließend Deutsch sprechen.“ Ebd.

schließlich bestätigt.<sup>844</sup> Die Aufgabenbereiche, die die Präsidiumsmitglieder zu übernehmen hatten, legten die Besatzer bereits in der Geschäftsordnung fest. Diese waren: 1.) Vorsitzender, 2.) stellvertretender Vorsitzender, 3.) Rechnungswesen, 4.) Gesundheitswesen, 5.) Arbeits- und Wirtschaftshilfe, 6.) Ernährungshilfe sowie 7.) Organisation und Personalfragen. Dabei sollten sich die einzelnen Mitglieder vor der Verwaltung der Besatzer für ihr Arbeitsgebiet verantwortlich zeigen.<sup>845</sup> Zudem musste eines der Präsidiumsmitglieder die jüdischen Interessen im *HH4* vertreten. Diese Aufgabe nahm als gewähltes Mitglied regelmäßig Chaim Hilfstein wahr.<sup>846</sup> Gelegentlich vertrat Michal Weichert die jüdischen Interessen in den Sitzungen des übergeordneten Ausschusses.<sup>847</sup>

Bei der ersten Sitzung des Präsidiums der *JSS* waren Bieberstein, Hilfstein, Jaszuński, Tisch, Weichert und Wielikowski anwesend. Zabłudowski war entschuldigt, da er zu diesem Zeitpunkt im Auftrag des Warschauer Judenrates die Arbeitslager im Distrikt Lublin bereiste.<sup>848</sup> Auf Antrag von Tisch wählte man in dieser Sitzung Weichert einstimmig zum Vorsitzenden.<sup>849</sup> Weichert beantragte Jaszuński zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen; auch dies wurde einstimmig angenommen.<sup>850</sup> Der neue Vorsitzende schlug folgende Arbeitseinteilung vor, die die Anwesenden ebenfalls einstimmig annahmen: Bieberstein sollte für das Rechnungswesen zuständig sein, Hilfstein für das Gesundheitswesen, Jaszuński für die Arbeits- und Wirtschaftshilfe, Wielikowski für die Ernährungshilfe, Tisch für die Organisation und Personalfragen sowie der abwesende Zabłudowski für die Kinder- und insbesondere Waisenfürsorge.<sup>851</sup> Mit Schreiben vom 21. September 1940 bestätigte die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Weichert als Vorsitzenden und Jaszuński als stellvertretenden Vorsitzenden.<sup>852</sup> Ob eine Zustimmung der Regierung zu den einzelnen Zuständigkeitsbereichen der bereits von der Aufsichtsbehörde akzeptierten Mitglieder innerhalb des Präsidiums erfolgte, ist nicht belegt.<sup>853</sup>

Im Laufe des Bestehens der *JSS* änderte sich die Zusammensetzung des Präsidiums mehrmals. Man wählte die Mitglieder des Präsidiums *de jure* nur für ein Geschäftsjahr und deshalb war in

<sup>844</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 21 oder auch DERS.: *Milchome*, S. 79–91 sowie AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 89f., 98. In „*Milchome*“ wurde ein abweichender Zeitpunkt für die Übergabe der Liste an Arlt mit Juni 1940 angegeben. Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 79.

<sup>845</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 5 (1).

<sup>846</sup> Vgl. etwa BuF betr. „*Jüdischer Vertreter im Haupthilfsausschuss*“, 23.10.1940, AAN, 125/1, Bl. 27 oder auch HHA an Chaim Hilfstein, 31.10.1940, AAN, 125/1, Bl. 25.

<sup>847</sup> Vgl. etwa Protokoll der Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 19. Oktober 1940, AAN, 125/4 oder auch Protokoll der Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 17. September 1940, ebd.

<sup>848</sup> Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>849</sup> Ebd.

<sup>850</sup> Ebd.

<sup>851</sup> Ebd.

<sup>852</sup> Abschrift BuF (Heinrich) an JSS betr. „*Wahl des Vorstandes*“, 21.09.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 3.

<sup>853</sup> Vgl. AŽIH 302/25, Bd. 1, S. 98.

jedem Jahr Ende April neu zu entscheiden, ob die Mitglieder im Amt bleiben oder ob neue Mitglieder gewählt werden sollten.<sup>854</sup> Eine solche Nachwahl von neuen Mitgliedern war von Beginn an intendiert, da im ersten Präsidium lediglich Mitglieder aus den Distrikten Warschau und Krakau vertreten waren – vorgesehen war jedoch ein Mitglied aus jedem Distrikt.<sup>855</sup> Damit war schon bei der ersten Wahl der Mitglieder beabsichtigt, dass nach einem Jahr eine Neuwahl, zumindest einiger Mitglieder des Präsidiums, stattfinden sollte. Allerdings schieden dann schon sehr früh erste Mitglieder aus dem Präsidium aus, sodass bereits in den ersten Monaten Nachwahlen stattfinden mussten. So ersetzte man bereits im Oktober 1940 Marek Bieberstein, der auch Vorsitzender des Krakauer Judenrates war, durch Juda Zimmermann, der bereits als Berater des Distriktchefs Krakau fungierte.<sup>856</sup> Als erstes Mitglied aus einem anderen Distrikt neben denen aus Warschau und Krakau wurde im Mai 1941 Marek Alten gewählt. Er wohnte in Lublin, hatte sich als Berater seitens der JSS beim Chef des Distrikts bewährt und damit bereits vor seiner Wahl mit dem Präsidium zusammengearbeitet.<sup>857</sup> Zu diesem Zeitpunkt schied Juda Zimmermann als Mitglied des Präsidiums wieder aus.<sup>858</sup> Nicht zuletzt durch den Anschluss des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement war eine weitere Nachwahl eines neuen Präsidiumsmitgliedes notwendig geworden, sodass auch aus diesem Distrikt ein Vertreter in der Leitungsebene der JSS anwesend war. Zudem machte der Tod einzelner Mitglieder außerordentliche Nachwahlen erforderlich. So verstarb beispielsweise Zabłudowski im Januar 1942.<sup>859</sup> Als Ersatz und da ohnehin noch ein Mitglied aus dem Distrikt Galizien fehlte, wurde Leib Landau nachgewählt.<sup>860</sup>

Ein Ziel, das die Mitglieder des Präsidiums mit ihrer Tätigkeit in der Organisation verfolgten, kommt in einem Rundschreiben, das die JSS kurz nach der Konstituierung an die im Entstehen begriffenen Hilfskomitees sandte, sehr gut zum Ausdruck. Das Präsidium schrieb, dass es das Ziel der Hilfskomitees wie auch der gesamten Organisation sei, großen Gruppen jüdischer Schützlinge Hilfe zu leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die Hilfskomitees ihre Verwaltungsaufgaben auf ein Minimum begrenzen, ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausführen, sich um kostenloste Büro-

---

<sup>854</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>855</sup> Vgl. etwa AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 83.

<sup>856</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Wahl eines Mitglieds des Präsidiums“, 25.10.1940, AŽIH, 211 aneks/24, Bl. 259.

<sup>857</sup> JSS an BuF betr. „Bestimmung eines neuen Mitglieds des Präsidiums“, 20.05.1941, AŽIH, 211 aneks/43, Bl. 84.

<sup>858</sup> Vgl. hierzu Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17 sowie Protokoll der VIII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 18. Juli 1941, YVA, O.21/18, Bl. 23–26.

<sup>859</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „Ableben von Beniamin Zabłudowski“, 08.01.1942, AŽIH, 211 aneks/65, Bl. 432. „Hiermit gestatten wir uns mitzuteilen, dass in der Nacht vom 3. auf den 4. Januar l.J. das Mitglied des Präsidiums Beniamin Zabłudowski in Warschau plötzlich verstorben ist.“ Vgl. auch CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 214.

<sup>860</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 17.



räume bemühen und nur in Ausnahmefällen mit Zustimmung des Präsidiums Bürokräfte einstellen.<sup>861</sup> Dieses übergeordnete Ziel – das Hilfeleisten für die Ärmsten der Armen in der jüdischen Bevölkerung – war bereits eines der Hauptziele der *Koordinierungskommission*. Ein weiterer Punkt, der bereits bei den in Kapitel I behandelten Gesprächen zwischen Michał Weichert und den Besatzern immer wieder zum Ausdruck kam, war der Schutz der eigenen Lebens durch Ausweise.<sup>862</sup> Bereits in der Geschäftsordnung der JSS war festgelegt, dass die Präsidiumsmitglieder einen Lichtbildausweis erhalten sollten, der ihre Zugehörigkeit zur der Organisation bestätigte.<sup>863</sup> Eine Kennzeichnung der Mitglieder durch eine Armbinde, ein Abzeichen oder ähnliches war jedoch untersagt.<sup>864</sup> Wenngleich, wie dargelegt, nach der Einrichtung des Präsidiums der JSS einen Versuch unternommen wurde die gesonderte Kennzeichnung der Mitglieder und Mitarbeiter des Präsidiums sowie der Hilfskomitees zu erlangen.<sup>865</sup> Dies hätte ihnen unter Umständen einen weiteren beziehungsweise direkteren Schutz vor Deportationen geben können. Allerdings waren die Mitglieder und Mitarbeiter des Präsidiums der JSS nicht auf Dauer durch ihre Ausweise geschützt. Bereits Ende 1940 zeigte sich, wie schnell man die schützenden Dokumente verlieren konnte. Artur Bieberstein, der zu dieser Zeit in der Arzneimittelverteilungsstelle der JSS ehrenamtlich tätig war, entzogen die Besatzer im Dezember 1940 den Ausweis, der ihn von der der Aussiedlung zurückstellte.<sup>866</sup> Die Mitglieder des Präsidiums hatten allerdings auch den Schutz der Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen im Blick und wollten diese ebenfalls vor Zwangsarbeit und Deportation schützen.<sup>867</sup> In der Zeit, in der das Präsidium der JSS konstituiert war und sich neben den Büroräumen auch Wohnräume in dem Gebäude der JSS befanden, baten die Verantwortlichen der JSS zudem für die gesamten Räumlichkeiten der JSS – inklusive der Wohnräume der Krakauer Mitglieder, die nicht in dem Gebäude wohnten – um Schutz bei der Aufsichtsbehörde.<sup>868</sup> Außerdem umgingen die Akteure der JSS durch die Tätigkeit in der Organisation zur Zwangsarbeit eingezogen zu werden.<sup>869</sup> Dies galt nicht nur für die Mitglieder des Präsidiums, sondern auch für die Angehörigen des JDC und die Mitarbeiter beider Einrichtungen.<sup>870</sup>

<sup>861</sup> Rundschreiben Nr. 7 betr. „rozpoczęcia działalności Żydowskich Komitetów Opiekunów Miejskich i Powiatowych“, 23.09.1940, AŻIH, 211/4, Bl. 29f.

<sup>862</sup> Vgl. hierzu Kapitel I.

<sup>863</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 17.

<sup>864</sup> Vgl. ebd., § 18.

<sup>865</sup> JSS an BuF betr. „Aufschrift auf den Judenbinden der Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 11.09.1940, AŻIH, 211 aneks/22, Bl. 182.

<sup>866</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Aufenthaltsbewilligung für Mgr. Artur Bieberstein“, 02.12.1940, BJ, 45/97.

<sup>867</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Ausweise für die Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 21.09.1940, AŻIH, 211 aneks/22, Bl. 56, 59.

<sup>868</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Wohnungsschutz fuer die Bueroraume und Krakauer Mitglieder des Praesidiums der Juedischen Sozialen Selbsthilfe“, 13.09.1940, AŻIH, 211 aneks/22, Bl. 131.

<sup>869</sup> Abschrift Bescheinigung an BuF, 29.04.1941, AŻIH, 211 aneks/39, Bl. 17. „Dr. Gamsej Wielikowski, Mitglied des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ist von dem Heranziehen zur Zwangsarbeit freigestellt.“

<sup>870</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Freistellung der Mitglieder der JSS von der Arbeitspflicht beim Schneeräumen“, 08.01.1941, AŻIH, 211 aneks/28, Bl. 128f.

## II.1.2 Der Aufbau und die Gliederung des Präsidiums

Im ersten Jahresbericht gab das Präsidium der JSS an, dass direkt nach der Bestätigung der Mitglieder durch die Regierung am 5. September 1940 die Wahl des Vorstands und die Einteilung der Referate im Präsidium erfolgten.<sup>871</sup> Eine erste Aufteilung der Aufgabenbereiche war, wie bereits dargelegt, in der ersten Sitzung des Präsidiums vorgenommen worden.<sup>872</sup> Im April 1941 legte die JSS der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ „die Einteilung der Agenden des Präsidiums der J.S.S. in Abteilungen und Unterabteilungen mit der ergebenen Bitte um Genehmigung“ vor.<sup>873</sup> Diese Einteilung enthielt im Gegensatz zu dem unten aufgeführten Organigramm in Abteilung III „Versorgung“ die Unterabteilung „Sanitäre Betreuung“. Die Abteilung VII „Sanitäts- und hygienische Betreuung“ fehlte dagegen vollständig.<sup>874</sup>

### **I. Allgemeine und organisatorische Angelegenheiten**

1. Allgemeine Angelegenheiten
2. Hilfskomitees und Delegaturen
3. Personal Angelegenheiten
4. Archiv

### **II. Finanzen und Buchführung**

1. Beschaffung von Mitteln
2. Budget und Buchführung
3. Kasse
4. Einkäufe und Transport
5. Kontrolle

### **III. Versorgung**

1. Bespeisungshilfe
2. Zuteilungen von Sachen
3. Hilfe für Vertriebene
4. Rechtliche Hilfe
5. Hilfe von ausländischer Verwandtschaft

### **IV. Arbeitshilfe**

1. Hilfe durch Arbeit
2. Professionelle Umschulung und Bildung

### **V. Wirtschaftliche Hilfe**

1. Wirtschaftliche Hilfe
2. Wohltätigkeitskasse

### **VI. Kinder- und Jugendhilfe**

1. Geschlossene Hilfe
2. Hilfe für Heimkinder
3. Offene Hilfe
4. Hilfe für Jugendliche

### **VII. Sanitäts- und hygienische Hilfe**

1. Krankenhauswesen
2. Hygienische Erziehung
3. Seuchenbekämpfung

*Abbildung 3: Der Aufbau des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, wie er von Michael Weichert in seiner Nachkriegsschrift „Jüdische Alleinhilfe“ angegeben wird<sup>875</sup>*

<sup>871</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>872</sup> Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>873</sup> JSS an BuF betr. „Einteilung der Tätigkeit des Präsidiums der J.S.S.“, 08.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 134.

<sup>874</sup> Vgl. Jüdische Soziale Selbsthilfe, Abteilungen, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 135.

<sup>875</sup> WEICHERT: Alleinhilfe, S. 34.

Nachdem die Abteilungen und Referate des Präsidiums durch die Zivilverwaltung bestätigt waren, nahm man in der siebten Sitzung des Präsidiums im Mai 1941 eine erneute Aufteilung der Mitglieder auf entsprechende Abteilungen vor. Dabei waren die folgenden Personen für die einzelnen Abteilungen zuständig: Allgemeines und Organisation oblag Tisch, Finanzwesen und Rechnungswesen Hilfsstein, Versorgung Weichert, Arbeitshilfe Wielikowski, Wirtschaftshilfe Jaszuński, die Kinder- und Jugendfürsorge erneut Zabłudowski sowie die Sanitäre und hygienische Betreuung Hilfsstein.<sup>876</sup> Die Abteilungsgründungen gingen wohl nicht allein auf die Entscheidungen des Präsidiums der JSS und die von ihm ermittelten Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung zurück. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ – und an dieser Stelle daneben andere Abteilungen der Regierung – nahmen ebenfalls Einfluss auf die Entscheidungen. So genehmigte die Aufsichtsbehörde die Abteilung VII „Sanitäre und hygienische Betreuung“ im Einvernehmen mit der Abteilung „Gesundheitswesen und Gesundheitliche Volkspflege“.<sup>877</sup> An diesem, wie an vielen bereits angeführten Punkten, war die Organisation auf den Willen und die Mitarbeit der Zivilverwaltung angewiesen. Nicht alle Referate der Abteilungen waren von Beginn an vorgesehen – einige gründete man erst im Laufe des Bestehens der Organisation. So rief man im Jahr 1941 ein Referat zur „Seuchenbekämpfung“ der Abteilung „Sanitäre und hygienische Betreuung“ ins Leben.<sup>878</sup> Im Juli 1941 wurden die Abteilungen in Hauptabteilungen umbenannt und die Unterabteilungen in Abteilungen.<sup>879</sup> Allerdings gab es für die Unterabteilungen auch die abweichende Bezeichnung der Referate, die allerdings den Unterabteilungen entsprachen.<sup>880</sup> Ebenfalls 1941 wurde die Unterabteilung „Ausländische Verwandtenhilfe“ innerhalb der Abteilung „Versorgung“ gegründet. Bereits bei der Sitzung des Präsidiums im Dezember 1940 wurde der Antrag angenommen, „[a]n die jüdischen Gemeinden in den neutralen Ländern Europas zwecks Organisation kollektiver, wie auch individueller Sendungen von Nahrungs- und Heilmitteln, sowie Kleidungsstücken heranzutreten [...]. Die Aktion zwecks Erteilung individueller Hilfe durch Paketsendungen mit dem Haupthilfsausschuss zu koordinieren.“<sup>881</sup> Im März 1941 gründete das Präsidium der JSS die Unterabteilung „Verwandtenhilfe“ innerhalb der Abteilung

<sup>876</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17. Hilfsstein taucht in dieser Nennung doppelt auf. Dies ist wohl damit zu begründen, dass Marek Alten, wie oben dargelegt, erst eine gute Woche später als Mitglied des Präsidiums bestellt wurde und das Präsidium zur Zeitpunkt dieser Nennung lediglich mit sechs Personen besetzt war.

<sup>877</sup> Ebd.

<sup>878</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an die Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Propaganda und Volksaufklärung, betr. „Drucklegung einer Schrift zur Seuchenbekämpfung“, 27.06.1941, AŽIH, 211/182, Bl. 10.

<sup>879</sup> JSS an BuF betr. „Einteilung der Tätigkeit des Präsidiums der J.S.S.“, 25.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 187.

<sup>880</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an die Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Propaganda und Volksaufklärung, betr. „Drucklegung einer Schrift zur Seuchenbekämpfung“, 27.06.1941, AŽIH, 211/182, Bl. 10. Ein ähnliches Schreiben ging am selben Tag auch an BuF. Vgl. AŽIH, 211/182, Bl. 11.

<sup>881</sup> Protokoll III der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, AŽIH, 211 aneks/25. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 9–12.

„Versorgung“ „[z]wecks der Ermöglichung individueller Hilfsleistungen seitens neutraler Ausländer an ihre jüdischen Verwandten im Generalgouvernement“.<sup>882</sup> Sie sollte den Menschen die Annäherung mit ihren im neutralen Ausland wohnhaften Verwandten vermitteln und Bitten einzelner Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement um Übersendung von Geld, Nahrungsmitteln, Kleiderstücken etc. an deren Verwandten weiterleiten.<sup>883</sup>

Neben den Mitgliedern hatte das Präsidium Angestellte. Im Juni 1942 vermerkte das Präsidium, dass die Verwaltungskosten für das Präsidium minimal seien und dass das gesamte Personal kaum zwölf Angestellte und fünf Arbeiter zähle.<sup>884</sup> Bereits im September 1940 wurde Anna Schneeweis als Beamtin eingestellt.<sup>885</sup> Sie war bis in die Zeit der Nachfolgeorganisation hinein als Sekretärin des Präsidiums tätig.<sup>886</sup> Weitere Mitarbeiter folgten im Laufe des Bestehens der Organisation, so etwa Anna Pomaranz als Beamtin,<sup>887</sup> Hela Schenirer „[...] als *Wirtschafterin und Bedienerin vom Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“,<sup>888</sup> Zygmunt Metzger beschäftigte die JSS als Diener,<sup>889</sup> ebenso Malachi Ajzenstein<sup>890</sup>, Natan Stern als leitenden Beamten,<sup>891</sup> Rachela Spiegel als Beamtin,<sup>892</sup> Chaja Eidel als deutsch-polnische Stenotypistin, Samuel Teitelbalbaum als Büroangestellten und Koppel Woller als Heizer sowie Gebäudeverwalter.<sup>893</sup> Diese Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll lediglich einen Überblick über die unterschiedlichen unter den Angestellten vertretenen Berufe geben. Einige der Angestellten waren in leitenden Funktionen tätig. Natan Stern beispielsweise war Leiter des Referats „Ernährungshilfe und Sachzuwendungen“ und Adolf Rozanski Leiter des Referats „Ausländische Verwandtenhilfe“ und des Archivs. Artur Bieberstein leitete die Arzneimittelverteilungsstelle und hatte als Angestellte unter anderem Chaja Anisfeld als Apothekerin und den Laboranten Karol Landau.<sup>894</sup> Auch die Familien von Präsidiumsmitgliedern waren teilweise als Angestellte in die Arbeit der JSS eingebunden. Ellen Ruth Weichert, die Tochter des Vorsitzenden, arbeitete 1941 als Beamtin bei der JSS.<sup>895</sup> Schon unmittelbar nach der Konstitu-

---

<sup>882</sup> Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17. Vgl. ebenso Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Präsidium für den Monat März 1941, wohl 05.04.1941, YVA, O.21/19, Bl. 4f., 7.

<sup>883</sup> Ebd. Vgl. hierzu II.6.

<sup>884</sup> Vermerk betr. „*Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29.

<sup>885</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Anstellung*“, 22.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 1.

<sup>886</sup> Vgl. YVA, O.3/3352.

<sup>887</sup> Bescheinigung, 25.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 99 oder auch Bescheinigung, 10.04.1941, AŽIH, 211 aneks/38, Bl. 240.

<sup>888</sup> Bescheinigung, 14.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 311.

<sup>889</sup> Bescheinigung, 05.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 291.

<sup>890</sup> Bescheinigung, 09.05.1941, AŽIH, 211 aneks/40, Bl. 70.

<sup>891</sup> Bescheinigung, 11.04.1941, AŽIH, 211 aneks/38, Bl. 211.

<sup>892</sup> Bescheinigung, 10.04.1941, AŽIH, 211 aneks/38, Bl. 239.

<sup>893</sup> JSS an BuF betr. „*Anstellung*“, 05.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 334.

<sup>894</sup> Abschrift JSS an das Arbeitsamt Krakau, Nebenstelle jüdischer Wohnbezirk, 05.06.1941, AŽIH, 211 aneks/45, Bl. 14f.

<sup>895</sup> Ebd.

ierung des Präsidiums mussten die Mitarbeiter bis zur Erschöpfung arbeiten. So war Anna Schneeweis täglich von 8.30 Uhr bis 20.30 Uhr, zuweilen länger, im Büro.<sup>896</sup> Die Sonderrolle des Boten Jan Ropa ist in dem Unterkapitel zur jüdisch-polnischen Zusammenarbeit besonders wichtig (II.1.7.3), da er einer der wenigen polnisch-nichtjüdischen Angestellten der JSS war. Ein Mitarbeiter der JSS erlangte später über den Film „Schindlers Liste“ Bekanntheit: Izaak Stern war ab März 1941 als Buchhalter im Präsidium der JSS tätig.<sup>897</sup>

### II.1.3 Die Tätigkeitsbereiche

„[Der] [...] Verelendungsprozess der juedischen Bevoelkerung [schreitet] unaufhaltsam fort. Die seit Ende 1939 dauernde Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ist fast vollstaendig abgeschlossen. Die Bildung geschlossener juedischer Wohnbezirke hat den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit der nicht juedischen Bevoelkerung fast voellig unterbunden und den Arbeitseinsatz der Juden beinahe unmoeglich gemacht. Die Entlohnung der wenigen beschaeftigten juedischen Handwerker und Arbeiter ist – an den Preisen der Lebensmittel gemessen – so niedrig, dass sie nicht einmal fuer die Ernaehrung des Beschaeftigten reicht, geschweige denn fuer die der Familie, die auf diese Weise der oeffentlichen Wohlfahrt zur Last faellt. Kein Wunder daher, dass die Zahl der Hilfebeduerftigen mit erschreckender Geschwindigkeit waechst. Den Berichten zufolge betragen dieselben bis 45 % der Gesamtzahl der juedischen Bevoelkerung. [...] Das Praesidium der J.S.S. gibt sich alle erdenklich Muehe, sowohl an Ort und Stelle die Opferwilligkeit der juedischen Bevoelkerung zu heben, als auch groessere Hilfe aus dem Auslande zu erlangen. Dem ersten steht die fortschreitende Verarmung der Juden im Wege, das zweite ist mit grossen Schwierigkeiten verbunden.“<sup>898</sup>

In diesem Abschnitt wird zunächst auf die Infrastruktur des Präsidiums der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* eingegangen, ehe im Anschluss die Tätigkeitsfelder, die ihm oblagen, dargestellt werden.<sup>899</sup> In den ersten knapp sieben Monaten ihres Bestehens erhielt das Präsidium 3.274 Briefe und verschickte 4.969. Darunter waren 24 Rundschreiben, die an die Hilfskomitees, Delegaturen und Judenräte versendet wurden.<sup>900</sup> Bereits im ersten Monat nach der Konstituierung des Präsidiums bemühte dieses sich um den Erhalt eines Postschließfaches, da die Zustellung der Post erst in den späten Vormittagsstunden erfolgte und es durch ein Schließfach flexibler sein wollte und damit die

<sup>896</sup> Anna Schneeweis an JSS, 09.12.1940, AŽIH, 211/30, Bl. 25f.

<sup>897</sup> Bescheinigung, 29.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 249.

<sup>898</sup> Abschrift JSS an BuF, 29.07.1941, YVA, O.21-33, Bl. 212–214.

<sup>899</sup> In Bezug auf die Infrastruktur soll es an dieser Stelle vorrangig um die Kommunikation und den Transport von Geld und Waren und die dafür vorhandenen Möglichkeiten, die allein das Präsidium der JSS betreffen gehen. Den Belangen in Bezug auf Hilfskomitees und Delegaturen sowie dem Ausland soll in II.2.3 deutlich mehr Platz eingeräumt werden. Zu den Tätigkeitsbereichen ist anzumerken, dass die Tätigkeit der Organisation bereits in den voranstehenden Abschnitten untersucht wurde und auch im Folgenden auf die Tätigkeit und die Bereiche dieser einzugehen ist. Aus diesem Grund wird dieser Abschnitt sehr kurz gehalten und es werden auf eher schmaler Quellenbasis die Hauptbereiche der Tätigkeit zusammengefasst.

<sup>900</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1940, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6. Auf die Rundschreiben als Mittel der Kommunikation vom Präsidium mit den Geschäftsstellen der JSS ist II.2.3 genauer einzugehen.

Hoffnung verband, die eingehende Post des Tages noch bearbeiten zu können, was bei einer Zustellung nicht gewährleistet war.<sup>901</sup> Zudem bemühte sich das Präsidium im Dezember 1940 – wohl mit Blick auf die raschere Kommunikation mit dem Ausland – um eine Telegrammadresse, die „JOTESES“ lauten sollte.<sup>902</sup> Die Liebesgaben aus dem Ausland kamen auf unterschiedliche Arten, oft als Pakete per Post oder in Bahnwaggons, im Generalgouvernement an.<sup>903</sup> Für den Transport innerhalb der Stadt Krakau, hatte die JSS Angestellte, die zum Beispiel die ankommenden Materialien vom Güterbahnhof der Stadt abholten.<sup>904</sup> In einer Phase in der das Verbot bestand Postpakete von jüdischen Auslieferern entgegenzunehmen unterstützte der HHA die JSS indem es die für die jüdische Organisation bestimmten Liebesgaben an die Hilfskomitees und Delegaturen nach einem vom Präsidium unterbreiteten Plan verschickte.<sup>905</sup> Geldgeschäfte wurden über Banken abgewickelt, wobei der Geldtransfer vom Präsidium aus erfolgte, vor allem durch Überweisungen an die Hilfskomitees, die den Auftrag erhielten die Gelder in den Orten ihres Einzugsbereiches auch unter den Delegaturen zu verteilen.<sup>906</sup> Zudem transferierten Präsidiumsmitglieder während Reisen Geldmittel zu den Hilfskomitees und Delegaturen.<sup>907</sup> Das Präsidium selbst pflegte keinen Kontakt zu den notleidenden Menschen. Dieser sollte allein über die Hilfskomitees und Delegaturen laufen. Zuweilen erreichten allerdings auch das Präsidium Hilfsgesuche der Menschen.<sup>908</sup>

Für den 25. Juni 1942 liegt ein Vermerk über die Tätigkeit der JSS vor, der einen recht guten Überblick über die geleistete Tätigkeit der Organisation gibt, die einen Monat nach der Niederschrift schon Geschichte sein sollte. Es wurde angegeben, dass die JSS folgende Aufgabengebiete umfasste: An erster Stelle nannte man die Ernährungshilfe. Bis Juli 1942 habe die JSS 426 Volksküchen ins Leben gerufen, in denen die Betreuten einmal täglich warme Suppen erhielten. Daneben unterhielt die JSS Zusatzernährungsstellen für Kinder und Jugendliche, für bei deutschen Dienststellen und in Arbeitsgemeinschaften Beschäftigte sowie für die in Seuchenkrankenhäusern untergebrachten Juden und Jüdinnen. In Ortschaften, in denen oder in deren Nähe ein Arbeitslager

<sup>901</sup> Vgl. dazu etwa JSS an BuF betr. „*Eröffnung eines Postschließfaches*“, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 22 oder auch Abschrift JSS an das Postamt 1 in Krakau betr. „*Eröffnung eines Postschließfaches*“, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 23.

<sup>902</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an das Hauptpostamt Krakau über BuF betr. „*Telegrammadresse der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 09.12.1940, AŽIH, 211 aneks/25, Bl. 36f.

<sup>903</sup> Vgl. hierzu II.6.

<sup>904</sup> Bescheinigung, 27.02.1942, AŽIH, 211 aneks/71, Bl. 157. In der Akte sind weitere Bescheinigungen dieser Art vorhanden.

<sup>905</sup> Vgl. dazu etwa JSS an BuF betr. „*Versand von Liebesgaben*“, 28.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 555.

<sup>906</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Eröffnung eines Bankkontos*“, 09.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 210; JSS an die Bank Związku Spółek, Zarobkowych betr. „*Überweisung des Betrages von Zł. 100.000 auf unserem Konto*“, 26.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 98. In der Akte sind weitere solcher Auszahlungsanweisungen vorhanden. JSS an BuF betr. „*Verteilung vom Zł. 30.000*“, 07.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 179. JSS an BuF betr. „*Verteilung vom Zł. 241.300*“, 08.05.1941, AŽIH, 211 aneks/40, Bl. 114. Siehe zudem die Listen mit den einzelnen Orten und Städten zugewiesenen Beträgen im Anhang des Dokuments.

<sup>907</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Genehmigung für Instruktoren Geldbeträge mit sich zu führen*“, 28.01.1941, AŽIH 211 aneks/30, Bl. 205.

<sup>908</sup> Abschrift JSS an Juda Lust, Bobowa betr. „*Eine selbststaendige Kueche fuer Aussiedler aus Krakau in Bobowa*“, YVA, O.21-34, Bl. 215.

vorhanden war, versahen die Hilfskomitees und Delegaturen die dortigen Zwangsarbeitenden mit Genehmigung der Lagerführung mit Lebensmitteln, Ausstattungsgegenständen und Heilmitteln.<sup>909</sup> Als zweiten Tätigkeitsbereich führte man die Bekleidungshilfe an. Durch die Hilfskomitees und Delegaturen seien mehrfach Kleider und Schuhe zur Verteilung gebracht worden, wobei in erster Linie die Arbeitenden berücksichtigt wurden. Es seien dabei sowohl ausländische Liebesgaben als auch die in mehrfachen Sammlungen unter den einheimischen Juden und Jüdinnen eingesammelten Bekleidungsgegenstände verteilt worden. In vielen Fällen hätten dabei die verteilte Bekleidung und Beschuhung den Arbeitseinsatz erst möglich gemacht.<sup>910</sup> Als weiteren Tätigkeitsbereich wurde die Umsiedlerhilfe genannt. Bei allen „Umsiedlungen“ innerhalb des Generalgouvernements und aus dem Reiche, dem Protektorat sowie der Slowakei in das Generalgouvernement, habe die JSS den „Aussiedlern“ erste Hilfe gewährt bis sie in dem Arbeitsprozess eingesetzt werden konnten. Die Hilfe habe sich nicht nur auf Unterstützungen durch Geld- und Sachzuwendungen erstreckt, sondern auch Hilfe bei der Erlangung von Arbeit umfasst.<sup>911</sup> Daran schließt sich auch das folgende Tätigkeitsgebiet, die Arbeitshilfe, an:

„Um die Ausgiebigkeit der Arbeit zu steigern, wurde zunächst die Anlernung der Arbeiter in verschiedenen Handwerkerberufen von uns angeregt und gefördert. Im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Wirtschaft, Gruppe Handwerk, dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, der Rüstungsinspektion sowie der Zentrale für Handwerkslieferungen, haben wir den Einsatz der Juden in kleinere und grössere Handwerksbetriebe angeregt, genaue statistische Materialien über die Berufsgliederung und Produktionsmöglichkeiten der jüdischen Handwerker und Facharbeiter in über 100 Ortschaften gesammelt und den [...] Dienststellen zur Verfügung gestellt. In der letzten Zeit haben wir die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften und Grosswerkstätten angeregt und bei deren Errichtung tätig mitgewirkt. Das von der Bewirtschaftungsstelle für Leder und Pelze der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zugeteilte Leder für 50.000 Paar Holzschuhe wurde von der Zentrale für Handwerkslieferungen den von uns vorgeschlagenen Arbeitsgemeinschaften zur Ausarbeitung übertragen. Die Schuhe werden nach ihrer Fertigstellung unter die arbeitenden Juden verteilt werden. Ferner haben wir den obgenannten Dienststellen verschiedene Anträge zur Auswertung der jüdischen Arbeitskraft unterbreitet und sowohl unsere Geschäftsstellen als auch den bestehenden oder im Entstehen begriffenen Werkstätten und Arbeitsgemeinschaften Weisungen erteilt. Schliesslich haben wir unsere Geschäftsstellen angewiesen, in steter Fühlung mit den zuständigen Arbeitsämtern zu stehen und für einen entsprechenden Einsatz der Juden zu sorgen. De[m] Mangel an Landarbeitern Rechnung tragend, haben wir uns besonders angelegen sein lassen, ehemalige jüdische Landwirte und junge Juden in der Landwirtschaft einzusetzen. Alle unsere Bemühungen in diese Richtung wurden von Erfolg gekrönt. In einigen Ortschaften sind die Werkstätten und Arbeitsgemeinschaften in vollen Betrieb, in zahlreichen anderen befinden sie sich im vorgerückten Vorbereitungsstadium. Die Arbeitsleistungen sowohl der Werkstätten als auch der Handwerkerarbeitsgemeinschaften stehen auf einer beträchtlichen Höhe, was mehrfach deutscherseits Anerkennung gefunden hat. Mehrere Tausende Juden sind in verschiedenen Guts- und Bauernhöfen zur vollen Zufriedenheit ihrer Arbeitsgeber tätig. Ihre Zahl ist im steten Wachsen begriffen.“<sup>912</sup>

Als weiteren Tätigkeitsbereich wurde im Jahr 1942 die sanitäre Betreuung angeführt, der die JSS – ebenso wie der Seuchenbekämpfung – besondere Aufmerksamkeit geschenkt habe. Zu diesem

<sup>909</sup> Vermerk betr. „*Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29.

<sup>910</sup> Ebd.

<sup>911</sup> Ebd.

<sup>912</sup> Ebd.

Zwecke seien in vielen Ortschaften Seuchenkrankenhäuser, Krankenstuben und Isolatorien errichtet, Entlausungs- und Badeanstalten gebaut oder instandgesetzt, Ambulatorien und Beratungsstellen eröffnet, Sanitätskolonnen und Desinfektionskommissionen ins Leben gerufen worden. Zudem sei eine grossangelegte Propaganda entfaltet worden, so seien Vorträge veranstaltet, Flugblätter und Plakate verteilt worden. Überdies sei mit Genehmigung der Hauptabteilung „Volksaufklärung und Propaganda“ eine Schrift über die Seuchenbekämpfung herausgegeben und in vielen Tausenden Exemplaren verbreitet worden.<sup>913</sup> Die Arzneiverteilungsstelle des Präsidiums, die Arzneimittel hauptsächlich aus ausländischen Liebesgaben erhielt, belieferte einige hundert Ortschaften im Generalgouvernement mit Medikamenten und Verbandstoffen. Die Eindämmung des Fleckfiebers sei nicht zuletzt noch auf die Tätigkeit der Hilfskomitees und Delegaturen zurückzuführen.<sup>914</sup> Als weiteren Tätigkeitsschwerpunkt führte das Präsidium die Kinder- und Jugendfürsorge, die sowohl die geschlossene als auch die offene Fürsorge umfasst habe. In Kinder- und Jugendheimen, Halbinternaten, Tagesanstalten erhielten die Betreuten zusätzliches Essen, man hielt sie zur Reinlichkeit an, unterwies sie in verschiedenen Arbeiten und Fertigkeiten und bereitete sie auf diese Weise für den Arbeitseinsatz vor. Besonderes Augenmerk sei den Kindern werktätiger Mütter gewidmet und den Letzteren auf diese Weise die Ausübung ihrer Berufstätigkeit beziehungsweise Zwangsarbeit ermöglicht worden.<sup>915</sup> Als vorletzten Bereich der Tätigkeit nannte die JSS die Auslandshilfe. Um die Wohlfahrtstätigkeit der Hilfskomitees und Delegaturen zu unterstützen und die Hilfe ausländischer Verwandten für die Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement heranzuziehen, habe das Präsidium der JSS viele Zehntausende von ausländischen Juden und Jüdinnen veranlasst ihre Verwandten durch Liebesgaben zu unterstützen. Zudem habe das Präsidium die jüdischen karitativen Organisationen im neutralen Ausland bewogen grössere Liebesgabensendungen zukommen zu lassen. Die erhaltenen Lebensmittel und Kleidungsstücke wurden unter den Geschäftsstellen verteilt und die Genussmittel mit deutschen Dienststellen gegen Nahrungsmittel „*erstens Bedarfs*“ getauscht und ebenfalls den Hilfskomitees und Delegaturen zur Verfügung gestellt. So habe man Kaffee, Tee, Schokolade, Kakao, Sardinen, Fischkonserven gegen Mehl und Avo-Suppe eingetauscht.<sup>916</sup> Als letzten Tätigkeitsbereich führte das Präsidium die Mittelbeschaffung an.<sup>917</sup>

Auffällig ist bei der Formulierung des Vermerks, dass auch hier einen Schwerpunkt auf die „werktätigen Juden“ und die „Seuchenbekämpfung“ gelegt wurde. Das Präsidium argumentierte immer wieder damit, dass es die Tätigkeit der JSS vor allem den Arbeitern und Arbeiterinnen sowie

---

<sup>913</sup> Ebd.

<sup>914</sup> Ebd.

<sup>915</sup> Ebd.

<sup>916</sup> Ebd.

<sup>917</sup> Ebd. Vgl. hierzu auch I.4.5.



ihren Familien zudachte und dies zu einer Erhöhung der Arbeitskraft unter der jüdischen Bevölkerung geführt habe. Zudem schrieb es sehr ausführlich darüber, welche Maßnahmen der JSS die Seuchenbekämpfung unterstützt hätten und dass durch ihre Tätigkeit ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fleckfiebers geleistet worden sei.<sup>918</sup> Dies spricht dafür, dass es sich bei dem Vermerk um einen Entwurf eines an die Besatzer adressierten Berichtes handelte.

Bereits kurz nach der Konstituierung des Präsidiums nahm sich die JSS zudem noch anderen Aufgaben an, die sich nicht in die obengenannten Tätigkeitsbereiche einfügen lassen. So machte man sich im Oktober 1940 daran ein Verzeichnis der Juden und Jüdinnen zu erstellen, die vor Kriegsausbruch Renten von der Sozialen Versicherungsanstalt bezogen hatten.<sup>919</sup> Dabei handelte es sich allerdings um eine einmalige, zeitlich begrenzte Aufgabe. Andere Aufgaben dagegen fielen nach Ermessen des Präsidiums nicht in den Aufgabenbereich der JSS. So kam das Präsidium nach einer Konferenz, bei der unter anderem über einen Fonds für den Unterhalt der „*unbemittelten Geisteskranken in einer Irrenanstalt*“ debattiert worden war zu dem Entschluss, dass man als JSS für diesen Aufgabenbereich nicht zuständig sei und unterbreitete der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Vorschläge zur Behandlung des Problems. Wenn es sich um die Kranken, die keine bestimmte Gemeindegliederung besitzen handelt, wäre es ratsam, so die Meinung des Präsidiums, die Kranken auf diese Weise einzuteilen, dass einzelne Judenräte sich verpflichten sollten für eine bestimmte Krankenzahl zu sorgen. Dabei sollte die Zivilverwaltung entscheiden, dass von bestimmten Judenräten die Verantwortung für die Versorgung eines jeden dieser „*Geisteskranken*“ fest übernommen werden soll. Dieser Judenrat solle dann die Kosten für Unterhalt und Behandlung des betreffenden Kranken tragen und auch im Falle der Entlassung des Kranken für ihn sorgen.<sup>920</sup>

#### II.1.4 Die Einrichtung der Ghettos und andere Widrigkeiten

Die Diensträume des Präsidiums der JSS waren im Januar 1941 in einem Gebäude in der Kommandanturstraße 10 in Krakau, im zweiten und dritten Stock, beheimatet. Neben dem Präsidium waren dort weitere Einrichtungen untergebracht. Zu finden waren dort auch die Arzneimittelverteilungsstelle der JSS, der Verband der Waisen- und Kinderfürsorgevereine *Centos* für das gesamte Generalgouvernement, die Gesellschaft zum Gesundheitsschutz der jüdischen Bevölkerung *Toż*,

<sup>918</sup> Ebd.

<sup>919</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Verzeichnis der rentenberechtigten Juden*“, 22.10.1940, AŽIH, 211 aneks/24, Bl. 287. Vgl. dazu auch JSS an BuF betr. „*Sozialversicherung und Pensionsempfänger*“, 31.12.1940, YVA, O.21-14, Bl. 94f. oder auch APK, 29/2125/1–64. In dem letztgenannten Bestand im Krakauer Staatsarchiv finden sich Sammlungen rentenberechtigter Personen aus weiten Teilen des Generalgouvernements.

<sup>920</sup> Abschrift JSS an BuF, 25.01.1941, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 28. Das Dokument ist lediglich in Abschrift überliefert. Die Aufführung der Vorschläge beginnt in dem Dokument mit erstens, da allerdings nur die erste Seite des Schreibens überliefert ist und für dieses Dokument auch kein Durchschlag, Kopie oder Abschrift an anderer Stelle ausgemacht werden konnte, kann hier nur der erste vom Präsidium der JSS gemachte Vorschlag aufgezeigt und darauf hingewiesen werden, dass es weitere Vorschläge zur Regelung des Problems gegeben haben muss. Weitere Korrespondenz zu diesem Sachverhalt ließ sich nicht finden.

das Hilfskomitee Krakau-Stadt sowie das Hilfskomitees Krakau-Land. Zudem war in Planung, dass ab Januar 1941 laut behördlicher Anordnung in diesem Räumen sämtliche der JSS angeschlossenen Vereine Unterkunft finden sollten.<sup>921</sup> Ferner muss in dieser Zeit noch ein Magazin der JSS in dem Gebäude mit der Hausnummer 16 derselben Straße existiert haben.<sup>922</sup> Am 3. März 1941 richteten die Besatzer in Krakau ein Ghetto ein, in dem sie die Menschen, die sie als Juden und Jüdinnen definierten zusammenpferchten. Bis zum 20. März 1941 musste die jüdische Bevölkerung der Stadt in dieses Ghetto umgezogen sein.<sup>923</sup> Dies bedeutete auch, dass die JSS neue Räume beziehen musste, da die Krakauer Kommandanturstraße außerhalb des eingerichteten Ghettos lag. Aus diesem Grunde bezog das Präsidium im Laufe des März ein neues Gebäude. Einen Tag nach der Frist für die „Umsiedlung“ aller Juden und Jüdinnen in das Ghetto meldete die JSS dem Hauptpostamt Krakau, dass die JSS fortan unter neuer Adresse zu erreichen sei. Künftig fand man das Geschäftsgebäude des Präsidiums in der Józefińskastraße 18.<sup>924</sup> Und auch das einst ebenfalls in der Kommandanturstraße ansässige Magazin der Organisation wurde am letzten Tag der „Umsiedlung“ in das Ghetto überführt.<sup>925</sup> Dem Umzug waren Gesuche an den Judenrat und Gespräche mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ vorangegangen, da nicht nur das Präsidium als Organisation, sondern auch die Mitglieder dessen eine neue Bleibe innerhalb der Ghattomauern benötigten. Sie mussten die bisherigen Wohnräume, unter anderem in der Gertrudystraße 23, räumen und baten deshalb beim Judenrat der Stadt Krakau um eine Dienstwohnung in der Józefińskastraße.<sup>926</sup> Vor der Einrichtung des Ghettos lebten die Warschauer Mitglieder des Präsidiums während ihrer Anwesenheit in Krakau und Michal Weichert ab Juli 1940 dauerhaft bei Hela Schenirer, die den „Mitgliedern des Präsidiums die Wirtschaft führt“, in der Gertrudystraße 23.<sup>927</sup> Da die Präsidiumsmitglieder der JSS in ihrem Haus wohnten war Schenirer zuvor von der Aussiedlung zurückgestellt worden und erhielt für sich und für ihren 13-jährigen Sohn entsprechende Ausweise. Am 4. Dezember 1940 wurde sie dann allerdings aufgefordert am 6. Dezember Krakau mit ihren Sohn zu verlassen. Aus diesem Grund trat das Präsidium an die Abteilung „Bevölkerungswesen und

---

<sup>921</sup> Abschrift JSS an den Stadthauptmann Krakau, Städtisches Wohnungsamt durch BuF betr. „*Diensträume der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 04.01.1941, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 21f. [Hervorhebungen durch die Autorin.] Dem Zitat vorangestellt finden sich in dem Schreiben eine Erläuterung, um was es sich bei der JSS handelt, was ihre Tätigkeitsbereich sind und dass sie von der Regierung des Generalgouvernements eingesetzt sei.

<sup>922</sup> Vgl. JSS an Treuhänder der Liegenschaften betr. „*Umsiedlung unserer Magazine von der Kommandanturstraße 16 in den jüdischen Wohnbezirk*“, 26.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 87.

<sup>923</sup> Vgl. etwa DAN MICHMAN: Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust, Frankfurt am Main 2011, S. 93f.

<sup>924</sup> JSS an das Hauptpostamt Krakau betr. „*Änderung unserer Anschrift*“, 21.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 108.

<sup>925</sup> JSS an Treuhänder der Liegenschaften betr. „*Umsiedlung unserer Magazine von der Kommandanturstraße 16 in den jüdischen Wohnbezirk*“, 26.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 87.

<sup>926</sup> JSS an den Obmann der Jüdischen Gemeinde in Krakau betr. „*Zuteilung der Dienstwohnung Józefińska 11 W. 6 für das Präsidium der J.S.S.*“, 15.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 204.

<sup>927</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Zurückstellung der Frau Hela Schenirer, Gertrudy 23 von der Aussiedlung aus Krakau*“, 05.12.1940, AŽIH, 211 aneks/25, Bl. 119.

Fürsorge“ mit Bitte heran, Hela Schenirer von der „Aussiedlung“ zurückzustellen.<sup>928</sup> Dieser Bitte gaben die Besatzer vermutlich statt, denn im März 1941 – dem Zeitpunkt, an dem man sich über die eigene „Umsiedlung“ ins Ghetto Gedanken machen musste – wandte sich das Präsidium sich abermals an die Aufsichtsbehörde. In diesem Schreiben nannte es noch immer die Wohnung in der Gertrudystraße 23 als Dienstwohnung der JSS.<sup>929</sup> Zudem existierte für Hela Schenirer zu diesem Zeitpunkt noch eine Arbeitsbescheinigung, in der angegeben wurde, dass sie als „*Wirtschaftlerin und Bedienerin vom Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe beschäftigt ist.*“<sup>930</sup>

Am 11. März fand die JSS bereits eine geeignete neue Wohnung, die sich innerhalb der Grenzen des zu bildenden Krakauer Ghettos befand und bat darum die „*bescheidene 4 Zimmerwohnung*“ als neue Dienstwohnung zugewiesen zu bekommen. Die Wohnung sollte als Arbeits- und Wohnräume für die Warschauer Mitglieder des Präsidiums dienen. Michał Weichert, der bereits vorher dauerhaft in Krakau anwesend war, holte jetzt seine Frau und seine beiden Kinder von Warschau nach Krakau. Zudem sollten in der Wohnung die nach Krakau eingeladenen Sachbearbeiter und nach Krakau reisenden Delegierten der Hilfskomitees für die Zeit ihres Aufenthaltes Unterkunft finden.<sup>931</sup> Der entsprechenden Eingabe gab die Aufsichtsbehörde statt.<sup>932</sup> Im Juni und November 1942 wurde das Krakauer Ghetto „verkleinert“. Dies machte die Wohnungsnot aller im Ghetto gefangenen Menschen noch größer. Die Mitglieder der JSS waren davon ebenfalls betroffen: „*Der Wohnungsnot der jüdischen Bevölkerung im jüdischen Wohnbezirk in Krakau und den neuabgesteckten Grenzen Rechnung tragend, hat das Präsidium der J.S. beschlossen, ein Zimmer seiner Wohnung [...] dem in Krakau wohnenden Mitglied des Präsidiums Dr. Eliasz Tisch und Familie abzutreten.*“<sup>933</sup> Bereits im September 1940, dem Monat, in dem sich das Präsidium konstituierte, gab die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Krakauer Mitgliedern des Präsidiums der JSS und dem Präsidium selbst „Wohnungsschutz“ für die Wohnungen und Geschäftsräume.<sup>934</sup> Allerdings war dieser Schutz nicht permanent wirksam. Auch das Präsidium der JSS musste gegen „Beschlagnahmen“ kämpfen.<sup>935</sup>

<sup>928</sup> Ebd. „*Da die Mitglieder des Präsidiums keine Möglichkeit haben in einem Hotel Wohnung zu nehmen und auch sonst eine Person benötigen, die ihnen die Wirtschaft führ[t] und sie betreuen könnte, Frau Schneider den an sie gestellten Forderungen aber vollauf gerecht wird, gestatten wir uns die ergebene Bitte, die Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge möge die zuständige Dienststelle veranlassen, Frau Schenirer von ihrer Aussiedlung zurückzustellen.*“

<sup>929</sup> Abschrift JSS an BuF, betr. „*Zuteilung einer Dienstwohnung für die Mitglieder des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe im jüdischen Wohnbezirk der Stadt Krakau*“, 11.03.1941, AŽIH, 211/181, Bl. 25. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 82.

<sup>930</sup> Bescheinigung, 14.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 311.

<sup>931</sup> Abschrift JSS an BuF, betr. „*Zuteilung einer Dienstwohnung für die Mitglieder des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe im jüdischen Wohnbezirk der Stadt Krakau*“, 11.03.1941, AŽIH, 211/181, Bl. 25. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 82.

<sup>932</sup> Ein direktes, zustimmendes Schreiben ist nicht überliefert, allerdings wurde in späterer Korrespondenz zum Wohnungsthema diese Wohnung als Dienstwohnung einiger Mitglieder des Präsidiums angeführt. Vgl. etwa JSS an BuF betr. „*Abtretung eines Zimmers der Wohnung des Präsidiums*“, 19.06.1942, AŽIH, 211 aneks/83, Bl. 230.

<sup>933</sup> JSS an BuF betr. „*Abtretung eines Zimmers der Wohnung des Präsidiums*“, 19.06.1942, AŽIH, 211 aneks/83, Bl. 230.

<sup>934</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Wohnungsschutz fuer die Bueroraeume und Krakauer Mitglieder des Praesidiums der Juedischen Sozialen Selbsthilfe*“, 13.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 131.

<sup>935</sup> JSS an BuF betr. „*Wegschaffung von Einrichtungsgegenständen aus den Büroräumen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 01.07.1942, AŽIH, 211 aneks/84, Bl. 742. „*Ueber fernmündlichen Auftrag der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge gestatten*

Nicht allein die Einrichtung des Krakauer Ghettos führte dazu, dass die JSS neue Räume beziehen musste. Im Juli 1942 wurde ein nochmaliger Umzug notwendig, wenngleich unwahrscheinlich ist, dass dieser noch von der JSS in ihrer ursprünglichen Form erfolgte, da das Präsidium der JSS kurze Zeit später durch die Aufsichtsbehörde eine Anordnung zur Auflösung erhielt.<sup>936</sup> Ende Juli 1942 bat die JSS den Judenrat um sechs Büroräume, zwei Räume für die Arzneimittelverteilungsstelle und vier Räume, die als Magazine verwendet werden sollen. Das Schreiben beendete man mit: *„Wir bitten um die dringende Erledigung, damit wir zum festgesetzten Termin das Haus Józefińska 18 räumen können.“*<sup>937</sup> Dieses Schriftstück betreffend der Räumung der Büros erging einen Tag vor dem Erlass der Besatzer zur Auflösung des Präsidiums. Die JSS sandte es an den Judenrat, sodass man hier zunächst keinen Zusammenhang zwischen dem Umzug und der bevorstehenden Schließung vermutet.<sup>938</sup> Dieser oben zitierte Satz spricht nicht dafür, dass eine Räumung des Hauses freiwillig erfolgte, sondern dafür, dass die JSS vom Judenrat oder den Besatzern den Auftrag erhalten hatte, das Haus zu räumen. Mit Ausnahme von zwei Räumen, die fortan als Arzneimittelverteilungsstelle genutzt wurden, passierte dies.<sup>939</sup> Diese Räumung erfolgte allerdings erst nach dem Erlass zur Auflösung des Präsidiums Ende Juli 1942.<sup>940</sup>

Neben dem Umzug des Präsidiums waren weitere Änderungen in Bezug auf die Arbeit mit der Errichtung des Ghettos verbunden. Neben den Reisebescheinigungen, die die Mitglieder des Präsidiums der JSS ohnehin von Beginn an für Reisen benötigten, mussten sie fortan Passierscheine für das Verlassen und das Betreten des Ghettos beantragen und nach der Ausstellung bei sich tragen.<sup>941</sup> Nach der Einrichtung des Krakauer Ghettos erhielten zumindest einige Mitglieder des Präsidiums Bescheinigungen darüber, dass das entsprechende Mitglied *„[...] des öfteren genötigt ist in seiner Eigenschaft das jüdische Wohngebiet zu verlassen. Wir bitten daher ergebenst ihm die Passiererlaubnis erteilen zu wollen.“*<sup>942</sup> Doch nicht nur die Einrichtung des Krakauer Ghettos beeinflusste die Tätigkeit des Präsidiums. Bereits die Schaffung von Sperrbezirken für Juden und Jüdinnen, die Einführung von

---

*wir und höflichst mitzuteilen, dass heute das Möbelbeschaffungsamt des Herrn Stadthauptmannes der Stadt Krakau aus den Büroräumen der J.S. nachstehende Einrichtungsgegenstände weggeschafft hat.*“ Damit war auch das Präsidium der JSS vor Beschlagnahmungen seiner Einrichtung nicht geschützt. So wurde zum Beispiel eine ergänzende Ausstattung der Geschäftsräume des Vorsitzenden nötig: Man bat die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ um einen Schreibtisch, einen Bücherkasten, einen Aktenschrank, einen Sesseln, Stühle und zwei Lampen. Vgl. JSS an BuF betr. *„Ersatz für beschlagnahmte Einrichtungsgegenstände“*, 06.07.1942, AŽIH, 211 aneks/84, Bl. 529.

<sup>936</sup> Zu der Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS vgl. III.1.1.

<sup>937</sup> JSS an die Jüdische Gemeinde in Krakau betr. *„Zuweisung von Räumen“*, 28.07.1942, AŽIH, 211 aneks/87, Bl. 276.

<sup>938</sup> Zu der Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS vgl. III.1.1.

<sup>939</sup> JSS an BuF betr. *„Festsetzung eines Mietzinses fuer die Raeume im Gebäude Jozefinskastr. 18“*, 15.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 68.

<sup>940</sup> Zu der Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS vgl. III.1.1.

<sup>941</sup> Vgl. Abschrift JSS an BuF betr. *„Passierscheine für das Verlassen und Betreten des jüdischen Wohnbezirkes für die Mitarbeit der J.S.S.“*, 18.03.1941, AŽIH, 211/181, Bl. 30. An dieser Stelle wurden elf Bescheinigungen beantragt. Neben den Krakauer Mitgliedern des Präsidiums, wurden solche auch für Mitarbeiter des Präsidiums und Mitglieder des Krakauer Hilfskomitees beantragt.

<sup>942</sup> Bescheinigung, 08.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 51.

Sperrstunden und dann vor allem die des Ghettos in Warschau, hatte für die Mitglieder des Präsidiums zu Problemen geführt. Am 7. September 1940, zwei Tage nach der konstituierenden Sitzung des Präsidiums, wandte sich dieses an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und legte die für die Warschauer Mitglieder des Präsidiums existierenden Probleme dar. Um ihren Dienstpflichten voll gerecht zu werden, müssten die Mitglieder des Präsidiums volle Bewegungsfreiheit genießen. Diesbezüglich bestünden beträchtliche Beschränkungen, die die Tätigkeit bedeutend erschwerten. So konnte zum Beispiel Weichert an einer Sitzung des Polnischen Hilfskomitees in Warschau und einer Besprechung mit dem Vorsitzenden des *HHA* in Warschau nicht teilnehmen, da sich sowohl die Amtsräume des Hilfskomitees als auch die Wohnung des Vorsitzenden des übergeordneten Ausschusses in Straßen befanden, die Juden und Jüdinnen nicht betreten durften. Bei beiden Treffen sollte über die Verteilung von Liebesgaben für den Distrikt Warschau beraten werden. In Krakau musste das Präsidium zwei Mal die Beratungen infolge der herannahenden Polizeistunde unterbrechen, die für Juden und Jüdinnen zu dieser Zeit für 21 Uhr angesetzt war. Die Bahnverbindungen auf der Strecke Warschau-Krakau waren derart, dass sich oft die Notwendigkeit ergab in den Nachtstunden abzureisen oder einzutreffen. Aus diesem Grund bat die *JSS* darum, den Mitgliedern des Präsidiums Ausweise auszustellen, die es ihnen ermöglichen sollten, sich auf im ganzen Gebiet des Generalgouvernements, in allen Straßen der einzelnen Städte und zu jeder Tages- und Nachtzeit frei zu bewegen.<sup>943</sup> Auch die Phasen der direkten Anwesenheit in Krakau, also dem Dienstsitz des Präsidiums, waren für die Warschauer Mitglieder des Präsidiums von der Bildung des Ghettos in Warschau tangiert: *„Im Zusammenhang mit der behördlichen Anordnung über die Errichtung eines Wohnviertels für Juden in Warschau gestatten wir uns ergebenst anzusuchen, die Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge möge die zuständigen Behörden in Warschau anweisen, dass zwei von den vier in Warschau ansässigen Mitgliedern unseres Präsidiums u.z. Dr. Michal Weichert [...] und Dr. Gamsej Wielikowski [...] gestattet werde, ihre Wohnungen zu behalten, bis sie andere gefunden haben werden.“*<sup>944</sup> Weichert nahm als Vorsitzender des Präsidiums zu dieser Zeit dienstliche Geschäfte in Krakau wahr und Wielikowski machte eine Reise im Auftrag der *JSS*, um jüdische Hilfskomitees zu errichten. *„Beide Herren sind somit verhindert, nach einer geeigneten Wohnung für ihre Familien Umschau zu halten.“*<sup>945</sup> Ob Weichert und Wielikowski eine Ausnahmegenehmigung erhielten, ist nicht belegt.<sup>946</sup>

Am 1. und 3. März 1941 konnten die Warschauer Mitglieder des Präsidiums nicht an der monatlichen Sitzung teilnehmen, da zwei von ihnen ebenfalls Mitglieder des Warschauer Judenrates

<sup>943</sup> Abschrift *JSS* an BuF, 07.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 229.

<sup>944</sup> Abschrift *JSS* an BuF betr. *„Genehmigung für Mitglieder des Präsidiums in Warschau ihre Wohnungen vorderhand behalten zu dürfen“*, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 19.

<sup>945</sup> Ebd.

<sup>946</sup> In den entsprechenden Akten der Präsidialüberlieferung, in denen sich die an einzelne Personen gerichtete Korrespondenz befindet, findet sich kein entsprechendes Schreiben für Gustaw Wielikowski. Vgl. AŽIH, 211/124–131. Für Weichert liegen in diesem Bereich keine Akten vor.

waren. Beiden wurde mitgeteilt, dass einer Anordnung der Transferstelle zufolge Mitglieder des Judenrates ohne deren Genehmigung Warschau nicht verlassen dürften. Daraufhin richteten die Mitglieder des Präsidiums schriftliche Meldungen an den Obmann des Judenrates, dass sie den Vorschriften der Satzungen und Geschäftsordnungen der JSS gemäss, zu den einberufenen Sitzungen des Präsidiums nach Krakau reisen müssten. Die genannten Meldungen leitete der Obmann des Judenrates an die Transferstelle weiter. Am 1. März habe ein Verbindungsmann zwischen den Judenrat und der Transferstelle dem Obmann des Judenrates mitgeteilt, dass den beiden Mitgliedern des Judenrates Jaszuński und Zabłudowski die Reise nach Krakau nicht erlaubt werde und es ebenfalls nicht erwünscht sei, dass Wielikowski, der kein Mitglied des Judenrates war, nach Krakau zur Sitzung des Präsidiums reise. Gleich nach Empfang dieser Nachricht rief die JSS die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ an, konnte, da es Sonnabend war, allerdings niemanden erreichen.<sup>947</sup> Eine weitere Sitzung des Präsidiums fand am 10. März 1941 statt. Bei dieser waren ebenfalls nur die Krakauer Mitglieder des Präsidiums anwesend – also Weichert, Hilfstein und Tisch. Zu Beginn der Sitzung richtete die JSS an den Anwesenden der Aufsichtsbehörde, Walther Föhl, die Bitte, seine Abteilung möge das Nötige veranlassen, dass den Mitgliedern des Präsidiums die Ausübung ihrer Dienstpflicht ermöglicht werde. Auch für diese Sitzung war als Grund für die Abwesenheit der Warschauer angegeben, dass die Transferstelle der Stadt Warschau gegen ihre Ausreise aus der Stadt Einspruch eingelegt hätte.<sup>948</sup> Nicht nur Personen hatten das Problem, dass sie die Stadt Warschau nicht verlassen durften. Einige ausländische Organisationen sandten auch 1941 Liebesgabensendungen nach Warschau. Waren sie dort angekommen, kam es gelegentlich zu Problemen damit, da sie die JSS zuweilen nicht für die Versorgung der Menschen im restlichen Generalgouvernement erhielt. In diesen Fällen kamen diese Spenden nur der Warschauer Bevölkerung zu Gute.<sup>949</sup>

Auch andere kleinere Vorfälle hemmten die Arbeit des Präsidiums. So konnte beispielsweise Weichert am 27. März 1941 an einer von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ einberufenen Besprechung zur bestimmten Zeit nicht erscheinen, da er einige Stunden im Arbeitsamt zwecks Verlängerung seiner Kennkarte warten musste. Am 28. April desselben Jahres hätten Weichert und Tisch einige Stunden Schlange stehen müssen, um eine Verlängerung ihrer Kennkarte zu erhalten. Der Angestellte Adolf Liebeskind hätte sogar von 9 Uhr bis 20 Uhr aus demselben Grund im Arbeitsamt ausharren müssen.<sup>950</sup> Nicht nur auf die Arbeit des Präsidiums wirkte sich die

---

<sup>947</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*die für den 3.ds. einberufene Sitzung des Präsidiums der J.S.S.*“, 03.03.1941, AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 329.

<sup>948</sup> Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17.

<sup>949</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseres Vorsitzenden beim Deutschen Roten Kreuz*“, 21.02.1941, AŽIH, 211 aneks/32, Bl. 107.

<sup>950</sup> JSS an BuF betr. „*Verlängerung der Kennkarten*“, 29.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 48.

Schaffung der Ghettos aus, sondern auch auf die der Hilfskomitees und Delegaturen.<sup>951</sup> Wie dargelegt, versuchte das Präsidium der JSS die Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen sowie sich selbst vor der Verfolgung zu schützen. Dies besprach man zum einen mit der Aufsichtsbehörde sowohl mündlich als auch schriftlich: *„Unter Bezugnahme auf mehrfache Gespräche mit dem Herrn Heinrich, Referenten für Freie Wohlfahrt in der Regierung des Generalgouvernements, gestatten wir uns somit höflich zu ersuchen, den nachstehend genannten Warschauer Mitgliedern des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau Schutz für deren Wohnung und Möbel vor Beschlagnahme bzw. Requisition gewähren zu wollen.“*<sup>952</sup> Ob dies gelang, ist nicht belegt.

Auch die Grenzänderungen des Warschauer Ghettos und die dadurch bedingten Umzüge wirkten sich auf die Arbeit des Präsidiums aus. Von einer solchen Änderung der Grenzen war das Warschauer Mitglied des Präsidiums Józef Jaszuński betroffen, der noch im Spätsommer 1942 seinen ständigen Wohnsitz in Warschau hatte. Er musste von der Eisenstraße 78 in die Gänsenstraße 13 umziehen. Dies berührte die Arbeit zunächst nicht, allerdings verlor er durch diesen Umzug seinen Fernsprechanschluss, den er in seiner alten Wohnung hatte. Das Präsidium versuchte auf die Regierung einzuwirken, dass diese das Fernsprechamt veranlasst den Anschluss zu verlegen, da die wichtigsten dienstlichen Belange zwischen Krakau und Warschau telefonisch besprochen wurden. Dies war durch diese Umsiedlung unmöglich geworden.<sup>953</sup> Ob die Bitte erfolgreich war, ist ebenfalls nicht belegt. Allerdings erging sie am 15. August 1942, also gut drei Wochen nachdem die Anordnung seitens der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ ergangen war, dass das Präsidium der JSS aufgelöst werden soll.<sup>954</sup>

### II.1.5 Die Finanzierung der Tätigkeit

Es gab die unterschiedlichsten Pläne zur Finanzierung der Tätigkeit des Präsidiums und der gesamten JSS. Satzungsgemäß war festgelegt, dass zur Erfüllung der der JSS obliegenden Aufgaben die Mitglieder Beiträge leisten sollten. Weitere Mittel sollte die Organisation durch staatliche und kommunale Subventionen erhalten, durch Geld- und Sachspenden, Sammlungen, Lotterien und sonstige Zuwendungen von *„Lebenden und von Todes wegen“*.<sup>955</sup> Im „Volkspolitischen Informationsdienst“, der als Handlungsanweisung für die Beamten im Generalgouvernement gesehen werden kann, steht zur Finanzierung der Tätigkeit: *„Finanziell gesehen, bekommt die Jüdische Soziale Selbsthilfe*

<sup>951</sup> Vgl. hierzu II.2.4.

<sup>952</sup> JSS an BuF betr. *„Wohnungs- und Einrichtungsschutz der Warschauer Mitglieder des Präsidiums der J.S.S.“*, 28.09.1940, AŽIH, 211/179, Bl. 14 sowie Abschrift JSS an BuF betr. *„Wohnungs- und Einrichtungsschutz der Warschauer Mitglieder des Präsidiums der J.S.S.“*, 28.09.1940, AŽIH, 211/179, Zitat: Bl. 15. Als Warschauer Mitglieder des Präsidiums und dort wohnhaft werden Weichert, Jaszuński, Wielikowski und Zabłudowski aufgeführt.

<sup>953</sup> Abschrift JSS, Abteilung Allgemeines und Organisation an BuF betr. *„Fernsprechanschluss von Józef Jaszuński“*, 15.08.1942, AŽIH, 211 aneks/88, Bl. 688.

<sup>954</sup> Vgl. hierzu III.1.1.

<sup>955</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 10. Sammlungen sollten dabei nur an festgelegten Sammelstellen erfolgen. Sammlungen von Haus zu Haus waren untersagt.

*keinerlei staatliche Unterstützung, sie ist im Gegenteil [...] Träger der gesamten Fürsorge und Wohlfahrt.*<sup>956</sup> Als Finanzquellen der *JSS* wurden Spenden, Sammlungen, Beiträge der Mitglieder, Kultussteuern sowie die von den zuständigen Kreis- beziehungsweise Stadthauptleuten gesammelten Kultussteuern derjenigen Betriebe, die „*arische Treuhänder*“ erhalten hatten, genannt. Diese gesammelten Beiträge würden von den Kreis- und Stadthauptleuten den zuständigen Hilfskomitees zweckbestimmt überwiesen. Ebenso nannten sie den Anteil an der geplanten Lotterie des *HHA* sowie die ausländischen Liebesgaben, besonders die des *JDC*. Notwendig sei noch die Freigabe der Zinszahlung aus jüdischen Spendenkonten.<sup>957</sup>

In diesem Abschnitt werden allein die dem Präsidium zur Verfügung stehenden Mittel und deren Beschaffung untersucht. In II.2.5 wird die entsprechende Situation der Hilfskomitees und Delegaturen untersucht. Von der finanziellen Situation des Präsidiums war allerdings auch die monetäre und materielle Situation der regionalen und lokalen Abordnungen der Organisation abhängig. Bereits unmittelbar nach dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung der *JSS* machten sich die späteren Mitglieder, noch Monate bevor sich das Präsidium konstituierte, Gedanken über die Finanzierung der *JSS*. In einer Denkschrift fassten sie zunächst die Meinung zu den in der Satzung genannten Finanzmitteln zusammen. Die Mitgliedsbeiträge seien als reelle Finanzquelle nicht in Rechnung zu stellen, „*sie sind vielmehr als formelles Symbol der Angehörigkeit an die J.S.S. zu behandeln.*“<sup>958</sup> Die Erlangung eines staatlichen Zuschusses in der allernächsten Zeit sei – ungeachtet der Finanzlage des Generalgouvernements – unumgänglich. Zudem müssten kommunale Subventionen im Haushaltsplan der *JSS* eine bedeutende Rolle spielen, zumal den jüdischen Organisationen neben der freien Wohlfahrt die gesamte Fürsorge obliege. In Krakau erhielten, laut der Denkschrift, die Juden und Jüdinnen bereits Subventionen aus kommunalen Mitteln, weitere Subventionen seien in Aussicht gestellt worden. Kommunale Zuschüsse für die jüdischen Hilfsorganisationen müssten in den städtischen Haushaltsplänen Berücksichtigung finden. Geldspenden und Sachspenden sowie Sammlungen können bloß als Einnahmequellen für die lokalen Hilfskomitees und nicht für die *JSS* als Ganzes in Betracht kommen, so hieß es in der Denkschrift: „*Infolge der allgemeinen Verelendung der jüdischen Bevölkerung, dürfte diese Geldquelle in absehbarer Zeit nicht sehr ergiebig sein.*“<sup>959</sup> Zu den Lotterien wurde ausgeführt, dass diese infolge ihres spezifischen Charakters nur als gemeinsame Unternehmung des *HHA* gedacht werden können, wobei die Verteilung unter den einzelnen „Volksgruppen“ nach einem im Voraus bestimmten Schlüssel zu erfolgen habe. Auch diese Quelle dürfe nicht zu hoch eingeschätzt werden. Von „*Zuwendungen unter Lebenden*“ käme in

---

<sup>956</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 35.

<sup>957</sup> Ebd.

<sup>958</sup> Finanzquellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 20.06.1940, AŽIH, 211 aneks/126, Bl. 3.

<sup>959</sup> Ebd.



erster Linie die Besteuerung der jüdischen Unternehmungen, die von Treuhändern verwaltet werden, in Betracht.<sup>960</sup> Noch im Jahr 1940 machte man sich an die Erlangung dieser Mittel. Bis ins Frühjahr 1941 hinein, war die JSS allerdings noch damit beschäftigt der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Aufstellungen über die Kultussteuern der treuhänderisch verwalteten Betriebe für unterschiedliche Orte und Städte zu senden und bat dabei die Aufsichtsbehörde die Einzahlung der Beträge an die JSS zu veranlassen.<sup>961</sup> Zudem sollten Sperrkonten der jüdischen Vereine und Organisationen, die von jüdischen Firmen sowie Privatpersonen herangezogen werden. An diesen Einnahmen sollten in einem gewissen Grade auch die Judenräte beteiligt werden. Schließlich dürfe die JSS auf Dotationen ausländischer Organisationen hoffen – an erster Stelle nannte man das JDC.<sup>962</sup> Weitere ausländische Organisationen bemühten sich ebenfalls um die monetäre Situation der JSS.<sup>963</sup> Für die Verteilungspläne musste sie vom Beauftragten des DRK Zustimmung erhalten, sofern es sich um ausländische Spenden handelte.<sup>964</sup> Auch die Mittel, die die JSS vom JDC erhielt und auf dem man bei der Finanzierung der Tätigkeit die Hoffnung gesetzt hatte blieben „unter der erwartenden Höhe zurück“.<sup>965</sup> Nach dem Kriegseintritt der USA blieben die Zahlungen der Organisation komplett aus.<sup>966</sup> Darauf finanzielle Mittel von Juden und Jüdinnen aus dem Generalgouvernement zu erhalten, hoffte die JSS kaum. Dies bestätigte sich im Laufe des ersten Geschäftsjahres: *„Wir haben auch ein Winterhilfswerk in die Wege geleitet, leider aber ergab dieses nur geringe Beträge, da die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement stark erschöpft ist.“*<sup>967</sup>

Eine der ersten Amtshandlungen des Präsidiums der JSS war es sich wegen der *„Beteiligung der jüdischen Fürsorgeanstalten an den Einnahmen der Einwohnerabgabe“* an die Aufsichtsbehörde zu wenden. Auch in diesem Schreiben wies die JSS auf ihre generelle finanzielle Situation. Zu den Mitgliedsbeiträgen schrieb das Präsidium, dass es angesichts der katastrophalen Verarmung der jüdischen Bevölkerung und der Einsetzung von Zwangszahlungen und der kommissarischen Leitungen für fast alle größeren jüdischen Unternehmen und Liegenschaften keine größeren Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen erwarte. Umso weniger, da die Aufnahme von Institutionen und natürlichen Personen in die Liste der ordentlichen Mitglieder der JSS mit gewissen Schwierigkeiten formeller Natur verbunden seien. Angesichts der wirtschaftlichen Lage der jüdischen Bevölkerung könnten

<sup>960</sup> Ebd.

<sup>961</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. *„Bezahlung von Kultussteuern durch die treuhänderisch verwalteten Betriebe“*, 28.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 2. In der Akte sind diese Briefe und anliegenden Listen auch für andere Orte vorhanden.

<sup>962</sup> Finanzquellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 20.06.1940, AŽIH, 211 aneks/126, Bl. 3.

<sup>963</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an die Amerikanische Federation der polnischen Juden, New York, 09.12.1940, YVA, O.21/16-3, Bl. 68f.

<sup>964</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>965</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Dienst-räumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>966</sup> Vgl. hierzu auch III.3.

<sup>967</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

außerdem aus Sammlungen oder Spenden zu Gunsten der JSS keine größeren Einnahmen erwartet werden.<sup>968</sup> Aus diesem Grund setzte die JSS weitere Hoffnung in den Erhalt aus Mitteln aus der sogenannten „Einwohnerabgabe“.<sup>969</sup> Da die jüdische Bevölkerung zur Entrichtung dieser Abgabe nach allgemeinen Grundsätzen herangezogen werde, bedeute das, dass die jüdische Bevölkerung von Gesetzeswegen die in der Verordnung vorgesehenen Beträge der Einwohnerabgabe entrichten werde, was die Beschaffung von allgemeinen und dauernden Fonds für die soziale Fürsorge bezwecke. Es erscheine daher recht und billig, dass den jüdischen Fürsorgeinstitutionen, die in der JSS vereinigt waren, ein entsprechender Anteil am Aufkommen der Einwohnerabgabe gesichert werde, so der Wortlaut des Schreibens an die Aufsichtsbehörde.<sup>970</sup> Das Präsidium der JSS bat darum den Gemeinden, die bindende Instruktion zu erteilen, dass sie bei der Verteilung der Mittel, die durch die Einwohnerabgabe erlangt werden, die jüdischen Institutionen und Organisationen „gehörig“ berücksichtigen.<sup>971</sup> Allerdings: Die Einnahmen aus dem Anteile der Juden und Jüdinnen aus der Einwohnerabgabe „sind ganz unbedeutend“, hieß es noch im Frühsommer 1941: „Nur hier und da weisen die Kreishauptmänner geringe Beträge den Jüdischen Hilfskomitees zu.“<sup>972</sup> Da diese Mittel primär die Hilfskomitees und Delegaturen der JSS betrafen, wird dazu eine Untersuchung in II.2.5 erfolgen.

Auch auf anderen Wegen erhielt die JSS, zumindest indirekt, Mittel der Regierung. Für die Winterhilfe bekam das Präsidium der JSS über den HHA Geld. Aus Staatsmitteln erhielt der HHA die Summe von 4.790.000 Złoty, wovon die polnische Bevölkerung 76 Prozent, die jüdische 17 Prozent, für die ukrainische sieben Prozent bekam. Das Geld verwandte das Präsidium nur teilweise zentral für den Einkauf von Nahrungsmitteln, den restlichen Teil wurde den Hilfskomitees in den einzelnen Kreisstädten überwiesen.<sup>973</sup> Innerhalb des ersten Geschäftsjahres erhielt das Präsidium der JSS von den Geldzuwendungen der Regierung 1.735.000 Złoty sowie 500.000 Złoty als Aussiedlerhilfe für Warschau auf Grund eines Beschlusses des HHA vom 7. März 1941.<sup>974</sup> Zudem

<sup>968</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Beteiligung der jüdischen Fürsorgeanstalten an den Einnahmen der Einwohnerabgabe“, 04.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 243–246. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 17–19 und YVA, O.21/16-3, Bl. 16–18.

<sup>969</sup> Ebd.

<sup>970</sup> Ebd. „Bei dieser Sachlage erscheint die Beschaffung von dauernden finanziellen Grundlagen zur Befriedigung der Bedürfnisse der jüdischen sozialen Fürsorgeinstitutionen die Bestimmung von dauernden staatlichen und kommunalen Subventionen, die im Par. 10 P. 2 der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vorgesehen sind. Die Verordnung über die Erhebung einer Einwohnerabgabe vom 27. Juni 1940 bestimmt, dass die Gemeinden und die Kreishauptmannschaften das Aufkommen dieser Abgabe in erster Linie für Fürsorgezwecke zu verwenden haben.“

<sup>971</sup> Ebd.

<sup>972</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Dienst-räumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>973</sup> Vgl. dazu Abschrift JSS an BuF, betr. „Verfügung über die Akkreditive des Haupthilfsausschusses in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften“, 11.12.1940, BJ, 45/97 oder auch Abschrift JSS an die Amerikanische Federation der polnischen Juden, New York, 09.12.1940, YVA, O.21/16-3, Bl. 68f.

<sup>974</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

erhielt das Präsidium der JSS durch dem HHA einen Kredit in Höhe von 500.000 Zloty.<sup>975</sup> Bei den Liebesgaben, die aus dem Ausland kamen, war zunächst nicht klar, welchen Anteil die einzelnen Bevölkerungsgruppen zugeteilt bekommen sollten. Im Endeffekt legte man im HHA den Anteil der jüdischen Bevölkerung beziehungsweise die Menge, die die JSS unter der Bevölkerung verteilen konnte, auf 17 Prozent fest.<sup>976</sup> Neben den Spenden, die aus dem Ausland in das Land kamen, tätigte auch der HHA selbst Einkäufe und verteilte die diese an die einzelnen *Hauptausschüsse*.<sup>977</sup> Zudem bekam die JSS Subventionen vom HHA<sup>978</sup> und die einzelnen Ausschüsse halfen sich untereinander finanziell aus, sodass die JSS in dem Tätigkeitsbericht des PHA aus dem Jahr 1941/42 als Schuldner aufgeführt wurde.<sup>979</sup>

Das Vermögen der aufgelösten Vereine kam der JSS teilweise ebenfalls zugute.<sup>980</sup> In einem größeren Umfang waren diese Beträge allerdings erst ab dem Frühjahr 1941 zu erwarten. Das Präsidium bat zu dieser Zeit abermals bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ darum, die Ermächtigung zur Übernahme des Vermögens der jüdischen Vereine zu erhalten, sofern „*sie Wohlfahrtszwecken dienen und nicht im Sinne des Par. 1 der Satzung der J.S.S. bereits in ihr zusammengeschlossen*

<sup>975</sup> Antrag, ohne Datum, BJ, 38/97. „Der Haupthilfsausschuss wird ermächtigt, dem Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe einen Kredit in der Höhe von 500.000 Zl. bis zur Regelung der Finanzen der J.S.S. zu gewähren. Dieses Darlehen ist für Fürsorgezwecke, insbesondere für die Aussiedlerhilfe bestimmt.“

<sup>976</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 45f. „In der Berichtsperiode erfolgten fünf Besuche der Amerikaner, sie waren stets durch eine herzliche Anteilnahme an dem Los der durch den Krieg betroffenen Bevölkerung gekennzeichnet. Am 6. u. 7. März 1940 weilten in Krakau die Herren Nicholson und Taylor; in der Zeit vom 24. – 30. März besuchten die Herren Raymond Timothy Schaeffer und Harry Sberburne House die entfernter gelegenen Verteilungsstellen in den vier Distrikten; am 3. Juli weilte in Warschau Herr John Hartigan, der Vertreter in der Commission for Polish Relief Inc. zusammengefassten Hoover-Komitees; in der Zeit vom 23. – 26. Juni war in Warschau der Vertreter des Zentralkomitees der Mennoniten, Prof. Lehman, aus der Stadt Gosban im Staate Indiana; am 8. März 1941 kam schließlich nach Krakau Herr Mac Donald, Vertreter der Commission for Polish Relief. Die amerikanischen Missionen hatten vor allem einen Zweck, die allgemeine, durch den Krieg entstandene Notlage und die daraus sich ergebenden Bedürfnisse zu erforschen, die Empfangnahme und die Verteilung der Liebesgaben zu kontrollieren, und sich augenscheinlich davon zu überzeugen, ob die Liebesgaben an diejenigen Personen und Gruppen gelangen, für welche sie von den Spendern bestimmt waren. Im Zusammenhang damit hatten die Amerikaner auf die Bestimmung des Anteils der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung an den amerikanischen Liebesgaben einen entscheidenden Einfluss. In den Erwerbsmöglichkeiten u. dgl., endlich die zahlreichen Umsiedlungen der Juden im Generalgouvernement. Da jedoch die polnische Bevölkerung durch dieselben Kriegsübel immer stärker heimgesucht war, wurde am 31. Juli in der konstituierenden Sitzung des Hauptausschusses mit Zustimmung aller massgebenden Faktoren festgelegt, dass der Anteil der Juden an den für das Gebiet des Generalgouvernements bestimmten Liebesgaben 17 % des ganzen nicht überschreiten dürfe. Es war dies die endgültige Festlegung des Prozentsatzes, jedoch mit Rückwirkung auf alle bisher zur Verteilung gelangten amerikanischen Spenden. Dieser Umstand gab Anlass zu Ausgleichungen, wobei durch Schätzung des Warenwärters [sic!] die fehlende Menge in einer Art der Gabe durch den Ueberschuss in einer anderen ausgeglichen wurde, so dass bei der endgültigen Verrechnung der Anteil der Juden an den amerikanischen Liebesgaben voll 17 % betrug. In derselben Sitzung wurde auch der Anteil der ukrainischen Bevölkerung an den ausländischen Liebesgaben auf 7 % festgelegt. Auch hier waren vorher gewisse Schwankungen in der Bestimmung des prozentualen Anteils aufgetreten.“

<sup>977</sup> Vgl. ebd., Bl. 81. „[...] 4/ Zentraleinkäufe für den Haupthilfsausschuss: [...] an Decken wurden 5.833 Stück [...] angekauft, wovon im Terrain [...] unter Juden 1.000 Stück [...] verteilt wurden.“

<sup>978</sup> Vgl. dazu etwa ebd., Bl. 84. „Anlage 2 zur Bilanz des Haupthilfsausschusses. Nicht erteilte Subventionen: Polnischer Hauptausschuss 574.262.46 Zl. Ukrainischer Hauptausschuss 494.260.14 \* Jüdische Soziale Selbsthilfe 20.439.96 \* [...].“ Ebd., Bl. 85. „Rechnungsbericht des Haupthilfsausschuss für das Geschäftsjahr 1940/41 [...] Ausgaben 2. Verteilung der Subventionen PHA 15,382.363.01 UHA 1,450.833,12 JSS 3,470.766,26 [...].“

<sup>979</sup> Vgl. Jahresbericht über die Tätigkeit des Polnischen Hauptausschusses, Bd. 2: 1. April 1941 – 31. März 1942, BAB, R 53 III/7a, Bl. 90f. Im Folgenden: Jahresbericht PHA 1941/42. Demnach hatte die Jüdische Soziale Selbsthilfe 560.000 Zloty Schulden beim Polnischen Hauptausschuss. Dieser wiederum hatte aber – folgt man einer Bilanz auf der folgenden Seite – wiederum Schulden in Höhe von 433.20[0] Zloty, die durch „verlorengegangene Sendungen“ zustande kamen.

<sup>980</sup> Abschrift BuF an JSS betr. „Vereinsauflösung“, 18.12.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 14. „Das Vermögen des aufgelösten Vereins Keren Hasjesod wird Ihnen für die Zwecke der jüdischen Fürsorge überwiesen. Ich bitte, über die erfolgte Liquidation und Uebernahme zu berichten. Das bei Dr. Ost sich befindliche Eigentum des Vereins ist ebenfalls zu überführen.“

sind.“<sup>981</sup> Die von der Satzung auferlegten Pflichten der gesamten Wohlfahrt und Fürsorge an der jüdischen Bevölkerung erfordere die Heranziehung des Vermögens nicht nur jener Vereine die bereits ihren Anschluss an die JSS erklärt hätten, sondern auch solcher die, „aus welchen Gründen es auch sei“, es versäumt hätten ihren Beitritt zu erklären, „deren Tätigkeit aber einen ausgesprochenen Wohlfahrts- und Fürsorgecharakter trägt“, so hieß es in der Bitte des Präsidiums an die Aufsichtsbehörde:<sup>982</sup>

„Es scheint uns recht und billig zu sein, dass den Pflichten der J.S.S. für die jüdische Bevölkerung zu sorgen auch Rechte gegenüber stehen, das Vermögen der Wohlfahrtsvereine entsprechend benützen zu dürfen. Im grossen und ganzen wird aus den einzelnen kleinen Vereinen, die bisnun der J.S.S. nicht beigetreten sind, nicht viel herauszuholen sein. Aber im Interesse der einheitlichen Ausrichtung der jüdischen Wohlfahrt und Fürsorge liegt es, dass das Vermögen dieser Vereine, die durch die Verordnung vom 23. Juli 1940 aufgelöst wurden, ihrer Zweckbestimmung zugeführt werde. Aus obigen Gründen erlauben wir uns an die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge mit der ergebenen Bitten heranzutreten, sie möge die Uebernahme des Vermögens sowohl der Vereine, deren Verzeichnis wir der erwähnten Eingabe vom 10. März beigelegt haben, als auch jener Vereine, die ihre Verzeichnisse direkt an die Innere Verwaltung oder auch durch die Vermittlung der zuständigen Kreis- und Stadthauptmänner eingesandt haben, der J.S.S. gestatten.“<sup>983</sup>

Inwieweit diese Übernahme der Mittel der Vereine tatsächlich erfolgte, liess sich nicht ermitteln. Noch im Juni 1942 schrieb das Präsidium der JSS in einem Vermerk, in dem es um die Änderung des ersten Paragraphen der Satzung ging, über diesem Punkt. Daraus geht nichts Konkretes in Bezug auf die Übergabe der Mittel hervor.<sup>984</sup> Vielmehr ist es ein Hinweis darauf, dass das Thema zu diesem Zeitpunkt noch keine abschließende Klärung erfahren hatte. Am Ende des ersten Geschäftsjahrs – nach gut sieben Monaten Tätigkeit – resümierte das Präsidium der JSS über die finanzielle Situation:

„Unsere Leistungen standen in keinem Verhältnis zu der Grösse der Not und Fülle der Aufgaben und Bedürfnisse. Schuld daran war die Knappheit der Geldmittel, über die wir verfügten. Dank unseren Bemühungen hat die Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge die Verwendung des Aufkommens von der Einwohnerabgabe einer endgültigen Regelung zugeführt, wodurch für die Zwecke der jüdischen sozialen Fürsorge eine bedeutende Einnahmequelle eröffnet wurde. Die Abteilung B.u.F. hat uns auch in Aussicht gestellt, dass die Herren Kreis- und Stadthauptleute die Kultussteuern, von den treuhänderisch verwalteten Betrieben eintreiben und an die Jüdischen Hilfskomitees abgeführt werden. Von den Einnahmen dieser Einkünfte ist die jüdische soziale Fürsorgetätigkeit und Wohlfahrtsaktion in grossen Masse abhängig.“<sup>985</sup>

Im Monat März 1942 verfügte das Präsidium über 170.000 Złoty. Von diesem Betrag musste es die Ausgaben für seine Tätigkeit und überdies die Unkosten des Verwaltungsapparates bestreiten. Ein zuvor ausgezahlter Sonderzuschuss für Aussiedlerhilfe war fast gänzlich verbraucht – von 200.000 Złoty hatte man bereits 196.250 Złoty verausgabt.<sup>986</sup> Mindestens auf zwei weiteren Wegen versuchte das Präsidium finanzielle Mittel zu erlangen. Ob diese von Erfolg gekrönt waren, kann

---

<sup>981</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Vermögen der jüdischen Verein“, 29.04.1941, AŽIH, aneks/39, Bl. 60.

<sup>982</sup> Ebd.

<sup>983</sup> Ebd.

<sup>984</sup> Vermerk betr. „den Paragraph 1/ der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 26.06.1942, AŽIH, 211 aneks/5, Bl. 389.

<sup>985</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>986</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Aussiedlerhilfe aus auslaendischen Fonds“, 25.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 594.

nicht gesagt werden und auch nicht, ob es noch mehr Initiativen gab, zu denen keine Quellen überliefert sind. Zum einen versuchte die JSS von der Gewerbesteuerverordnung<sup>987</sup> für das Generalgouvernement zu profitieren. Diese habe „eine neue Einnahmequelle fuer die im Gebiete des Generalgouvernements gelegenen Gemeinden eroeffnet“.<sup>988</sup> Jeder Gewerbebetrieb habe zu Gunsten der Gemeinde in der er eine Betriebsstätte unterhielt neben der Registergebühr, die durch frühere Bestimmungen geregelt sei, die neu eingeführte Gewerbesteuer zu entrichten, so das Präsidium der JSS. Aufgrund der neuen Steuer bat man, die Aufsichtsbehörde möge veranlassen, dass die Gouverneure und Kreis- und Stadthauptleute als die Aufsichtsorgane über die territoriale Selbstverwaltung aus den kommunalen Mitteln den Geschäftsstellen der JSS ständige Dotationen für Zwecke der Fürsorge und Wohlfahrt zuzuweisen. Grundlage dafür sollte die Steuerleistung der Juden und Jüdinnen sein.<sup>989</sup> Über die Verwendung der Mittel wurde in der Gewerbesteuerverordnung keine Angabe gemacht.<sup>990</sup> Eine weitere Geldquelle vermutete das Präsidium der JSS in den Heimatgemeinden der ausgesiedelten Juden, die außerhalb des Generalgouvernements lagen: „In der letzten Zeit sind mehrere Transporte ausgesiedelter Juden aus dem Altreiche, dem Protektorat, der Ostmark und der Slowakei im Generalgouvernement eingetroffen. Wie die Aussiedler unseren Vertretern mitteilten, haben sie in ihren Heimatorten gewisse Beträge eingezahlt, die ihnen nach dem Generalgouvernement nachgeschickt werden sollten. Wie uns ferner bekannt ist, verfügen die jüdischen Hilfsorganisationen in diesen Ländern über grössere Fonds für Fürsorge- und Wohlfahrtszwecke.“<sup>991</sup> Im Folgenden wies die JSS in dem Brief an die Aufsichtsbehörde auf ihre äußerst prekäre finanzielle Lage hin.<sup>992</sup> Inwieweit diese Bemühungen von Erfolg gekrönt waren, ließ sich nicht ermitteln. Ebenso gibt es nur einen Hinweis darauf, dass die JSS die Aussicht hatte Wertpapiere jüdischer Institutionen zu Gunsten der JSS zu verkaufen. Dies notierte Adam Czerniaków am 18. September 1940 in sein Tagebuch.<sup>993</sup> Weitere Hinweise darauf ließen sich nicht finden und so auch nicht darauf, dass dies Beträge zugunsten der JSS einbrachte.

Im April 1942 wandte sich das Präsidium der JSS an die Aufsichtsbehörde, weil diese kurze Zeit zuvor den HHLA ersucht hatte, neue Verhältniszahlen für die Liebesgaben aus dem Ausland vor-

<sup>987</sup> Vgl. Gewerbesteuerverordnung vom 10. März 1942, in: VBlGG 1942, S. 157–159. In § 5 der Verordnung hieß es „Die stehenden Gewerbebetriebe unterliegen der Gewerbesteuer in der Gemeinde, in der eine Betriebsstätte zur Ausübung des stehenden Gewerbes unterhalten wird. Befinden sich Betriebsstätten des Gewerbebetriebes in mehreren Gemeinden oder erstreckt sich eine Betriebsstätte über mehrere Gemeinden, so wird die Gewerbesteuer in jeder Gemeinde nach dem Teil des Steuermeßbetrages erhoben, der auf sie entfällt.“

<sup>988</sup> Abschrift JSS, Abt. Finanz- u. Rechnungswesen, an BuF betr. „Dotationen fuer die J.S.S. aus kommunalen Mitteln“, 11.04.1942, AŽIH, 211 aneks/76, Bl. 628.

<sup>989</sup> Ebd. Ob diese Gelder tatsächlich geflossen sind, wird in II.2.5 genauer überprüft.

<sup>990</sup> Vgl. Gewerbesteuerverordnung vom 10. März 1942, in: VBlGG 1942, S. 157–159.

<sup>991</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Aussiedlerhilfe aus auslaendischen Fonds“, 25.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 594.

<sup>992</sup> Ebd. „In Anbetracht dieser Umstände gestattet sich das Präsidium die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge ergebenst zu bitten, Sie möge ihm Ihre Unterstützung bei den Bemühungen um Zuwendungen seitens der ausländischen jüdischen Organisationen und um die Überweisung der von den ausgesiedelten Juden in den Heimatorten einzahlten Beträge angedeihen lassen.“

<sup>993</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 114.

zulegen. Dies geschah vor dem Hintergrund des Anschlusses des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement. Diese Bitte war am 3. Dezember 1941 an den *HH4* herangetragen worden.<sup>994</sup> Daraufhin habe der *PHA* am 20. März 1942 einen Verteilungsschlüssel zur Genehmigung vorgelegt und der *JSS* eine Abschrift zwecks Stellungnahme übergeben.<sup>995</sup> Mit dem Vorschlag des *PHA* zeigten sich die Verantwortlichen der *JSS* nicht einverstanden, da dieser die jüdische Bevölkerung stark benachteiligte.<sup>996</sup> Allerdings änderte sich der Verteilungsschlüssel nicht mehr zugunsten der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*.<sup>997</sup>

### II.1.6 Die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen der Vorkriegszeit

Die Übernahme der finanziellen Mittel der Vereine, die in der Vorkriegszeit bereits tätig waren, durch die *JSS*, wurde im voranstehenden Abschnitt bereits tangiert. In der Satzung der *JSS* war festgelegt, dass die Organisationen der freien Wohlfahrt und Fürsorge in der *JSS* zusammengeschlossen werden. Die Zugehörigkeit zur *JSS* sollte die Selbstständigkeit der Organisationen, deren Satzungen und die Vermögensverhältnisse unangetastet lassen.<sup>998</sup> Die Quellenlage für die Zusammenarbeit zwischen der *JSS* und den Hilfsorganisationen der Vorkriegszeit ist vergleichsweise schlecht. Wir erhalten über die Statuten und die Geschäftsordnung<sup>999</sup> sowie über die Akten der Regierung, die sich mit den Vereinsfragen im Generalgouvernement beschäftigen<sup>1000</sup> ein Bild der gesetzlich angedachten Regelungen. Auch die Akten der *JSS*<sup>1001</sup> geben einen Einblick in die Zusammenarbeit mit den Vereinen. Die Akten der Hilfsorganisationen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges sind, mit sehr wenigen Ausnahmen,<sup>1002</sup> nicht überliefert. Aus diesem Grund, müssen an dieser Stelle der Untersuchung wieder die Schriften Weicherts einbezogen werden.<sup>1003</sup> In der Frühzeit, als die *JSS* noch nicht von den Besatzern gegründet worden war, erklärten einzelne Vereine ihre Zugehörigkeit zum *JDC* und erlangten darüber den Schutz der Räume und der Gegenstände

---

<sup>994</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*neue Verhältniszahlen für Liebesgaben und staatliche Subventionen*“, 07.04.1942, AŽIH, 211 aneks/76, Bl. 756–759.

<sup>995</sup> Ebd.

<sup>996</sup> Ebd.

<sup>997</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Aussiedlerhilfe aus ausländischen Fonds*“, 25.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 594.

<sup>998</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1. Eine Ausnahme wurde für die „Fälle“ gemacht, in denen mit Genehmigung der Abteilung „Innere Verwaltung“ im Amt des Generalgouverneurs besondere Vereinbarungen getroffen worden sind.

<sup>999</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>1000</sup> Vgl. dazu v.a. BAB, R 53 III/5 sowie BAB, R 53 III/6.

<sup>1001</sup> AŽIH, 211 und AŽIH, 211 aneks.

<sup>1002</sup> Lediglich vom *Centos* sind Akten aus dieser Zeit überliefert. Vgl. AŽIH, 200. Es handelt sich allerdings lediglich um die Materialien aus dem Warschauer Ghetto aus der Zeit zwischen dem 24. Juli 1941 und dem 26. Mai 1942. Darin sind kaum Kontakte zum örtlichen Hilfskomitee in Warschau zu erkennen. Allein mit der Unterkommission „*Ikstrukcji i Kontroli*“ der Hauptkommission „*Aprovizacyjna*“ des Städtischen Hilfskomitees in Warschau gab es gelegentlichen Kontakt, aus dem sich aber kein umfassendes Bild für das gesamte Generalgouvernement ableiten lassen kann.

<sup>1003</sup> WEICHERT: *Milchome*; DERS.: *Nochn Churbn* sowie DERS.: *Aleinhilf*. Ebenso die unveröffentlichten Aufzeichnungen Weicherts – AŽIH, 302/25.

der „*amerikanischen Organisation*“, da laut der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Interessen der US-amerikanischen Organisation gewahrt werden mussten.<sup>1004</sup> Eine der Aufgaben der JSS sollte es nach ihrer offiziellen Gründung sein „*alle Organisationen der freien Wohlfahrt im Generalgouvernement zu einheitlich ausgerichteter Arbeit zusammenzufassen*“.<sup>1005</sup> Am 11. August 1940 notierte Czerniaków in sein Tagebuch: „*Konferenz mit der JSS wegen der Verbände, die durchweg von den Behörden aufgelöst wurden.*“<sup>1006</sup> Die Regierung vertrat die Position, dass es notwendig sei, „*im Zuge des Aufbaus der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, alle diese Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben von den bisherigen Trägern auf die jüdischen Hilfskomitees überzuleiten, ohne daß nach § 1 der Satzung die Organisationen und deren Vermögensverhältnisse berührt werden, das heißt, daß im Laufe der Entwicklung die Judenräte ihrer Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben entledigt und die den jüdischen Hilfskomitees überwiesen werden.*“<sup>1007</sup> Allerdings kam es gerade in den ersten Monaten des offiziellen Bestehens der JSS zu Problemen in der Behandlung der Vereine durch die Besatzer. So sperrten die Besatzer die Bankkonten und die dort deponierten Gelder standen der Fürsorge und Wohlfahrt nicht mehr zur Verfügung. Laut dem Präsidium der JSS, das sich um die Freigabe der Konten bemühte, beruhte die Sperrung auf einem Missverständnis und man bat aus diesem Grund um die Freigabe der Gelder. Betroffen waren zum Beispiel *Toż* sowie ein jüdisches Altersheim in Krakau.<sup>1008</sup> Um welches Missverständnis es sich dabei handelte, war nicht zu ergründen. Unter Umständen führte das Präsidium der JSS in seiner Korrespondenz mit den Besatzern lediglich ein Missverständnis als angenommenen Grund für die Sperrung der Bankkonten an, wissend oder vermutend, dass es sich um eine gezielte Aktion der Besatzer handelte.

Bereits vor der Konstituierung des Präsidiums der JSS bemühten sich dessen spätere Mitglieder um die Eingliederung der jüdischen Vereine in die Organisation. Die Initiative ging dabei vom PHA aus, der in ähnlicher Weise betroffen war und durch die Verordnung über das Vereinswesen im Generalgouvernement sein Bestehen und seine Struktur von Grund auf erschüttert sah.<sup>1009</sup> Diese Verordnung besagte, verknüpft dargestellt, dass alle Vereine aufgelöst werden müssen, die Vermögen an die Regierung gehen und diese über deren Verwendung entscheidet. Allein Vereine bei denen die Besatzer ein „öffentliches Interesse“ sahen, durften laut der Verordnung wieder gegründet werden beziehungsweise bei diesen Vereinen war es möglich, dass durch besondere Genehmigung die Auflösung rückgängig gemacht wurde.<sup>1010</sup> Der PHA gab an, dass

---

<sup>1004</sup> Ebd.

<sup>1005</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>1006</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 101.

<sup>1007</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 35.

<sup>1008</sup> Abschrift JSS an den Distriktchef Warschau, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, 01.10.1940, AŻIH, 211/179, Bl. 18.

<sup>1009</sup> Vermutlich PHA an den Leiter der BuF im August [194]0 betreffend „*Auflösung der Wohlfahrts und Fürsorgevereine*“, BAB, R 53 III/4a, Bl. 15–17.

<sup>1010</sup> Verordnung über das Vereinswesen in Generalgouvernement vom 23. Juli 1940, in: VBIGG 1940, S. 225–228. „*Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers und des Reichskanzlers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete vom 12. Oktober 1939 [...] verordne ich: § 1 Es werden aufgelöst (a) die militärischen Vereinigungen (Soldatenvereinigungen), die nach*

„[I]aut § 1 der Satzung des PHA [...] die Organisationen der freien polnischen Wohlfahrt im Polnischen Hauptausschuss zusammengeschlossen [werden], die Zugehörigkeit des PHA berührt jedoch nicht die Selbstständigkeit dieser Organisationen deren Satzungen und Vermögensverhältnisse, soweit der PHA dabei in Betracht [sic!] kommt, unangetastet bleiben. § 3 der erwähnten Satzung führt als erste Aufgabe des PHA an: ‚alle Organisationen der freien Wohlfahrt im Generalgouvernement zu einheitlich ausgerichteter Arbeit zusammenzufassen.‘ Als der PHA nach Genehmigung der Satzung zu einem planmäßigen Aufbau der allgemeinen sozialen Fürsorge griff konnte er sich vor allem auf die im Terrain zerstreuten, in ihrer Fürsorgetätigkeit wohl bewährten Organisationen der freien Fürsorge stützen und ihnen die Ausführung der unmittelbaren Fürsorgeaktion überlassen. Durch die oben erwähnte Verordnung wurden alle diese Organisationen aufgelöst, wodurch die Wirksamkeit des PHA in ihren Fundamenten automatisch erschüttert wird.“<sup>1011</sup>

Auf diesen Organisationen lastete die ganze Verteilungsaktion der US-amerikanischen Liebesgaben. Diese Organisationen seien es gewesen, die aufgrund der guten Kenntnis der „Pflegebefohlenen“ die Hilfsaktion im weitesten Sinne leiteten. Dabei griffen sie meist auf eigene Mittel zurück und entlasteten damit die Fürsorge und linderten damit das Elend der Hilfsbedürftigen:

„Dieser ganze Wirkungskreis soll jetzt mit einem Schlag zu Nichte gemacht werden. Das Vermögen der aufgelösten Organisationen soll zugunsten des Generalgouvernements eingezogen werden. Zwar erlaubt § 9 Abs. 2 ausnahmsweise neue eingetragene Vereine zu gründen, sofern ein öffentliches Interesse hierfür gegeben ist, solch eine Neugründung erfordert jedoch einen beträchtlichen Zeitaufwand, diese neuen Vereine werden kein Vermögen für ihre Fürsorgetätigkeit besitzen. Übrigens würde die Auflösung von Vereinen, falls ihre Neugründung mit identischem Gepräge in Aussicht stünde, nur unnötigen Zeit- und Arbeitsverlust bedeuten und hätte keinen rechten Sinn. Aus dem Sinne der Verordnung ist zu entnehmen, dass es sich dabei im Allgemeinen um eingeschriebene Vereine handelt, von denen im § 3 genannter Verordnung die Rede ist, per argumentum

---

*bisberigem Recht der Aufsicht der Militärbehörden unterstanden, (b) die politischen Vereine, die bisher nicht dem Vereinsgesetz vom 27. Oktober 1932 [...] unterstanden, (c) die Vereine von Akademikern, die der Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht [...] unterstanden. § 2 Die auf Grund des Art. 12 des Vereinsgesetzes vom 27. Oktober 1932 gebildeten Vereine – nicht eingetragenen Vereine – werden aufgelöst. § 3 Die auf Grund des Art. 19 des Vereinsgesetzes vom 27. Oktober 1943 gebildeten Vereine – eingetragenen Vereine – werden aufgelöst. § 4 Die auf Grund des Art. 46 des Vereinsgesetzes vom 27. Oktober 1943 gebildeten Vereine – Vereine eines höheren Nutzens – werden aufgelöst, soweit es sich um folgende Vereine handelt: (a) Gesellschaft der Freunde der akademischen Jugend, (b) Gesellschaft zur Unterstützung des Baues öffentlicher Volksschulen, (c) das Polnische Weiße Kreuz, (d) Polnischer Pfadfinderverband, (e) Josef-Pilsudski-Institut zur Erforschung der neueren Geschichte Polens, (f) Organisation zur militärischen Vorbereitung der Frauen. § 5 Das Vermögen der nach § 1–4 aufgelösten Vereine wird durch die Kreishauptleute (Stadthauptleute) zugunsten des Generalgouvernements eingezogen. [...] § 6 Die Erfassung des nach § 5 Abs. 1 eingezogenen Vereinsvermögens erfolgt durch den Leiter der Abteilung Innere Verwaltung des Generalgouverneurs. [...] § 7 Soweit die Verwendung der im § 5 Abs. 1 genannten Vereinsvermögen unter Berücksichtigung des ehemaligen Vereinszwecks bei einer bestimmten Verwaltung des Generalgouvernements angezeigt erscheint, weist der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs das Vermögen der hiernach zuständigen Dienststelle zur Verwaltung und Verwertung zu. Der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung bedarf hierzu des Einvernehmens des Leiters der Abteilung Treuhandsstelle für das Generalgouvernement und, wenn der Wert des zuzuweisenden Vermögens 20 000 Zloty übersteigt, des Einvernehmens des Leiters der Abteilung Finanzen im Amt des Generalgouverneurs. Die Verwaltung und Verwertung des übrigen Vereinsvermögens obliegt dem Leiter der Abteilung Treuhandsstelle für das Generalgouvernement. § 8 (1) Wer Vermögenswerte, Akten und sonstiges Schrifttum aus einem nach § 5 Abs. 1 der Einziehung unterliegenden Vereinsvermögen in seiner Verfügungsgewalt hat, ist verpflichtet, diese Gegenstände innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung an den für seinen Wohnsitz zuständigen Kreishauptmann (Stadthauptmann) herauszugeben. [...] § 9 (1) Vereine dürfen grundsätzlich nicht neu gegründet werden. (2) Ausnahmen hiervon sind für eingetragene Vereine zulässig, sofern ein öffentliches Interesse hierfür gegeben ist und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei vorliegt. Die Mindestzahl der Mitglieder eines Vereins wird auf 7 festgesetzt. [...] § 10 Sofern an dem Fortbestehen eines eingetragenen, nach § 4 aufgelösten Vereins ein öffentliches Interesse besteht, kann die Auflösung des Vereins mit ihren Rechtsfolgen durch Verfügung [...] der für die Neugründung zuständige Verwaltungsbehörde mit Zustimmung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei rückgängig gemacht werden. [...] § 13 Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.“ Diese Verordnung wurde am 1. August 1940 veröffentlicht.*

<sup>1011</sup> Vermutlich PHA an den Leiter der BuF betr. „Auflösung der Wohlfahrts und Fürsorgevereine“, August [194]0, BAB, R 53 III/4a, Bl. 15–17.



a maiori ad minus besteht hier kein Hinderniss [sic!], den § 10 auch auf die uneingeschriebenen Vereine auszudehnen.“<sup>1012</sup>

Aus diesem Grund beantragte der PHA, dass alle mit dem PHA kooperierenden Fürsorgeorganisationen von der Einwirkung der Verordnung über das Vereinswesen ausgeschlossen werden.<sup>1013</sup> Mitte August 1940 wandte sich auch der HHA in Sachen des Vereinswesens an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“. Aus dem Schreiben geht hervor, dass die polnische Organisation bereits ein Gespräch mit Arlt in dieser Angelegenheit geführt hatte. Nun machte der PHA einen Vorschlag zur Abwandlung der Verordnung über das Vereinswesen.<sup>1014</sup> In Bezug auf die Vereine deren Zweckmässigkeit dem Sachbearbeiter der Aufsichtsbehörde fraglich erscheine, hätten sich dieselben bereits mit den Hilfskomitees des PHA, des UHA sowie der JSS in Verbindung zu setzen und zwar je nach der „Volksgruppenzugehörigkeit“ des entsprechenden Vereins.<sup>1015</sup> Die JSS erwähnte der PHA im größten Teil der Korrespondenz, die obenstehend zitiert ist, nicht. Allerdings war auch sie von der Verordnung über das Vereinswesen in gleicher Weise betroffen. Aus diesem Grund wandte sich die JSS noch vor der Konstituierung ihres Präsidiums Mitte August 1940 an ihre Aufsichtsbehörde. Diesem Schreiben waren Gespräche mit der Zivilverwaltung vorausgegangen und man bezog sich auf das vom PHA Geschriebene:

„Auf dem Gebiete der freien Wohlfahrt unter der jüdischen Bevölkerung waren vor dem Kriege Vereine und Gesellschaften tätig [...]. Manche von ihnen beschränkten ihre Tätigkeit auf eine Stadt oder ein Städtchen, andere erstreckten sich auf mehrere Ortschaften. Es gab auch Fälle, dass einzelne Vereine das Gebiet der ganzen polnischen Republik umfassten. Zu den letzteren gehörten u.a. 1/ der Verein zur Förderung der Gesundheitspflege unter der jüdischen Bevölkerung ‚Toz‘, 2/ der Verband der Kinder- und Waisenfürsorgevereine ‚Centos‘, 3/ der Verein zur Förderung der beruflichen und der landwirtschaftlichen Arbeit unter den Juden ‚Ort‘, 4/ der Zentralverein zur Unterstützung des zinslosen Kredits und Förderung der produktiven Arbeit unter der jüdischen Bevölkerung ‚Cekabe‘, 5/ die jüdische Zentrale Emigrationsgesellschaft ‚Jeas‘, die sämtlich nunmehr in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zusammengeschlossen sind. Überdies gab es eine ansehnliche Anzahl von Berufsgenossenschaften, Bildungsvereinen, Sportgesellschaften u.a., deren Hauptzweck der Zusammenschluss ihrer Mitglieder auf den Gebieten des Berufs, der Bildung, des Sportes bildete, die aber gleichzeitig eine rege Fürsorgetätigkeit für ihre Mitglieder und deren Familien entfalteten. Ein Teil der Mitgliedsbeiträge war zu diesem Zwecke bestimmt, und die Mitglieder dieser

<sup>1012</sup> Ebd.

<sup>1013</sup> Ebd.

<sup>1014</sup> HHA an BuF betr. „*Vereinsgesetz vom 23. VII. 1940*“, 14.08.1940, BAB, R 53 III/4a, Bl. 22f. Das Dokument bricht dann ab – handschriftliche Änderungen im vorangegangenen Text. „§ 1. Alle Vereine der freien Wohlfahrt bleiben in ihrem Satzungs- und Vermögensberechtigungen bis zur endgültigen Normierung ihrer Lage in dem, durch dieses Ausführungsverfahren vorgesehenen Wege, unantastbar. § 2. Als Vereine der freien Wohlfahrt gelten laut dieses Verfahrens folgende Vereine a/ Vereine, die geschlossene Wohlfahrtsanstalten führen / z.B. Waisenhäuser, Säuglingskrippen, Greisenheime etc./ b/ Vereine, die offene Wohlfahrtsanstalten führen / z.B. Nachtasile, Küchen, Beratungsstellen für Mutter und Kind, Teestuben, Säuglingsernährungsstellen etc./ c/ Vereine, deren Zweck materielle, morale, berufliche und sanitäre Hilfeleistungen hinsichtlich näher bestimmten oder allgemein bestimmten fürsorglichen Gruppen ist / z.B. Ausgesiedelte, Familien einzelner Berufsmitglieder, Jugendliche, Waisen, Halbwaisen, verwahrloste Kinder, Arbeitsuntaugliche, Kriegsoffer, Bettler, Alkoholiker, Prostituierte etc./ abgesehen von der Form der Unterstützung. d/ Vereine, deren Zweck materielle, berufliche, morale oder sanitäre Selbsthilfe für eigene Mitglieder ist / z.B. Vereine, welche Mitglieder gewisse Berufszweige vereinigen, s.g. Rodziny, Philistervereine, Wissenschaftliche Selbsthilfevereine u.a./ [...] Bei Erfassung obiger Vereine sind neben den, in der Satzung derselben genannten Ziele, auch gegenwärtig konkret ausgeführte Aufgaben zu berücksichtigen, weil viele Vereine, die ausserfürsorgliche Zwecke verfolgen, sich gegenwärtig mit Hilfeleistungen für ihre eigenen Mitglieder befassen. § 3. Sachbearbeiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge bei den Kreis- und Stadthauptleuten haben alle obgenannten Vereine auf ihrem Bereichsgebiete bis zum 10. September 1940 einzutragen sowie die Zweckmässigkeit der weiteren Aufrechterhaltung einzelner Vereine zu prüfen.“

<sup>1015</sup> Ebd.

Vereine, sowie ihre Angehörigen durften im Notfall auf weitgehende Unterstützung seitens der Fürsorgeanstalten dieser Vereine rechnen.“<sup>1016</sup>

Die Auflösung der Wohlfahrtsvereine und jener Gesellschaften die Fürsorgetätigkeit ausübten, würde einerseits die Mitglieder und ihre Familien überaus hart treffen, andererseits die Tätigkeit der von der Regierung „*eingesetzten Hauptausschüsse*“ – also des PHA, des UHA sowie der JSS – völlig unterbinden, so die Argumentation der JSS. Den *Hauptausschüssen* sei im ersten Paragraph der Satzung aufgetragen worden die vorhandenen Organisationen der freien Wohlfahrt zusammenzufassen. In der Praxis hätten diese ihre Tätigkeit in ihren unterschiedlichen Bereichen fortgesetzt. Die Hauptausschüsse hätten diese Tätigkeit beaufsichtigt, koordiniert und kontrolliert: „*Die Auflösung der einzelnen Organisationen müsste notwendigerweise eine Lahmlegung der gesamten [sic!] Wohlfahrtstätigkeit zur Folge haben.*“<sup>1017</sup> Um diesen Folgen vorzubeugen schlug die JSS vor, dass

„1/. Organisationen und Anstalten, deren Tätigkeit ausschliesslich auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Fürsorge liegt und die einem der oben genannten Hauptausschüsse angeschlossen sind, dürfen ihre Hilfstätigkeit fortführen und werden in das Vereinsregister im Sinne des Par. 9 der Verordnung über das Vereinswesen vom 23/7 1940 bei Beibehaltung ihren gesamten Vermögens eingetragen. 2/. Vereine und Gesellschaften, die satzungsgemäss Fürsorgetätigkeit teilweise auszuüben hatten oder ohne satzungsgemässe Bestimmungen tatsächlich ausgeübt hatten, müssen ihre Tätigkeit ausschliesslich auf die Wohlfahrt beschränken und werden zu diesem Zwecke nach durchgeführter Aenderung ihrer Satzung in das Vereinsregister eingetragen. 3/. Alle anderen Vereine, deren Fortbestehen zweckmässig erscheint und von einer der Zentralen Wohlfahrtsorganisationen /Polnischer Hauptausschuss, Ukrainischer Hauptausschuss, Jüdische Soziale Selbsthilfe/ befürwortet wird, dürfen eine Fürsorgetätigkeit unter ihren Mitgliedern und deren Familien entwickeln. 4/. Das Vermögen der aufgelösten Vereine fällt den behördlich eingetragenen zentralen Wohlfahrtsorganisationen /Polnischer Hauptausschuss, Ukrainischer Hauptausschuss, Jüdische Soziale Selbsthilfe/ zu.“<sup>1018</sup>

Ende August 1940 wandte sich dann der HHA in Sachen des Vereinswesens an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“. Aus dem Schreiben geht hervor, dass dieser bereits ein Gespräch mit Arlt in dieser Angelegenheit geführt hatte und schlug nun eine Abwandlung der Verordnung über das Vereinswesen vor.<sup>1019</sup>

Bei einem Entwurf der der JSS zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, planten die späteren Mitglieder des Präsidiums bereits im Juni 1940 auch die Vermögen der jüdischen Vereine ein.<sup>1020</sup> Die Vermögen einzelner Vereine – etwa des aufgelösten *Vereins Keren Hasjesod* – wurden der JSS im Dezember 1940 übertragen,<sup>1021</sup> allerdings scheinen das Ausnahmen gewesen zu sein, denn Ende April 1941 richtete sich die JSS an die Aufsichtsbehörde mit der Bitte die Vermögen der jüdischen

<sup>1016</sup> JSS an BuF, 15.08.1940, BAB, R 53 III/4a, Bl. 24f. Abschrift auch vorhanden in YVA, O.21/16-3, Bl. 13f.

<sup>1017</sup> Ebd.

<sup>1018</sup> Ebd.

<sup>1019</sup> HHA an BuF betr. „*Vereinsgesetz vom 23. VII. 1940*“, 14.08.1940, BAB, R 53 III/4a, Bl. 22f.

<sup>1020</sup> Vgl. etwa Finanzquellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 20.06.1940, AŽIH, 211 aneks/126, Bl. 3.

<sup>1021</sup> Abschrift BuF an JSS betr. „*Vereinsauflösung*“, 18.12.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 14.

Vereine übernehmen zu dürfen.<sup>1022</sup> Im ersten Paragraphen der Satzung der JSS hieß es: *„Die Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt und Fürsorge werden in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (J.S.S.) zusammengeschlossen. Die Zugehörigkeit zur Jüdischen Sozialen Selbsthilfe berührt nicht die Selbstständigkeit dieser Organisationen, deren Satzungen und Vermögensverhältnisse, soweit die Jüdische Soziale Selbsthilfe dabei in Betracht kommt, unangetastet bleiben, abgesehen von den Fällen, in denen mit Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs besondere Vereinbarung getroffen worden ist.“*<sup>1023</sup> Über diesen Paragraphen der Satzung hielt das Präsidium der JSS in einem Aktenvermerk fest:

„Laut Paragraph 1/ der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe werden die Vermögenswerte der Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt, die durch die Zugehörigkeit zu der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ihre Selbstständigkeit verloren haben, der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen. Diese in Paragraph 1/ unserer Satzung enthaltene Verfügung bildet den s.g. Titel, d.i. den Bestimmungsgrund des Eigentumserwerbs an diesen Vermögenswerten. Der blosser Titel allein gibt noch kein Eigentum, sondern bloss ein persönliches Recht gegen den Verpflichteten. Zur Erlangung des Eigentums ist ausser dem Titel noch eine rechtliche Erwerbungsart erforderlich, d.i. diejenige Tatsache, welche die Erwerbung des Eigentums vermittelt. Sie besteht in der rechtlichen Uebergabe und Uebernahme der Sachen. Man versteht darunter die Uebertragung der Gewahrsam einer Sache. Bewegliche Sachen werden in der Regel durch körperliche Uebergabe von Hand zu Hand an einen anderen übertragen. Bei solchen beweglichen Sachen, welche ihrer Beschaffenheit nach keine körperliche Uebergabe zulassen, wie bei Schuldforderungen, Gesamtsachen u.ä., gestattet das Gesetz die Uebergabe durch Zeichen, die deutlich erkennen lassen, dass die Sache einem anderen überlassen worden ist. Schliesslich muss zur Uebertragung des Eigentums unbeweglicher Sachen das Erwerbungsgeschäft /der Titel/ noch in die dazu bestimmten öffentlichen Bücher eingetragen werden. Es besteht als kein Grund den Paragraphen 1/ der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zu ändern.“<sup>1024</sup>

Dieser Aktenvermerk entstand vermutlich im Kontext einer nicht datierten Änderung des ersten Paragraphen der Satzung der JSS, in deren Zusammenhang die Besitzer zunächst die Vermögenswerte der Vereine klar der jüdischen Organisation zusprachen und dann allerdings eine Streichung eines Satzteils vornahmen, der dies regeln sollte. Handschriftlich wurde der Satzteil *„und die Vermögenswerte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen“* gestrichen, sodass der erste Paragraph der Satzung dann lautet: *„Die Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt werden in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zusammengefasst. Sie verlieren durch ihre Zugehörigkeit zu der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ihre Selbstständigkeit, ihre Satzungen werden aufgehoben ~~und die Vermögenswerte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen.~~“*<sup>1025</sup> Aus

<sup>1022</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Vermögen der jüdischen Vereine“*, 29.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 60. Dazu hieß es: *„Die von der Satzung der J.S.S. ihr auferlegten Pflichten der gesamten Wohlfahrt und Fürsorge an der jüdischen Bevölkerung erfordert die Heranziehung des Vermögens nicht nur jener Vereine, die bereits ihren Anschluss an die J.S.S. erklärt haben, sondern auch solcher, die – aus welchen Gründen es auch sei – es versäumt haben ihren Beitritt an die J.S.S. zu erklären, deren Tätigkeit aber einen ausgesprochenen Wohlfahrts- und Fürsorgecharakter trägt. Es scheint uns recht und billig zu sein, dass den Pflichten der J.S.S. für die jüdische Bevölkerung zu sorgen auch Rechte gegenüber stehen, das Vermögen der Wohlfahrtsvereine entsprechend benützen zu dürfen. Im grossen und ganzen wird aus den einzelnen kleinen Vereinen, die bisnun der J.S.S. nicht beigetreten sind, nicht viel herauszuholen sein. Aber im Interesse der einheitlichen Ausrichtung der jüdischen Wohlfahrt und Fürsorge liegt es dass das Vermögen dieser Vereine, die durch die Verordnung vom 23. Juli 1940 aufgelöst wurden, ihrer Zweckbestimmung zugeführt werde. Aus obigen Gründen erlauben wir uns an die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge mit der ergebenen Bitten heranzutreten, Sie möge die Uebernahme des Vermögens sowohl der Vereine, deren Verzeichnis wir der erwähnten Eingabe vom 10. März beigelegt haben, als auch jener Vereine, die ihre Verzeichnisse direkt an die Innere Verwaltung oder auch durch die Vermittlung der zuständigen Kreis- und Stadthauptmänner eingesandt haben, der J.S.S. gestatten.“*

<sup>1023</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

<sup>1024</sup> Vermerk betr. *„den Paragraph 1/ der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“*, 26.06.1942, AŽIH, 211 aneks/5, Bl. 389.

<sup>1025</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, BAB, R 52 III/6, Bl. 58.

einem Schreiben der Abteilung „Innere Verwaltung“ an die Abteilung „Allgemeine Staatsverwaltung“ geht hervor, dass diese Änderung im Juli 1942 erfolgte.<sup>1026</sup> Dass diese sich dann überhaupt noch auf die Tätigkeit der JSS auswirkte, ist unwahrscheinlich, da das Präsidium kurze Zeit darauf die Aufforderung zur Auflösung erhielt.<sup>1027</sup>

In der ersten Sitzung des Präsidiums der JSS wurde unter anderem der Tagesordnungspunkt „Vereine und Stiftungen“ verhandelt und beschlossen die Aufsichtsbehörde anzusuchen, sie möge die Erlassung einer Ausführungsverordnung zur Verordnung über das Vereinswesen vom 23. Juli 1940 im Sinne der vom HHA ausgearbeiteten und die von der Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ genehmigten Grundsätze beschleunigen. Weiterhin sollte ein Rundschreiben an die Hilfskomitees und die Judenräte gerichtet werden, um sie im Sinne der Verordnung über die Rechte der Stiftungen im Generalgouvernement vom 1. August 1940 aufzufordern die erforderliche Anmeldung vorzunehmen.<sup>1028</sup> Durch die Verordnung wurden alle Organisationen und Vereine aufgelöst, wodurch die Wirksamkeit des PHA, wie die Verfasser des Schreibens ausführen, „*in ihren Fundamenten automatisch erschüttert wird*“.<sup>1029</sup> Dies kann auf die JSS übertragen werden. Zwar liegen keine Quellen vor aus denen dies dezidiert hervorgeht, jedoch waren die Vereine und Organisationen eine wichtige Säule der Arbeit der JSS.<sup>1030</sup>

Nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS war die Vereinsfrage keinesfalls gelöst. In der Zwischenzeit hatten vor allem der HHA und der PHA Gespräche mit der Aufsichtsbehörde bezüglich der Neugründung von „*Vereinen der freien Wohlfahrt und Reorganisation der bisherigen Struktur des Vereinswesens in diesem Gebiet*“ geführt. Während der letzten Gespräche wurde beschlossen, dass zwecks Schaffung einer ordentlichen Arbeitsverteilung auf diesem Gebiet eine Anzahl von Zentralvereinen gegründet werden solle, von denen jeder ein gesondertes Gebiet der freien Wohlfahrt übernehmen sollte. Diese Vereine sollten das Recht erhalten Zweigniederlassungen in den Kreisen zu gründen, damit sie auch dort ihre Aufgaben erfüllen konnten.<sup>1031</sup> Zeitgleich bemühte sich die JSS bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ darauf hinzuwirken, dass Vereine – etwa das *Komitee jüdischer Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen* bei der jüdischen Gemeinde in Krakau – nicht aufgelöst werden. Die JSS bat die Aufsichtsbehörde, dass diese das Amt des Kommandeurs der

---

<sup>1026</sup> Vgl. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „*Änderung der Satzungen des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses sowie der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 08.07.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 35.

<sup>1027</sup> Vgl. hierzu III.1.1.

<sup>1028</sup> Vgl. Niederschrift JSS, 05.09.1940, YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>1029</sup> Wohl PHA an BuF betr. „*Auflösung der Wohlfahrts- und Fürsorgevereine*“, August [194]0, BAB, R 53 III/4a, Bl. 15–17, Zitat: Bl. 16.

<sup>1030</sup> Ebd. Weiter hieß es: „*Zwar erlaubt § 9 Abs. 2 ausnahmsweise neue eingetragene Vereine zu gründen, sofern ein öffentliches Interesse hierfür gegeben ist, solch eine Neugründung erfordert jedoch einen beträchtlichen Zeitaufwand, diese neuen Vereine werden kein Vermögen für ihre Fürsorgetätigkeit besitzen.*“

<sup>1031</sup> HHA an BuF betr. „*Neugründung von Vereinen der freien Wohlfahrt*“, 23.09.1940, BAB, R 53 III/4a, Bl. 36. Für den PHA wurde eine Liste der vorgeschlagenen Zentralvereine bereits mit diesem Schreiben eingereicht. Für die JSS findet sich in der Akte keine Auflistung.

Sicherheitspolizei veranlassen möge von der Auflösung des Komitees Abstand zu nehmen „bis zur erfolgten Regelung des Kriegsinvalidenvereins im Rahmen der Reaktivierung bezw. der Neugründung der aufgelösten Vereine.“<sup>1032</sup> Einen knappen Monat später erfolgte die Benennung von zehn zu gründenden Zentralvereinen durch das Präsidium der JSS.<sup>1033</sup> Als Wunschsatz der Vereine gab die JSS Warschau an, da „Warschau [...] die grösste jüdische Siedlung im Generalgouvernement“ sei, sie die größte Zahl der Fürsorge- und Wohlfahrtsanstalten zu dieser Zeit besessen habe, eine langjährige Erfahrung, geschultes Personal, entsprechende Räume und Büroeinrichtungen vorzuweisen habe: „Zwecks Beaufsichtigung der Zentralvereine in Warschau würde das Präsidium der J.S.S. mit behördlicher Genehmigung eine Dienststelle in Warschau errichten, deren einzige Aufgabe die Ausübung der Aufsicht über die Zentralvereine bilden würde. Der Verkehr der Dienststelle der J.S.S. mit den deutschen Dienststellen würde durch das Präsidium in Krakau erfolgen.“<sup>1034</sup> Weder die Gründung der Zentralvereine noch die direkte Dienststelle des Präsidiums in Warschau, mit der kein Hilfskomitee gemeint war, erfolgte.

Das Präsidium der JSS reagierte zudem auf das Vereinsgesetz und gab in Bezug auf die große Anzahl an jüdischen Wohlfahrtsvereinen, die in der Vorkriegszeit bestanden hatten, an, dass die Auflösung dieser Vereine und der Gesellschaften die Fürsorgetätigkeiten ausübten einerseits die Mitglieder und deren Familien überaus hart treffen würde, andererseits die Tätigkeit der drei eingerichteten *Hauptausschüsse* völlig unterbänden. Den *Hauptausschüssen* sei in der Satzung behördlich aufgetragen worden, die existierenden Organisationen der freien Wohlfahrt zusammenzuschließen. In der Praxis hätten die Organisationen ihre Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der freien Wohlfahrt fortgesetzt, während die *Hauptausschüsse* ihre Tätigkeit beaufsichtigten, koordinierten und kontrollierten. Die Auflösung der einzelnen Organisationen hätte notwendigerweise eine Lahmlegung der gesamten Wohlfahrtstätigkeit zur Folge. Dabei übermittelten das Präsidium der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ den obenstehend bereits zitierten Part aus einem Vermerk nun.<sup>1035</sup>

<sup>1032</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Komitee jüdischer Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen bei der jüdischen Gemeinde in Krakau“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 43.

<sup>1033</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Vereine“, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 25. „Auf Veranlassung des Haupthilfsausschusses gestatten wir uns in der Anlage 10 Zentralvereine in Vorschlag zu bringen, die sämtliche Gebiete der freien Wohlfahrt und Fürsorge umfassen, die auf Grund der am 29. Mai 1940 genehmigten Satzung in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zusammengeschlossen sind. Die obgenannten Vereine umfassen folgende Gebiete: 1. offene Fürsorge, 2. geschlossene Fürsorge, 3. Waisen- und Kinderfürsorge, 4. Gesundheitsschutz, 5. Handwerkerfürsorge, 6. Landwirtschaftsfürsorge, 7. Hilfe für Kriegsinvaliden, Emeriten und Rentenberechtigte, 8. Kredit- und Wirtschaftshilfe, 9. Selbsthilfe, 10. Emigrationshilfe.“

<sup>1034</sup> JSS an BuF über HHA betr. „Vereine“, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/276. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/23.

<sup>1035</sup> Vgl. JSS an BuF, BAB, R 53 III/4a, Bl. 24f. U.a. hieß es in dem Schreiben: „Um diesen Folgen vorzubeugen, gestatten wir uns folgende Vorschläge zur wohlwollenden Erwägung zu unterbreiten: 1/. Organisationen und Anstalten, deren Tätigkeit ausschliesslich auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Fürsorge liegt und die einem der oben genannten Hauptausschüsse angeschlossen sind, dürfen ihre Hilfstätigkeit fortführen und werden in das Vereinsregister im Sinne des Par. 9 der Verordnung über das Vereinswesen vom 23/7 1940 bei Beibehaltung ihren gesamten Vermögens eingetragen. 2/. Vereine und Gesellschaften, die satzungsgemäss Fürsorgetätigkeit teilweise ausüben hatten oder ohne satzungsgemässe Bestimmungen tatsächlich ausgeübt hatten, müssen ihre Tätigkeit ausschliesslich auf die Wohlfahrt beschränken und werden zu diesem Zwecke nach durchgeführter Aenderung ihrer Satzung in das Vereinsregister eingetragen. 3/. Alle anderen Vereine, deren Fortbestehen zweckmässig erscheint und von einer der Zentralen Wohlfahrtsorganisationen / Polnischer Hauptausschuss, Ukrainischer Hauptausschuss, Jüdische Soziale Selbsthilfe/ befürwortet wird, dürfen eine Fürsorgetätigkeit unter ihren

Auch innerhalb der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ wurde die Frage der Vereine der freien Wohlfahrt diskutiert und der Entschluss gefasst:

„1. Der Joint muss als Verein nach dem neuen Vereinsgesetz eingetragen werden. Dazu ist der alte Name und das alte Statut in deutscher Übersetzung einzureichen, wobei vermerkt werden kann, dass es sich um eine Filiale des amerikanischen Verbandes handelt. 2. Der Haupthilfsausschuss und die 3 Hauptausschüsse müssen ebenfalls als Vereine eingetragen werden. Die allgemeine Regelung der Vereinsfrage wurde auf meinen Vorschlag folgendermassen vorgenommen. Es werden Vereinsgruppen gebildet, mit dem Recht Zweigvereine im Gebiet zu bilden. Sitz der Gruppen ist Krakau. In der Einleitung zu den Satzungen der Gruppen soll angeführt werden, welche ehemaligen polnischen Vereine darin zusammengeschlossen sind. Neben der Vermögensübergabe der alten Vereine an die neuen Vereinsgruppen, muss nach erfolgter Zusammenstellung mit der Abteilung Treuhand verhandelt werden. Es ist eine genaue Liste der ehemaligen Vereine anzulegen. [...] Die Gruppen werden dem Haupthilfsausschuss angeschlossen und dürfen nur so genehmigt werden.“<sup>1036</sup>

Erstmals taucht in diesem Aktenvermerk der Hinweis auf, dass neben den Vereinen, die den *Hauptausschüssen* unterstellt wurden, zudem die Ausschüsse selbst und der *HHA* als Vereine eingetragen werden müssen. Dieser Gedanken der Eintragung der *Hauptausschüsse* als Vereine wurde weiter verfolgt. Auch im November 1940 wurde vermerkt, dass man als Rechtsstruktur eingetragene Vereine vorsähe, die die Möglichkeit hätten Zweigvereine – die Hilfskomitees – zu gründen.<sup>1037</sup> Den Vorschlag der Vereinseintragung genehmigte die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“.<sup>1038</sup> Die jüdischen Vereinsvermögen betreffend verständigte man sich ebenso, da diese im Zusammenhang mit der Eintragung der *Hauptausschüsse* als Vereine zu sehen seien. Einer Übertragung der Vereinsvermögen an die *JSS* wollten die Besatzer nur zustimmen, wenn diese als Verein eingetragen wäre. Eine Verständigung zwischen der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ und der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ diesen Punkt betreffend fand im November 1941 statt,<sup>1039</sup> also gut ein Jahr nachdem es erste Pläne gab, die *Hauptausschüsse* als Vereine eintragen zu lassen. Die Klärung der „Vereinsfrage“ beziehungsweise der Eintragung der Ausschüsse als Vereine zog sich hin und es kann auf Basis der vorliegenden Quellen nicht abschließend geklärt werden, ob eine Eintragung der Ausschüsse und besonders

---

*Mitgliedern und deren Familien entwickeln. 4/. Das Vermögen der aufgelösten Vereine fällt den behördlich eingetragenen zentralen Wohlfahrtsorganisationen /Polnischer Hauptausschuss, Ukrainischer Hauptausschuss, Jüdische Soziale Selbsthilfe/ zu.“*

<sup>1036</sup> Aktenvermerk betr. „Regelung der Vereinsfrage“, 13.09.1940, BAB, R 53 III/5, Bl. 1.

<sup>1037</sup> Vgl. Aktenvermerk betr. „Haupthilfsausschuss“, 16.11.1940, BAB, R 53 III/5, Bl. 2. „Ich schlage als Rechtsstruktur für den Haupthilfsausschuss und die Hauptausschüsse die Form der eingetragenen Vereine mit dem Recht der Bildung von Zweigvereinen (Hilfskomitees) vor.“

<sup>1038</sup> Vgl. BuF betr. „Haupthilfsausschuss“, 02.12.1940, BAB, R 53 III/5, Bl. 4. „Ich bin damit einverstanden, daß der Haupthilfsausschuss und die zentralen Hauptausschüsse als eingetragenen Vereine errichtet werden und den Hauptausschüssen das Recht eingeräumt wird, als Zweigvereine örtliche Hilfskomitees einzurichten. Die erforderlichen Anträge bitte ich unter Beifügung der Satzungen für jeden Verein getrennt zu stellen.“

<sup>1039</sup> Vgl. BuF betr. „Verwertung von jüdischen Vereinsvermögen“, 13.09.1941, BAB, R 53 III/5, Bl. 5. „Mit oben bezeichnetem Schreiben haben Sie vorgeschlagen, das gesamte Vermögen der aufgelösten Vereine, unter anderem das Vermögen des Vereins Kneses Israel, geschlossen der Jüdischen-Sozialen-Selbsthilfe zu übertragen. Diesem Vorschlag vermag ich nur zu entsprechen, wenn die Jüdische-Soziale-Selbsthilfe eine eigene Rechtspersönlichkeit hat. Ich bitte Sie daher, die Frage der Rechtsfähigkeit zu klären, anderenfalls besteht nur die Möglichkeit, Ihrer Abteilung die Verwaltung des Vereinsvermögen [sic!] zu übertragen. Eine geschlossene Zuweisung sämtlicher jüdischer Vereinsvermögen kann in keinem Fall erfolgen, da für jeden Verein ein gesonderter Bescheid ergeht.“

der JSS wirklich erfolgte. Im Februar 1942 beantragte das Präsidium der JSS abermals die Eintragung der JSS als Verein.<sup>1040</sup> Bis Mitte 1942 war es ein Hin und Her zwischen den Abteilungen der Regierung und es scheint teilweise nicht klar gewesen zu sein, wer für die Eintragung der zu gründenden Vereine in das Vereinsregister zuständig war.<sup>1041</sup> Hinzu kam ab 1942, dass beanstandet wurde, dass das Vermögen der Wohlfahrtsvereine, die unter den *Hauptausschüssen* zusammengefasst wurden, an den entsprechenden Ausschuss ging.<sup>1042</sup> Diese Satzungsänderung lehnte die JSS, wie bereits dargelegt, ab. Sie argumentierte, dass der Organisation in dem Paragraphen lediglich das Recht gegeben werde das Eigentum zu erwerben. Um dieses aber tatsächlich zu erlangen, seien allerdings noch Handlungen notwendig. Aus diesem Grund sah die JSS keinen Grund für eine Satzungsänderung.<sup>1043</sup> Es lässt sich ausmachen, dass die Polizeidirektion Krakau – diese Dienststelle

<sup>1040</sup> JSS an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, betr. „*Eintragung unseres Vereines in das Vereinsregister*“, 16.02.1942, AŽIH, 211 aneks/70, Bl. 706. „*Hiermit erlauben wir uns die Eintragung unseres Vereines Jüdische Soziale Selbsthilfe in das Vereinsregister zu beantragen. Vorschriftsgemäss fügen wir unsere Satzung / sowie 2 Geschäftsordnungen / in 4facher Ausfertigung bei.*“

<sup>1041</sup> Dies macht die Korrespondenz betreffend der Vereinsgründung innerhalb der Regierung des Generalgouvernements deutlich – so etwa BuF betr. „*Neugründung des Haupthilfsausschusses, des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, BAB, R 53 III/5, Bl. 11. „*Die von Ihnen eingereichten Anträge auf Genehmigung zur Neugründung der oben genannten Vereine entsprechen insofern nicht den Erfordernissen des Artikels 19 Absatz 1 der Bekanntmachung zur Vereinsordnung, als sie nicht von den 7 Gründern unterzeichnet sind. Ich bitte daher die Vereine zu veranlassen, die Formfordernisse nachzubohlen.*“ Man genehmigte die Vereinsgründung unter Auflagen – so etwa der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe. Regierung des Generalgouvernements an JSS betr. „*Genehmigung zur Neu-Gründung des Vereins Jüdische Soziale Selbsthilfe in Krakau*“, 31.03.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 13. „*Die Neu-Gründung des Vereins: Jüdische Soziale Selbsthilfe in Krakau wird gemäss § 9 der Verordnung über das Vereinswesen im Generalgouvernement vom 23.7.1940 (GGP. I Seite 227) genehmigt. Sie werden aufgefordert, binnen 1 Monat die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister, Teil II hier nachzuweisen. Die zuständige Registerbehörde ist der Stadthauptmann in Krakau [...]. Für diese Entscheidung ist eine Verwaltungsgebühr zu entrichten. Zur Festsetzung dieser Gebühr ersuche ich um Mitteilung der Höhe des Vereinsvermögens.*“ Die Eintragung der Vereine erfolgte jedoch zunächst nicht, da die Behörden vor Ort diese nicht vornahmen – dies macht ein Dokument bezüglich des Haupthilfsausschusses und des Polnischen Hauptausschusses deutlich: Polnischer Hauptausschuss „*Notiz betreffend Eintragung in das Vereinsregister*“, ohne Datum, BAB, R 53 III/5, Bl. 21. „*Die Polizeidirektion Krakau als zuständige Registerbehörde weigert sich unsere Anträge auf Eintragung des Haupthilfsausschusses und des Polnischen Hauptausschusses in das Vereinsregister anzunehmen. Der betreffende Sachbearbeiter hat uns erklärt – im Einklang mit dem Art. 21 des Vereinsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 1941 –, dass die Veranlassung der Eintragung von der den Verein genehmigenden Aufsichtsbehörde auszugehen habe, die ihrem bezüglichen Schreiben drei, mit dem Genehmigungsvermerk versehenen Ausfertigungen der Satzung des betreffenden Vereins beizufügen habe; eine Ausfertigung derselben wird dann mit dem Eintragungsvermerk dem Verein zugestellt.*“ Aus diesem Grund wandte sich die Abteilung „Innere Verwaltung“ auch an die Abteilung „Allgemeine Staatsverwaltung“ mit der Bitte, die Eintragung der vorzunehmen. Abteilung „Innere Verwaltung“ an die Abteilung „Allgemeine Staatsverwaltung“ betr. „*Eintragung in das Vereinsregister*“, 27.04.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 22. „*In der Anlage übersende ich Ihnen je 3 Satzungen des Haupthilfsausschusses, Polnischen Hauptausschusses, Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe. Ich bitte Sie, von einer Verwaltungsgebühr bei den vier Organisationen abzusehen, da diese kein Vermögen besitzen und ihre Aufgaben mit Subventionen der Regierung des GG durchführen.*“ Siehe auch Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „*Eintragung in das Vereinsregister*“, 18.05.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 24. „*Da von Seiten des Stadthauptmanns Krakau auf Grund Ihrer oben genannten Schreiben die Eintragung des Ukrainischen Hauptausschusses, des Polnischen Hauptausschusses, des Haupthilfsausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe nicht vorgenommen wurde, bitte ich den Stadthauptmann Krakau zu bescheiden, daß die Registrierung durchgeführt werden soll.*“

<sup>1042</sup> Vgl. Regierung des Generalgouvernements an BuF betr. „*Neugründung des Haupthilfsausschusses, des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 18.05.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 25. „*Die Verwaltungsgebühr für die Verfahren betreffend die neu zugründenden vorgenannten Vereine wird erlassen. Die Satzungen des Haupthilfsausschusses, des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe muss ich jedoch beanstanden, dass die Vermögenswerte der Organisationen der freien polnischen Wohlfahrt dem Polnischen Hauptausschuss, dem Ukrainischen Hauptausschuss und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übertragen werden. Eine solche Bestimmung ist rechtlich nicht möglich und steht, soweit die früheren Organisationen Vereine waren, im Widerspruch zu der Vereinsverordnung.*“

<sup>1043</sup> Vgl. Aktenvermerk betr. „*Paragraph 1 / der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 26.06.1942, AŽIH, 211 aneks/5, Bl. 389. Der Text des Aktenvermerks wurde oben bereits zitiert.

war aufgrund des Sitzes der Ausschüsse für die Eintragung der Vereine zuständig – im Juni 1942 die Satzungen und Geschäftsordnungen anforderte<sup>1044</sup> und eine Übergabe der entsprechenden Dokumente mit Genehmigungsvermerk Ende Juli desselben Jahres vornahm.<sup>1045</sup> Ob eine Eintragung erfolgte oder nicht, lässt sich aufgrund der Quellenlage der Akten der Regierung nicht abschließend klären, da sich noch in der Folgezeit ein Gerangel um die Kompetenzen abspielte.<sup>1046</sup> Auch aus den Akten des Stadthauptmannes von Krakau lässt sich keine abschließende Antwort auf die Frage ableiten. Zwischen Akten die sich mit der Auflösung der jüdischen Vereine beschäftigen<sup>1047</sup> finden sich zwei Schreiben über die Frage die JSS als Verein in das Krakauer Vereinsregister im Jahr 1942 einzutragen.<sup>1048</sup>

Allerdings war nicht nur die Frage nach der Übernahme der Finanzen von Belang für die JSS. Ebenso war die allgemeine Frage welche Stellung die Vereine zur Organisation hatten relevant. Im November 1940 bestätigte die Aufsichtsbehörde, dass *Centos* der JSS „als Mitglied angehoert und dass dieser Verband mit anderen Organisationen der freien juedischen Wohlfahrt und Fuersorge in der Juedischen Sozialen Selbsthilfe /J.S.S./ zusammengeschlossen ist.“<sup>1049</sup> Im Dezember 1940 bekam das Präsidium der JSS über den Judenrat der Stadt Krakau mitgeteilt, dass der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Krakau befohlen habe, dass „die Tätigkeit der *Centos*-Waisenheimstätte und der Toz-

<sup>1044</sup> Vgl. PHA an die BuF betr. „Eintragung in das Vereinsregister“, BAB, R 53 III/5, Bl. 27. „Am heutigen Tage hat der Haupthilfeausschuss für das Generalgouvernement von der Polizeidirektion Krakau / Abteilung II/ folgendes Scheiben erhalten: ‚Hiermit ersuche ich Sie, die Vereinsatzungen binnen 14 Tagen vom Empfang dieses Schreibens an gerechnet, in 4-facher Ausfertigung hier einzureichen. Auf jeder dieser Satzungen muss der Genehmigungsvermerk der zuständigen Aufsichtsbehörde versehen sein. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Regierung des Generalgouvernements Hauptabteilung Innere Verwaltung.‘ Da wir über keine mit dem Genehmigungsvermerk versehene Ausfertigung der Satzung des Haupthilfeausschusses verfügen, sind wir außerstande dem Wunsche der Polizeidirektion nachzukommen.“

<sup>1045</sup> So etwa für die *Jüdische Soziale Selbsthilfe*. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung betr. „Jüdische Soziale Selbsthilfe“, 29.07.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 53. „In der Anlage überreiche ich je zwei Exemplare der Satzung sowie der I. und II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe mit dem Genehmigungsvermerk zurück.“

<sup>1046</sup> Vgl. Abteilung Innere Verwaltung an Abteilung Allgemeine Staatsverwaltung, 21.08.1942, BAB, R 53 III/5, Bl. 53. „Der Stadthauptmann – Polizeidirektion – will die Eintragung des Ukrainischen und des Polnischen Hauptausschusses auf meine Veranlassung hin nicht vornehmen. Er beruft sich auf die Verordnung über das Vereinswesen vom 23. Juli 40, [...] Art. 21, Abs. 1 [...]. Ich bitte Sie daher die Eintragung bei der Polizeidirektion des Herrn Stadthauptmannes in Krakau baldmöglichst veranlassen zu wollen.“

<sup>1047</sup> So finden sich dort etwa Akten zur Auflösung des *Żydowski Klub Sportowy* [Jüdischer Sportverein] oder auch des *Stowarzyszenie Domu Sierot Żydowskich* [Verein für das jüdische Waisenhaus] jeweils aus dem Jahr 1940, APK, SMK/433, Bl. 95–111 sowie 271–339.

<sup>1048</sup> So schrieb an einer Stelle der Stadthauptmann der Stadt Krakau an die *Jüdische Soziale Selbsthilfe*, 01.06.1942, APK, SMK/433, Bl. 391. Bei der Adressierung des Schreibens ist nicht klar ersichtlich, ob es an das Stadt- oder Kreishilfskomitee für Krakau gerichtet war oder aber an das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*. Letzteres ist jedoch wahrscheinlicher. „Betreff: Eintragung der Vereins: Jüdische Soziale Selbsthilfe in Krakau in das Vereinsregister. Hiermit ersuche ich Sie, die Vereinssatzung binnen 14 Tagen vom Erhalt dieses Schreibens an gerechnet, in 4-facher Ausfertigung hier einzureichen an. Jede dieser Satzungen muss mit dem Genehmigungsvermerk der zuständigen Aufsichtsbehörde versehen sein. Ihre Aufsichtsbehörde ist die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung innere Verwaltung.“ Einige Monate zuvor hatte die Regierung des Generalgouvernements der JSS mitgeteilt, dass die Neugründung des Vereines genehmigt wurde: Regierung des GG an Jüdische Soziale Selbsthilfe über den Stadthauptmann der Stadt Krakau und den Gouverneur des Distrikts Krakau, 19.01.1942, APK, SMK/433, Bl. 393. „Betreff: Genehmigung zur Neu-Gründung des Vereins: Jüdische Soziale Selbsthilfe in Krakau. Bezug: Ihr Schreiben vom 19. Januar 1942 [...] Die Neu-Gründung des Vereins: Jüdische Soziale Selbsthilfe in Krakau wird gemäß § 9 über die Verordnung des Vereinswesens im Generalgouvernement vom 23.7.1940 [...] genehmigt. Sie werden aufgefordert, binnen 1 Monat die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister, Teil II hier nachzuweisen. Die zuständige Registerbehörde ist der Stadthauptmann von Krakau (§ 9 Absatz 4 der Vereinsverordnung). Für diese Entscheidung ist eine Gebühr zu entrichten. Zur Festsetzung dieser Gebühr ersuche ich um eine Mitteilung der Höhe des Vereinsvermögens.“

<sup>1049</sup> Bestätigung, 06.11.1940, AZIH, 211 aneks/24, Bl. 154.



*Gesundheitsberatungsstelle in Krakau als selbstständige Einrichtung der Tätigkeit aller jüdischer Vereine und Organisationen untersagt ist.*“ Die Tätigkeit der beiden genannten Einrichtungen könne „*daher nur im Rahmen der Betreuung durch die Jüdische Soziale Selbsthilfe, Hauptausschuss in Krakau [...] als Untergruppe derselben erfolgen.*“ Der Umstand, dass die Centos-Waisenheilstätte und die Toż-Gesundheitsberatungsstelle „*nur Bestandteile der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sind, hat auch in der äusserlichen Bezeichnung dieser Beratungsstellen deutlich und eindeutig zum Ausdruck gebracht werden.*“<sup>1050</sup> Im Januar 1941 gab man in einem internen Schreiben der Verwaltung an, dass zu dieser Zeit eine größere Zahl von Vereinen der freien Wohlfahrt überführt werde beziehungsweise zum Teil schon überführt worden sei. Die wenigen in dem Schreiben angegebenen Vereine betreffen lediglich den PHA.<sup>1051</sup> Im Schriftverkehr mit den ausländischen Hilfsorganisationen teilte die jüdische Organisation – fast immer – mit, dass in der JSS „*sämtliche jüdischen Wohlfahrtsvereine zusammengeschlossen*“ seien.<sup>1052</sup> Allerdings war die Überführung der Vereine damit nicht abgeschlossen. Im selben Monat hieß es in einem internen Schreiben der Regierung, dass diese teilweise erfolgt sei beziehungsweise zu dieser Zeit erfolge.<sup>1053</sup> Im Januar 1941 fanden Beratungen zwischen dem Präsidium und Vertretern der Gesellschaften TOZ und Centos statt, die die Eingliederung der Tätigkeit der Vereine in die JSS zum Thema hatten.<sup>1054</sup> Dem Beauftragten des DRK wurde Anfang 1941 mitgeteilt: „*Was nun die Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ anbelangt, untersteht diese laut Anordnung der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge vom 30. Juli 1940 [...] den Satzungen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und [deshalb] haben wir mit Wissen unserer Aufsichtsbehörde die Agenden der Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ übernommen und führen dieselben als Arbeitsgebiet Gesundheitswesen ‚T.O.Z.‘ Ueber die Verlegung der Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ von Warschau nach Krakau haben wir bisnun keine schriftliche Verfügung erhalten.*“<sup>1055</sup> Allerdings war nicht in allen Kreisen des Generalgouvernements zu diesem Zeitpunkt eine einheitliche Regelung herbeizuführen. Aus Otwock erhielt das Präsidium der JSS ebenfalls im Januar 1941 die Nachricht, dass die Stadtverwaltung sämtliche jüdische Wohlfahrtsvereine aufgefordert habe, bis zum 26. Januar ein Verzeichnis des Vermögens einzusenden. Gleichzeitig sei ihnen erklärt worden, dass „*eine Enteignung dieses Vermögens erfolgen wird, da eine Meldung seinerzeit nicht erfolgt ist.*“<sup>1056</sup> Das Präsidiums der JSS wies darauf hin, dass es im August

<sup>1050</sup> Jüdische Gemeinde Krakau an JSS betr. „*Einordnung der ‚Centos‘-Waisenheilstätte und der T.O.Z.-Gesundheitsstelle in Krakau in Ihr Betreuungsnetz*“, 19.12.1940, BJ, 37/97.

<sup>1051</sup> Vgl. internes Schreiben an Referat 9 betr. „*Wohltätigkeitsvereine*“, 18.01.1941, BAB, R 53 III/4a, Bl. 81. Als Vereine, die zur Zeit des Schreibens überführt wurden, werden die „*Polnische Soziale Selbsthilfe*“ (Warschau) und „*Polski Pomoc*“ (Lublin) angegeben.

<sup>1052</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Israeliten-Armenpflege, Zürich betr. „*Liebesgaben sendungen*“, 10.06.1941, AŽIH, 211 aneks/46, Bl. 58f.

<sup>1053</sup> Internes Schreiben an Referat 9 betr. „*Wohltätigkeitsvereine*“, 18.01.1941, BAB, R 53 III/4a, Bl. 81.

<sup>1054</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1055</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK beim Generalgouverneur über BuF betr. „*Sendung von 2 Kisten Verbandstoffen und Arzneimitteln an die Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ Warschau*“, 31.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 52f.

<sup>1056</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Vermögen der jüdischen Wohlfahrtsvereine in Otwock*“, 21.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 59.

des vorangegangenen Jahres – nachdem die Verordnung über das Vereinswesen im Generalgouvernement vom 23. Juli 1940 erschienen war – auf Grund wiederholter Besprechungen mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und dem *HHA* das gesamte Material über das Vermögen der jüdischen Wohlfahrtsvereine gesammelt habe, das man infolge eines Rundschreibens von den einzelnen Wohlfahrtsvereinen erhalten habe. Der *HHA* habe der *JSS* mitgeteilt, dass die Entgegennahme der Vermögensverzeichnisse seitens der Regierung und die Überweisung der Vermögenswerte an die in dem *HHA* zusammengeschlossenen Organisationen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden sei, nachdem eine Entscheidung über das Fortbestehen der von den einzelnen *Hauptausschüssen* vorgeschlagenen Zentralvereine erfolgt sein werde. Das Präsidium der *JSS* bat aus diesem Grund die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Stadtverwaltung von Otwock anzuweisen, „dass sie von einer Enteignung des Vermögens der jüdischen Wohlfahrtsvereine, die der *J.S.S.* angeschlossen sind, Abstand nehme.“<sup>1057</sup>

Am 22. und 23. Januar 1941 fanden Beratungen zwischen dem Präsidium der *JSS* und der *Toż* statt. Ursprünglich waren sie bereits für den 21. Januar angesetzt. Aufgrund von Schneeverwehungen waren sie jedoch an diesem Tag nicht möglich. Anwesend waren seitens des Präsidiums der *JSS* Weichert und Hilfsstein, seitens der *Toż* Diamant, der zugleich Berater der *JSS* beim Chef des Distrikts Radom und Vorsitzender des Oberältestenrates der jüdischen Bevölkerung des Distrikts Radom in Radom war, Jakob Rosenblum, Menachem Szwalbe und Abraham Chain. Die drei letztgenannten waren Verwaltungsmitglieder der Gesellschaft *Toż* in Warschau. Des Weiteren nahmen Isak Kerschman, Vorsitzender des Hilfskomitees Lublin-Stadt, Mitglied des Judenrates und Leiter der Fürsorgeabteilung beim Judenrat in Lublin, Adam Wolberg, stellvertretender Vorsitzende der *Toż* und Leiter der Sektion Seuchenbekämpfung in Częstochowa/Tschenstochau und Stefan Miller, Direktor der „Heilanstalt für Geisteskranke Zofiówka“ in Otwock teil. Chaim Hilfstein, Leiter des Gesundheitswesens im Präsidium der *JSS*, leitete die Beratungen ein und betonte, dass „*zwecks Ausbaues des Arbeitsgebietes Gesundheitswesen im Präsidiums der J.S.S. und Uebernahme der Agenden der Gesellschaft für den Schutz der Gesundheit der jüdischen Bevölkerung, T.O.Z. im Generalgouvernement die Feststellung der Richtlinien für die weitere Arbeit notwendig war.*“<sup>1058</sup> Auf der Tagesordnung standen neben Organisationsfragen der Schutz der jüdischen Bevölkerung vor ansteckenden Krankheiten und die Hebung ihrer Gesundheit, Finanzen und die Frage der Sozialversicherungskassen. Weichert berichtete kurz über die bisherige Tätigkeit der *Toż* sowohl vor dem Krieg als auch während desselben, erinnerte an die Verordnung über die Auflösung der Vereine und die polizeilichen

---

<sup>1057</sup> Ebd.

<sup>1058</sup> Protokoll der Beratungen der Mitglieder der *JSS* in Krakau mit den Delegierten der Gesellschaft für den Gesundheitsschutz der Juden „T.O.Z.“ in den Diensträumen der *J.S.S.* am 22. und 23. Januar 1941, AŻIH, 211 aneks/34, Bl. 126–130.

Anordnungen betreffs der Gesellschaften *Toż* und *Centos* in Krakau und Lublin sowie die Übernahme der Agenden dieser Gesellschaften durch die Hilfskomitees in diesen Städten. Schließlich teilte er mit, dass Besprechungen zwischen dem Präsidium der JSS und den Leitern der *Toż* bezüglich der Übernahme der Agenden dieser Gesellschaften durch die JSS stattfanden: „*Beide Seiten hegen mit Rücksicht auf die ruhmreiche Vergangenheit und die Tradition der in Rede stehenden Gesellschaft in gleichem Masse den Wunsch, den Namen ‚T.O.Z.‘ in irgendeiner Form sowohl beim Präsidium der J.S.S. wie auch bei den Hilfskomitees beizubehalten. Die geeignetste Form hierfür wäre etwa folgende: Jüdische Soziale Selbsthilfe, Präsidiums bzw. Jüdische Hilfskomitee in ....., Abteilung Gesundheitswesen ‚T.O.Z.‘. Die Jüdische Soziale Selbsthilfe wird das Gesundheitswesen im entsprechenden Arbeitsgebiet übernehmen und im Sinne der bisherigen Grundsätze der Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ in den Organisationsrahmen der J.S.S. weiterführen, ohne diese Tätigkeit irgendwie zu beeinträchtigen.*“<sup>1059</sup> Im Gegenteil, es werde die Aufgabe und das Bestreben der JSS sein diese Tätigkeit auszubauen, „*da die Angelegenheit des Schutzes der Gesundheit der jüdischen Bevölkerung gerade im gegenwärtigen Augenblick dem Präsidium am Herzen liegt.*“<sup>1060</sup> Die Leitung der ganzen Aktion der *Toż* sollte ihren Sitz in Krakau beim Präsidium nehmen und Hilfstein, der für dieses Gebiet verantwortlich war, sollte dieselbe führen. Das Präsidium sollte in steter Fühlung mit den bisherigen Sachbearbeitern der Gesellschaft stehen, „*sowohl im Wege des Schriftwechsels wie auch bei Zusammenkünften*“, sooft sich die Notwendigkeit neuer und wichtiger Entscheidungen ergeben werde und sich überdies Informationen über den Gesundheitszustand der jüdischen Bevölkerung und deren Bedürfnisse auf sanitär-hygienischem Gebiete verschaffen.

„Bei den erwähnten Beratungen wird die Abteilung Gesundheitswesen im Präsidium der J.S.S. Bericht über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erstatten und die Richtlinien für weitere Tätigkeit erwägen. Die in diesen Konferenzen erteilten Ratschläge, bzw. geäußerten Anregungen werden dann vom Präsidium der J.S.S. überprüft und nach dessen Ermessen und Möglichkeiten der Verwirklichung zugeführt werden. Als weitere organisatorische Einheiten kommen die J.H.K., bzw. Delegaturen in Betracht, die ebenfalls das Arbeitsgebiet Gesundheitswesen umfassen. Die Abteilung Gesundheitswesen in den Hilfskomitees sollen nach Tunlichkeit ein Arzt, in dessen Ermangelung ein Mensch führen, der diesem Arbeitsgebiet am nächsten steht, also etwa Pharmazeuten, Sanitäter und ä.m. – Das Präsidium der J.S.S. wird bestrebt sein, für diese Stellen in erster Reihe Personen heranzuziehen, die in der Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ bis jetzt tätig waren und sich bewährt haben.“<sup>1061</sup>

Jakob Rosenblum von der *Toż* schilderte ausführlich die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft während des Krieges und teilte mit, dass die Gesellschaft 200 Abteilungen, davon 70 „*besonders rührige*“, im Generalgouvernement besitze, mit welchen die Zentrale der Gesellschaft ständige Verbindung aufrechterhalte. Die Gesellschaft habe die Mehrheit der jüdischen Krankenhäuser in ihrer Obhut, ärztliche Kolonnen in die von Seuchen bedrohten Städte und Orte geschickt und alle Bereiche der sanitären Arbeit finanziell unterstützt. Ebenso erstatteten die anderen Delegierten Bericht über den

<sup>1059</sup> Ebd.

<sup>1060</sup> Ebd.

<sup>1061</sup> Ebd.

Stand ihrer Tätigkeit in den entsprechenden Ortschaften.<sup>1062</sup> Bei dem Tagesordnungspunkt „*Schutz der jüdischen Bevölkerung vor ansteckenden Krankheiten und Hebung ihrer Gesundheit*“ schilderte Hilfstein den gegenwärtigen Gesundheitszustand der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement, berichtete über dessen Mängel und Lücken und wies auf deren Ursachen hin.<sup>1063</sup> Eine abschließende Klärung erfuhr der Sachverhalt – auch da keine Vertreter der Regierung zugegen waren – nicht. Dass das Vorgehen im Generalgouvernement nicht einheitlich war, zeigt ein Vorfall aus dem Februar des Jahres 1941. Der stellvertretende Vorsitzende des *Toż* in Cześćochowa/Tschenstochau teilte dem Präsidium der JSS mit, dass in einem Schreiben durch die Sicherheitspolizei erklärt worden sei, „*der ,T.O.Z.‘ sei eine Unterabteilung des Judenrates. Nachdem der Genannte [der stellvertretende Vorsitzende des Toż, Anm. A.S.] auf die der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und den Jüdischen Hilfskomitees durch die Satzung gewährten organisationelle Selbstständigkeit hingewiesen und eine Abschrift des Schreibens der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge [...] vom 30. Juli v.J. vorgezeigt hatte, demgemäss der ,T.O.Z.-Verein der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe untersteht, wurde die Fortsetzung der Tätigkeit dem ,T.O.Z.‘ bis zur endgültigen Regelung der allgemeinen Frage gestattet, jedoch mit der Verpflichtung die Monatsberichte sowohl der Sicherheitspolizei als auch dem Judenrat zuzustellen.*“<sup>1064</sup> Allerdings unterstand auch im Frühjahr 1941 *Toż* noch dem Judenrat, da in Cześćochowa/Tschenstochau noch kein Hilfskomitee der JSS gegründet war.<sup>1065</sup> Aufgrund der Verwaltungsstruktur des Generalgouvernements und der unterschiedlichen Zuständigkeiten kam es immer wieder zu Vorfällen dieser Art, die die Tätigkeit der JSS sicher nicht positiv beeinflussten.

Die bereits genannten Vermögenswerte der einzelnen Vereine in den Städten übermittelte das Präsidium der JSS im März 1941 an die Zivilverwaltung des Generalgouvernements. Nachdem man im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung und auf Veranlassung des *HH4* mit Eingabe vom 17. Oktober 1940 um den Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgevereine in zehn Zentralvereine gebeten habe, sei man beauftragt worden, die Vermögensverzeichnisse bis zur erfolgten Entscheidung zu behalten, so hieß es in dem Schreiben an die Aufsichtsbehörde:

„Da nunmehr, wie unserem Vorsitzenden mitgeteilt wurde, die grundsätzliche Entscheidung gefallen ist und wir aufgefordert wurden, die bei uns befindlichen Verzeichnisse der Vermögenswerte

<sup>1062</sup> Ebd.

<sup>1063</sup> Ebd. „Insbesondere streift er die unhygienischen Wohnbedingungen infolge der massenhaften Aussiedlungen der Juden aus manchen Gegenden bzw. Ortschaften in andere obnehin schon dicht bevölkerte Ortschaften, die Unterbringung der Ausgesiedelten in engen Wohnräumen, oft Massenasylen, ohne Kanalisation, mit schlechtem Wasser, mit weitgelegenen und offenen Aborten, ferner die allgemeine Unterernährung der Juden, die ihre Widerstandsfähigkeit gegen allerlei Erkrankungen beträchtlich herabsetzt, die Unmöglichkeit der Benützung von Bade- und Entlausungsanstalten, den Mangel an Tuberkulose-Heimen und Krankenhäusern, die für andere Zwecke bestimmt wurden, schliesslich die Unterkunfts-, Ernährungs- und sanitären Bedingungen in den Arbeitslagern, deren Insassen in das ganze Gebiet des Generalgouvernements zurückströmen, in denen Mangel an Waschgelegenheiten, an warmem Wasser, reiner Wäsche, Seife, hauptsächlich aber ärztlicher Betreuung in Krankheitsfällen geherrscht hat oder noch herrscht.“

<sup>1064</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Verkehr Deutscher Dienststellen mit den Jüdischen Hilfskomitees durch die Vermittlung der Judenräte“, 14.02.1941, AZIH, 211 aneks/32, Bl. 360f.

<sup>1065</sup> Abschrift JSS an die BuF betr. „Übernahme der Agenden der Gesellschaft ,T.O.Z.‘ in Tschenstochau durch den Judenrat“, 11.03.1941, AZIH, 211 aneks/33, Bl. 42.

einzureichen, gestatten wir uns, dies in der Anlage zu tun. Wir erlauben uns dabei darauf aufmerksam zu machen, dass die beigelegten Verzeichnisse nicht alle jüdischen Vereine der Wohlfahrt und Fürsorge umfassen. Wie wir erfahren haben, haben manche Judenräte und sogar einzelne Vereine ihre Verzeichnisse direkt und andere durch die Vermittlung der zuständigen Kreis- und Stadthauptleute an die Abteilung Innere Verwaltung eingesandt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass hie und da ein Judenrat das Vermögensverzeichnis der Ortsvereine doppelt d.i. direkt oder indirekt der Abteilung Innere Verwaltung und dem Präsidium der J.S.S. zugesandt hat. Es ist ferner hinzuweisen, dass die verschiedenen jüdischen Gebetshaus- und Schulverbände religiös-charitative Zwecke verfolgen, etwa nach dem Muster der katholischen Caritas-Vereine, indem sie entweder ihren Mitgliedern oder den Ortsarmen Unterstützungen in jeder Form gewähren.“<sup>1066</sup>

Auch bei der Bevölkerung und den Mitarbeitern der Vereine firmierten diese noch unter ihren ursprünglichen Namen. So hielt Halina Nelken am 2. Mai 1941 in ihrem Tagebuch fest: „*Ich arbeite jetzt ehrenamtlich beim ‚Centos‘ als Hygienikerin und habe ein bestimmtes Gebiet auf die Wohn-, Hygiene- und Gesundheitsbedingungen der Kinder zu kontrollieren.*“<sup>1067</sup> Das Präsidium setzte sich für die Stadt Warschau noch im Mai 1941 dafür ein, dass die verzögert ausgelieferten Medikamente der *Toż* ihre Empfänger erreichen.<sup>1068</sup> Für die ausländischen Hilfsorganisationen bestanden die ursprünglichen Vereine im Generalgouvernement fort. So hieß es in einem Schreiben aus dem Oktober 1941 von der Gesellschaft OSE in Genf: „[...] *habe ich die Aufgabe Polen, respekt. unsere Schwesterorganisation ‚TOZ‘ in Polen mit Medikamenten zu versorgen für die mir teilweise die OSE, hauptsächlich aber jetzt das American Joint Distribution Committee Mittel zur Verfügung stellt. [...] Ich werde sofort die Kollegen von der Gesellschaft ‚TOZ‘ anfragen, ob sie für das Flecktyphus-Serum Bedarf haben und in welchem Masse und falls ein solches besteht [...].*“<sup>1069</sup> Allerdings erscheint das kaum verwunderlich, da auch das Präsidium im Kontakt mit dem Ausland die Eigenständigkeit der Vereine in ihrer Korrespondenz aufrechterhält.<sup>1070</sup>

In einem Gespräch im Amt des Distrikts Krakau gab Jakub Sternberg – vom Hilfskomitee Krakau – auf die Frage welche Wohlfahrtsvereine der JSS unterstehen an, dass es sich um ein Waisenhaus, das Tagesheim und die „*Abteilung für Gesundheitspflege Krakau-Stadt des ehemaligen Vereines T.O.Z.*“ handle.<sup>1071</sup> Ferner erklärte er bei der Diskussion wie viele Personen der JSS Passierscheine benötigen, dass auch die Angestellten von *Centos* und *Toż* solche bedürfen.<sup>1072</sup> Da man diese Passierscheine, wenn überhaupt, den Mitgliedern der JSS zugestand, zählen auch diese Vereine zur JSS, wenngleich Sternberg sie bei der Frage nach den Vereinen nicht explizit nannte. Durch seine Aufzählung bei der Frage nach den Passierscheinen, lässt sich allerdings erkennen, dass sie zum

<sup>1066</sup> JSS an BuF betr. „*Vermögen der jüdischen Vereine*“, 10.03.1941, BJ, 199/57.

<sup>1067</sup> NELKEN: Freiheit, S. 112f. Es handelt sich bei diesem Zitat um die einzige Stelle, an der Halina Nelken über ihre Tätigkeit beim *Centos* schrieb.

<sup>1068</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseres Vorsitzenden beim Beauftragen des Deutschen Roten Kreuzes, Herrn Oberstführer Dr. Heller*“, 31.05.1941, AŽIH, 211 aneks/45, Bl. 204.

<sup>1069</sup> Dr. B. Tschlonoff, Genf, an Herrn Segalowicz, Lokalsekretariat S.I.G., Zürich, 30.10.1941, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.

<sup>1070</sup> Vgl. etwa JSS an Dr. B. Tschlonoff, Beauftragter der Union OSE, Genf betr. „*Liebesgabenendungen aus der Schweiz*“, [Juni 1941], YVA, M.20/114, Bl. 1f.

<sup>1071</sup> Aktennotiz über Besprechung mit dem Amtsleiter des Amtes des Distriktchefs für die Stadt Krakau, BJ, 38/97.

<sup>1072</sup> Ebd.

Hilfskomitee in Krakau gezählt wurden. Jedoch kann die Nichtnennung bei der ersten Frage implizieren, dass sie zwar de jure zur JSS gehörten, Sternberg sie aber nach wie vor als eigenständige Vereine sah und deshalb nicht nannte.<sup>1073</sup>

Die Vereine verschwanden zu keiner Zeit völlig, zumindest der Bezeichnung nach, bleiben sie auch nach ihrer Einordnung in die JSS noch offensichtlich. So wurde den Gesundheitsabteilungen der Organisation in vielen Fällen den Zusatz „T.O.Z.“ gegeben.<sup>1074</sup> Auch erledigten sie ihre Aufgaben noch weitgehend eigenständig, was der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ bekannt war und von dieser ab Februar 1942 nicht weiter toleriert wurde: *„Es ist mir bekannt, dass die jüdischen Vereine trotz ihrer Auflösung und Eingliederung in die Jüdische Soziale Selbsthilfe weiterhin selbstständig ihre Angelegenheiten sowie Bearbeitung der Post erledigen. Ich weisse auf Par. 1 der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe hin, in dem gesagt wird, dass die Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zusammengefasst werden und durch die Zugehörigkeit zur Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ihre Selbstständigkeit verlieren. Ich bitte mir bis Ende des Monats zu berichten, dass sämtliche Angelegenheiten der Vereine ‚Centos‘, ‚Tos‘ [sic!] und ‚Toprol‘ von der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übernommen wurden.“*<sup>1075</sup> Im Mai 1942 teilte das Präsidium der JSS der für sie zuständigen Aufsichtsbehörde mit, dass *„wie unser Vorsitzender während seines letzten Besuches in Warschau feststellen konnte – die Angelegenheiten der jüdischen Wohlfahrtsvereine Centos, Toz und Toprol von den zuständigen Abteilungen der J.S.S. Jüdisches Hilfskomitee Warschau-Stadt übernommen worden sind.“*<sup>1076</sup>

Wenige Tage nachdem das Präsidium der JSS durch die Aufsichtsbehörde die Anordnung zur Auflösung erhalten hatte,<sup>1077</sup> korrespondierte diese, dass sich *„[a]us dem Sachverhalt der allgemeinen jüdischen Angelegenheiten und des vorliegenden Aktes über Vereinsvermögen ergibt [...]: 1.) Vorhandene jüdische Vereinsvermögen können nicht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zugewiesen werden, a) auf Grund der Vereinbarung mit der Abt. Allgemeine Staatsverwaltung und Hauptabteilung Finanzen, b) wegen des Standpunktes der Hauptabteilung Finanzen. 2.) Da die Entscheidung über die Verwertung von Geldern und Liegenschaften aus jüdischen Vereinsvermögen getroffen werden muss a) hat dabei ebenfalls der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD zu entscheiden und wird B.u.F. beteiligt, b) ist eine Zentrale festzulegen, bei der das Geld zusammen ist, c) soll das Geld und die Liegenschaften dem jeweiligen Kreis- oder Stadthauptmann zum Unterhalt von Liegenschaften*

<sup>1073</sup> Da es sich bei der Aktennotiz der Besprechung um ein Gedächtnisprotokoll handelt, kann es sich bei jeder Interpretation eines möglichen Gesprächsverlaufes oder während des Gesprächs Gesagten auch um eine Überinterpretation handeln, da Sternberg bei der Anfertigung der Aktennotiz Dinge auch schlicht nicht notiert haben kann, die im Gespräch gesagt wurden.

<sup>1074</sup> Vgl. etwa Plakat „Propagandawoche der Reinlichkeit“ 14.12.1941 – 21.12.1941, eines Hilfskomitees [wohl Krakau], AŽIH, 211, aneks/155, Bl. 64. Auch polnischsprachig unter dem Titel „Tydzień propagandy czystości“ 14.-XII-1941 – 21.-XII-1941, AŽIH, 211, aneks/155, Bl. 65.

<sup>1075</sup> BuF an JSS betr. „Tätigkeit der jüdischen Wohlfahrtsvereine Centos, Toz und Toprol“, 16.02.1942, BJ, 47/97.

<sup>1076</sup> JSS an BuF betr. „Tätigkeit der jüdischen Wohlfahrtsvereine. Centos, Toz und Toprol“, 15.05.1942, AŽIH, 211 aneks/81, Bl. 259.

<sup>1077</sup> Vgl. hierzu III.1.1.

und Verbindlichkeiten zugewiesen werden.“<sup>1078</sup> Dies zeigt, dass bis in die letzten Tage der JSS die Übernahme der Vermögen der ehemaligen Vereine ein Problem darstellte.

### II.1.7 Die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren<sup>1079</sup>

Für diesen Themenkomplex muss eine sehr schlechte Quellenlage konstatiert werden. Dies kann zum einen bedeuten, dass es keine Zusammenarbeit zwischen den polnischen und den jüdischen Akteuren – mit Ausnahme der Tätigkeit des HHA – gab. Zum anderen kann die Quellenarmut jedoch auch auf das Verschweigen der Zusammenarbeit zwischen den Gruppen zurückzuführen sein, da dies einem Ziel der NS – die „Volksgruppen“ voneinander zu trennen<sup>1080</sup> – entgegenstand und polnische und/oder jüdische Akteure deshalb bestrebt waren, die Zusammenarbeit nicht offen darzulegen, da man Repressionen der Besatzer fürchtete. Für die zweite These spricht, dass in manchen Bereichen eine Zusammenarbeit belegt ist. Aus diesem Grund soll, wenngleich die Quellen aufgrund ihrer geringen Zahl oft mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben, versucht werden diesen Punkt möglichst eingehend zu untersuchen. Da die Quellenlage auf archivalischer Überlieferungsgrundlage sehr dürftig ist, wurden hier abermals „Selbstzeugnisse“ von Akteuren der Zeit hinzugezogen, um ein möglichst umfassendes Bild liefern zu können. Exemplarisch seien hier nur die Texte von Michał Weichert<sup>1081</sup> und Karolina Lanckorońska<sup>1082</sup> genannt.

#### II.1.7.1 Der Haupthilfsausschuss als übergeordnete Instanz?

Wie in I.4.5 analysiert, existierte bereits vor der gesetzlichen Regelung der Organisationen ein *Haupthilfsausschuss* in dem ein Jude vertreten war, der die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe

<sup>1078</sup> Durchschlag BuF an Weirauch betr. „Jüdische Vereinsvermögen“, 31.07.1942, AAN, 111/468, Bl. 154.

<sup>1079</sup> Betrachtet man die Akten der JSS sowohl auf präsidialer als auch auf regionaler und lokaler Ebene, so ergeben sich keine Anhaltspunkte für eine direkte Zusammenarbeit der jüdischen Organisation mit dem UHA. Vgl. AŽIH, 211, passim sowie AŽIH, 211 aneks, passim. Aus diesem Grunde wurde ergänzend lediglich eine Edition mit der Korrespondenz des UHA hinzugezogen. In diesen Denkschriften, Briefen etc. findet die JSS keine Erwähnung. WASYL VERYHA: *The Correspondence of the Ukrainian Central Committee in Cracow and Lviv with the German Authorities, 1939–1944*, Toronto 2000. Es ist jedoch klar, dass es sich hier um eine Edition handelt, in die nur die Korrespondenz des UHA mit den Deutschen aufgenommen wurde. Es finden sich auch viele Denkschriften und so weiter, in denen die anderen „Volksgruppen“ und deren Organisationen thematisiert werden könnten: Für den PHA bzw. vorrangig die „polnische Volksgruppe“ trifft dies zu – sie sind Thema in einigen Dokumenten. Juden und Jüdinnen oder gar die JSS werden hier nicht thematisiert. Auf weitere Recherchen in Bezug auf eine Zusammenarbeit oder auch Konkurrenz zwischen der jüdischen und der ukrainischen Organisation wurde deshalb verzichtet. Zudem war der UHA mit seinen Einrichtungen wohl nur in drei Distrikten – Krakau, Lublin und später Galizien – vertreten. Es existierten in diesen drei Gebieten Ende 1942 insgesamt nur 103 Volksküchen. Zusammenstellung der im Generalgouvernement tätigen Küchen, 09.12.1942, in: ebd., S. 445. Zudem war die Arbeit auf andere Bereiche – also etwa auch die Einrichtung von Schulen und das generelle kulturelle Leben – fokussiert. Ebd., passim. Auch diese divergierenden Arbeitsbereiche zwischen JSS und UHA machten eine Zusammenarbeit zwischen den Organisationen schwerer, zumal die Volksküchen vorrangig im Distrikt Galizien angesiedelt waren – im Distrikt Krakau bestanden im Dezember 1942 lediglich sieben und im Distrikt Lublin elf Volksküchen. Zusammenstellung der im Generalgouvernement tätigen Küchen, 09.12.1942, in: ebd., S. 445.

<sup>1080</sup> Vgl. hierzu II.7.

<sup>1081</sup> WEICHERT: Galitsie, Win, Berlin; DERS.: Warsche; DERS.: Milchome; DERS.: Nochn Churbn sowie DERS.: Aleinhilf. Siehe ebenso die unveröffentlichten Aufzeichnungen Weicherts – AŽIH, 302/25.

<sup>1082</sup> LANCKOROŃSKA: Mut ist angeboren.

vertrat. Dieser *Haupthilfsausschuss* nannte sich zu dieser Zeit „*Rada Główna Opiekuńcza*“ mit der Abkürzung „R.G.O.“. Durch die gesetzliche Grundlage wurde der *Haupthilfsausschuss* auf Polnisch in „*Naczelna Rada Opiekuńcza*“ mit der Abkürzung „N.R.O.“ umbenannt. Der *Polnische Hauptausschuss* hatte ab diesem Zeitpunkt die polnische Bezeichnung „*Rada Główna Opiekuńcza*“.<sup>1083</sup> In der Zeit vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung für den *HHa* und der entsprechenden Texte für den ihm unterstellten *PHa*, den *UHa* und die *JSS* vertrat Marek Bieberstein die jüdischen Interessen in dem Ausschuss, der damals noch übergreifend für die polnische und die jüdische Bevölkerung agierte.<sup>1084</sup> Ab Herbst 1940 war Chaim Hilfsstein als jüdisches Mitglied im neuformierten Ausschuss.<sup>1085</sup> Den *HHa* bezeichneten die Besatzer als „*eine interparlamentarische Vertretung der drei Volksgruppen (Polen, Ukrainer und Juden) in allen Wohlfahrtsdingen*“, der sich selbst verwaltete.<sup>1086</sup> Ob es sich bei dem Erlass der Satzung um eine „Gründung“ der Organisation oder um eine „Genehmigung“ handelte, geht aus dem Sprachgebrauch der Besatzer nicht klar hervor.<sup>1087</sup> Die offizielle Bezeichnung des übergeordneten Ausschusses war „*Haupthilfsausschuß für die besetzten polnischen Gebiete. Freie Wohlfahrt der Polen, Ukrainer und Juden*“. In diesem Ausschuss waren neben der *JSS* der *PHa* und der *UHa* zusammengefasst.<sup>1088</sup> Die Verwaltungsgeschäfte des *HHa* führte satzungsgemäß der *PHa*.<sup>1089</sup> Der *HHa* bestand aus sieben Mitgliedern: fünf aus dem Präsidium des *PHa*, eines des *UHa* und ein Mitglied der *JSS*.<sup>1090</sup> Er sollte durch den Beauftragten des DRK die vermittelten ausländischen Liebesgaben übernehmen und entsprechend der Zweckbestimmung verwenden oder an die *Hauptausschüsse* weitergeben<sup>1091</sup> und war in seiner Tätigkeit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ unterstellt.<sup>1092</sup> Bereits im Juni 1940 nahm man die Neuordnung des *HHa* unter der gerade erlassenen Satzung des Gremiums in Angriff. Die Aufsichtsbehörde schlug dabei Adam Ronikier als Vorsitzenden vor. Die Aufsichtsbehörde drängte darauf, dass „*in etwa 14 Tagen auf Grund des § 5 der Statuten des Haupthilfsausschusses zur ersten konstituierenden Sitzung des Haupthilfsausschusses einladen könnte*.“<sup>1093</sup> Auch der Vorschlag der Tagesordnung für die

<sup>1083</sup> Vgl. dazu AAN, 125/8 sowie Satzung und Geschäftsordnung des Haupthilfsausschusses und des Polnischen Hauptausschusses.

<sup>1084</sup> Vgl. dazu die Protokolle des Ausschusses in AAN, 125/8; BuF an Marek Bieberstein, September 1940, AAN, 125/1, Bl. 4 oder Durchschlag wohl HHA an BuF betr. „*Zustimmung für die Bestellung weiterer Mitglieder des Hauptausschusses*“, September 1940, AAN, 125/1.

<sup>1085</sup> Vgl. etwa BuF betr. „*Jüdischer Vertreter im Haupthilfsausschuss*“, 23.10.1940, AAN, 125/1, Bl. 27 oder auch HHA an Chaim Hilfsstein, 31.10.1940, AAN, 125/1, Bl. 25.

<sup>1086</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 30.

<sup>1087</sup> So steht an einer Stelle geschrieben, dass er durch den Erlass der Satzung „*gegründet*“ worden sei. Vgl. HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 30. Und nur einige Zeilen später wurde er durch den Erlass der Satzung „*genehmigt*“. Vgl. ebd.

<sup>1088</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 1.

<sup>1089</sup> Vgl. ebd., § 6.

<sup>1090</sup> Vgl. ebd., § 2.

<sup>1091</sup> Vgl. ebd., § 3.

<sup>1092</sup> Vgl. dazu vor allem ebd., § 4, 5.

<sup>1093</sup> BuF an Ronikier betr. „*Satzungen des Polnischen Hauptausschusses sowie des Haupthilfsausschusses für die besetzten polnischen Gebiete*“, 13.06.1940, AAN, 125/6, Bl. 28f.



erste konstituierende Sitzung stammte aus der Feder der Besatzer.<sup>1094</sup> Bereits eine knappe Woche nach dem Brief der Zivilverwaltung an Ronikier fand die erste Sitzung des *HHa* statt.<sup>1095</sup> Bei dieser Sitzung war, entgegen der offiziellen Regelung,<sup>1096</sup> Chaim Hilfstein als jüdischer Vertreter anwesend;<sup>1097</sup> zudem war Weichert zugegen.<sup>1098</sup> Bei den in der Sitzung vorgetragenen Berichten ging es zunächst um Kartoffeleinkäufe, die das *PHA* für seine Hilfskomitees vornahm: „*Die Jüdische Soziale Selbsthilfe dagegen hat beim Kartoffeleinkauf gewisse Schwierigkeiten gehabt, weshalb der PHA die Lieferung in den Grenzen der Prozentzuteilung übernommen hat.*“<sup>1099</sup> Weiter wurde über den Einkauf von weiteren Hilfsgütern und über das Winterhilfswerk diskutiert sowie über die Verbindungen zwischen der polnischen und der jüdischen Bevölkerung – in Form ihrer Akteure in den Organisationen:

„Der Vorsitzende Graf Ronikier teilt mit, dass er am 21.ds.Mts. eine Delegation der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und des Amerikanischen Joint empfing, die ihm die schwere Lage der jüdischen Organisation mit Rücksicht auf den vollständigen Mangel an Geldmitteln darstellte. Das Defizit im Haushaltsplan sowie die von Tag zu Tag anwachsenden Ausgaben für die Wohlfahrtsarbeit, machen dem Vorstand die Erfüllung der Fürsorgepflichten unmöglich, was schliesslich zur Dimission der Vorstandmitglieder dieser Organisation führen kann. In Ergänzung des obigen schildert Herr Min. Machnicki die kritische Lage der Juden im Warschauer Ghetto, soweit es sich um die Lebensmittelbeschaffung und wirtschaftliche Lage überhaupt handelt. Herr Dr. Föhl nimmt obige Erklärung zur Kenntnis und bittet den Vorsitzenden Graf Ronikier, Min. Machnicki und Dr. Weichert zu einer Konferenz am 22. XI. ds.Js., auf der die Möglichkeiten einer finanziellen Hilfe für die Jüdische Soziale Selbsthilfe besprochen werden sollen.“<sup>1100</sup>

Ein weiteres Treffen des Ausschusses fand im August des Jahres statt, ebenfalls noch vor der Konstituierung des Präsidiums der *JSS*. Bei dieser Besprechung nahmen „[...] *neben sämtlichen Vertretern des Polnischen Hauptausschusses, des Ukrainischen Hauptausschusses, der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, auch der Leiter der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, Herr Dr. Arlt, und [der] Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes [...]*“ teil.<sup>1101</sup> Unklar ist, ob mit „*sämtlichen Mitgliedern*“ tatsächlich alle Mitglieder der Ausschüsse oder lediglich die in den übergeordneten Ausschuss entsandten gemeint sind. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung war die endgültige Festsetzung des Verteilungsschlüssels für ausländische Liebesgaben und Geldeinkommen des *HHa* festgesetzt:

<sup>1094</sup> Ebd. „1. Wahl des Vorsitzenden des Haupthilfsausschusses. 2. Bekanntgabe der Satzung. 3. Ausführungen des Unterzeichneten bzw. des Referenten für Freie Wohlfahrt der Abt. Innere Verwaltung, Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge. 4. Erklärung des Vorsitzenden des Haupthilfsausschusses.“

<sup>1095</sup> Vermerk über die Sitzung des Haupthilfsausschusses für die besetzten polnischen Gebiete am 21.XI.1940, 16.30 Uhr im Bureau der Abteilung Innere Verwaltung – Bevölkerungswesen und Fürsorge, Pilsukskiegostr. 13, AAN, 125/3, Bl. 31f.

<sup>1096</sup> Vgl. dazu Protokolle des Ausschusses in AAN, 125/8; BuF an Marek Bieberstein, September 1940, AAN, 125/1, Bl. 4; Durchschlag wohl HHA an BuF betr. „Zustimmung für die Bestellung weiterer Mitglieder des Hauptausschusses“, September 1940, AAN, 125/1; BuF betr. „Jüdischer Vertreter im Haupthilfsausschuss“, 23.10.1940, AAN, 125/1, Bl. 27 oder auch HHA an Chaim Hilfstein, 31.10.1940, AAN, 125/1, Bl. 25.

<sup>1097</sup> Vermerk über die Sitzung des Haupthilfsausschusses für die besetzten polnischen Gebiete am 21.XI.1940, 16.30 Uhr im Bureau der Abteilung Innere Verwaltung – Bevölkerungswesen und Fürsorge, Pilsukskiegostr. 13, AAN, 125/3, Bl. 31f.

<sup>1098</sup> Ebd. Abweichend von den Vorschlägen der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ standen auf der Tagesordnung: „1/ Bericht der Finanz- und Wirtschaftsabteilung betreffend die Einkäufe, 2/ Anfragen, Freie Anträge.“

<sup>1099</sup> Ebd.

<sup>1100</sup> Ebd.

<sup>1101</sup> Abschrift wohl Beauftragter des DRK an Führungsstab des Präsidiums des DRK in Berlin betr. „Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 21.8.1940“, 22.08.1940, PAAA, R 43075.

„Der Verteilungsschlüssel ist nunmehr unter Mitwirkung des Herrn Arlt und der 3 Hauptausschüsse endgültig festgelegt. Ich füge einige Abschriften bei, von denen ich je eine dem Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes und der Commission for Polish Relief einzuhändigen bitte. Es wurden folgende Beschlüsse einstimmig gefasst: 1.) Der Verteilungsschlüssel für ausländische Liebesgaben und normales Geldeinkommen wird nach dem vorliegenden Plan genehmigt. 2.) Der Haupthilfsausschuss kann in Ausnahmefällen zwecks sofortiger Hilfeleistung Abweichungen hiervon zulassen. – Hierzu ist zu bemerken, dass dieses bei Katastrophen oder ähnlichen Fällen nötig sein könnte. 3.) Die einzelnen Bevölkerungsgruppen dürfen sich mit Zustimmung des Haupthilfsausschusses untereinander gewisse Arten von Liebesgaben austauschen. – Hierzu ist zu bemerken, dass der Anlass dafür ein Antrag der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe war, das für die streng rituellen Juden bestimmte Schweinefleisch, Speck und Schmalz gegen Mehl oder andere Lebensmittel umtauschen zu dürfen. 4.) Der Haupthilfsausschuss ist damit einverstanden, dass hinsichtlich der bereits verteilten Liebesgaben ein Ausgleich rückwärts stattfindet nach Massgabe des beschlossenen Verteilungsschlüssels und zwar innerhalb der einzelnen Gattungen der Liebesgaben.“<sup>1102</sup>

Damit war trotz aller Vorgaben eine gewisse Flexibilität für die Ausschüsse gewahrt. Auf den Umtausch von Nahrungsmitteln aufgrund religiöser Gebote ist im Unterkapitel zur Achtung von religiösen Geboten und Erfahrungsräumen durch die JSS (II.4) noch genauer einzugehen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war eine Besprechung über die von der *Comporel* angeregte Kinderhilfe.<sup>1103</sup>

Insgesamt merkte man zur Tätigkeit des HHA an, „dass es für den Haupthilfsausschuss ausserordentlich schwierig und fast unmöglich sei, irgendwelche Pläne auszuarbeiten, wenn Menge und Zeitpunkt der zu erwartenden Waren nicht rechtzeitig bekannt sei. Unter den Umständen sei es bei Eintreffen gewisser Mengen schwierig, darüber zu entscheiden, ob sofortige Verteilung über eine längere Periode hin vorzunehmen sei. Es wurde allgemein befürchtet, dass vorab mit dem Eintreffen grösserer Mengen amerikanischer Liebesgaben wohl kaum zu rechnen sei, es sei denn, dass es gelänge, in dem Bereich der Sowjetrepublik einschl. Litauen und anderen europäischen Staaten Liebesgaben für die notleidende polnische Bevölkerung einzukaufen.“<sup>1104</sup> Bei einer der folgenden Sitzungen im September

1940 und damit nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS war kein offizielles jüdisches Mitglied des HHA anwesend. Weichert vertrat lediglich die JSS.<sup>1105</sup> Auf der Tagesordnung standen: „1/ Finanzangelegenheiten: a/ Genehmigung einer Geldlotterie, b/ Genehmigung öffentlicher Sammlungen, c/ einmaliger Beitrag für das Winterhilfswerk, 2/ Fürsorge für Aussiedler a/ polnische, b/ jüdische, 3/ Regelung der Vereinsangelegenheit, 4/ Andere Angelegenheiten.“ Während der Debatte des ersten Tagesordnungspunkts unterbreitete man den Vorschlag, dass abgesehen von der Genehmigung für eine Geldlotterie und Geldsammlungen sowie Naturalienspenden, ebenfalls um eine dauernde monatliche Dotation von vier Millionen Złoty aus den Steuereinnahmen unter gleichzeitiger Zubilligung eines Vorschusses in Höhe von 15 Millionen Złoty für das Winterhilfswerk gebeten werden sollte. In Ergänzung der Ausführung wurde dazu gesagt, dass sich die Lotterieangelegenheit schon seit März

---

<sup>1102</sup> Ebd.

<sup>1103</sup> Ebd.

<sup>1104</sup> Ebd.

<sup>1105</sup> Bericht über die Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 17. September 1940 in der Regierung des Generalgouvernements – Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, AAN, 125/3, Bl. 5–10.

des Jahres in die Länge ziehe und von der Stellungnahme der Generaldirektion der Monopole abhängen. Herbert Heinrich von der Aufsichtsbehörde teilte darauf mit, „dass die Monopoldirektion für die Veranstaltung der Lotterie mit Rücksicht darauf ihre Genehmigung versagt habe, dass Spielhäuser eingeführt werden sollen. Von den Einnahmen aus den Spielhäusern sei [eine Zuweisung] für den Haupthilfsausschuss vorgesehen.“<sup>1106</sup> Heinrich fragte, wie hoch die Einnahmen aus dieser Quelle geschätzt werden können und Ronikier gab zur Antwort, dass die Einnahmen aus den Spielhäusern minimal sein werden, „kaum einige tausend monatlich.“<sup>1107</sup> Die Spielhäuser bedeuteten damit keine nennenswerte Einnahmequelle und inzwischen nahe der Winter, die soziale Fürsorge habe keine Vorräte und konnte auch noch keine Einkäufe tätigen. Sie besitze keine Geldvorräte. Über dieses Thema habe Ronikier mit dem ehemaligen Präsidenten der Abteilung „Innere Verwaltung“, Friedrich Siebert, gesprochen der ihm nach einer Absage versprochen habe, eine Klassenlotterie zu befürworten, da man aus dieser doch einige hunderttausend Złoty monatlich erwarten könne. Heinrich versprach, dass er den Versuch unternehmen werde, die Genehmigung für die Lotterie zu erlangen.<sup>1108</sup> Er teilte zudem mit, dass es ihm bis zu dieser Zeit lediglich gelungen sei die Genehmigung zu Sammlungen in den Lokalen der einzelnen Komitees – also des PHA, des UHA sowie der JSS – zu erlangen. Bezüglich anderer Sammlungen sei eine Entscheidung bisher nicht ergangen. Ronikier fragte an, wie es um die Anteilnahme der sozialen Fürsorge an den Steuereinnahmen stehe. Heinrich antwortete, dass die Abteilung „Finanzen“ seiner Zeit die Erteilung derartiger Beiträge abgelehnt habe, gegenwärtig jedoch die Möglichkeit bestehe, dass diese Entscheidung geändert werde. Die Entscheidung der Abteilung „Finanzen“ sei abzuwarten und dann zu erwägen, ob diese Einnahmen vom HHA oder den einzelnen Ausschüssen zu überweisen seien. Auf die Bitte Ronikers um Beschleunigung der Entscheidung versprach Heinrich, entsprechende Schritte zu unternehmen. Jalo wiecki bat die für den HHA bestimmten Beiträge möglichst bald zur Verfügung zu stellen, damit die Wintereinkäufe an Kohlen, Mehl und Kartoffeln noch gemacht werden könnten, worauf Heinrich erklärte, dass er noch im Laufe dieser oder der folgenden Woche mit den entsprechenden Behörden Rücksprache nehmen werde.<sup>1109</sup> Weichert wies auf den erzieherischen Wert der Sammlungen hin, „wobei er sich auf die in Warschau erzielten Ergebnisse beruft, wo es trotz Verarmung der Bevölkerung gelungen ist, monatlich bis zu 150.000 Zł. zu sammeln. Herr Heinrich bemerkt, dass die Juden nicht sehr verarmt seien, wenn ihnen für gewisse Zwecke sehr grosse Summen zur Verfügung ständen.“<sup>1110</sup> Aus der exemplarisch aufgezeigten Diskussion zu diesem Punkt lässt sich erkennen, dass bei diesen übergreifenden Verhandlungen, bei denen von den Vertretern des HHA zumeist polnische Akteure mit den Vertretern

---

<sup>1106</sup> Ebd.

<sup>1107</sup> Ebd.

<sup>1108</sup> Ebd.

<sup>1109</sup> Ebd.

<sup>1110</sup> Ebd.

der Besitzer sprachen, Ergebnisse erzielt werden konnten, von denen, bei einer letztlich positiven Umsetzung, auch die JSS profitieren konnte. Bei dem folgenden Tagesordnungspunkt „Fürsorge für Aussiedler“ wurde vor allem über das Problem von polnischen ausgesiedelten Menschen geredet, was die Arbeit der JSS nicht betraf. Im Kontext dieses Punktes führte Weichert allerdings für die jüdische Bevölkerung die sehr schlechten Bedingungen in den Lagern an.<sup>1111</sup> Weichert bat die Aufsichtsbehörde möge dem Arbeitsamt die Fürsorge für sämtliche Arbeitslager und -stellen übertragen und Vertretern der JSS die Schaffung einer zusätzlichen Fürsorge in den einzelnen Lagern ermöglichen. Ob dies noch in der Sitzung zu einem positiven Ergebnis führte, ist nicht festgehalten.<sup>1112</sup> Schriftliche Belege für eine offizielle Zulassung der Belieferung der Lager durch die JSS sind nicht überliefert. Allerdings sandte sie Hilfen in die Lager, wie in II.3 noch zu zeigen sein wird.

Zur „Regelung der Vereinsangelegenheiten“ teilte Heinrich mit, dass in dieser Angelegenheit zwischen der Zivilverwaltung und dem HHA weiter verhandelt werde, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Ausschüsse: *„Es werde festgestellt, dass sämtliche Vereine in Zentralen vereint werden sollen. Es werden Typen von Vereinen für jedes Fürsorgegebiet errichtet werden, also für die offene und geschlossene Fürsorge, für das Gesundheitswesen, für die Fürsorge fürs Kind u.dgl., wobei auch die Bedürfnisse der Ukrainer und Juden berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Vereine werde noch an diesem Tage nachmittags eine Konferenz stattfinden.“*<sup>1113</sup> Die bei der Sitzung angesprochenen Zentralvereine schlug die JSS über den HHA im Oktober 1940 vor.<sup>1114</sup>

In vielen Protokollen und Berichten wurde direkt die Vermittlung der ausländischen Liebesgaben durch den HHA thematisiert.<sup>1115</sup> Allerdings waren dies nicht die einzigen Gaben, die die JSS vom HHA erhielt. Innerhalb des ersten Geschäftsjahres erhielt das Präsidium der JSS von den Geldzuwendungen der Regierung 1.735.000 Złoty sowie 500.000 Złoty als Aussiedlerhilfe für Warschau auf Grund eines Beschlusses des HHA vom 7. März 1941. Für einen Teil des Geldes kaufte man durch Vermittlung des HHA Waren.<sup>1116</sup> Zudem kann vermutet werden, dass weitere finanzielle Mittel über den HHA an die JSS in Form von Darlehen gingen.<sup>1117</sup>

---

<sup>1111</sup> Ebd.

<sup>1112</sup> Ebd.

<sup>1113</sup> Ebd.

<sup>1114</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Vereine“, 17.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 25. „Auf Veranlassung des Haupthilfeausschusses gestatten wir uns in der Anlage 10 Zentralvereine in Vorschlag zu bringen.“ Vgl. hierzu II.1.6.

<sup>1115</sup> Vgl. dazu etwa Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium – für die Monate Januar und Februar 1941, wohl 05.03.1941, YVA, O.21/19, Bl. 1–3; Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17.

<sup>1116</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1117</sup> Vgl. etwa Antrag, ohne Datum, BJ, 38/97. „Der Haupthilfeausschuss wird ermächtigt, dem Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe einen Kredit in der Höhe von 500.000 Zł. bis zur Regelung der Finanzen der J.S.S. zu gewähren. Dieses Darlehen ist für Fürsorgezwecke, insbesondere für die Aussiedlerhilfe bestimmt.“

Im April 1942 wandte sich das Präsidium der *JSS* an die Aufsichtsbehörde, weil diese kurze Zeit zuvor den *HHa* ersucht hatte, neue Verhältniszahlen für die Liebesgaben aus dem Ausland vorzulegen. Dies geschah vor dem Hintergrund des Anschlusses des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement. Diese Bitte war am 3. Dezember 1941 an den übergeordneten Ausschuss herangetragen worden.<sup>1118</sup> Daraufhin habe der *PHA* am 20. März 1942 einen Verteilungsschlüssel zur Genehmigung vorgelegt und der *JSS* eine Abschrift zwecks Stellungnahme übergeben.<sup>1119</sup> Auf diesen Vorschlag der polnischen Organisation hin merkte die jüdische Organisation bei der Aufsichtsbehörde an, dass das erste Übereinkommen über den Verteilungsschlüssel mit den Vertretern der polnischen und ukrainischen Hilfsorganisationen in Warschau, in Anwesenheit der Vertreter der *Comporel* und mehreren deutschen Dienststellen insbesondere der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, des „Auswärtigen Amtes“ in Berlin sowie des Amtes des Distriktchefs in Warschau getroffen worden sei.<sup>1120</sup> Bei dieser ersten Diskussion habe man von polnischer Seite für die jüdische Bevölkerung in der Stadt Warschau 25 Prozent und für die jüdische Bevölkerung der vier Distrikte des Generalgouvernements 20 Prozent – damals noch ohne den Distrikt Galizien – durchschnittlich für die jüdische Bevölkerung des damaligen Generalgouvernements und 22,5 Prozent sämtlicher Sach- und Geldzuwendungen vorgeschlagen. Später sei dieser Prozentsatz auf Wunsch des Polnischen Hilfskomitees Krakau-Stadt auf 17 Prozent herabgesetzt worden, wobei jedoch der *HHa*, um Benachteiligung der jüdischen Bevölkerung vorzubeugen, auf den Vorschlag des *PHA* ausdrücklich beschlossen habe, der jüdischen Bevölkerung in besonderen Notfällen Sonderzuwendungen zu gewähren.<sup>1121</sup> In seinem neuen Vorschlag, den der *PHA* nach dem Anschluss des Distrikts Galizien der Aufsichtsbehörde vorlegte, habe er den Anteil der jüdischen Bevölkerung an den Mitteln des *HHa* auf 13 Prozent herabgedrückt, wobei er ausschließlich von den Bevölkerungszahlen der polnischen, ukrainischen und jüdischen Bevölkerung ausgegangen sei. Die *JSS* argumentierte, dass dieses Verfahren des *PHA* dann gerechtfertigt wäre, *„wenn die freie Wohlfahrt ihre normalen Aufgaben an der Gesamtbevölkerung einer jeden Volksgruppe zu erfüllen hätte. In Anbetracht jedoch der grossen Not und geringen Mittel, über die sämtliche Hauptausschüsse verfügen, muss die freie Wohlfahrt im gegenwärtigen Augenblick ihre Pflichten darauf beschränken, lediglich den durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Notstand – und auch dies nur im minimalsten Ausmasse – innerhalb einer jeden Bevölkerungsgruppe zu lindern. Es kann daher bei Behandlung des Verteilungsschlüssels die Frage, von welchem Umfang und von welcher Art die Fürsorgebedürfnisse innerhalb einer jeden Volksgruppe sind, nicht einfach übergangen werden. Vielmehr müssen die bedeutenden Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage sowie in den Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten einer jeden*

<sup>1118</sup> Abschrift *JSS* an BuF betr. „neue Verhältniszahlen für Liebesgaben und staatliche Subventionen“, 07.04.1942, AŽIH, 211 aneks/76, Bl. 756–759.

<sup>1119</sup> Ebd.

<sup>1120</sup> Ebd.

<sup>1121</sup> Ebd.

*Volksgruppe in Betracht gezogen werden.*<sup>1122</sup> Die Notlage der jüdischen Bevölkerung wurde in dem Schreiben an die Zivilverwaltung im Vergleich zur polnischen und ukrainischen Bevölkerung deziert ausgeführt und das Schreiben mit dem Appell an die Aufsichtsbehörde geschlossen: *„Die Aufgaben der jüdischen sozialen Fürsorge sind also auch in diesem Distrikte viel grösser und schwerer als die Aufgaben der anderen Hilfsorganisationen. Daraus ergibt sich zur Genüge, dass wenn der Anteil der Juden an den Sach- und Geldzuwendungen nicht bedeutend erhöht wird, er doch wenigstens unvermindert bleiben muss, wenn das Hilfswerk der Juden nicht gänzlich zusammenbrechen soll.*“<sup>1123</sup> Mit dem Vorschlag der polnischen Organisation zeigten sich die Verantwortlichen der JSS nicht einverstanden, da dieser die jüdische Bevölkerung stark benachteiligte.<sup>1124</sup> Allerdings änderte sich der Verteilungsschlüssel wohl nicht mehr zugunsten der JSS: *„[...] Reduzierung der durch den Haupthilfsausschuss zugewiesenen zentralen Zuwendungen auf die Hälfte [...]. Die Höhe der staatlichen Zuwendungen für April steht zur Zeit noch nicht fest, da der neue Verteilungsschlüssel unter die einzelnen Volksgruppen noch nicht bestimmt ist.*“<sup>1125</sup> In einer Phase in der das Verbot bestand Postpakete von jüdischen Auslieferern entgegenzunehmen, unterstützte der HHA die JSS indem er die für die jüdische Organisation bestimmten Liebesgaben an die Geschäftsstellen nach einem vom Präsidium unterbreiteten Plan verschickte.<sup>1126</sup>

#### II.1.7.2 Der Polnische Hauptausschuss

Der PHA hatte satzungsgemäß die Verwaltungsgeschäfte des HHA zu führen.<sup>1127</sup> In diesem Abschnitt wird analysiert, in welchen Bereichen über den übergeordneten Ausschuss hinaus eine Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und dem jüdischen Ausschuss stattfand. Dies kann abermals nur auf der Ebene des Präsidiums untersucht werden, da für die Hilfskomitees und Delegaturen keine ausreichende Quellengrundlage für eine genauere Analyse vorliegt. Es sei lediglich auf die Präsidialüberlieferung hingewiesen, in denen sich Hinweise darauf finden lassen, dass eine Zusammenarbeit auch auf einer niedrigeren Organisationsebene erfolgte. So überwies die JSS dem polnischen Hilfskomitee in Jędrzejów im November 1941 Mittel des Kreishauptmannes für die „Evakuierten- und Flüchtlingsfürsorge“. Das polnische Hilfskomitee des Kreises gab die entsprechenden Mittel an das jüdische Hilfskomitee im Dezember des Jahres weiter.<sup>1128</sup> Und auch bei dem ersten zu behandelnden Punkt erfolgte die tatsächliche Ausgestaltung wohl vor allem auf der Ebene der regionalen und lokalen Abordnungen der JSS und des PHA. Ein Bereich in dem beide Orga-

<sup>1122</sup> Ebd.

<sup>1123</sup> Ebd.

<sup>1124</sup> Ebd.

<sup>1125</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Aussiedlerhilfe aus auslaendischen Fonds“*, 25.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 594.

<sup>1126</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. *„Versand von Liebesgaben“*, 28.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 555.

<sup>1127</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 6.

<sup>1128</sup> Polnisches Hilfskomitee Jędrzejów an den Kreishauptmann Jędrzejów betr. *„Evakuierten u. Flüchtlingsfürsorge“*, 25.11.1941, AAN, 125/1486, Bl. 29.

nisationen zusammenarbeiteten war die Versorgung der in den Gefängnissen internierten Personen. Karolina Lanckorońska schrieb in ihren Erinnerungen dazu, dass sie in den letzten Tagen des Novembers 1941 zum zweiten Mal in Lwów/Lemberg gewesen sei, „*diesmal in Gesellschaft des Vorsitzenden Ronikier, Direktor Seyfrieds und des Vorsitzenden des Komitees für Judenhilfe, Doktor Melchert, eines Mannes von ungewöhnlicher Geisteskultur, vor allem aber eines großen Herzens und unglaublichen Mutes, der auf jedem furchtbaren Posten Wunder vollbrachte.*“<sup>1129</sup> Mit Melchert kann sie nur Michał Weichert gemeint haben. Sie habe schon Monate zuvor die Ehre gehabt, mit ihm in Kontakt zu treten, um ihm eine Zusammenarbeit auf dem Gefängnissektor vorzuschlagen:

„Die Jüdischen Komitees hatten seitdem pünktlich und regelmäßig Proviant an uns geliefert, und wir hatten die Juden in den Gefängnissen zusätzlich ernährt. Ich bin dem Kommandeur dankbar, dass er als ich ihn danach fragte, die Sache von Anfang an klarstellte und alles nur Menschenmögliche zu unternehmen befahl, um den Juden Beistand zu leisten. In Lwów hatte ich mich diesmal mit dem Gefängnis in der Łacki-Straße zu befassen. Die Nachrichten von dort waren schrecklich: Infektionskrankheiten, vor allem Typhus, Hunger, eine riesige Sterblichkeitsrate. Ich hatte einen einzigen Plan und einen einzigen Gedanken: Möge sich hier in diesem einen Gefängnis mein zu diesem Zeitpunkt einziger Traum erfüllen, die gemeinsame Zusatzernährung für Polen, Juden und Ukrainer zu organisieren. Letztere waren nicht sofort einverstanden, wir nahmen also zunächst die polnisch-jüdische Arbeit in Angriff, später schlossen sich jedoch auch die Ukrainer an. Wir arbeiteten monatelang zusammen, woran ich mich für immer mit tiefer Dankbarkeit erinnern werde. An erster Stelle steht da Pfr. Rękas seliges Andenken. Auch sonst gab es in Lwów viel zu tun. Ziel des Aufenthaltes von Vorsitzenden und Direktor des RGO war es, den RGO auf das ganze östliche Kleinpolen auszudehnen und in Lwów eine erfolgreiche Wirkungsstätte zu schaffen. Die noch immer andauernde Niedergeschlagenheit und Apathie der Lemberger (sowie die bedauerlichen Intrigen der Ukrainer) erschwerten die Arbeit auf Schritt und Tritt. Die Deutschen erlaubten die Organisation. Um dann durch die Ukrainer zu stören, soweit es nur ging.“<sup>1130</sup>

In den Akten des PHA ist eine Zusammenarbeit zwischen den Organisationen nicht belegt.<sup>1131</sup> Allein die Übernahme der Häftlingsfürsorge durch Lanckorońska kann durch die Akten verifiziert werden<sup>1132</sup> und der Hinweis darauf, dass die Versorgung der Insassen der Gefängnisse anonym erfolgte und die Lieferungen bei den Verwaltungen der Einrichtungen und nicht personalisiert für Einzelne abgegeben wurden.<sup>1133</sup> Letztgenanntes macht eine Versorgung der Juden und Jüdinnen in

<sup>1129</sup> LANCKOROŃSKA: Mut ist angeboren, S. 98. In der deutschen Übersetzung des Textes gab man für den RGO an: „RGO (Zentraler Vormundschaftsrat Rada Główna Opiekuńcza – d. Übers.)“. Ebd. Weder die deutschsprachige noch die polnischsprachige Variante entsprechen dem *Polnischen Hauptausschuss*. Allerdings kann aus den Archivstudien – wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird – zweifelsfrei belegt werden, dass es sich bei dem im Text genannten RGO um den *Rada Główna Opiekuńcza* handelte – was wörtlich übersetzt *Haupthilfsrat* bedeutet, aber deutschsprachig als *Polnischer Hauptausschuss* bezeichnet wurde. Auf die Abweichung und die Gründe für diese wurde bereits ausführlich hingewiesen. In der polnischen Ursprungsversion findet sich nur die Abkürzung RGO und allein in den Kurzbiographien, die dem Text nachgestellt sind, wird der *Rada Główna Opiekuńcza* in seiner ganzen Bezeichnung genannt. Vgl. KAROLINA LANCKOROŃSKA: Wspomnienia wojenne. 22 IX 1939 – 5 IV 1945, Kraków 2003. An der Stelle, an der das obengenannte Zitat steht, nannte man in der Originalausgabe allein die Abkürzung RGO. Vgl. ebd., S. 101.

<sup>1130</sup> LANCKOROŃSKA: Mut ist angeboren, S. 98.

<sup>1131</sup> AAN, 125/1486, 1488. In diesen beiden Akten wird die Betreuung der Häftlinge thematisiert. Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen der JSS und dem PHA ergeben sich aus diesen jedoch nicht.

<sup>1132</sup> Abschrift Bescheinigung, 11.08.1941, AAN, 125/1488, Bl. 40. „Gräfin Lanckoronska ist beauftragt, die anonyme Betreuung der Gefangenen durch die Polnischen Hilfskomitees zu organisieren. Die Betreuung erfolgt nach den von der Hauptabteilung Justiz in der Regierung des Generalgouvernements und dem Befehlshaber der Sicherungspolizei und des SD ausgegebenen Richtlinien.“

<sup>1133</sup> Vgl. etwa Distriktchef in Krakau, Abteilung Justiz unter anderem an Gefängnisse, 23.08.1941, AAN, 125/1186, Bl. 31f.

den Gefängnissen durch den PHA wahrscheinlicher. Allerdings beschäftigte dieser Aufgabenbereich im Frühjahr 1942 noch die JSS. Das jüdische Hilfskomitee Krakau-Stadt teilte dem Präsidium der JSS mit, dass es von der Sektion der „Häftlingsfürsorge“ des polnischen Hilfskomitees Krakau-Stadt aufgefordert worden sei, für die im Gefängnis in Krakau sich befindenden jüdischen Gefangenen Sorge zu tragen: *„Nach einer Erwägung ist das Präsidium der J.S.S. zu Ueberzeugung gelangt, dass die Bildung von Sektionen oder Referaten für Häftlingsfürsorge bei den Jüdischen Hilfskomitees nicht geboten erscheint, dagegen erscheint es zweckmässiger wenn Judenräte und Jüdische Hilfskomitees bescheidene Beiträge zwecks Unterstützung der in Haft sich befindenden Juden den örtlichen Polnischen Hilfskomitees zur Verfügung stellen würden. So hat es z.B. das J.H.K. Krakau-Stadt der Sektion für Häftlingsfürsorge des Polnischen Hilfskomitees in Krakau den Betrag von 300 Zloty für die Dauer eines Monats überwiesen. Einen Betrag in derselben Höhe stellte der genannten Sektion auch der Judenrat in Krakau zur Verfügung.“*<sup>1134</sup>

Im November 1940 trat die erzbischöfliche Kurie in Krakau, der Superintendent der polnischen und evangelisch-reformierten Kirche sowie der Kirchenrat der evangelischen Kirche Augsburger Konfessionen an den PHA mit einer Bitte in Bezug auf die getauften im Generalgouvernement lebenden Juden und Jüdinnen heran. Die polnischen Organisationen nahmen dazu wie folgt Stellung:

„[...] [Die] Möglichkeit einer Linderung der Lage der getauften Juden vom Standpunkte des im Generalgouvernements geltenden Rechts [bedarf] noch einer weiteren Erörterung. In dieser Hinsicht gestatten wir uns Folgendes auszuführen: Jede Verwaltungsregel kann von den hierzu berufenen Verwaltungsorganen mehr oder weniger streng gehandhabt werden. Doch muss unterschieden werden zwischen prinzipiellen Gesetzes-Vorschriften und rein ausführenden Anwendungsformen. Die ersteren mögen hier unerörtert bleiben. Die letzteren dagegen sind variabel und stehen daher im freien Ermessen der Verwaltungsorgane. Was den Gegenstand der Bittgesuche bildet, also das Tragen der jüdischen Armbinden, die Regelungen zur Zwangsarbeit und schliesslich die zwangsweise Übersiedlung in das jüdische Stadtviertel /Sperrviertel – Ghetto/, so gehört all dies wohl unzweifelhaft zu den äusserlichen Anwendungsformen und kann von den Verwaltungsorganen ohne Gesetzverletzung abweichend für die Kategorie der getauften Juden geregelt werden.“<sup>1135</sup>

Der PHA bat darum die getauften Juden und Jüdinnen von diesen Regeln zu entbinden – dies sollte jedoch nicht für solche gelten, die erst nach dem 1. September 1939 getauft wurden.<sup>1136</sup> Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Regierung stand dem Vorhaben des PHA kritisch gegenüber: *„Ich sehe mich gezwungen, in einer ausserordentlich ernsten Sache dem Polnischen Hauptausschuss und seinem Geschäftsgebaren eine scharfe Rüge zu erteilen. Es sind mehrfach Bescheinigungen des Polnischen Hauptausschusses vorgelegt worden, in denen auf einem Bogen des Haupthilfsausschusses sophistisch anmutende Ausweise von höchst zweifelhaften rechtlichen Inhalt gegeben wurden.“*<sup>1137</sup> Die Zivilverwaltung stellte fest, dass die Frage der Behandlung von getauften Juden und Jüdinnen durch die bisher nicht erfolgte Vorlage statistischer Unterlagen nicht zu einer klaren Entscheidung durch die Schuld des HHA gelangt

<sup>1134</sup> Abschrift JSS, Abt. Versorgung an BuF betr. „Unterstützungen für Häftlinge“, 04.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 57.

<sup>1135</sup> Abschrift PHA an BuF betr. „Verhältnisse der getauften Juden“, 04.11.1940, AAN, 125/5, Bl. 5f.

<sup>1136</sup> Ebd.

<sup>1137</sup> BuF an PHA betr. „Ausstellung von Bescheinigungen für getaufte Juden usw.“, 11.01.1941, AAN, 125/5, Bl. 62f.



sei: „Es wäre demnach selbstverständlich gewesen, daß sich der Polnische Hauptausschuss in dieser Frage bis zu ihrer Entscheidung völlige Zurückhaltung auferlegt hätte.“<sup>1138</sup>

„Ich verwahre mich auf das Entschiedenste gegen die Ausstellung dieser in unverantwortlicher Weise erteilten Bescheinigungen, die nur geeignet sind, angesichts der einschlägigen Vorschriften für die Behandlung der Juden eine Gefährdung der betreffenden getauften Juden herbeizuführen. Ich berühre hier nicht die Frage der Schädigung des Ansehens des Haupthilfsausschusses bzw. des Polnischen Hauptausschusses, das durch diese rechtlich unbeachtlichen Bescheinigungen entstehen muß. Für das Verhältnis des Polnischen Hauptausschusses zu seiner Aufsichtsbehörde ist es von unbedingtem Nachteil, wenn überhaupt Bescheinigungen dieser Art ausgestellt werden, die weder in das Arbeitsgebiet der Institution fallen, noch insbesondere durch die statutmässig festgelegte Übersendung einer Abschrift oder Einholung vorheriger Erlaubnis gebilligt worden ist. Alle aus dieser unverantwortlichen Handlung erwachsenden Folgerungen fallen allein dem Polnischen Hauptausschuss zur Last.“<sup>1139</sup>

Die Frage der „getauften Juden“ taucht in den Akten des PHA nur an dieser einen Stelle auf. Vermutlich war es nur eine geringe Zahl von Personen, über die zu diesem Zeitpunkt korrespondiert wurde. Die Besatzer sahen nach ihrer Definition eines Juden oder einer Jüdin auch die christlich getauften Personen als Juden und Jüdinnen an.<sup>1140</sup> Demnach internierten die Besatzer sie in den Ghettos. Entsprechend oblag auch ihre Fürsorge und Wohlfahrt den Abteilungen der JSS.

Der *Polnische Hauptausschuss* gewährte der JSS ein Darlehen in Form eines Vorschusses in Höhe von 30.000 Złoty.<sup>1141</sup> Weitere Hinweise auf eine direkte Zusammenarbeit finden sich für die Zeit in der die JSS existierte nicht. Die Zusammenarbeit fand also vor allem über den PHA statt, die Zusammenarbeit bei der Versorgung der Gefangenen war eine absolute Ausnahme.

### II.1.7.3 Eine polnische Einzelperson als Angestellter der JSS

Neben der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen der polnischen-nichtjüdischen Bevölkerung und der JSS, wie sie in den vorangegangenen Abschnitten analysiert wurde, gab es eine Zusammenarbeit zwischen der polnischen Bevölkerung und der jüdischen Organisation auch auf einer individuellen Ebene. Exemplarisch kann dies an der Person Jan Ropa ausgeführt werden. Adolf Liebeskind agierte zeitweise unter dem Pseudonym „Jan Ropa“.<sup>1142</sup> Allerdings handelte es sich bei der Person, die beim Präsidium angestellt war, dauerhaft um einen nichtjüdischen Polen dieses Namens.<sup>1143</sup> Ropa war unter anderem dafür zuständig die Post im städtischen Postamt in Krakau

<sup>1138</sup> Ebd.

<sup>1139</sup> Ebd.

<sup>1140</sup> Vgl. dazu den entsprechenden Abschnitt in der Einleitung der vorliegenden Studie.

<sup>1141</sup> Vgl. etwa Abschrift BuF an RGO betr. „Abdeckung des der J.S. gegebenen Vorschusses von 300.000 Złoty“, 17.09.1942, AAN, 125/70, Bl. 31 oder auch Abschrift BuF an RGO betr. „Abzahlung des Bankdarlehens der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 31.10.1942, AAN, 125/70, Bl. 42.

<sup>1142</sup> Vgl. dazu etwa ALEKSANDER BIEBERSTEIN: *Zagłada Żydów w Krakowie*, Kraków 1985, S. 242.

<sup>1143</sup> Diese Information erhielt ich von Józef Weichert, dem Sohn Michal Weicherts, in einem Gespräch in Tel Aviv im Dezember 2014.

aus dem Postschließfach des Präsidiums der JSS abzuholen.<sup>1144</sup> Seine Anstellung dauerte mindestens bis zum Ende der Tätigkeit der JSS im Sommer 1942.<sup>1145</sup> Neben dem Abholen der Postsendungen brachte er zudem die zu versendenden Dinge in das Postamt.<sup>1146</sup> Da er als Nichtjude eine deutlich größere Bewegungsfreiheit in Krakau hatte, konnte er das Ghetto durch einen Ausweis betreten und wieder verlassen. Dies ermöglichte es, dass er die tägliche Post, darunter die Pakete, für die JSS durch Krakau transportieren konnte und die Organisation so nicht auf die Postsammelstelle des Ghettos angewiesen war, was die Abfertigung der Postsendungen deutlich beschleunigte.<sup>1147</sup> Allerdings verlief auch für den Polen die Tätigkeit nicht reibungslos. Am 5. Dezember 1941 wurde ihm auf dem Hauptpostamt der Schlüssel zum Postschließfach der JSS abgenommen und mitgeteilt, dass Juden und Jüdinnen kein Postschließfach besitzen dürfen. Gleichzeitig entlegte man ihm 28 Postanweisungen über unterschiedlich hohe Geldbeträge und eröffnete ihm, dass der Gesamtbetrag dem Judenrat ausbezahlt werde. Auf seine Bemerkung hin, dass die JSS unabhängig vom Judenrat sei, nannte man ihm drei Namen von Juden, die zur Entnahme von Postsendungen im Namen des Judenrates ermächtigt seien. Die jüdische Postsammelstelle teilte ihm ferner mit, dass sie die Briefe der JSS ins Ausland nicht weiterbefördern könne, da sie ausschließlich zur Annahme von Postkarten mit aufgedruckten Wertzeichen für das Ausland berechtigt sei. Dieses Vorgehen hätte zu Problemen für das Präsidium der JSS geführt:

„Wir erhalten unsere Post aus dem Postschließfach täglich schon um 7.30 Uhr, sie wurde von unserem Boten, dem Polen Jan Ropa abgeholt. Bei einer Zustellung durch die Vermittlung der jüdischen Postsammelstelle würden wir sie bestenfalls am nächsten Tag in den Mittagsstunden erhalten. Dies würde für uns einen Verlust von 2 Arbeitstagen bedeuten. Da Dienststellen im Generalgouvernement auf schnelle Hilfe angewiesen sind, scheinen uns eine derartige Verzögerung im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt unerwünscht zu sein. Die Briefe, die wir ins Ausland nach einer vorherigen Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde senden, beziehen sich in der Hauptsache auf Liebesgaben für Verwandte die im Ausland lebenden Juden und führen in der Anlage grössere Namensverzeichnisse. Wir können uns daher im Briefverkehr mit dem Ausland der Postkarten nicht bedienen. In Anbetracht der oben erwähnten Umstände bitten wir ergebenst, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge die Deutsche Post Osten veranlassen, 1/. uns den Gebrauch eines Postschließfaches zu gestatten, 2/. die von uns zur Versendung gelangende Post entgegenzunehmen, beides unter der Bedingung, dass dies von einem polnischen Boten erledigt werden wird.“<sup>1148</sup>

<sup>1144</sup> JSS an Postamt 1, Krakau, betr. „*Postschließfach 211*“, 22.11.1940, BJ, 43/97. „*Bezugnehmend auf die Zuschrift des Postamtes vom 21. November d.J. teilen wir hiermit höflich mit, dass die Post von unserem Boten, dem Polen Jan Ropa abgeholt wird, somit besteht kein Hindernis für uns das Postschließfach beizubehalten. Die Zustellung der Post durch den Zusteller hätte für uns eine Verspätung der Erledigung unserer Dienstgeschäfte zur Folge, wozu wir von der Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge eingesetzt worden sind.*“

<sup>1145</sup> Vgl. etwa JSS an den Stadthauptmann der Stadt Krakau betr. „*Erlaubnisschein zum Betreten des Judenwohnbezirkes für unseren Boten Jan Ropa*“, 29.07.1942, AŽIH, 211 aneks/87, Bl. 254.

<sup>1146</sup> Bescheinigung, 15.04.1941, AŽIH, 211 aneks/38, Bl. 125.

<sup>1147</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Postempfang und Versand*“, 06.12.1941, BJ, 199/57. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/62, Bl. 471.

<sup>1148</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Postempfang und Versand*“, 06.12.1941, BJ, 199/57. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/62, Bl. 471.

Eine direkte Reaktion der Besatzer auf diesen Brief ist nicht überliefert. Wenn die Besatzer allerdings etwas gegen die Beschäftigung des nichtjüdischen Angestellten Jan Ropa einzuwenden gehabt hätten, wäre dieser nicht bis mindestens in den Sommer 1942 hinein bei der jüdischen Organisation angestellt gewesen und hätte nicht weiterhin Ausweise zum Betreten und Verlassen des Ghettos von dem Stadthauptmann ausgestellt bekommen.<sup>1149</sup> In der Korrespondenz mit den Besatzern wird noch im Sommer 1942 das Postfach in der Krakauer Hauptpost als Grund für die Beschäftigung Ropas angeführt,<sup>1150</sup> sodass davon auszugehen ist, dass sich generell am Postversand der Organisation nichts änderte. Zu ersten Problemen bei der Anstellung Ropas kam es erst nachdem das Präsidium der JSS bereits die Anordnung zur Auflösung im Jahr 1942 erhalten hatte.<sup>1151</sup> In den Tagen um den Erlass zur Auflösung des Präsidiums der JSS lehnten die Besatzer die Verlängerung des Ausweises zum Verlassen des Ghettos beziehungsweise die Verlängerung des Erlaubnisscheines zum Betreten des jüdischen Wohnbezirkes für Jan Ropa ab.<sup>1152</sup>

---

<sup>1149</sup> Vgl. etwa JSS an den Stadthauptmann der Stadt Krakau betr. „Erlaubnisschein zum Betreten des Judenwohnbezirkes für unseren Boten Jan Ropa“, 29.07.1942, AŽIH, 211 aneks/87, Bl. 254.

<sup>1150</sup> Ebd.

<sup>1151</sup> Vgl. hierzu III.1.1.

<sup>1152</sup> Vgl. AŽIH, 211 aneks/87. Aus diesem Grund bat das Präsidium der JSS: „Mit Rücksicht darauf, dass wir ein Postschließfach bei der Hauptpost besitzen, deren Betreten Juden verboten ist und der Bote Ropa Jan für uns dortselbst die Post täglich abholt, gestatten wir uns ergebenst zu bitten den Erlaubnisschein zum Betreten des Judenwohnbezirkes für Jan Ropa verlängern zu wollen.“ Anbei liegt eine Abschrift eines Schreibens von Türk an den Stadthauptmann vom selben Tag, der den obengenannten Antrag des Präsidiums der JSS befürwortet.

## II.2 Die Hilfskomitees und Delegaturen der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*

Die Hilfskomitees und Delegaturen waren die regionalen und lokalen Abordnungen der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*, die vor Ort Hilfe leisteten und im direkten Kontakt zu den bedürftigen Menschen standen. Sie sind Gegenstand dieses Unterkapitels. Eine Untersuchung der Tätigkeit der Hilfskomitees in der Form, dass daraus Schlüsse für deren gesamte Tätigkeit gezogen werden können, kann im Rahmen dieser Studie nicht erfolgen und wird deshalb ein Desiderat bleiben, das einer dringenden Erforschung bedarf. Eine weitere Instanz der *JSS* waren die sogenannten „Distriktbe-rater“, von denen es entsprechend der Zahl der Distrikte für die erste Zeit des Bestehens vier und nach Anschluss des Distrikts Galizien fünf gab. Diesen soll, genau wie den Inspektoren der *JSS*, ein Abschnitt (II.2.6) gewidmet werden.

### II.2.1 Die Konstituierung und die Aufgaben der Hilfskomitees und Delegaturen

Im Distrikt Warschau gab es im April 1940 – also noch vor der Gründung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* – 68 Hilfskomitees, die neben der ortsansässigen, armen Bevölkerung 31.699 Evakuierte und Flüchtlinge betreuten.<sup>1153</sup> Diese Hilfskomitees waren noch nicht die später in den gesetzlichen Grundlagen der *JSS* festgeschriebenen Komitees. Allerdings konnte das Präsidium der *JSS* beim Aufbau der Organisation auf regionaler und lokaler Ebene auf solche bereits zuvor gewachsenen Strukturen aufbauen. Das Präsidium der *JSS* sollte je nach Bedarf an den Sitzen der Kreis- und Stadthauptleute Hilfskomitees errichten. Diese sollten aus je fünf Personen bestehen, deren Wahl der Zustimmung des Kreis- beziehungsweise Stadthauptmannes bedurfte. Die Hilfskomitees nah-men satzungsgemäße die der *JSS* obliegenden Aufgaben für ihren Bereich wahr.<sup>1154</sup> Die Hilfskomitees handelten allein im Namen der Gesamtorganisation und waren nicht Träger eigener Rechte und Verbindlichkeiten. Sie waren neben dem Präsidium der *JSS* an die Weisungen der Kreis- und Stadthauptleute gebunden.<sup>1155</sup> Die Delegaturen waren in der Satzung und der Geschäftsordnung nicht vorgesehen,<sup>1156</sup> allerdings erkannten die Besatzungsbehörden diese noch im Laufe des Jahres 1940 an. So hieß es in einer in diesem Jahr erschienen Schrift der Aufsichtsbehörde: „*In den Städten und Sammelgemeinden der einzelnen Kreishauptmannschaften können Delegaturen der zuständigen Hilfskomitees zur Erleichterung der Arbeit eingerichtet werden. Die Errichtung dieser Delegaturen ist in der Anweisung betreffend die Bildung der ukrainischen Hilfskomitees vom 4.5.40 bereits enthalten. Für die polnischen und jüdi-schen Hilfskomitees wird diese Anweisung in Kürze erfolgen.*“<sup>1157</sup> In der entsprechenden Anweisung für die

---

<sup>1153</sup> Die Jüdische Fürsorge im Distrikt Warschau [wohl Weichert, April 1940], AŽIH, Ring II/118. Leider ist der Bericht nicht vollständig überliefert. Er bricht nach diesen Zahlengaben ab, sodass daraus keine genaueren Informationen zu erhalten sind.

<sup>1154</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 12.

<sup>1155</sup> Vgl. ebd., § 13.

<sup>1156</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>1157</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 34.

Ukrainischen Hilfskomitees hieß es: „Zur Verwirklichung der angeführten Aufgaben bedienen sich die einzelnen Komitees mit Zustimmung des zuständigen Kreis- bzw. Stadthauptmanns folgender Mittel: [...] Im Wirkungsbereich der einzelnen Komitees [sic!] notwendige Delegaturen zu finden und für die zweckmäßige Verteilung und Zusammenarbeit dieser Delegaturen zu sorgen. [...] Zur Leitung dieser Delegaturen befähigte Leute auszuwählen und zur Arbeit hinzu zu ziehen.“<sup>1158</sup> Als Aufgaben der Hilfskomitees wurde in der Geschäftsordnung folgendes festgelegt:

„Aufgabe der Hilfskomitees ist, Hilfsbedürftige nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel zu unterstützen, insbesondere aber: 1. Bei Naturkatastrophen vor Eingreifen der staatlichen Hilfe sofortige Hilfsmaßnahmen zu treffen. 2. Für Flüchtlinge und Evakuierte vor dem Einsatz in neuen Arbeitsstellen erste aber nicht dauernde Hilfsmaßnahmen zu treffen. 3. Kinder und Jugendliche, deren Erzieher oder Betreuer verstorben sind oder die keine ordnungsgemäße Erziehung und Pflege genießen in Waisenhäuser oder Ersatzfamilien unterzubringen und hierfür notfalls eine finanzielle Beihilfe zu gewähren. 4. Die notleidende Bevölkerung in Volksküchen, durch Zuweisung von zusätzlichen Lebensmitteln oder Geldleistungen zu unterstützen. 5. Bedürftige Familien bei Arbeitslosigkeit bis zum Einsatz der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen und bei der Unterbindung Arbeitsloser mitzuwirken. 6. Bei der Bekämpfung der Unzucht mitzuwirken. 7. Die Angehörigen von Kriegsgefangenen vor Einsatz der staatlichen Hilfe zu unterstützen. 8. Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen zur Erfüllung dieser Aufgabe zu errichten, zu erhalten und zu unterstützen. 9. Sammlungen von Geld- und Sachspenden mit Erlaubnis des Kreishauptmannes innerhalb des Bereichs der Kreis- bzw. Stadthauptmannschaften durchzuführen. 10. Die Gewährung staatlicher und gemeindlicher Mittel zur Durchführung von Wohlfahrtsaufgaben bei den zuständigen Stellen zu beantragen.“<sup>1159</sup>

Gleichlautend ist auch der entsprechende Paragraph in der Geschäftsordnung des PHA.<sup>1160</sup> Einige der in den Aufgaben der Hilfskomitees für die jüdische Bevölkerung genannten Punkte treffen nicht zu, da die jüdische Bevölkerung von der staatlichen Fürsorge ausgeschlossen war.<sup>1161</sup>

Manche Hilfskomitees gründeten sich in der Zeit unmittelbar vor der Konstituierung des Präsidiums – so etwa das in Radom, das sich bereits im Monat vor der ersten Sitzung des Präsidiums der JSS gegründet hatte.<sup>1162</sup> Innerhalb der ersten sieben Monate des Bestehens der JSS bis zum Ende ihres ersten Geschäftsjahres wurden in der Zeit vom 5. September 1940 bis zum 31. März 1941 38 Hilfskomitees und 81 Delegaturen eingerichtet.<sup>1163</sup> Insgesamt konnten 424 solcher Geschäftsstellen bis zum Ende des Bestehens der JSS errichtet werden.<sup>1164</sup> Im Juni 1941 wurde von Seiten des Präsidiums der JSS über die Gründung der Hilfskomitees und Delegaturen geschrieben: „Seit der Gründung der J.S.S. ist das Präsidium unablässig bemüht, die Organisation im Rahmen der Satzung auszubauen. Bishun ist es uns gelungen 40 jüdische Hilfskomitees in den Kreis- und kreisfreien Städten zu errichten und 208 Delegaturen in anderen Ortschaften ins Leben zu rufen. Es bleibt noch im Ganzen 2 Hilfskomitees und

<sup>1158</sup> Richtlinien für die Arbeit der ukrainischen Hilfskomitees, Anlage 36, in: ARLT: Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt, S 129–136, hier: S. 131.

<sup>1159</sup> Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 20.

<sup>1160</sup> Vgl. Geschäftsordnung des Polnischen Hauptausschusses, § 20.

<sup>1161</sup> Vgl. Halbjahresbericht Distrikt Warschau, Bl. 70f.

<sup>1162</sup> Aufruf der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Radom, August 1940, AŽIH, 211 aneks/218, Bl. 35.

<sup>1163</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1164</sup> Vermerk betr. „Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29, hier: Bl. 29.

eine geringe Anzahl von Delegaturen zu gründen.<sup>1165</sup> Ein Jahr später hielten ebenfalls Mitglieder des Präsidiums der JSS fest: „Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe hat bisnun 56 Hilfskomitees in den Kreis- und kreisfreien Städten und 368 Delegaturen in anderen von Juden bewohnten Ortschaften errichtet. Die Zusammensetzung der Hilfskomitees wird über die Regierung des Generalgouvernements vom Präsidium dem zuständigen Stadt- bzw. Kreishauptmann in Vorschlag gebracht und von diesem bestätigt.“<sup>1166</sup> Die Zahl in dem zweiten Zitat war höher als die im Jahr zuvor vermutete Zahl der noch zu gründenden regionalen und lokalen Abordnungen, da in der Zwischenzeit der Distrikt Galizien an das Generalgouvernement angeschlossen worden war. Zum Anstieg der Anzahl der Hilfskomitees und Delegaturen sowie deren Gesamtzahl sei auch auf das untenstehende Diagramm verwiesen, in dem das Wachstum der regionalen und lokalen Abordnungen der JSS nachvollzogen werden kann.

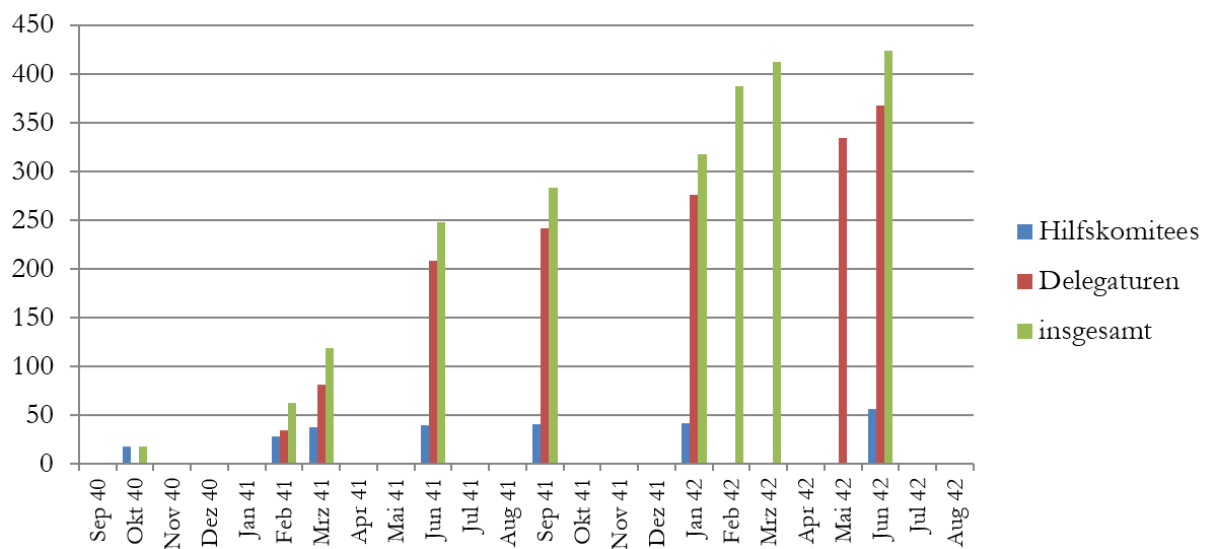


Diagramm: Anzahl der Hilfskomitees und Delegaturen<sup>1167</sup>

<sup>1165</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Reisegenehmigung für die Mitglieder der Jüdischen Hilfskomitees“, 17.06.1941, AŽIH, 211 aneks/48, Bl. 275f.

<sup>1166</sup> Vermerk betr. „Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29, hier: Bl. 29.

<sup>1167</sup> Die Daten für das Diagramm basieren auf Abschrift des Protokolls über die II. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 7. Oktober 1940, AŽIH, 211 aneks/23. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 5–8; Abschrift JSS an BuF betr. „Persönliche Fühlungnahme mit den Jüdischen Hilfskomitees“, 20.02.1941, BJ, 199/57; Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6; Abschrift JSS an BuF betr. „Reisegenehmigung für die Mitglieder der Jüdischen Hilfskomitees“, 17.06.1941, AŽIH, 211 aneks/48, Bl. 275f.; WEICHERT: Aleinhilf, S. 27f.; Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. November 1941 bis zum 31. Januar 1942 [versandt am 13. Februar 1942], AŽIH, 211 aneks/69, Bl. 32–38. Teile davon sind auch vorhanden in YVA, O.21/18-1 Bl. 44–46 sowie YVA, O.21/19, Bl. 22–24; Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1942 [versandt am 18. Juni 1942], AŽIH, 211 aneks/83, Bl. 234–237; Teile sind ebenfalls überliefert in YVA, O.21/18-1, Bl. 145f. sowie in YVO, O.21/19, Bl. 32f.; Vermerk betr. „Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29, hier: Bl. 29.

Ein Problem, das sich bei der Ermittlung der genauen Zahl an Hilfskomitees und Delegaturen ergibt ist, dass sich in dem zentralen Bestand der JSS im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes nicht zu allen regionalen und lokalen Abordnungen Akten finden lassen. Dies sei an dem Beispiel Stanisławów/Stanislaw exemplarisch aufgezeigt. In dem Bestand in Warschau finden sich keine Akten zu dem dortigen Hilfskomitee.<sup>1168</sup> Dagegen lassen sich im Staatsarchiv in Krakau in einem Fragment des Bestands der JSS Mitarbeiterausweise eines Kreishilfskomitees in Stanisławów/Stanislaw finden.<sup>1169</sup> Ähnliches kann beispielsweise für die Stadt Siedlce im Distrikt Warschau konstatiert werden: Mitarbeiterlisten sind für einige Monate des Jahre 1942 vorhanden,<sup>1170</sup> allerdings findet sich in den Akten der JSS selbst lediglich Korrespondenz mit dem Judenrat.<sup>1171</sup> Deshalb kann bei der Ermittlung exakter Zahlen nicht auf den zentralen Bestand in seiner Gliederung zurückgegriffen werden, sondern man muss sich allein auf die von der Organisation in ihren Berichten und Protokollen angegebenen Zahlen stützen.

Über die Mitglieder der einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen kann im Rahmen dieser Studie nur sehr wenig gesagt und allein angerissen werden, welches die Anforderungen von Seiten des Präsidiums der JSS an ihre Vertreter in den regionalen und lokalen Abordnungen waren. Wie das Präsidium auf die Gründung der Hilfskomitees und Delegaturen einwirkte und mit welchen Problemen es sich dabei konfrontiert sah, steht in diesem Abschnitt im Mittelpunkt.<sup>1172</sup> Schon vor der konstituierenden Sitzung des Präsidiums der JSS schlug man Kreis- und Stadthauptmännern Hilfskomitees zur Zustimmung vor.<sup>1173</sup> Andere Komitees agierten bereits unter dem Namen JSS, wenngleich dabei nicht unbedingt ersichtlich ist, ob diese bereits durch höhere Stellen anerkannt waren.<sup>1174</sup> In weiteren Städten waren schon durch andere Einrichtungen – etwa durch die Judenräte oder Hilfsvereine vor Ort – Hilfskomitees gegründet worden, diese hatten zuweilen nur einen sehr speziellen Tätigkeitsbereich und mussten noch in das „*jüdische Hilfskomitee übergeführt werden*“, da eine von der JSS unabhängige Weiterführung solcher Komitees nicht möglich war.<sup>1175</sup> Zudem existierte

<sup>1168</sup> Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>1169</sup> Vgl. APK, pnn/66.

<sup>1170</sup> APK, pnn/63.

<sup>1171</sup> AŽIH, 211/949f.

<sup>1172</sup> Einen ersten Zugriff auf eine größere Anzahl von Namen und Grunddaten von Mitgliedern der Hilfskomitees und Delegaturen – Name (Geburtsname), Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort und in einigen Fällen Beruf – erhält man über eine Akte im Staatsarchiv Krakau, in der sich die Anforderungen der Ausweise für die Mitglieder der regionalen und lokalen Abordnungen finden lassen. Neben den Listen mit den genannten Angaben finden sich teilweise auch die Ausweise der aus den Komitees ausgeschiedenen Mitglieder mit Lichtbildern. Partiiell geht aus den Listen auch die genaue Funktion der Personen vor, die sie im Hilfskomitee oder der Delegatur innehatten – in seltenen Fällen lassen sich auch ausformulierte Lebensläufe finden. Die weit über 1.000 Blatt umfassende Akte bietet so einen Zugang für die genaue Untersuchung der Personen, die in der JSS wirkten, wenngleich die Akte nur einen Bruchteil der Orte umfasst, in denen Hilfskomitees oder Delegaturen ansässig war. Es handelt sich bei der beschriebenen Akte um APK, pnn/63.

<sup>1173</sup> Vgl. dazu etwa JSS an den Stadthauptmann von Neu Sandez, 20.08.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 320.

<sup>1174</sup> Vgl. etwa ein Aufruf der „*Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Radom*“, August 1940, AŽIH, 211 aneks/249, Bl. 38.

<sup>1175</sup> Vgl. etwa Abschrift BuF betr. „*Komitee jüdischer Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen*“, 25.09.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 4.

beispielsweise – mindestens zwischen März und Oktober 1940 – ein *Jüdisches Hilfswerk Ostrów Lubelski*.<sup>1176</sup> Außerdem reisten weitere Mitglieder des Präsidiums im Jahr 1940, unter anderem zwecks Einrichtung von Hilfskomitees, durch die Distrikte.<sup>1177</sup> In seiner Monographie zur *JSS* schrieb Weichert, dass das Präsidium gleich nach seiner ersten Sitzung am 5. September 1940 begonnen habe die örtlichen Abteilungen zu gründen.<sup>1178</sup> Wie bereits dargelegt, wurden einige Hilfskomitees bereits in der Zeit unmittelbar vor der Konstituierung des Präsidiums gegründet.<sup>1179</sup> Bei den vertraulichen Beratungen über die Gründung der Hilfskomitees habe das Präsidium beschlossen, so Weichert, dass es unter anderem gesellschaftlich geachtete Menschen in regionalen und lokalen Abordnungen einsetzen wollte. Zudem versuchte man alle Richtungen und Strömungen der jüdischen Gesellschaft zu berücksichtigen. Nach Möglichkeit wählte die *JSS* Personen aus, die bis zu diesem Zeitpunkt bereits in den Hilfsorganisationen sowie in politischen und kulturellen Bewegungen tätig waren.<sup>1180</sup> Andere Quellen belegen, dass bereits vor der Konstituierung des Präsidiums mit der Einrichtung der regionalen und lokalen Abordnungen begonnen worden war. So notierte Adam Czerniaków am 1. Juli 1940 – also gut zwei Monate vor dem offiziellen Entstehen des Präsidiums – in seinem Tagebuch: „Auf dem Korridor traf ich Weichert, der mir vor allen Dingen anfang auseinanderzusetzen, daß ich ihn ungerecht behandle, wenn ich ihm Illoyalität in irgendeiner Art zutraue. Er erklärte, er fahre morgen nach Krakau und werde gemeinsam mit Heinrich alle Distrikte abfahren, um Hilfskomitees zu gründen.“<sup>1181</sup> Allerdings fokussierte das Präsidium der *JSS* diese Aufgabe der Einrichtung der örtlichen Hilfskomitees erst nach seiner Konstituierung.<sup>1182</sup> Für die Bestellung der Hilfskomitees fuhren die Präsidiumsmitglieder in die größeren Städte und Orte und informierten sich vor Ort darüber, wer für ein solches Komitee in Frage kam. Gerade in der Provinz ereignete es sich allerdings oftmals, dass durch das Präsidium vorgeschlagene Personen nicht bestätigt wurden, unter anderem wurde das Krakauer Komitee zunächst abgelehnt.<sup>1183</sup> In den Aufzeichnungen Weicherts werden die besonderen Schwierigkeiten bei der Einsetzung der Hilfskomitees und Delegaturen herausgestellt. So schrieb Weichert, der bis in das Jahr 1940 in Warschau lebte, dass ihm in Krakau gar nicht alle Personen die in der Vorkriegszeit in der Fürsorge- und Wohlfahrt tätig waren persönlich bekannt gewesen seien. Diese Information habe das Präsidium nur durch Briefe oder den persönlichen Kontakt mit den regionalen Vereinen und anderen Personen erreicht. Die *JSS* sei auch bei der

<sup>1176</sup> Vgl. etwa die Korrespondenz zwischen *Relico* und dem *Jüdischen Hilfswerk Ostrów Lubelski*, GFHA, Holdings Registry/6202. Für weitere Monate liegt keine Korrespondenz vor und aus diesem Grund kann nur für diese Monate mit Sicherheit gesagt werden, dass dieses Komitee in diesem Zeitraum existierte.

<sup>1177</sup> Vgl. etwa Abschrift *JSS* an BuF betr. „*Reisen der Mitglieder des Präsidiums*“, 11.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 116.

<sup>1178</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 26.

<sup>1179</sup> Aufruf der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Radom, August 1940, AŽIH, 211 aneks/218, Bl. 35.

<sup>1180</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 26.

<sup>1181</sup> CZERNIAKÓW: *Im Warschauer Ghetto*, S. 88.

<sup>1182</sup> Vgl. WEICHERT: *Milchome*, S. 92.

<sup>1183</sup> Vgl. ebd., S. 97.



Wahl und der Einsetzung der Komitees auf Widerstand gestoßen, da immer wieder einzelne Mitglieder durch die Besatzer abgelehnt worden seien.<sup>1184</sup> Ein erstes Rundschreiben des Präsidiums an die Hilfskomitees, das sich mit deren Gründung beschäftigt und Anweisungen zur Ausgestaltung umfasst, wurde am 23. September 1940 versandt.<sup>1185</sup> Dabei nahm man auf ein voriges Rundschreiben Rückbezug, dass lediglich an die örtlichen Judenräte gesandt worden war.<sup>1186</sup> Daraus lässt sich schließen, dass es bei der Gründung der Hilfskomitees eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Präsidium der JSS und den örtlichen Judenräten gab.<sup>1187</sup> Das Präsidium rekurrierte auf das vorige Rundschreiben, in dem es mitgeteilt habe, dass zu dieser Zeit in allem Kreisstädten und kreisfreien Städten Hilfskomitees eingerichtet werden würden. Nachdem die Zentrale der JSS die personellen Vorschläge erhalten habe beziehungsweise sich die Delegierten der JSS vor Ort über die Verhältnisse informiert hätten, lege das Präsidium nun den Kreis- und Stadthauptmännern die personelle Zusammensetzung der Komitees zur Bestätigung vor.<sup>1188</sup> Die Konstituierung der Komitees – also die Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters und die Aufteilung der Tätigkeitsbereiche unter den Vertretern der Hilfskomitees im Sinne der Satzung und der Geschäftsordnung – könne erst nach der Bestätigung durch den Kreishauptmann erfolgen.<sup>1189</sup> Dennoch sollten die im Entstehen begriffenen Komitees sofort mit den Vorbereitungen beginnen. Ein besonderes Augenmerk sollte auf das Material bezüglich der Sozialfürsorge in der jeweiligen Stadt gelegt werden, dass zusammengestellt und an das Präsidium weitergegeben werden sollte. Hierbei sollten in erster Linie die „geschlossenen Fürsorgeanstalten“ – wie Krankenhäuser, Altersheime, Waisenhäuser – aufgeführt werden und jeweils die Aufnahmefähigkeit, die Zahl der Schützlinge in den vergangenen Monaten sowie die jeweilige Trägerschaft, etwa Vereine oder die Judenräte, angegeben werden. Darüber hinaus verlangte das Präsidium der JSS Angaben über die Zahl der Flüchtlinge in den einzelnen Orten sowie die Formen der bisher für sie geleisteten Hilfe, die etwa durch Volksküchen, Zusatzspeisungen für Kinder, durch Zuteilung haltbarer Lebensmittel, Beihilfen, Wohnungs-, Kleider-, ärztlicher sowie materieller Hilfe erfolgt war.<sup>1190</sup> Bei aller Arbeit sei daran zu denken, so die Direktive des Präsidiums der JSS an ihre regionalen und lokalen Abordnungen, dass es das Ziel der Hilfskomitees wie auch

<sup>1184</sup> Vgl. AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 102.

<sup>1185</sup> Rundschreiben Nr. 7 betr. „rozpoczęcia działalności Żydowskich Komitetów Opiekunów Miejskich i Powiatowych“, 23.09.1940, AŽIH, 211/4, Bl. 29f. Die Rundschreiben die vorher versandt wurden befassten sich vorrangig mit der Finanzierung der zukünftigen Arbeit, den jüdischen Rentenempfängern etc. Versandt wurden sie v.a. an die Judenräte. Vgl. v.a. AŽIH, 211/4.

<sup>1186</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 7 betr. „Tworzenie Żydowskich Komitetów Opiekunów“, September 1940, AŽIH, 211/4, Bl. 21. Neben den im Folgenden zu beschreibenden Anweisungen enthielt das Rundschreiben auch sehr bürokratische Angaben – etwa zu den exakten Bezeichnungen der einzurichtenden Komitees und den Sprachen, in denen die Korrespondenz geführt werden durfte. Diese Informationen fanden sich auch in der Satzung und der Geschäftsordnung.

<sup>1187</sup> Auf das Verhältnis zwischen den Judenräten und der JSS ist in II.2.7 genauer einzugehen.

<sup>1188</sup> Rundschreiben Nr. 7 betr. „rozpoczęcia działalności Żydowskich Komitetów Opiekunów Miejskich i Powiatowych“, 23.09.1940, AŽIH, 211/4, Bl. 29f.

<sup>1189</sup> Ebd.

<sup>1190</sup> Ebd.

der gesamten JSS sei, einer großen Zahl Notleidender Hilfe zu leisten. Aus diesem Grund seien die Verwaltungsaufgaben auf ein Minimum zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten sich die Hilfskomitees um kostenlose Büroräume bemühen und alle Tätigkeiten ehrenamtlich ausgeführt werden. Neben „*Personen, die körperliche Arbeit verrichten*“ dürften nur ausnahmsweise und nur durch Zustimmung des Präsidiums Bürokräfte für einen befristeten Zeitraum angestellt werden.<sup>1191</sup> Im Frühjahr 1942 argumentierte die JSS in der Korrespondenz mit den Besatzern noch, dass sie in einigen Belangen die Judenräte einbeziehe, da sich die Hilfskomitees noch im Aufbau befänden.<sup>1192</sup>

Die meisten der Komitees mussten durch Zutun des Präsidiums der JSS neu gegründet werden. Bereits im September 1940, kurz nach der Konstituierung des Präsidiums, legte dieses den Kreis- und Stadthauptmännern Listen mit potentiellen Mitgliedern für Hilfskomitees zu Genehmigung vor. So übermittelte die JSS zum Beispiel am 23. September 1940 eine Liste mit Personen für ein Hilfskomitee in Biała Podlaska zur Genehmigung.<sup>1193</sup> Bereits am 18. des Monats war das Präsidiumsmitglied Eliaż Tisch nach Nowy Targ/Neu Markt, Jasło/Jessel und Sanok gereist, um an Ort und Stelle Hilfskomitees ins Leben zu rufen.<sup>1194</sup> Er reiste ebenfalls im Oktober, um Hilfskomitees zu gründen oder bereits existierende zu besuchen. So fuhr Tisch beispielsweise nach Tarnów, Rzeszów/Reichshof, Lublin, Kranystaw, Hrubieszów/Hrubieschow und Chelm/Cholm, sein Kollege Wielikowski nach Radom, Piotrków Trybunalski/Petrikau und Tomaszów Mazowiecki/Tomaszów Mazowiecki/Tomaschow/Tomaschau.<sup>1195</sup> Im Laufe der kommenden Monate wurden vermehrt neue Hilfskomitees gegründet, allerdings verzögerte sich die offizielle Schaffung der Komitees teilweise, da die verantwortlichen Kreis- oder Stadthauptmänner nicht auf die Schreiben des Präsidiums reagierten – zum Beispiel in Kranystaw: Das einzusetzende Hilfskomitee hatte im Oktober 1940 eine Liste von angedachten Mitgliedern übermittelt, bis Dezember erhielt es jedoch keine Antwort, sodass abermals bei der Aufsichtsbehörde anfragt wurde.<sup>1196</sup> Im Januar 1941 wurden in Janów Lubelski vorgesehene Personen nicht als Mitglieder des Komitees bestätigt, wenngleich ein Vorschlag bereits seit einiger Zeit vorlag.<sup>1197</sup> Auch im folgenden Monat waren die Mitglieder noch nicht bestätigt.<sup>1198</sup> Erst im Laufe des März bestätigten die Besatzer das Komitee offiziell und die Mitglieder erhielten ihre Ausweise.<sup>1199</sup> Bei der Besetzung des Hilfskomitees Kielce

---

<sup>1191</sup> Ebd.

<sup>1192</sup> JSS an BuF betr. „*Vermögen der jüdischen Vereine*“, BJ, 199/57.

<sup>1193</sup> Abschrift JSS an den Kreishauptmann von Biała Podlaska betr. „*Jüdisches Hilfskomitee in Biała Podlaska*“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 35. Gleichlautende Schreiben, auch für die Einrichtung anderer Hilfskomitees, sind in der Akte vorhanden.

<sup>1194</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Reisen der Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 18.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 92.

<sup>1195</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Reisen der Mitglieder des Präsidiums*“, 11.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 116.

<sup>1196</sup> Abschrift wohl entstehendes Hilfskomitee in Kranystaw an den Kreishauptmann in Kranystaw betr. „*Errichtung eines Jüdischen Hilfskomitee dortselbst*“, 12.12.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 13.

<sup>1197</sup> Monatsbericht Janów Lubelski, 17.01.1941, AŽIH, 211/459, Bl. 27.

<sup>1198</sup> Monatsbericht Janów Lubelski, 18.02.1941, AŽIH, 211/459, Bl. 28.

<sup>1199</sup> Monatsbericht Janów Lubelski, 19.03.1941, AŽIH, 211/459, Bl. 37f.

wurden fünf Mitglieder benannt, der Stadthauptmann bestätigte nur vier der Vorgeschlagenen. Die JSS musste den Stadthauptmann im März 1941 darum bitten nun auch das fünfte Mitglied zu bestätigen und ins Amt zu setzen.<sup>1200</sup> Diese Fälle seien hier nur exemplarisch angeführt. Die Liste der Orte in denen es aus unterschiedlichen Gründen, unter anderem mit den örtlichen Judenräten zusammenhängend, zu Problemen kam, könnte noch sehr viel weiter fortgeführt werden.<sup>1201</sup> Teilweise wurden durch die Verzögerungen, die bei der Bestätigung der Mitglieder der Hilfskomitees durch die Kreis- oder Stadthauptmänner eintraten, Änderungen der Personalvorschläge für die Geschäftsstellen nötig.<sup>1202</sup> Zudem kam es schon sehr bald nach der Gründung der Hilfskomitees dazu, dass das Präsidium der JSS „[...] *gemäss dem Auftrage der Regierung des Generalgouvernements Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge vom 19.ds.Mts. [...] das dortige Jüdische Hilfskomitee aufgelöst ha[t]*.“<sup>1203</sup> Nach dem Anschluss des Distriktes Galizien an das Generalgouvernement, kam es auch dort zur Gründung von Hilfskomitees, die allerdings nicht alle direkt nach dem Anschluss, sondern genau wie in den anderen vier Distrikten im Laufe der Zeit erfolgten.<sup>1204</sup> Es gibt Hinweise dafür, dass die Hilfskomitees, zumindest teilweise, bereits vor ihrer Bestätigung durch den entsprechenden Kreis- oder Stadthauptmann ihre Tätigkeit aufnahmen. Die potentiellen Mitglieder eines Komitees wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Kreis- oder Stadthauptmannes schon vor ihrer eigentlichen Ernennung schriftlich bestellt.<sup>1205</sup> Probleme bei der Einrichtung der Hilfskomitees waren jedoch kein spezifisches Problem der jüdischen Organisation – der PHA kämpfte ebenfalls mit Problemen bei der Einsetzung seiner Komitees.<sup>1206</sup>

Die Regelung, dass die Mitglieder der Hilfskomitees Lichtbildausweise erhielten die ihre Tätigkeit in der Organisation bestätigten, galt neben den Präsidiumsmitgliedern für die Angehörigen der Hilfskomitees und Delegaturen.<sup>1207</sup> Und auch für die Mitglieder der Hilfskomitees spielte der Schutz des eigenen Lebens eine nicht unbedeutende Rolle.<sup>1208</sup>

<sup>1200</sup> JSS an Stadthauptmann in Kielce, 29.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 269.

<sup>1201</sup> Auf die Probleme zwischen der JSS und den Judenräten ist im Zusammenhang mit der Einsetzung von Hilfskomitees und Delegaturen in II.2.7 genauer einzugehen.

<sup>1202</sup> Vgl. etwa JSS an den Kreishauptmann Przemyśl betr. „*Das dortige Jüdische Hilfskomitee*“, 29.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 441.

<sup>1203</sup> JSS an den Kreishauptmann Skierniewice betr. „*Auflösung des dortigen Jüdischen Hilfskomitees*“, 23.05.1941, AŽIH, 211 aneks/44, Bl. 199. Ein identisches Schreiben ging an den Kreishauptmann von Grojec, in dem es ebenfalls um die Auflösung des dortigen Hilfskomitees ging. Vgl. AŽIH, 211 aneks/44, Bl. 200.

<sup>1204</sup> Vgl. etwa JSS an Izak Rosenthal in Lemberg betr. „*Errichtung des Jüdischen Hilfskomitees für den Kreis Lemberg-Land in Lemberg*“, 09.07.1942, AŽIH, 211 aneks/85, Bl. 274.

<sup>1205</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Szmul Nissenbaum, Lublin, betr. „*Bestellung zum Mitglied des Jüdischen Hilfskomitees*“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 5. Schreiben an weitere Personen dieses Komitees sind in der Akte vorhanden.

<sup>1206</sup> R.G.O. an die Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, 23.07.[1940], AAN, 125/6, Bl. 23f. „*Anlässlich der in Angriff genommenen Errichtung der Hilfskomitees in kreisfreien Städten und Kreisen begegnen wir in einzelnen Kreisen der Tatsache, dass einzelne Stadt- und Kreishauptleute bereits solche Komitees ins Leben gerufen haben, ohne sich gemäss § 12 der Satzung vorher mit dem P.H.A. ins Einvernehmen zu setzen. Einzelne von ihnen behaupten, dass ihnen die Satzung des P.H.A. überhaupt nicht bekannt ist.*“

<sup>1207</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 17 und § 18.

<sup>1208</sup> Einen Einblick in die rege Korrespondenz, die zwischen den Hilfskomitees und Delegaturen und dem Präsidium der JSS zwecks Ausstellung der Legitimationskarten geführt wurde, bietet APK, pnn 63. Oft finden sich in den Listen

„Das J.H.K. für den Kreis Kranystaw teilt uns mit Schreiben vom 2.ds.Mts. mit, dass die zur Zwangsarbeit herangezogenen Mitglieder unserer Delegaturen in Wysokie und Zekrzew bereits freigelassen worden sind. Infolge einer Intervention des Referenten Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Kreishauptmannschaft beim Arbeitsamt werden in der Zukunft alle Mitglieder unserer Delegaturen von der Zwangsarbeit freigestellt.“<sup>1209</sup>

Bei dem Gespräch über die Anordnung zur ersten größeren Deportation aus dem Warschauer Ghetto, die man dem Judenrat zunächst mündlich mitteilte und bei der Marcel Reich-Ranicki als Protokollant anwesend war, wurden unter anderem die Mitglieder des Judenrates von der Deportation ausgenommen. Am Ende des Gespräches sei es dann zu dem folgenden Dialog gekommen: „[...] [es] fragte ein Mitglied des ‚Judenrates‘, ob auch die Angestellten der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe von der Umsiedlung ausgenommen seien. Höfle bejahte rasch. Keiner wagte es weitere Fragen zu stellen.“<sup>1210</sup> In ähnlicher Weise berichtete darüber der Obmann des Warschauer Judenrates Adam Czerniaków:<sup>1211</sup>

„Eröffnung und Auflagen für den Judenrat. Dem Judenrat wird folgendes eröffnet: 1) Alle jüdischen Personen, gleichgültig welchen Alters und Geschlechts, welche in Warschau wohnen, werden nach dem Osten umgesiedelt. 2) Ausgenommen von der Umsiedlung sind: a) alle jüdischen Personen, die bei der deutschen Behörde oder Betriebsstellen beschäftigt sind und den Nachweis hierüber erbringen können; b) alle jüdischen Personen, die dem Judenrat angehören und Angestellte des Judenrates sind (Stichtag ist der Tag der Veröffentlichung der Anordnung); c) alle jüdischen Personen, die bei reichsdeutschen Firmen beschäftigt sind und den Nachweis hierüber erbringen können; d) alle arbeitsfähigen Juden, die bisher nicht in den Arbeitsprozeß eingereiht sind, diese sind im jüdischen Wohnbezirk zu kasernieren; e) alle jüdischen Personen, die zum Personal der jüdischen Krankenhäuser gehören. Ebenso die Angehörigen des jüdischen Desinfektionstrupps; f) alle jüdischen Personen, die dem jüdischen Ordnungsdienst angehören; g) alle jüdischen Personen, die engste Familienangehörige der unter a bis f aufgeführten Personen sind. Familienangehörige sind ausschließlich Ehefrauen und Kinder; h) alle jüdischen Personen, die am ersten Tag der Umsiedlung in einem der jüdischen Krankenhäuser liegen und nicht entlassungsfähig sind. Die Entlassungsfähigkeit wird von einem von dem Judenrat zu bestimmenden Arzt festgestellt. 3) Jeder jüdische Umsiedler darf von seinem Eigentum 15 kg als Reisegepäck mitnehmen. Es können sämtliche Wertsachen: Geld, Schmuck, Gold usw. mitgenommen werden. Verpflegung ist für 3 Tage mitzunehmen. 4) Beginnt der Umsiedlung am 22.7.1943 [muss korrekt 1942 lauten, Anm. A.S.] um 11 Uhr.“<sup>1212</sup>

Auch der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge war daran gelegen, dass die Mitglieder der Hilfskomitees nicht direkt ausgesiedelt wurden: „Ich bitte bei Aussiedlung von Juden die Mitglieder des Jüdischen Hilfskomitees bzw. Delegaturen als letzte auszusiedeln, um unter Hinzuziehung der Jüdischen Hilfskomitees bzw. Delegaturen eine leichtere Aussiedlung durchzuführen zu können.“<sup>1213</sup> Ein Mitarbeiter der JSS in Warschau berichtete ebenfalls über die Ausstellung der Ausweise und den Schutz durch diese.<sup>1214</sup> Die anfängliche Euphorie über die Rettung durch die Ausweise der JSS wird im dem Tagebuch Chaim Kaplans offensichtlich: „Tatsächlich rettete der Ausweis zahlreiche Menschen. Sie wurden festgenommen

---

Aufstellungen von neugewählten Mitgliedern des Komitees. Auch bei der Nachnominierung eines einzelnen Mitgliedes wurde unverzüglich eine Legitimationskarte für die entsprechende Person angefordert.

<sup>1209</sup> Vermerk betr. „Heranziehung von Mitgliedern unserer Delegaturen zur Zwangsarbeit“, ohne Datum, AŽIH, 211/167, Bl. 5.

<sup>1210</sup> MARCEL REICH-RANICKI: Mein Leben, München 2000, S. 237f., Zitat: S. 238.

<sup>1211</sup> Vgl. CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 284.

<sup>1212</sup> Anweisungen des Beauftragten für Umsiedlung an den Judenrat in Warschau, 22.07.1942, AŽIH, Ring II/25.

<sup>1213</sup> Abschrift BuF an Gouverneur des Distrikts Lublin, Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, 14.04.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>1214</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 382f.

und später freigelassen. Auch ich finde Schutz im Schatten eines Ausweises. Gesegnet sei die ‚Selbsthilfe‘.“<sup>1215</sup> Nur wenige Tage später stellte der Schreiber resigniert fest: „Die von der ‚Selbsthilfe‘ ausgestellten Ausweise waren wertlos, als gäbe es sie nicht.“<sup>1216</sup> Für den Schutz den die Angestellten des Präsidiums der JSS und die Mitglieder und Angestellten der Hilfskomitees und Delegaturen genossen spricht auch, dass sich Menschen direkt bei der Organisation bewarben und so Schutz vor Zwangsarbeit zu bekommen und damit ihr Leben retteten.<sup>1217</sup> Neben dem direkten Schutz vor der Deportation war für die Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen die Freistellung von der Zwangsarbeit ein Ziel ihrer Mitarbeit.<sup>1218</sup> Aber die Tätigkeit in der JSS schützte nicht dauerhaft vor der Deportation und der Heranziehung zur Zwangsarbeit. So verbrachten die Besatzer zwei Mitglieder der Delegatur in Rejowiec in das Arbeitslager Krychów Post Hansk im Kreis Chelm/Cholm:

„Die Genannten wurden im Zuge der Aussiedlung eines Teils der jüdischen Bevölkerung aus Rejowiec in das Arbeitslager Krychow gebracht, wobei ihnen mitgeteilt wurde, dass die nach dem Abtransport für das Arbeitslager bestimmten Juden werden nach Rejowiec zurückkehren können. Anstelle der aus Rejowiec ausgesiedelten Juden wurden dort 2 Transporte Juden aus der Slowakei in der Gesamtzahl von 2.300 angesiedelt und weitere Transporte werden erwartet. Die Delegatur der J.S.S., die aus den Obgenannten und der Frau Cypora Libhaber, – über deren Verbleib wir keine Nachricht haben – besteht, wurde ihrer Arbeit in einem Augenblick entrissen, indem sie satzungsgemäss berufen ist, ihre volle Tätigkeit einzusetzen. Eine neue Zusammensetzung der Delegatur aus den Angesiedelten, die weder die Ortsverhältnisse, noch die Landessprache kennen und denen überdies die Ziele und Aufgaben der J.S.S. völlig fremd sind, scheint uns nicht zweckmässig.“<sup>1219</sup>

Das Präsidium der JSS bat bei der Aufsichtsbehörde um die Freilassung der beiden.<sup>1220</sup> Dies war kein Einzelfall.<sup>1221</sup> Auf weitere Fälle dieser Art ist in II.2.4 genauer einzugehen.

Nur in sehr wenigen Erinnerungs- und Augenzeugenberichten aus der unmittelbaren Zeit des Geschehens oder Nachkriegszeit spielten die Hilfskomitees und Delegaturen der JSS eine Rolle. In einem nichtdatierten Bericht schrieb eine Frau namens Ewa, dass im ersten Kriegsjahr etwa 3.000 Juden und Jüdinnen in Biała Podlaska lebten, im Winter – vermutlich 1941 – habe sich die Zahl verdoppelt, da meist mittellose Juden und Jüdinnen aus Suwalki/Suwalki und Seroock in den Ort

<sup>1215</sup> Ebd., S. 396.

<sup>1216</sup> Ebd., S. 403.

<sup>1217</sup> Abschrift JSS an M. Fiszlejber, 11.10.1940, AŻIH, 211 aneks/24, Bl. 57. „In Erwiderung Ihres Briefes vom 29.ds. teilen wir Ihnen mit, dass das Präsidialbüro der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe keine freien Stellen hat. Ueber die Mitarbeit an den einzelnen Jüdischen Hilfskomitees in den Kreisstädten und kreisfreien Städten entscheiden die Komitees selbst.“

<sup>1218</sup> JSS an BuF betr. „Freistellung von der Arbeitspflicht“, 30.06.1941, AŻIH, 211 aneks/49, Bl. 48. „Wir erhielten von unserem Berater beim Chef des Distrikts Lublin ein Schreiben folgenden Inhaltes: ‚In verschiedenen Orten des Lubliner Distrikts sind Mitglieder unserer Delegaturen zur Zwangsarbeit herangezogen worden, wodurch die Tätigkeit der Delegatur stark gelitten, in einzelnen Fällen sogar vorübergehend ruhen musste. Ich habe in dieser Angelegenheit beim zuständigen Sachbearbeiter vorgesprochen, wo mir zugesagt wurde, in den nächsten Tagen eine entsprechende Rundverfügung zu erlassen. Ich stelle Ihnen anheim die Frage dort grundsätzlich für das gesamte Generalgouvernement zu klären.‘ Da sich auch letzters in Krakau Fälle ereignet haben, wo Mitglieder und Angestellte des Präsidiums der J.S.S. und des J.H.K. Krakau-Stadt zur Pflichtarbeit herangezogen wurden, gestatten wir uns ergebenst zu bitten, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge diese Frage grundsätzlich klären.“

<sup>1219</sup> Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an BuF betr. „Befreiung vom Arbeitslager der Mitglieder der J.S.S. Delegatur in Rejowiec“, 27.04.1942, AŻIH, 211 aneks/78, Bl. 597.

<sup>1220</sup> Ebd.

<sup>1221</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an die Delegatur in Działoszyce betr. „współpracowników Delegatury wysłanych do obozu pracy w Płaszowie“, 15.07.1942, AŻIH, 211 aneks/86, Bl. 911.

gebracht wurden. Bald nach Kriegsausbruch sei in der Stadt ein Hilfskomitee, noch nicht unter der Führung der JSS, eingerichtet worden, das in einer Volksküche Essen für die Ärmsten und vor allem für die Kinder ausgab. Das Landwirtschaftsamt habe die Lebensmittel an das Komitee verkauft, weitere kaufte die Küchenverwaltung mit dem Geld aus Mitgliedsbeiträgen. Die Lage in der Stadt verschlechterte sich zusehends. Immer mehr Menschen mussten das Hilfsangebot nutzen und für das Komitee wurde es immer schwieriger Lebensmittel zu beschaffen, da sich das Landwirtschaftsamt zurückgezogen hatte. Aus diesem Grund waren Einkäufe auf dem Schwarzmarkt nötig, was unter ständig steigenden Preisen für das Komitee allerdings kaum möglich war. Dies geschah alles bevor die JSS ein offizielles Hilfskomitee in der Stadt gründete. Zu der Zeit, in der sich die Lage der Menschen immer weiter verschlechterte, gründete man ein Komitee der jüdischen Organisation, wenngleich die Schreiberin des Berichts nicht zu sagen vermochte, ob diese ihren Sitz in Warschau oder Krakau hatte. Dank der Geldzuwendungen der JSS, so Ewa, konnte die Hilfsaktion, die in Biala Podlaska bereits zuvor begonnen worden war, fortgesetzt werden. Das Krankenhaus konnte besser ausgestattet werden und man holte jüdische Ärzte in die Stadt. Jedoch bedeutete das Komitee für die Menschen vor Ort keine dauerhafte Hilfe und rettete das Leben der Mitglieder vermutlich nicht. Die Menschen aus der Stadt wurden nach Majdanek deportiert – darunter die Mitglieder des Judenrates und der JSS. Nur wenige Bewohner der Stadt, die zuvor zu Gleisarbeiten abtransportiert worden waren, kehrten in die Stadt zurück. Aus den Reihen derer, die auf den Befehl zum Abtransport aus der Stadt nicht reagiert hatten, war in der Zwischenzeit ein neuer Judenrat eingerichtet worden.<sup>1222</sup> Genauso wenig wie eine genaue Zahl der Hilfskomitees und Delegaturen angegeben werden kann, kann auch eine genaue Zahl der durch die von der JSS betreuten Personen nicht angegeben werden.<sup>1223</sup>

Neben ihrer regulären Tätigkeit starteten einige Hilfskomitees und Delegaturen Sonderinitiativen, die nicht unter der alltäglichen Arbeit zusammenzufassen sind. So richtete in Radom das Hilfskomitee ein gärtnerisch-landwirtschaftliches Referat ein, das darüber wachte, dass sämtlich geeignete und im Ghetto gelegene Grundstücke zum Anbau von Nahrung genutzt werden und

<sup>1222</sup> Handschr. Bericht, gez. Ewa, [nach Oktober 1942], AŻIH, 230/121, Bl. 23–26.

<sup>1223</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Zahl der Betreuten“, 27.02.1942, AŻIH, 211 aneks/71, Bl. 160–163, hier: Bl. 160. Im Februar 1942 gab man dazu an: „Mit Bezugnahme auf die Besprechung mit unsrem Vorsitzenden gestatten wir uns mitzuteilen, dass wir ausserstande sind, die genaue Anzahl der von uns betreuten Juden anzugeben. Die Materialien, die in unserem Besitz sind, beziehen sich auf die Zahl der einzelnen Leistungen und nicht die der Betreuten. Wir besitzen Ziffern über die Zahl der verabfolgten Mitternachts-, der gewährten Sach- und Geldzuwendungen, der ärztlichen Hilfeleistungen. Nun ist aber anzunehmen, dass eine Person die verschiedenen Arten der Hilfeleistung in Anspruch nimmt. Ueberdies wurden die Suppen nicht immer unentgeltlich verabfolgt. Es gibt auch manche Kategorien – wie z.B. in Warschau der Juedische Ordnungsdienst, die in Werkstaetten beschaeftigten Arbeiter, die Angestellten des Judenrates und der J.S.S. –, die Suppen und sogar Doppelportionen erhalten und die nicht im engen Sinne des Wortes als Betreute zu betrachten sind. Aus den angeführten Gründen sind wir in der Lage, die Zahl der Betreuten nur annähernd anzugeben. Als Richtlinie dient uns die Anzahl der verabfolgten Suppen, inwiefern uns nicht bekannt ist, dass ein Teil dieser Suppen – z.B. in Warschau – an Personen verabfolgt wird, die nicht als Betreute zu betrachten sind. In jenen Ortschaften, in denen die Zahl der Personen, die Geldunterstützung erhalten haben, groesser ist, als die der Ernährungshilfe Geniessenden, fñhrend wie die Zahl der Unterstützten an.“

versuchte die Erlangung von Samen und Pflanzen zu erleichtern. Zudem versuchte das Hilfskomitee eine Fachberatungsstelle und eine landwirtschaftliche Farm einzurichten, die Produkte an die jüdischen Fürsorgeanstalten liefern sollte.<sup>1224</sup> Ob letztgenanntes gelang, ist nicht sicher. Im Kreis Radomsko richtete der Judenrat eine solche Farm ein, die neben dem Anbau von Lebensmitteln zur „Umschulung und Umschichtung der dortselbst beschäftigten Jugend“ diente.<sup>1225</sup> Zudem bemühten sich die Hilfskomitees und Delegaturen um die Seuchenbekämpfung und -prävention.<sup>1226</sup>

### II.2.2 Die Sonderrolle des Hilfskomitees in Warschau

Wie bereits in I.4.1 gezeigt werden konnte, hatte der Warschauer Obmann des Judenrates, Adam Czerniaków, gerade in dieser frühen Zeit einen maßgeblichen Anteil an den Gesprächen und damit an dem Zustandekommen der Organisation. Zum einen deshalb, da eine der Vorgängerorganisationen, die *Koordinierungskommission*, in den frühen Tagen des Zweiten Weltkrieges in Warschau entstanden war. Zum anderen war einer der primären Mittelgeber, das JDC, in der Stadt beheimatet, ehe der Sitz der US-amerikanischen Organisation auf Anordnung der Besatzer ihre Zentrale in die von diesen neu ernannte Hauptstadt des Generalgouvernements verlegen musste. Zudem war Warschau eine der größten jüdischen Vorkriegsgemeinden, viele jüdische Hilfs- und Selbsthilfeorganisationen hatten ihren Sitz in der Stadt. Ende Januar 1940 hatte der Warschauer Judenrat vom Stadtpräsidenten den Auftrag erhalten „für die Stadt Warschau eine Juedische Soziale Selbsthilfe-Organisation /JSS/ ins Leben zu rufen. Die JSS hat den Zweck eine einheitliche Betreuung und Unterstützung der Juden Warschaus, die sich aus eigenen Kraeften nicht das Existenzminimum sichern koennen, aus den Kreisen der Juedenschaft Warschaus selbst herbeizufuehren.“<sup>1227</sup> Zur Erreichung dieses Zwecks sollte die JSS in der jüdischen Bevölkerung Warschaus Mitglieder werben, Sammlungen von Geld- und Sachspenden durchführen sowie „sonst geeignet erscheinende Massnahmen ergreifen“.<sup>1228</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt

<sup>1224</sup> Vgl. dazu Vermerk betr. „Anbau von Grund und Boden in den jüdischen Wohnbezirken“, 13.05.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 72 oder auch Vermerk betr. „Besteuerung zu Gunsten des J.H.K. Radom-Stadt“, 03.06.1941, AŽIH, 211/167, Bl. 16.

<sup>1225</sup> Vermerk betr. „Gärtnerisch-landwirtschaftliche Farm für Juden im Kreise Radomsko“, 25.05.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 74.

<sup>1226</sup> Vgl. dazu etwa Plakat „Propagandawoche der Reinlichkeit“ 14.12.1941 – 21.12.1941, eines jüdischen städt. Hilfskomitees [wohl Krakau], AŽIH, 211 aneks/155, Bl. 64. „Wie schütze ich mich vor Flecktyphus (Fieber?) 1) Du musst wissen, dass Fleckfieber eine sehr gefährliche und häufig mit einem Todesausgang endende Krankheit ist. 2) Denke daran, dass Läuse die Erreger des Fleckfiebers sind! 3) Daher sind die Läuse sowie ihre Nissen mittels häufiger Bäder, Einreibungen mit Desinfektionsmitteln von behaarten Stellen am Körper, sowie durch häufiges Wäschewaschen und Desinfizieren der Kleider auszurotten. 4) Wenn die keine Möglichkeit hast Deine Kleider zu desinfizieren, so bügler sie öfters mit einem heißen Bügeleisen. 5) Gebe Personen, welche an Fleckfieber erkrankt sind, keinen geheimen Schutz. 6) Verberge bei Dir keine Personen, welche aus dem Umfeld von Jenen stammen, die an Fleckfieber erkrankt sind. 7) Gebe keinen Schutz jenen Leuten, welche sich vor dem Aufenthalt in der Quarantäne drücken. 8) Gebe kein Quartier unbekannten und schmutzigen Leuten! 9) Kontrolliere genau Deine Kinder, ob sie nicht verlaust sind und gegebenenfalls, wenn Du bei ihnen Läuse der Nisse hiervon festgestellt hast, schicke sie solange nicht in die Schule, bis sie nicht entlaust werden. 10) Denke daran, dass Dich nur die Beobachtung der Reinlichkeitsmassnahmen vor vielen Krankheiten schützt!“ Auch polnischsprachig unter dem Titel „Tydzień propagandy czystości“ 14-XII-1941 – 21-XII-1941, AŽIH, 211 aneks/155, Bl. 65.

<sup>1227</sup> Abschrift Stadtpräsident für die Stadt Warschau an den Obmann des Judenrates der Stadt Warschau betr. „Jüdische Soziale Selbsthilfe /JSS/, Warschau“, 23.01.1939 [muss 1940 gewesen sein], APW, Stadthauptmannschaft Warschau/339, Bl. 1.

<sup>1228</sup> Ebd.

war für die Stadt Warschau explizit festgelegt worden, dass sich die JSS in ihrer Tätigkeit ausschließlich auf Juden und Jüdinnen zu beschränken habe: „Jeder – noch so loser – Zusammenhang mit polnischen Organisationen, etwa der Polnischen Sozialen Selbsthilfe / PSS/ ist verboten. Insbesondere ist es verboten bei Nichtjuden zu sammeln oder deren Hilfe in Anspruch zu nehmen.“<sup>1229</sup> Der JSS sollten zudem die Überwachung und der Einsatz der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Warschau obliegen. Vorsitzender sollte der Obmann des Judenrates sein und er sollte aus dem Kreis der Judenräte einen Sachbearbeiter benennen. Ferner wurde festgelegt: „Ueber die aufgebaute Organisation der JSS, insbesondere ueber ihre sachliche und oertliche Untergliederung ist mir raschestens zu berichten. Dabei sind mir die Namen der leitenden Personen, unter Beifuegung eines Lebenslaufes zu benennen. Ueber die Taetigkeit der JSS besonders ueber den Mitgliederstand, die Aufbringung von Geld- und Sachmitteln, die sonst durchgefuehrten und geplanten Massnahmen sowie ueber die Art der Verteilung und Betreuung ist mir jeweils zum 1. und 15. eines Monats zu berichten.“<sup>1230</sup> Ob es zu dieser tatsächlichen Neugründung auf Grund des Erlasses des Stadthauptmannes kam oder ob die *Koordinierungskommission* in Warschau, die sich kurz zuvor in *Jüdische Soziale Selbsthilfe* umbenannt hatte, weiter arbeitete wie seit ihrer Gründung als *Koordinierungskommission*, ist nicht belegt. Im Juli 1940 erhielt der Judenrat vom Beauftragten des Distriktchefs für die Stadt Warschau die Aufforderung: „Ich habe den kommissarischen Bürgermeister angewiesen, mir im Benehmen mit Ihnen die Mitglieder des Jüdischen Hilfskomitees vorzuschlagen [...]. Sie wollen sich deshalb zu diesem Zweck mit dem Kommissarischen Bürgermeister verständigen, damit mir die Vorschläge spätestens bis zum 28.d.M. vorliegen. Sie wollen bei den Vorschlägen die Mitarbeiter der bereits bestehenden J.S.S. weitgehend berücksichtigen, damit die Organisation der J.S.S. gleich als Komitee gelten kann.“<sup>1231</sup> Bereits zu dieser Zeit war für die Stadt Warschau intendiert, dass das Hilfskomitee der JSS dem Judenrat und nicht dem Präsidium der JSS unterstellt sein sollte.<sup>1232</sup> Diesen Wunsch hielt der Beauftragte des Distriktchefs für die Stadt Warschau auch in einem Schreiben vom August 1940 aufrecht.<sup>1233</sup> Diese Sonderrolle des Hilfskomitees

<sup>1229</sup> Ebd.

<sup>1230</sup> Ebd. Diese Anordnung hielt man auch in einem Bericht des Warschauer Judenrates fest. Vgl. Bericht über die Tätigkeit des Judenrates bei der jüdischen Kultusgemeinde Warschau bis Februar 1940, APW, Stadthauptmannschaft Warschau/14, Bl. 71–73.

<sup>1231</sup> Abschrift Beauftragter des Distriktchefs für die Stadt Warschau, Bevölkerungswesen und Fürsorge an den Obmann des Judenrates Warschau betr. „Jüdische Soziale Selbsthilfe“, 18.07.1940, AŽIH, 211/1076, Bl. 39.

<sup>1232</sup> Ebd. „Ich wünsche, dass sie mir auch künftig für die Jüdische Fürsorge verantwortlich sind, in der Weise wie es bisher die J.S.S. gewesen und dass darum das Hilfskomitee Ihnen unterstellt wird. Inwieweit sie dabei dem Komitee wiederum eine eigene Verantwortung geben, liegt in Ihrem Ermessen. Es muss ihm jedoch eine finanzielle Selbstständigkeit eingestanden werden. Der Vertreter der J.S.S., Herr Dr. Weichert, wurde angewiesen von dieser Bedingung ausgehend mit Ihnen über die Bildung des Komitees zu beraten. Sie wollen mir darum bald vorschlagen, in welcher Weise Sie sich mit Dr. Weichert geeinigt haben, um die bestehende J.S.S. den neuen Satzungen anzupassen.“

<sup>1233</sup> Abschrift Beauftragter des Distriktchefs für die Stadt Warschau, Bevölkerungswesen und Fürsorge an den Obmann des Judenrates Warschau betr. „Jüdische Soziale Selbsthilfe“, 06.08.1940, AŽIH, 211/1077, Bl. 7. „Auf Grund meiner Anordnung [...] haben Sie am 27.7.1940 dem Kommissarischen Bürgermeister fünf Mitglieder des Komitees für die Jüdische Soziale Selbsthilfe vorgeschlagen, das auf Grund der Statuten für die Haupthilfssausschuss in Krakau für Warschau zu bilden ist. Wie ich im 3. Absatz meines vorgenannten Schreibens betonte, wünsche ich, dass der Obmann des Judenrates künftig durch die ihm unterstellte Jüdische Soziale Selbsthilfe nicht nur für die geschlossene sondern auch für die offene Fürsorge und freie Wohlfahrt der jüdischen Bevölkerung zuständig sein wird. Ich nehme an, dass Sie mit den Vertretern der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sich über die Organisation der Ihnen nunmehr unterstehenden gesamten Fürsorge einig geworden sind und ersuchen Sie, mir einen Organisationsplan vorzulegen, der die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe als ein Organ des Judenrates kennzeichnet.“



in Warschau – im Gegensatz zu den anderen Hilfskomitees, die dem Präsidium der JSS unterstanden – hielt das Präsidium im Frühjahr 1941 in einem Brief des Präsidiums an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ fest: *„In einem Schreiben vom 5. Februar 1941 teilt die Abteilung Umsiedlung, Transferstelle beim Chef des Distrikts Warschau dem Jüdischen Hilfskomitee Warschau-Stadt mit, dass es in seiner weiteren Tätigkeit sich ausschliesslich an die Weisungen des Judenrates zu halten und mit der genannten Dienststelle nur über den Judenrat zu verkehren hat.“*<sup>1234</sup> Aus den Akten der Organisation geht nicht direkt hervor wem das Hilfskomitee unterstand, da es, gleich den anderen Komitees, Zuschüsse und Hilfsleistungen des Präsidiums anforderte. Das Warschauer Hilfskomitee war eines, das einen sehr großen Anteil der Mittel der JSS erhielt. Erstens aus den Regierungsmitteln, die der JSS über den HHA zugewiesen wurden,<sup>1235</sup> zweitens partizipierte das Warschauer Komitee in besonderem Maße an den Mitteln, die das US-amerikanische JDC zur Verfügung stellte<sup>1236</sup> und drittens bei anderen Hilfen, die das Präsidium verteilte.<sup>1237</sup>

Im März 1941 erhielt das Präsidium der JSS Kenntnis davon, dass das Hilfskomitee in Warschau laut einer Zuschrift der Transferstelle der Abteilung „Umsiedlung“ im Amt des Chefs des Distrikts Warschau in den Judenrat eingegliedert werden solle. Wie bereits dargelegt unterstand es bereits zuvor dem Judenrat der Stadt. Nun sollte es in seiner noch vorhandenen Eigenständigkeit wohl vollständig verschwinden. Es *„dürften Anträge nicht vom Jüdischen Hilfskomitee, sondern vom Judenrat ausgehen und dürfen sogar das Jüdische Hilfskomitee nicht einmal mit einem Schreiben die Transferstelle belasten. Insbesondere dürfe das Jüdische Hilfskomitee nicht mehr für die Führung der Korrespondenz den in den Satzungen vorausgesehenen Briefkopf, sondern einen Briefkopf ‚Der Obmann des Judenrates und Präsident des Ältestenrates der Jüdischen Kultusgemeinde in Warschau‘ benützen.“*<sup>1238</sup> Das Präsidium trat aus diesem Grund an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ heran und bemerkte, dass *„dies eine völlig Liquidierung des Jüdischen Hilfskomitees Warschau-Stadt im Rahmen der J.S.S. bedeuten würde.“*<sup>1239</sup> Noch im gleichen Monat bekam das Präsidium von seiner Aufsichtsbehörde die Anordnung: *„[b]is zur Klärung der Zuständigkeit im Bezug auf die Fürsorgeangelegenheiten hat das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe jegliche Zahlungen und Unterstützungen an das Jüdische Hilfskomitee in Warschau einzustellen.“*<sup>1240</sup> Die Eingliederung des Hilfskomitees in den Judenrat verzögerte sich jedoch. Im Mai 1941 wandte sich die

<sup>1234</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Verkehr Deutscher Dienststellen mit den Jüdischen Hilfskomitees durch die Vermittlung der Judenräte“*, 14.02.1941, AŽIH, 211 aneks/32, Bl. 360f.

<sup>1235</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1236</sup> Ebd. *„Das A.J.D.C. überwies uns in dieser Zeit Zl. 1,142.000 hiervon dem J.H.K. in Warschau direkt 485.000, den Restbetrag von Zl. 657.000 hat es für unsere Rechnung in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften, Filiale Krakau, erlegt.“*

<sup>1237</sup> Ebd. *„In der Berichtszeit hat das Präsidium der J.S.S. Zl. 1,445.891.70 für Aussiedlerhilfe Ernährungshilfe und sanitäre Betreuung zur Verteilung gebracht. Davon erhielt das J.H.K. in Warschau Zl. 1,109.500 und die übrigen Ortschaften im G.G. Zl. 336.391.70.“*

<sup>1238</sup> JSS an BuF betr. *„Eingliederung des Jüdischen Hilfskomitees Warschau Stadt in den Judenrat“*, 20.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 116.

<sup>1239</sup> Ebd.

<sup>1240</sup> Abschrift BuF an JSS betr. *„Eingliederung des jüdischen Hilfskomitees Warschau in den Judenrat“*, 27.03.1941, AŽIH, 211/181, Bl. 33. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 34.

Transferstelle abermals an den Obmann des Warschauer Judenrates: *„Ich hatte Ihnen vor Monaten schon die Auflage gemacht, dafür zu sorgen, dass sämtliche jüdische Institutionen, insbesondere die Jüdische Soziale Selbsthilfe und das Jüdische Hilfskomitee, etc. sich dem Verwaltungsapparat des Judenrates restlos anzugliedern haben und nach aussen hin nur über den Judenrat in Erscheinung treten können.“*<sup>1241</sup> Wann die exakte Eingliederung des Hilfskomitees in den Judenrat der Stadt erfolgte, konnte nicht ermittelt werden. Allerdings hielt die Aufsichtsbehörde die für Warschau abweichende Regelung zum allgemeinen Vorgehen in allen anderen Städten und Orten in einem Schreiben an das Präsidium der JSS im Januar 1942 erneut fest, dass die offene und geschlossene Fürsorge und Wohlfahrt allein die Aufgabe der JSS ist. *„Für das Warschauer Ghetto ist eine andere Regelung zulässig. Die Geschäftsstellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sind organisatorisch von den Judenräten zu trennen.“*<sup>1242</sup> Diese Eingliederung in den Judenrat wird aber nicht an allen Stellen sichtbar, so schrieb der Obmann des Warschauer Judenrates noch im Juni 1942 in einem Bericht über die *„Zusammenarbeit mit der J.S.“*<sup>1243</sup> Da in diesem Bericht geschrieben steht, dass der Judenrat eine *„enge Verbindung“* mit der JSS führe, hört sich dies – zumindest auf der Berichtsebene – nicht nach einer erfolgten Eingliederung in den Judenrat an. Jedoch unterhielten ab dem Jahr 1942 einige ausländische Hilfsorganisationen einen eigenen Kontakt mit der JSS in Warschau.<sup>1244</sup> Ob dies auf Grundlage der Herauslösung aus der Gesamtorganisation und der Eingliederung in den Judenrat erfolgte oder auf Grund des hohen jüdischen Bevölkerungsanteils in der Stadt und die vorhandene Verbindung aus der Zeit, in der noch die *Koordinierungskommission* existierte,<sup>1245</sup> kann nicht gesagt werden.

<sup>1241</sup> Abschrift Chef des Distrikts Warschau Transferstelle an den Obmann des Judenrates Warschau betr. *„Jüdische Soziale Selbsthilfe“*, 19.05.1941, AŽIH, 211/182, Bl. 3. Dieses Schreiben nahm das Präsidium der JSS in Krakau zur Kenntnis und hielt es für sich in einem Vermerk fest. Vgl. Vermerk betr. *„Jüdische Soziale Selbsthilfe“*, 01.06.1941, AŽIH, 211/167, Bl. 1. Auch vorhanden in ebd., Bl. 3.

<sup>1242</sup> Abschrift wohl BuF an JSS betr. *„Stellung der Judenräte zur Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“*, 20.01.1942, AŽIH, 211/182, Bl. 31. Die Regelung, dass man das Hilfskomitee dem Judenrat unterstellte, wurde hier explizit nur für die Stadt Warschau festgelegt. Deshalb verwundert es, dass im Glossar der VEJ 9 dies für das gesamte Generalgouvernement verallgemeinert wird, wenngleich die Ausnahmeregelung für Warschau an dieser Stelle sehr offen formuliert wird: *„Jüdische Soziale Selbsthilfe. Sie wurde im Frühjahr 1940 als von den Judenräten unabhängige Organisation der Sozialfürsorge geschaffen und stand unter strenger deutscher Aufsicht. Ihre Zentrale befand sich in Krakau, ihr Vorsitzender war Michal Weichert. Die deutschen Behörden unterstellten die Ortskomitees der JSS am 20.1.1942 den Judenräten. Die Arbeit der JSS endete im Sommer 1942 im Verlauf der ‚Aktion Reinhardt‘, an ihre Stelle trat im Okt. 1942 die Jüdische Unterstützungsstelle (JUS), die – mit Unterbrechung von Dezember 1942 bis März 1943 – nur von Krakau aus Hilfe organisieren durfte, und musste im Juli 1944 ihre Tätigkeit einstellen.“* VEJ 9, S. 820f.

<sup>1243</sup> Der Jüdische Wohnbezirk in Warschau (Zahlen und Tatsachen), Warschau, Juni 1942, AŽIH, 221/3, Bl. 3. *„Zusammenarbeit mit der J.S.: Der Obmann des Judenrates steht in enger Verbindung mit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe [Jüdisches Hilfskomitee Warschau]. Auf Grund dieser Zusammenarbeit wird eine ausgedehnte Fürsorgetätigkeit geführt, die sich auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung, Kinder und Waisen, Greise und Arbeitsunfähige, sowie Kriegsflüchtlinge und Umsiedler erstreckt. Diese Tätigkeit kommt in mannigfachen Einrichtungen zum Ausdruck: es werden u.a. ca. 75.000 Mittagsportionen täglich verabreicht, Flüchtlingsheime mit über 11.000 Einwohnern, Kinderinternate, Nachtasyle usw. erhalten; auch direkte Hilfe an die Notbedürftigen /Geldunterstützungen, Lebensmittelpakete/ wird laufend geleistet.“*

<sup>1244</sup> Wohl Silberschein an Saly Mayer, 02.12.1942, YVA, M.20/37, Bl. 39. *„Sehr geehrter Herr Praesident, in der Anlage sende ich Ihnen die Photocopy der Karte der Jued. Sozialen Selbsthilfe, Warschau, mit der Bestaetigung ueber erfolgte Auszahlung und bitte Sie sehr, den Gegenwert durch Erlag bei der Union de Banques Suisses [...] zu regulieren.“*

<sup>1245</sup> Vgl. hierzu I.2.3.

### II.2.3 Die Kommunikationswege

„An das Präsidium der J.S.S. liefen Berichte aus einigen Ortschaften des Kreises Lublin und Chelm ein, welchen zufolge die aus Krakau mit den letzten Transporten Nr. 11 und 12 nach diesen Ortschaft ausgesiedelten Juden dringend Hilfe benötigen. Um diese Berichte der Judenräte aus den einzelnen Ortschaften zu überprüfen und das Ausmass der notwendigen Hilfe sowie deren Art festzustellen, wurde ich vom Präsidium der J.S.S. ersucht, eine Reise nach Lublin und Chelm zu unternehmen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Demzufolge begab ich mich am 13. Februar d.J. nach Lublin, wo ich von den Jüdischen Hilfskomitees Lublin Stadt und Land und dem Vorstand des Judenrates Berichte über die Aussiedlungsaktion erhielt und auch mit den Delegierten zweier Ortschaften zusammenkam, in welchen Aussiedler untergebracht sind. Nach zweitägigem Aufenthalt in Lublin begab ich mich nach Chelm, wo eine behördlich genehmigte Zusammenkunft der Delegierten aus 14 Ortschaften des Chelmer Kreises stattfand und bei welcher ich Gelegenheit hatte, mit den Delegierten der Ortschaften, in welchen die Krakauer Umsiedler untergebracht sind, mich über die in den einzelnen Ortschaften herrschenden Unterkunfts-, Ernährungs- und Sanitätsverhältnisse zu unterhalten und ein genaues Bild über die dortigen Verhältnisse zu gewinnen. Im Allgemeinen ergeben sich aus den Konferenzen die folgenden Feststellungen: In beiden Kreisen sind die Wohnverhältnisse an sich selbst sehr mangelhaft. Zuzufolge der Zuteilung der Aussiedler von Stettin, Mlawa, Litzmannstadt und anderen Städten und letztens aus Krakau sind die Wohnungen stark überfüllt und unhygienisch und bei Ausbruch irgend welcher Krankheit auch gefährlich. Mangel an Wäsche, Seife, warmen Wasser vergrößern diese Gefahr. Die Versorgung von Lebensmitteln war bis zur letzten Zeit genügend und auch die errichteten Volksküchen haben ihre Aufgaben voll erfüllen können. In den letzten zwei Monaten haben sich die Verhältnisse sehr stark verschlimmert, weil die Zuweisung von kontingentierten Lebensmitteln an die Volksküchen von Judenräten nur ausnahmsweise in einzelnen Ortschaften stattfindet, in anderen aber meistens eingestellt worden ist. Demzufolge müssen die Artikel im freien Handel angekauft werden, was aber nur selten gelingt, weil dieselben am Markte sehr knapp und kaum auffindbar sind. Die weitere Tätigkeit der Volksküchen ist deshalb stark bedroht [...].“<sup>1246</sup>

In diesem Zitat aus einem Brief der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* über eine Reise eines Distriktberaters, die Anfang 1941 stattfand, an den Chef des Distrikts Krakau sind bereits viele Punkte aus dem Bereich der Kommunikationsstruktur der Organisation angesprochen, die in diesem Abschnitt genauer untersucht werden. Der Briefverkehr der JSS durfte ausschließlich in deutscher oder in polnischer Sprache erfolgen.<sup>1247</sup> Dieser Regel war auch die Kommunikation zwischen dem Präsidium und den Geschäftsstellen unterworfen.<sup>1248</sup> Neben der schriftlichen Kommunikation erfolgte die Verständigung über die Reisen der Mitglieder des Präsidiums. Bei der Gründung der Hilfskomitees

<sup>1246</sup> Abschrift JSS an den Chef des Distrikts Krakau, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, betr. „Reise des Beraters beim Chef des Distrikts Krakau seitens der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe nach Lublin und Chelm“, 28.02.1941, AŽIH, 211/181, Bl. 15. Das Dokument ist nicht komplett überliefert, es bricht nach der ersten Seite ab.

<sup>1247</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

<sup>1248</sup> Vgl. dazu AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks. Es findet sich in den Akten der Korrespondenz zwischen dem Präsidium mit den Hilfskomitees und Delegaturen ausschließlich deutsch- oder polnischsprachige Korrespondenz; keine jiddischsprachige.

und Delegaturen war darauf bereits ausführlich eingegangen worden.<sup>1249</sup> Nach dem Anlaufen der Tätigkeit der Geschäftsstellen unternahmen die Präsidiumsmitglieder weitere Reisen in die einzelnen Distrikte, Kreise und Ortschaften. Das Präsidium berief Mitglieder von Hilfskomitees nach Krakau zu Gesprächen ein. Zudem kommunizierte das Präsidium mit allen Abordnungen zugleich durch Rundschreiben und Instruktionen. Auf all diese Kommunikationswege wird in diesem Abschnitt genauer eingegangen. Es wäre ebenso wünschenswert gewesen den Kontakt zwischen den Hilfskomitees und Delegaturen genauer zu untersuchen. Da für die vorliegende Studie aber vor allem auf die Akten des Präsidiums der JSS zurückgegriffen werden musste,<sup>1250</sup> kann dies im Kontext dieser Studie nicht erfolgen. Die Kommunikation erfolgte ebenso telefonisch. Wenn davon keine Gesprächsnotizen angefertigt wurden – was wohl nur in Ausnahmefällen geschah –, haben wir hierzu keine Überlieferung. Einzig, wenn es zu – etwa technischen – Problemen kam, wurde darüber in der schriftlichen Anschlusskorrespondenz berichtet.<sup>1251</sup> Da diese Kommunikationsform schriftlich kaum belegt ist, kann sie in ihrer Bedeutung für die Zusammenarbeit des Präsidiums der JSS mit den Abordnungen ebenfalls nicht analysiert werden.

Ein wichtiges Instrument der Kommunikation zwischen dem Präsidium und den Geschäftsstellen waren Rundschreiben und Instruktionen, die durch die Zentrale versandt wurden. Diese Informationsblätter und Handlungsanweisungen schickte das Präsidium in regelmäßigen Abständen an die Hilfskomitees und Delegaturen. Diese enthielten zunächst allgemeine Informationen über die zu gründenden Hilfskomitees und wurden unter anderem an die Judenräte gerichtet. Die Informationen in den Rundschreiben wurden im Laufe der Zeit immer spezieller.<sup>1252</sup> So versandte die JSS Rundschreiben in denen sie über die anstehende Winterhilfe aufklärte<sup>1253</sup> oder auch über spezielle Hilfen für „ausgesiedelte“ Menschen.<sup>1254</sup> Auffällig ist, dass sehr oft deutschsprachige Anschreiben an die Kreis- und Stadthauptleute den Rundschreiben und Instruktionen als Anlage beigelegt waren, sodass die entsprechenden Hilfskomitees und Delegaturen lediglich noch ihre entsprechenden, zumeist zahlenmäßigen, Angaben eintragen mussten und diese dann an die Besatzungsstellen abgesandt werden konnten. Ende Mai 1941 beispielsweise fügte das Präsidium einer Instruktion ein

---

<sup>1249</sup> Vgl. hierzu II.2.1.

<sup>1250</sup> Vgl. dazu v.a. den Abschnitt zur Quellenauswahl in der Einleitung der vorliegenden Studie und die dort gemachten Anmerkungen zur Überlieferung der Hilfskomitees und Delegaturen der JSS.

<sup>1251</sup> Hilfskomitee Reichshof an JSS, 14.06.1942, APK, pnn 63, Bl. 603. „Wir nehmen Bezug auf die gestrige telef. Rücksprache mit ihrem Fräulein Schneeweis, welche infolge Ungewitters unterbrochen wurde und teilen Ihnen mit, dass wir heute keine Verbindung erlangen konnten, wegen schadhafter Leitung.“

<sup>1252</sup> AŽIH, 211/3–7. Die Instruktionen finden sich komplett in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 13; die Rundschreiben in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 12. Bei den Rundschreiben fehlt in der JNL allerdings „Okólnik Nr. 65“ – es handelte sich damals um das erste und letzte Rundschreiben, das von der JUS gesandt wurde und die Hilfskomitees und Delegaturen über diese Änderung unterrichtete. Für ausführlichere Informationen zu diesem Rundschreiben vgl. III.1.

<sup>1253</sup> Okólnik Nr. 12, November 1940, AŽIH, 211/4, Bl. 35–37.

<sup>1254</sup> Okólnik Nr. 18, 29.01.1941, AŽIH, 211/5, Bl. 22.

Blankodokument bei, in dem durch die Hilfskomitees und Delegaturen die Hilfstätigkeit, die Zuwendungen von außen sowie die Bevölkerungszahl vor Ort dokumentiert werden sollten.<sup>1255</sup> Die Hilfskomitees und Delegaturen waren verpflichtet die Kreis- und Stadthauptleute durch Protokolle der Sitzungen und entsprechende Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit zu unterrichten.<sup>1256</sup> Das Präsidium der JSS wurde durch diese Berichte und Sitzungsprotokolle ebenfalls auf dem Laufenden gehalten und erhielt dadurch sehr genaue Informationen über die Tätigkeit der einzelnen regionalen und lokalen Abordnungen und die spezifischen Probleme mit denen sich die Hilfskomitees und Delegaturen auseinandersetzen mussten.<sup>1257</sup> Neben dem schriftlichen Kontakt – sei es über Briefe, Rundschreiben, Instruktionen oder die Protokolle und Berichte der Hilfskomitees und Delegaturen – war der direkte, persönliche Kontakt zwischen dem Präsidium und den Geschäftsstellen wichtig und vor allem von den regionalen und lokalen Einrichtungen gewünscht.<sup>1258</sup> Diese Reisen waren bei der Aufsichtsbehörde jeweils zu beantragen<sup>1259</sup> und teilweise unterrichtete man diese über die Abreise.<sup>1260</sup> Neben den Reisen zu Hilfskomitees und Delegaturen, inspizierten die Mitglieder der JSS Arbeitslager und beantragte dementsprechend ebendiese Reisen.<sup>1261</sup> Gelegentlich verknüpfte man solche Reisen und besuchte auch Geschäftsstellen und Lager.<sup>1262</sup> Für die Reisen waren jeweils Bescheinigungen für Eisenbahnfahrten zu beantragen und zu erhalten.<sup>1263</sup> Diese Reisen sind bis mindestens Ende 1941 belegt.<sup>1264</sup> Weichert beispielsweise reiste im September 1941 in die Orte Kielce, Busko, Stopnica, Nowy Korczyn, Pinczów und Chmielnik. In den Orten hielt er mit den Mitgliedern der Hilfskomitees und Delegaturen Besprechungen ab und inspizierte Einrichtungen der geschlossenen und offenen Fürsorge.<sup>1265</sup> Für den Distrikt Galizien sind die Reisen bis in das Jahr 1942 belegt.<sup>1266</sup> Auch die Eröffnung von Volksküchen war ein Anlass für Reisen von Präsidiumsmitgliedern oder deren Mitarbeiter, wenngleich bei solchen Gelegenheiten außerdem

<sup>1255</sup> Instruktion Nr. 5, 30.05.1941, AŽIH, 211/6, Bl. 9–14.

<sup>1256</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 8f., 11f. und § 19.

<sup>1257</sup> Vgl. AŽIH, 211. In den Akten mit der Korrespondenz des Präsidiums mit den einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen finden sich sehr viele Berichte und Protokolle. Vermutlich wurden aber nicht alle Schriftstücke von den regionalen und lokalen Abordnungen an die Zentrale in Krakau gesandt, da diese Pflicht der Berichterstattung und des Ablieferns der Protokolle nur gegenüber den Stadt- und Kreishauptleuten bestand.

<sup>1258</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „*Reisegenehmigung für die Mitglieder der Jüdischen Hilfskomitees*“, 17.06.1941, AŽIH, 211 aneks/48, Bl. 275f.

<sup>1259</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Reisen der Mitglieder des Präsidiums*“, 11.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 116.

<sup>1260</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Dienstreise unseres Vorsitzenden Dr. Michal Weichert*“, 21.12.1940, AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 34.

<sup>1261</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF, 07.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 232. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 20. Auf die Reisen in Arbeitslager ist II.3 genauer einzugehen.

<sup>1262</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Reisen der Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 18.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 92.

<sup>1263</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Ausfolgung der Bahnbescheinigung für Herrn Dr. Wielikowski*“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 39.

<sup>1264</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „*Visitationen unseres Vorsitzenden in den Kreisen Kielce und Busko*“, 10.10.1941, AŽIH, 211 aneks/56, Bl. 719.

<sup>1265</sup> JSS an BuF betr. „*Visitationen unseres Vorsitzenden in den Kreisen Kielce und Busko*“, 10.10.1941, AŽIH, 211 aneks/56, Bl. 719.

<sup>1266</sup> JHK Kreis Drohobycz an JSS, 12.06.1942, AŽIH, 211/364, Bl. 21–30.

andere laufende Angelegenheiten der Geschäftsstellen besprochen werden konnten.<sup>1267</sup> Wenn die direkte Fühlungnahme durch Reisen der Präsidiumsmitglieder oder der Angestellten nicht möglich waren, bestellte das Präsidium die Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen an den Dienstsitz des Präsidiums nach Krakau, um dringende Angelegenheiten direkt besprechen zu können.<sup>1268</sup> Dieser Kontakt bestand auf diese Weise nicht nur zwischen dem Präsidium und den Geschäftsstellen, sondern auch zwischen den Distriktberatern mit den Hilfskomitees und Delegaturen. Auch die Distriktberater baten Mitglieder der Geschäftsstellen in die entsprechenden Distrikthauptstädte.<sup>1269</sup>

Neben den Reisen die Mitglieder des Präsidiums machten, unternahmen Mitglieder der Hilfskomitees und der Vereine Reisen. Das Hilfskomitee der Stadt Krakau versuchte bei den Besatzern Passierscheine für die Angestellten zu erhalten. Allerdings erklärten die Besatzer dem Vertreter des Komitees, der danach fragte, dass es *„doch genügen müsse, wenn ein Angestellter sämtliche Dienstgeschäfte in der Stadt für diese Institution erledigen könnte.“*<sup>1270</sup> Der Vertreter des Komitees habe darauf erklärt, *„dass dies auf Schwierigkeiten stossen würde, denn der ordnungsgemässe Geschäftsgang der einzelnen Institutionen dadurch stark behindert wäre und deswegen würde ich ersuchen, für je einen Angestellten des Waisenheims, den ‚Centos‘, [...] des TOZ [...] und Jugendheim der jüdischen Handwerkerlehrlinge einen solchen Passierschein zu befürworten.“*<sup>1271</sup> Der Verantwortliche der Besatzer habe darüber noch keine Entscheidung treffen wollen, habe sich aber damit einverstanden erklärt, für den Leiter des Jugendheims für Handwerkerlehrlinge eine Befürwortung zu erstellen.<sup>1272</sup> Solche Reisegenehmigungen sind unter anderem auch für das Lubliner Hilfskomitee belegt. Diese Reise genehmigten die Besatzer allerdings nicht zur Absprache mit den regionalen und lokalen Einrichtungen, sondern zwecks Kommunikation zwischen dem Hilfskomitee und dem Präsidium der JSS.<sup>1273</sup>

Neben der Verständigung spielte bei diesen Reisen der Transport von Geld und Waren eine wichtige Rolle. Deshalb versuchte das Präsidium Instruktoren als Instanz der JSS zu etablieren, die durch das Generalgouvernement reisen sollten, um den Kontakt zu den regionalen und lokalen Abordnungen zu pflegen. Bei dem Gesuch um die Einsetzung der Instruktoren führte man an: *„Da*

---

<sup>1267</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Dienstreisen“*, 30.07.1941, YVA, O.21/33, Bl. 288.

<sup>1268</sup> Vgl. etwa JSS, Abteilung Allgemeines und Organisation an den Vorsitzenden des J.H.K. für den Kreis Jędrzejów betr. *„Herreise“*, 22.01.1942, AŻIH, 211 aneks/66, Bl. 367.

<sup>1269</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an das Hilfskomitee für den Kreis Grojec betr. *„Beratung in Warschau“*, 01.02.1941, AŻIH, 211 aneks/30, Bl. 17. In diesem Fall wurde das übermittelnde Schreiben ausnahmsweise vom Präsidium der JSS versandt, da an dieser Besprechung auch der zu dieser Zeit in Warschau weilende Weichert teilnehmen sollte. Außerdem war der Warschauer Distriktberater – Wielikowski – auch Mitglied des Präsidiums, sodass in der Kommunikation teilweise nicht mehr unterschieden werden kann, ob eine Person im Namen des Präsidiums oder aber als Distriktberater handelte. An dieser Stelle geht aber aus dem o.g. Schreiben hervor, dass die Einladung der Mitglieder des Hilfskomitees in Grójec zum Distriktberater nach Warschau erfolgte.

<sup>1270</sup> Aktennotiz über eine Besprechung mit dem Amtsleiter Rodler / Amt des Distriktchefs für die Stadt Krakau/, BJ, 38/97. Die Besprechung führte Jakob Sternberg.

<sup>1271</sup> Ebd.

<sup>1272</sup> Ebd.

<sup>1273</sup> Abschrift einer Bescheinigung ausgestellt vom Chef des Distrikts Lublin, 07.12.1940, BJ, 35/97.

wir die uns von der Regierung des Generalgouvernements durch Vermittlung des Haupthilfsausschusses zur Verfügung gestellten Beträge möglichst schnell an die Jüdischen Hilfskomitees, Delegaturen bezw. Aussiedler abführen wollen, gestatten wir uns um eine Bescheinigung ergebenst zu bitten, dass die von uns entsandten Instruktoren [...] grössere Geldbeträge mit sich führen.“<sup>1274</sup> Neben den Präsidiumsmitgliedern, die zum Zwecke des Transportes von Geld und Gütern reisten, nahmen daneben Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen die Wege nicht nur mit dem Ziel der Kommunikation auf sich. Beispielsweise transportierte ein Mitglied des Hilfskomitees Krakau im Dezember 1940 5.000 Złoty für die Verteilung unter den aus Krakau ausgesiedelten Juden und Jüdinnen.<sup>1275</sup> Größere Geldbeträge überwies das Präsidium allerdings an die Hilfskomitees.<sup>1276</sup> Diese Vorgehensweise stellte auch bei kleineren Beträgen die Regel dar.<sup>1277</sup> Neben Geld wurden auf den Reisen auch Waren transportiert. Ein Mitglied eines Hilfskomitees beförderte zum Beispiel 12 ½ Kilogramm Schweineschmalz, 50 Kilogramm Erbsen und 50 Kilogramm Buchweizengrütze für die Volksküche in Mszana Dolna.<sup>1278</sup> Ein Mitglied aus Niepolmice reiste mit zehn Kilogramm Fischtran.<sup>1279</sup> Doch nicht nur Lebensmittel und Geld transportierte die JSS auf diesem Weg, auch gebrauchte Kleidungsstücke wurden von Mitgliedern der Hilfskomitees mitgenommen.<sup>1280</sup>

Im April 1941 beabsichtigte die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Dezentralisierung der Zusendungen für die JSS. Diese sah darin allerdings ein Problem, da die Kreis- und Stadthauptmänner „nicht immer das nötige Verständnis für die Bedürfnisse der jüdischen Wohlfahrt entgegenbringen.“<sup>1281</sup> Am 21. November 1941 wurde eine Verordnung über die Beförderung von Paketen jüdischer Auslieferer erlassen, die ab dem Jahr 1942 die Tätigkeit der JSS erschwerte:

„Wir waren ausserstande, sowohl Medikamente und Desinfektionsmittel an die Gesundheitsberatungsstellen, wie auch Liebesgabensendungen nach den Ortschaften im Kreise abzusenden, es sei denn in jenen seltenen Ausnahmefällen, wo einzelne Mitglieder der Delegatur auf Grund der Pas-

<sup>1274</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Genehmigung für Instruktoren Geldbeträge mit sich zu führen“, 28.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 205.

<sup>1275</sup> Bescheinigung ausgestellt von BuF, 20.12.1940, BJ, 35/97.

<sup>1276</sup> JSS an die Bank Zwiazku Spółek, Zarobkowich betr. „Überweisung des Betrages von Zł. 100.000 auf unserem Konto“, 26.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 98. „Hiermit bitten wir aus unserem Konto den Betrag von Zł. 100.000 [...] an die Jüdische Soziale Selbsthilfe, Jüdisches Hilfskomitee Warschau-Stadt [...] telefonisch überweisen zu wollen. Dieser Betrag ist an das Jüdische Hilfskomitee in Warschau gleich voll auszuführen. Der Betrag von Zł. 100.000 ist für Ernährungs- und Aussiedlerhilfe bestimmt.“ In der Akte sind weitere solcher Auszahlungsabweisungen vorhanden.

<sup>1277</sup> JSS an BuF betr. „Verteilung vom Zł. 30.000“, 07.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 179. „Wir bitten den Betrag von Zł. 30.000 an die einzelnen Ortschaften im Distrikt Warschau laut beiliegenden Verzeichnis zur Verteilung. Wir bitten um die Genehmigung diesen Betrag in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften zu begeben und durch Postanweisungen den einzelnen Ortschaften zu überweisen.“

<sup>1278</sup> Abschrift einer Bescheinigung, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 18. Diese Bescheinigung ist nur exemplarisch angeführt. Es sind sehr viele Bescheinigungen dieser Art überliefert.

<sup>1279</sup> Bescheinigung, 28.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 104. Ähnliche Bescheinigungen finden sich in den folgenden Akten auch für weitere Personen und ebenfalls für andere Produkte – etwa Medikamente –, die von den Personen transportiert wurden.

<sup>1280</sup> Bescheinigung, 23.04.1942, AŽIH, 211 aneks/77, Bl. 54.

<sup>1281</sup> Protokoll der VI. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 8. April [1941] in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 20–22.

siererlaubnisse die Möglichkeit hatten, persönlich nach Krakau zu reisen und dort die Pakete abzuholen. Vor einigen Tagen wurde durch besondere Anordnung dem Präsidium der J.S.S. eine Erlaubnis erteilt, aus ihren Medikamentenverteilungsstellen Postpakete abzufertigen. Diese Ausnahmebestimmung erstreckt sich jedoch nicht auf sonstige Liebesgabenpakete der J.S.S. Wir sind dadurch ausserstande, die verfügbare, wenn auch sehr geringe Zahl an Holzschuhen – nach jenen Ortschaften abzufertigen – wie auch die vom Präsidium der J.S.S. zugeteilten Liebesgaben – wo ein sehr dringender Bedarf nach denselben besteht.“<sup>1282</sup>

Im März 1942 wurde über ein Anhalten der Schwierigkeiten berichtet. Die JSS war noch immer auf zufällige Möglichkeiten beschränkt, in denen gelegentlich Besucher Pakete vermittelten.<sup>1283</sup> Das Präsidium der JSS beschäftigte sich noch im März 1942 mit diesem Problem.<sup>1284</sup>

Für das Hilfskomitee für den Kreis Lublin ist belegt, dass es das Geld auf dem Postweg vom Präsidium in Krakau erhielt,<sup>1285</sup> allerdings wurde im gleichen Zuge angegeben: „Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau hat uns Mitte Februar 6.500 Zł. zur Verfügung gestellt. Der angewiesene Betrag war uns aber Ende des Berichtsmonats, wegen aufgetretener Schwierigkeiten devisentechnischer Natur noch nicht zugestellt.“<sup>1286</sup> Für manche Komitees ist das Vorhandensein von Konten durch die angeführten Bilanzen in den Berichten dokumentiert – so etwa für den Kreis Petrikau. In einem Bericht sprach das Komitee von nicht genauer definierten Konten<sup>1287</sup> und an anderer Stellen über Konten bei der Emissionsbank.<sup>1288</sup> Für den Kreis Reichshof sind „Geld-Sach-Sendungen“ belegt, bei denen nicht klar ist, ob die „Geldsendungen“ und die „Sachsendungen“ getrennt oder gemeinsam erfolgten.<sup>1289</sup> Auch im Jahr 1942 schrieb das Hilfskomitee unter anderem über „gesandtes“ Geld.<sup>1290</sup> Allerdings gab dieses Komitee ebenfalls an: „Wir hatten uns betreffens Sonderzuweisung für die Kinderhilfe an das Präsidium der JSS in Krakau gewandt und die Antwort erhalten, dass wir in nächster Zeit eine Unterstützung in Form einer Geldüberweisung erhalten werden.“<sup>1291</sup> Und auch beim Nichterhalten von Geldern durch das

<sup>1282</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Januar 1942 [Krakau-Land], 04.02.1942, AŽIH, 211/592, Bl. 35–39.

<sup>1283</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im März 1942 [Krakau-Land], 06.04.1942, AŽIH, 211/592, Bl. 41–44.

<sup>1284</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. Februar bis zum 31. März 1941, wohl 15.04.1942, YVA, O.21/18, Bl. 96–98. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 28–30. „In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, dass mit Schreiben der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge vom 6. März 1942 den Geschäftsstellen der J.S.S. neue Aufgaben auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung zugewiesen wurden und dass infolge des Verbotes, Postsendungen von jüdischen Auflieferern zu befördern, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge über unsere Bitten Heilmittel an unsere Geschäftsstellen aufgibt. Die Angelegenheit der Beförderung anderer Liebesgaben an unsere Geschäftsstellen blieb bis nun unerledigt.“

<sup>1285</sup> Tätigkeitsbericht des Jüdischen Hilfskomitees Lublin-Land für den Monat Februar 1941, 20.03.1941, AŽIH, 211/649, Bl. 47f. „Vom Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe erhielten wir im Berichtsmonat in drei Postabschnitten insgesamt Zł. 1.650.“

<sup>1286</sup> Ebd.

<sup>1287</sup> Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee Petrikau für die Zeit vom 1. April bis 30. April 1941, AŽIH, 211/799, Bl. 48–51; Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee Petrikau für die Zeit vom 1. Juni bis 30. Juni 1941, AŽIH, 211/800, Bl. 49–52 oder auch Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Petrikau für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Juli 1941, AŽIH, 211/800, Bl. 63–66.

<sup>1288</sup> Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Petrikau für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Mai 1941, AŽIH, 211/800, Bl. 11–13.

<sup>1289</sup> Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof für den Monat Mai 1941, 05.06.1941, AŽIH, 211/925, Bl. 56–60 oder auch Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Reichshof /Rzeszów/ für den Monat Juni 1941, 04.07.1941, AŽIH, 211/927, Bl. 12–16.

<sup>1290</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 8. Februar 1942, AŽIH, 211/935, Bl. 45f.

<sup>1291</sup> Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Reichshof /Rzeszów/ für den Monat Juni 1941, 04.07.1941, AŽIH, 211/927, Bl. 12–16.



Präsidium in Krakau schrieb es von „*keinerlei Überweisung*“<sup>1292</sup> und beim Erhalt von Mitteln wiederum von „*Überweisung*“.<sup>1293</sup> An anderer Stelle verwandte das Hilfskomitee beim Nichterhalt von Geldern des Präsidiums das Wort „*gesandt*“.<sup>1294</sup> Das Komitee in Radom-Stadt gab an, dass Geld vom Präsidium „*überwiesen*“ bekommen zu haben.<sup>1295</sup> Ferner sind Schecküberweisungen durch die Protokolle und Berichte belegt, die das Hilfskomitee Krakau-Land vom Kreishauptmann erhielt. Auch werden in demselben Protokoll und demselben Bericht auch Überweisungsspesen, die für Überweisungen vom Judenrat zu zahlen waren, genannt.<sup>1296</sup> Zudem ist ein Konto bei der „*Kommunalen Sparkasse der Stadt Krakau, Nebenstellt Podgórze*“ in den Berichten belegt.<sup>1297</sup> Die Überweisungen darauf erfolgten unter anderem durch Schecks, die man zum Teil vom Judenrat erhielt.<sup>1298</sup> Zeitgleich sind Portoüberweisungsgebühren belegt, die das Hilfskomitee Krakau-Land für eine Überweisung des Kreishauptmannes zahlen musste<sup>1299</sup> sowie Überweisungen des Kreishauptmannes,<sup>1300</sup> die zuweilen mit „*Zuweisung*“<sup>1301</sup> oder mit „*zur Verfügung gestellt*“<sup>1302</sup> bezeichnet wurden. Ebenso sind Abhebungen von diesem Konto dokumentiert.<sup>1303</sup> Das Geld nahm nicht immer den Weg über das Kreishilfskomitee – zuweilen teilte das Präsidium die Mittel direkt an die einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen zu. Auf welchem Weg diese Zuteilungen erfolgten ist nicht belegt, da man

<sup>1292</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 27. Juli 1941, AŽIH, 211/928, Bl. 16f.

<sup>1293</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) vom 25. August 1941, AŽIH, 211/929, Bl. 53f.; Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) vom 28. September 1941, AŽIH, 211/931, Bl. 34f.; Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof /Rzeszów/ für den Monat September 1941, 05.10.1941, AŽIH, 211/931, Bl. 41–45; Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 2. November 1941, AŽIH, 211/933, Bl. 4f.

<sup>1294</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof /Rzeszów/ für den Monat August 1940, 04.09.1941, AŽIH, 211/930, Bl. 2–5.

<sup>1295</sup> Tätigkeitsbericht für Juni 1941 (Radom-Stadt), 04.07.1941, AŽIH, 211/866, Bl. 27f.

<sup>1296</sup> Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land vom 7. April 1941, AŽIH, 211/587, Bl. 24–26 oder auch Bericht über die Fürsorgetätigkeit [Krakau-Land] im April 1941, 08.05.1941, AŽIH, 211/587, Bl. 11–13.

<sup>1297</sup> Vgl. etwa Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Juli 1941 [Krakau-Land] vom 8. August 1941, AŽIH, 211/590, Bl. 3–6; Protokoll der am 11. September 1941 stattgefundenen Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land, AŽIH, 211/590, Bl. 30–33; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Juli 1942 [Krakau-Land] vom 4. August 1942, AŽIH, 211/592, Bl. 47–50.

<sup>1298</sup> Vgl. etwa Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Juli 1941 [Krakau-Land] vom 8. August 1941, AŽIH, 211/590, Bl. 3–6.

<sup>1299</sup> Vgl. etwa ebd.

<sup>1300</sup> Protokoll der am 11. September 1941 stattgefundenen Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land, AŽIH, 211/590, Bl. 30–33; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im September 1941 [Krakau-Land] vom 6. Oktober 1941, AŽIH, 211/591, Bl. 6–8; Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land vom 15. Oktober 1941, AŽIH, 211/591, Bl. 11–13.

<sup>1301</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Oktober 1941 [Krakau-Land], 06.11.1941, AŽIH, 211/591, Bl. 28–30.

<sup>1302</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im November 1941 [Krakau-Land], 05.12.1941, AŽIH, 211/592, Bl. 3–5.

<sup>1303</sup> Ebd. sowie Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Juli 1942 [Krakau-Land], 04.08.1942, AŽIH, 211/592, Bl. 47–50.

lediglich das Wort „*bedacht*“ verwandte.<sup>1304</sup> Für die Stadt Krakau war ebenfalls von einer „Bankstelle“ die Rede, auf die Gelder überwiesen wurden.<sup>1305</sup> Im weiteren Verlauf wird hier ebenfalls deutlich, dass es sich um ein Konto bei der „*Kommunalen Sparkasse der Stadt Krakau, Nebenstelle Podgórze*“ handelte.<sup>1306</sup>

Als das Präsidium auf die Einrichtung von „jüdischen Wohnbezirken“ zu sprechen kam, thematisierte es auch die mit den logistischen Maßnahmen verbundenen Schwierigkeiten, dass in manchen Orten die Absperrung so weit ging, dass den Menschen keine Nahrungsmittel – auch nicht per Post- oder Sachsendung – zugestellt werden konnten.<sup>1307</sup>

## II.2.4 Die Auswirkungen der Einrichtung der Ghettos und der Zwangsarbeit

Wie bereits in II.1.4 dargelegt, wirkte sich die Einrichtung der Ghettos in Warschau und Krakau auf die Tätigkeit des Präsidiums der JSS aus. Auf den folgenden Seiten wird analysiert, wie sich die Einrichtung von jüdischen Wohnbezirken auf die Arbeit der Hilfskomitees und Delegaturen niederschlug. Wie in allen Fällen in diesem Unterkapitel, wird hier ebenfalls kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, da für die über 400 Komitees keine genauere Untersuchung bis ins kleinste Detail im Rahmen der vorliegenden Studie stattfinden konnte. Wenngleich das Hilfskomitee für die Stadt Warschau in dieser Analyse lediglich als Sonderrolle behandelt wurde, wird auch in diesem Unterabschnitt zunächst mit einer Betrachtung der Situation dieses Komitees im Umfeld der Einrichtung des Warschauer Ghettos gestartet. Am 13. November 1940 notierte Kaplan:

„Genauso wie Nebukadnezar kam und die Welt in Unordnung gebracht brachte, hat das Ghetto-dekret unser Gemeindeleben in Unordnung gebracht. Die Jüdische Soziale Selbsthilfe hatte bis jetzt für Wohlfahrtsangelegenheiten sechs Bezirke geschaffen. Aber da die arischen Viertel jetzt ohne Juden sind, wird die Zahl der Wohlfahrtsbezirke verringert werden. Was wird die ‚Selbsthilfe‘ mit ihren Angestellten tun, die von diesen Bezirken lebten? Um sie nicht ihrer Einkünfte zu berauben, wird man innerhalb des Ghettos eine neue Bezirkseinteilung vornehmen, und die Gesamtzahl wird dieselbe sein. Daher wird nur das Gesamtgebiet der Wohlfahrtsbezirke und damit die Anzahl der sich in jedem von ihnen befindlichen Gebäude verringern. Und alles wird sein wie zuvor.“<sup>1308</sup>

Nicht nur die Einrichtung der Ghettos in den Städten und Orten, in denen die Hilfskomitees und Delegaturen ihren Sitz hatten, erschwerten die Tätigkeit der regionalen und lokalen Abordnungen, allein die Einrichtung des Krakauer Ghettos erschwerte für alle Delegierten die im Auftrage der

---

<sup>1304</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im August 1941 [Krakau-Land], 05.09.1941, AŽIH, 211/590, Bl. 15f.; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im September 1941 [Krakau-Land], 06.10.1941, AŽIH, 211/591, Bl. 6–8; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Oktober 1941 [Krakau-Land], 06.11.1941, AŽIH, 211/591, Bl. 28–30; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Januar 1942 [Krakau-Land], 04.02.1942, AŽIH, 211/592, Bl. 35–39; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im März 1942 [Krakau-Land], 06.04.1942, AŽIH, 211/592, Bl. 41–44.

<sup>1305</sup> Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vom 17. Dezember 1941, AŽIH, 211/594, Bl. 4–9. An anderer Stelle verwandte man den Begriff „*Bankverbindung*“, so Bericht über die Fürsorgetätigkeit im März 1942 (Krakau-Stadt), 06.04.1942, AŽIH, 211/595, Bl. 9–11.

<sup>1306</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Dezember 1941 (Krakau-Stadt), 04.01.1942, AŽIH, 211/594, Bl. 11–15; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Januar 1942 (Krakau-Stadt), 04.02.1942, AŽIH, 211/594, Bl. 32–35; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Juli 1942 (Krakau-Stadt), 04.08.1942, AŽIH, 211/596, Bl. 15–18.

<sup>1307</sup> Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Monate Mai und Juni 1941, wohl 05.07.1941, YVA, O.21/19, Bl. 10–12.

<sup>1308</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 266.

JSS nach Krakau reisten deren Tätigkeit, da sie für den Eintritt in das Ghetto einen Passierschein benötigten, weil ihnen anderenfalls zum Beispiel der Zugang zur Arzneimittelverteilungsstelle der JSS verwehrt blieb.<sup>1309</sup> Zudem kamen unterschiedliche Nachrichten über die Heranziehung von Mitgliedern der JSS zur Zwangsarbeit in Krakau an. So meldete der Berater beim Chef des Distrikts Lublin dem Präsidium in einem Schreiben Folgendes: „In verschiedenen Orten des Lubliner Distrikts sind Mitglieder unserer Delegaturen zur Zwangsarbeit herangezogen worden, wodurch die Tätigkeit der Delegatur stark gelitten, in einzelnen Fällen sogar vorübergehend ruhen musste.“<sup>1310</sup> Er, der Distriktberater, habe in dieser Angelegenheit beim zuständigen Sachbearbeiter vorgesprochen, wo ihm zugesagt worden sei, in den nächsten Tagen eine entsprechende Rundverfügung zu erlassen. Zudem schlug der jüdische Berater des Distriktchefs dem Präsidium vor „die Frage dort grundsätzlich für das gesamte Generalgouvernement zu klären.“<sup>1311</sup> Da sich auch in Krakau Fälle ereignet hätten, wo Mitglieder und Angestellte des Präsidiums der JSS und des Hilfskomitees Krakau-Stadt zur Zwangsarbeit herangezogen worden seien, bat das Präsidium die Aufsichtsbehörde diese Frage grundsätzlich zu klären.<sup>1312</sup> Und die Deportation der Mitglieder von Hilfskomitees und Delegaturen in Lager war kein Einzelfall und so war es – gerade im Jahr 1942 – eine der Aufgaben des Präsidiums der JSS sich bei der Zivilverwaltung für die Befreiung der Gefangenen einzusetzen und dies dann wiederum an die regionalen und lokalen Geschäftsstellen zu kommunizieren.<sup>1313</sup> In vielen Städten und Orten mehrten sich in dieser Zeit Fälle, dass die Mitglieder der Geschäftsstellen ungeachtet ihrer sozialfürsorgerischen und wohlfahrtspflegerischen Tätigkeit von der Aussiedlung betroffen waren, was eine beträchtliche Behinderung der gesamten Hilfstätigkeit zur Folge hatte. Zudem waren ab dem Frühjahr 1942 vermehrt Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen ebenfalls von den „Aussiedlungsaktionen“

<sup>1309</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Abteilung Gesundheitswesen und gesundheitliche Volkspflege, wie auch in der Polizeidirektion“, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 284.

<sup>1310</sup> JSS an BuF betr. „Freistellung von der Arbeitspflicht“, 30.06.1941, AZIH, 211 aneks/49, Bl. 48.

<sup>1311</sup> Ebd.

<sup>1312</sup> Ebd.

<sup>1313</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an die Delegatur in Działoszyce betr. „współpracowników Delegatury nysłanych do obozu pracy w Płaszowie“, 15.04.1942, AZIH, 211 aneks/86, Bl. 911 oder auch Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an BuF betr. „Befreiung vom Arbeitslager der Mitglieder der J.S.S. Delegatur in Rejowiec“, 27.04.1942, AZIH, 211 aneks/78, Bl. 597. Letztgenanntes Schreiben lautet wörtlich: „Auf die Vorsprache unseres Vorsitzenden beim Herrn Oberverwaltungsrat Weirauch, Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge am 24. ds. bezugnehmend, gestatten wir uns ergebenst zu bitten, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge die Befreiung der Mitglieder der J.S.S. Delegatur in Rejowiec Cael Kraft und Benjamin Tuchmann aus dem Arbeitslager Krychów Post Hansk, Kreis Cholm veranlassen wollen. Die Genannten wurde im Zuge der Aussiedlung eines Teils der jüdischen Bevölkerung aus Rejowiec in das Arbeitslager Krychow gebracht, wobei ihnen mitgeteilt wurde, dass die nach dem Abtransport für das Arbeitslager bestimmten Juden werden nach Rejowiec zurückkehren können. Anstelle der aus Rejowiec ausgesiedelten Juden wurden dort 2 Transporte Juden aus der Slowakei in der Gesamtzahl von 2,300 angesiedelt und weitere Transporte werden erwartet. Die Delegatur der J.S.S., die aus den Obgenannten und der Frau Cypora Libhaber, – über deren Verbleib wir keine Nachricht haben – besteht, wurde ihrer Arbeit in einem Augenblick entrissen, indem sie satzungsgemäss berufen ist, ihre volle Tätigkeit einzusetzen. Eine neue Zusammensetzung der Delegatur aus den Angesiedelten, die weder die Ortsverhältnisse, noch die Landessprache kennen und denen überdies die Ziele und Aufgaben der J.S.S. völlig fremd sind, scheint uns nicht zweckmässig. Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass der Abtransport der Mitglieder der Delegatur in den ersten Tagen des Aprils erfolgt, also noch vor dem Fernschreiben der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge in dieser Angelegenheit. Wir gestatten uns daher ergebenst zu bitten, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge auf kürzestem Wege die Rückkehr der genannten Mitglieder der Delegatur nach Rejowiec und die Aufnahme ihrer normalen Hilfstätigkeit verlassen wollen.“

betroffen, „*was eine betraechtliche Erschwerung der gesamten Hilfsstaetigkeit zur Folge hat.*“<sup>1314</sup> Zwar schrieben die Stadt- oder Kreishauptleute teilweise bei der schriftlichen Ankündigung von „Aussiedlungsaktionen“ dezidiert, dass die Angehörigen der JSS davon zurückgestellt werden,<sup>1315</sup> allerdings half dies nicht immer. So wurde beispielsweise der Vorsitzenden der Delegatur in Izbica im Kreis Kranystaw mit vielen anderen Juden und Jüdinnen deportiert und erst durch Bemühungen des übergeordneten Hilfskomitees gelang es denselben noch aus dem Eisenbahnzuge, in dem er sich schon mit dem ganzen Transport befand, zu befreien. Josef Siegfried, Vorsitzender des Hilfskomitees für den Kreis Lublin-Land, sowie ein Gehilfe des Distriktberaters wurden am 31. März 1942 aus Lublin ausgesiedelt: „*Der Genannte hat sich seiner Arbeit nicht nur im Kreis Lublin-Land, sondern im ganzen Distrikt Lublin mit Leib und Seele gewidmet, er hat diese Taetigkeit im ganzen Distrikt instruiert, kontrolliert und einheitlich ausgerichtet und unterstuetzte das Praesidium der Juedischen Sozialen Selbsthilfe in allen seinen Vorhaben und Absichten auf's Tatkraeftigste. Sollte er nicht zu seiner Arbeit zurueckkehren koennen, so wuerde das eine empfindliche Beeintraechtigung unserer Taetigkeit im ganzen Distrikt bedeuten.*“<sup>1316</sup> Der Vorsitzende der Delegatur in Mielec kam im Zuge der Aussiedlung in Arbeitslager nach Pustkow. Aus Żelechów im Kreise Garwolin deportierten die Besatzer ebenfalls den Vorsitzenden der dortigen Delegatur. Das Präsidium der JSS versuchte sich gegen die Deportationen all dieser Personen einzusetzen.<sup>1317</sup> Die Lage besserte sich allerdings nicht. Während weiterer Aussiedlungen der Juden und Jüdinnen in den Kreisen Krakau-Land und Miechów honorierten die Besatzer die Ausweise der Mitglieder und Mitarbeiter der JSS in vielen Fällen nicht mehr:

„Bis nun war es ueblich, dass die Mitglieder und Mitarbeiter des Judenrates, des Juedischen Ordnungsdienstes und der Geschaeftsstellen der Juedischen Sozialen Selbsthilfe /Juedische Hilfskomitees oder Delegaturen/ auf gleiche Weise behandelt wurden. In der letzten Zeit fanden einige Faelle statt, wo der Judenrat und der Juedische Ordnungsdienst in der von der Aussiedlung betroffenen Ortschaft verbleiben duerfen, waehrend die Mitglieder und Mitarbeiter der Geschaeftsstellen der

<sup>1314</sup> Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an BuF betr. „*Mitglieder und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der J.S.S.*“, 01.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 134.

<sup>1315</sup> Plakat „*An alle Juden!*“, ITS, DOI 82181138. Das Dokument stammt aus dem Kontext eines in der Nachkriegszeit geführten Gerichtsverfahrens. Die im obigen Zitat gekürzten Stellen lauten: „*An alle Juden! 1. In Tarnow erfolgt heute eine Judenausiedlung. 2. Ausgenommen von der Aussiedlung sind die Juden mit Ehefrau und Kindern, deren Judenpässe bzw. Arbeitsausweise von der Sicherheitspolizei überprüft und abgestempelt worden sind. 3. Das jüdische Krankenhaus bleibt weiter bestehen, Die in den Krankenhäusern befindlichen Kranken werden von der Umsiedlung ausgenommen. 4. Jeder jüdische Umsiedler darf 10 kg Gepäck (einschl. Geld- und Wertsachen) und Verpflegung für 4–5 Tage mitnehmen. 5. Der Sannekirt des Transports ist der Ringplatz. Der Judenrat und die Mitglieder des jüdischen Ordnungsdienstes haben dafür Sorge zu tragen, dass die auf anliegender Liste aufgeführten Personen mit ihren Familienangehörigen am Donnerstag, den 11.6. um 6 Uhr abmarschbereit stehen. 7. Jeder Jude, welcher eine Handlung unternimmt, die Aussiedlungsmassnahmen zu übergeben – wird erschossen. 8. Jeder Jude, der versucht irgendwelche Gegenstände (Wertgegenstände, Möbel, Kleider u.s.w.) an Juden oder Polen zu veräußern – wird erschossen. 9. Während der Dauer der Umsiedlung am 11.6. ist den Juden jedes eigenmächtige Verlassen der Wohnung untersagt. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind die zur Aussiedlung gelangenden Juden und die Mitglieder des Judenrates, JSS und Ordnungsdienstes. 10. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung wird mit sofortiger Erschiessung bestraft. 11. Auch nach dem 11.6. muss jeder Jude seine bisherige Wohnung behalten. Wer gegen diese Anordnung verstösst, oder die Wohnung einer ausgesiedelten Familie betritt – wird erschossen. 12. Die Mitglieder des Judenrates und die Mitglieder des jüdischen Ordnungsdienstes haften persönlich und mit ihrer Familie bei Todesstrafe für die Durchführung dieser Anordnung. Desgleichen haften sie persönlich und mit ihrer Familie bei Diebstahl aus den verlassenen Wohnungen der bereits ausgesiedelten Juden. F.d.R. SS-Hauptsturmführer gez. Scherner SS-Oberführer.*“

<sup>1316</sup> Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an BuF betr. „*Mitglieder und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der J.S.S.*“, 01.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 134.

<sup>1317</sup> Ebd.

Juedischen Sozialen Selbsthilfe ausgesiedelt wurden. Da die Juedische Soziale Selbsthilfe – ohne Rücksicht auf den weiteren Verlauf der Dinge – entweder die Ganze oder zumindest einen grossen Teil der Fürsorge und Wohlfahrt an der juedischen Bevoelkerung zu treiben hat, so Aufgaben zu erfüllen hat, die hinter denen des Judenrates nicht zurückstehen, erlauben wir uns die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge ergebenst zu bitten, sie moege bei den zuständigen Dienststellen vorstellig werden, dass in den Aussiedlungsaktionen die Mitglieder und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der Juedischen Sozialen Selbsthilfe jenen der Judenraete gleichgestellt werden.“<sup>1318</sup>

In vielen der dem Präsidium berichteten Fälle von Deportationen von Mitgliedern der Hilfskomitees und Delegaturen, handelte es sich um deren Vorsitzenden. Allerdings kann daraus nicht verallgemeinert werden, dass dies die Regel war und diese Personen zuerst deportiert wurden. Vielmehr kann die Meldung an das Präsidium gerade bei dem Vorsitzenden darin begründet liegen, dass den regionalen und lokalen Abordnungen damit die wichtigste Person verloren ging, die unter Umständen auch den Kontakt zu den Besatzern hatte. Bei den weiteren Mitgliedern sah man möglicherweise nicht immer die Veranlassung dies dem Präsidium direkt mitzuteilen.

### II.2.5 Die Finanzierung der Tätigkeit der Hilfskomitees und Delegaturen

Nicht nur die finanzielle Lage des Präsidiums der JSS war schlecht. Durch die schlechte monetäre Situation der Zentrale waren die Geldmittel über die die Hilfskomitees und Delegaturen verfügten sehr beschränkt. Zwar erhielten die Hilfskomitees teilweise direkt Mittel der vom HHA zugewiesenen Summen,<sup>1319</sup> die Lage war jedoch denkbar ernst. In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich die regionalen und lokalen Abordnungen der JSS finanzierten. Einige Punkte wurden im Abschnitt zur Finanzierung des Präsidiums der JSS (II.1.5) bereits angerissen – zum Beispiel die Einwohnerabgabe und andere Bemühungen des Präsidiums Geld für die Geschäftsstellen einzuwerben –, der Fokus in diesem Abschnitt liegt nun aber vor allem auf den konkreten Situationen vor Ort bei den Hilfskomitees und Delegaturen.

Bereits kurz nach der ersten Sitzung des Präsidiums der JSS hielten Kreis- und Stadthauptleute die schlechte finanzielle Situation der Hilfskomitees fest. In einem Lagebericht für Piotrków Trybunalski/Petrikau für den Oktober 1940 eine Regierungsinstanz hieß es: „*Auch die Mittel des jüdischen Hilfskomitees werden immer geringer. Die Zuwendungen des American Joint Distribution Committee vermögen allein hier keinen Ausgleich zu schaffen, sodass eines Tages die Notwendigkeit der Unterstützung der Juden aus öffentlichen Mitteln aktuell werden wird.*“<sup>1320</sup> Im Dezember berichtete man dies ebenfalls noch in ähnlicher Weise: „[...] *die Mittel des jüdischen Hilfskomitees werden immer geringer.*“<sup>1321</sup> Allerdings setzte schon bald die Verteilung der ersten ausländischen Spenden ein. Die Verteilung der durch den HHA

<sup>1318</sup> Abschrift JSS, Abt. Allgemeines und Organisation an BuF betr. „*Gleichstellung der Juedischen Sozialen Selbsthilfe mit den Judenraeten bei der Aussiedlungsaktion*“, 16.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 48.

<sup>1319</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „*Genehmigung für Instruktoren Geldbeträge mit sich zu führen*“, 28.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 205.

<sup>1320</sup> Lagebericht Oktober 1940 Petrikau, 09.11.1940, BAB, R 52 III/25.

<sup>1321</sup> Auszug aus den Lageberichten der Kreis- und Stadthauptleute für den Monat Oktober 1940, 10.12.1940, BAB, R 52 III/24.

erhaltenen Liebesgaben erfolgte vor Ende Dezember 1940 – also nur wenige Monate nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS. Obgleich allein diese Spenden aus dem Ausland es nicht vermochten die große Not zu lindern: *„Die Lage der Judenheit in diesem Kreise ist in grossen und ganzen nicht viel besser, als die Lage in den Dörfern der Sammelgemeinde Zakrzew zerstreuten Aussiedler aus Kranystaw. Die Delegaturen der J.S.S. haben überall bedeutende Defizite, da sie von der ortsansässigen Judenheit keinerlei Einnahmen haben. Wo Volksküchen bestehen geht der Lebensmittelvorrat rasch zu Ende.“*<sup>1322</sup> Diese erste Verteilung der Spenden erfolgte durch die Distriktberater,<sup>1323</sup> da dem Präsidium noch keine ausreichenden Informationen über die Lage in den einzelnen Distrikten vorlagen.<sup>1324</sup>

Einiges deutet darauf hin, dass die Hilfskomitees und Delegaturen Gelder bei den Besatzungsbehörden beantragten,<sup>1325</sup> ob diese Mittel aber flossen, ist nicht belegt. An anderen Stellen ist der Geldfluss von den Kreis- und Stadthauptmännern zu den Hilfskomitees – zweckgebunden – belegt.<sup>1326</sup> Eine wichtige Finanzquelle für die Hilfskomitees und Delegaturen bestand über die Kreis- und Stadthauptleute. Allerdings zahlte die Bevölkerung diese Gelder zunächst selbst ein. Es handelt sich um Zuweisungen aus der sogenannten „Einwohnerabgabe“. Diese Steuer führten die Besatzer am 27. Juni 1940 für das gesamte Generalgouvernement ein. Die Gemeinden waren nach dieser Verordnung berechtigt und verpflichtet eine Einwohnerabgabe zu erheben. Die Höhe der Einwohnerabgabe legte man entsprechend des monatlichen Verdienstes fest. Auch bekamen die Gemeinden durch die Verordnung die Möglichkeit abgabepflichtige Personen die über nur ein geringes Einkommen verfügten und insbesondere Empfänger der öffentlichen Fürsorge von der Erhebung der Abgabe ausnehmen. In Paragraph sechs der Verordnung war festgelegt: *„Die Gemeinden und die Kreishauptmannschaften haben das Aufkommen der Abgabe in erster Linie für Fürsorgemaßnahmen zu verwenden.“*<sup>1327</sup> Ende Januar 1941 setzte dann die Unterabteilung „Kommunalverwaltung“ der Regierung, die ebenso wie „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Abteilung „Innere Verwaltung“ angehörte, die Distriktchefs davon in Kenntnis, dass es *„[...] erforderlich [ist], dass bestimmte Beträge aus dem Aufkommen der Einwohnerabgabe [...] auch für eine gewisse Fürsorge der jüdischen Bevölkerung verwendet werden. Aus grundsätzlichen Erwägungen und aus steuertechnischen Gründen erscheint es jedoch nicht*

<sup>1322</sup> Vermerk betr. *„Stand der jüdischen Wohlfahrt im Kreise Kranystaw“*, 03.06.1941, AŽIH, 211/167, Bl. 19. Die Informationen im Vermerk waren einem Schreiben des Hilfskomitees entnommen: *„Dem Schreiben des J.H.K. für diesen Kreis vom 28. Mai l.J. [...] entnehmen wir Folgendes: [...]“*

<sup>1323</sup> Vgl. hierzu II.2.6.

<sup>1324</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an den Chef des Distriktes Krakau Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge betr. *„Verteilung der ausländischen Liebesgaben“*, 28.12.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 15–17.

<sup>1325</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 65f. *„[...] Der Kinderhort der Sozialen Selbsthilfe verlangt eine Mauer = 64.000 Zl. von den deutschen Behörden.“* Der Eintrag stammt vom 28. April 1940 und wurde damit vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung der JSS verfasst.

<sup>1326</sup> Bericht der JHK in Jędrzejów für November 1941, 02.12.1941, AŽIH, 211/490, Bl. 54f. *„Vom Herrn Kreishauptmann wurden durch das Polnische Hilfskomitee in Jędrzejów 2340 Zloty für die jüdischen Flüchtlinge und Evakuierten zugewiesen.“* Ein ähnlicher Hinweis findet sich in weiteren Berichten. So etwa Bericht des JHK in Jędrzejów für den Januar 1942, 01.02.1942, AŽIH, 211/491, Bl. 35–37.

<sup>1327</sup> Verordnung über die Erhebung einer Einwohnerabgabe vom 27. Juni 1940, in: VBiGG 1940, S. 211.

angängig, lediglich die von den Juden eingezahlten Beträge diesen Zwecken dienstbar zu machen. Es empfiehlt sich vielmehr, die Verteilung des Aufkommens nach dem Verhältnis der polnischen zur jüdischen Bevölkerung vorzunehmen.“<sup>1328</sup> Die entsprechenden Informationen sollten auch an die Kreis- und Stadthauptleute in den Distrikten weitergegeben werden.<sup>1329</sup> Aus diesem Schreiben resultierten Reaktionen. So schrieb beispielsweise der Stadthauptmann von Krakau an das Polnische Hilfskomitee der Stadt und teilte diesem mit, dass „der haushaltsplanmäßige Aufwand für die öffentliche Fürsorge der Stadt mit rd. 13 Millionen Zl. veranschlagt werden muss. Das Aufkommen der Einwohnerabgabe kann nach dem heutigen Stand 1 Mill. Zl. erreichen. Der Aufwand für die Fürsorgemassnahmen wird demnach durch die Einwohnerabgabe nur zu etwa 1/13 gedeckt werden.“<sup>1330</sup> Der PHA musste lediglich Wohlfahrt betreiben. Die JSS hatte im Gegensatz dazu für den zu betreuenden Personenkreis auch die Fürsorge zu betreiben.<sup>1331</sup> Ergänzend hieß es in dem Schreiben des Stadthauptmannes an das Polnische Hilfskomitee: „Weiter ist darauf hinzuweisen, dass nach einem Erlass der Regierung vom 31.1.1941, die jüdische Gemeinde an dem Aufkommen der Einwohnerabgabe beteiligt werden soll. Unter diesen Umständen ist es ausgeschlossen, das Polnische Hilfskomitee an dem Aufkommen der Einwohnerabgabe zu beteiligen.“<sup>1332</sup> Solche Kommunikation zwischen Regierungsstellen und den polnisch-nichtjüdischen Einrichtungen hat vermutlich mit dazu beigetragen, dass die Besatzer die polnischen und jüdischen Menschen – auch durch die Organisationen – voneinander zu trennen versuchten.

Das Präsidium informierte die Hilfskomitees über die anstehende Zuweisung von Mitteln aus der Einwohnerabgabe. Ein erster Hinweis erfolgte am 9. März 1941,<sup>1333</sup> ein weiterer am 27. des Monats. Dabei führte das Präsidium der JSS aus, dass die Verteilung der Einwohnerabgabe in den Kreisen und Städten entsprechend des prozentualen Anteils der polnischen zu der jüdischen Be-

<sup>1328</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Kommunalverwaltung an die Herren Distriktchefs in Krakau, Warschau, Lublin Radom betr. „Einwohnerabgabe, Verwendung des Aufkommens“, 31.01.1941, BJ, 49/97. Auch vorhanden in YVA, O.21/31, Bl. 500. Weiter hieß es: „Im Einverständnis mit der Abteilung Finanzen ordne ich daher mit rückwirkender Kraft vom 1.4.1940 an, dass die Kreis- und Stadthauptleute des gesamten von den Gemeinden aufgetragenen Aufkommens aus der Abgabe im Verhältnis der polnischen zu den jüdischen Abgabepflichtigen, die am 1.4.v.J. ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Gemeinde hatten, aufteilen und der auf die jeweilige jüdische Bevölkerung entfallende Anteil dem zuständigen Hilfskomitee zur Erfüllung seiner Fürsorge- und Wohlfahrtsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Ausserdem sind die Kreis- bzw. Stadthauptleute berechtigt, auch den nichtjüdischen Hilfskomitees auf begründete Anträge hin aus den Mitteln der Einwohnerabgabe Beträge zur Verfügung zu stellen für Aufgaben, die die nichtjüdischen Hilfskomitees im Auftrage des zuständigen Kreis- bzw. Stadthauptmannes erfüllen. Hiervon bitte ich die Kreis- und Stadthauptleute umgehend in Kenntnis zu setzen.“

<sup>1329</sup> Vgl. ebd.

<sup>1330</sup> Stadthauptmann der Stadt Krakau an das Polnische Hilfskomitee für die Stadt Krakau betr. „Beteiligung an Einwohnerabgabe“, 25.02.1941, APK, PolKoKr/26, Bl. 1187.

<sup>1331</sup> Vgl. dazu Satzung des Polnischen Hauptausschuss, § 3 sowie Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3. Die Satzung der JSS umfasst an dieser Stelle sieben statt sechs Absätze. Der hinzugekommene Absatz für die jüdische Organisation lautet: „[Die Jüdische Soziale Selbsthilfe hat folgende Aufgaben.] 1. Die gesamte jüdische offene und geschlossene Fürsorge zu betreiben.“

<sup>1332</sup> Stadthauptmann der Stadt Krakau an das Polnische Hilfskomitee für die Stadt Krakau betr. „Beteiligung an Einwohnerabgabe“, 25.02.1941, APK, PolKoKr/26, Bl. 1187.

<sup>1333</sup> Vgl. Okólnik Nr. 22, 09.03.1941, AŻIH, 211, Bl. 26.

völkerung zu erfolgen habe. Der für die jüdische Bevölkerung anfallende Anteil sollte an das Hilfskomitee zur Erfüllung ihrer Fürsorge- und Wohlfahrtsaufgaben gehen.<sup>1334</sup> In einer Sitzung des Präsidiums wies Weichert im Mai 1941 darauf hin, „dass unbedingt in der allernächsten Zeit neue Einnahmequellen für die J.S.S. erschlossen werden müssen. Die Zuwendungen der American Joint Distribution Committee blieben unter der erwartenden Höhe zurück, die Einnahmen aus dem Anteile der Juden aus der Einwohnerabgabe sind ganz unbedeutend.“<sup>1335</sup> Nur ganz selten flossen bereits zu dieser Zeit Zuweisungen der Kreis- und Stadthauptleute aus den Einwohnerabgaben an die Hilfskomitees und Delegaturen.<sup>1336</sup> Bis April 1941 waren in Kreis Radzyń einige Delegaturen mit Zuweisungen aus den Einwohnerabgaben bedacht worden – allerdings im gesamten Zeitraum für alle Geschäftsstellen lediglich mit einem Betrag von 2.619 Złoty.<sup>1337</sup> Im Kreis Nowy Sącz/Neu Sandez erhielt das Hilfskomitee, dem Delegaturen unterstanden, ab April 1941 monatlich 847 Złoty.<sup>1338</sup> Im Kreis Końskie/Konski bekam das Komitee bereits 1.500 Złoty. Allerdings vermittelte man dort außerdem dem Judenrat Mittel aus der Einwohnerabgabe, sodass der Anteil der JSS potentiell noch höher hätte ausfallen können.<sup>1339</sup> Im Kreis Bilgograj dagegen waren bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Mittel aus den Einwohnerabgaben geflossen.<sup>1340</sup> In anderen Städten kam es wohl innerhalb der Behörden zu einer Unklarheit bezüglich der Zuständigkeit über die Zuweisung der Beträge an die JSS. Dies führte dazu, dass die Mittel an die Hilfskomitees und Delegaturen im Sommer 1941 noch nicht ausbezahlt wurden. So etwa im Kreis Miechów, in dem es zu einem Gerangel zwischen der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Kreis sowie dem Gemeindeverband kam.<sup>1341</sup> Entsprechende Zuweisungen zahlten die Besatzer dort für Mai und Juni 1941 wohl erst im Herbst des Jahres aus.<sup>1342</sup> An anderer Stelle beriefen sich die Kreis- und Stadthauptleute darauf, dass sie nie eine entsprechende Weisung zur Auszahlung aus dem Aufkommen der Einwohnerabgabe an die JSS erhalten hätten – so etwa im Kreis Starachowice.<sup>1343</sup> Andere Hilfskomitees bemühten sich

<sup>1334</sup> Okólnik Nr. 24, 27.03.1941, AŻIH, 211/5, Bl. 28. Auch vorhanden in AŻIH, 211 aneks/34, Bl. 85.

<sup>1335</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŻIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>1336</sup> Ebd.

<sup>1337</sup> Vermerk betr. „Anteil an der Einwohnerabgabe im Kreise Radzyń“, 11.06.1941, AŻIH, 211/168, Bl. 13.

<sup>1338</sup> Vermerk betr. „Dotationen des Herrn Kreishauptmannes für den Kreis Neu-Sandez“, 13.06.1941, AŻIH, 211/168, Bl. 22.

<sup>1339</sup> Vermerk betr. „Anteil an der Einwohnerabgabe im Kreise Konskie“, 16.06.1941, AŻIH, 211/168, Bl. 32.

<sup>1340</sup> Vermerk betr. „Anteil an der Einwohnerabgabe im Kreise Bilgograj“, 12.06.1941, AŻIH, 211/168, Bl. 19.

<sup>1341</sup> Vermerk betr. „Den Anteil der Juden an der Einwohnerabgabe im Kreise Miechów“, 14.06.1941, AŻIH, 211/168, Bl. 29.

<sup>1342</sup> Vgl. etwa Vermerk betr. „Geldzuwendungen“, 03.10.1941, AŻIH, 211/173, Bl. 4.

<sup>1343</sup> Vermerk betr. „Anteil an der Einwohnerabgabe im Kreise Starachowice“, 21.06.1941, AŻIH, 211/169, Bl. 1. „Der Vorsitzende des J.H.K. für den Kreis Starachowice teilte während seines Aufenthaltes in Krakau folgendes mit: der Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge des Herrn Kreishauptmannes in Starachowice erklärte, dass er bis nun von seiner Behörde keine Instruktionen erhalten hat, die sich auf die Auszahlung einer Geldsumme aus dem Aufkommen der Einwohnerabgabe für Zwecke der sozialen Fürsorge an der jüdischen Bevölkerung beziehen. Der Herr Kreishauptmann, den der in unserem Rundschreiben Nr. 24 enthaltende Text des Rundschreibens der Regierung vorgezeigt wurde, erklärte hierauf, dass das für ihn keine bindende Instruktion bilden kann.“



schriftlich um eine Zuweisung aus den Einwohnerabgaben, erhielten allerdings vom Kreishauptmann dazu keine Antwort, zum Beispiel im Kreis Nowy Targ/Neumarkt.<sup>1344</sup> Im Laufe des Sommers scheinen dann aber einige Komitees mit Mitteln aus der Abgabe bedacht worden zu sein. So wurde dem Hilfskomitee in Dębica/Dembica ein kleiner Betrag gezahlt, der allerdings nur etwa zwölf Prozent des gesamten Aufkommens der Einwohnerabgabe betrug.<sup>1345</sup> In anderen Kreisen – etwa dem Warschauer – wurde ebenfalls Geld übermittelt. Neben der JSS bedachten die Besatzer daneben Judenräte, was den der JSS potentiell zur Verfügung stehenden Anteil wiederum verringerte.<sup>1346</sup> Aus einem Verteilungsplan der Zuwendungen durch die Kreis- und Stadthauptmänner für den Monat März 1942 geht hervor, dass insgesamt 42 Kreis- und Stadthauptleute in diesem Monat 170.000 Złoty an die Hilfskomitees und Delegaturen verteilten. Den höchsten Betrag zahlte der Stadthauptmann in Warschau mit 85.000 Złoty und den geringsten Betrag mit 900 Złoty der Kreishauptmann von Jaroslau an das Hilfskomitee in Łańcut/Landshut aus.<sup>1347</sup> Allerdings betrug die Zahl der Hilfskomitees und Delegaturen zu dieser Zeit zwischen 412 (März 1942) und 424 (Juni 1942)<sup>1348</sup> – demnach machen die 42 regionalen und lokalen Abordnungen der JSS die einen Anteil an der Einwohnerabgabe erhielten gerade etwa zehn Prozent aus. Unter anderem deshalb bemühte sich das Präsidium der JSS weiterhin um einen größeren Anteil aus den Mitteln – vor allem den eingenommenen Steuern – der Regierung zu erhalten. Das Präsidium der JSS schrieb im März 1942 einen langen Brief an diese, in dem es zunächst die wachsenden Steuereinnahmen der Regierung explizit aufzählte und dabei deutlich heraushob welchen Anteil die jüdische Bevölkerung daran direkt oder indirekt – über Immobilien oder „treuhänderisch“ verwaltete Betriebe – leistete, ehe es auf die absolute Notlage der eigenen Organisation hinwies:

„Die juedische Bevoelkerung ist nicht in der Lage den unerlaesslichsten Aufgaben der sozialen Fuersorge und freien Wohlfahrt auch nur annähernd gerecht zu werden und die bis nun den Juden ausgezahlten Subventionen aus staatlichen Mitteln sind bei Weitem nicht ausreichend, um die Wohlfahrtsaktion auch nur einigermaßen zu finanzieren, da sie in gar keinem Verhältnis zu den

<sup>1344</sup> Vermerk betr. „Anteil an der Einwohnerabgabe im Kreise Neumarkt“, 21.06.1941, AŽIH, 211/169, Bl. 2.

<sup>1345</sup> Vermerk betr. „Subventionen“, 02.07.1941, AŽIH, 211/170, Bl. 3.

<sup>1346</sup> Vermerk betr. „Anteil aus der Einwohnerabgabe im Kreis Minsk Maz.“, 26.09.1941, AŽIH, 211/172, Bl. 46. „Das Mitglied unseres Präsidiums Dr. Wielikowski teilt uns in einem Bericht über seine Dienstreise im Distrikt Warschau in der zweiten Woche des Monats September l.J. Folgendes mit: Aus dem Aufkommen aus der Einwohnerabgabe hat der Judenrat in Minsk Mazowiecki den Betrag von Zł. 17.000 erhalten, die jüdische soziale Fürsorge in Kaluszyn in demselben Kreise den Betrag von Zł. 5.000.“

<sup>1347</sup> Verteilungsplan der Zuwendungen durch die Kreishauptmänner für den Monat März 1942, BJ, 35/97. Im Folgenden werden die Zahlen aus dem Verteilungsplan in Złoty angegeben. Die Schreibweise der Stadtnamen erfolgt entsprechend der Quelle beibehalten: Warschau-Stadt: 85.000; Warschau-Land: 2.000; Siedlce: 1.500; Sokolow: 1.700; Garwolin-Zelechow: 2.500; Minsk-Mazowiecki: 1.250; Krakau-Stadt: 2.500; Krakau-Land: 1.800; Neumarkt: 1.000; Reichshof: 1.500; Sanok: 1.300; Tarnow: 3.750; Debica: 1.500; Landshut: 900; Jaslo: 1.700; Krosno: 1.600; Neu Sandez: 2.000; Miechow: 3.000; Radom-Stadt: 1.500; Radom-Land: 1.500; Kielce-Stadt: 1.000; Kielce-Land: 3.500; Busko: 2.500; Opatów: 3.000; Konskie: 1.000; Starachowice: 1.300; Jędrzejow: 1.400; Radomsko: 1.500; Tomaszow Mazowiecki: 4.000; Petrikau: 1.800; Tschernstochau: 2.000; Lublin-Stadt: 3.000; Lublin-Land: 3.000; Biała Podlaska: 2.000; Bilgograj: 2.000; Cholm: 2.500; Hrubieszow: 3.000; Janow Lubelski: 2.000; Kranystaw: 2.500; Zamosc: 2.000; Opole: 2.500; Radzyn: 3.000.

<sup>1348</sup> Vgl. Diagramm. Zu den exakten Zahlen vgl. Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. November 1941 bis zum 31. Januar 1942 [versandt am 13. Februar 1942], AŽIH, 211 aneks/69, Bl. 32–38. Teile davon sind auch vorhanden in YVA, O.21/18-1 Bl. 44–46 und YVA, O.21/19, Bl. 22–24 sowie Vermerk betr. „Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29, hier: Bl. 29.

wirklichen Beduerfnissen auf diesem Gebiete stehen. Es besteht also die dringende Notwendigkeit, dass der J.S.S. fuer Zwecke der juedischen sozialen Fuersorge und freien Wohlfahrt neue Einkunftsquellen eroeffnet werden, als welche sich entsprechende Dotationen aus kommunalen Mitteln, gemass dem Grundsatz ‚Juden fuer Juden‘ besonders eigenen. Angesichts dessen gestattet sich das Praesidium der J.S.S. an die Regierung des Generalgouvernements Hauptabteilung Innere Verwaltung Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge mit der ergebenen Bitte heranzutreten, dass sie das Noetige zu veranlassen geruhe, dass die Herren Gouverneure und Kreishauptleute als die Aufsichtsorgane ueber die territoriale Selbstverwaltung aus den kommunalen Mitteln den Geschaeftstellen der J.S.S. staendige Dotationen fuer Zwecke der juedischen sozialen Fuersorge und freien Wohlfahrt entsprechend der Steuerleistung der Juden und juedischen Vermoegen in den einzelnen Ortschaften, zuweisen.“<sup>1349</sup>

Auf der einen Seite bemuhten sich das Praesidium der JSS und die regionalen und lokalen Abordnungen selbst unaufhoerlich um die Zuweisung von finanziellen Mitteln. Auf der anderen Seite berichteten die Hilfskomitees und Delegaturen, dass Bargelder eigentlich keine Bedeutung fuer ihre Arbeit haetten. Die Tuetigkeit haenge vielmehr von der Zuweisung an Nahrungsmitteln ab, da man im freien Handel ohnehin nichts erwerben koenne.<sup>1350</sup> In diesem Kontext suchte der Distriktberater von Lublin Kontakt zur Abteilung „Ernaehrung und Landwirtschaft“ im Distrikt, um entsprechende Zuweisungen zu erhalten. Die Besitzer lehnten dieses Gesuch allerdings ab.<sup>1351</sup> Bereits frueher hatte sich das Praesidium der JSS um eine Zuweisung von Lebensmitteln fuer die Fuersorgeanstalten ersucht: *„Die Bemuehungen stiessen auf betraechtlichen Schwierigkeiten, insbesondere stellte sich bald heraus, dass auf dem freien Markte keine Lebensmittel zu beschaffen waren und dass diese Anstalten auf die Zuwendungen der Behoerden ausschliesslich angewiesen sind.“*<sup>1352</sup> Aus diesem Grund beauftragte das Praesidium seine Dienststellen bei den lokalen Behoerden um Zuwendungen von Lebensmitteln bittstellig zu werden. Die Anstrengungen der einzelnen Komitees waren teilweise von Erfolg gekrönt. So erhielten Nowy Sącz/Neu Sandez, Miechów, Dębica/Dembica, Radom, Kielce sowie Lublin Lebensmittelkontingente zugewiesen.<sup>1353</sup> Dem Distrikt Radom wies man ebenfalls – zumindest zeitweise im Jahr 1941 – 1.300 Kilogramm Mehl zu. Allerdings war gerade in den kleineren Ortschaften des Distriktes die Ernaehrungslage dennoch verzweifelt. Die Abteilung „Bevoelkerungswesen und Fuersorge“ im Distrikt erklarte, *„dass die Lebensmittelzuteilung in den kleineren Ortschaften von den*

---

<sup>1349</sup> Abschrift JSS, Abt. Finanzen und Rechnungswesen an BuF betr. *„Dotationen fuer die J.S.S. aus kommunalen Mitteln“*, 23.03.1942, AŽIH, 211 aneks/74, Bl. 646f.

<sup>1350</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Praesidiums der Juedischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Dienstraumen der Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17. In dieser Quelle schrieb man ueber die vom Praesidium an die Hilfskomitees und Delegaturen zugewiesenen Geldmittel, von denen im freien Handel nichts zu erwerben war. Dies kann auf die aus den Einwohnerabgaben stammenden Geldmittel uebertragen werden.

<sup>1351</sup> Ebd.

<sup>1352</sup> Tuetigkeitsbericht der Juedischen Sozialen Selbsthilfe Praesidium fuer das abgelaufene Geschaeftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. Maerz 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1353</sup> Ebd.

*Kreisauptmännern abhängen.*<sup>1354</sup> Neben der regelmäßigen Beschaffung von Geldern und weiteren Mitteln für die Hilfstätigkeit gab es spezielle Aktionen beziehungsweise Initiativen durch Veranstaltungen oder Einrichtungen Geld für die Hilfskomitees zu beschaffen. In besonderer Weise ist dies für das Komitee in Warschau belegt: *„Die grossen Bedürfnisse unserer Institution im Ausschuss für soziale Hilfe, die sich im Zusammenhang mit dem kommenden Winter biegsam vergrössern, zwingen die Jüdische Soziale Selbsthilfe immer nach neuen Quellen, die irgendwelche materielle Einkünfte zutragen könnten, zu suchen. Infolge dessen hat die Verwaltung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe die Absicht eine Leihbibliothek zu eröffnen, deren Einkünfte für die soziale Selbsthilfe bestimmt werden sollen.*“<sup>1355</sup> Für andere Ortschaften sind besondere Aktionen ebenso belegt. So wurde in Rozwadów Geld unter den Bedürftigsten verteilt, das durch die Versteigerung von Spenden eingenommen wurde. Versteigert wurden einige Männerhemden, eine Arbeitergarnitur, drei Damen- sowie vier Kinderkomplets, ein Damenkleid, drei Kinderkleidchen, ein Damensweater, drei Paar Männerschuhe und 200 Heringe: *„Da sich diese geringe Anzahl von einzelnen Stücken auf die große Zahl der Bedürftigen nur so schwer verteilen liess, hat der Judenrat beschlossen, die Liebesgaben öffentlich zu versteigern und den Erlös in Bargeld unter den Ortsärmsten zu verteilen.*“<sup>1356</sup> Den Ertrag verteilte man unter 57 Gesuchstellern.<sup>1357</sup> Dennoch kam es im Kontext solcher Versteigerungen zuweilen zum Konflikt mit der Aufsichtsbehörde, da diese den Vorwurf erhob, dass die eingenommenen Gelder nicht ihrem Zweck zugeführt würden. Diesem entgegnete das Präsidium der JSS, dass dies geschehe.<sup>1358</sup> In einigen Ortschaften wurden – mit und ohne behördliche Anordnung – Postsammelstellen eingerichtet, deren Gewinn der JSS zu Gute kam.<sup>1359</sup> Im Oktober 1941 wurde die Verordnung über die Erhebung einer Einwohnerabgabe geändert. Die ursprüngliche Zweckbe-

<sup>1354</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>1355</sup> JSS wohl Warschau an Amt des Distriktchefs, Abt. Volksaufklärung und Propaganda bzgl. Einrichtung einer Leihbibliothek [ohne Datum], AŽIH, Ring I/305. Weiter hieß es: *„Deshalb richten wir an die Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda die höflichste Bitte uns eine Erlaubnis für Eröffnung einer solchen Leihbibliothek gefl. erteilen zu wollen. Wir fügen bei, dass die vorgesehene Bibliothek auf folgender Basis geführt werden soll: 1/ Die Leihbibliothek soll ausschliesslich für Juden bestimmt sein. 2/ Als Ziel der Leihbibliothek ist gedacht: die Verbreitung des Erziehungseinflusses unter den Lesern auch im Sinne der fachmännischen Kenntnisse. Die Büchersammlung, die ausser Unterhaltung, Bücher in mehreren Sprachen enthalten soll, mit besonderem Nachdruck auf Bücher, die Verständnis und Liebe zur Arbeit bereiten, soll ferner solche enthalten, die Fachzweite und Handwerk-Literatur behandeln. Selbstverständlich sollen Bücher, die von der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda verboten, bezw. nicht zugelassen sind, nicht in der Büchersammlung Platz haben. [3]/ Ein Verzeichnis der in der Büchersammlung sich befindlichen Bücher soll der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda zugestellt werden, um die Bestätigung des genannten Amtes zu bekommen. [4]/ Die Einkünfte der Leihbibliothek sollen für die Winterhilfe der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe verwendet werden. [5]/ Sämtliche Verordnungen der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda sollen auf das genaueste eingehalten werden. Die Verwaltung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe gestattet sich beizufügen, dass das Inbetriebsetzen der genannten Aktion in grossem Masse zur Linderung der grossen Not unter der ärmsten jüdischen Bevölkerung beitragen soll.“*

<sup>1356</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Versteigerung von Liebesgaben“, 02.04.1941, AŽIH, 211 aneks/36, Bl. 80.

<sup>1357</sup> Ebd.

<sup>1358</sup> Abschrift JSS an das Amt des Chefs des Distrikts Krakau, Aussiedlungsstelle zu Händen Amtsleiter Rodler betr. „Versteigerung der Liebesgaben im Rozwadów“, 04.04.1941, AŽIH, aneks/36, Bl. 79.

<sup>1359</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Uebertragung der Errichtung juedischer Postsammelstellen an die J.S.S.“, 23.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 479.

stimmung bei der Verwendung der Abgabe für die Fürsorge fiel weg. Mit Hinweis auf diese Änderung informierte die Regierung die Gouverneure im Juli 1942, dass der Runderlass vom 31. Januar 1941 – mit dem auf die Auszahlung der Einwohnerabgabe zugunsten der jüdischen Fürsorge und Wohlfahrt hingewiesen worden ist –, außer Kraft gesetzt wurde: „*Ich stelle jedoch den Kreis- und Stadthauptleuten anheim, ob sie nach den in ihrem Amtsbereich vorliegenden Verhältnissen und Bedürfnissen den Jüdischen Hilfskomitees Mittel aus dem Einkommen der Einwohnerabgabe zur Verfügung stellen oder nicht. Feste, etwa den Steuerleistungen der Juden entsprechende Zuwendungen kommen jedoch künftig nicht mehr in Frage. Ich bitte, hiervon die Kreis- und Stadthauptleute umgehend in Kenntnis zu setzen.*“<sup>1360</sup> Am 29. Juli 1942 – elf Tage, nachdem das Rundschreiben an die Distriktchefs ergangen war – erhielt das Präsidium der JSS die Aufforderungen alle Vorbereitungen für eine Auflösung zu treffen. Die Hilfskomitees und Delegaturen sollten noch nicht darüber in Kenntnis gesetzt werden.<sup>1361</sup> Allerdings scheint der zeitliche Zusammenhang kein Zufall gewesen zu sein.<sup>1362</sup>

## II.2.6 Die Tätigkeit der Distriktberater und Inspekture

Die Distriktberater wurden in der Satzung und der eigentlichen Geschäftsordnung der JSS nicht als Bestandteile der Organisation genannt.<sup>1363</sup> Allein in der II. Geschäftsordnung wird die Existenz dieser Personen dadurch öffentlich, dass für sie festgelegt wurde, dass auch sie ihre Korrespondenz in Abschrift der ihnen übergeordneten Stelle vorlegen müssen.<sup>1364</sup> Allerdings hielt die Aufsichtsbehörde die Funktion der Distriktberater in einer ebenfalls im Jahr 1940 veröffentlichten Schrift fest – sie firmieren dort als Beiräte bei den Distriktchefs:

„Nach § 20 der 1. Geschäftsordnung für den Polnischen Hauptausschuß werde je 2 polnische Beiräte dem zuständigen Distriktchef delegiert, der diesen besondere Aufgaben auf dem Gebiet der freien Wohlfahrt zuweisen kann. Durch Rundschreiben der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge im Amt des Generalgouverneurs werden außerdem dem Distriktchef je ein Ukrainer und ein Jude delegiert. Diese 4 Beiräte beim Distriktchef sind Mitglieder der an den Sitzen des Distriktchefs bestehenden einzelnen Hilfskomitees. Sie beraten u.a. den Fürsorgereferenten beim Chef des Distrikts bei der Ausstellung des Verteilungsplanes für angekommene Liebesgaben und organisieren nach Genehmigung dieses Verteilungsplanes die Verteilung an die einzelnen Hilfskomitees.“<sup>1365</sup>

Dies war in der Geschäftsordnung des PHA so vorgesehen.<sup>1366</sup> In der Geschäftsordnung der JSS hingegen fehlt dieser Passus.<sup>1367</sup> Im ersten Geschäftsjahr der Organisation, das bis zum 31. März

<sup>1360</sup> Rundschreiben der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abteilung Kommunalverwaltung an die Gouverneure der Distrikte betr. „*Einwohnerabgabe, Verwendung des Aufkommens*“, 18.07.1942, AAN, 540/1, Bl. 84.

<sup>1361</sup> Kopie BuF an JSS betr. „*Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 29.07.1942, AŽIH, 211 aneks/278. Weichert war der direkte Adressat des Schreibens. Das Original des Schreibens findet sich in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 5.

<sup>1362</sup> Vgl. hierzu III.1.1.

<sup>1363</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>1364</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

<sup>1365</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 31. Ähnlich formuliert auch in Kanzlei des Generalgouverneurs: Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Bd. 1: Raumordnung und Aufbau der Verwaltung, Rechtsetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung, BAB, R 52 II/247, Bl. 182. Ähnlich formuliert auch in ebd., Bl. 193.

<sup>1366</sup> Geschäftsordnung des Polnischen Hauptausschusses, § 20.

<sup>1367</sup> Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, passim.

1941 ging, legte die JSS in einer Konferenz bei den Beratern die Richtlinien für deren Arbeit fest.<sup>1368</sup> Im zeitlichen Zusammenhang mit der Konstituierung des Präsidiums der JSS schlug dieses erstmals „Berater bei den Distriktchefs“ bei der Aufsichtsbehörde vor. Für den Distrikt Krakau sah die JSS Juda Zimmermann vor, für den Distrikt Warschau Gustaw Wielikowski, der zudem Mitglied des Präsidiums war, für den Distrikt Radom Józef Diamant, der zugleich Obmann des Judenrates in Radom und Obmann des Oberältestenrates der jüdischen Bevölkerung im Distrikt Radom war und für den Distrikt Lublin Marek Alten, der Obmannsstellvertreter des Judenrates in Lublin war.<sup>1369</sup> Den entsprechenden Personen, die für den Posten im jeweiligen Distrikt vorgehsehen waren, legte das Präsidium das Ende September 1940 schriftlich vor.<sup>1370</sup> Eine Bestätigung durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ erfolgte jedoch erst später. So lag für Juda Zimmermann eine solche Bestätigung erst im Januar 1941 vor.<sup>1371</sup> Für einige Distrikte – etwa Radom – ist belegt, dass es einen zweiten Distriktberater gab. Beispielsweise wurde Józef Diamant ab März 1941 eine zweite Person – Israel Falk – als „Berater der J.S.S.“ zugeteilt.<sup>1372</sup> Und auch Marek Alten in Lublin ordnete man einen zweiten Distriktberater – Mordka Goldfarb – zu.<sup>1373</sup> Nach Anschluss des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement wurde auch dort ein Distriktberater eingesetzt. Leib Landau, der später zudem Mitglied des Präsidiums war, hatte den Posten inne.<sup>1374</sup> Die Distriktberater nahmen – sofern sie nicht ohnehin Mitglieder waren – zuweilen an den Sitzungen des Präsidiums teil.<sup>1375</sup> Die Aufgaben der Distriktberater gestalteten sich je nach Distrikt und je nach Zeit sehr unterschiedlich. Den Beratern der JSS im Distrikt Lublin oblag es beispielsweise schon vor März 1941 – einer Zeit in der die Besatzer Massen an umzusiedelnden Menschen in den Distrikt verbrachten – „an Ort und Stelle die Lage der Aussiedler zu prüfen und die dringendsten Maßnahmen zu treffen [...]“. <sup>1376</sup> Im Allgemeinen oblagen den Beratern die Koordination der Fürsorge und Wohlfahrt im

<sup>1368</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1369</sup> Abschrift JSS an BuF, 07.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 239.

<sup>1370</sup> Vgl. dazu Abschrift JSS an G. Wielikowski betr. „Berater beim Distriktchef Warschau“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 20.

<sup>1371</sup> Abschrift BuF, betr. „Berater bei den Distriktchefs“, 03.01.1941, AŽIH, 211/180, Bl. 3. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 22f.

<sup>1372</sup> Vgl. etwa JSS an Israel Falk betr. „Dienstbestimmung“, 01.04.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 139 oder auch JSS an Josef Diamant betr. „Dienstbestimmung des Herrn Israel Falk“, 29.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 264.

<sup>1373</sup> Vgl. etwa JSS an Marek Alten betr. „Dienstbestimmung des Herrn Mordko Goldfarb“, 28.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 265.

<sup>1374</sup> JSS an BuF betr. „Neubenennung eines Mitgliedes des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 10.04.1942, AŽIH, 211 aneks/74, Bl. 731. Für den Distrikt Galizien stellte dies DIETER POHL in seiner Studie zur Judenverfolgung in Ostgalizien heraus: DERS.: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 117f.

<sup>1375</sup> JSS an den Sekretär des Beirates der J.S.S. beim Gouverneur des Distrikts Radom betr. „Besprechung wichtiger Angelegenheiten“, 26.02.1942, AŽIH, 211 aneks/71, Bl. 229.

<sup>1376</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

entsprechenden Distrikt und die Kommunikation zwischen den einzelnen Kreisen.<sup>1377</sup> Schon früh reisten die Berater durch ihre Distrikte, um zum Beispiel die „*nötigen Unterlagen für die statistische Zusammenstellung der Ausgaben für die jüdische Wohlfahrt und Fürsorge zu erheben*.“<sup>1378</sup> Dabei waren diese Reisen nicht nur auf den eigenen Distrikt beschränkt. Der Berater des Distriktes Krakau beispielsweise plante daneben eine Reise nach Kielce, Radom, Warschau, Częstochowa/Tschenstochau, Piotrków Trybunalski/Petrikau sowie Lublin, um „*die diesbezgl. dortigen Ausgaben zu erheben und sie mit dem im Distrikt Krakau bestehenden Verhältnissen zu vergleichen*.“<sup>1379</sup> Diese Reise war wohl direkt mit der Verteilung der ausländischen Liebesgaben unmittelbar nach dem Entstehen des Präsidiums verbunden. Die Aufgabe war den Distriktberatern übertragen worden, da das Präsidium noch nicht über genügend Unterlagen über die Bedürfnisse der einzelnen Distrikte oder gar Kreise informiert war.<sup>1380</sup> Über den kompletten Zeitraum des Bestehens der JSS berichteten die Distriktberater immer wieder dem Präsidium über die aktuelle Lage und besondere Geschehnisse im Distrikt.<sup>1381</sup>

Das JDC in Polen hatte für seine Tätigkeit in der Vorkriegszeit Inspekture, die die Arbeit der US-amerikanischen Hilfsorganisation in den einzelnen Orten überwachten. Die Inspekture hatten dabei unterschiedliche Aufgaben zu verrichten.<sup>1382</sup> Da die Tätigkeit der Inspekture für die JSS ebenfalls von Wichtigkeit war, unternahm das Präsidium Anfang des Jahres 1941 den Versuch die Inspekture als Mitarbeiter der JSS anzustellen.<sup>1383</sup> Die Aufgaben der Inspekture in der Zeit in der sie noch für die US-amerikanische Organisation tätig waren:

„1. a/ Das Belehren der Hilfskomitees über ihren Tätigkeitsbereich, b/ das Belehren über das Präliminierungs-System der Budgets, über die Höhe der eventuellen Subventionen, über die Arbeitsrahmen der Sozialen Fürsorge in den einzelnen Ortschaften, c/ das Belehren über gehörige Buchführung, Statistik, gemäss unsren Anforderungen, d/ das Belehren an Ort u. Stelle der Leistungen der Hilfskomitees über die amtlichen Vorschriften der Wohlfahrtsarbeit und Erteilung von Informationen, betreffend die soziale Fürsorge. 2. a/ Die Kontrolle der Budgetausführung und Überprüfung in Bezug auf Verteilung unserer Fonds, Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und anderer Liebesgaben, gemäss den von uns ausgearbeiteten Richtlinien, b/ die Kontrolle und Feststellung,

<sup>1377</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an das Hilfskomitee für den Kreis Grojec betr. „*Beratung in Warschau*“, 01.02.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 17. „*Im Zusammenhang mit den schwebenden Angelegenheiten der sozialen Fürsorge betreffend den Kreis Grojec und die nachbarlichen Kreise ist es unbedingt notwendig, dass 2 oder 3 Mitglieder des Jüdischen Hilfskomitees in Grojec sofort nach Warschau zu Beratungen kommen um dortselbst mit unserem Berater beim Chef des Distrikts Warschau Herrn Dr. G. Wielikowski, wohnhaft in Warschau [...] in Fühlung zu treten.*“

<sup>1378</sup> Abschrift Berater des Distrikt Krakau der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe an das Amt des Chefs des Distriktes Krakau, 06.12.1940, AŽIH, 211/179, Bl. 22.

<sup>1379</sup> Ebd.

<sup>1380</sup> Vgl. etwa Abschrift Berater beim Distrikt Krakau der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe an Chef des Distrikts Krakau, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge betr. „*Verteilung der ausländischen Liebesgaben*“, 29.12.1940, AŽIH, 211/179, Bl. 31–33. „*Da jetzt die erste Verteilung der Liebesgaben vorgenommen werden sollte, hat das Präsidium der J.S.S. den Beschluss gefasst, diese erste Verteilung einmalig den vereinigten Komitees der Distrikt-Städte /Stadt und Land/ unter Aufsicht und Kontrolle der Berater beim Chef des Distrikts zu übertragen, weil das Präsidium der J.S.S. noch keine genügenden Grundlagen zur Feststellung des Verteilungsschlüssels gesammelt hat und die Berater diese Grundlagen rascher sammeln und eine baldige Verteilung vorgenommen werden konnte.*“

<sup>1381</sup> Vgl. etwa Vermerk betr. „*Die Lage der Juden in den zwei jüdischen Wohnbezirken Radoms*“, 09.05.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 70.

<sup>1382</sup> In II.6 wird genauer auf die Tätigkeit der Organisation und die Zusammenarbeit zwischen der JSS und dem JDC einzugehen sein.

<sup>1383</sup> Vgl. Abschrift JSS an BuF betr. „*Persönliche Fühlungnahme mit den Jüdischen Hilfskomitees*“, 20.02.1941, BJ, 199/57. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/32, Bl. 174f.

ob die örtlichen Komitees die versprochene Höhe der Sammlungen in eigenem Bereiche erreicht haben, c/ das Liquidieren von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten, wie auch Kompetenzstreite zwischen den einzelnen Wohlfahrtskomitees. 3. a/ Studieren an Ort und Stelle der faktischen Bedürfnisse der örtlichen Wohlfahrtsaktion und der potentiellen Möglichkeiten der freiwilligen örtlichen Sozialen Selbsthilfe, b/ das Feststellen, welche Leiter und Sekretäre der örtlichen Hilfskomitees den Inspektor bei den Visitationen der kleineren Ortschaften vertreten könnten.“<sup>1384</sup>

In der letzten Arbeitsperiode hätten die Inspektoren mehrere Berichte und Bemerkungen gesammelt, die sehr dazu beigetragen hätten sich in den Problemen, Möglichkeiten und Bedürfnissen aller Wohlfahrtsformen zu orientieren. Nur durch den direkten Kontakt könne man die Vielfältigkeit der Probleme der Fürsorge erfassen. Da jedes Hilfskomitee mindestens zwei Mal jährlich besucht werden müsse und circa 400 Komitees wirkten, bedürfe man zur Kontrolle ungefähr 1.600 Inspektionstage. Annehmend, dass jeder Inspektor 150 Tage im Jahre Inspektionen ausführt, verlangten diese Funktionen zehn Inspektoren, so hieß es in einer Notiz des JDC, dessen Inspektoren noch nach der Besatzung Polens und der Gründung des Generalgouvernements tätig waren. Aus den Ausführungen lässt sich schließen, dass diese Notiz im – wohl späten – Verlauf des Jahres 1941 entstanden sein muss.<sup>1385</sup> Bereits Anfang 1941 hatte sich das Präsidium der JSS darum bemüht, dass die Inspektoren des JDC von der neu entstandenen Organisation übernommen werden beziehungsweise die JSS teile der Aufsichtsbehörde mit, dass drei Inspektoren der US-amerikanischen Organisation bereits angestellt worden seien. Gegen diese Anstellungen seien in einer mündlichen Besprechung seitens der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Bedenken geäußert worden, da die Satzung der JSS das Amt der Instruktoren nicht vorsehe. Das Präsidium der JSS habe deshalb darauf hingewiesen, dass es ihm weder um die Bezeichnung noch um diese oder jene Person gehe. Vielmehr war es sein Ziel, dass die Herstellung und Aufrechterhaltung einer dauernden persönlichen Verbindung mit den Hilfskomitees und Delegaturen aufgebaut und gewährleistet werde. Als Grund führte das Präsidium vor allem den Aufbau der regionalen und lokalen Abordnungen der JSS an.<sup>1386</sup> Die Mittel über die es verfüge, stünden in keinem Verhältnis zu den in stetigem Wachsen begriffenen Bedürfnissen der Fürsorge und Wohlfahrt. Man müsse deshalb ver-

<sup>1384</sup> Notiz über die Tätigkeit der Inspektoren des JDC, ohne Datum, AŽIH, 210/4.

<sup>1385</sup> Ebd.

<sup>1386</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Persönliche Fühlungnahme mit den Jüdischen Hilfskomitees*“, 20.02.1941, BJ, 199/57. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/32, Bl. 174f. „*Da uns diese Angelegenheit von äusserster Wichtigkeit erscheint, gestatten wir uns hiermit folgendes anzuführen: Im September v.J. traten wir an die Arbeit heran. Im Laufe der kurzen Zeit errichteten wir 28 Hilfskomitees und 35 Delegaturen. In einigen Fällen konnte unser Referent für die Organisations- und Personalfragen die für die Zusammensetzung der Hilfskomitees nötigen Erkundigungen an Ort und Stelle einholen, in anderen mussten wir uns auf briefliche Informationen beschränken. In der Folge konnten Mitglieder des Präsidiums nur in den seltensten Fällen hier und da ein Hilfskomitee besuchen. Auf Grund der einlaufenden Korrespondenz können wir gegenwärtig mit voller Entschiedenheit feststellen, dass dieser Zustand für die Dauer unhaltbar ist. Die Jüdische Soziale Selbsthilfe ist eine junge Organisation, es wurde ihr von der Regierung die gesamte Wohlfahrt und Fürsorge an der jüdischen Bevölkerung übertragen. Die Mitglieder des Präsidiums sind besten Willen, die ihnen gestellten Aufgaben nach Massgabe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu erfüllen. Zu diesem Zweck müssen genaue Unterlagen beschafft und die berufenen Leute in den einzelnen Ortschaften gewählt werden. Hinzukommt, dass die Ortsverhältnisse sich oft u.z. in schnellem Tempo ändern. Eine genaue Kenntnis der jeweiligen Ortsverhältnisse, die nur auf Grund der Autopsie seitens Angestellter des Präsidiums gewonnen werden kann, könnte eine brauchbare Grundlage für die zu leistende Hilfe schaffen.*“

suchen die jüdische Gesellschaft zu bewegen, ihr Äußerstes zur Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsanstalten zu tun. Dies lasse sich nicht vom Schreibtisch aus bewirken, wenn die *JSS* „nicht eine *Papierinstitution bleiben*“ solle.<sup>1387</sup>

„Die schweren und vielfältigen Aufgaben unserer Fürsorge und Wohlfahrt legen dem Präsidium und den einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen die Pflicht auf, beim Haushalt mit äußerster Sparsamkeit vorzugehen. Dass dies tatsächlich geschehe, gibt es nur eine Gewähr: stets Aufsicht und Kontrolle. Die neuartige Gestaltung einer zentralen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisation, die bisnun hierzulange gänzlich unbekannt war, wird wohl öftere Änderungen in der personalen Zusammensetzung der Hilfskomitees und Delegaturen erfordern. Auch dieses Problem kann nur im Wege persönlicher Fühlungnahme gelöst werden. Die letzters behördlich angeordneten Umsiedlungen der Juden stellen die Hilfstätigkeit der J.S.S. vor neue Aufgaben. Entscheidungen müssten schnell an Ort und Stelle getroffen werden, die den Betreuten zugeordneten Hilfsleistungen mu[e]ss[en] den augenblicklichen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechen. Nur tatkräftige Männer, die Erfahrung haben und die Ortsverhältnisse kennen, könnten mit Erfolg arbeiten.“<sup>1388</sup>

Das erste Mal ersuchte die *JSS* am 25. Januar 1941 die Aufsichtsbehörde, die Anstellung der Inspektoren durch die *JSS* zu genehmigen.<sup>1389</sup> In der Zeit zwischen dem Erstantrag und der abermaligen Nachfrage am 20. Februar 1941,<sup>1390</sup> hatte die Organisation bereits versucht die Inspektoren einzusetzen und unter anderem über sie Geldmittel, die sie über den *HHA* erhalten hatte, möglichst schnell an Hilfskomitees und Delegaturen zu verteilen. Aus diesem Grund wandte sich die *JSS* an die Aufsichtsbehörde, um von dieser eine Bescheinigung für die Reise zu erbitten.<sup>1391</sup> Ob es zu dieser Reise Ende Januar 1941 tatsächlich kam und ob die Inspektoren wirklich eine längerfristige Einrichtung der Tätigkeit der *JSS* waren ließ sich nicht ermitteln. In den Akten des Präsidiums lassen sich kaum weitere Hinweise darauf finden,<sup>1392</sup> woraus sich schließen lässt, dass die Bemühungen der *JSS* um die Anstellung von Inspektoren nicht von Erfolg gekrönt waren. Da das *JDC* in einer Notiz über die Aufgaben seiner Inspektoren eine Zahl an Hilfskomitees von etwa 400 angab,<sup>1393</sup> diese Anzahl Anfang 1941 allerdings noch nicht existierte,<sup>1394</sup> kann man schließen, dass das Präsidium zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr 1941 einen weiteren Versuch unternahm oder ein solcher unternommen werden sollte. Ob dies im Zusammenhang mit der im Januar 1941 eventuell nicht genehmigten Reise für die einzusetzenden Instruktoren stand, ist nicht belegbar. Allerdings versuchte die *JSS* im Sommer 1941 Reisegenehmigungen für die Mitglieder der Hilfskomitees zu erlangen, sodass durch diese der Kontakt zu den unterstellten Delegaturen intensiviert werden konnte. In dem Schreiben an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ rekurrierte die Organisation auf die zuvor erfolgte Ablehnung der Instruktoren. Als Begründung führte sie vor

---

<sup>1387</sup> Ebd.

<sup>1388</sup> Ebd.

<sup>1389</sup> Ebd.

<sup>1390</sup> Ebd.

<sup>1391</sup> Abschrift *JSS* an BuF betr. „Genehmigung für Instruktoren Geldbeträge mit sich zu führen“, 28.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 205.

<sup>1392</sup> Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>1393</sup> Notiz über die Tätigkeit der Inspektoren des *JDC*, ohne Datum, AŽIH, 210/4.

<sup>1394</sup> Vgl. dazu Diagramm.



allem die Kommunikation zwischen dem Präsidium, den Hilfskomitees und Delegaturen an.<sup>1395</sup> Die JSS habe sich deshalb dazu entschlossen, dass zunächst eine Verbindung innerhalb einzelner Kreise zwischen den Hilfskomitees und den Delegaturen hergestellt werde. Dies habe nicht bloss eine einheitliche Ausrichtung der Fürsorge- und Wohlfahrtstätigkeit zum Zweck, sondern solle zudem den einzelnen Hilfskomitees eine genaue Kontrolle der Tätigkeit der Delegaturen ermöglichen und diene dazu, einen Überblick über die Bedürfnisse in den einzelnen Orten zu gewinnen.<sup>1396</sup>

## II.2.7 Die Zusammenarbeit und Konkurrenz mit den Judenräten

„Die Durchführung der offenen und geschlossenen Fürsorge und Wohlfahrt ist ausschliesslich Aufgabe der Geschäftsstellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe /Hilfskomitees, Delegaturen/. Für das Warschauer Ghetto ist eine andere Regelung zulässig. Die Geschäftsstellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sind organisatorisch von den Judenräten zu trennen. Ein Aufsichtsrecht der Judenräte über die Jüdischen Hilfskomitees besteht nicht. Die Judenräte sind verpflichtet, die Geschäftsstellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zu [unterstützen]. Sämtliche Unterstützungsleistungen, die von den Judenräten für Fürsorge- und Wohlfahrtsw Zwecke an Juden gewährt wurden, sind von jetzt ab ausschließlich durch die Geschäftsstellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe auszugeben.“<sup>1397</sup>

Dies schrieb die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Januar 1942 an das Präsidium der JSS.<sup>1398</sup> Das Verhältnis zwischen den Judenräten und der damals noch im Entstehen begriffenen JSS war bereits im Juni 1940 – also gut drei Monate vor der Konstituierung des Präsidiums der JSS – in einem Gespräch in der Zivilverwaltung Thema.<sup>1399</sup> Gerade da in der Zeit vor der Konstituierung des Präsidiums und der Einrichtung der Hilfskomitees und Delegaturen oftmals auch die örtlichen Judenräte für die Annahme der aus dem Ausland ankommenden Hilfslieferungen und deren Verteilung an die lokale Bevölkerung verantwortlich waren.<sup>1400</sup> Vermutlich entstanden dadurch vor allem in der frühen Zusammenarbeit zwischen der JSS, den Judenräten und den regionalen und lokalen Besatzungsbehörden Probleme. Auf diese Konkurrenzen wird genau wie auf die Zusammenarbeit in diesem Unterkapitel eingegangen.

<sup>1395</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Reisegenehmigung für die Mitglieder der Jüdischen Hilfskomitees“, 17.06.1941, AŽIH, 211 aneks/48, Bl. 275f. „Mit unseren sämtlichen Dienststellen stehen wir im regen Briefverkehr. Aber schon die kurze Erfahrung hat uns gelehrt, dass eine persönliche Fühlungnahme nottut. Die Jüdischen Hilfskomitees und insbesondere die Delegaturen bitten oft um persönliche Fühlungnahme. Die in steter Entwicklung begriffene Tätigkeit des Präsidiums erlaubt uns nicht langdauernde Reisen zu unternehmen, unser Antrag, Instruktoren das Bereisen der einzelnen Distrikte zu ermöglichen, wurde von der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge abschlägig beschieden.“

<sup>1396</sup> Ebd.

<sup>1397</sup> Abschrift wohl BuF an JSS betr. „Stellung der Judenräte zur Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 20.01.1942, AŽIH, 211/182, Bl. 31.

<sup>1398</sup> Ebd.

<sup>1399</sup> Gesprächsprotokoll Weichert, 21.06.1940, AŽIH, Ring II/119.

<sup>1400</sup> Lagebericht des Kreishauptmannes des Kreises Chelm, 09.09.1940, BAB, R 52 III/22. „Amerikanische Liebesgaben wurden dem Polnischen Roten Kreuz, dem Ukrainischen Hilfskomitee und dem Judenrat zugeleitet.“

In der öffentlichen Meinung gab es zeitgenössisch anfangs sowohl über die JSS als auch über die Judenräte kein gutes Bild. Am 8. Oktober 1940 notierte Chaim Kaplan in sein Tagebuch: *„Jüdischer Witz Nr. 2: Der Führer fragt Frank: ‚Welche Übel und Mißgeschicke hast du über die Juden Polens gebracht?‘ ‚Ich entzog ihnen den Lebensunterhalt; ich beraubte sie ihrer Rechte; ich errichtete Arbeitslager, und wir lassen sie Fronarbeiten leisten; ich habe ihren ganzen Reichtum und Besitz gestohlen.‘ Aber der Führer ist mit all diesen Maßnahmen nicht zufrieden und lächelt Frank zu. ‚Du hast mit den Judenräten ins Schwarze getroffen, und die ‚Selbsthilfe‘ wird ihr Untergang sein. Sie werden vom Erdboden verschwinden.“*<sup>1401</sup> Diese negative Meinung in Bezug auf die JSS revidierte der Autor am 29. November 1940: *„Die ‚Jüdische Selbsthilfe‘, an deren Erfolg zur Zeit ihrer Gründung niemand geglaubt hatte, ist eine weitreichende Wohlfahrtsorganisation geworden, die im Monat mehr als 100 000 Zloty einbringt.“*<sup>1402</sup> Er erweitert es sogar noch um den Zusatz, dass die JSS in der Öffentlichkeit großes Ansehen genieße,<sup>1403</sup> wenngleich im Laufe der Zeit doch wieder Zweifel am Stand der JSS in der Gesellschaft des Warschauer Ghettos aufkamen.<sup>1404</sup> Allerdings waren auch die Judenräte in der Ghetto-Gesellschaft nicht angesehen. So schrieb ein Diplomat in Warschau über die Lage in der jüdischen Bevölkerung im Januar 1941: *„Juden: Zunehmende Spannung. Zwischen Arm u. Reich im Getto, sowie zunehmende Opposition gegen Judenrat.“*<sup>1405</sup> Zwei Tage später hielt er fest, dass die Spannungen zwischen der jüdischen Bevölkerung und dem Judenrat zunähmen, da man dem letztgenannten Unfähigkeit und Korruption vorwerfe.<sup>1406</sup> Damit waren beide – die JSS und die Judenräte – zumindest zeitweise innerhalb der Bevölkerung nicht sehr angesehen. Weichert selbst führte in seinen Schriften Aussagen an, die das Verhältnis zwischen der JSS und den Judenräten in der Öffentlichkeit beschreiben: *„Die Judenräte nehmen bei den Juden und geben es den Deutschen,*

<sup>1401</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 243. Am 30. Oktober 1940 hatte der Autor seine Meinung zur JSS dann teilweise revidiert und notierte in sein Tagebuch: *„Die ‚Selbsthilfe‘ weiß, was sie tun muß, und sie sammelt alle ihre Kräfte, um diesen armen Menschen in ihrer Not zu Hilfe zu kommen. Aber wie ich sagte, ihre materiellen Mittel reichen nicht einmal für ein Hundertstel der Hilfesuchenden aus. Heute wurde ich zu einer Sitzung gebeten, die das Selbsthilfezentrum einberufen hatte, um das Hilfsprogramm energischer voranzutreiben. Ich hörte keine Reden, ich hörte Trauerreden. Sie sprachen nicht, sie weinten. Sie hatten keine Bedenken ihrer aufgeregten Wut freien Lauf zu lassen.“* Ebd., S. 257. Ein dem im Text genannten Zitat sehr ähnliches führte Emmanuel Ringelblum in seinen Aufzeichnungen an: *„Horowitz [Hitler] asked the local Governor General [Hans Frank] what he has been doing to the Jews. The Governor mentioned a number of calamities, but none of them sufficed for Horowitz. Finally, the Governor mentioned ten points. He began: ‘I have set in a Jewish Social Self-Aid Organization.’ ‘That’s enough; you need do no further.’“* JACOB SLOAN (Hg.): Notes of the Warsaw Ghetto. The Journal of Emmanuel Ringelblum, New York u.a. 1958, S. 55.

<sup>1402</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 269. Die Zahlenangabe in dem Zitat bezieht sich wohl auf die Abordnung der JSS in Warschau.

<sup>1403</sup> Ebd.

<sup>1404</sup> Ebd., S. 309. *„Aber es dauerte nicht lange, da begann die öffentliche Meinung anzudeuten, daß mit der ‚Selbsthilfe‘ nicht alles so war, wie es sein sollte, daß man Diebstähle und Unterschlagungen beginge, daß die Suppenküchen viel ausgäben, aber sehr wenige verköstigten, daß keine allgemeine Kontrolle bestände, daß sich ‚das ganze Unternehmen nicht lohnte‘ usw. Und je mehr verleumdet wurde, desto weniger Geld ging ein. Es steht mir nicht zu, ein Urteil darüber abzugeben, wer recht hat. Wie gewöhnlich übertreiben die Leute. Es ist kein Zweifel daran, daß die Leute saubere Hände haben, aber es ist möglich, daß der eine oder andere Beamte seine Treuepflicht verletzte und den Fonds bestahl.“*

<sup>1405</sup> Lagebericht des Generalkonsuls Franz Schattenfroh, Bericht Nr. 65, 22.02.1941, PAAA, R 60757.

<sup>1406</sup> Lagebericht des Generalkonsuls Franz Schattenfroh, Bericht Nr. 62, 24.01.1941, PAAA, R 60757.

die JSS nimmt bei den Deutschen und gibt es den Juden.“<sup>1407</sup> Allerdings sahen die Menschen, so wird zuweilen in zeitgenössischen Berichten deutlich, unter welch schwierigen Bedingungen die Mitglieder der Judenräte agierten. So stellte Pankiewicz heraus: „Die Tätigkeit des Judenrates bestand in erster Linie darin, die Befehle der Gestapo auszuführen. Darüber hinaus erfüllte er die Aufgaben allgemeiner Administration: das Anfertigen von Einwohnerlisten, die Registrierung der Geschäfte, die Bemühungen um die Zuweisung von Lebensmitteln und Brennstoffen an die Bewohner, das Bekanntgeben der Anordnungen der Besatzungsbehörden sowie deren Ausführung. Mit der Zeit lasteten immer schwierigere und unangenehmere Aufgaben auf den Mitgliedern des Judenrates.“<sup>1408</sup> Weichert führte zur Stellung der Judenräte in der jüdischen Bevölkerung an, dass dadurch dass die Judenräte Arbeitskräfte für die Besatzer stellen mussten, diese schon sehr schnell in der jüdischen Bevölkerung verhasst gewesen seien. Aus diesem Grunde hätten sie sich in die Hilfstätigkeit eingemischt, um ihr eigenes Bild zu verbessern. Weichert zitierte dann aus einem Gespräch zwischen ihm und einem Judenrat, in dem dies zum Ausdruck kommt. Sinngemäß lautet es: Warum kommt alles Böse nur von uns und alles Gute von euch?<sup>1409</sup> Eine Untersuchung, welche der Organisationen in der Gesellschaft die geachtete war, ob die eine besser beziehungsweise angesehen war, welche half und welche nahm, kann und soll in dieser Studie nicht geleistet werden und es ist fraglich, ob man darauf überhaupt eine Antwort finden würde, die für alle Hilfskomitees und Delegaturen der JSS und die lokalen Judenräte zutreffen würde. Zudem ließe sich diese Frage nicht einfach beantworten, da es oftmals personelle Überschneidungen zwischen der JSS und den Judenräten – sowohl im Präsidium als auch auf regionaler und lokaler Ebene – gab. So waren die Präsidiumsmitglieder Wielikowski und Zabłudowski gleichzeitig Mitglieder des Warschauer Judenrates,<sup>1410</sup> ebenso das spätere Präsidiumsmitglied Marek Alten. Er war bereits seit einiger Zeit als Distriktberater für die JSS tätig und zugleich im Judenrat in Lublin. Diese Überschneidungen zwischen Judenräten und der JSS lassen sich ebenfalls auf Ebene der Hilfskomitees und Delegaturen feststellen.<sup>1411</sup> Dies führte allerdings auch zu Problemen. So traten die Mitglieder eines Hilfskomitees im August 1941 kollektiv zurück. Als Grund wurde angeführt: „Ueberhauefung mit Arbeit im Judenrat zum Teil berufliche Arbeit oder mangelnde Gesundheit [...]. Diese Umstände brachten es mit sich, dass das Juedische Hilfskomitee im Kreise ueberhaupt keine Taetigkeit entfaltet hat, was aus dessen gezaehlten knappen Taetigkeitsberichten, in denen ueberhaupt nur von der Kreisstadt die Rede war,

<sup>1407</sup> WEICHERT: Milchome, S. 94. Fast gleichlautend gab Weichert dieses Zitat auch in anderen Schriften an. Vgl. etwa AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 101. „Rady biorą od Żydów, a dają Niemcom, Z.S.S. zaś bierze od Niemców i daje Żydom.“

<sup>1408</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 30f.

<sup>1409</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 21. Die Konflikte mit den örtlichen Judenräten werden ebenso in den Aufzeichnungen durch Weichert herausgestellt. So etwa AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 101.

<sup>1410</sup> Vgl. hierzu II.1.1.

<sup>1411</sup> SILBERKLANG: Gates of Tears, S. 64–68.

zur Genuege erhellt.“<sup>1412</sup> Zudem gab es das Hilfskomitee in Warschau, das man im Laufe seines Bestehens in den Judenrat der Stadt integrierte.<sup>1413</sup> So teilte am 5. Februar 1941 die Abteilung „Umsiedlung“ der Transferstelle beim Chef des Distrikts Warschau dem Hilfskomitee der JSS der Stadt Warschau mit, dass es sich in seiner weiteren Tätigkeit ausschließlich an die Weisungen des Judenrates zu halten und mit der genannten Dienststelle nur über den Judenrat zu verkehren habe. In weiteren Städten kam es ebenfalls zu derartigen Problemen. In der Sitzung des Hilfskomitees für den Kreis Miechów am 31. Januar 1941 erklärte der Leiter der Aufsichtsbehörde in der Kreishauptmannschaft, dass alle Entscheidungen und Antworten des Kreishauptmannes in Angelegenheit der JSS in Miechów dem Hilfskomitee in Zukunft durch den Kommissar der Judenräte für den Kreis Miechów bekanntgegeben werden. Zudem habe der Leiter verfügt, dass der genannte Kommissar der Judenräte zu allen Sitzungen des Hilfskomitees in Miechów eingeladen und überhaupt über sämtliche Schriften des Komitees zu unterrichten sei. Das genannte Hilfskomitee teilte dem Präsidium zudem mit, dass die Kreishauptmannschaft ein Gesuch um Zuteilung von Milch und Butter für kleine Kinder abschlägig beschied und die Auskunft darüber dem Hilfskomitee durch die Vermittlung des dortigen Judenrates zur Kenntnis brachte. Auch andere Hilfskomitees teilten dem Präsidium der JSS gelegentlich mit, dass amtliche Dienststellen an sie Schriftstücke durch die Vermittlung der Judenräte richteten.<sup>1414</sup> Wegen all dieser Vorkommnisse wandte sich das Präsidium der JSS an die Abteilung Zivilverwaltung und teilte mit, dass dem Wortlaut des Paragraph 13 der Satzung der JSS zufolge die Hilfskomitees der ihnen übergeordneten JSS und dem für sie zuständigen Kreishauptmann oder Stadthauptmann verantwortlich und an deren Weisungen gebunden seien und *„da ferner im Schreiben der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge vom 17. Januar l.J. [...] hingewiesen wird, dass die Jüdische Soziale Selbsthilfe von jüdischer Seite die einzige den Jüdischen Hilfskomitees übergeordnete Instanz bildet, da schliesslich die Einschaltung einer Mittelinanz die laufende Geschäftsführung erheblich verzögert und erschwert, gestatten wir uns einer wohlwollenden Erwägung zu unterbreiten, ob es nicht angezeigt wäre, die Frage des Verkehrs der amtlichen Dienststellen mit den Jüdischen Hilfskomitees dahin zu regeln, dass sie in direktem Verkehr mit den Jüdischen Hilfskomitees stehen.“*<sup>1415</sup> Zu weiteren Problemen kam es zudem durch die organisatorische Struktur der JSS. Auf der regionalen und lokalen Ebene gab es neben den Stadthilfskomitees Kreishilfskomitees, denen jeweils noch die Delegaturen unterstanden. Für die Delegaturen waren jeweils nur die übergeordneten Hilfskomitees, die in anderen Städten saßen, nicht aber die örtlichen Judenräte weisungsbefugt. Dies missachteten die Judenräte zuweilen. Die Besatzungsbehörden versuchten dieses Problem zu regulieren. So vermerkte

<sup>1412</sup> Abschrift JSS an den Herrn Kreishauptmann in Tomaszow Mazowiecki über BuF betr. *„Das Juedische Hilfskomitee fuer den Kreis Tomaszow Mazowiecki“*, 14.08.1941, YVA, O.21/34, Bl. 245f.

<sup>1413</sup> Vgl. hierzu II.2.2.

<sup>1414</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Verkehr Deutscher Dienststellen mit den Jüdischen Hilfskomitees durch die Vermittlung der Judenräte“*, 14.02.1941, AŽIH, 211 aneks/32, Bl. 360f.

<sup>1415</sup> Ebd.

das Präsidium im Juli 1941: „*Der uns durch das J.Hk. für den Kreis Radzyn in der Abschrift übermittelten Korrespondenz entnehmen wir, dass der Herr Kreishauptmann [...] an sämtliche Judenräte ein Rundschreiben erlassen hat, in welchen angewiesen wurde, dass jede Einflussnahme der Judenräte auf örtliche Delegaturen zu unterbleiben hat und dass die Kontrolle der Tätigkeit der Delegaturen ausschliesslich zum Jüdischen Hilfskomitee gehört.*“<sup>1416</sup>

Knapp ein Jahr nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS, es waren noch nicht alle Hilfskomitees und Delegaturen gegründet, wurden die ersten Delegaturen bereits wieder geschlossen und deren Aufgaben den Judenräten zu übertragen. So beschlossen die Besatzer beispielsweise im Kreis Jasło/Jessel im September 1941, dass „*in kleineren Ortschaften, in welchen nicht mehr als 500 Juden wohnen eine Delegatur nicht notwendig ist, da die dort vorhandenen Judenräte ihre Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Hilfe erfüllen können. Im Zusammenhang damit, haben wir beim Präsidium der J.S.S. in Krakau einen Antrag zu Liquidierung der Delegaturen in folgenden Ortschaften: Brzostek, Jedlice, Jodłowa, Kolaczyce und Korczyn.*“<sup>1417</sup> In anderen Städten und Kreisen schloss man die Hilfskomitees und Delegaturen nur temporär. Der Kreishauptmann aus Janów Lubelski beispielsweise gab die Anordnung, dass

„*in Anbetracht des derzeitigen Arbeitskräftemangels [...] der Judenrat der dortigen Gemeinde von 13 auf 3 Mitglieder reduziert [wird]. Diese drei Mitglieder haben auch die Interessen der J.S.S. in Personalunion wahrzunehmen. Infolgedessen wird der Judenrat in der derzeitigen Zusammensetzung mit dem 31. Juli aufgelöst. Die für den Judenrat vorgesehenen Mitglieder müssen ein Mindestalter von 50 Jahren haben. Etwa weitere notwendige Kräfte sind aus den Reihen der Juden im Alter über 60 Jahre zu entnehmen. Die Anträge auf Bestätigung der neuen Mitglieder der Judenräte, sowie sämtliche Angelegenheiten, sind noch hier – über die J.S.S. – einzureichen, für welche Sprechstunden jeden Montag von 10–12 festgesetzt sind.*“<sup>1418</sup>

Die Auflösung der Delegatur in Kraśnik,<sup>1419</sup> der in Zaklików,<sup>1420</sup> der in Radomyśl<sup>1421</sup> sowie der in Ulanów<sup>1422</sup> erfolgten im August 1941 tatsächlich. Im Oktober 1941 erging allerdings eine Direktive des Kreishauptmannes für den Kreis Janów Lubelski „*den status quo bezüglich der Delegaturen wieder herzustellen.*“<sup>1423</sup> Im selben Monat erließ der Kreishauptmann für Końskie/Konski, dass „*mit sofortiger Wirkung angeordnet wird, dass die Interessen der jüdischen Bevölkerung im Kreise Konskie nicht mehr durch die Jüdische Soziale Selbsthilfe, sondern wie früher durch den Ältestenrat der jüdischen Gemeinde in Konskie wahrgenommen werden. Gegenüber den deutschen Dienststellen wird der Ältestenrat der jüdischen Gemeinde in Konskie durch seinen Vertreter und ein Mitglied, sowie durch den Leiter des Jüdischen Hilfskomitees vertreten.*“<sup>1424</sup> Solche

<sup>1416</sup> Vermerk betr. „*Verhältnis der Judenräte zu der J.S.S.*“, 31.07.1941, AŽIH, 211/170, Bl. 40.

<sup>1417</sup> Bericht JSS Kreis Jasło, 15.09.1941, AŽIH, 211/473, Bl. 22f.

<sup>1418</sup> Vermerk betr. „*Judenräte und Jüdische Soziale Selbsthilfe im Kreis Janów Lubelski*“, 04.08.1941, AŽIH, 211/171, Bl. 7.

<sup>1419</sup> Vermerk betr. „*Fusion der J.S.S. mit dem Judenrat in Kraśnik, Kreis Janów Lub.*“, 06.08.1941, AŽIH, 211/171, Bl. 8.

<sup>1420</sup> Vermerk betr. „*Auflösung der J.S.S.-Delegatur in Zaklików, Kreis Janów Lubelski*“, 09.08.1941, AŽIH, 211/171, Bl. 12.

<sup>1421</sup> Vermerk betr. „*Judenrat und J.S.S.*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/171, Bl. 14.

<sup>1422</sup> Vermerk betr. „*Liquidation der J.S.S. im Kreise Janów Lubelski*“, 15.08.1941, AŽIH, 211/171, Bl. 40.

<sup>1423</sup> Vermerk betr. „*Die J.S.S. im Kreise Janów Lubelski*“, 14.10.1941, AŽIH, 211/173, Bl. 29.

<sup>1424</sup> Vermerk betr. „*Kontakt mit der Aufsichtsbehörde*“, 27.10.1941, AŽIH, 211/173, Bl. 55.

Schließungen waren vermutlich immer temporär und man wird nicht alle diese kurzzeitigen Schließungen in den Akten des Präsidiums der JSS greifen können, da man lediglich<sup>1</sup> davon erfährt, wenn das Hilfskomitee das Präsidium darüber unterrichtete.

Zudem existierten Wohlfahrtseinrichtungen, die direkt den Judenräten und nicht der JSS unterstanden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass diese Hilfseinrichtungen in der Zeit vor der Anerkennung der JSS durch die Besatzer, der Konstituierung des Präsidiums und der Einrichtung der Hilfskomitees und Delegaturen bereits den Judenräten unterstanden. So liegen Berichte der jüdischen Gemeinde in Krakau – unter anderem aus März und April 1940 – vor. Aus diesen geht hervor, dass die sozialen Belange in dieser Zeit den „*jüdischen Gemeinden*“ und damit den Judenräten oblagen. In diesen Berichten werden Kinderheime, Winterhilfe und anderes mehr thematisiert, da sie im Zuständigkeitsbereich der Judenräte lagen.<sup>1425</sup> Die Aufsicht über diese Einrichtungen ging auch nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS und der Einrichtung eines Hilfskomitees in der Stadt nicht an die Organisation über, sondern blieb teilweise in der Hand der Judenräte. Beispielsweise bestanden in Krakau beispielsweise im Januar 1941 drei Waisenhäuser, von denen mindestens eines zum Judenrat der Stadt gehörte.<sup>1426</sup>

Ein Instrument der Kommunikation des Präsidiums der JSS waren die Rundschreiben und Instruktionen, die das Präsidium in die Städte und Gemeinden versandte.<sup>1427</sup> Das erste Rundschreiben schickte das Präsidium im August 1940 – also noch vor seiner eigentlichen Konstituierung.<sup>1428</sup> Die vorhergehenden Schreiben waren noch im Namen der *Koordinierungskommission* erfolgt und damit in ihrem Wirkungskreis wohl vor allem auf die Stadt Warschau bezogen.<sup>1429</sup> Das erste Rundschreiben versandte die JSS wie bereits erwähnt im August 1940. Als Empfänger waren hier allein die Judenräte angegeben.<sup>1430</sup> Bis zum vierten Rundschreiben im September 1940 wurde der Kreis der Empfänger nicht erweitert.<sup>1431</sup> Erst ab dem fünften Schreiben wurden erstmals die Hilfskomitees als Adressaten des Rundschreibens angegeben.<sup>1432</sup> Die Judenräte wurden in der folgenden Zeit immer wieder als Empfänger der Rundschreiben mit angeführt,<sup>1433</sup> zuweilen schickte man Schreiben allein an die Judenräte.<sup>1434</sup> Das 41. Rundschreiben des Präsidiums der JSS vom 18. August 1941

---

<sup>1425</sup> Vgl. dazu Bericht der jüdischen Gemeinde in Krakau, AAN, 125/140, passim.

<sup>1426</sup> Vgl. etwa Hilfskomitees Krakau-Stadt an JSS, 07.01.1941, BJ, 37/97.

<sup>1427</sup> Vgl. AŽIH, 211/3–7.

<sup>1428</sup> Vgl. AŽIH, 211/4, Bl. 4.

<sup>1429</sup> Vgl. AŽIH, 211/3, Bl. 1f. sowie AŽIH, 211/3, Bl. 2. Die beiden Rundschreiben sind nicht datiert. Als Absender wurde jeweils die *Koordinierungskommission* angegeben. Die Empfänger waren im ersten Fall die „*Kommissionen, Sektionen und Abteilungen*“ und im zweiten Fall die für Warschau typischen „*Hauskomitees*“.

<sup>1430</sup> AŽIH, 211/4, Bl. 4.

<sup>1431</sup> AŽIH, 211/4, Bl. 5; AŽIH, 211/3, Bl. 24 sowie AŽIH, 211/4, Bl. 21.

<sup>1432</sup> AŽIH, 211/4 Bl. 24f.

<sup>1433</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 211/4 Bl. 24f.; AŽIH, 211/4, Bl. 26; AŽIH, 211/5, Bl. 21; AŽIH, 211/5, Bl. 24; AŽIH, 211/5, Bl. 27; AŽIH, 211/5, Bl. 34; AŽIH, 211/6, Bl. 18f.; AŽIH, 211/6, Bl. 21; AŽIH, 211/6, Bl. 24; AŽIH, 211/6, Bl. 30 sowie AŽIH, 211/10, Bl. 33.

<sup>1434</sup> AŽIH, 211/4, Bl. 41; AŽIH, 211/4, Bl. 42; AŽIH, 211/5, Bl. 1f.; AŽIH, 211/5, Bl. 25 sowie AŽIH, 211/5, Bl. 35.

war das letzte Rundschreiben, das neben den Hilfskomitees und Delegaturen die Judenräte als Adressaten hatte.<sup>1435</sup> Danach folgten – bis zum letzten Rundschreiben der JSS, das zugleich das erste und letzte der JUS war – im Jahr 1942 nur noch solche, die an die Hilfskomitees und Delegaturen gerichtet waren.<sup>1436</sup> Teilweise korrespondierten Dienststellen der Besatzer über den Judenrat mit der JSS. Soweit ersichtlich handelte es sich dabei jedoch nicht um solche der Zivilverwaltung, sondern um polizeiliche Stellen. So setzte zum Beispiel der Krakauer Judenrat die JSS von einem Befehl des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Kenntnis.<sup>1437</sup>

In dem Entwurf eines Rundschreibens, das an die Hilfskomitees nicht aber an die Judenräte gesandt werden sollte, wies das Präsidium darauf hin, dass im Sinne der Satzung und der Geschäftsordnung die Hilfskomitees eigenständige von den Judenräten unabhängige Institutionen seien. An den Orten an denen die Judenräte bislang die Sozialfürsorge organisiert hätten, sei sie schrittweise und im Einvernehmen mit dem Präsidium zu übernehmen.<sup>1438</sup> Ein erstes Rundschreiben an die Hilfskomitees, das sich mit deren Gründung beschäftigte und Anweisungen zur Ausgestaltung umfasste, versandte das Präsidium am 23. September 1940.<sup>1439</sup> Dabei nahm man auf ein voriges Rundschreiben Bezug, dass man lediglich an die örtlichen Judenräte versandt hatte.<sup>1440</sup> Daraus lässt sich schließen, dass vor allem in der Zeit der Entstehung der Kreis- und Stadthilfskomitees der JSS eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Präsidium der JSS und den Judenräten erfolgte. Allerdings kam es gerade in diesem Bereich auch zu Konflikten zwischen der JSS und den Judenräten.

Das Präsidium habe sich in der Anfangszeit bei der Konstituierung der Hilfskomitees vor allem mit zwei Problemen konfrontiert gesehen: zum einen mit den provinziellen Kreishauptmännern und zum anderen mit den örtlichen Judenräten, die eine reibungslose Einsetzung der Hilfskomitees und Delegaturen behindert hätten. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ habe an alle Kreis- und Stadthauptleute die bestätigten Satzungen und Geschäftsordnungen aller drei gegründeten Ausschüsse gesandt. Ein Teil der Kreis- und Stadthauptleute habe nicht gewartet, bis von Seiten des Präsidiums Vorschläge für die regionalen und lokalen Einrichtungen vorgelegt wurden. Sie hätten dagegen die örtlichen Judenräte aufgefordert Vorschläge für die Hilfskomitees zu ma-

<sup>1435</sup> AŽIH, 211/6, Bl. 30.

<sup>1436</sup> AŽIH, 211/6f. Das 65. Rundschreiben und damit das letzte der JSS bzw. erste der JUS findet sich AŽIH, 211/7, Bl. 32f. Dieses ist nicht datiert.

<sup>1437</sup> Jüdische Gemeinde Krakau an JSS betr. „Einordnung der ‚Centos‘-Waisenheimstätte und der T.O.Z.-Gesundheitsstelle in Krakau in Ihr Betreuungsnetz“, 19.12.1940, BJ, 37/97.

<sup>1438</sup> Entwurf des Rundschreibens Nr. 7 betr. „rozpoczęcia działalności Żydowskich Komitetów Opiekunich Miejskich i Powiatowych“, 20.09.1940, AŽIH, 211/114, Bl. 40f. In der Ausführung des Rundschreibens ist dieser Absatz, in dem dezidiert darauf hingewiesen wurde, verschwunden. Vgl. Rundschreiben Nr. 7 betr. „rozpoczęcia działalności Żydowskich Komitetów Opiekunich Miejskich i Powiatowych“, 23.09.1940, AŽIH, 211/4, Bl. 29f.

<sup>1439</sup> Rundschreiben Nr. 7 betr. „rozpoczęcia działalności Żydowskich Komitetów Opiekunich Miejskich i Powiatowych“, 23.09.1940, AŽIH, 211/4, Bl. 29f.

<sup>1440</sup> Vgl. Rundschreiben betr. „Tworzenie Żydowskich Komitetów Opiekunich“, September 1940, AŽIH, 211/4, Bl. 21.

chen. Die Judenräte wiederum hätten sich dem gebeugt, wohl auch um das Aufkommen von Judenräten unabhängigen Hilfskomitees zu unterbinden und sich so den direkten Zugriff auf die Hilfstätigkeit zu sichern.<sup>1441</sup> In Nowy Sącz/Neu Sandez war es beispielsweise zu einer Benennung durch den Judenrat gekommen, sodass das Präsidium der JSS intervenierte. Hierin hieß es, der Judenrat sei nicht berechtigt Mitglieder für die Hilfskomitees der JSS zu benennen.<sup>1442</sup> Weichert nannte unterschiedliche Maßnahmen, die das Präsidium durchgeführt habe, um die Judenräte dazu zu bewegen die Benennung der Hilfskomitees in die Hand der JSS zu geben – es werden vor allem Rundschreiben aufgeführt und zitiert, die diesen Punkt zum Thema hatten. In dem vierten Rundschreiben aus dem September 1940, das an die Judenräte gerichtet gewesen sei, habe die JSS festgestellt, dass laut der Satzung lediglich die Mitglieder des Präsidiums berechtigt seien, die örtlichen Hilfskomitees zu benennen.<sup>1443</sup>

Bereits in der ersten Sitzung des Präsidiums der JSS im September 1940 thematisierten die Anwesenden das Problem und besprachen mögliche Lösungswege. Mit Rücksicht darauf, dass viele Kreis- und Stadthauptleute die Judenräte aufgefordert hätten Mitglieder der Hilfskomitees zu benennen und die Personen, die fortan im Namen der JSS tätig sein sollten auf Grundlage dieser Vorschläge benannten, wurde beschlossen, dass man sich an Aufsichtsbehörde mit der Bitte wenden wollte, dass sie die Kreis- und Stadthauptleute durch ein Rundschreiben auf den Paragraphen zwölf der Satzung der JSS aufmerksam machen wollte.<sup>1444</sup> Diese Konkurrenzsituation kann ebenfalls darin begründet liegen, dass die Besatzungsbehörden wohl teilweise den Judenräten bereits vor der ersten Sitzung des Präsidiums mitteilten, dass die JSS ein Bestandteil des Judenrates sei.<sup>1445</sup> Zudem scheint eine generelle Abgrenzung zwischen der Tätigkeit der Hilfskomitees und der Judenräte schwer gewesen zu sein.<sup>1446</sup> Die Unstimmigkeiten zwischen den Judenräten und der JSS waren zudem mit hohem administrativem Aufwand für die JSS verbunden. Nach Uneinigkeiten zwischen dem Hilfskomitee in Wolomin und dem dortigen Judenrat reiste eine Person im Auftrag des Kreishilfskomitees Warschau-Land in den Ort, um sich dort ein Bild von der Lage zu machen.<sup>1447</sup> Es existierten noch mindestens bis in das Jahr 1941 hinein Hilfskomitees, die nicht nur von den Judenräten benannt, sondern auch bei ihnen angesiedelt waren. So gab es in Otwock, das

---

<sup>1441</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 21.

<sup>1442</sup> JSS an den Stadtkommissar der Stadt Neu Sandez, 29.08.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 275.

<sup>1443</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 27. Auch in dem Band seiner Erinnerungen, der sich mit der Kriegszeit beschäftigt, thematisierte Weichert die Konflikte zwischen der JSS und den Judenräten ausführlich, so etwa DERS.: Milchome, S. 93.

<sup>1444</sup> Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>1445</sup> Vgl. etwa CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 99.

<sup>1446</sup> Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17. „[...] die Abgrenzung der Zuständigkeit der Jüdischen Hilfskomitees von der der Judenräte ist bis zur Stunde nicht erfolgt.“

<sup>1447</sup> Protokoll der Sitzung vom 8. Juli 1941 (Warschau-Land), AŽIH, 211/1083, Bl. 7f.



eigentlich in den Bereich des Hilfskomitees Warschau-Land fiel, noch im Juni 1941 ein Komitee, das dem Judenrat unterstellt war. Der Judenrat erhielt aus diesem Grund direkte Subventionen von dem Präsidium der JSS.<sup>1448</sup> In manchen Orten legten die Hilfskomitees ihren Schriftverkehr dem Obmann des Judenrates im jeweiligen Ort vor<sup>1449</sup> und nach der Konstituierung der Hilfskomitees und Delegaturen setzte sich die Konkurrenz zwischen der JSS und den Judenräten fort:

„In Ergänzung unserer Eingabe vom 14. Februar l.J. [...] gestatten wir uns zum Fall Miechów noch Folgendes hinzuzufügen: Die Mitglieder des J.H.K. Miechów wurden von dem Kommissar der Judenräte für den Kreis Miechów, Apfelbaum am 18. Februar l.J. in die Räume der Jüdischen Gemeinde vorgeladen, wo ihnen ein Schreiben des Herrn Kreishauptmanns vorgelesen wurde, demzufolge das Mitglied des J.H.K. Miechów, Abram Sercarz, mit sofortiger Wirkung abberufen wurde. Der Kommissar verweigerte dem J.H.K. eine Abschrift dieses Schreibens. Der Fürsorgereferent des Herrn Kreishauptmanns händigte den übrig gebliebenen 4 Mitgliedern des J.H.K. Ausweise ein, in denen die Aufschrift ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ durchgestrichen war und trug ihnen auf bloss den Namen Jüdisches Hilfskomitee Miechów zu führen. Für den 2. März l.J. hat der Kommissar der Judenräte eine Sitzung des J.H.K. einberufen und die Wahl eines Ersatzmannes für den genannten Sercarz durchgeführt um sie dem Herrn Kreishauptmann zur Bestätigung vorzustellen.“<sup>1450</sup>

In einem Halbjahresbericht der „Inneren Verwaltung“ des Distrikts Warschau – vermutlich aus dem Jahr 1940 – hieß es unter der Überschrift „*Freie jüdische Fürsorge*“, dass man mit Einzug der deutschen Verwaltung eine Trennung zwischen der freien jüdischen und der polnischen Fürsorge durchgeführt habe. „*Auch von Seiten der staatlichen Fürsorge erfolgt eine Betreuung der Juden nicht mehr. Für die Durchführung der jüdischen Fürsorge und die Bestreitung der dafür erforderlichen Kosten sind die Juden selbst verantwortlich.*“<sup>1451</sup> Die im Rahmen der Regelung der „Judenfrage“ eingesetzten Judenräte seien gleichzeitig Träger der jüdischen Fürsorge. Es sei den Juden und Jüdinnen dabei überlassen, eigene Fürsorgeorganisationen zu schaffen. Für Warschau habe sich ein Komitee mit dem Namen „*Jüdische Soziale Selbsthilfe*“ gegründet, dem die gesamte Fürsorge und Wohlfahrt der Stadt unterstehe. Die Tätigkeit werde zum großen Teil aus Mitteln des JDC bestritten. Zu den Judenräten und der Verbindung mit den Dienststellen der Besatzer und den Auswirkungen auf die Fürsorge hieß es weiter: „*Die Rechtsstellung des Judenrates in der Judengemeinde wird noch nicht von allen deutschen Dienststellen gleichmässig respektiert und erschwert so die Aufsichtsführung und Leitung der jüdischen Fürsorge.*“<sup>1452</sup> Dies führte dazu, dass die Judenräte teilweise direkt für Krankenhäuser, Kinderheime und ähnliches verantwortlich waren. Am 18. November 1939 notierte Adam Czerniaków in sein Tagebuch: „*Die Übernahme des Spitals, der Waisenhäuser und des Altenheims ist auf den 31.XII.1939 verschoben worden.*“<sup>1453</sup> Dabei handelte es sich allerdings nicht um ein Spezifikum für Warschau, dessen Hilfskomitee, wie bereits

<sup>1448</sup> Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 1941 (Warschau-Land), AŽIH, 211/1083, Bl. 19f.

<sup>1449</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof) am 23. Februar 1941, AŽIH, 211/923, Bl. 2. Davor war am 11. Februar 1941 wohl eine Anordnung des Kreishauptmannes ergangen, in dem der Schriftwechsel der JSS geregelt wurde.

<sup>1450</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Einschaltung einer Zwischeninstanz in den Verkehr des Herrn Kreishauptmanns in Miechów mit dem Jüdischen Hilfskomitee, dortselbst*“, 10.03.1941, AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 94.

<sup>1451</sup> Halbjahresbericht Distrikt Warschau, Bl. 70f.

<sup>1452</sup> Ebd.

<sup>1453</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 16.

dargelegt, eine Sonderrolle einnahm.<sup>1454</sup> Auch für Lublin hielten die Besatzer in einer Schrift aus dem Jahr 1940 fest, dass das jüdische Hilfskomitee eine Abteilung des Judenrates war.<sup>1455</sup> Daraus wird deutlich, dass zeitweise die Judenräte die Fürsorge betreiben mussten, die später an die JSS überging. Die Dienststellen der Besatzer hatten zu Beginn ihrer Tätigkeit ebenfalls die Judenräte für diese Aufgabe im Blick. Diese Situation änderte sich mit dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung für die JSS und spätestens mit der Konstituierung des Präsidiums und der Einrichtung der Hilfskomitees und Delegaturen ab Herbst 1940. Gerade in der ersten Zeit kurz nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS waren die Judenräte unter der jüdischen Bevölkerung vermutlich noch die bekannteren Einrichtungen, von denen sich die verarmte Bevölkerung Hilfe erhoffte. Chaim A. Kaplan notierte für den 23. September 1940 in sein Tagebuch:

„Der Judenrat in der Grzybowskastraße 26 ist das Lebenszentrum des polnischen Judentums geworden. Bis jetzt stand der Joint an erster Stelle, und jeder lief in die Jasnastraße, um sich dort etwas zu holen. Aber als dem Joint die Mittel ausgingen, verlor er seine Bedeutung. Niemand geht mehr hin, und niemand wartet mehr vor der Türe des Direktors. Der Andrang in den Vorzimmern des Judenrates wird von Woche zu Woche stärker, obgleich man dort hingeht, um zu geben. [...] Der Judenrat hat sich in eine jüdische Regierung gewandelt und muß nun auf Geheiß der Eroberers Regierungsfunktionen übernehmen, auf die er nie gefaßt war.“<sup>1456</sup>

Auch die Regierung machte zu dieser Zeit keine klare Zuweisung im Sprachgebrauch, wem die Fürsorge und Wohlfahrt obliege. In einer Schrift der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ aus dem Jahr 1940 hieß es, dass die *„jüdische Fürsorge [...] von den Judenräten bzw. von den jüdischen Hilfskomitees getragen wird.“*<sup>1457</sup> Dies führte zu Missverständnissen und so wandten sich Arbeitslager noch im Jahr 1942 an die JSS und baten um Hilfe für die Lagerinsassen und bezogen sich dabei darauf, dass die jüdische Organisation den Judenräten unterstütze.<sup>1458</sup>

Nach der Konstituierung der regionalen und lokalen Abordnungen der JSS waren – wie bereits dargelegt – die Probleme zwischen der JSS und den Judenräten nicht beendet. Vielmehr verlagerten sie sich lediglich von solchen zwischen dem Präsidium und den Judenräten zu solchen zwischen den Hilfskomitees und Delegaturen mit den Judenräten. Allerdings wird auch deutlich, dass in vielen Orten und Städten die Judenräte sowie die Hilfskomitees und Delegaturen ein gemeinsames

<sup>1454</sup> Vgl. hierzu II.2.2.

<sup>1455</sup> DU PREL: Generalgouvernement, S. 141f. Das Vorwort des Buches wurde auf den 23. Mai des Jahres 1940 datiert, also kurz vor dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung der JSS am 29. Mai 1940. Dies ist bei der Interpretation des Geschriebenen zu bedenken. „Die Judenräte sind in den einzelnen Städten individuell nach ihren Aufgaben in verschiedene Bereiche gegliedert. In Lublin bestehen folgende Abteilungen: 1. Abteilung öffentliche Arbeiten 2. Abteilung Flüchtlingshilfe 3. Jüdisches Hilfskomitee 4. Finanzabteilung 5. Hilfsabteilung für Kriegsgefangene Außerdem unterstehen der Obhut des Judenrates alle jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen (Krankenhaus, Waisenhaus, Altersheim, Zentralfürsorge für unterernährte Kinder usw.).“

<sup>1456</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 234f.

<sup>1457</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 29.

<sup>1458</sup> Abschrift JSS an das Flugzeugwerk in Mielec betr. „Liebesgaben fuer die Arbeitslager“, 19.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 6. „Wir unterstehen nicht einem Judenrat, sind dagegen eine selbstständige Organisation für die freie Wohlfahrt und Fürsorge an der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement und unterstehen der Aufsicht der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge. Der Verteilungsplan der von uns zur Verteilung gebrachten Liebesgaben muss vorher von der genannten Dienststelle und – wenn es sich um ausländische Liebesgaben handelt – auch vom Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes genehmigt werden.“

Ziel verfolgten. Oft waren auch die Mitglieder der Judenräte darauf bedacht, den notleidenden Menschen zu helfen, was zu Problemen mit den regionalen und lokalen Abordnungen der JSS führte, da diese Aufgabe diesen oblag. Im März 1941 etwa schrieb der Judenrat aus Maleniec im Kreis Tomaszów im Distrikt Radom an das Präsidium der JSS: *„100 Menschen hungern. Kleine Kinder mit nackten ausgedorrtten Leibern frieren in ungeheizten und verwahrlosten Hütten. Die Eltern sind nicht imstande, Seife zum Waschen der Kinder anzuschaffen. Ihre Väter, gewesene Fabrikarbeiter, sind seit 1 ½ Jahren brotlos und haben keine Möglichkeit, Brot für die hungernden Frauen und Kinder zu verdienen. Es mehren sich bei Erwachsenen und Kindern Fälle von Ohnmacht und Hunger. Es treten auch infolge des Hungers und der Unsauberkeit Krankheiten auf, insbesondere breitet sich eine Hautkrankheit unter den Einwohnern des Ortes aus.“*<sup>1459</sup> Diese Situation der Menschen war den Mitgliedern der Judenräte und der JSS täglich vor Augen geführt. Die einen durften helfen, den anderen – den Judenräten – waren oftmals die Hände gebunden. Dies war mit einer der Gründe dafür, dass es oftmals zu kleineren oder größeren Problemen zwischen den Hilfskomitees und Judenräten kam. Diese Konkurrenzsituationen zwischen Judenräten und den Mitgliedern von Hilfskomitees und Delegaturen treten in den Erinnerungen von Beteiligten oder ihren Verwandten zu Tage. So schilderte Frederik Weinstein in seinen „Aufzeichnungen aus dem Versteck“ die Situation zwischen dem Judenrat von Gniewoszczów und seinen Eltern, die bei der örtlichen Abteilung der JSS aktiv waren. Konkret ging es darum, dass der Vorsitzende des Judenrates versuchte das Gerücht in die Welt zu setzen, dass sich die Eltern Weinsteins *„durch ihre Arbeit für die armen Juden bereicherten.“*<sup>1460</sup> Dieses Gerücht sei eine persönliche Rache an seinem Vater gewesen, so Weinstein:

„Diese beiden Juden hatten nämlich erkannt, daß die Arbeit in der ‚Volksküche‘ gute Möglichkeiten eröffnete, Geld und Lebensmittel zu unterschlagen, Möglichkeiten, die in ihren Augen nur der Küchenleiter haben konnte. Um an diese Quelle leicht verdienten Geldes zu kommen, hatten sie zunächst mit allerlei mehr oder wenigen unlauteren Mitteln – hinterlistigste Intrigen nicht ausgenommen – versucht, meinem Vater die Leitung wegzunehmen und sie sich gierig unter die eigenen Nägel zu reißen. Aber ihre Manöver hatten nicht viel genutzt, denn mein Vater hatte saubere Hände und ein reines Gewissen sowie auch ordentlich geführte Finanzbücher; er hatte ihnen die Leitung nicht übergeben müssen, ganz im Gegenteil, er hatte sie bei der Leitung, um die sie so leidenschaftlich gekämpft hatten, nicht einmal mitwirken lassen. Auch war er auf keine ihrer unsauberen Vorschläge eingegangen, die armen Juden zu betrügen. Verärgert über ihren Mißerfolg, sann die beiden Leiter der Gemeinde auf Rache und begannen nun mit ihrer Wühlarbeit gegen meinen Vater und unsere ganze Familie; dieser gegen uns geführte Grabenkrieg dauerte dann bis zur Aussiedlung der Juden aus Gniewoszczów und hatte sowohl für die beiden als auch für uns unangenehme Folgen. Vor allem für uns.“<sup>1461</sup>

Seit dem Misserfolg hätten die beiden Leiter des Judenrates – den Weinstein als „jüdische Gemeinde“ bezeichnet – versucht seinen Eltern ihre wohltätige Arbeit schwerzumachen: *„Sie schürten Feindschaft gegen uns, indem sie einer bestimmten Clique von Juden, die Tag für Tag mit den Händen in den*

<sup>1459</sup> Vermerk betr. *„Die Lage der Juden in Maleniec Gemeinde Machory Kreis Tomaszów Mazowiecki“*, 26.03.1941, AŻIH, 211/166, Bl. 40.

<sup>1460</sup> WEINSTEIN: Aufzeichnungen, S. 200f.

<sup>1461</sup> Ebd., S. 201.

*Hosentaschen in dem Städtchen herumlaufen, erzählten, aus der Kasse dieser Institution flössen geradezu märchenhafte Geldbeträge in die Taschen meiner Eltern.*<sup>1462</sup> Hinzu sei gekommen, dass Weinsteins Vater in der Volksküche ausschließlich Flüchtlinge beschäftigt habe. Auch diese „Fremden“ seien den Einheimischen unliebsam gewesen und sie seien vielen ein Dorn im Auge gewesen. Den meisten Gesprächsstoff habe allerdings der Umstand geliefert, dass als Sekretär der Einrichtung ein Cousin seines Vaters angestellt worden sei, der sich ebenfalls unter den „Flüchtlingen“ befunden habe. Weinstein habe das Warschauer Ghetto verlassen und sei nach Gniewoszów gekommen. Er war mit seinen Eltern gekommen, die in dem Ort dann leider einer Infektionskrankheit zum Opfer gefallen seien. Ihm selbst habe es am Notwendigsten gefehlt. Die Stelle in der Selbsthilfe-Einrichtung habe ihm die Existenz, wenn auch nur eine äußerst bescheidene, sichern können.<sup>1463</sup>

„Doch solche und ähnliche Einzelheiten waren nichts als Wasser auf die Mühlen der oben genannten Leiter der Jüdischen Gemeinde von Gniewoszów, die jede Gelegenheit zu nutzen versuchten, um meinen Eltern Knüppel zwischen die Beine zu werfen und bei der jüdischen Bevölkerung im Ort Mißtrauen gegen sie zu säen. Ihren Anstrengungen zum Trotz ließen sich jedoch eine ganze Anzahl Juden durch diese Agitation nicht irreführen, vor allem solche, denen die Notlage der anderen naheging. Aber auch viele kleinere jüdischen Handwerker und nicht zuletzt all die Leute, die selbst in irgendeiner Form Unterstützung in Anspruch nahmen. Diese Menschen hatten schnell begriffen, was sich hinter alldem verbarg; und sie hatten – anders, als die Agitatoren es erwartet hatten – volles Verständnis dafür, daß meine Eltern daran arbeiteten, die Lebensbedingungen der vielen jüdischen Flüchtlinge zu verbessern, und sprachen mehrmals meinem Vater das Vertrauen aus.“<sup>1464</sup>

Diese Episode aus einer kleinen jüdischen Gemeinde zeigt, dass es zu Konflikten zwischen den Judenräten und der JSS kam, die sich in den offiziellen Akten der Organisation so vielleicht nicht wieder finden lassen, da es sich nicht um Vorgänge handelt, über die dem Präsidium zu berichten gewesen wäre. Vor allem handelt es sich hierbei um einzelne, sehr spezielle Animositäten, die vielleicht in „friedlichen Zeiten“ ebenfalls zwischen den Personen ausgebrochen wären. Wir haben es bei dieser Quelle zudem mit einer sehr subjektiven Schilderung zu tun, die ein Sohn über den eigenen Vater und die Familie verfasste. Allerdings bleibt festzuhalten, dass es sich bei der Situation in Gniewoszów um einen individuellen Konflikt zwischen Personen handelte, bei denen keine weitere Instanz die Kommunikation störte. In vielen Orten ist die entstehende Konkurrenz zwischen den Hilfskomitees und Delegaturen mit den Judenräte darauf zurückzuführen, dass die Kreis- und Stadthauptleute schlicht den „falschen“ Weg wählten und bei den Judenräten die Mitglieder für die regionalen und lokalen Einrichtungen der JSS anfragten.<sup>1465</sup> Dieses Problem hielten auch die Besatzer in einem Bericht fest.<sup>1466</sup> Verquickungen zwischen den Judenräten und der JSS in Bezug auf

<sup>1462</sup> Ebd.

<sup>1463</sup> Ebd.

<sup>1464</sup> Ebd., S. 201f.

<sup>1465</sup> Vermerk betr. „Errichtung von Delegaturen“, 18.04.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 55. „Das J.H.K. für den Kreis Reichshof teilt uns mit Schreiben vom 15.ds.M. [...] mit, dass der Herr Kreishauptmann in Reichshof mit Schreiben vom 24. Januar ds.J. vom dortigen Judenrat die Angabe der genauen Personalien der Delegierten der J.S.S. in den Orten der Kreishauptmannschaft verlangt hat.“

<sup>1466</sup> Halbjahresbericht Distrikt Warschau, Bl. 70f. „Die Rechtsstellung des Judenrates in der Judengemeinde wird noch nicht von allen deutschen Dienststellen gleichmäßig respektiert und erschwert so die Aufsichtsführung und Leitung der jüdischen Fürsorge.“

die Benennung sind bis in das Jahr 1942 hinein belegt. In der späteren Zeit waren es nicht mehr die Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen, die durch die Judenräte benannt werden sollten. Im Sommer 1942 bat beispielsweise der Kreishauptmann für Tomaszów die Judenräte im Kreis *„eine vertrauensvolle Person aus der Reihe der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zu erwählen haben, welche die Fürsorge für die jüdischen Waisenkinder in der Ortschaft der betreffenden Delegatur zu übernehmen hat.“*<sup>1467</sup> Zwar ging es an diesen Stellen nicht mehr um die eigentliche Benennung des Komitees – allerdings umgingen auch zu dieser Zeit noch die Kreis- und Stadthauptleute die angedachten Kommunikationswege und wandten sich nicht direkt an die regionalen und lokalen Abordnungen der JSS, sondern wählten den Weg über die Judenräte. An anderer Stelle unterstellten Kreis- und Stadthauptleute Hilfskomitees kurzfristig den Judenräten. Dies wurde aber oftmals kurze Zeit später wieder aufgehoben.<sup>1468</sup> Solche Verquickungen werden längerfristig zu Problemen zwischen den Hilfskomitees und den Delegaturen geführt haben. Andernorts war es ebenfalls ein Vertreter einer Kreishauptmannschaft, der zu einer Irritation in einer Sitzung des Hilfskomitees für den Kreis Miechów führte. Der Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Kreishauptmannschaft habe bei dem letzten Punkt der Tagesordnung „Freie Vorschläge“ bei der Sitzung des Hilfskomitees das Wort ergriffen und erklärt, dass alle Entscheidungen der Kreishauptmannschaft in Angelegenheiten der JSS in Miechów dem Hilfskomitee in Zukunft durch den Kommissar der Judenräte für den Kreis Miechów bekanntgegeben werden. Der Einwand, dass die JSS eine von den Judenräten und somit auch eine von einem Kommissar der Judenräte unabhängige Organisation sei und laut den Vorschriften der Satzung und der Geschäftsordnung zu den Behörden in unmittelbarem Verhältnis stehe sowie dass die Arbeit des Hilfskomitees durch die Vermittlung des Kommissars beträchtlich erschwert und verzögert werde, nützte nichts. In einem Brief vom 31. Januar 1941 habe das Hilfskomitee dem Präsidium noch ausführlich mitgeteilt, dass der Fürsorgereferent des Kreishauptmannes seinen Standpunkt damit begründet habe, dass sämtliche jüdische Angelegenheiten im Kreise in einer Hand vereinigt sein müssen, um der Behörde das Amtieren und die Kontrolle zu erleichtern, zudem damit sie eine Person habe, die die gesamte Verantwortung trage. Überdies habe der Fürsorgereferent verfügt, dass der Kommissar der Judenräte zu allen Sitzungen des Hilfskomitees eingeladen und über sämtliche Schritte des Komitees unterrichtet werde.<sup>1469</sup>

Jedoch waren es nicht nur die Judenräte, denen die Kreis- und Stadthauptleute Rechte in Bezug auf die JSS übertrugen. Gleichzeitig erhielten Hilfskomitees oder Delegaturen etwa das Recht die

<sup>1467</sup> Protokoll der Sitzung vom 20. September 1942 (Tomaszów-Maz.), AŻIH, 211/1039, Bl. 50f.

<sup>1468</sup> Vermerk betr. „Verhältnis des J.H.K. zum Judenrat“, 23.04.1941, AŻIH, 211/166, Bl. 58. „Das J.H.K. für den Kreis Reichshof teilt uns mit Schreiben vom 21. ds. Mts. Folgendes mit: Mit Schreiben vom 16. ds. Mts. bat der Herr Kreishauptmann in Reichshof den dortigen Judenrat verständigt, dass er seine Anordnung, dass das Jüdische Hilfskomitee dem Judenrat unterstellt ist, wieder aufhebt und, dass der Herr Kreishauptmann die Abschrift dieses Schreibens der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Reichshof zur Kenntnis gebracht hat.“

<sup>1469</sup> Vermerk, 11.02.1941, AŻIH, 211/166, Bl. 22.

Bücher der Judenräte zur kontrollieren, damit sie Einsicht nehmen konnten, ob ihnen tatsächlich 50 Prozent der Gesamteinnahmen überwiesen worden sind.<sup>1470</sup> Allerdings weist dies darauf hin, dass es zuvor zu Problemen zwischen den Judenräten des Kreises und dem Hilfskomitee gekommen sein muss. Zudem führten solche Kontrollmaßnahmen, die die Einrichtungen gegenseitig bei sich ausüben mussten, zu weiteren Unstimmigkeiten und Problemen zwischen den Räten sowie den Hilfskomitees und Delegaturen.

Im Kreis Lublin bemühte sich das Hilfskomitee sehr früh eine Einigung oder Kooperation zwischen der JSS und den örtlichen Judenräten zu erlangen. Es beschloss eine „Delegierten-Sitzung“ der einzelnen Judenräte des Kreises mit dem Hilfskomitee, bei der zum einen den Judenräten die Aufgaben des Hilfskomitees erläutert werden sollten und zum anderen um gemeinsam eine wirk-same Winterhilfe in Angriff zu nehmen.<sup>1471</sup> Die Frage, wie sich die Arbeit zwischen den Judenräten und vor allem in den später eingerichteten Delegaturen gestalten sollte, war ein Thema das in anderen Hilfskomitees besprochen wurde.<sup>1472</sup> Ferner wird klar, dass die Judenräte in der Zeit in der noch nicht in allen Städten und Orten Hilfskomitees – oder später dann Delegaturen – eingerichtet waren, eine wichtige Rolle im Bereich der Fürsorge und Wohlfahrt einzunehmen hatten, da etwa Rundschreiben, die das Präsidium der JSS eigentlich an die eigenen Hilfskomitees sandte in den Orten in denen keine solche geschaffen waren an die Judenräte adressiert waren.<sup>1473</sup> Und ebenso sollten die Judenräte in den Orten ohne Komitee der JSS das Präsidium darüber unterrichten, ob und in welchem Maße die Juden und Jüdinnen in diesen Orten Lebensmittel oder Lebensmittelkarten erhielten.<sup>1474</sup> Auch die Umgestaltung des Vereinswesen – beziehungsweise drastischer ausgedrückt die Schließung der jüdischen Vereine – auf dem Gebiet des Generalgouvernements, überwachten für die Städte, in denen noch keine Hilfskomitees oder Delegaturen eingerichtet waren, die Judenräte im Auftrag beziehungsweise durch Weiterleitung des Präsidiums der JSS.<sup>1475</sup> Allerdings führte dies zuweilen zu Problemen. So übernahm in Czeŝochowa/Tschenstochau der

---

<sup>1470</sup> Vermerk betr. „Das Recht, Bücher der Juedischen Aeltestenraete zu pruefen“, 27.10.1941, AŽIH, 211/173, Bl. 63. „Gleichzeitig wurde der Vorsitzende des J.H.K. angewiesen, die Aeltestenraete zu benennen, die die Vorlage der Buecher verweigern, bezw. die 50 % nicht ordnungsgemaess ueberweisen.“

<sup>1471</sup> Protokoll der ersten Sitzung des J.H.K. in Lublin-Land vom 6. Dezember 1940, AŽIH, 211/647, Bl. 4. Ob es solche frühen Treffen auch in anderen Kreisen oder Städten gab, geht aus den Protokollen und Berichten nicht hervor.

<sup>1472</sup> Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land vom 10. Juli 1941, AŽIH, 211/589, Bl. 19–21. „In der Debatte wurde die Frage erörtert, wie sich die Beziehungen der Delegaturen zu den Judenräten in den einzelnen Orten gestalten werden. Es ist auf eine koordinierte Arbeit loszuzielen und nach Ablauf des ersten Arbeitsmonats bei der nächsten Sitzung des J.H.K. Bericht zu erstatten.“

<sup>1473</sup> Protokoll über die II. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 7. Oktober 1940, AŽIH, 211 aneks/23. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 5–8.

<sup>1474</sup> Ebd. Diese Aufgabe oblag eigentlich den Hilfskomitees. Diese waren aber zu dieser frühen Zeit noch nicht in allen Orten eingerichtet, deshalb wandte man sich auch an die Judenräte, da man wohl der Regierung des Generalgouvernements über diese Tätigkeit Bericht erstatten musste und so auch auf die Angaben der Judenräte angewiesen war.

<sup>1475</sup> JSS an BuF betr. „Vermögen der jüdischen Vereine“, BJ, 199/57. „Hierdurch gestatten wir uns, in der Anlage Verzeichnisse der Vermögenswerte der jüdischen Vereine in den einzelnen Städten zu übermitteln. [...] Auf Grund der Besprechungen, die zu jener Zeit in der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge stattgefunden haben, forderte das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe durch ein Rundschreiben die Judenräte – da die Errichtung der jüdischen Hilfskomitees erst in Angriff genommen wurde – auf, das Vermögen der Wohlfahrts- und Fürsorgevereine anzugeben.“

Judenrat die Agenden des *Toż* und das Präsidium musste für das örtliche Hilfskomitee darum kämpfen, dass dieses die Aufgaben des ehemaligen Vereines übernehmen durfte. In diesem Zusammenhang wies das Präsidium bei der Aufsichtsbehörde abermals darauf hin: *„Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns wiederholt auf den Mangel einer genauen Abgrenzung der Zuständigkeit der J.S.S. und der Judenräte ergebenst hinzuweisen.“*<sup>1476</sup>

Auch was die Absprache bezüglich von Räumen für einzelne Einrichtungen der Hilfskomitees betraf, war die JSS wohl auf die Zusammenarbeit mit den Judenräten angewiesen.<sup>1477</sup> Zudem gab es eine Zusammenarbeit zwischen Hilfskomitees und Judenräten in anderen Orten. So sandte etwa das Hilfskomitee in Radom im Einvernehmen mit dem Präsidium der JSS ein Fass Lebertran an den Judenrat in Częstochowa/Tschenstochau.<sup>1478</sup> Anderenorts oblag die Verteilung von Lebensmitteln noch Mitte 1941 den Judenräten, wenngleich die Organisation der Hilfsleistung eigentlich bereits durch die JSS und ihre Hilfskomitees durchgeführt wurde. Dies ist vor allem für das Komitee in Rzeszów/Reichshof belegt.<sup>1479</sup> Zudem scheint dort ebenfalls im Bereich der Volksküchen eine Kooperation zwischen dem Hilfskomitee und dem Judenrat existiert zu haben.<sup>1480</sup> *„Es ist eine Zusammenarbeit aller Küchen und Wohlfahrts-Institute erzielt worden. Unter der Leitung des hiesigen Komitees. Alle Fragen werden gemeinschaftlich gelöst. Dadurch wird eine gleichmäßige und rationelle Hilfe auf allen Gebieten erteilt.“*<sup>1481</sup> Im Bereich der Belieferung der Lager mit Hilfslieferungen gab es eine Zusammenarbeit zwischen der JSS und den örtlichen Judenräten. Zudem setzte sich das Präsidium der JSS dafür ein, Judenräte in bestimmten Bereichen zu entlasten. So berichtete das Präsidium der JSS über das Handwerkslager in Lublin an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, dass man sich mit dem Judenrat in Lublin in Verbindung gesetzt habe, um eine Aufklärung über das Handwerkslager in Lublin zu erhalten. Dabei habe man die folgenden Informationen erhalten: *„In diesem Lager / sog. Durchgangslager/ sind Handwerkerstätten organisiert, die über 300 jüdische Handwerker beschäftigen, welche für die deutschen Behörden arbeiten. Die Handwerker werden vom Judenrat Lublin entlohnt und in der Lagerküche, die ebenfalls vom Judenrat unterhalten wird, beköstigt.“*<sup>1482</sup> Der Judenrat habe darauf hingewiesen, dass nicht nur die Juden und Jüdinnen sondern auch die polnischen Maurer und Zimmerleute, die im erwähnten Lager tätig gewesen seien, versorgt werden müssten. Diese würden auch vom Judenrat

<sup>1476</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Übernahme der Agenden der Gesellschaft ‚T.O.Z.‘ in Tschenstochau durch den Judenrat“, 11.03.1941, AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 42.

<sup>1477</sup> Protokoll der Sitzung vom 20. März 1941 /J.H.K. Radom/, AŽIH, 211/860, Bl. 9f.

<sup>1478</sup> Ebd.

<sup>1479</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof /Rzeszów/ für den Monat Juni 1941, 04.07.1941, AŽIH, 211/927, Bl. 12–16 oder auch Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 27. Juli 1941, AŽIH, 211/928, Bl. 16f. sowie Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof /Rzeszów/ für den Monat Juli 1941, 04.08.1941, AŽIH, 211/928, Bl. 22–26.

<sup>1480</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 27. Juli 1941, AŽIH, 211/928, Bl. 16f.

<sup>1481</sup> Ebd.

<sup>1482</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Handwerkerlager in Lublin“, 10.01.1941, AŽIH, 211 aneks/28, Bl. 36. Auch vorhanden in YVA, O.21/14-1, Bl. 6.

bezahlt werden. Die damit verbundenen Ausgaben belasten den Haushaltsplan des Judenrates so sehr, dass er ausserstande sei die geringsten Mittel der sozialen Fürsorge zuzuführen. Seine seit mehreren Monaten fortgesetzten Bemühungen dieser Pflicht enthoben zu werden, fanden zwar grundsätzlich Verständnis, konnten allerdings bis Mitte Dezember zu keinen positiven Ergebnissen führen.<sup>1483</sup>

In Krakau kam es – ebenso wie in den anderen Städten und Orten – zwangsläufig zu einer „Zusammenarbeit“ zwischen dem Judenrat und der JSS. Da neben dem Kreis- und Stadthilfskomitee Krakau das Präsidium der JSS sein Büro hinter den Mauern des Krakauer Ghettos hatte, war die JSS oftmals auf den Judenrat angewiesen. So beispielweise beim Postempfang, was man versuchte durch einen polnischen Boten zu umgehen.<sup>1484</sup> Im Oktober 1941 kam es zu massiven Problemen zwischen dem Judenrat von Rembertów im Kreis Warschau und der örtlichen Abteilung der JSS. Das Hilfskomitee unterrichtete das Präsidium darüber. So wurde ein Mitglied des Hilfskomitees für den Kreis Warschau Land, der zugleich Leiter der sozialen Fürsorgeaktion in Rembertów war, am zweiten Tage des jüdischen Neujahrsfestes von dem Vorsitzenden des Judenrates der Stadt *„öffentlich zweimal am ganzen Körper tätlich misshandelt. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da, da die Mitglieder des Eingangs erwähntes Komitees schon in mehreren Fällen tätlich misshandelt wurden.“*<sup>1485</sup> Zudem habe der erwähnte Vorsitzende des Judenrates, die Ende September in Rembertów eingelangten Subventionen des Präsidiums der JSS, die einen Gesamtwert von 1.400 Złoty hatten und die für das Hilfskomitee bestimmt waren, wiederrechtlich zurückgehalten. Die Intervention des Hilfskomitees für den Kreis Warschau um Auszahlung dieses Betrages an das Komitee sei nicht von Erfolg gekrönt gewesen.<sup>1486</sup>

Ein weiterer Bereich der nicht immer konfliktfreien Zusammenarbeit zwischen der JSS und den Judenräten waren die Finanzen:

„Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe gibt der Meinung Ausdruck, dass die Judenräte bei der Abfassung der Haushaltspläne der jüdischen Gemeinden in ihre Vorschläge ständige ansehnliche Zuschüsse zugunsten der sozialen Fürsorgeanstalten und Institutionen aufzunehmen haben. Gleichzeitig stellt das Präsidium fest, dass die Verwirklichung obiger Forderung erst dann möglich sein wird, wenn die Judenräte von der Erfüllung verschiedenartiger, mit ihrer Tätigkeit nicht verbundenen Aufgaben, entlastet und ihre Budgets ein Gleichgewicht erlangen werden.“<sup>1487</sup>

In einer Sitzung des Präsidiums der JSS im Dezember 1940 wurde festgehalten, dass sich die Ausgaben für die soziale Fürsorge pro Monat auf etwa neun bis zehn Millionen Złoty belaufen: *„Davon*

---

<sup>1483</sup> Ebd.

<sup>1484</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Postempfang und Versand“*, 06.12.1941, BJ, 199/57.

<sup>1485</sup> Vermerk betr. *„Das Verhältnis des Judenrates im Rembertów Kreis Warschau Land zur J.S.S.“*, 08.10.1941, AŻIH, 211/173, Bl. 10.

<sup>1486</sup> Ebd. In dem Aktenvermerk des Präsidiums der JSS hieß es u.a.: *„Das Komitee besteht seit dem 15. November 1939 und arbeitet auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge wie Wohlfahrtsküche, Kinderheim, Ambulatorium, Apotheke und Aussiedlerhilfe. Diese segensreiche Tätigkeit musste Ende September eingestellt werden, da der in Rede stehende Vorsitzende des Judenrates dem Komitee die Arbeit unmöglich macht.“*

<sup>1487</sup> Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŻIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.



wird ein Teil durch ausländische Liebesgaben, durch Selbstbesteuerung der Gesellschaft und durch Judenräte gedeckt, was insgesamt etwa 4 Millionen Złoty ausmacht.“<sup>1488</sup> Die finanziellen Zuschüsse der Judenräte an die JSS beziehungsweise die Hilfskomitees waren wohl nicht permanent gegeben.<sup>1489</sup> Zudem stellten wohl auch Kreishilfskomitees Mittel für Judenräte in ihrem Einzugsbereich zur Verfügung, sodass diese die Volksküchen und die Kinderernährung in ihren Orten unterstützen konnten. Diese Volksküchen errichteten Judenräte beispielsweise im Kreis Krakau.<sup>1490</sup> Über 5.000 Złoty erhielt das Kreishilfskomitee in Piotrków/Petrikau vom Judenrat im Mai 1941. Diese Zahlung könnte darin begründet liegen, dass etwa die Leitung der Volksküche in die Hand der JSS übergang.<sup>1491</sup> In Krakau unterstanden die Volksküchen in dieser Zeit der Gemeinde – und damit dem Judenrat – und nicht dem Stadthilfskomitee.<sup>1492</sup> Dies war noch bis in das Jahr 1942 hinein der Fall: „Wiewohl die Volksküchen gänzlich der Kontrolle des Judenrates unterstellt sind, bleiben wir nach Möglichkeit bestrebt, denselben in ihrer schwierigen Wirtschaftslage durch direkte Unterstützungen und indirekt durch Beteiligung an den uns behördlich genehmigten Haus- und Strassensammlungen zu helfen.“<sup>1493</sup> Für den Bereich Krakau-Land sind noch im Oktober 1941 Zahlungen des Judenrats belegt.<sup>1494</sup> Für die Stadt Krakau ist dokumentiert, dass der Judenrat der Stadt etwa bei der Distriktkonferenz der JSS zugegen war.<sup>1495</sup> Die Judenräte subventionierten zudem die Komitees der JSS in ihrem Einzugsbereich in anderen Bereichen. So erhielt etwa das Komitee für den Kreis Krakau einen Zuschuss von dem Judenrat in Gdów<sup>1496</sup> und auch in Piotrków/Petrikau gab es Zahlungen vom Judenrat an das Hilfskomitee.<sup>1497</sup> Zudem gab es Barunterstützungen an sehr bedürftige Familien, von denen Teile der verwandten Mittel aus der

<sup>1488</sup> Protokoll III der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, AŽIH, 211 aneks/25. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 9–12.

<sup>1489</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium – für die Monate Januar und Februar 1941, wohl 05.04.1941, YVA, O.21/19, Bl. 1–3. „Die Versuche der einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen, Zuschüsse von den Judenräten zu erhalten, blieben erfolglos, da die Letzteren mit anderen Ausgaben so sehr ueberlastet sind, dass sie fuer die Fuersorge und Wohlfahrt fast nichts uebrig haben. Aus diesem Grunde sah sich die J.S.S. veranlasst, mit einer Bitte an die Abteilung Innere Verwaltung, Bevoelkerungswesen und Fuersorge heranzutreten, sie moege bei den zustaendigen Dienststellen eine Entlastung des Haushalts der Judenraete zugunsten der Fuersorge und Wohlfahrt befuerworten.“

<sup>1490</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land vom 7. Mai 1941, AŽIH, 211/587, Bl. 24–26 oder auch Bericht über die Fürsorgetätigkeit des Hilfskomitee [Krakau-Land] im April 1941, 08.05.1941, AŽIH, 211/587, Bl. 11–13.

<sup>1491</sup> Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Petrikau in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Mai 1941, 10.06.1941, AŽIH, 211/800, Bl. 11–13. „Mit dem 26. Juni 1941 hat unser Komitee die Leitung und den Unterhalt der Volksküchen und aller Aussiedlerlager übernommen. Die Jüdische Gemeinde verpflichtet sich, unser Komitee ausgiebig zu unterstützen und nach Möglichkeit Lebensmittel zu liefern.“

<sup>1492</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Mai 1941 [Krakau-Stadt], 04.06.1941, AŽIH, 211/588, Bl. 10–12.

<sup>1493</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im März 1941 [Krakau-Stadt], 06.04.1941, AŽIH, 211/595, Bl. 9–11.

<sup>1494</sup> Bericht über die Fürsorgetätigkeit im September 1941 [Krakau-Land], 06.10.1941, AŽIH, 211/591, Bl. 6–8.

<sup>1495</sup> Bericht über die I. Distriktkonferenz der Geschäftsstelle der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Distrikt Krakau am 27. Mai 1942, YVA, O.21/3, Bl. 57f.

<sup>1496</sup> Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land vom 5. Juni 1941, AŽIH, 211/588, Bl. 20–23.

<sup>1497</sup> Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Petrikau für die Zeit vom 1. Juli 1941 bis 31. Juli 1941, AŽIH, 211/800, Bl. 63–66.

Kasse des Judenrates stammten.<sup>1498</sup> In der dritten Sitzung des Präsidiums der JSS wurde beschlossen, dass die Organisation die Budgets aller Einrichtungen des jüdischen Lebens erheben müsse, damit sie den Umfang der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft feststellen kann. Darunter zählte die JSS auch die den Judenräten zur Verfügung stehenden Mittel.<sup>1499</sup> Immer wieder kam es während des Bestehens der JSS zu Konflikten über die Finanzen. So kam es im Februar 1942 zu einem Konflikt mit dem Judenrat in Rozwadów. Das Präsidium hatte Hinweise darauf bekommen, dass in dem Ort eine Versteigerung durch einen Judenrat durchgeführt worden war, deren Erlös angeblich nicht ihrem Zweck zugeführt worden war. Das Präsidium der JSS vermutete von Beginn an, dass es sich dabei um eine Versteigerung handelte, deren Ertrag eigentlich der Fürsorge hätte zugeführt werden müssen. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ teilte dem Präsidium der JSS auf Nachfrage mit, dass es sich um eine Versteigerung der Liebesgaben durch den Judenrat in Rozwadów gehandelt habe.<sup>1500</sup> Das Präsidium der JSS wandte sich daraufhin an den Judenrat, um den Sachverhalt zu klären, worauf sie eine Antwort erhielten, die den Fall vollständig aufklärte: *„Nach dem vom J.H.K. in Dębica im Einvernehmen mit uns festgesetzten Schlüssel entfielen auf Rozwadów zur Verteilung 5 Männerhemden, 1 Arbeitergarnitur, 3 Damenkomplets, 4 Kinderkomplets, 1 Damenkleid, 3 Kinderkleidchen, 1 Damensweater, 3 Paar Männerschuhe und 200 Heringe. Da sich diese geringe Anzahl von einzelnen Stücken auf die große Zahl der Bedürftigen nur so schwer verteilen liess, hat der Judenrat beschlossen, die Liebesgaben öffentlich zu versteigern und den Erlös in Bargeld unter den Ortsärmsten zu verteilen. Die Versteigerung wurde in ortsüblicher Weise kundgemacht und am 3. Februar l.J. in Anwesenheit der Mitglieder des Judenrats sowie seiner sozialen Fürsorgeabteilung durchgeführt. Der Ertrag wurde nach Abzug der Transportkosten unter 57 Gesuchsteller verteilt und deren ordnungsgemäss ausgestellte Empfangsbestätigungen der einzelnen Beträge uns u.a. zur Einsicht übersenden.“*<sup>1501</sup>

Im Februar des Jahres 1941 wurde vom Hilfskomitee Krakau-Land die Erhebung einer Einwohnerabgabe beschlossen, aus der die JSS, um ihre *„stets zunehmenden administrativen Ausgaben zu bestreiten“*, Anteile erhalten sollte. Die Eintreibung dieser Abgaben sollte den Judenräten der einzelnen Orte übertragen werden.<sup>1502</sup> In anderen Orten wurden von den Judenräten ebenfalls die Einwohnerabgaben eingetrieben, die – zumindest in Teilen – für die Arbeit der Hilfskomitees der JSS bestimmt waren.<sup>1503</sup> Dieser Umstand führte dann auch zu einem von Weichert angeführten von

<sup>1498</sup> Vgl. dazu etwa Tätigkeitsbericht für Juni 1941 (Radom-Stadt), 04.07.1941, AŽIH, 211/866, Bl. 27f.

<sup>1499</sup> Protokoll III der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, AŽIH, 211 aneks/25. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 9–12.

<sup>1500</sup> Abschrift JSS an das Amt des Chefs des Distrikts Krakau, Aussiedlungsstelle zu Händen Amtsleiter Rodler betr. *„Versteigerung der Liebesgaben im Rozwadów“*, 04.04.1941, AŽIH, aneks/36, Bl. 79.

<sup>1501</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Versteigerung von Liebesgaben“*, 02.04.1941, AŽIH, aneks/36, Bl. 80.

<sup>1502</sup> Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüd. Hilfskomitee Krakau-Land vom 21. Februar 1941, AŽIH, 211/585, Bl. 21f.

<sup>1503</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll Nr. 13 der Sitzung des J.H.K. Radom vom 25. Mai 1941, 04.06.1941, AŽIH, 211/865, Bl. 11–13.

Eliasz Tisch stammenden Zitat, das in einem Gespräch mit einem Judenrat gefallen sein soll: „*Rady biorą od Żydów, a dają Niemcom, Z.S.S. zaś bierze od Niemców i daje Żydom.*“<sup>1504</sup>

---

<sup>1504</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 101. Fast gleichlautend gab Weichert das Zitat auch in anderen Schriften wieder – so etwa WEICHERT: Milchome, S. 94.

## II.3 Die Hilfslieferungen an die Lager

„Betr. Betreuung der Lagerinsassen und ihrer Familien“ Die Betreuung geht in zwei Richtungen. Die in die Arbeitslager entsandten Juden werden mit Kleidung, Schuhwerk, Heilmitteln und Verbandstoffen versehen. Uebrigens werden in den Arbeitslagern Aerzte, Sanitätspersonal, Lagerleiter und deren Vertreter entsendet. Hauptsächlich aber werden die zurückgebliebenen Familien der Lagerarbeiter sowie einerseits Kinder der in den Arbeitslagern verstorbenen Juden sowie andererseits Kinder der nach Abgang der Väter in die Lager ohne Obhut geblieben sind, betreut. Bis nun wurden über 500 Gesuche von Familienangehörigen von Lagerarbeitern berücksichtigt. 40.000 Zloty wurden an monatlichen Unterstützungen ausgezahlt. Es wurden auch Karten für Mittag ausgegeben. Weitere 1000 Gesuche werden bearbeitet, Geldmittel für diese Unterstützung sind schon bestimmt. In den nächsten Tagen wird ein Tagesheim für ca. 200 Kinder der Lagerarbeiter eröffnet. Das Lokal ist schon vorhanden, die Kinder sind registriert. Für diesen Zweck sind 30.000 Zloty bestimmt.“<sup>1505</sup>

Die Hilfslieferungen an die Arbeitslager zählten nicht zu den in den Statuten und der Geschäftsordnung der JSS festgelegten Aufgaben der Organisation.<sup>1506</sup> Gesetzlich verankert wurden sie erst bei der Nachfolgeeinrichtung – der *Jüdischen Unterstützungsstelle*.<sup>1507</sup> In einem Tätigkeitsbericht der JUS, die ihre Arbeit erstmals im Oktober 1942 aufnahm, steht geschrieben: „*Noch im Mai 1942 begann unsere Hilfstätigkeit für die Juden in den Arbeitslagern, sie wurde im Dezember unterbrochen und konnte im Mai 1943 wieder aufgenommen werden.*“<sup>1508</sup> Da zu dieser Zeit – im Mai 1942 – noch keine Rede von dieser Organisation war und die JSS geregelt ihrer Arbeit nachging, muss sich „*unsere Hilfstätigkeit*“ in dem Zitat auf die JSS beziehen. Allerdings spricht das eingangs angeführte Zitat aus dem Juni 1941 dafür, dass man mit der Hilfstätigkeit für die in den Lagern lebenden Menschen deutlich früher begonnen hatte. Jedoch steht in dem zitierten Vermerk auch geschrieben, dass sich die Hilfe primär auf die zurückgebliebenen Familien der Lagerarbeiter und Lagerarbeiterinnen sowie auf verwaiste Kinder ehemaliger Lagerarbeiter und Lagerarbeiterinnen bezog. Das Präsidium der JSS führte aus, dass die in die „*Arbeitslager entsandten Juden*“ mit Kleidung, Schuhwerk, Heilmitteln und Verbandstoffen versehen würden und „*[u]ebrigens werden in [die] Arbeitslagern Aerzte, Sanitätspersonal, Lagerleiter und deren Vertreter entsendet.*“<sup>1509</sup> Einen Hinweis darauf, dass das Präsidium der JSS oder eine Geschäftsstelle dieser das letztgenannte Personal direkt entsandte gibt es nicht. Es handelte

---

<sup>1505</sup> Vermerk betr. „*Arbeitslager im Generalgouvernement*“, 21.06.1941, AŽIH, 211/169, Bl. 11f. [Hervorhebung im Original.]

<sup>1506</sup> Vgl. hierzu Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>1507</sup> Vgl. hierzu III.1.

<sup>1508</sup> Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.

<sup>1509</sup> Vermerk betr. „*Arbeitslager im Generalgouvernement*“, 21.06.1941, AŽIH, 211/169, Bl. 11f.

sich vermutlich um das „normale“ Lagerpersonal, mit dem die JSS auf den unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeitete.<sup>1510</sup> Was die Nennung des Monats Mais 1942 für die Aufnahme der Hilfstätigkeit angeht,<sup>1511</sup> kann hier nur vermutet werden, dass es sich bei diesem Datum um ein Datum handelt, an dem die JSS die Hilfstätigkeit für die Lager umorganisierte. Bereits in ihrem ersten Jahresbericht finden sich deutliche Hinweise darauf, dass die Organisation bereits von Beginn an auf diesem Gebiet tätig war: *„Das Präsidium der J.S.S. hat auch den in den Arbeitslagern beschäftigten Juden sein Augenmerk zugewendet und für dieselben einen beträchtlichen Teil der Liebesgaben bestimmt. Auch sonst war es bestrebt, die Lage dieser Arbeiter unmittelbar oder mittelbar nach Tunlichkeit zu erleichtern.“*<sup>1512</sup> In diesem Unterkapitel wird untersucht, welche Initiativen die JSS – trotz des nicht vorhandenen gesetzlichen Auftrages – für die in den Lagern lebenden Juden und Jüdinnen ergriff. Die Untersuchung bezieht sich nicht allein auf die präsidiale Ebene, sondern nimmt auch die Distriktberater, Hilfskomitees und Delegaturen in den Blick.

Im September 1940 berichtete ein Leutnant der Abwehrstelle Lublin, der einige Arbeitslager besichtigt hatte, über die Verpflegung und die Verfassung der Menschen in den Lagern:

„Befehlsgemäss hat Leutnant Börner die Judenlager am gestrigen Tage besichtigt und berichtet über seine Wahrnehmung wie folgt: 1.) Lage und Unterbringung a) in Belzec [...] b) in Lipsko (bei Napol) [...] c) in Plaszow [...] d) in Ciechanow. [...] 3.) Die Verpflegung. Die Verpflegung ist nicht Sache der deutschen Bewachung, sondern die Aufgabe des Judenrates. Nach der Auskunft, die mir von Juden selbst in Belzec und Lipsko gegeben wurde, bekommen die Juden morgens und abends heissen Kaffeeersatz aus Feldküchen, mittags eine Suppe mit Fleisch und für den Tag eine Brotration von etwa 350 gr (1/3 Brot). Das Aussehen der Juden ist unterschiedlich. Teilweise sehen sie wohl aus, teilweise jedoch elend. Möglicherweise ist das elende Aussehen weniger auf die Verpflegung, als auf die schwache Konstitution der meist kümmerlich aussehenden Gestalten zurückzuführen.“<sup>1513</sup>

In diesem Bericht über vier Lager wird zum einen deutlich wie gering die Menge der täglichen Versorgung der in den Lagern lebenden Menschen mit Nahrung war. Allerdings machte der Berichterstatter nicht primär die Verpflegung der Menschen für die *„meist kümmerlich aussehenden Gestalten“* verantwortlich, sondern führte dies auf ihre *„schwache Konstitution“* zurück.<sup>1514</sup> Dies ist ein Widerspruch in sich, da die mangelnde Verpflegung der Menschen in den Lagern wohl ihre körperliche Konstitution bedingte. Interessant ist jedoch die Aussage, wer für die in den Lagern zusammengepferchten Menschen zuständig sei. Der Leutnant der Abwehrstelle führte an, dass dies nicht *„Sache der deutschen Bewachung, sondern die Aufgabe des Judenrates“* sei.<sup>1515</sup> Die Judenräte mussten für die Entlohnung und Versorgung der jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sowie

<sup>1510</sup> Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>1511</sup> Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.

<sup>1512</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6.

<sup>1513</sup> Abschrift Abwehrstelle Lublin an die Abwehrstelle Krakau betr. *„Judenlager an der Grenze“*, 24.09.1940, ITS, DOI 82181484–82181489.

<sup>1514</sup> Ebd.

<sup>1515</sup> Ebd.

deren Familien sorgen.<sup>1516</sup> Betrachtet man die Aussage zu den verteilten Lebensmittelrationen in diesem Bericht, so verwundert es nicht, dass bereits im August 1940 – also in dem Monat bevor das Präsidium überhaupt seine erste Sitzung hatte – die JSS in Radom bereits die Bevölkerung aufrief für die Jugend, die in den Lagern war zu spenden.<sup>1517</sup> Das Präsidium der JSS bemühte sich ebenfalls bereits im Monat seiner Konstituierung darum Arbeitslager besuchen zu dürfen.<sup>1518</sup> Der in Warschau ansässige JDC, die JSS und der Warschauer Judenrat machten sich auch in Warschau Gedanken über die Versorgung der in den Lagern internierten Menschen. So notierte Adam Czerniaków am 8. September 1940 in sein Tagebuch: „Eine Versammlung von Vertretern der Gemeinde, des JDC und der JSS wegen der Hilfe für die Lager.“<sup>1519</sup> Die Erlaubnis für Reisen in Lager erteilte man der JSS. Über die Reisen in die Arbeitslager wurden Berichte verfasst, die an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ übermittelt wurden.<sup>1520</sup> Die Mitglieder des Präsidiums der JSS verfolgten mit der Übermittlung der Berichte Ziele. Sie hofften dadurch die Situation der in den Lagern zwangsarbeitenden Menschen verbessern zu können. Allerdings hatten – so die These – die Funktionäre in der Aufsichtsbehörde ebenfalls ein Begehren, mehr über die Zustände in den Arbeitslagern zu erfahren und vor allem durch die Berichte einen Eindruck zu bekommen, was den Mitgliedern der jüdischen Organisation über die Zustände in den Lagern bekannt war. Durch die Hilfskomitees und Delegaturen erhielt das Präsidium ohnehin Mitteilungen über die Situation in den Lagern. Wenn die Zivilverwaltung Reisen in bestimmte Lager zuließ, so konnten sich die Mitglieder des Präsidiums ein eigenes Bild von den Lagern machen und damit gezielter den in den Lagern zwangsarbeitenden Menschen helfen. Die Besatzer benötigten diese Menschen beziehungsweise deren Arbeitskraft und so hatten auch sie ein Anliegen, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Verfügung standen und dies konnten sie nur durch eine ausreichende Versorgung. Dies war vermutlich der wichtigste Grund für das Zulassen der Reisen der Präsidiumsmitglieder der JSS in bestimmte Lager. So bekam beispielsweise ein Warschauer Mitglied des Präsidiums – Benjamin

---

<sup>1516</sup> Vgl. dazu auch MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 168.

<sup>1517</sup> Aufruf der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Radom, August 1940, AŽIH, 211 aneks/218, Bl. 35. „Seit einer Reihe von Tagen arbeitet unsere Jugend in Arbeitslagern, weit von Radom, getrennt von ihrer Familie und ihrem Heim. In voller Verantwortung und Disziplin haben sie der Gestellungspflicht Folge geleistet und dank dem wurde in unserer Stadt, wie es in vielen anderen Ortschaften geschehen ist, eine zwangsweise Einsendung von Familienvätern und älteren Leuten, die das harte Lagerleben nicht zu ertragen vermögen, vermieden. Wenn auch die Lebensbedingungen im Lager hart sind, so kann man sie doch bei entsprechender Vorbereitung durchhalten und gesund nach Hause zurückkehren. Um jedoch den Anforderungen des Lagerlebens standzuhalten, muss man ganze Schuhe, Wäsche zum Wechseln, warme Kleidung, Schlafdecken usw. haben. Ebenso kann man das Lagerleben erleichtern, wenn den Arbeitenden zusätzliche Nahrung verschafft wird, wenn ärztliche Hilfeleistung organisiert wird, wenn die sanitären Verhältnisse gebessert werden. Hier ist die größte Anstrengung der ganzen jüdischen Bevölkerung notwendig, und es gibt kein zu grosses Opfer, um der in den Lagern arbeitenden Jugend zu helfen und zu beweisen, dass wir alle an sie denken und sie unterstützen. Mütter und Väter, Schwestern und Brüder, eilt mit der Hilfeleistung, antwortet unverzüglich auf unseren Appel. Denkt daran, dass die Aktion schnell durchgeführt werden muss. Wir sind sicher, dass ihr unsere Delegierten willig empfangen und nicht an Gaben für die Jugend sparen werdet, für die Jugend, die in diesem Augenblick in Eurem Namen eine so schwere Pflicht erfüllt.“

<sup>1518</sup> Abschrift JSS an BuF, 07.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 232. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 20.

<sup>1519</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 111.

<sup>1520</sup> Abschrift JSS an BuF, 13.09.1940, YVA, O.21/14, Bl. 27.

Zabludowski – noch im September 1940 die Genehmigung Arbeitslager zu besuchen. Das Präsidium bat die Behörden darum den reisenden Mitgliedern „*jegliche Hilfe und Förderung andeuten zu lassen*.“<sup>1521</sup> Der folgende Bericht ist nicht datiert, allerdings kann man aufgrund der zuvor erwähnten Zulassung Zabludowskis für den Besuch der Arbeitslager daraus schließen, dass es sich bei dem dokumentierten Besuch um einen aus diesem Zeitraum gehandelt haben muss, wenngleich in dem Bericht angegeben wird, dass der Besuch im Auftrag des Warschauer Judenrates erfolgte:<sup>1522</sup>

„Die Arbeiter sind teilweise durch das Arbeitsamt namentlich herangezogen und nach ärztlicher Untersuchung und Tauglichkeitsbefund durch das Verteilungslager in Lublin hingeschickt worden. Teilweise und zwar in der Mehrzahl wurden sie in den Strassen aufgegriffen und aus den Häusern herausgeholt /hauptsächlich im Distrikt Lublin/ ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand und ebenfalls durch Vermittlung des Sammelagers in Lublin nach den Arbeitslagern nach Belzec abgeschoben. Die Letzteren konnten sich nicht zu diesem Transport vorbereiten und haben nichts mitnehmen können, entbehren als aller notwendigen Dinge, wie Wäsche, Bekleidung, Beschuhung usw. Selbstverständlich sind die älteren eingefangenen Menschen, wie auch die Minderjährigen wenig widerstandsfähig, zur Arbeit wenig geeignet und deswegen sind auch ihre Leistungen wenig ergiebig; unter ihnen befinden sich viele Kranke und Leidende, nicht selten wurden auch Krüppel zur Arbeit herangezogen.“<sup>1523</sup>

Weiter wurde über die Unterbringung und die Verpflegung der in der Lagergruppe arbeitenden Menschen berichtet. Die Unterkünfte seien in den meisten Lagern ungenügend. Es gebe keine speziell zu diesem Zweck erbauten Baracken, die Arbeiter und Arbeiterinnen seien in Gebäuden zusammengepfercht, die überhaupt nicht zu Unterbringungszwecken geeignet gewesen wären. Dabei übersteige die Zahl der Arbeitenden bei weitem die Fassungskmöglichkeiten der Räume. Für den sanitären Zustand sei nicht gesorgt worden, es gebe weder Wasch- noch Wäschereimöglichkeiten sowie Krankenzimmer und Krankenhäuser, sodass Kranke, darunter Ansteckende, „*zusammen mit gesunden Arbeitern hausen*“. In den „*Behausungen*“ wimmele es von Ungeziefer, da es an frischem Stroh als Unterlage zum Schlafen mangle. Die Verpflegung sei ebenfalls ungenügend, „[...] *so bekommen die Leute täglich ½ kg Brot, etwa 1 l. wässriger, dünner Suppe und Mal Kaffee ohne Zucker. Dieses Quantum kann einen physischen Arbeiter unmöglich genügen*.“<sup>1524</sup> Bei Spezialarbeiten, wie zum Beispiel Wasserarbeiten, hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen keine Wasserstiefel und konnten sich so nicht vor den Blutegeln, die sich sehr oft im stehenden Wasser befanden, nicht schützen. Die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen ließ in manchen Lagern viel zu wünschen übrig, so Zabludowski in seinem Bericht. Da die Dauer des jeweiligen Arbeitseinsatzes nicht bekanntgegeben werde, wirke

<sup>1521</sup> Abschrift JSS an Wielikowski betr. „*Besichtigung jüdischer Arbeitslager und Arbeitspunkte*“, 14.09.1940, AŻIH, 211 aneks/22, Bl. 123.

<sup>1522</sup> Bericht über die Eindrücke aus den Zwangsarbeitslagern der Gruppe Belzec, ohne Datum, YVA, O.21/14, Bl. 28f. Er dokumentierte einen Besuch der Zwangsarbeitslager der Gruppe Belzec, in denen laut seiner Angabe zu der Berichtszeit 12.000 bis 14.000 Arbeiter beschäftigt wurden. Es ist teilweise keine klare Unterscheidung zu treffen, ob Reisen rein im Auftrag der JSS oder des Warschauer Judenrates unternommen wurden – in jedem Fall wurde bereits im Mai 1940 beispielsweise eine dreitägige Fahrt in die Lager gemacht. Dies wurden von zwei Mitgliedern des späteren Präsidiums, die gleichzeitig dem Warschauer Judenrat angehörten durchgeführt: Zabludowski und Wielikowski. Vgl. CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 143f.

<sup>1523</sup> Bericht über die Eindrücke aus den Zwangsarbeitslagern der Gruppe Belzec, ohne Datum, YVA, O.21/14, Bl. 28f.

<sup>1524</sup> Ebd.

sich die diesbezügliche Ungewissheit in physiologischer Hinsicht sehr schlecht auf die Arbeiter sowie Arbeiterinnen aus, was die Ausgiebigkeit ihrer Arbeit verringere. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lagergruppe Belzec würden nicht entlohnt.<sup>1525</sup> Zu der Herkunft des für die Arbeitenden vorhandenen Mahlzeiten hieß es: *„Die Nahrungsmittel werden dem Lubliner Judenrat zugewiesen, über die Verrechnung ist vorläufig nichts bekannt. Die von den Zwangsarbeitern zurückgelassenen Familienmitglieder werden einstweilig von niemandem betreut und werden über kurz oder lang der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.“*<sup>1526</sup> Durch die Besuche der Lager durch Mitglieder des Präsidiums der JSS war die Organisation demnach von Beginn ihrer offiziellen Tätigkeit an über den schlechten Zustand in den Lagern und die unzureichende Verpflegung der Arbeiter und Arbeiterinnen informiert. Nicht nur durch eigene Besuche der Lager konnten sich die Präsidiumsmitglieder einen Eindruck von der Lage in den Zwangsarbeitsstätten verschaffen, zuweilen bekamen sie Besuch von Angehörigen, die über die schlechte Situation ihrer in Lagern gefangenen Verwandten berichteten.<sup>1527</sup> Nach diesem Berichten und Besuchen der Lager ist es nicht verwunderlich, dass sich das Präsidium der JSS bereits Ende September 1940 an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ betreffend des *„Arbeitseinsatzes der jüdischen Bevölkerung“* wandte und dabei den schlechten Zustand der zwangsarbeitenden Bevölkerung bemerkte:

„Seit mehreren Wochen sind Tausende von Juden in Zwangsarbeitslagern untergebracht, um ihre Arbeitspflicht zu erfüllen. Aus Berichten der Mitglieder des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und der Judenräte, anderer glaubwürdiger Personen, sowie auch aus mehreren Mitteilungen der Arbeiter und unzähligen Klagen ihrer Angehörigen geht ein recht trauriges Lebensbild hervor. Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sieht sich, im Interesse der öffentlichen Fürsorge, ja der Ausgiebigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter selbst, dringendst veranlasst, die Aufmerksamkeit der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, allerergerbenst darauf zu lenken.“<sup>1528</sup>

In dem Schreiben werden die schlechten Zustände in den Lagern angeprangert und Verbesserungsvorschläge unterbreitet, die von Seiten der Regierung in die Wege geleitet werden sollten.<sup>1529</sup> Das wichtigste an diesem Zitat ist jedoch, dass die JSS bereits im September 1940 – wie schon in einigen

---

<sup>1525</sup> Ebd.

<sup>1526</sup> Ebd.

<sup>1527</sup> Vermerk betr. *„Behandlung der Arbeiter im Arbeitslager Lipie ad Neu Sandez“*, ohne Datum, YVA, O.21/14, Bl. 29. *„Es erscheint bei uns der Vater eines dortselbst im Arbeitseinsatz beschäftigten jüdischen Arbeiters und teilte auf Grund des Augenscheins mit, dass die Behandlung der dortigen Arbeiter Vieles zu wünschen übrig lässt. Beim Graben von Gräben werden die Arbeiter angehalten, sich mit dem Gesicht auf den Boden zu legen, worauf ihnen Steine auf den Kopf gelegt werden, oder sich mit dem Rücken auf den Boden zu legen und längere Zeit hindurch die Arme erhoben zu halten. Von der Entlohnung a 4 Zl. täglich werden ihnen a 3 Zl. für den Lebensunterhalt abgezogen, der Rest im Betrage von 1 Zl. wird ihnen für 14 Arbeitstage im Nachhinein ausgezahlt. Auch das Essen, das ihnen verabreicht wird, lässt viel zu wünschen übrig. Insbesondere bekommen sie bloss 15 Dkg. Brot täglich, trotzdem die Beschäftigung um 4 Uhr früh beginnt. Krakau, den 13. September 1940“*. Der Bericht ist nicht datiert. Vermutlich stammt er aus der Zeit vor oder unmittelbar nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS.

<sup>1528</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung“*, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 52–55. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 36–39 und YVA, O.21/16-3, Bl. 34–37.

<sup>1529</sup> Ebd.



Ersuchen, die man vor der Konstituierung an die Aufsichtsbehörde sandte<sup>1530</sup> – auf die „*Ausgiebigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter*“<sup>1531</sup> hinwies. Damit wurde ein Punkt angesprochen, der die Behörden dazu hätte veranlassen müssen, für eine bessere Verpflegung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu sorgen, da es in deren Interesse lag leistungsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen zu haben.<sup>1531</sup> Damit knüpfte die Rhetorik des Präsidiums der JSS an die an, die sie bereits vor dem September 1940 gepflegt hatte.

Auch bei einer Sitzung des HHA wies der anwesende jüdische Vertreter auf die denkbar schlechte Lage der jüdischen in den Lagern gefangenen Personen hin. Bei einem Tagesordnungspunkt, bei dem die Fürsorge für „Aussiedler“ thematisiert wurde, redeten die Anwesenden vor allem über das Problem der polnischen ausgesiedelten Personen, was die Arbeit der JSS nicht betraf. Im Kontext dieses Punktes führte Weichert allerdings auch für die jüdische Bevölkerung an, dass sich „*am empfindlichsten [...] die Mängel organisatorischer Natur bemerkbar machen*.“<sup>1532</sup> Die Unterkunft für eine so große Menge Arbeiter und Arbeiterinnen sei nicht vorbereitet worden. Ein Teil schlafe unter freiem Himmel, ein Teil in Hütten, wo weder Pritschen noch Stühle vorhanden seien. Die sanitär-hygienischen Bedingungen seien beklagenswert, die Ernährung unzulänglich, die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen lasse „*viel zu wünschen übrig*.“ In einigen Lagern, für die sich das Arbeitsamt interessiert habe, hätten sich die Verhältnisse gebessert. Weichert bat, die Aufsichtsbehörde möge dem Arbeitsamt die Fürsorge für sämtliche Arbeitslager und -stellen übertragen und Vertretern der JSS die Organisation einer zusätzlichen Fürsorge in den einzelnen Lagern ermöglichen.<sup>1533</sup> Dies geschah in dieser Form nicht. Vielleicht deshalb verfasste das Präsidium der JSS wohl Anfang 1941 eine Denkschrift über die Arbeitslager: „*Die Zahl der seit Ende Juni bis Ende Dezember 1940 errichteten Arbeitslager für Juden kann von uns nicht genau angegeben werden, ebensowenig die Gesamtzahl der in den Arbeitslagern beschäftigten Juden*.“<sup>1534</sup> In der Denkschrift wurde eine Zahl von 54 Arbeitslagern genannt, in denen 25.000 bis 30.000 Menschen beschäftigt würden. Die Zahl der in den einzelnen Arbeitslagern einquartierten Juden und Jüdinnen schwanke zwischen 100 und 3.000.<sup>1535</sup>

<sup>1530</sup> Vgl. etwa Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „*Einkauf von Kleidungsstoffen*“, 05.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 5 sowie Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „*Vermögenswerte der evakuierten jüdischen Gemeinden und Privatpersonen*“, 05.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 6.

<sup>1531</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung*“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 52–55. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 36–39 und YVA, O.21/16-3, Bl. 34–37.

<sup>1532</sup> Bericht über die Sitzung des Haupthilfsausschusses vom 17. September 1940 in der Regierung des Generalgouvernements – Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, AAN, 125/3, Bl. 5–10.

<sup>1533</sup> Ebd.

<sup>1534</sup> „*Die Arbeitslager für Juden im Generalgouvernement*“, nicht datiert wohl Anfang 1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 119–124.

<sup>1535</sup> Ebd. Weiter wurde ausgeführt in welche Gruppen sich die Arbeitslager auf dem Gebiet des Generalgouvernements einteilen lassen.

„Seit Mitte November 1940 begann die Auflösung der Arbeitslager und Ende Dezember 1940 war der grösste Teil der Arbeitslager endgültig aufgelassen. Noch am 9. Dezember 1940 waren über 20 Arbeitslager in Betrieb. Allmählich aber verringerte sich die Zahl, es blieben nur noch einige Arbeitslager in Zamosc, in Oszczów, Dolhobyczów, Biała Podlaska, Pustków bei Debica, Konkwola und Leczna übrig. Am 31. Dezember 1940 waren in Konkwola und Leczna 500 Juden, in Biała Podlaska 600 Juden und in Pustków bei Debica – 1500 Juden /darunter 700 aus Krakau und 800 aus Tarnów/ beschäftigt. Weitere Zahlen liessen sich nicht feststellen. Am allerfrühesten wurden die Arbeitslager der Gruppe Belzec aufgelöst. Doch wurde nur ein Teil der Arbeiter entlassen, ein Teil wurde nach Debica und Neumarkt, der Rest nach den Arbeitslagern der Gruppe Hrubieszów, teilweise nach Limanowa und Chabówka geschickt. Somit wurden Juden, die ihre Arbeitspflicht bereits erfüllt haben, erneut zum Arbeitseinsatz herangezogen.“<sup>1536</sup>

Mit der Entlassung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Arbeitslagern – sei es zufolge erfüllter Arbeitspflicht, sei es infolge eingetretener Arbeitsunfähigkeit oder festgestellter Krankheit – habe sich für sie eine außerordentlich prekäre Situation ergeben, da ihre Rückbeförderung aus Mangel an Geldmitteln auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Mitunter konnten sie aus Mangel an Geld- und Transportmitteln nicht abziehen und man hielt sie deshalb zum Beispiel in einem Arbeitslager in Nowy Targ/Neumarkt zum eigenen Nachteil und ohne jeglichen Nutzen für den Arbeitseinsatz zurück. Weder die für die zurückgehaltenen Arbeiter und Arbeiterinnen zuständigen noch die in der Nähe der Arbeitslager befindlichen Judenräte, konnten infolge ihrer völligen finanziellen Erschöpfung die Reisekosten der Arbeiter und Arbeiterinnen bestreiten. Was ihre Unterbringung in den verschiedenen Arbeitslagern betreffe, sei hervorzuheben, dass die Besatzer die in größeren Gruppen aus einer Ortschaft herangezogenen Personen nicht insgesamt in ein und demselben Lager untergebracht, sondern in verschiedene Lager zerstreut habe. So seien zum Beispiel 4.118 Juden und Jüdinnen aus Warschau in mehr als 30 Lagern untergebracht worden: „*Die Konzentrierung der Juden nach dem Prinzip der Herkunftsorte gelang gegen Ende des in Rede stehenden Zeitabschnitts zum Durchbruch, so in Pustków bei Debica und in zwei auf Veranlassung des Arbeitsamtes in Warschau Mitte November 1940 neuerrichteten Arbeitslagern, in Konkwola bei Pulawy und Leczna in Lublin.*“<sup>1537</sup> In den Berichten verschiedener Judenräte werde darauf hingewiesen, dass die Zerstreung der aus einem Ort kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen nach verschiedenen Arbeitslagern die nötige Betreuung der Menschen in höchsten Grade erschwert habe. Die Zuführung von zusätzlichen Lebensmitteln und Kleidungsstücken in die verschiedenen Arbeitslager, die oft in entgegengesetzter Richtung und weit entfernt voneinander lägen sei mit großen Kosten verbunden gewesen.<sup>1538</sup>

Damit sei aber die Frage des „*jüdischen lagermässigen Arbeitseinsatzes*“ bei Weitem nicht gelöst. Wie sämtliche Judenräte, die sich mit der Betreuung der jüdischen Arbeitslager befassten, berichtet hätten, hätten sie sehr große Beträge für diese Zwecke verbraucht. Es seien erhebliche Geldmittel nötig, um für entsprechende Wohnverhältnisse und Waschgelegenheiten zu sorgen, Kleider und

---

<sup>1536</sup> Ebd.

<sup>1537</sup> Ebd.

<sup>1538</sup> Ebd.

Schuhwerk, Arzneimittel, Seife in größeren Mengen, Feldküchen, Küchengeschirre und größere Transporte von Lebensmitteln anzuschaffen.<sup>1539</sup> Am Ende des Berichtes wurde unter anderem der Vorschlag unterbreitet, die „*Verwaltung der Arbeitslager den Judenräten zu übertragen*.“<sup>1540</sup> Dies war vermutlich schon in vielen Lagern de facto der Fall. Allerdings zeichnet sich kein einheitliches Bild ab, wer in welchen Lagern für die Verpflegung der zwangsarbeitenden Menschen sorgte. Für die JSS hätte die Regelung, dass den Judenräten allein die Versorgung der Menschen in den Lagern obliege, eine Erleichterung und finanzielle Entlastung bedeutet. Jedoch hätte dies vermutlich zu weiteren Konflikten zwischen der JSS und den Judenräten geführt.<sup>1541</sup> Im Laufe der Zeit stießen auch die Judenräte, die die Menschen in den Arbeitslagern versorgen mussten, immer weiter an die Grenze ihrer materiellen und finanziellen Belastbarkeit. So wandte sich das Präsidium der JSS bereits im Dezember 1940 mit einem Appell des Lubliner Judenrates an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, da die Aufsichtsbehörde die JSS veranlasst hatte mit dem Lubliner Judenrat in Sachen des Handwerkerlager in Lublin in Kontakt zu treten. Eine Zusammenfassung der Informationen über das Lager teilte die JSS der Aufsichtsbehörde schriftlich mit.<sup>1542</sup>

Auch Betroffene selbst berichten über die Hilfstätigkeit, die man zu ihren Gunsten durch die JSS entfaltete. So schrieb Zvi Fenster, der in Jezierzany lebte, dass man sich im Ort über die Hilfe der in die Lager verbrachten Menschen Gedanken gemacht habe: „*Nun stellte sich die Frage, wie man Lagerinsassen helfen könnte, um sie am Leben zu erhalten. Es mussten ihnen Pakete mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten übersandt werden. Bereits im Februar 1942, als die Zahl der in die Lager abtransportierten etwa 100 betrug, stellte die Lösung dieser Frage eine wichtige Aufgabe dar.*“<sup>1543</sup> Von den vielen Familien, deren Angehörige verschickt worden waren, habe es nur wenige gegeben, die in der Lage gewesen seien, ihren Angehörigen entsprechende Pakete zu übersenden. Um Hilfe zu schaffen bildete man im Judenrat eine Kommission für soziale Hilfe, so Fenster: „*Diese Kommission sollte im Rahmen der legalen ‚Jüdischen Sozialen Selbsthilfe‘ aufgebaut werden, und zwar nach dem Muster anderer Städte, unter anderem auch der Distrikthauptstadt Krakau. Die Möglichkeit eine solche Kommission einzurichten, entzündete einen Funken*

<sup>1539</sup> Ebd.

<sup>1540</sup> Ebd.

<sup>1541</sup> Vgl. hierzu II.2.7.

<sup>1542</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Handwerkerlager in Lublin*“, 10.01.1941, AŽIH, 211 aneks/28, Bl. 36. „[...] In diesem Lager / sog. Durchgangslager/ sind Handwerkerstätten organisiert, die über 300 jüdische Handwerker beschäftigen, welche für die deutschen Behörden arbeiten. Die Handwerker werden vom Judenrat Lublin entlohnt und in der Lagerküche, die ebenfalls vom Judenrat unterhalten wird, beköstigt. Der Judenrat weist darauf hin, dass nicht nur die Juden, sondern sogar die polnischen Maurer und Zimmerleute, die im erwähnten Lager tätig sind / siehe Pos. 35 der Beilagen/, vom Judenrat bezahlt werden. Die damit verbundenen Ausgaben belasten den Haushaltsplan des Judenrates so sehr, dass er ausserstande ist auch die geringsten Mittel der sozialen Fürsorge zuzuführen. Seine seit mehreren Monaten fortgesetzten Bemühungen dieser Pflicht enthoben zu werden, fanden zwar grundsätzliches Verständnis, konnten aber bis Mitte Dezember zu keinem positiven Ergebnis führen. Wie aus der anliegenden Aufstellung für die Zeit vom 16. August bis zum 16. November 1940 hervorgeht, betragen die mit der Aufhaltung dieses Lagers verbundenen Ausgaben des Judenrates Lublin durchschnittlich 36,170 Zloty im Monat. Der Judenrat bemerkt, dass die Arbeitsaufträge zur vollen Zufriedenheit der zuständigen Dienststellen ausgeführt werden, was u.a. in einer Notiz der Krakauer Zeitung vom 10. März 1940 Ausdruck gefunden hat. Die Abschrift dieser Notiz hat der Judenrat seinen Mitteilungen beigelegt und wir gestatten uns sie, in der Anlage zu übermitteln.“

<sup>1543</sup> Übersetzung aus dem Hebräischen ZVI FENSTER: Bericht über die Vernichtung (Juli 1941-April 1944), ITS, DOI 82188120.

*Hoffnung und ließ den Gedanken zu, daß das Verhältnis der deutschen Behörden zu den Juden nicht gar so arg sei. Selbst der Gedanke an die Erlaubnis, eine Hilfsorganisation für Juden in Ghettos und Lagern zu gründen, aktivierte die Lebenslust der Menschen und ließ an bessere Tage glauben.*<sup>1544</sup> Auch in diesem Fall habe man sich mit den üblichen Bedingungen abfinden müssen. Der Judenrat, der immer auf der Suche nach Geldmitteln gewesen sei, habe hier die Gelegenheit dazu genutzt, sich von den Angehörigen der Kommission für die „Mitgliedsmandate“ bezahlen zu lassen. Genauso wie die Besitzer anderer Ausweise der deutschen Behörden, glaubte man in diesem Fall ebenfalls, dass eine solche „Mitgliedschaft“ den einzelnen vor der Verschickung zur Zwangsarbeit und vor anderen „Aktionen“ beschützen würde.<sup>1545</sup> Aus einigen Orten konnten Hilfskomitees über eine Verbesserung der Situation der Menschen in den Arbeitslagern berichten. So schrieb das Hilfskomitee für den Kreis Końskie/Konski Ende Juni 1941, dass sich die Arbeitsbedingungen im Lager Zagacie gebessert hätten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten laut dem Schreiben täglich 180 Gramm Brot, eine Suppe und zwei Mal Kaffee. Allerdings berichtete das Hilfskomitee auch, dass von den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen Geld für die Verpflegung verlangt werde. Da der geringe Lohn nicht reiche um diese zu decken, würden die einzelnen Judenräte für den Fehlbetrag haftbar gemacht. Sie seien in speziell zu diesem Zwecke gebauten Baracken untergebracht, die eine genügende Anzahl von Pritschen hätten. Weiter hieß es: *„Die Arbeiter waschen sich bzw. baden 2 Mal täglich. Die Reinheit ist musterhaft, die Behandlung ist erträglich.“* Am Ende des Schreibens teilte das Komitee dem Präsidium mit, dass in Końskie/Konski ein Hilfskomitee für die in den Arbeitslagern Beschäftigten errichtet worden sei, das ihnen täglich 500 Gramm Brot und wöchentlich je zehn Złoty zuteile, solange es über Mittel verfüge.<sup>1546</sup> Ob es sich dabei um ein weiteres Hilfskomitee der JSS mit einem speziellen Aufgabenbereich handelte oder um eine Einrichtung, die lediglich mit einem identischen Wort bezeichnet wurde aber mit der JSS nichts gemein hatte, kann aus den vorliegenden Quellen nicht festgestellt werden. Wenn auch einige Hilfskomitees dem Präsidium mitteilten, dass sich die Situation der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in den Lagern verbessert hätte, so waren sie dennoch in den meisten Fällen ungenügend – um nicht zu sagen schrecklich. Deshalb bemühten sich die Vertreter der JSS fortwährend die Situation zu verbessern. Mitte Mai 1941 berichtete das Präsidiumsmitglied Wielikowski in einer Sitzung über die Behandlung und Verpflegung in den Arbeitslagern und stellte auch dabei fest – wohl aufgrund der unter anderem zuvor im Mai erfolgten und obenstehend angeführten Meldung des Hilfskomitees aus Końskie/Konski –, dass sich die Situation teilweise gebessert hätte. Weiter führte er aber auch die in vielen Fälle unhaltbaren Zustände auf

---

<sup>1544</sup> Ebd.

<sup>1545</sup> Ebd.

<sup>1546</sup> Vermerk betr. „Arbeitslager in Zagacie Kreis Konskie“, 30.06.1941, AŻIH, 211/169, Bl. 39.

und bezog sich dabei auf zwei Denkschriften, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Aufsichtsbehörde eingereicht worden waren und auf die „*Protokolle über Behandlung und Verpflegung in den Arbeitslagern, die vor Kurzem in der Zahl von ca. 100 übermittelt worden sind*“.<sup>1547</sup> Im Vergleich zum vorigen Jahr seien die Unterkunftsbedingungen bedeutend besser geworden, zudem sei ein Fortschritt in der sanitären und hygienischen Betreuung zu verzeichnen, dagegen sei die Verpflegung weiter unzureichend und die Behandlung der Menschen durch den polnischen und den ukrainischen Lagerschutzes schrecklich. Es seien Fälle festgehalten worden, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen misshandelt und sogar erschossen worden seien. Die Verpflegung bestünde aus 100 bis 150 Gramm Brot, in einem Lager sogar aus lediglich 50 Gramm Brot täglich und einer Wassersuppe. Dagegen verkauften in manchen Lagern die Kantinen des Lagerschutzes Brot, Bonbons und Zigaretten zu Wucherpreisen. Zum Beispiel koste Brot zehn bis zwölf Zloty pro Kilogramm, ein Bonbon zwischen 15 und 25 Groszy und eine Zigarette der Marke „Junak“ fünf bis 15 Groszy.<sup>1548</sup> In dem Protokoll – für das wie bereits mehrfach dargelegt eine Übermittlungspflicht an die Aufsichtsbehörde bestand – wurde eine Kommunikationsstrategie verwendet, die schon für frühere Zeitpunkte ausgemacht werden konnte: „*Infolge der Misshandlungen und ungenügender Verpflegung sei die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf das Minimum gesunken, dagegen die Sterblichkeit bedeutend angewachsen.*“<sup>1549</sup> Auf Anfrage des Vertreters der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, Lothar Weirauch, erklärte Wielikowski in der Sitzung des Präsidiums, dass sämtliche von ihm angeführten Fälle dem Arbeitsamt bekannt seien und eine „*Entrüstung der zuständigen Beamten hervorgerufen hätten*“. Ein Vertreter des Arbeitsamtes habe in Gesellschaft der Präsidiumsmitglieder Wielikowski und Zabłudowski einige Arbeitslager besucht und die Beseitigung der bemerkten Mißstände in Aussicht gestellt. In Ergänzung der Ausführungen von Wielikowski berichtete Zabłudowski während der Sitzung über die Behandlung in den Arbeitslagern, insbesondere über die Beschränkungen in der Kommunikation. Seinen Bericht abschließend beantragte Wielikowski, die Aufsichtsbehörde möge das Ersetzen des polnischen und ukrainischen Lagerschutzes durch einen jüdischen Lagerschutz und eine entsprechende Verbesserung der Verpflegung veranlassen.<sup>1550</sup> Bereits kurz vor dieser Sitzung war die Aufsichtsbehörde der Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ auf eigenen Wunsch über die Situation in den Zwangsarbeitslagern unterrichtet worden.<sup>1551</sup> In diesem

<sup>1547</sup> Vgl. Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŻIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17. Die „*Protokolle über Behandlung und Verpflegung in den Arbeitslagern, die vor Kurzem in der Zahl von ca. 100 übermittelt worden sind*“ sind in den Akten der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (AŻIH, 211 und AŻIH, 211 aneks) nicht auszumachen.

<sup>1548</sup> Ebd.

<sup>1549</sup> Ebd.

<sup>1550</sup> Ebd.

<sup>1551</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Arbeitslager*“, 05.05.1941, AŻIH, 211 aneks/40, Bl. 274f.

Schreiben war der Zivilverwaltung bereits mitgeteilt worden, dass man ein Schreiben eines Präsidiumsmitgliedes aus Warschau erhalten habe, in dem er schwere Vorwürfe über das Verhalten des „Lagerschutzes“ erhebe: *„Die Mitglieder des Lagerschutzes, deren Aufgabe die Ueberwachung der Lagerinsassen ist, verhalten sich den Einberufenen gegenüber aggressiv [sic!], was Panik hervorruft.“*<sup>1552</sup> Von den Lagern aus Warschau erhalte man Nachrichten über Misshandlungen der Lagerinsassen seitens des „Lagerschutzes“, was verständliche Aufregung verursache. Über die schlechte und unzureichende Verpflegung werde aus den Lagern weiterhin berichtet und auch über Todesfälle in den Lagern: *„Die jüdische Bevölkerung gewinnt angesichts obiger Vorfälle die Ueberzeugung, dass die Abreise in die Arbeitslager mit der Gefährdung nicht bloss der Gesundheit, sondern auch des Lebens verbunden ist.“*<sup>1553</sup> Am Ende des Schreibens bat die JSS, die Aufsichtsbehörde möge veranlassen, dass *„in den Arbeitslagern für Juden für ausreichende Ernährung gesorgt und die Ausübung der Polizeitätigkeit an Stelle des polnischen und ukrainischen Lagerschutzes, dem jüdischen Ordnungsdienst übertragen werde“*.<sup>1554</sup> Auch in der Zeit nach der Sitzung des Präsidiums Mitte Mai 1941 erhielt das Präsidium weitere Berichte von Mitgliedern der JSS, die über die Situation der Menschen in den Lagern berichten. So schrieb beispielsweise Wielikowski über die Arbeitslager in Krosno und Umgebung sowie im Distrikt Lublin, dass aus diesen *„günstige Nachrichten“* einlangten. Aus diesem Grund sei die Zahl der sich in diese Lager freiwillig Meldenden groß. Auf dem Gebiet des Distrikts Warschau seien schon manche Lager aufgelöst worden, wie zum Beispiel bei Piaseczno, in Mordy, Narty und Pieklo. Zum Berichtszeitpunkt seien in den Arbeitslagern des Distrikts Warschau etwa 2.800 jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt: *„Die Verhältnisse in den Arbeitslagern haben sich bedeutend verbessert. Vor allem hat sich das Verhältnis des Lagerschutzes zu den Lagerinsassen bedeutend gebessert.“*<sup>1555</sup> Die Hilfskomitees berichten ebenfalls zuweilen über Arbeitslager, die in ihrem Einzugsgebiet lagen. So teilte das Hilfskomitee für den Kreis Chelm/Cholm mit, dass in Sejczyce ein Arbeitslager errichtet worden sei, das aus drei großen Baracken bestehe, in denen 375 jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen aus Warschau und Vorstadtgemeinden untergebracht seien. Für die folgenden Tage sei ein weiterer Transport von 225 Arbeiter und Arbeiterinnen vorgesehen, sodass sich die Gesamtzahl auf 600 belaufen werde: *„Mit den Arbeiten u.a. Erd-Meliorations- und Wasser-Regulierungsarbeiten soll demnächst begonnen werden. Entlohnung ist noch nicht vorgesehen.“*<sup>1556</sup> Als Verpflegung der Arbeiter und Arbeiterinnen sollten diese täglich circa 650 Gramm Brot, eine *„genügend dichte Suppe“* und zweimal Kaffee pro Person bekommen. Arbeitgeber und -leiter sei das Wasserwirtschaftsamt in Chelm/Cholm. Das Lager stehe unter der Aufsicht eines SS-Kommandanten: *„Den inneren Ordnungsdienst versehen 11 jüdische Ordnungsdienstmänner*

---

<sup>1552</sup> Ebd.

<sup>1553</sup> Ebd.

<sup>1554</sup> Ebd.

<sup>1555</sup> Vermerk betr. „Arbeitslager“, 05.06.1941, AŽIH, 211/167, Bl. 22.

<sup>1556</sup> Vermerk betr. „Arbeitslager in Sejczyce Kreis Cholm“, 09.06.1941, AŽIH, 211/167, Bl. 36.

aus Warschau. Die Behandlung ist gut. Die sanitäre Betreuung obliegt einem jüdischen Arzt aus Warschau und 5 Sanitätspersonen. Die Vorräte an Heilmitteln sind sehr gering.“<sup>1557</sup> Auf diesem Wege gelangte das Präsidium der JSS direkt an Informationen über die neu errichteten oder in der Entstehung begriffenen Lager und konnte so unter Umständen reagieren. Delegaturen berichteten ebenfalls direkt an das Präsidium:

„Die J.S.S. Delegatur in Zaklików Kreis Janów Lubelski teilt uns mit Schreiben vom 14.ds. Folgendes mit: 6 km entfernt von Zaklików in Łysaków befindet sich auf einem Landgut ein Arbeitslager, in dem 60 Juden aus Zaklików, 40 aus Modliborzyce und zwischen 10–20 aus anderen Ortschaften arbeiten. Die Arbeiter klopfen Steine, für ihre Arbeit bekommen sie keine Entlohnung, es wurde ihnen lediglich 1 Zloty für 1 m<sup>3</sup> geklopfter Steine in Aussicht gestellt. Die Verpflegung reicht bei weitem für diese schwere Arbeit nicht aus. Die Arbeiter sind in einer Baracke untergebracht. Die sanitäre Betreuung der Lagerinsassen ruht in den Händen der Delegatur, die etwas Heilmittel und von Zeit zu Zeit einen Arzt ins Lager sendet. Die Krankbefundenen werden nach Zaklików abgeschoben. Zusätzliche Ernährung insbesondere Brot tut dringend Not.“<sup>1558</sup>

Zum einen bekam das Präsidium auf diesem Wege einen weiteren Eindruck davon, wie groß die Zahl der Zwangsarbeitslager – zuweilen auch sehr kleinen oder anderen Zwangsarbeitsstätten – auf dem Gebiet des Generalgouvernements war. Zum anderen bekam man dadurch ein besseres Bild davon, welche Aufgaben ihre Geschäftsstellen zu bewältigen hatten und auf weiteren Reisen der Präsidiumsmitglieder erhielt man Kenntnis über weitere Lager.<sup>1559</sup> Und so gelang es dem Präsidium in regelmäßigen Abständen Berichte über die Zwangsarbeitslager sowie über die Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen nach ihrer „Heimkehr“ anzufertigen.<sup>1560</sup> Neben den Insassen der Lager selbst versorgte die JSS die Angehörigen der im Lager gefangenen Menschen. So wurde beispielsweise in Warschau im Juli 1941 eine Küche für die Kinder von Lagerarbeitern und

<sup>1557</sup> Ebd.

<sup>1558</sup> Vermerk betr. „Arbeitslager in Łysaków Kreis Janów Lubelski“, 23.06.1941, AŻIH, 211/169, Bl. 24.

<sup>1559</sup> Vermerk betr. „Das Arbeitslager in Chyżyż Kreis Minsk Maz“, 2[8].09.1941, AŻIH, 211/172, Bl. 42.

<sup>1560</sup> Vgl. etwa einen solchen Bericht aus dem Juni des Jahres 1941 – Vermerk betr. „Arbeitslager im Generalgouvernement“, 21.06.1941, AŻIH, 211/169, Bl. 11f. „Distrikt Warschau Das Mitglied unseres Präsidiums Dr. G. Wielikowski teilt uns mit Schreiben vom 17.ds.Mts. [...] Folgendes mit: es besteht die ausdrückliche Tendenz zur weiteren stufenweise Liquidation der Arbeitslager im Warschauer Distrikt. Genaue Ziffern fehlen. Laut den vorhandenen Materialien betrifft die Zahl der in diesen Lagern beschäftigten jüdischen Arbeiter tausendeinige Hundert Personen. Ein beträchtlicher Teil von ihnen kehrt nach Warschau zurück. Allgemein herrscht die Ueberzeugung, dass nach 6-wöchentlichem Einsatz bei Wasserarbeiten der Arbeiter seit der Juden oder Pole vollständig erschöpft und zu weiterer Arbeit untauglich ist. Die Verpflegungsschwierigkeiten im Distrikt Warschau beschleunigen dieses Ergebnis beträchtlich. Das Arbeitsamt in Warschau leitet keine Arbeiter mehr in die Arbeitslager dieses Distrikts. Distrikt Krakau Aus den Arbeitslagern der Gruppe Krosno kehren nach Beendigung der Arbeit über 1000 Arbeiter zurück. Vor einigen Tagen kamen 427 Arbeiter an, von denen ein Teil freigelassen und ein Teil in Quarantäne genommen wurde. Diese Arbeiter kehrten im grossen und ganzen in gutem Zustand zurück. Manche von ihnen haben sogar Lebensmittelpakete mitgebracht. Dieser Sachverhalt wurde vom Verfasser des Briefes persönlich festgestellt. Nur ein geringer Bruchteil wird neuerlich in Arbeitslager im Kreise Cholm abgeschoben, wohin angeblich Arbeiter geschickt werden. Distrikt Lublin Die Arbeitsbedingungen in den Lagern im Distrikt Lublin, insbesondere im Kreise Cholm sind gut. Den Ordnungsdienst versieht eine jüdische Wache. Der Verfasser des Briefes war Augenzeuge, wie ärztlich disqualifizierte Juden weinend um die Einreihung in den Transport nach Cholm gebeten haben. Betr. Betreuung der Lagerinsassen und ihrer Familien Die Betreuung geht in zwei Richtungen. Die in den Arbeitslagern entsandten Juden werden mit Kleidung, Schuhwerk, Heilmitteln und Verbandstoffen versehen. Ueberdies werden in den Arbeitslagern Aerzte, Sanitätspersonal, Lagerleiter und deren Vertreter entsendet. Hauptsächlich aber werden die zurückgebliebenen Familien der Lagerarbeiter sowie einerseits Kinder der in den Arbeitslagern verstorbenen Juden sowie andererseits Kinder der nach Abgang der Väter in die Lager ohne Obhut geblieben sind, betreut. Bis nun wurden über 500 Gesuche von Familienangehörigen von Lagerarbeitern berücksichtigt. 40.000 Zloty wurden an monatlichen Unterstützungen ausgezahlt. Es wurden auch Karten für Mittag ausgegeben. Weitere 1000 Gesuche werden bearbeitet, Geldmittel für diese Unterstützung sind schon bestimmt. In den nächsten Tagen wird ein Tagesheim für ca. 200 Kinder der Lagerarbeiter eröffnet. Das Lokal ist schon vorhanden, die Kinder sind registriert. Für diesen Zweck sind 30.000 Zloty bestimmt.“ [Hervorhebung im Original.]

Lagerarbeiterinnen eröffnet.<sup>1561</sup> In anderen Städten zahlten die JSS und Judenräte den Familien der Arbeiter und Arbeiterinnen täglich einen kleinen Geldbetrag aus.<sup>1562</sup> Im weiteren Verlauf ihrer Tätigkeit versorgte die JSS die Zwangsarbeitslager ebenfalls mit materiellen Spenden, die teilweise über das Präsidium an die Hilfskomitees und von dort zweckbestimmt an die Lager vermittelt wurden.<sup>1563</sup> Der Empfang solcher Spenden an die Lager musste der JSS jeweils quittiert werden.<sup>1564</sup> Um die Hilfe für die Arbeiter und Arbeiterinnen zu verbessern trat die JSS nicht nur mit der Aufsichtsbehörde in Kontakt, sondern besprach sich etwa mit der Rüstungsinspektion oder Vertretern der Hauptgruppe „Gewerbliche Wirtschaft“ über den Arbeitseinsatz der Juden.<sup>1565</sup> Zudem hielt man Besprechungen mit Lagerführern ab und nahm an der Verteilung der für die in den Arbeitslager beschäftigten Juden und Jüdinnen zur Verfügung gestellten Spenden – wie Holzschuhen, Kleider und Wäschestücken – teil.<sup>1566</sup> Ferner musste das Präsidium der JSS monetäre Hilfen für die Lager absagen beziehungsweise die Bittsteller an die Geschäftsstellen verweisen.<sup>1567</sup> Für die Lieferungen der JUS an die Lager gibt es Hinweise darauf, dass diese solche ebenfalls an Lager, die außerhalb des Generalgouvernements lagen, tätigte – solche Hinweise liegen allerdings nicht für die JSS vor.<sup>1568</sup>

<sup>1561</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 169.

<sup>1562</sup> Vgl. etwa Vermerk betr. „Das Arbeitslager in Chyżyży Kreis Minsk Maz.“, 2[8].09.1941, AŽIH, 211/172, Bl. 42.

<sup>1563</sup> Abschrift Protokoll der Aussenstelle Debica, 23.12.1940, AŽIH, 211/179, Bl. 27. „Es erscheint heute auf der Aussenstelle Debica der Jude Nathan Stern als Beamter der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Präsidium Krakau [...] und bringt mit: 40 Paar Strümpfe, 10 Paar Lederschube / Schnürschube / 1 Bali Hosen / 108 Stück / Vorgenannten Ausrüstungsstücke dienen für die auf der Aussenstelle Debica beschäftigten Juden. Diese Bekleidungsstücke bleiben Eigentum des Judenlagers der Aussenstelle Debica und werden an die betr. Juden nur ausgeliehen. Wenn also z.B. ein Jude das Arbeitsverhältnis hier lösen muss, sei es durch Krankheit oder Todesfall, so haben die Angehörigen keinen Anspruch auf die Bekleidungsgegenstände.“ Es wurde gezeichnet von einem SS-Obersturmführer.

<sup>1564</sup> Vgl. etwa Empfangsbestätigung 480/42, 1942, AŽIH, 211/99, Bl. 8.

<sup>1565</sup> JSS an BuF betr. „Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Rüstungsinspektion“, 05.07.1942, AŽIH, 211 aneks/84, Bl. 678.

<sup>1566</sup> JSS an BuF betr. „Besuch im Arbeitslager Plaszon“, 08.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 182.

<sup>1567</sup> JSS an den Sekretär der Verpflegungskommission im Arbeitslager Augustówka Kreis Kranystaw betr. „Hilfe für die im Arbeitslager in Augustówka untergebrachten Juden“, 05.07.1942, AŽIH, 211 aneks/84, Bl. 584. „[...] [Wir] teilen Ihnen höflich mit, dass wir leider nicht in der Lage sind infolge der beschränkten Geldmittel, die uns zur Verfügung stehen, für die Betreuung der Arbeiter zu sorgen. Wollen Sie sich bitte an das Jüdische Hilfskomitee für den Kreis Kranystaw, welchem wir eine kleine Geldunterstützung für die Betreuung der arbeitenden jüdischen Bevölkerung im Kreise Kranystaw überwiesen haben, wenden.“

<sup>1568</sup> Vgl. Bericht JSS/JUS 1946 sowie AŽIH, 211 und AŽIH, 211 aneks.



## II.4 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe und das religiöse Leben

„Im Herbst 1941 gliederte man die umliegenden Gemeinden an Krakau an. Die dort lebenden Juden hatten sich sofort ins Krakauer Ghetto zu begeben. Ich erinnere mich noch genau, daß der Versöhnungstag, einer der bedeutendsten jüdischen Feiertage, als letzter Tag für die Umzüge festgelegt worden war. Die Bemühungen der Deutschen so böse und gehässig wie nur irgend möglich zu sein, kannten keine Grenzen.“<sup>1569</sup>

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen im September 1939, der Einrichtung des Generalgouvernements und der beginnenden Unterdrückung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung – beziehungsweise der Menschen, die die NS als Juden und Jüdinnen definierten – kam das religiöse Leben in den Städten und Dörfern der Region keinesfalls zum Erliegen. Dies belegt etwa das Zitat von Tadeusz Pankiewicz, dem einzigen Polen der sich dauerhaft im Krakauer Ghetto aufhalten konnte, da er dort eine Apotheke betrieb. Seine Eindrücke des religiösen Lebens kurz nach der Einrichtung des Ghettos – also Ende März 1941 oder Anfang April 1941 – schilderte er in seinen Erinnerungen. In diesem Text eines Polen, der das religiöse Leben im Ghetto beobachtete ohne daran teilzuhaben kommt zum Ausdruck, dass noch im Jahr 1941 die Menschen beteten und sich an die Gebote der Feiertage hielten beziehungsweise sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten so begingen, dass ein Außenstehender es so wahrnahm. Pankiewicz führte an, dass sich Teile der jüdischen Bevölkerung an die religiösen Vorschriften und an die Fastenzeit hielt. Die alten Männer beschrieb er als Bärte und Schläfenlocken tragend und in ihren religiösen Gewändern, mit denen er wohl den Tallit meint.<sup>1570</sup> Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, dass das religiöse Leben in weiten Teilen und für die meisten Menschen eingeschränkt war. Frederik Weinstein schrieb in seinen Aufzeichnungen:

„Das erste jüdische Ostern im Krieg – im April 1940 – unterschied sich in nichts von einem normalen Alltag. Am ersten Feiertag arbeitete ich in der Przyokopowa. Trotzdem wollte ich diesem Feiertag, der für die Juden sehr wichtig ist, irgendwie begehen und kaufte mir darum in der Mirowska-Halle ein Kilo Weißbrot. Bei meiner Finanzlage war das eine sehr große Ausgabe. Zum ersten Mal in meinem Leben gab es in diesem Jahr bei uns nicht die traditionellen Speisen, dieses Essen, das dem Fest immer seinen besonderen Charakter und Charme verlieh. Lediglich von der jüdisch-amerikanischen Hilfsgesellschaft ‚Joint‘ bekamen wir eine kleine Ration Matze, Zwiebeln und Eier, insgesamt so wenig, daß es vielleicht gerade reichte, einer Person den hohlen Zahn zu füllen, aber wir waren schließlich zu sechst.“<sup>1571</sup>

<sup>1569</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 77.

<sup>1570</sup> Ebd. „Die orthodoxe Jugend des Ghettos war in der ‚Talmud Tora‘ organisiert. Es gab drei Synagogen, und das religiöse Leben hatte sich im Laufe der Zeit nur wenig verändert. Es fanden Gottesdienste statt, und die Menschen richteten sich im allgemeinen nach den religiösen Vorschriften; sie hielten die Fastenzeit und Feiertage ein. Während der jüdischen Feiertage konnte man eine inbrünstige Frömmigkeit beobachten. Die Tränen und tiefbewegten Gesichter der Betenden verrieten ihre Gefühle und die Bedeutung ihrer Gebete. Aus den Fenstern der Apotheke, die auf ein großes Hinterhaus gerichtet waren, sah ich Greise mit grauen Bärten und Schläfenlocken in ihren rituellen Gewändern, die sich rhythmisch vor und zurück bewegten und dem wehmütigen Gesang des Kantors lauschten. In jedem Wohnhaus des Ghettos, fast in jeder Familie wurden inbrünstig die Gebete für die Verstorbenen aufgesagt, die man ‚Kaddisch‘ nennt.“

<sup>1571</sup> WEINSTEIN: Aufzeichnungen, S. 125.

Die Besatzer versuchten auch die jüdische Bevölkerung durch Anordnungen in ihrem religiösen Leben einzuschränken. Damit sind nicht nur die Schändungen von Synagogen gemeint, sondern ebenso allgemeine Verordnungen, die etwa jüdische Männer dazu zwang den Hut abzunehmen, wenn sie einem Besatzer oder Volksdeutschen auf der Straße begegneten.<sup>1572</sup> Forschungen zur Religiosität der jüdischen Bevölkerung während der Zeit der Shoah liegen kaum vor. In englischer Sprache sind einige Werke erschienen, die sich allein mit den Aspekt des Religiösen während der Shoah beschäftigen. Anzuführen sind hier unter anderem Ester Farbstein<sup>1573</sup> oder auch Nehemia Polen für Warschau.<sup>1574</sup> Thomas Rahe widmet sich in seiner im Jahr 1999 erschienen Dissertation der *„Religiosität in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern“*, geht dabei in Teilen auch auf *„Jüdische Religiosität im Lageralltag“* sowie *„Die jüdischen Festtage im Konzentrationslager“* ein – dabei stützt er sich jedoch fast ausschließlich auf die Erinnerungen und Aufzeichnungen von Zeitzeugen,<sup>1575</sup> sodass diese Studie als eine der wenigen angeführt werden kann, die sich bis jetzt mit dem Thema beschäftigt hat. Jedoch werden in dem vorliegenden Unterkapitel gerade die Lager ausgeklammert, da die Annahme lautet, dass der Wirkungsbereich der JSS in diesen nur eingeschränkt war und auch ein „alltägliches Leben“ der jüdischen Bevölkerung in den Lagern kaum mehr stattfand. Jedoch hält Rahe einen Aspekt fest, der hier angeführt werden muss, da er unter anderem auf das Leben der jüdischen – vor allem männlichen – Bevölkerung außerhalb der Lager übertragen werden kann. Grundsätzlich habe das gemeinschaftliche Beten Vorrang vor dem individuellen und zwar schon deshalb, weil in den Lagern kein Häftling nur eine Minute allein sein konnte und damit nahezu jedes Handeln in dieser Zwangsgemeinschaft sich in der Gemeinschaft vollzog, so Rahe. Der Mangel an Tefillin, Gebetbüchern etc., habe dazu beigetragen, dass sich die Zwangsarbeiter die beten wollten zum Gemeinschaftsgebet zusammenfanden, das somit zumeist den Charakter eines Gemeindegottesdienstes annahm. Die Tatsache, dass die jüdische Liturgie keine Priester, Rabbiner oder Kantor benötigt, erleichterte das Zustandekommen solcher gemeinschaftlicher Gottesdienste, stellte Rahe fest, wenngleich es oft schwierig gewesen sei den dafür erforderlichen Minjan – also zehn im religiösen Sinne erwachsene Juden – zusammenzubekommen.<sup>1576</sup> Klar ist, dass in Städten in denen die Besatzer schon früh Ghettos eingerichtet hatten und sich die Synagogen unter Umständen außerhalb des Gebietes des Ghettos befanden oder die Synagogen bereits zerstört waren, keine Möglichkeit mehr zur Ausübung der Religion in den Bethäusern gegeben war. Jedoch können

---

<sup>1572</sup> Vgl. Zagłada Żydostwa Polskiego. Album Zdjęć, [Łódź 1945].

<sup>1573</sup> ESTER FARBSTEIN: *Hidden in Thunder. Perspectives on Faith, Halachah and Leadership during the Holocaust*, Jerusalem 2002.

<sup>1574</sup> NEHEMIA POLEN: *The Holy Fire. The Teachings of Rabbi Kalonymus Kalman Shapira, the Rebbe of the Warsaw Ghetto*, Lanham 1999.

<sup>1575</sup> THOMAS RAHE: „Höre Israel“. *Jüdische Religiosität in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Göttingen 1999.

<sup>1576</sup> Ebd., S. 92.

bereits zehn im religiösen Sinn erwachsene Männer einen Gottesdienst unabhängig von einem bestimmten Ort abhalten, sodass dieser außerhalb stattgefunden haben kann. Zudem gab es Orte in denen bereits so früh die komplette jüdische Bevölkerung ausgelöscht war, dass es gar keinen Sinn macht hier zu fragen, ob es dort noch ein jüdisch-religiöses Leben gab. Die Frage kann in diesem Unterkapitel also nicht lauten, ob jüdische Gottesdienste stattfanden oder ob ein jüdisch-religiöses Leben genau wie in der Vorkriegszeit möglich war. Vielmehr muss danach gefragt werden, ob unter den widrigsten Umständen für die jüdische Bevölkerung überhaupt nur an ein rudimentär „jüdisches Leben“ zu denken war, während die NS Millionen ihrer Glaubensgeschwister ermordeten und man selbst unter Unterdrückung, mit Hunger und wohl unter Todesangst sein Dasein fristete. Demnach kann die Frage nur nach dem „offensichtlichen jüdisch-religiösen Leben“ gestellt werden. Es kann nicht nach der Gläubigkeit der einzelnen Menschen im Generalgouvernement gefragt werden, ob diese durch das Grauen zum Glauben fanden oder von diesem abrückten, sondern allein danach, wie die *JSS* religiöse Gebote oder zumindest Erfahrungsräume in ihre Arbeit einband und auf diese Weise versuchte den Teil der Bevölkerung der als „religiöse Juden“ zu bezeichnen ist ebenfalls zu unterstützen. In Teilen ist dabei zu fragen, wie die notleidenden Menschen durch „Feiertagsaktionen“ von der speziell an den jüdischen Festtagen ausgerichteten Tätigkeit der Organisation profitieren konnten. Für einige Feiertage gab es bestimmte Speisegebote die zu beachten waren oder es waren Früchte für rituelle Handlungen zu besorgen. Vor allem diese Festtage sind der Gegenstand dieses Unterkapitels, weil sich gerade die Lieferungen von bestimmten Gütern in das Generalgouvernement an bestimmten Daten sehr gut nachvollziehen lassen – ebenso bestimmte Aktionen und Sammlungen, die die Organisation anlässlich der Feiertage durchführte. Diese Untersuchung kann allein für die Zeit in der die *JSS* existierte durchgeführt werden, da sich zeigte, dass in der Zeit des Bestehens der *Jüdischen Unterstützungsstelle* die Tätigkeit soweit eingeschränkt war, dass andere Hilfsleistungen vordringlicher waren und aus diesem Grund dem religiösen Aspekt in der Tätigkeit keine Aufmerksamkeit mehr geschenkt werden konnte.<sup>1577</sup>

Das religiöse Leben der Juden und Jüdinnen in den Jahren der Besatzung und massenhaften Ermordung spielt in vielen Studien keine Rolle. In der vorliegenden Arbeit kann dem Thema zwar kein sehr breiter Raum gegeben werden, da der Fokus auf der Tätigkeit der *JSS* und der *JUS*, den mit den Organisationen von unterschiedlicher Seite verfolgten Zielen und der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gruppen liegt und doch erscheint es ertragreich das Thema „Religion“ zumindest mit Blick auf die Organisation zu untersuchen. Die Teilstudie vollzieht nach, in welchen Bereichen des jüdisch-religiösen und des jüdisch-kulturellen Lebens die Organisation der Bevölkerung den religiösen Geboten entsprechend helfen konnte, so dass dadurch die Handlungsspielräume der Organisation ausgelotet werden können.

<sup>1577</sup> Vgl. dazu v.a. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks sowie Kapitel III.

Wie eingangs bereits erwähnt, darf man die „jüdische Bevölkerung“ nicht als homogene Einheit verstehen, die insgesamt das Bedürfnis hatte nach religiösen Regeln und Geboten zu leben. Aus diesem Grund sei darauf hingewiesen, dass in diesem Unterkapitel allein für den die religiösen Gebote beachtenden Teil der jüdischen Bevölkerung Aussagen gemacht werden können sowie zum Teil auch für den säkularen Teil, da nicht strikt zwischen jüdisch-religiösem, innerhalb dessen es ebenfalls ein großes Spektrum an unterschiedlichen Strömungen gibt, und jüdisch-kulturellem Leben unterschieden werden kann. Als Beispiel dafür kann etwa die Untersuchung der jiddischen Sprache im Kontext der JSS sein, weil sie nicht Ausdruck eines tiefen jüdischen Glaubens sein muss, sondern unter anderem auch auf eine jüdisch-kulturelle Prägung der Sprecher und Sprecherinnen sowie Schreiber und Schreiberinnen zurückgeführt werden kann. Bei der Untersuchung der einzelnen Gegenstände wurden die Bereiche entsprechend der in den Quellen offen zutage tretenden Aspekte ausgewählt. Einzelne Gesichtspunkte die dazu führten, dass die Tätigkeit der JSS das religiöse Leben der Menschen einschränkte, können nicht detailliert analysiert werden, da solche Ereignisse nur aus sehr wenigen Orten belegt sind und zudem in diesen Fällen eine Weisung der Besatzungsbehörde vorausging. Ein Beispiel hierfür sei dennoch genannt: *„Der Judenrat in Przędbórz hat von der Behörde den Auftrag erhalten, sofort eine Entlausungsanstalt zu errichten und eine rituelle Badeanstalt in ein Duschbad umzubauen. Zur Ausführung dieser Aufträge hat die Behörde einen fixen Termin, u.zw. bis zum 12. Mai l.J. festgesetzt und für den Fall seiner Nichteinhaltung die Verhaftung der Mitglieder des Ältestenrates bis zur Vollendung der Arbeiten angedroht.“*<sup>1578</sup> Sofern es während des Bestehens des Generalgouvernements noch intakte Mikwen gab, so muss in jedem Fall für die Zeit nach der Einrichtung der Ghettos in den einzelnen Orten und Städten bedacht werden, dass diese nur genutzt werden konnten, wenn sich das Bad auf dem Gebiet des Geländes befand, auf dem die Besatzer die jüdische Bevölkerung zusammenpferchten. Das schränkte diesen Gesichtspunkt des religiösen Lebens in Bezug auf die JSS weiter ein, da die Nutzungsmöglichkeit der rituellen Bäder nicht in ihren Händen lag, sondern durch die Anweisungen der NS – etwa durch die Bestimmung der Gebiete für die Ghettos – determiniert war.

#### II.4.1 Die Sammlungen zum Abverlangen der „Zedeka“ von der Bevölkerung

Schaut man sich den Namen der Organisation an, so ergibt sich direkt die Assoziation zwischen dem Namen und dem jüdischen Gebot der „Zedeka“. Die Stufen der Zedeka sind: Dem Bedürftigen die Möglichkeit zu geben, sich selbstständig zu ernähren (Hilfe zur Selbsthilfe); wohl­tätig sein in einer Weise, dass der Spender und der Bedürftige nicht voneinander wissen; der Wohltäter weiß wem er gibt, aber der Arme erfährt nicht von der Identität des Spenders; der Gebende kennt die Identität des Bedürftigen nicht, aber dieser kennt den Spender; geben, bevor man gebeten wird;

<sup>1578</sup> Vermerk betr. „Zwangsmaßnahmen in Przędbórz [...]“, 24.05.1941, AŻIH, 211/166, Bl. 76.

geben nachdem man gebeten wurde; zwar nicht ausreichend, aber mit Freundlichkeit geben und die letzte Stufe ist schließlich mit Unfreundlichkeit geben.<sup>1579</sup> Allerdings erscheint es sehr fragwürdig die Gesamtorganisation mit der Frage zu untersuchen, ob sie diesem Prinzip entspricht oder gar komplett daraus erwuchs, da der „Selbsthilfe“-Begriff wohl eher aus der ursprünglichen polnischen Bezeichnung des nicht singular jüdischen *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* stammt und bei der begrifflichen Festlegung auf JSS – wie gezeigt wurde – ebenfalls die NS beteiligt waren. Aus diesem Grund sei an dieser Stelle nur darauf hingewiesen, dass es Verbindungen zwischen der JSS und dem religiösen Geboten der Zedeka gegeben haben kann, diese in Rahmen der Studie jedoch nicht untersucht werden können. Die Frage wäre ohnehin nur für die Zeit vor der gesetzlichen Regelung der Organisation bis Ende Mai 1940 zu stellen, da in dieser Zeit die von den jüdischen Vereinigungen der Vorkriegszeit intendierte Gestalt der Organisation zu Tage tritt. Da diese Organisation im Rahmen dieser Studie lediglich als Vorgängereinstitution der JSS betrachtet wird, ist dies ein weiteres Ausschlusskriterium für eine Untersuchung dieser Frage. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass in der Rezeption der Einrichtung der Bezug zwischen den religiösen Prinzip der „Zedeka“ und der JSS auf einer anderen Ebene hergestellt wurde und zwar bei den von der JSS veranstalteten Straßensammlungen unter der jüdischen Bevölkerung. In der Arbeit der JSS lassen sich Elemente erkennen, die der Bevölkerung das religiöse Prinzip der „Zedeka“ abverlangten. Neben der höchsten Ebene des religiösen Gebotes – den Mitmenschen die Hilfe zur Selbsthilfe zu geben – gibt es andere Ebenen die hier ebenfalls von Bedeutung sein können und müssen.

Ichhak Katz aus Warschau war im Januar 1942 bei einer Sitzung der JSS, vermutlich einer solchen der Abteilung in Warschau, anwesend. Er führte dort aus, dass ein großer Denker und Philosoph zum talmudischen Begriff „Zedeka“ in Bezug auf die Armen bemerkt habe, dass er Gerechtigkeit und Pflicht bedeute und nicht philanthropisch zu verstehen sei. Katz meinte, dass er dies zu Recht behauptet habe, denn nach der jüdischen Tradition sei es keine freie Entscheidung etwas für die Armen zu geben, sondern eine Pflicht, die zu einem Gebot oder zum Zwang werde. Er bezog sich dann auf entsprechende Stellen Thora. Dabei sage die Thora ausdrücklich, so Katz, dass entsprechend der Bedürftigkeit zu geben sei. Das heiße, es sei eine Pflicht dem Armen so viel zu geben, wie er brauche.<sup>1580</sup>

Die niedrigeren Stufen der Zedeka sind in der Tätigkeit der JSS an sehr vielen Stellen zu finden, wenngleich sie nie explizit so genannt werden. Als ein Beispiel können die Spendensammlungen angeführt werden, die die JSS unter der jüdischen Bevölkerung die noch etwas geben konnte durchführte.<sup>1581</sup> Auch das Erbitten von Spenden ausländischer Juden und Jüdinnen für ihre Verwandten

<sup>1579</sup> Vgl. dazu etwa BENJAMIN BLOCH: Zedeka – die Gerechtigkeit, in: *Tribüne* (38) 1999, S. 127–139.

<sup>1580</sup> Stellungnahme von Ichhak Katz, Warschau, 06.01.1942, AŽIH, Ring I/423.

<sup>1581</sup> Vgl. dazu etwa Vermerk betr. „Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29.

im Generalgouvernement kann entsprechend verstanden werden.<sup>1582</sup> Neben den monetären Spenden erbat man von der Bevölkerung zudem Naturalien, die etwa für die Volksküchen verwendet werden sollten. In dem Text eines Aushangs einer Volksküche aus Krakau werden die Leser und Leserinnen mit „*Glaubensgenossen*“ angesprochen. Neben der allgemeinen Beschreibung der Tätigkeiten und den Schwierigkeiten mit denen die Einrichtung kämpfte, wurden von den Lesern und Leserinnen des Aushangs Spenden erbeten. Dabei rekurrierte man direkt auf die anstehenden „*Osterfeiertage*“<sup>1583</sup> und die durch diese Tage auferlegte Pflicht die Bedürftigen nicht hungern zu lassen. Die Leser und Leserinnen wurden dazu aufgefordert bei der Erfüllung „*unserer Pflichten*“ zu helfen. Jede Familie sollte der Küche 30 Kilogramm Kartoffeln, zwei Kilogramm Mazzen und 30 Eier spenden. Der entsprechende Abschnitt des Aufrufes endet mit „*Wer schnell gibt, gibt doppelt!*“<sup>1584</sup> Neben diesem Abverlangen der Nächstenliebe an den jüdischen Festtagen gab es auch von der Organisation selbst und vor allem getragen durch ausländische Spenden an den Feiertagen immer wieder spezielle Aktionen. Eine materielle Grundlage für diese Aktionen waren unter anderem die sogenannten „Osterliebesgabensendungen“.

#### II.4.2 Die Hilfen und die Tätigkeit anlässlich der Festtage

Ein Bereich, der in der Tätigkeit der JSS ebenfalls eine große Rolle spielte, waren die speziellen Hilfen an den die Feier- und Festtage. Ein Punkt der in Bezug auf die Festtage nicht ganz klar gelagert ist, ist die Benennung der Festtage durch die JSS. Ein Faktor, der uns dies in den Quellen immer wieder vor Augen führt und der in den folgenden Abschnitten noch zu zeigen ist, ist die Benennung des jüdischen Passahfestes mit Ostern – den traditionell verzehrte Mazzen bezeichnete man fast ausschließlich als Osterbrot.<sup>1585</sup> Für andere Festtage ließ sich dies ebenfalls ausmachen. So schrieben die Verantwortlichen der JSS an die Regierung: „*In Beantwortung der Zuschrift vom 21. Januar l.J. [...], teilen wir höflichst mit, dass für das Jahr 1941 die jüdischen Feiertage nachstehend entfallen: April 12. und 13., 18. u. 20. Oster Juni 1. und 2. Pfingsten September 1. und 2. Neujahrsfest Oktober 1. Versöhnungstag Oktober 6., 7. 13. und 14. Laubbüttenfest.*“<sup>1586</sup> Neben der ausschließlich deutschsprachigen Bezeichnung der Feiertage fällt besonders bei Ostern und Pfingsten auf, dass die Bezeichnungen eindeutig an den christlichen Feiertagen orientiert sind, die sich in zeitlicher Nähe zu den jüdischen Feiertagen befinden. Zudem werden dezidiert die jüdischen Feiertage – sowohl die ernstesten als auch

<sup>1582</sup> Vgl. hierzu II.6.7.

<sup>1583</sup> Zu der Benennung der Feiertage mit der christlichen Tradition entsprechenden Bezeichnungen vgl. hierzu II.4.2.

<sup>1584</sup> Plakat der Jüdischen Gemeinde Krakau Volksküche „Bejt Lechem“, ohne Datum, AŽIH, 218/20. Der Text ist darunter ebenfalls in polnischer Sprache wiedergegeben.

<sup>1585</sup> Vgl. dazu v.a. AŽIH, 211.

<sup>1586</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Jüdische Festtage*“, 27.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 226. Auch für das Jahr 1942 liegt ein entsprechendes Schreiben an die Regierung von der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* vor. Vgl. JSS an BuF betr. „*Juedische Feiertage im Jahre 1942*“, 28.01.1942, AŽIH, 211 aneks/67, Bl. 104. „*In Beantwortung der Zuschrift v. 16. Januar 1942 [...] teilen wir höfl. mit, dass fuer das Jahr 1942 die juedischen Feiertage nachstehend entfallen: [...] Ostern, Pfingsten, Neujahrsfest, Versöhnungstag und Laubbüttenfest.*“

die freudigen –, nicht aber die jüdischen Gedenktage – zu denen etwa das recht populäre Chanukafest gehört – genannt. Bei der Benennung der genauen Tage an denen diese Feiertage waren, werden rein die Festtage, nicht aber die Halbfeiertage, die dazwischen liegen, genannt. Der jüdischen Bevölkerung gestanden die Besatzer – was eigentlich nicht gesondert angeführt werden muss – ihre Feier- und Gedenktage nicht offiziell zu. Dennoch sei die Nichtzugestehung angeführt, da unter anderem bei diesem Punkt die Ungleichbehandlung der „Volksgruppen“ offen zu Tage tritt. Entgegen der Verordnung über die Feiertage gewährten die Besatzer der ukrainischen Bevölkerung die griechisch-katholischen beziehungsweise orthodoxen Feiertage – so etwa die Weihnachtsfeiertage, die Theophanie-Gotteserscheinung, Mariä Verkündung, Peter und Paul oder die Osterfeiertage und Himmelfahrt – zu begehen. Die Behörden und Betriebe wurden angewiesen die Menschen an den Feiertagen von der Arbeit freizustellen, die Kinder hatten schulfrei und die Geschäftsinhaber erhielten die Erlaubnis ihre Geschäfte an diesen Tagen zu schließen.<sup>1587</sup> Der jüdischen Bevölkerung gestand man all dies nicht zu. Im Gegenteil: Wie das eingangs angeführte Zitat des nichtjüdischen Polen Tadeusz Pankiewicz bereits illustrierte, schikanierten die Besatzer die Juden und Jüdinnen an ihren Fest- und Feiertagen in besonderer Weise: *„Die Bemühungen der Deutschen so böseartig und gehässig wie nur irgend möglich zu sein, kannten keine Grenzen.“*<sup>1588</sup> So wurde, wie Pankiewicz angab, bei einer „Umsiedlung“ der Tag für die Umsiedlungen auf den „Versöhnungstag“ durch die Besatzer festgelegt. Wenngleich für die jüdische Bevölkerung die Feiertage nicht offiziell gewährt waren und die Menschen an diesen Tagen teilweise besonderen Schikanen ausgesetzt waren, so bemühte sich die JSS doch der ärmsten Bevölkerung an diesen Tagen etwas Gutes zukommen zu lassen – sei es direkt bezogen auf die Feiertage oder nur eine zusätzliche Ration Nahrungsmittel. Dies wird nun an Beispielen ausgeführt werden.

Eine Art des Einbeziehens der Religion beziehungsweise religiöser Aspekte und Erfahrungsräume in die Arbeit der JSS waren die sogenannten „Feiertagsaktionen“ der einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen. Immer wieder werden in den Berichten Beiträge beziehungsweise Einnahmen aus „Feiertagsaktionen“ aufgeführt. Dabei wurde in den an die Besatzer gerichteten Protokolle und Berichte nie angegeben um welchen Feiertag es sich handelte.<sup>1589</sup> In Tagebüchern der Bevölkerung sind diese speziellen Sammlungen anlässlich der Festtage belegt.<sup>1590</sup> Neben den Einnahmen die die JSS durch spezielle Veranstaltungen erzielte, wurden der ärmsten Bevölkerung

<sup>1587</sup> Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär an die Leiter der Hauptabteilungen in der Regierung und die Leiter der Ämter im Staatssekretariat, den Chefs der Distrikte, die Stadt- und Kreishauptleute sowie nachrichtlich an den HSSPF, den Unterstaatssekretär, den Beauftragten des AA, den Beauftragten des DRK und einige andere betr. *„Anerkennung der ukrainischen Feiertage im Generalgouvernement“*, 07.04.1941[1], BAB, R 52 II/265.

<sup>1588</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 77.

<sup>1589</sup> Vgl. etwa in Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Petrikau für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Mai 1940, AŽIH, 211/800, Bl. 11–13; Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Petrikau für die Zeit vom 1. Juni bis 30. Juni 1941, AŽIH, 211/800, Bl. 49–52; Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Petrikau für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Juli 1941, AŽIH, 211/800, Bl. 63–66.

<sup>1590</sup> Vgl. etwa KAPLAN: Tagebuch, S. 312f.

an diesen Tagen spezielle Rationen zugeteilt.<sup>1591</sup> Dieses Prinzip, vor allem an Feiertagen besondere Steuern zu erheben oder aus diesem Anlass spezielle Aktivitäten durchzuführen, um Gelder für die Versorgung der Bedürftigen zu erhalten, kam schon sehr kurz nach dem Überfall der Deutschen auf Polen zum Ausdruck, als Weichert, der zum damaligen Zeitpunkt noch nicht Präsident der JSS war, bei den Behörden der Besatzer vorsprach.<sup>1592</sup> Neben den Spenden, die speziell für die Feiertage erbeten wurden und der Verteilung von extra Lebensmittelrationen an diesen Tagen, ist zu überprüfen, ob in den Einrichtungen der JSS – etwa den Volksküchen und den Evakuiertenheimen – die Festtage ebenfalls entsprechend ihrer Gebote zelebriert wurden. Eine Bildsammlung, die man ins Ausland – vor allem dem JDC – übermittelte, könnte den Anschein machen, dass dies so sei. Da uns für diesen Punkt keine weiteren Quellen vorliegen, muss von einer Untersuchung dieses Aspektes abgesehen werden, da die Bilder der Sammlung sehr stark inszeniert wurden und diese klar eine Propagandafunktion zur Einwerbung der Spenden aus dem Ausland erfüllten.<sup>1593</sup>

<sup>1591</sup> Vermerk betr. „Lebensmittelzuteilung für die Feiertage in Miechów“, 18.04.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 51. „Das Jüdische Hilfskomitee für den Kreis Miechów teilt uns mit Schreiben vom 10. ds. mit, dass ihm der dortige Kreishauptmann für die Stadt Miechów für die Feiertage 400 kg Kartoffel Mehl zugeteilt hat.“

<sup>1592</sup> Vgl. etwa Gedächtnisprotokoll vom Michal Weichert, Warschau, 14.04.1940, AŽIH, Ring II/118, veröffentlicht in: VEJ 4, S. 272–274, Zitat: S. 273f.

<sup>1593</sup> Die Bilder wurden in fünf Fotoalben eingeklebt, in denen sie auch heute noch aufbewahrt werden. Jedes einzelne Bild hat zwei Bildunterschriften: eine gibt den institutionellen Zusammenhang an, in dem die Bilder aufgenommen wurden, die zweite bezeichnet kurz, was auf den Bildern zu sehen ist. Die Texte sind in auf Deutsch verfasst. Die Verwendung der deutschen Sprache ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Alben aus dem Generalgouvernement herausgeschickt wurden. Dafür war die Verwendung der deutschen Sprache unerlässlich. Das folgende Zitat stammt zwar nicht aus dem Kontext der Versendung der Fotoalben an das JDC in New York, sondern an eine andere Institution in den USA aus der Zeit, in der die Alben zur Versendung gebracht wurden, kann aber als Beleg für die Verwendung der deutschen Sprache in dieser Zeit bei Sendungen ins Ausland als Beleg angeführt werden: „Wir teilen Ihnen mit, dass wir ihnen am 21. ds. den nachstehenden Brief mit gewöhnlicher Post geschickt haben, den wir mit Rücksicht auf seine Beförderung per Luftpost durch unsere Aufsichtsbehörde gegenwärtig in deutscher Übersetzung übermitteln.“ (Abschrift JSS an Föderation der Polnischen Juden in New York, 28.11.1940, BJ, 42/97. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/25, Bl. 239.) Einige Stempel in den Alben geben zudem an, dass die Bilder von dem Fotostudio Forbert in Warschau angefertigt wurden. (Vgl. etwa YVA, FA33/1796.) Bei dem Fotostudio handelte es sich um ein jüdisches Geschäft, das einst Leo Forbert gehörte. Es ist wichtig festzuhalten, dass es sich um das Studio eines Juden handelte, da man bei dem Charakter der Bilder auch davon ausgehen könnte, dass es sich um Bilder der NS handelt, mit denen dem Ausland gezeigt werden sollte: „Die Juden leben!“. Allein die Tatsache, dass es sich bei dem Fotografen beziehungsweise dem Studioinhaber um einen Juden handelte ist noch nicht hinreichend, um sichergehen zu können, dass die Fotografien nicht doch im Auftrag der NS angefertigt wurden. Zudem ist über ein Schreiben belegt, dass die Bescheinigung für den Fotografen wohl über die JSS beantragt und aus diesem Grund nach der Anfertigung der Arbeit auch über diese von der Regierung zurückgefordert wurde: „Ich bitte um Rücksendung der Bescheinigung vom 14.3.40 für Chil Bojm, Inhaber der fotografischen Anstalt ‚Foto-Forbert‘ zwecks Fotografieren jüdischer Anstalten die dem Koordinierungsausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe unterstehen.“ (Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge an JSS betr. „Bescheinigung“, 23.09.1940, BJ, 47/97. Eine weitere Bescheinigung für Chil Bojm wurde im Januar des Jahres 1941 ausgestellt – vgl. Abschrift Amt des Generalgouverneurs an JSS betr. „Bescheinigung für Chil Bojm“, 07.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 309.) Durch dieses Schreiben lässt sich das Entstehungsdatum der Fotografien auf einige Monate genau eingrenzen. Die Bilder müssen nach dem Erhalt der Bescheinigung – also dem 14. März des Jahres 1940 – und der Rückforderung im September desselben Jahres entstanden sein. Natürlich muss die Bescheinigung nicht postwendend an die Regierung zurückgesandt worden sein und die Fotografien können auch später entstanden sein, jedoch spricht mehr dafür, dass die Bilder recht bald nach der Ausstellung der Bescheinigung entstanden sind – so etwa die Tatsache, dass sehr viele Bilder des „Osterfestes“ in der Sammlung zu finden sind, das im Frühjahr gefeiert wird. Natürlich können diese Szenen auch nachgestellt sein. Die Frauen und Kinder tragen auf vielen Bildern Kleidung mit kurzen Ärmeln, was ebenso für das Frühjahr oder den Sommer spricht, jedoch haben wir nur diese Anhaltspunkte für das Entstehen der Bilder, sodass wir vom Frühjahr des Jahres 1940 ausgehen müssen. Dass die Bilder bereits vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entstanden sind, ist für die meisten Bilder unwahrscheinlich, da auf vielen Bildern weiße Armbinden mit Davidsternen von den abgebildeten Menschen getragen werden,



Ein anderer Aspekt, der sich an den Quellen der Organisation sehr gut nachvollziehen lässt, ist die Beschaffung bestimmter an den Feiertagen benötigter Produkte. Dies soll exemplarisch am Mazzen für Pessach und Etrog für Sukkot nachvollzogen werden:

„Im Monat April wurde eine besondere Osteraktion geführt. Die arme jüdische Bevölkerung wurde mit Osterbrot und Osterlebensmitteln versorgt. Die europäische Jointzentrale, zu jener Zeit in Brüssel, hat das Osterbrot, Fett, Konserven u.a. Lebensmittel teils im Auslande eingekauft, teils aus verschiedenen Ländern des Auslands geschenkt bekommen. Diese Lebensmittel wurden rechtzeitig ins Gen.Gouv. gebracht und in die einzelnen Städte und Städtchen geleitet, wo sie unter die arme jüdische Bevölkerung verteilt wurden. Ausserdem erhielten ca. 100.000 Familien, welche vollständig den Boden unter den Füßen verloren haben, Geldunterstützungen.“<sup>1594</sup>

Diese Angaben werden zu einer „Osteraktion“ des *JDC* anlässlich Pessach gemacht, die – glaubt man der Überschrift des Textes – im März beziehungsweise der Angabe im Text im April 1939 stattgefunden habe. In dem deutschsprachigen Text wurde vom Generalgouvernement geschrieben, welches die NS jedoch erst im folgenden Herbst schufen. Daraus kann geschlossen werden, dass der Adressat des Textes wohl die Zivilverwaltung war, die jedoch nicht explizit genannt wurde.<sup>1595</sup> Allerdings kann daraus geschlossen werden, dass das *JDC* spezielle Aktionen anlässlich Pessach für die arme jüdische Bevölkerung bereits in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg durchführte oder man bei den Behörden der Besatzer diese Form der Hilfe durchsetzen wollte und durch solche Angaben über frühere Aktionen eine Tradition konstruieren wollte. Für die Hilfsaktion im Frühjahr 1939 wurde angegeben, dass 344 jüdische Gemeinden und über eine halbe Million Personen mit den Osterliebesgaben erreicht werden konnten.<sup>1596</sup> Mit „Osterbrot“ ist „Mazzen“, also das ungesäuerte Brot, welches bei den gläubigen Juden und Jüdinnen an eine besondere Rolle spielt. Die Juden und Jüdinnen essen in dieser Zeit kein gesäuertes Brot, sondern lediglich dünne Fladen, die aus Weizenmehl und Wasser bestehen. Diese Aktionen, die es bereits in der Vorkriegszeit anlässlich der Feiertage gab, versuchte die *JSS* und in der ersten Zeit das *JDC* auch während des Bestehens des Generalgouvernements aufrechtzuerhalten. Interessant ist dabei, dass man der Aufsichtsbehörde neben dem Ablauf der eigentlichen Spendenaktion explizit mitteilte was der religiöse oder traditionelle Hintergrund dabei ist.

„In den Osterfeiertagen ernährt sich die glaubenstreue Judenschaft ausschliesslich mit ungesäuertem Brot, den sog. ‚Mazzoth‘. Es ist eine althergebrachte Ueberlieferung die Armen alljährlich fuer die 8 Festtage mit Osterbrot und anderen Nahrungsmitteln zu versehen. Wir gestatten uns daher, um Genehmigung fuer die zoll- und frachtgerechte Einfuhr der oberwähnten Lieferung sowie um die Feststellung der Bahnroute höflich zu ersuchen. Da wir mit der Verteilung verbundene Vorbereitungen ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen muessen und die Verteilung vor den am 25. April beginnenden Osterfeiertage abgeschlossen werden muss, erlauben wir uns um eine Beschleunigung

---

was ein eindeutiges Zeichen dafür ist, dass die Bilder nach der Verordnung über die Kennzeichnungspflicht der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement entstanden sein müssen. Diese Verordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen wurde bereits am 1. Dezember 1939 erlassen. (Verordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen. Vom 1. Dezember 1939, in: VBiGG, 1939, S. 61.)

<sup>1594</sup> Die Osteraktion im März 1939 / Liebesgaben – Mazzot, Fette vom A.J.D.C., ohne Datum, AŽIH, 210/33, Bl. 1. Auch vorhanden in AŽIH, 210/91, Bl. 1.

<sup>1595</sup> Ebd.

<sup>1596</sup> Ebd.

der zu treffenden behördlichen Anordnungen höfl. anzusuchen. Der obige Antrag wird gleichzeitig an den Herrn Generalgouverneur gerichtet.“<sup>1597</sup>

Dass die Bevölkerung die speziellen Gaben an den Feiertagen erwartete, belegt ein Tagebucheintrag Czerniakóws vom 21. April 1940: „*Morgens zur Gemeinde. Die Armen belagern die Gemeinde (Beihilfen für die Feiertage)* [...]“.<sup>1598</sup> Neben den allgemeinen Gaben, die den Menschen an den Feiertagen zukamen, gab es auch spezielle Produkte, die für ein religiöses Leben an den Feiertagen unabdingbar waren. Hierzu zählt der Mazzen, den man speziell für Pessach benötigte. Die JSS verließ sich bei der Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit Mazzen nicht allein auf die Sendungen die sie aus dem Ausland – vor allem über das JDC – erlangte. Sie versuchte selbst die Zutaten für das Brot zu organisieren, damit das Brot vor Ort gebacken werden konnte. Gerade für das Jahr 1940<sup>1599</sup> ist die Überlieferung zu den Bemühungen in Warschau – in dem zu dieser Zeit noch die *Koordinierungskommission* tätig war – sehr dicht. Dies kann daran liegen, dass es in dem ersten Jahr der Besatzung noch leichter war sich solchen speziellen Aktionen zu widmen, es kann auch am Standort Warschau liegen und die durch das Ringelblumarchiv vergleichsweise dichte Überlieferung der Geschehnisse vor Ort. Wenngleich dies aus diesem Grund nicht exemplarisch für die Situation im gesamten Generalgouvernement für das Jahr 1940 stehen kann und schon gar nicht für die Gesamtzeit des Bestehens der JSS oder gar die gesamte Zeit der Besatzung, soll dies – unter Hinweis auf die Nichtrepräsentativität – dennoch untersucht werden. Die Tagebucheinträge Adam Czerniakóws im April 1940 belegen wie groß der Bedarf an Mazzen in Warschau im ersten Jahr der Besatzung war. Am 4. April beispielsweise notierte der Obmann des Judenrates: „18 000 Menschen sind ohne Brot, weil niemand hinein- oder herausgelassen werden darf. *Mazze* bzw. Mehl will man nicht zuteilen. Eventuell geben sie es gegen Devisen. Weichert war bei Herzog. Statt zu Schubert soll ich morgen zu ihm kommen.“<sup>1600</sup> Aufgrund des Mangels an Mazzen hielt der Judenrat eine Sitzung ab.<sup>1601</sup> Die Sitzung datierte er auf den 7. April – auch fünf Tage später schien das Problem noch nicht gelöst. Czerniaków vermerkte an diesem Tag: „*Schwierigkeiten mit dem Mazze*“.<sup>1602</sup> Zwei Tage nach dem letztgenannten Eintrag des Obmanns des Judenrates ist eine Bemühung der *Koordinierungskommission* um die Beschaffung von Mehl für das

---

<sup>1597</sup> Vgl. etwa JDC an Chef des Distriktes Warschau, Abt. Volkswohlfahrt, 11.03.1940, AŻIH, Ring II/117, Bl. 32. „Hiermit gestatten wir uns, an den Herrn Distriktchef mit folgendem Ansuchen zu wenden: Auf Veranlassung unserer Zentrale in Brüssel hat die jüdische Gemeinde in Budapest nachstehende Lebensmittel fuer die bevorstehenden Osterfeiertage zur Verfügung gestellt 500 to Osterbrot /*Mazze*oth/, 10 to Pflanzenfett 5 to Fleischkonserven, 5 to Gänsefett. Die genannten Nahrungsmitteln sind zur Verteilung unter der notleidenden jüdischen Bevölkerung bestimmt. Die Verteilung wird von unserem Warschauer Büro vorgenommen werden und wird sich auf die von uns betreuten Evakuierten, Flüchtlinge und Kriegsoffer erstrecken. Die von uns unterstützte Fuersorgetätigkeit umfasst bloss in Warschau mehr als 100.000 Personen und dürfte in anderen Ortschaften des Generalgouvernements 250.000 Betreuten zu Hilfe kommen.“ Daran schließt sich das obige Zitat an.

<sup>1598</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 64.

<sup>1599</sup> Auch für das Jahr 1942 ist durch das Tagebuch Adam Czerniakóws belegt, dass man sich sehr um die Beschaffung von Mazzen für die orthodoxe Bevölkerung bemühte. Vgl. etwa DERS.: Im Warschauer Ghetto, S. 225 und S. 227.

<sup>1600</sup> Ebd., S. 59.

<sup>1601</sup> Ebd., S. 60. „Sitzung wegen der *Mazze*. Als Antwort an den Bürgermeister beschließt der Rat, die Religion verbiete den Genuß von Brot, und er bittet den Bürgermeister, sich bei den deutschen Behörden für die Zuteilung von *Mazze*mehl zu verwenden.“

<sup>1602</sup> Ebd., S. 61.

Ausbacken an Mazzen an den Feiertagen belegt. Weichert traf sich mit den Besitzern um über das Thema zu verhandeln:

„- [...] Sie werden das als Finanzmann verstehen. - Ich bin kein Finanzmann, antwortete ich. - Also werden Sie das als Kaufmann verstehen. - Ich bin kein Kaufmann, antwortete ich. - Was sind Sie dann?, fragte er. - Es gibt Juden, die weder Finanz- noch Kaufleute sind. Ich bin Mitarbeiter der Sozialfürsorge, und ich kenne mich mit finanziellen Transaktionen nicht aus. Ich weiß nur, dass den gläubigen Juden ein großes Unrecht geschieht. Ein Hieb nach dem anderen geht auf die nieder. Ich und meinesgleichen kommen ohne Mazze aus, aber für die Gläubigen ist das eine harte Gottesstrafe. Es geht hier nicht um das religiöse Moment, sondern um das psychologische. Wenn man einen gläubigen Juden auf der Straße überfällt und schlägt, ihn zu schwerer Arbeit verschleppt, ihm befiehlt, Gettomauern zu errichten, ihm verbietet, Mazze zu verkaufen – und das alles fast gleichzeitig –, dann hat er den Eindruck, dass die Welt über ihm zusammenschlägt. [...] Meine Aufgabe ist es, mich um die Ärmsten zu kümmern, und in ihrem Interesse habe ich interveniert. Mit Erlaubnis der zuständigen Behörden hatten wir vor, die an Juden verkaufte Mazze zugunsten unserer Schutzbefohlenen zu besteuern.“<sup>1603</sup>

Die Ausführungen zu diesem Punkt betrafen vor allem Warschau und das lediglich im Jahr 1940. Dagegen soll für den folgenden Untersuchungsaspekt wieder der Blick auf das gesamte Generalgouvernement und den Gesamtzeitraum des Bestehens der JSS erweitert werden. Untersucht wird, welche besonderen Veranstaltungen und Hilfsleistungen das Präsidium der JSS sowie die Hilfskomitees und Delegaturen für die bedürftige Bevölkerung organisierten. Für andere Festtage benötigte man ebenso bestimmte Materialien für das Zelebrieren des Festes. Zu nennen sei hier Sukkot, das Laubhüttenfest. Über dieses Fest hielt das Präsidium der JSS in einem Aktenvermerk im Oktober 1941 fest:<sup>1604</sup>

„Seit unvordenklicher Zeit feiern die Juden zu Beginn des Herbstes eines jeden Jahres das s.g. Laubhüttenfest. Ursprünglich war das ihr Herbstfest, das Fest der Einbringung der Bodenerträge, später zur Zeit des verstärkten geschichtlichen Bewusstseins, wurde es mit dem Wohnen in Hütten /vielmehr Zelten/ während der Wüstenzeit Israels verknüpft. Zur Erinnerung an die Wüstenwanderung pflegen die Juden während dieser Feiertage in den Laubhütten zu wohnen, heute nehmen sie dortselbst nur ihre Mahlzeiten ein. Zur Erinnerung an die mit dem Erntefest verbundenen Umzüge und Tänze finden in den Synagogen Umzüge mit Feststräussen statt. Den Feststrauss bilden ein Paradiesapfel und ein aus drei verschiedenen Pflanzengattungen u.w. aus einem Palmzweig, drei Myrtzweigen und zwei Bachweidenzweigen durch ein Geflecht oder Ringe aus Palmblättern vereinigt. Diese sinnvolle Zusammensetzung des Feststrausses soll nach einer Deutung Israel und eine soziale und religiöse Gliederung, nach einer anderen die Erzväter und -mütter und ihre edlen Tugenden versinnbildlichen.“<sup>1605</sup>

Warum diese Notiz anfertigt wurde und ob sie etwa eine Vorlage für ein an eine andere Stelle gerichtetes Schreiben war, lässt sich aus dem Kontext nicht ableiten. Klar wird daraus aber, dass die religiösen Gebote, die für die entsprechenden jüdischen Feiertage relevant waren auf der Agenda des Präsidiums der JSS standen. Speziell für Sukkot lässt sich dies an weiteren Quellen festmachen. Schaut man sich die Symbole des Sukkot an, so gebietet das 3. Buch Mose (23:40), dass ein Strauß von vier Pflanzenarten: 1. die Frucht des Prangenden Baumes (Zedratzitrus, Etrog),

<sup>1603</sup> Gedächtnisprotokoll vom Michal Weichert, Warschau, 14.04.1940, AŽIH, Ring II/118, veröffentlicht in: VEJ 4, S. 272–274, Zitat: S. 273f.

<sup>1604</sup> Vermerk betr. „Das Laubhüttenfest und dem Feststrauss“, 03.10.1941, AŽIH, 211/173, Bl. 6.

<sup>1605</sup> Ebd.

2. ein Zweig der Dattelpalme (Lulaw), 3. Myrthen (Hassadim) und 4. Bachweiden (Arawot) gebunden und ins Heiligtum gebracht werden. Fehlt eines der vier Symbole die für das stehen was die Erde hervorbringt, so ist der Strauß wertlos. Die Frucht des Zedratzitrus, also der Etrog, ist nicht nur essbar, sondern auch wohlschmeckend und duftend süß. Die Dattel die in dem Strauß durch die Zweige des Baumes an dem sie wächst vertreten ist, kann man ebenso essen. Die Myrthen schmecken nach nichts, riechen aber angenehm und die Bachweiden sind weder wohlriechend noch schmackhaft, sind aber nützlich. Nach rabbinischer Deutung sind letztere ein Symbol der Menschheit selbst.<sup>1606</sup> Dem Gebot der Tora gemäß spricht man im Gottesdienst eine Bracha für die Produkte der Erde und heiligt sie für den Dienst an der Gemeinschaft. Die vier Pflanzen werden in die Synagoge gebracht, während Danklieder gesungen werden. Der Strauß ist auch im weiteren Verlauf des Gottesdienstes wichtig und am Ende schreitet jeder der Anwesenden des Gottesdienstes mit einem Strauß durch den Synagogenraum.<sup>1607</sup> Gottesdienste in dieser ausgeprägten Form werden in der Zeit der Shoah nicht mehr gefeiert worden sein, dennoch bemühte sich die JSS um die Erlangung der Feststräube:

„In Beantwortung des Schreibens der Hauptabteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge [...], gestatten wir uns höfl. mitzuteilen, dass 1.800 Komplete von Feststräussen enthaltend je einen Paradiesapfel und je ein aus drei verschiedenen Pflanzengattungen u.z. aus einem Palmzweig, drei Myrtenzweigen und zwei Bachweidenzweigen durch ein Geflecht oder Ringe aus Palmblättern vereinigtcs Bündel, über Auftrag der Zentrale des American Joint Distribution Committee in Lissabon durch Vermittlung des Büros des A.J.D.C. in Budapest hierher eingelangt sind. Wir erhielten die Zedernfrüchte zur Verteilung an unsere Dienststellen, die Jüdischen Hilfskomitees und Delegaturen. Bei der Einsegnung der Zedernfrüchte während der Festtagsgebete wurden freiwillige Spenden für die Anstalten der geschlossenen und offenen Fürsorge und Wohlfahrtszwecke entgegengenommen.“<sup>1608</sup>

Zudem erhob man auf die Festtagssträube spezielle Steuern, die für andere Hilfsleistungen eingesetzt wurden.<sup>1609</sup> Neben den gesamten Sträuben für das Fest, ist die Beschaffung einzelner für den Feststrauß benötigte Bestandteile belegt.<sup>1610</sup> Ferner wurden im Kontext der Einsegnung der Bestandteile, etwa der Zedernfrüchte, Spenden eingenommen, die wiederum für die Versorgung der notleidenden Menschen verwendet werden konnten.<sup>1611</sup> Zudem gab man an Judenräte gerichtete Anfragen an die JSS in diesem Bereich der Hilfstätigkeit: *„An den Judenrat zu Händen des Rabbinates Krakau. Im Auftrage privater Spender und Organisationen sollen demnächst nach verschiedenen Orten des Generalgouvernements Geschenksendungen Cedern, Palmzweige, Myrthen zu Kultuszwecken abgehen. – Wir möchten jeweils an eine Sammeladresse pro Ortschaft versenden, welche sich zuvor in den Besitz der Einfuhrgenehmigung*

<sup>1606</sup> LEO TREPP: Die Juden. Volk, Geschichte, Religion, Wiesbaden 2006, S. 356.

<sup>1607</sup> Ebd., S. 356f.

<sup>1608</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Provenienz der Zedernfrüchte“, 15.10.1941, AŽIH, 211 aneks/56, Bl. 584.

<sup>1609</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>1610</sup> So z.B. in der Korrespondenz zwischen dem Präsidium und den Hilfskomitees: Abschrift JSS an die Delegatur in Tarnogród betr. „etrogim“, 10.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 125 oder auch Abschrift JSS an Rabbi Dawid Epsztein, Ostrowiec betr. „etrogim“, 10.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 127.

<sup>1611</sup> Protokoll der IX. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 4. November 1941, YVA, O.21/18, Bl. 27–29.

setzen müsste.“<sup>1612</sup> Ebenso kommt der Bedarf nach den anderen für den Strauß benötigten Materialien über Anfragen an das Präsidium der JSS zum Vorschein.<sup>1613</sup> Mit diesen Hilfen anlässlich der Feiertage behob man keinen – aus nichtreligiöser und eventuell ignoranter Sicht – lebensnotwendigen Mangel. Für die Menschen die sich aufgrund der religiösen Gebote an den Feiertagen an spezielle Nahrungsgebote halten und Festtage entsprechend des Ritus begehen wollten, war diese Form der Hilfe, die die JSS speziell für die Feier- und Festtage organisierte, aufgrund ihrer religiösen Identität wichtig und gab ihnen etwas Würde zurück. Ebenso die Tätigkeit der JSS, die folgenden Abschnitt analysiert wird.

#### II.4.3 Die Beachtung der Nahrungsgebote in der Tätigkeit der JSS

Neben den Feiertagen waren im Alltag die jüdischen Traditionen und Gebote durch Teile der Bevölkerung zu beachten, wenn es auch Auslegungen der Regeln gab, die die Nichtbeachtung der Speisegesetze in einer solchen Situation, wie sie die Besatzung, die Ghettoisierung sowie die Internierung in Lagern, erlaubten beziehungsweise forderten.<sup>1614</sup> Dennoch wird in diesem Abschnitt der Frage nachgegangen, ob die JSS in ihren Bemühungen um die Ernährung der jüdischen Bevölkerung auch die Gebote des Kaschrut, also den Regeln, die die Ernährung und Zubereitung der Nahrung betrafen, in die Beschaffung der Nahrungsmittel oder den Betrieb der Volksküchen einbezog. Allein durch das bereits im Oktober 1939 erlassene Schächtverbot<sup>1615</sup> war es in keinem Fall möglich, dass man die Tiere entsprechend der religiösen Gebote schächtete. Deshalb muss die Frage lauten, ob dennoch die Regeln des Kaschrut in Bezug auf den Konsum des Fleisches eingehalten werden konnten beziehungsweise ob die JSS in ihrer Tätigkeit die Gebote einbezog. In den Regeln des Kaschrut, nach denen sich die gläubige jüdische Bevölkerung zu richten hat, werden unter anderem Tierarten angeführt die verzehrt werden dürfen und andere die nicht gegessen werden dürfen. Vereinfacht kann gesagt werden, dass Tiere die gespaltene Klauen haben, die Paarzeher sind und wiederkäuen erlaubt sind. Zurück geht das Gebot auf die Thora, dort heißt es: „*Alle Tiere, die gespaltene Klauen haben, Paarzeher sind und wiederkäuen, dürft ihr essen. [...] [I]hr sollt für unrein halten das Wildschwein, weil es zwar gespaltene Klauen hat und Paarzeher ist, aber nicht wiederkäut. Ihr dürft von ihrem*

<sup>1612</sup> Hebräische Buchhandlung Basel, W. Goldschmidt an den Judenrat in Krakau, 29.06.1942, BJ, 48/97. Vgl. zur Zusammenarbeit zwischen der JSS und den Judenräten II.2.7.

<sup>1613</sup> Jüdische Gemeinde in Krakau an JSS, 21.08.1942, BJ, 48/97. „*W związku ze zbliżającymi się uroczystymi świątami żydowskimi upraszamy o zarezerwowanie dla nas pewnego quantum 'Etrogim' i 'Lulawim' dla rozdzielania zainteresowanym na terenie naszej dzielnicy mieszkaniowej.*“ Über die Akten des JDC und die sich darin befindliche Korrespondenz, lässt sich erkennen, dass auch die anderen für den zu bindenden Strauß benötigten Materialien in das Generalgouvernement gelangten – wenngleich die Etrog am häufigsten in den Quellen als zu beschaffendes Material benannt werden: „*Zitrusfrucht zweibundert [sic!] Cedern in zwei Kisten und drei Colly Palmen und Myrthen an Beauftragten Deutschen Roten Kreuzes Express Eilgut angegangen Stop Mehllieferung ebenfalls heute beginnen = Blum Papacehotel.*“ Telegramm eines unbekannten Absenders in Bratislava an das JDC in Krakau, 12.10.1940, AŽIH, 210/110, Bl. 31.

<sup>1614</sup> RAHE: „Höre Israel“, S. 96.

<sup>1615</sup> Verordnung über das Schächtverbot, 26.10.1939, in: VBIGG 1939, S. 6.

*Fleisch nicht essen und ihr Aas nicht berühren; ihr sollt sie für unrein halten.*<sup>1616</sup> Demnach sind etwa Rinder, Schafe, Ziegen und Rehe für den Verzehr geeignet. Verboten sind dagegen zum Beispiel Schweine- und Pferdefleisch. Deshalb tauschte die JSS beispielsweise Schweinefleisch, das nicht den religiösen Essensgeboten entspricht, gegen andere Nahrungsmittel.<sup>1617</sup> Bereits in der ersten Sitzung des HHA<sup>1618</sup> stellte der jüdische Vertreter den Antrag – in Anwesenheit der Vertreter der übergeordneten Besatzungsbehörde –, dass gewisse Arten von „Liebesgaben“ mit Zustimmung des HHA gegen andere Produkte eingetauscht werden dürfen. Beispielsweise wurde beantragt, *„für die streng rituellen Juden bestimmte Schweinefleisch, Speck und Schmalz gegen Mehl oder andere Lebensmittel umtauschen zu dürfen.“*<sup>1619</sup> Allerdings muss dazu auch gesagt werden, dass sich in einigen Quellen Hinweise finden, dass im Bereich der Regeln des Kaschrut in der Zeit des Mangels, gewisse Ausnahmen in Bezug auf die Nahrungsgebote erlaubt waren. Ein Warschauer Jude notierte im Februar 1941, dass Schweineschmalz *„die religiösen Führer während dieser Zeit zu essen erlaubt haben.“*<sup>1620</sup> Analysiert man die Akten der Organisation und des HHA selbst, so ergeben sich aus der Korrespondenz und den Berichten jedoch Anhaltspunkte, dass der Eintausch von Schweinefleisch und Schmalz gegen andere Nahrungsmittel – zumindest in einigen Orten – tatsächlich systematisch durchgeführt wurde. So ist für das Hilfskomitee in Radom belegt: *„Der Schinken- und der Specktransport im Nettogewicht vom 2.195 kg, der am 26.1.1941 aus Krakau eingetroffen war, ist wie folgt umgetauscht worden: 11,25 kg Schinken gegen 5,85 kg Dörrgemüse, 15 kg Speisesalz, 5 kg Erbsen, 30 kg Bohnen, und 30 kg Grütze; 180 kg Speck gegen 18 Sack Roggenmehl. 2003 kg Speck und Schinken gegen 4.004 kg Zucker.“*<sup>1621</sup> In einem weiteren Protokoll des Hilfskomitees in Radom wird der Umtausch von Schinken und Speck ebenfalls thematisiert. Angeführt wird: *„Das Präsidium der J.S.S. erklärte sich damit einverstanden, dass die Tauschprodukte für Schinken und Speck [...] dem J.H.K. Radom-Stadt zur Verfügung gestellt werden.“*<sup>1622</sup> Es handelt sich bei dem Umtausch jedoch nicht um eine spezifische Handlung des Komitees in Radom. In Piotrków Trybunalski/Petrikau behielt das Hilfskomitee ebenfalls das zugewiesene Schweinefleisch nicht und verteilte es nicht an die eigenen Bedürftigen, sondern stellte es über die Vermittlung durch die Kreishauptmannschaft dem Kriegslazarett zur Verfügung.<sup>1623</sup> Neben dem

---

<sup>1616</sup> 3 Mos 11,3–7.

<sup>1617</sup> Report of Polish trip, October 29 to Nov. 3, 1940 (Made by Commission for Polish Relief Representatives John Hartigan and Columba P. Murray, Jr.), PAAA, R 43085.

<sup>1618</sup> Gemeint ist an dieser Stelle der *Haupthilfssausschuss* nach dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung durch die Besatzer, der dann unter der polnischen Bezeichnung *Naczelna Rada Opiekuńcza* firmierte.

<sup>1619</sup> In dieser Weise stellt sich der Antrag sogar in dem Bericht dar, der an das Präsidium des DRK nach Berlin gesandt wurde – Abschrift wohl Beauftragter des DRK im Generalgouvernement an den Führungsstab des Präsidiums des DRK in Berlin betr. *„Sitzung des Haupthilfssausschuss am 21.8.1940“*, 22.08.1940, PAAA, R 43075.

<sup>1620</sup> KAPLAN: Tagebuch, S. 291.

<sup>1621</sup> Protokoll der Sitzung vom 20. März 1941 /J.H.K. Radom/ AŽIH, 211/860, Bl. 9f.

<sup>1622</sup> Protokoll Nr. 13 der Sitzung des J.H.K. Radom-Stadt vom 25. Mai 1941 vom 4. Juni 1941, AŽIH, 211/865, Bl. 11–13.

<sup>1623</sup> Tätigkeitsbericht des Hilfskomitees für den Kreis Petrikau sowie der Delegaturen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe innerhalb des Kreises Petrikau für den Monat Mai 1942 vom 12. Juni 1942, AŽIH, 211/803, Bl. 44–47.

Schweinefleisch selbst ist ein solcher Umtausch für Schmalz belegt.<sup>1624</sup> Und auch für Rzeszów/Reichshof kann nachvollzogen werden, dass ein solcher Umtausch stattfand. Hier geht zudem aus dem Bericht hervor, dass der Umtausch des Fleisches – in diesem Fall handelte es sich um geräuchertes Schweinefleisch – hier ausdrücklich mit einer nichtjüdischen Stelle stattfand: *„Der Herr Kreishauptmann in Reichshof / Abteilung Ernährung/ hat entgegenkommender Weise die vom Präsidium der J.S.S. übersendeten 124 kg geräuchertes Schweinefleisch umgetauscht und wir erhielten unentgeltlich auf Grund der Berechnung der Maximalpreise: 100 kg Graupen, 100 kg Bohnen, 100 kg Nudeln. Ausserdem werden wir für den verbleibenden Restbetrag noch 100 kg frisches Rindfleisch erhalten.“*<sup>1625</sup> Weitere Tauschgeschäfte bei denen „Luxusgüter“ – etwa Kaffee oder Tee – gegen Nahrungsmittel des „ersten Bedarfs“ eingetauscht wurden sind belegt.<sup>1626</sup> Jedoch kann der Eintauch des Schweinefleisches nicht allein unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden, da man im letztgenannten Fall im Tausch unter anderem Rindfleisch erhielt.<sup>1627</sup> Das Fleisch das für die jüdische Bevölkerung für eine Ernährung entsprechend den Regeln des Kaschrut geeignet ist, muss – damit es überhaupt als koscher gelten kann – von einem Schochet (Schächter), der vom Rabbi zugelassen sein muss, geschächtet werden. Diese Regeln, die auf die Schlachtung der Tiere bezogen sind, werden bei dem bei den „Tauschgeschäften“ erlangten Rindfleisch nicht beachtet worden sein. Allerdings wahrte man hier zumindest die Regel, dass es sich um das Fleisch eines Tieres, das einen gespalteten Huf haben muss und wiederkäut, handeln muss. Bei der Thematisierung des Tausches von Schweinefleisch gegen andere Nahrungsmittel wurde nicht explizit angesprochen aus welchen Gründen der Umtausch erfolgte. Sollte es sich wirklich um einen religiösen Hintergrund gehandelt haben, verwundert das nicht, da diese Tauschgeschäfte allein in den Protokollen und Berichten referiert wurden, die an die Behörden der Besatzer gerichtet wurden beziehungsweise bei Sitzungen entstanden sind, bei denen Gesandte der Besatzungsbehörden anwesend waren, sodass ein freies Ansprechen der Gründe – sollte es sich denn wirklich um die Regeln des Kaschrut gehandelt haben – nicht möglich war. Wenngleich die JSS einen ersten Antrag zum Umtausch von Schweinefleisch, Speck und Schmalz, die als „Liebesgaben“ für die jüdische Bevölkerung in das Generalgouvernement gelangten, in einer Sitzung des HHA in Anwesenheit von Vertretern der Zivilverwaltung stellte und dabei die Gründe explizit

<sup>1624</sup> Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Hilfskomitees Radom-Land in Radom vom 13. August 1941, AŽIH, 211/853, Bl. 33f. Hier wurde darüber berichtet, dass „Bacon“ und Schmalz gegen Zucker eingetauscht wurden.

<sup>1625</sup> Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Reichshof für den Monat Mai 1941 vom 5. Juni 1941, AŽIH, 211/925, Bl. 56–60. Es handelte sich in Reichshof ebenfalls nicht um einen einmaligen Umtausch von Schweinefleisch gegen andere Nahrungsmittel. Für weitere Monate ist der Umtausch ebenfalls belegt; so etwa in Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Reichshof /Rzeszow/ für den Monat Juli 1941 vom 4. August 1941, AŽIH, 211/928, Bl. 22–26; Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) vom 25. August 1941, AŽIH, 211/929, Bl. 53f.

<sup>1626</sup> Vgl. dazu etwa Vermerk betr. „Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 25.06.1942, AŽIH, 211/174, Bl. 26–29.

<sup>1627</sup> Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für den Kreis Reichshof für den Monat Mai 1941 vom 5. Juni 1941, AŽIH, 211/925, Bl. 56–60.

formulierte.<sup>1628</sup> Ob sich dieser Tausch von Fleisch, bei dem die JSS vorrangig andere nichtfleischige Lebensmittel erhielt und bei dem das erlangte Rindfleisch eine Ausnahme darstellte, aufgrund der Regeln des Kaschrut oder aus rein pragmatischen Regeln erfolgte, kann aus den Quellen die diesen Eintausch bezeugen nicht mehr herausgelesen werden. Es ist lediglich auffällig, dass grundsätzlich um Schweinefleisch gegen andere Lebensmittel eingetauscht wurde, was für ein Einhalten der Regeln des Kaschrut auf sehr niedriger Ebene spricht. Freilich kann es auf den rein praktischen Hintergrund zurückzuführen sein, dass die Organisation durch den Eintausch von Fleisch gegen andere Nahrungsmittel, meist solche des ersten Bedarfs, mengenmässig einen viel größeren Teil an nichtfleischigen Speisen – also etwa Zucker, Nudeln, Graupen oder ähnliches – erhielt. Durch den Tausch konnte die JSS also größere Menschengruppen mit wichtigen Nahrungsmitteln versorgen. Allerdings ist es auffällig, dass der Tausch von Lebensmitteln nur für Schweinefleisch, Schinken und so weiter belegt ist.<sup>1629</sup> Abgesehen von dem Umtausch des Schweinefleisches und Schmalzes gegen andere Güter ist für andere Fleischsorten – etwa Pferdefleisch – belegt, dass die JSS sie grundsätzlich nicht für die Ernährung der hilfsbedürftigen jüdischen Bevölkerung in Betracht zog: „Für jeden Fall weisen wir schon heute darauf hin, dass Pferdefleisch für die jüd. Bevölkerung nicht in Frage kommt, dagegen wären Fette, wie Butter, Ceres, Margarine sehr erwünscht.“<sup>1630</sup> Allerdings muss gesagt werden, dass Teile der jüdischen Bevölkerung dieses Fleisch dennoch in der Zeit des Hungers und des Mangels verzehrten. So beschrieb Emanuel Ringelblum, dass Fleisch auf zwei Wegen in das Ghetto kam: „als lebendes oder bereits geschlachtetes Vieh.“ Lebende Pferde habe man in das Ghetto hinein gebracht, indem ein Wagen mit zwei Pferden hineingefahren sei und mit nur einem wieder hinaus.<sup>1631</sup>

Die ausländischen nichtjüdischen Hilfsorganisationen, die die Liebesgaben für die gesamte nichtdeutsche Bevölkerung sandten, beachteten teilweise diese Regeln ebenfalls und schickten statt Schweinefleisch, das für die nichtjüdische Bevölkerung angedacht war, andere Lebensmittel – etwa in Form von Fischen –, die speziell für die Juden und Jüdinnen bestimmt waren<sup>1632</sup> oder nahmen den Umtausch der Waren zur Kenntnis und berichteten darüber:

„Reference was made to the CHIEF RELIEF COMMITTEE's letter, of August 17, 1940, with regard to the desire of the Jewish population to exchange, for religious reasons, their quota of pork products for a quantity of Herring to be agreed upon when the shipment of 3,329 barrels reached Poland. Now that practically all of the shipment had reached Poland, inquiry was made as to how the exchange would be effected, and it was agreed upon by all parties concerned that the exchange,

<sup>1628</sup> Vgl. etwa Abschrift wohl Beauftragter des DRK im Generalgouvernement an den Führungsstab des Präsidiums des DRK in Berlin betr. „Sitzung des Haupthilfsausschuss am 21.8.1940“, 22.08.1940, PAAA, R 43075.

<sup>1629</sup> Erst in späteren Zeiten wurden solche Tauschgeschäfte auch im Bereich der Genussmittel durchgeführt, die gegen Produkte des ersten Bedarfs eingetauscht wurden. Vgl. dazu v.a. AŽIH, 211 und AŽIH, 211 aneks.

<sup>1630</sup> Abschrift JSS an C. Hartwig A.G. betr. „Liebesgaben-Transporte“, 20.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 96.

<sup>1631</sup> EMMANUEL RINGELBLUM: Ksowim fun geto, Bd. 1: 1939–1942, Warszawa 1961, S. 319f.

<sup>1632</sup> Vgl. etwa die Aufzeichnungen eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes in Berlin über ein Gespräch mit dem Vertreter der Commission for Polish Relief, 17.10.1940, PAAA, R 43085.



and it was agreed upon by all parties concerned that the exchange would be made on the basis of the calorific value per kilo.“<sup>1633</sup>

Der Punkt der Ernährung kann und darf nicht allein auf die Versorgung der Menschen mit Fleisch beschränkt werden, da die jüdischen Nahrungsgebote weit mehr sind als das Verbot das Fleisch bestimmter Tierarten zu verzehren. Aus diesem Grunde wird in diesem Absatz untersucht, welche Vorkehrungen zur Wahrung der Gebote weiterhin getroffen wurden. Neben den auf den Fleischkonsum bezogenen Regeln des Kaschrut existieren weitere, die von Person beachtet werden müssen, die sich streng nach den jüdischen Ernährungsregeln richten. Als weitere Bestimmung ist hier anzuführen, dass fleischige und milchige Nahrungsmittel nicht zusammen verzehrt und nicht zusammen zubereitet werden dürfen. In den schriftlichen Quellen ergeben sich keine direkten Hinweise darauf, dass nach dem Jahr 1940 noch spezielle Ernährungsstellen oder Volksküchen existierten, die sich an die speziellen Ernährungsregeln für die jüdische Bevölkerung hielten. Das verwundert kaum, da das Thema der Ernährungsstelle vor allem in den Protokollen und Berichten der Hilfskomitees und Delegaturen thematisiert wurde – also in Schriftstücken, die direkt an die Besatzer geschickt wurden beziehungsweise diese im Kontext von Sitzungen entstanden, bei denen Beamte der Regierung anwesend waren. In der bereits mehrfach zitierten propagandistischen Bildsammlung, die an ausländische Organisationen versandt wurde, sind Volksküchen für die orthodoxe Bevölkerung und ebenso Zusatzernährungsstellen für orthodoxe Kinder abgebildet. Auf einigen Bildern ist eine Trennung zwischen Männern und Frauen zu erkennen.<sup>1634</sup> In den Textquellen werden nie explizite Küchen für die religiöse beziehungsweise sich selbst in den Notzeiten nach religiösen Geboten richtende Bevölkerung benannt. Allerdings ist auffällig, dass in manchen Orten Volksküchen – gerade in solchen Orten in denen mehrere solcher Einrichtungen existierten – unterschiedliche Namen hatten: Waren drei Volksküchen in einem Ort, so kam es vor, dass zwei einfach die Namen „*Volksküche I*“ und „*Volksküche II*“ erhielten, die dritte aber nannte sich „*Volksküche Bejt Lechem*“.<sup>1635</sup> Diese unterschiedliche Benennung der Küchen kann dafür sprechen, dass es sich bei der letztgenannten um eine Volksküche für die orthodoxe Bevölkerung handelte. Dies ist jedoch in den Quellen nicht belegt beziehungsweise nannte man an keiner Stelle explizit. In Kronso gab es eine „*Fleischlose Volksküche für bedürftige Juden*“.<sup>1636</sup> Wie bereits konstatiert, ist zumindest für eine Zahl an Hilfskomitees und Delegaturen der Eintauch von Schweinefleisch und Schmalz gegen andere Güter belegt. Dies ist nicht nur auf pragmatische Gründe zurückzuführen. Auch bei dieser „fleischlosen Volksküche“ ist zu überlegen, ob dies auf pragmatische Gründe oder religiöse

<sup>1633</sup> Report of Polish trip, October 29 to Nov. 3, 1940 (Made by Commission for Polish Relief Representatives John Hartigan and Columba P. Murray, Jr.), PAAA, R 43085.

<sup>1634</sup> YVA, FA32–FA36.

<sup>1635</sup> Vgl. dazu etwa Plakat der Jüdischen Gemeinde Krakau Volksküche „Bejt Lechem“, ohne Datum, AŽIH, 218/20. Der Text ist identisch darunter in polnischer Sprache wiedergegeben.

<sup>1636</sup> Vgl. Bericht Krosno, 12.05.1941, AŽIH, 211/612, Bl. 1f.

Gebote in Zusammenhang zu bringen ist. Neben den Volksküchen für die orthodoxe jüdische Bevölkerung tauchen in den Fotografien ebenso Kinderheime für orthodoxe Jungen und Mädchen auf. Dabei ist auf den Bildern genau wie bei den Ernährungsstellen für orthodoxe Juden und Jüdinnen eine Trennung zwischen Mädchen und Jungen zu erkennen.<sup>1637</sup> Da diese Anstalten in den Textquellen nie benannt werden, können dazu keine genaueren Ausführungen gemacht werden. Es erscheint allerdings fraglich, ob solche Institutionen überhaupt über Warschau oder Krakau und über das Jahr 1940 hinaus im Generalgouvernement bestehen konnten. Für das Einwerben der Mittel aus dem Ausland, wurden sie Ende 1940 für die Stadt Warschau aber bildlich dokumentiert.

#### II.4.4 Das Jiddische als Verkehrssprache der JSS

Die jiddische Sprache kann nicht als Sprache der jüdischen Religion angesehen werden. Im Gegenteil, die Sprache für religiöse Dinge war und ist vor allem das Hebräische. Das Jiddische sollte vielmehr als Ausdruck des jüdisch-kulturellen Verständnisses und als Alltagssprache angesehen werden. Dennoch soll die Frage nach Jiddisch als Verkehrssprache der JSS am Ende dieses Unterkapitels gestellt werden. Als Korrespondenzsprachen innerhalb der JSS legten die Besatzer, wie bereits dargelegt, Deutsch und Polnisch fest. Dies galt vor allem für Briefe, die mit den Behörden gewechselt wurden und für die Protokolle und Berichte, die das Präsidium bei der Regierung sowie die Hilfskomitees und Delegaturen bei den ihnen übergeordneten Stellen einreichen musste.<sup>1638</sup> Nicht nur die Organisation auch die jüdische Bevölkerung als Ganzes war von den Repressionen bezüglich der Sprache betroffen. So notierte Adam Czerniaków beispielsweise am 30. August 1941 in sein Tagebuch: *„Auf Mendes Anordnung wurde die Post angewiesen, daß keine Korrespondenz auf jiddisch und hebräisch geführt und nicht um Lebensmittel aus dem Reich gebeten werden darf.“*<sup>1639</sup> Dem entgegenstehend führte Pankiewicz für Krakau aus: *„Eine der ersten Anordnungen im Ghetto beinhaltete, alle Aufschriften in polnischer Sprache sofort zu entfernen und sie durch hebräische Aufschriften zu ersetzen. Ausgenommen davon war die Apotheke. Das Ghetto änderte sein Aussehen völlig. Wer das hebräische Alphabet nicht kannte, fühlte sich wie in einem fremden Land, wo jede Aufschrift, jedes Schild und jede Tafel aus unverständlichen Zeichen besteht. Den Ärzten verursachte diese Anordnung die größte Sorge. Es gab im Ghetto viele Menschen, die das hebräische Alphabet nicht beherrschten. Außerdem wirkte sich der Wohnungswechsel der Ärzte ungünstig auf ihre Praxen aus.“*<sup>1640</sup> Die Verwendung des hebräischen Alphabets widerspricht den eigentlichen Direktiven, die die Verwendung von Deutsch und Polnisch forderten. So war es auch – wie bereits mehrfach genannt – für die JSS festgelegt.<sup>1641</sup> Bei einer Sitzung des Präsidiums im Dezember 1940 habe sich Föhl dann

<sup>1637</sup> YVA, FA32–FA36.

<sup>1638</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 11.

<sup>1639</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 183.

<sup>1640</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 38f.

<sup>1641</sup> Vgl. dazu Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 11 sowie II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1 (1).

erkundigt, was die Umgangssprache der einzelnen Mitglieder des Präsidiums sei und welche Verkehrssprache im Büro verwendet werde. Man habe einstimmig zur Antwort gegeben, dass „*unsere Umgangssprache die jüdische ist und dass wir gerne auch jüdisch als Verkehrssprache des Büros benützen möchten*.“<sup>1642</sup> Föhl habe darauf erklärt, dass die Regierung zwar nicht interessiert sei eine jüdische Kultur von sich aus aufzurichten, aber seiner Meinung nach sollten und dürften die Juden und Jüdinnen die jüdische Kultur im Rahmen der Gesetze pflegen und die jüdische Sprache als Verkehrssprache nutzen.<sup>1643</sup> Sich auf diese Sitzung berufend antwortet das Präsidium der JSS dem Hilfskomitee in Warschau, das sich danach erkundigte, ob man das Jiddische in der Kommunikation der Organisation verwenden dürfe. In dem polnischsprachigen Antwortschreiben an das Komitee berief sich das Präsidium sich mit Nennung des Datums auf die Sitzung und der anwesenden Vertreter der Zivilverwaltung und zitierte deutschsprachig aus dem Protokoll: „*Gegen die jüdische Sprache als Verkehrssprache bestehen keine Bedenken*.“<sup>1644</sup> In einer Distriktkonferenz in Krakau ging der Anwesende der Regierung, Hexel, sogar noch weiter und ließ, neben Polnisch, was ohnehin für die JSS zugelassen war, Jiddisch als Sprache für eine Sitzung bei der er als Regierungsvertreter anwesend war zu. Weichert habe zu Beginn der Sitzung angegeben, „*dass Herr Hexel zugestimmt hat, dass die Beratungen auch in polnischer oder jüdischer Sprache geführt werden können, da er diese Sprachen versteht und dass er den Wunsch geäußert hat, dass die Delegierten offen alles vorbringen, was ihnen am Herzen liegt*.“<sup>1645</sup> Bei der Zulassung des Jiddischen als Sprache in den Sitzungen muss allerdings ebenfalls bedacht werden, dass dies vermutlich aus der Tatsache erwächst, da die NS als Korrespondenzsprache der Organisation Deutsch und Polnisch zugelassen hatten.<sup>1646</sup> Die dem entgegenstehende Zulassung durch den Beamten der Verwaltung kann davon herrühren, dass die Verwendung der polnischen Sprache in den Sitzungen den Beamten der Besatzer sehr viel mehr Schwierigkeiten bereitet hätte als die Verwendung des Jiddischen, die von einem Deutschen im gesprochen Wort wohl besser verstanden werden konnte als die Verwendung des Polnischen für den ungeübten Hörer in dieser Sprache, sofern bei den Beamten der Zivilverwaltung überhaupt solche Sprachkenntnisse vorhanden waren.

<sup>1642</sup> Protokoll der III. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, YVA, O.21/18, Bl. 9–12. Das Dokument ist auch vorhanden in AŻIH, 211 aneks/25.

<sup>1643</sup> Ebd.

<sup>1644</sup> Abschrift JSS an das Hilfskomitee Warschau Stadt betr. „*używania języka żydowskiego*“, 01.03.1941, AŻIH, 211 aneks/33, Bl. 335.

<sup>1645</sup> Bericht über die I. Distriktkonferenz Jüdischen Sozialen Selbsthilfe im Distrikt Krakau am 27. Mai 1942, YVA, O.21/3, Bl. 57f.

<sup>1646</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1 (1).

## II.5 Die Zusammenarbeit mit den Besatzern

In der bereits zitierten Handlungsanweisung für die Beamten der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ hieß es: *„Die Jüdische Soziale Selbsthilfe ist im Organisationsstadium begriffen. Aber bereits vorher wurde die jüdische Fürsorge und Wohlfahrt, die teilweise von den Judenräten, den schon bestehenden jüdischen Hilfskomitees und dem American Joint Distribution Committee ausgeübt wurde, durch das Referat Freie Wohlfahrt überwacht und gelenkt. Eine große Unterstützung dürfte auch für die Arbeit der jüdischen Hilfskomitees die neugegründete jüdische Zeitung Gazeta Żydowska sein.“*<sup>1647</sup> Und auch in einem Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement, den die Besatzer vor der Konstituierung des Präsidiums der JSS verfassten schrieben die Besatzer: *„Referat Judenwesen. Es wohnen im Gebiet des GG 1,6 Mill. Juden. Frühere amtliche Zählungen ergaben etwa 1,3 Mill. [...] Grundlage der Judenregelung sind die Verordnungen und Erlasse des Generalgouverneurs sowie des Leiters der Abteilung Innere Verwaltung sowie die Anordnungen des Höheren SS- und Polizeiführers Ost.“*<sup>1648</sup> Auf der zentralen Ebene war das Präsidium der JSS der Unterabteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Abteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung unterstellt.<sup>1649</sup>

In diesem Abschnitt wird nach der Tätigkeit der Besatzer in Bezug auf die Organisation auf unterschiedlichen Ebenen gefragt und die Zusammenarbeit zwischen den Besatzern und den Mitgliedern der JSS auf Präsidialebene und in den Hilfskomitees und Delegaturen untersucht. Viele der Punkte wurden bereits in den vorherigen Unterkapiteln thematisiert. Allerdings ist es unerlässlich diese Zusammenarbeit in einem eigenen Unterkapitel noch einmal systematisch zu analysieren, da der Fokus im Vorhergehenden vor allem auf die Tätigkeit der JSS gelegt war und nun die Besatzer in den Blick genommen werden. In II.7 wird dann abermals auf die NS zurückgekommen und nach den Zielen die sie mit der JSS verbanden gefragt. Der Begriff der Zusammenarbeit darf hier – wie in der Einleitung bereits dargelegt – nicht im Sinne des durch Prozesse in der Nachkriegszeit negativ konnotierten Begriffs der „Kollaboration“ gelesen werden.<sup>1650</sup> In diesem Abschnitt wird vielmehr die wirkliche Zusammenarbeit, die nicht gleichbedeutend sein soll mit einer „Mittäterschaft“, untersucht. Aus diesem Grund muss dies völlig losgelöst von den „Kollaboration“-Vorwürfen gegen den Vorsitzenden der JSS und Leiters der JUS Michał Weichert erfolgen.<sup>1651</sup> Wie bereits gezeigt werden konnte, war Weichert nicht nur an der Spitze der beiden

---

<sup>1647</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 34.

<sup>1648</sup> Kanzlei des Generalgouverneurs: Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Bd. 1: Raumordnung und Aufbau der Verwaltung, Rechtssetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung, BAB, R 52 II/247, Bl. 190.

<sup>1649</sup> Vgl. hierzu Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

<sup>1650</sup> Zur „Kollaboration“ vgl. v.a. TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ sowie einzelne Beiträge aus HÜRTER/ZARUSKY (Hg.): Besatzung, Kollaboration, Holocaust.

<sup>1651</sup> Zu den Verfahren vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf sowie ENGEL: Who is a Collaborator?

Organisationen, sondern bereits in der Frühphase an den Gesprächen mit den Besatzern beteiligt. Aus diesem Grund ist es nicht möglich die Zusammenarbeit zwischen den Besatzern und den Organisationen beziehungsweise genauer gesagt mit den jüdischen Akteuren losgelöst von Weichert zu untersuchen. Oft wird sich das Geschriebene deshalb auf ihn beziehen. Nichtsdestotrotz wird das Verhältnis und die Zusammenarbeit zudem für andere Personen des Präsidiums und auch auf anderen Verwaltungsebenen beziehungsweise Ebenen der Organisationen zu untersuchen: also für die Distriktberater, die Hilfskomitees und die Delegaturen und die jeweils zuständigen Verwaltungseinheiten. Die Gruppe der handelnden nationalsozialistischen Akteure ist hier auf die im Generalgouvernement tätigen Personen beschränkt, sodass an dieser Stelle nicht mehr der umfassende Terminus NS, sondern der Begriff des „Besatzers“ Verwendung findet. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass es sich bei den Besatzern nicht um NS handelte, sondern allein zum Ausdruck bringen, dass es sich hier nicht um Akteure aus dem Reich, sondern allein um solche handelt, die im Generalgouvernement tätig waren. Neben den offiziellen Einrichtungen der Besatzer hatte die JSS außerdem zu anderen deutschen Einrichtungen – etwa der Deutschen Apotheke in Krakau – Kontakt. Auf diese Form der Kontakte kann jedoch nicht genauer eingegangen werden. Anforderungen von Medikamenten, Verbandmull, Watte und Mullbinden sind bis in den August 1942 belegt. Die JSS berief sich dabei immer darauf, dass die Organisation von der Aufsichtsbehörde eingesetzt wurde und ihr unterstehe.<sup>1652</sup>

Wie bereits in I.1.2 sowie I.4.4 dargelegt, war das Präsidium der JSS in all ihren Handlungen der Zivilverwaltung zur Rechenschaft verpflichtet und musste fast alle Tätigkeiten – seien es Reisen oder ähnliches – dort anfragen und genehmigen lassen. In der bereits zitierten Handlungsanweisung für die Beamten im Generalgouvernement schreiben die Besatzer zur Fürsorge im Generalgouvernement: *„Die Fürsorge mußte [...] nach den deutschen Verwaltungsnotwendigkeiten völlig neu orientiert und zugleich in ein starkes Ueberwachungssystem gebracht werden. [...] Nicht zuletzt zeigen auch Beobachtungen des vergangenen halben Jahres wie im Generalgouvernement bislang halb-militärische oder politisch aktive Organisationen plötzlich Fürsorge treiben wollten. Aus diesen Grunde wird auch das Polnische Rote Kreuz auf seine ursprünglichen, der Genfer Konvention entsprechenden Aufgaben zurückgedrängt und aller Fürsorgeaufgaben entkleidet.“*<sup>1653</sup> In einem anderen Text aus dem Band hieß es, dass in dem Referat „Freie Wohlfahrt“ folgende Arbeitsgebiete zusammengefasst waren: *„1. Der Aufbau, die Überwachung, Lenkung und Förderung der Organisationen der freien polnischen, ukrainischen, goralischen und jüdischen Wohlfahrt sowie des Hilfskomitees der Warschauer Emigrantengruppen. 2. Der Aufbau, die Überwachung und Lenkung der jüdischen Fürsorge, die im Gegensatz zu der Fürsorge für die übrigen Volksgruppen nicht vom Staat oder den Gemeinden,*

<sup>1652</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Leiter der Deutschen Apotheke, Herrn Pharmazierat Dr. Adolf Stahl, Krakau, 12.08.1942, YVA, O.21/34, Bl. 183.

<sup>1653</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 5.

sondern von den Judenräten bzw. von den jüdischen Hilfskomitees getragen wird. 3. Die Verhandlungen in Vertretung der Regierung des G.G. mit den ausländischen Hilfsorganisationen, die über den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur und den Beauftragten des Deutschen Auswärtigen Amtes beim Generalgouverneur geführt werden. 4. Die Ueberwachung und Lenkung der einkommenden ausländischen Liebesgabensendungen für alle Volksgruppen des Generalgouvernements außer der deutschen Volksgruppe, die aus klarliegenden Gründen keinen Anteil an den ausländischen Liebesgaben erhält.“<sup>1654</sup> Besetzt war das Referat mit dem Referenten und einem Platzarbeiter.<sup>1655</sup> Aufgabe der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ war es unter anderem die Sitzungen des HHA – an denen polnische, ukrainische und jüdische Vertreter teilnahmen – einzuberufen.<sup>1656</sup> Ebenso musste alle Korrespondenz die das Präsidium führte der Aufsichtsbehörde innerhalb kürzester Zeit als Durchschlag vorgelegt werden.<sup>1657</sup> In den ersten Wochen hatte die JSS ein Buch für die Posteingänge und Postausgänge geführt und war dann dazu übergegangen die Durchschläge für die Aufsichtsbehörde aufzubewahren beziehungsweise diese zu übermitteln. Die Ausgangspost nummerierte das Präsidium zu diesem Zweck durch.<sup>1658</sup> Darüber hinaus mussten die Verteilungspläne der dem HHA zur Verfügung stehenden Mittel und Gelder mit der Zivilverwaltung abgestimmt werden.<sup>1659</sup> Auch für die Benutzung der Räumlichkeiten in denen das Präsidium, die Hilfskomitees etc. in Krakau untergebracht waren, benötigte man die Zustimmung der Aufsichtsbehörde.<sup>1660</sup> Ebenso bedurfte der Abschluss von „Verträgen besonderer Bedeutung“ der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.<sup>1661</sup> Wenn beispielsweise Stoffe zur Herstellung von Kleidung benötigt wurden, wandte sich die JSS an die Aufsichtsbehörde und bat darum entsprechende Mengen des benötigten Materials innerhalb des Generalgouvernements oder außerhalb kaufen zu dürfen. Dabei wurde neben der Rolle der angemessenen Kleidung bei der „Seuchenbekämpfung“ ebenfalls die Arbeitsfähigkeit der Menschen als Grund angeführt: „Der Mangel an Wäsche und Kleidern macht es vielen von ihnen unmöglich Arbeit zu suchen und zu finden.“<sup>1662</sup> Auch für den Einkauf von Heilmitteln – selbst wenn es sich um nichtkontingierte handelte –, musste sich die JSS an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ wenden. Zumindest

<sup>1654</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 29. Ähnlich formuliert auch in Kanzlei des Generalgouverneurs: Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Bd. 1: Raumordnung und Aufbau der Verwaltung, Rechtssetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung, BAB, R 52 II/247, Bl. 192.

<sup>1655</sup> Ebd.

<sup>1656</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 5.

<sup>1657</sup> JSS an BuF, 28.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 1. „In der Anlage gestatten wir uns die Durchschläge unserer Briefe Nr. 2178–2208 zu senden.“ Briefe dieser Art sind immer wieder in den Akten vorhanden, deshalb ist dieses Schreiben nur exemplarisch angeführt.

<sup>1658</sup> JSS an BuF betr. „Durchschläge“, 15.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 80.

<sup>1659</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 4.

<sup>1660</sup> Abschrift JSS an den Stadthauptmann Krakau, Abteilung deutsches Quartieramt, 06.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 162.

<sup>1661</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 6. Gleiches galt für die Aufnahme von Rechtsstreitigkeiten vor Gerichten.

<sup>1662</sup> Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „Einkauf von Kleidungsstoffen“, 05.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 5.

dann, wenn sie nicht in örtlichen Apotheken, sondern bei Großfirmen gekauft werden sollten: „Beim Ankauf dieser Heilmittel in Apotheken oder kleinen Firmen müssten wir Detailpreise zahlen. Da wird die eingekauften Medikamente zur unentgeltlichen Verteilung an die Jüdischen Hilfskomitees und Delegaturen bringen und sie also auf den von der Regierung des Generalgouvernements durch die Vermittlung des Haupthilfsausschuss erhaltenen Fonds bezahlen, glauben wir uns an die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge mit der ergebenen Bitte wenden zu dürfen, sie möge eine Grossfirma anweisen der J.S.S. die nachstehenden aufgezählten nichtkontingentierten Heilmittel zu allerniedrigsten Preisen zu verkaufen.“<sup>1663</sup> Zudem konnten selbstständige Wohlfahrtsanstalten nur mit Zustimmung der Zivilverwaltung eröffnet werden.<sup>1664</sup> Über alle Reisen, die Mitgliedern der JSS machten, musste die Zivilverwaltung informiert werden.<sup>1665</sup> Ferner versuchte man über die Zivilverwaltung an die Vermögenswerte zu kommen, die die Ausgesiedelten in ihren Heimatorten in den dem Reich eingegliederten Gebieten zurückgelassen hatten.<sup>1666</sup> Bereits vor der Konstituierung des Präsidiums der JSS wandten sich die späteren offiziellen Vertreter an die Aufsichtsbehörde und baten darum, dass die Organisation den jüdischen Menschen Rechtshilfe über die Organisation andeihen lassen kann und einen entsprechenden Apparat dazu aufbauen darf.<sup>1667</sup> Das Präsidium der JSS versuchte die Lage der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu verbessern. So schrieb das Präsidium beispielsweise bereits im September 1940 an die Aufsichtsbehörde und berichtete aus Erfahrungen, die Präsidiumsmitglieder während ihrer Reisen gemacht hatten, über die Situation in den Lagern: „Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sieht sich, im Interesse der öffentlichen Fürsorge, ja der Ausgiebigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter selbst, dringendst veranlasst, die Aufmerksamkeit der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, aller ergebenst darauf zu lenken.“<sup>1668</sup> Sodann übermittelte die JSS Verbesserungsvorschläge, die die Regierung in die Wege leiten sollte.<sup>1669</sup> Auch wegen der finanziellen Lage der JSS wandte sich das Präsidium in direktem Zusammenhang mit seiner Konstituierung an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und legte sehr ausführlich die finanzielle Situation und den Finanzbedarf der jüdischen Organisation dar. In diesem Kontext machte die JSS bereits auf die Einwohnerabgabe aufmerksam, aus der sie sich größere Zuweisungen für die Fürsorge- und Wohlfahrtsaufgaben, die sie zu leisten

<sup>1663</sup> JSS an BuF betr. „Anweisung an eine Grossfirma zwecks Einkauf von nichtkontingentierten Heilmitteln“, 19.05.1941, AŽIH, 211 aneks/42, Bl. 1.

<sup>1664</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 7.

<sup>1665</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>1666</sup> Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „Vermögenswerte der evakuierten jüdischen Gemeinden und Privatpersonen“, 05.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 6.

<sup>1667</sup> Abschrift Hauptausschuss der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau an die Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Referat Freie Wohlfahrt betr. „Rechtshilfe für die Betreuten der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 11.07.1940, YVA, O.21/14, Bl. 8.

<sup>1668</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 52–55. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 36–39 und YVA, O.21/16-3, Bl. 34–37.

<sup>1669</sup> Ebd.

hatte, erhoffte. Das Schreiben beendete man mit: *„Schliesslich erlauben wir uns der Überzeugung Ausdruck zu geben, dass die in dieser Eingabe dargestellten Postulate durch die Regierung des Generalgouvernements vollständig Berücksichtigung finden werden, da ausschliesslich dauernde Dotationen aus staatlichen und kommunalen Fonds, in erster Linie aus speziell für soziale Fürsorgezwecke bestimmten Fonds die grundsätzliche Beteiligung nicht nur für die Entwicklung sondern überhaupt für das blosse Weiterbestehen der Jüdischen Fürsorgeinstitutionen die in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vereinigt sind bilden können.“*<sup>1670</sup> In der Nachkriegszeit berichtete Michal Weichert in einem Schreiben an einen Vertreter einer jüdischen Hilfsorganisation aus der Schweiz über den letzten Leiter der Aufsichtsbehörde:

„Lothar Weirauch war in der Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge der Regierung des sog. Gen.Gouv. taetig. Dieser Dienststelle oblag die Aufsicht ueber die Taetigkeit der Fuersorge und Wohlfahrt, sowohl der juedischen als auch der polnischen, insbesondere des Polnischen Hilfsausschusses, der Juedischen Sozialen Selbsthilfe, des American Joint Distribution Committee. In seinen Handlungen ging uns L.W. stets weitestgehend an die Hand, bei Empfang und Verteilung der auslaendischen Liebesgaben, insbesondere aber beim Umtausch mancher Genussmittel im Sinne der Spenden gegen Lebensmittel des ersten Bedarfs, den wir sehr vorteilhaft mit den Polnischen Hilfsausschuss taetigten. Zweimal wurde unsere Organisation von den deutschen Polizeibehoerden aufgeloesst. Beide Male setzte L.W. gemeinsam mit dem Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes durch, dass uns die Wiederaufnahme unserer Taetigkeit genehmigt wurde. Auch sonst haben ihm unsere Organisationen so manches zu verdanken. Sein Verhaeltnis zu der polnischen Hilfsorganisation veranlasste Se. Eminenz den Kardinal Fuerst-Erzbischof von Krakau und den ehem. Praesidenten des Polnischen Hilfsausschusses die Haltung Weirauchs ruehmend hervorzuheben.“<sup>1671</sup>

Zwar erscheint die sehr positive Würdigung Weirauchs durch Weichert fraglich, allerdings wird durch dieses Zitat deutlich, dass es auch zwischen den Instanzen der Besatzer zu Unstimmigkeiten kam, die sich unter Umständen auf das Handeln in Bezug auf die JSS und die Zusammenarbeit mit ihr auswirkten.

In einem Halbjahresbericht für den Distrikt Warschau aus dem Jahr 1940 hieß es für eine Zeit in der das Präsidium der JSS vermutlich noch nicht konstituiert und die Satzung und die Geschäftsordnung der Organisation gerade erst erlassen worden war, mit dem Einzug der deutschen Verwaltung sei *„eine Trennung zwischen der freien polnischen und der freien jüdischen Fürsorge durchgeführt“* worden. *„Auch von Seiten der staatlichen Fürsorge erfolgt eine Betreuung der Juden nicht mehr.“*<sup>1672</sup> Für die Durchführung der jüdischen Fürsorge und die Finanzierung seien die Juden und Jüdinnen selbst verantwortlich, berichtete die Verwaltung. Zu dieser Zeit im Jahr 1940 gaben die Besatzer noch an: *„Die im Rahmen der Regelung der Judenfrage eingesetzten Judenräte sind gleichzeitig Träger der jüdischen Fürsorge. Es ist den Juden dabei überlassen geblieben, eigene Fürsorgeorganisationen zu schaffen.“*<sup>1673</sup> Zudem ging man auf das JDC, seine Tätigkeit in der Zeit vor dem Krieg und der ersten Zeit der Besatzung ein und verwies darauf: *„Die gesamte jüdische Fürsorge und Wohlfahrt insbesondere die jüdische Fürsorge in der Stadt*

<sup>1670</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Beteiligung der jüdischen Fürsorgeanstalten an den Einnahmen der Einwohnerabgabe“*, 04.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 243–246. Auch vorhanden in YVA, O.21/14, Bl. 17–19 und YVA, O.21/16-3, Bl. 16–18.

<sup>1671</sup> Michal Weichert an Elias Sternbuch, Präsident des Jüdischen Hilfsvereins, St. Gallen, 04.03.1947, GFHA, Holdings Registry/9556.

<sup>1672</sup> Halbjahresbericht Distrikt Warschau, Bl. 70f.

<sup>1673</sup> Ebd.



Warschau, die hier einer unter dem Namen jüdische Soziale Selbsthilfe aufgezeichneten Organisation untersteht, wird zum grössten Teil aus Mitteln dieses Komitees unterhalten.“<sup>1674</sup> Für die „jüdische Fürsorge“, in diesem Bericht wurde sie noch als Aufgabe der Judenräte bezeichnet, geben die Besatzer an, dass sich die Durchführung der ihr zugeteilten Aufgaben schwierig gestalte. Der Fürsorge bliebe die finanzielle Unterstützung verwehrt und es mache sich die „mangelnde generelle Regelung des gesamten Judenproblems sehr nachhaltig bemerkbar.“<sup>1675</sup> Ferner werde der Judenrat noch nicht von allen Dienststellen der Besatzer gleichermaßen respektiert und dies erschwere die Aufsicht über die Fürsorge.<sup>1676</sup> Die nicht gleichmäßige Anerkennung der Dienststellen in Bezug auf die jüdische Fürsorge sollte sich auch nicht ändern, nachdem die Organisation offiziell durch Satzung und Geschäftsordnung gegründet als JSS agierte. Dies wirkte sich auf die Tätigkeit der Besatzer in Bezug auf die Organisation und damit auf die Zusammenarbeit zwischen ihnen aus. Dieses Spannungsverhältnis ist Gegenstand dieses Unterkapitels. Für die Besatzer war kurz nach dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung der JSS noch nicht bewusst, wie lange deren Tätigkeit geführt werden solle. In einer Handreichung für die Beamten im Generalgouvernement wurde angegeben, dass es notwendig sei „im Zuge des Aufbaus der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, alle diese Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben von den bisherigen Trägern auf die jüdischen Hilfskomitees überzuleiten, ohne daß nach § 1 der Satzung die Organisationen und deren Vermögensverhältnisse berührt werden“ und dabei darauf geachtet werden sollte, dass im Laufe der Entwicklung die Judenräte „ihrer Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben entledigt und die den jüdischen Hilfskomitees überwiesen werden.“<sup>1677</sup> Gleichzeitig müsse man auf dem „Boden der Tatsachen vor einer nach dem Krieg wohl endgültigen Regelung des Judenproblems zu arbeiten beginnen und die schwebenden Fragen zu einer für uns richtigen Lösung bringen.“<sup>1678</sup> Der eingeschlagene Weg garantiere die Kontrolle und die Aufsicht über die jüdische Fürsorge und Wohlfahrt, so hieß es in der Handlungsanweisung, es sei aber notwendig, „um das angestrebte Ziel zu erreichen, daß die Befehlsgewalt des Kreis- bzw. Stadthauptmannes über die Judenräte von allen deutschen Dienststellen respektiert wird. Erst dann wird mit der sicherheitspolizeilichen Ueberwachung durch die Dienststellen der Sicherheitspolizei, das Judenproblem in geordneten Bahnen behandelt werden können.“<sup>1679</sup> Ein Problem stellte außerdem dar, dass innerhalb der Strukturen der Besatzer lange nicht geklärt war, wer für die „Judenangelegenheiten“ zuständig war und es deshalb zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Zivilverwaltung und den Polizeidienststellen kam. Dies hat sich im Laufe der Besatzungszeit geändert. So schrieb die Zivilverwaltung im Mai 1941 an den SSPF im Distrikt Lublin:

---

<sup>1674</sup> Ebd.

<sup>1675</sup> Ebd.

<sup>1676</sup> Ebd.

<sup>1677</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 35.

<sup>1678</sup> Ebd.

<sup>1679</sup> Ebd.

*„Inzwischen ist von der Regierungsseite die Frage der Zuständigkeit in Judenangelegenheiten geklärt worden. Federführend für die Bearbeitung dieser Angelegenheiten ist die Verwaltung. Sie wird in allen Fragen grundsätzlicher und politischer Bedeutung die Sicherheitspolizei und den SD hören.“*<sup>1680</sup>

In den Tagen der Konstituierung des Präsidiums der JSS traten die Mitglieder an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ heran und baten um Ausweise, um sich in allen Straßen in den einzelnen Städten Tag und Nacht frei bewegen zu können, da sie nur so ihren Dienstpflichten voll gerecht werden könnten. Vertreter des Präsidiums hätten zum Beispiel Sitzungen in Warschau mit Vertretern des dortigen polnischen Hilfskomitees nicht wahrnehmen können, da sich der Sitzungs-ort in einer Straße befand, die von Juden und Jüdinnen nicht betreten werden durften, um nur ein Beispiel anzuführen. Auch die Polizeistunde, die für die jüdische Bevölkerung auf 21 Uhr festgesetzt war, erschwerte die Tätigkeit. Aus diesem Grund erbat die JSS für die sieben Präsidiumsmitglieder entsprechende Ausweise.<sup>1681</sup> Diese allgemeinen Genehmigungen zur Reise erhielt die JSS vermutlich nicht. Für spätere Zeitpunkte finden sich immer wieder Gesuche an die Aufsichtsbehörde Reisen durchführen zu können.<sup>1682</sup> Nach den Reisen berichtete die JSS bei der Aufsichtsbehörde über deren Ausgang.<sup>1683</sup> Ebenso unterrichtete das Präsidium der JSS die Aufsichtsbehörde über den Kontakt zu anderen Dienststellen der Besatzer – wie die des Beauftragten des DRK – und den Inhalt der Gespräche.<sup>1684</sup> Die Zusammenarbeit zwischen der JSS und anderen Institutionen der Besatzer versuchte die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zu steuern.<sup>1685</sup> Inwieweit dies ebenfalls für den Beauftragten des DRK galt ist nicht klar, sicher ist jedoch, dass die

---

<sup>1680</sup> Abschrift BuF (Türk) an den SSPF im Distrikt Lublin betr. „Zuständigkeit in Judenangelegenheiten“, 13.05.1941, ITS, DOI 82185425.

<sup>1681</sup> Abschrift JSS an BuF, 07.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 229.

<sup>1682</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Persönliche Fühlungnahme mit den Jüdischen Hilfskomitees“, 20.02.1941, BJ, 199/57. „In voller Würdigung der Unterstützung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, die uns bei der Gewinnung von Mitteln aus öffentlichen Fonds zuteil wird, müssen wir uns bemühen, die jüdische Gesellschaft zu bewegen, ihr Äußerstes zur Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsstellen zu tun. Dies lässt sich nicht vom Schreibtisch aus bewirken, wenn anders die Jüdische Soziale Selbsthilfe nicht eine Papierinstitution bleiben soll. Die schweren und vielfältigen Aufgaben unserer Fürsorge und Wohlfahrt legen dem Präsidium und den einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen die Pflicht auf, beim Haushalt mit äußerster Sparsamkeit vorzugehen. Dass dies tatsächlich geschehe, gibt es nur eine Gewähr: stets Aufsicht und Kontrolle. Die neuartige Gestaltung einer zentralen Wohlfahrts- und Fürsorgeorganisation, die bis nun hierzulande gänzlich unbekannt war, wird wohl öftere Änderungen in der personalen Zusammensetzung der Hilfskomitees und Delegaturen erfordern. Auch dieses Problem kann nur im Wege persönlicher Fühlungnahme gelöst werden. Die letzters behördlich angeordneten Umsiedlungen der Juden stellen die Hilfstätigkeit der J.S.S. vor neue Aufgaben. Entscheidungen müssten schnell an Ort und Stelle getroffen werden, die den Betreuten zugeordneten Hilfsleistungen müssen den augenblicklichen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechen. Nur tatkräftige Männer, die Erfahrung haben und die Ortsverhältnisse kennen, könnten mit Erfolg arbeiten.“

<sup>1683</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Dienstreisen“, 30.07.1941, YVA, O.21-33, Bl. 288.

<sup>1684</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „Vorsprache unseres Vorsitzenden im Deutschen Roten Kreuz“, 31.10.1941, AŽIH, 211 aneks/59, Bl. 229. „Wir gestatten uns mitzuteilen, dass heute unser Vorsitzender beim Herrn Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes vorgesprochen hat. Es wurden folgende Gegenstände erörtert: Liebesgaben sendungen in Postpaketen, Suchaktionen, Dienststellen des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes im Distrikt Galizien, Desinfektor für das Jüdische Hilfskomitee in Kielce-Stadt.“

<sup>1685</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung an die Distriktchefs betr. „Dienstverkehr mit dem Polnischen, Ukrainischen und Jüdischen Hauptausschuss sowie mit dem Haupthilfsausschuss“, 17.12.1940, AŽIH, 211 aneks/276, Bl. 379. Auch vorhanden in APW, Kreishauptmannschaft Warschau-Land/331, Bl. 106f.; ITS, DOI 82177861 oder auch APK, IZGG/7, Bl. 43f. „Die Wohlfahrtsverbände und Vereine der polnischen, ukrainischen und jüdischen Volksgruppen sind in einem für sie zuständigen Hauptausschuss zusammengeschlossen. Bei jeder Kreis- und Stadthauptmannschaft besteht je ein Hilfskomitee der einzelnen Hauptausschüsse und in den übrigen Städten und Sammelgemeinden nach Bedarf Delegaturen der zuständigen Hilfskomitees. Die Hauptausschüsse überlagernd ist der Haupthilfsausschuss gebildet worden. Leiter des

Abteilung Korrespondenz der JSS an den Beauftragten weiterleitete, wenngleich dieser sich ausbot, dass die JSS doch direkt mit ihm korrespondieren solle.<sup>1686</sup>

Das Präsidium der JSS und die regionalen und lokalen Hilfskomitees und Delegaturen sahen sich vor eine Aufgabe gestellt, die ihnen in diesem Ausmaß nicht bekannt war. Aus diesem Grund bat das Präsidium der JSS die Aufsichtsbehörde, nachdem Weichert bereits bei der Aufsichtsbehörde vorgesprochen hatte, darum, dass die Aufsichtsbehörde der JSS *„einige praktische Anweisungen über die Gestaltung der individuellen Hilfsleistungen [erteile]. Die in der J.S.S. zusammengeschlossenen Vereine und Gesellschaften beschränkten vor dem Kriege ihre Tätigkeit fast ausschliesslich auf Anstalten der geschlossenen und offenen Fürsorge und Wohlfahrt und liessen nur in Ausnahmefällen Einzelpersonen Hilfe zugedeihen, ohne dabei meistens nach festgesetzten Richtlinien zu handeln. Die gegenwärtige Lage der jüdischen Bevölkerung, stellt die jüdischen Hilfskomitees oft vor die Aufgabe nebst den Unterstützungen die den verschiedenen Anstalten gewährt wurden, auch Einzelfamilien zu unterstützen um sie vor dem physischen Untergang und physischen Zusammenbruch zu schützen. Wir wären sehr dankbar, wenn uns die Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge die in dieser Richtung in Deutschland und event. anderen Ländern in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen vermitteln wollte.“*<sup>1687</sup> Und nicht nur für die Juden, die noch in ihren Heimatorten lebten, setzte sich das Präsidium der JSS bei der Aufsichtsbehörde ein. Im Gegenteil: Gerade für die Flüchtlinge und Vertriebenen versuchte die JSS eine Linderung ihrer schrecklichen Lage zu erreichen. So sprach Weichert im Februar 1941 bei der Zivilverwaltung wegen eines Betreuungsfonds für die Ausgesiedelten vor. Eine Niederschrift über den Gesprächsinhalt wurde am folgenden Tag an die Aufsichtsbehörde gesandt.<sup>1688</sup> Ferner lieferte das Präsidium der JSS der Abteilung „Bevölkerungswesen und

---

*Haupteinrichtungsausschusses ist Graf Ronikier, der ebenfalls Leiter des Polnischen Haupteinrichtungsausschusses ist. Leiter des Ukrainischen Haupteinrichtungsausschusses ist Professor Kubijowitsch, Leiter der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (Jüdischer Haupteinrichtungsausschuss) ist Dr. Weichert. Um eine planvolle Steuerung und Überwachung der gesamten von diesen Vertretungen der einzelnen Volksgruppen geleisteten Arbeit vornehmen zu können, ist erforderlich, dass Besprechungen mit Mitgliedern des Haupteinrichtungsausschusses und der einzelnen Haupteinrichtungsausschüsse nur nach vorheriger Verstaendigung der Abteilung Innere Verwaltung Bev.u.Fürs. geführt werden.“*

<sup>1686</sup> Abschrift Beauftragter des DRK an JSS betr. „Sendung 2 Kisten Verbandstoff und Arzneimittel an die Ges. ‚TOZ‘ Warschau“, 29.01.1941, AZIH, 211 aneks/92, Bl. 29. „Die Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge hat mir Ihr Schreiben zuständigkeitshalber zur Erledigung übersandt. Ich ersuche Sie, der Einfachheit halber, derartige Anträge an mich direkt zu richten. Bevor ich zu Ihrem Antrage Stellung nehme bitte ich, mir Anschrift der Verfügung des Generalgouverneurs vorzulegen, wonach die von Ihnen erwähnte Organisation von Warschau nach Krakau verlegt worden ist. Die Genehmigung Ihres Antrages behalte ich mir vor.“ Auf die Zusammenarbeit zwischen der JSS und dem Beauftragten des DRK ist an späterer Stelle in diesem Unterkapitel noch genauer einzugehen.

<sup>1687</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Hilfe an Einzelfamilien“, 04.01.1941, AZIH, 211 aneks/28, Bl. 215.

<sup>1688</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Schaffung eines Betreuungsfonds für Ausgesiedelte“, 12.02.1941, AZIH, 211 aneks/31, Bl. 72f. „Gemäss Par. 20 P. 2 der I. Geschäftsordnung ist die Jüdische Soziale Selbsthilfe verpflichtet für Flüchtlinge und Evakuierten vor ihrem Einsatz in neuen Arbeitsstellen erste, aber nicht dauernde Hilfsmassnahmen zu treffen.“ Die in der letzten Zeit behördlich angeordneten Aussiedlungen der Juden stellen das Präsidium der J.S.S. vor schwere Aufgaben. Die Unterbringung der Ausgesiedelten, ihre Betreuung vor dem Einsatz in neuen Arbeitsstellen erfordert bedeutende Geldmittel, über die die J.S.S. gegenwärtig nicht verfügt. Das Präsidium hat den Ausgesiedelten im Distrikt Lublin einigendreissigtausend Zloty und den in Warschau 100,000 Zloty aus den Fonds, die für Winterhilfe bestimmt waren, zur Verfügung gestellt. In Warschau hat die Regierung einmalig den Betrag von 200,000 Zloty für die jüdischen Ausgesiedelten bestimmt und ueberdies die Herren Kreishauptmänner angewiesen, auf begründeten Antrag der Jüdischen Hilfskomitees zu diesen Zwecke jeweilig eine Geldunterstützung zu gewähren. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, dass die angeführten Mittel bei weiten unzureichend sind, um den Ausgesiedelten für die erste Zeit nennenswerte Hilfe angedeihen zu lassen. Um den Anforderungen auch nur teilweise gerecht zu werden, müsste ein spezieller Betreuungsfond geschaffen werden, der es der J.S.S. ermöglichen würde, die Aussiedler notdürftigst unterzubringen und eine kurze Zeit zu verpflegen. Ein Präzedenzfall liegt bereits vor. Im Sommer v.J. als die Aussiedlung der Juden aus Krakau angeordnet worden war, wurde dem Judenrat vom Herrn Stadthauptmann ein Betrag von etwa

Fürsorge“ – bewusst oder unbewusst – Informationen, an die die Aufsichtsbehörde ohne die jüdische Organisation nicht oder lediglich mit größerem Aufwand gekommen wäre, zum Beispiel über Arbeitslager. Dies geschah zumeist auf direkte Veranlassung durch die Aufsichtsbehörde.<sup>1689</sup> Die Kontrollmechanismen der Aufsichtsbehörde gegenüber der JSS waren sehr strikt. Diese kontrollierte sämtliche von der JSS an die ausländischen Organisationen gesandte Post und die Briefe wurden erst danach abgeschickt.<sup>1690</sup> An anderer Stelle musste die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ als Vermittler zwischen der jüdischen Organisation sowie dezentralen Dienststellen der Besatzer – etwa Stadtverwaltungen – wirken. So erhofften es sich zumindest die Mitglieder des Präsidiums der JSS.<sup>1691</sup> Zudem diente das Präsidium der JSS der Abteilung als Vermittler mit den Hilfskomitees – und manchmal auch Judenräten – in den Orten und Städten.<sup>1692</sup> Die Aufsichtsbehörde reichte allerdings Gesuche, die direkt an sie gerichtet waren ebenfalls an das Präsidium der JSS weiter. Etwa das der Anna Feingold<sup>1693</sup> und ebenso eine Abschrift des entsprechenden Antwortschreibens des Stadthauptmanns.<sup>1694</sup>

---

*650,000 Zloty vorschussweise zur Verfügung gestellt, der in der Folge von treuhänderisch verwalteten Betrieben gedeckt wurde. Es scheint uns recht und billig zu sein, dass das Vermögen der wohlhabenden Juden zu Unterstützungen für die Aermsten herangezogen wird. Wir erlauben uns daher, mit der ergebenen Bitte an die Abteilung, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge heranzutreten, Sie geruhe: 1. Die Schaffung eines speziellen Betreuungsfonds für die Ausgesiedelten bei der J.S.S. zu genehmigen. 2. Vorschussweise einen namhaften Betrag der J.S.S. zur Verfügung zu stellen. 3. Zur Deckung des Betreuungsfonds die treuhänderisch verwalteten Betriebe auf eine ihr zweckdienlich erscheinende Art heranzuziehen.“*

<sup>1689</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Handwerkerlager in Lublin“, 10.01.1941, AŽIH, 211 aneks/28, Bl. 36. Auch vorhanden in YVA, O.21/14-1, Bl. 6. „Auf Veranlassung des Herrn Leiters der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge wandten wir uns an den Judenrat in Lublin und erhielten von ihm nachstehende Aufklärung über das Handwerkerlager in Lublin: [...]“

<sup>1690</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK betr. „Briefwechsel der J.S.S. mit dem neutralen Ausland“, 16.01.1942, BJ, 199/57.

<sup>1691</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Vermögen der jüdischen Wohlfahrtsvereine in Otwock“, 21.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 59. „Wir erhalten soeben vom Verein ‚T.O.Z.‘ in Warschau eine Nachricht, dass die Stadtverwaltung in Otwock sämtliche jüdische Wohlfahrtsvereine aufgefordert hat, bis zum 26. ds. ein Verzeichnis des Vermögens einzusenden. Gleichzeitig wurde ihnen erklärt, dass eine Enteignung dieses Vermögens erfolgen wird, da eine Meldung seinerzeit nicht erfolgt ist. Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, dass wir im August v.J. nachdem die Verordnung über das Vereinswesen im Generalgouvernement vom 23. Juli 1940 erschien war, auf Grund wiederholter Besprechungen mit der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge und dem Haupthilfsausschuss das gesamte Material über das Vermögen der jüdischen Wohlfahrtsvereine gesammelt haben, das wir infolge des von uns erlassenen Rundschreibens Nr. 2 von den einzelnen Wohlfahrtsvereinen erhalten haben. Wie uns der Haupthilfsausschuss mitteilte, wurde die Entgegennahme der Vermögensverzeichnisse seitens der Regierung und die Ueberweisung der Vermögenswerte an die in dem Haupthilfsausschuss zusammengeschlossenen Organisationen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, nachdem eine Entscheidung über das Fortbestehen der von den einzelnen Hauptausschüssen vorgeschlagenen Zentralvereine Erfolg haben wird. Wir erlauben uns daher die ergebene Bitte zu unterbreiten, die Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge geruhe die Stadtverwaltung von Otwock anzuweisen, dass sie von einer Enteignung des Vermögens der jüdischen Wohlfahrtsvereine, die der J.S.S. angeschlossen sind, Abstand nehme.“

<sup>1692</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Versteigerung von Liebesgaben“, 02.04.1941, AŽIH, aneks/36, Bl. 80. „Unverzüglich nach Eingang des Schreibens der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge vom 13. März l.J. [...] betreffend der Versteigerung von Liebesgaben durch den Judenrat in Rozwadów haben wir uns an denselben wegen Aufklärung des Vorfalls gewendet. Darauf erhielten wir gegen Ende des vorigen Monats eine Antwort, die den Fall vollständig aufklärt. Nach dem vom J.H.K. in Debica im Einvernehmen mit uns festgesetzten Schlüssel entfielen auf Rozwadów zur Verteilung 5 Männerhemden, 1 Arbeitergarnitur, 3 Damenkomplets, 4 Kinderkomplets, 1 Damenkleid, 3 Kinderkleidchen, 1 Damensweater, 3 Paar Männerschuhe und 200 Heringe. Da sich diese geringe Anzahl von einzelnen Stücken auf die große Zahl der Bedürftigen nur so schwer verteilen liess, hat der Judenrat beschlossen, die Liebesgaben öffentlich zu versteigern und den Erlös in Bargeld unter den Ortsärmsten zu verteilen. Die Versteigerung wurde in ortsüblicher Weise kundgemacht und am 3. Februar l.J. in Anwesenheit der Mitglieder des Judenrats sowie seiner sozialen Fürsorgeabteilung durchgeführt. Der Ertrag wurde nach Abzug der Transportkosten unter 57 Gesuchsteller verteilt und deren ordnungsgemäss ausgestellte Empfangsbestätigungen der einzelnen Beträge uns u.a. zur Einsicht übersendet.“

<sup>1693</sup> Abschrift BuF betr. „Gesuch der Jüdin Anne Feingold aus Deutsch-Przemysł“, 22.11.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 8.

<sup>1694</sup> Abschrift Generalgouvernement, Distrikt Krakau, Stadthauptmann der Stadt Deutsch-Przemysł an Anne Feingold aus Deutsch-Przemysł, 04.11.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 10. „In der Anlage lasse ich Ihnen das an Sie gerichtete Schreiben

Das Präsidium der JSS erhoffte sich von der Aufsichtsbehörde „besondere Privilegien“ – etwa die Nutzung eines Postschließfaches außerhalb des Krakauer Ghettos.<sup>1695</sup> Dies befürwortete die Aufsichtsbehörde, wie auch andere Privilegien, die sich das Präsidium der jüdischen Organisation für die JSS erbat. Die Zivilverwaltung teilte dem Präsidium mit, dass es Anträge auf die Ermässigung oder den Erlass von Mieten für die Räume der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen stellen solle. Jedoch nur, wenn sich diese in beschlagnahmtem jüdischen Besitz befänden.<sup>1696</sup> Zudem erhoffte sich das Präsidium der JSS von der Zivilverwaltung Schutz.<sup>1697</sup> Ebenfalls setzte sich die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ dafür ein, dass *„bis zur Regelung der Frage ueber die Sozialversicherung der Juden vom Einziehen der Versicherungssumme der Juedischen Sozialen Selbsthilfe abzusehen.“*<sup>1698</sup> An anderen Stellen handelte die Aufsichtsbehörde allerdings sehr strikt gegen die jüdische Organisation. Sie beharrte beispielsweise darauf, dass die Vereine ihre Selbstständigkeit verlieren und in die JSS eingegliedert werden.<sup>1699</sup> Hingegen setzte sich die Aufsichtsbehörde in Bezug auf die Kommunikationsfähigkeit von Hilfskomitees der JSS ein und vermittelte zwischen der jüdischen Organisation und den regionalen und lokalen Besatzungsbehörden: *„Nach einer mir zugegangenen Mitteilung sollen in Ihrem Distrikt verschiedentlich Postsperren für jüdische Wohnbezirke verhängt worden sein. Ich bitte um [Mitteilung], ob und wo dies zutrifft und ob es sich nur um vorübergehende Massnahmen handelt. Sollte es sich um einen dauernden oder öfter und verschiedentlich wiederholenden Zustand handeln, so bitte ich den jüdischen*

---

*der jüdischen Gemeinde Teschen vom 25. Oktober 1940 wieder zugeben. Wie Ihnen bereits mündlich wiederholt auseinandergesetzt, erkenne ich Ihre Notlage ohne weiteres an. Ich habe aber keine gesetzliche Handhabe, Ihnen aus städtischen Mitteln eine Unterstützung zukommen zu lassen. Denn gemäss Verordnung 180 ist die Unterstützung von Juden aus städtischen Wohlfahrtsmitteln ausdrücklich untersagt. Auf der anderen Seite ist Ihr Grundbesitz als jüdisches Vermögen bedingungslos eingezogen. Eine ausnahmsweise Unterstützung in Form der Gewährung eines mietfreien Wohnrechts oder sonstiger Zuwendungen können Ihnen nur durch die Treubandstelle des Generalgouvernements in Krakau bewilligt werden. Sie wollen sich evtl. unter Schilderung der Verhältnisse nach dort wenden. Wie das anliegend rückgesandte Schreiben ergibt, scheint die Treubandstelle Ost in Kattowitz tatsächlich diesen Weg zu gehen, und den mittellos gewordenen Juden aus ihrem früheren Besitz Zuwendungen zum früheren Lebensunterhalt zu machen. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, dass die Treubandaussenstelle Krakau auch diesen Weg bestreitet. Im übrigen weise ich Sie jedoch auf die Satzung der jüdischen sozialen Selbsthilfe in Krakau, die Sie am hiesigen Wohlfahrtsamt einsehen können hin. Danach hätten Sie Anspruch, durch diese Stelle unterstützt zu werden. Dies werden Sie zunächst einmal versuchen müssen.“*

<sup>1695</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Postempfang und Versand“, 06.12.1941, BJ, 199/57.

<sup>1696</sup> Abschrift BuF betr. „Mietzahlung für Räume der Wohlfahrtseinrichtungen“, 25.09.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 5.

<sup>1697</sup> JSS an BuF betr. „Schutz unserer Lagerräume“, 15.04.1942, AŽIH, 211 aneks/76, Bl. 514. „Auf die Vorsprache unseres Vorsitzenden vom 10.ds. bezugnehmend, gestatten wir uns um die Ausstellung einer Bescheinigung ergebenst zu bitten, dass die in unserem Lager befindlichen Liebesgaben nicht beschlagnahmt werden dürfen und nur nach Genehmigung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge verteilt werden können. Wir erlauben uns die Abschrift das uns zum Schutz der Einrichtungsgegenstände ausgestellten Bescheinigung vom 28. März 1941 beizulegen.“

<sup>1698</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abt. Allgemeine Staatsverwaltung betr. „Bevoelkerungswesen und Fuersorge an die Sozialversicherungskasse, Krakau, betr. Sozialversicherung der Juedischen Sozialen Selbsthilfe“, 17.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 60.

<sup>1699</sup> BuF an JSS betr. „Tätigkeit der jüdischen Wohlfahrtsvereine Centos, Toz und Toprol“, 16.02.1942, BJ, 47/97. „Es ist mir bekannt, dass die jüdischen Vereine trotz ihrer Auflösung und Eingliederung in die Jüdische Soziale Selbsthilfe weiterhin selbstständig ihre Angelegenheiten sowie Bearbeitung der Post erledigen. Ich weisse auf Par. 1 der Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe hin, in dem gesagt wird, dass die Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe zusammengefasst werden und durch die Zugehörigkeit zur Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ihre Selbstständigkeit verlieren. Ich bitte mir bis Ende des Monats zu berichten, dass sämtliche Angelegenheiten der Vereine ‚Centos‘, ‚Tos‘ [sic!] und ‚Toprol‘ von der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe übernommen wurden.“

*Hilfskomitees zu ermöglichen den zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs der J.S. unbedingt notwendigen Briefwechsel über den jeweiligen Kreishauptmann und an Sie und mich hier zu leiten.*“<sup>1700</sup> Allerdings handelte es sich bei der in dem Schreiben angesprochenen Postsperre vermutlich nur um ein regionales Problem.<sup>1701</sup>

Ein Argument, dass das Präsidium der JSS beim Kontakt zur Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ immer wieder anführte, waren die Auswirkungen der Tätigkeit der jüdischen Organisation beziehungsweise die Auswirkungen dessen worum die JSS gerade bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ bat auf die Arbeitsfähigkeit der Menschen. Dies geschah auch im direkten Kontakt – etwa bei Sitzungen des Präsidiums der JSS, bei denen Vertreter der Aufsichtsbehörde anwesend waren: *„Dr. Hilfstein schildert die Folgen der durch die geringere Lebensmittelzuteilung für die Juden hervorgerufenen Unterernährung und verminderte Arbeitsfähigkeit und bittet die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge veranlassen, dass: 1. die Lebensmittelrationen für Juden den der polnischen Bevölkerung angegliedert werden, 2. den jüdischen Schwerarbeitern zusätzliche Rationen ohne Beeinträchtigung der übrigen jüdischen Bevölkerung zuerkannt werden, 3. die Juden ausser Brot und hie und da Marmelade und Zucker auch andere Lebensmittel zugeteilt bekommen [...]“*<sup>1702</sup> Allerdings wurden – wenngleich die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit ein Ziel der Besatzer war, das sie mit der JSS verbanden und der Privilegien, die sie ihr zuweilen zugestanden – Handwerkerfachkurse, die vermutlich im Sinne der Besatzer gewesen wären, (zuweilen) durch sie abgelehnt.<sup>1703</sup>

Im November 1940 brachte das Präsidium der JSS der Aufsichtsbehörde folgenden Vorfall zur Kenntnis.<sup>1704</sup> Als er – vermutlich Weichert – eines Tages um 16 Uhr ins Büro kam, seien dort zwei Herren in Zivil zugegen gewesen. Er habe seinen Mantel abgelegt, das Amtszimmer betreten und sei sofort im Begriff gewesen die Judenbinde anzulegen, als ihm einer der anwesenden Herren vorgehalten habe, dass er erst jetzt die Binde anlege: *„Da ich meinen Mantel in der Kanzlei ablegte, konnte es den Herren nicht entgangen sein, dass ich soeben angekommen bin.“*<sup>1705</sup> Daraufhin fragte derselbe Herr, wo sich die Schulmöbel befänden. Weichert habe geantwortet, dass er dies nicht wisse, worauf er die Antwort erhalten habe,

---

<sup>1700</sup> Kopie BuF an den Gouverneur des Distrikts Lublin Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge betr. *„Postsperren für Juden“*, 22.06.1942, ITS, DOI 82185437.

<sup>1701</sup> Abschrift Gouverneur des Distrikts Lublin Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge an BuF betr. *„Postsperre für Juden“*, 17.07.1942, ITS, DOI 82185438. *„Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen ist eine allgemeine Postsperre für jüdische Wohnbezirke im Distrikt Lublin nicht verhängt worden, eine besondere Postsperre jedoch ist für die aus dem Reich, der Slowakei und aus dem Protektorat evakuierten Juden angeordnet worden, und zwar zunächst ohne zeitliche Begrenzung. Bei dieser Sachlage ist die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes der J.S. in dem erforderlichen Umfang auf alle Fälle gewährleistet. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen.“*

<sup>1702</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>1703</sup> JSS an BuF betr. *„Ablehnung der Errichtung kurzfristiger Handwerkerfachkurse in Krakau durch den Stadtschulrat beim Stadthauptmann“*, 15.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 289 oder auch Abschrift Stadthauptmann der Stadt Krakau an das Hilfskomitee Krakau, 27.02.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 295.

<sup>1704</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Vorfall in den Amtsräumen der JSS“*, 26.11.1940, AŽIH, 211 aneks/25, Bl. 239f.

<sup>1705</sup> Ebd.

„dass ein Jude verpflichtet ist zu antworten, wenn ihn ein Deutscher fragt und dass er sich meinen Ton verbittet, da er von einer deutschen Dienststelle ist. Da ich, wie es meine Art ist, ruhig sprach und in keiner Weise diesen Vorwurf verdient hatte, erklärte ich dem Herren, dass ich nicht wissen konnte, dass er Deutscher ist, ferner fügte ich hinzu, dass wir unter Aufsicht der Abteilung: Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge stehen und dass ich diese Dienststelle telephonisch um Auskunft bitten will, wie ich zu handeln habe. Daraufhin verbot mit der Herr zu telefonieren und beauftragte den zweiten Herrn Polizei zu holen. Es sind zwei uniformierte Polizisten erschienen, denen ich meinen Ausweis vorgezeigt habe. Auch in Gegenwart dieser Herren hat mich der Herr in Zivil einigemal zurechtgewiesen. Inzwischen wurden wir vom Judenrat telephonisch angerufen, von wo mir mitgeteilt wurde, dass Herr Gewerbeschulrat Mann sich soeben zu mir begeben hatte, woraus ich entnehmen konnte, dass der mehrfach erwähnte Herr, Herr Gewerbeschulrat Mann ist.“<sup>1706</sup>

Tisch, der gleich nach dem Erscheinen der Polizeimänner ebenfalls das Zimmer betreten hatte, wurde aufgefordert das Büro zu verlassen. Später wurde er wieder herbeigeholt und aufforderte seinen Ausweis vorzuzeigen. Die Polizeimänner notierten die Namen beider. Auf die Aufforderung des Gewerbeschulrates Mann habe Weichert dann den Anwesenden sämtliche Räume gezeigt, wobei sich herausstellte, dass das Schulinventar sich an Ort und Stelle befand. Er habe auch ein Verzeichnis der Gegenstände vorgezeigt, die sich in Benutzung durch die JSS befanden. Vor dem Verlassen des Gebäudes erklärte Gewerbeschulrat Mann, dass er im Auftrage des Stadthauptmanns über sämtliche Schulgebäude verfüge und dass er in den nächsten Tagen das Schulinventar abholen lassen werde. Weichert bat um eine schriftliche Mitteilung: *„Wie mir vom Personal mitgeteilt wurde, waren die Herren vor einigen Wochen in unseren Arbeitsräumen und nachdem ihnen die Bescheinigung vom Amt des Chefs des Distrikts vorgezeigt worden war, dass bei den Geschäftsräumen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Präsidium, von einer Beschlagnahme bzw. Requirierung von Möbeln Abstand zu nehmen ist, erklärte Herr Mann, dass er keine Ansprüche erheben will. Obwohl Herr Generalschulrat Mann mich aufmerksam machte, mich über den Vorfall nicht zu beschweren, gestatte ich mir nach telefonischer Rücksprache mit Herrn Dr. Föhl und Herrn Heinrich, auf Verlangen des Letzteren ordnungshalber obiges zur gefl. Kenntnis zu bringen, mit der ergebenen Bitte, davon keinen dienstlichen Gebrauch machen zu wollen.“*<sup>1707</sup> Aus diesem Vorfall wird deutlich, dass in solchen Fällen die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ als Ansprechpartner für die Mitglieder des Präsidiums der jüdischen Organisation diene. Inwiefern sie dann auch in deren Sinne handelte ist allerdings fraglich.

Die Trennung der Volksgruppe durch die Schaffung der JSS, dem PHA und dem UHA war ein Ziel der Besatzer, dennoch korrespondierte das Präsidium der JSS relativ offen mit der Aufsichtsbehörde und gab etwa an, dass ein polnischer Bote beschäftigt werde.<sup>1708</sup> Bereits im Laufe des Jahres 1941 musste das Präsidium der JSS im Auftrag der Abteilung Hilfskomitees auflösen.<sup>1709</sup>

<sup>1706</sup> Ebd.

<sup>1707</sup> Ebd.

<sup>1708</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Postempfang und Versand“, 06.12.1941, BJ, 199/57.

<sup>1709</sup> JSS an den Kreishauptmann in Skierniewice betr. „Auflösung des dortigen Jüdischen Hilfskomitees“, 23.05.1941, AŽIH, 211 aneks/44, Bl. 199. „Hiermit gestatten wir uns höflich mitzuteilen, dass wir gemäß dem Auftrage der Regierung des Generalgouvernements Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge vom 19.ds.Mts. [...] das dortige Jüdische Hilfskomitee aufgelöst haben.“ Ein identisches Schreiben ging an den Kreishauptmann von Grojec. Vgl. AŽIH, 211 aneks/44, Bl. 200.

Der Kontakt mit den Besatzern musste von Seiten der Besatzer vor allem über die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der Regierung beziehungsweise den entsprechenden Stellen auf Distrikt-, Kreis- oder Stadtebene laufen. Aus diesem Grund bat das Präsidium der JSS im November 1940 darum, dass in Ausnahmefällen den Mitgliedern des Präsidiums während ihrer Dienstreisen gestattet werde, sich direkt an eine deutsche Dienststelle zu wenden, wenn sich bei einer Vorsprache die Notwendigkeit ergebe beispielsweise ein Schriftstück unverzüglich einzureichen.<sup>1710</sup> Auf der Ebene der Regierung waren neben der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ weitere Abteilungen in Kommunikation mit dem Präsidium der JSS. Allerdings weit seltener und weniger intensiv als mit der direkten Aufsichtsbehörde der Organisation. Zudem holte die JSS bei jedem Kontakt mit einer anderen Abteilung der Regierung zuvor die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ein und machte danach eine Meldung.<sup>1711</sup> Nur in dringenden Fällen durfte sich die JSS sich ohne vorherige Rücksprache an andere Dienststellen der Besatzer wenden.<sup>1712</sup> Das Präsidium der JSS war in Verbindung mit der Abteilung „Gesundheitswesen und gesundheitliche Volkspflege“. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ genehmigte beispielsweise die Schaffung der Abteilung „Sanitäre und hygienische Betreuung“ im Präsidium der JSS nicht allein, sondern dies geschah in Absprache mit der Abteilung „Gesundheitswesen und gesundheitliche Volkspflege“ in der Regierung.<sup>1713</sup> Und auch bei der Beschaffung von Medikamenten musste wohl eine Genehmigung dieser Abteilung erfolgen. So bewilligte diese Ende August 1941 acht Kisten Heilmittel, Verbandstoffe und Kindernährmittel aus dem Herstellungsland „Deutsches Reich“ für die JSS. Der Beauftragten des DRK hatte sie beantragt. Die Genehmigung erteilte die Abteilung „Gesundheitswesen und gesundheitliche Volkspflege“ der Regierung.<sup>1714</sup> Die Abteilung „Ernährung und Landwirtschaft“ in der Regierung hatte ebenfalls eine Bedeutung für die JSS. Ausländische Hilfsorganisationen oder deren Verbindungsfirmen im Generalgouvernement wandten sich vermutlich an diese Abteilung und baten um Einfuhrbewilligungen von Lebensmitteln, die für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement in Litauen eingekauft worden ist.<sup>1715</sup> Zudem bestand mit der Abteilung „Wirtschaft“ der Regierung eine Verbindung des Präsidiums der

---

<sup>1710</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Verkehr mit deutschen Dienststellen“, 11.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 119.

<sup>1711</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Abteilung Gesundheitswesen und gesundheitliche Volkspflege, wie auch in der Polizeidirektion“, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 284 oder auch Abschrift JSS an BuF betr. „Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Abteilung Wirtschaft“, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 285.

<sup>1712</sup> Vgl. etwa JSS an BuF betr. „Wendungen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes“, 20.06.1941, AŽIH, 211 aneks/48, Bl. 113.

<sup>1713</sup> Vgl. Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>1714</sup> Einfuhrbewilligung, 27.08.1941, BJ, 36/97. Es sind weitere Einfuhrbewilligungen und Frachtbriefe von ebendiesem Datum vorhanden. Vgl. ebd.

<sup>1715</sup> Abschrift unbekannter Absender an Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Ernährung und Landwirtschaft betr. „Liebesgaben Transporte aus Ungarn-Slowakei auf das Gebiet des Generalgouvernements“, 11.11.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 12.



JSS. Der Kontakt mit dieser Abteilung diene unter andere dazu, um Bestellungen der Zentrale für Handwerkslieferungen für jüdische Handwerker zu erhalten. Diese Verbindungen mit anderen Abteilungen teilte die JSS alle der Aufsichtsbehörde mit.<sup>1716</sup> Ferner fanden beispielsweise Besprechungen von Präsidiumsmitgliedern mit der Abteilung „Wirtschaft“ über die Produktionsverhältnisse im Warschauer Ghetto statt.<sup>1717</sup> In den ersten Monaten des Jahres 1942 nahm das Präsidium der JSS durch die Anregung des Leiters der Hauptabteilung „Wirtschaft“ der Regierung, *„im Rahmen seiner satzungsgemässen Obliegenheit die Frage des Arbeitseinsatzes der Juden und der nutzbringenden Auswertung ihrer Arbeitskraft im Generalgouvernement in Angriff [...] Durch Rundschreiben, regen Briefwechsel und persönliche Fuehlungnahme mit den einzelnen Geschaeftsstellen haben wir zunaechst Materialien ueber die Berufsgliederung und Produktionsmoeglichkeiten der juedischen Handwerker und Facharbeiter gesammelt, gesichtet und nach deren Bearbeitung den obengenannten Dienststellen zur Verfügung gestellt, ferner den Zusammenschluss der Handwerker in Arbeitsgemeinschaften und Grosswerkstaetten angeregt und gefoerdert, schliesslich unsere Geschaeftsstellen angewiesen in steter Fuehlung mit den zustaendigen Arbeitsaemtern zu bleiben und fuer einen entsprechenden Arbeitseinsatz der Juden zu sorgen, endlich den Einsatz von ehemaligen juedischen Landwirten und jungen Juden in der Landwirtschaft bewirkt.“*<sup>1718</sup> Nach dem Muster der Werkstätten in Tarnów und Bochnia, *„deren Leistungen deutscherseits mehrfach – auch in der Presse – Anerkennung gefunden haben“*, seien in einer ganzen Reihe von Ortschaften Werkstätten und Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen worden.<sup>1719</sup>

Eine Anordnung die Verteilung der Einwohnerabgabe betreffend – wie in II.2.5 bereits untersucht – erging von der Unterabteilung „Kommunalverwaltung“ mit Zustimmung der Abteilung „Finanzen“ an die Distriktchefs.<sup>1720</sup> Neben den direkten Regierungsstellen hatte der Beauftragten des DRK eine besondere Bedeutung für die JSS. Hugo Heller ersetzte Louis Sanne in seiner Funktion als Beauftragter des DRK im Januar 1941. Heller war zuvor bereits Beauftragter beim Distriktchef in Warschau.<sup>1721</sup> In Bezug auf die Fürsorge- und Wohlfahrt im Generalgouvernement war festgelegt, dass die aus dem Ausland ankommenden Spenden durch den Beauftragten des DRK an den HHA vermittelt werden.<sup>1722</sup> Ebenso waren die Verteilungspläne des HHA mit dem DRK-Vertreter abzustimmen.<sup>1723</sup> Ähnliche Regelungen wurden auch für die JSS getroffen. Die Zusam-

<sup>1716</sup> JSS an BuF betr. *„Besprechung in der Abteilung Handwerk“*, 20.04.1942, AŽIH, 211 aneks/77, Bl. 199.

<sup>1717</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. *„Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Abteilung Wirtschaft“*, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 285.

<sup>1718</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Sonderzuwendung für den Arbeitseinsatz“*, 29.06.1942, AŽIH, 211 aneks/84, Bl. 993. Das Dokument ist unvollständig und bricht nach der ersten Seite ab.

<sup>1719</sup> Ebd.

<sup>1720</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Kommunalverwaltung an die Herren Distriktchefs in Krakau, Warschau, Lublin Radom betr. *„Einwohnerabgabe, Verwendung des Aufkommens“*, 31.01.1941, BJ, 49/97. Auch vorhanden in YVA, O.21/31, Bl. 500.

<sup>1721</sup> Vgl. Notiz, 22.01.1941, Brüxer Zeitung, ARK, RK 16.

<sup>1722</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 3.

<sup>1723</sup> Vgl. ebd., § 4.

menarbeit mit den ausländischen Hilfsorganisationen sollte über den Beauftragten des DRK erfolgen<sup>1724</sup> und der Verteilungsplan der aus dem Ausland erlangten Spenden konnte nur in Abstimmung mit dem DRK-Vertreter erfolgen.<sup>1725</sup> Bei dem Kontakt mit dem Beauftragten des DRK musste das Präsidium ebenfalls zuvor Rücksprache mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ halten;<sup>1726</sup> nur in dringenden Fällen war ein direkter Kontakt ohne Rücksprache zugelassen.<sup>1727</sup> Die ausländischen Liebesgaben die in das Generalgouvernement gelangten mussten zuvor beim Präsidenten des DRK angemeldet werden beziehungsweise eine Genehmigung des DRK eingeholt werden.<sup>1728</sup> Anfang Mai 1941 fand eine Besprechung zwischen Weichert und einem Mitarbeiter des Beauftragten des DRK statt. Dabei wurde die Organisation der Sendungen von Spenden aus dem Ausland besprochen. Im Namen des Beauftragten des DRK erklärte sich Eschenbach einverstanden, dass sämtliche aus dem Ausland im Generalgouvernement ankommenden Liebesgaben, die für die jüdische Bevölkerung bestimmt waren – insofern sie nicht zusammen mit den für die übrige Bevölkerung bestimmten Liebesgaben dem *HHA* ausgeliefert wurden –, dem Präsidium der *JSS* in Krakau zur Verfügung gestellt werden, ohne Rücksicht darauf, an welchen jüdischen Verein sie vom Absender adressiert worden waren.<sup>1729</sup> Den ausländischen Hilfsorganisationen wurde mitgeteilt, was der Bedarf war und wohin die Spenden gesandt werden sollten. So hieß es in einem Telegramm an *Hias* im Juni 1941: *„Benötigen dringend Lebensmittel Kleider Verbandstoffe Medikamente sende an Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes für Jotese.“*<sup>1730</sup> Nachdem es zu einem Verlust von Teilen einer Sendung Liebesgaben aus dem Ausland gekommen war, teilte das Präsidium der *JSS* in längeren Briefen ausländischen Hilfsorganisationen ausführlichere Informationen über den Beauftragten des DRK und die Zusammenarbeit mit ihm mit: *„Auf Grund unserer Besprechung mit dem Bevollmächtigten des Deutschen Roten Kreuzes bei dem Generalgouverneur hat derselbe gütigst seine Zustimmung gegeben, dass solche Lebensmittelsendungen auf seine Adresse ankommen, damit eine grössere Sicherheit besteht, dass sie am Bestimmungsort ankommen.“*<sup>1731</sup>

<sup>1724</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>1725</sup> Vgl. ebd., § 8 sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3. Vgl. auch Verteilungsplan der Liebesgaben an den Beauftragten des DRK, AŽIH, 211 aneks/23.

<sup>1726</sup> JSS an BuF betr. *„Vorsprache unseres Vorsitzenden im Deutschen Roten Kreuz“*, 31.10.1941, AŽIH, 211 aneks/59, Bl. 229.

<sup>1727</sup> JSS an BuF betr. *„Wendungen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes“*, 20.06.1941, AŽIH, 211 aneks/48, Bl. 113. *„Auf die Rücksprache unseres Vorsitzenden bezugnehmend, der gemäss wir in dringenden Fällen uns direkt an deutsche Dienststellen wenden dürfen, gestatten wir uns ergebenst mitzuteilen, dass wir heute an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes eine Eingabe gerichtet haben, deren Durchschlag wir beilegen.“*

<sup>1728</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 38. *„Alle Liebesgabensendungen aus dem Ausland, die nicht auf dem Weg über das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in das Generalgouvernement kommen, sind ungesetzlich und werden sofort beschlagnahmt, außer den vorher erwähnten Liebesgabenpaketen an bestimmte Einzulempfänger. Die einlangenden Liebesgabensendungen (außer Paketen an Einzulempfänger) genießen Frachtfreiheit auf der Deutschen Reichsbahn und der deutschen Ostbahn. Die betreffenden Frachtbriefe müssen aber durch eine Stelle des Deutschen Roten Kreuzes gestempelt sein (Beauftragter des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur, Generalführer Dr. Sanne, Krakau, Regierungsgebäude, und die Distriktauftragten des Deutschen Roten Kreuzes).“*

<sup>1729</sup> JSS an BuF betr. *„Besprechung unseres Vorsitzenden mit dem Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes“*, 07.05.1941, AŽIH, 211 aneks/40, Bl. 130.

<sup>1730</sup> Abschrift Telegramm JSS an *„Hias“*, 11.06.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 4.

<sup>1731</sup> Abschrift JSS an National Council of Jewish Women betr. *„Unterstützung von amerikanischen Verwandten“*, 16.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 36.

Über eine Vorsprache von Weichert beim Beauftragten des DRK teilte die JSS der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Mai 1941 mit, dass die Auslandshilfe für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement Gegenstand der Besprechung war,

„wobei unser Vorsitzender den Vorschlag unterbreitete, das Deutsche Rote Kreuz möge auch den aus dem Auslande einlangenden Postpaketen seinen Schutz gewähren, wobei die Absender die üblichen Postgebühren zu entrichten hätten. Herr Oberstführer Dr. Heller versprach einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag der J.S.S. weiterzuleiten. Herr Oberstführer Dr. Heller forderte unseren Vorsitzenden auf, ihm das Material betreffs der Beschlagnahme von Bacons und Schinken und jenes über die Beschlagnahme von Kaffee, Tee und Kakao durch die Transferstelle in Warschau zuzustellen, worauf Dr. Weichert erwiderte, dass die J.S.S. über Wunsch des Herrn Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, dieser die Mitteilungen des Jüdischen Hilfskomitees Warschau-Stadt abschriftlich übermitteln und um Weiterleitung eines Exemplars an den Herrn Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes bitten wird. Schliesslich wurde auch die Möglichkeit eines unmittelbaren Verkehrs der J.S.S. mit dem Informationsbüro des Deutschen Roten Kreuzes bei Weiterleitung von Mitteilungen an Kriegsgefangene und dgl. – ohne Inanspruchnahme des Polnischen Roten Kreuzes, die infolge Errichtung jüdischer Wohnbezirke auf immer grössere Schwierigkeiten stösst – in Erwägung gezogen.“<sup>1732</sup>

Nur wenige Tage später sprach der Vorsitzende der JSS abermals bei dem Beauftragten des DRK vor. Es ging um die Verzögerung der Auslieferung von Medikamenten für die Gesellschaft *Toż* in Warschau, die von der Transferstelle vorgenommene Beschlagnahmen von Schinken, Bacon, Tee, Kaffee und Kakao, der Schutz ausländischer Postsendungen von Nahrungsmitteln und schließlich die Weiterleitung der vom DRK vermittelten Anfragen aus dem Ausland. In der letzten Frage handelte es sich um das Ausfindigmachen von Verwandten. Dabei bediente sich das DRK auf Veranlassung des IRK der Vermittlung des *Polnischen Roten Kreuzes*. Da infolge der Bildung von Ghettos der Verkehr des *Polnischen Roten Kreuzes* mit der Bevölkerung dieser Wohnbezirke nunmehr auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, schlug Weichert vor, das DRK möge derartige Anfragen an die JSS weiterleiten, die die gesuchten Personen durch die Vermittlung der Hilfskomitees und Delegaturen ausfindig machen wollte.<sup>1733</sup>

Die ankommenden Sendungen mit Spenden klärte das Präsidium der JSS jeweils mit dem Beauftragten des DRK ab. So bat das Präsidium der JSS im Juni 1941 um die Genehmigung Wäsche- und Kleidungsstücke als Liebesgaben aus Prag entgegennehmen zu dürfen. Die dortige Kultusgemeinde hatte sich bereiterklärt unter den aus dem Protektorat ausgewanderten Juden und Jüdinnen eine Sammlung von Wäsche- und Kleidungsstücken zu Gunsten der jüdischen Krankenhäuser und Waisenheimen im Generalgouvernement zu veranstalten. Der Vorstand der Kultusgemeinde in Prag wollte die gesammelte Wäsche und Kleidung für die JSS an den Beauftragten des DRK schi-

<sup>1732</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseren Vorsitzenden im Deutschen Roten Kreuz*“, 20.05.1941, AŽIH, 211 aneks/43, Bl. 78.

<sup>1733</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseres Vorsitzenden beim Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes, Herrn Oberstführer Dr. Heller*“, 31.05.1941, AŽIH, 211 aneks/45, Bl. 204.

cken. Die JSS wiederum wollte die erhaltenen Sendungen desinfizieren lassen und unter die Krankenhäuser und Waisenheime zur Verteilung bringen.<sup>1734</sup> Allerdings war der Kontakt zum Beauftragten des DRK wohl auch im Jahr 1941 noch schwierig, sodass nicht überliefert ist, ob der Beauftragte des DRK dieser Hilfssendung der jüdischen Gemeinde aus Prag stattgab. Die Kommunikationsprobleme werden in einem Brief aus dem November 1941 deutlich, den das Präsidium der JSS an den Vertreter des DRK sandte. Nach mehreren Besprechungen des Vorsitzenden der JSS mit den DRK-Beauftragten trat die jüdische Organisation mit der Bitte an diesen heran, das DRK möge der JSS gestatten Anträge an das Komitee des *Internationalen Roten Kreuzes* auf Nachrichtenübermittlung beim Beauftragten des DRK in Krakau direkt einreichen zu dürfen. Durch die Bildung der jüdischen Wohnbezirke sei der Verkehr des *Polnischen Roten Kreuzes* mit der jüdischen Bevölkerung bedeutend erschwert und in manchen Fällen – solchen wo die Ghettos geschlossen seien – sogar fast gänzlich unmöglich gemacht worden. In Warschau zum Beispiel hätten diese Schwierigkeiten sogar zu Missbräuchen geführt, indem gelegentlich unbefugte Personen unter der Vorspiegelung Angestellte des *Polnischen Roten Kreuzes* zu sein bei Juden und Jüdinnen Geldbeträge sowie Sachsendungen entgegengenommen und sich angeeignet hätten. Die JSS mit ihren unzähligen Dienststellen im Generalgouvernement,

„die im steten Verkehr mit dem Präsidium stehen und durch unser Referat ‚Ausländische Verwandtenhilfe‘ Verbindungen mit ihren im Ausland lebenden Verwandten anknüpfen, verfügt schon gegenwärtig über bedeutendes Adressmaterial und ist in der Lage – wie der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes sich wiederholt überzeugen konnte – jede gewünschte Auskunft schnell zu erteilen. Gerade bei der Nachrichtenübermittlung durch das Internationale Rote Kreuz kommt es auf prompte Weiterleitung an. In den meisten Fällen gelangen die Anfragen auch gegenwärtig an das Präsidium, allerdings auf dem sehr umständlichen Wege über das Polnische Rote Kreuz, die Judenräte in einzelnen Städten und unsere Dienststellen. Dies liesse sich vermeiden, wenn der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes sich direkt an uns wenden würde, was ja auch bisnun schon öfters der Fall war und uns gestatten würde sich direkt an ihn zu wenden, was ebenfalls schon gelegentlich vorgekommen ist.“<sup>1735</sup>

Im Dezember 1941 schrieb das Präsidium der JSS an Melanie Oppenheim in Kopenhagen, dass in der letzten Zeit von einzelnen Personen gesandte Pakete aus Dänemark im Generalgouvernement ankämen die an den Beauftragten des DRK adressiert waren:

„In der Annahme, dass diese Sendungen auf Grund der von Ihnen erteilten Informationen erfolgen, erlauben wir uns Ihnen mitzuteilen, dass an die vorerwähnte Adresse nur Pakete zulaessig sind, die zur Verteilung an die von uns Betreuten bestimmt sind. Einzelne Familien koennen nur dann berücksichtigt werden, wenn die fuer sie bestimmten Liebesgaben in Sammelsendungen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes gesandt werden. In diesem Falle ist uns eine Liste der bedachten Personen in doppelter Ausfertigung einzusenden. Die fuer die Juedische Soziale Selbsthilfe bestimmten und an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes adressierten Pakete geniessen nur dann Zollfreiheit, wenn sie durch die Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes in Genf geschickt werden. Es steht aber nichts im Wege, dass private Personen nach den in ihrem

---

<sup>1734</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK beim Generalgouverneur betr. „*Liebesgabensendungen aus Prag*“, 20.06.1941, YVA, O.21/32, Bl. 233.

<sup>1735</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK beim Generalgouverneur betr. „*Unmittelbarer Verkehr mit dem Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes*“, 08.11.1941, AŽIH, 211 aneks/60, Bl. 578.

Lande geltenden Postbestimmungen an ihre Verwandten und Bekannten Postpakete gegen Entrichtung der vorschrittsmaessigen Post- und Zollabgaben senden. Wir bitten daher die Absender gefl. dahingehend informieren zu wollen, dass individuelle Sendungen nur unmittelbar an die Empfänger zu adressieren sind.“<sup>1736</sup>

Im Januar 1942 teilte die JSS dem Beauftragten des DRK mit, dass den Postsammelstellen in den Ghettos vor einiger Zeit verboten worden sei, Briefe von Juden und Jüdinnen ins Ausland zu senden. Deshalb habe man die Möglichkeit verloren den Briefverkehr mit den ausländischen Wohlfahrtsorganisationen aufrecht zu erhalten, die Lebensmittel, Medikamente und gebrauchte Kleider gesandt hätten.<sup>1737</sup> Die JSS sei aus diesem Grund bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ vorstellig geworden, wo der Rat erteilt worden sei mit der Bitte an den Beauftragten des DRK heranzutreten, „er möge die Beförderung dieser für die notleidende Bevölkerung so wichtige Korrespondenz durch das Internationale Rote Kreuz in die Wege leiten.“<sup>1738</sup> Keine zwei Wochen später fand eine Besprechung zwischen Weichert und dem Beauftragten des DRK in Krakau statt. Den Gegenstand der Besprechung bildete die Übermittlung der ausländischen Briefe an die JSS durch das DRK, ferner die Übermittlung kurzer Mitteilungen von 25 Worten an die Juden und Jüdinnen in den kriegsführenden Ländern und schließlich die Versendung von Paketen an kriegsgefangene Juden und Jüdinnen im Zusammenhang mit dem Verbot Pakete von jüdischen Auslieferern entgegenzunehmen. In den ersten zwei Fragen erwartete der Beauftragte des DRK die Weisungen des Präsidiums des DRK in Berlin, in der dritten Angelegenheit sollten sich die Juden und Jüdinnen des *Polnischen Roten Kreuzes* bedienen.<sup>1739</sup> Ende Februar 1942 schrieb die JSS an den Beauftragten des DRK, dass sie schon vor längerer Zeit die ausländischen karitativen Organisationen angewiesen habe keine Einzelsendungen an den Beauftragten des DRK zu schicken: „Die in vereinzeltten Fällen eintreffenden Sendungen sind als Nachzügler zu betrachten und wir dürfen wohl annehmen, dass in der nächsten Zukunft diese Sendungen gänzlich aufhören werden.“<sup>1740</sup>

„Die Mitglieder des Haupthilfssausschusses bedürfen nach vorgebergender sicherheitspolizeilichen Überprüfung einer Genehmigung des Leiters der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge.“<sup>1741</sup> Ebenso wurde festgehalten, dass alle Kontrollmaßnahmen für die JSS – auf allen Ebenen – mit den „sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkten“ in Einklang gebracht wurden.<sup>1742</sup> Ein direkter Kontakt zwischen dem Präsidium der JSS und polizeilichen Stellen bestand nicht. Diese richteten Anweisungen an die JSS gelegentlich

<sup>1736</sup> Abschrift JSS an Melanie Oppenheim, Kopenhagen betr. „Individuelle Sendungen aus Dänemark“, 03.12.1941, AŽIH, 211 aneks/97, Bl. 3.

<sup>1737</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK betr. „Briefwechsel der J.S.S. mit dem neutralen Ausland“, 16.01.1942, BJ, 199/57. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/66, Bl. 610.

<sup>1738</sup> Ebd.

<sup>1739</sup> JSS an BuF betr. „Vorsprache beim Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes“, 31.01.1942, AŽIH, 211 aneks/68, Bl. 607.

<sup>1740</sup> JSS an den Beauftragten des DRK betr. „Einzelsendungen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes“, 25.02.1942, AŽIH, 211 aneks/71, Bl. 269.

<sup>1741</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 30.

<sup>1742</sup> Ebd.

über den Krakauer Judenrat.<sup>1743</sup> Das Präsidium der JSS korrespondierte ebenfalls nicht direkt mit den polizeilichen Stellen, sondern sandte seine Anliegen über die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ an die entsprechenden Stellen.<sup>1744</sup> Wenn es allerdings zu einem Kontakt zwischen Mitgliedern der JSS und einer polizeilichen Stelle kam, bedeutete dies nichts Gutes. So erhielt am 16. Januar 1941 die JSS sowie *Toż* und *Centos* von dem Krakauer Judenrat die Aufforderungen auf Befehl des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Krakau eine namentliche Aufstellung samt Wohnanschriften aller Angehörigen der Leitungen der obengenannten Organisationen einzureichen. In Beantwortung dieser Schreiben teilte die JSS dem Judenrat Namen und Anschriften der Mitglieder des Präsidiums der JSS, des Hilfskomitees Krakau-Stadt, des Hilfskomitees Krakau-Land, des *Toż* und *Centos* mit. Der Judenrat forderte die angegebenen Personen einen Tag später auf am folgenden Tag um 10 Uhr morgens im Büro des Judenrates zu erscheinen:

„Sie stellten sich vollzählig ein und fanden dort Vertreter des Judenrates, der American Joint Distribution Committee und des Handwerkervereins vor. Herr Untersturmführer Brand von der Sicherheitspolizei hielt eine Ansprache an die Anwesenden, in der er drauf hinwies, dass Juden sich an verschiedene Dienststellen und Personen mit Bittschriften bei Umgehung der Jüdischen Gemeinde wenden. In der Zukunft haben sich die jüdischen Institutionen nur an die Jüdische Gemeinde zu wenden, welche ihre Bittschriften je nach der Zuständigkeit entweder an den Stadthauptmann oder an die Sicherheitspolizei weiterleiten wird. Unser Vorsitzender erlaubte sich eine Anfrage, ob das Gesagte auch für die J.S.S. und die Jüdischen Hilfskomitees gelte, worauf Herr Untersturmführer Brand erklärte, dass die genannten Organisationen sich an ihre Aufsichtsbehörde direkt wenden dürfen und so die Jüdische Soziale Selbsthilfe an die Regierung des Generalgouvernements, das Jüdische Hilfskomitee Krakau-Stadt an den Stadthauptmann, das Jüdische Hilfskomitee Krakau-Land an den Kreishauptmann, Ähnliches habe Geltung auch für das American Joint Distribution Committee, das mit der Regierung des Generalgouvernements und für den Handwerkerverein, der mit der Handwerkerkammer in direktem Verkehr steht.“<sup>1745</sup>

Allerdings nahmen die Versuche von polizeilichen Stellen die Kontrolle über die JSS zu bekommen kein Ende und die eben geschehene Situation war nicht die erste dieser Art. Bereits am 1. Januar 1941 hatte der Vorsitzende der JSS eine schriftliche Mitteilung vom Krakauer Judenrat erhalten, dass er sich am folgenden Tag in der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des

<sup>1743</sup> Jüdische Gemeinde Krakau an JSS betr. „Einordnung der ‚Centos‘-Waisenheimstätte und der T.O.Z.-Gesundheitsstelle in Krakau in Ihr Betreuungswerk“, 19.12.1940, BJ, 37/97. „Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Krakau [...] befiehlt, Sie sofort in Kenntnis zu setzen, dass die Tätigkeit der ‚Centos‘-Waisenheimstätte und der T.O.Z.-Gesundheitsberatungsstelle in Krakau als selbstständige Einrichtung der Tätigkeit aller jüdischer Vereine und Organisationen untersagt ist. Die Tätigkeit der ‚Centos‘-Waisenheimstätte und der T.O.Z.-Gesundheitsberatungsstelle kann daher nur im Rahmen der Betreuung durch die Jüdische Soziale Selbsthilfe, Hauptausschuss in Krakau [...] als Untergruppe derselben erfolgen. Der Umstand, dass die ‚Centos‘-Waisenheimstätte und die T.O.Z.-Gesundheitsberatungsstelle nun Bestandteile der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sind, hat auch in der äusserlichen Bezeichnung dieser Beratungsstellen deutlich und eindeutig zum Ausdruck gebracht zu werden. Wir schreiben gleichzeitig laut Beilagen in dieser Angelegenheit die ‚Centos‘-Waisenheimstätte und an die T.O.Z.-Gesundheitsberatungsstelle in Krakau. Wir ersuchen um gefl. Kenntnisnahme und strengste Danachrichtung.“

<sup>1744</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Komitee jüdischer Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen bei der jüdischen Gemeinde in Krakau“, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 43. „In der Anlage gestatten wir uns die an uns gerichtete Zuschrift des Komitees jüdischer Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen bei der jüdischen Gemeinde in Krakau, mit der Bitte zu übermitteln, die Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge möge das Amt des Kommandeurs der Sicherheitspolizei veranlassen von der Auflösung des Komitees Abstand zu nehmen bis zu erfolgten Regelung des Kriegsinvalidenvereins im Rahmen der Reaktivierung bzw. der Neugründung der aufgelösten Vereine.“

<sup>1745</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Vorladung der Leitung der J.S.S. in die Jüdische Gemeinde am 18.ds.“, 23.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 338.

SD um acht Uhr persönlich einzufinden habe. Dort verlas man nach Entgegennahme seiner Personalien die Akten des Mitglieds des Judenrates Krynica, Heinrich Freundlich, in denen der Genannte unter anderem angab, dass er bei dem Vorsitzenden der JSS Anfang November um Hilfe für die ausgesiedelten Juden und Jüdinnen aus Krynica vorgesprochen hatte, worauf er angeblich die Antwort erhielt, dass er nur drei Paar Schuhe und einen Pullover bekommen könnte. Dagegen habe ihm Weichert versprochen beim Generalgouverneur in der Angelegenheit der Aussiedlung der Juden und Jüdinnen aus Krynica vorstellig zu werden. Auf Befragen des Beamten gab der Vorsitzende der JSS zu Protokoll,

„dass die Jüdische Soziale Selbsthilfe als Spitzenorganisation nicht berufen sei unmittelbare Hilfeleistungen zu erteilen, wozu die einzelnen Jüdischen Hilfskomitees zuständig seien, dass er daher drei Paar Schuhe weder versprechen noch verweigern könnte, ferner, dass die J.S.S. nur mit ihrer Aufsichtsbehörde d.i. mit der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge im Verkehr steht und mit anderen Dienststellen nur durch die Vermittlung der obgenannten Aufsichtsbehörde in Verkehr treten darf, schliesslich, dass in der Angelegenheit der Judenaussiedlung aus Krynica und benachbarter Ortschaften der J.S.S. schriftliche und telegraphische Mitteilungen, sowie Erklärungen zu Protokoll zugekommen sind, die von der J.S.S. an die Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge als Materialien in Form von Vermerken weitergeleitet wurden.“<sup>1746</sup>

Auf Wunsch des vernehmenden Beamten habe Weichert erklärt, das gesamte Material, das als Unterlage zu dem an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ gerichteten Vermerken diene, der Sicherheitspolizei nach Erlangung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde im Original und Abschrift zur Verfügung zu stellen.<sup>1747</sup>

Zuweilen war die jüdische Organisation allerdings zudem von polizeilichen Stellen abhängig. Weichert sprach zum Beispiel am 14. Juni 1941 bei dem Leiter der Abteilung „Polizei“ der Regierung vor. Dabei besprachen sie die Fragen der Reisebescheinigungen, Genehmigungen zum Überschreiten der polizeilich angesetzten Sperrfristen sowie zum Verlassen des Ghettos und die Benutzung von Verkehrsmitteln. Der Verantwortliche der Regierung erklärte sich bereit, die nötigen Bescheinigungen mit einer Gültigkeitsdauer von drei Monaten ausstellen und die Anschaffung von Droschken und Fahrrädern genehmigen zu wollen.<sup>1748</sup>

Neben diesen Stellen, zu denen doch ein regelmäßiger oder zumindest mehrmaliger Kontakt bestand, gab es solche zu denen die JSS seltene oder einmalige Verbindung pflegte. Weichert hatte beispielsweise kurz vor der Anordnung der Schließung des Präsidiums der JSS durch die Besatzer

<sup>1746</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Vernehmung unseres Vorsitzenden durch die Sicherheitspolizei am 2. ds. 1941*“, 02.01.1941, AŽIH, 211/180, Bl. 1f. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/28, Bl. 278f.

<sup>1747</sup> Ebd.

<sup>1748</sup> JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Abteilung Polizei des Beauftragten des Chefs des Distrikts für die Stadt Krakau*“, 14.06.1941, AŽIH, 211 aneks/44, Bl. 7. Zudem finden sich dann in ebendieser Akte unter anderem Anträge auf Reisegenehmigungen für die Mitglieder des Präsidiums (Bl. 23) sowie Anträge für Mitarbeiter die Sperrfrist überschreiten zu dürfen (Bl. 26).

noch ein Gespräch mit der Rüstungsinspektion, an dem ein Vertreter der Abteilung „Wirtschaft“ teilnahm. Den Gegenstand der Besprechung bildete der Arbeitseinsatz der Juden.<sup>1749</sup>

Nicht nur auf der oberen Ebene – also auf der Regierungsebene sowie der Ebene des Präsidiums der JSS – arbeiten jüdische Akteure und Besatzer zusammen, auch mit den Gouverneuren, den Kreis- und Stadthauptleuten und der jüdischen Organisation bestanden Kontakte. Die Gouverneure waren durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Mitte Dezember 1940 belehrt worden, dass die Wohlfahrtsverbände und Vereine der polnischen, ukrainischen und jüdischen Volksgruppen in einem für sie zuständigen *Hauptausschuss* zusammengeschlossen worden seien. Ferner unterrichtete die Zivilverwaltung sie darüber, dass bei jeder Kreis- und Stadthauptmannschaft je ein Hilfskomitee für jeden der Ausschüsse bestehe. Zudem informierte die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ über die Existenz des HHA und darüber wer an der jeweiligen Spitze des PHA, des UHA sowie der JSS stand: *„Um eine planvolle Steuerung und Überwachung der gesamten von diesen Vertretungen der einzelnen Volksgruppen geleisteten Arbeit vornehmen zu können, ist erforderlich, dass Besprechungen mit Mitgliedern des Haupthilfsausschusses und der einzelnen Hauptausschüsse nur nach vorheriger Verstaendigung der Abteilung Innere Verwaltung Bev.u.Fürs. geführt werden.“*<sup>1750</sup> Den Aufbau der Ämter der Distriktchefs hatten die Besatzer schon im Laufe des Jahres 1940 in einer Handlungsanweisung für ihre Beamten angegeben: *„Auch war der organisatorische Aufbau in der Zwischenzeit durchgeführt. In Parallelen zum Aufbau der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge im Amt des Generalgouverneurs war bei den Chefs der Distrikte Warschau, Radom, Lublin und Krakau jeweils in der Abteilung Innere Verwaltung die Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge eingebaut worden, in der [...] die einzelnen Referate unter Zweckmäßigkeitss Gesichtspunkten zusammengefasst werden.“*<sup>1751</sup> Die Kontakte zwischen dem Präsidium der JSS und den entsprechenden Ressorts in den Ämtern der Distrikte waren nicht sehr eng. Auch wandten sich die Vertreter der Hilfskomitees und Delegaturen ebenfalls meist nicht direkt an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in den Distriktämtern, sondern an die entsprechenden Ressorts der Kreis- und Stadthauptmannschaften, gegenüber denen sie für ihre Tätigkeit Bericht ablegen mussten. Allerdings bestanden Kontakte zwischen den Distriktämtern und der jüdischen Organisation. Natürlich über die Distriktberater der JSS, über deren Tätigkeit auf der Distriktebene uns jedoch nur sehr wenige Quellen vorliegen, sodass leider darauf verzichtet werden muss diesen Kontakt eingehender zu untersuchen. Einige Hinweise auf Kontakte zwischen den jüdischen Distriktberatern und den Besatzungsbehörden ergeben sich aus wenigen Protokollen des Präsidiums

---

<sup>1749</sup> Abschrift JSS an BuF betr. *„Vorsprache unseres Vorsitzenden in der Rüstungsinspektion“*, 03.07.1942, YVA, O.21/16-1, Bl. 66.

<sup>1750</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung an die Distriktchefs betr. *„Dienstverkehr mit dem Polnischen, Ukrainischen und Jüdischen Hauptausschuss sowie mit dem Haupthilfsausschuss“*, 17.12.1940, AŽIH, 211 aneks/276, Bl. 379. Auch vorhanden in APW, Kreishauptmannschaft Warschau-Land/331, Bl. 106f, ITS, DOI 82177861 oder auch APK, IZGG/7, Bl. 43f.

<sup>1751</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 7.



der JSS.<sup>1752</sup> Zudem existierten auch zwischen den Hilfskomitees und den Ämtern der Distriktchefs Kontakte. Beispielsweise existierte ein Kontakt zwischen dem Hilfskomitee Krakau und dem Amt des Gouverneurs im Distrikt Krakau.<sup>1753</sup> So erklärte ein Besatzer dem Vertreter des Hilfskomitees: „Zum Schluss erklärte Herr Rodler auf meine Frage, ob ich wegen schwebender Fragen des J.H.K. beim ihm von Zeit zu Zeit vorsprechen darf, dass ich das immer und ohne telefonische Anmeldung tun kann. Meine Besprechung mit Rodler dauerte etwa 25 Minuten.“<sup>1754</sup> Auch durch Hilfskomitees organisierte Veranstaltungen versuchte das Krakauer Hilfskomitee mit der Stelle zu klären.<sup>1755</sup> Ein Kontakt zwischen der entsprechenden Person im Amt des Chefs des Distrikts Krakau und dem Präsidium der JSS bestand ebenfalls.<sup>1756</sup> An einigen Stellen fungierten die Distriktchefs als Mittler zwischen der obersten Verwaltungsebene und den Kreis- und Stadthauptleuten – etwa im Falle der Einwohnerabgabe und deren Verteilung an die jüdische Bevölkerung.<sup>1757</sup> Die im Vergleich zu den Abteilungen „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in den Ämtern der Distriktchefs deutlich wichtigeren Instanzen in dem Behördensystem der Besatzer waren die entsprechenden Kreis- und Stadthauptleute beziehungsweise dort die entsprechend zuständige Abteilung.

Laut der Satzung der JSS sollte die Organisation am Sitz der Kreis- und Stadthauptleute Hilfskomitees errichten. Für deren Bestellung war jeweils die Zustimmung des verantwortlichen Kreis-

---

<sup>1752</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŻIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17. „Ueber Aufforderung des Herrn Assessor Heinrich unterrichtet Herr Dr. Alten über die Verhältnisse im Distrikt Lublin und J. Diamant über die im Distrikt Radom. Die Tätigkeit der Volksküchen im Distrikt Lublin hänge von der Zuteilung von Nahrungsmitteln ab. Die Barzuweisungen seitens des Präsidiums seien ohne Bedeutung, da man im freien Handel fast nichts erwerben könne. Dr. Alten habe mehrmals in dieser Angelegenheit im Distrikt vorgesprochen, bei der Abteilung Fürsorge Unterstützung gefunden, während die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft jedes Gesucht abgelehnt hätte.“

<sup>1753</sup> Aktennotiz über eine Besprechung mit dem Amtsleiter Rodler/Amt des Distriktchefs für die Stadt Krakau/, BJ, 38/97. Die Besprechung führte Jakob Sternberg.

<sup>1754</sup> Ebd.

<sup>1755</sup> Ebd. „In weiterer Besprechung schnitt ich die Frage an, ob wir nicht – analog wie in Warschau – eine grundsätzliche Genehmigung zur Abhaltung von Veranstaltungen /Konzerte, literarische Abende, Einakter-Darbietungen usw./ erlangen können. Worauf Herr Rodler erklärte, dass Massenansammlungen in der Kompetenz der Sicherheitspolizei /Unterstützungsführer Brand/ unterstehen. Wir könnten jedoch im Wege des Beauftragten des Distriktchefs für die Stadt Krakau an die Si-Po Anträge stellen, die seinerseits weitergeleitet werden. Herr Rodler interessierte sich dabei über das Vorhandensein eines entsprechenden Saales für derartige Veranstaltungen. [...] Wegen Genehmigung zur Einrichtung einer Leihbibliothek unter Vorlage eines Bücherverzeichnisses verwies mich Dr. Rodler gleichfalls an die Si-Po, von welcher die Erlangung einer solchen Genehmigung abhängt.“

<sup>1756</sup> Abschrift JSS an das Amt des Chefs des Distrikts Krakau, Aussiedlungsstelle zu Händen Amtsleiter Rodler betr. „Versteigerung der Liebesgaben im Rozwadów“, 04.04.1941, AŻIH, aneks/36, Bl. 79. „Während der Besprechung mit unserem Vorsitzenden am 28. Februar 1941 wurde u.a. auf eine Versteigerung von Liebesgaben durch ein Jüdisches Hilfskomitee oder einen Judenrat hingewiesen, deren Erlös angeblich nicht seinem Zweck zugeführt worden ist. Schon damals erlaubte sich unser Vorsitzender die Vermutung auszusprechen, dass die Versteigerung in diesem Falle höchstwahrscheinlich einen charitativen Charakter getragen hat, zwecks Erlangung eines größeren Erlöses zugunsten der zu betreuenden Personen. Die Abteilung Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge teilte uns über Befragung mit, dass es sich um eine Versteigerung der Liebesgaben durch den Judenrat in Rozwadów handelt. Unserem Versprechen gemäß haben wir den Fall nachgeprüft und gestatten uns das Ergebnis dieser Nachprüfung in der Abschrift des an die Abteilung Bevölkerungswesen gerichteten Schreibens mitzuteilen.“

<sup>1757</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Kommunalverwaltung an die Herren Distriktchefs in Krakau, Warschau, Lublin Radom betr. „Einwohnerabgabe, Verwendung des Aufkommens“, 31.01.1941, BJ, 49/97. Auch vorhanden in YVA, O.21/31, Bl. 500.

beziehungsweise Stadthauptmannes nötig. Auf deren Verlangen konnten auch Mitglieder der Komitees wieder abberufen werden.<sup>1758</sup> Die Arbeit der Hilfskomitees sollte nach Maßgabe der in der Geschäftsordnung für die gesamte Institution – vor allem dezidiert für das Präsidium der JSS – erlassenen Regeln erfolgen. Für die Kontrolle der Ausführung war auf dieser Ebene allerdings nicht mehr die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zuständig, sondern die jeweiligen Kreis- und Stadthauptleute.<sup>1759</sup> Aus diesem Grund richteten die Besatzer entsprechende Abteilungen auch auf Ebene der Kreis- und Stadthauptleute ein.<sup>1760</sup> Dass die Zustimmung der Kreis- und Stadthauptleute nicht nur in den Regularien der JSS festgelegt war, sondern dies in der Realität umgesetzt wurde, zeigt die unzählige Korrespondenz,<sup>1761</sup> die zu diesem Zweck zwischen der jüdischen Organisation und den Besatzern geführt wurde.<sup>1762</sup> Gleichwohl die Zustimmung nicht immer unmittelbar und problemlos erfolgte.<sup>1763</sup> Zuweilen ließen die Antworten der Kreis- und Stadthauptleute auf sich warten. In anderen Fällen wurden die Mitglieder nicht oder nicht alle bestätigt.<sup>1764</sup> Allerdings handelte es sich dabei nicht um ein spezifisches Problem der JSS. Der PHA kämpfte bei der Einrichtung seiner Hilfskomitees ebenso mit Problemen auf regionaler und lokaler Ebene.<sup>1765</sup>

Jedoch waren die Besatzer auf Kreis- und Stadtebene nicht nur bei der Einsetzung der Hilfskomitees und Delegaturen gefragt. An vielen anderen Stellen versuchten die Besatzer auch auf dieser Ebene in die Tätigkeit der regionalen und lokalen Abordnungen der JSS einzuwirken: *„Das Jüdische Hilfskomitee für den Kreis Cholm teilt uns mit Schreiben vom 7. Februar [...] Folgendes mit: Während einer*

<sup>1758</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 12.

<sup>1759</sup> Vgl. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 19.

<sup>1760</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 6f. „[S]chließlich wurde die deutsche Verwaltung bis in die Kreise mit B.- und F.-Referenten besetzt, die nicht nur die laufenden Arbeiten durchführen können, sondern auch jederzeit fähig sind, außerordentliche Aufgaben – wie Umsiedlungsaktionen – ordnungsgemäß durchzuführen und die durch ihre gleichmäßige Ausrichtung in distriktweise durchgeführten Schulungswochen eine einheitliche Arbeit auf dem Fürsorge- und Wohlfahrtsgebiet gewährleisten. Bei den Kreis- und Stadthauptleuten wurde ein Referat Bevölkerungswesen und Fürsorge eingerichtet, dessen Aufgabe es war, alle einschlägigen Arbeiten am Ort durchzuführen.“

<sup>1761</sup> Vgl. etwa JSS an den Kreishauptmann in Przemyśl betr. *„Das dortige Jüdische Hilfskomitee“*, 29.04.1942, AŽIH, 211 aneks/78, Bl. 441; JSS an BuF betr. *„Jüdische Hilfskomitee für den Kreis Kalusz“*, 20.05.1942, AŽIH, 211 aneks/81, Bl. 72 oder auch JSS an Izak Rosenthal in Lemberg betr. *„Errichtung des Jüdischen Hilfskomitees für den Kreis Lemberg-Land in Lemberg“*, 09.07.1942, AŽIH, 211 aneks/85, Bl. 274.

<sup>1762</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an den Kreishauptmann von Biala Podlaska betr. *„Jüdisches Hilfskomitee in Biala Podlaska“*, 23.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 35. *„Hiermit gestatten wir uns mitzuteilen, dass wir gemäß Par. 12 der durch Anordnung vom 29. Mai 1940 von der Regierung des Generalgouvernements genehmigten Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, ein Jüdisches Hilfskomitee errichten. Als Mitglieder desselben haben wir die unten angeführten Personen bestellt und erbitten ihre Zustimmung im Sinne des Par. 12, Absatz 1 der obervährten Satzung. Mitglieder des Jüdischen Hilfskomitees Biala Podlaska: [...]“* Gleichlautende Schreiben sind auch für die Einrichtung anderer Hilfskomitees vorhanden.

<sup>1763</sup> Vgl. etwa Abschrift wohl entstehendes Hilfskomitee in Kranystaw an den Herrn Kreishauptmann in Kranystaw betr. *„Errichtung eines Jüdischen Hilfskomitee dortselbst“*, 12.12.1940, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 13. *„Gemäss Par. 12 / Punkt 1/ der von der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge genehmigten Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe haben wir in Kranystaw ein Jüdisches Hilfskomitee errichtet und mit Schreiben vom 29./10. [...] um die Zustimmung des Herrn Kreishauptmanns, für die Bestellung der von uns in Vorschlag gebrachten Mitglieder dieses Komitees angesucht. Da wir bis nun keinen Bescheid erhalten haben, gestatten wir uns hiermit um die Erledigung unseres Ansuchens höflich zu bitten.“*

<sup>1764</sup> JSS an Stadthauptmann in Kielce, 29.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 269.

<sup>1765</sup> RGO an BuF, 23.07.[1940], AAN, 125/6, Bl. 23f. *„Anlässlich der in Angriff genommenen Errichtung der Hilfskomitees in kreisfreien Städten und Kreisen begegnen wir in einzelnen Kreisen der Tatsache, dass einzelne Stadt- und Kreishauptleute bereits solche Komitees ins Leben gerufen haben, ohne sich gemäß § 12 der Satzung vorher mit dem P.H.A. ins Einvernehmen zu setzen. Einzelne von ihnen behaupten, dass ihnen die Satzung des P.H.A. überhaupt nicht bekannt ist.“*

*Besprechung der Art und Weise, wie im Kreis der Kontakt des J.H.K. mit den Delegaturen aufrechtzuerhalten und die Fürsorgetätigkeit zu entfalten sei, hat der Fürsorgerreferent des Herrn Kreishauptmannes den Auftrag erteilt, zu diesem Zwecke für den 16. Februar l.J. im Lokal des J.H.K. in Cholm eine Zusammenkunft der Vertreter der in Betracht kommenden Ortschaften in seiner Anwesenheit zu veranstalten, dort selbst die Berichte und Wünsche entgegenzunehmen und die entsprechenden Anordnungen und Verfügungen zu treffen.*<sup>1766</sup> Für die Genehmigung von einzelnen Veranstaltungen oder besonderen Aktionen mussten die Hilfskomitees und Delegaturen ebenfalls die Genehmigung der Kreis- und Stadthauptleute einholen. So wandte sich das Krakauer Hilfskomitee an den Stadthauptmann und bat außerordentliche Sammlungen sowie Werbungen von Mitgliedern und Förderern für alle Anstalten der Kinderfürsorge durchführen zu dürfen. Dem Stadthauptmann legte das Hilfskomitee Krakau-Stadt einen entsprechenden Aufruf zur Genehmigung vor.<sup>1767</sup> Das Präsidium der JSS suchte zuweilen den Kontakt zu der Aufsichtsbehörde, um diese über Vorkommnisse auf Ebene der Kreis- und Stadthauptleute sowie der Hilfskomitees und Delegaturen zu informieren, wenn die Besatzer auf niedrigerer Ebene versuchten so zu handeln, dass es negativ für die jüdische Organisation schien und nicht im Einklang mit der durch die Besatzer erlassenen Satzung oder Geschäftsordnung war. Etwa in dem Fall als ein Stadthauptmann versuchte eine Mittlerinstanz zwischen sich und die Abordnung der JSS zu schalten. Trotz der Eingaben an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ löste die JSS dieses Problem vermutlich nicht.<sup>1768</sup> Ferner suchten die Kreis- und Stadthauptleute zuweilen den Kontakt über

<sup>1766</sup> Vermerk, 11.02.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 23.

<sup>1767</sup> Abschrift wohl Hilfskomitee Krakau-Stadt an den Stadthauptmann von Krakau betr. „Judenangelegenheiten“, 30.10.1941, BJ, 37/97. Auf der Abschrift befindet sich auch noch der Genehmigungsvermerk vom 02. November 1941. „Den hier beiliegenden Aufruf würden wir nach Genehmigung in der ‚Gazeta Żydowska‘ veröffentlichen. Wir beabsichtigen auch, an einzelnen Familien in unserem Wohnviertel diesen zu vervielfältigenden Aufruf zu verteilen und erbitten ergebenst hierzu um eine Genehmigung gemäß Par. 16 bzw. 19 der Geschäftsordnung der J.S.S.“

<sup>1768</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Zwischeninstanz zwischen dem Herrn Kreishauptmann in Jedrzejów und dem Jüdischen Hilfskomitee dortselbst“, 05.03.1941, AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 219. „Wir erhielten vom Jüdischen Hilfskomitee in Jedrzejów die Abschriften einer Zuschrift des Herrn Kreishauptmanns an die Sonderbeauftragten der jüdischen Bevölkerung, die wir uns gestatten in der Anlage zu übermitteln. Wie wir uns bereits erlaubt haben hinzuweisen, erscheint uns die Einschaltung einer Zwischeninstanz, in diesem Fall der Sonderbeauftragten der jüdischen Bevölkerung nicht im Einklang mit den Satzungen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe [...]“. Oder auch JSS an BuF betr. „Zwischeninstanz zwischen dem Herrn Kreishauptmann und Jedrzejów und dem Jüdischen Hilfskomitee dortselbst“, 14.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 302. „Wie wir bereits wiederholt hingewiesen haben, werden in der letzten Zeit in den Verkehr der Jüdischen Hilfskomitees mit den Deutschen Dienststellen verschiedene Zwischeninstanzen eingeschaltet. Unter anderen richtet der Herr Kreishauptmann in Jedrzejów seine Mitteilungen für das Jüdische Hilfskomitee an die Sonderbeauftragten der jüdischen Bevölkerung, was wir bereits am 5ds. unter [...] zur Kenntnis der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge brachten. Nun gestatten wir uns in der Anlage die Abschrift einer Zuschrift des Herrn Kreishauptmannes und der Mitteilung der Sonderbeauftragten samt Uebersetzung zu übermitteln.“ Allerdings schien sich dieses Problem trotz der Eingaben durch das Präsidium der JSS an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ nicht zu lösen. Vgl. JSS an BuF betr. „Die Arbeitsbedingungen des J.H.K. für den Kreis Jedrzejów“, 16.05.1941, AŽIH, 211 aneks/42, Bl. 138. „Wie uns das genannte Komitee mit Schreiben vom 6.ds.Mts. mitteilt müssen nicht bloss sämtliche Eingaben an die Aufsichtsbehörde vermittle der Sonderbeauftragten für die jüdische Bevölkerung des Kreises Jedrzejów geleitet werden, sondern hat überhaupt niemand ausser diesen Sonderbeauftragten Zutritt zum Herrn Kreishauptmann und seinen Abteilungen. Ein Sonderbeauftragter, der als solcher Zutritt zum Herrn Kreishauptmann hat und vom Letzteren zum Mitglied des Jüdischen Hilfskomitees bestellt wurde, tritt dort ausschliesslich in seiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter für die jüdische Bevölkerung des Kreises Jedrzejów nicht aber als Vertreter des J.H.K. auf. Insbesondere hat der Vorsitzende des J.H.K. keinen Zutritt zu dessen Aufsichtsbehörde, er kann als Arzt den jüdischen Wohnbezirk nur verlassen, um beim Kreis- oder Stadtarzt vorzusprechen oder um kranke Juden ausserhalb der Stadt zu besuchen. Andere Mitglieder haben überhaupt keinen Passierschein und dürfen den jüdischen Wohnbezirk überhaupt nicht verlassen. Indem wir Obiges zur Kenntnis bringen, gestatten wir uns ergebenst, zu bitten, das Nötige zu veranlassen zu wollen, dass dem

die Judenräte, um an die Hilfskomitees und Delegaturen der JSS heranzutreten. So lud der Kommissar der Judenräte für den Kreis Miechów die Mitglieder des Hilfskomitees in Miechów am 18. Februar 1941 in die Räume des Judenrates vor, „wo ihnen ein Schreiben des Herrn Kreishauptmanns vorgelesen wurde, demzufolge das Mitglied des J.H.K. Miechów, Abram Sercarz, mit sofortiger Wirkung abberufen wurde. Der Kommissar verweigerte dem J.H.K. eine Abschrift dieses Schreibens. Der Fürsorgereferent des Herrn Kreishauptmanns händigte den übrig gebliebenen 4 Mitgliedern des J.H.K. Ausweise ein, in denen die Aufschrift ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ durchgestrichen war und trug ihnen auf bloss den Namen Jüdisches Hilfskomitee Miechów zu führen. Für den 2. März l.J. hat der Kommissar der Judenräte eine Sitzung des J.H.K. einberufen und die Wahl eines Ersatzmannes für den genannten Sercarz durchgeführt um sie dem Herrn Kreishauptmann zur Bestätigung vorzustellen.“<sup>1769</sup> Die einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen waren sehr stark von dem einzelnen Kreis- oder Stadthauptmann abhängig: „Ueber die Verhältnisse im Distrikt Radom berichtete J. Diamant. In der Stadt Radom erhalte die jüdische Bevölkerung 1300 kg. Mehl monatlich, in den kleineren Ortschaften sei die Ernährungslage verzweifelt. Auf wiederholte Vorsprache in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge sei erklärt worden, dass die Lebensmittelzuteilung in den kleineren Ortschaften von den Kreishauptmännern abhängt.“<sup>1770</sup> Dieses Problem spitzte sich im Laufe des Bestehens der JSS dadurch zu, dass auf dem freien Markt kaum mehr Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zu erwerben waren und man aus diesem Grund umso mehr von den regionalen und lokalen Besatzungsbehörden abhängig war.<sup>1771</sup> Auch was die Eingliederung der Vereine in die JSS anging, war die Organisation auf regionaler und lokaler Ebene von der Willkür der Besatzer abhängig. So wandte sich das Präsidium der JSS im Januar 1941 an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Regierung, um abermals auf ein Problem zwischen den lokalen Besatzungsbehörden und ihren Abordnungen aufmerksam zu machen. Man habe die Nachricht erhalten, dass die Stadtverwaltung in Otwock sämtliche jüdische Wohlfahrtsvereine aufgefordert habe, bis zum 26. Januar 1941 ein Verzeichnis des Vermögens einzusenden. Gleichzeitig sei ihnen erklärt worden, dass eine Enteignung dieses Vermögens erfolgen werde, da eine Meldung seinerzeit nicht erfolgt sei:

„Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, dass wir im August v.J. nachdem die Verordnung über das Vereinswesen im Generalgouvernement vom 23. Juli 1940 erschien war, auf Grund wiederholter

---

*Vorsitzenden und den Mitgliedern des J.H.K. in Jedrzejów die Möglichkeit gegeben wird nötigenfalls den jüdischen Wohnbezirk zu verlassen und bei dem Herrn Kreishauptmann vorsprechen zu dürfen.“*

<sup>1769</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Einschaltung einer Zwischeninstanz in den Verkehr des Herrn Kreishauptmanns in Miechów mit dem Jüdischen Hilfskomitee, dortselbst“, 10.03.1941, AŽIH, 211 aneks/33, Bl. 94.

<sup>1770</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

<sup>1771</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6. „Während der Tätigkeitsperiode hat sich das Präsidium der J.S.S. bemüht Lebensmittel für die jüdischen Wohlfahrts- und Fürsorgeanstalten zu besorgen. Die Bemühungen stiessen auf beträchtliche Schwierigkeiten, insbesondere stellte sich bald heraus, dass auf dem freien Markte keine Lebensmittel zu beschaffen waren und dass diese Anstalten auf die Zuwendungen der Behörden ausschliesslich angewiesen sind. Demgemäss hat das Präsidium seine Dienststellen beauftragt, bei den lokalen Behörden um Zuwendungen von Lebensmitteln bittstellig zu werden. Die Bemühungen der einzelnen Komitees waren teilweise von Erfolg gekrönt. So erhielten Neu Sandez, Miechów, Debica, Radom, Kielce, Lublin Lebensmittelkontingente zugewiesen.“

Besprechungen mit der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge und dem Haupthilfsausschuss das gesamte Material über das Vermögen der jüdischen Wohlfahrtsvereine gesammelt haben, das wir infolge des von uns erlassenen Rundschreibens Nr. 2 von den einzelnen Wohlfahrtsvereinen erhalten haben. Wie uns der Haupthilfsausschuss mitteilte, wurde die Entgegennahme der Vermögensverzeichnisse seitens der Regierung und die Ueberweisung der Vermögenswerte an die in dem Haupthilfsausschuss zusammengeschlossenen Organisationen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, nachdem eine Entscheidung über das Fortbestehen der von den einzelnen Hauptausschüssen vorgeschlagenen Zentralvereine erfolgt haben wird. Wir erlauben uns daher die ergebene Bitte zu unterbreiten, die Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge geruhe die Stadtverwaltung von Otwock anzuweisen, dass sie von einer Enteignung des Vermögens der jüdischen Wohlfahrtsvereine, die der J.S.S. angeschlossen sind, Abstand nehme.“<sup>1772</sup>

Ein Hauptpunkt der Zusammenarbeit der Hilfskomitees und Delegaturen mit den Kreis- und Stadthauptleuten – oder besser der Abhängigkeit der regionalen und lokalen Abordnungen der JSS von den Besatzungsbehörden in den Kreisen und Städten – war die Verteilung des Aufkommens der Einwohnerabgabe zu Fürsorgezwecken.<sup>1773</sup> Die Kreis- und Stadthauptleute waren spätestens im Januar 1941 explizit durch die Regierung und über die Distriktchefs darauf hingewiesen worden, dass es erforderlich sei, dass bestimmte Beträge aus dem Aufkommen der Einwohnerabgabe,

„die nach Par. 6 der Verordnung über die Erhebung der Einwohnerabgabe vom 27. Juni 1940, Verordnungsblatt GG I. Seite 211 in erster Linie für die Fürsorgemaßnahmen zu verwenden sind, auch für eine gewisse Fürsorge der jüdischen Bevölkerung verwendet werden. Aus grundsätzlichen Erwägungen und aus steuertechnischen Gründen erscheint es jedoch nicht angängig, lediglich die von den Juden eingezahlten Beträge diesen Zwecken dienstbar zu machen. Es empfiehlt sich vielmehr, die Verteilung des Aufkommens nach dem Verhältnis der polnischen zur jüdischen Bevölkerung vorzunehmen. Im Einverständnis mit der Abteilung Finanzen ordne ich daher mit rückwirkender Kraft vom 1.4.1940 an, dass die Kreis- und Stadthauptleute des gesamten von den Gemeinden aufgebrachten Aufkommen aus der Abgabe im Verhältnis der polnischen zu den jüdischen Abgabepflichtigen, die am 1.4.v.J. ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Gemeinde hatten, aufteilen und der auf die jeweilige jüdische Bevölkerung entfallende Anteil dem zuständigen Hilfskomitee zur Erfüllung seiner Fürsorge- und Wohlfahrtsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Ausserdem sind die Kreis- bzw. Stadthauptleute berechtigt, auch den nichtjüdischen Hilfskomitees auf begründete Anträge hin aus den Mitteln der Einwohnerabgabe Beträge zur Verfügung zu stellen für Aufgaben, die die nichtjüdischen Hilfskomitees im Auftrage des zuständigen Kreis- bzw. Stadthauptmannes erfüllen. Hiervon bitte ich die Kreis- und Stadthauptleute umgehend in Kenntnis zu setzen.“<sup>1774</sup>

Allerdings war den Kreis- und Stadthauptleuten – zumindest teilweise – schon im Jahr 1940 bekannt, dass die Mittel der Einwohnerabgabe Fürsorgezwecken zugutekommen sollten. So lautet es in einem Lagebericht der Besatzer für die Kreishauptmannschaft Piotrków Trybunalski/Petrikau: „Die im Zusammenhang mit der Einführung der Einwohnerabgabe erforderliche Aufstellung von Nachtragshaushalten für den Gemeindeverband und die einzelnen Gemeinden wurde im Berichtsmonat abgeschlossen. Weisungsgemäss wurde der überwiegende Teil des Aufkommens dieser Steuer für die Durchführung von Fürsorgemassnahmen

<sup>1772</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Vermögen der jüdischen Wohlfahrtsvereine in Otwock“, 21.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 59.

<sup>1773</sup> Diese Problematik wurde bereits in dem Unterkapitel zu den Hilfskomitees und Delegaturen und darin in dem Abschnitt zur der Finanzierung deren Tätigkeit ausführlich geschildert. Vgl. hierzu II.2.5.

<sup>1774</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements, Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Kommunalverwaltung an die Herren Distriktchefs in Krakau, Warschau, Lublin Radom betr. „Einwohnerabgabe, Verwendung des Aufkommens“, 31.01.1941, BJ, 49/97. Auch vorhanden in YVA, O.21/31, Bl. 500.

*vorgesehen. Die Mittel, die dem polnischen Hilfswerk aus Spenden der polnischen Bevölkerung zufließen, reichen auf keinen Fall aus. Auch die Mittel des jüdischen Hilfskomitees werden immer geringer.*<sup>1775</sup>

Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen den Hilfskomitees sowie den Kreis- und Stadthauptleuten nicht reibungslos funktionierte, so sahen die Besatzer doch deren Probleme. In einem Lagebericht des Kreises Piotrków/Petrikau für den Oktober 1940 hieß es, dass die dem Hilfskomitee zur Verfügung stehenden Mittel geringer werden und auch das JDC es nicht vermochte einen Ausgleich zu schaffen, „sodass eines Tages die Notwendigkeit der Unterstützung der Juden aus öffentlichen Mitteln aktuell werden wird.“<sup>1776</sup> Diese Sorge bestand allerdings nicht wegen der sich durch die finanzielle Situation weiter zuspitzenden schlechte Lage der jüdischen Bevölkerung, sondern allein deshalb, weil durch die weitere Verarmung und das Ausbleiben der Mittel die Gefahr bestand, dass „die Notwendigkeit der Unterstützung der Juden aus öffentlichen Mitteln aktuell werden wird.“<sup>1777</sup>

Wenngleich ein HHA, der die anderen Ausschüsse zusammenfasste, nur auf der Ebene des Präsidiums bestand, so bedienten sich auch die Besatzungsbehörden den regionalen und lokalen Einrichtungen des PHA, um an die Abordnungen der jüdischen Organisation heranzutreten beziehungsweise ihnen Zuweisungen zu machen. Unter anderem ist für Jędrzejów belegt, dass der Kreishauptmann Mittel für jüdische Flüchtlinge über das Hilfskomitee des PHA zuwies.<sup>1778</sup> Ähnliche Hinweise finden sich in weiteren Berichten.<sup>1779</sup> Allerdings kämpften die Hilfskomitees und Delegaturen der JSS nicht nur mit der Willkür der Kreis- und Stadthauptleute, auch andere Instanzen der Besatzer versuchten sich in die Tätigkeit der JSS auf regionaler und lokaler Ebene einzumischen. Bei den Sitzungen des Hilfskomitees in Radom waren beispielsweise auch Vertreter der SD anwesend.<sup>1780</sup>

---

<sup>1775</sup> Auszug aus den Lageberichten der Kreis- und Stadthauptleute für den Monat Oktober 1940, 10.12.1940, BAB, R 52 III/24.

<sup>1776</sup> Lagebericht Oktober 1940 Petrikau, 09.11.1940, BAB, R 52 III/25.

<sup>1777</sup> Ebd.

<sup>1778</sup> Bericht der JHK in Jędrzejów für November 1941, 02.12.1941, AŻIH, 211/490, Bl. 54f. „Vom Herrn Kreishauptmann wurden durch das Polnische Hilfskomitee in Jędrzejów 2340 Zloty für die jüdischen Flüchtlinge und evakuierten zugewiesen.“

<sup>1779</sup> Vgl. dazu etwa Bericht des JHK in Jędrzejów für den Januar 1942, 01.02.1942, AŻIH, 211/491, Bl. 35–37.

<sup>1780</sup> Vermerk betr. „Anwesenheit des Vertreters des S.D. bei der Sitzung des J.Hk.“, 11.06.1941, AŻIH, 211/168, Bl. 9.

## II.6 Die Bedeutung des Auslands für die *Jüdische Soziale Selbsthilfe*

„In der Berichtszeit sind Liebesgaben aus dem Auslande eingegangen u.z. Kleider, Wäsche und Schuhe, wie auch Schinken von der Commission for Polish Relief und Seife vom Roten Kreuz in Genf. Ueberdies waren Heringe und Kondensmilch avisiert. Das American Joint Distribution Committee hat 350 Tonnen Mehl in der Slovakei eingekauft, die bereits im Rollen sind.“<sup>1781</sup>

Wie bereits gezeigt werden konnte, waren die Geldmittel der *JSS* sehr beschränkt. Zudem waren die Möglichkeiten des Einkaufs von Waren im Generalgouvernement sehr begrenzt. Aus diesem Grund war die gesamte Organisation – das Präsidium, die Hilfskomitees und Delegaturen und die einzelnen Hilfsempfänger – auf Spenden aus dem Ausland angewiesen. Das Ausland beziehungsweise die Initiative ausländischer Hilfsorganisationen spielten – wie bereits in I.2 untersucht – eine bedeutende Rolle bei der Gründung der *JSS*. In diesem Unterkapitel wird der Frage nachgegangen, in welcher Form die ausländischen Hilfsorganisationen das Wirken der *JSS* beeinflussen konnten. Dabei steht zunächst einmal im Fokus, wie das Präsidium den Kontakt zu ausländischen Organisationen suchte und aufrecht erhielt sowie in welchem Umfang und zu welchen Themen korrespondiert wurde.

In der Satzung der *JSS* war als eine ihrer Aufgaben festgelegt: „[...] *die Zusammenarbeit mit ausländischen Wohlfahrtsorganisationen durch Vermittlung des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete zu pflegen.*“<sup>1782</sup> In vielen Protokollen und Berichten thematisierte die *JSS* direkt die Vermittlung durch den *HHA*.<sup>1783</sup> Neben dem *JDC* spielten im Laufe des Bestehens die *Comporel*,<sup>1784</sup> die an anderer Stelle *Hoover-Kommission* genannt wurde,<sup>1785</sup> das *IRK* in Genf,<sup>1786</sup> die *Hafip* und viele weitere Organisationen eine herausragende Rolle für die Tätigkeit der *JSS*. Weitere potentielle Spender fragte die *JSS* an, ob sie bereit seien Hilfe zu leisten. In vielen

---

<sup>1781</sup> Protokoll über die II. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 07.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 5–8.

<sup>1782</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>1783</sup> Vgl. dazu etwa Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium – für die Monate Januar und Februar 1941, wohl 05.03.1941, YVA, O.21/19, Bl. 1–3 sowie Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17.

<sup>1784</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll über die II. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 07.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 5–8.

<sup>1785</sup> Vgl. dazu etwa Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium – für die Monate Januar und Februar 1941, wohl 05.03.1941, YVA, O.21/19, Bl. 1–3; Protokoll IX der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 4. November 1941, YVA, O.21/18, Bl. 27–29.

<sup>1786</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll über die II. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, 07.10.1940, AŽIH, 211 aneks/23. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 5–8.

Fällen kann nicht gesagt werden, ob diese dann tatsächlich Hilfe leisteten, da keine weitere Korrespondenz in Bezug auf die direkten Hilfen<sup>1787</sup> vorliegt.<sup>1788</sup> An die Organisation *The Far Eastern Jewish Central Information Bureau for Emigrantes in Shanghai* findet sich beispielsweise ein Telegramm: „Benötigen dringend Lebensmittel Kleider Verbandstoffe Medikamente sendet an Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes für Jotese.“<sup>1789</sup> Ebenso an das *Centro de beneficencia privada Israelita de Mexico*,<sup>1790</sup> das sich nur mit einer Drahtnachricht des Inhalts meldete, die Organisation habe sich diesbezüglich mit den entsprechenden Gesellschaften in den USA in Verbindung gesetzt.<sup>1791</sup> Dennoch kamen in den ersten sieben Monaten der Tätigkeit des Präsidiums der JSS bereits große Mengen an Liebesgaben im Generalgouvernement an, die die Organisation an ihre Geschäftsstellen zur Weitergabe an die Bedürftigen verteilte.<sup>1792</sup> Die ausländischen nichtjüdischen Hilfsorganisationen, die die Liebesgaben für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung in das Generalgouvernement sandten, beachteten ebenfalls teilweise direkt religiöse Regeln und schickten statt des Schweinefleisches beispielsweise Fische, die speziell für die Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement bestimmt waren,<sup>1793</sup> oder aber nahmen den Umtausch der Waren, der teilweise aus diesem Grund erfolgte, zur Kenntnis.<sup>1794</sup>

Die Untersuchung der einzelnen Organisationen erfolgt in diesem Unterkapitel getrennt nach den einzelnen Organisationen. Die Hilfeleistung für die polnische Zivilbevölkerung<sup>1795</sup> im Generalgouvernement, die aus dem Ausland einlangte, war in vielen Fällen von den einzelnen Organisationen individuell organisiert. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nicht doch Kontakt zwischen den einzelnen ausländischen Organisationen gab. So war es in der Frühzeit – schon vor dem Entstehen der JSS – die *Hafip*, die Kontakt zu der europäischen Abordnung des

<sup>1787</sup> Eine Ausnahme stellt die „Ausländische Verwandtenhilfe“ dar, die man nicht unter „direkte Hilfe“ fasste. Durchaus erhielt die JSS auf diesem Weg Unterstützungen von einigen dieser Organisationen.

<sup>1788</sup> Vgl. dazu AZIH, 211 sowie AZIH, 211 aneks.

<sup>1789</sup> Abschrift Telegramm gezeichnet von Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, ohne Datum, AZIH, 211/78, Bl. 6.

<sup>1790</sup> Abschrift Telegramm JSS an Centro de beneficencia privada Israelita de Mexico, 11.06.1941, AZIH, 211/72, Bl. 4.

<sup>1791</sup> Centro de beneficencia privada Israelita de Mexico an JSS, 16.07.1941, AZIH, 211/72, Bl. 3.

<sup>1792</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AZIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6. „In der Berichtszeit sind Liebesgaben aus dem Auslande eingetroffen und zwar: *Bebieausstattung* [sic!] 418, *Damenkleider* 1.215, *Mädchenkleider* 824, *Kinderkleider* 2.406, *Männerhemden* 6.696, *Knabenhemden* 2.190, *Knabenkleider* 1.560, *leichte Männergarnituren* 900, [leichte] *Damengarnituren* 1.956, [leichte] *Kindergarnituren* 5.760, *Rohleinen* 52 Ballen von ca. 32.800 Yards, *imprägnierte Männerarbeitsbosen* 27 Ballen a 107 St. insgesamt 1.819, *andere in kleineren Mengen Wäsche- und Kleidungsstücke* 2.593, *Männerschube* 5.616 Paar, *Decken* 84. *Lebensmittel* *Bacons* 13.155 kg, *Schinken* 2.245 [kg], *Heringe* 566 Fass, *Lebertran* 89 [Fass], *Seife* 2.535 Stück.“

<sup>1793</sup> Vgl. etwa die Aufzeichnungen eines Mitarbeiters des AA in Berlin über ein Gespräch mit dem Vertreter der Commission for Polish Relief, 17.10.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1794</sup> Report of Polish trip, October 29 to Nov. 3, 1940 (Made by Commission for Polish Relief Representatives John Hartigan and Columba P. Murray, Jr.), PAAA, R 43085. „Reference was made to the CHIEF RELIEF COMMITTEE's letter, of August 17, 1940, with regard to the desire of the Jewish population to exchange, for religious reasons, their quota of pork products for a quantity of Herring to be agreed upon when the shipment of 3,329 barrels reached Poland. Now that practically all of the shipment had reached Poland, inquiry was made as to how the exchange would be effected, and it was agreed upon by all parties concerned that the exchange, and it was agreed upon by all parties concerned that the exchange would be made on the basis of the calorific value per kilo.“

<sup>1795</sup> Dies bedeutete in der nicht „rassisch“-konnotierten Sprache der Amerikaner den Einschluss der jüdischen Bevölkerung. Deshalb wird an Stellen, an denen über die Hilfsaktion der Amerikaner geschrieben wird oft – gerade in wörtlichen Zitaten – lediglich von der „polnischen Bevölkerung“ die Rede sein, da keine Unterscheidung zwischen den Menschen vorgenommen wurde, die auf dem Gebiet Polens lebten.



JDC aufnahm. Dies geschah vorrangig um die US-amerikanische Organisation über die bereits durch die schweizerische Organisation geleistete Hilfe zu informieren und Kontakt bezüglich der Transportmöglichkeiten in das Generalgouvernement zu organisieren.<sup>1796</sup> Es wäre wünschenswert gewesen ebenfalls den Kontakt zwischen den einzelnen ausländischen Hilfsorganisationen untereinander zu analysieren. Dies war aus mehreren Gründen nicht möglich. Zum einen – und hauptsächlich – führt diese Untersuchung bei der Beantwortung der dieser Studie zugrundeliegenden Fragestellungen nicht weiter. Zum anderen wurde dieser Abschnitt vor allem auf Basis der Unterlagen des Präsidiums der JSS und solchen des „Auswärtigen Amtes“ untersucht. Aus diesen ergeben sich allenfalls Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen den Organisationen,<sup>1797</sup> für eine genauere Analyse hätte man – wie es für das JDC und die *Hafip* erfolgt ist – viel stärker auf die Überlieferung der einzelnen ausländischen Hilfsorganisationen zurückgreifen müssen.

Schon vor dem Kriegseintritt der USA gab es Monate in denen das JDC für einzelne Hilfskomitees keine Zuteilungen vornahm.<sup>1798</sup> Andere Kriegssituationen führten ebenfalls dazu, dass die Hilfslieferungen aus dem Ausland nicht reibungslos erfolgen konnten: *„Dagegen sei die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland bedeutend gesunken. Infolge der englischen Blockade habe das Hooverkomitee nach dem Generalgouvernement nichts einführen können, obwohl die Deutsche Regierung den Liebesgabenschiffen freies Geleit zugesichert hätte.“*<sup>1799</sup> Die Verabfolgung von aus dem Ausland gesandten Spenden erfolgte nicht immer unmittelbar. Oft lagerte die JSS etwa Kleidung noch für eine gewisse Zeit in den Magazinen ein, damit sie diese zu gegebener Zeit an die Bedürftigen verteilen konnte.<sup>1800</sup> Dies führte dazu, dass für die Zeit nach dem Kriegseintritt der USA noch zu lesen ist, dass die JSS die Liebesgaben aus Amerika an die Bevölkerung abgab.<sup>1801</sup> Gelegentlich berichtete sie allerdings über Verluste von Sendungen.<sup>1802</sup>

In diesem Unterkapitel werden die ausländischen Hilfsorganisationen ähnlich der Darstellung in I.2 untersucht. Allerdings sind in diesem Kapitel einige Abschnitte hinzugekommen, da sich der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den ausländischen Hilfsorganisationen nach der Konstitu-

<sup>1796</sup> Vgl. etwa Hafip, Zürich, an das JDC-Komitee, Paris, 26.04.1940, BAB, R 58/9243. Zudem findet sich in der Akte eine Übersetzung des ursprünglich jiddischen Textes ins Englische. Vgl. BAB, R 58/9243.

<sup>1797</sup> Vgl. etwa Aufzeichnung, 30.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1798</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof /Rzeszow/ für den Monat September 1941, 05.10.1941, AŽIH, 211/931, Bl. 41–45.

<sup>1799</sup> Protokoll IX der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 4. November 1941, YVA, O.21/18, Bl. 27–29.

<sup>1800</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll der Sitzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe – Jüdisches Hilfskomitee Krakau-Land vom 3. April 1941, AŽIH, 211/586, Bl. 11–14 oder auch Bericht über die Fürsorgetätigkeit [Krakau-Land], 08.05.1941, AŽIH, 211/587, Bl. 11–13.

<sup>1801</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Januar 1942, 04.02.1942, AŽIH, 211/594, Bl. 32–35; Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Februar 1942 (Krakau-Stadt), 04.03.1942, AŽIH, 211/594, Bl. 39–42.

<sup>1802</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Jüdisches Hilfskomitee für den Kreis Reichshof /Rzeszow/ für den Monat August 1940, 04.09.1941, AŽIH, 211/930, Bl. 2–5.

ierung des Präsidiums der JSS doch erheblich erweiterten. Der erste Abschnitt in diesem Unterkapitel befasst sich mit dem Transfer von Geld und Waren, da diese Bedingungen den Rahmen für die Tätigkeit der im Folgenden behandelten Institutionen bildeten. Die erste Einrichtung die analysiert werden soll ist abermals das JDC. Ein Abschnitt zu dem Kontakt zu der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* folgt und diesem eine Fallstudie zur *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen*, die exemplarisch für die im neutralen Ausland tätigen jüdischen Organisationen steht. Deshalb wird der folgende Abschnitt mit einer Übersicht zu weiteren Organisationen dieser Art eingeleitet. In dem fünften Abschnitt wird die Rolle der *Comporel* untersucht. Es erfolgt eine Fallstudie zu „Inspektionsreisen“, die Vertretern der Organisation ins Generalgouvernement machten. Diese Analyse steht wieder exemplarisch für weitere Organisationen, die Reisen dieser Art unternahmen. Daneben werden die konkret durch *Comporel* geleistete Hilfe sowie Probleme in der Tätigkeit untersucht. Ähnlich verhält es sich mit den folgenden Abschnitten in denen der Kontakt zu den jüdischen Gemeinden, zu den Landmannschaften sowie die „Ausländischen Verwandtenhilfe“ thematisiert werden.

Für die Gründungsphase der JSS und die Zeit vor der Konstituierung des Präsidiums ließen sich nur wenige Hinweise darauf finden, dass das *Internationale Rote Kreuz* eine große Rolle spielte. Die *Hafip* gab beispielsweise im April 1940 an, dass sie ihre bisherigen Pakete über das IRK gesandt habe.<sup>1803</sup> Ein direkter Kontakt zwischen der JSS und dem IRK erfolgte nicht.<sup>1804</sup> Die Übernahme der Hilfslieferungen der *Comporel* berührte die JSS ebenso nur bedingt. Zwar profitierte sie von diesen Sendungen, – bestimmt waren sie allerdings für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement, sodass die JSS zwar Anteile davon erhielt, die Weiterleitung und Bearbeitung jedoch dem HHA oblag. Aus diesem Grund wird das IRK diesem Kapitel lediglich im Zusammenhang mit den Hilfslieferungen der *Comporel* im Abschnitt zu den „Inspektionsreisen“ Beachtung finden.

## II.6.1 Der Transport von Geld und Waren aus dem Ausland

Im „Volkspolitischen Informationsdienst“ hielt die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ fest, dass „*alle Liebesgaben aus dem Ausland in das Generalgouvernement vorher dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes [...] zur Genehmigung gemeldet werden müssen. Alle Liebesgabensendungen aus dem Ausland, die nicht auf dem Weg über das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in das Generalgouvernement kommen, sind ungesetzlich und werden sofort beschlagnahmt, außer den [...] Liebesgabenpaketen an bestimmte Einzelpfänger.*“ Weiter hieß es, dass die ankommenden Spenden, mit Ausnahme der Pakete an Einzelpfänger,

<sup>1803</sup> Hafip, Zürich, an das JDC-Komitee, Paris, 26.04.1940, BAB, R 58/9243.

<sup>1804</sup> Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks. Auch in einer Akte des *Internationalen Roten Kreuzes*, die die *Jüdische Unterstützungsstelle* zum Thema hat, findet sich keine direkte Korrespondenz zwischen der jüdischen Organisation und dem *Roten Kreuz*, sondern lediglich Berichte, Korrespondenz usw., die Genf von anderen Organisationen übermittelt bekam. Vgl. ACICR, G 59/7-257.

von Frachtkosten auf der „Deutschen Reichsbahn“ und der „Ostbahn“ befreit seien. Die Frachtbriefe müssten dafür aber durch eine Stelle des DRK gestempelt sein.<sup>1805</sup> Die Aufsichtsbehörde teilte Michał Weichert im März 1940 – also noch vor dem Erlass von Satzung und Geschäftsordnung – mit: *„Sendungen können ausnahmsweise auf folgendem Weg in das Generalgouvernement ohne weitere Formalitäten gesendet werden. Die Frachtbriefe müssen als Absender eine anerkannt charitative Organisation aufweisen und müssen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes [...] gerichtet sein, damit die Zoll- und Frachtfreiheit erlangt wird.“*<sup>1806</sup> Dabei müsse garantiert werden, dass von diesen Liebesgaben nicht ein Kilogramm gegen Bezahlung abgegeben werde, sondern dass es sich ausschließlich um eine kostenlose Verteilung an die notleidende jüdische Bevölkerung handle. Weiter teilte die Regierung mit, dass in Zukunft sämtliche Sendungen dieser Art über das Präsidium des DRK in Berlin zu leiten seien.<sup>1807</sup> Im April 1940 konnte das „Auswärtige Amt“ absehen, dass in Zukunft der Postpaketversand sowohl durch Deutschland als auch aus dem Ausland direkt in das Generalgouvernement möglich werden sollte. Dieser Postpaketverkehr sollte jedoch vorläufig auf Pakete bis fünf Kilogramm beschränkt bleiben. Eine solche Begrenzung bestand innerhalb des Generalgouvernements nicht, sodass Pakete mit einem höheren Gewicht – wenn sie zum Beispiel durch Spediteure oder als Frachtgut in das Generalgouvernement gelangten – zur weiteren Beförderung von der Post übernommen werden konnten, wenngleich sie ein Gewicht von fünf Kilogramm überschritten. Ebenfalls war der Aufbau einer Zollverwaltung im Generalgouvernement im Frühjahr 1940 abgeschlossen, sodass eine Abfertigung der ankommenden Liebesgaben zukünftig stattfinden könne: *„Gegen die an individuell bestimmte Personen im Gebiete des Generalgouvernements gerichteten Einzel- und Sammelsendungen von Liebesgabenpaketen aus dem Ausland bestehen keine Bedenken.“*<sup>1808</sup> Von der Schaffung einer Sammelstelle im Generalgouvernement, an die solche Pakete zwecks Weiterbeförderung an die Empfänger zu leiten wären, könne man absehen: *„Die ausländischen Versender werden der direkten Versendung an die Empfänger voraussichtlich größeres Vertrauen entgegenbringen. Dies kann dem Umfang und der Menge der Liebesgabensendungen zugute kommen. Alle Anwesenden erklären sich ausdrücklich darüber einig, daß diese Sendungen im deutschen Interesse liegend nach Kräften gefördert werden sollten.“*<sup>1809</sup> Alle Sendungen die *„Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel usw. enthalten“* konnten zoll- und gebührenfrei

<sup>1805</sup> HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 38.

<sup>1806</sup> Abschrift BuF, Abt. Freie Wohlfahrt an Michał Weichert, 16.03.1940, YVA, O.21/30, Bl. 1. Fast gleichlautend wurde dies auch Marek Bieberstein zwei Tage später mitgeteilt. Vgl. Abschrift BuF an die Jüdische Gemeinde, Marek Bieberstein, 18.03.1940, AZIH, 210/92, Bl. 3.

<sup>1807</sup> Ebd.

<sup>1808</sup> Aufzeichnungen über eine Besprechung im AA, betr. *„Regelung der Übersendung von Liebesgabenpaketen aus dem Ausland in das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“*, 03.04.1940, PAAA, R 43075. An der Besprechung nahmen Vertreter des AA, des OKW Ausland, des Reichsfinanzministerium, des Reichswirtschaftsministerium, des Reichsernährungsministerium, des RSHA, des DRK und der stellvertretende Bevollmächtigte des Generalgouverneurs teil.

<sup>1809</sup> Ebd.

eingeführt werden.<sup>1810</sup> Um zu verhindern, dass Liebesgabenpakete aus dem Ausland wieder zurückgesandt werden, wies das Amt des Generalgouverneurs die Postämter im Generalgouvernement an, Liebesgabenpakete aus dem Ausland zu befördern, obwohl der Paketverkehr aus dem Ausland nach dem Generalgouvernement und umgekehrt noch nicht zugelassen sei: *„Den Zeitpunkt von dem an die Pakete aus dem Ausland zugelassen werden, kann ich nur im Einvernehmen mit den Reichspostministerium bestimmen, weil zur Geheimhaltung der Grenzen der Paketverkehr nach dem Generalgouvernement und den befreiten Ostgebieten zum gleichen Zeitpunkt aufgenommen werden muss.“*<sup>1811</sup> Eine Gewichtsbeschränkung bis zu fünf Kilogramm sei nicht geplant, so die Regierung im April 1940.<sup>1812</sup> Das „Reichspostministerium“ teilte dem „Auswärtigen Amt“ kurze Zeit später mit, dass ab Mitte Mai geplant sei *„gewöhnliche Postpakete bis zum Gewicht von 20 kg aus dritten Ländern im Durchgang durch das Reichsgebiet nach dem Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete zuzulassen [...] Gegen die Versendung von Liebesgabenpaketen aus dem neutralen Ausland über das Reich an namentlich bezeichnete Empfänger im Generalgouvernement bestehen daher keine Bedenken.“*<sup>1813</sup> Ende Mai 1940 setzte sich das DRK mit dem Internationalen Roten Kreuz in Verbindung, um den *„Kollektiv-Versand von Liebesgabensendungen für Einzelpfänger, bei dem Vergünstigungen in Bezug auf Fracht und Zoll in Anspruch genommen werden“*, bei dem Besuch eines IRK-Vertreters zu erörtern. Dies geschah vor dem Hintergrund des Mitte Mai eröffneten Postpaketverkehrs aus dem Ausland ins Generalgouvernement: *„Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat sich dem Wunsche des Deutschen Roten Kreuzes angeschlossen die Rotkreuz Vermittlung zu entlasten von den Vermittlungen für rein jüdische Hilfswerke. Um zu erreichen, dass unmittelbare Durchführung – nur durch die Hand des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes in Krakau – vorgesehen wird, ist eine Unterrichtung des Internationalen Komitees durch seinen Delegierten an Ort und Stelle nötig, über die Möglichkeiten der gewünschten Regelung.“*<sup>1814</sup> Bei der Beförderung der Post war zu bedenken, dass diese aufgrund der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde nur in deutscher Sprache erfolgen konnte.<sup>1815</sup>

Der Transfer der Liebesgaben aus dem Ausland war allerdings nicht allein von den Vorschriften der Behörden der Besatzer bestimmt. Die Länder aus denen die Liebesgaben geschickt wurden hatten ebenso ihre eigenen Auflagen. So war es ab Januar 1941 von der Schweiz aus nicht möglich Liebesgabensendungen zu senden, da ab diesem Zeitpunkt *„sogar die Individualpakete von zwei Kilo*

<sup>1810</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. *„Liebesgabenpaketdienst für das Generalgouvernement“*, 19.04.1940, PAAA, R 43075.

<sup>1811</sup> Abschrift Amt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete, Leiter der Abteilung Post an den Beauftragten des AA im Amt des Generalgouverneurs, 24.04.1940, PAAA, R 43075.

<sup>1812</sup> Ebd.

<sup>1813</sup> Reichspostministerium an das AA betr. *„Liebesgabenpakete“*, 04.05.1940, PAAA, R 43075.

<sup>1814</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. *„Besuch des Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Dr. Marti, in Krakau“*, 28.05.1940, PAAA, R 43075.

<sup>1815</sup> Abschrift JSS an Föderation der Polnischen Juden in New York, 2[6].11.1940, BJ, 42/97. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/25, Bl. 239. *„Wir teilen Ihnen mit, dass wir ihnen am 21. ds. den nachstehenden Brief mit gewöhnlicher Post geschickt haben, den wir mit Rücksicht auf seine Beförderung per Luftpost durch unsere Aufsichtsbehörde gegenwärtig in deutscher Übersetzung übermitteln.“*

verboten“ waren beziehungsweise keine Ausfuhrbewilligungen mehr erteilt wurden. Aus diesem Grunde verhandelten Hilfsorganisationen aus der Schweiz mit Portugal, um so weiterhin Spenden senden zu können, doch auch dort konnten zu dieser Zeit lediglich Postpakete und diese nur an Privatpersonen geschickt werden.<sup>1816</sup> Im März 1941 gründete das Präsidium der JSS die Unterabteilung „Verwandtenhilfe“ innerhalb der Abteilung „Versorgung“. Sie sollte den Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement die Kontaktaufnahme mit ihren im neutralen Ausland wohnhaften Verwandten vermitteln und Bitten einzelner Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement um Übersendung von Geld, Nahrungsmitteln, Kleiderstücken und so weiter an deren ausländischen Verwandten weiterleiten.<sup>1817</sup> Ob ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Versandauflagen der neutralen Länder Europas und der Einrichtung dieser Abteilung im Präsidium der JSS bestand, kann nicht belegt werden. Die Pläne für diese Abteilung existierten bereits in der Zeit davor.<sup>1818</sup>

Die *Hafip* kaufte ebenso in Jugoslawien und Portugal ein und ließ die Liebesgaben von dort in das Generalgouvernement senden.<sup>1819</sup> Aus Persien langten ebenfalls Pakete ein, die die *Hafip* schicken ließ.<sup>1820</sup> Die Organisationen wollten jede Ankunft eines Transportes bestätigt und später entsprechend quittiert bekommen.<sup>1821</sup>

Daneben bediente sich die Organisationen Speditionen, die Hilfsgüter in das Generalgouvernement brachten<sup>1822</sup> oder diese innerhalb des Generalgouvernements transportierten.<sup>1823</sup> Diese traten ebenso an die JSS heran und eröffneten weitere Möglichkeiten des Einkaufs und Transports der Nahrungsmittel – etwa über die „*Polish Atlantic Shipping Company*“ in New York, so der Vorschlag der Spedition, die in neutralen Staaten und hauptsächlich in Schweden größere Mengen von Nahrungsmitteln gegen Dollar einkaufen und die Überführung dieser Produkte ins Generalgouvernement veranlassen sollte.<sup>1824</sup> Das Präsidium der JSS war allerdings nicht sehr euphorisch, dass dieser Weg gangbar ist, da es sich der Probleme, die mit dem Einkauf von Lebensmitteln im „neutralen Ausland“ verbunden waren, bewusst war:

„Wir danken Ihnen für Ihre w. Mitteilungen [...] können aber noch immer keine endgültige Erklärung über Ihre [...] Offerte abgeben, solange die jetzt in der Einfuhrfrage resp. auch in der Einkaufsmöglichkeit herrschenden Zustände nicht völlig aufgeklärt sind. Nach den uns zukommenden

<sup>1816</sup> Hafip, Zürich an das JDC, Krakau, 07.01.1941, AŽIH, 210/155, Bl. 6.

<sup>1817</sup> Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17. Vgl. ebenso Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Präsidium für den Monat März 1941, wohl 05.04.1941, YVA, O.21/19, Bl. 4f. und Bl. 7.

<sup>1818</sup> Vgl. hierzu II.6.7.

<sup>1819</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Hafip, 14.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 251.

<sup>1820</sup> Abschrift JSS an Hafip betr. „*Liebesgabensendungen*“, 25.06.1941, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 255.

<sup>1821</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Hafip, 29.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 39.

<sup>1822</sup> Vgl. etwa Internationale Spedition C. Hartwig, Warschau, an JSS betr. „*Liebesgabentransporte mit Lebensmitteln aus Schweden u.a. neutralen Staaten*“, 07.01.1941, AŽIH, 211/87, Bl. 1–3.

<sup>1823</sup> Handels- & Industriegesellschaft Alfred Jurzykowski an JSS, 08.05.1941, AŽIH, 211/87, Bl. 11.

<sup>1824</sup> Internationale Spedition C. Hartwig, Warschau, an JSS betr. „*Liebesgabentransporte mit Lebensmitteln aus Schweden u.a. neutralen Staaten*“, 07.01.1941, AŽIH, 211/87, Bl. 1–3.

Mitteilungen sind die Ausfuhrmöglichkeiten in vielen neutralen Ländern sehr gering und eine waggomässige Ausfuhr von Lebensmitteln unzulässig. /Schweiz, Jugoslawien/. Die Ausfuhr ist nur von Paquetten bis zu einem gewissen Gewicht zulässig u. zwar von Verwandten an Verwandte im Generalgouvernement. Ob es in Schweden möglich sein wird diese Mengen der Nahrungsmittel, wie sie angeben anzukaufen und auszuführen, ist uns nicht bekannt. Ausserdem ist bei uns letzters eine Verordnung erschienen, dass Paquette auch Liebesgaben, deren Wert 25 RM überschreitet unzulässig ist und ins Ausland zurückgesendet werden, so dass auch diese Privatpaquette an Verwandte nicht sicher sind, weil es ungewiss ist, welche Preise bei Artikeln die nicht im Verkehr sind /Kaffee, Tee u.s.w./ bei der Bewertung zugrunde gelegt werden. Diese alle Zweifel mussten aufgeklärt werden.“<sup>1825</sup>

Im Laufe der Zeit traf die JSS in Absprache mit den Besatzern die Regelung, dass alle Sendungen – egal an welchen jüdischen Verein sie adressiert worden waren – dem Präsidium der JSS übergeben wurden.<sup>1826</sup> Zudem bemühte sich die JSS sich im Mai 1941 darum, dass der Beauftragte des DRK für die aus dem Ausland für die jüdische Bevölkerung ankommenden Pakete seinen Schutz gewährte.<sup>1827</sup>

„Unsere Ermittlungen über die Liebesgabensendungen von ausländischen Juden an ihre Verwandten im Generalgouvernement ergaben, dass infolge verschiedener Schwierigkeiten sowohl technischer, als auch formeller Art die Sendungen in kleinen Postpaketen erfolgen. Da den Bestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes gemäss, nur Waggon- und Stückgutsendungen den Schutz des Roten Kreuzes und Zoll- und Frachtfreiheit geniessen, sind die Postsendungen nicht nur mit verschiedenen Zollabgaben belastet, sondern auch Gefahren ausgesetzt, welche die vom Roten Kreuz geschützten Liebesgabensendungen nicht bedrohen. Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe will versuchen die ausländischen Wohlfahrtsvereine zur Organisation von Sammelsendungen zu bewegen. Es bestehen aber begründete Zweifel, ob dies gelingen werde. Mitteilungen aus dem Ausland zufolge, bestehen in manchen Ländern Verbote, grössere Mengen von Lebensmitteln ins Ausland zu senden. Ueberdies würde die Organisation von Sammelsendungen auf Schwierigkeiten organisatorischer Art stossen. Schliesslich scheinen die ausländischen Speditionsfirmen auf Grund ihrer Erfahrungen die Vermittlung der Post zu bevorzugen. Die obengenannten Umstände veranlassen uns an den Herrn Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes mit der ergebenen Bitte heranzutreten, das Deutsche Rote Kreuz möge die Möglichkeit der Gewährung von Schutz- und Zollfreiheit für solche Postsendungen in Erwägung ziehen, die Lebensmittel enthalten und für die die Postgebühren entrichtet werden.“<sup>1828</sup>

Zwischenzeitlich kam es immer wieder zu Problemen mit den ankommenden Sendungen, die vor allem aus Warschau berichtet wurden. Im Zollamt Warschau lagerten Sendungen für die JSS. Die Sendungen waren an den Beauftragten des DRK für die JSS gerichtet, nach vorheriger Genehmigung des Präsidiums des DRK in Berlin. Von Berlin sei damals eine entsprechende Aufklärung an das Zollamt Warschau gesandt worden. Allerdings teilte das Zollamt Warschau dem Distriktberater in Lublin mit, dass „*die Pakete nach verstrichener Frist an den Absender zurückgesandt wurden.*“<sup>1829</sup> Das

---

<sup>1825</sup> Abschrift JSS an Internationale Spedition C. Hartwig betr. „*Liebesgaben-Transporte*“, 20.01.1941, AŽIH, 211/87, Bl. 7. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 96.

<sup>1826</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseres Vorsitzenden im Deutschen Roten Kreuz*“, 21.02.1941, AŽIH, 211/181, Bl. 10 oder auch JSS an BuF betr. „*Besprechung unseres Vorsitzenden mit dem Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes*“, 07.05.1941, AŽIH, 211 aneks/40, Bl. 130.

<sup>1827</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an BuF betr. „*Vorsprache unseren Vorsitzenden im Deutschen Roten Kreuz*“, 20.05.1941, AŽIH, 211 aneks/43, Bl. 78.

<sup>1828</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK über BuF betr. „*Sendungen von Liebesgaben aus dem Auslande durch die Post*“, 20.05.1941, AŽIH, 211 aneks/43, Bl. 62f.

<sup>1829</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK betr. „*Devisenbescheinigung für Liebesgaben*“, 06.07.1942, AŽIH, 211 aneks/84, Bl. 531.

Präsidium der JSS wandte sich deshalb an den Beauftragten des DRK mit der Bitte, er möge das Zollamt Warschau aufklären, dass „*Liebesgaben zollfrei sind und dass die Rücksendung von an das Deutsche Rote Kreuz adressierten Liebesgaben nicht erwünscht ist, da auf diese Weise die für die notleidende Bevölkerung im Generalgouvernement bestimmten Lebensmittel ihrem Zwecke entzogen werden.*“<sup>1830</sup>

Genaue Zahlen über die Pakete, die aus dem Ausland für die notleidende Bevölkerung im Generalgouvernement ankamen, lassen sich heute wohl nicht mehr exakt ermitteln. Für einen gewissen Zeitraum liegen uns für das Warschauer Ghetto Zahlen und eine Statistik aus welchen Ländern die Spenden kamen vor. Im Dezember 1940 etwa wurden 30.054 Pakete, darunter 6.564 ausländische, an die Postsammelstelle des Ghettos geliefert. Im Folgemonat waren es 60.347 Pakete darunter 7.381 ausländische, im Februar 1941 dann 61.868 darunter 6.721 ausländische und in den ersten 22 Tagen des März 45.589 darunter 7.459 ausländische Pakete.<sup>1831</sup> Woher die ausländischen Pakete stammen ist lediglich für die ersten 22 Tage des März 1941 belegt. 84,33 Prozent der Pakete stammten aus der Sowjetunion, 6,57 Prozent aus dem Deutschen Reich, aus Jugoslawien stammten 3,95 Prozent, aus den Niederlanden 0,95 Prozent, aus Ungarn 0,74 Prozent, aus der Slowakei 0,76 Prozent, aus der Türkei 0,48 Prozent, aus Italien 0,47 Prozent, aus Dänemark 0,33 Prozent, aus Portugal 0,30 Prozent, Schweden 0,25 Prozent, aus der Schweiz 0,09 Prozent, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren sowie aus Bulgarien und Rumänien jeweils 0,08 Prozent, und aus Belgien sowie Finnland 0,01 Prozent. Bei 0,52 Prozent der Pakete ist das Herkunftsland unbekannt. Den Inhalt der Pakete bildeten vorwiegend Lebensmittel für den persönlichen Gebrauch der Abnehmer. Außerdem langten in sehr kleinen Mengen Sendungen an, die für Handels- und Industriezwecke bestimmt waren. Absender der Pakete waren vorwiegend Privatpersonen.<sup>1832</sup> Diese Prozentzahlen stellen nur eine Momentaufnahme für eine Stadt dar. So verwundert es, dass die USA hier gar nicht auftauchen und die Zahlen für die Schweiz und Portugal eher gering sind, wenngleich wie bereits erwähnt aus diesen „neutralen Ländern“ viele Spenden ankamen. Allerdings kann dies auch darauf zurückzuführen sein, dass uns diese Zahlen lediglich für Warschau vorliegen. Die Spenden, die das Präsidium der JSS erreichten, kamen in Krakau an. Jedoch ist bereits an diesen Zahlen zu sehen, dass der Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion vermutlich zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement führte, denn ein großer Teil – fast 85 Prozent der vermutlich vor allem privaten Spenden<sup>1833</sup> – kamen aus der Sowjetunion. Nach Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion sanken diese vermutlich ab. Nachdem in der Sowjetunion keine

---

<sup>1830</sup> Ebd.

<sup>1831</sup> Übersetzung aus dem Polnischen Abschrift vom Postlager des Jüdischen Wohnbezirkes, Paket-Abteilung, an den Herrn Vorsitzenden der Abteilung betr. „*Bericht der Paketauslieferungsstelle*“, 24.03.1941, BJ, 199/95.

<sup>1832</sup> Ebd.

<sup>1833</sup> Ebd.

Einkäufe von Lebensmitteln mehr möglich waren, suchten die JSS und die ausländischen Organisationen nach neuen Möglichkeiten für den Kauf. In den meisten Ländern Europas existierte – wie bereits dargelegt – ein Ausfuhrverbot für Lebensmittel. Aus diesem Grund waren „noch nur 2 neutrale Länder verblieben, von denen Liebesgaben nach dem Generalgouvernement geschickt werden können d.i. Portugal und Schweden.“<sup>1834</sup>

Im August 1941 änderten sich die Modalitäten des Versands über den Beauftragten des DRK wohl und so teilte die JSS an die Schweiz mit, dass der Beauftragte des DRK sein Einverständnis erklärt habe, dass Päckchen mit einem Gewicht von bis zu 500 Gramm nicht in Kisten, sondern individuell an dessen Adresse zu Händen der JSS gesandt werden können. Diese Sendungen würden gleichfalls den Schutz des DRK genießen und zoll- und gebührenfrei sein. Zudem teilte die JSS mit, dass Pakete aus Portugal mit einem Gewicht von je 4,5 Kilogramm angekommen seien: „Wie [...] hieraus geschlossen werden kann, kommen die Pakete aus Portugal, u.zw. nicht nur im Gewicht von 1/2 kg, sondern auch von 4,5 kg, in gutem Zustand und nach nicht besonders langer Zeit, an. Wir bemerken demnach, dass es auch Ihnen möglich waere, an uns Pakete im Gewichte von 4,5 kg zu senden, was selbstverstaendlich zur bedeutenden Ermaessigung der Speditionskosten beitragen wuerde.“<sup>1835</sup>

Allerdings verlief der Versand beziehungsweise die Ankunft im Generalgouvernement nicht immer reibungslos. Bei einer Besprechung am 12. September 1941 eröffneten Vertreter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Weichert, dass die Freigabe von 900 Postpäckchen a 500 Gramm seitens der Devisenstelle auf Schwierigkeiten stoße, da Bedenken bestünden, ob diese Postsendungen als Liebesgaben zu betrachten seien: „Wir gestatten uns daher darauf aufmerksam zu machen, dass die obernährnten Postsendungen ausgesprochene Liebesgaben sind, sie wurden von einer schweizer charitativen Organisation, mit der wir in steter Verbindung stehen u.z. Hilfsaktion für notleidende Jude in Polen ‚HAFIP‘ Zürich auf unsere Bitte in Lissabon eingekauft und an unsere Dienststelle in Warschau d.i. das Jüdische Hilfskomitee Warschau-Stadt gesandt. [...] Wir glauben annehmen zu dürfen, dass uns ein Vorwurf die enthaltenen Liebesgaben in den Schleichhandel zu bringen, keineswegs treffen kann.“<sup>1836</sup> Wie die Aufsichtsbehörde und die einzelnen Abteilungen bei den Distriktchefs feststellen könnten, habe ein ähnlicher Fall bislang nicht stattgefunden. Die Versendung der Liebesgaben als Postpäckchen mit einem Gewicht von 500 Gramm sei die einzig zulässige Form der Versendung von Liebesgaben aus Portugal, welcher Umstand dem DRK bekannt sei. „Um jedoch jedem Verdacht aus dem Wege zu gehen, erklären wir hiermit, dass wir nach der Freigabe der erhaltenen Sendungen [diese] unter die 4 Distriktstädte verteilen und unsere Dienststellen in jeder Distriktstadt verpflichtet werden, die erwähnten Liebesgaben den deutschen Dienststellen zum

---

<sup>1834</sup> Abschrift JSS an Rabbiner Dr. Ehrenpreis in Stockholm betr. „Liebesgaben“, 21.07.1941, BJ, 42/97. Auch vorhanden in YVA, O.21/32, Bl. 268.

<sup>1835</sup> Abschrift JSS an Hafip betr. „Auslandssendungen“, 13.08.1941, YVA, O.21/34, Bl. 221f.

<sup>1836</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Liebesgaben aus Portugal“, 12.09.1941, AZIH, 211 aneks/54, Bl. 343f.



*Eintausch gegen Lebensmittel wie Mehl, Haferflocken, Zucker u.a. anzubieten.*<sup>1837</sup> Die Einzelsendungen waren spätestens ab Sommer 1942 nicht mehr möglich.<sup>1838</sup> Dies war auch den Schweizern bekannt, die versuchten der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement Linderung zu verschaffen.<sup>1839</sup>

Das Präsidium der JSS besaß ein Postfach beim Postamt in Krakau und wickelte den Postverkehr nicht über die jüdische Postsammelstelle des Ghettos ab. Allerdings kam es dabei im Dezember 1941 ebenfalls zu Problemen, da es der jüdischen Bevölkerung lediglich erlaubt war den kompletten Postverkehr über die Postsammelstelle des Ghettos abzuwickeln. Dies war allerdings mit Problemen verbunden, da es gerade bei dem Postversand mit dem Ausland bei der Postsammelstelle zu Problemen kam. Dazu gab man bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ an, dass sich die Briefe, die die JSS ins Ausland sende, sich primär auf Spenden für Verwandte bezögen. Im Anhang dieser Briefe befanden sich größere Namensverzeichnisse. Aus diesem Grund war es nicht möglich diese Informationen über Postkarten zu vermitteln. Postkarten waren zu dieser Zeit der einzige Weg, der von der Postsammelstelle des Ghettos aus möglich war. Aus diesem Grund bat die JSS weiterhin das Postschließfach außerhalb des Ghettos nutzen zu dürfen.<sup>1840</sup> Allerdings kam es in dieser Zeit nicht nur zu Problemen bei dem Versand der Post, sondern auch bei den Paketen und Päckchen.<sup>1841</sup> Ebenfalls zu dieser Zeit war es den Postsammelstellen in den jüdischen Wohnbezirken behördlicherseits verboten worden Briefe in das Ausland von „*jüdischen Auslieferern*“ entgegenzunehmen. Demzufolge verlor die JSS die Möglichkeit den Briefverkehr mit ausländischen Wohlfahrtsorganisationen aufrecht zu erhalten, die Lebensmittel, Medikamente und gebrauchte Kleider, also Liebesgaben, sandten.<sup>1842</sup>

<sup>1837</sup> Ebd.

<sup>1838</sup> JSS an den Beauftragten des DRK betr. „*Einzelsendungen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes*“, 25.02.1942, AŽIH, 211 aneks/71, Bl. 269. „*In Beantwortung des Schreibens vom 18.ds. [...] gestatten wir uns mitzuteilen, dass wir schon vor längerer Zeit die mit uns in Verkehr stehenden ausländischen charitativen Organisationen angewiesen haben keine Einzelsendungen an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes zu schicken. Die in vereinzelt Fällen eintreffenden Sendungen sind als Nachzügler zu betrachten und wir dürfen wohl annehmen, dass in der nächsten Zukunft diese Sendungen gänzlich aufhören werden.*“

<sup>1839</sup> Vgl. etwa Dr. A. Silberstein, Genf an Dr. L. Feldstein, Zürich, 05.07.1942, YVA, M.20/40, Bl. 33f.

<sup>1840</sup> JSS an BuF betr. „*Postempfang und Versand*“, 06.12.1941, BJ, 199/57.

<sup>1841</sup> JSS an BuF betr. „*Aufgabe von Postsendungen*“, 05.01.1942, AŽIH, 211 aneks/65, Bl. 496. Vershen ist das Schreiben mit einem Vermerk: „*Eilt sehr*“, „*Am 19. Dezember 1941 hat der Herr Oberverwaltungsrat Weirauch Herrn Dr. Hopf aufgetragen, bezüglich der Anordnung betreffend die Einstellung der Beförderung von Päckchen und Paketen von juedischen Auslieferern mit der Deutschen Post Osten zu verhandeln. Herr Dr. Hopf wurde unsererseits ueberdies gebeten, dahin zu wirken, dass wir die Möglichkeit haben saemtliche Paeckchen und Pakete auf einem Postamt ausserhalb des juedischen Wohnbezirkes aufzugeben, da die juedische Postsammelstelle Paeckchen und Pakete von juedischen Auslieferern nicht entgegennehmen duerfen. Gleichzeitig hat Herr Oberverwaltungsrat Weirauch Herrn Dr. Hopf aufgetragen, bei der Deutschen Post Osten zu erwirken, dass uns die Beförderung von Briefen ins Ausland ermoeeglicht werde, da wir recht oft gezwungen sind, laengere 4-seitige Briefe zu expedieren, deren Inhalt eine Postkarte nicht fassen kann und die vor der Versendung der Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge zur Genehmigung vorgelegt werden. Am 23. Dezember 1941 hat uns Herr Dr. Hopf fernmündlich verstaendigt, dass grundsaeztlich die Ausnahme fuer die Postsendungen fuer die Juedische Soziale Selbsthilfe von der erwaehten Anordnung bereits bewilligt wurde und dass wir hierueber von der zustaeendigen Stelle die Verstaendigung erhalten werden. Am 3. Januar l.J. hat uns Herr Dr. Marle von der Deutschen Post Osten [...] verstaendigt, dass bezueglich der Geldsendungen keine Schwierigkeiten bestehen, Arzneimittel doch in unserem Namen die Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge in der Regierung des Generalgouvernements ausliefern kann. Aus den genannten Gruenden bitten wir ergebenst, bei der Deutschen Post Osten erwirken zu wollen, dass wir die Moeglichkeit haben, bei dem Postamt Nr. 14 in Krakau, Zamojskistrasse, ungehindert Paeckchen und Pakete, Geldsendungen, sowie Briefe ins Ausland aufgeben koennen.*“

<sup>1842</sup> JSS an den Beauftragten des DRK betr. „*Briefwechsel der J.S.S. mit dem neutralen Ausland*“, 16.01.1942, BJ, 199/57.

„Als wir in dieser Angelegenheit bei unserer Aufsichtsbehörde d.i. Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Regierung des Generalgouvernements vorstellig geworden sind, wurde uns der Rat erteilt an den Herrn Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes mit der Bitte heranzutreten, er möge die Beförderung dieser für die notleidende Bevölkerung so wichtige Korrespondenz durch das Internationale Rote Kreuz in die Wege leiten. Wir erlauben uns dabei darauf hinzuweisen, dass es sich lediglich um den Briefwechsel des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für das Generalgouvernement handelt und nicht die der einzelnen Geschäftsstellen und dass der Inhalt der Briefe ausschliesslich Liebesgabensendungen und Verwandtensuche betrifft. Ferner gestatten wir uns zu bemerken, dass sämtliche von uns an die ausländischen Wohlfahrtsorganisationen geschriebenen Briefe erst nach der seitens der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Regierung des Generalgouvernements erfolgten Genehmigung zur Versendung gelangen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass der Herr Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit uns die Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes nicht versagen wird.“<sup>1843</sup>

Der Postpaketversand konnte aufrechterhalten werden. Da es jedoch immer wieder zu Problemen damit kam und auch andere Staaten Limitierungen im Versand von Lebensmitteln und anderen Gegenständen hatten, rief die JSS, so die These, die Abteilung „Ausländische Verwandtenhilfe“ ins Leben.<sup>1844</sup> Die Tätigkeit aller anderen ausländischen Hilfsorganisationen war ebenfalls vom Transport der Liebesgaben in das Generalgouvernement hinein abhängig.

Bei der Organisation der Hilfe durch die im Ausland lebenden Verwandten der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement war die JSS auf die Unterstützung ausländischer Hilfsorganisationen angewiesen, die die Regeln für den Transport in das Generalgouvernement übermitteln mussten:<sup>1845</sup> „Hierbei bedient sich die Unterabteilung der Vermittlung der Gesellschaft ‚Hias of America‘ in New York bzw. seiner in verschiedenen Städten befindlichen Abteilungen oder ähnlicher philanthropischer Gesellschaften in verschiedenen Ländern, welche diese ausländischen Verwandten der Juden im Generalgouvernement zur Hilfeleistung bewegen und ihnen Informationen und Weisungen über die formelle Seite der Geld- und Paketsendungen ins Generalgouvernement erteilen.“<sup>1846</sup> Diese Hilfssendungen von Verwandten aus dem Ausland leitete nicht allein das Präsidium in die Wege, sondern auch einzelne Komitees. So hieß es etwa in einem Protokoll des Komitees für den Kreis Reichshof: „Betreffens Verwandtenhilfe hat das hiesige Komitee insbesondere die Hilfsaktion für Paketsendungen in Angriff genommen. Die Meldungen sind zufriedenstellend.“<sup>1847</sup>

<sup>1843</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK betr. „Briefwechsel der J.S.S. mit dem neutralen Ausland“, 14.01.1942, AŽIH, 211 aneks/66, Bl. 610. Auch vorhanden in BJ, 199/57. Darüber wurde auch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ unterrichtet: „Hiermit gestatten wir uns mitzuteilen, dass unser Vorsitzender am 30.ds. beim Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes vorgesprochen hat. Den Gegenstand der Besprechung bildete die Uebermittlung der ausländischen Briefe an die J.S.S. durch das Deutsche Rote Kreuz, ferner die Uebermittlung kurzer Mitteilungen / 25 Worte / an die Juden in den Kriegsführenden Ländern und schließlich die Versendung von Paketen an kriegsgefangene Juden im Zusammenhang mit dem Verbot Pakete von jüdischen Auslieferern entgegenzunehmen. In den ersten zwei Fragen erwartet der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes die Weisungen des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin, in der dritten Angelegenheit haben die Juden sich des Polnischen Roten Kreuzes zu bedienen.“ JSS an BuF betr. „Vorsprache beim Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes“, 31.01.1942, AŽIH, 211 aneks/68, Bl. 607.

<sup>1844</sup> Vgl. hierzu II.6.7.

<sup>1845</sup> Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17.

<sup>1846</sup> Ebd.

<sup>1847</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 2. November 1941, AŽIH, 211/933, Bl. 4f.

Allerdings kamen nicht alle Lieferungen aus dem Ausland in ihrer ursprünglich abgesandten Menge bei der JSS an.<sup>1848</sup>

## II.6.2 Das *American Joint Distribution Committee*

„Die Juden, die aus dem Bezirk links der Weichsel ins Warschauer Ghetto deportiert wurden und dann aus dem Getto geflohen sind, gehen mehrheitlich betteln und verteilen sich auf die umliegenden Dörfer, um gegen Kost und Logis zu arbeiten. Informationen aus dem Warschauer Getto zufolge konzentriert sich die politische Arbeit der Juden ganz auf die jüdisch-amerikanische Hilfsorganisation Joint mit Sitz in der Tlomackie-Straße. Die Führer der einzelnen Organisationen sollen dort arbeiten und überwiegend leitende Stellungen einnehmen. Da man die Schließung dieser Organisation befürchtet, insbesondere im Fall des Kriegseintritts von Amerika, bemühten sich die Juden darum, sich in eine ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ umzuwandeln und den Eindruck zu erwecken, sie wäre eine ausschließlich auf Landesebene arbeitende Organisation.“<sup>1849</sup>

Wie bereits in Kapitel I dargelegt, bestand für das internationale Judentum und auch für Polen schon vor dem Krieg eine internationale Hilfsorganisation, das *American Joint Distribution Committee*. In Polen hatte die Organisation ihren Sitz in Warschau. Nach dem Überfall auf Polen und der Einrichtung des Generalgouvernements machten die NS Krakau zur Hauptstadt. Aus diesem Grund sollte das JDC – genau wie die JSS – seine Zentrale in Krakau einrichten.<sup>1850</sup> Jedoch sollte es seine rechtliche Stellung als US-amerikanische Organisation im Generalgouvernement behalten. Darauf wirkte auch das „Auswärtige Amt“ in Berlin hin.<sup>1851</sup> Bereits seit Ende März 1940 genoss

<sup>1848</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „Zuweisung von Postpaketen für allgemeine Wohlfahrtszwecke“, 18.11.1942, AŽIH, 211/66, Bl. 60. „In Vermerken vom 31. August und 17. Oktober l.J. haben wir uns gestattet, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge auf die Beschlagnahme von ausländischen, den Juden im Generalgouvernement gesandten, Postpaketen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken sowie auf die entsprechenden Bestimmungen der 4. und 5. Devisenordnung aufmerksam zu machen. Nun erfahren wir, dass die beschlagnahmten Postpakete, die gebrauchte Kleidung enthalten, dem Polnischen Hauptausschuss zum Verkauf angeboten wurden. Mit Hinweis auf die in den obgenannten Vermerken enthaltenen Ausführungen erlauben wir uns, ergebnis zu bitten, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge die zuständigen Dienststellen veranlassen wollen, dass sie die beschlagnahmten Postpakete unserer Organisation für die Zwecke der allgemeinen Wohlfahrt überlassen.“

<sup>1849</sup> Bericht des Kommandos des Bunds für den Bewaffneten Kampf, Warschau, 13.09.1941, AAN, 1326/203/X-70, Bl. 1–8.

<sup>1850</sup> Vgl. etwa Abschrift BuF an JDC, Warschau, 01.06.1940, AŽIH, 210/67, Bl. 7.

<sup>1851</sup> Entwurf AA an den Beauftragten des AA beim Generalgouverneur, 12.07.1940, PAAA, R 43075. „Die Niederlassung und Bestätigung einer juristischen Person wie des ‚American Joint Distribution Committee‘, in einem fremden Staate regelt sich nach dem zwischen diesem Staate und dem Heimatstaate der betreffenden juristischen Person bestehenden Verträgen. Fehlt es an einer Vertretungsregelung, dann entscheiden etwaige gewohnheitsrechtliche Vorschriften oder die zwischen den jeweils in Frage stehenden Staaten bestehende tatsächliche Übung. Im vorliegenden Fall unterliegen die Behörden des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete bei Beurteilung der Zulassung, sowie der Art und des Umfangs der Tätigkeit des ‚American Joint Distribution Committee‘ im Generalgouvernement rechtlich keinen zwischenstaatlichen Bindungen. Der deutsch-amerikanische Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag von Jahre 1934 kommt nicht in Anwendung, weil das Generalgouvernement nicht dem Deutschen Reich eingegliedert und eine Ausdehnung der Wirksamkeit des Vertrages auf das Gebiet des Generalgouvernements mit erfolgt ist. Etwaige polnisch-amerikanische Verträge und eine in der früheren polnischen Republik bestandene Rechtsübung sind für die Entscheidung der aufgeworfenen Frage ohne Bedeutung, weil der ehemalige polnische Staat untergegangen ist. Die Behörden können daher über die Zulassung, die Art und den Umfang der Bestätigung des ‚American Joint Distribution Committee‘ im Gebiete des Generalgouvernements auf Grund ihrer Interessenlage entscheiden. Von hier aus gesehen, dürfte ein Entgegenkommen insofern geboten erscheinen, als ein deutsches Interesse an der Hilfstätigkeit des ‚American Joint Distribution Committee‘ besteht. Durch die Hilfssendungen dieser amerikanischen Hilfsorganisation an die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement wird die Versorgung eine beträchtlichen Teiles der im Generalgouvernement lebenden Bevölkerung erleichtert, was indirekt auch dem deutschen Volke zugute kommen kann.“

das JDC als US-amerikanische Organisation eine besondere Stellung innerhalb der Gruppe der im Generalgouvernement tätigen Fürsorge- und Wohlfahrtsvereine.<sup>1852</sup> Im August 1940 teilte die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ dem JDC mit, *„dass eine ausdrückliche Bestätigung Ihrer Tätigkeit im Rahmen der Aufgaben rechtlich nicht erforderlich ist und dass gegen die Fortführung Ihrer Hilfstätigkeit im Generalgouvernement keine Bedenken bestehen.“*<sup>1853</sup> Allerdings war es bereits in der Zwischenzeit zu Problemen zwischen der Zivilverwaltung und der US-amerikanischen Organisation gekommen. Ende Juli 1940 wandte sich die Aufsichtsbehörde an das JDC, dass dieser entgegen einer Vereinbarung die Liebesgaben ohne Genehmigung verteilt habe. Der US-amerikanischen Organisation verbot die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ damit endgültig die Verteilung von Liebesgaben ohne einen durch die Besatzer genehmigten Verteilungsplan: *„Bei Wiederholung derartiger Vorfälle werde ich dem Sicherheitsdienst sofort Mitteilung machen und die notwendigen Schritte zur Sicherung der angekommenen Liebesgaben vornehmen, da wir sonst keine Garantie uebernehmen koennen, dass die eingetroffenen Liebesgaben auch wirklich fuer den Zweck gebraucht werden, fuer den sie bestimmt sind.“*<sup>1854</sup>

Die wichtigste Bedeutung des JDC für die JSS waren die Geldmittel, die von der US-amerikanischen Organisation gezahlt wurden. Jedoch gab es Einrichtungen beziehungsweise Ideen für Aktionen, derer sich das Präsidium der JSS – entweder noch während der Tätigkeit des JDC im Generalgouvernement, spätestens aber nach seinem Ausscheiden als Akteur – annahm. Dazu zählte die Einrichtung der „Ausländischen Verwandtenhilfe“, auf die im Folgenden noch genauer einzugehen sein wird, ebenso wie die Inspekture des JDC, die bereits in II.2.6 ausführlicher in Bezug auf die Tätigkeit der JSS behandelt wurden.<sup>1855</sup> Die Mittel die das JDC der JSS zur Verfügung stellte waren eine wichtige finanzielle Säule der Tätigkeit der jüdischen Organisation im Generalgouvernement. So hieß es in der Budgetvorlage für das erste Halbjahr 1942, dass diese auf Grund der von den jüdischen Wohlfahrtsanstalten im Generalgouvernement zugesandten Tätigkeitsberichte sowie auf Grund von einigen direkten Beobachtungen bezüglich der Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung berechnet worden sei. Aus den Angaben ersah das Präsidium, dass sich der Prozentsatz der um Hilfe Ansuchenden auf 30 bis 70 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung der gegebenen Ortschaft, je nach den Eigenschaften der Einwohner, belaufen habe. In Ortschaften

<sup>1852</sup> Bescheinigung BuF, 29.03.1940, AŽIH, 210/34, Bl. 49. *„Es wird hiermit bescheinigt, dass das American Joint Distribution Committee in Warschau [...] eine amerikanische Wohlfahrtsorganisation ist, und dass die in ihren Räumen befindlichen Gegenstände und Aktenvorgänge Eigentum der genannten amerikanischen Organisation ist. Die Interessen dieser amerikanischen Organisation müssen gewahrt werden.“*

<sup>1853</sup> Abschrift BuF an JDC betr. *„Rechtliche Stellung des American Joint Distribution Committee im Generalgouvernement“*, 06.08.1940, APW, Kreishauptmannschaft Warschau-Land/331, Bl. 27. Die Abschrift war Anhang eines Schreibens von BuF an den Kreishauptmann von Warschau vom 19. August 1940. Vgl. BuF an Kreishauptmann Warschau-Land betr. *„Rechtliche Stellung des American Joint Distribution Committee im Generalgouvernement“*, 19.08.1940, APW, Kreishauptmannschaft Warschau-Land/331, Bl. 24.

<sup>1854</sup> Abschrift BuF an das JDC, Krakau, betr. *„Liebesgabensendungen aus der Schweiz“*, 29.07.1940, YVA, O.21/16-2, Bl. 11.

<sup>1855</sup> Vgl. hierzu II.1.5, II.2.5 sowie II.6.7.

in welchen eine größere Zahl von Flüchtlingen konzentriert gewesen sei, sei „*naturnotwendig der Prozentsatz der um Hilfe ansuchenden und Hilfebedürftigen*“ höher gewesen. Im Kontext dieser Budgetvorlage hieß es: „*Wir betrachten die vom American Joint Distribution Committee erteilten Zuwendungen nur als Ergänzung der Ausgaben der örtlichen Fürsorgeanstalten. Laut der bereits gewonnenen Erfahrungen, soll das AJDC nur ein zur Belebung der Wohlfahrtsaktion anregender Faktor sein. Wir fordern daher, dass die soziale Selbsthilfe im Wege von örtlichen Sammlungen, mit eigenen Kräften ihre Anstalten führe und unsere Zuwendungen nur als permanente Ergänzung ihres Budgets betrachte. [...] Die Zuwendungen des AJDC werden den einzelnen Zellen der jüdischen sozialen Fürsorge durch die Vermittlung der JÜDICHEN SOZIALEN SELBSTHILFE verteilt.*“<sup>1856</sup> In der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 30. September 1941 erhielt die JSS vom JDC 17,5 Millionen Złoty in bar.<sup>1857</sup>

Im Dezember 1940 hielt die JSS fest, dass sich die Ausgaben für die Fürsorge auf etwa neun bis zehn Millionen Złoty pro Monat beliefen. Diese Ausgaben wurden zum Teil durch ausländische Spenden gedeckt.<sup>1858</sup> Allerdings erhielt die JSS große Beträge aus den Mitteln des JDC.<sup>1859</sup> Aus einem Bericht des Präsidiums aus dem Juli 1941 für die Monate Mai und Juni geht die Relation, der Gelder des JDC zu denen, die man von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ erhielt, detailliert hervor: „*So erhielt die J.S.S. vom American Joint Distribution Committee im Mai 450.000, im Juni 520.000 Złoty, die Zuwendungen seitens der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge noch im April Zł. 221.000 und im Mai Zł. 225.000 betragen hatten, sanken im Juni auf 45.900 und genau derselben Betrag wurde für den Juli in Aussicht gestellt.*“<sup>1860</sup> Neben der reinen Spende von Liebesgaben durch das JDC fanden wohl auch Besprechungen des Präsidiums der JSS mit der Aufsichtsbehörde statt, bei denen Vertreter der US-amerikanischen Organisation anwesend waren.<sup>1861</sup> Neben den unbedingt notwendigen Dingen gelangten etwa Kinderspielzeuge durch das JDC in das Generalgouvernement.<sup>1862</sup> In

<sup>1856</sup> Budgetvorlage der Jüdischen Wohlfahrtsanstalten der sozialen Fürsorge für das I. Halbjahr 1942, AŽIH, 210/2, Bl. 1.

<sup>1857</sup> Ebd., Bl. 3.

<sup>1858</sup> Protokoll III der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, AŽIH, 211 aneks/25. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 9–12.

<sup>1859</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe Präsidium für das abgelaufene Geschäftsjahr vom 5. September 1940 bis 31. März 1941, AŽIH, 211 aneks/52, Bl. 3–6. „*Das A.J.D.C. übergab uns in dieser Zeit Zł. 1,142.000 hiervon dem J.H.K. in Warschau direkt 485.000, den Restbetrag von Zł. 657.000 hat es für unsere Rechnung in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften, Filiale Krakau, erlegt.*“

<sup>1860</sup> Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Monate Mai und Juni 1941, wohl 15.07.1941, YVA, O.21/19, Bl. 10–12.

<sup>1861</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Präsidium für den Monat März, [05.04.1941], YVA, O.21/19, Bl. 4f. und Bl. 7.

<sup>1862</sup> Vgl. dazu etwa Bericht über die Fürsorgetätigkeit im Juli 1941 [Krakau-Land], 08.08.1941, AŽIH, 211/590, Bl. 3–6.

einigen Städten finanzierte das JDC die Führung der Volksküchen bis in den Juni 1941<sup>1863</sup> oder leistete neben den materiellen auch direkte finanzielle Hilfen.<sup>1864</sup>

„Nun sind wir am Ende unserer Mittel“, so hieß es in einem Bericht des Präsidiums der JSS aus dem Juli 1941, in dem neben den Mitteln, die sie aus Amerika erlangte angab, dass die Zuwendungen seitens der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Sinken begriffen waren.<sup>1865</sup> In der unmittelbaren Zeit vor dem Kriegseintritt der USA hielten einzelne Hilfskomitees fest, dass ihre Magazinbestände zu Neige gehen: *„Die Vorräte an Tran und Kondensmilch, die seinerzeit als Liebesgaben aus dem Auslande eingegangen, sind fast vollkommen erschöpft. Weitere derartige kräftigende Nahrungsmittel stehen nicht zur Verfügung.“*<sup>1866</sup> Die Probleme, die durch den Ausfall der Spenden aus den USA auftraten, wurden vom Präsidium in einem Bericht an die Aufsichtsbehörde direkt artikuliert: *„Infolge des Ausfalls der Subventionen des American Joint Distribution Committee waren wir nicht in der Lage, unsere Geschäftsstellen auch nur im bisherigen Ausmaße zu finanzieren.“*<sup>1867</sup> In einem Bericht des Hilfskomitees in Biala Podlaska erwähnte dieses, dass die Brotrationen die es an die jüdische Bevölkerung verteilte nach dem Aussetzen der Zahlung des JDC nicht mehr unentgeltlich verteilen konnten. Doch selbst die geringe Gebühr sei von vielen Menschen nicht zu entrichten gewesen, sodass weiterhin viele Brotrationen ohne die Zahlung von Gebühren ausgegeben werden mussten.<sup>1868</sup> Damit war für die Bevölkerung direkt eine Änderung der Verhältnisse durch den Kriegseintritt der USA und der fehlenden Mittel des JDC für das Präsidium der JSS spürbar, da dadurch die Menschen denen die Hilfe zuteilwurde selbst zur Kasse gebeten werden mussten.

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika und dem damit verbundenen Rückzug des JDC übernahm das Präsidium der JSS die Weiterführung der Aufgaben der US-amerikanischen Organisation im Generalgouvernement. Es war damit betraut die für das JDC ankommenden Sendungen in Empfang zu nehmen.<sup>1869</sup> Allerdings war damit wohl nicht nur die Übernahme der Rechte, sondern auch die der Pflichten verbunden. So wandte sich im Februar 1942 ein Spediteur an das Präsidium der JSS mit einer für das JDC ausgestellten Rechnung. Der Spediteur erwartete, dass die JSS diesen Betrag beglich. Zudem waren die Sendungen noch an die US-amerikanische Organisation im Generalgouvernement adressiert. Die JSS bat dies zu ändern

---

<sup>1863</sup> Bericht, Denkschrift bzw. Gesuch des Hilfskomitees in Biala Podlaska, August 1940, AŽIH, 211/201, Bl. 21f. Aus dem Inhalt des Dokumentes lässt sich schließen, dass es eigentlich im August 1942 entstanden sein muss.

<sup>1864</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll Nr. 13 der Sitzung des J.H.K. Radom-Stadt vom 25. Mai 1941, AŽIH, 211/865, Bl. 11–13.

<sup>1865</sup> Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Monate Mai und Juni 1941, [15.07.1941], YVA, O.21/19, Bl. 10–12.

<sup>1866</sup> Protokoll der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vom 17. Dezember 1941 (Krakau-Stadt), AŽIH, 211/594, Bl. 4–9.

<sup>1867</sup> Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. November 1941 bis 31. Januar 1942, versandt am 13.02.1942, YVA, O.21/18-1, Bl. 44–46. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 22–24.

<sup>1868</sup> Bericht, Denkschrift bzw. Gesuch des Hilfskomitees in Biala Podlaska, August 1940, AŽIH, 211/201, Bl. 21f. Aus dem Inhalt des Dokumentes lässt sich schließen, dass es eigentlich im August 1942 entstanden sein muss.

<sup>1869</sup> Bescheinigung, 10.03.1942, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 2. Vgl. dazu auch JSS an BuF betr. „Stampiglien und Durchschläge der Korrespondenz des Joint“, 13.03.1942, AŽIH, 211 aneks/73, Bl. 224.

und künftig Sendungen direkt an sie zu adressieren.<sup>1870</sup> Bei der Versorgung der aus dem Reich deportierten Menschen, sah sich die JSS ebenfalls vor neue Aufgaben gestellt und wandte sich deshalb an die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*. Diese Wendung diente zum einen dazu Mittel, die für das JDC bestimmt waren und die sich unter Umständen noch bei der jüdischen Vereinigung in Berlin befanden, anzufordern. Zum anderen hieß es auch: „*Wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind unsere Mittel nach dem Wegfall der Zuwendungen des Joint sehr gering und sind wir nicht in der Lage, die im Generalgouvernement ansässigen und die aus dem Reiche und Protektorat ausgesiedelten hilfsbedürftigen Juden zu unterstützen. Daher erwarten wir von Ihnen, dass Sie uns einen grösseren Betrag zur Verfügung stellen werden. Sollte eine Genehmigung der Deutschen Dienststellen im Generalgouvernement zu diesem Zwecke dienlich sein, sind wir bereit, die nötigen Schritte zu unternehmen, um Ihnen eine solche zu verschaffen.*“<sup>1871</sup>

### II.6.3 Die Verbindung zur *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*

Mit der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* war die JSS nicht erst seit dem Kriegseintritt der USA und dem damit verbundenen Wegfall der direkten Tätigkeit des JDC in Kontakt. Die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* war die Nachfolgeeinrichtung der *Reichsvertretung der Deutschen Juden*. Beide hatten ihren Sitz in Berlin. Die *Reichsvereinigung* knüpfte an die personellen Traditionen der Vorgängereinrichtung an, sodass die Vereinigung im Jahr 1939 bereits auf Erfahrungen aus den Jahren davor zurückgreifen konnte. In der *Reichsvereinigung* waren per Verordnung alle deutschen und staatenlose Juden und Jüdinnen die im Deutschen Reich lebten zusammengefasst.<sup>1872</sup> Bei dem Kontakt, den die JSS zu der Vereinigung im Reich suchte, kam es der Organisation im Generalgouvernement nicht nur auf die materielle Hilfe an. Die JSS wollte zudem aus den Erfahrungen anderer Einrichtungen die in ähnlicher Weise tätig waren profitieren. Aus diesem Grunde hatte sich die Organisation aus dem Generalgouvernement bereits im Dezember 1940 an die jüdischen Gemeinden in Prag und Wien gewandt.<sup>1873</sup> Der Kontakt zwischen der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* und der JSS war schon sehr früh durch das Präsidium der JSS angebahnt worden: „*Hiermit wenden wir uns an Sie in folgender Angelegenheit: Wir ersuchen Sie höflichst uns gefälligst Ihr ganzes Material*

<sup>1870</sup> JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Liebesgabensendungen*“, 28.02.1942, AŽIH, 211 aneks/71, Bl. 88. „*Wir erhielten eine für den Joint ausgestellte Rechnung der Firma J.D. Riedel – E. de Haen A.G. in Berlin [...] vom 23. Februar l.J. über abgesandte Heilmittel im Betrag von RM. 269.10. Wie Ihnen bekannt ist übergab der Joint sämtliche aus dem Ausland erhaltenen Liebesgaben und Geldzuwendungen gleich nach dem Eintreffen uns zur Weiterverteilung im Generalgouvernement. Mit der Liquidierung des Joint sind sämtliche Liebesgaben direkt an uns zu senden. Wir bitten daher die Firma Riedel anweisen zu wollen, dass sie der Bahn den Auftrag erteilt, die an den Joint adressierten Sendungen uns auszuliefern und in der Zukunft sämtliche Sendungen an uns direkt zu adressieren.*“

<sup>1871</sup> Abschrift JSS, Abt. Versorgung an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Ueberweisung von Zuwendungen*“, 04.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 49.

<sup>1872</sup> Vgl. zu der Reichsvereinigung v.a. die neuste dazu erschienene Studie: MEYER: Tödliche Gratwanderung. Bereits früher wurden Studien zur *Reichsvertretung* und *Reichsvereinigung* veröffentlicht. So etwa ESRIEL HILDESHEIMER: Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994.

<sup>1873</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an die Jüdische Gemeinde Prag, Abteilung Fürsorge betr. „*Materialien über Ihre Fürsorgetätigkeit*“, 27.12.1940, AŽIH, 211 aneks/27, Bl. 80f. Ein identisches Schreiben ging an die Abteilung Fürsorge der jüdischen Gemeinde Wien, 27.12.1940. Vgl. AŽIH, 211 aneks/27, Bl. 82f.

*betreffe der Volkswohlfahrtsaktion zwecks Verwendung im Generalgouvernement einzusenden. Wir haben nur geringe Erfahrung auf diesem Gebiete und darum ist es uns sehr daran gelegen, dass sie uns am schnellsten das entsprechende Material einzuschicken.*<sup>1874</sup> Mit einem weiteren Schreiben am 18. September 1941 übermittelte die JSS der Reichsvereinigung die Satzung und die Geschäftsordnung, um die Deutschen weiter in Bezug auf die Organisation im Generalgouvernement zu orientieren. Der eigentliche Grund des Schreibens war der Kontakt zwischen der Reichsvereinigung und dem Leiter der jüdischen Gemeinde Ostoberschlesien in Sosnowiec/Sosnowitz. Es ging dabei um die Versorgung von Arbeitslagern und die JSS bat darum, dass die Reichsvereinigung deswegen mit ihr Kontakt aufnehmen solle, da ihr die Betreuung der jüdischen Bevölkerung für das Generalgouvernement übertragen worden sei.<sup>1875</sup> Wenn es sich dabei wirklich um die Betreuung von Lagern in der unmittelbaren Umgebung von Sosnowiec/Sosnowitz handelte, lag die Reichsvereinigung falsch, da die Stadt nur für einen kurzen Zeitraum zum Generalgouvernement gehörte. Zudem unterrichtete die JSS die Berliner über die konkrete Lage der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement und sandte beispielsweise eine Denkschrift über die Lage der Warschauer jüdischen Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit wies das Präsidium der JSS auf das im ersten Brief angeforderte Material von der Reichsvereinigung hin, das man augenscheinlich noch nicht erhalten hatte.<sup>1876</sup> Mitte Oktober erhielt die JSS eine Rückmeldung der Reichsvereinigung mit vagen Antworten und der Bitte um eine Spezifizierung des gewünschten Materials.<sup>1877</sup> Dem kam die JSS nach. Sie wünschte Materialien, „die praktische Fingerzeige auch für unsere Tätigkeit enthalten. Es kämen als in erster Reihe die entsprechenden gesetzlichen Verordnungen in Betracht, ferner Richtlinien Ihrer Tätigkeit, die in Form von Rundschreiben, Instruktionen, Anweisungen u.dgl. erschienen sind. Sollten irgendwelche Berichte über Ihre Wohlfahrts- und Fürsorgetätigkeit erschienen sein, so würden wir ebenfalls Sie darum bitten.“<sup>1878</sup> Dieses hatte sie bis Dezember 1940 noch nicht erhalten.<sup>1879</sup> Im Januar 1941 schickte die Reichsvereinigung der JSS schließlich die Materialien und

<sup>1874</sup> Kopie JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 09.09.1940, AŽIH, 211/69, Bl. 1. Die Abschrift ist auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 216.

<sup>1875</sup> Abschrift JSS an die Reichsvereinigung der Deutschen Juden betr. „Zusendung von Heilmitteln“, 18.09.1940, AŽIH, 211 aneks/22, Bl. 89.

<sup>1876</sup> Abschrift JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „Die Lage der Juden in Warschau“, 30.09.1940, AŽIH, 211/69, Bl. 4. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 240.

<sup>1877</sup> Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an JSS betr. „Material betreffend Volkswohlfahrtsaktion“, 11.10.1940, AŽIH, 211/69, Bl. 2f. „Sehr geehrte Herren, wir wissen mangels genauer Kenntnisse der dortigen Verhältnisse nicht, welches Material wir Ihnen übermitteln sollen. Wir nehmen an, dass Sie Unterlagen für die Praxis der Wohlfahrtsunterstützung benötigen. In unserer Eigenschaft als Träger der jüdischen freien Wohlfahrtspflege obliegt uns die Unterstützung hilfsbedürftiger Juden. Diese erfolgt durch unsere Bezirks- und Zweigstellen nach den gleichen Richtlinien, welche in der öffentlichen Fürsorge massgebend sind, jedoch mit der Einschränkung, dass wir nur die Reichstärke der nicht gehobenen Fürsorge ansenden können zuzüglich der nach diesen Richtlinien zulässigen Mietbeihilfen. Lediglich jüdische Schwerkriegsbeschädigte erhalten für ihre eigene Person die Richardsätze der gehobenen Fürsorge. Die Richtlinien für die Ausübung der Wohlfahrtspflege finden sich in der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (RGBl. I S. 100), zu welcher später Änderungsverordnungen ergangen sind [...]. Zu weiteren Auskünften sind wir gern bereit, bitten Sie jedoch, die Fragen, die wir beantworten sollen und das Material, das Sie wünschen, genau zu bezeichnen.“

<sup>1878</sup> Abschrift JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „Material betreffend Volkswohlfahrtsaktion“, 14.10.1940, AŽIH, 211/69, Bl. 5. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/23, Bl. 55.

<sup>1879</sup> Abschrift JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „Die Materialien über Ihre Fürsorgetätigkeit“, 24.12.1940, AŽIH, 211/69, Bl. 6f. Auch vorhanden in AŽIH, 211 aneks/27, Bl. 115f.



stellte einen Tätigkeitsbericht aufgrund der veränderten Lage der Fürsorge und Wohlfahrt in Deutschland für April 1941 in Aussicht.<sup>1880</sup>

Auch an die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* übermittelte die JSS eine Mitteilung über die Einrichtung des Referates „Ausländische Verwandtenhilfe“, die direkte Anfragen nach namentlich bekannten Verwandten in Berlin enthielten.<sup>1881</sup> Zudem finden sich noch spezielle Anfragen nach „*Sendungen für die ausgesiedelten Juden aus dem Reich in das Generalgouvernement*“.<sup>1882</sup> Im Falle der „Ausländischen Verwandtenhilfe“ leitete beispielsweise die *Reichsvereinigung* Anfragen die an sie gerichtet waren an die JSS zur Beantwortung weiter, sofern sich die Gesuchten im Generalgouvernement und nicht im Reich aufhielten.<sup>1883</sup>

Zwischenzeitlich war es wohl zu einem kleinen Konflikt über Lieferungen des JDC gekommen.<sup>1884</sup> Die JSS richtete im April 1942 die Bitte an die *Reichsvereinigung*, dass diese „*uns einen namhaften Betrag zur Unterstützung der aus dem Reiche und Protektorat nach dem Generalgouvernement ausgesiedelten Juden zur Verfügung zu stellen.*“<sup>1885</sup> Hintergrund dafür war: „*Unseres Wissens sind bereits 4 Transporte zu je ca. 1.000 Juden aus dem Reiche und zwei Transporte aus dem Protektorat im Generalgouvernement eingetroffen. Von diesen befinden sich 4 Transporte im Distrikt Lublin und 2 Transporte in Warschau. Weitere Transporte wurden bereits angekündigt.*“<sup>1886</sup> Die Mittel der JSS waren durch den Wegfall der Zuwendungen des JDC sehr gering und die Organisation war deshalb nicht in der Lage, die im Generalgouvernement

<sup>1880</sup> Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an JSS betr. „*Material für die Fürsorgetätigkeit*“, 10.01.1941, AŽIH, 211/69, Bl. 9. „*Als Anlagen übersenden wir Ihnen (a) die Verordnung über die Fürsorgepflicht (b) die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Mass der öffentlichen Fürsorge (c) die Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden vom 19. November 1939 (d) die Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 (e) die von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin e.V. erlassenen Richtlinien für die offene Fürsorge für jüdische Hilfsbedürftige in Berlin vom 28. Dezember 1940/8. Januar 1941 nebst der Ersten Ausführungsanweisung betr. die Unterstützungssätze (f) unser Rundschreiben No. 657 vom 7. November 1940 mit den Richtlinien für die Jüdische Winterhilfe 1940/41 und den Richtsätzen für die Bemessung der Spenden. Tätigkeitberichte aus früheren Zeiten dürften bei den völlig veränderten Verhältnissen für Sie keinen Wert haben. Im Jahr 1940 war die Ausübung der Wohlfahrtspflege in unserem Zuständigkeitsbereich noch nicht völlig einheitlich, so dass auch hierüber ein Gesamtbericht nicht vorliegt. In Berlin ist die offene Fürsorge für jüdische Hilfsbedürftige erst am 1. Januar 1941 auf die jüdische Gemeinde übergegangen, so dass wir Ihnen aus dieser grössten Gemeinde des Altreiches, deren Wohlfahrtsstelle regelmässig Vierteljahresberichte abfasst, auch kein für Sie geeignetes Material übersenden können. Den Bericht der Jüdischen Wohlfahrts- und Jugendpflegestellen Berlin für das erste Kalendervierteljahr 1941 werden wir Ihnen im April übermitteln.*“

<sup>1881</sup> Abschrift JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/69, Bl. 15f. Auch vorhanden in YVA, O.21/34, Bl. 75f.

<sup>1882</sup> Abschrift JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Sendungen für die ausgesiedelten Juden aus dem Reich in das Generalgouvernement*“, 03.09.1941, AŽIH, 211/69, Bl. 17.

<sup>1883</sup> Dafür spricht beispielweise Abschrift JSS an Sociedad Israelita Caracas/Venezuela betr. „*Emigration des Läufer Izaak und Sternlicht Sara Rena wohnhaft in Mielec*“, 23.11.1941, AŽIH, 211/66, Bl. 37. „*In Beantwortung Ihres an den Hilfsverein /Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Abt. Wanderung/ in Berlin in Angelegenheit der oben angeführten Personen, die auf dem Gebiete des Generalgouvernements wohnen – zur Erledigung übergeben wurde, teilen wir höflichst mit, dass wir den Inhalt desselben an die betreffenden Personen weitergeleitet haben. Gleichzeitig gestatten wir uns mitzuteilen, dass gegenwärtig keine Auswanderungsmöglichkeiten vom Generalgouvernement bestehen, sogar im Falle wenn man im Besitze von bezahlten Schiffskarten ist. Wir bitten um Empfangsbestätigung sowohl dieses Schreibens als auch unseres Schreibens vom 10. Juni [...] in welchem wir Sie über den Charakter unserer Organisation und über die Tätigkeit des Referates „Ausländische Verwandtenhilfe“ unterrichtet haben.*“

<sup>1884</sup> Vgl. dazu etwa. JSS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Liebesgabensendungen*“, 28.02.1942, AŽIH, 211 aneks/71, Bl. 88.

<sup>1885</sup> Abschrift JSS, Abt. Versorgung an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Ueberweisung von Zuwendungen*“, 04.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 49.

<sup>1886</sup> Ebd.

beheimateten und die aus dem Reiche und Protektorat ausgesiedelten Juden und Jüdinnen zu unterstützen. Daher erwarten die JSS von der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, dass diese einen hohen Geldbetrag zur Verfügung stellen sollte.<sup>1887</sup>

Wie bereits in der Einleitung angemerkt, sind die Akten der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* in einem sehr schlechten Erhaltungszustand, sodass aus diesem Grunde lediglich die spärlichen Fragmente der Akten beziehungsweise die einzelnen Dokumente eingesehen und ausgewertet werden konnten. Aus den Bruchstücken ergibt sich, dass zwischen der *Reichsvereinigung* und der JSS der Kontakt weiter bestand. Aus dem Fragment der Abschrift eines Schreibens der deutschen Organisation an die JSS geht hervor, dass die JSS wohl um Mittel für aus dem Reich ausgesiedelte Juden und Jüdinnen fragte, um diese zu unterstützen. Das Antwortschreiben der *Reichsvereinigung* machte dem Präsidium der JSS allerdings wenig Hoffnung auf Mittel: „*Wir haben und hat[ten] auch bisher keine Möglichkeit zu eigenen Hilfsmaßnahmen für Juden im Generalgouvernement. Zahlungen, die bisher von unserer Seite geleistet worden sind, geschahen nur für Rechnung des American Joint Distribution Committee, Lissabon, nach erhaltener Genehmigung der zuständigen Behörden.*“<sup>1888</sup> Dem Schreiben fügte die *Reichsvereinigung* einen Bericht bei, aus dem einige Zahlungen hervorgehen, die sie über das JDC in Lissabon leitete. Diese Zahlungen werden für die Monate Juni, August und September 1941 aufgelistet und umfassten mindestens 340.000 Reichsmark, die zugunsten der Abordnung der US-amerikanischen Organisation in Krakau via Portugal in das Generalgouvernement gelangten.<sup>1889</sup> Das eigentliche Anliegen des Briefes der JSS aus dem Jahr 1942 – also die direkten Hilfszahlungen durch die *Reichsvereinigung* für die aus dem Reich „ausgesiedelten“ Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement – beschied die *Reichsvereinigung* jedoch negativ. Mittel sagte sie für die Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement zu diesem Zeitpunkt nicht zu.<sup>1890</sup>

---

<sup>1887</sup> Ebd.

<sup>1888</sup> Abschrift Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an JSS betr. „*Hilfsmaßnahmen für Juden im Generalgouvernement*“, 11.05.1942, BAB, R 8150/760, Bl. 15.

<sup>1889</sup> Bericht über an die JDC Lissabon gezahlten Beträge durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 06.02.1942, BAB, R 8150/760, Bl. 16. Es kann sein, dass auch im August 1941 Mittel an das JDC in Krakau via Lissabon gezahlt wurden. Dieses Textstück ist aufgrund des Erhaltungszustandes der Seite jedoch nicht mehr vorhanden. Aus diesem Grunde wird der angegebene Betrag auch als Mindestbetrag genannt, da unter Umständen für einen Monat die Zahlenangaben nicht überliefert sind.

<sup>1890</sup> Abschrift Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an JSS betr. „*Hilfsmaßnahmen für Juden im Generalgouvernement*“, 11.05.1942, BAB, R 8150/760, Bl. 15. Zudem auch JSS an BuF betr. „*Unterstützungen für die aus dem Reiche ausgesiedelten Juden*“, 24.06.1942, AŽIH, 211 aneks/83, Bl. 50. „*Auf die Sitzung des Präsidiums vom 19. ds. bezugnehmend, gestatten wir uns mit Bezugnahme auf die schriftlich anliegende Mitteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ergebenst zu bitten, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge das Nötige veranlassen, dass die aus dem Reiche nach dem Generalgouvernement umgesiedelten Juden aus Mitteln ihrer früheren Heimatgemeinden unterstützt werden. Die geringen Mittel über die die J.S. verfügt und die unseren Geschäftsstellen unmöglich machen auch die allernotwendigsten Fürsorgeaufgaben zu erfüllen, erlauben wir uns nicht den aus dem Reiche ausgesiedelten Juden Unterstützungen zu gewähren. Es scheint uns aber wünschenswert durch Unterstützungen manchen ausgesiedelten den Einsatz in die Arbeit zu ermöglichen. Aus diesem Grunde gestatten wir uns die obenausgesprochene Bitte zu unterbreiten.*“

#### II.6.4 Die jüdischen Organisationen im „neutralen Ausland“

Das Präsidium der JSS pflegte zu einer Reihe an jüdischen Organisationen im „neutralen Ausland“ Kontakt. So etwa zu *Hias* oder *Relicio*,<sup>1891</sup> und auch die OSE leistete Hilfe für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement.<sup>1892</sup> Jedoch waren unter den Hilfsorganisationen im „neutralen Ausland“ nicht nur solche vom europäischen Kontinent. Vor dem Kriegseintritt der USA pflegte die JSS beispielsweise zur *Amerikanischen Federation der polnischen Juden* einen intensiven Kontakt.<sup>1893</sup> Teilweise unterhielten die Organisationen aus dem Ausland direkten Kontakt zu einzelnen Hilfskomitees der JSS oder den Judenräten. So etwa wegen der „ausländischer Verwandtenhilfe“ und der Versendung von Pakete an zwei namentlich genannte Personen an das Hilfskomitee der JSS in Lwów/Lemberg<sup>1894</sup> oder mit den Judenräten in diversen Städten aus ganz unterschiedlichen Gründen – etwa in Tarnów, Stanisławów/Stanislaw oder Lublin. Dabei beschränkte sich der Kontakt nicht ausschließlich auf das Generalgouvernement. Mit dem Judenrat in Łódź/Litzmannstadt korrespondierte die JSS ebenfalls.<sup>1895</sup> Ein sehr reger Kontakt bestand zwischen *Relicio* und dem Hilfskomitee der JSS in Warschau. Dieser Kontakt bestand zunächst zum Judenrat der Stadt und ging nach der Einrichtung des Hilfskomitees weitgehend auf dieses über.<sup>1896</sup> Exemplarisch wird die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen dem Präsidium der JSS und den jüdischen Hilfsorganisationen im „neutralen Ausland“ am Beispiel der *Hafip* untersucht, der bereits im ersten Kapitel eine Fallstudie (I.2.3) gewidmet wurde und auch im folgenden Kapitel zu der *Jüdischen Unterstützungsstelle* in einem eigenen Abschnitt (III.3.2) untersucht wird.

Im April 1940 berichtete die *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* an das Komitee des JDC in Paris über die bereits geleistete Hilfe für die im Generalgouvernement lebenden Juden. Sie habe einige Tage zuvor ein Paket mit 500 Kilogramm Kleidung nach Krakau gesandt. Zurzeit sei man dabei ein zweites Paket mit 3.000 Kilogramm Kleidung nach Warschau zu senden, ebenso ein Paket mit 5.000 Kilogramm Lebensmitteln. Die Pakete habe die *Hafip* über das *Internationale Rote Kreuz* gesandt. Wenngleich sie nur für wenige Produkte aus der Schweiz Transportlizenzen erhalte. Es seien weitere Produkte zum Versand vorhanden, jedoch gebe es Probleme mit den Transportlizenzen für Käse, Schokolade, Ovomaltine, Suppenwürfel und Kakao.<sup>1897</sup> Über die Ankunft der aus der Schweiz gesandten Hilfslieferungen, unterrichtete die *Hafip* die Schweizer jüdische Bevölkerung in Zeitungen:

<sup>1891</sup> Vgl. hierzu II.6.7.

<sup>1892</sup> Vgl. etwa JSS an Dr. B. Tschlanoff, Beauftragter der Union OSE, Genf betr. „*Liebesgaben sendungen aus der Schweiz*“, [Juni 1941], YVA, M.20/114, Bl. 1f.

<sup>1893</sup> Vgl. etwa JSS an die Amerikanische Federation der polnischen Juden, New York, 09.12.1940, AŽIH, 211 aneks/25, Bl. 21f. oder auch Telegramm, 29.10.1940, AŽIH, 211/66, Bl. 1.

<sup>1894</sup> Abschrift Relico an JSS Lemberg, 28.07.1942, CZA, C3/115, Bl. 25.

<sup>1895</sup> Vgl. CZA, C3/115, passim.

<sup>1896</sup> Vgl. v.a. CZA, C3/108, passim. Da in der vorliegenden Studie das Hilfskomitee in der Stadt Warschau weitgehend von der Untersuchung ausgeklammert wurde, sei hiermit lediglich auf diese Akte hingewiesen.

<sup>1897</sup> Hafip, Zürich, an das JDC-Komitee, Paris, 26.04.1940, BAB, R 58/9243.

„Die Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen, Zürich, teilt mit: Die seinerzeit nach Warschau gesandten 500 kg Medikamente und nach Krakau gesandten 500 kg Kleider sind jetzt angekommen und verteilt worden. Letzte Woche wurden 3000 kg nach Krakau und 5000 kg Lebensmittel nach Warschau spendiert. Eine weitere Sendung Medikamente, Verbandswatte und Heilsalben gehen im Laufe dieses Monats ab. Eine weitere Sendung von 10 000 kg Lebensmitteln wird vorbereitet und geht ebenfalls diesen Monat ab. Die Mittel dürften dann erschöpft sein. Weitere Zuwendungen auf Postscheckkonto VIII 23 712 werden gerne entgegengenommen.“<sup>1898</sup>

Mit solchen Mitteilungen war zum einen der direkte Aufruf nach weiteren Spenden verbunden, zum anderen auch die Hoffnung, dass man die Spendenfreudigkeit der Menschen anregt indem ihnen gezeigt wird wie die Liebesgaben tatsächlich an ihren Bestimmungsort gelangten. Wie in I.2.3 gezeigt, richtete sich die Organisation in direkten Hilfsaufrufen an die Schweizer Bevölkerung. Dies setzte die *Hafip* nach dem offiziellen Entstehen der *JSS* fort. So richtete sie über ein Rundschreiben einen „dringenden Appell“ an die jüdische Bevölkerung in der Schweiz. Die *Hafip* schrieb darin, die Kriegseignisse haben die Juden und Jüdinnen in Polen in „eine solche katastrophale Lage gebracht, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Frauen, Männer und Kinder sind dem größten Elend preisgegeben. Die eingegangenen Berichte sind herzerreißend und die Schilderungen der Lage spotten jeder Beschreibung.“<sup>1899</sup> Als Legitimierungsstrategie für die Sammlung der Spenden in dem „neutralen Staat“ führte die *Hafip* Berichte an die sie über die Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen – damit ist vermutlich allein das Generalgouvernement gemeint – erhalten habe. Im Folgenden führte sie die genauen Mangel und die Leiden der Menschen aus und ging dabei vor allem auf Wehr- und Schutzlosesten – die Kinder – ein: „Es fehlt am Nötigsten! Die Kinder sind ohne Milch, Brot und Kleidung, obdachlos, frierend und hungernd, krank und vor Aengsten zitternd, schreien Jude nach Hilfe.“<sup>1900</sup> Nach diesen Schilderungen bestimmte die *Hafip* den Adressatenkreis des Schreibens näher: „Es ist Pflicht eines jeden Juden zu helfen, vor allem aber Ehrenpflicht der aus dem Osten stammenden Juden. Durch Hilfe an andern, helfen Sie auch den eigenen Verwandten, Freunden und Bekannten in Polen. Wir appellieren an das jüdische Herz, das in der größten Not nie versagt. Wir wissen, daß jeder Jude durch Spenden unsere Hilfsaktion unterstützen wird. Es gebe jeder das Maximum und jeder gebe rasch, denn schnelle Hilfe ist nötig.“<sup>1901</sup> Als Zusatz fügte man an: „Nachforschungen nach Verwandten und Bekannten in Polen besorgt unser Büro.“<sup>1902</sup> Dieser Aufruf stellt keinen Einzelfall dar. Viele weitere Aufrufe dieser Art – in unterschiedlicher Ausgestaltung und Wortlaut – sind uns überliefert.<sup>1903</sup>

---

<sup>1898</sup> Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen, Israelitisches Wochenblatt, Zürich, 05.07.1940, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.

<sup>1899</sup> *Hafip*, Zürich, Datum des Poststempels, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.

<sup>1900</sup> Ebd.

<sup>1901</sup> Ebd.

<sup>1902</sup> Ebd.

<sup>1903</sup> Vgl. etwa *Hafip*, Zürich, Februar 1941, AfZ, IB SIG-Archiv/2800. „Aufruf. Wir wenden uns wieder an die jüdische Öffentlichkeit in der Schweiz und bitten, unser Hilfswerk für die notleidenden Juden in Polen tatkräftig zu unterstützen weil die Juden in Polen von der Außenwelt abgeschlossen sind, hungern und frieren und nur spärliche Hilfe bekommen, weil die Juden in Polen in Ghettos eingeschlossen sind und keine Verdienstmöglichkeiten haben, weil die Juden in Polen im Alter von 12–60 Jahren gezwungen sind, Zwangsarbeit zu leisten bei einer schlechten Entlohnung und noch schlechterer Ernährung, weil die Juden in Polen keine Möglichkeit haben, ihren Kindern die elementare Schulbildung zu gebe, denn die Schulen sind noch immer geschlossen, weil die Juden in Polen physisch, geistig und

Das Präsidium der JSS war für die Hilfe aus der Schweiz sehr dankbar. Es wollte der *Hafip* Adressen zukommen lassen, an die entsprechende Hilfslieferungen zu senden sind und übernahm die Gewähr, dass diese Pakete der „sozialen Fürsorge tatsächlich zugeführt [...] werden.“ Die *Hafip* müsse lediglich mitteilen, ob es sich „nur um einige hundert, oder mehr vielleicht tausend Namen“ handelt, damit die JSS alles entsprechend vorher einrichten und die nötigen Dispositionen an die Hilfskomitees und Delegaturen erteilen könne.<sup>1904</sup> Darauf teilte die *Hafip* mit, dass es sich um einige hundert Pakete aus Portugal und Jugoslawien handelte. Aus der Schweiz seien keine Sendungen mehr zulässig. Die *Hafip* schloss mit der Bitte, die in Aussicht gestellten Adressen bald zukommen zu lassen.<sup>1905</sup> Dieser Hilfsaktion war vermutlich eine Form der „ausländischen Verwandtenhilfe“, auf die in diesem Unterkapitel noch eingegangen wird.

Das Präsidium der JSS setzte die *Hafip* über das Ankommen der Pakete im Generalgouvernement in Kenntnis. Die *Hafip* äußerte den Wunsch, dass die Liebesgaben vor allem in Kinderheimen und Krankenhäusern verteilt werden. Die JSS gab an, dass sie dem gerne entsprechen werde, „dies umsomehr, als es vollständig auf der Linie auch unserer Intention und bisherigen Praxis liegt.“<sup>1906</sup> Ob die Provinzstädte ebenfalls noch aus der avisierten Lieferung, über die man gerade korrespondierte, bedacht werden könnten, wie es wohl der Wunsch der *Hafip* war, „hängt nicht ganz von uns ab, jedenfalls werden wir auch diesem Ihrem Wunsch Rechnung tragen und uns darum bemühen.“<sup>1907</sup> Die *Hafip* erteilte dem Präsidium der JSS die Genehmigung die übersandten Artikel gegen Artikel des ersten Bedarfs einzutauschen. Zu diesem Zeitpunkt – im April 1941 – ging die JSS allerdings davon aus, dass sie davon nicht Gebrauch machen werde.<sup>1908</sup> In demselben Monat sandte die *Hafip* „das erste Verzeichnis der Adressen in Krakau“ und kündigte weitere Listen von Adressaten sowohl in Krakau als auch in den Provinzstädten an.<sup>1909</sup> Im Juni 1941 erreichten die JSS mindestens 138 Pakete unbekannten Inhalts, die die *Hafip* wohl in Persien geordert hatte.<sup>1910</sup> Rund sechs Wochen später teilte das Präsidium der JSS der *Hafip* – wohl auf Anfrage – mit, dass „laut uns vom Herrn Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur, Krakau, zugekommener Information, das Deutsche Rote Kreuz in Berlin,

---

seelisch leiden und dringender Hilfe bedürfen. Hilfe, wer helfen kann. Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen (HAFIP) NB. Dieser Aufruf wird vom Schweiz. Isr. Gemeindebund unterstützt.“ Vergleichbar mit den oben bereits angeführten Zeitungsbericht über das Eintreffen der Hilfe. Vgl. Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen, in: Israelitisches Wochenblatt, Zürich, 05.07.1940, AfZ, IB SIG-Archiv/2800 – wurde diesem Aufruf direkt ein Rechenschaftsbericht mit Einnahmen und Ausgaben im Anhang beigelegt. Daraus gehen u.a. ca. 20 Güter hervor, die in neun Sendungen v.a. an den JDC, einmal an die Jüdische Gemeinde Warschau, zweimal an die in Krakau und einmal an die Gemeinde in Tarnow geliefert wurden. Auf den beiden folgenden Seiten werden zudem noch einzelne Empfangsbestätigungen zitiert. Vgl. *Hafip*, Zürich, Februar 1941, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.

<sup>1904</sup> Abschrift JSS an *Hafip*, 14.01.1941, AŽIH, 211 aneks/29, Bl. 251.

<sup>1905</sup> Abschrift *Hafip* an JSS, 20.01.1941, AŽIH, 211 aneks/30, Bl. 32.

<sup>1906</sup> Abschrift JSS an *Hafip*, 29.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 39.

<sup>1907</sup> Ebd.

<sup>1908</sup> Ebd.

<sup>1909</sup> Ebd.

<sup>1910</sup> Abschrift JSS an *Hafip*, betr. „Liebesgabensendungen“, 25.06.1941, AŽIH, 211 aneks/49, Bl. 255. „Hierdurch teilen wir Ihnen mit, dass die Postpakete aus Persien an die Ihnen seinerzeit von uns angegebenen Krakauer Adressen nunmehr eintreffen. Bis zur Stunde sind 138 Pakete zugestellt worden.“

sein Einverständnis hiermit erklärt hat, dass auch Päckchen im Gewichte von 500 Gramm nicht in Kisten, sondern individuell an die Ihnen bereits angegebene Adresse des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur [...], für J.S.S., gesandt werden können.<sup>1911</sup> Diese Sendungen sollten den Schutz des DRK genießen und zoll- und gebührenfrei sein.<sup>1912</sup> Zuweilen war der JSS wohl nicht bekannt von wem die Liebesgaben die sie erhielt eigentlich stammten: „Gleichzeitig gestatten wir uns, Sie hierauf aufmerksam zu machen, dass inwiefern es sich um den Versand von Paketen aus Portugal handelt, die dortige ‚Hicem‘ / Commissao Portuguesa de Assistencia dos Judeos, Lisboa, Braemcamp 12/ im Maerz l.J. ca. 3500 individuelle Lebensmittelpakete im Gewicht von je 4,5 kg nach dem Generalgouvernement abgesandt hat.“<sup>1913</sup> 1.500 Pakete seien für die Einwohner Warschaus bestimmt gewesen. Sie habe eine Liste der Einwohner Warschaus für die die Pakete bestimmt waren und konnte konstatieren, dass alle diese Pakete Ende Mai und in den ersten Tagen des Monats Juni in „bestmöglichestem Zustande“ eingetroffen seien.<sup>1914</sup>

Korrespondenz zwischen den JSS und der Hafip ist zwischen dem Sommer 1941 und Sommer 1942 nicht überliefert. Damit fehlt knapp ein Jahr Briefwechsel zwischen den beiden Organisationen. Allerdings kann auch festgestellt werden, dass es sich dabei allein um eine Überlieferungslücke und nicht um einen zwischenzeitlichen Abbruch des Kontaktes zwischen dem Generalgouvernement und der Schweiz handelte, da indirekt ein Kontakt zwischen den beiden jüdischen Organisationen überliefert ist. Neben der Hafip und den bereits erwähnten anderen Schweizer Komitees gründeten sich im Laufe der Jahre weitere Einrichtungen, die Hilfe für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement leisten wollten. So etwa das *Kriegsopferkomitee*, das seine Aufgabe darin sah Sammlungen für die Kriegsoffer Polens durchzuführen. Es bestand aus „in der Schweiz lebenden Polen ohne Unterschied der Konfession.“<sup>1915</sup> Dieses hätte aufgrund seines Aktionsbereichs Hilfe über den HHA leisten müssen, ob diese zustande gekommen ist kann nicht gesagt werden. Andere Komitees – teilweise sehr kleine private Initiativen – richteten ihre Hilfe explizit für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements aus. Eines davon in der Zeit in der uns keine Korrespondenz zwischen der JSS und der Hafip überliefert ist:

„Wir möchten Ihnen mitteilen, dass sich hier in Zürich ein kleiner Comite gegründet hat, die sich vorgenommen haben, ihr Möglichstes die Not unserer Brüder in Polen zu lindern. Wir werden wahrscheinlich mit G.H. Lieferungen von Portugal veranlassen, und bitten Sie, uns umgehend mitzuteilen, in welchen Orten die grösste Not herrscht, denn dort möchten wir helfen, wo die Not effektiv am grössten ist, und wo Hilfe dringend nötig ist. Wie wir vernommen haben, soll spez. in Kolomea, Preszan und in der dortigen Gegend das Elend gross sein. Wir bitten Sie höfl. uns umgehend genaue wahrheitsgetreuen Bericht zu geben, damit unsere Mühe und Hilfe an die richtigen

<sup>1911</sup> Abschrift JSS an Hafip betr. „Auslandssendungen“, 13.08.1941, YVA, O.21/34, Bl. 221f.

<sup>1912</sup> Ebd.

<sup>1913</sup> Ebd.

<sup>1914</sup> Ebd.

<sup>1915</sup> Notiz des Kriegsopferkomitees in der Schweiz, Oktober 1940, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.

Orte kommt. Event. können Sie uns einige Typs [sic!] gegeben, wie wir die Sache am besten anstellen, damit das Geld und Lieferungen am besten ausgenützt werden. Hochachtend im Namen der Spender S. Binder.“<sup>1916</sup>

Das Präsidium der JSS bestätigte den Empfang des Schreibens und gab an, dass es leider nicht in der Lage sei dem Wunsch zu entsprechen jene Ortschaften anzugeben, in denen die Hilfe besonders dringend erscheine. Die JSS unterbreitete den Vorschlag, dass das Komitee seine Liebesgaben entweder an jene Ortschaften richtet, in denen die Spender Verwandte und Bekannte haben oder die Verteilung dem Präsidium der JSS überlassen solle, „*wie es sämtliche ausländische charitative Organisationen der Juden tun.*“ Überdies machte die JSS das neu gegründete Komitee darauf aufmerksam, dass „*in Zürich bereits ein Hilfskomitee für notleidende Juden in Polen ‚HAFIP‘ [...] existiert, das mit uns in steter Fühlung steht.*“<sup>1917</sup> Da in diesem Schreiben im April 1942 angegeben wurde mit der *Hafip* in Verbindung zu stehen und damit indirekt das kleinere Komitee auf eine Zusammenarbeit mit der Organisation aufmerksam machte, ist es unwahrscheinlich, dass der Kontakt zwischen der JSS und der *Hafip* tatsächlich abgebrochen war, sondern es spricht für die These, dass hier lediglich eine Überlieferungslücke besteht.

Im Mai 1942 ging eine erste Lieferung des privaten Komitees aus Portugal ab, die wohl über das *Internationale Rote Kreuz* geschickt wurde. Es handelte sich um zehn Pakete Sardinen a 5 Kilogramm. Im Laufe der folgenden Tage sollten weitere Pakete im Gesamtgewicht von 2.000 Kilogramm abgehen. Das Komitee gab an, dass es in der nächsten Zeit die JSS unterrichten wolle, wohin diese Pakete verteilt werden sollen. Zudem schrieb es: „*Das Komitee HAFIP, kennen wir, und arbeiten teils zusammen, nur sind diese Sendungen speziell von einigen Herren in Zürich und Lugano veranlasst worden. Sobald Sie im Besitze der Sendungen sind, wollen Sie uns bitte ebenfalls umgehend benachrichtigen.*“<sup>1918</sup> Im Juni 1942 sandte wurden aus Zürich detaillierte Aufstellungen an welche Orte und teilweise Privatpersonen die Sardinenpakete gehen sollten gesandt.<sup>1919</sup> Die JSS bedankte sich für das Schreiben, machte allerdings auf das Problem aufmerksam, dass das Schreiben keine Informationen enthalten habe, was in den angekündigten Paketen enthalten sei. Der *Hafip* habe die JSS bereits mitgeteilt, dass keine Einzelpakete an Privatpersonen mehr gesendet werden könnten: „*Wir bemühen uns die erhaltenen Liebesgaben – insofern sie nicht Nahrungsmittel ersten Verbrauchs enthalten – mit den ausländischen Behörden gegen solche einzutauschen, die wir dann an die Volksküchen und Kinderzusatzernährungsstellen in den einzelnen Städten weiterleiten. Wir bitten uns mitzuteilen, was die von Ihnen avisierte Sendung enthält [...].*“<sup>1920</sup> Das abermalige Erwähnen der *Hafip* in diesem Schreiben spricht ebenfalls dafür, dass die JSS davon ausging, dass der Kontakt zwischen der JSS und der *Hafip* nicht abgebrochen war. Das

<sup>1916</sup> S. Binder & Cir. Zürich 4 an JSS, 20.03.1942, AŽIH, 211/83, Bl. 1.

<sup>1917</sup> Abschrift JSS an Firma S. Binder & Cir. Zürich 4 betr. „*Liebesgabensendungen*“, 01.04.1942, AŽIH, 211/83, Bl. 2.

<sup>1918</sup> S. Binder & Cir. Zürich 4 an JSS, 04.05.1942, AŽIH, 211/83, Bl. 5.

<sup>1919</sup> Abschrift S. Binder & Cir. Zürich 4 an JSS, 01.06.1942, AŽIH, 211/83, Bl. 12 sowie Abschrift S. Binder & Cir. Zürich 4 an JSS, 01.06.1942, AŽIH, 211/83, Bl. 7f.

<sup>1920</sup> Abschrift JSS an S. Binder & Cir. Zürich 4 betr. „*Liebesgaben*“, 21.06.1942, AŽIH, 211/83, Bl. 13.

durch die *Hafip* auch nach dem Sommer 1941 – also dem Abbruch der Überlieferung der Korrespondenz – weiter Liebesgabensendungen im Generalgouvernement ankamen spricht, dass es im Herbst 1941 zwischen den Besatzern und der JSS zu einem Konflikt über solche Sendungen gekommen ist. Im September 1941 kam es dann zwischen dem Präsidium der JSS und der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zu einer Auseinandersetzung über die durch die *Hafip* gesandten Liebesgabenpakete. Während der Besprechung des Vorsitzenden der JSS bei der Aufsichtsbehörde sei ihm eröffnet worden, dass die Freigabe von 900 Postpäckchen seitens der Devisenstelle auf Schwierigkeiten stosse, da Bedenken bestünden, ob diese Postsendungen als Liebesgaben zu betrachten seien. Die JSS wandte sich deshalb an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und machte darauf aufmerksam, dass es sich bei den Sendungen ausschließlich um Spenden handle, die von der *Hafip* in Portugal eingekauft worden waren.<sup>1921</sup> Ein ähnlicher Fall – wohl in Bezug auf den Schleichhandel – habe bisher nicht stattgefunden. Die Liebesgaben würden nach einem von der Aufsichtsbehörde und dem Beauftragten des DRK genehmigten Verteilungsplan unter den Anstalten der JSS zur Verteilung gebracht. Der Tee, Kaffee und Kakao in den Päckchen sei ausschließlich für Anstalten der geschlossenen Fürsorge – also für Krankenhäuser und Kinderheime – bestimmt. Um den Verdacht des Schleichhandels, der im Raum stand, aus dem Weg zu räumen, verpflichtete sich die JSS alle Waren zunächst den Dienststellen der Besatzer zum Tausch anzubieten.<sup>1922</sup>

Auch im März 1942 wandte sich die JSS an den Beauftragten des DRK über den Eintausch von Genussmitteln gegen Lebensmittel des ersten Bedarfs, was als Zeichen für weitere Liebesgabensendungen durch die Schweizer Organisation gewertet werden kann. Im Einzelnen handelte es sich um 2.000 Päckchen Sardinen, 200 Päckchen mit Kaffee, 100 mit Kakao und 100 mit Milkschokolade. Für diese Genussmittel habe die JSS unter anderem 3.000 Kilogramm Roggenmehl und 2.100 Kilogramm Avo-Suppe erhalten.<sup>1923</sup>

Wenngleich uns – wie bereits mehrfach dargelegt – für die Zeit zwischen Sommer 1941 und Sommer 1942 keine Korrespondenz zwischen dem Generalgouvernement und der Schweiz vorliegt, so liegt uns solche für den Juli 1942 innerhalb der Schweiz zwischen Alfred Silberschein und Josef Feldstein vor. Dies stützt ebenfalls die These, dass der Kontakt zwischen der JSS und der *Hafip* nicht abgebrochen war.<sup>1924</sup> Allerdings wird aus der innerschweizerischen Korrespondenz

---

<sup>1921</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Liebesgaben aus Portugal*“, 12.09.1941, AŽIH, 211 aneks/54, Bl. 343f.

<sup>1922</sup> Ebd.

<sup>1923</sup> Abschrift JSS, Abt. Versorgung an Beauftragten des DRK betr. „*Eintausch von Liebesgaben*“, 05.03.1942, AŽIH, 211 aneks/72, Bl. 643.

<sup>1924</sup> Vgl. etwa Dr. A. Silberstein, Genf an Dr. L. Feldstein, Zürich, 05.07.1942, YVA, M.20/40, Bl. 33f.; Abschrift wohl Silberschein, Genf an Feldstein, Zürich, 18.07.1942, YVA, M.20/40, Bl. 40 oder auch *Hafip* an den Schweiz. Israel. Gemeindebund, St. Gallen, 24.07.1942, AfZ, IB SIG-Archiv/2800.



auch deutlich auf welche Probleme die Übermittlung der Liebesgabensendungen stieß. Die Schweizer korrespondierten darüber, dass die Sendung von Paketen an Einzelpersonen nicht mehr erlaubt war. Außerdem berichtete man über diese Pakete: „*Ich habe mir aber die Sache angesehen und kann selbst als Laie versichern, dass sie nicht einmal den kleinen Preis wert sind.*“<sup>1925</sup> Zudem schrieben die Schweizer über Sendungen die sie zukünftig an das Generalgouvernement zu senden gedachten. So zum Beispiel eine Sendung mit Medikamenten, die die polnische Regierung bezahlt habe. Diese sollte allerdings nicht über die *Hafip*, sondern über das *Internationale Rote Kreuz* für die gesamte Zivilbevölkerung im Generalgouvernement versandt werden. Allein der erste Transport dieser Medikamente, der zu dieser Zeit noch nicht abgegangen war, soll 36 Tonnen Medikamente umfasst haben und sollte an den *HHA* gerichtet werden.<sup>1926</sup> Diese Sendungen werden die jüdische Bevölkerung – sofern sie sie erreichten – erst mit Verspätung erhalten haben, da sich kurz nach dieser innerschweizerische Korrespondenz eine Änderung in der Organisationsstruktur der – vor allem der jüdischen – Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement ankündigte.<sup>1927</sup>

### II.6.5 Die Rolle der *Commission for Polish Relief*

Ein direkter Kontakt zwischen der *Commission for Polish Relief* und der *JSS* existierte nicht. Diese Organisation schickte Spenden für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement, weshalb die Kommunikation und Lieferungen über den *HHA* abgewickelt wurden. Dennoch wird diese Organisation in der vorliegenden Studie – zumindest teilweise – untersucht, da ihre Tätigkeit für die Entstehung eines Bildes über das Generalgouvernement und der dortigen Verhältnisse in der öffentlichen Meinung in den USA wichtig war. Die Situation der jüdischen Bevölkerung spielte dabei eine Rolle. Da die Hilfslieferungen der US-amerikanischen Organisation nicht direkt an die *JSS* übermittelt wurden,<sup>1928</sup> kann und soll hier nicht der Versand der Liebesgaben durch die *Comporel* im Einzelnen analysiert werden, sondern ausschließlich die „Inspektionsreisen“ und ihre Wirkung in den USA und auf die Behörden im Reich und dem Generalgouvernement.

<sup>1925</sup> Dr. A. Silberstein, Genf an Dr. L. Feldstein, Zürich, 05.07.1942, YVA, M.20/40, Bl. 33f.

<sup>1926</sup> Ebd.

<sup>1927</sup> Vgl. hierzu III.3.

<sup>1928</sup> Wenngleich sich die jüdische Bevölkerung in den USA wohl nicht in dem Maße an den Spenden für die *Commission for Polish Relief* beteiligte, wie es von Seiten der Organisation gewünscht war. Aus diesem Grund leitete der Beauftragte des „Auswärtigen Amtes“ im Generalgouvernement Schreiben der jüdischen Gemeinde in Krakau an seine Behörde in Berlin weiter, damit diese in die USA übermittelt werden. „*Da sich herausgestellt hat, dass die Juden in Amerika sich an der Hilfsorganisation des Präsidenten Hoover für das Generalgouvernement nicht beteiligen, obwohl die Spenden der Hoover-Organisation hier nach einem bestimmten Schlüssel auch an die Juden verteilt werden, hat das Rabbinat von Krakau in einem Schreiben zu dieser Frage Stellung genommen und darin die Juden Amerikas gebeten, sich von dem Hilfswerk der Hoover-Organisation nicht auszuschließen. Der Präsident des Haupthilfsausschuss in Krakau, Graf Ronikier, bittet nun das Schreiben des Rabbinats, das nebst deutscher Übersetzung beigelegt ist, an Baron Stefan Rott, New York, Worlds Exposition, Polish Pavillon weiterzuleiten. Da auch die Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge im Amt des Generalgouverneurs die Absendung für sehr erwünscht hält, bitte ich das Schreiben über das Internationale Komitee den Roten Kreuzes in Genf seiner Bestimmung zuführen zu wollen.*“ Beauftragter des AA an AA betr. „Hilfstätigkeit der Juden in Amerika für die Bewohner des Generalgouvernements“, 03.02.1941, PAAA, R 43075. Schreiben in Jiddisch und Deutsch vorhanden. Es wird ein starker Appell formuliert die *Comporel* zu unterstützen.

Die Hilfslieferungen der *Comporel* verliefen nicht reibungslos. So beschlagnahmten die Besatzer im Frühjahr 1941 Waren aus einem Lager des HHA, die aus Lieferungen der *Comporel* stammten. Des „Auswärtige Amte“ und dessen Gesandten im Generalgouvernement versuchten alles, um solche „Missgriffe“ zu verschleiern und suchte nach Kommunikationsstrategien, die die Schuld vom Reich und der Regierung wegleiteten.<sup>1929</sup> Eine solche Beschlagnahmung von Lebensmitteln, die durch die *Comporel* geschickt worden seien, sei „*außenpolitisch durchaus unerwünscht*“, hieß es in einem Telegramm des „Auswärtigen Amtes“ an seinen Vertreter im Generalgouvernement, da sie „*von unseren Gegnern zum Nachteil Deutschlands ausgewertet werden wird*.“<sup>1930</sup> Wohl auch aus diesem Grund war das „Auswärtige Amt“ bereits im Juni 1940 sehr bedacht, zwei Dampfer mit Hilfslieferungen der US-amerikanischen Organisation ausfindig zu machen, die zwar abgefahren, deren Lieferungen jedoch nicht im Generalgouvernement angekommen waren.<sup>1931</sup> Zudem stellte sich das „Auswärtige Amt“ aber im Juni 1940 in den Weg, als die *Comporel* versuchte einen Betrag von 3 Millionen Dollar, der von der ehemaligen polnischen Regierung bei der Rumänischen Nationalbank deponiert war, für die Hilfslieferungen von den USA in das Generalgouvernement zu erhalten.<sup>1932</sup> Die Lebensmittel und anderen Spenden kaufte die *Comporel* ausschließlich außerhalb des „*deutschen Herrschaftsreichs*“ ein.<sup>1933</sup> So tätigte sie Einkäufe in Bulgarien,<sup>1934</sup> Rumänien oder in „*der bisherigen Republik Litauen*“.<sup>1935</sup> Laut „Auswärtigem Amt“ sei es „*zwar aus außenpolitischen Gründen nicht als unbedingt notwendig*“ zu bezeichnen die Lebensmittel dort kaufen zu lassen, es werde „*jedoch darauf hingewiesen, daß die fragliche Lebensmittelmenge, anstatt die deutsche Devisenbilanz zu belasten, kostenlos in das Gebiet kommen würde, das unter deutscher Herrschaft steht und für dessen Ernährung die deutsche Verwaltung sorgen muß*.“<sup>1936</sup> „[I]n Anbetracht der Unmöglichkeit, gegenwärtig Lebensmittel in Rußland zur Fortsetzung der Hoover-Hilfsaktion zu erhalten“ gab es im Juni 1941 von Seiten der US-amerikanischen Organisation Überlegungen die Hilfslieferungen einzustellen.<sup>1937</sup> Am 22. Juni des Jahres – also wenige Tage vor dieser Aussage – hatten die NS die Sowjetunion überfallen. Zudem befürchtete der Vertreter der *Comporel*, der sich in Deutschland aufhielt, dass er im Fall einer weiteren Verschärfung der Spannung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika mit Sanktionen gegen seine Person zu rechnen habe. Das „Auswärtige Amt“ vertrat die Meinung: „*Der humanitäre Zweck seiner Tätigkeit und*

<sup>1929</sup> Vgl. etwa Telegramm AA an Wühlisch, 24.04.1941, PAAA, R 43086 oder auch Aufzeichnung, 02.05.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1930</sup> Entwurf Fernschreiben AA an Vertreter des AA beim GG, 22.05.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1931</sup> Entwurf AA an das Oberkommando der Kriegsmarine betr. „*Verbleib der Dampfer ‚Vasabohln‘ und ‚Canis‘*“, 19.06.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1932</sup> Vgl. dazu Aufzeichnung, 28.06.1940, PAAA, R 43085 oder auch Aufzeichnung, 28.06.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1933</sup> Vgl. hierzu etwa Aufzeichnung, 03.11.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1934</sup> Aufzeichnung, 06.08.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1935</sup> Beauftragter des AA an AA betr. „*Hilfstätigkeit der Juden in Amerika für die Bewohner des Generalgouvernements*“, 03.02.1941, PAAA, R 43075.

<sup>1936</sup> Durschlag AA an das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft betr. „*Hilfswerk der Commission for Polish Relief für die Bevölkerung des Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete*“, 15.08.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1937</sup> Aufzeichnung, 28.06.1941, PAAA, R 43086.

*seine loyale Haltung gegenüber den deutschen Behörden würden zweifellos bei einer etwa notwendig werdenden Entscheidung über Maßnahmen gegen die im Reichsgebiet befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen erheblich zu seinen Gunsten ins Gewicht fallen. [...] Es besteht hiernach eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß er keinerlei Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein würde.*<sup>1938</sup> Trotz der nicht mehr optimalen Lage versuchte die *Comporel* die Hilfstätigkeit fortzusetzen.<sup>1939</sup> Erst im November 1941 wurde zumindest ein Delegierter der *Comporel* nach Amerika zurückgerufen.<sup>1940</sup> Die Delegierten der *Comporel* unternahmen während ihrer Zeit in Deutschland einige „Inspektionsreisen“ in das Generalgouvernement, um die Ankunft und die Verteilung der durch ihre Organisation geschickten Liebesgaben zu überwachen. Diese Reisen sind der Gegenstand dieses Abschnitts.

Die Initiative von US-amerikanischen Organisationen, Hilfe für die polnische Zivilbevölkerung im Generalgouvernement leisten zu wollen, trugen mit dazu bei, dass die *JSS*, die zwar in ähnlich gelagerten Initiativen in einigen Orten bereits im Entstehen begriffen oder wie in Warschau bereits tätig war, durch die Besatzungsbehörden ins Leben gerufen wurde.<sup>1941</sup> Durch die Initiative der US-amerikanisch-nichtjüdischen Organisationen – vor allem waren dies das *ARK*, die *Comporel* und die *Quäker* – und die Bedingungen, die sie an die Hilfstätigkeit für das Generalgouvernement stellten, sahen sich die NS – darunter sind sowohl die im Reich als auch die im Generalgouvernement zu subsumieren – gezwungen, die polnischen und jüdischen Organisationen im Generalgouvernement anzuerkennen, da sie anderenfalls wohl den Verlust der US-amerikanischen Spenden und Devisen befürchten mussten.<sup>1942</sup> Eine der ersten Bedingungen, die die US-amerikanischen Organisationen stellten, war – wie bereits in I.2.2 gezeigt – eine ständige Vertretung im Generalgouvernement, die gewährleisten sollte, dass die Spenden aus dem Ausland zu den richtigen Empfängern – also der notleidenden polnischen und jüdischen Bevölkerung – gelangten. Dieser Forderung wollte die Zivilverwaltung, aber auch das „Auswärtige Amt“ nicht nachkommen.<sup>1943</sup> Stattdessen wurde durchgesetzt, dass den US-amerikanischen Vertretern gelegentliche Reisen in das Generalgouvernement gewährt wurden, um die Spenden entgegenzunehmen und die Verteilung der Liebesgaben an die notleidende Bevölkerung direkt vor Ort zu überwachen. Diese Reisen führten das *ARK*, die *Quäker*

---

<sup>1938</sup> Ebd.

<sup>1939</sup> Ebd.

<sup>1940</sup> Vgl. hierzu etwa Aufzeichnung, 03.11.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1941</sup> Vgl. hierzu I.2.

<sup>1942</sup> Vgl. hierzu I.3.2 sowie II.7.

<sup>1943</sup> Vgl. hierzu I.2.2.

und *Comporel* durch<sup>1944</sup> und sollen auf den folgenden Seiten am Beispiel dreier von der letztgenannten Organisation gemachten Reisen genauer untersucht werden.<sup>1945</sup> Vertreter der *Comporel* unternahmen insgesamt vier „Inspektionsreisen“ in das beziehungsweise durch das Generalgouvernement. Die erste Reise vom 2. bis 7. Juni 1940,<sup>1946</sup> die zweite vom 4. bis 15. Juli 1940,<sup>1947</sup> die dritte vom 29. Oktober bis zum 3. November 1940<sup>1948</sup> und die letzte Reise vom 16. bis 22. März des folgenden Jahres.<sup>1949</sup> Bei der Interpretation der Berichte ist zu bedenken, dass diese über das „Auswärtige Amt“ respektive mit Genehmigung des „Auswärtigen Amtes“ in die USA geschickt wurden.<sup>1950</sup> Für die erste Reise liegt nur ein Bericht des Begleiters der Regierung und nicht der *Comporel* vor. In diesem wurde unter anderem geschrieben, dass diese durchgeführt wurde, „um dem Amerikaner Gelegenheit zu geben, sich von der richtigen Ankunft der amerikanischen Spenden für die polnische Bevölkerung zu überzeugen und über das Verfahren bei der Verteilung dieser Spenden Bestimmungen zu treffen.“<sup>1951</sup> Im Hinblick darauf, dass die erteilte grundsätzliche Weisung über Reisen von Amerikanern in das Generalgouvernement soweit wie möglich einzuschränken und die Unterstützungstätigkeit in naher Zukunft abgebaut werden müsse, habe bei dieser ersten Reise eines *Comporel*-Vertreters sehr viel daran gelegen, ihn davon zu überzeugen, dass die Verteilung der Spenden gemäß den US-amerikanischen Wünschen gesichert sei und alle in Frage kommenden Stellen daran mitwirken, ihn zudem davon zu überzeugen, dass diese Spenden restlos den Polen, Minderheiten und Juden und Jüdinnen zugutekämen: „Diese Aufgabe ist erfüllt.“<sup>1952</sup>

„Herr Hartigan hat durch Rücksprache mit Vertretern des Generalgouvernements, mit dem Gouverneur des Distrikts Warschau, Dr. Fischer, und mit Vertretern der Distriktfürsorgeeinrichtungen, des Deutschen und des Polnischen Roten Kreuzes, des polnischen Selbsthilfeausschusses, der jüdischen Selbsthilfeorganisation und durch den Besuch des vorzüglich gehaltenen Lagers beim Polnischen Roten Kreuz, durch seine Anwesenheit beim Ausladen eines gerade angekommenen Waggons mit Grütze und endlich durch Besichtigung von Kinderheimen, Volksküchen, Krüppelheimen und den Büros der Selbsthilfeorganisationen einen Einblick in die an Ort und Stelle geleisteten Hilfstätigkeit gewonnen, der es ihm ermöglichte, nach Schluß der Reise Mr. Hoover zu

<sup>1944</sup> Vgl. etwa Monatsbericht für den Monat Oktober 1940 der Abteilung Innere Verwaltung des Gouverneurs von Warschau, 07.11.1940, BAB, R 52 III/19. Vgl. hierzu I.2.2.

<sup>1945</sup> Die Quellengrundlage bilden vor allem drei Berichte, die von den Delegierten, die das Generalgouvernement be-reisten an ihre Zentrale in Amerika gesandt wurden. Zudem wurden noch einige Zeitungsberichte sowie Korrespondenz des „Auswärtigen Amtes“, die im Kontext der Reisen entstanden sind, in die Untersuchung einbezogen. Dabei wird die Frage gestellt, welchen Zweck diese Reisen für die unterschiedlichen Akteure – also die amerikanischen, die nationalsozialistischen, die polnischen und die jüdischen – erfüllten. Nicht zuletzt ist dabei zu fragen, wie diese Reisen vor allem von den amerikanischen und den nationalsozialistischen Akteuren für ihre Belange, die zuweilen gar nichts mit der direkten Hilfe für die notleidende Bevölkerung zu tun hatten, genutzt wurden. Der eigentliche Verlauf der Reisen spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle, wichtiger sind vielmehr die mit den Reisen verknüpften Ziele. Aus diesem Grund und weil es nicht das Ziel dieser Studie ist die Reiserouten der Besucher im Generalgouvernement bis in das kleinste Detail darzustellen, da dies wenig zielführend bei der Beantwortung der Fragestellung wäre, werden nur einige wenige Etappen der Reisen, die in direkter Verbindung zur JSS stehen Erwähnung finden.

<sup>1946</sup> Aufzeichnung, 07.06.1940, PAAA, R 43084.

<sup>1947</sup> Vgl. Report of Polish Trip, July 4 to 15, 1940, PAAA, R 43085.

<sup>1948</sup> Report of Polish Trip, October 29 to Nov. 3, 1940, PAAA, R 43085.

<sup>1949</sup> Report of Polish Trip, March 16 to March 22, 1941, PAAA, R 43086.

<sup>1950</sup> Vgl. etwa Auswärtiges Amt an das Präsidium des DRK betr. „Bericht über eine Besichtigungsreise von Delegierten der Commission for Polish Relief durch das Generalgouvernement“, 09.09.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1951</sup> Aufzeichnung, 07.06.1940, PAAA, R 43084.

<sup>1952</sup> Ebd.

telegraphieren, daß er die volle Überzeugung von dem richtigen Funktionieren der Verteilung gewonnen habe. Mr. Hartigan hat nicht wahrgenommen, was zur Hetze gegen uns ausgenutzt werden könnte. Er hat immer wieder betont, daß er erfreut im Hinblick auf die im Ausland betriebene Hetze überrascht sei, mit eigenen Augen feststellen zu können, daß die Aufbauarbeit in Warschau durch enge und vertrauliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Stellen rasante Fortschritte mache.“<sup>1953</sup>

Die zweite Reise eines Vertreters der *Comptrel* sollte bereits Anfang Juli 1940 stattfinden. Das „Auswärtige Amt“ und der Regierung sahen damit große Probleme verbunden. Sie legten in einer Aufzeichnung dar, dass der *HHLA* derzeit „in Umbildung begriffen“ sei. An einer späteren Stelle sagte das „Auswärtige Amt“: „In Warschau ist der polnische Haupthilfsausschuß seit der Reise von Hartigan umbesetzt worden. Herr Machnizki ist noch darin. Es ist wichtig, daß den Amerikanern nicht aufgeht, daß der Haupthilfsausschuß im Falle Hartigan für diesen Zweck zusammengestellt war.“<sup>1954</sup> Zudem sei der Beauftragte des DRK nicht in Krakau, sondern in Berlin – auch dies stünde einer Reise entgegen. Allerdings hieß es dann, „[...] daß sich die Reise der Herren Murray und Gamble aus außenpolitischen Gründen nicht habe verschieben lassen (Konkurrenz Roosevelt (Amerikanisches Rotes Kreuz) contra Hoover (Quäker, Hartigan Gamble Murray)). Nachdem den Roten Kreuz Vertretern mehrere Reisen gestattet worden wären, mußte auch den politischen Gegnern in gleicher Weise das Reisen im Generalgouvernement gestattet werden. Nach Abschluß dieser Reise werden wir auf lange Zeit keine Amerikaner für derartige Zwecke ins Generalgouvernement reisen lassen.“<sup>1955</sup> Was im Kontext der bevorstehenden Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Amerika gelesen werden muss. Einen Tag nach der Aufzeichnung dieser Worte fand die zweite Reise eines Vertreters der *Comptrel* ins Generalgouvernement statt. Während dieser Reise besuchte die Delegation beispielsweise eine durch die *JSS* in Warschau eröffnete Volksküche. Aufgrund des Zeitpunktes der Reise ist davon auszugehen, dass es sich bei der Organisation, die diese Küche gründete, um die Vorgängerinstitution – sprich die *Koordinierungskommission* – handelte.<sup>1956</sup> Einige Tage später besuchte man abermals in Warschau ein jüdisches Kinderheim während des Mittagessens der Schützlinge: „Our presence disturbed this in that we had the children line up in a group for the purpose of making photographs.“<sup>1957</sup> Jüdische Einrichtungen wurden ebenso in Lublin und Radom visitiert,<sup>1958</sup> zum Beispiel eine jüdische Volksküche in Lublin:

„On our arrival at the first of these kitchens the midday meal had already been served. Two Jewish workmen were eating and the staff were washing up and putting things in order for the next day. The personnel in charge were cleanly dressed and appeared to be members of the better class of Jewish families. The meals here are provided for workmen who are required to pay the small sum

<sup>1953</sup> Ebd. Im „Volkspolitischen Informationsdienst“ hieß es zu diesem Besuch: „Anlässlich des Besuches des Beauftragten der Commission for Polish Relief, Mr. Hartigan, in Warschau wurde eine Vereinbarung zwischen der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, dem Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur und der Commission for Polish Relief, die die technische Durchführung der Sendungen regelt, getroffen. Diese Vereinbarung ist in der Anlage beigefügt [...]. Weiterhin wurde die Durchgabe der Quittungsformulare für Liebesgaben geregelt. Diese Regelung gilt auch für das Amerikanische Rote Kreuz.“ HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 35.

<sup>1954</sup> Aufzeichnung, 03.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1955</sup> Ebd.

<sup>1956</sup> Vgl. Report of Polish Trip, July 4 to 15, 1940, PAAA, R 43085, S. 7.

<sup>1957</sup> Ebd., S. 11–13, Zitat: S. 13.

<sup>1958</sup> Ebd., S. 17–26.

of twenty Groschen when able. Others, who are unable to pay, are provided for by the Jewish Gemeinde. These workmen, in most instances, belong to the group that is engaged on public works by order of the German authorities. The personnel who prepare the food are partly voluntary and, in other instances, paid small salaries.“<sup>1959</sup>

Für andere Gebiete seien aufgrund der Lebensmittelsituation keine Lieferungen der *Comporel* nötig gewesen – dies schrieb die *Comporel* beispielweise über Krakau.<sup>1960</sup> Dennoch besuchte sie dort ebenfalls Einrichtungen, beispielsweise eine jüdische Arbeiterküche. Bei dem Besuch dort traf die Delegation auf Bieberstein, der zu diesem Zeitpunkt noch der jüdische Vertreter im *HH4* war.<sup>1961</sup> Nachdem die Amerikaner von einem Wochenendtrip nach Zakopane zurückgekehrt waren, trafen sie in Krakau zu einer Konferenz mit dem *HH4* ein, bei der unter anderem Bieberstein anwesend war.<sup>1962</sup> In dem Bericht gaben die Amerikaner eine Liste der Mitglieder des *HH4* und des Präsidiums der *JSS* an, wenngleich eine offizielle Wahl des Präsidiums der jüdischen Organisation noch gar nicht erfolgt war.<sup>1963</sup> Zusammenfassend berichteten die Amerikaner nach der Reise in das Generalgouvernement: „*The German Administration in Occupied Poland provided us with every opportunity possible to make inspections of institutions and by other means satisfy ourselves that American relief gifts within the General Government were being properly administered.*“<sup>1964</sup> Auf der Reise waren die *Comporel*-Vertreter von einem Beauftragten des „Auswärtigen Amtes“ begleitet worden, der ebenfalls seine Sicht auf die Reise in einen Bericht niederschrieb. Diese Reise habe zu folgendem Zweck gedient: „*Die Reise sollten den beiden Herren Gelegenheit geben, festzustellen, daß der von Mr. Hartigan im Benehmen mit den zuständigen deutschen Stellen ausgearbeitete Plan für die Verteilung von dieser Organisation gestifteten Gaben durchgeführt wird.*“<sup>1965</sup> Zugleich sollte die Gelegenheit gegeben werden mit den für die Verteilung verantwortlichen polnischen Stellen sowie den „zuständigen“<sup>1966</sup> Behörden der Besatzer persönlich in Kontakt zu kommen und sich von der ordnungsmäßigen Durchführung der Verteilung zu überzeugen. Das „Auswärtige Amt“ hielt anschließend über die Reise fest:

„Der Zweck der Reise ist in vollem Umfang erreicht worden. Die amerikanischen Herren haben sich lobend über die ordnungsmäßige Durchführung der Verteilung ausgesprochen. Sie hatten Gelegenheit, verschiedene im bisherigen Schriftverkehr aufgetauchten Zweifelsfragen an Ort und Stelle zu klären. Durch Besichtigung geeigneter Einrichtungen wurde ihnen zugleich ein Bild vom deutschen Aufbau im Osten vermittelt. Beide Herren, die aus früherer Tätigkeit in den Ostgebieten die Verhältnisse unter polnischer und russischer Herrschaft genau kannten, waren von dem, was sie sahen, außerordentlich stark beeindruckt. Sie gaben mehrfach ihrem lebhaften Erstaunen über den Umfang der von deutscher Seite dort bereiteten Aufbauarbeit Ausdruck. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden war überall die erfreulichste. In allen besuchten Orten gaben sich die

---

<sup>1959</sup> Ebd., S. 22.

<sup>1960</sup> Vgl. ebd., S. 28.

<sup>1961</sup> Ebd., S. 30.

<sup>1962</sup> Vgl. ebd., S. 31f.

<sup>1963</sup> Vgl. ebd., S. 34. Benannt wurden als Mitglieder: Marek Bieberstein, Chaim Hilfstein, Józef Jaszuński, Eliaz Tisch, Michał Weichert, Gamsej Wielikowski sowie Benjamin Zabłudowski.

<sup>1964</sup> Ebd., S. 35.

<sup>1965</sup> Aufzeichnungen über eine Besuchsreise mit Delegierten der amerikanischen Commission for Polish Relief in das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete, 20.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1966</sup> An dieser Stelle stand im Bericht zunächst „überwachenden“. Dies wurde gestrichen und durch „zuständigen“ ersetzt. Vgl. ebd.

zuständigen Herren die denkbar größte Mühe, ein geeignetes Programm aufzustellen und zugleich für die Unterhaltung der amerikanischen Gäste in geeigneter Weise zu sorgen. [...] Schwierigkeiten sind während der Reise nicht aufgetreten. Auch haben die Herren nichts zu sehen bekommen, was einen ungünstigen Eindruck auf sie hätte machen können. Unerwünschte Annäherungsversuche von polnischer Seite wurden nur in zwei Fällen beobachtet und durch die loyale Haltung der amerikanischen Herren sofort beigelegt. Das Amt des Generalgouverneurs, das Oberkommando der Wehrmacht Abteilung Ausland und Abteilung Abwehr, das Geheime Staatspolizeiamt und das Rote Kreuz waren von der Reise benachrichtigt worden. Das Geheime Staatspolizeiamt versicherte dieses Mal auf Stellung eines Begleiters.“<sup>1967</sup>

Am 19. Juli 1940 besuchten die *Comporel*-Vertreter das „Auswärtige Amt“ und berichteten dort über die Reise.<sup>1968</sup>

„Beide Herren sprachen sich sehr befriedigt über den Verlauf ihrer Reise aus. Die örtlichen Stellen hätten ihnen überall großes Entgegenkommen erwiesen. Es sei ihnen alles gezeigt worden, was sie zu sehen gewünscht hätten. Sie hätten sich insbesondere davon überzeugen können, daß die Verteilung der Spenden der Polish Food Commission in durchaus ordnungsgemäßer Weise vor sich geht. Einen besonderen Eindruck habe auf sie die offensichtlich gute Zusammenarbeit der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der Beamten der Abteilung Fürsorge im Amt des Generalgouverneurs und der Vertreter der polnischen Wohltätigkeitsorganisationen gemacht. Auf ihrer Fahrt hätten sie auch Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß das Land wieder ordnungsmäßig bestellt werden.“<sup>1969</sup>

Unmittelbar vor der zweiten Reise war, wie bereits dargelegt, festgeschrieben worden, dass das „Auswärtige Amt“ „[n]ach Abschluß dieser Reise [...] auf lange Zeit keine Amerikaner für derartige Zwecke ins Generalgouvernement reisen lassen [...]“ werde.<sup>1970</sup> Eine neuerliche Reise der Amerikaner fand tatsächlich erst Ende Oktober und Anfang November 1940 statt.<sup>1971</sup> Am 17. Oktober sprach Hartigan von der *Comporel* im „Auswärtigen Amt“ vor und teilte unter anderem mit, dass seine Organisation für etwa 45.000 Dollar Fleischwaren, besonders Speck und Schinken, in Litauen eingekauft habe und dass diese Sendung bereits im Generalgouvernement eingetroffen sei. Eine weitere Sendung von Fischen – für die jüdische Bevölkerung – sei Richtung Generalgouvernement unterwegs und würde voraussichtlich ebenfalls in Kürze ankommen. Aus diesem Grund bat der Amerikaner für sich und Murray die Genehmigung zur Einreise in das Generalgouvernement zu erwirken, damit sich beide dort die Verteilung der Sendungen ansehen können. Laut dem „Auswärtigen Amt“ käme dies in Frage, eine Weiterreise für Murray nach Warschau war geplant. „*Ein Besuch von Radom und Lublin würde bei dieser Gelegenheit nicht in Betracht kommen.*“<sup>1972</sup> Hartigan habe zudem den Vorschlag gemacht, dass mit „*geeigneten Mitgliedern des polnischen Haupthilfssausschusses*“ wieder eine Rundfunksendung für Amerika gemacht werde, „*etwa in derselben Weise, wie er früher eine Sendung mit seinen engeren Mitarbeitern veranstaltet hat.*“<sup>1973</sup> Die Amerikaner legten besonderen Wert darauf, dass die Reise und

<sup>1967</sup> Ebd.

<sup>1968</sup> Aufzeichnung, 20.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1969</sup> Ebd.

<sup>1970</sup> Aufzeichnung, 03.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1971</sup> Vgl. Report of Polish Trip, October 29 to Nov. 3, 1940, PAAA, R 43085.

<sup>1972</sup> Aufzeichnung, 17.10.1940, PAAA, R 43085.

<sup>1973</sup> Ebd.

die Rundfunksendung vor der US-amerikanischen Präsidentenwahl – am 5. November 1940 – zustande kommt: „*Er verspricht sich davon eine günstige politische Wirkung, auch für Deutschland.*“<sup>1974</sup>

Bei der Reise im Herbst 1940 war unter anderem ein Gespräch zwischen den Amerikanern und Hans Frank geplant. Damit dieses Gespräch entsprechend den Vorstellungen des „Auswärtigen Amtes“ ausfalle, schickte dieses seinem Beauftragten in Krakau „*einige Gesichtspunkte für das Gespräch Generalgouverneur-Hartigan*“.<sup>1975</sup> Zwei Tage nach dem Schreiben startete die dritte Reise der Amerikaner durch das Generalgouvernement – durchgeführt von John Hartigan. Diese fand nach der offiziellen Wahl des Präsidiums der JSS Ende Oktober und Anfang November 1940 statt.<sup>1976</sup> In Krakau empfing unter anderem Herbert Heinrich die Delegation am 29. Oktober.<sup>1977</sup> Wie geplant traf die Delegation während der Reise unter anderem auf Hans Frank. Ein Statement Franks wurde in dem Bericht wörtlich abgedruckt.<sup>1978</sup> Bereits am ersten Tag der Reise empfing der Generalgouverneur die Amerikaner, was im Diensttagebuch Franks festgehalten wurde. „*In der [...] Besprechung wird eingehend zu der Frage der Versorgung der polnischen Bevölkerung mit Lebensmitteln Stellung genommen. Mr. Hartigan gibt dabei seiner Genugtuung über die vorzügliche Organisation Ausdruck, die im Generalgouvernement für die Weiterleitung der Lebensmittel an die Bevölkerung geschaffen worden sind.*“<sup>1979</sup> Frank habe bei diesem Gespräch betont, dass bei der Verteilung der von der *Comporel* bereitgestellten Nahrungsmittel kein Unterschied zwischen Polen und Polinnen sowie Juden und Jüdinnen gemacht werde. Er schlug dann jedoch antisemitische Töne an: „*Allerdings seien die Juden den Polen gegenüber sehr mißtrauisch und wollten für die Verteilung eigene Vertrauensmänner bestimmt sehen. Leider müsse auch hier wieder die Feststellung gemacht werden, daß die Juden diese Lebensmittel untereinander verschachern.*“<sup>1980</sup> Des Weiteren gab es ebenfalls ein Treffen zwischen der Delegation und dem HHA, dessen jüdischer Vertreter in der

---

<sup>1974</sup> Ebd.

<sup>1975</sup> AA an Beauftragten des AA im GG, 27.10.1940, PAAA, R 43085. „*Unter Bezugnahme auf fernmündliche Unterredung nachstehend einige Gesichtspunkte für Gespräch Generalgouverneur. Hartigan: Nach der Besetzung der früheren polnischen Gebiete, die jetzt das Generalgouvernement bilden, gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Behörden die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Durch die Kriegsereignisse war die Versorgungslage naturgemäss ungünstig beeinflusst worden. Es ist jedoch gelungen, durch Lieferung erheblicher Getreidemengen aus Deutschland und durch Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sicherzustellen, daß die Bevölkerung die zu ihrem Unterhalt notwendigen Lebensmittel erhält. Darüber hinaus habe ich ausländische neutrale Hilfsaktionen zum Zwecke einer zusätzlichen Versorgung der Bevölkerung im Eilvernehmen mit der Reichsregierung zugelassen und gefördert, u.a. durch Gewährung von Zoll- und Frachtfreiheit. Das Deutsche Rote Kreuz, das den allgemeine Auftrag der Reichsregierung hat, die Oberleitung der Verteilung ausländischer Hilfsspenden in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten zu übernehmen, hat durch seinen Beauftragten die Verteilung der für die Bevölkerung des Generalgouvernements eingegangenen Spenden geregelt und beaufsichtigt. Die Verteilung selbst erfolgt durch die im Haupthilfsausschuss zusammengefaßten Hilfsvereinigungen der Bevölkerung des Generalgouvernements. Die Spenden werden den Wünschen der Spender entsprechend ausschließlich zur zusätzlichen Versorgung der Bevölkerung verwendet. Ihre Inanspruchnahme für deutsche Truppen oder deutsche Amtsstellen ist ausgeschlossen. Den Delegierten der ausländischen Spender ist Gelegenheit geboten worden, sich an Ort und Stelle von der ordnungsmässigen Verteilung zu überzeugen. Ich bin sicher, daß Sie auf ihrer gegenwärtigen Reise durch das Generalgouvernement die gleichen Feststellungen treffen können. Die Behandlung der ausländischen Hilfsaktion für das Generalgouvernement entspricht der Haltung, die die Deutsche Regierung allgemein gegenüber derartigen Hilfsaktionen für die Bevölkerung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete einnimmt.*“

<sup>1976</sup> Vgl. Report of Polish Trip, October 29 to Nov. 3, 1940, PAAA, R 43085.

<sup>1977</sup> Vgl. ebd., S. 1.

<sup>1978</sup> Vgl. ebd., S. 3f.

<sup>1979</sup> Diensttagebuch, 30.10.1940, Diensttagebuch [Krakau Besprechungen, 9 S.], S. 294–296.

<sup>1980</sup> Ebd.



Zwischenzeit Chaim Hilfstein geworden war. Bei all diesen Zusammenkünften nahmen Regierungsvertreter teil.<sup>1981</sup> Bei diesen Treffen besprach die Anwesenden sehr viele allgemeine den Transport und die Verteilung der Liebesgaben betreffende Punkte<sup>1982</sup> sowie spezielle Aspekte, wie den Eintausch von Schweineprodukten gegen Heringe<sup>1983</sup> oder die speziellen Auslandshilfen für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement:

„In addition to an indeterminate amount of individual money remittances, believed to be considerable, sent by persons in America to their relatives in Poland, the Joint Distribution Committee in Poland has received the following aid from abroad: [...] Polish members of the CHIEF RELIEF COMMITTEE informed us, that despite the fact that the distribute to Jewish relief organizations in Poland 17 % of all the relief supplies received from the COMMISSION FOR POLISH RELIEF, Polish relief organizations have not received any aid from the Jewish Joint Distribution Committee or other Jewish relief agencies in Poland. Whereupon we replied that cable despatches received recently from the COMMISSION FOR POLISH RELIEF in New York stated that they had received a cable a sizable contribution from the American J.D.C.“<sup>1984</sup>

Auch besuchten die Amerikaner auf dieser Reise wieder jüdische Einrichtungen, darunter eine Volksküche, die der Judenrat in Krakau betrieb: „*The noonday meal was ready for serving at the time of our inspection, and, together with the Jewish officials we sat down and sampled the following three-course luncheon, which was unusually good: Soup, made of meat, potatoes and other fresh vegetables, Boiled Beef, Red Cabbage and Potatoes. Dessert: a dumpling made of potatoes and flour filled with marmalade.*“<sup>1985</sup> Ein Brief des Grafen Ronikier wurde in dem Bericht ebenfalls wörtlich wiedergegeben:

„My dear Mr. Hoover: I wish to take this opportunity of expressing to you our deepest gratitude, as President of the Polish Central Relief Committee, for the assistance which the Commission for Polish Relief has given. We have worked in full cooperation and sympathy with the Polish, Ukrainian, and Jewish Members of this Committee, Furthermore, our Committee has had every sympathetic help from the German Red Cross with which we are closely working as a liaison agent with foreign relief organizations. We hope for your further assistance, and the help we receive and expect to receive, in the future, from the authorities of the General Gouvernement, will make possible the softening of the distress of the population for the coming winter.“<sup>1986</sup>

Zudem werden zwei Antworten auf Fragen die Frank gestellt worden seien in dem Bericht paraphrasiert: „*First, as regards any discriminations between Christians and Jews in the distruction of supplies from foreign relief organizations. To this he replied that there was absolutely no line drawn. Secondly, as regards any discrimination between Christians and Jews in the relief supplied through the different Governmental agencies, such as the cities, the counties, and the Government itself. To this he gave the same answer.*“<sup>1987</sup>

Eine weitere, die letzte, Reise von *Comporel*-Vertretern fand im Frühjahr 1941 statt.<sup>1988</sup> Für diese wurde bei der Beantragung – neben den bereits bekannten Gründen – angegeben, dass man „*auch die teilweise noch ausstehenden Quittungen polnischer und jüdischer Wohlfahrtsinstitutionen über den Empfang*

<sup>1981</sup> Vgl. Report of Polish Trip, October 29 to Nov. 3, 1940, PAAA, R 43085, S. 6.

<sup>1982</sup> Vgl. ebd., S. 6–10.

<sup>1983</sup> Vgl. ebd., S. 10.

<sup>1984</sup> Ebd.

<sup>1985</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1986</sup> Ebd., S. 5.

<sup>1987</sup> Ebd., S. 5f.

<sup>1988</sup> Vgl. Report of Polish Trip, March 16 to March 22, 1941, PAAA, R 43086.

früherer Spenden der Commission for Polish Relief einziehe.“<sup>1989</sup> Mit Rücksicht darauf, dass die Delegierten der *Comporel* lediglich einmal, im Sommer 1940, Radom und Lublin aufgesucht hätten, legte Hartigan außerordentlichen Wert darauf, dass diese beiden Städte dieses Mal in das Besuchsprogramm gelangen.<sup>1990</sup> Die Bitte der Amerikaner wurde den zuständigen Stellen vorgetragen. Unter anderem fragte man bei dem Vertreter des „Auswärtigen Amtes“ im Generalgouvernement an, ob eine Reise der Delegierten zu diesem Zeitpunkt „erwünscht“ sei.<sup>1991</sup> Dessen Genehmigung erfolgte am 28. Februar 1941.<sup>1992</sup> In Vorbereitung auf die Reise kontaktierten das „Auswärtige Amt“ und DRK weitere Stellen im Generalgouvernement. Die Abteilung „Ernährung und Landwirtschaft“ hatte große Bedenken der *Comporel* genaue statistische Angaben und die Rationierungszahlen über die Ernährungslage zu übermitteln: „Nach diesseitigem Ermessen dürfe insbesondere der Bericht des Polnischen Hauptausschusses über die Ernährungslage in Warschau (vom 27.02.41) nicht zur Weitergabe geeignet sein, da er von der tatsächlichen Ernährungslage und Möglichkeit auf dem Lande, also dem weitaus grösseren Teil des Generalgouvernements kein Bild gibt.“<sup>1993</sup> Die letzte Reise eines Vertreters der *Comporel* erfolgte im Frühjahr 1941.<sup>1994</sup> Über die Vorbereitung der Reise berichteten die Amerikaner: „I was of the belief that the trip would last from ten to twelve days, and that we would visit Radom and Lublin as well as Krakow and Warsaw. I was much interested in the prospect of visiting Radom and Lublin, since no representative of the Commission of Polish Relief had been there since July, 1940.“<sup>1995</sup> Während der Reise wurde den Amerikanern mitgeteilt, dass sich die Pläne geändert hätten und aus diesem Grund Radom und Lublin nicht besuchen werden könnten – diese Städte sollten bei der nächsten Reise auf der Route der Amerikaner durch das Generalgouvernement liegen.<sup>1996</sup> Ein Besuch einer explizit jüdischen Einrichtung wurde in dem Bericht nicht erwähnt.<sup>1997</sup> Ein Treffen mit dem *Polnischen Roten Kreuz* kam wegen unterschiedlicher Zeitabgaben, die die Beteiligten erhielten, nicht zustande.<sup>1998</sup> Bei dem Besuch einer Ernährungsstelle für Kinder hätten die Amerikaner abermals Fotos gemacht und diese nach Amerika gesandt.<sup>1999</sup> Die wohl für die vorliegende Studie zentrale Information dieses Berichtes ist wohl die folgende. In einem Gespräch mit Regierungsvertretern kam zur Sprache: „The question was raised about giving to Jews a part of the food sent in by the Commission for Polish Relief. It was pointed out that 17 % of the amount of food sent in by the Commission for Polish Relief was distributed amongst the Jews and the Jews received

---

<sup>1989</sup> Aufzeichnung, 15.02.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1990</sup> Ebd.

<sup>1991</sup> Telegramm AA an Wühlisch, 19.02.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1992</sup> Telegramm Wühlisch an AA, 28.02.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1993</sup> Führungstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. „*Auskunft an die Hoover-Kommission über die Ernährungslage im Generalgouvernement*“, 08.03.1941, PAAA, R 43086.

<sup>1994</sup> Vgl. Report of Polish Trip, March 16 to March 22, 1941, PAAA, R 43086.

<sup>1995</sup> Ebd., S. 1.

<sup>1996</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>1997</sup> Vgl. ebd., passim.

<sup>1998</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>1999</sup> Vgl. ebd., S. 9.

100 % of the amounts that the Joint Distribution Committee sent to Poland. It was said that some dissatisfaction was felt amongst the Poles in that they felt that the Jews did not make a contribution to the Commission for Polish Relief in an amount of equal to 17 % of the whole.<sup>2000</sup> Im Folgenden erläuterten die Amerikaner in dem Bericht aber, dass unter dem Spenden, die die *Comporel* nach Polen bringe solche seien, die sie vom JDC erhalten hätten und diese demnach auch der polnischen Bevölkerung zugutekämen.<sup>2001</sup> Das „Auswärtige Amt“ verfasste über diese letzte Inspektionsreise der Vertreter der *Comporel* durch das Generalgouvernement auch einen Bericht: „Der Zweck seines Besuches war der gleiche wie der der wiederholten früheren Besuche amerikanischer Delegierter der Hoover-Kommission, nämlich die Feststellung, wie der mit den deutschen Dienststellen ausgearbeitete Plan für die Verteilung der durch die Commission for Polish Relief übersandten Spenden durchgeführt wird, inwieweit diese eine Erleichterung der Ernährungslage gebracht haben und welche weiteren Lebensmittel, Kleider und anderen Waren benötigt würden.“<sup>2002</sup> Ferner sei es der Wunsch der Amerikaner gewesen möglichst zahlreiche Lichtbilder zu erhalten, auf denen ihre Vertreter während der Speisung von den mit den US-amerikanischen Gaben Bedachten, besonders von Kindern oder inmitten eines Lagers Liebesgaben zu sehen ist: „Wie er erklärte, hätten solche Bilder, die in amerikanischen Zeitschriften veröffentlicht werden sollen, eine besondere werbende Wirkung für weitere Geldspenden.“<sup>2003</sup> Ein Besuch einer jüdischen Einrichtung wurde auch in diesem Bericht nicht erwähnt.<sup>2004</sup>

Auch nach der letzten tatsächlich erfolgten Inspektionsreise durch Vertreter der *Comporel* bestand von Seiten der Organisation der Wunsch nach weiteren Reisen, allerdings waren die Vertreter der US-amerikanischen Organisation im Generalgouvernement nicht mehr erwünscht. Ende Mai 1941 ersuchten die Amerikaner eine Genehmigung für eine weitere Reise: „Herr Murray fügte von sich aus hinzu, im Hinblick auf die in Berlin umlaufenden, sicher auch mir bekannten Gerüchte über eine angebliche deutsch-russische Spannung, deren tatsächliche Bedeutung er natürlich in keiner Weise beurteilen könne, müsste er mit der Möglichkeit rechnen, dass seinem Reisewunsch von den zuständigen deutschen Stellen im gegenwärtigen Zeitpunkt vielleicht nicht stattgegeben werden würde.“<sup>2005</sup> Das „Auswärtige Amt“ bestätigte, „dass er Recht daran tue, die Gerüchte von denen er gesprochen habe, skeptisch aufzunehmen. Seinen Wunsch, in das Generalgouvernement einzureisen, würden wir gern an die zuständigen Stellen weiterleiten und ihm zu gegebener Zeit Bescheid zukommen lassen. Dies würde aber voraussichtlich eine gewisse Zeit dauern.“<sup>2006</sup> Den Wunsch des Amerikaners leitete das „Auswärtige Amt“ an seinen Beauftragten im Generalgouvernement weiter, der allerdings mitteilte, „daß die militärischen Abwehrstellen eine Reise des Herrn Murray in das Generalgouvernement im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für erwünscht hielten. Zurzeit führen auch im Generalgouvernement kaum

---

<sup>2000</sup> Ebd., S. 2.

<sup>2001</sup> Vgl. ebd.

<sup>2002</sup> Aufzeichnung über die Reise des Delegierten der amerikanischen Commission for Polish Relief, Macdonald, in das Generalgouvernement, nicht datiert, PAAA, R 43086.

<sup>2003</sup> Ebd.

<sup>2004</sup> Ebd.

<sup>2005</sup> Aufzeichnung, 23.05.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2006</sup> Ebd.

noch Züge für Privatreisende. Die militärischen Stellen hätten anbeimgestellt, Herr Murray möge einen Einreiseantrag in einigen Wochen wiederholen.“<sup>2007</sup> Die Zentrale der *Comporel* in New York war verwundert, dass die NS einer abermaligen Einreise in das Generalgouvernement nicht stattgaben. Hartigan habe weiter bemerkt, dass Hoover im Kampf um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat stünde: „Schon jetzt, und erst recht wenn er nominiert sei, werde von seinen Gegnern alles zusammengesucht werden, was gegen ihn verwendet werden könnte. Deshalb liege ihm besonders viel daran den Spendern sagen zu können, dass er sich durch seine Mitarbeiter von der ordnungsmässigen Verteilung der Spenden überzeugt habe.“<sup>2008</sup> Aus diesem Grunde erneuerte man die Bitte möglichst bald ins Generalgouvernement reisen zu dürfen.<sup>2009</sup> Diese Reise würde ohnehin vermutlich die letzte sein, da „[d]ie Hilfstätigkeit für das Generalgouvernement [...] wohl überhaupt im wesentlichen erledigt [sei], da andere viel grössere Aufgaben aufgetaucht seien. Er meinte hiermit das Flüchtlingsproblem in Frankreich und Belgien.“<sup>2010</sup> Im Juni 1941 überlegten die Delegierten Deutschland zu verlassen, „in Anbetracht der Unmöglichkeit, gegenwärtig Lebensmittel aus Rußland zur Fortsetzung der Hoover-Hilfsaktion zu erhalten.“<sup>2011</sup> Wie im vorangegangenen Abschnitt bereits darlegt, bestand die Angst der Delegierten, dass bei einem sich verschlechternden Verhältnis zwischen Deutschland und den USA die Delegierten in Schwierigkeiten geraten. Dieses verneinte das „Auswärtige Amt“.<sup>2012</sup> Zwischenzeitlich war einem Delegierten der *Menmoniten* eine Reise nach Warschau genehmigt worden. Vor diesem Hintergrund bat der *Comporel*-Vertreter ihm gleichfalls die beantragte Einreise in das Generalgouvernement zu gestatten, da sonst in New York der Eindruck entstehen würde, dass der Delegierte des Zentralkomitees der *Menmoniten* von den NS bevorzugt behandelt würde im Vergleich zu dem Delegierten der *Comporel*.<sup>2013</sup> Dazu sei erklärt worden: „Herrn Professor Lehmann sei gesagt worden, daß gegen seine Einreise nach Warschau grundsätzliche keine Bedenken bestünden. Dasselbe treffe auch auf die von Herrn Murray beantragte Reise zu. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei jedoch für eine Reise in das Generalgouvernement nicht geeignet. Dies gelte sowohl für Herrn Murray wie für Herrn Lehmann. Auch dieser müsse noch einige Zeit warten, bis er seine Reise antreten könne. Herr Murray zeigte sich über diese Erklärung befriedigt.“<sup>2014</sup> Zu einer Reise kam es allerdings nicht mehr. Am 11. Dezember 1941 erklärte Deutschland den USA den Krieg. Zwei Tage später verständigte das „Auswärtige Amt“ das DRK, dass man Lissabon benachrichtigen solle, dass Murray es auch nach Kriegseintritt der USA wünsche, dass die dort vorhandenen Medikamente in das Generalgouvernement gelangen.<sup>2015</sup> Die Vertreter der US-amerikanischen Organisationen, die sich noch in Berlin aufhielten,

<sup>2007</sup> Aufzeichnung, 07.06.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2008</sup> Aufzeichnung, 26.06.1941, PAAA, R 43085.

<sup>2009</sup> Ebd.

<sup>2010</sup> Ebd.

<sup>2011</sup> Aufzeichnung, 28.06.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2012</sup> Ebd.

<sup>2013</sup> Ebd.

<sup>2014</sup> Ebd.

<sup>2015</sup> Entwurf AA an DRK, 13.12.1941, PAAA, R 43086.

wurden am 19. Dezember 1941 nach Bad Nauheim gebracht, wo sie auf Mitglieder der US-amerikanischen Botschaft trafen und mit diesen in die USA reisen sollten.<sup>2016</sup> Zum Zeitpunkt der Ausreise der *Comporel*-Vertreter fehlten noch Empfangsbestätigungen über Sendungen der *Comporel*. Diese sollten – nach Ansicht der US-amerikanischen Organisation – nachgereicht werden. Zudem waren zu dieser Zeit noch Spenden in Portugal vorhanden, die von Seiten der *Comporel* für das Generalgouvernement bestimmt waren. Es handelte sich um 36 Tonnen Medikamente.<sup>2017</sup> Das *Internationale Rote Kreuz* übernahm die Überwachung der Verteilung einer Medikamentenspende der *Comporel* an die Bevölkerung des Generalgouvernements,<sup>2018</sup> die trotz des Krieges zwischen Deutschland und den USA durchgeführt werden sollte. Ein Delegierter des IRK sollte diese beobachten. Hierfür nahm das Komitee den schweizerischen Staatsangehörigen Eduard Jakob Zamboni in Aussicht, für den ein Sichtvermerk zur Einreise nach Deutschland und das Generalgouvernement beantragt wurde.<sup>2019</sup> Bereits im Januar 1942 wurde im „Auswärtigen Amt“ vermutet, dass die *Comporel* eine Weiterleitung der Lieferung nur göutiere, wenn ein Vertreter des IRK in das Generalgouvernement reisen dürfe, um die Verteilung zu überwachen.<sup>2020</sup> Im Februar 1942 stimmte das „Auswärtige Amt“ bereits der Einreise eines Delegierten des *Internationalen Roten Kreuzes* zu.<sup>2021</sup> Bei der Personenauswahl bestanden jedoch Bedenken gegen den ursprünglich vorgesehenen, sodass im Juni Max von Wyss für die angesprochene Reise in Aussicht genommen wurde, der die Genehmigung des „Auswärtigen Amtes“ erhielt.<sup>2022</sup> Die Reise führte man Ende August oder Anfang September 1942 durch. Die Menge der gesendeten Güter, die ursprünglich 36 Tonnen betrug, hatte sich inzwischen durch den Zukauf des IRK auf insgesamt 50 Tonnen erhöht.<sup>2023</sup>

## II.6.6 Der Kontakt zu jüdischen Gemeinden und Landsmannschaften im Ausland

Neben den ausländischen Vereinigungen, die sich direkt mit einem Hilfsangebot an das Präsidium der JSS wandten, kontaktierte umgekehrt das Präsidium der JSS Stellen im Ausland, um weitere Hilfsgeber zu requirieren. Bereits in einer der ersten Sitzungen des Präsidiums war beschlossen

<sup>2016</sup> Aufzeichnung, 12.12.1941, PAAA, R 43086. „Die Gleichstellung dieser beiden Amerikaner mit den Mitgliedern der Amerikanischen Botschaft ist im Hinblick darauf erfolgt, daß ihre Tätigkeit auch in deutschen Interesse gelegen hat und in ständiger Fühlungnahme mit den zuständigen deutschen Behörden stattgefunden hat.“

<sup>2017</sup> Führungsstab des Präsidiums des DRK an die Rechtsabteilung des AA betr. „Polnisches Hilfskomitee im Generalgouvernement“, 19.02.1942, PAAA, R 43087.

<sup>2018</sup> Vgl. etwa Abschrift Commission for Polish Relief an Commission Mixte c/o International Red Cross, Genf, 31.12.1941, PAAA, R 43087.

<sup>2019</sup> Wohl AA an den Gesandten von Heeren in Kottenbruch in Oberbayern betr. „den schweizerischen Staatsangehörigen Eduard Jakob Zamboni“, 05.05.1942, PAAA, R 43087.

<sup>2020</sup> AA an Vertreter des AA beim GG, 22.01.1942, PAAA, R 43086.

<sup>2021</sup> Entwurf AA an Führungsstab des Präsidiums des DRK, 20.02.1942, PAAA, R 43086.

<sup>2022</sup> AA an Wühlisch, 26.06.1942, PAAA, R 43087.

<sup>2023</sup> Durchschlag AA an Wühlisch betr. „Verteilung einer Medikamentenspende im Generalgouvernement durch den Beauftragten des Internationalen Roten Kreuz, Dr. Max von Wyss“, 22.08.1942, PAAA, R 43087.

worden an die jüdischen Gemeinden in den „neutralen Ländern Europas“ „*zwecks Organisation kollektiver, wie auch individueller Sendungen von Nahrungs- und Heilmitteln, sowie Kleidungsstücken heranzutreten.*“<sup>2024</sup>

Im Dezember des Jahrs 1940 schrieb das Präsidium der JSS unter anderem die Gemeinden in Madrid, Istanbul und Lissabon an und bat diese um Unterstützung. Zunächst schilderte die JSS den Adressaten was die JSS ist und von welchen Organisationen sie bereits Hilfe aus dem Ausland erhalte, ehe sie mit dem eigentlichen Anliegen an die ausländischen Organisationen herantrat: „*Um die erwähnten Einkäufe in dem neutralen Auslande durchzuführen und den geeigneten Transport zu besorgen, wollen wir bekannte Personen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge in den grosseren Städten des neutralen Auslandes heranziehen um uns die Schwierigkeiten und die Unkosten, die mit der Absendung besonderer Vertreter von hier auf verbunden sind, zu ersparen.*“<sup>2025</sup> Die JSS ersuchte um die Benennung entsprechender Personen oder Institutionen sowie um die Hilfe der angeschriebenen Gemeinde selbst.<sup>2026</sup> Andere Gemeinden – wie die in Stockholm – bat die JSS direkt um Hilfssendungen von Nahrungs- und Heilmitteln sowie Kleider- und Wäschestücken.<sup>2027</sup> Bei einer dritten Gruppe von Gemeinden ging es weniger um die materielle als vielmehr um die ideelle Hilfe in Form von Erfahrungen, auf die die JSS aufbauen wollte. Aus diesem Grunde schrieb sie – ebenfalls im Dezember 1940 – die jüdischen Gemeinden in Prag und Wien an und gab an, dass sie gerne aus deren Erfahrungen lernen wolle. Das Präsidium der JSS wollte Einblick in die Richtlinien der Tätigkeit nehmen und die rechtliche Grundlage der Fürsorgetätigkeit ersehen und beehrte deshalb eine Zusendung dieser, ebenso um Rundschreiben, Instruktionen, Anweisungen und dergleichen. Zudem bat die JSS um Berichte über die Tätigkeit der ausländischen Organisationen: „*Hierbei interessiert uns besonders die Form der individuellen Hilfe, die Sie erteilen, als der Unterstützungen, die Sie an einzelne Personen gewähren, die Prozedur, die Sie dabei beobachten und die Kontrollmassnahmen, die Sie hiebei getroffen haben.*“<sup>2028</sup>

Zu einigen Gemeinden – etwa der in Stockholm und der in Prag – entwickelte sich ein engerer Kontakt. So erklärte sich die Prager Gemeinde „*bereit [...] unter den aus dem Protektorat ausgewanderten*

---

<sup>2024</sup> Protokoll III der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, AŽIH, 211 aneks/25. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 9–12.

<sup>2025</sup> Abschrift JSS an die Jüdische Kultusgemeinde in Madrid, 20.12.1940, AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 44f. Ein identisches Schreiben ging an die Jüdische Kultusgemeinde in Istanbul, 20.12.1940 – vgl. AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 46f.; ebenso an die Jüdische Kultusgemeinde in Beograd, 20.12.1940 – vgl. AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 48f.; an die Jüdische Kultusgemeinde in Sofia, 20.12.1940 – vgl. AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 50f.; an die Jüdische Kultusgemeinde in Lissabon, 20.12.1940 – vgl. AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 58f. sowie die Jüdische Kultusgemeinde in Budapest, 17.12.1940 – vgl. AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 159f. Das Schreiben an die Jüdische Kultusgemeinde in Lissabon ist auch vorhanden in YVA, M.2/295, Bl. 2–4.

<sup>2026</sup> Ebd.

<sup>2027</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an die Jüdische Gemeinde in Stockholm, 11.12.1940, AŽIH, 211 aneks/26, Bl. 314f.

<sup>2028</sup> Abschrift JSS an die Jüdische Gemeinde, Abteilung Fürsorge, in Prag betr. „*Materialien über Ihre Fürsorgetätigkeit*“, 27.12.1940, AŽIH, 211 aneks/27, Bl. 80f. Ein identisches Schreiben ging an die Abteilung Fürsorge der jüdischen Gemeinde in Wien, 27.12.1940. Vgl. AŽIH, 211 aneks/27, Bl. 82f. Antworten dazu sind vermutlich nicht eingegangen; zumindest sind keine solchen überliefert.

*Juden eine Sammlung von Waesche- und Kleidungsstuecke zu Gunsten der juedischen Krankenhaeuser und Waisenheime zu veranstalten.*<sup>2029</sup> Ferner führte die Pager Gemeinde wohl Geldsammlungen für die in das Generalgouvernement „ausgesiedelten“ Juden und Jüdinnen durch:

„Auf unsere wiederholte fernmündliche Rücksprache mit Herrn Dr. Friedmann bezugnehmend, bitten wir Sie die für uns bestimmte Zuwendung uns schleunigst zu überweisen. Mehr denn je sind wir in der letzten Zeit auf die Auslandshilfe angewiesen. Seit Monaten warten wir vergebens auf den bei Ihnen liegenden für uns bestimmten Betrag. In den letzten Tagen sind – wie wir Ihnen bereits telefonisch mitteilten – zwei Transporte ausgesiedelter Juden aus Böhmen eingelangt. Wir sind nicht in der Lage unsere eigenen Ausgesiedelten gebührend zu unterstützen, geschweige denn die Ausgesiedelten aus ausserhalb des Generalgouvernements zugereisten. Es würde uns wirklich leidtun, wenn wir infolge Ihrer Versäumung ausserstande sein sollten, die aus dem Protektorat eingetroffenen Juden wenigstens für die erste Zeit zu unterstützen.“<sup>2030</sup>

Zwischen dem Präsidium der JSS und Melanie Oppenheim von der Kultusgemeinde in Kopenhagen herrschte ein insgesamt recht reger Briefverkehr, in dem es immer wieder um einzelne Sendungen an Privatpersonen ging, auf die im folgenden Abschnitt eingegangen wird. Zudem bat eine Gemeinde in Dänemark, Sammlungen für Mehl oder Osterbrot zu veranstalten.<sup>2031</sup>

Ferner hielt die JSS den Kontakt zu der jüdischen Gemeinde in Stockholm aufrecht, wohl auch da viele europäische Länder irgendwann die Ausfuhr von Lebensmitteln verboten und Schweden neben Portugal eines der wenigen Länder blieb die dies zuließen:

„In der letzten Besprechung unseres Vorsitzenden im Deutschen Roten Kreuz wurde uns mitgeteilt, dass eine Liebesgabensendung aus Schweden bereits im Generalgouvernement avisiert ist. Wir erlauben uns daher an Sie mit der Bitte heranzutreten, die Organisation von Liebesgabensendungen sowohl an geschlossene Fuersorgeanstalten, wie Krankenhaeuser, Altersheime, Waisenheime u.dgl. als auch an einzelne Verwandte und Bekannte veranlassen zu wollen. Es kommen entweder groessere Mengen von Nahrungsmitteln, Kleidung und Waesche in Betracht oder aber kleinere Pakete, die jedoch in Kisten gepackt und als Sammelgut befoerdert werden. Die Ausfolgung der Pakete an Anstalten der geschlossenen Fuersorge und einzelne Personen den Wuenschen der Absender gemass, erfolgt auf Grund der uns in doppelter Ausfertigung einzusendenden Listen. Auf Grund der bisherigen Erfahrung sind wir in der Lage Ihnen mitzuteilen, dass saemtliche Liebesgaben aus dem Auslande, die im Generalgouvernement Zoll- und Frachtfreiheit geniessen, reibungslos ihrer Bestimmung zugefuehrt worden sind. Wir erachten es fuer ueberfluessig Ihnen zu schildern, wie sehr wir die auslaendischen Liebesgaben von Nahrungsmitteln, Kleidung und jegliche Art Waesche benoetigen. Wir haben Grund anzunehmen, dass Sie hochverehrter Herr Doktor nichts unversucht lassen werden um eine grosszuegige Hilfsaktion im Rahmen der gegebenen Moeglichkeiten zu organisieren.“<sup>2032</sup>

Neben den jüdischen Gemeinden versuchte die JSS den Kontakt zu jüdischen Landsmannschaften aufzunehmen.<sup>2033</sup> Diese Form der Spendeneinwerbung bei den Landsmannschaften in den USA

<sup>2029</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK betr. „*Liebesgabensendungen aus Prag*“, 20.06.1941, YVA, O.21/32, Bl. 233.

<sup>2030</sup> JSS an die Jüdische Kultusgemeinde in Prag betr. „*Ueberweisung der Zuwendung*“, 23.03.1942, AŽIH, 211 aneks/74, Bl. 621.

<sup>2031</sup> AŽIH, 211/68, passim.

<sup>2032</sup> Abschrift JSS an Dr. Ehrenpreis, Rabbiner Mosaiska Foersamlingen, Stockholm betr. „*Liebesgaben*“, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 268.

<sup>2033</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Isedor Rostein, New York betr. „*Hilfsaktion fuer die Einwohner der Stadt Dubienka*“, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 310.

war bereits in der Zwischenkriegszeit durch das JDC verfolgt worden.<sup>2034</sup> So wandte sich das Präsidium der JSS auf Anfragen der Geschäftsstelle in Dubienka an den Vorsitzenden der Landsmannschaft in den USA: *„Die Abteilung ersucht, Sie moechten sich dafuer einsetzen, dass die in Amerika wohnenden Landsleute fuer ihre Brueder, die sich in einer schecklichen materiellen Lage befinden, eine Hilfsaktion organisieren.“*<sup>2035</sup> In Dubienka lebten zu dieser Zeit 1.850 Juden und Jüdinnen, davon 1.500 Einwohner, die aus der Stadt stammten, und 350, die während des Krieges hinzugekommen sind. Davon betreute wurden 1.050 Juden und Jüdinnen von der JSS betreut, *„was Ihnen das beste Bild ueber die Lage des Staedtleins gibt.“*<sup>2036</sup> Der Kontakt zu den Landsmannschaften erfolgte primär im Kontext der Tätigkeit des Referates „Ausländische Verwandtenhilfe“ der JSS. In diesem Zusammenhang war das Präsidium von vielen Hilfskomitees gebeten worden mit den entsprechenden Landsmannschaften in den USA Kontakt aufzunehmen und zu vermitteln. Um Unterstützung bei dieser Aktion, fragte die JSS bei *Hicem* an, die wiederum zwischen dem Präsidium und den Landsmannschaften vermitteln sollten. Nach Ansicht des Präsidiums waren kollektive Hilfen für die Ortschaften oder eben individuelle Sendungen für einzelne Verwandte möglich.<sup>2037</sup> Der letztgenannte Bereich soll Gegenstand des folgenden Abschnitts sein.

## II.6.7 Die „Ausländische Verwandtenhilfe“

„Das Referat Ausländische Verwandtenhilfe hat bis nun in 3.730 Fällen die Verbindung von Juden im Generalgouvernement mit ihrem Verwandten im Ausland angebahnt und mehrere Anfragen des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes erledigt. Zurzeit steht das Referat mit Berlin, Wien, Belgien, Holland, Dänemark, der Slowakei, Schweden, Portugal, der Schweiz, den Vereinigten Staaten, Argentinien und Mexiko in Verbindung.“<sup>2038</sup>

Neben den durch ausländische Hilfsorganisationen erteilte Hilfe, war die JSS bestrebt individuelle Hilfe aus dem Ausland zu erlangen. Das Präsidium der JSS nahm – wie bereits in dem voranstehenden Abschnitt erwähnt – in einer Sitzung im Dezember 1940 unter anderem die folgenden Anträge an: *„An die jüdischen Gemeinden in den neutralen Ländern Europas zwecks Organisation kollektiver, wie auch individueller Sendungen von Nahrungs- und Heilmitteln, sowie Kleidungsstücken heranzutreten [...] Die*

<sup>2034</sup> Vgl. YFAAT WEISS: Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940, München 2000, S. 209.

<sup>2035</sup> Abschrift JSS an Isidor Rostein, New York betr. *„Hilfsaktion fuer die Einwohner der Stadt Dubienka“*, 21.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 310.

<sup>2036</sup> Ebd.

<sup>2037</sup> Abschrift JSS an Hias, New York, 31.07.1941, YVA, O.21/33, Bl. 441.

<sup>2038</sup> Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Oktober 1941, wohl 03.11.1941, YVA, O.21/19, Bl. 13–18.



*Aktion zwecks Erteilung individueller Hilfe durch Paketsendungen mit dem Haupthilfsausschuss zu koordinieren.*<sup>2039</sup> Bereits im Dezember hatte die JSS beispielsweise mit der *Amerikanische Federation der polnischen Juden* Kontakt aufgenommen und dieser mitgeteilt, dass sie „auch die minimalsten Bedürfnisse der jüdischen sozialen Fürsorge“ aus den vorhandenen Quellen nicht im Entferntesten decken könne. Die JSS bat deshalb darum Heilmittel, Nahrungsmittel und Kleidung anzukaufen oder gebrauchte Kleidungsstücke zu sammeln. Als eine Geldquelle für den Einkauf dieser Dinge nannte sie hier unter anderem – soweit ersichtlich erstmals – „Privatmittel für Verwandte und Bekannte“: „Für die letzteren wäre erwünscht, Einheitspakete, die Nahrungsmittel oder Kleidungsstücke enthalten zu organisieren. Es ist ein Einheitspreis zu bestimmen, von den etwa 75 % für den Ankauf der erwähnten Gegenstände zugunsten des Adressaten und etwa 25 % zwecks Ankauf von ähnlichen Gegenständen zugunsten Personen derselben Stadt, die keine Verwandten oder Bekannten haben, verwendet werden.“<sup>2040</sup> Der JSS erscheint es geboten diese Hilfe durch Verwandte nach dem „bewährten Prinzip der Landsmannschaften“ zu organisieren.<sup>2041</sup>

Schon früh gab es den Plan zur „Bildung einer Organisation zwecks Uebermittlung von Liebesgaben-Sendungen aus Amerika“.<sup>2042</sup> In einem Vorschlag zur Bildung einer solchen Organisation hieß es, dass nachdem seit „Jahrzehnten eine lebhaftige Auswanderung aus ehemaligem Polen nach Amerika vor sich ging, stehen mehrere Einwohner des G.G. im Verwandtschaftsbanden mit den Emigranten und erhielten von ihnen vor dem Kriege regelmässig Unterstützungen in Form von Geldsendungen und Liebesgabenpaketen.“<sup>2043</sup> Aus diesem Grund schien es angebracht, diese potentiell vorhandene Quelle auch während der Kriegszeit zu nutzen. Deshalb brachte wurde der folgende Vorschlag zur Diskussion gebracht:

„1/ Die projektierte Organisation trägt einen rein charitativen Charakter, ist auf Gewinn nicht eingestellt und steht unter allgemeiner Kontrolle und Aufsicht des Roten Kreuzes. 2/ Gemäss der Tätigkeit der projektierten Organisation zerfällt sie in 3 Sektoren: a/ der amerikanische Sektor, dessen Aufgabe ist die Aufnahme von Aufträgen in Amerika zwecks Belieferung der auf dem Terrain des G.G. wohnhaften Verwandten bzw. Freunde mit Liebesgabenpakete, bestehend aus Lebensmitteln. Die Bezahlung für 1 Paket ist einheitlich auf \$ 10 bemessen. Die Liebesgabenpakete können auch an Organisationen gerichtet werden. Der amerikanische Spender gibt dem Sektor bei Bezahlung des genannten Betrages die genaue Adresse des zu beliefernden Empfängers, sei es eine Fürsorgeinstitution. Der Bezahler erklärt sich auch einverstanden damit, dass das Paket nur einen Gegenwert von \$ 7,50 habe, die restlichen \$ 2,50 werden zu Gunsten einer Wohlfahrtsorganisation zufallen nach Wahl des Absenders. Somit soll die Aktion nur den Adressaten beschenken, aber auch dem unbekannten Notleidenden dienlich sein. Die gesammelten Gelder und Dispositionen werden an den europäischen Sektor b/ übersandt. Die Leitung des amerikanischen Sektors a/ wird in Händen des amerikanischen Roten Kreuzes liegen, welches berechtigt ist zur Mitarbeit polnische, jüdische und ukrainische Wohlfahrtsinstitutionen heranzuziehen. b/ Der europäische Sektor befindet

<sup>2039</sup> Protokoll III der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau im Amtsgebäude der Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge am 3. und 4. Dezember 1940, AŽIH, 211 aneks/25. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 9–12.

<sup>2040</sup> Abschrift JSS an die Amerikanische Federation der polnischen Juden, New York, 09.12.1940, YVA, O.21/16-3, Bl. 68f.

<sup>2041</sup> Ebd.

<sup>2042</sup> Vorschlag zur Bildung einer Organisation zwecks Uebermittlung von Liebesgaben-Sendungen aus Amerika, AŽIH, 210/78, Bl. 1f. In ähnliche Richtung ging auch Plan der Organisation von Lebensmittelpakete-Sendungen von ausländischen Verwandten für die arme Bevölkerung im Generalgouvernement, AŽIH, 210/83, Bl. 1.

<sup>2043</sup> Vorschlag zur Bildung einer Organisation zwecks Uebermittlung von Liebesgaben-Sendungen aus Amerika, AŽIH, 210/78, Bl. 1f.

sich in der Regel in einem neutralen Staate in Europa und hat als Aufgabe Einkauf von Lebensmitteln, Medikamenten in den neutralen Staaten und den Versand der eingekauften Produkte ins G.G. Dieser Sektor wird nach Massgabe der aktuellen Marktpreise den Inhalt eines Liebesgabenpakets feststellen und an den Sektor c/ Disposition erteilen. Der Sektor b/ wird unter Leitung eines Delegierten und Vertrauensmanns des Sektors a/ stehen und unterliegt der Kontrolle des örtlichen Roten Kreuzes. c/ Der Sektor im G.G. Die Aufgabe dieses Sektors ist, die vom Sektor b/ erhaltenen Produkte, laut den erhaltenen Dispositionen in einer Zentralstelle /Krakau/ in Pakete einzupacken und an die Betreuten zum Versand zu bringen. Der Sektor c/ steht unter Leitung des Haupthilfsausschusses und unterliegt der Kontrolle des Deutschen Roten Kreuzes. Der Haupthilfsausschuss zieht zur Mitarbeit polnische, jüdische und ukrainische Mitarbeiter.“<sup>2044</sup>

Allerdings setzte die JSS diese Form der Hilfe erst später durch. Im März 1941 rief sie „[z]wecks der Ermöglichung individueller Hilfsleistungen seitens neutraler Ausländer an ihre jüdischen Verwandten im Generalgouvernement“ die Unterabteilung „Verwandtenhilfe“ innerhalb der Abteilung „Versorgung“ im Präsidium der JSS ins Leben. Sie sollte den Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement die Fühlungnahme mit ihren im neutralen Ausland wohnhaften Verwandten vermitteln und Bitten einzelner Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement um Übersendung von Geld, Nahrungsmitteln, Kleiderstücken und so weiter an deren ausländischen Verwandten weiterleiten. Hierbei bediente sich die Unterabteilung unter anderem der Vermittlung der Gesellschaft *Hias of America* in New York sowie seiner in verschiedenen Städten befindlichen Abteilungen oder ähnlicher philanthropischer Gesellschaften in verschiedenen Ländern, welche diese ausländischen Verwandten der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement zur Hilfeleistung bewegten und ihnen Informationen und Weisungen über die formelle Seite der Geld- und Paketsendungen ins Generalgouvernement erteilten.<sup>2045</sup> Die Einrichtung der Unterabteilung kann auch dadurch begründet gewesen sein, dass der Transfer der Liebesgaben aus dem Ausland nicht allein von den Vorschriften der Behörden der Besatzer bestimmt war. Die Länder, aus denen Liebesgaben geschickt wurden, hatten ebenfalls ihre eigenen Auflagen. Ab Januar 1941 war es beispielsweise von der Schweiz aus nicht möglich Liebesgaben zu senden. Aus diesem Grunde verhandelten Schweizer Hilfsorganisationen mit Portugal, um so weiterhin Spenden schicken zu können. Allerdings konnten zu dieser Zeit auch von dort lediglich Postpakete und diese nur an Privatpersonen geschickt werden.<sup>2046</sup>

Mit der Implementierung dieser Art der direkten Hilfe für einzelne Personen oder Familien waren jedoch ebenfalls Probleme verbunden, die es noch zu lösen galt. So wandte sich das Präsidium der JSS im Mai 1941 an den Beauftragten des DRK. Die Sendungen der ausländischen Verwandten mussten in kleinen Postpaketen erfolgen. Da den Bestimmungen des *Internationalen Roten Kreuzes* gemäss nur Waggon- und Stückgutsendungen den Schutz des *Roten Kreuzes* und Zoll- und

---

<sup>2044</sup> Ebd.

<sup>2045</sup> Protokoll V der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 10. März 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, YVA, O.21/18, Bl. 14–17. Vgl. ebenso Tätigkeitsbericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Präsidium für den Monat März 1941, wohl 05.04.1941, YVA, O.21/19, Bl. 4f. und Bl. 7.

<sup>2046</sup> Hafip, Zürich an das JDC, Krakau, 07.01.1941, AŽIH, 210/155, Bl. 6.

Frachtfreiheit genossen, belasteten nicht nur verschiedene Zollabgaben die Postsendungen, sondern sie waren auch Gefahren ausgesetzt, die die vom *Roten Kreuz* geschützten Liebesgabensendungen nicht bedrohten. Das Präsidium der JSS „*will versuchen die ausländischen Wohlfahrtsvereine zur Organisierung von Sammelsendungen zu bewegen. Es bestehen aber begründete Zweifel, ob dies gelingen werde. Mitteilungen aus dem Ausland zufolge, bestehen in manchen Ländern Verbote, grössere Mengen von Lebensmitteln ins Ausland zu senden.*“<sup>2047</sup> Aus diesem Grund trat die JSS an den Vertreter des DRK mit der Bitte heran, dass seine Dienststelle die Möglichkeit der Gewährung von Schutz und Zollfreiheit für solche Postsendungen in Erwägung ziehe.<sup>2048</sup> Diese Probleme wurden in der darauf folgenden Zeit gelöst<sup>2049</sup> und so startete die JSS im Juni 1941 eine Initiative, in der sehr viele ausländische Stellen über die Einrichtung eines Referates „Ausländische Verwandtenhilfe“ informiert wurden, dessen Gründung die JSS hier auf dem 1. Juni 1941 datierte. Zunächst wurden einige allgemeine Informationen zur JSS geschrieben, ehe die JSS auf die Aufgaben des neuen Referates und damit den eigentlichen Zweck des Schreibens zu sprechen kam: „*Vorderhand wird dieses Referat sich befassen mit: a./ dem Ausfindigmachen von Verwandten im Auslande b/ der Vermittlung von Liebesgaben aus dem Auslande.*“ Zum Ablauf der Hilfe wurde erläutert, dass sich die Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement, die im Ausland Verwandte hatten, auf speziell vorgedruckten Formularen, die ihnen von den Hilfskomitees und Delegaturen in den Wohnorten zur Verfügung gestellt wurden, an die JSS wenden könnten. Die JSS sortierte das Material nach Ländern und sendete es an die entsprechenden Wohlfahrtsorganisationen. Auf demselben Wege könnten die Juden und Jüdinnen im Ausland ihren Verwandten, die sich im Generalgouvernement aufhalten, durch die Vermittlung der JSS ausfindig

<sup>2047</sup> Abschrift JSS an den Beauftragten des DRK über BuF betr. „*Sendungen von Liebesgaben aus dem Auslande durch die Post*“, 20.05.1941, AŽIH, 211 aneks/43, Bl. 62f.

<sup>2048</sup> Ebd.

<sup>2049</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an National Council of Jewish Women betr. „*Unterstützung von amerikanischen Verwandten*“, 16.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 36.

machen. „Wir sind dabei in der Lage, in vielen Fällen auch den gegenwärtigen Aufenthaltsort jener Juden auszufinden, die infolge der Kriegseignisse ihre Heimstätte verlassen haben.“<sup>2050</sup> Die Organisation der Liebesgabensendungen aus dem Auslande könne auf zwei Wegen erfolgen, so teilt das Präsidium der JSS den ausländischen Stellen mit:<sup>2051</sup>

„1. durch individuelle Sendungen oder Stückgut /Kisten, Rollen, zumindest 1 Stück/, die den Schutz des Internationalen Roten Kreuzes genießen, einfuhr-, ausfuhr-zollfrei sind und im Deutschen Reich wie auch im Generalgouvernement frachtfrei befördert werden. Diese Sendungen können auch Nahrungsmittel, Heilmittel, Verbandstoffe oder Kleidung, die für einzelne Personen bestimmt sind, enthalten. In diesem Falle ist eine Liste mit den Namen und Adressen der Empfänger in doppelter Ausfertigung an uns einzusenden. Die Sammelsendungen von Liebesgaben sind ausschliesslich an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes Krakau, [...] für die J.S.S. zu adressieren. Ihre Verteilung erfolgt von uns durch die Vermittlung unserer Dienststellen. Es wäre erwünscht, dass neben den für Verwandte bestimmten Liebesgaben auch solche Personen bedacht werden, die keine Verwandten im Auslande haben und die infolge der Kriegsverhältnisse auf die Wohlfahrt angewiesen sind. Von jeder Liebesgabensendung müssten etwa 20–25 % für solche Zwecke bestimmt sein. Wir wenden uns hiermit an Sie mit der inständigen Bitte, alles Nötige zur Organisation einer grosszügig angelegten Hilfeleistung für unsere Betreuten zu veranlassen. Die Festlegung der zweckdienlichsten Formen der Organisation überlassen wir Ihnen und Ihren wertvollen Erfahrungen auf diesem Gebiete.“<sup>2052</sup>

Ähnlich lautend sind zeitgleich und in der folgenden Zeit weitere Schreiben an andere ausländische jüdische Organisationen geschickt worden;<sup>2053</sup> ebenso an jüdische Gemeinden in Europa – diese Schreiben erfolgten einige Wochen später. Zu diesem Zeitpunkt war die Tätigkeit des Referates

---

<sup>2050</sup> Abschrift JSS an das Comité de Protection a los Immigrantes Israelites in Lima betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/75, Bl. 1f. Ein nahezu identisches Schreiben wurde auch an Centro Israelita de Cuba gesandt betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/71, Bl. 1f.; ebenso an Centro Israelita de Cuba betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/71, Bl. 3. Im Anhang befindet sich eine Liste mit elf Namen – AZIH, 211/71, Bl. 3. Zudem wurde am 10. November 1941 eine weitere Liste mit vier Namen nach Kuba gesandt – AZIH, 211/71, Bl. 4f. Ein weiteres Schreiben sandte man an Jewish Community Cobe/Japan betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/78, Bl. 4f.; ebenso auch an The Far Eastern Jewish Central Information Bureau for Emigrantes in Shanghai – vgl. JSS an The Far Eastern Jewish Central Information Bureau for Emigrantes in Shanghai, 09.06.1941, AZIH, 211/78, Bl. 1–3 sowie Abschrift JSS an das Central Israelita Cultural Colon/Panama betr. „Liebesgabensendungen“, 09.05.1941, AZIH, 211/66, Bl. 9f.; Abschrift JSS an Comité de Protection Ausnei/Paraguay betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/66, Bl. 11f.; Abschrift JSS an Conciedad de Protection a los Immigrantes Israelites Montevideo/Uruguay betr. „Liebesgabensendungen“, 09.06.1941, AZIH, 211/66, Bl. 13f.; Abschrift JSS an Sociedad Israelita Sr. Lazare Lewine/Venezuela, 10.06.1941, AZIH, 211/66, Bl. 15f.; Abschrift JSS an Comité de Protection a los Immigrantes Israelitas Santiago de Chile/Chile betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/66, Bl. 22f.; Abschrift JSS an Sociedad de Protection a los Immigrantes Israelitas La Paz/Bolivien betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/66, Bl. 28f.; Abschrift JSS an Sociedad Israelita Caracas/Venezuela betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/66, Bl. 35f.; Abschrift JSS an Sociedad de Protection a los Immigrantes Israelitas Buenos-Aires/Argentinien betr. „Liebesgabensendungen“, 11.06.1941, AZIH, 211/67, Bl. 10f.; Abschrift JSS an Comité de Protection a los Immigrantes Israelites Lima/Peru betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/73, Bl. 1f.; Abschrift JSS an das Centr de Beneficiencia Israelita Mexiko betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211/72, Bl. 1f.; Abschrift JSS an „Hias“/New York betr. „Liebesgabensendungen“, 09.06.1941, AZIH, 211/70, Bl. 1f.

<sup>2051</sup> Ebd.

<sup>2052</sup> Ebd.

<sup>2053</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Israeliten-Armenpflege, Zürich betr. „Liebesgabensendungen“, 10.06.1941, AZIH, 211 aneks/46, Bl. 58f. oder auch JSS an Comitees zur Hilfeleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung, Genf betr. „Liebesgabensendungen“, 09.07.1941, YVA, M.20/114, Bl. 3f.

„Ausländische Verwandtenhilfe“ bereits angelaufen.<sup>2054</sup> Schreiben dieser Art – sowohl an Organisationen als auch an Gemeinden – finden sich nicht nach Frankreich<sup>2055</sup> und Italien.<sup>2056</sup> Die Korrespondenz mit Vereinigungen in diesen Ländern war weit umfangreicher als die mit anderen Ländern – jedoch setzt der Schriftwechsel für Frankreich erst Ende November 1941 ein<sup>2057</sup> und für Italien erst im Dezember des Jahres.<sup>2058</sup> Für Ungarn und die Slowakei finden sich ebenfalls keine vergleichbaren Schreiben. Der Kontakt für diese Länder ist jedoch erst ab dem Jahr 1942 überliefert, sodass das Nichtvorhandensein darauf zurückzuführen ist.<sup>2059</sup>

Lebensmittelsendungen stellten die meistgewünschte Unterstützungsform dar.<sup>2060</sup> Erste konkrete Hilfsersuchen erreichten das Präsidium der JSS spätestens im Juli 1941. Mit der Hoffnung auf dortige Bearbeitung wurden diese direkt an die entsprechenden Organisationen im Ausland weitergeleitet. Das Präsidium der JSS wandte sich beispielsweise an Schweizer Organisationen, wenngleich bei der Schweiz das Problem existierte das keine Lebensmittelsendungen das Land verlassen durften. Allerdings bestand auch hier die Möglichkeit den Weg über portugiesische Firmen zu wählen: *„Aus der privaten Korrespondenz, die uns einzelne von uns Betreute vorweisen, ersehen wir, dass zahlreiche Schweizer Buerger davon nicht wissen, da sie an ihre Verwandten hierher schreiben, dass sie ihnen auf keinem Wege Hilfe leisten koennen. Wir richten daher an Sie die hoechl. Bitte, die dortige Judenheit gehoerig zu informieren.“*<sup>2061</sup> Von vielen Hilfskomitees und Delegaturen gingen die Bitten ein, dass sich das Präsidium der JSS zum Zwecke der Verwandtenhilfe mit den entsprechenden Landsmannschaften in den USA in Verbindung setzen soll. Diese Schreiben richtete die JSS über den Hias in New York mit der Bitte um Weiterleitung an die entsprechenden Vorsitzenden der Landsmannschaften.<sup>2062</sup> Seit Juni 1941 war die Versendung von Adresslisten von im Generalgouvernement wohnenden Juden und Jüdinnen, die ihre im Ausland lebenden Verwandten um Hilfe baten, in vollem Gange. Die Namen sammelte das Referat, stellte sie zu Listen zusammen und sandte diese an Organisationen im Ausland. In den jeweiligen Anschreiben fanden sich die entsprechenden Wege aufgezeigt,

<sup>2054</sup> Abschrift JSS an die Jüdische Kultusgemeinde Bukarest betr. „Ausländische Verwandtenhilfe“, 19.08.1941, AZIH, 211/77, Bl. 1f. In ebendieser Akte finden sich weitere Schreiben an die Gemeinde in Bukarest, die Namen von gesuchten Verwandten im Ausland enthalten, die um Spenden für die im Generalgouvernement Wohnenden gebeten wurden.

<sup>2055</sup> Vgl. AZIH, 211/74, passim.

<sup>2056</sup> Vgl. AZIH, 211/81f., passim.

<sup>2057</sup> Vgl. AZIH, 211/74, Bl. 1.

<sup>2058</sup> Vgl. AZIH, 211/81, Bl. 1.

<sup>2059</sup> Vgl. AZIH, 211/79, passim sowie AZIH, 211/80, passim.

<sup>2060</sup> Vgl. Abschrift JSS an National Council of Jewish Women betr. „Unterstützung von amerikanischen Verwandten“, 16.07.1941, YVA, O.21/32, Bl. 36 oder auch JSS an Comitee zur Hilfeleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung, Genf betr. „Das Aufsuchen von Verwandten in der Schweiz und deren Hilfeleistung“, 23.07.1941, YVA, M.20/114, Bl. 11f.

<sup>2061</sup> JSS an Comitee zur Hilfeleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung, Genf betr. „Das Aufsuchen von Verwandten in der Schweiz und deren Hilfeleistung“, 23.07.1941, YVA, M.20/114, Bl. 11f.

<sup>2062</sup> Abschrift JSS an Hias, New York, 31.07.1941, YVA, O.21/33, Bl. 441.

wie den Verwandten im Generalgouvernement Hilfe geleistet werden kann.<sup>2063</sup> Ein sehr reger Austausch entwickelte sich im Bereich der „Ausländischen Verwandtenhilfe“ mit den USA. Man sandte am 9. Juni 500 Namen von Personen, die Verwandte von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement waren, in den USA.<sup>2064</sup> Eine weitere Liste mit weiteren 500 Namen schickte die JSS am 23. Juli 1941.<sup>2065</sup> Nur einen Tag später folgte eine weitere Liste mit abermals 500 Namen.<sup>2066</sup> Am 31. Juli 1941 sandte sie eine vierte Liste mit wiederum 500 Namen nach New York.<sup>2067</sup> Am 10. August folgten weitere 500 Namen,<sup>2068</sup> am folgenden Tag abermals 404 Namen,<sup>2069</sup> am 30. September teilte man 500 Namen mit,<sup>2070</sup> am 27. November 503 Namen von Personen<sup>2071</sup> und am 4. Dezember 465 Namen.<sup>2072</sup> Nur wenige der Listen sind überliefert. Meist erfährt man die Anzahl nur aus den Begleitschreiben.

„Wir bestaetigen den Empfang Ihres Schreibens vom 30. September 1941 [...] in welchem Sie uns Ihre Liste Nr. 2500–3000 übersandten. Wie immer haben wir uns mit den betreffenden Verwandten in Verbindung gesetzt und sie um Hilfssendungen fuer die in Warschau wohnenden Glaubensgenossen gebeten. Dürfen wir Sie bei dieser Gelegenheit um folgende Auskunft bitten: 1) Neben den Listen, die Sie uns regelmässig uebersenden erhalten wir auch von den Warschauer Komitee Bitten, uns mit Verwandten von in Warschau lebenden Glaubensgenossen in Verbindung zu setzen. Wuerde es Ihnen moeglich sein, uns kurz zu erklæaren, auf welcher Basis die Faelle zwischen Ihrem und dem Warschauer Komitee behandelt werden? Es ist doch moeglich, dass gewisse Duplikationen eintreten, naemlich dass Sie sowohl wie die Warschauer Organisation uns in denselben Faellen schreiben. 2) Haben Sie eine Moeglichkeit, nach Glaubensgenossen, die zuletzt im deutsch-besetzten Polen gewohnt haben, zu forschen? Wir stellen die Frage deshalb, weil alle Ihre Listen nur in

<sup>2063</sup> Abschrift JSS an das Comitè de Protection a los Immigrantes Israelites in Lima betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/75, Bl. 3. Auf der folgenden Seite – wohl die Anlage zu dem Schreiben –, sind fünf Adressen in Lima aufgeführt. Ebenso erhalten ist die Eingangsbestätigung des Schreibens, das am 28. Oktober 1941 aus Lima an die JSS gesandt wurde, AŽIH, 211/75, Bl. 5. Ein dem erstgenannten Schreiben ähnliches Schreiben existiert ebenso für eine Hilfsorganisation in Japan – vgl. The Far Eastern Jewish Central Information, Bureau for Emigrants betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 04.09.1941, AŽIH, 211/78, Bl. 7. Im Anhang befindet sich eine Liste mit drei Namen, AŽIH, 211/78, Bl. 8. Ein ähnliches Schreiben findet sich für eine Hilfsorganisation in Uruguay – vgl. Abschrift JSS an Sociedad de Protection a los Immigrantes Israelita betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 21.08.1941, AŽIH, 211/66, Bl. 17. Im Anhang ist eine Liste mit 312 Namen – vgl. AŽIH, 211/66, Bl. 18f.; ebenso an eine Organisation in Chile – vgl. Comitè de Protection a los Immigrantes Israelitas Sanitago de Chile/Chile betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/66, Bl. 24. Das Schreiben enthält einen Anhang mit drei Adressen – vgl. AŽIH, 211/66, Bl. 25. Ebenso nach Argentinien – vgl. Abschrift JSS an die Sociedad de Protection a los Immigrantes Israelitas Buenos Aires/Argentinien betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/67, Bl. 12. Im Anfang des Schreibens befindet sich eine Liste mit 218 Adressen – vgl. AŽIH, 211/67, Bl. 13–27. Ein Antwortschreiben des Union Central Israelite en la Argentina vom 04.09.1941 liegt ebenso vor. In diesem wird der Erhalt des Schreibens und die Kontaktierung der Angehörigen in Argentinien bestätigt – vgl. AŽIH, 211/67, Bl. 29; Ähnlich nach Peru – vgl. Abschrift JSS an das Comitè de Protection a los Immigranets Israelitas Lima/Peru betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/67, Bl. 3. Im Anhang ist eine Liste mit drei Adressen – vgl. AŽIH, 211/67, Bl. 4. Ähnlich nach Mexiko – vgl. Abschrift JSS an Centro de Beneficencia Privada Israelita de Mexico betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/72, Bl. 5f. Angehängt ist eine Liste mit 14 Namen – vgl. AŽIH, 211/72, Bl. 7. Ähnlich in die USA Abschrift JSS an „Hias“/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 07.07.1941, Bl. 3.

<sup>2064</sup> Abschrift JSS an „Hias“/New York betr. „*Liebesgaben sendungen*“, 09.06.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 1f. sowie Abschrift JSS an „Hias“/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 07.07.1941, Bl. 3. Das Dokument soll eigentlich eine Liste mit 500 Personen in den USA enthalten, die aber in dieser Akte nicht überliefert ist.

<sup>2065</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Hilfe ausländischer Verwandter*“, 23.07.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 5.

<sup>2066</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Hilfe ausländischer Verwandter*“, 24.07.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 6.

<sup>2067</sup> Abschrift JSS an Hias/New York, 31.07.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 7.

<sup>2068</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 10.08.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 10.

<sup>2069</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 11.08.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 8f.

<sup>2070</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 30.09.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 13.

<sup>2071</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 27.11.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 23.

<sup>2072</sup> Abschrift JSS an Hias/New York betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, AŽIH, 211/70, Bl. 35.

Warschau wohnende Personen betreffen, und sich niemals auf irgendwelche andere Orte beziehen.“<sup>2073</sup>

Schon bald, spätestens im November 1941, waren sich die Verantwortlichen der JSS bewusst, dass das Referat weiter ausgebaut werden müsse.<sup>2074</sup> In den Berichten und Protokollen der einzelnen Hilfskomitees und Delegaturen spielen die individuellen Verwandtenhilfen eine sehr geringe Rolle.<sup>2075</sup> Nur sehr selten machten Komitees in Ortschaften Angaben dazu.<sup>2076</sup> Insgesamt muss im Laufe des Jahres 1941 ein Ausbau dieses Bereiches erfolgt sein, denn bis Ende Oktober 1941 bahnte die JSS den Kontakt mit Verwandten aus dem Ausland in 3.730 Fällen an, die im Reich, Österreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, der Slowakei, Schweden, Portugal, der Schweiz, den USA, Argentinien und Mexiko lebten.<sup>2077</sup> Immer wieder findet sich in den Akten der JSS, gerade für das Jahr 1941, Korrespondenz mit Stellen im Ausland, in der es um individuelle Suchanfragen zu einzelnen Personen geht.<sup>2078</sup> Der rege Austausch mit den USA wurde bereits thematisiert. Zum Zwecke der „Ausländischen Verwandtenhilfe“ korrespondierte die JSS ebenso mit Peru,<sup>2079</sup> Kuba,<sup>2080</sup> Argentinien,<sup>2081</sup> Mexiko,<sup>2082</sup> Dänemark,<sup>2083</sup> Japan,<sup>2084</sup> und Österreich.<sup>2085</sup>

Der Kontakt der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement mit Verwandten (und vielleicht Bekannten) im Ausland muss allerdings einen sehr viel größeren Umfang gehabt haben. Genaue Zahlen lassen sich dafür heute nicht mehr angeben, da die Schreiben die aus dem Generalgouvernement heraus zu den Adressaten und damit an ihr Ziel gelangten heute nicht mehr für die Geschichtswissenschaft zur Verfügung stehen. Allerdings lassen sich aus nicht abgesandten Karten, die heute noch in den Archiven lagern und Abschriften der Karten die mitgeteilten Bedürfnisse der Bevölkerung im Generalgouvernement rekonstruieren. Jedoch sei betont, dass es sich

<sup>2073</sup> Hias an JSS betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, 17.11.1941, AŽIH, 211/70, Bl. 64.

<sup>2074</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll IX der Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 4. November 1941, YVA, O.21/18, Bl. 27–29.

<sup>2075</sup> AŽIH, 211, passim.

<sup>2076</sup> Protokoll der Sitzung des Komitees (Reichshof-Land) am 2. November 1941, AŽIH, 211/933, Bl. 4f. „*Betreffens Verwandtenhilfe hat das hiesige Komitee insbesondere die Hilfsaktion für Paketsendungen in Angriff genommen. Die Meldungen sind zufriedenstellend.*“

<sup>2077</sup> Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Oktober 1941, wohl 03.11.1941, YVA, O.21/19, Bl. 13–18.

<sup>2078</sup> Vgl. AŽIH, 211/66–82.

<sup>2079</sup> Vgl. etwa Comité de Protection los Immigrantes Israelitas Lima/Peru an JSS, 28.10.1941, AŽIH, 211/67, Bl. 5.

<sup>2080</sup> Vgl. etwa Centro Israelita de Cuba an JSS, 14.10.1941, AŽIH, 211/71, Bl. 9. Posteingangstempel der JSS vom 19. Dezember 1941 oder auch Abschrift JSS an Centro Israelita de Cuba, 23.12.1941 betr. „*Ausländische Verwandtenhilfe*“, AŽIH, 211/71, Bl. 10. In der Anlage findet sich wiederum eine Liste mit Namen von im Generalgouvernement lebenden Personen, die sich an ihre Verwandten in Kuba wandten.

<sup>2081</sup> Vgl. etwa Sociedad de Protection Buenos Aires/Argentinien an JSS betr. „*Ausländische Hilfe*“, 26.11.1941, AŽIH, 211/67, Bl. 32.

<sup>2082</sup> Reichsvereinigung der Jüdischen in Deutschland an JSS, 02.12.1941, AŽIH, 211/72, Bl. 11.

<sup>2083</sup> Vgl. etwa Abschrift JSS an Melanie Oppenheim, Kopenhagen betr. „*Individuelle Sendungen aus Dänemark*“, 03.12.1941, AŽIH, 211 aneks/97, Bl. 3 oder auch AŽIH, 211/68, passim.

<sup>2084</sup> Vgl. etwa Abschrift Jüdische Soziale Selbsthilfe an The Far Eastern Jewish Central Information Bureau for Emigrants betr. „*Suchaktion*“, 08.12.1941, AŽIH, 211/78, Bl. 11.

<sup>2085</sup> Abschrift JSS an Amtsdirektion der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien betr. „*Sendungen für die ausgesiedelten Juden dem Reich in das Generalgouvernement*“, 04.09.1941, BJ, 42/97.

um die artikulierten Bedürfnisse handelte, die von den realen Bedürfnissen durchaus abweichend gewesen sein können, jedoch nicht alles auf Karten geschrieben werden konnte, da diese die Regierung und damit eine Zensur durchlaufen mussten. Sehr viele Karten sind nicht überliefert. Stützen kann man sich an dieser Stelle vor allem auf einen Bestand der im Staatsarchiv in Krakau verwahrt wird, der knapp 500 solcher Karten umfasst.<sup>2086</sup> Vereinzelt sind im Bestand der JSS im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes in Warschau ebensolche Karten zu finden.<sup>2087</sup> Die genaue Zahl der Karten, die in dieser Form an Verwandte im Ausland gesandt wurden, lässt sich heute wohl nicht mehr feststellen, da die Mittelungen und Bitten das Generalgouvernement verließen und demnach heute in aller Regel nicht mehr in den Archiven lagern beziehungsweise bestenfalls über die ganze Welt verstreut sind. Die Karten auf denen die JSS die Bitten und Mitteilungen abermals festhielt, lagerten wohl meist bei den Hilfskomitees und Delegaturen, deren Akten mit sehr wenigen Ausnahmen, nicht überliefert sind und demnach der Forschung nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund muss sich bei dieser Analyse auf das recht kleine Sample der rund 500 in Krakau verwahrten Exemplare zurückgegriffen werden.<sup>2088</sup> Die Karten wurden oft an genaue Orte oder Adressen versandt. Diese lagen etwa in Stockholm, Tel Aviv, Marocco, Toronto, Paris, Lugano, Zilina Slovensko, Budapest, Genf, Antwerpen, Buenos Aires, Rio de Janeiro, Sao Paolo, Cordoba, Kezmark oder New York. Zuweilen nannte die Schreiber und Schreiberinnen nur ein Land – etwa Frankreich, Palästina, Rumänien, Australien oder England – und dieses manchmal noch mit einem Fragezeichen versehen, was das Ankommen der Karte im Postkasten des Empfängers unwahrscheinlich machte.<sup>2089</sup> Inhaltlich wurde auf den meisten Karten um Lebensmittel und Kleidung gebeten und gleichzeitig den Verwandten und Bekannten im Ausland mitteilt, dass man selbst und/oder die Familie gesund sei oder auch nur, dass man noch lebt.<sup>2090</sup> Auf einer Karte die aus Nowy Sącz/Neu Sandez nach Utrecht gesandt wurde noch vermerkt, dass ein Paket bereits dankend erhalten wurde.<sup>2091</sup> Teilweise begehrte man einfach „*pomoć*“ – also Hilfe – ohne dabei genauer auszuführen in welcher Form diese Hilfe erfolgen soll oder kann. Teilweise verbunden mit Berichten, die beispielsweise „*krank, ohne Mittel zum Leben*“ lauten. Oder – zumindest indirekt –, dass sich die Wohnverhältnisse der Familie geändert hatten, indem beispielsweise mitgeteilt wurde, dass man jetzt gemeinsam mit der Mutter und der Schwester wohnte. Eine der umfangreichsten Mitteilungen wurde auf einer Karte die aus Nowy Sącz/Neu Sandez in die Niederlande gesandt wurde gemacht: „*Alle gesund. Omama in Tarnow wohnhaft. Packet vom 13. ds. dankend erhalten.*“<sup>2092</sup> Neben

---

<sup>2086</sup> APK, pnn/63.

<sup>2087</sup> AŻIH, 211 sowie AŻIH, 211 aneks.

<sup>2088</sup> APK, pnn/63.

<sup>2089</sup> Vgl. Kartensample, APK, pnn/63.

<sup>2090</sup> Vgl. ebd.

<sup>2091</sup> Vgl. ebd.

<sup>2092</sup> Vgl. ebd.



den doch sehr standardisierten und unpersönlichen Anfragen mit denen sich vor allem das Präsidium der JSS an ausländische Organisationen wandte, gab es auch sehr viel persönlichere Fälle, in denen Einzelschicksale von jüdischen Einwohnern des Generalgouvernements sehr offen zutage treten:

„Frau Hens Majngarten aus Klimatów wandte sich an uns mit der Bitte, ihr in folgender Angelegenheit behilflich zu sein: Sie wurde von ihrem Gatten Dawid Majngarten aus Klimatów, welcher sich in Kuba befindet vor Kriegsausbruch verlassen und trotz wiederholter Bitten ihrerseits, wollte ihr Gatte sie nicht nach Kuba beziehen. Ihre mehrmaligen Versuche von dem Gatten eine Scheidung zu erhalten blieben erfolglos. Wir gestatten uns daher an Sie mit der Bitte zu wenden alles Mögliche vorzunehmen, um der Frau Majngarten behilflich zu sein. Die Frau Majngarten stellt uns in ihrem Schreiben ihre tragische Lage dar, insbesondere dass sie ohne Scheidung von ihrem Gatten, trotzdem dass sie eine junge und hübsche Frau ist, nicht heiraten kann und auch keine Möglichkeit hat mit ihrem Gatten zusammenzukommen. Wir glauben, dass die schwierige Lage der Frau Majngarten bei Ihnen volles Verständnis finden wird und dass Ihre Bemühungen mit Erfolg gekrönt sein werden.“<sup>2093</sup>

Im Bereich der „Ausländischen Verwandtenhilfe“ arbeitete die JSS auch mit der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* zusammen.<sup>2094</sup>

---

<sup>2093</sup> Abschrift JSS an Frauenorganisation Habana betr. „*Hilfsleistungen*“, AŽIH, 211/71, Bl. 5.

<sup>2094</sup> Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an JSS, 13.11.1941, AŽIH, 211/78, Bl. 9. „*Wir übermitteln Ihnen anliegend drei Schreiben der ‚HICEM‘ in Shanghai mit der Bitte, die erwünschten Feststellungen zu treffen und der Hicem direkt zu berichten.*“

## II.7 Die Ziele der Nationalsozialisten

„Die Juden interessieren mich überhaupt nicht. Ob die was zum Futtern haben oder nicht, ist für mich die allerletzte Frage.“<sup>2095</sup> Diese Worte äußerte der Generalgouverneur Hans Frank am 23. April 1940 in Krakau. Die Bevölkerung hatte ebenfalls den Eindruck, dass die Besatzer die Juden und Jüdinnen aushungern wollen. So beschrieb Tadeusz Pankiewicz in seinen Erinnerungen, dass die Juden und Jüdinnen im Ghetto Angst vor den um das Ghetto wachsenden Mauern hatten und damit die düstere Vermutung verbanden: „Vielleicht haben sie vor, uns auszuhungern.“<sup>2096</sup> Doch nur einen Monat nach der Aussage Hans Franks erließ die Regierung unter anderem die Satzung und die Geschäftsordnung für die JSS. Bereits in I.3.2 sind die Ziele der NS, die sie mit der Gründung der JSS verbanden, untersucht worden. Eines der Ziele war die Propaganda, die sie mit den Organisationen – und dabei vor allem der JSS – betreiben konnten. Sie nutzten dies in Publikationen aus, die sie selbst herausbrachten oder lancierten beziehungsweise erreichten dies über die ausländischen Hilfsorganisationen. Zudem versuchten sie über die *Hauptausschüsse* und die JSS die „Volksgruppen“ zu beobachten und zu steuern. Dabei war ein Ziel die unterschiedlichen Gruppen voneinander zu trennen. Durch die Organisationen sollte eine Solidarisierung durch gemeinsame Wohlfahrtsarbeit verhindert werden. Zudem erreichten die NS durch die Lieferungen der ausländischen Hilfsorganisationen eine indirekte Versorgung der deutschen Bevölkerung, da dies die Kontingente schonte. Ferner erlangte man durch die ausländischen Hilfsorganisationen Devisen. Zunächst war die JSS für die Besatzer kein längerfristig angelegtes Projekt, da in der Phase ihrer Gründung nicht klar war, wie das „Judenproblem“ in Generalgouvernement zu lösen war.<sup>2097</sup> Doch die JSS war für die Besatzer ein längerfristiges Projekt und so wandelten sich die Ziele, die sie mit ihr verbanden wenngleich die „alten Ziele“ wohl nie komplett aufgegeben wurden. In diesem Unterkapitel werden die mit der Gründung der Organisation verbundenen Ziele von Seiten der Besatzer vor allem auf Ebene der Regierung untersucht. Neben den Agierenden innerhalb des Generalgouvernements wird der Blick auf das „Auswärtige Amt“ in Berlin gerichtet, sodass – wenngleich die besetzten polnischen Gebiete unter der Führung Hans Franks nicht der direkten Politik des Reichs unterstanden – auch die Rolle der Reichspolitik auf die Tätigkeit der Besatzer in Bezug auf die JSS analysiert werden kann. Die Analyse erfolgt zunächst für die Funktion, die die JSS innerhalb des Generalgouvernements erfüllte. In einem folgenden Abschnitt wird der forschungsleitenden These folgend, dass die Institution eine Propagandafunktion erfüllte, untersucht, ob dies zutrifft und, wenn ja, wie die NS dies nutzten. Die nationalsozialistischen Akteure werden an dieser Stelle etwas

---

<sup>2095</sup> Diensttagebuch, 23.04.1940, Arbeitssitzung anlässlich der Anwesenheit des Staatssekretärs Backe [Krakau, Protokoll, 30 S.], S. 186–189, hier: S. 186.

<sup>2096</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 29.

<sup>2097</sup> Vgl. hierzu I.3.2.

weiter gefasst, da auch die Ziele der Akteure im Reich mit einbezogen werden müssen. Um die Ziele dieser Akteure fassen zu können, wurden die Akten die sich mit „Hilfe“ für das Generalgouvernement befassen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes ausgewertet.<sup>2098</sup>

Die Besatzer versuchten – mit wenigen Ausnahmen (Lublin-Plan) – das Generalgouvernement frei von Juden und Jüdinnen zu bekommen. Dies ist bei allen Punkten, die in Bezug auf die Ziele zu behandeln sind, zu bedenken. Zwischen dem Erlass der Satzung und der Geschäftsordnung für die JSS und der konstituierenden Sitzung des Präsidiums erörterte die Besatzer in einer Dienstbesprechung beim Generalgouverneur den Umgang mit der jüdischen Bevölkerung: *„Der Führer hat weiter verfügt, daß Juden in das Generalgouvernement nicht mehr hereingeführt werden. Im Gegenteil, auch die Juden, die im Generalgouvernement wohnen, werden sämtlich auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt, so daß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei wird. Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit eines Abtransportes der Juden zulässt (Heiterkeit), werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden. Ich nehme an, daß ich Sie darum nicht zu sehr zu beklagen brauche (erneute Heiterkeit).“*<sup>2099</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die Behandlung der jüdischen Bevölkerung in dieser Zeit noch nicht abschließend geklärt war. Im Laufe des Bestehens der JSS kristallisierte sich die „Endlösung der Judenfrage“ heraus. Aus diesem Grund werden sich auch die Ziele, die die NS mit der JSS verbanden, während dieser Zeit gewandelt haben. Im Folgenden werden deshalb die Ziele, die die NS mit der JSS während ihres Bestehens verbanden untersucht. In I.3.2 erfolgte diese Analyse bezogen auf die Ziele, die die NS mit der Gründung der JSS verbanden und in III.1.7 wird die entsprechend für die JUS untersucht werden. In diesem Kapitel wird zunächst ein Ziel erforscht, das für das Reich und das Generalgouvernement von Bedeutung war, das Ziel mit der JSS Propaganda zu betreiben, ehe im zweiten Abschnitt dieses Unterkapitels die allein für die Besatzer innerhalb des Generalgouvernements zutreffenden Ziele untersucht werden.

<sup>2098</sup> Für das PAAA sei vor allem auf die folgenden Akten verwiesen, die für diese Studie von Bedeutung sind: etwa PAAA, R 60691; PAAA, R 127544 sowie v.a. PAAA, R 43083–43087.

<sup>2099</sup> Diensttagebuch, 17.07.1940, S. 258. Der Tenor des „judenfreien“ Generalgouvernements ist auch an anderen Stellen im Diensttagebuch Hans Franks zu finden. Vgl. etwa ebd., 25.03.1941, Besprechung [Krakau, Protokoll, 33 S.], S. 336–338, hier: S. 336f. oder auch ebd., 26.03.1941 [Krakau, Besprechungen, Ansprache, Protokoll, 20 S.], S. 338f. sowie das Verbot der Neubildung von Ghettos, *„da die Hoffnung besteht, daß die Juden in Zukunft aus dem Generalgouvernement abgeschoben werden können.“* Ebd., 21.10.1941, Regierungssitzung [Lemberg, Protokoll, 19 S.], S. 336f., hier: S. 336. Im Juli des Jahres war der Tenor: *„Finanzpräsident Spindler berichtet dann noch von dem Wunsch der Kreishauptmänner, in den Städten Ghettos zu bilden. Der Herr Gouverneur wünscht keine weitere Ghattobildung mehr, da nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers vom 19. Juni d.J. die Juden in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt würden und das Generalgouvernement nur noch gewissermaßen Durchgangslager sein sollte.“* Ebd., 17.07.1941, Diensttagebuch [Krakau, Besprechung und Empfang, 14 S.], S. 386.

### II.7.1 Die Ziele der Nationalsozialisten

*„Ausserpolitische Gruende duerfen bei der angestrebten schnellen Abwicklung der gesamten Judenaktion fuer die Taetigkeit einer juedischen Unterstuetzungsstelle nicht mehr massgeblich sein.“*<sup>2100</sup> Diesen Satz schrieb der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im November 1942 an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“. Zwar geht es darin nicht um die JSS, sondern um die *Jüdische Unterstützungsstelle*, allerdings wurde für die Tätigkeit der letztgenannten dezidiert ausgesagt, dass für diese die außenpolitischen Gründe keine Rolle mehr spielen dürfen.<sup>2101</sup> Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass diese außenpolitischen Gründe für die JSS im Gegensatz zu ihrer Nachfolgeeinrichtung für die NS sehr wohl eine Rolle spielten. Dies merkt man unter anderem daran, dass zum Beispiel das „Auswärtige Amt“ immer wieder Amerikaner zur Vorsprache empfing und Inspektionsreisen in das Generalgouvernement zuließ. So begrüßte das „Auswärtige Amt“ beispielsweise im Juli 1941 einen Gesandten und diskutierte mit ihm über Gerüchte in Amerika. Dort sei im Umlauf, dass Spenden nicht das Generalgouvernement erreichten, sondern nach Ostpreußen geschafft werden würden. In diesem Zusammenhang habe der Amerikaner abermals auf die Wichtigkeit der Organisation für die Deutschen hingewiesen, da sie so Material zur Bekämpfung solcher Verdächtigungen an der Hand hätten. In dem Kontext äußerte der Amerikaner – wie schon häufiger zuvor – den Wunsch nach einer Reise in das Generalgouvernement.<sup>2102</sup> Das „Auswärtige Amt“ befürwortete den Plan des Amerikaners die US-amerikanische öffentliche Meinung im Hinblick auf die Gerüchte im Generalgouvernement beeinflussen zu wollen. So unterstütze das „Auswärtige Amt“ ihn in Bezug auf ein Schreiben, das er an Ronikier, den Vorsitzenden des HHA, richtete, um Materialien zu beschaffen, *„die dazu dienen sollen, der Commission for Polish Relief in New York die Möglichkeit zu geben, von der amerikanischen Öffentlichkeit den Nachweis für die ordnungsmäßige Verteilung der für die polnische und jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements bestimmten Hilfsspenden zu erbringen. Gegen die Weiterleitung dieses Schreibens und seiner Anlagen an den Grafen Ronikier bestehen daher keine Bedenken.“*<sup>2103</sup> Im Kontext der Beschaffung einer neuen Aufenthaltserlaubnis für den Amerikaner führte man ebenso an: *„Herr Murray, der sich mit den Hilfssendungen der Hoover-Organisation für die besetzten Gebiete befaßt, hat mit den zuständigen deutschen Stellen in durchaus loyaler Form zusammengearbeitet. Seine nach Amerika gesandten Berichte über eine Verteilung der Hooverspenden haben erheblich dazu beigetragen, die von feindlicher Seite immer wieder aufgestellten Behauptungen zu widerlegen, daß die amerikanischen Hilfsspenden die Einwohnerschaft der besetzten polnischen Gebiete nicht erreichen, sondern von deutschen Stellen beschlagnahmt würden. Hoover selbst*

---

<sup>2100</sup> Abschrift BdS an Weirauch „Geheim“ betr. *„Jüdische Unterstützungsstelle für das GG“*, 18.11.1942, BJ, 49/97. Auch vorhanden in AZIH, Nachlass Weichert.

<sup>2101</sup> Ebd.

<sup>2102</sup> Aufzeichnung, 14.07.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2103</sup> Entwurf AA an Vertreter des AA im GG betr. *„Weiterleitung eines Schreibens des Hoover-Delegierten C.P. Murray an den Vorsitzenden des Polnischen Hauptausschuss Graf Adam Ronikier“*, 25.07.1941, PAAA, R 43086.

betätigt sich in Amerika weiterhin gegen die Kriegspolitik Roosevelts.“<sup>2104</sup> Unterschiedliche Abteilungen der Regierung – darunter die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ – hatten im Generalgouvernement ihre eigenen Presseabteilungen eingegliedert.<sup>2105</sup>

Die Reisen der Amerikaner in das Generalgouvernement organisierte zwar weitgehend das „Auswärtigen Amt“ und begleitete sie, allerdings waren ebenfalls auch Besatzer bei den Reisen zugegen. Und so wurde im Juli 1940 darum gebeten, dass man eine Reise der Amerikaner verschieben möge: *„Der Zeitpunkt der Reise ist ungünstig, da der Haupthilfsausschuss in Umbildung begriffen ist. Es lässt sich aber nicht absehen, ob demnächst ein günstigerer Zeitpunkt zu finden sein wird.“*<sup>2106</sup> Diese Umbildung war keine Umbildung im eigentlichen Sinne. Der bei einer vorigen Reise den Amerikanern präsentierte Ausschuss war nur zu diesem Zweck zusammengestellt worden und es sollte unter allen Umständen vermieden werden, dass diese das merken.<sup>2107</sup>

Da die NS die polnische und die jüdische Organisation für Propagandazwecke benötigte, war es im „Auswärtigen Amt“ sehr unerwünscht, dass die Hilfslieferungen die aus dem Ausland ankamen innerhalb des Generalgouvernements teilweise beschlagahmt wurden. Das „Auswärtige Amt“ drahtete zum Beispiel an seinen Vertreter im Generalgouvernement: *„Beschlagnahme grösserer Posten der durch Hooverkommission für Generalgouvernement zur Verfügung gestellten Lebensmittel nach nachgeordneten Stellen ist ausserpolitischen durchaus unerwünscht, da sie im Widerspruch zu gegebenen Zusatzmengen stehen und von unseren Gegnern zum Nachteil Deutschlands ausgewertet werden wird. Es muss daher zunächst durch Restitution beschlagnahmter Lebensmittel oder durch Ersatz gleichwertiger Waren der frühere Zustand wieder hergestellt werden. Ausserdem müssen Vorkehrungen gegen Wiederholung ähnlicher aussenpolitisch untragbarer Vorfälle getroffen werden.“*<sup>2108</sup>

Ferner nutzten die NS die Organisationen in der Form, dass die NS über sie Propaganda gegen den Kriegsgegner betreiben konnten.<sup>2109</sup> Das „Auswärtigen Amt“ hielt fest: *„Nach Meldung Svenska Morgenbladet vom 25. Januar haben Engländer Schiffsladungen amerikanischer Spenden für Polen im Werte von 5 Millionen Schwedenkronen auf neutralen Schiffen beschlagnahmt [...], [da] in London Befürchtung bestehe, amerikanische Spenden würden niemals in Hände der polnischen Hilfsbedürftigen kommen [...].“*<sup>2110</sup> Aus diesem

<sup>2104</sup> Aufzeichnung, 29.08.1941, PAAA, R 43086. In dem entsprechenden Schriftstück geht es um eine neue Aufenthaltserlaubnis für Murray.

<sup>2105</sup> Vgl. etwa Zweieinhalb Jahre Pressearbeit im Generalgouvernement. Anlässlich der Einweihung des Hauses der Presse zu Krakau überreicht vom Pressechef des Generalgouvernements, Krakau 1942, Organigramm des Pressewesens im Generalgouvernement.

<sup>2106</sup> Aufzeichnung, 03.07.1940, PAAA, R 43085.

<sup>2107</sup> Ebd.

<sup>2108</sup> Entwurf Fernschreiben AA an Vertreter des AA beim GG, 22.05.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2109</sup> Vgl. etwa England sabotiert Quäkeraktion für die polnische Bevölkerung. Schiffstransport mit Lebensmitteln und Begleitung in Gibraltar festgehalten, in: Völkischer Beobachter, Nr. 40, 09.02.1940 oder auch Amerikanische Quäkeraktion von Engländern verhindert, in: DAZ, 08.11.1940.

<sup>2110</sup> Fernschreiben Nr. 75, Generalgouvernement, Krakau, Amt des Generalgouverneurs, der Beauftragte des AA an das AA in Berlin, 31.01.1941, PAAA, R 43086.

Grund schlug der Beauftragte des „Auswärtigen Amtes“ vor, dass man dem Vorsitzenden des *HHA*, Ronikier, im Einverständnis mit der zuständigen Stelle im Amt des Generalgouverneurs ein Telegramm an Hoover senden lasse. Dieses sollte folgenden Inhalt haben:

„Our local news-paper report following the svenska morgenbladet of 25, January, that the sweden an neutral steamer carrying american gifts for polish people. The cargo contained among other things 36,000 pieces of clothing and as usual probably fats, condensed milk and medicaments. All the things are indispensable for the polish population, suffering from the consequences of the war. We had ardently, that this valuable cargo may be recovered for us, without it the sufferings of our population would be increased considerably. The english are reported to argue, that these american gifts would in case reach the polish population. I am in a position to state, that thus far gifts have reached us and have been contributed without difficulties among those who need relief. Please to inform the kind american donators of these statement. Count Adam Ronikier President of the Chief Council for Polish Relief.“<sup>2111</sup>

Allerdings war der *Comporel* von einer Beschlagnahmung einer ihrer Sendungen nichts bekannt. Es wurde vermutet, dass es sich allenfalls um eine Sendung des *Brasilianischen Roten Kreuzes* für die Zivilbevölkerung im Generalgouvernement handeln könnte.<sup>2112</sup> An der geführten Korrespondenz mit den Organisationen in den USA lässt sich jedoch erkennen, dass die NS die Organisationen im Generalgouvernement gezielt dazu einsetzten, in ihrem Sinne ausländische Stellen zu kontaktieren und Gerüchte über mögliche Beschlagnahmungen durch den Kriegsgegner zu streuen.

Die Inspektionsreisen, die die Vertreter der US-amerikanischen Organisationen in das Generalgouvernement unternahmen, dienten allein dem Zweck mit der jüdischen und der polnischen Organisation Propaganda zu betreiben. Aus diesem Grunde ließ man immer wieder Vertreter aus den USA in das Generalgouvernement.<sup>2113</sup> In den Berichten, die das „Auswärtige Amt“ zu diesen Reisen anfertigte, hieß es unter anderem, dass man diese Reise durchgeführt habe, „um dem Amerikaner Gelegenheit zu geben, sich von der richtigen Ankunft der amerikanischen Spenden für die polnische Bevölkerung zu überzeugen und über das Verfahren bei der Verteilung dieser Spenden Bestimmungen zu treffen. Im Hinblick auf die erteilte grundsätzliche Weisung, nach der Reisen von Amerikanern in das Generalgouvernement soweit wie irgend möglich eingeschränkt werden sollen und die Unterstützungstätigkeit in naher Zukunft abgebaut werden muß, lag viel daran, Herrn Hartigan davon zu überzeugen, daß die Verteilung der Spenden gemäß den amerikanischen Wünschen gesichert ist und alle in Frage kommenden Stellen daran mitwirken, daß diese Spenden restlos den bedürftigen Polen, Minderheiten und Juden zugute kommen. Diese Aufgabe ist erfüllt.“<sup>2114</sup> Die NS stellten in dem Bericht heraus, was der Amerikaner alles gesehen habe und strich heraus was im positiven Sinne

---

<sup>2111</sup> Ebd.

<sup>2112</sup> Aktennotiz, 07.02.1941, PAAA, R 43086. Vgl. dazu auch Telegramm Nr. 333 wohl Botschaft Washington an AA, 06./07.02.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2113</sup> Vgl. etwa Aufzeichnung, 22.04.1940, PAAA, R 43081 oder auch Beschlussvorlage für den AA zur Einreise der Delegierten in das Generalgouvernement, 24.04.1940, PAAA, R 43081.

<sup>2114</sup> Aufzeichnung, 07.06.1940, PAAA, R 43084.

gewirkt habe.<sup>2115</sup> Über diese Reisen entfaltete das „Auswärtigen Amt“ nicht nur intern ein Berichtswesen, auch in den Publikationen des Generalgouvernements finden sich Ausführungen zu der Tätigkeit der US-amerikanischen Hilfsorganisationen. Diese wurden in diesen Publikationen eng verbunden mit der Tätigkeit des Beauftragten des DRK dargestellt und die Besatzer rühmten sich für die Tätigkeit, die sie in Bezug auf die nichtdeutsche Zivilbevölkerung auf dem Gebiet entfaltet hätten.<sup>2116</sup>

„Die Stellung des Beauftragten ist damit gewissermaßen diejenige eines bevollmächtigten Vertreters des Deutschen Roten Kreuzes, der seine Tätigkeit in engster Fühlungnahme mit dem Beauftragten des Auswärtigen Amtes im Generalgouvernement auszuüben hat. Es gelang Dr. Sanne, die durch die feindliche Propaganda geschaffene argwöhnische Einstellung und Voreingenommenheit der Ausländer, die zunächst die Durchführung der Fürsorge stark zu behindern drohte, nach und nach zu überwinden. Auf Anordnung des Generalgouverneurs erfolgte die Arbeit im engsten Einvernehmen mit der Abteilung Gesundheitswesen und ärztliche Volkspflege, sowie der Abteilung Innere Verwaltung, insbesondere der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, mit der die Fragen der allgemeinen Wohlfahrtspflege gemeinsam zu lösen waren. [...] Daß dies gelungen ist, beweist am deutlichsten die in der Presse des In- und Auslandes immer wieder betonte Anerkennung, die die ausländischen Vertreter nach ihren Besuchen im Generalgouvernement der vorbildlichen Zusammenarbeit zwischen den behördlichen deutschen Stellen, dem Deutschen Roten Kreuz und den polnischen Hilfsorganisationen gezollt haben.“<sup>2117</sup>

Es werden die Absender der Liebesgaben für die Zivilbevölkerung aus dem Ausland aufgezählt,<sup>2118</sup> was ebenso als Propaganda gewertet werden kann. Es folgen weitere Schilderungen über die Verteilung der aus dem Ausland ankommenden Spenden im Generalgouvernement. Die Besatzer lobten sich dafür, dass sie es geschafft hätten, *„die zahllosen polnischen, charitativen Einrichtungen in eine zentrale Dachorganisation, den sogenannten Haupthilfssausschuß zusammenzufassen, der seine Arbeit im engsten Einvernehmen mit der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge und dem Deutschen Roten Kreuz ausübt. Selbstverständlich kann es sich, wie auch die Spender ausdrücklich verlangt haben, nur um eine zusätzliche Hilfe für die notleidende Bevölkerung im Generalgouvernement handeln.“*<sup>2119</sup> Die Auswahl der Bezirke die am bedürftigsten seien, liege somit ausschließlich in den Händen des HHA, *„der sich in drei Unterausschüsse, in den Polnischen, Ukrainischen und Jüdischen Ausschuß, untergliedert. Der Verteilungsschlüssel wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz, der Abteilung Innere Verwaltung, Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge, und dem Haupthilfssausschuß in den einzelnen Distrikten je nach Zusammensetzung der Bevölkerung in Polen, Juden und Ukrainer genau festgelegt und strikt inne gehalten. Deutschlands Beitrag zu dieser Unterstützungsaktion besteht in der völligen Zoll- und Frachtfreiheit, die diese Sendungen im Reiche sowohl wie im Generalgouvernement*

<sup>2115</sup> Ebd.

<sup>2116</sup> Vgl. etwa DU PREL: Generalgouvernement II, S. 75f.

<sup>2117</sup> Ebd.

<sup>2118</sup> Ebd., S. 76. *„Als Absender der Liebesgaben für die Zivilbevölkerung in den besetzten polnischen Gebieten sind in erster Linie zu nennen: das Amerikanische Rote Kreuz, die Quäker und die vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten Hoover ins Leben gerufene Commission for Polish Relief, Inc. Auch das jüdische American Joint Distribution Committee hat größere Mengen Liebesgaben gesandt, deren Weiterleitung gleichfalls durch die Vermittlung des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes erfolgte. Ferner trafen Sendungen vom Dänischen Roten Kreuz, vom Holländischen Roten Kreuz, vom Belgischen Roten Kreuz, vom Brasilianischen Rote Kreuz, vom Schwedischen Roten Kreuz, vom Ukrainer-Hilfskomitee in Genf, von verschiedenen jüdischen Hilfsorganisationen in der Schweiz, auch eine Anzahl Pakete verschiedener Herkunft ein.“* Dem schließt sich eine Auflistung der Gesamtzahl der Pakete an.

<sup>2119</sup> Ebd., S. 77.

genießen.<sup>2120</sup> Direkt in diesem Kontext ging man nicht detaillierter auf die JSS ein, allerdings finden sich später noch Ausführungen: „Für die soziale Betreuung der Juden ist im Distrikt Warschau – ebenso wie im ganzen übrigen Generalgouvernement – die Jüdische Soziale Selbsthilfe tätig. Sie besitzt in jedem Kreis ein Komitee und eine Anzahl Delegaturen. Auch im jüdischen Wohnbezirk in Warschau besteht ein Jüdisches Hilfskomitee. Dieses ist aufsichtsmäßig dem Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk unmittelbar unterstellt, arbeitet aber im übrigen mit Fürsorgeabteilung beim Obmann des Judenrates zusammen. Die Bedeutung der JSS geht z.B. daraus hervor, daß sie seit Sommer 1941 allein im jüdischen Wohnbezirk in Warschau täglich etwa 120.000 Suppenportionen ausgibt.“<sup>2121</sup> Gegen die These, dass die JSS eine Propagandafunktion für die Besatzer erfüllte spricht allerdings, dass die Organisation in Werken in denen die Organisationen für die anderen „Volksgruppen“ genannt wurden, nicht erwähnt wurde.<sup>2122</sup>

Dass die Reisen aus der Sicht der NS ihren Zweck erfüllten, zeigen unter anderem Pressemeldungen, die das „Auswärtige Amt“ sammelte: „Washington: den 22. April (DNB-Vertreter) Nicholson, Vizepräsident amerikanischen Rotkreuzes, laut ‚Washington Daily News‘ erklärte in Pressekonferenz, Juden würden in Polen von Deutschen weder verfolgt noch gemartert werden. Er habe keine Grausamkeit gegen Juden gesehen und er sei in vielen polnischen Ghettos gewesen.“<sup>2123</sup> Allerdings war die ausländische Presse nicht blind und führte der Bevölkerung den von ihnen vermuteten Zweck der Reisen und der zugelassenen Hilfstätigkeit ziemlich deutlich vor Augen, was jedoch dem „Auswärtigen Amt“ nicht unbekannt blieb:

„Paris – o.Nummer – 8.6. – Die deutsche Propaganda versucht mit allen Mitteln, ihr Gewaltregiment in Polen zu verheimlichen [...]. Als die amerikanischen Delegierten des amerikanischen Roten Kreuzes und andere ausländische Delegierte ankamen, wurden die Deutschen in Warschau zusammengerufen, die polnisch sprachen. Sie erhielten eine Summe von 7 Zloty mit dem Hinweis, an einem bestimmten Tage gewisse Gaststätten und Tanzsäle zu besuchen. Dort mussten sie sich zwangsweise das Ansehen eines grossen Amusements geben und dabei nur polnisch sprechen, um zu zeigen, wie sehr die Polen unter dem deutschen Regiment glücklich und zufrieden lebten. Die gleiche Strategie wurde gegenüber den Amerikanern für die Juden gebraucht. Zwar griff man dabei nicht auf die Hilfe verkleideter Deutscher zurück, sondern zwang einige Juden, zu versichern, dass die Lage der Juden in Polen recht zufriedenstellend sei.“<sup>2124</sup>

Es waren aber nicht nur die Veröffentlichungen, die das Bild aufrechterhalten sollten, dass sich unter der notleidenden Zivilbevölkerung im Generalgouvernement auch Juden und Jüdinnen befanden und diese Hilfe von Seiten der NS zugelassen werde. Allerdings waren die NS darauf bedacht, dass durch Hilfsaktionen keine negative Presse in Bezug auf die „Sonderstellung“ der Juden

<sup>2120</sup> Ebd.

<sup>2121</sup> Ebd., S. 349.

<sup>2122</sup> Vgl. etwa Warschau unter deutscher Herrschaft. Deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau, im Auftrage des Gouverneurs des Distrikts Warschau SA-Gruppenführer Dr. Ludwig Fischer unter Benutzung der amtlichen Unterlagen bearbeitet von Dr. Friedrich Gollert Persönlicher Referent des Chefs des Amtes und Leiter des Amtes für Raumordnung, Krakau 1942, v.a. S. 130–132. Auf diesen Seiten werden die polnischen Hilfskomitees sowie die weißruthenischen und die russischen Komitees erwähnt. Die Publikation stammt aus dem Jahr 1942. Wann genau sie veröffentlicht wurde, ist nicht zu ermitteln. Wurde sie Mitte bis Ende des Jahres 1942 veröffentlicht, kann die Nichterwähnung der JSS damit zusammenhängen, dass sie gerade von den Besatzern geschlossen worden war und die JUS noch nicht bzw. gerade wieder nicht mehr existierte.

<sup>2123</sup> Abschrift DNB-Meldung, PAAA, R 43081.

<sup>2124</sup> Pressematerial „zur streng vertraulichen Kenntnisnahme“ Nr. 160, 08.06.1940, PAAA, R 43081.



und Jüdinnen innerhalb der nichtdeutschen Zivilbevölkerung gemacht wurden und versuchte generell gegen eine negative Presseberichterstattung im Hinblick auf die Lage der Zivilbevölkerung entgegenzutreten.<sup>2125</sup> Allerdings änderte sich die Haltung des „Auswärtigen Amtes“ – zumindest zwischenzeitlich – in Bezug auf die ausländischen Hilfsorganisationen und deren Einsatz für die Juden und Jüdinnen im Reich und im Generalgouvernement: *„D III bittet davon abzuweichen, daß die Frage der Zulassung von Hilfssendungen aus dem Ausland an Juden in Litzmannstadt in einer Ressortbesprechung geklärt wird. Die vorgesehene dort bekannte Endlösung für die europäische Judenfrage läßt es nicht zu, daß Lebensmittelsendungen aus dem Ausland an Juden in Deutschland bzw. im Generalgouvernement gemacht werden. Es wird vorgeschlagen, dem Roten Kreuz auf sein Schreiben anheim zu stellen, das Telegramm des Hilfskomitees Relico unbeantwortet zu lassen. Falls eine Antwort unumgänglich erscheint, sollte das Rote Kreuz die Durchführung unter Hinweis unüberwindbarer, technischer und organisatorischer Schwierigkeiten ablehnen.“*<sup>2126</sup>

Wenngleich die Funktion der JSS für die Reichsinstitutionen und für die Regierung des Generalgouvernements getrennt untersucht werden, so ist bei der Propagandafunktion jedoch auszumachen, dass diese sowohl für die Akteure im Reich als auch für die im Generalgouvernement von Bedeutung war: Als Sitz der JSS wurde in der Satzung Krakau festgelegt,<sup>2127</sup> also in unmittelbarer Nähe zu der Regierung. Die Besatzer legten fest, dass die Benennung ausschließlich für den gesamten Bereich des Generalgouvernements JSS lauten sollte.<sup>2128</sup> Die Diensträume – auch der regionalen und lokalen Abordnungen – sollten mit Schildern mit der Bezeichnung in deutscher und polnischer Sprache versehen werden.<sup>2129</sup> Allein durch diese Festlegungen entfaltete die Organisation – zumindest vor der Einrichtung der geschlossenen Ghettos – eine gewisse Wirkung, da so das „jüdische Leben“ nach wie vor im Straßenbild präsent war, wenngleich bereits in der Zeit als die Besatzer die JSS gründeten die anti-jüdischen Maßnahmen im Generalgouvernement spürbar waren.<sup>2130</sup> Ab dem November 1942 gaben die NS die JSS beziehungsweise die zu diesem Zeitpunkt bereits eröffnete JUS als Propagandainstrument auf.<sup>2131</sup> Aus der Aufgabe als Mittel zur Darstellung, dass sich im Generalgouvernement Juden und Jüdinnen aufhielten und diesen die Möglichkeit zur Selbstverwaltung gegeben werde, ergibt sich jedoch auch, dass diese Funktion zuvor von den NS intendiert war:

„Es wird den ausländischen Hetzjournalisten, die so oft über angeblich barbarische Judenverfolgung im deutschen Ostraum faseln, dringend empfohlen, sich an Ort und Stelle zu überzeugen, mit

<sup>2125</sup> Vgl. dazu etwa AA an Deutsche Botschaft in Amerika, 31.12.1940, PAAA, R 99311. *„Den anliegenden Bericht der Dtsch. Gesandtschaft Preßburg über eine beabsichtigte Sammelaktion für die polnische (jüdische) Bevölkerung des Generalgouvernements durch eine amerikanische Vereinigung übersende ich zur Kenntnis. Der beabsichtigten Propaganda in USA über die angebliche Notlage der Bevölkerung im Generalgouvernement bitte ich entgegenzutreten. Derartige Behauptungen entbehren jeder Grundlage.“*

<sup>2126</sup> Vermerk Referat D III zu R 2857, 05.02.1942, PAAA, R 99340.

<sup>2127</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 2.

<sup>2128</sup> Vgl. ebd., § 1.

<sup>2129</sup> Vgl. ebd., § 2.

<sup>2130</sup> Vgl. hierzu I.1.

<sup>2131</sup> Vgl. Abschrift BdS an Weirauch „Geheim“ betr. *„Jüdische Unterstützungsstelle für das GG“*, 18.11.1942, BJ, 49/97. Auch vorhanden in AŽIH, Nachlass Weichert. Vgl. hierzu III.1.

welcher Großzügigkeit die Deutsche Verwaltung den Juden ihr Eigenleben läßt. In eigenen Organisationsformen, mit eigenen jüdischen Kräften wurde eine Art Selbstverwaltungssystem aufgebaut, das die Interessen des Judentums im Rahmen des Möglichen sicherstellt. Wir Deutschen schätzen die Juden nicht; wir wissen, welchen Anteil das internationale Judentum an der Entwicklung der letzten Jahre hat. Das ändert nichts an der Tatsache, daß wir den Juden in dem Raum, der unter deutscher Führung steht, die Chance lassen, an der Lösung des jüdischen Problems mitzuarbeiten bzw. sie an Voraussetzungen schaffen zu lassen, die einmal auf lange Sicht gesehen, das Problem nicht nur im Interesse der Welt, sondern auch im Interesse des Judentums selbst endgültig lösen können.“<sup>2132</sup>

Allein schon in der Satzung des *HH4* lässt sich die Propagandafunktion teilweise ablesen. In einer Satzung, die gerade einmal aus sechs Paragraphen besteht, macht einer der wenigen Texte in denen die Aufgaben der Organisation beschrieben werden die Annahme der aus dem Ausland eingelangten Liebesgaben aus.<sup>2133</sup>

Daneben ließen die Besatzer – zumindest zeitweise – nur solche Lieferungen zu, die an einzelne Personen adressiert waren und von deren Verwandten und Bekannten aus dem Ausland gesandt wurden. Dahinter ist ebenfalls ein propagandistischer Hintergrund zu vermuten, da die *JSS* dadurch gezwungen war Listen mit den Namen und Adressen von Einwohnern und Einwohnerinnen des Generalgouvernements an ausländische Partner zu senden, die dort von den Verwandten Spenden einwerben mussten. Dadurch war aber ein Ziel der NS erfüllt. Im Ausland wurde versucht das Bild aufrechtzuerhalten, dass jüdische Menschen im Generalgouvernement leben, da es Menschen gab die ihre Angehörigen im Ausland um Hilfe baten.<sup>2134</sup> Zudem wurde ab einen gewissen Zeitpunkt der Empfang von Spenden aus größeren Hilfslieferungen von Einzelpersonen quittiert. Im Zusammenhang mit einer „Inspektionsreise“ der *Comporel* schrieben die Besatzer in einer Dienstanweisung für die Beamten der Regierung des Generalgouvernements im Jahr 1940: „Weiterhin wurde die Durchgabe der Quittungsformulare für Liebesgaben geregelt. Diese Regelung gilt auch für das Amerikanische Rote Kreuz.“<sup>2135</sup>

Ein weiteres Ziel, das die NS mit der Tätigkeit der *JSS* verbanden, war die indirekte Versorgung der deutschen Bevölkerung. Im Juli 1940 schrieb das „Auswärtige Amt“ an seinen Beauftragten im Generalgouvernement über eine Zulassung beziehungsweise die Weiterarbeit des *JDC* im Generalgouvernement. Das „Auswärtige Amt“ gab als Standpunkt für eine weitere Tätigkeit der US-amerikanisch-jüdischen Organisation an: „Von hier aus gesehen, dürfte eine ein Entgegenkommen insofern geboten erscheinen, als ein deutsches Interesse an der Hilfstätigkeit des ‚American Joint Distribution Committee‘ besteht.

---

<sup>2132</sup> DU PREL: Generalgouvernement, S. 143.

<sup>2133</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 3.

<sup>2134</sup> Vgl. hierzu II.6.7.

<sup>2135</sup> Vgl. HEINRICH: Aufbau und Organisation, S. 35.

*Durch die Hilfssendungen dieser amerikanischen Hilfsorganisation an die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement wird die Versorgung eines beträchtlichen Teiles der im Generalgouvernement lebenden Bevölkerung erleichtert, was indirekt auch dem deutschen Volke zugute kommen kann.*<sup>2136</sup> Damit kann als weitere These für die Zulassung der jüdischen Organisation angeführt werden, dass die NS dadurch hofften an Güter zur Versorgung der deutschen Bevölkerung im Reich und im Generalgouvernement zu gelangen beziehungsweise die eigenen Vorräte zu schonen, da diese so nicht für die Versorgung der jüdischen Bevölkerung benötigt wurden, weil diese über ausländische Organisationen Hilfslieferungen erhielt. Dies drückt indirekt auch ein weiteres Schreiben des „Auswärtigen Amtes“ aus dem August 1940 aus, in dem es um die Zulassung des Ankaufs von Lebensmitteln durch die Amerikanern ging. Darin hieß es, dass es aus außenpolitischen Gründen zwar nicht als notwendig bezeichnet werden könne den Amerikanern den Ankauf von Lebensmitteln *„im Gebiete der bisherigen Republik Litauen und in Rumänien zum Zwecke der Verteilung an die Bevölkerung des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete“*<sup>2137</sup> zu gestatten. Das „Auswärtige Amt“ wies in einem Brief an das Ministerium für „Ernährung und Landwirtschaft“ darauf hin, dass diese Lebensmittel *„anstatt die deutsche Devisenbilanz zu belasten, kostenlos in das Gebiet kommen würde, das unter deutscher Herrschaft steht und für dessen Ernährung die deutsche Verwaltung sorgen muß.“*<sup>2138</sup> Damit wurde abermals indirekt ausgedrückt, dass dies der Versorgung der deutschen Bevölkerung zugutekomme. Zudem hieß es in dem Schreiben des „Auswärtigen Amtes“ weiter: *„Nach den bisher gemachten Beobachtungen bezahlen die Amerikaner für solche Einkäufe in Dollars. Die den Amerikanern verkauften Mengen werden von den beteiligten fremden Staaten daher wohl aus den Kontingenten entnommen, die von den deutschen Wirtschaftsverträgen nicht erfaßt worden sind, und zwar mit der Absicht, diesen Staaten die Möglichkeit zu geben, einen gewissen Teil ihrer Ausfuhr zur Erlangung von Devisen zu verwerten.“*<sup>2139</sup> Hierdurch kommt ebenso die indirekte Versorgung der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck, da befürwortet wurde, dass die Amerikaner in den genannten Staaten einkaufen dürfen, unter der Bedingung, dass es die deutschen Kontingente nicht belastet. Zudem sprach die Reichsbehörde an, dass die anderen Staaten diese Handelsbeziehungen dazu nutzten Devisen zu erhalten. Devisen waren für das Reich ebenfalls von Bedeutung. Dieses Ziel wurde bereits in I.3.2 genauer für die Frühphase untersucht. Allerdings war es auch noch während des Bestehens der JSS von Relevanz für die NS. Hier soll lediglich noch ein Beispiel angeführt werden das belegt, dass dieses Ziel noch während des Bestehens der JSS für die NS relevant war. So hielt ein Beamter des „Auswärtigen Amtes“ im November 1941 fest: *„Der Hoover-Delegierte Mur-*

<sup>2136</sup> Entwurf AA an den Beauftragten des AA beim Generalgouverneur, 12.07.1940, PAAA, R 43075.

<sup>2137</sup> Durschlag AA an das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft betr. *„Hilfswerk der Commission for Polish Relief für die Bevölkerung des Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“*, 15.08.1940, PAAA, R 43085.

<sup>2138</sup> Ebd.

<sup>2139</sup> Ebd.

ray erzählte mir kürzlich, daß ihn Herr Heinrich von der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Regierung des Generalgouvernements mit einem Herrn Dr. Kurt Degen [...] bekannt gemacht habe. Soweit er bei seiner geringen Kenntnis der deutschen Sprache Dr. Degen richtig verstanden habe, habe dieser ihm die Möglichkeit andeuten wollen, daß er gegen Zahlung von effektiven Dollars vielleicht in der Lage sein würde, Lebensmittel und auch Bekleidungsgegenstände für das Hoover-Hilfswerk im Generalgouvernement beschaffen zu können. Es handle sich hierbei um Waren, die von den Militärbehörden freigegeben seien.“<sup>2140</sup> Es kam zu einer kleineren Unstimmigkeit zwischen den Besatzern und den Vertretern des „Auswärtigen Amtes“, da die letztgenannten sich übergangen fühlten. Das „Auswärtige Amt“ fragte bei der entsprechenden Person wegen des Angebotes des Warenankaufs nach. Dieser betonte, dass er Murray „als einen amerikanischen Staatsangehörigen keinerlei bindende Angebote gemacht habe. Immerhin könnten sich vielleicht gewisse Möglichkeiten für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Kleidern für das Hoover-Hilfswerk aus den besetzten Westgebieten oder sogar aus dem unbesetzten Frankreich und dem französischen Kolonialreich ergeben, falls der Hoover-Ausschuß Bezahlung in Dollars zu leisten bereit sei.“<sup>2141</sup> Das „Auswärtige Amt“ erwiderte hierauf, dass die Comporel bisher nur Einkäufe außerhalb des deutschen Herrschaftsbereichs getätigt habe.<sup>2142</sup> Ob es zu dem Handel kam und ob sich die Unstimmigkeiten zwischen Degen und dem „Auswärtige Amt“ haben klären lassen, ließ sich nicht ermitteln. Allerdings wird hier deutlich – wenngleich die Akteure der Reichsebene verhalten auf den Handel reagierten, da sie sich wohl zum einen Übergangen fühlten und zum anderen Kontingente für die deutsche Bevölkerung in Gefahr sahen –, dass man hier ebenfalls die Bezahlung der Waren in Dollar deutlich herausstellte.

## II.7.2 Die Ziele der Besatzer

In einem Halbjahresbericht der „Inneren Verwaltung“ des Distrikts Warschau wurde angeführt, dass Hitler „den Versuch einer Lösung des Judenproblems im Osten als eine der vier grossen Aufgaben der deutschen Verwaltung bezeichnet“ habe. Unmittelbar nach Errichtung des Generalgouvernements und der Übernahme der Verwaltung durch die Behörden der Besatzer sei „daher mit der Lösung des Judenproblems begonnen“ worden. Weiter hieß es: „Es mussten naturgemäss dabei völlig neue Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden. Das Ziel war, die jüdische Bevölkerung aus ihrem grossenteils schmarotzenden Dasein herauszuführen und sie für eine für das Deutsche Reich nutzbringende Arbeitsleistung einzusetzen.“<sup>2143</sup> Die Durchführung der ihr zugeteilten Aufgaben gestalte sich für die jüdische Fürsorge besonders schwierig: „Einmal bleibt ihr jede finanzielle Unterstützung aus anderen als eigenen Mitteln versagt und weiterhin macht sich die mangelnde generelle Regelung des gesamten Judenproblems sehr nachhaltig bemerkbar. Die Rechtsstellung des

<sup>2140</sup> Aufzeichnung, 03.11.1941, PAAA, R 43086.

<sup>2141</sup> Ebd.

<sup>2142</sup> Ebd.

<sup>2143</sup> Halbjahresbericht Distrikt Warschau, Bl. 61.

*Judenrates in der Judengemeinde wird noch nicht von allen deutschen Dienststellen gleichmässig respektiert und erschwert so die Aufsichtsführung und Leitung der jüdischen Fürsorge.*<sup>2144</sup> Wenngleich in dem Zitat die jüdische Fürsorge indirekt noch den Judenräten zugeschrieben wurde, so handelten die Besatzer doch in Bezug auf die gesamte Fürsorge und unterrichteten ihre Dienststellen über die eingerichteten Organisationen für Juden, Polen und Ukrainer im Generalgouvernement. Im Dezember 1940 informierte die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Kreis- und Stadthauptleute über die Struktur der Organisationen.<sup>2145</sup> Weiter hieß es, dass es um eine planvolle Steuerung und Überwachung der gesamten von diesen Vertretungen der einzelnen Volksgruppen geleisteten Arbeit vornehmen zu können, erforderlich sei, dass Besprechungen mit Mitgliedern des *HHA* und der einzelnen *Hauptausschüsse* nur nach vorheriger Verständigung der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ geführt werden sollten.<sup>2146</sup> Abschließend wurde den Kreis- und Stadthauptleuten mitgeteilt, dass „[d]ie einzelnen Hauptausschüsse [...] die Anweisung bekommen [haben] mit deutschen Dienststellen nur nach Vermittlung der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge zu verhandeln. Ich bitte, sich an diese Richtlinien halten zu wollen, die ein unzweckmässiges Vorgehen der einzelnen Hauptausschüsse unterbinden und ihre Arbeit in der von der Regierung des Generalgouvernements gewünschten Richtung gewährleisten soll.“<sup>2147</sup> Aus diesem Ausschnitt einer Anweisung, die die Aufsichtsbehörde an die Chefs der Distrikte und über diese an die Kreis- und Stadthauptleute sandte, kann gelesen werden, dass die Zivilverwaltung mit der Einrichtung der Organisation ein Ziel hatte beziehungsweise die Tätigkeit der *Hauptausschüsse* und der *JSS* in eine „gewünschte Richtung“ gehen sollte. Durch das zitierte Schreiben kommt deutlich heraus, dass die Zivilverwaltung die regionalen und lokalen Dienststellen erst in einem Schreiben im Dezember 1940 über das Entstehen und den Umgang mit den regionalen und lokalen Abordnungen der Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen informierte und demnach die Gründung und Einrichtung vor allem von der obersten Ebene der Regierung ausgegangen sein muss.<sup>2148</sup>

Eines der Ziele der Besatzer, das schon für die *Koordinierungskommission* ausgemacht werden konnte, war die Trennung der Volksgruppen. In der Satzung der Organisation war definiert, dass die „erwähnten Aufgaben der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe [...] nur gegenüber der jüdischen Bevölkerung [bestehen].“<sup>2149</sup> In der Satzung des *PHA* war dies noch expliziter formuliert. Zusätzlich zu dem Satz der sich im Rechtstext der jüdischen Organisation findet, wurde dort in dem entsprechenden Paragraphen vermerkt: „Zu ihnen gehört nicht die Betreuung der im Generalgouvernement lebenden Deutschen, Ukrainer

<sup>2144</sup> Ebd., Bl. 70f.

<sup>2145</sup> Abschrift Regierung des Generalgouvernements Hauptabteilung Innere Verwaltung an die Distriktchefs betr. „Dienstverkehr mit dem Polnischen, Ukrainischen und Jüdischen Hauptausschuss sowie mit dem Haupthilfssausschuss“, 17.12.1940, AŽIH, 211 aneks/276, Bl. 379. Auch vorhanden in APW, Kreishauptmannschaft Warschau-Land/331, Bl. 106f., ITS, DOI 82177861 oder auch APK, IZGG/7, Bl. 43f.

<sup>2146</sup> Ebd.

<sup>2147</sup> Ebd.

<sup>2148</sup> Vgl. ebd.

<sup>2149</sup> Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 4.

und Juden.“<sup>2150</sup> Bevor die NS in das Land einfielen und den Menschen neben Gewalt ihre Gesetze und Verwaltungsstrukturen aufzwingen, waren die Personen, die dort lebten alle Polen. Wenn dies in der Satzung des PHA nicht expliziter formuliert worden wäre, hätte man die „volksdeutsche“, ukrainische und jüdische Bevölkerung ebenso unter „Pole“ verstehen können. In der Verwaltungsgliederung der Regierung wurde ebenfalls die intendierte Trennung der „Volksgruppen“ im Generalgouvernement deutlich. Im „Volkspolitischen Informationsdienst“ hieß es: *„Jede Volksgruppe wird referatmäßig gesondert bearbeitet.“*<sup>2151</sup> In einer Denkschrift schrieb die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ ebenfalls darüber, dass im Generalgouvernement *„verschiedene Völkergruppen wie Polen, Ukrainer, Goralen, Russen, Weißruthenen, Juden und andere nebeneinander leben, deren Einstellungen zum Deutschtum und zur deutschen Verwaltung durchaus unterschiedlich ist, ist in politischer Beziehung verständlicherweise von größter Bedeutung.“*<sup>2152</sup> Den sich daraus ergebenden Fragen müsse größte Aufmerksamkeit zugewendet werden, hieß es weiter. Die verschiedenartige Zusammensetzung der Bevölkerung mache es beispielsweise notwendig, *„sich einer geregelten Selbsthilfe der einzelnen Volksgruppen auf dem fürsorglichen Gebiete deutscherseits anzunehmen und klare, für alle Verwaltungszweige der Regierung einheitlich geltende Richtlinien zu erarbeiten. Nambafte fürsorgliche Subventionen seitens der deutschen Verwaltung werden allmonatlich für Zwecke des Unterhalts der notleidenden Einwohner des Generalgouvernements zur Verfügung zu stellen.“*<sup>2153</sup> Im „Volkspolitischen Informationsdienst“ erkannten die Besatzer ebenso schon die Möglichkeit der *„volkspolitischen Steuerung durch die Organisation der Hilfskomitees“*.<sup>2154</sup> Eine direkte *„volkspolitische Steuerung“* lasse sich zwar auf einigen Gebieten, wie man es in der unterschiedlichen Behandlung der Juden und Jüdinnen einerseits und der anderen Volksgruppen andererseits sehe, durchführen: *„Eine mitunter gebotene weitere nach außen sichtbare differenzierte Behandlung ist nicht immer möglich.“*<sup>2155</sup> Der letztgenannte Satz hängt sicher mit der im vorangegangenen Abschnitt detailliert untersuchten Propagandafunktion, die die JSS für die nationalsozialistischen Akteure erfüllte, zusammen. Die unterschiedliche Behandlung der „Volkgruppen“ sei *„aber aus grundsätzlichen politischen Erwägungen, die für die Verwaltung fremdvölkischer Gebiete gelten, notwendig. Um direkt Einfluß nehmen zu*

<sup>2150</sup> Satzung des Polnischen Hauptausschusses, § 4.

<sup>2151</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 3f. Das angeführte Zitat ist eingebettet in einen Abschnitt, in dem allgemein über den Aufbau des – zu diesem Zeitpunkt noch – Gruppendezernats „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ geschrieben wurde: *„In der Regierung des Generalgouvernements sind die volkspolitischen Referate, in denen Fachleute arbeiten, die mit der Landeskunde, der Geschichte, der Volks- und Rassenzusammensetzung, sowie mit der Sprache dieses Gebiets vertraut sind, zusammengefaßt in der Inneren Verwaltung – Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge. Jede Volksgruppe wird referatmäßig gesondert bearbeitet. So gibt es ein Referat Deutsche Volksgruppe, ein Ukrainerreferat, ein Goralenreferat, in dem zugleich alle anderen Volksgruppen enthalten sein, ein Judenreferat und ein Referat Emigrantengruppen. Diese und das Referat für Statistik erarbeiten die Voraussetzungen für das Referat ‚Umsiedlungswesen‘ und das Referat Kriegsgefangene.“*

<sup>2152</sup> Die Verwaltung im Generalgouvernement unter besonderer Berücksichtigung der Hauptabteilung Innere Verwaltung, BAB, R 52 III/39, Bl. 46–60, hier: Bl. 50f.

<sup>2153</sup> Ebd.

<sup>2154</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 4.

<sup>2155</sup> Ebd.

*können auf die volkspolitische Lage, sind jeweils die praktischen Arbeitsgebiete der Fürsorge mit einem volkspolitischen Referat verbunden, so mit dem Referat deutsche Volksgruppen das Referat Fürsorge für deutsche Volkszugehörige, mit den übrigen volkspolitischen Referaten das Referat Freie Wohlfahrt.*<sup>2156</sup> Bei der Verwaltung fremdsprachiger Gebiete komme es zudem darauf an, dass man nicht die Arbeit für die „*Volksfremden*“ leiste „*sondern die anderen unter unserer Hobeit und Überwachung für sich selbst sorgen lassen.*“ „*Wenn die Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements als Ganzes für sich selbst sorgen würde, so müsste dies notgedrungenen Maßen zu einer Solidarität aller Teile der Bevölkerung führen, an der uns nichts liegen kann aus grundsätzlichen Erwägungen heraus.*“<sup>2157</sup> Aus diesem Grund sei ein volkspolitisch differenzierter Aufbau der Fürsorge- und Wohlfahrtsarbeit entstanden, so hieß es im „Volkspolitischen Informationsdienst“. Deshalb erfolgte die Gründung der Hilfskomitees nach „*volkspolitischen Prinzipien*“: „*Die fremdvölkischen Gruppen sollten für sich selbst sorgen, ohne durch eine gemeinsame Arbeit zusammengeschweißt zu werden, was im übrigen auch gar nicht im Sinn ihrer Bemühungen liegt; denn die Ukrainer, Goralen, Weißruthenen usw. wollen gar nicht mit den Volksgruppen, die sie bislang entrechteten, zusammen arbeiten, nämlich mit Polen und Juden.*“<sup>2158</sup> Allein durch die Einrichtung der drei unterschiedlichen Organisationen für Polen, Ukrainer und Juden, die de jure lediglich im *HHA* zusammenarbeiten durften, ist ein „volkstumspolitisches“ Ziel zu erkennen. Ein Aspekt, der für das Reich keine Rolle spielte – betrachtet man die Akten, die in Bezug auf die Hilfstätigkeit in Polen im „Auswärtigen Amt“ in Berlin entstanden sind, entsteht dieser Eindruck –, ist die Tatsache, dass durch die Schaffung der drei Ausschüsse und ihrer Dachorganisation eine Trennung der „Volksgruppen“ durch eine Verhinderung der engeren Zusammenarbeit und einer eventuell dadurch entstehenden Solidarität untereinander verbunden war.<sup>2159</sup> Der *HHA* bestand aus Polen, einem Ukrainer und einem Juden.<sup>2160</sup> Die Regierung gewährte den Vertretern der ukrainischen Organisationen und des *PHA* Termine beim Generalgouverneur selbst, bei denen ihnen jeweils weitere spezielle Zugeständnissen gemacht wurden.<sup>2161</sup> Ebenso empfang der Generalgouverneur Goralen bei Treffen. Ihnen sprachen die NS den Charakter eines „*besonderen Volksstammes*“ zu, wenngleich die NS auch festhielten: „*Das Gebirgsvolk der Goralen habe*

<sup>2156</sup> Ebd. Ähnlich formuliert auch in Kanzlei des Generalgouverneurs: Bericht über den Aufbau im Generalgouvernement bis 1. Juli 1940, Bd. 1: Raumordnung und Aufbau der Verwaltung, Rechtssetzung, Justiz, Innere Verwaltung, Kirchen und Schulen, Sozialverwaltung, BAB, R 52 II/247, Bl. 182.

<sup>2157</sup> Ebd.

<sup>2158</sup> Ebd.

<sup>2159</sup> Vgl. zu der Nichtbedeutung dieses Aspektes für die Reichspolitik die im Quellenverzeichnis der vorliegenden Studie aufgeführten Akten, die im PAAA eingesehen wurden. Dem Punkt der Trennung der „Volksgruppen“ wurde hier keine Bedeutung beigemessen.

<sup>2160</sup> Vgl. Satzung des Haupthilfsausschusses, § 2 und § 6.

<sup>2161</sup> Vgl. etwa den Bericht Franks über einen anstehenden Besuch der Ukrainer, in: Diensttagebuch, 12.04.1940, Arbeitssitzung [Krakau, Protokoll, 30 S.], S. 162–167, hier: S. 163f. oder auch ebd., 17.04.1941, Diensttagebuch [Krakau, Besprechungen und Filmvorführung, 9 S.], S. 356–358, hier: S. 357 sowie ein Besuch der Vertreter des *Polnischen Hauptausschusses* beim Generalgouverneur, ebd., 19.06.1942, Diensttagebuch [Krakau, Besprechungen und Empfang, 8 S.], S. 513–515. Des Weiteren siehe Besuch einer Delegation des *Ukrainischen Hauptausschusses*, der mit einem gemeinsamen Frühstück mit dem Generalgouverneur verbunden war, ebd., 18.01.1943, Diensttagebuch [Krakau, Besprechungen, feierliche Amtseinführung, Empfang und Konzertbesuch, 17 S.], S. 595.

eigentlich mehr dekorativen Charakter.“<sup>2162</sup> Zudem sagte man über sie: „Von Interesse sei auch, daß man ein goralisches Schulwesen aufgezogen habe, und zwar zunächst in Form eines siebenklassigen Volksschule in Zakopane. Zweck dieser Schule sei vor allem, die Goralen den Deutschen etwas näher zu führen. Die Schule erfreue sich großen Zuspruches, und man könne die Fortschritte im deutschen Unterricht nur anerkennen. In diesem Zusammenhang müsse auch die Fachschule für goralische Volkskunst erwähnt werden.“<sup>2163</sup> Den Ukrainern wurde ebenfalls eine deutlich privilegiertere Behandlung gewährt.<sup>2164</sup>

Der PHA hatte für die Notleidenden lediglich Wohlfahrt betreiben. Die JSS musste im Gegensatz dazu neben der Fürsorge die Wohlfahrt für die jüdische Bevölkerung ausüben.<sup>2165</sup> Dies führte dazu, dass die NS – zumindest in der Kommunikation mit den Polen – der JSS einen höheren Anteil an der eingenommenen Einwohnerabgabe zusagten. Die Besatzer argumentierten, dass nach dem sechsten Paragraph der Verordnung über die Einwohnerabgabe das Aufkommen der Abgaben in erster Linie für Fürsorgemaßnahmen zu verwenden sei. Zudem – so hieß es in dem Schreiben des Stadthauptmannes an das Polnische Hilfskomitee in Krakau – müsse nach einem Erlass der Regierung vom 3. Januar 1941, die jüdische Gemeinde an dem Aufkommen der Einwohnerabgabe beteiligt werden: „Unter diesen Umständen ist es ausgeschlossen, das Polnische Hilfskomitee an dem Aufkommen der Einwohnerabgabe zu beteiligen.“<sup>2166</sup> Dies kann als Bevorzugung der jüdischen Gemeinde beziehungsweise der JSS gelesen werden. Dies ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Vielmehr ging es dem Schreiber – neben der eigentlichen Mitteilung, dass das Hilfskomitee aus der Einwohnerabgabe kein Geld erhalten werde – darum das polnische Hilfskomitee gegen die jüdische Gemeinde und die JSS aufzubringen.

Dieses Ziel der Trennung der jüdischen Bevölkerung von der polnischen Bevölkerung war den Verantwortlichen der JSS zumindest teilweise bewusst, wenngleich sie dies allein auf die Einrichtung der Ghettos bezogen diskutierten. In einem Aktenvermerk aus dem Februar 1941 hieß es: „In Zeitungsartikeln und Ansprachen wird die Absicht, die jüdische Bevölkerung von der polnischen zu isolieren und

---

<sup>2162</sup> Dienstagebuch, 12.04.1940, Arbeitssitzung [Krakau, Protokoll, 30 S.], S. 162–167, hier: S. 163f.

<sup>2163</sup> Dienstagebuch, 14.01.1941, Dienstagebuch [Krakau, Besprechungen und Feierakt mit Ansprache, 8 S.], S. 323–326, hier: S. 325. In diesem Kontext wurde auch über die Pläne der Einrichtung einer Art Universität für die Ukrainer berichtet. Vgl. ebd., S. 326.

<sup>2164</sup> Vgl. etwa WERNER HASSELBLATT: Rechtsgestaltung deutscher Polenpolitik nach volkspolitischen Gesichtspunkten. Im juristischen Teil als Vorlage für den nationalitätenrechtlichen Ausschuss der Akademie für deutsches Recht, Januar 1940, S. 43. „Gesondert muss die Frage der Ukrainer (rund 800 000) beurteilt werden. De facto (nicht de jure) sollte man die Ukrainer besser behandeln als die Polen, ihnen ein langsames siedlungsmässiges Zusammenziehen in vereinbarten Bezirken ermöglichen, Geeignete beim wirtschaftlichen Aufbau neben den Polen als Kontrolle ansetzen und in den Mischgebieten sich ihrer auch im politischen Sicherungsdienst bedienen. Ihre Förderung sollte – unter kaum erforderliche Rücksichtnahme auf die Sowjetunion – mehr durch die Tat als durch Bekanntgabe von Bevorzugung erfolgen. Die Beurteilung der ukrainischen Frage in grösseren Zusammenhängen würde eine gesonderte Denkschrift erfordern.“

<sup>2165</sup> Vgl. dazu Satzung des Polnischen Hauptausschuss, § 3 sowie Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>2166</sup> Stadthauptmann der Stadt Krakau an das Polnische Hilfskomitee für die Stadt Krakau betr. „Beteiligung an Einwohnerabgabe“, 25.02.1941, APK, PolKoKr/26, Bl. 1187.



den Einfluss der ersten auf die letzteren zu unterbinden, als eines der Motive für die abgesonderten jüdischen Wohnbezirke insbesondere in Warschau angeführt.“<sup>2167</sup> Im Folgenden sprach die JSS einen Vortrag in der deutschen Volksbildungsstätte in Warschau an, in dem indirekt ein weiteres Ziel genannt wurde, das die Besatzer mit der JSS verbanden:<sup>2168</sup> die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen durch Ernährung und die Versorgung mit Kleidern, Wäsche und Schuhen. In dem Vortrag sei erklärt worden, dass „alle Arbeits- und Wirtschaftskräfte der Juden möglichst nutzbringend eingesetzt werden müssen und dass dies in Warschau durch die Heranziehung der Juden zur Arbeit und durch die Aufrechterhaltung des individuellen Wirtschaftsverkehrs mit der polnischen Bevölkerung geschehen wird.“<sup>2169</sup> Bereits im Herbst hatten Besatzer die Lager in denen Juden und Jüdinnen gefangen waren besucht. Diese berichteten zuweilen auch über die Verpflegungssituation der Gefangenen.<sup>2170</sup> Während der Zeit in der die JSS tätig war versorgte diese bereits in Arbeitslagern gefangene Menschen, wenngleich diese Aufgabe erst offiziell für die Jüdische Unterstützungsstelle definiert wurde.<sup>2171</sup> Die NS waren sich im Jahr 1940 bewusst, dass sie Teile der jüdischen Bevölkerung als Arbeitskräfte benötigten. In dem Protokoll schrieb die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“: „Im übrigen sind die Juden im Generalgouvernement nicht nur immer verlotterte Gestalten, sondern ein notwendiger handwerklicher Teil innerhalb des Gesamtgefüges des polnischen Lebens. Das haben wir nicht gewußt, wir wissen es heute, im Reich weiß man es nicht. Es ist das ein ernster Gesichtspunkt und zeigt, wohin es führt, wenn eine Nation Handlangerdienste gemeinschaftswichtiger Art durch Fremdvölkische erledigen läßt. Von unserem Standpunkt ist die Frage nicht von heute auf morgen zu lösen. Wir können den Polen weder die Tatkraft noch die Fähigkeit beibringen, an Stelle der Juden zu treten. Daher sind wir gezwungen, diese jüdischen Handwerker weiterarbeiten zu lassen.“<sup>2172</sup> Wenngleich diese Aussage primär von antipolnischen Stereotypen geprägt ist, so sagt doch vor allem der letzte Satz, dass man sich zu dieser Zeit bewusst war, dass die jüdische Bevölkerung für bestimmte Arbeitsbereiche benötigt wurde. Allerdings wurde etwa zeitgleich in einem Lagebericht aus dem Kreis Jasło/Jessel festgehalten: „Der grosszügige Strassenbau bedingt einen aussergewöhnlich starken arbeitsmässigen Einsatz der Bevölkerung. Trotzdem an jüdische Arbeiter nur 80 % der für Polen gültigen Tariftlöhne zu zahlen sind, werden jüdische Arbeiter von den deutschen Strassenbaufirmen nur ungern beschäftigt. Ausser der Arbeitsunlust der Juden und ihrer Ungeschicklichkeit bei körperlichen Arbeiten

<sup>2167</sup> Vermerk betr. „Die Absonderung der Juden von der übrigen Bevölkerung“, 19.02.1941, AŽIH, 211/166, Bl. 26.

<sup>2168</sup> Ebd.

<sup>2169</sup> Ebd.

<sup>2170</sup> Abschrift Abwehrstelle Lublin an die Abwehrstelle Krakau betr. „Judenlager an der Grenze“, 24.09.1940, ITS, DOI 82181484–82181489. „3.) Die Verpflegung. Die Verpflegung ist nicht Sache der deutschen Bewachung, sondern die Aufgabe des Judenrates. Nach der Auskunft, die mir von Juden selbst in Belzec und Lipsko gegeben wurde, bekommen die Juden morgens und abends beissen Kaffeersatz aus Feldküchen, mittags eine Suppe mit Fleisch und für den Tag eine Brotration von etwa 350 gr (1/3 Brot). Das Aussehen der Juden ist unterschiedlich. Teilweise sehen sie wohl aus, teilweise jedoch elend. Möglicherweise ist das elende Aussehen weniger auf die Verpflegung, als auf die schwache Konstitution der meist kümmerlich aussehenden Gestalten zurückzuführen.“

<sup>2171</sup> Vgl. hierzu II.3 sowie III.2.2.

<sup>2172</sup> Dienstagebuch, 12.09.1940, Abteilungssitzung [Krakau, Protokoll, 12 S.], S. 280–282, hier: S. 281.

*macht sich der schlechte Ernährungszustand der jüdischen Arbeiter fühlbar geltend.*<sup>2173</sup> In diesem Zitat spiegeln sich im Gegensatz zu dem oben zitierten Text antisemitische Gedanken wieder. Allerdings war es so, dass im Laufe der Besatzungszeit die Anzahl der jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen stieg. So wurde im Mai 1942 in einem Lagebericht des Distrikts Warschau geschrieben, dass für einen großen Teil der neu zum Einsatz gekommenen Arbeitskräfte eine Werkküchenverpflegung nicht vorgesehen sei. In diesen Fällen müsse den Arbeitern und Arbeiterinnen Tagesverpflegung in Form von Brot zur Verfügung gestellt werden. Die Nachfrage nach jüdischen Arbeitskräften habe sich im stärksten Masse gesteigert und die Zahl der in den „Arbeitskolonnen“ außerhalb des jüdischen Wohnbezirks eingesetzten Juden und Jüdinnen habe sich auf beinahe 3.000 gesteigert. Im April des Jahres seien es lediglich 1.700 und im März nur 700 gewesen.<sup>2174</sup> Auch im Oktober 1942 – also in einer Zeit in der die JSS gar nicht mehr existierte, sondern bereits die Jüdische Unterstützungsstelle an ihre Stelle getreten war – wurde berichtet: *„Die Umsiedlung im jüdischen Wohnbezirk der Stadt Warschau ist Ende September vorläufig abgeschlossen worden. Es sind etwa 35 000 Juden im jüdischen Wohnbezirk in Warschau zurückgeblieben. Hierbei handelt es sich fast ausschliesslich um Arbeiter der noch zugelassenen Rüstungsbetriebe.*“<sup>2175</sup>

Den Akteuren der JSS scheint dieses Ziel der NS bewusst gewesen zu sein. Schon sehr früh argumentierten sie mit der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der jüdischen Bevölkerung bei ihrem Kontakt mit den Besatzern und hielten dies im Laufe des Bestehens der JSS aufrecht. Wie bereits dargelegt, waren bei den Sitzungen des Präsidiums der JSS Vertreter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ anwesend. Bei einer Sitzung im Mai 1941 schilderte Chaim Hilfstein deshalb die Folgen der durch die geringere Lebensmittelzuteilung für die Juden und Jüdinnen hervorgerufenen Unterernährung und die dadurch verminderte Arbeitsfähigkeit und bat die Aufsichtsbehörde unter anderem veranlassen zu wollen, dass die Rationen für Juden und Jüdinnen an diese für Polen und Polinnen angeglichen werden sowie neben dem Brot auch etwas Marmelade und zuweilen Zucker zugeteilt bekommen. Zudem sollten die jüdischen Schwerarbeiter, seiner Ansicht nach, zusätzliche Zuteilungen erhalten.<sup>2176</sup> Von Erfolg gekrönt war die Bitte allerdings – soweit ersichtlich – nicht.

Neben dem Aufrechterhalten der Arbeitsfähigkeit war es ebenfalls ein Anliegen der nationalsozialistischen Akteure, dass die Teile der jüdischen Bevölkerung, die aus Sicht der Besatzer in nicht

---

<sup>2173</sup> Lagebericht Oktober 1940 Jaslo, 31.10.1940, BAB, R 52 III/24.

<sup>2174</sup> Bericht des Gouverneurs des Distrikts Warschau vom 15. Juni 1942 für den Monat Mai 1942, BAB, R 52 III/21.

<sup>2175</sup> Zweimonatsbericht des Gouverneurs des Distrikts Warschau vom 15. Oktober 1942 für die Monate August und September 1942, BAB, R 52 III/21.

<sup>2176</sup> Protokoll der VII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 13. und 14. Mai 1941 in den Diensträumen der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements, AŻIH, 211 aneks/49, Bl. 14–17.

relevanten Berufe arbeiteten beziehungsweise ausgebildet waren, umgeschult wurden. Diese Umschulungsmaßnahmen führte – zumindest unter anderem – die JSS durch. Deshalb verwundert es nicht, dass die Regierungsinstanzen diese Maßnahmen zumeist reibungslos zuließen.<sup>2177</sup>

Ein weiteres Ziel das die Besatzer mit der JSS verbanden war die Vereinfachung ihrer Tätigkeit in Bezug auf die jüdische Bevölkerung. Dies wird schon in einer Handlungsanweisung, die die Besatzer im Jahr 1940 für ihre Beamten herausgaben, deutlich. Sie schrieben, dass das Generalgouvernement ein „*Verwaltungsgebiet des Großdeutschen Reiches mit fremdvölkischen Einwohnern*“ sei. Weiter hieß es: „*Jede Verwaltungsaufgabe, gleich ob sie Verwaltungsaufgabe im eigentlichen Sinne ist oder ob sie in der Verwaltung größerer Wirtschaftsanlagen fällt, stößt auf den fremdvölkischen Bewohner des Gebiets als Hilfskraft in der Arbeit, als Objekt in der Verwaltung, als Träger aller Lebensäußerungen der verwaltungsmäßig betreut wird.*“<sup>2178</sup> Die Grundsätze der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement müssten deshalb „politischer Art“ sein: „*Die Behandlung aller Fürsorge- und Wohlfahrtsfragen geschieht nach deutschen rassischen- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten. Dies hütet uns in der Arbeit davor, lediglich charitative und humanitäre Gesichtspunkte für unsere Fürsorgearbeit wirksam werden zu lassen, sondern wir haben uns wieder zu orientieren nach den national- und volkspolitischen Forderungen des Deutschen Reiches. Sinn und Aufgabe der Fürsorgearbeit im GG ist eine soziale Situation zu schaffen, die eine ruhige und ordentliche Verwaltungsarbeit ermöglicht. Um indirekt Einfluß auf die Volksgruppen nehmen zu können, fällt der Fürsorge die Aufgabe zu, die Fürsorge- und Hilfsmittel zu steuern und die Volksgruppen zu beobachten zur Sicherung gegen sozial bedingte politische Gegenbewegungen.*“<sup>2179</sup> Die Aufgaben der JSS bestanden in der Versorgung der notleidenden jüdischen Bevölkerung mit Kleidern, Wäsche, Schuhen, Medikamenten und Nahrung, sie kümmerte sich um die Seuchenbekämpfung und Seuchenprävention, sie versuchte Obdachlose und Deportierte sowie Waisen unterzubringen. Sie erhielt die Arbeitsfähigkeit der Menschen aufrecht. Damit unterstützten die Mitglieder der jüdischen Organisation – ob sie es wollten oder nicht – die Verwaltungsarbeit der Besatzer. Dies wird auch in der Korrespondenz innerhalb des Reiches deutlich, wenngleich dort nur die polnische Bevölkerung dezidiert erwähnt wurde. Im Kontext einer Besuchsreise von Vertretern einer US-amerikanischen Hilfsorganisation schrieb das „Auswärtige Amt“ darüber, dass die geplante Hilfsaktion die „*von der NSV übernommene Versorgung der notleidenden polnischen Bevölkerung*“ vereinfache.<sup>2180</sup> Dieses Zitat stammt aus einer Zeit in der die JSS noch nicht existierte und die NSV sich noch nicht von ihrer Tätigkeit im Generalgouvernement zurückgezogen hatte. Allerdings lässt sich diese Aussage ebenso auf die spätere Tätigkeit der JSS – gerade im Zusammenspiel mit der Tätigkeit der ausländischen Hilfsorganisationen – übertragen. Nicht nur

<sup>2177</sup> Vgl. etwa Abschrift Arbeitsamt Warschau an das Hilfskomitee Warschau betr. „*Schulung jüdischer Landarbeiter*“, 30.12.1940, AŽIH, 211/179, Bl. 30.

<sup>2178</sup> ARLT: Gruppendezernat Bevölkerungswesen und Fürsorge, S. 3.

<sup>2179</sup> Ebd., S. 4f.

<sup>2180</sup> Beschlussvorlage für den Reichsaußenminister, 02.11.1939, PAAA, R 43080.

bei der reinen Versorgung der Menschen mit Nahrung, Medikamenten und Kleidung spielte die jüdische Organisation für die Besatzer in der alltäglichen Verwaltungsarbeit eine Rolle, Aus einigen Berichten von Gouverneuren stellte etwa auch die Unterbringung von „Evakuierten“ – um es drastisch aber wohl zutreffend auszudrücken –, der „Deportierten“, ein Problem dar. So berichtete der Gouverneur des Distrikts Lublin in einem Monatsbericht im Januar 1941: *„Im Dezember sind etwa 9200 Polen und Juden im Distrikt aufgenommen. Es handelt sich um rund 5200 Polen und rund 4000 Juden. Die Unterbringung der Evakuierten wird immer schwieriger, da es an entsprechenden Wohnräumen mangelt.“*<sup>2181</sup> Und auch im Februar stellten diese Menschen noch ein Problem für ihn dar.<sup>2182</sup> Eine der Aufgaben, der sich die JSS von Beginn an – und das hieß schon vor ihrem offiziellen Entstehen – verschrieb, war die Versorgung und Unterbringung dieser Menschen, die nicht mehr besaßen als das was sie bei sich führten. Durch ihre Tätigkeit in diesem Bereich unterstützte die JSS damit nicht nur die notleidenden Menschen, sondern auch die Kreis- und Stadthauptleute in ihrer Verwaltungsarbeit. Diese These wird durch ein Schreiben gestützt, das die Regierung im Januar 1941 an die Kreis- und Stadthauptleute übermittelte: *„Beginnend mit dem 1. Februar 1941 werden im grossen Umfange Polen und Juden aus den deutschen Ostgebieten in das Generalgouvernement evakuiert werden. [...] Evakuierte Juden sind getrennt von den Polen zu halten und gesondert zu behandeln. Ihre Unterbringung erfolgt nach durchgeführter Verpflegung mit Hilfe des zuständigen jüdischen Hilfskomitees, an das entsprechend Anweisung gegeben wurde. [...] Die Inanspruchnahme des polnischen Roten Kreuzes muss vermieden werden. Hinzuzuziehen sind in erster Linie die polnischen (jüdischen) Hilfskomitees.“*<sup>2183</sup> Eine weitere Aufgabe erhielt die JSS auf regionaler und vor allem lokaler Ebene bei den „Liquidierungen“ der Ghettos. Im April 1942 ordnete die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ den Gouverneur des Distrikts Lublin an: *„Ich bitte bei Aussiedlung von Juden die Mitglieder des Jüdischen Hilfskomitees bezw. Delegaturen als letzte anzusiedeln, um unter Hinzuziehung der Jüdischen Hilfskomitees bezw. Delegaturen eine leichtere Aussiedlung durchzuführen zu können.“*<sup>2184</sup> Die Nachricht erreichte nicht nur die Distriktverwaltungen. Ein Gouverneur – aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs der Schreiben vermutlich dieser des Lubliner Distrikts – sandte die Information an den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD weiter.<sup>2185</sup> An die Kreis- und Stadthauptleute ergingen ebenfalls Schreiben dieser Art. Diese waren verbunden mit der Bitte sich

<sup>2181</sup> Lagebericht für den Monat Dezember 1940 des Gouverneurs von Lublin, 08.01.1941, BAB, R 52 III/17.

<sup>2182</sup> Vgl. etwa Lagebericht für den Monat Februar 1941 des Gouverneurs von Lublin, 06.03.1941, BAB, R 52 III/17.

<sup>2183</sup> Abschrift Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements an die Distriktchefs, Stadt- und Kreishauptleute betr. *„Evakuierung von Polen und Juden ab 1.II.1941“*, 17.01.1941, ITS, DOI 82184915–82184922.

<sup>2184</sup> Abschrift BuF an Gouverneur des Distrikts Lublin, Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, 14.04.1942, AZIH, 211 aneks/278.

<sup>2185</sup> Abschrift Gouverneur an den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD betr. *„Juden-Umsiedlung“*, 16.04.1942, ITS, DOI 82185435. *„Laut einem hier eingegangenen Fernschreiben der Regierung wird gebeten, dass bei Judenaussiedlungen die Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe bezw. der Delegaturen zuletzt umgesiedelt werden. Es ist dadurch eine leichtere Umsiedlung gewährleistet. Erst wenn sich keine Juden mehr im Ort befinden, sollen auch diese umgesiedelt werden. Ich habe von mir aus die einzelnen Kreishauptmannschaften benachrichtigt und bitte, ihre Dienststellen zu unterrichten. Die Regierung teilt in einem weiteren Fernschreiben mit, dass bei der bevorstehenden Judenaussiedlung aus dem Kreise Kranystaw bereits Mitglieder der JSS bereitgestellt sind. Ich bitte, diese Mitglieder im Interesse einer reibungslosen weiteren Abwicklung zurückzustellen.“*

sofort mit den örtlichen SS- und Polizeiführern in Verbindung zu setzen.<sup>2186</sup> Bei der in obigem Zitat angesprochenen drohenden Deportation der Mitglieder des Hilfskomitees in Kranystaw wurde die Aufsichtsbehörde durch ein Fernschreiben tätig und bat die „Innere Verwaltung“ des Distrikts Lublin: *„Nach hier eingegangener Meldung sollen bei der bevorstehenden Umsiedlung von Juden aus Kranystaw auch Mitglieder der Juedischen Sozialen Selbsthilfe umgesiedelt werden. Ich weise darauf hin, dass Mitglieder der Komitees und Delegaturen der Juedischen Sozialen Selbsthilfe zweckmaessig erst umgesiedelt werden, wenn sich keine Juden mehr am Ort befinden.“*<sup>2187</sup> Dem folgte eine Reaktion des Gouverneurs und er teilte darauf der Kreishauptmannschaft Kranystaw mit: *„Ich komme zurück auf das am 15.5.42 mit Ihnen geführte Telefongespräch und teile Ihnen hierdurch nochmals mit, dass bei der Judenaussiedlung darauf zu achten ist, dass der Leiter der JSS [...] unter allen Umständen an Ort und Stelle zu verbleiben hat und nicht mit ausgesiedelt wird. Der hiesige SS- und Polizeiführer ist von mir benachrichtigt und bitte ich Sie, sich unverzüglich mit dem örtlichen SS- und Polizeiführer in Verbindung zu setzen.“*<sup>2188</sup> Durch diese eng belegte Korrespondenz ist dokumentiert, dass die Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen der JSS für die Besatzer bei der Deportation der jüdischen Bevölkerung aus den Ghettos in andere Ghettos, in Lager zur Arbeit oder in den Tod eine wichtige Rolle spielten. Anderenfalls hätte sich die Zivilverwaltung nicht so intensiv um die Zurückstellung einzelner Personen(-gruppen) von den Deportationen bemüht. Den Juden und Jüdinnen in den Ghettos verkündeten die Besatzer durch Bekanntmachungen wer „ausgesiedelt“ werden sollte, wie diese Aussiedlungen ablaufen sollten und wer von den Maßnahmen zunächst nicht betroffen sein sollte. Für Tarnów hieß es – wenngleich die Mitglieder des Hilfskomitees der JSS nicht zu der von der Deportation ausgenommenen Personengruppe gezählt werden –, dass von der Bestimmung des Verbots des Verlassens der Häuser *„die zur Aussiedlung gelangenden Juden und die Mitglieder des Judenrates, JSS und Ordnungsdienstes“* ausgeschlossen seien.<sup>2189</sup>

<sup>2186</sup> Abschrift Gouverneur an die Herren Kreishauptleute und den Herrn Stadthauptmann in Lublin, betr. *„Judenaussiedlung“*, 17.04.1942, ITS, DOI 82185436. *„Die Regierung Krakau teilt mit, dass bei Judenaussiedlungen die Mitglieder der JSS bzw. Delegaturen als letzte auszusiedeln sind, da sich unter Hinzuziehung der Jüdischen Hilfskomitees bzw. Delegaturen eine leichtere Aussiedlung durchführen lässt. Es ist zweckmässig, sich sofort mit dem örtlichen SS- und Polizeiführer in Verbindung zu setzen. Gleichzeitig weise ich nochmals daraufhin, dass die einzelnen Judenaussiedlungen in engster Zusammenarbeit mit dem SD durchzuführen sind.“*

<sup>2187</sup> Kopie Fernschreiben BuF an den Kreishauptmann in Kranystaw über den Chef des Distrikts Lublin, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, 16.4.1942, ITS, DOI 82185612.

<sup>2188</sup> Abschrift Gouverneur an die Kreishauptmannschaft Kranystaw, Bevölkerungswesen und Fürsorge, 15.05.1942, ITS, DOI 82185614.

<sup>2189</sup> Bekanntmachung *„An alle Juden.“*, ITS, DOI 82181138. Das Dokument stammt aus einem Gerichtsverfahren der Nachkriegszeit.

## II. Zwischenfazit

Der Aufbau der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und die Tätigkeit der Organisation in der Zeit zwischen dem Sommer des Jahres 1940 und Herbst 1942, vor allem aber auch die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen jüdischen, polnischen und nationalsozialistischen Akteuren wurden in diesem Kapitel untersucht. Folgende Punkte standen im Fokus: die Tätigkeit des Präsidiums, die der Hilfskomitees und Delegaturen, die Hilfslieferungen in die Lager, sowie die Arbeit der *JSS* in Bezug auf das religiöse Leben, die Gebote und Erfahrungsräume. Die Ziele der NS wurden genau wie die Zusammenarbeit zwischen der *JSS* und den Besatzern untersucht. Zusammenarbeit und Konflikte zwischen *JSS* und den Judenräten wurden erforscht, ebenso wie die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren. Einen umfassenden Abschnitt dieses Kapitels machte abermals die Analyse der Rolle der ausländischen Hilfsorganisationen aus. Erstmals etwas dezidierter untersucht wurde in diesem Kapitel auch die Kommunikation der Organisation innerhalb des Generalgouvernements ebenso wie diese mit ausländischen Stellen.

Die Gründung der *JSS* durch die Besatzer wurde bereits im vorangegangenen Kapitel untersucht. An den Gesprächen, die im Frühjahr 1940 stattfanden, waren allerdings auch jüdische Akteure beteiligt. Auch die für die Zeit des Bestehens der *Koordinierungskommission* konstatierten Ziele der NS waren für die Zeit, in der die *JSS* bestand von Relevanz. So nutzten die NS auch die *JSS*, um Propaganda zu betreiben und um an Devisen aus dem Ausland zu gelangen. Weiterhin mussten die jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen ernährt werden – dies unterstützte in Teilen die *JSS*. Damit und mit der Ernährung der in den Ghettos leidenden Menschen, die oftmals durch aus dem Ausland gesandten Hilfslieferungen stattfand, kann vermutet werden, dass dies indirekt der Ernährung der deutschen Bevölkerung im Generalgouvernement und im Reich diene, da durch die Hilfslieferungen die Nahrungsmittelkontingente geschont wurden. Ein weiteres Ziel der NS war die Trennung der „Volksgruppen“ durch die Einrichtung der Organisationen, was allerdings für die *JSS* nur teilweise gelang. Bei der Zusammenarbeit zwischen den nationalsozialistischen Akteuren und der *JSS* kann allein die mit den Besatzern untersucht werden, da es zu den Akteuren aus dem Reich keinen direkten Kontakt gab. Durch die Satzung und die Geschäftsordnung waren die Akteure der *JSS* in hohem Maße von den Besatzern – gerade von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ von der Regierungsebene bis hin zu den entsprechenden Abteilungen bei den Stadthauptleuten – abhängig. Nahezu jede Handlung der jüdischen Organisation bedurfte der Zustimmung der Besatzer. Allerdings fungierte gerade die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ auch als Mittler, wenn es zu Problemen mit anderen Stellen der Besatzer oder polnischen Akteuren und den Judenräten kam.

Zwischen polnischen und jüdischen Akteuren gab es in der Zeit, in der die *JSS* tätig war, eine institutionalisierte Zusammenarbeit über den *Haupthilfssausschuss*, in dem die jüdische Bevölkerung, genau wie die ukrainische, durch eine Person vertreten war; weitere Mitglieder waren fünf Polen. Dieser Kontakt beschränkte sich wohl aber allein auf die von NS intendierten und tolerierten Momente. Neben den regelmäßigen Sitzungen und der Vermittlung der ausländischen Spenden erhielt die *JSS* über den *HHÄ* in seltenen Fällen Darlehen. Auch vom *PHA* erhielt die *JSS* ein Darlehen, was von den Besatzern wohl nicht intendiert war. Eine weitere Zusammenarbeit zwischen der jüdischen und der polnischen Organisation gab es allein im Bereich der Gefängnisfürsorge, die der *PHA* für alle Gefangenen übernahm. Eine individuelle Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Organisation und einem Polen gab es über Jan Ropa. Dieser war als Bote für das Präsidium angestellt und erledigte aufgrund der größeren Bewegungsfreiheit die er genoss vor allem Besorgungen außerhalb des Ghettos.

Zudem gab es eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen jüdischen Akteuren. Die Vereine, die in der Vorkriegszeit eine große Rolle in der jüdischen Bevölkerung spielten, sollten in der *JSS* aufgehen. Dies führte dazu, dass eine sehr dichte Zusammenarbeit – wenn man das bei einem Aufgehen in der anderen Institution überhaupt noch so nennen kann – intendiert war. Gestört durch das Eingreifen der Besatzer zog sich die Eingliederung auf den unterschiedlichen Ebenen jedoch hin und so standen die finanziellen Mittel der Vereine lange Zeit der *JSS* nicht zur Verfügung und es ist fraglich, ob diese Mittel überhaupt in größeren Umfang übernommen werden konnten. Zuweilen wurden auf der regionalen und lokalen Ebene durch Zutun der Kreis- und Stadthauptleute diese Vereine den Judenräten zugeordnet, wodurch es zu Streitigkeiten kam. Nicht nur in diesem Bereich führte das Handeln der Besatzer zu Problemen zwischen den Judenräten und der *JSS*. Bereits bei der Gründung der Hilfskomitees und Delegaturen, kam es zu Problemen, die unter anderem dadurch zustande kamen, dass die Kreis- und Stadthauptleute den Judenräten den Auftrag gaben, solche zu gründen und nicht das Handeln des Präsidiums der *JSS* abwarteten. Allerdings waren es nicht nur die Handlungen der Besatzer, die zu einer Konkurrenz zwischen den jüdischen Akteuren führten. Auch die grundsätzliche Aufgabenverteilung führte zu Konflikten zwischen den Räten und der *JSS* auf regionaler und lokaler Ebene, da man über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel stritt und zuweilen nicht klar war, wer für welche Arbeitsbereiche zuständig war. Oft waren die Konflikte aber auch auf persönliche Animositäten zwischen den Judenräten und den Mitgliedern der Hilfskomitees und Delegaturen zurückzuführen.

Ein Augenmerk der Arbeit war der Organisation in Bezug auf das jüdisch-religiöse Leben gewidmet. Es konnte gezeigt werden, dass die Organisation als Ganzes bedingt unter dem Prinzip der „Zedeka“ zu verstehen ist und auch die Arbeit sich in Teilen – etwa durch die Straßensammlungen – implizit auf dieses Prinzip berief. Auch in der alltäglichen Arbeit wurde sich zum Teil an

den religiösen Geboten oder zumindest an den religiösen Erfahrungsräumen orientiert – so ist für einige regionale und lokale Abordnungen der JSS der Umtausch von Schweinefleisch gegen andere Nahrungsmittel belegt. Zudem existierten – teilweise und in bestimmten Orten – Volksküchen für die orthodoxe Bevölkerung beziehungsweise „fleischlose Volksküchen“. Auch an den Festtagen knüpfte man an das Leben der Vorkriegszeit an: Neben den „Osterliebesgabensendungen“, die in das Generalgouvernement gelangen, wurden durch die JSS beziehungsweise mit deren Hilfe für Festtage auch spezielle für den religiösen Ritus benötigte Materialien importiert – als Beispiel wurden hier die Feststräube, die unter anderem Etrog enthielten, angeführt. Diese Früchte wachsen in Ostmitteleuropa nicht und müssen aus diesen Grund zwingend für Sukkot – das Laubhüttenfest – importiert werden. Sehr bemüht war man darum, dass den Menschen an Pessach Mazzoth zur Verfügung stand. Man versuchte Mehl dafür zu beschaffen oder aber „Osterbrot“ aus dem Ausland zu importieren. Neben der Hilfe, die an den Feiertagen gewährt wurde, waren die speziellen Tage aber auch immer Anlass für Sammlungen beziehungsweise Veranstaltungen die Geld in die chronisch leeren Kassen der JSS bringen sollten. Auch diese können im weitesten Sinne dem Prinzip der „Zedeka“ zugeordnet werden, da sie von denen die noch über etwas Geld- oder Sachmittel verfügten, das Geben für die Ärmsten der Armen abverlangt. Zudem waren bis in das Jahr 1941 noch Mikwen – also rituelle Bäder – im Generalgouvernement aktiv, die in Bezug auf die Festtage, aber auch für das alltägliche Leben – vor allem der Frauen – relevant waren. Jedoch muss auch gesagt werden, dass diese durch die Schändung der Synagogen sowie durch die Einrichtung der Ghettos wohl für die wenigsten Menschen zugänglich waren. Ein letzter Punkt der weniger mit dem jüdisch-religiösen, aber doch mit dem jüdisch-kulturellen Leben zusammenhängt, ist die Verwendung der jiddischen Sprache. Selbst bei Sitzungen wurde von Beamten der Regierung den Mitgliedern des Präsidiums das Angebot gemacht in Jiddisch zu verhandeln, was dafür spricht, dass diese Sprache als Verkehrssprache des Präsidiums verwendet wurde. Belegen lässt sich dies nur durch einige wenige Aussagen, da der offizielle Schriftverkehr in polnischer oder deutscher Sprache geführt wurde und gerade von Seiten des Präsidiums primär in der deutschen Sprache korrespondiert wurde. An das Ausland konnte nur in dieser Sprache korrespondiert werden und auch an die Behörden der Besatzer wandte man sich auf Deutsch, die meisten Protokolle und Berichte sind in dieser Sprache verfasst und auch bei der Korrespondenz in das Ausland war es Pflicht, auf Deutsch zu schreiben. Allein mit den Hilfskomitees und Delegaturen sowie mit den polnischen Einrichtungen schrieb man auf Polnisch.

Die Kommunikation zwischen dem Präsidium und den Hilfskomitees und Delegaturen lief auf dem Postweg. Ein regelmäßiges Instrument der gleichmäßigen Information an alle regionalen und lokalen Abordnungen durch das Präsidium waren Rundschreiben und Instruktionen, die regelmäßig versandt wurden. In der Anfangszeit – der Phase der Gründung der ersten Hilfskomitees –



waren diese auch an die Judenräte adressiert. Später waren die Abordnungen der JSS die alleinigen Adressaten. Regelmäßige Informationen über die Tätigkeit der Hilfskomitees und Delegaturen erhielt das Präsidium über die Monatsberichte und die Protokolle der regelmäßigen Sitzungen, die die regionalen und lokalen Abordnungen eigentlich für die Besatzer anzufertigen hatte. Diese gelangten aber auch zur Zentrale der JSS nach Krakau. Dadurch konnte sich das Präsidium ein Bild über die Lage der regionalen und lokalen Abordnungen verschaffen. Zudem besuchten Mitglieder des Präsidiums – nicht nur in der Gründungsphase – die Hilfskomitees und Delegaturen, um sich im direkten Gespräch mit den Mitgliedern der regionalen und lokalen Abordnungen auszutauschen. Die Distriktberater, die unter anderem eine Mittlerfunktion zwischen den Komitees und der Zentrale einnahmen, reisten regelmäßig nach Krakau und nahmen dort unter anderem an den Sitzungen der JSS teil. Die Kommunikation mit den ausländischen Hilfsorganisationen lief primär über den Postweg oder über Telegramme. Hilfslieferungen gelangten per Schiff und mit der Bahn sowie ebenfalls über den Postweg in das Generalgouvernement.

Wie bei der Gründung der JSS hat das Ausland auch während des Bestehens der Organisation eine besondere Rolle gespielt. Die *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* sandte weiterhin Pakete mit Hilfslieferungen und auch die *Commission for Polish Relief* war bis zum Kriegseintritt der USA für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement aktiv. In diesem Kapitel konnte am Beispiel der Inspektionsreisen, die die Vertreter dieser Organisation machten, das Handeln der unterschiedlichen Akteure im Reich, dem Generalgouvernement und dem Ausland im Bereich der Hilfstätigkeit gezeigt werden, aber auch die Lenkung durch die NS und deren Intentionen, die sie mit den Reisen verbanden, herausgearbeitet werden. Die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* leistete keine Hilfslieferungen für die JSS, allerdings versuchten die Mitglieder des Präsidiums durch die Organisation im Reich an Informationen zum Aufbau einer Fürsorge- und Wohlfahrtsarbeit zu kommen und dabei auf die Erfahrungen der *Reichsvereinigung* zurückzugreifen. Dies gelang allerdings nur begrenzt, da von Seiten der Organisation im Reich die Informationen nicht komplett und mit großem zeitlichem Abstand zur Anforderung übermittelt wurden. Ein wichtiger Bereich für die Auslandstätigkeit der JSS war die Gründung der Abteilung „Ausländische Verwandtenhilfe“ im Präsidium. Durch diese wurde versucht Menschen im Generalgouvernement den Kontakt mit Verwandten und Bekannten im Ausland zu vermitteln, um durch diese an individuelle Hilfspakete zu gelangen.



# **Umbau und Ende:**

Schließung der  
*Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*

—

Entstehung, Tätigkeit und Ende der  
*Jüdischen Unterstützungsstelle*

1942/43–1944/5

In diesem Kapitel stehen die Analyse des Übergangs von der *JSS* zur *JUS* und die Tätigkeit der letztgenannten Organisation im Fokus. In dem ersten Unterkapitel wird die Schließung der *JSS* und die Eröffnung der *JUS* untersucht (III.1). Dies erfolgt in sieben Schritten, die sich zunächst an der Chronologie der Ereignisse orientieren: Beginnend mit der Anordnung zur Schließung der *JSS* (III.1.1) und der Schließung des *HH4* (III.1.2), werden in den folgenden Abschnitten die Umstände zur Gründung der *JUS* (III.1.3), die Situation der Hilfskomitees und Delegaturen zu dieser Zeit (III.1.4), gefolgt von einem Abschnitt zu der zwischenzeitlichen Schließung der *JUS* betrachtet (III.1.5). Abgeschlossen werden die chronologischen Abschnitte mit der Erforschung der Umstände der Wiederaufnahme der Tätigkeit der *JUS* im Jahr 1943 (III.1.6). Das Unterkapitel wird mit der Analyse der Ziele der NS, die sie mit der Schließung, vor allem aber der Eröffnung der *JUS* und ihrer erneuten Zulassung verbanden, vollendet (III.1.7). III.2 hat einen deutlich größeren Umfang, der durch die sehr unterschiedlichen Aspekte bedingt ist, die in nichtchronologischer Reihenfolge untersucht werden: In III.2.1 wird den Aufgaben der Mitglieder der *JUS* nachgegangen. Ausgehend von den durch die Besatzer definierten Aufgabenbereichen wird die Tätigkeit der *JUS* – auch für die Phase der zwischenzeitlichen Schließung – dargestellt. Die Schwerpunkte liegen auf der Tätigkeit Michal Weicherts und seiner Familie sowie die Belieferung der Betriebe und Zwangsarbeitslager durch die *JUS* (III.2.2). Ebenso wird die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren erforscht (III.2.3) sowie die mit den Besatzern (III.2.4). In diesem Kapitel wird der Geld- und Warentransfer nicht in einem eigenen Unterkapitel oder Abschnitt betrachtet werden. Die Untersuchung dazu wird in den Abschnitten zur Tätigkeit der *JUS* (III.2.1), in dem zur Belieferung der Zwangsarbeitslager (III.2.2) sowie dem Unterkapitel zur Rolle der ausländischen Organisationen erfolgen (III.3). In III.3 werden die ausländischen Hilfsorganisationen analysiert werden. III.3.1 widmet sich dabei alle Organisationen, die zu dieser Zeit noch Lieferungen sandten. Eine Fallstudie wird erneut zur Tätigkeit der *Hafþ* durchgeführt (III.3.2). Zudem werden auch Gerüchte über die *JUS* und Weichert im In- und Ausland sowie deren Auswirkung auf die Tätigkeit der *JUS* analysiert (III.3.3). Abgeschlossen wird das Kapitel mit der Betrachtung des Endes der Organisation und der Einstellung der Hilfstätigkeit (III.4). Diese Studie erfolgt auf der Ebene der Akteure der *JUS*, da sich die Entwicklungen nur noch bedingt in der offiziellen Korrespondenz nachvollziehen lassen. In III.4.1 wird die Situation der Familie Weichert ab dem Sommer 1944 in den Blick genommen und im Anschluss die Fortführung der Hilfstätigkeit nach der Deportation und dem Untertauchen der Mitglieder der *JUS* untersucht (III.4.2). Der Unterabschnitt wird durch einen Ausblick auf die unmittelbare Nachkriegszeit abgeschlossen (III.4.3).

### III.1 Die *Jüdische Unterstützungsstelle* – Umbenennung oder Neuanfang?

Die Tätigkeiten des Präsidiums der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*, der Hilfskomitees in den Städten und Kreisen sowie der Delegaturen in den Ortschaften waren von einem Auf und Ab geprägt, die Mitarbeiter ständig vom Tod und die Organisation als Ganzes von der Schließung bedroht, sodann vor die Aufgabe einer Weiterarbeit oder Neugründung gestellt. Nimmt man die Akten der Organisation im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes<sup>2190</sup> sowie die Schriften Weicherts<sup>2191</sup> in Augenschein, so kann man erkennen, dass es sich bei den Quellen in den Beständen um solche handelt, die von zwei Organisationen stammen und auch Weichert beschrieb zwei Organisationen: die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* und die *Jüdische Unterstützungsstelle*. Wann die jeweiligen Organisationen wirkten, was die Gründe für die beiden unterschiedlichen Namen sowie die Kontinuitäten und Differenzen in der Organisation und den Aufgabenbereichen der Organisation(en) waren, wird in diesem Unterkapitel analysiert werden. Die Frage dabei ist, ob es sich beim „Übergang“ der *JSS* zur *JUS* um eine Umbenennung der Organisation oder um einen Neuanfang handelte. In diesem Unterkapitel wird sich zunächst der Schließung der *JSS* gewidmet. Ferner wird der Blick auf den ihr übergeordneten *HHa* gelenkt und untersucht, ob sich nach der Schließung der jüdischen Organisation in der Dachorganisation ebenfalls Änderungen ergaben.<sup>2192</sup> Daran anschließend werden das Zustandekommen der *JUS* sowie die Mitteilung der Änderungen an die Hilfskomitees und Delegaturen dargestellt und damit verbunden, welche Änderungen für die regionalen und lokalen Abordnungen resultierten. Da Weichert in seinen „Selbstzeugnissen“ von einer Schließung und Wiedereröffnung der *JUS* schrieb,<sup>2193</sup> wird Aspekt im Kontext der Umgestaltung der Gesamtorganisation untersucht werden. Den letzten Abschnitt des ersten Unterkapitels bildet die Analyse der Ziele, die die NS mit der Schließung der *JSS* und vor allem der Gründung der *JUS* und Tätigkeit verfolgten. Forschungen zu diesem Themengebiet liegen nicht vor. Vielmehr muss konstatiert werden, dass in der bisherigen Forschung bei den marginalen Nennungen der Organisation(en) sehr undifferenziert entweder von der *JSS* oder der *JUS* geschrieben wurde und diese – sofern denn beide genannt werden – allenfalls eine Umbenennung erwähnt wurde, ohne die Hintergründe genauer beleuchtet zu haben.<sup>2194</sup> Die Quellendichte zu dem Zeitabschnitt in der die Organisation als *JUS* bestand, ist im Vergleich zur *JSS* deutlich geringer. So liegen einige Tätigkeitsberichte der *JUS*

---

<sup>2190</sup> AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>2191</sup> Hier sind vor allem WEICHERT: Aleinhilf; DERS.: Milchome sowie AŽIH, 302/25 zu nennen.

<sup>2192</sup> Für den *PHA* sowie den *UHA* soll dies aufgrund des Zuschnitts der vorliegenden Studie nicht genauer beleuchtet werden.

<sup>2193</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 302/25, Bd. 2, Bl. 67 und Bl. 165; WEICHERT: Aleinhilf, S. 54 und S. 58; DERS.: Milchome, S. 298 und S. 312 sowie Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2194</sup> Vgl. dazu die Einleitung.

vor.<sup>2195</sup> In einer Darstellung aus dem Jahr 1946 gab Weichert über diese Berichte an: „*In der Zeit von Mai 1943 bis Ende Juni 1944 brachten wir in Vierteljahresberichten 5 kurze Berichte zur Versendung, die allerdings nur ueber einen Teil unserer offiziellen Taetigkeit Auskunft geben, und deren Angaben wir nun aufrecht erhalten.*“<sup>2196</sup> Ein Wirtschaftsprüfer, der von den Besatzern beauftragt worden war, bewertete diese zeitgenössisch folgendermaßen: „*Sie geben ein ganz aufschlussreiches und im Zuge der Prüfung als zutreffend festgestelltes Bild der Arbeiten der JUS.*“<sup>2197</sup> Diese Einschätzung stammt aus einem Kassenprüfungsbericht, der zur Umgestaltung der Organisation und zur Tätigkeit der JUS eine sehr bedeutende Quelle darstellt, insbesondere, da als Anlage zu dem eigentlichen Bericht Tätigkeitsberichte der JUS und weiteres Material beigelegt sind. Ebenfalls als Anlage zu dem Kassenprüfbericht finden sich Bestandslisten der an die Zwangsarbeitslager und Betriebe zu verteilenden Medikamente und Waren.<sup>2198</sup> Diese Dokumente sind wie die Berichte der JUS auch an anderer Stelle überliefert.<sup>2199</sup> Nicht an anderer Stelle überliefert, aber ebenfalls als Anlage zu dem Prüfbericht vorhanden, findet sich zudem ein Verzeichnis der Zuwendungen an die einzelnen Lager, das bis zum 15. Februar 1944 reicht.<sup>2200</sup> Dieses Verzeichnis wird vor allem in III.2 von Relevanz sein. Neben den beigelegten Anlagen stellt der Prüfbericht selbst eine wichtige Quelle für die sonst nicht sehr dicht belegte Zeit der JUS dar, besonders weil er einen wichtigen Außenblick auf die Einrichtung bietet, der an kaum einer anderen Stelle in den Quellen zu finden ist, da zu der Zeit, in der die Organisation als JUS existierte, kaum Korrespondenz mit den Besatzern stattfand. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ gab den Bericht am 4. Januar 1944 in Auftrag und erweiterte die Aufgabe vier Tage später darum auf die in den Monatsberichten gemachten Zahlenangaben, auf die Preise der beschafften Artikel, die Zuwendungen an die Bedarfsstellen in den Zwangsarbeitslagern sowie die aufgenommenen Kredite und ihre Tilgungsmodalitäten zu achten. Der 15. Februar 1944 wurde als „*Zeitpunkt der örtlichen Überprüfung*“ genannt, woraus sich schließen lässt, dass der Wirtschaftsprüfer direkt in den Räumlichkeiten der JUS gearbeitet haben muss.<sup>2201</sup> In diesem Abschnitt wird ebenso auf die Selbstzeugnisse Weicherts für die Analyse – gerade der „Lücken“ zwischen den einzelnen überlieferten Dokumenten –, die nicht durch andere Quellen belegt sind, zurückgegriffen werden.<sup>2202</sup> Neben diesen eher die Tätigkeit dokumentierenden Quellen gibt es in einem Nachlass Weicherts, der in der „National Library“ in Jerusalem eingesehen werden kann, einige Akten, in

<sup>2195</sup> Vgl. dazu v.a. AŽIH, 211 und AŽIH, 211 aneks.

<sup>2196</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2197</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers Dr.-Ing. Bruno Siebert, Krakau, über die bei der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement [...] vorgenommene generelle Überprüfung des Kassenwesens und der allgemeinen Finanzgebarung und Wirtschaftsführung, 16.03.1944, BAB, R 52 III/51, Bl. 18. Im Folgenden: Bericht des Wirtschaftsprüfers.

<sup>2198</sup> Ebd.

<sup>2199</sup> Vgl. dazu etwa in AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>2200</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers.

<sup>2201</sup> Ebd., Bl. 3.

<sup>2202</sup> WEICHERT: Milchome; DERS.: Nochn Churbn sowie DERS.: Aleinhilf. Ebenso AŽIH, 302/25.

denen sich Dokumente aus der alltäglichen Tätigkeit der *JUS* finden lassen. Auch diese wurden für dieses und das sich anschließende Unterkapitel ausgewertet.<sup>2203</sup>

### III.1.1 Die Anordnung zur Schließung der *JSS*

Die Mitglieder der *JSS* befürchteten im Laufe des Bestehens der Einrichtung mehrmals, dass die Zivilverwaltung ihre Einrichtung schließen wolle. Die Gerüchte verhärteten sich zum Zeitpunkt des Kriegseintritts der USA. Gerüchte über eine Schließung der jüdischen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtung gab es schon vor der tatsächlich erfolgten Anordnung zur Einstellung der Tätigkeit. Die Mitglieder der *JSS* seien sich trotz der Geschäftsordnung und der Statuten, die die Rechtmäßigkeit der *JSS* ausmachten, darüber bewusst gewesen, so Weichert, wie gerade die politischen Stellen der NS zu der jüdischen Organisation gestanden hätten – jedoch habe es kein einheitliches Bild für alle Städte und Orte im Generalgouvernement gegeben.<sup>2204</sup> Nach dem Ausbruch des „*deutsch-sonjetischen Krieges*“ habe die Regierung ein erstes Mal über die Schließung der *JSS* nachgedacht und als sich die deutsch-US-amerikanischen Beziehungen verschlechterten habe sich die Lage im Laufe des Jahres 1941 verschärft. Im September 1941 sei Weichert wegen eines „*dringenden Problems*“ zum Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, zu dieser Zeit Lothar Weirauch, gerufen worden. Weichert selbst sei damals unterwegs gewesen und habe unterschiedliche Hilfskomitees und Delegaturen der *JSS* besucht. Chaim Hilfstein und Józef Jaszuński seien deshalb zu Weirauch gegangen. Die Aufsichtsbehörde habe ihnen mitgeteilt, dass bei einem Ausbruch des Krieges mit den USA mit einer „Liquidierung“ der *JSS* gerechnet werden müsse – man solle deshalb bei Zeiten gewarnt sein.<sup>2205</sup> Nach Weicherts Rückkehr habe man beschlossen, die Tätigkeit nicht aufzugeben und erst wenn die Regierung die Organisation schließe weiter darüber nachdenken zu wollen.<sup>2206</sup> Nach dem Ausbruch des „*deutsch-amerikanischen Krieges*“, so Weichert, sei Ende Dezember 1941 die Schließung der *JSS* anders als befürchtet nicht erfolgt, lediglich das *JDC* – als US-amerikanische Organisation – habe seine Tätigkeit einstellen müssen. Die *JSS* habe sich bemüht, die Aufgaben und Mittel des *JDC* zu übernehmen. Erst am 10. März 1942 sei die schriftliche Bestätigung der Aufsichtsbehörde eingegangen, dass die Tätigkeit des *JDC* und die für ihn aus dem Ausland kommenden und für die jüdische Bevölkerung bestimmten Sendungen in die Hand der *JSS* übergehen.<sup>2207</sup> Die Übernahme etwaiger Finanzmittel des *JDC* durch die *JSS* ist nicht belegt. Lediglich im März 1942 korrespondierte man mit der Zivilverwaltung unter anderem über die Übernahme der Büroräume und der Korrespondenz der US-amerikanischen Organisation,

<sup>2203</sup> JNL, Arc.Ms. Var. 371 (L).

<sup>2204</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 49.

<sup>2205</sup> Ebd.

<sup>2206</sup> Vgl. ebd., S. 49f.

<sup>2207</sup> Vgl. ebd., S. 50. Der Wortlaut dieser Bescheinigung war: „Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ist mit der Weiterführung der Aufgaben des American Joint Distribution Committee beauftragt und berechtigt, die für den Joint bestimmten Sendungen in Empfang zu nehmen.“ Bescheinigung, 10.03.1942, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 2.

die bereits in der Vorkriegszeit ein ständiges Büro in Polen hatte.<sup>2208</sup> Die Entgegennahme der für das JDC ankommenden Sendungen ist ebenso belegt. So wurde der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* im April 1942 mitgeteilt, dass die JSS durch die Aufsichtsbehörde bereits Ende 1941 ermächtigt worden sei die Sendungen, die dem JDC zugedacht waren, entgegenzunehmen.<sup>2209</sup>

Zu, wohl als kleiner zu bezeichnenden, Schwierigkeiten kam es im Mai 1942, als die dortige SS ein Problem in der JSS und deren Bezeichnung sah. Nach langen Diskussionen wurde allerdings lediglich die Abkürzung von „J.S.S.“ auf „J.S.“ geändert.<sup>2210</sup> Ob sich durch diese Diskussion und die offen zu Tage tretende Unstimmigkeit zwischen der Zivilverwaltung und anderen Besatzungsorganen eine weitere Verschärfung der Situation ankündigte, kann nicht mit Sicherheit gesagt, sondern allenfalls als Mutmaßung geäußert werden.

Auch in einem in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfassten Bericht thematisiert Weichert die sich ändernde Stimmung: *„Der Ausbruch des Krieges in der Sowjetunion im Juni 1941 und mit den U.S.A. gegen Ende dieses Jahres hatten einen Umschwung der Stimmungen zur Folge. Praktische Auswirkungen waren vorderhand nicht zu merken. Ein sichtliche Änderung trat erst Mitte 1942 ein.“*<sup>2211</sup> Die bereits zuvor gehegten Befürchtungen bestätigten sich im Juli 1942. Michal Weichert erhielt als Vorsitzender der JSS von der Regierung die Mitteilung, dass die Organisation mit sofortiger Wirkung aufzulösen sei. Ein Hoffnungsschimmer dürfte dabei gewesen sein, dass man in diesem Schreiben lediglich dem Präsidium die Anordnungen gab die Auslösung vorzubereiten. Dabei sollten die Hilfskomitees noch nicht darüber informiert werden und weitere Anordnungen abgewartet werden.<sup>2212</sup> Das bedeutet, dass die Komitees und Delegaturen zu dieser Zeit ihre Arbeit weiterführen konnten, wohl noch mehr oder weniger unbehelligt und ohne Kenntnis der bevorstehenden Auflösung. Allerdings schritt die Zerstörung des jüdischen Lebens voran. Viele Ghettos waren bereits aufgelöst und die Menschen in andere Städte oder in Lager deportiert worden.<sup>2213</sup> So gab es nicht mehr viele Hilfskomitees und Delegaturen, die davon betroffen waren, dass die ohnehin nur sehr mäßig zugewiesenen Mittel aus den Einwohnerabgaben vermutlich ab diesem Zeitpunkt weiter absanken. Bereits

---

<sup>2208</sup> JSS an BuF betr. „*Stampiglien und Durchschläge der Korrespondenz des Joint*“, 13.03.1942, AŽIH, 211 aneks/73, Bl. 224.

<sup>2209</sup> Abschrift JSS, Abt. Versorgung an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „*Ueberweisung von Zuwendungen*“, 04.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 49.

<sup>2210</sup> WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 50.

<sup>2211</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2212</sup> Kopie BuF an JSS betr. „*Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 29.07.1942, AŽIH, 211 aneks/278. Weichert war der direkte Adressat des Schreibens. Das Original des Schreibens findet sich in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 5. „*Ich teile Ihnen mit, dass die Jüdische Soziale Selbsthilfe mit sofortiger Wirkung aufzulösen ist. Entsprechende Vorbereitungen sind für das Präsidium sofort einzuleiten. Weitere allgemeine Anordnungen für die Liquidation sind abzuwarten. Diesbezügliche Mitteilungen an die Hilfskomitees sind erst nach Rücksprache mit dem Unterzeichneten [Türk, Anm. A.S.] herauszugeben.*“

<sup>2213</sup> In der Yad Vashem Enzyklopädie der Ghettos während des Holocaust werden für das Generalgouvernement 310 Ghettos geführt. Mindestens 60 dieser Ghettos waren zum Zeitpunkt als die JSS geschlossen wurde bereits „liquidiert“. Vgl. GUY MIRON (Hg.): *Die Yad Vashem Enzyklopädie der Ghettos während des Holocaust*, Göttingen/Jerusalem 2014.



im Laufe des Juli 1942 waren die Gouverneure informiert worden, dass der Runderlass vom 31. Januar 1941, in dem auf die Auszahlung der Einwohnerabgabe zugunsten der jüdischen Fürsorge und Wohlfahrt hinwiesen worden ist, außer Kraft gesetzt wurde.<sup>2214</sup>

Wenn man nur die Anordnung der Besatzer zur Auflösung des Präsidiums der JSS in Betracht zieht, so scheint es, dass der Aufsichtsbehörde die Schließung in dieser Form mit den gemachten Auflagen – etwa, dass die Abordnungen nicht über die Schließung in Kenntnis gesetzt werden sollten – von der deutschen Regierung auferlegt worden ist.<sup>2215</sup> Untersucht man die „Selbstzeugnisse“ Weicherts auf diesen Aspekt hin, wandelt sich das Bild der Schließung etwas und es lässt sich eine Beteiligung der Funktionäre der JSS an dem Diskussionsprozess, der zu dem genannten Schreiben führte, erkennen. Es ergibt sich das Bild, dass sich die Lage durch ein Dekret Hans Franks zugespitzt haben muss, das er am 3. Juni 1942 herausgab und in dem unter anderem festgelegt wurde, dass alle die Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement betreffenden Angelegenheiten in die Hand der SS und Polizei übergehen sollten. In Franks Dekret über das Sicherheitswesen im Generalgouvernement wurde als Punkt 18 das „*Jüdische Problem*“ abgehandelt, so Weichert.<sup>2216</sup> Tatsächlich erging am 3. Juni 1942 der „Erlass über die Überweisung von Dienstgeschäften auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen“, der am 23. Juni veröffentlicht wurde.<sup>2217</sup> Darin wurde unter anderem festgelegt, dass „[d]ie in den Anlagen A und B aufgeführten Sachgebiete der Polizeiverwaltung und des Polizeirechts auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen übergeben.“<sup>2218</sup> In der Anlage B zu dem „Aufgaben der Sicherheitspolizei“ sind unter Punkt 18 tatsächlich „Judenangelegenheiten“ aufgeführt.<sup>2219</sup> Bogdan Musial führte in seiner Studie über die Zivilverwaltung am Beispiel des Distrikts Lublin exemplarisch aus, wie die Übergabe der „Judenangelegenheiten“ von der Zivilverwaltung an die polizeilichen Stellen im Jahr 1942 abgelaufen ist. Auch er nennt den Erlass Hans Franks. Dieser sei zur Überweisung von Dienstgeschäften an den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, den HSSPF, ergangen. Darin habe Frank unter anderem erklärt, dass die Judenangelegenheiten zum Sachgebiet der Sicherheitspolizei werden. Frank habe diese Anordnung keinesfalls aus freien Stücken erlassen, vielmehr sei er von Himmler gezwungen worden. Ab dem 3. Juni 1942 datiere

<sup>2214</sup> Rundschreiben der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abteilung Kommunalverwaltung an die Gouverneure der Distrikte betr. „*Einwohnerabgabe, Verwendung des Aufkommens*“, 18.07.1942, AAN, 540/1, Bl. 84. Weiter hieß es in dem Schreiben dann allerdings: „*Ich stelle jedoch den Kreis- und Stadthauptleuten anheim, ob sie nach den in ihrem Amtsbereich vorliegenden Verhältnissen und Bedürfnissen den Jüdischen Hilfskomitees Mittel aus dem Einkommen der Einwohnerabgabe zur Verfügung stellen oder nicht. Feste, etwa den Steuerleistungen der Juden entsprechende Zuwendungen kommen jedoch künftig nicht mehr in Frage. Ich bitte, hiervon die Kreis- und Stadthauptleute umgehend in Kenntnis zu setzen.*“

<sup>2215</sup> Kopie BuF an JSS betr. „*Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 29.07.1942, AZIH, 211 aneks/278. Weichert ist der direkte Adressat des Schreibens. Das Original des Schreibens findet sich in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 5.

<sup>2216</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 51.

<sup>2217</sup> Vgl. „Erlass über die Überweisung von Dienstgeschäften auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen“, in: VBlGG 1942, S. 321f.

<sup>2218</sup> Ebd.

<sup>2219</sup> Anlage B „Sachgebiet der Sicherheitspolizei“ zum „Erlass über die Überweisung von Dienstgeschäften auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen“, in: ebd., S. 324.

man in der einschlägigen Fachliteratur das Ende der Zuständigkeit der Zivilverwaltung für die „Judenangelegenheiten“. Dies sei allerdings eine Vereinfachung, so Musial. Der Erlass sanktionierte lediglich eine Entwicklung, die zwar bereits seit Monaten in Gang gewesen sei, jedoch noch nicht abgeschlossen worden war und sich teilweise bis zum Herbst 1942 und darüber hinaus hinzog.<sup>2220</sup> Weichert führte aus, dass die SS, sich auf das Dekret vom 3. Juni 1942 stützend, gefordert habe, dass die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die JSS schließen solle. Als er davon Kenntnis erhalten habe, habe er sich gleich mit den Präsidiumsmitgliedern in Krakau, Warschau, Lublin und Lemberg in Verbindung gesetzt. Alle hätten erklärt, dass man die Tätigkeit der JSS nicht aufgeben dürfe. Auf Grundlage dieses Beschlusses habe man mit dem Vorsitzenden der Aufsichtsbehörde und dem Beauftragten des DRK die Bitte, diese Bemühungen zu unterstützen, besprochen. Nach Weicherts Eindruck wollte die Zivilverwaltung die Kompetenz nicht an die SS abgeben – aus unterschiedlichen Gründen: zum einen aus Prestigegründen, zum anderen, weil man den Abbau von Personal befürchtete und damit zusammenhängend, das die Besatzer befürchteten, dass sie selbst zur Wehrmacht eingezogen werden würden.<sup>2221</sup> Weichert schrieb weiterhin, dass die SS und die Polizei daraufhin – aufgrund des Passus, dass alle „Angelegenheiten“ die jüdische Bevölkerung in ihre Hand übergegangen seien – gefordert hätten, die JSS zu schließen. Weichert berichtete in „Milchome“ im Gegensatz zu „Jidische Aleinhilf“, dass sich die Aufsichtsbehörde daraufhin direkt bei ihm gemeldet habe und er dies den übrigen Präsidiumsmitgliedern mitgeteilt habe. Die Mitglieder der JSS hätten beschlossen, dass man die Organisation mit aller Kraft am Leben erhalten wolle

---

<sup>2220</sup> MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 276–278. Weiter führte Musial für das Distrikt Lublin aus: „Bereits die Entscheidung, die ‚Endlösung‘ durchzuführen, bedeutete das Ende einer selbstständigen antijüdischen Politik im GG. Die ‚Endlösung‘ hatte zum großen Teil auf dem Gebiet des GG stattzufinden, und die ‚Aktion Reinhardt‘ war ab Dezember 1941 als ein wesentlicher Bestandteil der ‚Endlösung‘ geplant. Das Gebiet des GGs und die dort lebende jüdische Bevölkerung gewannen nun wieder ‚strategische‘ Bedeutung für die amvisierte Lösung der ‚Judenfrage‘ im ganzen Machtbereich des Reiches, ähnlich wie im Herbst und Winter 1939/40. Ein so gewaltiges und breit angelegtes Verbrechen wie die ‚Endlösung‘ konnte nur zentral gesteuert werden, was besonders deutlich im Verlauf der Wannsee-Konferenz zum Ausdruck kam. Während dieser Konferenz akzeptierte Josef Bühler als Vertreter des Generalgouvernements, ‚dass die Lösung der Judenfrage federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD [Heydrich] liegt und [versprach, dass] seine Arbeiten durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würden.‘ Dies bedeutete das Ende der selbstständigen antijüdischen Politik im GG. Es vergingen aber noch mehrere Monate bis die Zivilverwaltung alle ihre Kompetenzen für die Judenangelegenheiten an den SS- und Polizeiführer abgegeben hatte. Dieser Prozess verlief zeitlich in verschiedenen Regionen des GGs sehr unterschiedlich. Lassen sich hier bestimmte Eckdaten und Ereignisse festhalten, die diesen Prozess zu veranschaulichen erleichtern. Dazu gehörte zweifelsohne die Räumung des Ghettos Lublin, die am 16.03.1942 begann und bis zum 20. April 1942 andauerte. Lublin war die erste Großstadt im GG, in der das Ghetto gänzlich aufgelöst wurde und wo zugleich die Zivilverwaltung ihre Zuständigkeit für Judenangelegenheiten auch in der Praxis verlor. Vom 16. März 1942 an bestimmte die Stadt Lublin des SSPF Globocnik selbstständig in diesem Bereich, ohne dass hierfür ein offizieller Erlass ergangen wäre. Die Distriktverwaltung bemühte sich zwar anfangs, den Schein zu wahren, sie bestimmte weiterhin die Judenangelegenheiten in der Stadt. Als jedoch die gänzliche Auflösung des Ghettos Lublin kurz vor dem Abschluss stand, sanktionierte der Gouverneur Zörner den Zustand mit einer Anordnung vom 16. April 1942: Darin hob Zörner seine früheren Erlasse für die Stadt Lublin auf und erklärte zugleich den KdS für die Ghettoisierung (Einrichtung des neuen Ghettos von Majdan Tatarski) und für den jüdischen Arbeitseinsatz. In den Kreisen des Distrikts bedeutete dagegen der Auftakt der ‚Aktion Reinhardt‘ keinesfalls, im Gegensatz zu Lublin, den totalen Verlust der Kompetenzen für die Judenangelegenheiten seitens der Zivilverwaltung. Eine Ausnahme dürften hier die ‚Durchgangsgettos‘ Piaski und Izbice darstellen, die Orte, wo die ausländischen ‚Judentransporte‘ eintrafen. In anderen Ortschaften behielten, wie es scheint, die regionalen und zivilen Behörden ihre Kompetenzen, bis die einzelnen jüdischen Gemeinden im Herbst 1942 gänzlich aufgelöst wurden.“

<sup>2221</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 51. Ähnlich auch in DERS.: Milchome, S. 269.

und diesen Beschluss habe man der Regierung, dem Beauftragten des DRK sowie dem *HH4* übergeben.<sup>2222</sup> Es ist augenfällig, dass mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und dem *HH4* ganz unterschiedliche Diskussionspartner angesprochen wurden, die jeweils ganz andere Möglichkeiten hatten, die Arbeit der *JSS* aufrecht zu erhalten.

Aufgrund der Quellenlage kann nicht abschließend geklärt werden, wann das Präsidium der *JSS* von dem Dekret Franks Kenntnis erhielt und welche konkreten Handlungen daraufhin vollzogen wurden. Sicher ist nur, dass es in der folgenden Zeit Gespräche mit der Zivilverwaltung über den Fortbestand der *JSS* gab. Diese Diskussionen werden in den Schriften Weicherts genauer behandelt. So schrieb er, dass man sich aus den Debatten mit der Zivilverwaltung Zugeständnisse aufgrund der zuvor angeführten Gründe, also der Angst der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ Prestige zu verlieren und dem vermuteten Personalabbau der Abteilung – verbunden mit dem sich anschließenden Kriegsdienst für die Mitarbeiter –, erhofft habe. Die Forderung des Präsidiums der *JSS* war deshalb, dass die Regierung die *JSS* nicht schließen dürfe, da nur sie allein die Organisation auflösen könnten. Zudem wurde gefordert die *JSS* nicht auf einmal zu schließen, sondern schrittweise und zunächst nur die Krakauer Zentrale. Zudem habe man gefordert den regionalen und lokalen Abteilungen nicht direkt über die Schließung berichten zu müssen. Dies alles sei in dem Schreiben von der Aufsichtsbehörde vom 29. Juli 1942 an den Präsidenten der *JSS* festgehalten worden.<sup>2223</sup> Weichert habe vorher gebeten, dass die Hilfstätigkeit der *JSS* weitergehen könne. In dieser Zeit seien immer wieder Besatzer zur *JSS* gekommen, die sich für das Haus oder für die Möbel interessiert hätten – so der Stadthauptmann von Krakau oder der Leiter der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“. Die Besatzer hätten ebenso Möbel durch die Möbelbeschaffungsstelle des Stadthauptmannes abtransportiert. Darüber habe die *JSS* sich in einem Schreiben an Aufsichtsbehörde am 1. Juli 1942 beklagt. Man habe das Haus in der Józefińskastraße 18 verlassen müssen und dann nur drei kleine Zimmer in der Józefińskastraße 11 zur Verfügung gehabt, wo die Präsidiumsmitglieder wohnten.<sup>2224</sup> In seinen Aufzeichnungen, die er 1944 in seinem Versteck anfertigte, hob Weichert hervor, dass man die Anordnung zur Aufrechterhaltung der kleineren Abteilungen erhalten habe. Die Hilfstätigkeit sei deshalb nicht aufgegeben worden: „*Wprost przeciwnie [Ganz im Gegenteil]*“.<sup>2225</sup> Die Aufrechterhaltung der Hilfstätigkeit thematisierte er auch in den anderen Schriften. So führte Weichert aus, dass man Korrespondenz mit den regionalen und lokalen Abteilungen geführt habe. Die Hilfskomitees und Delegaturen hätten weitergearbeitet und man habe sich bemüht, die Arbeit der *JSS* aufrechtzuerhalten.<sup>2226</sup> Allerdings gibt es Hinweise darauf,

<sup>2222</sup> Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 269.

<sup>2223</sup> Vgl. DERS.: *Aleinhilf*, S. 51f.

<sup>2224</sup> Vgl. ebd., S. 52.

<sup>2225</sup> *AZIH*, 302/25, Bd. 2, Bl. 52.

<sup>2226</sup> Vgl. Bericht *JSS/JUS* 1946.

dass Besitzer die Mittel der Hilfskomitees und Delegaturen bereits ab Sommer kürzten: „*Ab Juli 1942 erhalten Jüdische Hilfskomitees keine staatlichen Unterstützungsgelder.*“<sup>2227</sup> Diese Weisung erfolgte bereits einen Monat vor der Anordnung zur Schließung des Präsidiums der JSS. Sicherlich ist der zeitliche Zusammenhang kein Zufall. Entsprechend dem Schreiben an das Präsidium der JSS gab es keine Mitteilung an die Hilfskomitees und Delegaturen über die Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS. Diese Mitteilung erfolgte, soweit ersichtlich, erst bei der Eröffnung der JUS.<sup>2228</sup> Die Zivilverwaltung unterrichtete man allerdings über die Maßnahmen, die die JSS angeblich im Zuge der „Liquidierung“ des Präsidiums getroffen habe. Das Präsidium schrieb an die Regierung, dass man mit der Auflösung der Zentrale der JSS begonnen habe.<sup>2229</sup> Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man an dieser Stelle das Werk Weicherts zur Organisation analysiert. Er erwähnt dort das Schreiben, das man an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ gesandt habe. Unter Druck der SS habe die Abteilung in einem Brief vom 13. August 1942 angefragt, was man in Bezug auf die Auflösung der JSS unternommen habe. Die Verantwortlichen hätten der Zivilverwaltung dann die Umgestaltung des Präsidiums sowie die Auflösung einiger Abteilungen mitgeteilt. Man habe die anfallenden Arbeiten in die noch bestehenden Abteilungen überführt, dies aber nicht angegeben.<sup>2230</sup> Ein weiterer Lichtblick – neben dem zumindest offiziellen Weiterbestehen der Hilfskomitees und Delegaturen – war für die JSS wohl, dass die Aufsichtsbehörde dem Präsidium am 18. September 1942 mitteilte, „*dass die aus dem Ausland eingehenden Unterstützungsbeträge für die bergesiedelten Juden bis auf weiteres ausgezahlt werden können.*“<sup>2231</sup> Dies ist ein wichtiger Aspekt. Den Verantwortlichen der JSS war die folgend zitierte interne Korrespondenz der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ nicht bekannt. Allerdings bedeutete diese – wenn die Akteure der JSS überhaupt

<sup>2227</sup> Abschrift Telegramm Chef des Distrikts Krakau, Abteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge an Kreishauptmann Krakau, 29.06.1942, AŽIH, 211 aneks/278. Bei diesem Schreiben ist nicht klar, ob der Inhalt den Verantwortlichen der JSS zur Zeit ihres Bestehens bekannt war. Das Schriftstück findet sich in einer Akte mit Dokumenten, von denen Weichert erst in der Nachkriegszeit Kenntnis erlangte.

<sup>2228</sup> Vgl. dazu etwa erstes Rundschreiben der JUS, ohne Datum, AŽIH, 211/708, Bl. 49f. Auf den Inhalt und die Reichweite des Schreibens ist in III.1.4 genauer einzugehen.

<sup>2229</sup> Abschrift JSS, Abteilung Allgemeines u. Organisation an BuF betr. „*Auflösung des Präsidiums*“, 18.08.1942, AŽIH, 211 aneks/88, Bl. 604f. Abschrift auch vorhanden in BJ, 199/57. „*Mit Bezugnahme auf das dortamtliche Schreiben vom 13. ds. [...], das uns am 17. ds. zugestellt wurde, gestatten wir uns mitzuteilen, dass wir folgende Massnahmen zur Auflösung des Präsidiums durchgeführt bzw. eingeleitet haben. 1. Die Tätigkeit der Abteilung ‚Allgemeines und Organisation‘ haben wir erheblich eingeschränkt. Insbesondere haben wir nach Erhalt des Schreibens vom 29. Juli l.J. keine neue [sic!] Komitees und Delegaturen errichtet. 2. Von der Abteilung III ‚Versorgung‘ wurden die Referate 4 ‚Rechtshilfe‘ und 5 ‚Ausländische Verwandtenhilfe‘ liquidiert. 3. Von der Abteilung IV ‚Arbeitshilfe‘ wurde das Referat 2 ‚Berufliche Umschichtung und Bildung‘ liquidiert. 4. Die Abteilung V ‚Wirtschaftshilfe‘, die die Referate ‚Wirtschaftshilfe‘ und ‚Zinslose Darlehenskasse‘ umfasst, wurde liquidiert. 5. Dasselbe gilt für die Abteilung VI ‚Kinder- und Jugendfürsorge‘, die folgende Referate umfasst: 1. Geschlossene Fürsorge, 2. Säuglingspflege, 3. Offene Fürsorge, 4. Jugendfürsorge. 6. Wir haben einen Teil des Personals die bevorstehende Kündigung des Arbeitsverhältnisses mitgeteilt, damit die Betroffenen sich nach einer anderweitigen Beschäftigung umsehen können. 7. Wir haben die Büroräume des Hauses Józefińska 18 geräumt und das Liquidationsbüro in die bisherige Wohnung des Präsidiums Józefińska 11 T.6 untergebracht. 8. Wir haben unseren Briefwechsel bedeutend eingeschränkt. 9. Wir haben die Auflösung des Präsidiums den in Lublin und Lemberg wohnenden Mitgliedern des Präsidiums mitgeteilt und mit den in Warschau ansässigen Mitgliedern hat der Unterzeichnete in Warschau eine eingehende Besprechung abgehalten.*“

<sup>2230</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 52f. Gleichlautend führte er es auch in seinen Erinnerungen aus. Vgl. DERS.: Milchome, S. 270.

<sup>2231</sup> BuF an Weichert betr. „*Aus dem Ausland einkommende Unterstützungsbeträge für bergesiedelte Juden*“, 18.09.1942, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 54.

noch eine Hoffnung hatten Mittel aus den früheren Vereinsvermögen zu erhalten – wohl das endgültige Aus an diese Mittel zu gelangen. Wenige Tage nachdem das Präsidium der JSS durch die Aufsichtsbehörde die Anordnung zur Auflösung erhalten hatte, korrespondierte die Zivilverwaltung intern, dass sich „[a]us dem Sachverhalt der allgemeinen jüdischen Angelegenheiten und des vorliegenden Aktes über Vereinsvermögen“<sup>2232</sup> ergebe, dass das vorhandene jüdische Vereinsvermögen nicht der JSS zugewiesen werde. Zum einen aufgrund einer Vereinbarung der Abteilung „Allgemeine Staatsverwaltung“ und der Hauptabteilung „Finanzen“, zum anderen, da die Entscheidung über die Verwertung von Geldern und Liegenschaften aus jüdischen Vereinsvermögen getroffen werden müsse und dabei ebenso der BdS und der SD entscheiden müssen.<sup>2233</sup>

Nach der offiziellen Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS, leistete man in der unmittelbaren Zeit danach, in der nicht feststand, wie es mit der Organisation weitergehen würde, Hilfe für die Menschen in den Arbeitslagern.<sup>2234</sup> Die teilweise bereits in diese Lager deportierten Mitglieder der Hilfskomitees traten weiterhin mit dem Präsidium in Kontakt, wenngleich sie mittlerweile selbst interniert waren. So wandte sich ein Mitglied des Hilfskomitees für den Kreis Miechów, das sich im Lager Plaszow<sup>2235</sup> befand, an das Präsidium der JSS. Dafür suchte er das Präsidium persönlich auf – vermutlich während eines Arbeitseinsatzes außerhalb des Lagers – und habe mitgeteilt: *„Einige Tage vor der Aussiedlung der Juden aus Miechow wurde das Konto des J.Hk. fuer den Kreis Miechow in der Kommunalen Sparkasse der Stadt Miechow, welches zurzeit Zl. 1.900.- betrug, von den Behoerden gesperrt. Auch erhielt das J.Hk. einige Tage vor der Aussiedlung von der dortigen Kreishauptmannschaft eine Nahrungsmittelzuteilung, sodass im Magazin des J.Hk. ueber 10 Meter Nahrungsmittel zurueckblieben. Herr Oberlagerfuehrer Pelt teilte unseren Vorsitzenden waehrend seines Besuchs im Arbeitslager Plaszow am 6.ds. mit, dass 1500 Juden aus Miechow nach Plaszow bereits eingetroffen sind. [...] Herr Oberlagerfuehrer Pelz ist in der Lage, mit seinem Wagen sich die Lebensmittel zu holen.“*<sup>2236</sup> Nach der Vorsprache trat das Präsidium der JSS an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ heran und bat zu veranlassen, dass die Lebensmittel in den Magazinen des Hilfskomitees den Juden und Jüdinnen in Plaszow zur Verfügung gestellt und das Geld, das sich auf dem Konto des Komitees befand, an das Präsidium übertragen werden solle.<sup>2237</sup> Neben der Versorgung der Menschen, trat das Präsidium für die Rechte

<sup>2232</sup> Durchschlag BuF an Weirauch betr. „Jüdische Vereinsvermögen“, 31.07.1942, AAN, 111/468, Bl. 154.

<sup>2233</sup> Ebd.

<sup>2234</sup> Vgl. etwa Josef Klug, Bauunternehmung Regensburg an JSS, 24.08.1942, AŽIH, 211/99, Bl. 35 oder auch Ziegelei u. Tonwarenfabrik G.m.b.H. in Wola Duchacka an JSS betr. „Zuweisung der Handapotheke“, 28.09.1942, AŽIH, 211/99, Bl. 37.

<sup>2235</sup> Zu dem Lager Plaszow vgl. etwa RYSZARD KOTARBA: Niemiecki Obóz w Plaszowie 1942–1945, Warszawa/Kraków 2009; ANGELINA AWUTSZEWSKA-ETTRICH: Plaszow – Stammlager, in: WOLFGANG BENZ/BARBARA DISTEL (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 8: Riga, Warschau, Kaunas, Vaivara, Plaszow, Klooga, Chelmo, Belzec, Treblinka, Sobibor 2008, S. 235–287.

<sup>2236</sup> Abschrift JSS, Abt. Allgemeines u. Organisation an BuF betr. „Nahrungsmittel- und Gelddepot des J.Hk. fuer den Kreis Miechow“, 07.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 210.

<sup>2237</sup> Ebd.

der in den Lagern arbeitenden Menschen ein. So ersuchte man beispielsweise die Aufsichtsbehörde, dass aus den Orten, aus denen die Besatzer Juden und Jüdinnen deportiert hatten und ebenso die bestehenden Handwerkerstätten geschlossen hatten und die ehemaligen Arbeiter und Arbeiterinnen in Zwangsarbeitslagern untergebracht hatten, dass den Beschäftigten noch der fällige Lohn ausbezahlt werden solle: *„Wie die Handwerker uns mitteilten, sollen noch Aussenstände der bestellenden Firmen bestehen. Die in den Arbeitslagern untergebrachten wandten sich an uns mit der Anfrage, ob wir nicht bei unserer Aufsichtsbehörde vorstellig werden könnten, dass die erwähnten Aussenstände uns überwiesen und für die in den Lagern befindlichen früheren Arbeiter verwendet werden.“*<sup>2238</sup> Neben den Bedürftigen wandten sich die Betriebe, die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen beschäftigten an die JSS.<sup>2239</sup> In einem in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfassten Bericht hieß es zu der Auflösung der JSS:

*„Auflösung der J.S.S. Die SS, die nunmehr für die ‚Judenangelegenheiten‘ alleinig zuständig wurde, war keineswegs gewillt, das Feld kampflos zu räumen. Es entbrannte ein neuer Kampf zwischen den so manche hohe Unterstützung genießenden Unternehmern und den SS- und Polizeiführern. In dieser Schlacht wurde auch u.a. ein Geschoss gegen die Jüdische Soziale Selbsthilfe abgefeuert. Mit Schreiben vom 29. Juli 1942 teilte die Abteilung BuF. dem Präsidium mit, dass die Jüdische Soziale Selbsthilfe mit sofortiger Wirkung aufzulösen ist. Der Haupthilfsausschuss, die den Polnischen Hauptausschuss, den Ukrainischen Hauptausschuss und die Jüdische Soziale Selbsthilfe verbindende Dachorganisation, wurde ebenfalls aufgelöst. Allerdings erhielt das erwähnte Schreiben von BuF eine Verfügung, dass weitere Anordnungen für die Liquidation abzuwarten sind.“*<sup>2240</sup>

In dem Bericht wird erwähnt, dass im Kontext der Anordnung zur Auflösung der JSS der HHA, der den PHA und den UHA und die JSS als Dachorganisation verband, ebenfalls aufgelöst wurde.<sup>2241</sup> Die Gründe für diese Auflösung werden im folgenden Abschnitt genauer betrachtet, ebenso wird untersucht, ob sich für den PHA Änderungen ergaben.<sup>2242</sup>

<sup>2238</sup> Abschrift JSS, Abt. Versorgung an BuF betr. *„Hilfe für die Arbeitslager“*, 09.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 167.

<sup>2239</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JSS an das Flugzeugwerk in Mielec betr. *„Liebesgaben fuer die Arbeitslager“*, 19.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 6. *„Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens von 16.ds. [...] und müssen mit Bedauern feststellen, dass Sie über unsere Institution falsch unterrichtet worden sind. Wir unterstehen nicht einem Judenrat, sind dagegen eine selbstständige Organisation für die freie Wohlfahrt und Fürsorge an der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement und unterstehen der Aufsicht der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge. Der Verteilungsplan der von uns zur Verteilung gebrachten Liebesgaben muss vorher von der genannten Dienststelle und – wenn es sich um ausländische Liebesgaben handelt – auch vom Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes genehmigt werden. Bei der nächsten Verteilung werden wir die Juden im Arbeitslager in Mielec nach Massgabe der uns zur Verfügung stehenden Liebesgaben berücksichtigen. Was die Zuteilung von Holzsohlenschuhen anbetrifft, haben wir Herrn Ing. Klima dahin informiert, dass wir von der Schuberzeugung in Tarnow ein gewisses Quantum den Juden im Arbeitslager Mielec zur Verfügung stellen werden, wenn die zugeteilten Schuhe von den Judenräten in Tarnow und Debica bezahlt werden. Leider war bisnun die Zentrale für Handwerkslieferungen, die für uns die Schuhe produziert, nicht in der Lage uns die Zahl der bereits erzeugten Schuhe anzugeben. Wir sind daher ausserstande, augenblicklich eine Verteilung vorzunehmen. Sobald uns die Zahl der erzeugten Schuhe bekannt sein wird, werden wir unverzüglich ein gewisses Quantum für Sie reservieren und Ihnen dies telefonisch mitteilen.“*

<sup>2240</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2241</sup> Ebd.

<sup>2242</sup> Der UHA wird in diesem Kapitel, genau wie in Kapitel II, nicht untersucht werden, da bereits festgestellt werden konnte, dass es zwischen der JSS und dem Ausschuss der Ukrainer keine Zusammenarbeit gab.

### III.1.2 Die Schließung des *HHa*

Nicht nur die jüdische Organisation war von der Schließung betroffen, den ihr übergeordneten *Haupthilfsausschuss* schloss die Besatzungsbehörde ebenfalls in diesem Zeitraum, da sie keine Veranlassung mehr darin sah, diesen aufrechtzuerhalten. Durch das Ausscheiden der jüdischen Organisation habe er seine Existenzgrundlage verloren, so hieß es in dem Schreiben, das seine Auflösung besiegelt.<sup>2243</sup> Dies geschah ohne Beachtung dessen, dass sich nach dem Ausscheiden des jüdischen Mitgliedes neben den in der Mehrheit polnischen Mitgliedern auch ein Mitglied des *UHA* dem Gremium angehörte. Bereits zuvor war der *HHa* darüber informiert worden, dass sich das Präsidium der *JSS* in der Phase der Auflösung befand und die Regierung deshalb darauf hinwies, dass „etwaige noch unregelte Dinge“ zwischen den Organisationen umgehend zu erledigen seien.<sup>2244</sup> Aus einer Bilanz des *HHa* geht hervor, dass dieser seine Tätigkeit – zumindest auf dem Papier – im September 1942 einstellte.<sup>2245</sup> Der *PHA* blieb von der Schließung unberührt. Jedoch erklärte Hans Frank diesen im Oktober 1943 für abgesetzt, da sich die Mitglieder des *PHA* mit Ronikier an der Spitze dagegen entscheiden hatten an den Feierlichkeiten für Erntedank teilzunehmen. Grund hierfür war, dass Ronikier gegen die Erschießung von Polen protestierte und seine Teilnahme an den Feierlichkeiten von einer Zusage gegen solch willkürliche polizeiliche Maßnahmen abhängig machte. Daraufhin drohte Frank, dass er sich bei einer Entscheidung gegen die Teilnahme innerhalb einer bestimmten Frist Maßnahmen gegen den *PHA* vorbehalte und auch vor einer Schließung des Ausschusses nicht zurückschrecke. Am folgenden Tag erklärte er den *PHA* mit seinem Leiter für abgesetzt, woraus sich schließen lässt, dass sich die Polen gegen eine Teilnahme entschieden.<sup>2246</sup> Diese Schließung kann jedoch nicht im Kontext der Schließungen der *JSS* und der damit verbundenen Schließung des *HHa* gesehen werden, sondern war vielmehr ein, nicht mit der

<sup>2243</sup> Abschrift BuF an den Vorsitzenden des *HHa* betr. „Auflösung des Haupthilfsausschusses“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23. „Als wesentliche Aufgaben des Haupthilfsausschusses waren s.Zt. festgelegt worden: 1. Die Übernahme und Weiterleitung der durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes bei der Regierung des Generalgouvernements eingehenden ausländischen Liebesgaben. 2. Die Verteilung der von der Regierung gegebenen Subventionen. Infolge der fortschreitenden Kriegereignisse ist die Anlieferung der Liebesgaben mehr und mehr zurückgegangen, sodass mit grösseren Mengen in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen ist. Die Verhältnisse haben weiter die Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe gebracht. Der Haupthilfsausschuss hat damit einen wesentlichen Teil seiner Aufgabengebiete verloren. Es wird daher folgendes angeordnet: 1. Mit Wirkung ab dem 1. September 1942 ist der Haupthilfsausschuss aufzulösen. 2. Der bisherige Vorsitzende bleibt Beauftragter zur Verteilung noch eingehender Liebesgaben, die nicht für eine Volksgruppe allein bestimmt sind. 3. Die Subventionen der Regierung werden dem Polnischen Hauptausschuss und dem Ukrainischen Hauptausschuss ab 1. September 1942 direkt zugestellt. gez. L. Weirauch“.

<sup>2244</sup> Abschrift BuF an *HHa* betr. „Jüdische Soziale Selbsthilfe“, 15.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 22. „Ich teile Ihnen mit, dass die Jüdische Soziale Selbsthilfe die Anweisung auf Auflösung erhalten hat und damit aus dem Haupthilfsausschuss ausscheidet. Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe befindet sich in Liquidation; über die Hilfskomitees stehen noch weitere Entscheidungen aus. Etwaige noch unregelte Dinge zwischen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und dem Haupthilfsausschuss bitte ich umgehend zur Erledigung zu bringen. Im Auftrage /-/ Türk“. Zwei Tage später wurde abermals ein Schreiben der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ mit ähnlichem Inhalt an den Haupthilfsausschuss gesandt. Vgl. Abschrift BuF an den Vorsitzenden des *HHa* betr. „Auflösung des Haupthilfsausschusses“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23.

<sup>2245</sup> Dziennik N.R.O. 1940/41, AAN, 125/857. Wenngleich das Buch mit den Bilanzen auf die Jahre 1940 und 1941 datiert ist, reichen die Bilanzen bis in das Jahr 1942 hinein. Für den September 1942 findet sich dann die „bilans likwidacyjny“ [„Auflösungsbilanz“].

<sup>2246</sup> Dienstagebuch, 23.10.1943, Dienstagebuch [Krakau, Besprechungen, Auszeichnungen, Empfänge und Reden, 58 S.], S. 743f. sowie ebd., 24.10.1943, Dienstagebuch [Krakau, Empfänge, und Besprechungen, 8 S.], S. 744.

Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ abgestimmte alleinige Entscheidung des Generalgouverneurs, die keine lange Gültigkeit hatte. Über die Auflösung der *JSS* und damit des *HHA* informierte der Beauftragte des „Auswärtigen Amtes“ sein Ministerium in Berlin erst sehr viel später – zu einem Zeitpunkt, an dem die *JUS* geschlossen und abermals wiedereröffnet worden war. Er schrieb nach Berlin, dass er aufgrund einer Mitteilung der Zivilverwaltung vom 1. April 1943 berichte, dass der *HHA* nicht mehr bestehe und auch die *JSS* aufgelöst worden sei und bereits die *JUS* bestehe, die ebenfalls zwischenzeitlich aufgelöst worden sei.<sup>2247</sup> Die wechselvolle Geschichte der *JUS*, die in dieser Mitteilung erwähnt wurde, wird Gegenstand der folgenden Abschnitte sein.

### III.1.3 Die Anordnung zur Gründung der *JUS*

Nach der Schließung der *JSS* schritt die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement massiv voran. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Besatzer mindestens 60 Ghettos aufgelöst und die Menschen in andere Ghettos oder Lager deportiert oder direkt erschossen. Von Ende Juli bis Ende Oktober 1942 fanden vermehrt „Liquidierungen“ von Ghettos statt. Mehr als ein Drittel auf dem Gebiet wurden in dieser Zeit aufgelöst.<sup>2248</sup> So umstellten in Opatów zwischen dem 20. und dem 22. Oktober 1942 deutsche und ukrainische Polizisten das Ghetto, trieben die Bewohner und Bewohnerinnen zusammen und deportierten 6.000 Menschen in das Vernichtungslager Treblinka und 500 Menschen in das Zwangsarbeitslager Sandomierz. Wenige Menschen wurden in das Ghetto zurückgebracht, damit sie das Eigentum der Deportierten einsammelten. Nachdem sie ihre Aufgabe verrichtet hatten, wurden sie auf dem jüdischen Friedhof der Stadt ermordet.<sup>2249</sup> In dieser Zeit erhielt Weichert ein Schreiben der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, in dem verfügt wurde, dass eine *JUS* zu gründen sei, deren Leiter er fortan sein sollte:

„Nach Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe wird zur weiteren Ordnung notwendiger jüdischer Fürsorgemassnahmen folgendes verfügt: 1.) Mit sofortiger Wirkung wird die ‚Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement‘ (Centrala pomocy dla żydów w Generalnym Gubernatorstwie) geschaffen. 2.) Zu den Aufgaben der Jüdischen Unterstützungsstelle (J.U.S.) gehören insbesondere a) die Jüdischen Hilfskomitees, soweit ihr Bestand noch notwendig ist, fürsorgemässig zu leiten und zu beaufsichtigen. b) Im Bedarfsfall und auf Grund besonderer Anordnungen Versorgungsmassnahmen für jüdische Arbeitslager durchzuführen. c) Verteilung von Arznei- und Verbandsmitteln. d) Verteilung von Spenden des Auslands. 3.) Mit der Leitung der Jüdischen Unterstützungsstelle wird der Vorsitzende der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, Dr. Weichert in Krakau beauftragt. 4.) Sitz der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement ist Krakau. 5.) Die zur Erfüllung der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement gestellten Aufgaben notwendigen Mittel sind aus der Judenschaft selbst aufzubringen. [...] 6.) Die Jüdische Unterstützungsstelle ist für ihre Tätigkeit der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Regierung des Generalgouvernements gegenüber voll verantwortlich und zu jeglicher Auskunft verpflichtet. Der

<sup>2247</sup> Beauftragter des AA beim Generalgouverneur an AA betr. „*Haupthilfssausschuss für das Generalgouvernement*“, 08.04.1943, PAAA, R 99433.

<sup>2248</sup> Vgl. MIRON: Enzyklopädie. Darin werden 310 Ghettos im Generalgouvernement aufgeführt. In der Phase von Ende Juli 1942 bis zum 20. Oktober 1942 wurden rund 125 dieser Ghettos „liquidiert“.

<sup>2249</sup> Ebd., S. 552f.



gesamte Schriftwechsel ist in Abschrift wöchentlich der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge vorzulegen; ebenso monatlich ein ausführlicher Tätigkeitsbericht. Weitere Bestimmungen über Organisation und Geschäftsführung folgen.“<sup>2250</sup>

Die Aufgaben der *JUS* schränkten die Besatzer im Vergleich zur *JSS* ein, allerdings wird darauf in III.2.1 genauer eingegangen. In dem Schreiben, in dem man die Aufgaben der *JUS* definierte,<sup>2251</sup> genau wie in dem Anschreiben zu dieser Anordnung der Regierung, verwenden die verantwortlichen Besatzer das Wort „geschaffen“ für die Entstehung der *JUS*.<sup>2252</sup> Als Weichert das Schreiben von den Besatzern übergeben wurde, habe ein Punkt gefehlt, der außerordentlich wichtig gewesen sei, so Weichert: Die Übernahme der Habseligkeiten der *JSS* durch die *JUS* war in dem Schreiben nicht definiert worden. Dies sei der wichtigste Punkt gewesen und er habe erreicht, dass dies handschriftlich eingefügt wurde.<sup>2253</sup> Diese Aussage Weicherts deckt sich mit der Überlieferungssituation des Schreibens. An dem Text wurde tatsächlich eine handschriftliche Änderung vorgenommen. Es wurde ein neuer Paragraph eingefügt, in dem stand, dass die Vermögenswerte der *JSS* an die *JUS* übergehen.<sup>2254</sup>

Weichert zeigte in seinen Schriften zudem den Weg von der *JSS* zur *JUS* auf. Die *JSS* habe weiter dafür gekämpft, dass die jüdische Bevölkerung auch nach der offiziellen Schließung weiter den Anteil von 17 Prozent (ab 1942: 16 Prozent) an den „*allgemeinen Dotationen*“ erhalte. Das Präsidium habe zudem weiter darum gerungen, die Tätigkeit offiziell fortsetzen zu können. Dies sei gelungen, da bloß der Name der Organisation in „*Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement*“ geändert worden, alles andere jedoch geblieben sei, wie es gewesen war. Die örtlichen Komitees und das Präsidium konnten weiter arbeiten, so Weichert. Das Präsidium habe seine Hilfstätigkeit sogar auf die Arbeitslager verbreitern können.<sup>2255</sup> In den Erinnerungen führte er überdies zum Namen der neuen Organisation aus, dass es bis zur Findung des Namens ein langer Weg gewesen sei: „*Der neue Name musste bescheidener sein, er sollte nicht so ins Auge stechen.*“<sup>2256</sup> Diese Veränderung in der Organisation und der Erlass der Regeln für die *JUS* finden sich in den gedruckten Erinnerungen nicht in einem eigenen Kapitel, sondern eingebettet in dem Abschnitt, in dem sich Weichert allgemein mit der Tätigkeit und den Problemen der *JSS* auseinandersetzte. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass er diese Zäsur als nicht so gravierend empfand wie etwa die

<sup>2250</sup> Ohne Titel, Eingangsstempel 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/278. An dem Text wurde eine handschriftliche Änderung vorgenommen. Es wurde ein neuer Paragraph eingefügt, in dem geschrieben steht, dass die Vermögenswerte der *JSS* an die *JUS* übergehen. Eine Kopie des Schreibens findet sich in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 8.

<sup>2251</sup> Ebd.

<sup>2252</sup> BuF an Weichert betr. „*Verfügung über den Einsatz der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement*“, 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 55.

<sup>2253</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 53f.

<sup>2254</sup> Ohne Titel, Eingangsstempel 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>2255</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 53. In sehr ähnlicher Weise schilderte Weichert diese Zeit in seinen Erinnerungen. Vgl. DERS.: Milchome, S. 270. Auch in seinen Aufzeichnungen schrieb er darüber. Vgl. AŽIH, 302/25, Bd. 2, S. 52.

<sup>2256</sup> WEICHERT: Milchome, S. 270.

spätere Schließung der *JUS*, der ein eigenes Kapitel in „Milchome“ gewidmet ist.<sup>2257</sup> Allerdings kann es sich dabei um eine Verteidigungsstrategie Weicherts handeln, der sich, wie bereits angemerkt, in der Nachkriegszeit zweier Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfes der „Kollaboration“ stellen musste. Diese Anklage bezog sich allein auf seine Tätigkeit in der *JUS* und nicht auf die bei der *JSS*.<sup>2258</sup> Aus diesem Grund kann es sein, dass Weichert diese Veränderung in der Struktur der Organisation in seinen „Selbstzeugnissen“ nicht so deutlich herausheben wollte.

Diese Zeit des Übergangs stellte Weichert in den Aufzeichnungen sehr stark in den Kontext der immer schlechter werdenden Bedingungen für die jüdische Bevölkerung: *„Es waren schwere Zeiten für die Juden im Generalgouvernement. Es verging nicht ein Tag ohne Hiobsbotschaften. Es wurden ganze Orte in den Distrikten Krakau, Lublin, Radom ausgesiedelt. Es begannen große Aussiedlungen in Lublin, Warschau, Radom.“*<sup>2259</sup> Trotz der „Aussiedlungen“, die Weichert und den anderen Funktionären der *JSS* und dann *JUS* bekannt waren, und den damit verbundenen „Schließungen“ der dortigen Hilfskomitees und Delegaturen, sah man es als Lichtblick in der düsteren Zeit an, dass sich die Auflösung der *JSS* lediglich auf das Präsidium bezog.<sup>2260</sup> Die Hilfskomitees und Delegaturen informierte das Präsidium nicht über die Gefahr einer Schließung.<sup>2261</sup> Dies geschah erst nachdem man von der Aufsichtsbehörde die Anordnung zur Gründung der *JUS* erhalten hatte.

#### III.1.4 Die Mitteilung an die Hilfskomitees und Delegaturen

„So blieb ein Türchen offen, eine Unterbrechung in unserer Tätigkeit trat nicht ein und wir konnten ungestört alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Rückgängigmachung der Verfügung über die Auflösung zu erwirken, und die einzige neutrale jüdische Organisation mit ihren über 400 Geschäftsstellen und weitverzweigter Hilfstätigkeit auf den verschiedenen Gebieten zu erretten.“<sup>2262</sup>

„Das offene Türchen“ mag das Präsidium der *JSS* zu dem Zeitpunkt, als es die Anordnung zur Auflösung erhielt, bewogen haben die Hilfskomitees und Delegaturen noch nicht über den Erlass zu informieren.<sup>2263</sup> Die Ausweise, die den Mitgliedern der Hilfskomitees und Delegaturen noch bis in das Jahr 1942 die Sicherheit geboten hatten bei den Aussiedlungen und Umsiedlungen nicht betroffen zu sein, zeigten jetzt keine Wirkung mehr. Dafür sprechen bereits die oben angeführten

<sup>2257</sup> Vgl. ebd., S. 260–273 und S. 298–312.

<sup>2258</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf sowie ENGEL: Who is a Collaborator?

<sup>2259</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 2, S. 52. *„Ciężkie czasy nastały dla żydów w Generalnym Gubernatorstwie. Nie miał dzień bez biobonych wieści. Wyszędłano całe miejscowości w dystryktach krakowskim, lubelskim, radomskim. Rozpoczęły się duże wysiedlenia w Lublinie, Warszawie, Radomiu.“*

<sup>2260</sup> Vgl. dazu etwa Kopie BuF an *JSS* betr. „Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 29.07.1942, AŽIH, 211 aneks/278. Weichert ist der direkte Adressat des Schreibens. Das Original des Schreibens findet sich in: JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 5. Vgl. hierzu III.1.1.

<sup>2261</sup> Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>2262</sup> Bericht *JSS/JUS* 1946.

<sup>2263</sup> Okólnik Nr. 65/J.U.S. Nr. 1, AŽIH, 211/708, Bl. 49f. Das erste Rundschreiben der *JUS* ist in vielen weiteren Akten vorhanden, deshalb ist diese Fundstelle exemplarisch für viele weitere angeführt.

Fälle von Aussiedlungen von Mitarbeitern der JSS. Direkt formulierte es das Präsidium der JSS im September 1942 – zu einem Zeitpunkt, in dem das Präsidium der JSS bereits durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Anordnung zur Auflösung bekommen hatte. Die NS nahmen die „Abwicklung“ der Hilfskomitees und Delegaturen spätestens ab diesem Moment selbst in die Hand. Die JSS bat die Aufsichtsbehörde: *„Während der letzten Aussiedlungen der Juden in den Kreisen Krakau-Land und Miechow wurden die Ausweise der Mitglieder und Mitarbeiter der Juedischen Sozialen Selbsthilfe in vielen Fällen nicht mehr honoriert. Bis nun war es ueblich, dass die Mitglieder und Mitarbeiter des Judenrates, des Juedischen Ordnungsdienstes und der Geschaeftsstellen der Juedischen Sozialen Selbsthilfe /Juedische Hilfskomitees oder Delegatur/ auf gleiche Weise behandelt wurden. In der letzten Zeit fanden einige Faelle statt, wo der Judenrat und der Juedische Ordnungsdienst in der von der Aussiedlung betroffenen Ortschaft verbleiben durften, waehrend die Mitglieder und Mitarbeiter der Geschaeftsstellen der Juedischen Sozialen Selbsthilfe ausgesiedelt wurden.“*<sup>2264</sup> Das Präsidium ersuchte deshalb eine Gleichstellung der Mitglieder der JSS und der Judenräte sowie OD-Angehörigen.<sup>2265</sup> Wie in der Anordnung zur Gründung der JUS von den Besatzern gefordert, sollte die neue Institution unter anderem dafür zuständig sein *„[...] die Jüdischen Hilfskomitees, soweit ihr Bestand noch notwendig ist, fürsorgemässig zu leiten und zu beaufsichtigen.“*<sup>2266</sup> Aus diesem Grund setzte man die Hilfskomitees und Delegaturen davon in Kenntnis. Dies geschah – wie in der Kommunikation der JSS bereits etabliert – über ein Rundschreiben. Es wurde als *„Okólnik Nr. 65/J.U.S. Nr. 1 [Rundschreiben Nr. 65/J.U.S. Nr. 1]“* bezeichnet. Bei der Aktenführung und Kommunikation knüpfte man damit an die Tradition der JSS an, machte jedoch durch einen Zusatz und die neue Zählung im Zusatz deutlich, dass es sich um eine andere Organisation handelt.<sup>2267</sup> Das Rundschreiben umfasste fünf Punkte: „organisatorische Veränderungen“, „Arbeitslager“, „Hilfe“, „Produktion von Schuhen“<sup>2268</sup> sowie die „Änderung der Aufschriften“. Beim letztgenannten Punkt forderte man den Hilfskomitees und Delegaturen, an die das Rundschreiben gesandt wurde, auf, dass die Aufschrift auf Briefen und Stempeln fortan *„J.U.S. JEUDISCHE UNTERSTÜTZUNGSSTELLE fuer das Generalgouvernement Jued. Hilfskomitee..... /Delegatur/ in.....“* beziehungsweise *„J.U.S. CENTRALA POMOCY DLA ZYDOW w Generalnym Gubernatorstwie Zyd. Komitet Opiekunicy .... /Delegatura/ w .....“* zu lauten habe.<sup>2269</sup> Bereits in den vorangegangenen Punkten des Rundschreibens war den Abordnungen mitgeteilt worden, dass die Aufsichtsbehörde in Absprache mit den „Sicherheitsbehörden“ am 16. Oktober 1942 anstelle der JSS die JUS er-

<sup>2264</sup> Abschrift JSS, Abt. Allgemeines und Organisation an BuF betr. *„Gleichstellung der Juedischen Sozialen Selbsthilfe mit den Judenraeten bei der Aussiedlungsaktion“*, 16.09.1942, AŽIH, 211 aneks/89, Bl. 48.

<sup>2265</sup> Ebd.

<sup>2266</sup> Ohne Titel, Eingangsstempel 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>2267</sup> Okólnik Nr. 65/J.U.S. Nr. 1, AŽIH, 211/708, Bl. 49f.

<sup>2268</sup> Auf diesen Punkt des Rundschreibens ist in III.2 genauer einzugehen.

<sup>2269</sup> Okólnik Nr. 65/J.U.S. Nr. 1, AŽIH, 211/708, Bl. 49f.

nannt/berufen [powołał] habe. Der offizielle Name sei „*Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement*“ mit der Abkürzung „J.U.S.“. Als polnischen Name nannte man „*Centrala Pomocy dla Żydów w Generalnym Gubernatorstwie*“. Die JUS solle die Tätigkeit der JSS durch die Hilfskomitees und Delegaturen fortführen und habe die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der JSS übernommen. Aufsichtsbehörde für die JUS sei weiterhin die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“. Ferner teilte man in dem Rundschreiben mit, dass Weichert der Leiter JUS sei und er versuche den engsten Mitarbeiterstab zu halten. Die Hilfskomitees und Delegaturen sollten unverändert weiterbestehen, so hieß es in dem Rundschreiben; Berichte sollten wie gewohnt monatlich eingereicht werden.<sup>2270</sup> Zu dem Betreff „Arbeitslager“ steht in dem Rundschreiben geschrieben, dass es in Übereinstimmung mit der Anordnung jetzt möglich sei Arbeitslager zu unterstützen, wenngleich dies schon vorher erfolgt sei. Um dies weiterhin zu gewährleisten sei eine Bestandaufnahme der Arbeitslager und Betriebe notwendig.<sup>2271</sup> Zu dem Punkt „Hilfe“ merkte man an, dass die JUS die finanziellen Mittel für ihre Arbeit bei der Bevölkerung auftreiben müsse, deshalb sei man nicht mehr in der Lage die Hilfsbedürftigen mit Geld zu versorgen, aber noch in der Lage den Bedürftigen Milch, Verbandstoffe, Nahrungsmittel, Kleidung und Wäsche sowie Spenden der ausländischen Wohlfahrtsorganisationen darzureichen. Die JUS sei stets bemüht, die Möglichkeiten der Hilfe auszuweiten und für die weitere Hilfsaktion bat sie die Abordnungen darum, der Zentrale in Krakau Angaben über die Anzahl der Bevölkerung in den entsprechenden Orten sowie der Betreuten mitzuteilen.<sup>2272</sup> Einige Akten der Hilfskomitees und Delegaturen im zentralen Bestand im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes enden mit diesem ersten Rundschreiben, das die Leitung der JUS aus Krakau an die regionalen und lokalen Einrichtungen schickte. Viele Schreiben wurden per Post mit dem Vermerk „*zurück. Juden ausgesiedelt!*“ an die Zentrale zurückgeschickt.<sup>2273</sup> De jure bestanden die Hilfskomitees und Delegaturen als solche der JUS weiter – de facto waren diese in vielen Städten und Dörfern jedoch nicht mehr zu führen, da die jüdische Bevölkerung nicht mehr am Leben oder aber in Arbeits- und Vernichtungslager abgeschoben war. Inwieweit ein Weiterexistieren von einzelnen Abordnungen dennoch möglich war, kann in der vorliegenden Studie nicht bis ins Details untersucht werden, da auch für die JSS eine Untersuchung der Tätigkeit der regionalen und lokalen Abordnungen lediglich in ihrer Abhängigkeit von dem Präsidium analysiert wurde. Bei einer genaueren Betrachtung des Aspektes wäre für die Zeit des Bestehens der JUS anzumerken, dass man für diesen Abschnitt nicht mehr von einem geregelten (jüdischen) Leben in den Ortschaften und Städten des Generalgouvernements ausgehen kann. Aus diesem Grund

---

<sup>2270</sup> Ebd.

<sup>2271</sup> Ebd.

<sup>2272</sup> Ebd.

<sup>2273</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 211/708, Bl. 49f. Es handelt sich dabei um einen an das Kreishilfskomitee in Biała Podlaska gerichteten Brief.

müsste die forschungsleitende Frage von Arbeiten, die sich eingehender mit den regionalen und lokalen Abordnungen befassen, dahingehend formuliert werden, in welchen Regionen sich die Komitees im Vergleich zu anderen Städten, Kreisen oder Distrikten noch länger halten konnten oder ob eine Weiterführung – wenn auch von den Besatzern durch „soweit ihr Bestand noch notwendig ist“<sup>2274</sup> sehr relativiert zugestanden – gar nicht mehr möglich war. Vor allem, da die Zeit des Existierens der *JUS* zunächst nicht sehr lange währte, da die Besatzer diese Institution, die sie gerade erst ins Leben gerufen hatten, ebenfalls wieder schlossen.

### III.1.5 Die Schließung der *JUS*

Das erste offizielle Bestehen der *Jüdischen Unterstützungsstelle* war nur von kurzer Dauer. Am 1. Dezember erhielt Weichert einen Brief der Aufsichtsbehörde, mit dem diese die Hilfsorganisation schloss: „*Ab sofort liegen alle weiteren Fürsorgemaßnahmen für die Juden in der Hand der SS und Polizei. Die Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement ist daher ab sofort aufzulösen. Zur Ableistung der Verbindlichkeiten sind alle vorhandenen Geld- und Materialbestände beschlagnahmt; einzig verfügbare bis zur endgültigen Abrechnung ist die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Regierung.*“<sup>2275</sup> Wie es zu dieser Schließung der *JUS* gekommen ist, teilte die Aufsichtsbehörde dem Beauftragten des „Auswärtigen Amtes“ ausführlich mit. Auf Grund einer Weisung des BdS, die auf eine Entscheidung des Obergruppenführers Krüger zurückgegangen sei, sei die *JUS* mit dem 1. Dezember 1942 aufgelöst worden: „*Die Verwaltung hat also praktisch mit den jüdischen Angelegenheiten nicht mehr zu tun; insgesamt und allein verantwortlich ist die SS und Polizei.*“<sup>2276</sup> In der Weisung des BdS sei nach Entscheid des Obergruppenführers die Auffassung niedergelegt worden, dass außenpolitische Gründe für die Tätigkeit einer *JUS* nicht mehr massgeblich sein dürften. Weiter sei mitgeteilt worden, dass es belanglos sei, ob Betreuungsmittel aus dem Ausland für Juden und Jüdinnen von internationalen Vermittlungsorganisationen nicht entgegengenommen werden.<sup>2277</sup> Die angeführte Weisung des BdS ist lediglich in Abschrift überliefert. Dennoch gibt sie uns den Wortlaut wieder: In dem Schrei-

<sup>2274</sup> Ohne Titel, Eingangsstempel 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>2275</sup> Vgl. Kopie BuF an JSS betr. „*Auflösung der Jüdischen Unterstützungsstelle*“, 01.12.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>2276</sup> BuF an den Beauftragten des AA betr. „*Auflösung der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement*“, 05.12.1942, PAAA, R 99433. Das Schreiben wurde von Türk gezeichnet.

<sup>2277</sup> Ebd. „*Nach den inzwischen vom Reichsführer-SS zur schnelleren Durchführung der Judenevakuierung gegebenen weiteren Anweisungen, die im besonderen darauf hinausgehen, dass mit dem bekannten Termin arbeitsfähige Juden und Jüdinnen praktisch nur noch fuer die Wehrwirtschaft und Ruestungsinspektion zur Veruegung stehen und dies auch nur dann, wenn sie in geschlossenen Lagern von der SS und Polizei betreut werden, ist die Taetigkeit der juedischen Unterstuetzungsstelle nicht mehr erforderlich. Zu diesem Termin werden alle Juden, mit Ausnahme der obenbezeichneten, in Arbeitslagern untergebrachten arbeitsfaehigen Juden, aus dem GG verschwunden sein, so dass praktisch dann jede weitere Fuersorgemaassnahme fuer die verbleibenden Juden in der Hand der SS und Polizei liegt. Irgendwelche Mittelbeschaffung durch die Juden eruebrigt sich und ist auch abzulehnen. Aussenpolitische Gruende duerfen bei der angestrebten schnellen Abwicklung der gesamten Judenaktion fuer die Taetigkeit einer juedischen Unterstuetzungsstelle nicht mehr massgeblich sein. Dabei ist es belanglos, ob Betreuungsmittel aus dem Ausland fuer Juden von internationalen Vermittlungsaktionen zt. noch entgegengenommen werden. Es laesst sich nicht unterbinden, dass das Ausland davon erfahrt, wenn in kurzer Zeit keine Juden mehr im GG sind, die einer internationalen Betreuung beduerfen. Aus diesen Erwaegungen heraus bitte ich, den dortigen Erlass an die Gouverneure der Distrikte vom 20.10.42 zurueckzuziehen und von weiteren fuersorgerischen Massnahmen auf diesem Gebiete abzusehen.*“

ben gab man an, dass mit Ausnahme der für die Wehrwirtschaft und Rüstungsinspektion arbeitenden Juden und Jüdinnen alle anderen „aus dem GG verschwunden sein“ werden. Die „arbeitsfähigen“ Juden und Jüdinnen sollten „in geschlossenen Lagern von der SS und Polizei betreut werden.“ Deshalb sei die Tätigkeit der JUS nicht mehr erforderlich: „[J]ede weitere Fuersorgemassnahme fuer die verbleibenden Juden [sollte] in der Hand der SS und Polizei [liegen] [...]. Irgendwelche Mittelbeschaffung durch die Juden eruebrigt sich und ist auch abzulehnen. Aussenpolitische Gruende duerfen bei der angestrebten schnellen Abwicklung der gesamten Judenaktion fuer die Taetigkeit einer juedischen Unterstuetzungsstelle nicht mehr massgeblich sein. Dabei ist es belanglos, ob Betreuungsmittel aus dem Ausland fuer Juden von internationalen Vermittlungsaktionen z.Zt. noch entgegengenommen werden. Es laesst sich nicht unterbinden, dass das Ausland davon erfaebrt, wenn in kurzer Zeit keine Juden mehr im GG sind, die einer internationalen Betreuung beduerfen. Aus diesen Erwaegungen heraus bitte ich, den dortigen Erlass an die Gouverneure der Distrikte vom 20.10.42 zurueckzuziehen und von weiteren fuersorgerischen Massnahmen auf diesem Gebiete abzusehen.“<sup>2278</sup>

In all seinen Schriften schilderte Weichert die Schließung der JUS.<sup>2279</sup> Am 1. Dezember, so Weichert, seien zwei Funktionäre der Aufsichtsbehörde zu ihnen ins Büro gekommen, die ein Schreiben für ihn hatten, das besagte, dass ab dem Tag der Übermittlung alle Hilfstätigkeit für die Juden und Jüdinnen in der Hand der SS und der Polizei lägen.<sup>2280</sup> Datiert auf diesen Tag ist zudem eine Anordnung der Aufsichtsbehörde an Michal Weichert mit folgendem Wortlaut: „Sie haben sich dafür zu verbürgen, dass sämtliche Geschäftspapiere (Briefe, Durchschläge, Abrechnungen, Geschäftsbücher aller Art usw.) geschlossen beieinanderbleiben, nichts entfernt wird bis zur gesamten Überführung an den noch zu bestimmenden Ort.“<sup>2281</sup> Weichert gab an, dass er dieses Schreiben zeitgleich mit der Aufforderung zur Schließung erhalten habe. Sie hätten eine an Weichert persönlich adressierte Meldung übergeben, in der er dazu aufgefordert worden sei, dass alle Akten an einen Ort zu überführen seien, der noch bestimmt werden sollte. Danach hätten die Besitzer direkt die Magazine und die Medikamentenverteilungsstellen versiegelt.<sup>2282</sup> Er sei direkt darauf zur Zivilverwaltung gegangen und habe protestiert. Türk, der stellvertretende Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, habe ihm gesagt, dass der Beschluss diesmal auf Verlangen der „Polizeimacht“ ergangen und damit endgültig sei. Er habe darum gebeten, dass man ihnen erlauben solle, die zugeteilten Medikamente, Kleider und Nahrungsmittel an die Ghettos und Lager zu versenden, für die sie bestimmt waren. In den kom-

<sup>2278</sup> Abschrift BdS an Weirauch „Geheim“ betr. „Jüdische Unterstuetzungsstelle für das GG“, 18.11.1942, BJ, 49/97. Ebenso vorhanden in AŽIH, 211 aneks/278. Auch vorhanden in AŽIH, Nachlass Weichert. Das Schreiben wurde von Heim gezeichnet.

<sup>2279</sup> Vgl. dazu etwa Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2280</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 54.

<sup>2281</sup> BuF an Weichert betr. „Verbleib aller Geschäftspapiere und Akten der aufgelösten Jüdischen Unterstuetzungsstelle“, 01.12.1942, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 57.

<sup>2282</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 54.

menden Tagen seien die Funktionäre noch dreimal gekommen, hätten die Magazine wieder aufgeschlossen und die Sachen entnehmen lassen.<sup>2283</sup> Bei einem dieser Treffen sei mitgeteilt worden, dass die Akten der *JSS* an die Aufsichtsbehörde zu geben seien. Er thematisierte dann eine nächtliche „Kopieraktion“ sowie die Vernichtung der brisantesten Akten, bevor man die Originale an die Regierung gegeben habe.<sup>2284</sup> Nach der Rückkehr in das Krakauer Ghetto habe er sofort einen kompletten Satz Kopien aller abgesandten Briefe, Anträge, Memoranden, Rundschreiben und Instruktionen angefertigt. Alles in allem seien dies rund 28.000 Seiten in 56 Aktenordnern und Mappen gewesen, die „*bei Seite geschafft wurden*“. Von jedem Schriftstück seien vier Kopien angefertigt worden: zwei für das Archiv, eine für den Vizepräsidenten Jaszuński in Warschau und eine für ihn. Seinen Satz Kopien habe er damals im Kleidermagazin des *PHA* versteckt. Die Materialien hätten den Krieg überdauert. Die „gefährlichsten Papiere“ habe er gemeinsam mit der Sekretärin der *JSS* und Eliaz Tisch nachts verbrannt.<sup>2285</sup> In seinen im Versteck im Jahr 1944 angefertigten unveröffentlichten Aufzeichnungen schrieb Weichert ebenfalls recht ausführlich. Über die Gespräche bezüglich der Weiterführung der Hilfstätigkeit und der Entnahme von Materialien aus den verschlossenen Magazinen und der Medikamentenverteilungsstelle machte er ebenso in den Aufzeichnungen aus 1944 Ausführungen.<sup>2286</sup> Zusätzlich lieferte er darin weiterführende Angaben, mutmaßte über die Gründe für die Schließung und führte zwei Punkte an, die in den anderen Schriften nicht so dezidiert beziehungsweise gar nicht genannt werden. Zum einen führte er an dieser Stelle den Kriegseintritt der USA an, den er in den veröffentlichten Schriften bereits als Grund für die Schließung der *JSS* vermutete.<sup>2287</sup> Zum anderen gab er an, dass in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1942 eine Notiz aus der „*Gazeta Żydowska*“ in Übersetzung nach Berlin gesandt worden sei und diese dort aufgrund der staatlichen Gelder, die an die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement flössen, Empörung hervorgerufen habe.<sup>2288</sup> Um welchen Artikel es sich dabei genau handelte, konnte nicht herausgefunden werden, ebenso, ob es sich dabei um einen der Gründe für die Besatzer handelte, die *JSS* zu schließen. Deshalb kann diese nur als von Weichert aufgestellte These angeführt werden, die durch Quellenstudien weder zu belegen noch zu widerlegen ist. Es gibt lediglich einen Hinweis darauf, dass Übersetzungen von Texten aus der „*Gazeta Żydowska*“ von Mitarbeitern der *JSS* anfertigt und an den Beauftragten des DRK Ende März 1942 übermittelt

---

<sup>2283</sup> Vgl. ebd., S. 54f.

<sup>2284</sup> Vgl. ebd., S. 55.

<sup>2285</sup> Ebd. Ein Kapitel ist den Erinnerungen der Schließung der *JUS* gewidmet. Allerdings werden in diesem zunächst die „Verkleinerung“ des Krakauer Ghettos sowie Streitigkeiten zwischen dem örtlichen Judenrat, dem Ordnungsdienst und der *JSS* thematisiert. Dadurch stellte Weichert die Schließung der Einrichtung – im Vergleich zu dem Band „Jüdische Alleinhilfe“ – viel stärker in das allgemeine Geschehen, das sich rund um die Schließung zutrug. In den Erinnerungen schilderte er ausführlich die Geschehnisse Anfang Dezember. Vgl. DERS.: *Milchome*, S. 298–312. Zur Schließung v.a. ebd., S. 300.

<sup>2286</sup> Vgl. *AZIH*, 302/25, Bd. 2, Bl. 67.

<sup>2287</sup> Vgl. ebd., Bl. 69.

<sup>2288</sup> Vgl. ebd.

wurden.<sup>2289</sup> Ob eine Notiz aus der Zeitung dann ins Reich gelangte, ob es sich bei den beiden Ausgaben um diese handelte, die dann der Vermutung Weicherts folgend zur Schließung der JSS führten, kann nicht gesagt werden. Der Übergang von der JSS zur JUS wurde in dem Kassenprüfbericht, der in den einleitenden Ausführungen zu diesem Unterkapitel ausführlich dargestellt wurde, folgendermaßen beschrieben:

„Nach etwa zweieinhalbjähriger Tätigkeit der ‚JSS‘ erhielt diese Stelle – im Oktober 1942 – die jetzige Bezeichnung Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement ‚JUS‘. Im Dezember 1942 wurde die ‚JUS‘ auf behördliche Anweisung hin aufgelöst. Ende April 1943 wurde jedoch die Jüdische Unterstützungsstelle unter gleicher Bezeichnung mit Genehmigung des Höheren SS- und Polizeiführers im Generalgouvernement und unter der Aufsicht der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, wieder eingerichtet. Das Haus in der Josefinska-Strasse 2 a wurde der ‚JUS‘ für Büro- und Magazinräume zugewiesen.“<sup>2290</sup>

Ob und inwieweit in der Zeit zwischen der Anordnung zur Schließung der JUS und der Zulassung zur Weiterarbeit eine Hilfstätigkeit durch die (ehemaligen) Funktionäre der Organisation stattfinden konnte, soll in III.2 untersucht werden, sodass an dieser Stelle sich direkt der Frage nach einer erneuten Zulassung der JUS gewidmet werden kann.

### III.1.6 Die offizielle Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS

„Geschehen ist es eine Minute vor zwölf“<sup>2291</sup> – damit meinte Weichert die Wiederezulassung der JUS, die nicht durch offizielle Schreiben der Regierung belegt ist. Allein durch dasiedereinsetzende Berichtswesen im Frühjahr 1943,<sup>2292</sup> Mitteilungen, die man Organisationen im Ausland schickte,<sup>2293</sup> sowie die abermals einsetzende Korrespondenz mit Lagern<sup>2294</sup> gewinnt man die Erkenntnis, dass die JUS ihre Tätigkeit wieder aufnahm. Die Tatsache, dass die Besatzer die erneute Zulassung der JUS nicht schriftlich festhielten, führte dazu, dass man diese in der Forschung als „*offiziell überhaupt nicht existierend*“ bezeichnete.<sup>2295</sup> Diese Anmerkung erscheint wenig nachvollziehbar. Der bereits genannte Kassenprüfbericht belegt die offizielle Wiederaufnahme der Tätigkeit<sup>2296</sup> – für eine nichtoffiziell agierende Organisation hätten die Besatzer keine Prüfung der Geschäftsgebahren veranlasst. In einem in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfassten Bericht schrieb Weichert über den Status der JUS bei den Besatzern: „[...] *von den deutschen Besatzungsbehoerden anerkannt bezw. spaeter nur noch toleriert* [...]“.<sup>2297</sup> Weichert schilderte in allen seinen Schriften diese Zeit der erneuten Zulassung der

<sup>2289</sup> JSS an den Beauftragten des DRK beim Generalgouverneur betr. „*Zeitungsnotiz ueber das Rote Kreuz*“, 27.03.1942, AŽIH, 211 aneks/74, Bl. 376. „*Hiermit gestatten wir uns wunschgemaess 2 Nummern der ‚Gazeta Żydowska‘ [Juedische Zeitung] v 22.ds.Nr.35 und v. 25.ds.Nr.36 mit der Uebersetzung der Notizen, das Rote Kreuz betreffend, zu uebermitteln.*“

<sup>2290</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 4.

<sup>2291</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 59.

<sup>2292</sup> Vgl. hierzu III.2.

<sup>2293</sup> Vgl. hierzu III.3.

<sup>2294</sup> Vgl. hierzu III.2.2.

<sup>2295</sup> MUSIAL: Zivilverwaltung, S. 283.

<sup>2296</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers.

<sup>2297</sup> Bericht JSS/JUS 1946.



*JUS*: Er führte aus, dass er Anfang März die Aufforderung erhalten habe, einen Plan für die Verteilung der aus dem Ausland kommenden und für die jüdische Bevölkerung bestimmten Medikamente vorzulegen. Dies habe er am 5. März schriftlich festgehalten und der Zivilverwaltung übermittelt. Demnach sollten die „*Restghettos*“, Arbeitslager und Unternehmen, die Juden und Jüdinnen beschäftigen, mit Medikamenten beliefert werden können und zudem sollte der regelmäßige Kontakt der Organisation mit den Lagern erlaubt sein.<sup>2298</sup> Dieses Schreiben ist nicht im Original überliefert, aber eine Kopie dessen. Weichert gab in diesem Schreiben an, dass er von der Aufsichtsbehörde aufgefordert worden sei, einen Vorschlag über die Verteilung der aus dem Ausland als Liebesgaben für die Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement ankommenden Medikamente zu unterbreiten. Er schlug daraufhin folgendes vor: Auf Grund der Anforderungen der Arbeitslager und Betriebe, in den Juden und Jüdinnen beschäftigt würden sowie der Krankenhäuser, solle ein allgemeiner Verteilungsplan ausgearbeitet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Medikamente sollten danach ausgepackt, sortiert, verarbeitet und versandbereit gemacht werden. Dies könne in dem Brief an die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, in den Räumen der ehemaligen Arzneiverteilungsstelle der zu diesem Zeitpunkt aufgelösten *JUS* durchgeführt werden, die ebenso wie die Einrichtung als Ganzes zur Verfügung stünde. Ein Verzeichnis der in jedem Paket enthaltenen Medikamente solle dem Empfänger – also den Lagern – zugesandt sowie ein Durchschlag der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis gegeben werden. Der Versand, so Weichert, sollte durch die Post erfolgen, er selbst wollte die Pakete aufgeben: „*Dieses von der ehemaligen J.S.S. und späteren J.U.S. praktizierte Verfahren hat sich gut bewährt und scheint mir am zweckdienlichsten zu sein.*“<sup>2299</sup> In seinen Erinnerungen führte Weichert die Wiederaufnahme und den Weg zur erneuten Zulassung etwas genauer aus: Ende Februar 1943 habe man von der Zivilverwaltung Hinweise bekommen, dass eine Wiederzulassung der Tätigkeit der *JUS* in Arbeit sei. Anfang März habe Türk schriftliche Angaben für die Aufteilung der aus dem Ausland gekommenen Medikamente gefordert, die er am 5. März von ihm erhalten habe. Ein paar Tage später habe Türk ihm die Wiederaufnahme der Tätigkeit der *JUS* mitgeteilt. Dies sei in allerletzter Minute geschehen, da der HSSPF schon den Tag bestimmt gehabt habe, an dem er Zugriff auf die Bestände der ehemaligen *JUS* erhalten sollte. Zudem habe man einen großen Transport der *Comporel* erwartet.<sup>2300</sup> Ein exaktes Datum dazu nennt er lediglich in „Jidische Aleinhilf“: „*Am 13. März kam die endgültige Liquidierung des Krakauer Ghettos. Um die 12.000 Juden aus dem Ghetto A, die arbeitsfähig waren wurden in das Lager Plaszow gebracht. Am späten Nachmittag kam die Nachricht, dass ich im Ghetto bleiben soll: die Tätigkeit der JUS wird aufgenommen werden.*“<sup>2301</sup> Gleichlautend wurde in den Schriften die Regeln angegeben, die die neue Einrichtung

<sup>2298</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 58.

<sup>2299</sup> Abschrift Weichert an BuF betr. „Verteilung von Medikamenten“, 05.03.1943, YVA, O 21.17/1, Bl. 13.

<sup>2300</sup> Vgl. WEICHERT: Milchome, S. 312.

<sup>2301</sup> DERS.: Aleinhilf, S. 58.

zu beachten hatte. Weichert sagte jedoch auch, dass man diese nur mündlich übermittelt und nie schriftlich festgehalten habe. Weichert führte an, dass die Aufsichtsbehörde der *JUS* folgende Aufgaben und Auflagen nach der Wiedenzulassung gegeben habe: Sie sollte die Arbeit auf ihre Zentrale in Krakau beschränken und nicht wie zuvor noch regionale und lokale Abordnungen haben. Sie sollte ausschließlich Medikamente in den Arbeitslagern verteilen, die sie vom *Internationalen Roten Kreuz* erhalten sollten und man müsse ohne Mitarbeiter auskommen und dürfe lediglich eine Bürohilfe einstellen.<sup>2302</sup> Mit der Wiedenzulassung der *JUS* waren die Hilfskomitees und Delegaturen, die man der Gründung der *JUS* noch vorsah, endgültig Geschichte. Eine Tätigkeit durfte und konnte aufgrund der fortschreitenden Vernichtung der Menschen, die die NS als Juden und Jüdinnen definierten, lediglich von der Krakauer Zentrale aus erfolgen. Der früheste schriftlich überlieferte Beleg über die Aufgaben der *JUS* ist ein auf den 1. August 1943 datierter Bericht, der über die Tätigkeit nach der Wiedenzulassung Auskunft gibt. Abweichend zu den Angaben die Weichert in seinen im Jahr 1944 und in der Nachkriegszeit verfassten Schriften macht, wurde hier lediglich angegeben, dass die *JUS* ihre Tätigkeit Ende April 1943 – also mehr als einen Monat nach der „Liquidierung“ des Krakauer Ghettos – wieder aufgenommen habe.<sup>2303</sup> Ob man im März nur die Anordnung erhielt trotz der Auflösung im Ghetto zu bleiben, da eine baldige Zulassung der Tätigkeit anstehe oder ob man tatsächlich die Tätigkeit bereits zu diesem Zeitpunkt wieder aufnehmen durfte, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht abschließend klären. Allerdings muss in III.2 untersucht werden, wie sich die Tätigkeit der Akteure der *JUS* in dem Zeitraum gestaltete, in der die Organisation durch die NS offiziell geschlossen war. Fraglich ist, ob die *JUS* vor der Schließung im Jahr 1942 und nach der Wiedereröffnung im Frühjahr 1943 als einheitliche Institution betrachtet werden kann oder ob sie vor und nach der offiziellen Untätigkeit andere Aufgabenbereiche und einen geänderten Wirkungskreis hatte. Nach der Wiedenzulassung der *JUS* teilte die Regierung an das „Auswärtige Amt“ mit, dass die *JSS* sowie der *HHa* geschlossen seien, ebenso wurde die Gründung der *JUS* und abermalige Schließung der *JUS* genannt. Folgend hieß es in Bezug auf die Funktion der letztgenannten Organisation: „Die Nachfolgerin der letzteren biess Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement, *JUS* genannt, ist am 1.1[2].1942 ebenfalls vorübergehend aufgelöst worden und lebt z.Zt. in beschränktem Umfang für die Erledigung ausländischer Liebesgabensendungen fort.“<sup>2304</sup> Demzufolge

<sup>2302</sup> Vgl. ebd., S. 60; DERS.: Milchome, S. 312; AŽIH, 302/25, Bd. 2, S. 165 und S. 224 sowie Bericht *JSS/JUS* 1946.

<sup>2303</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f. „Die Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement /*JUS*/ nahm mit Genehmigung des Höheren SS- und Polizeiführers im Generalgouvernement unter der Aufsicht der Regierung des Generalgouverneurs, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge Ende April 1943 ihre Tätigkeit wieder auf. Behördlicherseits wurde ihr das Haus Józefinska 2a zugewiesen, in dem Büroräume, Arzneimittelverteilungsstelle und Magazine untergebracht wurden. Die Hauptaufgabe der *JUS* besteht in der Belieferung der jüdischen Arbeitslager, Judenwohnbezirke und der Betriebe, die Juden beschäftigen, mit Medikamenten, Lebensmitteln sowie Kleidungs- und Wäschestücken, die sie als Liebesgaben aus dem Auslande oder im Umtauschweg erhält, bezw. ergänzend einkauft.“

<sup>2304</sup> Beauftragter des AA beim Generalgouverneur an AA betr. „Haupthilfsausschuss für das Generalgouvernement“, 08.04.1943, PAAA, R 99433.

war für die NS mit der *JUS* – vor allem aber ihrer zweiten Eröffnung – das Ziel verbunden für die ausländischen Organisationen als jüdische Organisation im Generalgouvernement zu erscheinen, die weiterhin Spenden entgegennahm. Weichert schrieb von einer „dritte Schließung“ der *JUS*: Nach dem Krieg habe er im Jahre 1947 durch einen Brief vom *Internationalen Roten Kreuz* erfahren, dass ab August 1943 ausländische Lieferungen für Juden und Jüdinnen in das Generalgouvernement verboten waren. Erst ab Februar 1944 seien Medikamentenlieferungen wieder zugelassen gewesen.<sup>2305</sup> Damit sei die *JUS* zum dritten Mal geschlossen worden. Im Gegensatz zu den beiden vorigen Malen habe man dies allerdings nicht mitgeteilt, damit sich die *JUS* keine Hilfe suchen konnte, so die These Weicherts.<sup>2306</sup> Inwieweit diese These zutreffend ist, wird in III.3 genauer analysiert. Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Ziele der NS untersucht.

### III.1.7 Die Ziele der Nationalsozialisten

Infolge des Krieges gingen die Lieferungen der Spenden aus dem Ausland zurück. Dies führten die Besatzer als Begründung für Änderungen im Bereich der Organisationen der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement an: „*Die Verhältnisse haben weiter die Auflösung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe gebracht. Der Haupthilfssausschuss hat damit einen wesentlichen Teil seiner Aufgabengebiete verloren.*“<sup>2307</sup> Allerdings eröffneten die Besatzer kurze Zeit später die *JUS*. In diesem Abschnitt stehen die Ziele der NS im Fokus. Da die Untersuchung dieses Aspekts in den beiden abgeschlossenen Kapiteln bereits ausführlich erfolgte, wird es in diesem Kapitel nur darum gehen, die von den bereits dargelegten Zielen abweichenden Ziele zu analysieren, die mit der Schließung der *JSS* sowie der Anordnung zur Gründung der *JUS*, ihrer bald darauf erfolgten Schließung sowie der einige Zeit später ereigneten Aufforderung zur Weiterarbeit verbunden wurden. Den Namen der Organisation hatte man im Jahr 1940 offiziell, wie bereits in Kapitel I dargelegt, auf *Jüdische Soziale Selbsthilfe* abweichend von denen der beiden *Hauptausschüsse* festgelegt, ob mit der Benennung als Selbsthilfe-Organisation ein Propagandagedanke der NS verbunden war, ist unwahrscheinlich, zumal die beteiligten jüdischen Akteure selbst auf diesem Namen bestanden hatten.<sup>2308</sup> Hinter dem Namen der *JUS* kann allerdings eine Propagandafunktion vermutet werden, wenngleich in den Diskussionen zwischen NS über das Bestehenlassen der Organisation immer wieder betont wurde, dass die Organisation aus außenpolitischen Gründen nicht mehr weiter bestehen müsse.<sup>2309</sup> Davon abgesehen geht aus dem Namen der Organisation nicht mehr explizit hervor, dass es sich dabei um eine

<sup>2305</sup> Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 73.

<sup>2306</sup> Vgl. ebd.

<sup>2307</sup> Abschrift BuF an den Vorsitzenden des HHA betr. „*Auflösung des Haupthilfssausschusses*“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23.

<sup>2308</sup> Vgl. hierzu Kapitel I.

<sup>2309</sup> Vgl. hierzu III.1.

jüdische „Selbstverwaltung“-Organisation handelte. Die „Selbsthilfe“ wich aus dem Namen zugunsten der „Unterstützung“. Von wem diese „Unterstützung“ kam ist nicht klar ersichtlich, sodass in der Veränderung des Namens und dem nicht einfachen erneuten Zulassen der JSS ein propagandistischer Hintergrund vermutet werden kann. Ab November 1942 wurde die JSS beziehungsweise die zu diesem Zeitpunkt bereits eröffnete JUS als Propagandainstrument zunächst aufgegeben.<sup>2310</sup> Bei der Auflösung des HHA im August 1942 hielt die Regierung bereits im August 1942 fest, dass „[i]nfolge der fortschreitenden Kriegseignisse [...] die Anlieferung der Liebesgaben mehr und mehr zurückgegangen [ist], sodass mit grösseren Mengen in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen ist.“<sup>2311</sup> Der BdS hielt dies auch in einem geheimen Schreiben fest, das er im November 1942 an den Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ sandte.<sup>2312</sup> Herauszustellen ist hier, dass man explizit schrieb, dass eine Propagandafunktion nicht mehr von Relevanz sei: *„Aussenpolitische Gründe dürfen bei der angestrebten schnellen Abwicklung der gesamten Judenaktion für die Tätigkeit einer jüdischen Unterstützungsstelle nicht mehr massgeblich sein.“*<sup>2313</sup> Die JUS wurde – wie in III.1.1 bereits dargelegt – kurze Zeit später durch die Aufsichtsbehörde geschlossen. Im folgenden Frühjahr erteilte ihr die Aufsichtsbehörde allerdings die mündliche Aufforderung zur Weiterarbeit. Der Beauftragte des „Auswärtigen Amtes“ meldete die Weiterarbeit der JUS ins Reich. Dabei führte er an, dass die JUS ebenfalls aufgelöst worden sei und nur noch in beschränktem Umfang ihre Tätigkeit ausübe.<sup>2314</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die Propagandafunktion der JSS und der JUS zunächst durch die NS aufgegeben, zur Schließung führte und ebendiese Funktion auch wieder maßgeblich für die Zulassung zur Weiterarbeit war. Dies war allerdings nicht der alleinige Grund, der zu der erneuten Zulassung der JUS führte. Spätestens im April und Mai 1943 deuteten sich Veränderungen in der Zivilverwaltung an. Die Besatzer machten sich Gedanken darüber, wie eine „Verwaltungsvereinfachung“ durchzuführen sei, um eine „Kriegsverwaltung“ einzuführen. Aufschluss über diskutierte Maßnahmen gibt beispielsweise ein Schreiben, das innerhalb der Regierung verschickt wurde: *„Während die von mir im Vorjahr mit allem Hauptabteilungen geführten Verhandlungen für eine Vereinfachung der Verwaltung den Zweck hatten, Aufgaben, die nicht unmittelbar richtungsweisend sind, auf die Verwaltungsbehörden der Distrikte und Kreise zu verlagern, so galt meine Arbeit diesmal vor allem 1.) der Überprüfung der Kriegswichtigkeit der einzelnen Verwaltungsebenen, 2.) der Überprüfung der Zweckmässigkeit und Sparsamkeit der Geschäftsvertei-*

<sup>2310</sup> Abschrift BdS an Weirauch „Geheim“ betr. „Jüdische Unterstützungsstelle für das GG“, 18.11.1942, BJ, 49/97. Auch vorhanden in AZIH, Nachlass Weichert.

<sup>2311</sup> Abschrift BuF an den Vorsitzenden des HHA betr. „Auflösung des Haupthilfssausschusses“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23.

<sup>2312</sup> Abschrift BdS an Weirauch „Geheim“ betr. „Jüdische Unterstützungsstelle für das GG“, 18.11.1942, BJ, 49/97. Auch vorhanden in AZIH, Nachlass Weichert.

<sup>2313</sup> Ebd.

<sup>2314</sup> Beauftragter des AA beim Generalgouverneur an AA betr. „Haupthilfssausschuss für das Generalgouvernement“, 08.04.1943, PAAA, R 99433.

lung, 3.) der Freimachung von wehrfähigen Kräften und der Erhaltung einer zahlenmäßig geringen, allen Kriegsanforderungen jedoch gewachsenen Verwaltung. Hier hatte ich neben der Stilllegung oder Zusammenlegung von Einzelaufgaben im besonderen die Einsatzmöglichkeit weiblicher Arbeitskräfte geprüft.“<sup>2315</sup> Einer der Verwaltungsbereiche, der von diesen Maßnahmen betroffen gewesen wäre, war die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ und damit auch die dieser subsumierte Aufsichtsbehörde der JUS. In einer Regierungssitzung Anfang Mai 1943 sprach man den Aspekt an, dass der Staatssekretär für das Sicherheitswesen den Versuch unternommen habe, die bei den Kreishauptleuten bestehenden Ämter für „Innere Verwaltung“ durch Ämter für Polizeiverwaltung zu ersetzen. Zu diesem Zweck waren in dem Moment bereits 50 Polizeiinspektoren ohne Kenntnis der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ zu den verschiedenen Kreishauptmannschaften entsandt worden. Dies führte zu einem Konflikt zwischen der Regierung – vor allem der „Inneren Verwaltung“ – und dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, da „[d]ie Polizeidirektoren [...] bisher wie das übrige Personal der Stadthauptmannschaften ausschließlich vom Staatssekretär der Regierung ernannt worden [sind]. Staatssekretär Dr. Bühler brachte sein Befremden darüber zum Ausdruck, daß beim Gouverneur in Radom seitens des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen der Eindruck erweckt wurde, als sei die Regierung mit diesem Vorgehen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen einverstanden.“<sup>2316</sup> Ludwig Losacker, zu dieser Zeit Präsident der Hauptabteilung „Verwaltung“ und kommissarischer Gouverneur im Distrikt Krakau, legte weiterhin dar, „daß der vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen gestartete Versuch darauf hinauslaufe, die Hauptabteilung Innere Verwaltung überflüssig zu machen. Denn würden die besagten Sachgebiete in der unteren Verwaltungsstufe aus der Allgemeinen und Inneren Verwaltung herausgenommen, so bliebe als Innere Verwaltung ein Rest übrig, den man dann auch zweckmäßiger an die Polizei überweisen würde.“<sup>2317</sup> Damit wären die Verantwortlichen in der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ arbeitslos geworden und wären Gefahr gelaufen für den Militärdienst eingezogen zu werden, so wie es bei der Einrichtung der „Kriegsverwaltung“ durch die „Freimachung von wehrfähigen Kräften“ intendiert war.<sup>2318</sup> Weichert hatte bereits im Juli 1942 vermutet, dass die Zivilverwaltung die Kompetenz aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeben wolle: aus Prestige Gründen und weil man den Abbau von Personal befürchtete und schließlich, weil befürchtet wurde, dass die Männer zur Wehrmacht eingezogen werden würden.<sup>2319</sup>

<sup>2315</sup> Reg. Rat Mazano an Präsident Dr. Losacker betr. „Verwaltungsvereinfachung“, 24.04.1943, BAB, R 53 III/39, Bl. 35–38, hier: Bl. 35.

<sup>2316</sup> Dienstagebuch, 04.05.1943, Dienstagebuch [Krakau, Protokoll, 8 S.], S. 655–657.

<sup>2317</sup> Ebd.

<sup>2318</sup> Reg. Rat Mazano an Präsident Dr. Losacker betr. „Verwaltungsvereinfachung“, 24.04.1943, BAB, R 53 III/39, Bl. 35–38, hier: Bl. 35.

<sup>2319</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 51. Ähnlich auch in DERS.: Milchome, S. 269.

Die Berichte, die die *JUS* schrieb, waren wohl weniger an die Aufsichtsbehörde, sondern vielmehr an die spendenden Hilfsorganisationen im neutralen Ausland gerichtet,<sup>2320</sup> allerdings erreichten diese Berichte auch die Aufsichtsbehörde. In den Berichten bestätigt sich die These, dass die Besatzer mit der erneuten Eröffnung der *JUS* das Ziel verfolgten die Arbeitsfähigkeit der jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aufrechtzuerhalten. Dafür spricht zum einen, dass die Besatzer es zuließen, dass die *JUS* Berichte ins Ausland sandte, da dadurch mit einem erhöhten Spendenaufkommen zu rechnen war und weniger Medikamente sowie Lebens- und Stärkungsmittel aus den Beständen der Besatzer zur Verteilung kommen mussten. Zum anderen wird durch die Tatsache, dass die Besatzer es erlaubten diese Berichte ins Ausland zu senden, die These gestützt, dass diese die Propagandafunktion, die sie einst mit der *JSS* verbanden auch für die *JUS* nicht komplett aufgegeben hatten. In den Berichten selbst finden sich Hinweise darauf, dass die Verantwortlichen der *JUS* ebenfalls davon ausgingen, dass die Besatzer durch die Organisation die Arbeitsfähigkeit der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aufrechtzuerhalten versuchten. So hieß es in den ersten Bericht, den die *JUS* Anfang August 1943 herausgab: *„Unter den Medikamenten befanden sich solche Heilmittel, die geeignet sind, in kürzester Zeit die Arbeitsfähigkeit der Erkrankten herzustellen [...]“*.<sup>2321</sup> Weiter wurde in dem zweiten Bericht vom Anfang Oktober 1943 unter anderem darüber geschrieben, dass in manchen Lagern auf Anregung der Organisation und aus ihren Lieferungen Schwerarbeiter zwei Mal pro Woche mit *„weissem gezuckerten Kaffee“* versorgt würden.<sup>2322</sup>

Im Mai 1943 tauschte man sich bei einer Arbeitssitzung über die Sicherheitslage in der Regierung über den Arbeitseinsatz der Juden und Jüdinnen aus. Kurze Zeit zuvor war der Befehl ergangen, *„in ganz kurzer Zeit die Entjudung durchzuführen.“* Aus diesem Grund sei man gezwungen gewesen, die Juden und Jüdinnen auch aus der Rüstungsindustrie und den wehrwirtschaftlichen Betrieben herauszuziehen, *„falls sie nicht ausschließlich im kriegswichtigen Interesse eingesetzt seien.“*<sup>2323</sup> Weichert schrieb, dass sich das DRK in der Zeit der zwischenzeitlichen Schließung der *JUS* in einer schwierigen Lage befunden habe, da es ihm oblegen habe, die aus dem Ausland ankommenden

<sup>2320</sup> Vgl. hierzu III.2 sowie III.3.

<sup>2321</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f.

<sup>2322</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2323</sup> Diensttagebuch, 31.05.1943, Arbeitssitzung Sicherheitslage [Krakau, Protokoll, 32 S.], S. 678–684, hier: S. 682. Weiter hieß es: *„Die Juden seien dann in großen Lagern zusammengefaßt worden, und würden von dort für die Tagesarbeit in diesen Rüstungsbetrieben abgegeben. Der Reichsführer SS wünsche aber, daß auch die Beschäftigung dieser Juden aufhöre. Er habe mit Generalleutnant Schindler eingehend über diese Frage gesprochen und glaube, daß dieser Wunsch des Reichsführers SS wohl im Endeffekt nicht erfüllt werden könne. Es gebe unter den jüdischen Arbeitskräften Spezialarbeiter, Feinmechaniker und sonstige qualifizierte Handwerker, die man heute nicht ohne weiteres durch Polen ersetzen könne. Er bittet deshalb SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner, dem Reichsführer SS die Lage zu schildern und ihn zu ersuchen, von der Wegnahme dieser jüdischen Arbeitskräfte Abstand zu nehmen. Man habe von den Juden die physisch besseren Kräfte in den Betrieben gelassen, die sogenannten Makabäer, die ausgezeichnet arbeiten, weiter auch weibliche Kräfte, von denen man festgestellt habe, daß sie physisch viel stärker seien als der Jude. Die gleiche Erfahrung habe man übrigens auch bei der Räumung des Ghettos in Warschau gemacht. [...] Mit der Frage der Entjudung könne man sich eigentlich gar nicht mehr belasten; dafür sei sie propagandistisch auch schon zu stark vom Auslande ausgeschlachtet worden.“*

Spenden unter der Zivilbevölkerung im Generalgouvernement – und damit unter anderem an die jüdische Bevölkerung – zu verteilen. Damit stand der Beauftragte des DRK unter Druck. Das *IRK* habe ebenfalls Druck auf die Regierung ausgeübt, indem es gesagt habe, dass die internationale Hilfe auch den Juden und Jüdinnen zugutekommen müsse und bei einem Nichtbefolgen mit Repressionen bei der Verteilung von Hilfe an die deutschen Kriegsgefangenen gedroht habe.<sup>2324</sup>

---

<sup>2324</sup> WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 57f.

### III.2 Die Tätigkeit der *Jüdischen Unterstützungsstelle*

Die Schließung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und die wechselvoll Geschichte der *Jüdischen Unterstützungsstelle* wurden in III.1 untersucht. Dies geschah vor allem auf der Ebene des ehemaligen Präsidiums der *JSS* und auf Leitungsebene der *JUS* in ihrem Kontakt mit den Besatzern ohne dabei auf die eigentliche Tätigkeit der neugeschaffenen Organisation einzugehen. Letztgenanntes soll in diesem Abschnitt erfolgen. Wie bereits gezeigt werden konnte, spielten die Hilfskomitees und die Delegaturen für die *JUS* eine sehr untergeordnete (oder gar keine) Rolle mehr. Dies ist zum einen eine logische Schlussfolgerung daraus, dass die meisten Ghettos bereits „liquidiert“ und die Menschen in Lager verbracht oder bereits getötet waren. Zum anderen war von den Besatzern bereits sehr relativierend bei der Definition der Aufgaben der *JUS* festgelegt worden, dass sich diese die „*Jüdischen Hilfskomitees, soweit ihr Bestand noch notwendig ist, fürsorgemässig zu leiten und zu beaufsichtigen*“<sup>2325</sup> habe.<sup>2326</sup> Aus diesem Grund kann die Tätigkeit der *JUS* für viele Punkte allein für die Zentrale in Krakau untersucht werden, wenngleich damit ebenfalls aufgrund der fehlenden regionalen und lokalen Abordnungen die Reichweite der Organisation im Generalgouvernement in den Blick genommen werden muss. Neben den Berichten der *JUS*, die für die Zeit nach der Wiedereröffnung im Frühjahr 1943 vorliegen,<sup>2327</sup> kann auf wenige Akten, die aus der Zeit der *JUS* stammen,<sup>2328</sup> abermals Schriften von Weichert,<sup>2329</sup> sowie den III.1 bereits erwähnten und quellenkritisch untersuchten von den Besatzern in Auftrag gegebenen Kassenprüfungsbericht aus dem Jahr 1944 zurückgegriffen werden.<sup>2330</sup> Das Unterkapitel gliedert sich in drei Abschnitte: Im ersten Abschnitt werden die Aufgaben der *JUS* und die Durchführung dieser untersucht werden. Im zweiten Abschnitt wird erneut die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren sowie abschließend die Zusammenarbeit mit den Besatzern untersucht werden. Die Vereine, die in der Vorkriegszeit eine wichtige Rolle in der jüdischen Gesellschaft gespielt hatten und auch für die *JSS* noch relevant waren, waren für die *JUS* nicht mehr von Bedeutung. Aus diesem Grund kann eine Untersuchung der Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der *JUS* mit diesen nicht erfolgen. Für die zur Zeit der Gründung der *JUS* noch tätigen beziehungsweise de jure noch existierenden Vereine, setzte die Zivilverwaltung im unmittelbaren zeitlichen Umfeld der Anordnung zur Gründung der *JUS* alles daran sich die von den Vereinen noch zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auf die eigenen Konten zu schaffen. So ordnete die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ am 17. Oktober

---

<sup>2325</sup> Ohne Titel, Eingangsstempel 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>2326</sup> Vgl. hierzu III.1.

<sup>2327</sup> Vgl. AŽIH, 211 und AŽIH, 211 aneks.

<sup>2328</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 211/85; AŽIH, 211 aneks/7, 92, 96 oder auch 278.

<sup>2329</sup> WEICHERT: *Milchome*; DERS.: *Nochn Churbn* sowie DERS.: *Aleinhilf*; ebenso AŽIH, 302/25.

<sup>2330</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers.



1942 an, das Vermögen des jüdischen Kinderheimes in Rzeszów/Reichshof, das zu diesem Zeitpunkt noch aus 1.244 Złoty bestand, aufgrund der „Anordnung über die Vereinfachung der Verwaltung des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Inneren Verwaltung“ vom 14. September 1942 an den Kreishauptmann in Rzeszów/Reichshof zu überweisen.<sup>2331</sup>

In der Zeit, in der die JUS existierte, gab es nur noch wenige Ghettos. Die Hilfskomitees und Delegaturen arbeiteten nicht mehr, die Mitglieder und Mitarbeiter waren deportiert oder bereits ermordet worden. Ähnlich erging es den Judenräten. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass es zwischen der JUS und den Judenräten keine Zusammenarbeit mehr gab. Ihr erstes Bestehen währte nicht lange. Nach ihrer Wiedereröffnung beschäftigten sich die Mitarbeiter primär mit der Belieferung von Lagern und Betrieben, in denen Juden und Jüdinnen gefangen waren und Zwangsarbeit leisten mussten. Für die Zeit, in der die JUS durch die Aufsichtsbehörde geschlossen und noch nicht wiedereröffnet worden war, liegt ein Hinweis vor, dass in dieser Zeit Pakete, die eigentlich an die JUS – oder aufgrund der Unkenntnis der ausländischen Organisationen noch an die JSS adressiert waren – an Judenräte übergeben wurden und diese sie an die notleidende Bevölkerung zur Verteilung brachten. Diese Abgabe an den Judenrat – in diesem Fall des Krakauer, der die Pakete an den Judenrat in Bochnia weitergeben sollte – erfolgte durch Weichert. Die Pakete stammten wohl aus der „Ausländischen Verwandtenhilfe“ der JSS.<sup>2332</sup> Wenngleich die Judenräte für die Zeit, in der die JUS bestand, für die Organisation keine Rolle mehr spielten, so tauchen sie doch in einem Bericht auf, den man in der Nachkriegszeit über die Erinnerungen von Izaak Stern verfasste. Über seine Zeit in dem Lager Plaszow steht geschrieben: „Der Gestapo gehoerten die Juden in den Ghettos und ihre Mitglieder zogen daraus groesste wirtschaftliche Vorteile. Aber sowie die Juden in ein Arbeitslager kamen, waren sie der Gestapo entzogen und gehoerten dem SS- und Wirtschaftsdienst, der sie an Firmen vermieten konnte. Dieser Gegensatz wirkte sich auch auf die zu gehoerigen Juden aus. Viele Mitglieder der Judenraete und der juedische Ordnungsdienst arbeiteten mit der Gestapo zusammen, spueren versteckten Juden nach usw., steckten auch fuer sich viele Gelder ein, und glaubten sich selbst – zu unrecht – durch ihre Beziehungen zur Gestapo geschuetzt. Andererseits waren die Juden in den Lagern, und auch die Hilfsorganisation JUS (Juedische Unterstuetzungsstelle) beim Gen.Gouv. dem SS-Wirtschaftsdienst unterstellt und musste versuchen, sich mit dem SS-Wirtschaftsdienst gut zu stellen. Der Gegensatz der beiden deutschen Stellen wirkte sich auch in einem Gegensatz der zugehoerigen Juden unter einander aus. Der Judenrat in Krakau wollte, wenn er zuletzt auch nach Plaszow uebersiedeln musste, dort fuer sich besondere Zimmer, bevorzugte Arbeit usw. Aber er wusste, dass der Kommandant Goeth ihnen schlecht gesinnt war, und versuchte, durch eine Intrige mit Hilfe der Gestapo Goeth zu beseitigen.“<sup>2333</sup>

<sup>2331</sup> BuF an die Allgemeine Staatsverwaltung betr. „Jüdisches Kinderheim in Reichshof“, 16.10.1942, AAN, 111/468, Bl. 161.

<sup>2332</sup> Abschrift Michal Weichert an Ezra Wolf, Bochnia, 03.01.1943, AŽIH, 211 aneks/96.

<sup>2333</sup> Dr. Ball-Kaduri: Bericht ueber eine Zeugenaussage des Herrn Jizchak Stern, Tel-Aviv, Sokolow Str. 26, ueber Krakau, Lager Plaszow, Lager Bruennlitz, unter Benutzung von Originalmaterial, das von Herrn Schindler zur Verfuegung gestellt wurde – angefertigt im Dezember 1956, YVA, O.1/164, Bl. 8–84, hier: Bl. 35–42.

Wie bereits in III.1 ansatzweise aufgezeigt, veränderten sich die Aufgaben der *JUS* im Vergleich zur *JSS*. Dies wird nun genauer analysiert. Neben den Rechtsquellen, die in die Untersuchung einbezogen werden, sollen in dem ersten Abschnitt ebenso auf Basis der vor allem zeitgenössischen Quellen geprüft werden, welche Aufgaben man de facto durch die in ihrem Umfang geschrumpfte Organisation in den Jahren zwischen 1942/43 und 1944/45 tatsächlich noch erledigte. Neben den zeitgenössischen Quellen muss für die Analyse dieses Aspektes wieder auf Aufzeichnungen und Erinnerungen von beteiligten Personen zurückgegriffen werden, da – wie bereits in III.1 dargelegt – für die Zeit in der die *JUS* existierte weit weniger Quellen im Vergleich zur Zeit des Bestehens der *JSS* überliefert sind.

Die Ziele, die die Akteure der Leitungsebene mit der *JUS* verbanden, veränderten sich vermutlich im Vergleich zu denen, die sie mit der *JSS* in der letzten Zeit ihres Bestehens verbanden nicht weitgehend. Neben der Hilfe, die sie versuchten für die Ärmsten der Armen unter der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement zu leisten, stand auch der Schutz des eigenen Lebens im Vordergrund. Spätestens ab der erneuten Zulassung im Frühjahr 1943 kann dies allerdings nur noch für die Leitungsebene der *JUS* in Krakau gelten, da den Vorstehern der jüdischen Organisation spätestens zu diesem Zeitpunkt bewusst war, dass das Leben der Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen nicht mehr durch die Tätigkeit zu schützen war, da diese Abordnungen nicht mehr existierten.<sup>2334</sup>

### III.2.1 Die Aufgabenbereiche und die Tätigkeit der *JUS*<sup>2335</sup>

Der *JSS* gaben, wie bereits mehrfach dargestellt, die Besatzer durch die Satzung sieben Hauptaufgaben: Sie sollten die gesamte offene und geschlossene Fürsorge für die jüdische Bevölkerung leisten; alle Organisationen der freien Wohlfahrt im Generalgouvernement zu einheitlich ausgerichteter Arbeit zusammenfassen; sie sollte allgemeine Wohlfahrtspflege treiben; sie war für die Beschaffung der Mittel für die Fürsorge- und Wohlfahrtstätigkeit selbst zuständig; sie sollte Sach- und Geldspenden an die unterstützungsbedürftige Bevölkerung verteilen, Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen errichten, unterhalten und unterstützen sowie über den Beauftragten des DRK mit ausländischen Wohlfahrtorganisationen zusammenarbeiten.<sup>2336</sup> Für alle Vorgänge war die Zustimmung der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ notwendig.<sup>2337</sup> Neben der Zentrale der *JSS* in Krakau hatte die Organisation Hilfskomitees und Delegaturen. Diese Komitees bekamen keine eigenen Rechte zugesprochen, sie handelten im Rahmen der *JSS* und waren an die Weisungen

---

<sup>2334</sup> Diese „Ziele“ sind in der Form nicht direkt in den Quellen der Zeit belegt. Deshalb wird dies hier als reine These angeführt. Zudem muss aus diesem Grund von einer weitergehenden Untersuchung dieses Aspekts verzichtet werden. Zur Existenz beziehungsweise der nicht mehr existierenden Hilfskomitees und Delegaturen vgl. III.1.4.

<sup>2335</sup> In diesem Abschnitt werden alle Aufgaben mit Ausnahme der Belieferung der Lager untersucht. Der ausgeklammerte Aspekt wird in III.2.2 untersucht, da es sich um die zentrale Aufgabe handelt.

<sup>2336</sup> Vgl. Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 3.

<sup>2337</sup> Vgl. ebd., § 5 und § 17.

der Kreis- und Stadthauptleute in ihrem Bereich gebunden. Den Hilfskomitees wiesen die Besatzer ebenfalls Aufgabenbereiche zu,<sup>2338</sup> die sie jedoch teilweise selbst ausgestalteten. Damit hatte die JSS ein sehr breites Aufgabenspektrum. Die Belieferung der Lager definierten die Besatzer allerdings nicht als Tätigkeitsbereich.<sup>2339</sup> Für die JUS legte die Aufsichtsbehörde im Oktober 1942 lediglich vier Aufgaben fest: Sie sollte die Hilfskomitees, „soweit ihr Bestand noch notwendig ist“, leiten und beaufsichtigen. Zudem sollte sie bei Bedarf und auf Grund besonderer Anordnungen Versorgungsmassnahmen für Arbeitslager durchführen. Zudem sollten Arznei- und Verbandsmitteln sowie Spenden des Auslands verteilt werden.<sup>2340</sup> Die Aufgaben der JUS schränkten die Besatzer im Vergleich zur JSS in vielen Bereichen ein. Lediglich der Bereich der Belieferung der Lager trat als offizieller Arbeitsbereich der JUS hinzu, der für die JSS nie als Aufgabe durch die Besatzer definiert worden war. Wie in II.3 gezeigt werden konnte, investierte die JSS bereits einen Teil ihrer Arbeitskraft der Hilfe für die in Lagern gefangenen Menschen.<sup>2341</sup> In der kurzen Zeit ihres Bestehens im Herbst 1942 ergab sich für die JUS im Vergleich zur JSS vermutlich keine gravierende Änderung. Die Verantwortlichen der JUS versuchten so zum Beispiel die Hilfskomitees und Delegaturen recht bald auf dem gewohnten Weg über ein Rundschreiben über die Veränderung zu unterrichten.<sup>2342</sup> In dem Rundschreiben teilte man den Abordnungen unter anderem mit, dass aus den von der Bewirtschaftungsstelle „Leder und Pelze“ Leder für 50.000 Paar Holzsohlenschuhe zugewiesen worden sei – 10.000 Paar für jeden Distrikt. Die Produktion sei aus Gründen, die man nicht selbst verantwortete, verzögert worden. In den Distrikten Radom und Lublin habe man mit der Produktion bereits begonnen und die Schuhe könnten in den nächsten Tagen ausgeliefert werden. Im Distrikt Krakau sei die Produktion in vollem Gange, im Distrikt Lemberg werde die Produktion

<sup>2338</sup> Vgl. ebd., § 12 sowie Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 19. Die Aufgaben der Hilfskomitees wurden in Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 20 definiert. Sie waren: „1. Bei Naturkatastrophen vor Eintreffen der staatlichen Hilfe sofortige Hilfsmaßnahmen zu treffen, 2. für Flüchtlinge und Evakuierte vor dem Einsatz in neuen Arbeitsstellen erste aber nicht dauernde Hilfsmaßnahmen zu treffen. 3. Kinder und Jugendliche, deren Erzieher oder Betreuer verstorben sind oder die keine ordnungsgemäße Erziehung und Pflege genießen, in Waisenhäusern oder Ersatzfamilien unterzubringen und hierfür notfalls eine finanzielle Beihilfe zu gewähren. 4. die notleidende Bevölkerung in Volksküchen durch Zuweisung von zusätzlichen Nahrungsmitteln oder Geldleistungen zu unterstützen, 5. bedürftige Familien bei Arbeitslosigkeit bis zum Einsatz der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen und bei der Unterbringung Arbeitsloser mitzuwirken, 6. bei der Bekämpfung der Unzucht mitzuwirken, 7. die Angehörigen von Kriegsgefangenen vor Einsatz der staatlichen Hilfe zu unterstützen, 8. Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen zur Erfüllung dieser Aufgaben zu errichten, zu erhalten und zu unterstützen, 9. Sammlungen von Geld- und Sachspenden mit Erlaubnis des Kreisbauptmannes innerhalb des Bereiches der Kreis- bzw. Stadthauptmannschaften durchzuführen, 10. die Gewährung staatlicher und gemeindlicher Mittel zur Durchführung von Wohlfahrtsaufgaben bei den zuständigen Stellen zu beantragen.“

<sup>2339</sup> Vgl. hierzu II.3. In der Satzung und der Geschäftsordnung der JSS wurden diese Belieferungen nicht als dezidierte Aufgabe genannt.

<sup>2340</sup> Ohne Titel, Eingangsstempel 20.10.1942, AŽIH, 211 aneks/278.

<sup>2341</sup> Vgl. hierzu II.3.

<sup>2342</sup> Okólnik Nr. 65/J.U.S. Nr. 1, AŽIH, 211/708, Bl. 49f.

bald aufgenommen und im Distrikt Warschau solle die unterbrochene Produktion ebenfalls fortgesetzt werden.<sup>2343</sup> Wie wirkungsvoll diese Tätigkeit war, ist allerdings fraglich, da diese meisten Ghettos und damit auch regionalen und lokalen Abordnungen bereits aufgelöst waren.<sup>2344</sup>

Zu den Hilfsorganisationen im Ausland hielt man während des ersten Bestehens der JUS den Kontakt. So teilte die JUS dem *Komitee zur Hilfeleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung*, das seinen Sitz in Genf hatte, mit, dass sämtliche Frachten für das Generalgouvernement über den Beauftragten des DRK zu senden seien und diese dann von Krakau an die anderen Städte verteilt würden. Zudem dankte die JUS dem Komitee für die bereits erfolgten Hilfen und *„fuer Ihre Bereitwilligkeit, Ihre Versuche fortzusetzen, Nahrungsmittel ersten Bedarfs fuer uns zu beschaffen. Auch uns waere es lieber, wenn Sie uns Material fuer Waesche schicken koennten, das wir an Ort und Stelle verarbeiten wuerden. Der Bedarf an Waesche, insbesondere fuer die Arbeitslager, ist enorm. Das letzte Stueck Rohleinen, das wir von auslaendischen Liebesgaben hatten, ist bereits laengst verarbeitet. Eile tut not.“*<sup>2345</sup> Eile tat not, doch erreichten die Hilfen aus dem Ausland die JUS während ihres ersten Bestehens,<sup>2346</sup> wohl nicht mehr. Danach untersagten die Besatzer die Weiterarbeit. Erst am Tag der „Liquidierung“ des Krakauer Ghettos ließ man eine erneute Tätigkeit zu, die kurze Zeit darauf aufgenommen wurde.<sup>2347</sup>

Ein Punkt, der nicht unter Tätigkeit zu subsumieren ist, diese jedoch mitbestimmte, ist der Verteilungsschlüssel der aus dem Ausland ankommenden Spenden. Zu Beginn der Tätigkeit der JUS habe dieser 16 Prozent aller ankommenden allgemeinen Liebesgaben betragen. Allerdings sei kurz darauf von der Aufsichtsbehörde mündlich mitgeteilt worden, dass der jüdische Anteil infolge der *„Aussiedlungen der Juden aus dem GG“* auf zwei Prozent reduziert werde. Die JUS habe darauf erwidert, dass zwar die Zahl der Juden und Jüdinnen infolge der *„Ausrottungsaktion“* bedeutend gesunken sei, dass aber nach der „Liquidierung“ der Ghettos die JUS die einzige Unterstützungsquelle für die in den Lagern befindlichen Menschen bilde. Man forderte deshalb einen Anteil von zehn Prozent und *„erklärte, dass [man] auf die lächerlichen 2 % verzichte“*.<sup>2348</sup> Die JUS sei auch bei dieser Meinung geblieben, als die Besatzer gedroht hätten, dass die Verweigerung als Akt der Sabotage zu betrachten sei. Durch einen an den ehemaligen Vorsitzenden des HHA und an das IRK gerichteten Appell, erreichte man schließlich einen Anteil von zehn Prozent an den allgemeinen aus dem Ausland ankommenden Spenden.<sup>2349</sup>

---

<sup>2343</sup> Ebd.

<sup>2344</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 211/708, Bl. 49f. Es handelt sich hier um ein an das Kreishilfskomitee in Biala Podlaska gerichtetes Schreiben.

<sup>2345</sup> Postkarte JUS (Nr. 12074/42) an das Komitee zur Hilfeleistung fuer die Kriegsbetroffene Juedische Bevölkerung, Genf, betr. *„Liebesgaben“*, 08.11.1942, YVA, M.20-114, Bl. 88f.

<sup>2346</sup> Für die Anfangszeit der JUS liegen im Vergleich zu ihrem zweiten Bestehen deutlich weniger Quellen vor. Als These kann festgehalten werden, dass sich die Tätigkeit nur unwesentlich von der der JSS unterschied. Aus diesem Grund soll der Fokus der Untersuchung an dieser Stelle auf die zweite Phase der Tätigkeit der JUS gelegt werden.

<sup>2347</sup> Vgl. hierzu III.1.6.

<sup>2348</sup> Bericht JSS/JUS 1946. Vgl. dazu auch WEICHERT: Aleinhilf, S. 70.

<sup>2349</sup> Ebd.

Nach ihrer erneuten Zulassung war der Aufgabenbereich der *JUS* weiter eingeschränkt worden, dies hielten die Besatzer an keiner Stelle schriftlich fest. Diese Veränderung des Arbeitsgebietes im Vergleich zur ersten Eröffnung der *JUS* geht allein aus den Berichten der *JUS* und aus Briefen hervor, die von den Mitgliedern der Einrichtung an Organisationen im Ausland gesandt wurden. So hieß es in dem ersten Bericht aus dem August 1943 zu den Aufgaben: *„Die Hauptaufgabe der JUS besteht in der Belieferung der jüdischen Arbeitslager, Judenwohnbezirke und der Betriebe, die Juden beschäftigen, mit Medikamenten, Lebensmitteln sowie Kleidungs- und Wäschestücken, die sie als Liebesgaben aus dem Auslande oder im Umtauschweg erhält, bzw. ergänzend einkauft.“*<sup>2350</sup> Es war ab diesem Zeitpunkt keine Rede mehr von Hilfskomitees oder Delegaturen<sup>2351</sup> – entweder, da die Besatzer diese Aufgabe mündlich tatsächlich nicht mehr kommunizierten oder da sich die Akteure der *JUS* ohnehin bereits bewusst waren, dass die früheren Geschäftsstellen der *JSS* nicht mehr arbeiteten, da ihre Mitglieder in Lager verschleppt oder bereits getötet waren. In dem bereits angesprochenen Prüfbericht werden die Aufgaben der *JUS* nach der Wiederzulassung thematisiert: *„Die Hauptaufgabe der ‚JUS‘ besteht seit ihrer neuerlichen Tätigkeit in der Belieferung der jüdischen Arbeitslager sowie der mit jüdischen Arbeitskräften versehenen Betriebe im Generalgouvernement mit Medikamenten, Lebensmitteln und Bekleidungsstücken. Soweit noch Ghettos bestanden wurden auch diese Wohnbezirke beliefert.“*<sup>2352</sup> Da der Prüfer den letzten Satz dieses Abschnitts in dem Bericht in der Vergangenheitsform schrieb und die vorangegangenen Sätze im Präsens, kann geschlossen werden, dass im Frühjahr 1943 bei ihrer erneuten Zulassung die *JUS* noch Ghettos versorgte, dies aber in den ersten Monaten des Jahres 1944 – also dem Entstehungszeitraum des Prüfberichtes – nicht mehr der Fall war. Von den regionalen und lokalen Abordnungen war in dem Bericht nicht die Rede.<sup>2353</sup>

Der Schriftverkehr den die *JUS* führte, musste im Durchschlag an die Aufsichtsbehörde gehen, *„ebenso wie die eingehende Post von dieser Dienststelle empfangen, gelesen und erst dann der ‚JUS‘ zur Bearbeitung bzw. Erledigung weitergeleitet [wurde].“*<sup>2354</sup> Geld, das postalisch einging, empfing ebenso die Zivilverwaltung und leitete es dann an die jüdische Organisation weiter.<sup>2355</sup> Für die *JSS* war lediglich festgelegt worden, dass die gesamte Korrespondenz in Abschrift am Tage des Versands an die Regierung zu übermitteln sei.<sup>2356</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die Kontrolle der *JUS* im Vergleich zur *JSS* deutlich strenger war, wenngleich man davon ausgehen kann, dass zumindest Teile des eingehenden Schriftverkehrs bereits in der Zeit zwischen 1940 und 1942 von der Aufsichtsbehörde kontrolliert worden waren. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass sich zu der Zeit die

<sup>2350</sup> Vgl. Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f.

<sup>2351</sup> Ebd.

<sup>2352</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 4.

<sup>2353</sup> Ebd., passim.

<sup>2354</sup> Ebd., Bl. 4.

<sup>2355</sup> Ebd., Bl. 4f.

<sup>2356</sup> Vgl. II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe, § 1.

Korrespondenz der *JUS* mit dem HSSPF beziehungsweise den Stellen der SSPF erhöhte.<sup>2357</sup> Daraus muss nicht geschlossen werden, dass diese als Aufsicht über die jüdische Organisation fungierte. Dies kann auch darauf zurückzuführen sein, dass eine der primären Aufgaben jetzt die Belieferung der Lager sein sollte, die teilweise den SS- und Polizeiführern direkt unterstanden.<sup>2358</sup>

In dem ersten Bericht, den die *JUS* über ihre Tätigkeit verfasste, wurde Ende April 1943 als Datum der Wiederaufnahme der Tätigkeit der *JUS* genannt.<sup>2359</sup> Aus anderen Quellen konnte ein vom April 1943 abweichendes Datum für die Wiederzulassung der Tätigkeit der *JUS* ermittelt werden. Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, nannte man dort den Tag der Auflösung des Krakauer Ghettos als Tag der Anordnung im Ghetto zu bleiben und die Arbeit der *JUS* wieder aufzunehmen – dabei handelt es sich um den 13. März 1943. Da man diese Wiederzulassung jedoch an keiner Stelle in der zeitgenössischen Überlieferung schriftlich fixierte, bleiben diese Angaben vage. So kann es durchaus sein, dass man zu diesem Zeitpunkt bereits eine mündliche Anordnung zum Verbleib im Ghetto erhalten hatte; bis zur eigentlichen, offiziellen Wiederaufnahme der Tätigkeit, kann es dann aber noch über einen Monat gedauert haben.<sup>2360</sup> Nichtsdestotrotz: In der Phase zwischen der Schließung der *JUS* und ihrer erneuten Zulassung im März 1943 lagen gut vier Monaten. Auf den ersten Blick scheint die Organisation in dieser Zeit untätig gewesen zu sein. Die Eintragungen in dem offiziellen Postbuch der *JSS*, das die *JUS* weiterführte, reichen bis zum 24. Juni 1942 und setzen dann erst ein knappes Jahr später, am 5. Juni 1943, wieder ein.<sup>2361</sup> In der Zeit, in der die *JUS* durch die Besatzer verboten war, war allenfalls eine sehr rudimentäre Hilfstätigkeit möglich. Durch ihre Nichtexistenz war es der Organisation beispielsweise nicht möglich Briefe und Pakete zu versenden und zu empfangen. Damit war – mit Ausnahme des vermutlich noch vorhandenen Telefonanschlusses – keine Kommunikation mehr innerhalb des Generalgouvernements möglich und auch der Kontakt zu den ausländischen Organisationen über Briefe, Telegramme und Pakete war unterbrochen.<sup>2362</sup> Außerdem gab es noch die Hilfsaktionen im Ausland, die regelmäßig Liebesgaben für die notleidende Bevölkerung in das Generalgouvernement sandten. Für die ausländischen Hilfsorganisationen war die Schließung der *JUS* wohl nicht offensichtlich. So sandte vor allem das *Portugiesische Rote Kreuz* in dieser Zeit unentwegt Pakete mit „Genussmitteln“, die der *JUS* zugedacht waren.<sup>2363</sup> Auf diese Liebesgaben aus dem „neutralen Ausland“ konnte

---

<sup>2357</sup> Vgl. Urzędowa książka pocztowa, JNL, Arc. Ms. Var. 371/XI 9, passim.

<sup>2358</sup> Vgl. dazu auch WEICHERT: Aleinhilf, S. 64–68. Bei einigen der durch die *JUS* belieferten Lager handelte es sich um Einrichtungen der Waffen-SS oder solche der SSPF.

<sup>2359</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f.

<sup>2360</sup> Vgl. hierzu III.1.6.

<sup>2361</sup> Vgl. Urzędowa książka pocztowa, JNL, Arc. Ms. Var. 371/XI 9, passim.

<sup>2362</sup> Selbst wenn dennoch eine Tätigkeit in geringem Umfang stattfand, so kann sich diese aus den obengenannten Gründen nicht in schriftlichen, zeitgenössischen Quellen niedergeschlagen haben.

<sup>2363</sup> Vgl. dazu etwa Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. November 1942 bis Ende Juni 1943 eingegangenen Einzelsendungen für die *JUS*, ohne Datum, AŽIH, 211 aneks/105, Bl. 218f.

die Organisation ihre Tätigkeit während der von den Besatzern angeordneten Untätigkeit wohl nicht aufbauen, da sie allenfalls nach der erneuten Zulassung der Tätigkeit der *JUS* – ab Ende März/April 1943 – in den Besitz dieser Spenden gelangt sein konnte. Während der zwischenzeitlichen Schließung leitete man die Pakete nicht mehr an Weichert und seine Mitarbeiter weiter. Zuweilen gelang es Weichert, dass der Krakauer Judenrat solche für bestimmte Orte zugeordneten Lieferungen weiterleitete. So habe er mit behördlicher Genehmigung eine Sendung mit zwei Kisten mit zusammen 132 Kilogramm Einzelpaketen für Verwandte im Generalgouvernement, die über den Beauftragten des DRK eingetroffen waren, an den Judenrat in Krakau weiterleiten lassen. Dieser sollte sie dann an den Judenrat in Bochnia übermitteln, welcher wiederum die enthaltenen Pakete an die Adressaten übergeben sollte.<sup>2364</sup> Die Möglichkeit einer inoffiziellen Tätigkeit der ehemaligen Präsidiumsmitglieder der *JSS* während der zwischenzeitlichen Schließung wurde dadurch erschwert, dass der Krakauer Judenrat alle Mitglieder zur Zwangsarbeit eingeteilt hatte. Beispielsweise musste Weichert täglich zur Zwangsarbeit in der „Zentrale für Handwerkslieferungen“ erscheinen. Diese Zwangsarbeitsstätte war unweit des Krakauer Ghettos in der ehemaligen Schokoladenfabrik „Optima“ gelegen. Täglich mussten die Arbeiter und Arbeiterinnen in geschlossenen Reihen vom Ghetto dorthin marschieren.<sup>2365</sup> Weichert selbst schrieb, dass man in dieser Zeit keine Hilfe in die noch bestehenden Ghettos und Lager hätte schicken können. Allerdings habe er während seiner Tätigkeit außerhalb des Ghettos versucht Kontakt mit dem Vorsitzenden des *PHA* zu knüpfen. Die Verantwortlichen der *JUS* erwarteten während deren Schließung noch eine wichtige und große Lieferung der *Comporel*. Diese Absprache mit dem polnischen Ausschuss erfolgte in Absprache mit den ehemaligen Warschauer und Krakauer Mitgliedern des Präsidiums der *JSS*.<sup>2366</sup> Ihre Arbeit im eigentlichen Sinne konnte die *JUS* erst nach der mündlichen Wiedenzulassung der Tätigkeit im Frühjahr 1943 fortsetzen. Im Bericht der ersten Periode der Tätigkeit nach der abermaligen offiziellen Aufnahme der Tätigkeit informierte man primär über die Belieferung von Lagern und Betrieben mit Liebesgaben.<sup>2367</sup> In den Monaten August und September 1943 habe die Tätigkeit der *JUS* eine weitere Ausdehnung erfahren – dies galt wohl vor allem für die Erweiterung der Belieferungen der Lager.<sup>2368</sup> Im letzten Viertel des Jahres 1943 konstatierten die Verantwortlichen der *JUS* eine weitere Entwicklung der Hilfstätigkeit, die sich abermals auf die Belieferung der Lager und Betriebe bezog.<sup>2369</sup> Im folgenden Bericht, für die ersten drei Monate des Jahres 1944,

<sup>2364</sup> Abschrift Weichert an Ezra Wolf, Bochnia, 03.01.1943, AŽIH, 211 aneks/96.

<sup>2365</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 57.

<sup>2366</sup> Ebd.

<sup>2367</sup> Vgl. Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f.

<sup>2368</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2369</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.

konnte von den Mitgliedern der Organisation ebenfalls eine erneut angestiegene Zahl der Belieferungen der Lager festgestellt werden,<sup>2370</sup> was auch für den Zeitraum des letzten Reports bis in den Juni 1944 zutrifft.<sup>2371</sup> Ein weiterer Aspekt, der in den Tätigkeitsberichten immer wieder eine Rolle spielt, ist die Beschaffung der für die Hilfstätigkeit benötigten Materialien von ausländischen Organisationen.<sup>2372</sup> Zentral dürfte, den Berichten folgend, demnach die Hilfe für die in Lagern gefangenen Personen sowie die Beschaffung der für diese Tätigkeit benötigten Materialien gewesen sein.<sup>2373</sup> In den insgesamt fünf Berichten für den Zeitraum vom 12. Mai 1943 bis Ende Juni des folgenden Jahres schrieb man nur an vier Stellen über Tätigkeiten, die sich nicht dezidiert mit der Belieferung von Lagern und Betrieben beziehungsweise der Beschaffung von Liebesgaben aus dem Ausland beschäftigen, wenngleich diese Aufgaben die Hilfslieferungen für die Menschen in den Lagern und Betrieben betrafen. Man berichtete über den Umtausch von „*ausländischen Genussmitteln*“ gegen Mehl, Avo- und Maggi-Suppen, die man für die Belieferung von Werkküchen benötigte.<sup>2374</sup> Und nicht nur Nahrungsmittel beschaffte man für die Belieferung der Lager und Betriebe. Zudem mussten für den herannahenden Herbst und Winter Kleidungsstücke beschafft werden. Mit Zustimmung der zuständigen Behörden konnten die Verantwortlichen der *JUS* vom *PHA* einige hundert Stück Kleider und Wäsche käuflich erwerben. Allerdings habe die Menge der erworbenen Kleidungsstücke in keinem Verhältnis zu dem immensen Bedarf gestanden, was einen Appell an die ausländischen Hilfsorganisationen notwendig gemacht habe, mit der Bitte dort eine Sammelaktion zugunsten der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements durchzuführen.<sup>2375</sup> Auch in dem folgenden Berichtszeitraum reichte die vom *PHA* erworbene Kleidung nicht für die Versorgung der notleidenden Menschen aus: „*Kaum einige hundert Kleidungsstücke, die wir vom Polnischen Hauptausschuss käuflich erworben haben wurden zur Verteilung gebracht.*“<sup>2376</sup> Tauschgeschäften tätigte die *JUS* nicht nur mit der polnischen Organisation, auch mit Dienststellen der Besatzer ging man Geschäfte

<sup>2370</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.

<sup>2371</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2372</sup> Vgl. Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f. Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f. Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f. Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f. sowie Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2373</sup> Vgl. hierzu III.2.2.

<sup>2374</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in 211/85, Bl. 47f. sowie YVO, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2375</sup> Ebd.

<sup>2376</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.



ein.<sup>2377</sup> All das geht aus den Berichten der JUS hervor. Allerdings ist bei der Untersuchung dieser Berichte Vorsicht geboten. In seinem Bericht aus dem Jahr 1946 gab Weichert an, dass diese Berichte „nur ueber einen Teil unserer offiziellen Taetigkeit Auskunft geben“.<sup>2378</sup> In ebendiesem Bericht schrieb Weichert zudem, dass man nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit bestrebt gewesen sei, „die uns so eng gesteckten Grenzen für unseren Aufgabenkreis zu erweitern“.<sup>2379</sup> Zunächst wandte man die Bestimmung über die vom IRK zu sendenden Medikamente ebenfalls auf die Sendungen der jüdischen karitativen Organisationen im Ausland an und habe dabei den Begriff „Medikamente“ sehr breit ausgelegt, indem man darunter auch Stärkungs- und Nahrungsmittel, Desinfektions- und Desinsektionsmittel, Verbandsmaterial, chirurgische Instrumente und dergleichen gefasst habe. Obwohl die der JUS erteilte Genehmigung sich nur auf die „Arbeitslager“<sup>2380</sup> bezogen habe, wollte man die Außenkommandos nicht ohne Medikamentenhilfe für Notfälle und Betriebsunfälle lassen: „Obne uns eine Sondergenehmigung anzusuchen, belieferten wir sämtliche uns erreichbare Betriebe, die Juden aus den Lagern beschäftigten. Schliesslich waren wir unablässig bestrebt, eine Genehmigung auch für die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu erlangen, was uns mit Unterstützung des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes nach vielmonatigen Bemühungen auch gelang.“<sup>2381</sup> Weiterhin zahlte die JUS Geldhilfen an Einzelpersonen aus, die in dem Prüfbericht aus dem Jahr 1944 als „Bettlerspenden“ bezeichnet werden: „Im übrigen wurden auch Ausgaben für Bettlerspenden festgestellt, die als unangemessen hoch bezeichnet werden müssen. So wurden in einem Falle Zl. 50,- in einem anderen sogar Zl. 80,- festgestellt. Es dürfte sich empfehlen, dass die Aufsichtsbehörde die Zahlung von Geldspenden der ‚JUS‘ überhaupt untersagt.“<sup>2382</sup> An wen und in welchem Umfang die JUS Spenden dieser Art auszahlte, kann nicht mehr ermittelt werden, da Unterlagen hierüber fehlen.

Ein Bereich in dem die JUS in dieser Zeit – zumindest indirekt – tätig war, war laut des Berichtes aus dem Jahr 1946 die „Hilfe für Juden mit arischen Ausweisen“. Für die ausserhalb der Lager wohnenden Juden und Jüdinnen, was auf Grund „arischer Ausweise“ möglich war, habe man Hilfe leisten wollen wenngleich die JUS dafür eigentlich nicht berufen gewesen sei, „da andere Organisationen zu diesem Zwecke errichtet worden waren.“ Die Verantwortlichen hätten es allerdings als ihre Pflicht erachtet, in Anbetracht des allgemeinen Mangels an Heilmitteln, Medikamenten und Stärkungsmitteln Kranken und Kindern, die oft nicht die Möglichkeit hatten ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, einen Teil abzugeben: „Wir liessen gelegentlich einige kleinere Sendungen den Kranken und Kindern Warschaus zukommen und machten der zuständigen Fürsorgeorganisation ein Angebot einen prozentualen Anteil von allen für

<sup>2377</sup> Ebd. „Ferner ist es uns gelungen, von den zentralen Deutschen Sanitätsbehörden im Umtauschwege gegen Medikamente, für die wir gar keine oder nur eine geringe Verwendung haben, andere Heilmittel zu erhalten, die von besonderem Wert für die Arbeitslager sind.“

<sup>2378</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2379</sup> Ebd.

<sup>2380</sup> Ebd. [Hervorhebung im Original.]

<sup>2381</sup> Ebd.

<sup>2382</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 18.

die JUS einlagernden Sendungen von Medikamenten, Stärkungsmitteln und Genussmitteln fortlaufend zur Verfügung zu stellen.“<sup>2383</sup> Dieses Angebot sei jedoch „unverzeiblicherweise aus Prestige Gründen abgelehnt“ worden. In der Zeit, als die JUS nicht zugelassen war, habe man durch die Vermittlung des PHA der erwähnten Organisation 979 Kleidungs- und Wäschestücke zur Verteilung an die sich versteckenden Juden und Jüdinnen überlassen. Aus denselben Beweggründen sei auch dieses Angebot abgelehnt worden.<sup>2384</sup> Bei dieser Hilfsorganisation, die die Zusammenarbeit mit der JUS aus „Prestige Gründen“ ablehnte, muss es sich um die Warschauer Abteilung der Żegota gehandelt haben.<sup>2385</sup> Nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit habe man „Juden mit arischen Ausweisen“ ebenfalls unterstützen können<sup>2386</sup> und auch Polen und Polinnen habe man Hilfe angedeihen lassen können – gelegentlich habe der Leiter der JUS Hilfe für internierte oder verhaftete Polen anregen können.<sup>2387</sup> Neben diesen schon abseits der definierten Aufgaben liegenden Arbeitsbereiche der JUS nannte man in dem Bericht zusätzlich die „halblegale“ sowie die „konspirative Tätigkeit“. Diese beiden Bereiche betreffen allerdings allein die Arbeitslager und werden aus diesem Grund im folgenden Abschnitt genauer untersucht.<sup>2388</sup> Ein ebenfalls mit der Belieferung der Lager zusammenhängender Punkt, der diese Tätigkeit allerdings nicht direkt tangierte und deshalb in diesem Abschnitt thematisiert werden soll ist die „Nachrichtenvermittlung“, wie sie in dem Bericht aus der unmittelbaren Nachkriegszeit genannt wurde. Obwohl der JUS in einem besonderen Schreiben behördlicherseits strikte Schweigepflicht über die in den Lagern herrschenden Zustände auferlegt worden sei, habe man Nachrichten über die wichtigsten Ereignisse in den Ghettos und Lagern „konspirativen Organisationen“ zukommen lassen, die sie weiterleiteten: „Jede Nachricht wurde von uns vorher auf das Genaueste nachgeprüft und erst nach der Feststellung, dass sie der Wirklichkeit entspricht, weitergegeben.“<sup>2389</sup>

Für die gesamte Hilfstätigkeit standen Michał Weichert nur sehr wenige Personen zur Verfügung. In der Nachkriegszeit gab er an, dass er mit der Zeit die Mitarbeiterzahl auf sechs habe „heraufhandeln“ können. Diese waren die bereits früher in der JSS tätig – darunter die ehemaligen Präsidiumsmitglieder Tisch und Hilfstein. Im Laufe der Zeit habe man außerdem die Berechtigung erhalten, Menschen aus dem Arbeitslager Plaszow zu beschäftigen, was allerdings nur für einen kurzen Zeitraum gelang, da diese Personen ab dem Herbst des Jahres 1943 das Lager nicht mehr verlassen durften.<sup>2390</sup> Neben der Hilfstätigkeit hatte Weichert die Buchhaltung für die Organisation zu führen. Der Rechnungsprüfer bemerkte hierzu: „Die ganze Buchhaltung der JUS“ entspricht dem

<sup>2383</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2384</sup> Ebd.

<sup>2385</sup> Vgl. hierzu III.3.3.

<sup>2386</sup> Bericht JSS/JUS 1946. „Aus dem Erlös für Genussmittel der JUS in Betrag von nahezu 2 Millionen Złoty konnten allerdings zur Zeit des Warschauer Aufstandes die sich im Distrikt Krakau aufhaltenden sowie die daberstammenden Juden mit arischen Ausweisen ausgiebig unterstützt werden.“

<sup>2387</sup> Ebd.

<sup>2388</sup> Ebd. Vgl. dazu auch WEICHERT: Aleinhilf, S. 70.

<sup>2389</sup> Ebd. Vgl. dazu auch WEICHERT: Aleinhilf, S. 70.

<sup>2390</sup> Vgl. DERS.: Aleinhilf, S. 60.

*Umfang und dem Aufteilungssystem nach etwa der Aufzeichnungsart, die eine Hausfrau in ihrem Wirtschaftsbuch verfolgt. Höhere Erwartungen dürfen an die Rechnungslegung der ‚JUS‘ nicht gestellt werden.*“<sup>2391</sup> Im Anschluss geht der Rechnungsprüfer, nachdem er sich abschätzig über Weicherts Buchhaltung geäußert hatte, auf konkrete Mängel ein. Dabei bewertete er besonders negativ, dass Weichert die Lagerbuchhaltung Ende 1943 ausgesetzt hatte: *„Wie Herr Dr. Weichert hierzu mitteilte, kam das Aussetzen der Lagerbuchhaltung im letzten Quartal 1943 dadurch zustande, dass das ganze jüdische Personal im Oktober 1943 dem Büro entzogen wurde; dadurch konnten die laufend weiter eingehenden Zulieferungen und die Auslieferungen nicht verbucht und auch nicht die entsprechenden Lieferungsbelege ausgefertigt werden.*“<sup>2392</sup> Im Dezember 1943 habe Weichert dann seinen Sohn und seine Tochter als Mitarbeiter der JUS angestellt. Unter normalen Voraussetzungen hätte man gegen Weichert wegen des Aussetzens der Lagerbuchhaltung schwere Vorwürfe an seiner Geschäftsführung erheben müssen, so der Wirtschaftsprüfer in seinem Bericht, man müsse unter den besonderen Umständen diese aber als voll entlastend werten.<sup>2393</sup> In dem Bericht aus 1946 gab Weichert in der Nachkriegszeit an, dass ab 2. September 1943 die einzigen sechs jüdischen Arbeitskräfte entzogen wurden und die Abwicklung der laufenden Geschäfte nur auf diese Weise zu bewältigen gewesen sei, dass Weichert mit seinen Familienangehörigen, die im Geschäftsgebäude der JUS wohnten, Tag und Nacht arbeitete, um keine Rückstände eintreten zu lassen.<sup>2394</sup> In dem Kassenprüfbericht werden für den Berichtszeitpunkt, also März 1944, als Mitarbeiter neben Michal Weichert selbst sein 16-jähriger Sohn Józef und seine 22-jährige Tochter Ruth-Ellen sowie eine polnisch-nichtjüdische Apothekerin und ein ebenfalls polnisch-nichtjüdischer Bote genannt.<sup>2395</sup> Die Mitarbeit der nicht-jüdischen Personen und der Einsatz der Familie sind zum einen darauf zurückzuführen, dass die anderen jüdischen Mitarbeiter der JUS ab September 1943 das Lager Plaszow nicht mehr verlassen durften – zuvor waren sie noch täglich aus dem Lager zum ehemaligen Ghetto Gelände zurückgekehrt. Zum anderen wird der Einsatz des Sohnes und der Tochter darauf zurückzuführen sein, dass die beiden auf diese Weise eine Arbeitsbescheinigung erhielten, die sie unter Umständen temporär vor einer Deportation schützten. Gegen diese Vermutung spricht allerdings, dass die Ehefrau Weicherts nur inoffiziell – und damit ohne Bescheinigung – für die JUS arbeitete. Für die Mitarbeiter zahlte die JUS laut dem Kassenprüfbericht Gehälter. Weichert selbst habe 750 Złoty erhalten, seine Tochter 300 und der Sohn 200. Der Bote habe 300 Złoty erhalten und die Apothekerin zwischen 500 und 600 Złoty – *„je nach Arbeitsleistung“*. Der Gehaltssatz Weicherts sei in Rücksprache zwischen ihm und Türk, von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, ausgehandelt worden. Zudem habe er freie Wohnung sowie eine

---

<sup>2391</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 6.

<sup>2392</sup> Ebd., Bl. 7f.

<sup>2393</sup> Ebd., Bl. 8.

<sup>2394</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2395</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 5.

Lebensmittelzuteilung erhalten. Die anderen Gehaltssätze seien von Weichert selbst festgelegt worden – auch die Mitarbeiter hätten Lebensmittelzuteilungen erhalten.<sup>2396</sup> In dem Bericht des Kassenprüfers hielt er fest, dass Michal Weichert für die *JUS* allein zeichnungs- und für die Konten der Organisation Verfügungsberechtigt sei.<sup>2397</sup>

Auch für Michal Weichert und seine Familie waren mit der Schließung der *JSS* und vor allem mit der zweiten Eröffnung der *JUS* Änderungen verbunden. Zwar genehmigten die Besatzer – wie bereits zuvor erwähnt – im Laufe des Bestehens der Einrichtungen immer wieder Reisegenehmigungen für einzelne Mitglieder des Präsidiums der *JSS*, nach der zweiten Eröffnung der *JUS* aber, die wie dargelegt nach der „Liquidierung“ des Krakauer Ghettos erfolgte, befreiten die Besatzer Weichert vom Tragen der ihn als Juden kennzeichnenden Armbinde.<sup>2398</sup> Knapp sechs Wochen nach dem Weichert befreiten sie dessen Ehefrau Frymeta und dessen Kinder Józef und Ruth-Ellen vom Tragen der verpflichtenden weißen Armbinde mit einem blauen Davidstern.<sup>2399</sup> Die Ausweise, die diese Ausnahmeregelung bestätigten, waren für die Familie Weicherts lediglich mit dem Zusatz versehen, dass die Sperrstunde für Polen und Polinnen eingehalten werden müsse.<sup>2400</sup> Wie lange diese Ausweise für die Familie Weichert von Gültigkeit waren, ist nicht belegt, da sich keine Anordnungen oder diesen Ausweisen widersprechende Dokumente finden lassen. Es kann jedoch sein, dass Weichert durch sein Untertauchen im Juli 1944 einem potentiellen Widerspruch der Ausnahmeregelung, der eine Einweisung in ein Zwangsarbeits- oder Konzentrationslager bedeutet hätte, zuvorkam. Bereits bevor die Familie vom Tragen der Armbinden befreit war, besaß sie Ausweise, die einen gewissen Schutz vor Deportationen sichern sollte. Allerdings waren sie nicht davor geschützt, bei „Aktionen“ im Ghetto verhaftet zu werden oder die Ausweise zwischenzeitlich entzogen zu bekommen. Letzteres geschah, so berichtete Weichert. Eine von der Aufsichtsbehörde ausgestellte Bescheinigung wurde ihm beim Versuch das Krakauer Ghetto zu Verlassen durch einen Besatzer entzogen, der seine Macht habe demonstrieren wollen. Er habe seine Bescheinigung erst drei Wochen später zurückerhalten. In diesen drei Wochen habe er das Ghetto nicht verlassen können und aus diesem Grund kam in dieser Zeit die Hilfe durch die *JUS* lediglich den Zwangsarbeitenden zugute, die täglich aus dem Lager Plaszow in das mittlerweile ehemalige Ghetto geschickt wurden, um dort „aufzuräumen“.<sup>2401</sup>

---

<sup>2396</sup> Ebd., Bl. 17. Weiter hieß es in dem Prüfbericht, dass Abzüge für Sozialabgaben und Steuern in keinem Fall vorgenommen worden seien.

<sup>2397</sup> Ebd., Bl. 4f.

<sup>2398</sup> Ausweis, ausgestellt durch den HSSPF, 02.04.1943, BJ, 34/97. „*Ausweis. Der Jude Dr. Weichert ist auf Anordnung des Höheren SS- und Polizeiführers berechtigt, sich frei in der Stadt zu bewegen. Er ist vom Tragen der Armbinde befreit. Dieser Ausweis ist jederzeit widerrufbar.*“

<sup>2399</sup> Ausweise, ausgestellt durch den HSSPF, 14.05.1943, BJ, 34/97.

<sup>2400</sup> Ebd.

<sup>2401</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 60.

Für die Familie Weichert kam es trotz der Bescheinigungen noch schlimmer. So berichtete Weichert in seinen Aufzeichnungen, die er im Jahr 1944 anfertigte, über folgenden Vorfall: Während der Deportationen Ende Oktober 1942 – also in der Zeit, in der die *JUS* gerade erst gegründet und noch nicht wieder geschlossen worden war – holte eines nachts ein Mann des OD seine Frau und brachte sie zum Platz Zgody. Eine Bescheinigung die Frymeta Weichert bereits zu dieser Zeit besaß, da ihr Mann ihr diese zuvor bei der Verwaltung besorgt hatte, wurde nicht anerkannt. Weichert ging aus diesem Grund zum OD. Vor dem Gebäude traf er auf einen Sachbearbeiter des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und Kunde, die in einem Auto saßen. Er sprach die beiden Besatzer an und bat um die Freilassung seiner Ehefrau. Erreichen konnte er bei den beiden Männern nichts. Weichert verließ den Platz und versuchte von seinem Büro aus Hilfe für seine Frau zu organisieren. Um das Schicksal seines Sohns und seiner Tochter musste Weichert ebenfalls bangen. Józef wartete in seinem Arbeitskommando auf die Selektion; seine Tochter weilte bei ihrer Arbeitsstätte im Ghetto. Zunächst telefonierte Weichert im Büro mit der Dienststelle des BdS. Dort sicherte man ihm Hilfe zu. Einige Zeit später verließ er das Büro und ging erneut zum Ordnungsdienst. Dort bat er abermals um die Freilassung seiner Ehefrau und einiger seiner Mitarbeiter. Der Sachbearbeiter des Kommandeurs der Sicherheitspolizei schickte Weichert gemeinsam mit einem OD-Mann zum Plac Zgody. Er sollte bei Kunde um die Freilassung seiner Familie bitten. Der OD-Mann trug das Anliegen vor. Kunde allerdings schickte sie harsch weg, sodass sie ohne ihr Ziel erreichen zu können den Platz verlassen mussten. Der Weg führte ihn wieder in sein Büro. Von dort kämpfte Weichert weiter um das Überleben seiner Familie und seiner Mitarbeiter. Solange die „Aktion“ lief, so hatte ihm der OD-Mann geraten, sollte er alle im Haus des Judenrates unterbringen. Doch dieses Gebäude konnte er mit den im Büro anwesenden Mitarbeitern gar nicht erreichen, denn nach kurzem Weg versperrte man ihnen die Straße und die Gruppe musste in das Büro zurückkehren. Die Szene wiederholte sich in ähnlicher Weise etwas später nochmal. Schließlich gelangten die Mitarbeiter der *JUS* zum Haus des Judenrates, wo sie sich in Sicherheit wähnten. Das Schicksal seiner Frau und seiner beiden Kinder war zu diesem Zeitpunkt noch ungewiss. Um 16 Uhr verbreitete sich im Ghetto die Nachricht, dass die „Aktion“ beendet sei und alle nach Hause zurückkehren könnten. Keiner glaubte den Gerüchten. Doch Dawid Gutter, der zu diesem Zeitpunkt in Krakau Vorsitzender des Judenrats war, bestätigte es persönlich. Und noch mehr: Er teilte Weichert mit, dass seine Frau nicht deportiert worden sei. Sie wartete bereits zuhause auf ihn. Kurze Zeit später kehrte auch der Sohn Józef von seiner Arbeit im Kabelwerk zurück. Am Morgen hatte er mit seiner Gruppe lange am Ghattotor warten müssen. Dort hatte sie bereits einer ihrer Vorgesetzten aus dem Kabelwerk erwartet, der es erreichte, dass diese Gruppe von der Deportation verschont wurde. Die Tochter arbeitete in einer Arbeitsstätte des SSPF. Vor dem Gebäude wachte ein Funktionär der Besatzer, der niemanden in das Gebäude ließ. Aus diesem Grund fand dort

keine „Selektion“ statt. Deshalb kehrte auch Weicherts Tochter Ruth-Ellen wohlbehalten nach Hause zurück.<sup>2402</sup> Für die Jahre 1943 und 1944 gab Edmund Seyfried, der Direktor des PHA, auf den an gegebener Stelle in seiner Rolle für die JUS noch genauer einzugehen ist, an, dass Weichert ständig von der Gefahr in ein Lager deportiert zu werden bedroht wäre.<sup>2403</sup> Wie nur diese eine Situation aus dem Oktober 1942 und die Aussage Seyfrieds illustriert, war die Familie Weichert – trotz ihrer im Vergleich mit dem allergrößten Teil der jüdischen Bevölkerung – absolut herausgehobenen und durch die Position Weicherts absolut privilegierten Stellung, nicht vor der Verfolgung durch die Besatzer sicher. Und dennoch arbeiteten alle vier bis in den Juli 1944 für die JUS. Der schon mehrfach zitierte Pankiewicz schrieb über die Hilfe der Familie Weichert bei der Tätigkeit der JUS: „*Sie [die Ehefrau Weicherts, Anm. A.S.] half zusammen mit ihrer Tochter und ihrem Sohn ständig bei der schweren Arbeit ihres Mannes. Sie stellte Listen von Medikamenten zusammen und vervollständigte Hunderte von kleinen Apotheken, die in alle jüdischen Lager geschickt wurden und dahin, wo Juden kaserniert waren. Sehr viele Menschen verdanken ihr Leben eben diesen Menschen.*“<sup>2404</sup> Auch auf die Tätigkeit von Weichert selbst geht Pankiewicz ein:

„Unter ständiger Lebensgefahr überbrachte er Korrespondenz oder Geld, das er von Polen für Juden erhalten hatte. Die Briefe und Geldsendungen gingen durch unsere Apotheke und über seine Vermittlung weiter in die Lager. Die überbrachten Medikamente und Lebensmittel retteten viele Menschen vor dem sicheren Tod. Jeden Abend, wenn sich Dr. Weichert schlafen legte, wußte er nicht, ob er den nächsten Tag erleben würde. Immer wieder waren Drohungen gehört worden, daß man ihn umbringen wollte, und das besonders seit man laut darüber sprach, in Plaszów eine Baracke für die Zwecke der Jüdischen Unterstützungsstelle zu bauen. Die polnische Untergrundorganisation RPZ arbeitete eng mit Dr. Weichert zusammen. Sie half den Juden, die in verschiedenen Lagern verstreut waren. Diese Hilfe reichte sogar bis über die Grenzen des Generalgouvernements hinaus. Göth konnte die Maßnahmen des Roten Kreuzes und der Zivilbehörden, die Dr. Weichert betrafen, nicht ertragen. Er zeigte eine so feindselige Haltung, daß diese nichts Gutes prophezeite für den Zeitpunkt, ab dem sich Weichert in Plaszow befand. Im Juli 1944 während der panischen Flucht der deutschen Truppen von der Ostfront, beschlossen die Behörden der SS, die Einrichtung der Jüdischen Unterstützungsstelle zu liquidieren. Von dem Tag an, an dem er darüber informiert worden war, übernachtete Weichert mit seiner Familie nicht mehr bei sich zu Hause. Die Warnung erwies sich als richtig. Eines Morgens fuhren Autos mit SS-Männern vor, um den Doktor zu verhaften. Nur seine Abwesenheit vom Gebäude der Jüdischen Unterstützungsstelle rettete ihn vor dem sicheren Tod.“<sup>2405</sup>

Neben der Tätigkeit Michal Weicherts, seiner Ehefrau und seiner beiden Kinder in der Organisation investierte er sein privates Vermögen in die Tätigkeit der JUS.<sup>2406</sup> In dem Prüfbericht, den die Regierung in Auftrag gab, hielt man für die Arbeit Weicherts als Vorsitzender der JUS fest: „*Der als Leiter der ‚JUS‘ eingesetzte Jude, Dr. Weichert, hat nach allen Eindrücken und Feststellungen der Prüfung sich mit gutem Geschick und Erfolg bemüht, die Warenverteilungsfunktion der ‚JUS‘ mit größtmöglichem Nutzeffekt*

<sup>2402</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 2, Bl. 55–63.

<sup>2403</sup> AŽIH, 301/6937.

<sup>2404</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 276.

<sup>2405</sup> Ebd., S. 274.

<sup>2406</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 10.

für die zu betreuenden Arbeitslager und sonstigen Bedarfsträger wahrzunehmen.“<sup>2407</sup> Doch nicht nur die eigene Verfolgung und die seiner Familie wird Weichert belastet haben. Immer wieder bekam er auch in dieser Zeit über Briefe das Schicksal anderer Menschen vor Augen geführt, wenngleich die Suche nach Verwandten von im Ausland lebenden Juden und Jüdinnen auf dem Gebiet des Generalgouvernements nicht mehr zu den Aufgaben der JUS zählte.<sup>2408</sup> Diese Korrespondenz zwischen der JUS – beziehungsweise ihrem Leiter – und Privatpersonen aus dem Ausland sei nur exemplarisch für viele andere Briefe, die in Krakau ankamen, herausgegriffen. Sie zeigt unter anderem, dass die JUS über das Generalgouvernement hinaus Bekanntheit erlangte, da man Briefe manchmal gezielt an die JUS und nicht etwa nach Herbst 1942 noch an die JSS richtete. So fragte die Pragerin Marta Mandys, ob es überhaupt möglich sei ihre Mutter Olga Guth abgefahren Anfang September 1942 von Theresienstadt ausfindig zu machen.<sup>2409</sup> Aus Istanbul langten ebenfalls Briefe ein, wenn auch unter der Anschrift „*Krakauer Jüdische Selbsthilfe*“, aus denen hervorgeht, dass man dort sowohl von der Schließung als auch von der Eröffnung der Hilfsorganisation Kenntnis hatte: „*Es wurde mir bekannt gegeben, dass Sie wieder die Erlaubnis erhielten, die Tätigkeit fuer die Arbeitslager aufnehmen zu dürfen und, dass Sie ersuchten, man moechte Lebensmittel etc. notwendige Dinge senden.*“<sup>2410</sup> Und auch aus Ungarn erreichten die JUS – wenngleich an die JSS adressiert – flehentliche Bitten, Auskunft über Familienangehörige zu erhalten, von denen man vermutete, dass die NS sie in das Generalgouvernement deportiert hatte und bat ihnen Hilfe angedeihen zu lassen.<sup>2411</sup> Für alle anderen angeführten Hilfesuche und viele andere solcher Art mehr sei an dieser Stelle lediglich die Antwort auf das letztgenannte Gesuch angeführt: „*Ihr Schreiben vom 5. III. l.J., das uns vor kurzem eingebracht wurde, konnte nicht beantwortet werden, da die J.U.S. infolge der Neuordnung der Judenlager und Judenwohnbezirke im G.G., zu jener Zeit untätig war. Gegenwaertig durfte sie mit Genehmigung der zustaendigen Behoerden ihre Taetigkeit wieder aufnehmen. Diese erstreckt sich vorlaeufig auf die Vermittlung von Liebesgaben aus dem neutralen und befreundeten Ausland fuer die Juden im G.G. Die Nachforschungen nach dem Verbleib von Juden im G.G. liegen ausserhalb unseres Taetigkeitsbereiches. Wir bedauern daher Ihnen mit den gewuenschten Informationen nicht dienen zu koennen.*“<sup>2412</sup> Neben den Bitten um Auskunft über Verwandte, von denen man eine Deportation in das Generalgouvernement vermutete, gab es verzweifelte Menschen in ganz Europa, die direkt gepackte Pakete für ihre Liebsten sandten und die JUS darum baten die Hilfe an die Verwandten weiterzugeben:

<sup>2407</sup> Ebd., Bl. 18.

<sup>2408</sup> Dieser Bereich zählte nicht mehr zu den Aufgaben der Organisation. Kurz Beachtung soll ihm dennoch am Ende dieses Abschnitts geschenkt werden, denn auch weiterhin kamen Briefe von verzweifelten Menschen aus dem Ausland an, die nach ihren Verwandten suchten. So beeinflusste diese einstige Aufgabe sicher auch die Tätigkeit der JUS, da Michal Weichert die Briefe der im Ausland lebenden Juden und Jüdinnen dennoch beantwortete, wenngleich eine Suche nach den Menschen nicht mehr möglich war.

<sup>2409</sup> Marta Mandys, Prag, wohl an JUS, 17.06.1943, AŽIH, 211 aneks/99, Bl. 5.

<sup>2410</sup> Maria Bauer, Istanbul, an „*Krakauer Jüdische Selbsthilfe*“, 26.06.1943, AŽIH, 211 aneks/99, Bl. 6.

<sup>2411</sup> Janka Munk, Pecs/Ungarn an JSS [zu der Zeit bereits JUS], 05.03.1943, GFHA, Collections Section/1155.

<sup>2412</sup> Abschrift Weichert an Janka Munk, Pecs betr. „*Suchaktion*“, 18.06.1943, GFHA, Collections Section/1155.

„Anbei ein kleines Liebesgabenpaket mit der flehentlichen Bitte, dasselbe an meine Mutter weiterzuleiten. Meine Mutter, die schwer erkrankt war, ist im Dezember 1942 nach Theresienstadt abgegangen. Sie heisst Olga Herrmann, geborene Traub. Von Theresienstadt wurde sie [...] unbekannten Orts abgeschoben, vielleicht nach Ostrowo oder Birkenau. Sollten Sie nicht in der Lage sein das Päckchen an meine Mama weiterzuleiten, so wollen Sie es für die J.U.S. verwenden. Für Spesen lege ich RM 2 bei. Ich bin verzweifelt, da ich heuer von meinen Eltern und Geschwistern nicht das Geringste weiss u. bin ganz ratlos, wie ich ihnen helfen koennte, ob sie überhaupt noch leben. Haette ich doch zumindest ein Lebenszeichen. Wollen Sie, sehr geschaeztter Herr Doktor, nicht darüber ungehalten sein, dass ich mich in meiner Ratlosigkeit und Verzweiflung an Sie wende. Hoffentlich werden Sie mich verstehen und mir einen Weg weisen, wie ich die Adresse meiner Mama ermitteln koennte. Vielen, vielen Dank für Ihre Mühe und Verständnis. [...] Beilage: RM 2. Für weitere Kosten würde ich mit Vergnügen aufkommen.“<sup>2413</sup>

Auch dieses Schreiben beantwortete die *JUS* ablehnend, da, wie bereits dargelegt, die Nachforschung nach Familienangehörigen nicht mehr zu den Aufgaben der *JUS* zählte. Allerdings leitete man die Hilfspakete die gesandt wurden an ein Lager weiter, in dem Ärzte sie Kranken zur Verfügung stellten. Als Beleg legte man der Antwort eine Quittung eines Lagerarztes bei.<sup>2414</sup> Nachforschungen nach Verwandten führte die *JUS* nicht mehr durch. Die meisten Ghettos waren aufgelöst – die Menschen getötet oder zur Zwangsarbeit in Lager deportiert worden. Insassen eines dieser Lager kam das Päckchen zugute, das Vlasta Slezacka für ihre Mutter geschickt hatte. Das Aufgabenspektrum der *JUS* hatte sich verändert. Nicht nur durch die Anordnung der Besatzer, die die Belieferung der Lager offiziell als eine der Aufgaben der *JUS* definiert hatten, was für die *JSS* in der Form nie festgeschrieben war. Auch durch die allgemeinen Umstände – die Besatzer waren von der indirekten zur direkten Vernichtung übergegangen – legten es nahe, dass die Mitarbeiter der jüdischen Organisation nicht mehr in der Form arbeiten konnten, wie sie es vielleicht noch 1940 oder 1941 getan hatten. Die Belieferung der Lager mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidern, war eine der Hauptaufgaben der *JUS*.

### III.2.2 Die Lieferungen in die Lager<sup>2415</sup>

Da die Tätigkeit der *JUS* vom Dezember 1942 bis ins Frühjahr 1943 durch die Besatzer untersagt war, ist es naheliegend, dass die durch die *JSS* zuvor aufgebaute Kommunikationsinfrastruktur, die die *JUS* in der kurzen Zeit ihres ersten Bestehens im Jahr 1942 noch nutzen konnte – auch bedingt durch die „Liquidierung“ der Ghettos und der damit verbundenen Deportation der Mitglieder der

<sup>2413</sup> Abschrift Vlasta Slezacka, Policka Tschechien an Weichert, 11.07.1943, GFHA, Collections Section/1158.

<sup>2414</sup> Abschrift Weichert an Vlasta Slezackove, Policka Protektorat betr. „*Liebesgabenpaket für Frau Olga Herrmann*“, 28.07.1943, GFHA, Collections Section/1158. „*Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes vom 11.ds. und des dort angekündigten Päckchens, das uns gestern ausgeliefert wurde. Da Nachforschungen nach dem Verbleib von Juden im Generalgouvernement nicht zu unserem Tätigkeitsbereich gehören, sind wir leider nicht in der Lage, den Aufenthaltsort Ihrer Frau Mutter zu ermitteln und das Päckchen an sie weiterzuleiten. Gestützt auf Ihre Einwilligung, haben wir das Päckchen dem Arbeitslager JULAG I. in Krakau für die Krankenstube übermittelt und sprechen Ihnen im Namen der Beschenkten unseren aufrichtigen Dank aus. Eine Empfangsbestätigung legen wir bei.*“ Dazu auch Abschrift der Empfangsbestätigung von Lagerarzt Dr. Kolm, 28.07.1943, GFHA, Collections Section/1158; deren Wortlaut: „*Wir bestätigen hiermit den Empfang eines Postpaketes, das an Herrn Dr. Weichert von der Frau Vlasta Slezackove [...] gesandt wurde im Gewicht von 1.933 g enthaltend: Nudeln 47 dkg Kuchen 2 Stück Haferflocken 30 dkg Margarine 10 dkg Würfelzucker 11 dkg Ersatzzeier 1 Tüte Linsen 30 Dkg Bulion-Würfel 6 Stück.*“

<sup>2415</sup> Unter Lager sind hier sowohl alle Arten an Konzentrationslagern als auch Betriebe zu verstehen, die in den Quellen als gesonderte Kategorie behandelt werden.



Hilfskomitees und Delegaturen in Arbeitslager oder in den Tod – ab dem Jahr 1943 nur noch eingeschränkt zur Verfügung stand. Aus diesem Grund war es erforderlich, dass sich die Verantwortlichen der JUS nach ihrer erneuten Zulassung und der Wiederaufnahme der Tätigkeit einen Überblick über die Lager, die auf dem Gebiet des Generalgouvernements existierten, verschafften. Die JUS teilte dann vermutlich – das Schreiben ist nur in der Entwurfsfassung nicht aber in Ausfertigung überliefert – noch vorhandenen Ansprechpartnern mit, dass man mit Genehmigung des HSSPF und unter Aufsicht der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Tätigkeit nach „einer gewissen Unterbrechung“ wieder aufgenommen habe. *„Die Tätigkeit besteht in der Belieferung der Judenlager, der Judenwohnbezirke und der Betriebe, welche Juden beschäftigen mit Heil-, Nähr- und Desinfektionsmitteln sowie Verbandsutensilien gegen Kostenbeitrag. Wie bitten Sie höflich, uns unverzüglich mitzuteilen, ob das Judenarbeitslager dortselbst noch besteht, bejahendenfalls sich mit uns ins Einvernehmen zu setzen und jemanden event. den jüdischen Arzt zu uns zu entsenden. Sollte dies untunlich sein, werden wir Ihnen über Wunsch ein Verzeichnis der Gegenstände einsenden, über die wir gegenwärtig verfügen, damit Sie uns Ihren Bedarf unter Angabe der Anzahl der jüdischen Lagerinsassen, getrennt nach Männer, Frauen und Jugendlichen bekanntgeben, woraufhin wir Ihnen das Gewünschte nach Massgabe unserer Vorräte gegen Nachnahme des Kostenbeitrages werden zukommen lassen.“*<sup>2416</sup> Zudem teilte die JUS mit, dass sich ihre Geschäftsstelle jetzt in der Józefińskas-straße 2 a befinde und bat um Informationen über weitere Arbeitslager, die sich ebenfalls in der Gegend des Adressaten befanden.<sup>2417</sup> Ob dieses Schreiben tatsächlich abgeschickt wurde und falls ja, ob es die Empfänger, vermutlich die Hilfskomitees und Delegaturen, tatsächlich erreichte, ist nicht belegt. Die Korrespondenz mit den früheren regionalen und lokalen Abordnungen der JSS spielte in der Zeit nach der erneuten Zulassung der Tätigkeit der JUS keine Rolle mehr.<sup>2418</sup> Ab dem Jahr 1943 erfolgte die Korrespondenz fast ausschließlich mit Betrieben und Lagern.<sup>2419</sup> In dem Bericht aus dem Jahr 1946 steht geschrieben, dass man die mündliche Mitteilung bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit behördlicherseits dahingehend auslege, dass die Medikamente an Arbeitslager *„über die zuständigen SS- und Polizeiführer der einzelnen Distrikte zu leiten sind.“*<sup>2420</sup> Dies habe die JUS abgelehnt und habe erklärt, dass sie eher auf jede Hilfstätigkeit verzichten würden, als sie über die SSPF, die die Ausrottungsaktionen in den Ghettos durchgeführt hätten, leiten würden. Als Vorwand habe sie angegeben, dass sie entsprechend des Wunsches der Auslandsspender den Empfangsbestätigungen die Originalquittung der jüdischen Lagerärzte zugrunde legen müsse. Nach langwährenden Unterhandlungen mit den einzelnen SSPF über die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ sei es gelungen, die unmittelbare Belieferung der jüdischen Arbeitslager in den Distrikten Krakau und

<sup>2416</sup> Abschrift/Entwurf JUS betr. *„Belieferung der Lager mit Medikamenten u.a.“*, ohne Adressat und Datum, AŽIH, 211/100, Bl. 46.

<sup>2417</sup> Ebd.

<sup>2418</sup> Vgl. dazu v.a. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>2419</sup> Vgl. Urzędowa książka pocztowa, JNL, Arc. Ms. Var. 371/XI 9, passim.

<sup>2420</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

Warschau zu erwirken, während man sich mit sieben Lagern im Distrikt Lublin unter Umgehung des zuständigen SSPF direkt in Verbindung setzte. Im Distrikt Galizien habe es zu jener Zeit nur noch ein Lager in Drohobycz/Drohobytsch gegeben, das kurz vor der Liquidierung gestanden habe und von der JUS lediglich noch einmal beliefert werden konnte.<sup>2421</sup> Das Betreten der Arbeitslager sei für jedermann, sogar für Deutsche, strengstens untersagt gewesen. Der Leiter der JUS habe es allerdings verstanden, so hieß es in dem Bericht aus der Nachkriegszeit, sich unter immer wieder neuen Vorwänden den Zugang in die in und um Krakau gelegenen Lager verschaffen. Er habe dabei nicht nur Besprechungen mit Lagerärzten, Magazin- und Küchenverwaltern abgehalten, sondern unterhielt sich mit einzelnen Lagerinsassen und habe für sie „*mancherlei Geschäfte*“ erledigt.<sup>2422</sup> So habe er, laut Pankiewicz, Korrespondenz oder Geld, das er von der polnischen Bevölkerung für Juden und Jüdinnen erhalten habe, ins Lager gebracht. Die Geldsendungen seien durch seine Apotheke gegangen, und durch Weicherts Vermittlung weiter in die Lager. Medikamente und Lebensmittel seien ebenfalls in Lager gebracht worden, diese „*retteten viele Menschen vor dem sicheren Tod*.“<sup>2423</sup> Der erste Transport der JUS an das Lager Plaszow erfolgte am 12. Mai 1943.<sup>2424</sup>

Ende Juni 1943 setzte sich Weichert mit den SSPF in den Distrikten über die Aufsichtsbehörde in Verbindung und teilte diesen mit, dass die JUS mit Genehmigung des HSSPF unter Aufsicht der Regierung die bestehenden Arbeitslager und die noch bestehenden Ghettos mit Medikamenten und Nahrungsmitteln versorge, die aus ausländischen Liebesgaben stammten. Mit der Mitteilung der Belieferung verband die JUS die Bitte die Anzahl der in jedem Lager befindlichen Juden und Jüdinnen zu erhalten, „[u]m eine gerechte und rationelle Verteilung vornehmen zu können“. Zudem bat die JUS um die Anschriften der Lager. Weiter hieß es:

„Der SS- und Polizeiführer im Distrikt Krakau hat mir die erwachten Daten mitgeteilt und ich stehe bereits mit den meisten Lagern im Krakauer Distrikt in direktem Verkehr, manche von ihnen werden schon von mir regelmässig mit Medikamenten und Naehrmitteln aus den Bestaenden der JUS versehen. Auch einzelne Lager in anderen Distrikten haben sich bereits an die JUS um Medikamente gewendet. Ich beabsichtige nunmehr an der Belieferung der anderen Lager und Judenwohnbezirke im Generalgouvernement heranzutreten und gestatte mir daher ergebenst zu bitten, der SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau, /Lublin, Radom, Galizien/ moege mir die Anknuepfung eines Kontakts mit den Lagern und Judenwohnbezirke im Distrikt Warschau /Lublin, Radom, Galizien/ ermoeeglichen. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass die Angaben streng vertraulich behandelt werden und ich Grund habe anzunehmen, dass die Liebesgaben aus dem neutralen Auslande Medikamente und Naehrmittel enthaltend, mir fuer die Juden im GG ueber das Deutsche Rote Kreuz auch weiterhin in gewissen Zeitumständen zukommen werden.“<sup>2425</sup>

Im Juli 1943 wandte sich die JUS abermals mit einer Bitte an den HSSPF. Laut Aussage der Lagerführer mache sich ein Mangel an Kleidung bemerkbar. An einigen Stellen hätten die Besatzer „*sogar*

<sup>2421</sup> Ebd.

<sup>2422</sup> Ebd.

<sup>2423</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 274.

<sup>2424</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 56.

<sup>2425</sup> Abschrift JUS an den SSPF im Distrikt: Warschau, Lublin, Radom und Galizien über BuF betr. „*Belieferung der Jüdischen Arbeitslager und Judenwohnbezirke mit Medikamenten*“, 25.06.1943, AZIH, 211/85, Bl. 17. Auch vorhanden in YVA, O.21/17-1, Bl. 14.

die Beseitigung der ungenügend Bekleideten angedroht.“ Der Plan der JUS war es dieser Situation Abhilfe zu verschaffen und im Ausland eine Sammelaktion für Kleidung durchzuführen. Die JUS bat deshalb um die Erlaubnis, „dass den Juden in den Arbeitslagern gestattet wird, Anforderungen von Kleidungs- und Wäschestücken auf vorgedruckten Formularen – etwa ähnlich wie es Häftlingen erlaubt ist – an die JUS mit der Angabe der Anschrift ihrer Verwandten im Auslande einzusenden.“ Die Person im Ausland, die ihren Verwandten mit Kleidern und Wäsche helfen werde, werde dann angehalten werden, das gewünschte Stück doppelt zu senden, eines für den Verwandten und das zweite für einen in demselben Lager befindlichen Mensch, der keine Verwandten im Ausland hat. Der Aufenthaltsort und die Anschrift des Bittenden werde dem Spender nicht mitgeteilt, dagegen sollte dieser eine auf vorgerucktem Formular enthaltene Quittung sowohl seitens seines Verwandten als auch jedes Beschenkten erhalten. Die Quittung würde folgenden Wortlaut haben: „Ich bin gesund, arbeite und habe nachstehende Gegenstände im guten Zustand erhalten .....“ Diese Quittung würde dann über die JUS an die ausländischen Organisationen gesandt werden.<sup>2426</sup> Dieser Anfrage erteilten die Besatzer allerdings, laut eines Berichts aus der Nachkriegszeit, eine Absage.<sup>2427</sup> In einem der Tätigkeitsberichte aus dem Herbst 1943 berichtete die JUS, dass aufgrund des herannahenden Herbstes und Winters durch die JUS veranlasst wurde, eine Kleidungsbeihilfe vorzubereiten. Mit Zustimmung der zuständigen Behörden habe man vom PHA einige hundert Stück Kleider und Wäsche käuflich erworben. Diese Menge stand jedoch in keinem Verhältnis zu dem immensen Bedarf, der unter den notleidenden Menschen in den Lagern herrschte. Aus diesem Grund habe sich die JUS an die sie unterstützenden Organisationen im neutralen Auslande mit einem Appell gewandt, dass sie eine Sammelaktion von gebrauchten Kleidern zu Gunsten der JUS im Auslande unternehmen.<sup>2428</sup> Ein Bericht aus dem Jahr 1944 widerspricht dem allerdings. Im Juli des Jahres schrieb die JUS, dass die ausländischen Hilfsorganisationen gebeten werden sollten ihre Hilfstätigkeit auf die Bekleidungshilfe auszudehnen.<sup>2429</sup> Noch im Jahr 1943 wandte sie sich nochmals an die SSPF in den Distrikten betreffend der Belieferung der Lager mit Medikamenten.<sup>2430</sup> Zunächst teilte man abermals mit, wie die JUS zustande kam und was ihre Aufgaben waren, so wie es bereits in einem früheren Schreiben an die genannten

<sup>2426</sup> Abschrift Weichert an den HSSPF im GG über BuF betr. „Sendung von gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücken aus dem Ausland für Juden in den Arbeitslagern im G.G.“, 22.07.1943, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 62f. Auch vorhanden in YVA, O.21/17-1, Bl. 15 sowie GFHA, Collections Section/1588. Mit abweichender Datierung auf den 27.07.1943 aber sonst gleichlautend ebenfalls zu finden in AŽIH, 211/85, Bl. 36f. sowie GFHA, Collections Section/1588.

<sup>2427</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2428</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2429</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2430</sup> Kopie wohl JUS an den SSPF im Distrikt Warschau, Lublin, Galizien betr. „Belieferung der Judenarbeitslager mit Medikamenten“, ohne Datum, AŽIH, 211/85, Bl. 16. Wohl gegen Ende 1943 geschrieben, da in dem Text u.a. die Rede von der Medikamentenliste Nr. VII ist.

Adressaten der Fall war.<sup>2431</sup> Laut Anfrage wurden „*bereits von der JUS sämtliche Judenarbeitslager in den Distrikten Krakau und Radom und einzelne im Distrikt Lublin mit Medikamenten regelmässig beliefert.*“<sup>2432</sup> Nun wollte man den übrigen Lagern die beiliegenden Listen I bis VII – es handelt sich um Medikamentenlisten, auf die im Folgenden noch genauer einzugehen ist – zukommen lassen. Man bat aus diesem Grund die SSPF in den Distrikten, der JUS eine direkte Belieferung der Lager in dem entsprechenden Distrikt zu ermöglichen: „*Wir erlauben uns darauf aufmerksam zu machen, dass die mit uns im Verkehr stehenden Lager – ihren Mitteilungen zufolge – die besten Erfahrungen mit den erhaltenen Medikamenten gemacht haben, indem sie die Arbeitsfähigkeit erkrankter Juden in kürzester Zeit herstellen konnten.*“<sup>2433</sup> Auf dieses Schreiben regierte mindestens ein SSPF aus dem Distrikt Radom. Allerdings scheint die Anforderung der Medikamente so hoch gewesen zu sein, dass die JUS sie nicht erfüllen konnte.<sup>2434</sup> Ferner wies sie darauf hin, dass die Richtlinie der Verteilung von Medikamenten – durch die Aufsichtsbehörde und den HSSPF – dahin festgelegt worden sei, dass die JUS die aus dem Ausland erhaltenen Spenden auf Grund der Anforderungen durch jüdische Lager- und Betriebsärzte über die Lagerführer beziehungsweise Betriebsleiter nach Massgabe der Vorräte gegen einen Kostenbeitrag zur Verteilung bringe.<sup>2435</sup> Aus diesem Grunde bat die JUS, mit Verweis auf den SSPF Krakau, der dies bereits getan habe, auch den SSPF in Radom um die bereits erwähnten Unterlagen der Arbeitslager und Betriebe mit der Angabe der Anzahl der beschäftigten Juden und Jüdinnen und führte dabei exemplarisch die Belieferung von Lagern in und um Krakau sowie in anderen Distrikten an und schloss mit der Bitte in Radom ebenfalls so verfahren zu dürfen.<sup>2436</sup>

Nach ihrer Wiederzulassung belieferte die JUS am 12. Mai 1943 das erste Arbeitslager mit Medikamenten und Nahrungsmitteln. Bis zum 31. Juli des Jahres hatte man bereits 81 Transporte an 34 Arbeitslager, Ghettos und Betriebe zur Versendung gebracht.<sup>2437</sup> Die Transporte enthielten überwiegend Medikamente; daneben auch Verbandstoffen. Die Arbeitslager und Ghettos bekamen größere Zuteilungen, die Betriebe geringere, „*immerhin soviel, um für die Betriebsunfälle und Betriebskrankheiten gewappnet zu sein.*“ Unter den Medikamenten befanden sich solche Heilmittel, die geeignet waren „*in kürzester Zeit die Arbeitsfähigkeit des Erkrankten herzustellen [...]*.“<sup>2438</sup> Zudem konnten

<sup>2431</sup> Vgl. Abschrift JUS an den SSPF im Distrikt: Warschau, Lublin, Radom und Galizien über BuF betr. „*Belieferung der Jüdischen Arbeitslager und Judenwohnbezirke mit Medikamenten*“, 25.06.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 17. Auch vorhanden YVA, O.21/17-1, Bl. 14.

<sup>2432</sup> Kopie wohl JUS an den SSPF im Distrikt Warschau, Lublin, Galizien betr. „*Belieferung der Judenarbeitslager mit Medikamenten*“, ohne Datum, AŽIH, 211/85, Bl. 16.

<sup>2433</sup> Ebd.

<sup>2434</sup> Abschrift JUS an SSPF im Distrikt Radom betr. „*Lieferung von Medikamenten*“, 25.08.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 40. „*[T]eilen wir ergebenst mit, dass wir schon aus technischen Gründen ausserstande sind, derartige Mengen zu liefern.*“

<sup>2435</sup> Ebd.

<sup>2436</sup> Ebd.

<sup>2437</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der JUS vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f. Von den 34 Betrieben erhielten 17 einmal, sieben zweimal, vier dreimal, zwei sechsmal, einer siebenmal und einer sogar elfmal Zuteilungen.

<sup>2438</sup> Ebd.

Nährmittel, wie Kondensmilch, Navitol, Maggi-Suppe und Pulvermilch zur Verteilung gebracht werden: „Insbesondere fand die Belieferung mit stark gezuckerter Kondensmilch schweizer Provenienz /Nestlé/ lebhaften Zuspruch.“<sup>2439</sup> Desinfektions- und Desinsektionsmittel sowie medizinisches Instrument zählte ebenso zu den Lieferungen.<sup>2440</sup> Innerhalb der ersten Monate nach Wiederzulassung fertigte man drei Listen mit den in den Magazinen der JUS vorhandenen Gegenständen an und schickte diese an die Lager.<sup>2441</sup> Diese Listen verfasste man über den kompletten Zeitraum des Bestehens der JUS, vervielfältigte sie und sandte an die zuständigen Stellen in den Lagern.<sup>2442</sup> Auf einigen dieser Listen finden sich etwas größere berichtsartige Abschnitte, die den Empfängern in den Lagern eine genauere Auskunft über die Tätigkeit der JUS gaben.<sup>2443</sup>

In den Monaten August und September erfuhr die Tätigkeit der JUS eine weitere Ausdehnung. Die Zahl der belieferten Arbeitslager und Betriebe war auf 47 angewachsen und die Zahl der abgefertigten Sendungen war gestiegen. In beiden Monaten gelangten 136 Transporte zur Versendung, wovon auf Medikamente und Verbandstoffe sowie Nahrungsmittel 68 Sendungen, auf Nahrungsmittel 67, auf Kleider und Wäsche eine entfielen: „Mit einer einzigen Ausnahme, wo ein geringer Teil verloren ging, sind alle Sendungen in unverringertem Zustand an Ort und Stelle eingelangt.“<sup>2444</sup> Die Ernährungshilfe startete die JUS nach der Wiederzulassung im Juli ebenfalls wieder und setzte sie in den folgenden Monaten fort. Acht Lager in und um Krakau konnten wöchentlich, mindestens in den Monaten August und September 1943, mit zusätzlichem Brot beliefert werden, das in der Bäckerei des größten Lagers aus dem Mehl der JUS gebacken wurde. Einige Werkküchen erhielten Zuteilungen von Avo- und Maggi-Suppe, die ebenso wie das Mehl aus dem Umtausch von ausländischen Genussmitteln stammte.<sup>2445</sup> Zwischen Oktober und Dezember 1943 rechnete man über den Umtausch der im Sommer aus dem Ausland angelangten Genussmittel endgültig ab und sicherte das Backen des Brotes aus dem erhaltenen Mehl für einige Monate. Die ausländischen Spenden kamen den in Lagern Gefangenen direkt zu Gute. Handelte es sich um „Genussmittel“, so tauschte die JUS diese gegen Lebensmittel des ersten Bedarfs oder gegen Geld, um davon Mehl zu kaufen.<sup>2446</sup> Und auch von April bis Juni 1944 war der Umtausch von „Genussmitteln“ gegen dringender benötigte Dinge ein Weg zur Erlangung von Material für die Hilfslieferungen in die Lager.<sup>2447</sup> Mit

---

<sup>2439</sup> Ebd.

<sup>2440</sup> Ebd.

<sup>2441</sup> Ebd.

<sup>2442</sup> Dafür, dass die Vervielfältigung der Arzneimittellisten in größerem Umfang stattfand, spricht, dass von diesen nicht nur Durchschläge existieren, sondern diese auch über Matrizen vervielfältigt wurden. Die Matrizen sind überliefert. Vgl. JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 14 „Matryce spisy leków sprawozdania“.

<sup>2443</sup> Vgl. etwa Liste Nr. IV, 20.08.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 43f.

<sup>2444</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2445</sup> Ebd.

<sup>2446</sup> Ebd.

<sup>2447</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

Zustimmung der Auslandsspender wurden die erhaltenen Genussmittel wie Tee, Kaffee, Sardinen, Feigen und dergleichen gegen Mehl eingetauscht. Um die günstigsten Bedingungen zu erzielen, veranlasste man den Verkauf dieser Genussmittel auf dem freien Markt und ebenso den Ankauf von Mehl. Da die *JUS* solche Transaktionen nicht durchführen konnte ohne sich den größten Gefahren seitens der Polizeibehörden auszusetzen, habe man dies über der *PHA* erledigen lassen: „Formell hiess es den Behörden gegenüber, dass wir mit dem Poln. Hauptausschuss Tauschgeschäfte tätigten. Auf diese Weise konnten wir z.B. für 1 kg Tee – 600 kg Mehl erhalten, welches 840 kg Brot ergaben, für 1 kleine Sardinenschachtel im Gewicht 0.12 kg – 15 kg Mehl / 21 kg Brot/. Dieses Mehl wurde in der grossen Lagerbäckerei in Plaszów und drei polnischen Privatbäckereien in Krakau zu Brot ausgebacken. Die Lager in und um Krakau erhielten allwöchentlich einige Tausend Kilogramm Brot, das völlig unentgeltlich zur Verteilung gelangte und so manche Schwerarbeiter und Kranke am Leben erhielt.“<sup>2448</sup> Zudem kaufte die *JUS* über den *PHA* aus dem Erlös für die Genussmittel ebenfalls auf dem freien Markt Mehlprodukte, wie Grieß, Grütze, Perlgrauen, Haferflocken oder Gerstengrütze. Die *JUS* errichtete in den Lagern in und um Krakau – darunter in Plaszow – diätetische Küchen, die für Kranke, chronisch Magen- und Darmleidende sowie Rekonvaleszente kochten. Aus den Bohnen die man vom *PHA* zurückerhalten hatte und die ursprünglich aus Hilfslieferungen aus der Schweiz stammten sowie aus ebendieser Quelle erhaltene Teigwaren, habe die Organisation immer weiteren Kreisen eine Zusatz-Suppe am Abend bieten können, berichtete man in der unmittelbaren Nachkriegszeit: „Ueber kurz wurden die *JUS-Suppen*‘ in einigen Lagern sehr berühmt und stark begehrt.“<sup>2449</sup> Der Umtausch erfolgte nicht nur auf dem Weg Genuss- gegen Nahrungsmittel, sondern auch gegen Geld. Man tauschte ebenso Medikamente für die man keinen Bedarf hatte gegen solche, die man dringender benötigte. Der Tausch erfolgte nicht nur mit dem *PHA*, sondern auch mit den Sanitätsbehörden der Besatzer.<sup>2450</sup> Der Umtausch von Medikamenten ist bis in den März 1944 belegt.<sup>2451</sup>

Zwischen August und September 1943 weitete man die Versorgung der Gefangenen dahingehend aus, dass nicht nur die Kranken und Rekonvaleszenten „weissen gezuckerten Kaffee aus [...] Kondensmilch“ erhielten, sondern auch Gruppen von Schwerst- und Schwerarbeitern für diese allerdings nur zwei Mal pro Woche; die Kranken erhielten weiterhin tägliche Rationen.<sup>2452</sup> Neben der Verteilung von Nahrung und Medikamenten konnte die *JUS* auch Bekleidungshilfe leisten. So verteilte sie 432 Arbeiterhosen aus Beständen der *JSS*, ferner 250 Paare Holzsohlenschuhe und 6.350 Paar

<sup>2448</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2449</sup> Ebd. [Hervorhebung im Original.] „Konserven Zucker Marmelade. Aus der Schweiz erhielten wir um dieselbe Zeit ferner Fleisch- und Gemüsekonserven / 29 Kisten/ sowie Würfelzucker / 20 Kisten/, aus der Slowakei liefen einige Mal Marmeladensendungen a zehn 20-kg-Kisten ein. Sie wurden den Lagern in den Distrikten Krakau und Radom zugeführt.“ Ebd.

<sup>2450</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.

<sup>2451</sup> Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.

<sup>2452</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

Holzschuhe sowie fast 1.000 Kleidungs- und Wäschestücke, die der PHA käuflich erwarb.<sup>2453</sup> Zudem habe sie für die Lager im Distrikt Radom anregen können, dass „*zwanzig Tausend bei der Liquidierung des Ghettos gesammelten langen Judenröcke, die für andere Zwecke nicht zu verwenden waren*“ den in Lagern Gefangenen überlassen werden.<sup>2454</sup> Für eine großangelegte Kleidersammelaktion im Ausland hatte man keine Genehmigung von der Aufsichtsbehörde erhalten;<sup>2455</sup> darum hatte man sich im Juli 1943 bemüht.<sup>2456</sup>

Im letzten Quartal 1943 konnte die JUS ihre Hilfstätigkeit abermals ausweiten. Zum einen waren weitere Arbeitslager hinzugekommen die man beliefern konnte, zum anderen konnte die Zuteilung von Medikamenten, Nähr- und Nahrungsmitteln erhöht werden.<sup>2457</sup> Ein Mangel herrschte allerdings noch immer vor allem an Kleidungsstücken und Wäsche.<sup>2458</sup> Zwischen Oktober und Dezember konnten zudem Schutzimpfungen aus den Sendungen des Vereins *Bikur Chaulim* in St. Gallen sowie aus solchen aus den allgemeinen Lieferungen nachträglich ausgehändigten Impfstoff gegen Fleckfieber durchgeführt werden. Davon profitierten insbesondere das sanitäre Personal und jene Personen, die in unmittelbare Berührung mit Kranken kamen.<sup>2459</sup> Im ersten Vierteljahr des zweiten Geschäftsjahres der wiederaufgenommenen Tätigkeit der JUS nahm man Verbindung mit weiteren Lagern, mit denen man noch nicht in Kontakt war, auf, sodass zu diesem Zeitpunkt „*sämtliche Lager im Generalgouvernement, in denen Juden beschäftigt sind, regelmässig von uns mit Medikamenten, Stärkungs- und Nahrungsmitteln sowie anderen uns zur Verfügung stehenden Gegenständen beliefert werden.*“<sup>2460</sup> Ob es sich tatsächlich um „*sämtliche Lager*“ handelte ist fraglich; aber wohl jene, von denen die JUS Kenntnis hatte. In diesem ersten Quartal 1944 seien 305 Sendungen abgegangen, wovon auf Medikamente 92, auf chirurgische Instrumente und zahnärztliches Material 51, auf Stärkungsmittel 64, auf Nahrungsmittel 77, auf Kleider, Wäsche und Schuhe 21 entfielen. Insgesamt erhielten die Lager von Mai 1943 bis Ende Juni 1944 von der JUS damit 954 Zuwendungen.<sup>2461</sup> Im zweiten Vierteljahr des

---

<sup>2453</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2454</sup> Ebd.

<sup>2455</sup> Ebd.

<sup>2456</sup> Abschrift Weichert an den HSSPF im GG über BuF betr. „*Sendung von gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücken aus dem Ausland für Juden in den Arbeitslagern im G.G.*“, 22.07.1943, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 62f.; YVA, O.21/17-1, Bl. 15 sowie GFHA, Collections Section/1588. Mit abweichender Datierung auf den 27.07.1943 aber sonst gleichlautend ebenfalls zu finden AŽIH, 211/85, Bl. 36f. sowie GFHA, Collections Section/1588.

<sup>2457</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.

<sup>2458</sup> Ebd.

<sup>2459</sup> Ebd.

<sup>2460</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2461</sup> Ebd.

Jahres 1944 konnte die Hilfstätigkeit der JUS nochmals ausgeweitet werden.<sup>2462</sup> Die reguläre Hilfstätigkeit konnte bis in den Sommer 1944 fortgeführt werden.<sup>2463</sup> Über die Versendung der gelieferten Liebesgaben war die JUS stets unterrichtet. Die näher gelegenen Lager besuchte Weichert weiterhin persönlich und hatte so die Möglichkeit, Wünsche der Betreuungsorgane entgegenzunehmen. Von anderen Lagern habe die JUS Besuch von jüdischen Ärzten oder der Lagerräte bekommen, die den Mitarbeitern über die Notlage bei der Betreuung berichteten: *„Die von uns einlangenden Sendungen werden von den jüdischen Lagerärzten in Empfang genommen, mit den Spezifikationen verglichen und auf einem jeder Spezifikation beiliegenden Durchschlag quittiert. Nahrungsmittel wie Kondensmilch u.dgl. werden überdies von Einzelempfängern auf einer Liste bestätigt, die uns vom Leiter der sanitären Betreuung eingesandt wird.“*<sup>2464</sup> Zudem versandte man Medikamentenlisten – die wie bereits erwähnt teilweise Erläuterungen zur aktuellen Tätigkeit der JUS enthielten – an die der Organisation bekannten Lager.<sup>2465</sup> Der Versand der Medikamente, Nähr- und Nahrungsmittel erfolgte grundsätzlich nur auf Anforderung durch die jüdischen Lager- oder Betriebsärzte:

„Die Listen enthaltenen Gegenstände, ueber die die JUS, jeweilig verfuegt. Die Listen sind aufzuheben und etwaige spaetere Aenderungen, wie Mitteilungen ueber Streichungen sind einzutragen. Die Versendung erfolgt nach Massgabe der Vorraete gegen Erhebung eines Kostenbeitrags, der zur Deckung der Selbstkosten, Transportspesen, Verpackung u. anderer Unkosten dient. Die erste Anforderung hat Angaben ueber die Zahl der im Lager oder Betriebe befindlichen Juden sowie ueber die sanitären Einrichtungen /Krankstube, Ambulatorium, Aerzte u.dgl./ zu enthalten, in den folgenden sind nur etwaige strenge Aenderungen anzugeben. Die Bestellungen werden nach Fertigstellung entweder von der Geschäftsstelle der JUS [...] abgeholt oder auf Wunsch mit der Post versandt. Nach Empfangnahme der Sendung ist ihr Inhalt mit der gleichzeitig erhaltenen Spezifikation zu vergleichen, der der Spezifikation beiliegende Durchschlag ist vom Lager bzw. Betriebsarzt zu unterzeichnen, von der Lager- bzw. Betriebsführung zu vidieren und umgehend an die JUS zurueckzusenden. Vor Erhalt der Empfangsbestätigung wird eine neue Bestellung nicht ausgeführt. Nach Ablauf einer gewissen Zeit ist ueber die Verwendung der erhaltenen Gegenstände Bericht zu erstatten. Naehrmittel, wie Kondensmilch, Milchpulver, Lactoacao, Navitol, Larosan u.ae. duerfen nur auf aerztliche Anordnung an Kranke, Rekonvaleszente und Jugendliche gegen eigenhaendige Quittung auf einer Liste abgegeben werden, sofern sie nicht für bestimmte Gruppen zur Verwendung gelangen. In diesem Falle haben zwei Repraesentanten der Gruppe zu quittieren.“<sup>2466</sup>

In seinem Bericht schrieb der mit der Prüfung Beauftragte, dass die von der JUS verausgabten 17.000 Złoty bis in das Frühjahr 1944 *„reichlich hoch erscheinen“*. Diese Kosten resultierten aus der Belieferung der Arbeitslager, sofern die Waren nicht selbst in Krakau abgeholt worden waren: *„Die*

<sup>2462</sup> Ebd. *„Die Zahl der angeforderten Medikamente ist im steten Wachsen begriffen. Während in der ersten Berichtsperiode die Zahl der an ein Lager gelieferten Medikamente gewöhnlich 40–60 betrug, enthält gegenwärtige eine Lieferung für ein Lager für die Dauer eines Monates 120–140 Posten. Auch innerhalb der einzelnen Posten konnten die Mengen vergrößert werden. Insbesondere konnten die Nahrungsmittel weiter ausgebaut werden. Die Belieferung einzelner Lager mit Mehl bzw. Brot konnten ununterbrochen aufrechterhalten und sogar erhöht werden. Nach einigen gelungenen Versuchen im grössten Lager wurden auch in einigen anderen im Distrikt Krakau über Anregung der JUS Diätküchen für Kranke und Rekonvaleszente errichtet, die von uns dauernd mit Mehlprodukten beliefert werden, während unsere Zuteilungen von Bohnen und Marmelade für Zusatzernährung bestimmt sind.“*

<sup>2463</sup> Vgl. hierzu III.4.1.

<sup>2464</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 36f.

<sup>2465</sup> Vgl. dazu etwa Liste Nr. IV, 20.08.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 43f. oder auch Liste Nr. VIII, 20.03.1944, AŽIH, 211/85, Bl. 60f.

<sup>2466</sup> Liste Nr. IV, 20.08.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 43f.



*Höhe der Transportaufwendungen erklärt sich zu einem wesentlichen Teil daraus, dass die beiden vorhandenen gewesenen Handwagen abgabengemäss gestohlen worden sind und dass daher die Lieferungen der ‚JUS‘ innerhalb der Stadt Krakau nur in Droschken erfolgen, wobei kaum eine Droschkenfahrt unter Zl. 30,- zu stehen kam.*<sup>2467</sup> Soweit sich die Empfänger außerhalb Krakaus befanden, sei der Versand durch die Post erfolgt.<sup>2468</sup> Insgesamt brachte man auf diesem Wege zwischen der Wiedereinführung der Tätigkeit der JUS und dem Februar 1944 knapp über 400 Lieferungen zu den Bedarfsstellen.<sup>2469</sup> Für den Postpaketverkehr werden die damit verbundenen Schwierigkeiten in dem Bericht aus dem Jahr 1946 ausgeführt. Eine Schwierigkeit in der Belieferung entfernter Lager sei durch die Postvorschriften entstanden. In den Jahren 1940 und 1941 – also in der Zeit, in der die JSS existierte – errichtete man in den Ghettos Postsammelstellen, die den Postverkehr unter den Juden und Jüdinnen regelte. Im Jahre 1942 erließen die Besatzer ein Verbot an die Postämter, Postpakete von Juden und Jüdinnen entgegenzunehmen. Die Bemühungen bei der „Deutschen Post Osten“, eine Ausnahme für die JUS mit Rücksicht auf ihren karitativen Charakter zu erwirken, seien ohne Erfolg geblieben. Eine vom Beauftragten des DRK einberufene Besprechung mit der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, der „Deutschen Post Osten“, der Hauptabteilung „Gesundheitswesen“, der SS und der Gestapo habe ebenfalls kein Ergebnis gebracht. Die Lieferungen an die größeren Lager, die in der Nähe von Krakau lagen, seien von dem Leiter der JUS mit Pferdewagen ins Lager gebracht und den jüdischen Lagerapothekern und -ärzten persönlich übergeben worden, die weiter entfernt gelegenen Lager erhielten ihre Lieferungen als Bahnfrachtgut oder ließen sie mit Lastwagen abholen. Die JUS sei keineswegs gewillt gewesen, auf die Belieferung der kleineren Lager zu verzichten. Deshalb habe sie die Bemühungen so lange fortgesetzt, bis sie endlich einen Ausweg gefunden habe, der „grotesk anmutet“, so die Aussage in dem Bericht: *„als Absender der jüdischen Postpakete firmierte die ‚Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge‘. Wir liessen nämlich eine grössere Anzahl Postkarten und Adresszettel von der Abteilung BuF. in blanco abstempeln und konnten nach Bedarf ungestört die Pakete auf jedem beliebigen Postamt aufliefern. Formell war alles in Ordnung.*<sup>2470</sup> In einem anderen Bericht hieß es, dass die JUS über die Belieferung der Lager stets auf das Genaueste unterrichtet sei. Die näher gelegenen Arbeitslager würden oft und regelmäßig besucht und man habe die Möglichkeit Wünsche entgegenzunehmen und aus anderen Lagern habe man,

<sup>2467</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 16.

<sup>2468</sup> Ebd.

<sup>2469</sup> „Verzeichnis über die Zuwendungen an die einzelnen Lager seit der Wiedereinführung der JUS bis zum 15. Februar 1944“, Anlage 2 des Berichts des Wirtschaftsprüfers. Aus der Auflistung geht nicht klar hervor, ob es sich bei den einzelnen Posten um Auslieferungen oder ausgeführte Aufträge handelt. Es werden neben dem Datum der Belieferung das Lager, die Nummer des Anforderungsschreibens sowie der Gegenstand der Lieferung genannt. Da zuweilen für ein Lager mehrere Posten für ein Datum aufgeführt werden, kann es auch sein, dass eine Lieferung an ein Lager oder einen Betrieb als „Antwort“ auf mehrere Anforderungsschreiben versandt wurde, sodass nicht exakt gesagt werden kann, wie viele Lieferungen erfolgt sind, sondern lediglich die Anzahl der positiv beschiedenen und ausgeführten Anfragen genannt werden kann.

<sup>2470</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

wie bereits dargelegt, Besuch von jüdischer Ärzten oder Lagerräten bekommen.<sup>2471</sup> Für den persönlichen Kontakt zwischen den aus den Lagern für den entsandten Menschen wurde eine wochentägliche Geschäftsstunde eingerichtet, in der das persönliche Gespräch möglich war, welche die *JUS* – wohl vorrangig den Betrieben und Lagern in und um Krakau – postalisch direkt nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Jahr 1943 mitteilte.<sup>2472</sup> Über den persönlichen Kontakt oder auf dem Postweg teilten vor allem die Lagerärzte ihren Bedarf an Hilfslieferungen für das entsprechenden Lager oder den entsprechenden Betrieb mit:

„Bei der Aufstellung der notwendigen Medikamente bitte ich zu berücksichtigen, dass wir für die Arbeiter im Stahlwerk besonders Verbandzeug und Salben aller Art benötigen. Kommen doch täglich grössere oder kleinere Verletzungen vor, die wenn rechtzeitig fachgemäss behandelt, den Arbeiter kaum 1 Tag arbeitsunfähig sein lassen, die aber ohne Medikamente unsere Krankenliste auf mehrere Tage belasten. Die hohen Anforderungen der Kalk- und Sulfamid-Preperaten [sic!] möchte ich damit begründen, dass mir die Erfahrung gezeigt hat, dass zahlreiche Erkältungen, Bronchialkatarren und selbst Fälle von Lungenentzündungen durch dieses Mittel im Anfangsstadium schon erfolgreich bekämpft werden können. Da wir auch einige Arbeiter unter 18 Jahre haben, erbitte ich die Zuteilung von Vitamin ‚A‘ Preperaten [sic!]. Als Vorbeugungsmassnahme für das Lager wäre eine Typhus- und Paratyphusimpfung sehr zweckmässig. Aus gleichen Gründen wären Desinfektionsmittel in grösseren Mengen erforderlich.“<sup>2473</sup>

Die Hilfsleistungen brachte die *JUS*, wie bereits mehrfach erwähnt, auf dem Postweg oder durch die persönliche Verteilung zu den Bedürftigen.<sup>2474</sup> In seltenen Fällen holten Betriebe die angeforderten Hilfen nicht ab.<sup>2475</sup> Die Lieferungen an die Lager und Betriebe waren dann entweder als Ganzes<sup>2476</sup> oder sofern es sich um gezuckerte Kondensmilch handelte von den einzelnen bedürftigen Empfängern zu bestätigen.<sup>2477</sup> Diese einzelne Quittierung des Erhalts der Spenden war im Juli 1943 für die Spenden, die ausländische Verwandten sandten noch von den Besatzern abgelehnt worden, wenngleich damals intendiert war diese Quittungen nicht an die spendenden Einzelpersonen im Ausland zu senden, sondern an die ausländischen Hilfsorganisationen.<sup>2478</sup> Für die Kondensmilch, die aus der Schweiz gesandt wurde, war dies wenige Monate später möglich.<sup>2479</sup> Vermutlich

---

<sup>2471</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 36f.

<sup>2472</sup> Vgl. dazu etwa *JUS* an „Progress“ Löffel u. Metallw. Fabrik betr. „Zuteilung von Liebesgaben“, 14.06.1943, AŽIH, 211/104, Bl. 6.

<sup>2473</sup> Auszug aus der Anlage des Lagerarztes zum Brief der Stahlwerke Braunschweig G.m.b.H., Werk Stalowa Wola. Abt. Gesundheitswesen, 22.6.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 15.

<sup>2474</sup> Vgl. dazu etwa *JUS* an Flugmotorenwerk Reichshof betr. „Medikamentensendung“, 16.12.1943, AŽIH, 211/104, Bl. 10f. oder auch *JUS* an das Flugzeugwerk Mielec betr. „Medikamentensendung“, 22.12.1943, AŽIH, 211/104, Bl. 12f.

<sup>2475</sup> *JUS* an Metallwarenfabrik „Progress“ betr. „Unsere Liebesgaben“, 04.08.1943, AŽIH, 211/104, Bl. 8.

<sup>2476</sup> Blankoschreiben betr. „Empfangsbestätigung unserer Sendung vom ..... l.J.“, AŽIH, 211/85, B. 9.

<sup>2477</sup> Solche Quittungen sind überliefert. Unter anderem finden sich in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 16 – Pokwitowania z obozu Poniatowej solche von Lagerinsassen unterschriebenen Quittungen. Es handelt sich dabei um Quittungen aus dem August und September 1943. An die Lagerinsassen wurde jeweils eine Büchse Kondensmilch ausgegeben, für die die Menschen unterschreiben mussten, dass sie diese Büchse unentgeltlich erhielten. In der Akte finden sich für die beiden genannten Monate für das eine Lager über 350 Einzelquittungen.

<sup>2478</sup> Abschrift Weichert an HSSPF im GG über BuF betr. „Sendung von gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücken aus dem Ausland für Juden in den Arbeitslagern im G.G.“, 22.07.1943, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 62f. YVA, O.21/17-1, Bl. 15 sowie GFHA, Collections Section/1588. Mit abweichender Datierung auf den 27.07.1943 aber sonst gleichlautend ebenfalls zu finden AŽIH, 211/85, Bl. 36f. sowie GFHA, Collections Section/1588.

<sup>2479</sup> Vgl. dazu etwa Pokwitowania z obozu Poniatowej, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 16.

fürchteten die Besitzer um die Zuweisung dieser für die Schwächsten der Schwachen unter den Zwangsarbeitenden gedachten Zuteilungen, wenn der Erhalt der kalorienreichen Milch durch den Einzelnen und der Versand der Quittungen an die ausländischen Hilfsorganisationen ausbleiben sollten. Die Empfangsbestätigungen forderten die Spender aus dem Ausland dringend ein.<sup>2480</sup> Solche Empfangsbestätigungen sind als Durchschläge sehr häufig überliefert, wenngleich diese meist nicht von den einzelnen Empfängern der Liebesgaben aus den Lagern, sondern von der Leitung der *JUS* stammen.<sup>2481</sup> Die ausländischen Organisationen knüpften den Versand weiterer Hilfssendungen an den Erhalt der Empfangsbestätigungen von vorherigen Sendungen.<sup>2482</sup> Um diese Quittungen an die ausländischen Hilfsorganisationen senden zu können, musste der Kontakt zwischen der *JUS* und den in den Lagern für die Annahme der Lieferungen verantwortlichen Personen eng sein. Ende März 1944 berichtete die *JUS*, dass der Kontakt mit den einzelnen Lagern im Laufe der Zeit immer enger wurde und die Belieferungen dadurch regelmäßiger: *„Die überaus anregenden Rück- äusserungen der jüdischen Lagerärzte auf ein Rundschreiben von uns vom 3. Januar betreffens Wünsche der Lager- betreuung dienen uns als Grundlage für unsere Anforderungen an die unterstützenden Organisationen im Ausland und als Material beim Umtausch an Ort und Stelle.“*<sup>2483</sup> Die Zuteilungen an die einzelnen Lager erfolgten auf Grund der Anforderungen der jüdischen Lagerärzte je nach Stand und Bedarf des betreffenden Lagers.<sup>2484</sup> Immer wieder sandten Lagerärzte Berichte und Briefe an die *JUS*, in denen sie vermerkten, wie nützlich die Hilfslieferungen für ihre Arbeit waren. Diese Schriftstücke zitierte man in den Berichten der *JUS*, die diese unter anderem an die ausländischen Hilfsorganisationen sandten. Die folgenden Zitate aus Briefen stehen exemplarisch für eine Reihe weiterer Zitate, die sich in sehr vielen Tätigkeitsberichten finden:

„Die *JUS* sendet die notwendigsten und für die Betreuung der Kranken wichtigsten Medikamente. [...] Wir sind in der Lage durch die Zusendungen der *JUS* fast alle im Lager vorkommenden Erkrankungen zu behandeln. Die medikamentöse Behandlung wird in vielen Fällen durch die zugesandten Nahrungsmittel unterstützt. Kondensmilch, Trockenmilch und Lactocao wird den Kranken als Zubusse zugewiesen. Die in der letzten Zeit uns zugesandten Nahrungsmittel wie Gries[s], Haferflocken, ermöglichen uns eine Diätküche für Magen-, Darm- und Nierenkranke zu

<sup>2480</sup> Auszug aus dem Brief der OSE, Genf vom 12. Mai 1942, 02.06.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 19. *„Ich bitte Sie dringend, mir eine schon vor lange versprochene Aufstellung aller Medikamente, welche Sie von mir durch Vermittlung des Roten Kreuzes in Genf im Laufe des Jahres 1942 erhalten hatten. Ich bitte Sie, auch fernhin jedesmal nach Empfang von Medikamenten und Lebensmitteln aus Genf nicht nur an das Rote Kreuz, sondern auch direkt an mich die Empfangsbestätigung zu senden, die ich sehr notwendig habe um auch meinen Geldgebern vorzuzeigen.“*

<sup>2481</sup> Vgl. dazu etwa Empfangsbestätigung [wohl für OSE], 29.04.1944, GFHA, Holdings Registry/6202.

<sup>2482</sup> Abschrift des Schreibens des Jüdischen Krankenhilfevereins Bikur Cholim, St. Gallen, 04.06.1943, AŽIH, 211/85, Bl. 11. *„Wir bestätigen Ihnen dem Empfang Ihres Gebirten vom 3. Mai worin Sie uns um Zusendung verschiedener Medikamente für die Arbeitslager ersuchen. Bevor wir jedoch das Notwendige unternehmen können, bitten wir Sie um Mitteilung, ob und welche Serumsendungen Sie via Rotes Kreuz erhalten haben und insbesondere ob Sie die Sendung des Roten Kreuzes vom November 1942 enthaltend 100 Fleckfieberimpfstoffdosen erhalten haben und ob der Versand an die diversen Personen gemäss Ihrem Schreiben vom 14. Aug. 42 [...] vorgenommen wurde. Sobald wir Ihre diesbezügliche Antwort haben, werden wir sofort das Nötige unternehmen.“*

<sup>2483</sup> Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.

<sup>2484</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

führen. Andere Nahrungsmittel wie Brot, Marmelade, Hirse, Erbsen, Bohnen werden den Kranken als Zusatzernährung verabreicht.“<sup>2485</sup>

Bereits im Jahr 1943 hatte die JUS Briefe dieser Art erhalten: „Die Medikamente, die Sie für uns schon einigemal übersendet haben, wirken tatsächlich Wunder. Die Zahl der Kranken wird von Tag zu Tag kleiner und die Menge des Verbandstoffes, die mir jetzt zur Verfügung steht, erlaubt mir eine schnelle Heilung der bei der Arbeit täglich vorkommenden diversen Verletzungen. Besonderen Dank sage ich Ihnen für die kondensierte Milch.“<sup>2486</sup> Andere der zitierten Briefe verfasste man deutlich nüchterner – so habe ein polnischer Betriebsarzt geschrieben: „Die Belieferung des Judenlagers ist zweckmässig und entspricht den Bedürfnissen der Lagerinsassen.“ Ein anderer Lagerarzt habe Anfang Januar 1944 mitgeteilt: „Die bis nun gelieferten Nahrungsmittel, welche wir ausschliesslich Kranken verabreichen, haben sich besonders gut bewährt, indem sie uns ermöglichten, Unterernährung während der Krankheitszeit zu vermeiden und durch Stärkung der Kranken und Schwachen den Krankheitsverlauf und die Genesungszeit abzukürzen und die Arbeitsfähigkeit zu beschleunigen.“<sup>2487</sup> In dem Bericht aus 1946 hob man über die Wichtigkeit der Medikamentenhilfe hervor, die nicht „hoch genug einzuschätzen“ sei. Wie jüdische Lagerärzte und Sanitäter ausgesagt hätten, hätten sie Heilmittel ausschließlich über die JUS erhalten und wären nicht in der Lage gewesen den Kranken irgendetwas zu bieten, wenn sie nicht „fortlaufend und ausgiebig beliefert worden wären“.<sup>2488</sup> Da die Lebensmittelzuteilungen in den Lagern unzureichend gewesen seien, sei jede Tablette, jede Büchse Kondensmilch, jeder Laib Brot von unschätzbarem Wert gewesen. Viele Medikamente waren auf dem freien Markt nicht erhältlich oder nur zu unerschwinglichen Preisen.<sup>2489</sup>

„Drei Tabletten Cibazol stellten die Arbeitsfähigkeit eines Erkrankten her und ersparten ihm den Transport in ein Krankenrevier, wo er jeden Augenblick einer ‚Segregierung‘ /durch Erschiessen/ ausgesetzt war. Einige Tropfen des amerikanischen Präparats Navitol-Oil /von dem uns bedeutende Mengen zur Verfügung standen/ in der Suppe oder auf einigen Brotschnitten erhielten ein Kind am Leben. [...] Wir begnügten uns aber nicht nur mit den aus dem Ausland eingetroffenen Medikamenten. Auf Grund der lagerärztlichen Anforderungen stellten wir in unserer noch aus der J.S.S.-Zeit hinübergeretteten, komplett eingerichteten Arzneiverteilungsstelle erhaltenen oder erstandenen Substanzen, Tinkturen und Salben her, erhielten im Tauschwege oder erwarben käuflich dringend benötigte Medikamente und Verbandstoffe, Desinfektions- und Desinsektionsmittel, chirurgische Instrumente und zahntechnisches Material /aus Schweden erhielten wir lediglich 30 Injektionsspitzen und 50 Fieberthermometer/, liessen in zwei Krakauer befreundeten polnischen Apotheken Arzneien herstellen, an denen es in den Lagerapotheken besonders mangelte.“<sup>2490</sup>

Die legale Tätigkeit der JUS hätte „Nebenwirkungen zur Folge [gehabt], die nicht hoch genug einzuschätzen“ seien. Da nur die JUS Brot in die Lager in und um Krakau habe einführen dürfen, brachte sie nicht

<sup>2485</sup> Dieser Brief wurde zitiert in Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44. Der Brief selbst ist wohl nicht überliefert. An der Stelle der Auslassung befindet sich eine Aufzählung an Medikamenten und Wirkstoffen, die über die JUS in das Lager gelangten.

<sup>2486</sup> Dieser Brief wurde zitiert in Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2487</sup> Dieser Brief wurde zitiert in Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f. In dem Bericht finden sich weitere Zitate von Ärzten.

<sup>2488</sup> Bericht JSS/JUS 1946. [Hervorhebungen im Original.]

<sup>2489</sup> Ebd.

<sup>2490</sup> Ebd.

nur die auf Kosten der Organisation ausgebackenen Brote herein, sondern auch solche, die von Juden und Jüdinnen ausländischer Staatsangehörigkeit und der polnischen Bevölkerung für die Lagerinsassen eingekauft worden waren. Ebenso habe die von einer Firma, gemeint ist vermutlich die von Oskar Schindler, auf die noch genauer einzugehen ist, für die von ihren Beschäftigten täglich zugewiesenen zusätzlichen Brotrationen den Behörden gegenüber als JUS-Zuteilung gegolten. Ferner deckten die JUS-Lieferungen jeden möglichen Schmuggel an Brot und Nahrungsmitteln. So sei zum Beispiel das Einführen von Nahrungsmitteln in das Lager Plaszow unter Todesstrafe verboten gewesen. Eine ganze Arbeitsgruppe von 50 Lagerinsassen, die tagsüber in der Stadt beschäftigt war, wurde beim Einrücken in das Lager erschossen, weil sie eines Tages wenige Lebensmittel für ihre Nächsten mitbrachten. Von dem Zeitpunkt, an dem die JUS begonnen habe Brot und Nahrungsmittel einzuführen, wurde sobald „*auswärtige Lebensmittel*“ entdeckt worden seien angegeben, dass sie von JUS-Zuteilungen stammen. Zudem hätten die Brotlieferungen durch die JUS eine weitere Wirkung gehabt: „*Sie wirkten nämlich preisdrückend auf den inneren Lagermarkt. So sank z.B. im Lager Plaszów unter dem Druck der JUS-Zufuhr der Preis eines 2 kg Brotes von Złoty 100,- auf Złoty 25,- und sogar 20,-*“<sup>2491</sup> Die Senkung der Brotpreise in den Lagern durch die Einfuhr des Gebäcks durch die JUS wurde nicht nur in diesem Bericht angeführt. Artur Biebersteins berichtete in seinen Erinnerungen ebenfalls über diesen Aspekt.<sup>2492</sup> Schließlich führte die JUS Nahrungsmittel, Kleider, Wäsche und sogar Bettzeug, die jüdische Lagerhäftlinge von ihren polnischen Freunden zur Verfügung gestellt worden seien, als JUS-Gaben ein. Gelegentlich erwirkte der Leiter der JUS für manche Häftlinge einen leichteren Arbeitseinsatz und sogar einige Mal die Überführung in ein anderes Lager.<sup>2493</sup> Zudem habe die JUS eine „*konspirative Hilfe*“ entfalten können. In diesen Bereich der Tätigkeit habe es, so hieß es in dem Bericht aus 1946, gehört Geldunterstützungen zu verteilen, die von konspirativen Organisationen für gewisse Gruppen – Angehörige des Bunds, der Zionisten oder Frauen von polnischen Offizieren in deutscher Kriegsgefangenschaft – bestimmt waren. Zudem habe der Leiter der JUS bei der polnischen Bevölkerung in der Stadt verschiedene Geldbeträge für die Juden und Jüdinnen in den Lagern entgegengenommen und überbrachte sie den Empfängern. Über die JUS hätten zudem Familienangehörige und Freunde, die in verschiedenen Lagern untergebracht waren, miteinander und mit ihren polnischen Freunden Briefverkehr aufrechterhalten können: „*Die Briefe wurden gelegentlich der JUS-Lieferungen geschmuggelt.*“<sup>2494</sup> Nicht verwechselt werden darf dies mit der Vermittlung von Kontakten zu den Familien außerhalb des Generalgouvernements, da die Post für die JUS komplett in beide Postrichtungen der Aufsichtsbehörde vorzulegen war.<sup>2495</sup> So kann

<sup>2491</sup> Ebd.

<sup>2492</sup> Übersetzung Alexander Bieberstein, Das Lager Plaszow, 03/2362, ITS, DOI 82115346. „*Das von der Jüdischen Unterstuetzungsstelle ins Lager gebrachte Brot war der Regulator der Brotpreise im Lager.*“

<sup>2493</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2494</sup> Ebd.

<sup>2495</sup> Vgl. Bericht des Wirtschaftsprüfer, Bl. 4.

dies nur für die Stadt Krakau und die unmittelbare Umgebung funktioniert haben. Das Gebiet, in das Reisen durch die *JUS* möglich waren. In einigen Fällen habe man zudem bei der Unterbringung von Kindern der Lagerinsassen bei polnischen Familien mitwirken können.<sup>2496</sup>

Die 400 Lieferungen kamen Menschen in 66 Lagern und Betrieben zu Gute. 23 der Zwangsarbeitsstätten waren in der Stadt Krakau ansässig sowie vier in der unmittelbaren Nähe der Stadt, in der die *JUS* ihren Sitz hatte.<sup>2497</sup> In einigen Städten belieferte man mehrere Lager und Betriebe, in anderen hingegen nur ein Lager oder einen Betrieb. Es lässt sich erkennen, dass die meisten Städte in der Nähe der Stadt Krakau – also dem Sitz der *JUS* – lagen. Wie bereits angeführt, war Krakau die Stadt, in die die meisten Lieferungen gelangten. Sieben Einrichtungen in Tarnów wurden beliefert, wobei lediglich zwei mehrere Lieferungen erhielten. In Rzeszów/Reichshof bekamen drei Einrichtungen Hilfe, wobei nur ein Lager mehrere Lieferungen erhielt; zwei Einrichtungen waren es in Bochnia mit insgesamt vier Lieferungen. In Deblin waren es zwei, wobei ein Lager nur eine Lieferung erhielt und das andere neun. Ebenso zwei Lager waren es in Kielce, die insgesamt drei Lieferungen erhielten und ebenfalls zwei Lager in Piotrków Trybunalski/Petrikau mit insgesamt fünf Lieferungen; zwei Lager in Starachowice insgesamt sieben Lieferungen und zwei Lager in Radom mit insgesamt vier Lieferungen. In den übrigen Städten – Częstochowa/Tschenstochau, Nowy Sącz/Neu Sandez, Zakopane, Skarzysko, Blirzyn, Pionki, Ostrowiec/Ostrowitz, Mielec, Trawniki, Brzesko, Stalowa Wola, Huta Komarowska, Szebnie, Przemyśl – bedachte die *JUS* jeweils eine Einrichtung mit Lieferungen.<sup>2498</sup> Auch in Warschau erhielt lediglich ein Lager in diesem Zeitraum insgesamt sechs Lieferungen.<sup>2499</sup> Diese Zahl der im Distrikt Warschau belieferten Lager änderte sich bis zum Ende der *JUS* nicht mehr. Allerdings gab es auch im Distrikt Galizien in der gesamten Zeit des Bestehens der *JUS* lediglich ein Lager, das beliefert wurde.<sup>2500</sup> Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass der Kontakt in diese Distrikte nicht so stark ausgeprägt war, wie in die anderen Distrikte. Bei Warschau kann dies darauf zurückzuführen sein, da dieser Distrikt sehr von der Stadt Warschau dominiert war und die Besatzer die Menschen aus den kleineren Ghettos schon recht früh in das Warschauer Ghetto deportierten. Da die Warschauer Abteilung der *JSS* eine Sonderrolle unter allen Hilfskomitees einnahm, waren die institutionellen Verbindungen nicht so etabliert wie in andere Regionen. Der Distrikt Galizien kam erst später zum Generalgouvernement. Aus diesem Grund war der Aufbau der Organisation auf diesem Gebiet noch nicht so weit vorgeschritten, sodass auch für diesen Distrikt die These aufgestellt werden kann, dass die Verbindungen nicht so eng waren, wie in die anderen Distrikte. Das Lager in das mit Abstand die meisten

---

<sup>2496</sup> Bericht *JSS/JUS* 1946.

<sup>2497</sup> „Verzeichnis über die Zuwendungen an die einzelnen Lager seit der Wiedereinführung der *JUS* bis zum 15. Februar 1944“, Anlage 2 des Berichts des Wirtschaftsprüfers.

<sup>2498</sup> Ebd.

<sup>2499</sup> Ebd.

<sup>2500</sup> Vgl. dazu WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 64–68.

Hilfslieferungen, in dem in dem Verzeichnis dokumentierten Zeitraum, gelangten, war das in der Nähe der Stadt Krakau gelegene Lager Plaszow. Insgesamt erhielten die Bedürftigen in der Zeit zwischen dem 12. Mai 1943 und dem 13. Februar 1944 55 Hilfslieferungen. Neben regelmäßigen Medikamentenlieferungen gelangten 5.822 Brote und 560 Kilogramm Mehl in das Lager. Zudem wurden am 8. November 1943 50 Portionen Fleckfieberimpfstoff sowie am 8. Februar 1944 350 Paar Holzsohlen geliefert.<sup>2501</sup> Vermutlich war die Anzahl der offiziellen Lieferungen an dieses Lager geringer als die Zahl der Besuche durch Weichert und die damit verbundene Tätigkeit. Bieberstein und Pankiewicz geben in ihren Erinnerungen an, dass es eine bedeutende Hilfe gewesen sei, dass Weichert selbst das Lager Plaszow häufig besucht habe. Bei jedem dieser Besuche habe er als Vermittler zwischen der Außenwelt und den Insassen der Lager fungiert und auf diesem Wege Geldbeträge und Korrespondenz von Verwandten, Bekannten und Freunden übermittelt, die er ebenfalls über Pankiewicz erhielt.<sup>2502</sup>

Welche Lager die JUS im Einzelnen belieferte, ist für die Monate von März bis Juli 1944 überliefert.<sup>2503</sup> Im Juni erfolgten die Lieferungen vor allem in der Stadt Krakau. Einige Ausnahmen seien allerdings exemplarisch zu nennen: Pionki,<sup>2504</sup> Radom,<sup>2505</sup> Piotrków/Petrikau,<sup>2506</sup> Rzeszów/Reichshof,<sup>2507</sup> Blizyn,<sup>2508</sup> Deblin-Irena,<sup>2509</sup> Mielec,<sup>2510</sup> Ostrowiec,<sup>2511</sup> Krasnik,<sup>2512</sup> Kielce,<sup>2513</sup> Starachowice<sup>2514</sup> und Stalowa Wola,<sup>2515</sup> wobei die meisten Lieferungen außerhalb Krakaus nach Skarzysko Kamienna<sup>2516</sup> sowie Częstochowa/Tschenstochau<sup>2517</sup> gingen. Im Juli 1944 verringerte sich die Zahl der außerhalb Krakaus belieferten Lager weiter. Man belieferte Blizyn,<sup>2518</sup> Deblin-Irena,<sup>2519</sup> Wieliczka,<sup>2520</sup> Mielec,<sup>2521</sup> Krasnik<sup>2522</sup> sowie Treblinka.<sup>2523</sup> Beim letztgenannten Lager handelte es sich um

<sup>2501</sup> „Verzeichnis über die Zuwendungen an die einzelnen Lager seit der Wiedereinführung der JUS bis zum 15. Februar 1944“, Anlage 2 des Berichts des Wirtschaftsprüfers, Bl. 37–40.

<sup>2502</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 274 sowie Übersetzung Alexander Bieberstein, Das Lager Plaszow, 03/2362, ITS, DOI 82115346.

<sup>2503</sup> Vgl. JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, passim.

<sup>2504</sup> Vgl. ebd., Bl. 309.

<sup>2505</sup> Vgl. ebd., Bl. 308.

<sup>2506</sup> Vgl. ebd., Bl. 305.

<sup>2507</sup> Vgl. ebd., Bl. 304.

<sup>2508</sup> Vgl. ebd., Bl. 317.

<sup>2509</sup> Vgl. ebd., Bl. 315.

<sup>2510</sup> Vgl. ebd., Bl. 346.

<sup>2511</sup> Vgl. ebd., Bl. 349.

<sup>2512</sup> Vgl. ebd., Bl. 301.

<sup>2513</sup> Vgl. ebd., Bl. 300 sowie Bl. 340.

<sup>2514</sup> Vgl. ebd., Bl. 299 sowie Bl. 350.

<sup>2515</sup> Vgl. ebd., Bl. 306 sowie Bl. 310.

<sup>2516</sup> Vgl. ebd., Bl. 328, 352, 355, 391 sowie Bl. 396.

<sup>2517</sup> Vgl. ebd., Bl. 314, 338, 347 sowie Bl. 351.

<sup>2518</sup> Vgl. ebd., Bl. 402.

<sup>2519</sup> Vgl. ebd., Bl. 399.

<sup>2520</sup> Vgl. ebd., Bl. 388.

<sup>2521</sup> Vgl. ebd., Bl. 372.

<sup>2522</sup> Vgl. ebd., Bl. 366.

<sup>2523</sup> Durchschlag JUS an das Zwangsarbeitslager des SSPF im Distrikt Warschau, Treblinka, betr. „Liebesgabensendung“, 10.07.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 384.

ein Zwangsarbeitslager und nicht das gleichnamige Vernichtungslager. Am 22. Juli 1944 lieferte man noch acht Sendungen innerhalb Krakaus aus.<sup>2524</sup> Neun Sendungen sandte die JUS zwei Tage später an Lager und Betriebe außerhalb der Stadt.<sup>2525</sup> Am 25. Juli 1944 erfolgte zudem noch eine Sendung an zahnärztlichem Material an das Julag bei der Debag-Ostwerke GmbH Reichshof.<sup>2526</sup> Die wohl letzte Sendung der JUS vor dem Untertauchen des Leiters erfolgte wohl am 1. August 1944 in das Lager Plaszow. Den Ort, an dem auch die Mitarbeiter der JUS mit Ausnahme des Leiters und seiner Familie seit Monaten gefangen gehalten wurden: „*Wir senden Ihnen (Brote, Lactissa, Roggenmehl, Nudelsuppe, [Brühen], Zucker, Obst, Gemüse, Bohnen [...]).*“ Es handelte sich um relativ große Mengen – unter anderem 1.000 Kilogramm Roggenmehl und 500 Kilogramm Nudelsuppe in 25 Säcken.<sup>2527</sup> Ob es sich bei dieser letzten Lieferung um die Verlagerung der vorhandenen Magazinbestände der JUS oder um eine letzte Hilfslieferung im eigentlichen Sinne handelte, ist nicht belegt. Allerdings spricht die Menge für ersteres, wenngleich, wie in III.4.2 gezeigt wird, auch nach dem Untertauchen des Leiters der JUS die Hilfslieferungen noch in eingeschränktem Maße fortgeführt werden konnten.<sup>2528</sup> Weichert gab die Zahl der zwischen dem 12. Mai 1943 und dem 31. Juli 1944 an die Lager erfolgten Lieferungen mit 1.111 an.<sup>2529</sup>

Leider liegen sehr wenige Quellen zur Rezeption der Hilfe in den Lagern durch die Bedürftigen vor.<sup>2530</sup> Allein wenige Berichte von Personen, die zuvor mit der JSS oder der JUS in Verbindung standen, zeugen von der Ankunft und dem Nutzen der Lieferungen der JUS in den Lagern. Bieberstein schrieb in einem in der Nachkriegszeit verfassten Bericht über das Lager Plaszow zunächst, dass es eine Suppenausgabe der JUS in dem Lager gab. Er führte dann weiter aus, dass Weichert selbst zwei bis dreimal in der Woche eine sehr kalorienreiche Suppe für die Kranken brachte:<sup>2531</sup>

„Eine bedeutende Hilfe für die Lagerbewohner und insbesondere für die Kranken war die Lebensmittel- und Arzneimittelhilfe der Jüdischen Unterstützungsstelle /J.U.S./. Dr. Weichert, Leiter der Jüdischen Unterstützungsstelle, war nicht nur Lieferant von Waren und der kalorienreichen Suppe, genannt ‚zupa jusowa‘ (dt.: JUS-Suppe), sondern auch Vermittler zwischen vielen Lagerbewohnern und ihren Bekannten. Er brachte bei jedem seiner Besuche Geldbeträge und Waren für einzelne

<sup>2524</sup> Vgl. JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 422–430.

<sup>2525</sup> Durchschlag JUS an die Petrikauer Holzwerke über den SSPF im Distrikt Radom betr. „*Liebesgabensendung*“, 24.07.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 438f. Für diesen Tag sind noch acht weitere Lieferungen überliefert, die unter anderem an „Pulverfabrik Pionki Judenlager“ sowie die „Eisen- und Metallwerke Hasag Tschenstochau“ gingen. Vgl. ebd., Bl. 431–437.

<sup>2526</sup> JUS an das Judenlager beim Debag-Ostwerke GmbH Reichshof betr. „*Lieferung vom zahnärztlichen Material*“, 25.07.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 451.

<sup>2527</sup> Durchschlag JUS an das Konzentrationslager Plaszow betr. „*Liebesgabensendung*“, 01.08.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 449.

<sup>2528</sup> Vgl. hierzu III.4.1.

<sup>2529</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 69.

<sup>2530</sup> Dies verwundert nicht, da die meisten Menschen, die die Hilfe erreichte, den Krieg vermutlich nicht überlebten. Wenn sie die Zeit überlebten, hätten sie über diese Zeit ein schriftliches Zeugnis ablegen müssen und zudem dann die widrigen Bedingungen in Bezug auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten erwähnen müssen. Eine Erwähnung der JUS als Organisation erscheint noch unwahrscheinlicher, da dafür den Hilfsempfängern genau hätte bekannt sein müssen, woher etwa die Kleidung kam oder die Medikamente, mit denen sie durch die Lagerärzte behandelt wurden.

<sup>2531</sup> Übersetzung Alexander Bieberstein, Das Lager Plaszow, 03/2362, ITS, DOI 82115338.



Personen mit. Das von der Jüdischen Unterstuetzungsstelle ins Lager gebrachte Brot war der Regulator der Brotpreise im Lager. Eine wichtige Hilfe war die Apotheke des Magister Pankiewicz, am ‚Zgody-Platz‘, welche durch Dr. Weichert Hilfe für die Lagerbewohner leistete. In diese Apotheke brachten die Bekannten alle Aufträge und Sendungen hin und die Lagerbewohner richteten ihre Wünsche schriftlich an Magister Pankiewicz. Bei der Abwicklung dieser Aufträge vermittelte Dr. Weichert.“<sup>2532</sup>

Julius Madritsch – ein deutscher Unternehmer in Krakau, der in der Nachkriegszeit durch Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet wurde, – schrieb in seinen in der unmittelbaren Nachkriegszeit veröffentlichten Erinnerungen: *„Ich richtete in Krakau und Tarnow große Werksküchen ein, erhielt als Rüstungsbetrieb Sonderzuteilungen an Lebensmitteln für meine Leute, sorgte für Kleidung und Schubwerk und organisierte mit Hilfe des Herrn Dr. Weichert, dem Leiter des von U.S.A., England und anderen Ländern über die Schweiz alimentierten ‚Jüdischen Unterstützungsfond für Polen‘ einen mit wertvollen Medikamenten ausgestatteten ärztlichen Hilfsdienst.“*<sup>2533</sup> Ein jüdischer Lagerfunktionär gab in seinen Erinnerungen ebenso an, dass man dringend benötigte Medikamente von der JUS erhalten habe.<sup>2534</sup> Diese wenigen Aussagen, die Personen unterschiedlicher Richtungen machten, belegen, dass die Hilfe der JUS auf mannigfachen Wegen in die Lager gelangte und dort unterschiedliche Funktionen erfüllte. Gerade die Aussage Biebersteins zeigt uns, dass es neben der direkten Hilfe durch die Nahrungsmittel, die Medikamente, die Kleidung und das Geld noch eine indirekte Wirkung durch das Gelieferte gab. Die Lieferungen regulierten die Preise für Brot innerhalb des Lagers, was als Wirkung der Hilfe der JUS auch nicht zu unterschätzen ist.<sup>2535</sup>

Eines der wenigen Lager für das Hilfsleistungen durch die JUS auf archivalischer Überlieferung relativ gut dokumentiert ist, ist die „Deutsche Emailwarenfabrik“ (DEF) von Oskar Schindler.<sup>2536</sup> Zudem handelt es sich bei der unweit der in der Nähe des Ghettos beziehungsweise dann in der Nähe des aufgelösten Ghettos gelegenen Firma um eine, die vergleichsweise viele Lieferungen durch die JUS erhielt. In der Zeit zwischen dem 28. Mai 1943 und dem 8. Februar 1944 erhielt der Betrieb 35 Lieferungen.<sup>2537</sup> Oskar Schindler beziffert die Zahl der Lieferungen, die er durch die JUS erhielt deutlich niedriger:

„Fuer die Jahre 1942 – 1944 musste der Lebensmittelbedarf fast zu 100 % aus dem Schwarzhandel besorgt werden, da Juden ausser der sogenannten Lagerverpflegung des Konzentrationslagers Krakau-Plaszow, die kaum 40 % des Ernährungsminimums betrug, keinerlei Zuteilungen erhielten, und von der ich einen grossen Teil dem KZ ueberlies resp. heimlich zur Verfuegung stellte. In den

<sup>2532</sup> Ebd.

<sup>2533</sup> JULIUS MADRITSCH: Menschen in Not! Meine Erlebnisse in den Jahren 1940–1944 als Unternehmer im Generalgouvernement, Wien 1946, S. 16; ebenso in der zweiten Auflage des Werkes: DERS.: Menschen in Not! Meine Erlebnisse in den Jahren 1940–1944 als Unternehmer im Generalgouvernement, Wien 1962 (2. Aufl., zuerst 1946), S. 19.

<sup>2534</sup> HERMANN WENKART: Befehlsnotstand anders gesehen. Tatsachenbericht eines juedischen Lagerfunktionärs, Wien 1963, S. 46f.

<sup>2535</sup> Übersetzung Alexander Bieberstein, Das Lager Plaszow, 03/2362, ITS, DOI 82115346.

<sup>2536</sup> Vgl. hierzu AŽIH, 211/101–103.

<sup>2537</sup> „Verzeichnis über die Zuwendungen an die einzelnen Lager seit der Wiedereinführung der JUS bis zum 15. Februar 1944“, Anlage 2 des Berichts des Wirtschaftsprüfers, Bl. 45–47.

ganzen Jahren erhielt ich 6–8 Mal ganz kleine Mengen an Zuteilungen von der JUS (juedische Unterstuetzungsstelle) und zwar Gries[s]pakete, die fuer Kranke und Jugendliche bestimmt waren.“<sup>2538</sup>

Einer seiner engster Mitarbeiter Izaak Stern machte andere, wenn doch nicht abweichende, Angaben über die Hilfe, die die JUS dem Betrieb von Oskar Schindler zudachte:

„Bis 1.9.43 wurden Gruppen zur Arbeit aus dem Lager gefuehrt. Bei dieser Gelegenheit konnte jeder draussen in der Fabrik etwas kaufen, Lebensmittel mitbringen, sodass man keinen Hunger hatte. Am 1.9.43 wurde das Lager fuer Juden geschlossen, d.h. statt der Juden gingen Polen zur Aussenarbeit, die Juden mussten im Lager bleiben. Es brach Hunger aus, da die Moeglichkeit zusaetzlicher Verpflegung dadurch wegfiel. Ein Brot schwarz, das bisher Zl. 10 gekostet hat, stieg auf 90 Zl. und mehr. Die Polen verlangten ein Paar Stiefel fuer ein Brot. Als das Lager geschlossen wurde, hatte ich einen Bekannten, der SS-Mann war. Dieser liess mich heraus, sodass ich zu Schindler kommen und ihn orientieren konnte. Schindler gab mir Zl. 50.000. Ich gab diese Dr. Weichert von dem ‚Juedischen Unterstuetzungscommittee‘ (JUS). Diese Stelle konnte in gewissen Faellen helfend eingreifen. Weichert liest fuer das Geld von Schindler Brot bei einem Baecker kaufen. Dieses gab der JUS als ‚Zusatzernaehrung‘ in das Lager fuer Barackenbau. Durch diese ploetzliche einmalige Menge Brot fiel der Preis des schwarzen Brotes wieder auf den normalen Preis.“<sup>2539</sup>

Zwar waren diese Hilfen wohl nicht für Schindlers Betrieb direkt vorgesehen, aber für das dem Betrieb angeschlossene Lager. Aus den Unterlagen der JUS gehen, wie eingangs bereits erwähnt, größere Zahlen als die von Schindler genannten „6–8 Mal ganz kleine Mengen“<sup>2540</sup> hervor – so schrieb man Mitte November 1943 von Seiten der DEF an die JUS: „Für die unserem Lager zugesagte Lieferung von 30 Broten wöchentlich danke ich bestens und werde diese Menge jeweils abholen lassen.“<sup>2541</sup> Diese regelmäßigen Brotlieferungen sind bis in das Jahr 1944 hinein belegt.<sup>2542</sup> Schindler bezifferte die Lieferungen, die er durch die JUS erhielt, auf unter zehn Lieferungen.<sup>2543</sup> Allerdings kann es sein, dass er damit solche meinte, die er nicht direkt und ohne die Aufwendung eigener Ressource erhielt. So berichtete ein Vertrauter Schindlers in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, dass er von Schindler 50.000 Złoty verbunden mit dem Auftrag erhalten habe dieses an Weichert zu geben und davon Brot backen zu lassen. Das Geld habe er an Leiter der JUS gegeben. In dem Bericht schrieb er vom „Juedischen Unterstuetzungscommittee“, gab allerdings die Abkürzung „JUS“ an. Da Weichert als Leiter der Organisation genannt wird, kann mit Sicherheit gesagt werden, dass es sich hierbei um die JUS

---

<sup>2538</sup> Bericht ueber Leistungen und Aufwendungen zur Rettung von Juden in der Zeit von 1939 bis 1945 durch Direktor Oskar Schindler, Besitzer der Emailwarenfabrik in Krakau und Verlagerungswerk Arbeitslager Bruennlitz, CSSR, YVA, P.41/17, Bl. 18ff., hier: Bl. 19.

<sup>2539</sup> Dr. Ball-Kaduri: Bericht ueber eine Zeugenaussage der Herrn Jizchak Stern, Tel-Aviv, Sokolow Str. 26, ueber Krakau, Lager Plaschow, Lager Bruennlitz, unter Benutzung von Originalmaterial, das von Herrn Schindler zur Veruegung gestellt wurde – angefertigt im Dezember 1956, YVA, O.1/164, Bl. 8–84, hier: Bl. 47f.

<sup>2540</sup> Bericht ueber Leistungen und Aufwendungen zur Rettung von Juden in der Zeit von 1939 bis 1945 durch Direktor Oskar Schindler, Besitzer der Emailwarenfabrik in Krakau und Verlagerungswerk Arbeitslager Bruennlitz, CSSR, YVA, P.41/17, Bl. 18ff., hier: Bl. 19.

<sup>2541</sup> Deutsche Emailwarenfabrik an JUS betr. „Brotlieferung Judenlager“, 16.11.1943, AŽIH, 211/101, Bl. 67.

<sup>2542</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Zuteilung von Brot“, 25.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 33. „Wir teilen Ihnen mit, dass wir Ihnen – solange unser Mehlvorrat reicht – wöchentlich 30 Brote im Gewicht von je 2 kg zuteilen. Das Brot ist in der Bäckerei K. Liszko, tarnowskistr. 2 gegen Entrichtung des Backgeldes in der Höhe von Zl. 0,60 per Brot abzuholen. Ein Kostenbeitrag für das Mehl wird nicht erhoben.“

<sup>2543</sup> Bericht ueber Leistungen und Aufwendungen zur Rettung von Juden in der Zeit von 1939 bis 1945 durch Direktor Oskar Schindler, Besitzer der Emailwarenfabrik in Krakau und Verlagerungswerk Arbeitslager Bruennlitz, CSSR, YVA, P.41/17, Bl. 18ff., hier: Bl. 19.

handelte.<sup>2544</sup> Von dieser Begebenheit schrieb Thomas Keneally in „Schindlers Liste“,<sup>2545</sup> das dem gleichnamigen Film Steven Spielbergs zugrunde liegt. In dem Spielfilm ist die Szene nicht vorhanden.<sup>2546</sup> Die größeren zugeteilten Brotlieferungen, die sowohl für das Jahr 1943 als auch für das Jahr 1944 in einer höheren Frequenz belegt sind,<sup>2547</sup> können als Resultat dieses Geldtransfers gesehen werden. Dafür spricht, dass die JUS für das Mehl aus dem die Bäcker die Brote für Schindler buken kein Kostenbeitrag erhob, lediglich für das Backen forderte man zusätzliche Beträge von 60 Groszy pro geliefertem Brot.<sup>2548</sup> Neben den Nahrungsmitteln lieferte man vor allem Medikamente in größeren Mengen an das Lager.<sup>2549</sup> So brachte man Ende 1943 etwa 960 Aspirin-Tabletten in einer Sendung an die DEF, die insgesamt über 80 unterschiedliche Medikamente und Verbandstoffe enthielt.<sup>2550</sup> Im Dezember gab die JUS abermals rund 30 unterschiedliche medizinische Mittel – darunter große Mengen Pflaster und andere Verbandstoffe – an die Fabrik ab.<sup>2551</sup> Zudem lieferte man Kondensmilch, Trockenmilch und Karbol-Ersatzseife. Für diese Lieferung wurde festgehalten: *„Der Kostenbeitrag für diese Sendung beträgt netto Zl. 356.- Kondensmilch, Trockenmilch und [Lactose] sind als Arzneimittel zu behandeln und nur gegen ärztliche Verordnung zu verabfolgen. Jede verabfolgte Büchse ist in einer Namensliste zu quittieren. Die Liste ist der JUS einzusenden.“*<sup>2552</sup> Darüber hinaus gelangten Kleidungsstücke in geringem Umfang in das Lager, für die die JUS keine Kostenbeteiligung erhob. So stellte man im Dezember 1943 zehn Wintermäntel, zehn Überzieher, 60 Männerjacken, 30 Westen und zwei Hosen zur Verfügung.<sup>2553</sup> Und das obwohl Kleidung und Wäsche zu einer absoluten Mangelware der JUS zählten. Auf welchem Wege diese Kleidungsstücke an die Fabrik gelangten,

<sup>2544</sup> Dr. Ball-Kaduri: Bericht ueber eine Zeugenaussage der Herrn Jizchak Stern, Tel-Aviv, Sokolow Str. 26, ueber Krakau, Lager Plaschow, Lager Bruennlitz, unter Benutzung von Originalmaterial, das von Herrn Schindler zur Verfuegung gestellt wurde – angefertigt im Dezember 1956, YVA, O.1/164, Bl. 8–84, hier: Bl. 47f.

<sup>2545</sup> THOMAS KENEALLY: Schindlers Liste, Wien 1994, S. 249f. *„Was Stern angeht, so hatte Schindler ihn von Anfang an notiert. Stern war der einzige Beichtvater, den Schindler jemals hatte und auf dessen Meinung er etwas gab. In den ersten Oktoberwochen kamen Schindler und Bankier ins Lager, besuchten auch Stern und erfuhren von ihm, daß die Versorgung mit Brot katastrophal geworden war, denn seit dem 1. Oktober durften jüdische Häftlinge nicht mehr auf Außenarbeit, und die Kapos im Lager der Polen achteten scharf darauf, daß ihre Arbeitskommandos den jüdischen Häftlingen kein eingeschmuggeltes Brot mehr verkauften. Der Preis für Brot stieg ins Unermeßliche. In Zloty ließ er sich obnehin nicht ausdrücken, aber früher hatte man für einen Mantel einen Laib Brot bekommen, für ein gutes Unterhemd 250 Gramm. Jetzt mußte man mit Diamanten bezahlen, ganz wie für einen Listenplatz bei Goldberg. Als Schindler von Stern über die Zustände unterrichtet wurde, sagte er zu Bankier: ‚Geben sie Weichert 50 000 Zloty.‘ Dr. Michael Weichert war Vorsitzender der ehemaligen jüdischen Selbsthilfeorganisation, die sich jetzt Jüdisches Wohlfahrtsamt nannte. Dieses Amt wurde geduldet, um dem Internationalen Roten Kreuz gefällig zu sein, und im Deutschen Roten Kreuz hatte Weichert von früher her noch Verbindungen. Innerhalb des Lagers hegten Häftlinge großes Misstrauen gegen Weichert, und deshalb wurde er nach dem Krieg vor Gericht gestellt, doch konnte man ihm nichts vorwerfen. Er war ganz der Mann, der in einer so verzweifelten Situation im Handumdrehen für 50 000 Zloty Brot nicht nur beschaffen, sondern auch ins Lager bringen konnte.“*

<sup>2546</sup> Vgl. Schindlers Liste (1993), Regisseur: Steven Spielberg.

<sup>2547</sup> Vgl. dazu etwa Deutsche Emailwarenfabrik an JUS betr. „Brotlieferung Judenlager“, 16.11.1943, AŽIH, 211/101, Bl. 67 sowie Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Zuteilung von Brot“, 25.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 33.

<sup>2548</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Zuteilung von Brot“, 25.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 33.

<sup>2549</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Medikamentensendung“, 30.11.1943, AŽIH, 211/101, Bl. 75f.

<sup>2550</sup> Ebd.

<sup>2551</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Medikamentensendung“, 10.12.1943, AŽIH, 211/101, Bl. 77.

<sup>2552</sup> Ebd., Bl. 78.

<sup>2553</sup> Durchschlag JUS an die Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Kleidersendung“, 13.12.1943, AŽIH, 211/101, Bl. 84.

ist nicht klar. Auf einer weiteren Liste mit Kleidungsstücken, unter denen sich Kleider, Damenröcke oder auch Blusen befanden, vermerkte man, dass diese direkt bei der *JUS* abgeholt worden seien.<sup>2554</sup> Auch im Jahr 1944 rissen die Lieferungen an Medikamenten<sup>2555</sup> und Nahrungsmitteln an das Lager nicht ab<sup>2556</sup> und die Verwendungsnachweise – auf die aufgrund der ausländischen Hilfsorganisationen so großen Wert gelegt wurde – wurden so wie von der *JUS* gefordert abgeliefert.<sup>2557</sup> Die Hilfslieferungen an das Lager wurden im Jahr 1944 zum Teil selbst bei der *JUS* abgeholt.<sup>2558</sup> Zudem wurden nach wie vor Nahrungsmittel an das Lager gesandt. So erhielten sie Anfang April 1944 25 Kilogramm Nudeln und 20 Kilogramm Grieß.<sup>2559</sup> Im Januar 1944 schrieb die *JUS* an den Lagerführer der DEF und gab an, dass man seit einiger Zeit dieses Lager mit „*Medikamenten, Nahrungsmitteln, Desinfektionsmitteln und anderen uns zur Verfügung stehenden Gegenständen, die wir als Liebesgaben von charitativen Organisationen im neutralen Ausland über das Deutsche Rote Kreuz erhalten*“ beliefern.<sup>2560</sup> Man sei von Seiten der *JUS* bemüht, die „*Sendungen den tatsächlichen Bedürfnissen der Lagerinsassen anzupassen*“ und aus diesem Grund bat man diesbezügliche Wünsche mitzuteilen und einen jüdischen Lagerarzt zu veranlassen, seine praktischen Erfahrungen mitzuteilen, damit man diese als Grundlage für weitere Anforderungen von Spenden ausländischer Hilfsorganisationen hat.<sup>2561</sup> Berichte, die als Antwort auf diese Aufforderung zu verstehen sind, finden sich ebenfalls in den Akten.<sup>2562</sup> In einem solchen Bericht, der vermutlich aus dem Januar 1944 stammt hieß es etwa: „*Das Ambulatorium behandelt täglich 100–120 Kranke, welche nach Erhalt des Verbandes, Medikamente, Kraefigungsmittels und der aerztlichen Weisung, ihre Arbeit fortsetzen. Unser allgemeines Ziel ist es, die Kranken im arbeitsfaehigen Zustande zu erhalten, oder dem arbeitsfaehigen Zustande baldmöglichst zuzufuehren.*“<sup>2563</sup> Im Folgenden finden sich auch Auflistungen von Medikamenten und Verbandmitteln, die man für unterschiedliche Indikationen benötigte und Angaben zum Bedarf. Ebenso finden sich Angaben zu dem Bedarf und dem Einsatz der Nahrungsmittel: „*Die bis nun gelieferten Nahrungsmittel, welche wir ausschliesslich Kranken verabreichen, haben sich besonders gut bewährt, indem sie uns ermöglichten, die Unterernährung während der Krankheitszeit zu vermeiden und durch Staerkung der Kranken und Schwachen den Krankheitsverlauf und die Genesungszeit abzukuerzen und*

<sup>2554</sup> Durchschlag *JUS* an die Deutsche Emailwarenfabrik, 14.12.1943, AŽIH, 211/101, Bl. 85.

<sup>2555</sup> Vgl. dazu etwa Durchschlag *JUS* an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „*Medikamentensendungen*“, 07.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 2f.

<sup>2556</sup> Durchschlag *JUS* an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „*Medikamentensendungen*“, 10.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 5.

<sup>2557</sup> Verschiedene Listen sind vorhanden, so etwa AŽIH, 211/102, Bl. 8–16.

<sup>2558</sup> Vgl. etwa Deutsche Emailwarenfabrik an *JUS* betr. „*Judenlager*“, 24.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 25 „*Ich bitte dem Überbringer dieses Schreibens die avisierten 50 Paar Holzschuhe und Kleider mitzugeben und gleichzeitig 5 Rollen Leukoplast und Gries beizulegen.*“ Sowie in ähnlicher Weise Deutsche Emailwarenfabrik an *JUS* betr. „*Judenlager*“, 01.02.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 43.

<sup>2559</sup> Durchschlag *JUS* an Deutsche Emailwarenfabrik, betr. „*Zuteilung von Nahrungsmitteln*“, 04.04.1944, AŽIH, 211/103, Bl. 1.

<sup>2560</sup> Durchschlag *JUS* an den Lagerführer der Deutschen Emailwarenfabrik, 05.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 1.

<sup>2561</sup> Ebd.

<sup>2562</sup> Vgl. dazu etwa Bericht ohne Datum, Absender und Empfänger, Eingangsstempel vom 06.01.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 30–32.

<sup>2563</sup> Ebd.

die Arbeitsfähigkeit zu beschleunigen. Monatsbedarf: Die in den letzten Sendungen gelieferten Mengen haben gerade genügt.<sup>2564</sup> Diese Berichte zeigen sehr dezidiert auf, dass es bei der Beschaffung der Lieferungen vor allem um die Herstellung der Arbeitsfähigkeit ging. Dies offenbart sich auch in der Anforderung nach medizinischen Instrumenten in dem Bericht: „Hier zeigt sich der groesste Bedarf in: 1/ Thermometern, welche zur objektiven Feststellung und Kontrolle der Arbeitsfähigkeit unbedingt nötig waren.“<sup>2565</sup> Neben den Lieferungen, die die DEF über die JUS erhielt, entwickelte sich im Laufe der Zeit vermutlich eine engere Kooperation zwischen der Organisation und dem Betrieb Schindlers. So schrieben die Verantwortlichen der JUS Ende Februar 1944 an die DEF bezüglich einer Lieferung Jute, aus denen man bei Schindler Hosen anfertigte. Die JUS forderte, dass die DEF 20 der gefertigten Hosen an das „Kabelwerk Krakau“ überlassen solle. Zudem sollte die DEF, von den bei der Zweigstelle der „Zentrale für Handwerkslieferungen“ in Bochnia für die JUS abzuholenden 50 Paar Holzsohlenschuhen, 30 Paar Schuhe für den eigenen Betrieb behalten. 20 Paar bat man ebenfalls dem Lager des „Kabelwerks Krakau“ zu überlassen. Das Kabelwerk sollte die Hosen und Holzsohlenschuhe bei der DEF abholen lassen.<sup>2566</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die Fabrik Schindlers in indirekter Weise Näh- und Transportaufträge erledigte. Auf dem Weg der Abholung der für die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen der Fabrik bestimmten Jute, aus der Hosen gefertigt werden sollten, war ebenso anderen der durch die JUS belieferten Lagern geholfen. Der Geldtransfer lief vermutlich bar.<sup>2567</sup> Das letzte Schreiben der JUS an die DEF wurde am 24. Juli 1944 versandt. Wie alle anderen Schreiben auch, unterzeichnete es Weichert.<sup>2568</sup> Die letzte Lieferung mit Nährstoffen und Nahrungsmitteln wurde bereits zwei Tage zuvor abgeschickt. Diese enthielt neben Trockenmilch und Ovomaltine 15 Kilogramm Obst und zehn Kilogramm Gemüse.<sup>2569</sup> Die letzte große Medikamentenlieferung war bereits Anfang des Monats versandt worden.<sup>2570</sup>

In dem Bericht aus dem Jahr 1946 finden sich Hinweise, dass die JUS auch Lager die außerhalb des Generalgouvernements lagen, mit Hilfslieferungen bedachte. So etwa das Arbeitslager in Brännlitz,<sup>2571</sup> in das Schindler im Jahr 1944 „seine Juden“ evakuierte. Allerdings gibt es auch für das Lager in Auschwitz Hinweise, dass Lieferungen der JUS dort hingingen. Eine Augenzeugin schrieb über die Ernährung in Auschwitz: „Abends um 17 Uhr erhielten wir ein Viertel Kommissbrot, etwa 250 gr., drei Mal pro Woche Margarine (10 gr), drei Mal pro Woche eine Scheibe Wurst und zwei Mal pro Woche als Zusatz etwa einen Essloeffel voll Kunsthonig oder Marmelade. Diese Zulage gab es erst seit 1944 und es hiess,

<sup>2564</sup> Ebd.

<sup>2565</sup> Ebd.

<sup>2566</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Kleidersendung“, 27.02.1944, AŽIH, 211/102, Bl. 71.

<sup>2567</sup> Deutsche Emailwarenfabrik an JUS, 06.04.1944, AŽIH, 211/103, Bl. 2. „In der Anlage überreiche ich Ihnen ZL 1.605.- in bar zum Ausgleich Ihrer Rechnungen.“

<sup>2568</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Empfangsbestätigungen“, 24.07.1944, AŽIH, 211/103, Bl. 92.

<sup>2569</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Nahrungsmittelsendung“, 22.07.1944, AŽIH, 211/103, Bl. 91.

<sup>2570</sup> Durchschlag JUS an Deutsche Emailwarenfabrik betr. „Medikamentenlieferung“, 07.07.1944, AŽIH, 211/103, Bl. 83–85.

<sup>2571</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

dass sie vom Roten Kreuz oder vom amerikanischen J.U.S. stamme.“<sup>2572</sup> Dieser Hinweis ist allerdings so vage und die Aussage „amerikanische J.U.S.“ könnte darauf hindeuten, dass der Schreiberin die JUS bekannt war und sie diese Abkürzung allgemein auf jüdische Hilfsorganisationen bezog. Die Schreiberin des Artikels deportierten die NS aus Frankreich nach Auschwitz,<sup>2573</sup> sodass es unwahrscheinlich ist, dass ihr die JUS vertraut war. Vielleicht kursierte die Abkürzung in Auschwitz. Weitere Hinweise auf eine Belieferung des Lagers beziehungsweise des Lagerkomplexes in Auschwitz finden sich an keiner anderen Stelle.

### III.2.3 Die Zusammenarbeit mit polnischen Akteuren

Dem HHA war mit der Schließung der JSS ebenfalls eine Anordnung zur Schließung zugegangen.<sup>2574</sup> Aus diesem Grund kann dieser übergeordnete Ausschuss für die Untersuchung der Zusammenarbeit in diesem Kapitel keine Rolle mehr spielen. In dem Brief in dem die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ die Auflösung des HHA anordnete, verfügte sie zugleich: „Der bisherige Vorsitzende bleibt Beauftragter zur Verteilung noch eingehender Liebesgaben, die nicht für eine Volksgruppe allein bestimmt sind.“<sup>2575</sup> Da der Vorsitzende des HHA identisch mit dem des PHA war, kann dieser als Person direkter in den Fokus der Untersuchung rücken, da die übergeordnete Instanz weggefallen ist. Nach der Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS – also noch vor dem Erlass zur Gründung der JUS – galt es in der Zusammenarbeit zwischen der JSS und dem PHA offene Fragen zu klären, da für die jüdischen und polnischen Akteure nicht absehbar war, wie sich die Situation der jüdischen Organisation in der folgenden Zeit entwickeln würde. Beispielsweise hatte der HHA beziehungsweise der PHA der JSS ein Darlehen gewährt, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht zurückgezahlt war.<sup>2576</sup> Das Abgelten der Schuld erfolgte im Laufe der nächsten Zeit. Die Aufsichtsbehörde erlaubte dem PHA deshalb, dass dieser Altkleider der JSS zu einem „Schleichhandelspreis“ übernehmen dürfe, um diese dann an seine Hilfskomitees weiterzugeben. „Auf Anweisung von Herrn Abteilungsleiter Weirauch bitte ich Sie weiter Herrn Weichert zu veranlassen, weitere Vorschläge zur Abdeckung der Schuld umgehend zu unterbreiten, bezw. für die Rückzahlung des Geldes Sorge zu tragen gegebenenfalls soll er Ihnen weitere Materialangebote machen.“<sup>2577</sup> Es begann ein Ausverkauf der JSS – dieser endete wohl im Oktober, nachdem das Schreiben der Aufsichtsbehörde mit der Aufforderung zur

---

<sup>2572</sup> Die Judenausrottung in den deutschen Lagern. Augenzeugenberichte Posen – Kratzau – Auschwitz – Bergen-Belsen – Theresienstadt, Genf 1945, S. 31f.

<sup>2573</sup> Ebd., Vorwort.

<sup>2574</sup> Vgl. hierzu III.1.5.

<sup>2575</sup> Abschrift BuF an den Vorsitzenden des HHA betr. „Auflösung des Haupthilfsausschusses“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23.

<sup>2576</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift BuF an PHA betr. „Abdeckung des der J.S. gegebenen Vorschusses von 300.000 Zloty“, 17.09.1942, AAN, 125/70, Bl. 31; Abschrift BuF an PHA betr. „Abzahlung des Bankdarlehens der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 31.10.1942, AAN, 125/70, Bl. 42 oder auch Antrag, ohne Datum, BJ, 38/97.

<sup>2577</sup> Abschrift BuF an PHA betr. „Abdeckung des der J.S. gegebenen Vorschusses von 300.000 Zloty“, 17.09.1942, AAN, 125/70, Bl. 31. Vgl. dazu auch weiter Abschrift BuF an PHA betr. „Bankdarlehen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 13.10.1942, AAN, 125/70, Bl. 36 oder auch BuF an PHA betr. „Altkleiderkauf“, 15.10.1942, AAN, 125/70, Bl. 38.

Gründung der JUS ergangen war: „Der Ordnung halber bestätige ich die obgenannte Rücksprache und meine Weisung, dass bei je von der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe bzw. ihrer Nachfolgerin der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement abgezählten 30.000 Zloty 1/10 der bei Ihnen lagernden Kleidungsstücke Dr. Weichert als Leiter der Jüdischen Unterstützungsstelle ausgegeben werden können.“<sup>2578</sup> Damit erlangte die JUS Material als Grundlage für ihre Tätigkeit. Die weitere Aufstockung der Materialbestände erfolgte ebenfalls durch den PHA, von dem man weitere Kleidung und Wäsche erwarb.<sup>2579</sup> Die JUS kaufte ebenso noch in späteren Zeiten ihres Bestehens Kleidung und Wäsche vom PHA – allerdings in einem sehr geringen Umfang: „Kaum einige hundert Kleidungsstücke, die wir vom Polnischen Hauptausschuss käuflich erworben haben, wurden zur Verteilung gebracht.“<sup>2580</sup> Und nicht nur bei der Beschaffung von Kleidungsstücken für die jüdische Bevölkerung half der PHA der JUS. Auch der Umtausch von „Genussmitteln“ gegen Nahrungsmittel des ersten Bedarfs lief über die polnische Organisation. Mit Zustimmung der Spender aus dem Ausland tauschte man die erhaltenen „Genussmittel“ gegen Mehl ein. Um die günstigsten Bedingungen zu erzielen, veranlasste man den Verkauf dieser Genussmittel auf dem freien Markt – Schwarzmarkt – und ebenso den Ankauf von Mehl. Da die JUS solche Transaktionen nicht durchführen konnte, ohne sich den größten Gefahren durch die Polizeibehörden auszusetzen, habe man dies über den PHA erledigen lassen.<sup>2581</sup> Zudem kaufte die JUS über den PHA aus dem Erlös für die „Genussmittel“ ebenfalls auf dem freien Markt Mehlprodukte wie Grieß, Perlgrauen, Haferflocken und Gerstengrütze.<sup>2582</sup>

Da die Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der jüdischen Organisation in dieser Zeit recht eng war, gelangen Intrigen der Besatzer gegen die JUS nicht. Die Besatzer – genauere Angaben, um welche Stelle es sich handelte, ließen sich nicht ausmachen – versuchten wohl durch den Verkauf von solchen von der jüdischen Organisation beschlagnahmten Paketen an die polnische Organisation Missgunst zwischen den beiden Organisationen zu schüren. Dies misslang, vielmehr erfuhren die Verantwortlichen der JUS über den PHA davon, sodass man sich an die Abteilung

<sup>2578</sup> Abschrift BuF an RGO betr. „Abzahlung des Bankdarlehens der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“, 31.10.1942, AAN, 125/70, Bl. 42.

<sup>2579</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 36f. „Der herannahende Herbst und Winter veranlasste die JUS, für eine Kleidungsbeihilfe Vorbereitungen zu treffen. Mit Zustimmung der zuständigen Behörden konnten von dem Polnischen Hauptausschuss einige hundert Stück Kleider und Wäsche käuflich erworben werden. Diese Menge bleibt aber in keinem Verhältnis zu dem immensen Bedarf an Kleidung und Wäsche. Wir haben uns daher an die uns unterstützenden Organisationen im neutralen Ausland mit einem Appell gewendet, dass sie eine Sammelaktion von gebrauchten Kleidern zu unseren Gunsten im Auslande unternehmen.“

<sup>2580</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 38f.

<sup>2581</sup> Bericht JSS/JUS 1946. „Formell hiess es den Behörden gegenüber, dass wir mit dem Poln. Hauptausschuss Tauschgeschäfte tätigten. Auf diese Weise konnten wir z.B. für 1 kg Tee – 600 kg Mehl erhalten, welches 840 kg Brot ergaben, für 1 kleine Sardinenschachtel im Gewicht 0.12 kg – 15 kg Mehl / 21 kg Brot/. Dieses Mehl wurde in der grossen Lagerbäckerei in Płaszów und drei polnischen Privatbäckereien in Krakau zu Brot ausgebacken. Die Lager in und um Krakau erhielten allwöchentlich einige Tausend Kilogramm Brot, das völlig unentgeltlich zur Verteilung gelangte und so manche Schwerarbeiter und Kranke am Leben erhielt.“

<sup>2582</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 38f.

„Bevölkerungswesen und Fürsorge“ wenden konnte: „*Nun erfahren wir, dass die beschlagnahmten Postpakete, die gebrauchte Kleidung enthalten, dem Polnischen Hauptausschuss zum Verkauf angeboten wurden. [...] [Deshalb] erlauben wir uns, ergebenst zu bitten, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge möge die zuständigen Dienststellen veranlassen wollen, dass sie die beschlagnahmten Postpakete unserer Organisation für die Zwecke der allgemeinen Wohlfahrt überlassen.*“<sup>2583</sup> Auch in anderen Bereichen war die Zusammenarbeit zwischen dem PHA und der JUS recht eng. So berichtete Edmund Seyfried über die JUS: Bis Mitte 1942 habe die Tätigkeit der JSS ohne Störungen durchgeführt werden können, wenngleich die Polizeibehörden der Besatzer den Juden und Jüdinnen gegenüber eine dezidiert negative Einstellung gehabt hätten. Die Maßnahmen gegen die Juden und Jüdinnen hätten sich verschärft und die ersten Deportationen in die Vernichtungslager setzten ein. Weichert habe dennoch versucht die Tätigkeit der JSS fortzusetzen. Dies sei ihm trotz der Auflösung des HHA und der JSS gelungen. Die Aufgaben der JUS und damit jene Weicherts seien deutlich schwieriger gewesen im Vergleich zu der Zeit, in der die JSS existierte. Die „Liquidierungen“ der Ghettos schritten voran und Weichert, so Seyfried, sei nicht davor sicher gewesen, jederzeit selbst in ein Arbeitslager deportiert zu werden. Aus diesem Grund und da damit eine Auflösung der JUS verbunden gewesen wäre, habe der PHA die vom IRK für die gesamte im Generalgouvernement lebende Zivilbevölkerung angekommenen Spenden nicht immer direkt, sondern nach und nach, an die JUS weitergeleitet, sodass im Falle einer Auflösung der jüdischen Organisationen die Liebesgaben aus dem Ausland nicht komplett an die Besatzer verloren gegangen wären. Die von den ausländischen jüdischen Organisationen gesandten Spenden habe man ebenso nicht komplett in die Magazine der JUS gebracht, sondern aus voranstehend genanntem Grund Teile in den Magazinen des PHA gelagert. Dies sei dezidiert unter Missachtung der Anweisungen durch die Besatzer passiert. Er führte ebenfalls aus, dass der PHA für die JUS „uneigennützig“ auf dem freien Markt „Genussmittel“ verkauft und dafür Bargeld erhalten habe, von dem Weichert Lebensmittel für die JUS kaufen konnte. All diese „Transaktionen“ seien unter der Überwachung und Erfassung eines Buchhalters und des Vorsitzenden des PHA durchgeführt worden. Soweit er sich erinnern könne, so Seyfried, seien auf diesem Wege zwei Millionen Zloty für die Hilfstätigkeit der JUS zusammengekommen.<sup>2584</sup> In einem Bericht aus der Nachkriegszeit führte Weichert als einen Aufgabenbereich der JUS die „Hilfe für Polen“ an:

„Gelegentlich konnte der Leiter der JUS Hilfe für internierte oder verhaftete Polen anregen. Ihm hat der Poln. Hauptausschuss zu verdanken, dass er die im Konzentrationslager Plaszów befindlichen 1.500 Polen mit je 2-kg Brot wöchentlich pro Kopf und mit Suppen und Heilmitteln beliefern konnte und den im Gefängnis an der Monteluppi-Strasse in Haft Sitzenden Lebensmittelpakete übermitteln durfte. Den polnischen Häftlingen im Konzentrationslager Auschwitz überlies die JUS 15 Kilogramm Traubenzucker zur Herstellung von Glukose-Ampullen im Umtauschwege. Die jüdischen Lagerärzte im GG. wurden überdies von uns beauftragt in allen Lagern, in denen nebst

<sup>2583</sup> Abschrift JUS an BuF betr. „Zuweisung von Postpaketen für allgemeine Wohlfahrtszwecke“, 18.11.1942, AŽIH, 211/66, Bl. 60.

<sup>2584</sup> AŽIH, 301/6937.



jüdischen auch polnische Häftlinge sich befinden, ihnen aus den JUS-Beständen solange Medikamente zu verabfolgen, bis sie solche vom Poln. Hauptausschuss erhalten werden.“<sup>2585</sup>

Neben der Tatsache, dass man hier ansprach, dass über die *JUS* Hilfe für polnisch-nichtjüdische Menschen in das Lager nach Plaszow gelangte, ist es bemerkenswert, dass ebenso angesprochen wurde, dass polnischen Häftlingen in Auschwitz eine Hilfeflieferung überlassen wurde.<sup>2586</sup> Dies spricht dafür, dass die *JUS* dieses Lager generell belieferte. Allerdings erscheint dies, wie obenstehend bereits ausgeführt, unwahrscheinlich. Zudem arbeitete die *JUS* mit den Polen – wie bereits III.2.1 dargelegt – bei der „*Hilfe für Juden mit arischen Ausweisen*“ zusammen und profitierte hier im Gegenzug von der polnischen Organisation. Es handelte sich dabei um Hilfe für Juden und Jüdinnen, die sich durch „arischer Ausweise“ außerhalb der Lager aufhalten konnten. In der Zeit als die *JUS* untätig war, habe sie durch die Vermittlung des *PHA* der erwähnten Organisation 979 Kleidungs- und Wäschestücke zur Verteilung an die sich versteckenden Juden und Jüdinnen überlassen.<sup>2587</sup> Doch damit war die Zusammenarbeit zwischen der *JUS* keinesfalls beendet. Polnische Akteure sollten für die Weiterführung der Tätigkeit der jüdischen Organisation eine immens wichtige Rolle einnehmen, als das Leben der Mitarbeiter auf dem Spiel stand und schnelles Handeln gefragt war.<sup>2588</sup>

Eine Gruppe von Akteuren, die zwischen den polnischen und den jüdischen Akteuren anzusiedeln wäre, ist der *Rat für die Unterstützung der Juden*, der *Bund* und das *Żydowski Komitet Narodowy*. Die Zusammenarbeit mit der *JSS* und der *JUS* und soll jedoch nicht genauer untersucht werden, da die *Żegota* – so der Deckname des *Rates für die Unterstützung der Juden* – und die anderen beiden Gruppen für die *JSS* gar keine und für die Arbeit der *JUS* keine maßgebliche Rolle spielten, soll an dieser Stelle nur erwähnt sein, dass die *JUS* wohl versuchte den Kontakt zu den drei Organisationen aufzunehmen, diese einen Kontakt jedoch vehement über einen längeren Zeitraum hinweg ablehnten. Da keine Zusammenarbeit stattfand, könnte man allenfalls noch die Frage stellen, welchen Einfluss die Konkurrenz zwischen den Gruppen auf die Arbeit der *JUS* hatte. Darauf wird in III.3.3 noch einzugehen sein.

### III.2.4 Die Zusammenarbeit mit nationalsozialistischen Akteuren

Die Tätigkeit der *JUS* stand nach der erneuten Zulassung – genau wie die der *JSS* – unter der Aufsicht der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“.<sup>2589</sup> Die Interaktion zwischen den Besatzern und den jüdischen Akteuren im Kontext der Schließung der *JSS* und der Gründung der *JUS* wurde in III.1 detailliert untersucht, sodass in diesem Abschnitt eine Beschränkung auf die

<sup>2585</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2586</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2587</sup> Ebd.

<sup>2588</sup> Vgl. hierzu III.4.2.

<sup>2589</sup> Vgl. dazu etwa Bescheinigung für Michal Weichert von BuF, 25.05.1943, BJ, 34/97.

reine Zusammenarbeit zwischen den Stellen der Besatzer und den Akteuren der *JUS* während des Bestehens der Organisation erfolgen kann. Ein Punkt der Zusammenarbeit, der für die Belieferung der Lager von großer Bedeutung war, wurde bereits III.2.2 dargelegt: Es war zu massiven Problemen beim Versand der Pakete durch die *JUS* gekommen, da ab einen gewissen Zeitpunkt Post und Pakete jüdischer Absender nicht mehr verschickt wurden. Aus diesem Grund diente die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ als Absender für die Pakete der *JUS*.<sup>2590</sup> Auch in einem an Weichert gerichteten Brief des ehemaligen Leiters der Aufsichtsbehörde aus der Nachkriegszeit, der sich durch das Schreiben vermutlich einen „Persilschein“ erhoffte, wirkt die „Zusammenarbeit“ zwischen dem Besatzer und dem jüdischen Funktionär durchaus positiv. In dem Brief kommen Aspekte zu einer vermeintlichen Zusammenarbeit zwischen Weirauch und Weichert zum Tragen: *„Da Sie mir in Krakau wiederholt erklärt haben, dass die internationalen jüdischen Organisation meine Arbeit und Haltung stets anerkennen und mir, falls es nottut, auch in jeder Hinsicht helfen würden, darf ich Sie nun bitten, mir Ihre Hilfe angedeihen zu lassen und durch die internationalen jüdischen Organisationen zu einer Existenz in Deutschland oder in einem anderen Land zu verhelfen.“*<sup>2591</sup> Weiter sprach er das Untertauchen der Familie Weichert an, was in III.4.1 Gegenstand sein wird. Zudem stellte er seine Tätigkeit für die *JSS* dezidiert heraus:

„Ich darf noch auf folgendes hinweisen: Noch nach Beginn der Ermordung der Juden in Polen habe ich seinerzeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe etwa 3 Millionen Zloty aus den meiner Abteilung zur Verfügung stehenden Mitteln zukommen lassen. Ich hatte damals angenommen, dass das Rechnungsprüfungsamt erst in 3–4 Jahren dahinter kommen könnte. Als der höhere SS- und Polizeiführer Krüger auf einer mir nicht bekannten Weise doch davon Kenntnis bekam, erklärte er, ich müsse sofort eingesperrt werden, ich sei völlig ungeeignet für die Stellung, die ich bekleide, so etwas von Instinktlosigkeit sei ihm noch nicht vorgekommen usw. Meine Ausreden hatten aber Erfolg, sodass mir ausser einigen Vorwürfen nichts weiter passierte. Schliesslich darf ich noch erwähnen, dass es mir in einem langwierigen Ringen mit der Sicherheitspolizei gelungen ist, die Jüdische Soziale Selbsthilfe bzw. Jüdische Unterstützungsstelle zu erhalten. Damit war wenigstens sichergestellt, dass mit Hilfe der ausländischen Liebesgaben weiterhin die Betreuung der in Konzentrationslager verschleppten Juden fortgeführt werden konnte. Das habe ich nur dadurch erreicht, dass ich mich Ende 1942 und Anfang 1943 unter Umgehung der Dienstwege unmittelbar an das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes und an Himmler selbst (Feldkommandostelle) gewandt habe. Diese Handlungsweise von mir hat dann auch zu erheblichen Vorwürfen durch die Sicherheitspolizei geführt. In dem in der Anlage abschriftlich beigefügten Schreiben des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD vom 18.11.42 war ich aufgefordert worden meinen Erlass vom 20.10.42 zurückzuziehen, in dem ich nochmals den Versuch unternommen hatte, die Tätigkeit der Jüdischen Hilfskomitees aufrechtzuerhalten und wenigstens die Mitglieder der Hilfskomitees vor der ‚Evakuierung‘ zu schützen. In meiner Tätigkeit im Generalgouvernement habe ich niemals Massnahmen angeordnet oder mich an Handlungen beteiligt, die eine Unterdrückung oder Vernichtung nicht-deutscher Menschen zur Folge hatte. Mir dahingegen erteilte Befehle oder Anordnungen habe ich entweder nicht ausgeführt oder so verspätet befolgt, dass kein Schaden entstehen konnte.“<sup>2592</sup>

<sup>2590</sup> Vgl. hierzu III.2.2.

<sup>2591</sup> Brief von Lothar Weirauch an Michal Weichert – es sind zwei fast textidentische Fassungen vorhanden – eine vom 19.01.1946 und die andere vom 27.03.1946, AŽIH, Nachlass Weichert. Es ist nicht erkennbar, dass dazwischen eine Antwort Weicherts erfolgte.

<sup>2592</sup> Ebd.

Inwieweit diese Aussagen Weirauchs über seine eigene Tätigkeit tatsächlich zutreffend sind, kann nicht gesagt werden. Ein Antwortschreiben Weicherts in dem er den Aussagen zustimmt oder diesen widerspricht, ist nicht überliefert. Wenngleich diese aufgezeigten Punkte aus dem Zusammenwirken zwischen der *JUS* und der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ auf den ersten Blick sehr positiv wirken, so hatte die Organisation im Vergleich zur *JSS* doch etwas andere Arbeitsbedingungen, da sie deutlich stärker von polizeilichen Stellen abhängig war. Die Einsetzung Weicherts als Leiter der *JUS* erfolgte mit Genehmigung des HSSPF, die man allerdings von der Zivilverwaltung einholte.<sup>2593</sup> Für den Kontakt mit den Arbeitslagern war der Weg über die HSSPF oder die SSPF ebenfalls unerlässlich. So sandte Weichert am 22. Juli 1943 einen Vorschlag an den HSSPF. Er gab an, dass sich den Berichten der Lagerführer und der zuständigen Dienststellen zufolge in den meisten Arbeitslagern ein Mangel an Wäsche und Kleidern bemerkbar mache: *„In einzelnen Fällen haben Betriebsleitungen auf die mangelnde Bekleidung aufmerksam gemacht und sogar die Beseitigung der ungenügend Bekleideten angedroht. Um diesen Uebel abzuhelpfen, habe ich die Absicht – die Genehmigung des Höheren SS- und Polizeiführers vorausgesetzt – die jüdischen charitativen Organisationen im Ausland, mit denen die JUS in Verbindung steht, zu ersuchen, eine Bekleidungshilfsaktion für die Juden in den Arbeitslagern im Generalgouvernement zu unternehmen.“*<sup>2594</sup> Aus dem hier Zitierten lässt sich zum einen schließen, dass die *JUS* einen engeren Kontakt zum HSSPF suchte, da der Brief an ihn gerichtet war, zum anderen, dass man Kontakt mit lokalen Dienststellen und den Lagerführern hatte. Ferner, dass schon Kontakt zu dem Adressaten bestand, da die *JUS* mit einem gewissen Maß an Vertrauen mitteilte, dass sie Kenntnis darüber habe, dass *„sogar die Beseitigung der ungenügend Bekleideten angedroht“* worden sei.<sup>2595</sup> Man kam in dem Brief auch auf die Hilfsaktion aus dem Ausland zu sprechen und teilte dem HSSPF mit, dass diese Organisationen wiederholt mitgeteilt hätten, dass die Gebefreudigkeit der ausländischen Juden und Jüdinnen bedeutend größer wäre, wenn sie wüssten, dass die Spenden direkt ihren Verwandten zugutekämen. Deshalb schlug man vor, dass es den Menschen in den Arbeitslagern gestattet werden sollte, diese Anforderungen auf vorgedruckten Formularen an ihre Verwandte im Ausland zu senden und legte dem HSSPF das weitere geplante Prozedere in Bezug auf diese Hilfsaktion dar.<sup>2596</sup> Der HSSPF genehmigte diese Hilfsaktion allerdings nicht. Weichert gab an, dass man zu Beginn der abermaligen Tätigkeit der *JUS* eine Nachricht erhalten habe, dass die Verteilung der Hilfslieferungen an die Lager in den einzelnen Distrikten durch die lokalen SS- und Polizeiführer zu erfolgen habe. Dies habe die *JUS* allerdings abgelehnt, da man sich bewusst

<sup>2593</sup> Vgl. dazu etwa BuF, 25.05.1943, BJ, 34/97.

<sup>2594</sup> Abschrift Weichert an den HSSPF über BuF betr. *„Sendung von gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücken aus dem Ausland für Juden in den Arbeitslagern im G.G.“*, 22.07.1943, AŽIH, 211 aneks/92, Bl. 62f. YVA, O.21/17-1, Bl. 15 sowie GFHA, Collections Section/1588. Mit abweichender Datierung auf den 27.07.1943 aber sonst gleichlautend ebenfalls zu finden in AŽIH, 211/85, Bl. 36f. sowie GFHA, Collections Section/1588.

<sup>2595</sup> Ebd.

<sup>2596</sup> Ebd.

gewesen sei, dass diese ebenfalls für die „Liquidierung“ der Ghettos und die Ermordung der jüdischen Menschen verantwortlich gewesen sei.<sup>2597</sup> Die Ausweise für Weichert und seine Familie während ihrer Tätigkeit in der *JUS* stellte der SS- und Polizeiführer des Distrikts Krakau aus<sup>2598</sup> – wohl auf Anordnung oder zumindest unter Billigung des HSSPF.<sup>2599</sup> Weiterhin war die *JUS* in Kontakt zu den Sanitätsbehörden der Besatzer. Mit diesen tauschte sie Medikamente, für die die *JUS* keine Verwendung hatte gegen „andere Heilmittel [...], die von besonderem Wert für die Arbeitslager sind.“<sup>2600</sup>

---

<sup>2597</sup> WEICHERT: Aleinhilf, S. 69.

<sup>2598</sup> Vgl. dazu etwa SSPF Distrikt Krakau, Krakau, 14.05.1943, BJ, 34/97 oder auch SSPF im Distrikt Krakau, Krakau, 02.04.1943, ebd.

<sup>2599</sup> SSPF im Distrikt Krakau, Krakau, 02.04.1943, BJ, 34/97. „Ausweis. Der Jude Dr. Weichert ist mit Anordnung des Höheren SS- und Polizeiführers berechtigt, sich frei in der Stadt zu bewegen. Er ist vom Tragen der Armbinde befreit. Dieser Ausweis ist jederzeit widerrufbar.“

<sup>2600</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 38f.

### III.3 Die Bedeutung des Auslands für die *Jüdische Unterstützungsstelle*

„Die stets wachsenden Anforderungen der Lager veranlassen uns, an die charitativen Organisationen im neutralen Ausland mit der Bitte heranzutreten, sie möchten uns ihre Unterstützung auch weiterhin angedeihen lassen, indem sie für einen regelmässigen und vergrösserten Nachschub von Liebesgaben Sorge tragen und ihre Hilfstätigkeit auch auf die Bekleidungs-  
hilfe ausdehnen.“<sup>2601</sup>

Diese Zeilen hielt man in einem Bericht über die Tätigkeit der *JUS* für die Monate Mai und Juni 1944 fest, nichtsahnend von dem bevorstehenden Ende der Organisation sowie der geplanten Deportation der Familie Weichert beziehungsweise dem Untertauchen derer, um sich vor der Deportation zu schützen. Dies sollte nur einen knappen Monat später geschehen. Anfang Juli 1944 konstatierten die Verantwortlichen der *JUS*, dass man sich bei den ausländischen Hilfsorganisationen um „*einen regelmässigen und vergrösserten Nachschub von Liebesgaben*“ bemühen wollte.<sup>2602</sup> Dabei hatte die Regierung bereits bei der Auflösung des *HHA*, die, wie bereits in III.1.2 gezeigt, in direktem Zusammenhang mit der Schließung der *JSS* stand, festgestellt: „*Infolge der fortschreitenden Kriegsergebnisse ist die Anlieferung der Liebesgaben mehr und mehr zurückgegangen, sodass mit grösseren Mengen in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen ist.*“<sup>2603</sup> Für die erste Schließung der *JUS* konnte sogar ausgemacht werden, dass man in internen Schreiben der NS damit argumentierte, dass „*[a]ussenpolitische Gruende [...] bei der angestrebten schnellen Abwicklung der gesamten Judenaktion fuer die Taetigkeit einer juedischen Unterstuetzungsstelle nicht mehr massgeblich sein [dürfen]. Dabei ist es belanglos, ob Betreuungsmittel aus dem Ausland fuer Juden von internationalen Vermittlungsaktionen z.Zt. noch entgegengenommen werden. Es laesst sich nicht unterbinden, dass das Ausland davon erfahert, wenn in kurzer Zeit keine Juden mehr im GG sind, die einer internationalen Betreuung beduerfen.*“<sup>2604</sup> Dennoch war bereits bei der Schließung der *JSS* festgelegt worden, dass der bisherige Vorsitzende des *HHA* Beauftragter für die Verteilung der noch eingehenden Spenden, „*[...] die nicht für eine Volksgruppe alleine bestimmt sind*“ bleiben sollte.<sup>2605</sup> Nach der Wiedenzulassung der *JUS* teilte die Regierung des Generalgouvernements an das „Auswärtige Amt“ mit, dass die *JSS* sowie der *HHA* geschlossen seien. Der Beauftragte des „Auswärtigen Amtes“ nannte die Gründung der *JUS* und abermalige Schließung der *JUS*. Weiter hiess es in Bezug auf die

<sup>2601</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2602</sup> Ebd.

<sup>2603</sup> Abschrift BuF an den Vorsitzenden des *HHA* betr. „*Auflösung des Haupthilfsausschusses*“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23.

<sup>2604</sup> Abschrift BdS im Generalgouvernement an Weirauch „*Geheim*“ betr. „*Jüdische Unterstuetzungsstelle für das GG*“, 18.11.1942, BJ, 49/97. Ebenso vorhanden in AŽIH, 211 aneks/278. Auch vorhanden in AŽIH, Nachlass Weichert. Das Schreiben wurde von Heim gezeichnet.

<sup>2605</sup> Abschrift BuF an den Vorsitzenden des *HHA* betr. „*Auflösung des Haupthilfsausschusses*“, 17.08.1942, AAN, 125/70, Bl. 23.

Funktion der letztgenannten Organisation, dass diese zu jener Zeit in eingeschränktem Umfang fortlebe „für die Erledigung ausländischer Liebesgabenendungen [...]“.<sup>2606</sup> Demnach war für die NS mit der *JUS* und dabei vor allem mit ihrer zweiten Eröffnung das Ziel verbunden für die ausländischen Organisationen als jüdische Organisation im Generalgouvernement zu erscheinen. Für das Zustandekommen der *JSS* konnte bereits konstatiert werden, dass den ausländischen Organisationen eine bedeutende Rolle zugeschrieben werden kann und auch in der Zeit des Bestehens der *JSS* wäre eine Hilfstätigkeit ohne die Unterstützung der ausländischen Hilfsorganisationen und die Abteilung „Ausländische Verwandtenhilfe“ und deren Tätigkeit kaum vorstellbar gewesen. Für die *JUS* spielten gerade die Hilfsorganisationen im „neutralen Ausland“ eine bedeutende Rolle. Schon sehr bald nach der Gründung der *JUS* wandte sie sich deshalb unter anderem an das *Internationale Rote Kreuz* und teilte die Tätigkeit unter neuem Namen und unter etwas geänderten Vorzeichen mit:

„Wir teilen Ihnen mit, dass infolge behördlicher Verfügung v. [----] polnisch Centrala Pomocy dla Żydów w Generalnym Gubernatorstwie, tritt. Die Unterstützungsstelle führt die bisherige Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe fort und hat insbesondere die Jüdischen Hilfskomitees und Delegaturen in den einzelnen Ortschaften fürsorgemässig zu leiten und zu beaufsichtigen und über Anforderung Versorgungsmassnahmen für jüdische Arbeitslager durchzuführen, Arznei- und Verbandmittel zu verteilen, Spenden des Auslands zu verteilen. Die Unterstützungsstelle tritt in die Vermögensrechte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ein und übernimmt deren Verpflichtungen. Unsere bisherigen Geschäftsstellen, d.s. die Hilfskomitees und Delegaturen verbleiben weiterhin in ungeänderter Zusammensetzung in den einzelnen Ortschaften, wo Juden wohnen und setzen ihre bisherige Tätigkeit fort. Der genannten Verfügung zufolge sind die zur Erfüllung der J.U.S. gestellten Aufgaben notwendigen Mittel aus der Judenschaft selbst aufzubringen. [----] welcher den engeren Kreis der bisherigen Mitarbeiter beibehält. Wir sind infolge der letzten Ereignisse vor neue schwere fürsorgliche Aufgaben gestellt und geben der Hoffnung Ausdruck, dass die jüdischen charitativen Organisationen des Auslandes uns in verstärktem Masse ihre Hilfe und Unterstützung werden angedeihen lassen.“<sup>2607</sup>

Dies ist nicht nur durch weitere Schreiben in dieser Weise belegt, sondern wird in diesem Abschnitt detailliert analysiert. Da das Wirken der *JUS* im Herbst 1942 nicht lange währte, wird der Schwerpunkt der Untersuchung auf der Zeit zwischen dem Frühjahr 1943 und dem Sommer 1944 liegen. Durch das Ausscheiden der US-amerikanischen Hilfsorganisationen, die Einstellung der „Ausländischen Verwandtenhilfe“ und die damit verbundene Suche nach Verwandten und Bekannten wird dieses Unterkapitel lediglich in zwei Abschnitte gegliedert sein. Im ersten Abschnitt wird allgemein der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den ausländischen Hilfsorganisationen dargestellt und dabei abermals eine Fallstudie zur *Haft* durchgeführt. Im zweiten Abschnitt werden Probleme und Gerüchte im In- und vor allem im Ausland untersucht. Auch zu der *Reichsvereinigung der Juden in*

<sup>2606</sup> Beauftragter des AA beim Generalgouverneur an AA betr. „Haupthilfsausschuss für das Generalgouvernement“, 08.04.1943, PAAA, R 99433.

<sup>2607</sup> Abschrift Postkarte der *JUS* an das IRK betr. „Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement“, 02.11.1942, GFHA, Holdings Registry/9690. Leider sind auf der Abschrift Schwärzungen vorgenommen worden, sodass Teile des Textes nicht mehr zu lesen sind. Sie wurden im Zitat mit [----] kenntlich gemacht.

Deutschland gab es während des Bestehens der JUS noch Kontakt – allerdings beschränkte sich dieser wohl auf die Mitteilung nach Berlin, dass die JUS die Arbeit wieder aufgenommen hatte.<sup>2608</sup>

### III.3.1 Die Hilfe aus dem Ausland

Die ausländischen Hilfsorganisationen nahmen von der Schließung der JUS Kenntnis und stellten aus diesem Grund zumindest teilweise ihre Tätigkeit für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement ein. So teilte die OSE in Genf der JUS zu einem späteren Zeitpunkt mit: *„Meine letzte grosse Sendung von Medikamenten, welche für Krakau bestimmt und vorbereitet war, habe ich nach Saloniki gesandt, nachdem mir mitgeteilt wurde, dass die Unterstützungsstelle liquidiert sei. Zum Schluss teilte ich Ihnen mit, dass wir in Berlin anfragen offiziell, ob wir wieder nach Krakau Medikamente und Lebensmittel senden dürfen. Nach positiver Antwort werden wir durch Vermittlung des Roten Kreuzes eine Sendung Medikamente und wo möglich Lebensmittel vorbereiten und Ihnen zukommen lassen. Auf diesem Brief bitte ich sofort Antwort, wenigstens per Postkarte.“*<sup>2609</sup> Dies beeinträchtigte die Arbeit der JUS nach ihrer erneuten Zulassung jedoch nicht in sehr großem Maße, denn zu Beginn der offiziellen Wiederaufnahme der Tätigkeit erhielt die JUS eine Spende eines *Schwedischen Hilfskomitees*,<sup>2610</sup> welche bereits zuvor im Generalgouvernement eingetroffen war. Nach Feststellung des Kassenprüfers, der im Auftrag der Regierung im Frühjahr 1944 einen Bericht zu den Finanzgebaren der JUS vorlegte, diente dieses Geld der Organisation aus Schweden der JUS bis in diese Zeit als „Puffer“ und es handelte sich damit um das Anfangskapital der JUS.<sup>2611</sup> Anfang Mai 1943 – einen guten Monat nach der erneuten Zulassung der JUS – unterrichtete man die ausländischen Hilfsorganisationen über die Situation und teilte mit, dass man *„dringend und zuvörderst Lebensmittel ersten Bedarfs, wie Mehl, Hülsenfrüchte, Kondensmilch, Kakao, Ovomaltine, Nahrungsmittel u.dgl.“* benötige und führte an: *„Genussmittel wie Kaffee, Tee, Oelsardinen u.dgl. könnten wie hier gegen Mehl u.ä. eintauschen“*.<sup>2612</sup> In dem Schreiben an die Hilfsorganisationen wurde herausgestellt, dass sich die Tätigkeit der JUS nach ihrer erneuten Zulassung vor allem auf die Verteilung *„der aus dem Auslande einlangenden Liebesgaben, in erster Reihe unter die Arbeitslager“* erstrecke.<sup>2613</sup> Zudem wurde

<sup>2608</sup> Abschrift JUS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. *„Wiederaufnahme der Tätigkeit der J.U.S.“*, 02.05.1943, AZIH, 211/69, Bl. 80. Ebenso verschickte man im Juni ein weiteres Schreiben, in dem abermals um die Hilfe gebeten wurde. Vgl. JUS an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. *„Förderung unserer Tätigkeit“*, 1[3].06.1943, AZIH, 211/69, Bl. 81. Dies ist das letzte Schreiben der Akte – weitere Korrespondenz fand nicht statt oder wurde nicht überliefert.

<sup>2609</sup> Auszug aus dem Brief der OSE, Genf an die JUS vom 12. Mai 1943, 02.06.1943, AZIH, 211/85, Bl. 19.

<sup>2610</sup> Welche Organisation mit diesem *„Schwedischen Hilfskomitee“* konkret gemeint ist, geht aus dem Kassenprüfbericht, in dem der eingehende Betrag genannt wurde, nicht eindeutig hervor.

<sup>2611</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 9f.

<sup>2612</sup> JUS an das Komitee für Hilfsleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung, Genf, betr. *„Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS“*, 23.04.1943, ACICR, G 59/7-257. Gleichlautend JUS an die Delasam Union delle Comunita Israelitiche Italiane Genova betr. *„Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS“*, 02.05.1943, BJ, 46/97. In ähnlichem Wortlaut ebenfalls Abschrift JUS an The Jewish Community Cobe und The The Far Eastern Jewish Central Information Bureau for Emigrants betr. *„Tätigkeit der J.U.S.“*, 18.06.1943, AZIH, 211/78, Bl. 15. Diese angeführten Schreiben stehen nur exemplarisch für viele weitere Briefe dieser Art, die alle in den ersten Monaten nach der Wiedenzulassung der JUS versandt wurden.

<sup>2613</sup> Ebd. und gleichlautend JUS an die Delasam Union delle Comunita Israelitiche Italiane Genova betr. *„Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS“*, 02.05.1943, BJ, 46/97.

darauf aufmerksam gemacht, dass die in der Zeit der zwischenzeitlichen Schließung angekommenen Sendungen der ausländischen Organisationen in der nächsten Zeit empfangen werde.<sup>2614</sup> Damit versuchte die JUS vermutlich den Spendern zu zeigen, dass die von ihnen explizit für die jüdische Bevölkerung gesandten Spenden nicht an eine der anderen beiden Organisationen, den PHA sowie UHA, oder gar die Besatzer verloren gegangen sind. Im Anschluss daran wies sie darauf hin welche Hilfsgüter am dringendsten benötigt werden, um den Aufgaben gerecht zu werden. Den Brief abschließend stellte die JUS fest, dass ihre Leitung unverändert geblieben ist.<sup>2615</sup> Nachdem die Organisation keine Reaktion von bestimmten Organisationen im Ausland erhalten hatte, schrieb sie einige Wochen später erneut an die betreffenden Stellen mit einer flehenden Bitte nach Hilfe.<sup>2616</sup> In diesem zweiten Schreiben teilte man den Organisationen mit, dass die JUS schon in der kurzen Zeit nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit habe feststellen können, *„dass der Bedarf an allem Nötigen unter den hiesigen Juden ungeheuer gross ist. Wir kamen zur Überzeugung, dass wir ohne ihre ständige Förderung und weitgehendste Hilfe seitens der jüdischen Organisationen im neutralen und befreundeten Ausland nicht in der Lage sein werden, unseren Aufgaben, die auch die aus dem Ausland nach dem Generalgouvernement übersiedelten Juden umfassen, auch nur annähernd gerecht zu werden.“*<sup>2617</sup> Die JUS verwies dezidiert darauf, dass ihre Weiterarbeit ohne die Spendenbereitschaft der ausländischen Hilfsorganisationen nicht möglich ist, wies allerdings nicht darauf hin, dass sie fortan keine Mittel mehr über die Regierung erhielt. Dies kann aus zwei Gründen erfolgt sein: zum einen, da die Briefe die Kontrolle der Besatzer passieren mussten, zum anderen wohl deshalb, weil so versucht wurde bei den ausländischen Hilfsorganisationen den Eindruck einer – mehr oder weniger – von den Besatzern unabhängigen jüdischen Organisation zu vermitteln.

Die Tätigkeitsberichte musste das Präsidium der JSS für die ihr übergeordneten Stellen schreiben und bei der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ vorlegen. Die Verantwortlichen der JUS verfassten ebenfalls Berichte. Allerdings dienten diese nicht dazu allein Rechenschaft bei den Besatzern abzulegen, sondern auch Informationen über die Tätigkeit ins Ausland gelangen zu lassen. Dafür spricht zum einen, dass die JUS die Berichte in weit größeren Maße als es für die Berichte der Vorgängereinstitution der Fall war vervielfältigte.<sup>2618</sup> Zum anderen finden sich in Akten der Provenienz der ausländischen Hilfsorganisationen ebenfalls Berichte über die Tätigkeit der JUS.<sup>2619</sup> Dafür, dass die Berichte, die die JUS herausgab, für die Hilfsorganisationen im Ausland

---

<sup>2614</sup> Ebd.

<sup>2615</sup> Ebd.

<sup>2616</sup> Abschrift JUS an Comitato Italiano di Artistenza betr. *„Förderung unserer Tätigkeit“*, 13.06.1943, AZIH, 211/82, Bl. 69. Aus ebendieser Akte geht hervor, dass das Schreiben auch noch an weitere Organisationen in Italien gesandt wurde.

<sup>2617</sup> Ebd.

<sup>2618</sup> Matrizen für die Vervielfältigung der Berichte finden sich in JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 15 Berichty i inne sowie Arc.Ms. Var. 371/XI 14 Matryce spisy leków sprawozdania.

<sup>2619</sup> Vgl. dazu etwa JUS an Hilfskomitees zur Hilfeleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung betr. *„Liebesgabensendung“*, 22.04.1944, CZA, C3/107, Bl. 10; JUS an Hilfskomitee zur Hilfeleistung betr. *„Tätigkeitsbericht Nr. IV“*,



bestimmt waren, spricht nicht nur die Tatsache, dass sich die Berichte, in deren Akten finden lassen, sondern auch der Inhalt der Berichte.<sup>2620</sup> In ihnen sind sehr detailliert die Medikamente, Lebensmittel und dergleichen sowie deren einzelnen Nutzen aufgeführt. So hieß es in dem ersten Bericht beispielsweise: „*Insbesondere fand die Belieferung mit stark gezuckerter Kondensmilch schweizerischer Provenienz /Nestlé/ lebhaften Zuspruch.*“<sup>2621</sup> Zudem sind die ausländischen Spender sowie die von ihnen erhaltenen Spenden im Einzelnen angegeben<sup>2622</sup> und es wurde immer wieder betont, dass die Spenden die Bedürftigen in den Lagern erreichen und dass die Zuwendungen von besonderer Bedeutung für die Genesung der Kranken und Rekonvaleszenten waren. Ferner machte man Angaben zur Logistik der JUS, um den Spendern darzulegen, dass die Spenden die Bedürftigen erreichen.<sup>2623</sup> Und nicht nur in diesem Bericht wurde herausgestellt, dass die Hilfe die Bedürftigen über die jüdischen Lagerärzte erreichte. In den folgenden Berichten etwa hieß es, dass die Zuweisungen die die Lager auf Grundlage der Anforderungen der jüdischen Lagerärzte erfolge.<sup>2624</sup> Es wurde herausgestrichen dabei, dass die Anforderungen der Medikamente etc. durch die jüdischen Lagerärzte an die JUS erfolgte – nicht etwa über die Kommandeure der Lager. Dies verstärkte die

---

09.04.1944, CZA, C3/107, Bl. 16 und ebenso die in den Akten der Relico vorhandenen Berichte; so etwa CZA, C3/107, Bl. 17f., 31f. 39f., 57f. und die Listen CZA, C3/107, Bl. 41, 43, 59f., 61f. sowie Bl. 75–78. Darüber hinaus ist auch noch eine Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. November 1942 bis Ende Juni 1943 eingegangenen Sendungen für die JUS vorhanden – siehe CZA, C3/107, Bl. 49f; Kopie des Tätigkeitsberichtes Nr. III der Jüdischen Unterstützungsstelle, Kopie des Liste Nr. VI sowie Kopie der Liste Nr. VII, ACICR, G 59/7-257. Aus einem Anschreiben geht hervor, dass mindestens eines dieser Dokumente an die OSE in Genf gerichtet war – 21.01.1944 betr. „*Tätigkeitsbericht für die Monate Oktober–Dezember 1943*“. Vgl. ebd. Auch Kopie JUS an HICEM, Lissabon, betr. „*Liebesgabenensendungen*“, 10.04.1944, YVA, O.21/31, Bl. 57.

<sup>2620</sup> Vgl. dazu etwa Kurzer Bericht über die Tätigkeit der JUS vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f. oder auch Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f. sowie Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f. sowie Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f. sowie Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2621</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der JUS vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f.

<sup>2622</sup> Vgl. dazu etwa Kurzer Bericht über die Tätigkeit der JUS vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f. oder auch Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.; ebenso Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7, auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.; ebenso Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7, auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.; ebenso Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7, auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2623</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f. „*Mit einer einzigen Ausnahme, wo ein geringer Teil verloren ging, sind alle Sendungen in unverringertem Zustand an Ort und Stelle eingelangt. Ueber die Versendung der gelieferten Liebesgaben sind wir stets auf das Genaueste unterrichtet. Die näher gelegenen Arbeitslager wurden von uns oft und regelmäßig besucht und wir haben die Möglichkeit, Wünsche der Betreuungsorgane entgegenzunehmen. Von anderen Lagern besuchen uns juedische Aerzte oder Lagerräte, die uns über die Not der Betreuten unterrichten.*“

<sup>2624</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

*JUS* dadurch, dass sie immer wieder hervorhob, dass der Erhalt der Lieferungen quittiert werde.<sup>2625</sup> Dies richtete sich weniger an die Organisationen die bereits Spenden gesandt hatten, da diese über Briefe und Postkarten bereits darüber informiert waren, sondern auch an potentielle Spender. Die Wirksamkeit der Medikamente und Stärkungsmittel bestätigend, zitierte die *JUS* in den Berichten immer wieder Briefe von jüdischen und in Ausnahmefällen polnischen Lagerärzten.<sup>2626</sup> Neben diesem indirekten Werben um weitere Hilfe, versteckte die *JUS* direkte Appelle in den Berichten. So steht im zweiten Bericht über den Ausbau der Ernährungshilfe geschrieben: *„Ein weiterer Ausbau der Ernährungshilfe ist sehr erwünscht, ist aber nur dann durchführbar, wenn wir von den ausländischen charitativen Organisationen Lebensmittel wie Mehl, Mehlprodukte und Hülsenfrüchte erhalten werden.“*<sup>2627</sup> Dies erfolgte nicht nur in Bezug auf die Ernährungshilfe, sondern auch um Kleider- und Wäschelieferungen wurde in den Berichten geworben. So berichtete die *JUS* zunächst darüber, dass sie wegen des herannahenden Herbsts und Winters eine Kleidungsbeihilfe vorbereite und schrieb darüber, was sie dafür bereits unternommen habe. Unter anderem hieß es in diesem Kontext: *„Wir haben uns daher an die unterstützenden Organisationen im neutralen Ausland mit einem Appell gewendet, dass sie eine Sammelaktion von gebrauchten Kleidern zu unserem Gunsten im Auslande unternehmen.“*<sup>2628</sup> Im dritten Bericht der *JUS* wird angeführt: *„Unsere Bemühungen Kleider und Wäsche sowie Lebensmittel aus dem neutralen Ausland zu erhalten, haben vorläufig leider keinen Erfolg gehabt.“*<sup>2629</sup> Und auch im folgenden Bericht aus dem März 1944 wurde ausgeführt: *„Wie aus dem obigen zahlenmässigen Material zu ersehen ist, bemühen wir uns, mit allen Kräften unseren Aufgaben gerecht zu werden. Leider sind wir nicht imstande den Anforderungen der Lager voll genüge zu leisten. Insbesondere hinsichtlich der Bekleidungshilfe steht das Geleistete in keinem nennenswerten Verhältnis zu dem tatsächlichen Bedarf. Unser diesbezüglicher Appell an die jüdischen charitativen Organisationen im neutralen Ausland hat noch keine realen Ergebnisse gezeigt.“*<sup>2630</sup> Zudem gab die *JUS* im zweiten Bericht an: *„Die mit soviel Anerkennung seitens der in den Arbeitslagern untergebrachten Juden geführten Hilfstätigkeit der JUS kann nur dann erfolgreich fortgesetzt werden, wenn die jüdischen charitativen Organisationen im neutralen Auslande, ihre Sendungen von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidern regelmäßig in*

<sup>2625</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 36f. *„Die von uns einlangenden Sendungen werden von den jüdischen Lagerärzten im Empfang genommen, mit den Spezifikationen verglichen und auf einem jeder Spezifikation beiliegenden Durchschlag quittiert. Nahrungsmittel wie Kondensmilch u.dgl. werden überdies von Einzelempfängern auf einer Liste bestätigt, die uns vom Leiter der sanitären Betreuung eingesandt wird.“*

<sup>2626</sup> Vgl. etwa Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7, auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 36f.; ebenso Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7, auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.; ebenso Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7, auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2627</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19. Bl. 36f.

<sup>2628</sup> Ebd.

<sup>2629</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.

<sup>2630</sup> Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f.

gewissen Zeitabständen vornehmen werden.“<sup>2631</sup> Im letzten Bericht von Anfang Juli 1944 hieß es: „Die stets wachsenden Anforderungen der Lager veranlassen uns, an die charitativen Organisationen im neutralen Ausland mit der Bitte heranzutreten, sie mögen uns ihre Unterstützung auch weiterhin angedeihen lassen, indem sie für einen regelmässigen und grösseren Nachschub von Liebesgaben Sorgen tragen und ihre Hilfstätigkeit auch auf die Bekleidungsbilfe ausdehnen.“<sup>2632</sup> In dem letzten der Berichte gab man zudem an, dass man jetzt alle Arbeitslager im Generalgouvernement belieferte, in denen Juden und Jüdinnen beschäftigt sind.<sup>2633</sup> Weiter wurde berichtet: „Die Zahl der angeforderten Medikamente ist im steten Wachsen begriffen.“<sup>2634</sup> Ein Lichtblick, denn die Verantwortlichen der JUS wussten noch nicht, dass noch in dem Monat in dem sie diesen Bericht versandten, die Arbeit der Organisation, zumindest offiziell, eingestellt werden musste und ein Werben um weitere Spenden gar nicht mehr nötig war, da diese ab Ende Juli 1944 ohnehin nicht mehr in Empfang genommen werden konnten. In dem im Jahr 1946 verfassten Bericht, der sich primär an die ausländischen Hilfsorganisationen richtete, wurden Angaben zu der Kommunikationssituation der JUS und ebenso zu den Berichten gemacht, die während dieser Zeit an die Spender im Ausland gesandt wurden: „Unser Auslandsbriefwechsel unterlag einer dreifachen Zensur: der Regierung, der Gestapo, der Militäerbehörde. Hie und da konnten wir in einzelnen Briefen etwas ueber das eine oder andere Taetigkeitsgebiet durchsickern lassen, von umfassenden Berichten mussten wir Abstand nehmen.“<sup>2635</sup> Für die fünf Berichte, die während der Zeit zwischen Mai 1943 und Juni 1944 verfasst wurden, führte man aus, dass diese nur über die offizielle Tätigkeit der JUS Auskunft gaben, dass man deren Angaben allerdings in der Nachkriegszeit aufrechterhalte.<sup>2636</sup>

Aus dem Ausland erhielt man während des Bestehens der JUS vorrangig Medikamente, Verbandstoffe, Desinfektions- und Desinsektionsmittel, sowie Nahrungsmittel und teilweise Genussmittel. Die Frage ob die Lieferung von Kleidung und Wäsche zulässig war oder nicht, wurde versucht im voranstehenden Abschnitt zu klären, was aufgrund der sehr widersprüchlichen Angaben allerdings nicht möglich war.<sup>2637</sup> In den ersten Monaten der Tätigkeit der JUS im Jahr 1943 griff man vor allem auf die Materialien zurück, die aus dem auf die Juden und Jüdinnen entfallenden Anteil an den allgemeinen Liebesgabensendungen stammten. Es handelte sich dabei 7.402 Kilogramm Medikamente und Nahrungsmittel, 938 Kilogramm Vaseline, 1.318 Kilogramm Medikamente, 28 Kilogramm Seife, 159 Kisten Kondensmilch mit einem Gesamtgewicht von 3.975 Kilogramm sowie

<sup>2631</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2632</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2633</sup> Wie bereits dargelegt kann es sich nicht um alle Arbeitslager im Generalgouvernement gehandelt haben, wohl allenfalls um diese die den Verantwortlichen der JUS bekannt waren.

<sup>2634</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2635</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2636</sup> Ebd.

<sup>2637</sup> Vgl. hierzu III.2.2.

um eine Sendung von 466 Kilogramm Papierverbandsstoffen, die die Genfer Gesellschaft OSE in Stockholm eingekauft hatte. Von dem *Arbetsutkottet för Hjälp åt Europas Judar* in Stockholm erhielt auch die JUS einen hohen Geldbetrag in bar.<sup>2638</sup> Andere monetäre Spenden gingen in der Zeit, in der die Organisation als JUS tätig war, wohl nicht ein.<sup>2639</sup> Ein Teil der in der Zeit vom Januar bis April 1943 – also der Zeit, in der die JUS keine Zulassung für ihre Tätigkeit hatte – angekommenen Pakete die tauschte man gegen Lebensmittel des ersten Bedarfs.<sup>2640</sup> Im Laufe der kommenden Monate füllten sich die Magazine der JUS fortwährend, aber nie ausreichend, mit ausländischen Liebesgaben. Vor allem handelte es sich um den Anteil aus den Spenden, die für die gesamte nichtdeutsche Zivilbevölkerung geschickt wurden. Die Zuteilung umfasste 1.965 Kilogramm Lactocao (gezuckerter Kakao mit Milchpulver), 3.716 Büchsen gezuckerte Pulvermilch, wovon 3.365 Büchsen mit Traubenzucker gesüsst waren, 1.411 Büchsen gesüsst Kondensmilch, 368 Büchsen Ovomaltine und 331 Büchsen Nahrungsmittel. Das Gesamtgewicht der Nahrungsmittel betrug etwa 4.900 Kilogramm. Zudem erhielt man über diese Sendung wertvolle Medikamente wie Redoxon, Advorn, Larosan und Larostidin.<sup>2641</sup> Vom Schweizer Verein *Bikur Cholim* erhielt die JUS Ende 1943 Fleckfieberimpfstoff.<sup>2642</sup> Allerdings stellte die JUS in ihrem Bericht für das letzte Quartal des Jahres 1943 auch fest, dass die jüdischen karitativen Organisationen in der Schweiz keine grö-

---

<sup>2638</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der JUS vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f. Zu den Hilfslieferungen, die man nach der Wiederzulassung der Tätigkeit der JUS erhielt, wurde sehr ausführlich in dem Bericht aus dem Jahr 1946 geschrieben: *„Liebesgaben Dez. 1942 – März 1943 Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS im März 1943 erfolgte im letzten Augenblick. Eine nach der Auflösung im Dez. 1942 eingetroffene Medikamentensendung der Gesellschaft OSE in Genf wurde trotz des Widerspruchs des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes, vom Höheren SS- und Polizeiführer angenommen und vom Sanitätslager der Waffen-SS nach dessen Angaben an manche jüdische Lager weitergeleitet. Einlaufende Päckchen mit Tee, Kaffee, Sardinen u. dgl. in der Zeit vom Dezember 1942 bis März 1943 waren in der Abteilung BuF. bis zur endgültigen Entscheidung hinterlegt, sowie der Betrag von 11.800, der an die JUS als Unterstützung von dem Arbetsutkostet för Hjälp åt Europas Judar in Stockholm, überwiesen wurde. Im Polnischen Hauptausschuss war ein Waggon weisser Bohnen, den wir kurz vor Auflösung der J.S.S. erhalten hatten, eingelagert und diente als Sicherstellung unserer Verbindlichkeiten dem Poln. Hauptausschuss gegenüber. Das Wichtigste war aber wohl die grosse Hooversche Sendung von Medikamenten und Stärkungsmitteln, an unser 1iger Anteil über 14.000 Kilogramm betrug. Sie fand sich ebenfalls in den Lagerräumen des Poln. Hauptausschusses, wie alle Sendungen des Internationalen Roten Kreuzes für die nichtdeutsche Bevölkerung im GG. Schon war Tag und Stunde bestimmt, an der SS-Offiziere auch die für uns unschätzbaren Sendungen vom Generaldirektor des Poln. Hauptausschusses zu [übermitteln/ nehmen] hatten. Auch eine mit gefälschten – dank der dienstfertigen Mitwirkung von Judenrat und jüdischem Ordnungsdienst – Unterschriften versehene Empfangsbestätigung für das Ausland war zur Hand. Im letzten Augenblick gelang es, diese Übernahme für die Juden zu hintertreiben. Im April 1943 konnte die JUS diese grosse Sendung entgegennehmen und in der Folge ihrer Bestimmung zuführen. Später rechneten wir mit der Abteilung BuF. und dem Poln. Hauptausschuss ab und erhielten die Genussmittel, die weissen Bohnen sowie die schwedische Barunterstützung. Nach langwierigen und an dramatischen Momenten überaus reichen Unterhandlungen gelang es uns, nach vielen Monaten auch mit dem Sanitätslager der Waffen-SS über die vom Höheren SS- und Polizeiführer oben erwähnten Medikamentensendung ins Reine zu kommen.“* Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2639</sup> Bericht des Wirtschaftsprüfers, Bl. 15. *„Mit Geldspenden im laufenden Betrieb kann die ‚JUS‘ also offenbar nicht rechnen. Die Finanzierung des Geschäftsbetriebs ist also ausschliesslich auf die Kostenbeiträge.“* Bei den „Kostenbeiträgen“ handelte es sich um die Gelder, die durch die von der JUS belieferten Lager für die gesandten Hilfslieferungen an die jüdische Organisation abzuführen waren.

<sup>2640</sup> Kurzer Bericht über die Tätigkeit der JUS vom 12.V. bis zum 21.VII.1943, 01.08.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 38f. sowie in YVA, O.21/19, Bl. 34f.

<sup>2641</sup> Tätigkeitsbericht Nr. II für die Monate August – September 1943, 01.10.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 47f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 36f.

<sup>2642</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.

ßeren Liebesgabensendungen hätten senden können, da es ihnen nicht gelungen sei, die erforderlichen Ausfuhrbewilligungen zu erlangen. Auf Wunsch der JUS hätte die Aufsichtsbehörde gebeten, über das Präsidium des DRK beim IRK die nötigen Schritte zwecks Erlangung dieser Genehmigung zu unternehmen. Kleinere Spendensendungen habe man allerdings aus Portugal und der Türkei erhalten.<sup>2643</sup> Zwischen Januar und März 1944 langten erneut große Mengen als Hilfsleistungen für die JUS ein. Zum einen abermals der Anteil an den Lieferungen des IRK und zum anderen direkt für die jüdische Bevölkerung bestimmte Spenden – letztgenannte etwa vom *Arbetuskottet för Hjälp at Europas Judar* in Stockholm, solche aus Portugal sowie von der OSE aus der Schweiz.<sup>2644</sup> Im April 1944 bemühte man sich um größere und regelmäßigeren Lieferungen aus Portugal, da man sah, dass die Anzahl der Spenden aus der Schweiz nicht zunehmen würden.<sup>2645</sup> Die JUS sandte Berichte mit, aus denen die Portugieser ersehen sollten, dass es sich bei der Organisation um die einzige Hilfsorganisation handelte, die Juden und Jüdinnen betreute. Sie wies ebenso auf ihre äußerst prekäre materielle Ausstattung hin.<sup>2646</sup>

Wenngleich sich die in Polen vor Ort tätigen Mitglieder des JDC nach dem Kriegseintritt der USA zurückziehen mussten und damals die JSS die Verwaltung der noch vorhandenen Mittel übernommen hatte,<sup>2647</sup> waren auch in der Zeit, in der die JUS tätig war, noch Kontakte zu der US-amerikanischen Organisation vorhanden. Dies gestaltete sich nicht mehr in der Form, in der es

<sup>2643</sup> Ebd.

<sup>2644</sup> Tätigkeitsbericht Nr. IV für die Monate Januar – März 1944, 31.03.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 54f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 40f. Um einen Eindruck zu vermitteln, welche Mengen als Liebesgaben aus dem Ausland der JUS für etwa ein Quartal zugesandt wurden, wird der folgende Ausschnitt aus dem Bericht angeführt: „In der Berichtszeit entfiel auf unseren Anteil an den vom Internationalen Roten Kreuz für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement eingelangten Liebesgaben: 93 Kisten /a 25 1 kg Büchsen/ gesüßte Trockenmilch ‚Lactissa‘, 270 kg reines flüssiges Paraffin, 96,3 kg Lysol, 72,5 kg Pulvis liquiritiae, 53 kg Desogen, 40 kg Neocid, 30 kg Bismuthum subgallicum, 20 kg Tannium albuminatum, 15 kg Bismuthum subnitricum, 10 kg Tannium dimethylenatum, ferner Tabletten: 26.650 Redoxon, 25.300 Cibazol, 15.990 Ferro-Redoxon, 13.230 Becozym, 11.300 Ferro-Phytin, 11.250 Entero-Vioform, 6.650 Benerva, 5.650 Resyl, 5.000 Aspirin, 5.000 Barbitol, 5.000 Hexamethylenetetramin, 5.000 Hydraargyrum chloratum, 5.000 Phenobarbital, 4.500 Phenoacetin, 4.300 Irgafen, 3.300 Thiocol, 3.060 Benicot, 2.950 Felamin, 2.925 Allisatin, 2.800 Codeinum phosphoricum, 2.000 Pyridacil und kleinere Mengen: Thyroxin, Medomin, Cordphylamin, Euphynal, schliesslich Ampullen: 2.868 Strophosid, 2.823 Calcium Sandoz, 2.598 Coramin, 2.250 Irgamid, 1.120 Cibazol, 1.118 Cibalgin, 665 Reodxon-forte, 650 Digilanid, 560 Resyl, 485 Lobelin, 465 Benerva-forte, 460 Coagulen, 455 Esidron und geringe Mengen Amp.: Narconumal, Lutocyclin, Corphylamin, Ovocylin endlich: 9.150 oc Coramin liq., 2.600 oc Digilanid liq., 1.150 oc Adrenalin liq., 5.250 g Irgamid-Salbe, 3.600 g Rhenasept-Salbe, 3.175 g Irgamid-Augensalbe, überdies 500 Kompletts Impfstoff gegen Fleckfieber. Von den jüdischen charitativen Organisationen sandte uns das Arbetuskottet för Hjälp at Europas Judar in Stockholm: 1.600 kg Zellstoffwatte, 4.000 St. Papierbinden, 197 Papierwesten und 100 Papierbettdecken. Von der Gesellschaft ‚OSE‘ in Genf erhielten wir am 31.III.44 67 Kollis pharmazeutischer Produkte und Stärkungsmittel im Bruttogewicht von 3.378 kg /Ein Verzeichnis des Inhalts im folgenden Bericht/. Aus Portugal langten Ende März 761 Päckchen Genussmittel ein, die gegen Mehl, Mehlprodukte, Hülsenfrüchte und Marmelade umgetauscht werden.“

<sup>2645</sup> Kopie JUS an HICEM, Lissabon, betr. „Liebesgabensendungen“, 10.04.1944, YVA, O.21/31, Bl. 57. Auch vorhanden in YVA, M.2/296, Bl. 27f. „Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns an Sie die Frage zu richten ob es Ihnen – ev. im Einvernehmen mit anderen charitativen Organisationen – nicht möglich wäre, für uns eine regelmässige Hilfstätigkeit in Portugal zu organisieren, wie sie uns in der Schweiz und Schweden bereits zuteil wird.“

<sup>2646</sup> Ebd.

<sup>2647</sup> Vgl. dazu etwa Bescheinigung, 10.03.1942, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 2; JSS an BuF betr. „Stampiglien und Durchschläge der Korrespondenz des Joint“, 13.03.1942, AŽIH, 211 aneks/73, Bl. 224 oder auch Abschrift JSS, Abt. Versorgung an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betr. „Ueberweisung von Zuwendungen“, 04.04.1942, AŽIH, 211 aneks/75, Bl. 49.

schon seit der Zwischenkriegszeit durch eine eigene Abordnung des JDC in Warschau beziehungsweise während der Besetzung dann in Krakau möglich war. Jedoch waren indirekte Kontakte zwischen der JUS und Abordnungen des JDC in Europa und der Zentrale in den USA möglich.<sup>2648</sup> Dieser Kontakt lief über Portugal, wo unter anderem das europäische Komitee der US-amerikanischen Organisation seinen Sitz hatte.<sup>2649</sup> Spätestens im Mai 1944 intensivierte das JDC die Hilfen wieder. Man plante, dass 2.500 Pakete pro Woche von Portugal zu Gunsten der von der JUS Beetreuten geschickt werden sollten. Dies lief in Zusammenarbeit mit einer portugiesischen Hilfsorganisation, die bereits zuvor Spenden geliefert hatte.<sup>2650</sup> Bei diesen Hilfen bezog man sich auf die Berichte, die den ausländischen Organisationen über die Tätigkeit der JUS vorlagen und den Erhalt der Liebesgaben bestätigten. Der Versand erfolgte wohl über das „*Polish Committee here under the British license granted to the Board of Deputies in London*“.<sup>2651</sup> Ob diese Sendungen die Verantwortlichen der JUS allerdings noch erreichten, konnte nicht geklärt werden, da sie nur kurze Zeit nach den ersten Planungen des JDC diese Pakete zu senden ihre Arbeit, zumindest offiziell, einstellen musste.

In den letzten Monaten des Bestehens erhielt die JUS ebenfalls wieder einen Anteil an der allgemeinen Lieferung für die nichtdeutsche Bevölkerung im Generalgouvernement. Zudem lieferten die Gesellschaften *Relico* in Genf und *Hafip* in Zürich Spenden – darunter 29 Kisten Fleischkonserven im Gewicht von 1.050 Kilogramm. Ferner kamen Lieferungen aus Portugal und Bratislava (680 Kilogramm Marmelade) an<sup>2652</sup> und aus Schweden wurde der erfolgte Versand von Injektionspritzen und Fieberthermometern mitgeteilt. Weitere Sendungen stellten die *OSE* in Genf (Medikamente), *Relico* in Genf (Lebensmittel), *Hafip* in Zürich (Lebensmittel, Kleidung), *Hijefs* in Montreux (Lebensmittel), *Bikur Chaulim* in St. Gallen (Desinfektionsmittel) sowie das *Arbetuskottet för hjälp at Europas judar* in Stockholm (Verbandsstoffe) in Aussicht.<sup>2653</sup> Ob diese die JUS beziehungsweise ihre Angehörigen noch in der Józefińskastraße in Krakau erreichten oder ob diese bereits untergetaucht waren und damit keinen Zugriff mehr auf die Liebesgaben hatten, kann nicht gesagt werden. Einen Monat nach dem letzten Bericht waren das Gebäude und die Magazine der JUS verwaist. Die Bemühungen einiger ausländischer Organisationen reichten über die Zeit hinaus, in der die JUS durch Weichert aktiv tätig war. So versuchte *Relico* im August durch ein Schreiben noch den Verbleib von fünf Personen herauszufinden,<sup>2654</sup> wenngleich diese Aufgabe nicht mehr in

<sup>2648</sup> Vgl. etwa YVA, M.20/37, passim. Der Aktentitel lautet „*Dr. Abraham Silberschein Archive: Correspondence with Saly Mayer, representative of the Joint Distribution Committee (JDC) in Switzerland, regarding funding relief and rescue activities in Slovakia, Romania, Poland and Croatia*“.

<sup>2649</sup> Vgl. etwa Kopie JDC Lissabon an das JDC New York, 23.05.1944, YVA, O.21/31, Bl. 54.

<sup>2650</sup> JDC, European Executive Council, Lisbon an Dr. Stanislaus Schmitzek, Comite Polaca de Assistencia, Lisbon, 09.05.1944, YVA, M.2/296, Bl. 33.

<sup>2651</sup> Kopie JDC Lissabon an das JDC New York, 23.05.1944, YVA, O.21/31, Bl. 54.

<sup>2652</sup> Tätigkeitsbericht Nr. V für die Monate April – Juni 1944, 01.07.1944, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/19, Bl. 42–44.

<sup>2653</sup> Ebd.

<sup>2654</sup> Abschrift [Relico] an JUS, 01.08.1944, CZA, C3/107, Bl. 1.

den Tätigkeitsbereich der *JUS* fiel. Dieses Schreiben erreichte die Verantwortlichen der *JUS* wohl nicht mehr. Es ist auf den 1. August 1944 datiert. Sofern es angekommen ist, waren die Verantwortlichen bereits dauerhaft in das Lager Plaszow verbracht, Weichert und seine Familie hielten sich zu dem Zeitpunkt, zu dem das Schreiben in der Schweiz verfasst wurde, bereits in ihrem Versteck auf. Frühere Briefe der *Relicio* allerdings empfing die *JUS* noch und beantwortete sie.<sup>2655</sup>

Die genaue Anzahl der Sendungen, welche die *JUS* während ihres Bestehens erreichten, kann aufgrund der nicht allzu dichten Überlieferung der Akten der Organisation heute nicht mehr exakt festgestellt werden. Einige Anhaltspunkte erhält man jedoch über eine „Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. November 1942 bis Ende Juni 1943 eingegangenen Einzelsendungen für die *JUS*“. An die 40 Lieferungen bekam die *JUS* durch ausländische Organisationen in der Zeit ihrer offiziellen Schließung zugestanden. Diese stammten primär vom *Portugiesischen Roten Kreuz*, das die größte Zahl an Spendensendungen übermittelte. Es sandte primär „Genussmittel“. Eine Lieferung Lebensmittel aus Malmö langte ebenfalls ein. Caldas da Rainha, gaben in größerem Umfang Lebensmittel – vor allem Ölsardinen. Carlson Stockholm sorgte für Kleider. Ein Spender aus Stockholm sandte Genussmittel, ebenso Casa Macau Lissabon. Das *Rumänische Rote Kreuz* schickte im Februar 1943 zwei Lieferungen mit Medikamenten. Der *Hilfsverein Zürich* sorgte für „Genussmittel“ und das *IRK* bedachte die jüdische Bevölkerung in der Stadt Warschau mit Medikamenten. Bei allen diesen Sendungen handelte es sich um solche von kleinerem Umfang, die in Form eines Paketes oder Päckchens geschickt wurden.<sup>2656</sup> Darüber hinaus gibt die Aufstellung Auskunft über die ersten Lieferungen, die nach der Wiedenzulassung der *JUS* in das Generalgouvernement gelangten. Für die Zeit von April bis Juni 1943 verzeichnete man insgesamt 15, bei denen es sich bei der Mehrzahl um Sendungen von „Genussmitteln“ durch das *Portugiesische Rote Kreuz* handelte. Ein weiteres Paket mit „Genussmitteln“ erhielt man durch Leter Est. Laranjairas, zwei von Caboverdeana.<sup>2657</sup>

Für das letzte Quartal des Jahres 1943 hielt die *JUS* fest: „nach wie vor wird unser Bedarf an Medikamenten, Verbandstoffen und Nährmitteln in der Hauptsache von dem auf die Juden entfallenden Anteil an den allgemeinen, für die nichtdeutsche Bevölkerung des Generalgouvernements über das Internationale Rote Kreuz eingehenden, Liebesgaben bestritten. Unser Anteil an diesen Sendungen wurde von den zuständigen Behörden endgültig auf 10 % / zehn von Hundert / festgesetzt.“<sup>2658</sup> Dies kann für den gesamten Zeitraum, in dem die *JUS* agierte festgehalten werden. Es kamen ebenfalls Sendungen von jüdischen ausländischen Organisationen an. Die Masse der Spenden stammte allerdings aus den für die nichtdeutsche Bevölkerung

<sup>2655</sup> Dafür sprechen unter anderem die Empfangsbestätigungen, die in der Akte zu finden sind. Vgl. CZA, C3/107, passim.

<sup>2656</sup> Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. November 1942 bis Ende Juni 1943 eingegangenen Einzelsendungen für die *JUS*, ohne Datum, AŽIH, 211 aneks/105, Bl. 218f.

<sup>2657</sup> Ebd.

<sup>2658</sup> Tätigkeitsbericht Nr. III für die Monate Oktober – Dezember 1943, 31.12.1943, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in AŽIH, 211/85, Bl. 50f. sowie YVA, O.21/19, Bl. 38f.

gesandten Lieferungen, die über das IRK und den Beauftragten des DRK ankamen. Es muss jedoch festgehalten werden, dass sich die Transportbedingungen für die aus dem Ausland ankommenden Liebesgaben wohl schon zu Zeiten als die JSS noch existierte verschlechtert hatten. Etwa einen Monat nach der Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der JSS vermerkte das Präsidium zur „Freigabe von auslaendischen Sendungen, zu deren Empfang keine Devisenbescheinigung erforderlich ist“.<sup>2659</sup> Laut der „Vierten Devisenverordnung für das Generalgouvernement“ vom 25. Oktober 1940 war die Wareneinfuhr aus dem Ausland dem devisenrechtlichen Einfuhrverbot in dem Sinne unterworfen gewesen, dass ein ausländisches Paket welches Waren enthielt nur gegen Vorlage einer Devisenbescheinigung, also der Genehmigung der Devisenstelle Krakau zur Bezahlung der einzuführenden Waren, in Empfang genommen werden konnte. Nicht von diesem Verbot betroffen waren unter anderem „gebrauchte Kleidungsstücke, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung in das G.G. eingefuehrt werden‘ und ‚Gegenstaende des haeuslichen oder handwerklichen Gebrauchs oder Verbrauchs, die als Geschenke aus dem Reich oder dem uebrigen Zollaesland fuer Unbemittelte oder sonstige Beduerftige eingefuehrt werden“.<sup>2660</sup> Die für die JUS bestimmten Liebesgaben, insbesondere gebrauchte Kleidungsstücke und Nahrungsmittel, seien demnach davon ausgenommen gewesen. Die „Fünfte Devisenverordnung für das Generalgouvernement“ vom 18. Juli 1942 habe an der Ausnahme von der devisenrechtlichen Überwachung bezüglich gebrauchter Kleidungsstücke und Gegenstände des häuslichen oder handwerksmässigen Verbrauchs nichts geändert. Allein den Versand von anderen Paketen im Wert von 25 Reichsmark, die vorher frei waren, unterwarfen die Besatzer für die jüdische Bevölkerung durch die neue Devisenverordnung nun Beschränkungen.<sup>2661</sup>

Ab Mitte August 1942 lieferte das Postamt Krakau der jüdischen Postsammelstelle keine Pakete mehr aus, die aus dem Ausland an die im Ghetto in Krakau wohnhaften Empfänger adressiert waren, deren Sendungen den Letzteren angekündigt wurden, auch wenn diese Pakete die genannten Liebesgaben enthielten, die nach wie vor keiner Devisenbescheinigung bedurften. Aus diesem Grund baten die Verantwortlichen in dem Vermerk, der den Charakter eine Briefentwurfes hat, dass die Pakete die gebrauchte Kleidungsstücke enthalten, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung eingeführt werden sowie Gegenstände des häuslichen oder handwerksmässigen Gebrauchs und an Juden und Jüdinnen im Ghetto in Krakau adressiert sind, freigegeben und vom Postamt Krakau der jüdischen Postsammelstelle zwecks Zustellung an die Empfänger nach wie vor ausgeliefert werden. Zudem ersuchte das Präsidium, dass von der Ankunft der Warensendungen deren Wert 25 Reichsmark nicht übersteigen die im Krakauer Ghetto wohnhaften Empfänger in Kenntnis gesetzt werden, damit für sie die Möglichkeit bestand nachträglich die Erlaubnis

---

<sup>2659</sup> Abschrift Vermerk betr. „Freigabe von auslaendischen Sendungen, zu deren Empfang keine Devisenbescheinigung erforderlich ist“, 31.08.1942, GFHA, Collections Section/1290.

<sup>2660</sup> Ebd.

<sup>2661</sup> Ebd.



der Devisenstelle vorzulegen.<sup>2662</sup> Ob dieses Schreiben tatsächlich abgeschickt wurde, ist nicht belegt. Für die letzten Monate des Bestehens der JUS zeigte die Leitung den ausländischen Hilfsorganisationen den folgenden Transportweg der Waren auf: „*Die Liebesgaben können in grösseren Bahn- oder kleineren Postsendungen (in Paketen bis 20 kg) an den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes [...] für JUS (diese Bezeichnung genügt) adressiert werden.*“<sup>2663</sup>

Im Februar 1944 teilte das IRK dem Beauftragten des DRK mit, dass die Einfuhr von Zellstoffkleidung, Unterwäsche und „*altmodischen Schuhen*“ zollfrei sei, wenn die genaue Stückzahl der versandten Menge rechtzeitig nach Krakau mitgeteilt werde, sodass der Zollerlass vor dem Eintreffen der Sendung beantragt werden kann.<sup>2664</sup> Zudem wurde in dem Brief ein Vorgang von Weichert paraphrasiert: „*Er habe sich nach Wiederaufnahme der Tätigkeit der JUS an die diese unterstützenden jüdischen charitativen Organisationen in der Schweiz mit der Bitte um eine Kleideraktion gewandt. Bisher hätten seine Bemühungen keinen Erfolg gehabt, sodass er über das Angebot des Vereinigten Hilfswerkes für eine derartige Hilfsaktion besonders erfreut sei.*“<sup>2665</sup> Ihm käme es darauf an, sofort die Aktion zu beginnen und er gab an, dass der Bedarf an Kleidern, insbesondere an Hosen, Wäsche und Schuhwerk in jeder Art und in jedem Zustand in den Lagern und Betrieben sehr groß sei. Er erwähnte ausdrücklich, dass stark beschädigte und an Ort und Stelle nicht mehr brauchbare Kleidungs- und Wäschestücke in Betracht kämen, da jedes Lager eine eigene Instandsetzungswerkstatt besitze, sodass alles geflickt und hergerichtet werden könne. Jede Anzahl sei willkommen und könne Verwendung finden.<sup>2666</sup> Diese Kleidungslieferungen kamen allerdings erst im Juni 1944 in Gang.<sup>2667</sup> Aus diesem Grund ist nicht sicher, ob die im Ende Juli desselben Jahres eine abermalige Wandlung durchlaufene JUS an diesen Sendungen noch partizipieren konnte.

### III.3.2 Die *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen*<sup>2668</sup>

Wenngleich die Masse der Spenden für die jüdische Bevölkerung aus den allgemeinen Lieferungen für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung im Generalgouvernement stammte, so langten doch Spenden jüdischer Hilfsorganisationen ein. Deshalb soll in diesem Abschnitt wieder die *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen*, die, wie in den beiden vorangegangenen Kapiteln bereits gezeigt wurde,

<sup>2662</sup> Ebd.

<sup>2663</sup> Kopie JUS an HICEM, Lissabon, betr. „*Liebesgabensendungen*“, 10.04.1944, YVA, O.21/31, Bl. 57. Auch vorhanden in YVA, M.2/296, Bl. 27f.

<sup>2664</sup> Wohl IRK an DRK-Generalführer Hartmann betr. „*Kleideraktion zu Gunsten im Generalgouvernement Krakau lebender bedürftiger Personen*“, 21.06.1944, ACICR, G 59/7-257.

<sup>2665</sup> Ebd.

<sup>2666</sup> DRK Präsidium Auslandsdienst Ettal an das Vereinigte Hilfswerk vom IRK, Genf, betr. „*Kleidersendung an die JUS*“, 11.02.1944, ACICR, G 59/7-257.

<sup>2667</sup> Wohl IRK an DRK-Generalführer Hartmann betr. „*Kleideraktion zu Gunsten im Generalgouvernement Krakau lebender bedürftiger Personen*“, 21.06.1944, ACICR, G 59/7-257.

<sup>2668</sup> Ende 1944 begann man sich um ein Komitee für die Nachkriegshilfe zu bemühen. Nach dem Krieg wurde die Tätigkeit der *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* fortgesetzt. Vgl. AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Hier kann nur auf die die JUS betreffenden Belange eingegangen werden und deshalb erfolgt die Untersuchung nur bis 1944/45.

über die komplette Phase des Bestehens Hilfe für die Juden und Jüdinnen leistete, exemplarisch auch für den Zeitraum des Bestehens der *JUS* untersucht werden. Im Herbst 1942 – also der Zeit, in der die *JSS* geschlossen und die *JUS* zum ersten Mal tätig war – war die schreckliche Lage der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement in der Schweiz bekannt. In einem Schreiben das man aus der Schweiz im September 1942 nach Istanbul schickte hieß es unter anderem:

„Wegen Herrn Czerniakow habe ich schon vor vielen Wochen [...] geschrieben, daß keine absolut zuverlässigen Nachrichten zu erhalten sind. Schon seit längerer Zeit funktioniert der Briefverkehr mit den Juden in Warschau nicht mehr, während man nach anderen Orten in Polen noch schreiben kann. Die in der englischen Presse erschienene Nachricht über den Selbstmord Czerniakows klingt durchaus wahrscheinlich, denn die Vorgänge, die nach diesen Meldungen zu dem Selbstmord geführt haben sollen, sind mir durch Berichte aus verschiedenen Quellen bestätigt worden. Ich habe auf verschiedenen Wegen, die ich hier nicht weiter schildern will, mündlich und schriftlich Nachrichten erhalten, die alle darin übereinstimmen, daß in den letzten Wochen und Monaten Massendeportationen aus Warschau stattgefunden haben, und es ist leider anzunehmen, daß die Deportierten nicht mehr am Leben sind. Ähnliche Vorgänge haben sich auch in anderen Orten, wo größere Judenzentren bestanden haben, ereignet, insbesondere in Ostgalizien. [...] Eine wirklich genaue Übersicht über die Zustände in den einzelnen Orten und Provinzen kann man nicht bekommen, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken verschieden liegen und briefliche Berichte ja nicht möglich sind. Wie erwähnt, kann man nur auf besonderen Wegen Zuverlässiges erfahren. Die oben angedeuteten Vorgänge sind aber durch zuverlässige Berichte dieser Art belegt, und man muß darauf schließen, daß an verschiedenen Punkten eine systematische Ausrottungspolitik gegenüber den größeren Judenzentren im Gang ist. Dessen ungeachtet befinden sich noch viele Juden teils in den verschiedenen Ghetti, teils verstreut im gesamten Generalgouvernement in kleineren Orten, darunter auch viele der aus Deutschland Deportierten. Das ist so ziemlich alles, was ich Ihnen zur Zeit mitteilen kann, doch habe ich schon in meinen Briefen an Dr. Lauterbach der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Vernichtungsprozeß in den nächsten Monaten in immer rascherem Tempo durchgeführt wird.“<sup>2669</sup>

Der Schreiber dieser Zeilen hatte sein Büro in dem Gebäude, in dem sich einst das von Alfred Silberschein in Genf befunden hatte, der bis 1941 das *Committee for Relief of the War-stricken Jewish Population* geführt hatte. Dieser hatte in der Zwischenzeit ein eigenes kleines Büro aufgemacht, da es zwischen ihm und dem Büro des Weltkongresses zu Unstimmigkeiten gekommen war. Allerdings gab der Schreiber des Briefes an, dass Silberschein seine Post, die an die alte Adresse gesandt werde, noch immer erhalte.<sup>2670</sup> Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass Silberschein, der nach wie vor in Genf arbeitete, obenstehende Informationen über die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Menschen bekannt waren. Alfred Silberschein in Genf und eines der Hauptverantwortlichen der *Hafip*, Josef Feldstein, in Zürich arbeiteten im Herbst 1942 eng zusammen, sodass davon auszugehen ist, dass der *Hafip* die grausamen Taten der Besatzer gegen die jüdische Bevölkerung in Warschau und anderen Städten zur Kenntnis gelangten. Man tauschte sich über die Hilfen für die damals in deren Schreiben noch unter *JSS* firmierende Organisation aus. So stellte man aus Genf die Frage, ob die durch die *Hafip* gesandte Kondensmilch angekommen sei.<sup>2671</sup> Was aus

---

<sup>2669</sup> Durchschlag Richard Lichtenheim, Genf, an L. Leder im Hotel Bristol in Istanbul, 23.09.1942, CZA, WJC Collection, Series C, Subseries 3 Box C 159/9.

<sup>2670</sup> Ebd.

<sup>2671</sup> Abschrift Silberschein, Genf an Feldstein, Zürich, 16.10.1942, YVA, M.20/40, Bl. 51.

Zürich direkt beantwortet wurde: „*Wegen der Sendungen aus Portugal bzw. der Kondensmilch-Sendungen schreibt mir die Juedische Soziale Selbsthilfe Krakau unterm 1. Oktober, dass die Sendung vorläufig nur zum Teil angekommen ist, nach Erhalt der ganzen Sendung wird diese bestäetigt, man muss als warten oder schreiben Sie direkt an die ‚J.S.‘ in Krakau.*“<sup>2672</sup> Neben den Berichten, die man über die JUS erhielt, informierten sich die Schweizer auch auf anderen Wegen über die Situation der Menschen im Generalgouvernement: „*Die Berichte aus Polen, die ich erhalte sind zwar nur von privater Seite, bestäetigen aber das was wir alle schon wissen. Die Berichte von der ‚J.S.‘ sind ein Schrei um Hilfe und ich kann leider nichts machen, denn ich habe gar kein Geld. Die Sammelaktion die ich durchfuehren wollte kann ich ohne Gemeindebund nicht unternehmen und diese Herren sind noch immer nicht einig und man muss wieder warten. Ich habe Angst, dass dieses Jahr die Sammlung ueberhaupt nicht mehr durchgefuehrt werden kann und, dass wahrscheinlich erst anfangs des Jahres gestartet werden wird.*“<sup>2673</sup> Neben der prekären Situation für die Menschen im Generalgouvernement wird an dieser Stelle deutlich, dass es zu Problemen innerhalb der schweizer-jüdischen Gesellschaft gekommen war. Hatte in den Jahren zuvor die *Hafip* eng mit dem SIG zusammengearbeitet, kam es beim letztgenannten Ende 1942 wohl zu Problemen, die auch die *Hafip* in ihrer Arbeit behinderten.<sup>2674</sup> Dennoch schrieb Silberschein fünf Tage nachdem er sich über die Probleme mit dem SIG äußerte und die schlimme Lage der Menschen im Generalgouvernement konstatierte an die JSS,<sup>2675</sup> die zwei Tage zuvor als JUS gegründet worden war, was jedoch den Schreibern aus der Schweiz noch nicht bekannt sein konnte. In dem Brief ging es um die Kondensmilchsendungen, die bereits in der Korrespondenz zwischen Feldstein und Silberschein thematisiert worden waren.<sup>2676</sup> Feldstein von der *Hafip*, so Silberschein, habe ihm beim Einkauf dieser Milch geholfen und ihn, also Silberschein, darüber unterrichtet, dass die Sendung nur zum Teil im Generalgouvernement angekommen sei. Zudem bat Silberschein darum, dass ihm eine Abschrift der Devisenverordnung für das Generalgouvernement vom 15. Juli gesandt werde. In der Schweiz werde noch immer behauptet, dass man einzelne Pakete, sofern es sich um ½ kg-Pakete handelt, senden könne und tatsächlich gingen noch jeden Tag Bestätigungen über das Eintreffen von Paketen, die an einzelne Personen in verschiedenen Orten geschickt worden seien. Zudem erfragten die Schweizer, ob man Sendungen nach wie vor direkt nach Warschau und Lwów/Lemberg senden könne oder ob diese ebenfalls über den Beauftragten des DRK in Krakau laufen müssen.<sup>2677</sup> Wie aus diesen Schreiben hervorgeht arbeiteten Feldstein und Silberschein sehr eng zusammen. Man kann davon ausgehen, dass Informationen die Silberschein aus Polen erhielt auch Feldstein bekannt waren und umgekehrt. Aus diesem Grund

<sup>2672</sup> Feldstein, Zürich an Silberschein, Genf, 17.10.1942, YVA, M.20/40, Bl. 52.

<sup>2673</sup> Ebd.

<sup>2674</sup> Ebd.

<sup>2675</sup> Abschrift Silberschein an JSS, 22.10.1942, YVA, M.20/114, Bl. 86f.

<sup>2676</sup> Ebd. „*Diese Sendung soll, nach einer mir zugekommenen Nachricht, derart umdirigiert worden sein, dass 85 Kisten an die Jüdische Soziale Selbsthilfe Lemberg und 15 Kisten an Sie behufs Weiterverteilung abgeschickt worden sind. Über die Ankunft dieser Sendung habe ich bis heute keinerlei Bestätigung.*“

<sup>2677</sup> Abschrift Silberschein an JSS, 22.10.1942, YVA, M.20/114, Bl. 86f.

ist an vielen Stellen das an Silberschein gesandte Schreiben in die Untersuchung einzubeziehen, da es vielen Fällen direkt Feldsteins *Hafip* betraf.

Für die Zwischenzeit ist keine Korrespondenz zwischen den beiden Organisationen überliefert, die Kommunikation zwischen Dezember 1942 und Frühjahr 1943 scheint abgebrochen zu sein. Sowohl die *Hafip* in Zürich als auch das *Komitee für die Hilfsleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung* in Genf erhielten im April 1943 ein Schreiben der *JUS*, in dem diese mitteilte, dass sie ihre Tätigkeit wieder aufgenommen habe. Dieser Brief entspricht dem zu dieser Zeit an sehr viele Hilfsaktionen im Ausland gesandte Schreiben, das in III.3.1 bereits aufgeführt wurde. Das Schreiben an die Schweizer begann ebenfalls damit, dass man infolge der Neuordnung der jüdischen Arbeitslager und der Ghettos ab dem 1. Dezember 1942 untätig gewesen sei. Derzeitig habe man mit Genehmigung der zuständigen Behörden die Tätigkeit wieder aufnehmen dürfen. Folgend werden die Arbeitsbereiche und der vor allem aus der Belieferung der Lager resultierende Bedarf an Hilfslieferungen geschildert.<sup>2678</sup> Direkt nach Erhalt dieses Schreibens nahm Feldstein Kontakt mit Silberschein auf: „Von der J.U.S. habe ich soeben einen Brief erhalten, wovon ich Ihnen eine Abschrift in der Beilage sende. Ich bitte Sie sich mit dem Roten Kreuz in Genf in Verbindung zu setzen und anzufragen, ob jetzt die Möglichkeit besteht, Sendungen nach Polen zu schicken. Ich habe nach Krakau geschrieben, sie sollten sich dort ebenfalls mit dem Deutschen Roten Kreuz in Verbindung setzen und wegen Transportmöglichkeiten nachsuchen.“<sup>2679</sup> Der bereits vermutete Abbruch der Kommunikation von der *JUS* und der Schweiz zwischen Dezember 1942 und dem Frühjahr 1943 wird durch einen Brief bestätigt, den die *JUS* im Mai 1943 nach ihrer Wiederzulassung verfasste. Sie bestätigte darin den Empfang eines Schreibens der *Hafip* vom 14. Dezember 1942. Diesen habe man allerdings erst am 7. Mai des folgenden Jahres ausgehändigt bekommen. Mit dem Brief antwortete sie auf ein Schreiben, dass die *Hafip* nach Erhalt der Verkündung der Wiederzulassung der *JUS*-Tätigkeit gesandt hatte. Die Organisation aus Krakau teilte mit, dass Sendungen sowohl von Medikamenten als auch von Lebensmitteln durch Vermittlung des *Internationalen Roten Kreuzes* nach wie vor zulässig und zu dieser Zeit „noch dringender geboten sind denn je“.<sup>2680</sup> Im Juni 1943 riefen die *Hafip* und der *SIG* dann zu Spenden für die Bevölkerung in Polen auf:

„Sehr geehrter Herr! Sehr geehrte Dame! Das Judentum umfaßt jetzt den größten Teil des europäischen Judentums und befindet sich durch die Kriegsverhältnisse in schwerster Notlage. Es fehlen Worte, um die erschütterte Tragik zu schildern; unsere Brüder und Schwestern hungern, sind wehrlos, schwersten Krankheiten ausgesetzt, und spärliche Berichte, die eintreffen verlangen immer schnelle und wirksame Hilfe. Das Judentum in Polen ist dezimiert, die Lebenden zum größten Teil

---

<sup>2678</sup> Abschrift *JUS* an das Komitee für Hilfsleistung für die kriegsbetroffene jüdische Bevölkerung, Genf, betr. „Wiederaufnahme der Tätigkeit der J.U.S.“, 23.04.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Ein ähnliches Schreiben erreichte auch die *Hafip*. Vgl. Abschrift *JUS* an die *Hafip* betr. „Wiederaufnahme der Tätigkeit der J.U.S.“, 23.04.1943, YVA, M.20/114, Bl. 96.

<sup>2679</sup> Feldstein, Zürich an Silberschein, Genf, 07.05.1943, YVA, M.20/40, Bl. 60.

<sup>2680</sup> Abschrift *JUS* an *Hafip* betr. „Unsere Tätigkeit und ihre Sendungen“, 03.06.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden YVA, M.20/114, Bl. 99.

in Arbeitslagern konzentriert und benötigen dringend Hilfe in Form von zusätzlichen Lebensmitteln und Medikamenten, um die Krankheiten und Epidemien bekämpfen zu können. Wir sind bemüht, durch das ‚Internationale Rote Kreuz‘, Lebensmittel- und Medikamentensendungen nach Polen zu schicken, auch besteht sonst die Möglichkeit, via Portugal Lebensmittel nach Polen zu senden. Es ist eine heilige Pflicht der Juden der Schweiz, ihr Möglichstes zu tun, um wirksame und rasche Hilfe für die schwer bedrängten Brüder in Polen zu bringen, um das nackte Leben, der unter schwersten Bedingungen arbeitenden Juden in Polen zu retten. Wir bitten Sie höflichst, unserem heutigen Appell Folge zu leisten und unsere Bestrebungen durch eine entsprechende Geldspende zu unterstützen, wofür wir Ihnen bestens danken. Schweiz. Israel. Gemeindebund – Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen (Hafip).“<sup>2681</sup>

Der Versand des Aufrufes erfolgte wohl vor allem über den SIG an die Mitgliedsgemeinden und „[d]er Versand möge auch an zahlungsfähige Juden erfolgen, die nicht Gemeindemitglieder sind.“ Gemäss behördlicher Weisung war die Sammelaktion in der Schweiz nur durch schriftliche oder persönliche Werbung möglich. Publikationen in der Presse, etwa dem „Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz“, waren behördlicherseits nicht gestattet.<sup>2682</sup> Diese oder eine andere gemeinsame Sammlung scheint am 1. Oktober 1943 abgeschlossen worden zu sein. Bis Anfang September des Jahres hatte sich das Spendenauskommen auf etwa 10.000 Franken belaufen.<sup>2683</sup> Im Laufe des Jahres gab es immer wieder Korrespondenz zwischen SIG und Hafip wegen gemeinsamer Spendenaufrufe.<sup>2684</sup>

Die Intensität der Korrespondenz zwischen den schweizerischen Organisationen und der JUS nahm im Juni und Juli 1943 erheblich zu.<sup>2685</sup> In einem Brief teilte die JUS beispielsweise mit, welche Mengen an Liebesgaben sie aus anderen Quellen erhalten hatte und nannte dabei primär den Teil der Lieferungen für die nichtdeutsche Zivilbevölkerung. Zudem nannte man chemische und pharmazeutische Produkte, die die OSE übersandte. Der Brief richtete sich zwar allein an die Hafip, allerdings war damit die Bitte verbunden „in Angelegenheiten, die Ihre Polenhilfe betreffen, auch die schweizer Vertrauensleute von ORT und JOINT zu orientieren. Dies kann entweder so geschehen, dass Sie Ihre Orientierung an uns in 3 Exemplaren senden, in welchem Falle wir die Weiterleitung übernehmen, oder dass Sie die Mitteilungen an diese beiden Organisationen direkt schicken. Es scheint uns im Interesse der Sache zu liegen, dass unter den beteiligten Organisationen ein ständiger Austausch von Informationen stattfindet.“<sup>2686</sup> Wie aus der innerschweizerischen Korrespondenz hervorgeht, ging man in der folgenden Zeit folgendermaßen vor: „Wir erhielten Ihre gestrige Zuschrift und geben mit dem Inhalt einig. Die Abschriften der Briefe von J.U.S. haben wir an die OSE bereits geschickt. Heute schicken wir solche an den ‚Ort‘ in Genf und werden in Zukunft auch dem

<sup>2681</sup> Hafip, Juni 1943, AfZ IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden in YVA, M.20/40, Bl. 66.

<sup>2682</sup> Rundschreiben Nr. 10 an die Mitgliedsgemeinden des Schweiz. Israel. Gemeindebundes betr. „Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen“, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2683</sup> Schweiz. Israel. Gemeindebund an Hafip, 01.09.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2684</sup> AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2685</sup> Vgl. etwa Abschrift JUS an Hafip betr. „Unsere Tätigkeit und ihre Sendungen“, 03.06.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801; Abschrift JUS an Hafip betr. „Angelangte Liebesgaben“, 28.06.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden YVA, M.20/114, Bl. 102; Abschrift JUS an Hafip, 15.07.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden in YVA, M.20/114, Bl. 103; Abschrift JUS an Hafip betr. „Liebesgabensendungen“, 27.07.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden YVA, M.20/114, Bl. 106.

<sup>2686</sup> Abschrift JUS an Hafip betr. „Angelangte Liebesgaben“, 28.06.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden in YVA, M.20/114, Bl. 102.

„Joint“ Briefabschriften zukommen lassen.“<sup>2687</sup> Allerdings verlief die Kommunikation zwischen dem Generalgouvernement und der Schweiz nicht reibungslos: „Wir vermissen bis heute Empfangsbestätigung und Beantwortung unserer Schreiben vom 3. Juni [...] und vom 28. Juni [...]. Wir erhielten von Ihnen bloss den einzigen Brief vom 7. Mai 1943, der uns am 2. Juni ausgehändigt wurde.“<sup>2688</sup> Dann berichtete die JUS in dem Brief über ihre Tätigkeit, die Verteilung der ausländischen Liebesgaben an die Lager, die Transportwege im Generalgouvernement und einiges mehr. Nach der ausführlichen Schilderung endete der Brief mit der Bitte, dass, um eine regelmäßige Belieferung der Lager gewährleisten zu können, die Sendungen aus der Schweiz regelmäßig monatlich abgehen müssten.<sup>2689</sup>

Am 15. Juli 1943 teilte die JUS der Hafip mit, dass man die Genehmigung des DRK zur Versendung von Medikamenten bereits vorliegen habe, während die Frage der Lebensmittelsendungen noch nicht entschlossen sei. Eine Entscheidung vermutete man für die nächste Zeit.<sup>2690</sup> Weiterhin war man zu dieser Zeit noch bemüht „verschollene“ Liebesgabensendungen, die in der Zeit kurz vor oder nach der Schließung der JUS im Herbst 1942 gesandt wurden, ausfindig zu machen oder die Situation aufzuklären.<sup>2691</sup> Dies geschah zum einen, da man dringend diese bereits angekommenen Spenden benötigte, zum anderen, da man den ausländischen Hilfsorganisationen die Liebesgabensendungen quittieren wollte, was die Chancen auf neue Lieferungen der entsprechenden Organisationen erhöhte.

Ende August 1943 teilte man der Hafip besonders dringend benötigte Spenden mit: „Die Lazarette und Krankenstuben der jüdischen Arbeitslager benötigen dringend für ihre Kranken Kaffee, Tee, Oel, Zitronen und Seife. Diese Artikel sind hierzulande im Handel nicht erhältlich, an Seife gibt es ab und zu geringe Zuteilungen. Mit Ausnahme von Seife, deren Bedarf grösser ist, handelt es sich um geringe Mengen, die aber bei der Behandlung von Kranken von grösster Bedeutung sind.“ Man bat deshalb darum, gewisse Mengen der aufgezählten Artikel entweder der nächsten Sendung beizupacken oder in einigen Postpaketen zukommen lassen zu wollen.<sup>2692</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die JUS zu dieser Zeit bereits wieder Hilfslieferungen von Hafip aus der Schweiz erhielt. Ende Oktober 1943 bestätigt die JUS der Hafip den Empfang der zwischen Dezember 1942 und Juni 1943 eingegangenen Sendungen – dabei geht nicht hervor, ob es sich explizit um solche der Hafip oder allgemein um Liebesgabensendungen handelte. Genannt werden in der Anlage zu dem Schreiben lediglich ein *Hilfsverein Zürich* und das *Portugiesische Rote Kreuz*, hinter denen sich Lieferungen der Hafip verbergen könnten.<sup>2693</sup>

---

<sup>2687</sup> Hafip an Schweiz. Israel. Gemeindebund, 15.07.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2688</sup> Abschrift JUS an Hafip, 15.07.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden in YVA, M.20/114, Bl. 103.

<sup>2689</sup> Ebd.

<sup>2690</sup> Abschrift JUS an Hafip, betr. „Liebesgabensendungen“, 27.07.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Auch vorhanden in YVA, M.20/114, Bl. 106.

<sup>2691</sup> Abschrift JUS an Hafip, betr. „Liebesgabensendung nach Lemberg im November 1942“, 12.08.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2692</sup> Abschrift JUS an Hafip, betr. „Liebesgaben“, 26.08.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2693</sup> Abschrift JUS an Hafip betr. „Liebesgabensendungen“, 27.10.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. Die Zusammenstellung ist in der Anlage vorhanden.

In dem Schreiben vom Ende August 1943 machte die *JUS* zudem auf die Kommunikationssituation aufmerksam. Das letzte Schreiben aus der Schweiz habe sie am 26. Juli erhalten, dieses habe das Datum vom 7. Juli getragen. Inzwischen habe sie einige Male an die *Hafip* geschrieben und auch einen Bericht über die Tätigkeit bis zum 31. Juli zugesandt. Die *JUS* bat darum häufiger Nachricht von der Organisation zu erhalten, um über deren Bemühungen auf dem Laufenden zu bleiben.<sup>2694</sup> Am 10. September bestätigte die *JUS* dann abermals den Empfang eines Briefes vom 6. August, den sie erneut wohl erst einen knappen Monat später erhalten hatte. Ebenfalls gab sie an die Abschrift eines Briefes vom 15. Juli zu senden, der die *Hafip* nicht erreicht hatte.<sup>2695</sup> Daraus lässt sich schließen, dass es durch die Probleme beim Postversand zu einer verlangsamten Kommunikation zwischen der polnischen und der Organisation in der Schweiz kam, was sicher die Zusammenarbeit beeinträchtigte. Verbunden mit dem Entgegensehen einer neuen Lieferung an Medikamenten wurde der letztgenannte Brief mit der Mitteilung über den Aufenthaltsort eines Verwandten des Adressanten und Grüßen abgeschlossen: „Ihr Vetter Josef Feldstein befindet sich wohlauf in einem Krakauer Arbeitslager und lässt Sie bestens grüssen. Wir sehen der Medikamentensendung entgegen [...]“.<sup>2696</sup> Mit diesem Gruß intendierte man vermutlich nicht nur Feldstein mitzuteilen, dass sich sein Vetter in einem Arbeitslager in Krakau befand. Genauso könnten die Verantwortlichen der *JUS* damit die Hoffnung verbunden haben, dass in der Schweiz die Anstrengungen um die Einwerbung von Spenden erhöht werden, wenn den Verantwortlichen dort bewusst war, dass diese Liebesgaben potentiell ihren direkten Verwandten zugutekommen.

Zwischen November 1943 und Februar 1944 erhielt die *Hafip* keine Nachrichten von der *JUS*. In Zürich sorgte man sich aus diesem Grund und wandte sich deshalb an andere Stellen, die zuvor ebenfalls mit der Organisation im Generalgouvernement in Kontakt waren, um Erkundigungen über die Situation in Krakau einzuholen.<sup>2697</sup> Andere Organisationen hatten allerdings Bericht von der *JUS* erhalten, sodass man sich auf diesem Wege versichern konnte, dass sie noch bestand.<sup>2698</sup> Die Probleme der unzuverlässigen Zustellung der Briefe besserten sich im Jahr 1944 nicht mehr.<sup>2699</sup>

Auch deutsche Rotkreuzstellen außerhalb des Generalgouvernements korrespondieren mit dem *IRK* über die von *Hafip* für die *JUS* zgedachten Hilfen. Es handelte sich dabei um eine Medikamentensendung, die die schweizerische Organisation einige Monate geplant hatte, jedoch keine Ausfuhrbewilligung erlangen konnte. Aus diesem Schreiben ergibt sich, dass es bei der Hilfe die

<sup>2694</sup> Abschrift *JUS* an *Hafip* betr. „*Liebesgaben*“, 26.08.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2695</sup> *JUS* an *Hafip* betr. „*Liebesgabensendungen/Josef Feldstein*“, 10.09.1943, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2696</sup> Ebd.

<sup>2697</sup> Vgl. etwa Feldstein, Zürich an Silberschein, Genf, 14.02.1944, YVA, M.20/40, Bl. 84.

<sup>2698</sup> Vgl. etwa Feldstein, Zürich an Silberschein, Genf, 21.02.1944, YVA, M.20/40, Bl. 86.

<sup>2699</sup> Vgl. etwa Abschrift *JUS* an *Hafip* betr. „*Liebesgabensendungen*“, 08.03.1944, YVA, M.20/114, Bl. 117.

von der Schweiz in das Generalgouvernement kommen sollte zu Verzögerungen kam.<sup>2700</sup> Immer wieder bat die JUS um Hilfslieferungen mit Kleidern, Wäsche und Schuhen.<sup>2701</sup> Die lange unsichere Lage, ob Kleider, Wäsche und Schuhe gesandt werden, löste sich im Frühjahr 1944 ebenfalls positiv auf.<sup>2702</sup> Allerdings verfügte die Hafip nach eigenen Aussagen über keine Mittel und bat deshalb den SIG um Hilfe.<sup>2703</sup> Das IRK beschied die Anfrage der Hafip in Bezug auf die Sendung von Kleidung, Wäsche und Schuhen positiv.<sup>2704</sup> Ob es zu einer solchen Sendung noch kam oder diese auf Grund Geldmangels oder anderer Schwierigkeiten nicht mehr rasch erfolgte, ist nicht belegt. Wenn sie nicht zeitnah erfolgt ist, hatten die Mitarbeiter JUS keine Chance mehr die Sendung entgegenzunehmen oder gar zu verteilen, da sie nur rund drei Monate nach dem letztgenannten Schreiben ihre offizielle Tätigkeit aufgeben mussten.<sup>2705</sup> Allerdings hatten die Verantwortlichen der Hafip bereits Anfang 1944 Gerüchte vernommen, dass die JUS aufgelöst worden sei, was wohl zu kurzzeitigen Irritationen führte.<sup>2706</sup> „In dem juedischen Blaettle lese ich eine Hiobsnachricht aus London, dass der Judenrat in Krakau, gemeint ist natuerlich die JUS in Krakau, aufgeloeset und Dr. Weichert und Dr. Hilfstein deportiert sind. Ich befuerchte, dass das auf Wahrheit beruht, obwohl ich inzwischen einen Brief, vom 8. Maerz datiert, erhalten habe. Dieser Brief ist eine Antwort auf mein Schreiben vom 14. Februar, welches ich mit Rueckschein abgeschickt habe. Der Rueckschein ist allerdings bis heute nicht zurueckgekommen. [...] Ich schreibe heute noch einmal mit Rueckschein, vielleicht kann ich etwas erfahren.“<sup>2707</sup> Kurze Zeit darauf konnte man allerdings beruhigt

<sup>2700</sup> Abschrift DRK Präsidium Auslandsdienst Ettal an das Vereinigte Hilfswerk vom IRK, Genf, 11.02.1944, ACICR, G 59/7-257. Auch vorhanden in YVA, O.21/17-1, Bl. 18. „Aus einer besonderen Verhandlung, die der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur in Krakau im Zusammenhang mit einem Antrag der Jüdischen Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement mit der zuständigen behördlichen Stelle geführt hat, ergibt sich Folgendes: Die ‚Hafip‘ plante eine neue Medikamentensendung an die Jüdische Unterstützungsstelle, für die sie jedoch noch um die Transportbewilligung bemüht war. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die Ausfuhrbewilligung für die bereits seit einigen Monaten geplante Sendung inzwischen erreicht sei; jedenfalls war das Deutsche Rote Kreuz gebeten worden, mit seiner Vermittlung sich dieser Tage anzunehmen. Bei der Medikamentensendung aus der Schweiz handelte es sich um eine solche für die in Arbeitslagern befindlichen Juden. Aus dem Bericht des DRK-Beauftragten beim Generalgouverneur geht weiter hervor, dass dort die Zustimmung für die Vermittlung dieser Hilfssendung vorliegt, sodass sie also – wie hier angenommen wird – über das Vereinigte Hilfswerk durchgeführt werden könnte.“

<sup>2701</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JUS an Hafip betr. „Liebesgabensendungen“, 08.03.1944, YVA, M.20/114, Bl. 117.

<sup>2702</sup> Hafip an Schweiz. Israel. Gemeindebund, 26.04.1944, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. „Nach langen und schwierigen Bemühungen ist es uns gelungen beim IRK zu erwirken, dass Kleider, Wäsche und Schuhe nach Polen geschickt werden.“

<sup>2703</sup> Ebd.

<sup>2704</sup> Abschrift Commission Mixte de Secours der la Croix-Rouge Internationale an Hafip betr. „Bekleidungsaktion zugunsten im Generalgouvernement lebender Juden“, 24.04.1944, AfZ, IB SIG-Archiv/2801. „Wir erlauben uns auf Ihr Schreiben vom 11. dies zurückzukommen, in welchem Sie uns wissen lassen, dass randvermerkte Personen ein dringendes Bedürfnis an Kleidern und Wäsche haben, und Sie daher eine Sammelaktion gebrauchter Kleidungsstücke unternehmen wollten, mit deren Transport nach dem Generalgouvernement Sie uns zu betrauen beabsichtigen. In unserer Antwort vom 13. April rieten wir Ihnen, in Anbetracht der bestehenden Einfuhrschwierigkeiten, von Ihrem Vorhaben ab. Inzwischen haben wir nun auch einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der JUS in Krakau erhalten, und daraus ersehen, dass es ausser an Lebensmitteln wie Getreide und Hülsenfrüchten, am meisten an Kleidern, Wäsche und Schuhen fehlt. Wir haben daher diese Frage einer eingehenden Prüfung unterworfen, und können Ihnen mitteilen, dass wir falls wir über die nötigen Gelder verfügen, Zellstoffkleidungen und auch eine gewisse Menge, altmodischer Damen- und Kinderschuhe einkaufen könnten, um diese nach Krakau auszuführen, vorausgesetzt, dass die dortigen, zuständigen Behörden ihre Einwilligung zur Einfuhr dieser Artikel geben werden. Wir erlauben uns daher mit der Frage an Sie heranzutreten, ob Sie gewillt wären an einer solchen Aktion teilzunehmen, und uns im bejahenden Falle die Höhe des Betrages anzugeben, welche Sie dafür festzusetzen gedenken. Sobald wir sämtliche dazu notwendigen Angaben vereinigt haben, werden wir Ihnen dann ein detailliertes Einkaufsprogramm unterbreiten.“

<sup>2705</sup> Vgl. hierzu III.4.1.

<sup>2706</sup> Feldstein, Zürich wohl an Silberschein, Genf, 27.03.1944, YVA, M.20/40, Bl. 89.

<sup>2707</sup> Ebd.



feststellen: „Von der JUS haben wir zuletzt Bericht vom 20. März d.J. gehabt das beweist also, dass die Stelle besteht, was das IRK auch soeben von einer direkten Quelle erfahren, wie sie schreiben, dass eine Hilfsaktion für jüdische Empfänger sehr erwünscht sei, was auch heissen soll, dass diese Stelle besteht. Wir haben dort angefragt und uns zuerst vergewissern wollen, bevor wir den Beschluss fassen Lebensmittel abzuschicken.“<sup>2708</sup> Ob und inwieweit Gerüchte dieser Art, die in diesem Falle nur sehr kurz im Raum standen, die Arbeit der ausländischen Organisationen und ihre Tätigkeit beeinflussten, kann nicht ermittelt werden; ebenso nicht, wie sich solche Meldungen auf die Spendenbereitschaft der ausländischen Bevölkerung auswirkten. Im nächsten Abschnitt wird diesen Gerüchten im In- und Ausland nachgegangen und damit unter anderem das Zustandekommen des hier aufgezeigten Gerüchtes über die JUS ergründet werden.

### III.3.3 Die Probleme und Gerüchte im In- und Ausland?

Allerdings kam es auch zu Gerüchten über die JUS, die zu Problemen im In- und Ausland führten.<sup>2709</sup> Dabei bedingten Probleme mit Organisationen die ebenfalls im Generalgouvernement tätig waren, die Probleme mit den ausländischen Organisationen. So hieß es in dem Bericht den man in der Nachkriegszeit an die internationalen Organisationen schickte, die während der Zeit des Zweiten Weltkriegs Spenden nach Polen gesandt hatten, dass man im Oktober 1943 von der „*konspirativen Koordinierungs-Kommission*“ die Aufforderung erhalten habe, die Tätigkeit der JUS unverzüglich einzustellen. Als Beweggründe wurden angeführt: „1/. Die Koord.-Kommission besitze vertrauliche Mitteilungen, dass die jüdischen Arbeitslager im Jahreschluss liquidiert werden. 2/. Alle Juden in den Lagern seien der Vernichtung preisgegeben, jede Hilfe sei zwecklos und bedeutet nur eine Verlängerung der Agonie der Todesgeheimen. 3/. Das Bestehen einer Jüdischen Unterstützungsstelle könnte die öffentliche Meinung des Auslandes über die Ausrottungspolitik der Deutschen den Juden gegenüber irreführen.“<sup>2710</sup> Die JUS sei zunächst bereit gewesen „diesem Wunsch Folge zu leisten“, habe aber im November 1943 „aus einigen gut unterrichteten Quellen gleichlautende Mitteilungen“ erhalten, dass bindende Beschlüsse gefasst worden seien denen zufolge „1/. Die Arbeitslager für Juden im GG. nicht liquidiert werden, 2/. Massenaktionen gegen Juden im GG. nicht

<sup>2708</sup> Hafip an Schweiz. Israel. Gemeindebund, 08.04.1944, AfZ, IB SIG-Archiv/2801.

<sup>2709</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 230/140 und 142 oder auch GFHA, Collections Section/5950. Die drei genannten Organisationen bezeichneten 1943 die JUS als „*Propaganda der Deutschen*“ und man stellte sich dagegen, dass die Organisation durch das *Internationale Rote Kreuz* Hilfslieferungen erhielt. Vgl. dazu etwa Sprawozdanie z działalności Rady Pomocy Żydom przy pełnomocniku Rządu w Kraju na czas od grudnia 1942 do października 1943 vom 23.10.1943, AŽIH, 230/142. Zwar führte Weichert für die Zeit, in der man gegen die Einfuhr der Lebensmittel zugunsten der JUS demonstrierte, in einer seiner Schriften aus, dass es zu dieser Zeit eine „*dritte Schließung*“ der Organisation gegeben habe, welche durch ein Verbot der Einfuhr von ausländischen Spenden ab August 1943 zustande kam, man habe aber davon zu der Zeit des Krieges keine Kenntnis genommen, da die Behörden darüber nicht informiert hätten – die Arbeit der JUS wurde mit den vorhandenen Mitteln weitergeführt. Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 49–58. Dieser Einfuhrstopp hing vermutlich nicht mit den Diskussionen zusammen. Selbst wenn – wie Weichert angab habe man die Arbeit mit vorhandenen Mitteln dennoch weitergeführt, sodass der Einfuhrstopp keine Auswirkung auf die Arbeit der JUS hatte. Im Frühjahr des Jahres 1944 lehnte man weiterhin jegliche Zusammenarbeit mit der JUS von Seiten der *Żegota* ab und ging sogar so weit, dass man forderte, dass sich die JUS zugunsten der eigenen Organisation aufzulösen habe. Dies habe Weichert jedoch abgelehnt. Vgl. dazu Protokół z posiedzenia odbztego w dniu 28.III [1944], GFHA, Collections Section/5950. Es sei dezidiert herausgestellt, dass man von Seiten dieser Gruppen keine Meinungsäußerung zur JUS finden kann. Den Angriffspunkt stellte allein die JUS dar.

<sup>2710</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

mehr stattfinden dürfen, 3/. einigen Zehntausend Juden aus allgemeinen Zwangsarbeitslagern in Arbeitslager der wehrwirtschaftlichen Betriebe in den Distrikten Krakau und Radom überführt werden sollen, 4/. Die Behandlung der Juden in den Lagern gerändert, die Pflege verbessert, die Brotrationen verdoppelt, die Sicherheit von Leben rechtlich geregelt werden soll.“<sup>2711</sup> Unter diesen Umständen beschlossen die Verantwortlichen der *JUS* weiterzuarbeiten und die Menschen in den Lagern nicht ihrem Schicksal zu überlassen und somit jeder Hilfe und Unterstützung zu berauben.<sup>2712</sup> Leon Feiner vom Bund informierte Ende 1943 in einem Bericht unter anderem über das Verhältnis der KK zur *JUS*. Er beschränkte sich in dem Bericht auf den Zeitraum zwischen dem 1. Juni und dem 15. November 1943. In dem Abschnitt zum *Rat für Judenhilfe* schrieb Feiner, dass den Bund mit diesem Rat unter anderem die „Sache mit der J.U.S.“ verband. Feiner gab an, dass nach der „Liquidierung“ des Krakauer und weiterer Ghettos die Besatzer in Krakau eine Institution mit den Namen *JUS* ins Leben gerufen hätten, die von Weichert in „inoffizieller Zusammenabriet mit zwei wichtigen Persönlichkeiten der zionistischen Organisation in Krakau“ geführt worden sei. Die *JUS* habe es als Ziel gehabt von Juden und Jüdinnen aus dem Ausland durch die Vermittlung des *IRK* gesandte Medikamente und andere Dinge in den Lagern zu verteilen. Dann jedoch kam Feiner auf die Haltung des Bundes und des *Rates für Judenhilfe* zu sprechen. In Wirklichkeit habe es sich bei der *JUS* um einen Akt der Diversion durch die Besatzer gehandelt, da die NS nach wie vor die öffentliche Meinung im Ausland über ihre Haltung zu den Juden und Jüdinnen zu täuschen versuchten. Zudem habe er an Medikamente herankommen wollen, die im Generalgouvernement dringend benötigt wurden. Auf den Vorschlag des Bundes, dem der Rat zugestimmt habe, habe das KK entschieden, die vom Leiter der *JUS* indirekt vorgeschlagene Zusammenarbeit abzulehnen. Die KK sandte in dieser Sache eine Nachricht an den Adressaten des Berichtes und an Ignacy Schwarzbart, ein jüdisches Mitglied der Polnischen Exilregierung in London, um die Öffentlichkeit im Ausland vor der *JUS* „und der ganzen Affäre“ zu warnen und zu fordern, dass die Sendung von Medikamenten und anderen Hilfslieferungen an die *JUS* eingestellt werden. Das KK habe diese Entscheidung auch ein zweites Mal aufrechterhalten, nachdem die *JUS* um eine Revision gebeten habe. Nach einer gewissen Zeit hätten die Vertreter der *JUS* erklärt, dass sie sich der Entscheidung der KK beugen und ihre Magazinbestände an die KK übergeben würden. Dies hätte die *JUS* aber bis zum Berichtszeitpunkt hinausgezögert. Von Seiten des KK trete man dafür ein, deshalb Konsequenzen zu ziehen.<sup>2713</sup> Diese Berichte, die der Bund ins Ausland schickte, erreichten dort die verantwortlichen Stellen. So erhielt die Polnische Exilregierung in London Nachricht davon, dass die *JUS* die Aufforderung erhalten hatte ihre Arbeit einzustellen:

„We hereby inform you that we have received information from the Polish Ministry of Foreign Affairs, that in the middle of last year the Coordination Committee of the Bund and Z.K.N. sent

<sup>2711</sup> Ebd.

<sup>2712</sup> Ebd.

<sup>2713</sup> Bericht über die Tätigkeit des Bundes und die Lage der Juden in Polen von Juli bis Mitte November 1943 von Leon Feiner, AAN, 1325/202/XV-2, Bl. 99–110.

to London a warning about the Jewish Organisation J.U.S. (Judische Unterstutzungsstelle) the leader of which is Dr. Weichert. This organization was started by the Germans for purposes of deception. The Co-ordination Committee of Bund has also asked that dispatch of medicines and gifts from abroad to J.U.S. should be stopped. The Jewish Relief Council and K.K. Bund, since having received information that more medicines and gifts will be sent to J.U.S. is again appealing to all authorized social organizations to warn all the Jewish organizations abroad, as all dispatches addressed to J.U.S. are helping the Germans. In connection with the above the Polish Ministry of Foreign Affairs has asked the Polish Legation in Berne whether another dispatch of medicines is to be sent in the near future to J.U.S. We are kindly asking you to communicate about the above matter to the Joint Distribution Committee. At the same time we are writing to Mr. Schmitzek in Lisbon, asking him to inform Dr. Schwartz, and after reaching an understanding with him, to cease dispatch of parcels to J.U.S.“<sup>2714</sup>

Weiterhin war der Polnischen Exilregierung in jedem Fall die Tätigkeit der JUS bekannt. Davon zeugen die Berichte, die sich in den Akten von Schwarzbart befinden,<sup>2715</sup> zudem finden sich in der Akte mit den Berichten Korrespondenz der JUS mit ausländischen Stellen in Abschrift.<sup>2716</sup> Teilweise geht aus der Akte auch hervor, über welche Wege die Exilregierung die Berichte der JUS erhielt. So bekam Schwarzbart einen Teil der Berichte die zunächst an die Schweiz geschickt wurden, dann über die Slovakei gingen, schließlich nach London übermittelt.<sup>2717</sup>

Auch im Juni und Juli 1944 tauschte man sich im Ausland noch über die JUS und die Rolle Weicherts aus: „I send, for your confidential information, copy of a letter I have received from the Secretary General of the Polish Ministry of Labour and Social Welfare. I have been in touch with Dr. Hurwitz of the Joint Distribution Committee on the matter. He says, of course, that what is stated in the letter from Secretary-General may be true, but on the other hand Dr. Weichert was known in Krakow before the Germans, and the question needs rather more investigation. Perhaps you yourself have knowledge of the situation, which may help us to form an opinion.“<sup>2718</sup> In der Schweiz war man ebenfalls Ende Juli 1944 nach wie vor der Meinung, dass die Hilfe die Bedürftigen über die JUS erreiche und schickte aus diesem Grund weitere Liebesgabensendungen,<sup>2719</sup> wenngleich man an den Meldungen aus London dennoch Interesse zeigte: „Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Version, die Sie haben, betr. die Meldung aus London ueber die Einstellung der Sendungen ueber die J.U.S. uebermitteln koennten. Sie werden verstehen, dass ich sehr daran interessiert bin. Auch ich glaube nicht, dass es die Persoenlichkeit Dr. Weicherts betrifft, doch hatten die Nachrichten aus London so gelauteet.

<sup>2714</sup> Polnisches Ministerium für Arbeit und Soziales, London an einen Herrn Brotbaum, 30.05.1944, YVA, M.2/296, Bl. 37.

<sup>2715</sup> Vgl. YVA, M.2/296, passim.

<sup>2716</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift JUS an Martin Clara, Cladas da Raihna/Portugal betr. „Liebesgaben“, 24.12.1943, YVA, M.2/296, Bl. 9; Abschrift JUS an Comunidade Israelita de Lisboa Seccao de Assistencia a Refugiados, Lisboa betr. „Liebesgabensendung/Taetigkeitsbericht fuer die Monate Oktober bis Dezember 1943“, 02.01.1944, YVA, M.2/296, Bl. 19 sowie Abschrift JUS an Comunidade israelita de lisboa Seccao de Assistencia a Refugiados, Lisboa betr. „Liebesgabensendung“, 17.04.1944, YVA, M.2/296, Bl. 31.

<sup>2717</sup> Vgl. Ernest Fischer, Member of the Czechoslovak state council, London an Dr. I. Schwarzbart, 01.05.1944, YVA, M.2/296, Bl. 32 oder auch Ernest Fischer, Member of the Czechoslovak State Council, to Dr. I. Schwarzbart, 01.06.1944, YVA, M.2/296, Bl. 40.

<sup>2718</sup> The Board of Deputies of British Jews to Dr. I. Schwarzbart, 01.06.1944, YVA, M.2/296, Bl. 44.

<sup>2719</sup> JDC, St. Gallen an Silberschein, Genf, 25.07.1944, YVA, M.20/37, Bl. 165. „Wir haben diesen Monat groessere Sendungen Kleider und Lebensmittel machen koennen und wissen solche unter der Kontrolle des Internationalen Roten Kreuzes in guter Hand. Die Meldung ueber London Sendungen fuer die J.U.S. einzustellen, betrifft kaum die Persoenlichkeit Dr. Weicherts. Wir haben hierueber eine andere Version vernommen.“

*Ich weiss, dass Sie Lebensmittel und Kleider an die J.U.S. schicken, diese gehen aber doch nur fuer die Lager. Es hat aber eine Masse Leute in Polen, die sich kaschieren und denen auch geholfen werden muss; ich tue dies natuerlich nach meiner Moeglichkeit.*<sup>2720</sup> Diese negativen Gerüchte über die *JUS* und vor allem die über ihren Leiter beschäftigen Schwarzbart noch nach Kriegsende:

„I received your letter of November 28<sup>th</sup>, 1945. I have no definite information so far. Those, who are in favour of the J.U.S. claim that an essential part reached the Jews, those who are against the J.U.S. deny that anything came into Jewish hands. I think that in the near future we will be able to get exact information. Lately I received a letter from Dr. Chaim Hilfstein who has been deputy chairman of the J.U.S. and afterwards its acting chairman. Dr. Hilfstein writes that an essential part of the parcels involved helped Jews.“<sup>2721</sup>

Trotz der Gerüchte über die *JUS* innerhalb des Generalgouvernements sowie der Kommunikation dieser mit dem Ausland, gab es zwischen der Krakauer Abteilung des *RPŻ* und der *JUS* eine Zusammenarbeit.<sup>2722</sup> Die Warschauer Abteilung dieser Organisation lehnte eine Zusammenarbeit ab und sorgte unter anderem für die Gerüchte im Ausland.<sup>2723</sup> Dies kann für die Krakauer Abteilung nicht ausgemacht werden. So rettete der Leiter dieser Michal Weichert und seiner Familie durch seine Unterstützung wohl im Endeffekt das Leben.<sup>2724</sup>

---

<sup>2720</sup> Abschrift Silberschein an Saly Mayer, Genf, 01.08.1944, YVA, M.20/37, Bl. 166.

<sup>2721</sup> Abschrift wohl Schwarzbart an Board of Deputies, 04.12.1945, YVA, M.2/296, Bl. 46. Es handelt sich bei dem Schreiben um eine Antwort auf einen Brief, in dem das Board of Deputies angefragt hatte, ob Informationen dazu vorlägen, wie viele Spenden tatsächlich bei den notleidenden Menschen ankämen.

<sup>2722</sup> Vgl. dazu WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 75 sowie DERS.: *Milchome*, S. 409. Bestätigt wird dies u.a. auch durch die Erinnerungen des Vorsitzenden der Krakauer Abteilung. Vgl. STANISŁAW W. DOBROWOLSKI: *Memuary Pacyfisty*, Kraków 1989, S. 202

<sup>2723</sup> Vgl. dazu das am Anfang dieses Abschnitts Geschriebene.

<sup>2724</sup> Vgl. dazu etwa PANKIEWICZ: *Apotheke*, S. 275.

### III.4 Das Ende der *Jüdischen Unterstützungsstelle*

Dieses letzte Unterkapitel umfasst den Zeitraum ab dem Sommer 1944 bis zu den Tagen der Befreiung der Stadt Krakau im Januar des folgenden Jahres und damit einen sehr kurzen Zeitraum. Mit Blick auf die Quellenlage muss man für diesen Abschnitt, in dem sich die Arbeitsbedingungen der *JUS* nochmals massiv veränderten, festgestellt werden, dass es sich um den am schlechtesten belegten Zeitabschnitt im gesamten Untersuchungszeitraum von 1939 bis 1944/45 handelt. Dieses Unterkapitel wird mit einer Untersuchung der persönlichen Situation der Mitarbeiter der *JUS* und hierbei vor allem der Familie Weichert beginnen, da sich deren Situation stark auf die Hilfstätigkeit der Organisation auswirkte. Dem folgt eine Analyse der Weiterführung der Hilfslieferungen ab Sommer 1944. In dem letzten Abschnitt wird auf die Nachkriegszeit geblickt. Neben der Situation der Organisation als Ganzes und der Reaktionen von Menschen auf das Nichtmehrexistieren dieser, werden in aller Kürze die Wege der überlebenden Mitarbeiter der Organisation auf der Ebene dieser des Präsidiums der *JSS* beziehungsweise der Leitung der *JUS* skizziert werden.

#### III.4.1 Eine erhöhte Gefahr für das Leben der Familie Weichert

Die Korrespondenz der *JUS* bricht am 1. August 1944 ab. Die letzte Lieferung war an das unweit der Zentrale der *JUS* gelegene Lager Plaszow gerichtet, um den dortigen Insassen mit Lebensmitteln das Leben zu erleichtern.<sup>2725</sup> Zur Zeit des Absendens des Schreibens war wohl bereits klar, dass sich die Familie Weichert selbst schon bald unter den Insassen des Lagers finden sollten, denen sie gerade noch mit dem Senden von Lebensmitteln und Medikamenten zu helfen versuchten. In seinen Erinnerungen schilderte Weichert das Ende der *JUS* recht ausführlich. Zunächst beschrieb er, dass er keine Hoffnung gehabt habe, dass man ihn bis zum „Ende“ die Tätigkeit fortsetzen lasse. Die Arbeit der *JSS* hätte sich noch auf die durch die Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ erlassene Satzung und Geschäftsordnung gestützt; für die *JUS* habe es keine gesetzliche Regelung gegeben. Es habe nur das gesprochene Wort, aber kein schriftlicher Bescheid existiert. Ihm sei bewusst gewesen, dass die Gestapo die Arbeit der *JUS* nicht gerne gesehen habe.<sup>2726</sup> Er

---

<sup>2725</sup> Durchschlag *JUS* an das Konzentrationslager Plaszow betr. „*Liebesgabensendung*“, 01.08.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 449.

<sup>2726</sup> Vgl. WEICHERT: *Milchome*, S. 404. Er reflektierte darüber, wie ihm die Besatzer am Anfang begegnet seien und wie er es dennoch geschafft habe, sich bei ihnen Respekt zu verschaffen. Da diese reflektierenden Abschnitte sich nicht mit dem Sommer 1944 und der folgenden Zeit beschäftigen, sind sie für das Kapitel und den Untersuchungsaspekt nicht von Relevanz. Das Ende der *JUS* behandelt Weichert – wenn auch weniger ausführlich – zudem in seiner Monographie „*Jidische Aleinhilf*“. Vgl. WEICHERT: *Aleinhilf*, S. 59–76 oder auch Bericht *JSS/JUS* 1946. In den Aufzeichnungen aus dem Jahr 1944 schilderte er diesen Zeitabschnitt nicht. Vgl. AŽIH, 302/25, Bd. 1 und 2. Die „Aufzeichnungen“ reichen nur bis in das Jahr 1944. Aus diesem Grunde konnte keine Thematisierung der endgültigen Einstellung der Tätigkeit der Arbeit der *JUS* erfolgen. Das Typoskript bricht im zweiten Band an einer Stelle ab, an der Weichert auf einen Besatzer trifft, der ihn fragt, warum er noch immer am Leben sei. Vgl. AŽIH, 302/25, Bd. 2, S. 245. Aus diesem Grund wird sich für diesen Abschnitt vor allem auf den Band der Erinnerungen Weicherts bezogen werden, der die Zeit des Zweiten Weltkriegs behandelt.

und seine Familie hätten sich nirgends mehr sicher gefühlt und eine Vorahnung gehabt, früher oder später auch ins Lager zu kommen.<sup>2727</sup> Anfang des Sommers 1944 hätten Lothar Weirauch und Richard Türk, der Leiter und der stellvertretende Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, zu ihm gesagt, dass es Pläne gebe, die *JUS* nach Plaszow zu verlegen. Man könne von dort aus die anderen Lager mit Medikamenten beliefern. Diese Ansicht zur Abwicklung der Hilfstätigkeit aus dem Lager heraus teilte Weichert so nicht. Er fürchtete, dass der Lagerkommandant alle Zuteilungen für die *JUS* an sich nehmen könnte.<sup>2728</sup> Weichert machte sich dann Gedanken über einen möglichen Ort zum Untertauchen. Im Gespräch seien entweder Wien oder – wie die *PHA* es wollte – ein Kloster in der Nähe von Krakau gewesen.<sup>2729</sup> Ende Juli 1944 habe er dann von einem Telefongespräch erfahren, in dem es darum gegangen sei, dass er in das Arbeitslager Plaszow kommen sollte. Zudem habe er vom „Lagerältesten“ erfahren, dass eine spezielle Baracke für die *JUS* – ihre Mitarbeiter und Materialbestände – vorbereitet werde.<sup>2730</sup> Lothar Weirauch habe ihm ein Zeichen gegeben, dass eine Verhaftung bevorstehe. Weichert versuchte mehr von ihm erfahren und bat zudem um einige Tage Aufschub, um die Magazine zu räumen sowie darum, dass der *PHA* die Lager weiter beliefern dürfe.<sup>2731</sup> Nach den Warnungen von unterschiedlichen Stellen habe man zunächst Beratungen mit dem *PHA*, dem *Polnischen Roten Kreuz* sowie dem Leiter des *Konspirativen Rates zur Hilfe für Juden* in Krakau geführt, in denen es um die Fortsetzung der Hilfstätigkeit für die jüdische Bevölkerung nach einem möglichen Untertauchen Weicherts ging. Am Ende der Beratungen stand der Beschluss, dass der *PHA* die eingelagerten Medikamente, Nahrungsmittel und Kleidungsstücke aus den Magazinen der *JUS* übernehmen und die Hilfe für Juden und Jüdinnen in den Lagern fortsetzen sollte. Der Leiter der Aufsichtsbehörde habe diesem Vorgehen zugestimmt.<sup>2732</sup> Man habe die Materialbestände der *JUS* zu großen Teilen in die Magazine des *PHA* überführt. Diese Arbeiten seien innerhalb von sechs Tagen erledigt worden, da in der sechsten Nacht Autos der Gestapo gekommen seien. Im Gebäude der *JUS* sei lediglich noch ein Mitarbeiter gewesen, die anderen hätten sich zum Schlafen auf andere Gebäude verteilt. In diesen sechs Tagen seien große Mengen der Materialbestände der *JUS* gerettet worden.<sup>2733</sup> Korrespondenz führte die *JUS* nachweislich bis zum 22. Juli 1944 – ob danach weitere Briefe abgegangen sind, die nicht mehr

---

<sup>2727</sup> Vgl. WEICHERT: Milchome, S. 407.

<sup>2728</sup> Vgl. ebd.

<sup>2729</sup> Vgl. ebd., S. 408. An welchem Ort er letztlich die Zeit bis zum Ende der Besatzung der Stadt Krakau verbrachte, schrieb WEICHERT nicht dezidiert.

<sup>2730</sup> Vgl. ebd., S. 407.

<sup>2731</sup> Vgl. ebd., S. 409.

<sup>2732</sup> Vgl. DERS.: Aleinhilf, S. 75. Vgl. dazu auch DERS.: Milchome, S. 409.

<sup>2733</sup> DERS.: Milchome, S. 409.

registriert wurden, ist nicht sicher.<sup>2734</sup> Zudem finden sich für den 1. August 1944 einzelne Schreiben, die die *JUS* beispielsweise an das Konzentrationslager Plaszow sandte.<sup>2735</sup>

Tadeusz Pankiewicz, der nicht-jüdische Apotheker, der sein Geschäft auf dem Gebiet des Krakauer Ghettos hatte, schrieb, dass Göth, der Kommandant des Lager Plaszow, die Maßnahmen des DRK und der Zivilbehörden die Weichert betrafen nicht habe ertragen können: „*Er zeigte eine so feindselige Haltung, daß diese nichts Gutes prophezeite für den Zeitpunkt, ab dem sich Weichert in Plaszow befand.*“<sup>2736</sup> Im Juli 1944, während „*der panischen Flucht der deutschen Truppen von der Ostfront*“, hätten die Behörden beschlossen „*die Einrichtung der Jüdischen Unterstützungsstelle zu liquidieren.*“<sup>2737</sup> Von dem Tag an, an dem er darüber informiert worden war, so Pankiewicz, habe Weichert mit seiner Familie nicht mehr bei sich zu Hause übernachtet: „*Die Warnung erwies sich als richtig. Eines Morgens fuhren Autos mit SS-Männern vor, um den Doktor zu verhaften. Nur seine Abwesenheit vom Gebäude der Jüdischen Unterstützungsstelle rettete ihn vor dem sicheren Tod.*“<sup>2738</sup> Pankiewicz führte an, dass Weichert seine Unterbringung und Rettung der Untergrundorganisation RPŻ in Krakau zu verdanken habe. Stanisław Dobrowolski habe die Familie Weichert in der Wohnung seiner Schwester versteckt, einer in Krakau bekannten Dozentin, die wiederum die Familie nach einer gewissen Zeit zur Wohnung ihrer Freundin Wanda Dwerniecka brachte, die in Krakau in der Zyblikiewiczstraße wohnte: „*Dort überstanden sie die Okkupation und erlebten den Tag der Befreiung.*“<sup>2739</sup> Dies bestätigt auch der Vorsitzende des RPŻ in Krakau, Stanisław Dobrowolski, in seinen Erinnerungen.<sup>2740</sup> Zudem habe man, so Seyfried in einem Bericht aus der Nachkriegszeit, durch die Krakauer Abteilung des RPŻ und unter Anweisung von Weichert aus dem Versteck heraus durch die Bestände der *JUS* die auf der „*arischen Seite*“ versteckten Juden und Jüdinnen unterstützen können.<sup>2741</sup> Weichert ging also mit seiner Familie ins Versteck. Die anderen jüdischen Mitarbeiter durften bereits ab einem früheren Zeitpunkt das Lager Plaszow nicht mehr verlassen. Daraus kann geschlossen werden, dass sich in dem Gebäude der *JUS* in der Józefińskastraße auf dem Gebiete des Krakauer Ghettos kein Mitglied oder Angestellter der *JUS* mehr befand, der die Hilfstätigkeit für die in den Lagern Leidenden hätte fortsetzen können. Der Kontakt zum Ausland brach zu diesem Zeitpunkt wohl ab. Zwar existieren

<sup>2734</sup> Vgl. Urzędowa książka pocztowa, JNL, Arc. Ms. Var. 371/XI 9, passim. Der Briefverkehr der *JSS* und der *JUS* vom 11.11.1941 bis zum 22.07.1944 ist in diesem Postbuch verzeichnet. An anderer Stelle wurde in der vorliegenden Studie bereits auf das Aussetzen der Eintragungen in der Zwischenzeit, in der die *JUS* von den NS offiziell geschlossen worden war, hingewiesen. Bei den letzten Einträgen handelt es sich um fünf Sendungen an unterschiedliche Stellen in Petrikau. Dieser Eintrag wurde jedoch nicht gestempelt und zudem durchgestrichen. Der letzte Eintrag – an den HSSPF im Distrikt Radom – wurde zwar nicht gestrichen, aber ebenfalls nicht gestempelt. Deshalb ist auch für diese letzten Sendungen nicht sicher, ob sie lediglich intendiert waren oder ob sie tatsächlich versandt wurden.

<sup>2735</sup> Vgl. etwa Durchschlag *JUS* an das Konzentrationslager Plaszow betr. „*Liebesgabensendung*“, 01.08.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 11, Bl. 449.

<sup>2736</sup> PANKIEWICZ: Apotheke, S. 274.

<sup>2737</sup> Ebd.

<sup>2738</sup> Ebd.

<sup>2739</sup> Ebd.

<sup>2740</sup> Vgl. dazu etwa DOBROWOLSKI: *Memuary*, S. 202.

<sup>2741</sup> AZIH, 301/6937.

in den Akten der Hilfsorganisationen noch Durchschläge und Abschriften von Schreiben die auf spätere Monate datiert sind,<sup>2742</sup> diese Briefe erreichten die Verantwortlichen der *JUS* aber wohl nicht mehr. In den Quellen finden sich allerdings Hinweise darauf, dass die Tätigkeit der *JUS* zumindest teilweise durch die Anweisungen Weicherts fortgesetzt werden konnte, deshalb soll im folgenden Abschnitt versucht werden, dies auf einer etwas breiteren Quellenbasis zu überprüfen.

### III.4.2 Die Weiterführung der Hilfstätigkeit ab Sommer 1944?

Für die Weiterführung der Hilfstätigkeit der *JUS* liegen nur sehr wenige Quellen vor. Zunächst einmal sei hier erneut auf die Schriften Weicherts verwiesen, der diese Aufrechterhaltung der Hilfslieferungen bis in die letzten Tage der Besatzung im Januar 1945 anführt.<sup>2743</sup> Diese Quelle können als Aussage herangezogen werden, allerdings handelt es sich um eine sehr subjektive. Deshalb wurde versucht dies auf einer größeren Quellenbasis zu überprüfen. In den Beständen der Organisationen selbst, ließen sich darauf keine Anhaltspunkte finden, weil sich diese Zeit aktentechnisch nicht niederschlug.<sup>2744</sup> Lediglich in einem Teilnachlass Michal Weicherts in der „National Library“ in Jerusalem finden sich einige wenige Dokumente die eine Tätigkeit in der Zeit zwischen August 1944 und Januar 1945 belegen.<sup>2745</sup> Da sich allerdings aus diesen wenigen Dokumenten kein vollständiges Bild ergibt, musste aus diesem Grunde nach weiteren „Selbstzeugnissen“ von Akteuren gesucht werden, die diese Weiterführung bestätigen können. Wenn die Hilfstätigkeit eingestellt worden wäre, hätte sich dies kaum in Erinnerungen von Beteiligten niederschlagen können. Ein Zeugnis von Edmund Seyfried ließ sich im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes finden, der sich unter anderem über die fragliche Zeit schriftlich auslässt.<sup>2746</sup> Ende Juli 1944, so Seyfried, sei ihm bekannt geworden, dass Weichert in naher Zukunft in das Arbeitslager Plaszow deportiert werden sollte. Im Laufe von drei Tagen habe man alle in den Magazinen der *JUS* vorhandenen Waren in die Magazine des *PHA* geschafft. Dies sei unter Zustimmung Lothar Weirauchs von der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ erfolgt. Es sei mit ihm vereinbart worden, dass der *PHA* die Tätigkeit der *JUS* fortsetzen soll. Während Weichert im Versteck war, habe er, Seyfried, in engem Kontakt mit ihm gestanden und die Hilfe für die Juden und Jüdinnen in den Lagern organisiert. Die Hilfe sei bis zur Befreiung Mitte Januar 1945 fortgesetzt worden. Zudem hätten die Bestände der *JUS* auch dazu gedient die Juden und Jüdinnen im Versteck auf der „arischen Seite“ zu unterstützen. Dies sei mit Hilfe der Krakauer Abteilung des *RPŽ* und ebenfalls unter Anweisung Weicherts erfolgt.<sup>2747</sup> Die Verteilung der Liebesgaben an jüdische Lagerinsassen durch den *PHA*

---

<sup>2742</sup> Vgl. dazu etwa Abschrift [Relico] an *JUS*, 01.08.1944, CZA, C3/107, Bl. 1.

<sup>2743</sup> Vgl. dazu etwa WEICHERT: Aleinhilf, S. 59–76 oder auch Bericht *JSS/JUS* 1946.

<sup>2744</sup> Dies trifft für die Hauptbestände der Organisationen im AŽIH in Warschau zu. Vgl. AŽIH, 211 sowie AŽIH, 211 aneks.

<sup>2745</sup> Vgl. JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2746</sup> AŽIH, 302/2327.

<sup>2747</sup> AŽIH, 301/6937.



oder einzelner Mitglieder dessen, sind in den Akten des Krakauer Ausschusses selbst nicht belegt.<sup>2748</sup> Aus dem Kassenbuch des Hilfskomitees des PHA in Krakau ergeben sich keine Hinweise darauf, dass man Mittel der JUS an das polnische Komitee überführte und auch bei den gelisteten Einkäufen existieren keine, die dezidiert für die Juden und Jüdinnen in den Lagern getätigt wurden.<sup>2749</sup> Allerdings kann es sein, dass die Hilfen nicht direkt durch das Komitee, sondern lediglich in der Person Edmund Seyfrieds erfolgt sind.<sup>2750</sup> Es muss vermutet werden, dass die Verantwortlichen des PHA diese bewusst nicht auf den Listen aufführte und die Vermittlung der Pakete an die jüdischen Lagerinsassen eine Gefahr für die Arbeit des PHA bedeutet hätte, wenn die Aufsichtsbehörden Kenntnis von der untersagten Zusammenarbeit erhalten hätten.

Für eine bedingte Weiterführung der Tätigkeit der JUS durch polnische Vertreter spricht auch der bereits erwähnte Bericht von Alexander Bieberstein: *„Die kollegialen Beziehungen zwischen den Ärzten im Lager waren ausgezeichnet und beruhten auf gegenseitiger Hilfeleistung. Als im Juli 1944 die Tätigkeit der Jüdischen Unterstützungsstelle eingestellt wurde, erhielten die polnischen Ärzte und Häftlinge von dem Hauptvormundschaftsrat zweimal in der Woche Extra-Suppen, welche sie mit den jüdischen Ärzten und Kranken im Krankenhaus teilten.“*<sup>2751</sup> Weichert selbst gab an, dass er nach seinem Untertauchen aus dem Versteck heraus in ständigem Kontakt mit den Funktionären des PHA gewesen sei.<sup>2752</sup> Eine ausführliche Schilderung für welche Lager man die Hilfslieferungen organisierte, die dann durch der PHA übernahm, erfolgte nicht. Der zentralste Absatz und dabei einer der wenigen in dem Bericht aus 1946 in dem er überhaupt über die letzten Monaten des Bestehens und zur Einstellung der Tätigkeit schrieb, ist der folgende: *„Aus dem Versteck heraus, bin ich in ständigem Kontakt mit den Funktionären des RGO Seyfried, Wrubel und Loit und durch meine Anweisungen ist die Tätigkeit der JUS weitergegangen. Deshalb haben bis zum Ende der Okkupation große Lieferungen von Medikamenten, Stärkungsmittel, Mehl und Nahrungsmittel nicht bloß in die Lager im GG stattgefunden, auch etliche Male in das Lager in Brünnlitz (Tschechoslowakei), wohin einige Insassen der Lager um Krakau gebracht wurden. Die letzten Transporte sind am 5. Januar 1945 nach Brünnlitz und am 10. Januar nach Płaszów gegangen. Am 17. sind die Deutschen aus Krakau geflohen.“*<sup>2753</sup> Herauszustellen ist, dass Weichert hier dezidiert angab: *„durch meine Anweisungen ist die Tätigkeit der JUS weitergegangen“*<sup>2754</sup>. Er schrieb den Erfolg, dass die Hilfstätigkeit, die laut seiner Aussage an dieser Stelle bis kurz vor der Flucht der Besatzer aus Krakau aufrechterhalten worden sei, nicht direkt der Unterstützung des PHA zu, sondern führte es auf seine „Anweisungen“ zurück. Zudem

<sup>2748</sup> So existieren zwar Listen der Häftlinge des in Krakau gelegenen Lagers Plaszow und auch Listen mit Paketen, die für bestimmte Personen in das Lager im Jahr 1944 geliefert wurden, daraus ergeben sich jedoch keine Anhaltspunkte, dass darunter Gaben für die jüdischen Insassen waren. Vgl. APK, PolKoKr/178a.

<sup>2749</sup> Vgl. Dziennik kasowe, APK, PolKoKr/14, passim.

<sup>2750</sup> Vgl. etwa Seyfried an Weichert, 30.01.1947, AŽIH, Nachlass Weichert.

<sup>2751</sup> Übersetzung Alexander Bieberstein, Das Lager Plaszow, 03/2362, ITS, DOI 82115366.

<sup>2752</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 76.

<sup>2753</sup> Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2754</sup> Ebd.

ist es bemerkenswert, dass er herausstellt, dass sich die Hilfstätigkeit durch die *JUS* in dieser Zeit nicht ausschließlich auf die Lager auf dem Gebiet des Generalgouvernements beschränkte, sondern ebenso ein Lager in Brünnlitz in der Tschechoslowakei beliefert worden sei, in das „Insassen“ aus Lagern rund um Krakau gebracht worden seien. Das Wichtigste sei allerdings die Unterstützung der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ und des *PHA* gewesen. Weirauch habe den Vorsitzenden des *PHA*, Seyfried, als „Treuhänder“ der *JUS* bestimmt. Die jüdischen Lager hätten so bis zum Ende der Besatzung durch seine Anweisungen aus dem Versteck versorgt werden können. Der letzte Transport der Medikamente habe am 5. Januar 1945 stattgefunden – am 17. Januar seien die Besatzer aus der Stadt geflohen.<sup>2755</sup> Im Vergleich zu „Jidische Aleinhilf“ betonte Weichert in „Milchome“ die Unterstützung der anderen Beteiligten. Allerdings hob er auch hier hervor, dass durch seine Anweisungen die jüdischen Lager bis zum Ende der Okkupationszeit weiter mit Hilfslieferungen versorgt werden konnten. Die Daten bis wann die Hilfslieferungen erfolgen konnten, decken sich mit den in der „Darstellung“ gemachten Angaben. Zum Lager Brünnlitz, das außerhalb des Generalgouvernements lag, machte er in diesem Band detailliertere Angaben. Er führte hier nicht nur aus, dass dort Personen aus vormals in der Nähe von Krakau liegenden Lagern in dieses deportiert wurden, sondern auch, dass es sich dabei um Personen handelte die Oskar Schindler aus seiner Fabrik und der von Julius Madritsch dorthin gebracht hatte.

Zieht man allerdings die wenigen Akten in die Untersuchung ein, so tauchen hier Dokumente eines sogenannten „*Komisaryczny Kierownik, JUS*“ auf, die ein Władysław Kargol unterschrieb. Diese liegen bis zum 9. Januar 1945 vor.<sup>2756</sup> Auf einigen Schreiben, die von dieser Person in deutscher Sprache vorliegen, wurde die Funktionsbezeichnung abweichend mit „*Kommissarischer Leiter der Lagers, JUS*“ angegeben.<sup>2757</sup> Die Bezeichnung mit dem Zusatz „Lager“ im Deutschen ist nicht eindeutig.<sup>2758</sup> Dies kann bedeuten, dass Kargol die Magazinbestände der *JUS* verwaltete. Es kann jedoch auch bedeuten, dass man die *JUS* mit all ihren Magazinbeständen, wie von den Besatzern intendiert, in das Lager nach Plaszow deportierte und die Besatzer Kargol dort mit der Verwaltung

---

<sup>2755</sup> DERS.: *Milchome*, S. 409f. „Das Wichtigste ist aber, dass dank der Unterstützung von dem BuF-Anführer Weyrauch und dem RGO-Direktor Seyfried die RGO als ‚Treuhänder‘ bestimmt worden ist und die noch existierenden jüdischen Lager bis zum Ende der Okkupation unsere Hilfe durch meine Anweisungen auf dem Versteck genießen konnten. Und nicht nur die Lager im GG. einige Male auch die Lager in Brünnlitz im Sudetenland, woin Schindler seine Fabrik und die Juden gebracht hat, die bei ihm und bei Madritsch beschäftigt waren. Der letzte Transport unserer Medikamente und Speisen nach Brünnlitz am 5. Januar 1945 gegangen, nach Płaszów – am 17. Januar. Am 17. sind die Deutschen aus Krakau geflohen.“ In ähnlicher Weise auch Bericht JSS/JUS 1946.

<sup>2756</sup> *Komisaryczny Kierownik, JUS* an RGO, 09.01.1945, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2757</sup> Vgl. hierzu etwa Zusammenstellung des Kommissarischen Leiters des Lagers „JUS“, 13.12.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2758</sup> Aus diesem Grunde wird – wie in der Einleitung bereits dargelegt – in dieser Studie die Bezeichnung „Lager“ lediglich für Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager verwendet. Für die Räume, in denen Waren aufbewahrt werden, wird die Bezeichnung „Magazine“ durchgängig – mit Ausnahme der Quellenzitate – benutzt.

betrachten. Allerdings spricht mehr für die erste These, da Kargol primär mit dem PHA korrespondierte,<sup>2759</sup> was die Besatzer sicher untersagt hätten, da es eines ihrer Ziele war, das sie mit der Einrichtung der Organisationen verbanden, die „Volksgruppen“ voneinander zu trennen. Dies wäre durch diesen engen Kontakt in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1944 und Anfang 1945 unterlaufen worden. In den Erinnerungen Dobrowolskis, der unter anderem auch über das Untertauchen der Familie Weichert berichtet, finden sich zu Władysław Kargol keine Angaben.<sup>2760</sup> Dafür dass Kargol im Wissen der Besatzer arbeitete, spricht Korrespondenz, die durch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ an den PHA weitergeleitet wurde und die Bestellungen enthält, die einzelne Lager im August 1944 an die JUS richteten und die im Laufe der Zeit an den PHA weitergeleitet wurden.<sup>2761</sup> In der Korrespondenz, die Kargol führte und den Aufzeichnungen, die er machte finden sich unter anderem Angaben über die Lager, die man zu dieser Zeit aus den Beständen der JUS belieferte. So ist für den Dezember eine Aufstellung der von August bis Dezember belieferten Lager erhalten. Daraus geht hervor, dass am 16. und 17. August 1944 das Lager Plaszow, am 29. August 1944 und 19. September 1944 das Julag Tschenstochau „Hasag“ Apparatebau, am 26. September 1944 das Julag Tschenstochau „Hasag“ Warthewerk, am 28. September 1944 das Julag Tschenstochau „Hasag“ Eisenhütte, am 26. Oktober 1944 das Julag Petrikauer Holzwerke „Dietrich-Fischer“, am 4. Oktober 1944 das Julag Deutsche Emailfabrik in Krakau und am 18. November 1944 das Julag Deutsche Emailfabrik in Brännlitz beliefert wurden.<sup>2762</sup> Am 8. Januar 1945 erfolgte eine Lieferung von 250 Kilogramm Bohnen an das Arbeitslager in Brännlitz.<sup>2763</sup>

### III.4.3 Die unmittelbare Zeit nach der Befreiung

Nach der Befreiung der Stadt Krakau, des Lagers Plaszow und dem gesamten Generalgouvernement war eine neue Zeit mit einer neuen Freiheit angebrochen. Die Wege aller Mitarbeiter der JUS und schon gar nicht der von den Hilfsleistungen der Organisation partizipierenden Menschen, können hier nicht nachverfolgt werden. In diesem letzten Abschnitt soll es lediglich darum gehen einige Szenen aufzuzeigen, die sich nach der Befreiung abspielten und für einzelne Personen, wie ihr Weg in die Freiheit verlief. Michał Weichert musste sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit einem Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfes der „Kollaboration“ stellen, das mit einem Frei-

<sup>2759</sup> Komisaryczny Kierownik „JUS“ an RGO, 09.01.1945, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2760</sup> DOBROWOLSKI: Memuary.

<sup>2761</sup> Vgl. dazu etwa BuF an PHA betr. „Medikamente“, 14.09.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43. Dieser Brief ist von Türk gezeichnet. Der Inhalt lautet: „Hier sind anliegende Bestellungen eingegangen. Ich bitte, soweit die angeforderten Dinge vorhanden sind, die Belieferung durchzuführen. Die Medikamentenanforderung der Hasag für den Monat August 1944 sind nach einem hier vorliegenden Bericht von Ihnen wahrscheinlich schon erfüllt worden.“ In der Anlage des Schreibens findet sich u.a. Petrikauer Holzwerke „Dietrich-Fischer“ an die JUS betr. „Medikamentenbestellung“, ohne Datum, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2762</sup> Zusammenstellung des Kommissarischen Leiters des Lagers „JUS“, 13.12.1944, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2763</sup> Quittung, 08.01.1945, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

spruch endete. Ein Verfahren vor einem jüdischen Ehrengericht endete mit einem Schuldspruch.<sup>2764</sup> Jakob Sternberg,<sup>2765</sup> Chaim Hilfstein,<sup>2766</sup> Aleksander Bieberstein,<sup>2767</sup> Natan Stern,<sup>2768</sup> Leib Salpeter<sup>2769</sup> und Anna Schneeweis<sup>2770</sup> rettete Oskar Schindler als sogenannte „Schindler-Juden“. Im Jahr 1946 war von diesen Überlebenden beispielsweise Chaim Hilfstein, ein ehemaliges Präsidiumsmitglied der *JSS*, der ebenso auch für die *JUS* tätig war, auf dem Weg nach Palästina. Chaim Hilfstein, dessen Weg des Überlebens nicht recherchiert werden konnte, hielt sich im Jahr 1946 in Schweden auf.<sup>2771</sup>

Auf der anderen Seite ist zu klären, wie die Akteure der *JUS* mit den aus dem Ausland eingelangten und nicht mehr an die Hilfsbedürftigen während der Besatzungszeit verteilten Liebesgaben umging. In dem Bericht aus dem Jahr 1946 schrieb Weichert, dass man nach der Befreiung Polens den ganzen Vorrat der versteckten Medikamente sowie die im kriegsbeschädigten Gebäude der *JUS* geretteten Medikamente, Kleidungsstücke und Einrichtungsgegenstände dem neu gegründeten *Zentralkomitee der polnischen Juden und Jüdinnen* übergeben habe. Die aus dem Ausland erhaltenen „Genussmittel“ habe man schon im Herbst 1944 verkauft und den Erlös für Unterstützung der sich versteckenden Juden und Jüdinnen verwendet.<sup>2772</sup> Zu den Materialbeständen der *JUS* führte Weichert an anderer Stelle an, dass Medikamente vor Kriegsende teilweise an das *Polnische Rote Kreuz* gegangen seien. Gleichlautend gab er an, dass man die restlichen Medikamente nach der Befreiung der *Zentralen Kommission der Juden in Polen* übergeben habe.<sup>2773</sup> Die *JUS* erhielt nach der Befreiung Krakaus – ebenso wie die anderen Wohlfahrtsorganisationen – den Auftrag durch den Beauftragten des Ministeriums für Arbeit, Fürsorge und Gesundheit die Hilfstätigkeit bald wieder aufzunehmen. Weichert versuchte es, jedoch stieß er auf den Widerstand der zentralen jüdischen Einrichtungen in Warschau.<sup>2774</sup> Dieser Konflikt zwischen den Warschauer und Krakauer Organisationen hatte sich bereits während der Tätigkeit der *JUS* angekündigt.<sup>2775</sup> Eine wirkliche Chance zur Wiederaufnahme der Tätigkeit hatte Weichert ohnehin nicht, da schon bald seine Verhaftung folgte. Er musste wegen des Vorwurfes der „Kollaboration“ ins Gefängnis.<sup>2776</sup>

Der Umgang der Bevölkerung mit dem nicht mehr Vorhandensein der *JSS* oder wenn sie von dem Übergang zur *JUS* erfuhren mit dem Fehlen der Organisation in der Nachkriegszeit, lässt sich

---

<sup>2764</sup> Zu den beiden Gerichtsverfahren vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf sowie ENGEL: Who is a Collaborator?

<sup>2765</sup> K.L. Gross-Rosen-A.L. Brünnlitz/Liste der männl. Häftlinge, YVA, O.1/146, Bl. 115–128, hier: Bl. 115.

<sup>2766</sup> Ebd., Bl. 116.

<sup>2767</sup> Ebd.

<sup>2768</sup> Ebd., Bl. 122.

<sup>2769</sup> Ebd.

<sup>2770</sup> Ebd., Bl. 132.

<sup>2771</sup> Bericht *JSS/JUS* 1946.

<sup>2772</sup> Ebd., S. 22.

<sup>2773</sup> Vgl. WEICHERT: *Milchome*, S. 409.

<sup>2774</sup> BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 265.

<sup>2775</sup> Vgl. hierzu III.4.1.

<sup>2776</sup> Vgl. dazu BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf sowie ENGEL: Who is a Collaborator?

nur sehr schwer in den Quellen greifen. Viele derer, die von der Tätigkeit der JSS profitierten, überlebten die Shoah nicht. Andere die das Kriegsende im Lager erlebten und überlebten, litten unter Not und Mangel und es ist nicht sicher zu sagen, ob sie überhaupt davon erfuhren, wer beispielsweise die Medikamente in die Lager geschafft hatte, mit denen sie – wenn sie denn Glück hatten – von den Lagerärzten behandelt wurden. In jedem Fall konnten jüdische Personen die in etwas herausgehobener Position im Lager tätig waren, von der JUS Kenntnis nehmen. So berichtete Herrmann Wenkart über die unmittelbare Zeit nach seiner Befreiung: *„Es duerfte der 23. Jaenner gewesen sein, als ich mich, beladen mit drei Broten und zwei Kilo Seife aus dem Werksmagazin, auf den Weg machte. Wegen des herrschenden Frostes, es waren ungefaehr zwanzig Grad minus, blieb meine Schwiegermutter mit dem Kind im Lager. Ich wollte in Krakau durch die JUS (Juedische Unterstuetzungsstelle), von der ich seinerzeit fuer das Debliner Lager Medikamente erhalten hatte und die ich noch existent waehnte, eine Wohnung beschaffen, in der wir das Ende des Krieges abwarten konnten.“*<sup>2777</sup> Es habe der Familie an guter Oberbekleidung gemangelt: Statt eines Mantels habe er einen schweren Schal und eine Decke getragen, seine Frau ein leichtes Mäntelchen und darüber ebenfalls eine Lagerdecke, die aus einem Gemisch an Baumwolle und Papierfasern bestand und dementsprechend wärmte.<sup>2778</sup> Beim Haus, in der er die JUS vermutete, erfuhr er eine Enttäuschung:

„Wir standen vor dem Haus der JUS. Draussen gab es keinerlei Hinweise auf das Buero, was mich sehr verwunderte, denn ich hatte an eine grosse Organisation gedacht, weil die Juedische Unterstuetzungsstelle laut Briefkopf unter dem Protektorat des Internationalen Roten Kreuzes in Genf stand und Medikamente, Ovomaltine, Vigantol, Trockenmilch und Verbandstoffe an Juden in SS-Lagern verteilte. Im Hof entdeckte ich ein Magazin mit winzigem Bueroraum, offenbar ausgeraubt, denn nur leere Kisten und Emballagen waren zurueckgeblieben. Das liess meinen ganzen Optimismus auf den Nullpunkt sinken und ich machte mir schwere Vorwürfe, meine Frau und mich solchen Strapazen ausgesetzt zu haben einer Chimaere wegen.“<sup>2779</sup>

Daraus wird deutlich, dass auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Menschen ihre Hoffnung noch in die JUS setzten. Bei Wenkart handelte es sich zwar um einen jüdischen Lagerfunktionär, der im Vergleich zu den „normalen Insassen“ durch seine Tätigkeit vermutlich Näheres zu der Organisation erfuhr, die Spenden in das Lager brachte. Deshalb kann von seinem Wissen nicht auf das generelle Wissen aller in der Lager gefangenen Menschen geschlossen werden. Dennoch kann die Hypothese aufgestellt werden, dass in den letzten Monaten der Besatzung – also zwischen dem Untertauchen Weicherts und der Befreiung – noch Lieferungen unter dem Namen JUS an die Lager gingen. Nach fast sechs Monaten ohne Lieferung hätte ein Mann mit seiner Frau sicher nicht den Weg in die Józefińskastraße auf sich genommen, wenn er nicht von der Weiterexistenz der JUS bis in die letzten Tage des Krieges beziehungsweise darüber hinaus überzeugt gewesen wäre.

<sup>2777</sup> WENKART: Befehlsnotstand, S. 97.

<sup>2778</sup> Ebd.

<sup>2779</sup> Ebd., S. 102.

### III. Zwischenfazit

Dieses Kapitel hat die Chronologie bis 1945 beendet. Es wurde der Zeitraum zwischen Herbst 1942 und der Zeit um den Jahreswechsel 1944/45 und teilweise bis in den Sommer des Jahres 1945 untersucht. Zentral war in dieser Zeit die „Umgestaltung“ der Organisation von der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* hin zur *Jüdischen Unterstützungsstelle*. Die Schließung der *JSS* war von den Mitgliedern des Präsidiums schon längere Zeit befürchtet worden und man spekulierte schon seit dem Überfall auf die Sowjetunion und nicht zuletzt nach dem Kriegseintritt der USA über die Schließung. Das letztgenannte Ereignis hatte dann bereits zu einem Einschnitt für die *JSS* geführt, da einer der größten Geldgeber – das *JDC* – fortan nicht mehr zur Verfügung stand. Die Befürchtungen einer drohenden Schließung bewahrheiteten sich Ende Juli 1942. Die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ erließ eine Anordnung zur Schließung der *JSS* – beziehungsweise genauer eine Anordnung zur Auflösung des Präsidiums; die regionalen und lokalen Abordnungen sollten nicht darüber informiert werden. De facto bestanden durch die fortschreitende Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement und die „Liquidierung“ der Ghettos bereits viele Hilfskomitees und Delegaturen nicht mehr. Das Präsidium gab vor sich, in Auflösung zu befinden und sich umzustrukturieren. Für den übergeordneten *HHA* erging ebenso ein Erlass zur Schließung, da dieser durch den Wegfall der jüdischen Organisation nicht mehr gebraucht wurde. Einige Wochen nach dem Erlass zur Auflösung des Präsidiums erhielt Michał Weichert abermals Nachricht von der Regierung. Diesmal mit einer – vergleichsweise – positiven Botschaft: Die *Jüdische Unterstützungsstelle* wurde gegründet, deren Leiter er fortan sein sollte. Auf die Gründung dieser Organisation hatten die Mitglieder des Präsidiums der *JSS* hingewirkt. Das Aufgabenspektrum unterschied sich von den Aufgaben der *JSS*. Hervorhebens wert ist vor allem, dass für die *JUS* die Hilfslieferungen an die Lager offiziell als Aufgabe definiert wurde, was für die *JSS* nie geschehen war. Das erste Bestehen der *JUS* währte nicht lange – schon nach sechs Wochen erhielt Weichert die Mitteilung, dass die *JUS* mit sofortiger Wirkung zu schließen sei. Erst im März des Jahres 1943 – an dem Tag, an dem das Ghetto Krakaus aufgelöst und die meisten Menschen in den Tod geschickt wurden – bekam Weichert die Nachricht, dass die *JUS* ihre Tätigkeit abermals aufnehmen kann. Spätestens Ende April des Jahres 1943 setzten die Hilfslieferungen wieder ein und die *JUS* konnte sie bis mindestens in den Sommer des folgenden Jahres fortsetzen. Wiederum veränderte sich im Frühjahr 1943 das Aufgabenspektrum der Organisation: Fortan sollte man sich vor allem um die Belieferung der Lager, „Restghettos“ und Betriebe, in denen Juden und Jüdinnen beschäftigt waren, kümmern. Im Alltag waren kaum mehr als diese Aufgaben zu bewältigen. Das Ende der Organisation war ein schleichendes. Im Juli des Jahres verhärteten sich Gerüchte, dass man in der

Nähe des ehemaligen Ghettos – auf dessen Gebiet sich noch die Räume der *JUS* befanden – gelegenen Lagers Plaszow Baracken für die Mitglieder der *JUS* vorbereite. Dies bewog Weichert dazu in den letzten Tagen des Julis, vermutlich nach einem konkreten Hinweis durch den Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“, mit seiner Familie unterzutauchen. Mit Hilfe von Edmund Seyfried, einem Mitglied des *PHA*, und weiteren Personen gelang es aber, dass jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen in Lagern auch noch nach dem Untertauchen des Leiters und seiner Familie in den Untergrund die Hilfstätigkeit – wenn auch sehr rudimentär – aufrechterhalten konnten. Dies geschah vermutlich bis in die letzten Tage der Besatzung.

Während dem Bestehen der *JUS* spielte das Ausland wiederum eine große Rolle. Die meisten Güter, die durch die jüdische Organisation zur Verteilung gelangten, erhielt sie von den Organisationen aus dem Ausland. Nicht ganz sicher ist, ob das Ausland auch für die NS bei der Schaffung der *JUS* und ihrer Wiederzulassung eine Rolle gespielt hat. Zwar war zunächst angegeben worden, dass außenpolitische Gründe bei der Behandlung der Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement keine Rolle mehr spielen dürfen, allerdings wurde die Organisation dann doch wieder zugelassen. Vielmehr wird es den NS darum gegangen sein auch weiterhin für einen Teil der in den Zwangsarbeitslagern gefangenen Menschen nicht selbst sorgen zu müssen, sondern die „Unterstützung“ der *JUS* zu haben. Die Zusammenarbeit mit den Besatzern veränderte sich in der Zeit der *JUS* im Vergleich zur *JSS*. Zwar war nach wie vor die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Regierung des Generalgouvernements von größter Bedeutung für die neue Organisation und auch zu dem Beauftragten des DRK bestand weiterhin Kontakt, allerdings wurde durch die Belieferung der Lager nun auch der HSSPF sowie die SSPF wichtiger.

Da sich die Aufgabengebiete – bedingt durch die Auflösung der Ghettos und die Ermordung der meisten Mitglieder der *JSS* – zu einer zentral in Krakau angesiedelten Organisation ohne Hilfskomitees und Delegaturen gewandelt hatte, deren Aufgabenspektrum sich änderte, erscheint es sinnvoll von zwei Organisationen zu sprechen und die *JSS* und die *JUS* als zwei eigenständige Organisationen zu betrachten, wenngleich das Personal auf zentraler Ebene kaum Änderungen in der Zusammensetzung erfahren hat. Es kamen Aufgaben hinzu, andere fielen weg. Die *JSS* war ebenfalls von den Besatzern gegründet worden, allerdings waren an den Gesprächen im Frühjahr 1940 jüdische Akteure beteiligt. Die Gründung der *JUS* ging allein auf eine Anordnung der Besatzer zurück. Greift man nun das Modell der Phase der „indirekten Vernichtung“ und die der „direkten Vernichtung“ wieder auf, deren Zäsuren nicht trennscharf und für alle Orte und Gebiete einheitlich zu bestimmen sind, so kann man deuten, dass die *JSS* als Organisation in der Phase der „indirekten Vernichtung“ und die *JUS* in der Phase der „direkten Vernichtung“ tätig waren, was sich auf die Aufgabenbereiche und die Struktur der jeweiligen Organisation auswirkte.

Nach dem Krieg waren die Schicksale der ehemaligen Mitglieder und Mitarbeiter sehr unterschiedlich. Die meisten hatten die Shoah nicht überlebt. Einige ehemalige Präsidiumsmitglieder überlebten den Krieg als „Schindler-Juden“; Weichert und seine Familie: im Versteck. Allerdings musste sich Weichert in der unmittelbaren Nachkriegszeit zweier Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfes der „Kollaboration“ stellen, von denen eines vor einem polnischen Gericht mit einem Freispruch und eines vor einem jüdischen Ehrengericht mit einer Verurteilung endete. Unter den ehemaligen Insassen der Lager, die nach dem Ende der Besatzung teilweise in die Stadt Krakau zurückkehrten, hatte die *JUS* einen Namen. Und so begaben sich einige von ihnen auf die Suche nach der Organisation, um dort Hilfe zu erhalten. Sie fanden jedoch nur noch das Haus vor, in dem die *JUS* bis zur Verbringung ihrer Mitglieder in das Lager und dem Untertauchen ihres Leiters untergebracht war. Hilfe konnte man dort Ende Januar des Jahres 1945 nicht erhalten.



## Schlussbetrachtung

Die *Koordinierungskommission* in Warschau, ab Herbst 1940 die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* für das gesamte Generalgouvernement und die *Jüdische Unterstützungsstelle* konnten Hilfe für die Menschen, die die NS als Juden und Jüdinnen definierten, leisten. Die Hilfen kamen zunächst durch die regionalen und lokalen Abordnungen in den Städten und Orten an – im Laufe der Zeit dann vermehrt in den durch die Besatzer eingerichteten Ghettos und Lagern. In der Zeit, in der die *JUS* tätig war, wurde diese Hilfe für die in den Lagern durch die Besatzer zusammengepferchten und zur Zwangsarbeit verpflichteten Menschen fortgesetzt und ausgeweitet. Es war Hilfe, die von den Organisationen für die Menschen geleistet werden konnte. Allerdings muss betont werden, dass sie nur für die Menschen geleistet werden konnte, für die die Besatzer beschlossen hatten sie zumindest kurz- oder mittelfristig – etwa für die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in der kriegswichtigen Industrie – am Leben zu lassen. Für die meisten Menschen, die die NS als Juden und Jüdinnen definierten und aus diesem Grund verfolgten und schließlich ermordeten, war die Situation im Generalgouvernement und andernorts von Hilflosigkeit geprägt. In den Ghettos erreichte sie die Hilfe durch die *JSS* noch; nach der Deportation in die Vernichtungslager, waren sie von der Hilfe abgeschnitten, da diese ab 1943 die Zwangsarbeitslager und Betriebe im Umkreis von Krakau und einige wenige mehr im weiteren Umfeld erreichte. Die NS verfolgten mit der Einrichtung der *JSS*, deren Bestehenlassen und auch mit der Gründung der *JUS* und deren abermaligen Wiederzulassung Ziele. Die jüdischen Akteure versuchten ihre Hilfe, die man durchaus als Selbsthilfe der jüdischen Bevölkerung untereinander bezeichnen kann, im Rahmen der gegebenen Handlungsspielräume stattfinden zu lassen und diese auch zu erweitern beziehungsweise sehr weit auszulegen. Wie in der vorliegenden Studie gezeigt werden konnte, müssen die drei Organisationen und der Einfluss der NS auf die Organisationen und die damit verbundenen Ziele, die Kontakte mit dem Ausland und die Rolle des Auslands sowie die Zusammenarbeit mit jüdischen und polnischen Akteuren, sowie mit den NS getrennt voneinander betrachtet werden, da es sich um drei Organisationen handelte, die aufeinander aufbauten, in ihrer Intentionalität und den sie bestimmenden Regularien aber doch Unterschiede aufwiesen, so dass in dieser Schlussbetrachtung die einzelnen Fragen, die in der Studie untersucht wurden, zusammenfassend auf die einzelnen Organisationen zurückbezogen und beantwortet werden müssen. Im Anschluss daran sollen die Desiderate aufgezeigt werden, da es in dieser ersten monographischen Studie kaum möglich war, alle interessanten und wichtigen Punkte zu erforschen. Ziel war es, die wichtigsten Fragen in Bezug auf die Entstehung, die Ziele, die Konflikte und die Zusammenarbeit mit sowie unter unterschiedlichen Akteuren zu analysieren.

## Zusammenfassung

Die *Koordinierungskommission* wurde in Warschau unmittelbar nach dem Überfall der deutschen Truppen – noch vor dem Angriff auf die polnische Hauptstadt – im Anschluss an das durch die nichtjüdischen Polen gegründete *Hauptstädtische Komitee für Soziale Selbsthilfe* eingerichtet, mit dem die *Koordinierungskommission* bis zum Ende des Jahres 1939 eng zusammenarbeitete, ehe das polnische von dem jüdischen Komitee abbrückte. Im Zuge dessen nannte sich die *Koordinierungskommission*, die zu diesem Zeitpunkt in ihrem Wirkungskreis noch allein auf Warschau gerichtet tätig war, in *Jüdische Soziale Selbsthilfe* um. Durch die Besatzer gegründet war die Einrichtung mit dem Namen für das gesamte Generalgouvernement zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Die jüdischen Akteure verfolgten mit der *Koordinierungskommission* das Ziel, ihren Mitmenschen zu helfen, die durch Bombenangriffe oder Vertreibung aus ihren einstigen Wohnorten obdachlos geworden waren. Die Besatzer konnten in dieser Zeit mit der Organisation selbst noch keine Ziele verfolgen, da sie nicht durch diese begründet war und man allenfalls lokal auf Warschauer Ebene mit den Besatzern in Kontakt kam. Allerdings wurden in dieser Zeit in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau und auch im „Auswärtigen Amt“ in Berlin Diskussionen geführt, aus denen man ersehen kann, warum die NS später die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* gründeten. Ausländische Hilfsorganisationen waren an das Reichsministerium herangetreten und wollten für die Zivilbevölkerung im Generalgouvernement unabhängig von der „Volkszugehörigkeit“ oder dem Glauben Hilfe leisten. Vertreter der amerikanischen Organisationen wollten Delegierte in das Generalgouvernement entsenden – zunächst als ständige Vertreter, dies lehnte das „Auswärtige Amt“ ab und genehmigte lediglich Inspektionsreisen. Die NS waren unter Zugzwang und mussten sich in Richtung der Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen positionieren, da anderenfalls eine Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen mit den USA gedroht hätte. In der Zeit bis in das Frühjahr 1940 wurden Gespräche zwischen der Regierung des Generalgouvernements, solchen der *Koordinierungskommission* sowie der Judenräte von Warschau und Krakau geführt. Zeitgleich verhandelte die Regierung mit polnisch-nichtjüdischen Vertretern über die Einrichtung einer Organisation für die polnische Zivilbevölkerung. Kooperationen gab es in dieser Zeit zwischen der jüdischen und der polnischen Organisation nur noch sehr selten. Die Verbindung zwischen den Judenräten und der *Koordinierungskommission* war allerdings sehr eng.

Am 29. Mai 1940 erließen die Besatzer eine Satzung und eine Geschäftsordnung für die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* und gründeten sie damit. Die Organisation sollte von diesem Zeitpunkt an – gelenkt durch ein Präsidium in Krakau – für das gesamte Generalgouvernement tätig sein. Daneben wurde durch die Besatzer ein *Polnischer Hauptausschuss* und ein *Ukrainischer Hauptausschuss* sowie ein den drei Ausschüssen übergeordneter *Haupthilfsausschuss* gegründet. Im Herbst des Jahres 1940 konstituierte sich das Präsidium der JSS und begann mit der Einrichtung der Hilfskomitees und

Delegaturen in den Städten und Orten des Generalgouvernements. Durch diese sollte regional und lokal Hilfe geleistet werden. Bis in das Jahr 1942 entstanden über 400 regionale und lokale Abordnungen der *JSS*. Die NS verfolgten mit der Gründung der *JSS* mehrere Ziele: Sie wollten – wie für die Gespräche mit dem Ausland während des Bestehens der *Koordinierungskommission* angedeutet – Propaganda betreiben; zum einen über die ausländischen Hilfsorganisationen, zum anderen aber auch über eigene Publikationen, in denen sie die Selbstverwaltungseinrichtungen der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement hervorhoben. Zudem wollten die Besatzer die Arbeitsfähigkeit der Menschen, die sie als Juden und Jüdinnen definierten aufrechterhalten, dazu mussten sie mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und anderem mehr versorgt werden. Ein Teil dieser Mittel stammte aus den Lieferungen der ausländischen Hilfsorganisationen und belastete so die Kontingente im Generalgouvernement nicht und unter Umständen wurden diese auch für die deutsche Bevölkerung verwendet. Ferner gelangten die NS über die ausländischen Hilfsorganisationen an Devisen. Zwar hat dies nur indirekt mit der *JSS* zu tun, allerdings hätten die ausländischen Hilfsorganisationen ohne die Selbstverwaltungsorgane der nichtdeutschen Zivilbevölkerung im Generalgouvernement keine Hilfstätigkeit für dieses Gebiet aufgenommen, sodass man dieses Ziel, das die NS auch mit der Gründung und der Zulassung der Tätigkeit der *JSS* hatten, auch in diesem Zusammenhang sehen kann. Zudem versuchten die Besatzer, über die Organisationen die „Volksgruppen“ voneinander zu trennen. Nicht zuletzt diente die *JSS* den Besatzern auch als Verwaltungshilfe. Durch die Organisation erhielt die Zivilverwaltung wichtige Informationen über die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement, die aus dem Reich in die Ghettos deportierten Juden und Jüdinnen wurden versorgt und nicht zuletzt wirkten die Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen – genau wie die Judenräte – auch bei den Deportationen in die Lager mit beziehungsweise versorgten die im Ghetto bleibenden Menschen weiterhin. In sehr vielen Fällen ist belegt, dass die Mitglieder der regionalen und lokalen Abordnungen der *JSS* gemeinsam mit den Judenräten zuletzt deportiert wurden. Damit ist auch eines der offensichtlichen Ziele vieler jüdischer Akteure angesprochen, das sie mit ihrer Tätigkeit in der Organisation neben der Hilfeleistung für die Mitmenschen verbanden: Sie wollten ihr eigenes Lebens und das ihrer Familien schützen. Die Ausweise, die ihre Zugehörigkeit zu der *JSS* bestätigten, schützten sie lange Zeit vor der Deportation. Allerdings nur lange Zeit und nicht ewig. Die meisten Mitglieder der Hilfskomitees und Delegaturen erlitten das Schicksal ihrer Schwestern und Brüder – sie wurden irgendwann zu schwerer Zwangsarbeit verpflichtet und früher oder später in den Tod geschickt. Um seine Ziele zu erreichen, kooperierte das Präsidium und teilweise auch die Hilfskomitees und Delegaturen mit unterschiedlichen Akteuren: den Besatzern, polnischen Akteuren, Judenräten sowie den ausländischen Hilfsorganisationen. Die letztgenannten stellen für die *JSS* eine wichtige Bezugsquelle für Lebensmittel, vor allem aber für Medikamente dar, die im Generalgouvernement nicht zu erhalten

waren. Gerade in der Zusammenarbeit mit den Judenräten, die in der Phase der *Koordinierungskommission* sehr fruchtbar war, kam es während des Bestehens der *JSS* auch vermehrt zu Konflikten, die teilweise im Handeln der Besatzer begründet lagen. So gaben diese beispielsweise die Anordnung zur Gründung der Hilfskomitees zunächst an die Judenräte, was von Beginn an zu einer Konkurrenzsituation zwischen den Judenräten und der *JSS* führte. Ähnlich verhielt es sich mit der Zusammenarbeit zwischen der *JSS* und den polnischen Akteuren, die zunächst institutionalisiert im *Haupthilfsausschuss* stattfand. Zwar war es eines der Ziele der Besatzer, mit der Einrichtung der Organisationen die „Volksgruppen“ voneinander zu trennen, allerdings gab es trotzdem eine Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der jüdischen Organisation sowie von Einzelpersonen. Das Präsidium der *JSS* beschäftigte einen polnischen Boten, da dieser eine größere Bewegungsfreiheit in der Stadt genoss und so zum Beispiel alle Postgeschäfte im Hauptpostamt Krakaus erledigen konnte. So war man nicht auf die Postsammelstelle des Ghettos angewiesen, was die Vorgänge beschleunigte. Auch institutionell funktionierte die Zusammenarbeit: Einkäufe wurden für die *JSS* durch Mitglieder des *PHLA* gemacht und man tauschte Lebensmittel, die beispielsweise nicht im Ansatz den jüdischen Nahrungsgeboten entsprachen mit der polnischen Organisation gegen Lebensmittel, die man verwenden durfte oder für die ein größerer Bedarf existierte. Mit diesem letzten Punkt ist ein Feld angesprochen, das exemplarisch für die Auslotung der Handlungsspielräume der jüdischen Akteure in dieser Studie untersucht wurde: die Einbindung der religiösen Gebote und Erfahrungsräume in die Tätigkeit der *JSS*. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Organisation religiöse Gebote im Alltag und für die Festtage durchaus in ihre Tätigkeit einband und dies durchaus mit dem Wissen der Besatzer. So wurde Schweinefleisch gegen andere Nahrungsmittel getauscht oder direkt den ausländischen, nichtjüdischen Hilfsorganisationen mitgeteilt, welche Nahrungsmittel für die Versorgung der Notleidenden verwendet werden konnten. Die *JSS* versuchte im Ausland zudem an spezielle Gegenstände zu gelangen, die die jüdische Bevölkerung für Festtage benötigte. Man sorgte beispielsweise für Etrog und Lulaw, die im Generalgouvernement nicht zu erhalten waren, um damit die Festtagssträube für Sukkot – das Laubhüttenfest – zu binden. Diese Sträube hatten für die *JSS* einen doppelten Nutzen: Zum einen dienten sie den Gläubigen ihren Gottesdienst entsprechend der Vorgaben zu gestalten, zum anderen konnte durch den Verkauf der Sträube beziehungsweise der benötigten Materialien Geld für die Fürsorge- und Wohlfahrtsarbeit eingenommen werden. So versuchte die *JSS* ihre Handlungsspielräume auszunutzen, was in vielen Fällen gelang.

Lange Zeit hielten sich Gerüchte, dass die Besatzer die Organisation auflösen wollten. Spätestens mit dem Kriegseintritt der USA gingen die jüdischen Akteure permanent davon aus, dass das Ende der Organisation nah sei. Im Sommer 1942 erhielt das Präsidium der *JSS* dann die Auffor-

derung der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ zur Auflösung der *JSS*. Die Hilfskomitees und Delegaturen hingegen sollten de jure weiterarbeiten und noch nicht unterrichtet werden. Die Mitglieder strukturierten das Präsidium um und gaben keinen Arbeitsbereich auf, teilten den Besatzern lediglich die Veränderungen mit. Wenige Wochen nach der Anordnung zur Auflösung des Präsidiums der *JSS* gaben die Besatzer Michal Weichert die Anordnung, dass er zukünftig an der Spitze der *Jüdische Unterstützungsstelle* stehen sollte, die die Besatzer ins Leben riefen. Allerdings waren an den Gesprächen, die zur Gründung der *JUS* führten, abermals jüdische Akteure beteiligt. Erst dann wurden auch die Hilfskomitees und Delegaturen über die Schließung der *JSS* und die Gründung der *JUS* in Kenntnis gesetzt. Dies misslang in vielen Fällen. Denn vielerorts gingen die Rundschreiben zurück, da die Abordnungen durch die „Liquidierung“ der Ghettos nicht mehr existierten. Durch die Nichtmehrexistenz der Hilfskomitees und Delegaturen änderte sich auch das Aufgabenspektrum der neuen Organisation. Eine wichtige Aufgabe trat nun hinzu, die für die *JSS* nicht definiert, aber in begrenztem Umfang schon ausgeführt worden war: die Belieferung der Lager. Das erste Bestehen der *JUS* währte nicht lange. Bereits wenige Wochen nach ihrer Gründung gaben die Besatzer die Anordnung zur Auflösung der *JUS*, die sie allerdings am Tag der Auflösung des Krakauer Ghettos im Frühjahr 1943 mündlich revidierten, sodass die Organisation im Sommer 1943 ihre Tätigkeit abermals aufnehmen und vor allem die Hilfslieferungen aus dem Ausland unter den notleidenden Menschen in den Arbeitslagern verteilen konnte. Die Hilfslieferungen aus dem Ausland waren für die *JUS* im Vergleich zur *JSS* deutlich wichtiger, da man keinerlei Mittel mehr über die Regierung des Generalgouvernements erhielt. In dieser Zeit hatte sich das *JDC*, das für die *Koordinierungskommission* und für die *JSS* noch von größter Bedeutung war seine Tätigkeit, zumindest offizielle, aufgeben müssen. Allerdings kam den weiteren Hilfsorganisationen im „neutralen Ausland“, wie der Hilfsorganisation für notleidende Juden in Polen aus der Schweiz, nun eine größere Bedeutung zu. Für die jüdischen Akteure war die *JUS* ein letzter Strohalm, an den sie sich klammern konnten. Die Besatzer hatten ihre Ziele in Bezug auf die jüdische Organisation zwischenzeitlich geändert, sahen in ihr keine Propagandafunktion mehr, die im Ausland hätte wirken können und griffen sie dann abermals auf, was wohl zur erneuten Zulassung führte. Die anderen Ziele, die sie bereits mit der *JSS* verbunden hatten, wurden nicht aufgegeben und hinzukam, dass die Angehörigen der Zivilverwaltung des Generalgouvernements spätestens ab dem Frühjahr 1943 fürchten mussten an die Front zu geschickt zu werden. Durch die Auflösung der jüdischen Organisationen, mit denen auch die Auflösung des *Haupthilfsausschusses* verbunden war, mussten nun Angehörige der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ befürchten, eingezogen zu werden, was auch dazu geführt haben kann, dass die *JUS* ab dem Frühjahr 1943 ihre Tätigkeit wieder aufnehmen durfte. Eine Zusammenarbeit mit dem *Polnischen Hauptausschuss* war zu dieser Zeit noch gegeben. Vor allem wurden mit diesem Genussmittel gegen Nahrungsmittel des ersten Bedarfs

getauscht. Viel wichtiger wurden einzelne Personen, die im *PHA* tätig waren, allerdings als Michal Weichert und seine Familie im Sommer des Jahres 1944 in ein Versteck untertauchen mussten, da nun auch ihr Leben akut gefährdet war. In den Monaten davor hatten Weichert, seine Ehefrau, seine Tochter und sein Sohn die Tätigkeit der *JUS* weitgehend alleine aufrechterhalten. Das Untertauchen hätte das Ende der Organisation bedeutet, wenn sich nicht Mitglieder des *Polnischen Hauptausschusses* bereiterklärt hätten die noch in den Magazinen der *JUS* lagernden Nahrungs- und Stärkungsmittel sowie Medikamente in der folgenden Zeit auf Anordnung Weicherts hin an die notleidendsten Juden und Jüdinnen in den Lagern zu verteilen. Auf diesem Weg konnten die Lager bis zur Befreiung im Winter 1945 mit Hilfe versehen werden.

### **Desiderate**

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die erste, die zur *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und zur *Jüdischen Unterstützungsstelle* verfasst wurde. Aus diesem Grund können und müssen am Ende Desiderate in Bezug auf das Thema genannt werden, die im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden konnten. Es wäre aber dringend geboten, sich diesen Aspekten des Themas anzunehmen. Gezielte Einzelstudien, die sich den Hilfskomitees und Delegaturen – für bestimmte Kreise oder gar Distrikte – widmen, würden die Studie hervorragend ergänzen. Auch wäre es denkbar und wichtig, dass Arbeiten zu einzelnen Bereichen der geleisteten Hilfe entstehen – diese Bereiche wurden in der vorliegenden Studie angedeutet, jedoch wäre es auch hier wünschenswert, dass etwa Forschungen zur Kinder-, Jugend- und Waisenfürsorge oder aber auch zur jüdischen Handwerkerhilfe entstehen. Bei dem letztgenannten Aspekt wäre dezidiert nach Zielen zu fragen und auch genauer die Rolle der NS in diesem Bereich zu beleuchten, weil die Besatzer bis in die letzten Tage auf Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen angewiesen waren. Eine weitere Analyse könnte sich auch mit den beiden Organisationen – vor allem aber der *JSS* – unter dem Genderaspekt widmen, was in der vorliegenden Arbeit ausgeklammert werden musste, da man sich dann gezielter etwa mit der Geschlechterverteilung in den einzelnen Arbeitsbereichen und Führungsebenen hätte auseinandersetzen müssen, was in diesem Rahmen nicht zu leisten war. Genauso wäre es sicher lohnend, sich der Mitarbeiterstruktur – vor allem in Bezug auf die Leitungsebene der Hilfskomitees und Delegaturen – gruppenbiographisch zu nähern, weil dies in der vorliegenden Studie nur für einzelne Abordnungen analysiert werden und die These aufgestellt werden konnte, dass es sich um Personen handelte, die bereits in der Vorkriegszeit in der jüdischen Gesellschaft eine angesehene Position innehatten und bereits in irgendeiner Weise in dem Bereich des Sozialwesens tätig waren, was jedoch für die Gesamtheit der Mitarbeitenden zu überprüfen wäre. Auch eine umfassende Biographie Michal Weicherts, dessen zweite Lebenshälfte in hohem Maße von der Arbeit in den Organisationen und der Nachgeschichte bestimmt war, ist ein Desiderat. Vor allem unter Berücksichtigung seines Lebens vor 1939 mit einer Ausbildung der Rechtswissenschaft sowie seiner doch

bedeutenden Theatertätigkeit, würde dies ein spannendes und ertragreiches Projekt darstellen.<sup>2780</sup> Gerade in der Zeit, in der die *Jüdische Soziale Selbsthilfe* noch nicht offiziell anerkannt war, führte Michal Weichert als Person sehr viele Gespräche in der Zivilverwaltung, in denen es neben der Einrichtung der jüdischen charitativen Organisationen auch um andere Belange der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement ging. Diese konnten in der vorliegenden Studie kaum berücksichtigt werden, weil diese für die Beantwortung der Fragestellung nicht von unbedingter Relevanz waren. Wenn man sich mit der individuellen Rolle Weicherts beschäftigt, wären diese – vor allem – Gesprächsprotokolle nochmals genauer auszuwerten.<sup>2781</sup> Auch eine Analyse von Erinnerungen, Tagebüchern und dergleichen mit Blick auf die Wirkung der *JSS* und der *JUS* in die Lebensbereiche der einzelnen Menschen stellt ein weiteres Desiderat dar. Da dies nur in einer weiteren Studie zu dem Thema gemacht werden kann und es in der vorliegenden Studie den Rahmen des Leistbaren überschritten hätte, wurden lediglich zu Illustrationszwecken auch für die vorliegende Studie einzelne Tagebücher beziehungsweise Erinnerungsberichte ausgewertet – dies erfolgte jedoch nicht systematisch. Bei den aufgezeigten Desideraten in Bezug auf das Thema handelt es sich nur um diese, die am dringlichsten in Ergänzung zu der vorliegenden Studie zu untersuchen wäre.

---

<sup>2780</sup> Vgl. dazu auch die Kurbiographie Weicherts im Anhang.

<sup>2781</sup> Vgl. dazu v.a. AŽIH, Ring II/117–119.

## **Gesetzestexte**

### **Satzung des Haupthilfsausschusses**

§ 1 Der Polnische Hauptausschuß, der Ukrainische Hauptausschuß und die Jüdische Soziale Selbsthilfe werden zur Wahrung gemeinsamer Belange auf dem Gebiet der freien Wohlfahrt zusammengefasst zu dem: „Haupthilfsausschuß für die besetzten polnischen Gebiete. Freie Wohlfahrt der Polen, Ukrainer und Juden“

§ 2 Der Haupthilfsausschuß für die besetzten polnischen Gebiete besteht aus sieben Mitgliedern, von denen fünf dem Präsidium des Polnischen Hauptausschusses und je eines dem Präsidium des Ukrainischen Hauptausschusses und der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe angehören.

§ 3 Der Haupthilfsausschuß für die besetzten polnischen Gebiete übernimmt die durch den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur vermittelten ausländischen Liebesgaben. Er sorgt dafür, daß diese ihrer Zweckbestimmung entsprechend verwandt oder an die Hauptausschüsse weitergeleitet werden.

§ 4 Die Verteilungspläne des Haupthilfsausschusses für die besetzten polnischen Gebiete bedürfen der Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – und des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur.

§ 5 Der Haupthilfsausschuß für die besetzten polnischen Gebiete wird zu gemeinsamen Sitzungen durch den Leiter der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs einberufen.

§ 6 Die Verwaltungsgeschäfte des Haupthilfsausschusses für die besetzten polnischen Gebiete werden durch den Polnischen Hauptausschuß geführt.

### **Satzung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe**

§ 1 (1) Die Organisationen der freien jüdischen Wohlfahrt und Fürsorge werden in der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (J.S.S.) zusammengeschlossen. Die Zugehörigkeit zur Jüdischen Sozialen Selbsthilfe berührt nicht die Selbstständigkeit dieser Organisationen, deren Satzungen und Vermögensverhältnisse, soweit die Jüdische Soziale Selbsthilfe dabei in Betracht kommt, unangetastet bleiben, abgesehen von den Fällen, in denen mit Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs besondere Vereinbarungen getroffen worden sind.

§ 2 Sitz der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ist Krakau.

§ 3 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe hat folgende Aufgaben: 1. Die gesamte jüdische offene und geschlossene Fürsorge zu betreiben; 2. alle Organisation der freien Wohlfahrt im Generalgouvernement zu einheitlich ausgerichteter Arbeit zusammenzufassen; 3. allgemeine Wohlfahrtspflege zu treiben; 4. alle Maßnahmen zu treffen, um die zur Erreichung des Satzungszweckes benötigten Mittel zu beschaffen; 5. Sach- und Geldspenden an die unterstützungsbedürftige Bevölkerung zu verteilen; 6. Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen zu errichten, zu unterhalten oder zu unterstützen; 7. die Zusammenarbeit mit ausländischen Wohlfahrtsorganisationen durch Vermittlung des



Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete zu pflegen.

§ 4 Die in § 3 erwähnten Aufgaben der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe bestehen nur gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

§ 5 (1) Die Jüdische Soziale Selbsthilfe besteht aus mindestens 7 ordentlichen Mitgliedern. Der Beitritt von ordentlichen Mitgliedern bedarf der Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs. (2) Weitere Mitglieder, insbesondere Vereine und Verbände der freien Wohlfahrt können der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe als fördernde Mitglieder beitreten, sofern hierzu die Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs vorliegt. (3) Der Austritt eines Mitgliedes aus der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ist nur zum Schlusse eines Geschäftsjahres zulässig. (4) Der Ausschluss eines Mitgliedes kann nur durch den Vorstand mit Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs oder auf dessen Weisung erfolgen.

§ 6 (1) Der Vorstand der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe besteht aus einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden. (2) Die Vorstandsmitglieder werden jeweils für ein Geschäftsjahr durch die unter § 5 Abs. 1 erwähnten ordentlichen Mitgliedern gewählt. Die gewählten Vorstandsmitglieder bedürfen der Bestätigung durch die Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs.

§ 7 (1) Die Führung der laufenden Geschäfte der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe erfolgt je nach Bedarf durch einen geschäftsführenden Direktor und weitere Hilfskräfte, die der Vorstand (§ 6) anstellt. Anstellungsverträge sind der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs unverzüglich bekanntzugeben. (2) Auf Ersuchen der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs sind laufende Anstellungsverhältnisse unverzüglich zu lösen.

§ 8 Die Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ist für ihre Tätigkeit der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs gegenüber voll verantwortlich und zu jeglicher Auskunft verpflichtet. (2) Verteilungspläne für Spenden ausländischer Organisationen unterliegen außerdem der Zustimmung des Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur.

§ 9 Der Vorstand der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe erläßt eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs bedarf.

§ 10 (1) Zur Erfüllung der der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe obliegenden Aufgaben haben die Mitglieder Beiträge zu leisten, deren Höhe für jedes Mitglied jeweils für ein Geschäftsjahr festgesetzt wird. (2) Weitere Mittel kann die Jüdischen Sozialen Selbsthilfe durch staatliche und kommunale Subventionen erhalten, durch Geld- und Sachspenden, Sammlungen, Lotterien und sonstige Zuwendungen unter Lebenden oder von Todes wegen. Sammlungen dürfen nur an festgelegten Sammelstellen erfolgen. Listensammlungen von Haus zu Haus sind untersagt.

§ 11 Das Geschäftsjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März des folgenden Jahres. Das erste Geschäftsjahr endet am 31. März 1941.

§ 12 (1) Die Jüdische Sozialen Selbsthilfe errichtet am Sitz der Kreishauptleute (Stadthauptleute) je nach Bedarf jüdische Hilfskomitees. Diese bestehen aus je 5 Mitgliedern, für deren Bestellung die Zustimmung des zuständigen Kreishauptmannes (Stadthauptmannes) vorliegen muß. Die Abbe-

rufung eines Mitglieds hat zu erfolgen, sofern dies der zuständige Kreishauptmann (Stadthauptmann) verlangt. (2) Die Hilfskomitees nehmen die der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe satzungsgemäß obliegenden Aufgaben in ihrem Bereich wahr.

§ 13 Die in § 12 genannten jüdischen Hilfskomitees handeln im Rahmen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und sind nicht Träger von eigenen Rechten und Verbindlichkeiten. Die jüdischen Hilfskomitees sind weiterhin der ihnen übergeordneten Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und dem für sie zuständigen Kreishauptmann (Stadthauptmann) verantwortlich und an deren Weisungen gebunden.

§ 14 Aenderungen dieser Satzung sind nur rechtsgültig, wenn sie durch die Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen sind und durch die Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs genehmigt sind.“

## **Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe**

### *I. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*

§ 1 Die Benennung ist ausschließlich im ganzen Bereich des Generalgouvernements Jüdische Soziale Selbsthilfe (J.S.S.). Andere Bezeichnungen sind nicht zulässig. Die Hilfskomitees führen zu der Bezeichnung ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘ einen entsprechenden Zusatz.

§ 2 Zur äußeren Kennzeichnung der Dienststellen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe sind Dienstgebäude und Geschäftsräume der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe mit Schildern zu versehen. Diese enthalten in deutscher und polnischer Sprache die Bezeichnung ‚Jüdische Soziale Selbsthilfe‘, gegebenenfalls unter näherer Kennzeichnung der betreffenden Dienststelle.

§ 3 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe untersteht mit ihren sämtlichen Dienststellen der Aufsicht der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –. Soweit die Jüdische Soziale Selbsthilfe durch den Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes Spenden ausländischer Organisationen zur Verteilung erhält, bedürfen die Verteilungspläne außerdem der Zustimmung des Deutschen Roten Kreuzes beim Generalgouverneur.

§ 4 Um die Zusammenarbeit zwischen der freien Wohlfahrt und der staatlichen Fürsorge zu gewährleisten, wird der Referent für freie Wohlfahrt in der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – zu diesem Zweck ständig dafür delegiert.

§ 5 (1) Die 7 ordentlichen Mitglieder bilden das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und übernehmen gleichzeitig je einer der folgenden Arbeitsgebiete: 1. Vorsitzender, 2. Stellvertretender Vorsitzender, 3. Rechnungswesen, 4. Gesundheitswesen, 5. Arbeits- und Wirtschaftshilfe, 6. Ernährungshilfe, 7. Organisation und Personalfragen. Sie sind der deutschen Verwaltung gegenüber für ihr Arbeitsgebiet verantwortlich. (2) Die Mitglieder des Präsidiums werden durch die Versammlung der ordentlichen Mitglieder (§ 5 Abs. 1 der Satzung) gewählt und bedürfen der Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –. (3) Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge (vergl. § 10 Abs. 1 der Satzung) erfolgt durch das Präsidium und bedarf der Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Gene-

ralgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –. (4) Die Geschäftsführung und die Erledigung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten übernimmt der geschäftsführende Direktor mit weiteren Angestellten, deren Bestellung in § 7 der Satzung geregelt ist.

§ 6 Der Abschluß von Verträgen über Objekte von besonderer Bedeutung bedarf der Zustimmung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –. Das gleiche gilt für die Aufnahme von Rechtsstreitigkeiten vor Gerichten.

§ 7 Die Errichtung von selbstständigen Wohlfahrtsanstalten bedarf der Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –. Bei allen Verhandlungen über die Planung dieser Vorhaben ist die Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – hinzuzuziehen.

§ 8 In der Zeit vom 3. bis 7. jeden Monats ist am Dienstsitz der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe eine ordentliche Sitzung des Präsidiums abzuhalten. In dieser Sitzung ist ein Rechenschaftsbericht für den abgelaufenen Monat vorzulegen.

§ 9 Die ordentlichen Mitglieder (§ 5 Abs. 1 der Satzung) werden auf Vorschlag des Präsidiums von der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – bestätigt und bilden den Beirat des Präsidiums soweit sie nicht dessen Mitglieder sind. Sie treten zu den Sitzungen zusammen, sofern es das Präsidium für erforderlich hält. Den Sitzungen des Beirates sind insbesondere die Rechenschaftsberichte vorzulegen und zu erörtern.

§ 10 Jede Versammlung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und Sitzung des Präsidiums wird in jedem Falle der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – angekündigt. Die Einladung wird der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge eingereicht, wobei der deutsche Text maßgeblich ist.

§ 11 Für Sitzung oder Versammlung ist ein Protokoll zu führen, das von dem Versammlungsleiter zu zeichnen ist. Protokolle werden in deutscher und polnischer Sprache angefertigt. Das deutsche Exemplar wird der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – eingereicht, wobei der deutsche Text maßgeblich ist.

§ 12 (1) Die Jüdische Soziale Selbsthilfe hat monatlich bis zum 2. jeden Monats an die Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – einen Tätigkeitsbericht für den vergangenen Monat einzureichen. In ihm muß behandelt sein: 1. Wichtige geschäftliche Angelegenheiten, 2. Planung neuer Vorhaben, Erfahrungen und Vorschläge über die Ausgestaltung der freien Wohlfahrt im Bereich des Generalgouvernements, 4. Zusammenfassung der gewährten Unterstützungen, 5. Vermögensstatus und Monatsbilanz. (2) In gleicher Weise ist innerhalb von 2 Monaten nach Ablauf eines Geschäftsjahres für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Jahresbericht einzureichen.

§ 13 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe hat für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan aufzustellen. Er bedarf der Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –.

§ 14 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe führt ein Dienstsiegel mit der Aufschrift Jüdische Soziale Selbsthilfe (JSS.)

§ 15 Sofern die Jüdische Soziale Selbsthilfe ein Mitteilungsblatt herausgibt, ist es vor Drucklegung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – zur Genehmigung vorzulegen. Das Mitteilungsblatt hat alsdann in polnischer Sprache zu erscheinen. Dem Antrag auf Genehmigung der Drucklegung ist eine deutsche Übersetzung beizufügen.

§ 16 Verlautbarungen, Erklärungen oder Aufsätze für die Presse sowie in sonstiger Weise veröffentlichte Aufrufe bedürfen der vorher einzuholenden Genehmigung der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge –.

§ 17 (1) Den ordentlichen Mitgliedern der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und der Hilfskomitees werden durch die Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – Lichtbildausweise ausgehändigt, die die Bestätigung ihrer Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe enthalten. (2) Ein Mißbrauch dieser Ausweise zieht strafrechtliche und disziplinarische Verfolgung nach sich.

§ 18 Eine besondere Kennzeichnung der Mitglieder der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und seiner Untermglieder durch Abzeichen, Armbinden usw. ist untersagt.

§ 19 Die Arbeit der jüdischen Hilfskomitees (JHK.) ist in entsprechender Anwendung der vorliegenden Geschäftsordnung durchzuführen, mit der Maßgabe, daß anstelle der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – der zuständige Kreis- bzw. Stadthauptmann tritt.

§ 20 Aufgabe der Hilfskomitees ist, Hilfsbedürftige nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel zu unterstützen, insbesondere aber: 1. Bei Naturkatastrophen vor Eingreifen der staatlichen Hilfe sofortige Hilfsmaßnahmen zu treffen, 2. Für Flüchtlinge und Evakuierte vor dem Einsatz in neuen Arbeitsstellen erste aber nicht dauernde Hilfsmaßnahmen zu treffen. 3. Kinder und Jugendliche, deren Erzieher oder Betreuer verstorben sind oder die keine ordnungsgemäße Erziehung und Pflege genießen, in Waisenhäusern oder Ersatzfamilien unterzubringen und hierfür notfalls eine finanzielle Beihilfe zu gewähren. 4. die notleidende Bevölkerung in Volksküchen durch Zuweisung von zusätzlichen Nahrungsmitteln oder Geldleistungen zu unterstützen, 5. bedürftige Familien bei Arbeitslosigkeit bis zum Einsatz der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen und bei der Unterbringung Arbeitsloser mitzuwirken, 6. bei der Bekämpfung der Unzucht mitzuwirken, 7. die Angehörigen von Kriegsgefangenen vor Einsatz der staatlichen Hilfe zu unterstützen, 8. Wohlfahrtsanstalten und -einrichtungen zur Erfüllung dieser Aufgaben zu errichten, zu erhalten und zu unterstützen, 9. Sammlungen von Geld- und Sachspenden mit Erlaubnis des Kreishauptmannes innerhalb des Bereiches der Kreis- bzw. Stadthauptmannschaften durchzuführen, 10. die Gewährung staatlicher und gemeindlicher Mittel zur Durchführung von Wohlfahrtsaufgaben bei den zuständigen Stellen zu beantragen.

## II. Geschäftsordnung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe

§ 1 (1) Der gesamte Briefverkehr der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe ist abschriftlich am Tage des Versandes der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs – Bevölkerungswesen und Fürsorge – mitzuteilen. (2) Das gleiche gilt sinngemäß beim gesamten Briefverkehr der Berater bei den Distriktchefs und der Hilfskomitees. (3) Der Briefverkehr zwischen der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und den Hilfskomitees erfolgt ausschließlich in deutscher oder in polnischer Sprache.

§ 2 Als Verträge von besonderer Bedeutung nach & 6 der ersten Geschäftsordnung gelten solche über Objekte mit einem 2000 Zloty übersteigenden Wert.

§ 3 Reisen die im Auftrage der Dienststellen der freien Wohlfahrt in Sachen der freien Wohlfahrt durchgeführt werden, sind der jeweiligen vorgeordneten deutschen Verwaltungsstelle mitzuteilen.

## Kurzbiographien<sup>2782</sup>

MICHAŁ WEICHERT (1890–1967) wurde am 5. Mai 1890 in Podhajce geboren und starb am 12. März 1967 in Tel Aviv. In den fast 77 Jahren seines Lebens ging er in unterschiedlichen Regionen der Welt sehr unterschiedlichen Tätigkeiten nach.<sup>2783</sup> Seine Schulausbildung genoss Weichert in Stanisławów, wo er unter anderem auch bei dem Schriftsteller Jichok Fernhof Hebräisch lernte. Im Jahr 1908 beteiligte er sich an einer jiddischen Sprachkonferenz in Czernowitz.<sup>2784</sup> Ab 1910 studierte er in Lemberg, Wien und Berlin Jura, Literaturgeschichte, Kunst- und Theaterwissenschaften. Das Jurastudium schloss er im Jahr 1916 mit der Promotion in Wien ab. Im Anschluss daran ging er nach Berlin und hospitierte dort bei Max Reinhardt. Während des Ersten Weltkrieges arbeitete Weichert zudem bei der deutschen Presseverwaltung – dies war einer Angabe zufolge im besetzten Warschau, in zwei anderen wird es nicht genauer spezifiziert.<sup>2785</sup> Später war er Direktor eines polnisch-hebräischen Gymnasiums, wobei nicht genau gesagt werden kann, ob das bereits in Warschau oder in einem anderen Ort war, da sich diese Angabe nur in zwei kurzen Lexikoneinträgen findet.<sup>2786</sup> Im Jahr 1918 ging Weichert nach Warschau, wo er im Jahr 1919 seine Arbeit am Theater begann und als Regisseur für führende jiddische Theatergruppen tätig war, unter anderem

---

<sup>2782</sup> Im Folgenden werden nun die Kurzbiographien der in der Studie genannten Personen aufgelistet. Vorangestellt ist diese von Michał Weichert. Danach folgen in alphabetischer Reihenfolge dieser die weiteren Biogramme. Der Umfang variiert dabei stark, da nicht zu allen Personen im gleichen Umfang Quellenmaterial oder Forschungsliteratur zur Verfügung steht. Zu Personen, bei denen eine Kenntnis der Funktion und Lebensdaten als Allgemeinbildung vorausgesetzt werden kann, werden keine Angaben gemacht. Dies gilt beispielsweise für Adolf Hitler, Reinhard Heydrich, Arthur Seyß-Inquart, Hermann Göring, Herbert Hoover oder auch Franklin D. Roosevelt. Zu anderen Personen, die in der Arbeit genannt werden, aber in der Auflistung nicht berücksichtigt wurden, konnten keine weiteren Informationen ermittelt werden.

<sup>2783</sup> Zu Weicherts Leben wird in sehr unterschiedlichen Veröffentlichungen zu sehr unterschiedlichen Zeiten berichtet. Vor allem herauszuheben sind drei wissenschaftliche Aufsätze, die sich mit der Person Weichert beschäftigen und den Fokus vor allem auf den nach dem Krieg geführten Prozessen haben. Im Einzelnen sind dies Bömelburg: Kollaborationsvorwurf; Engel: Collaborator sowie WĘGRZYNAK: Sprawa Michała Weichert. Gerade auf die beiden erstgenannten Titel kann für die vorliegende Studie sehr gut zurückgegriffen werden, da auf Basis der Akten der Gerichtsprozesse die Vorwürfe, die Verhandlungen und die Urteile erforscht werden. Dies geschah in beiden Fällen mit dem Fokus auf den Vorwurf der „Kollaboration“, der gegen Weichert erhoben wurde. Zudem geben Andra Löw und Markus Roth in ihrer Studie zu den Juden in Krakau unter deutscher Besatzung einen kurzen Lebenslauf Weicherts und greifen ihn auch im Text immer wieder auf – LÖW/ROTH: Krakau, v.a. S. 92–94, 100f., 105, 135f., 144, 152 u. 164. Weiterhin wurde in der „Encyclopaedia Judaica“ ein kurzer Artikel zu Weichert veröffentlicht: JOSEPH LEFTWICH: Michael Weichert, in: Encyclopaedia Judaica, Volume 20, S. 697. Zudem wurden auch in anderen Lexika und Enzyklopädien Einträge zu Michał Weichert als „Theatermensch“ veröffentlicht. Exemplarisch zu nennen sind hier: MELECH RAWITSCH: Mein leksikon, Montreal 1947; Leksikon fun der neier jidischer literatur, Bd. 3, New York 1960 oder auch aus der Vorkriegszeit: Große Jüdische National-Biographie, Czernowitz 1932 oder auch Czy wiesz kto to jest, Warszawa 1938. Zu seiner Zeit in Israel liegen wenige Informationen vor. Hier kann lediglich auf ein Gedenkbuch seiner Geburtsstadt und die Tatsache, dass seine Schriften dort veröffentlicht wurden, zurückgegriffen und daraus Schlüsse gezogen werden. In der „Jewish National and University Library“ liegt ein Nachlass Weicherts, der aber aus arbeitsökonomischen Gründen und des Umfangs der vorliegenden Studie nicht mehr ausgewertet werden konnte.

<sup>2784</sup> Vgl. Einträge zu Weichert, in: Jüdische National-Biographie sowie Leksikon fun der neier jidischer literatur.

<sup>2785</sup> Vgl. Einträge zu Weichert, in: Jüdische National-Biographie sowie Leksikon fun der neier jidischer literatur. In einem Artikel im Gedenkbuch seiner Geburtsstadt wird über ihn geschrieben, „where he also worked as an Austrian assistant in the Newspaper Science Institute at the German Press Committee.“ Gedenkbuch der Stadt Podhajce (Übersetzung ins Englische von Jerrold Landau), auf: <<http://www.jewishgen.org/yizkor/Podhajce/Podhajce.html>> (08.05.2012). Genauere Angaben dazu sind leider nicht zu finden.

<sup>2786</sup> Vgl. Eintrag zu Weichert, in: Jüdische National-Biographie.

für die „Vilner trup“. Von 1922 bis 1924 und dann wieder von 1929 bis 1932 leitete er verschiedene Warschauer Theaterschulen. Zudem war er von 1924 bis 1927 der Vorsitzende des Verbandes der jüdischen Schauspieler und danach Vizepräsident des jüdischen Schriftstellerverbandes. Absolventen des „Jüdischen Theaterstudios“, eine der Schulen, die er in Warschau leitete, bildeten das Ensemble des politisch links orientierten „Jung-teater“, das Weichert von 1932 bis 1939 lenkte. Unter dem größer werdenden Druck der polnischen Regierung wechselte die Gruppe 1937 nach Vilnius.<sup>2787</sup> Für die Zeit um das Jahr 1932 ist zudem in einem Artikel angegeben: „*Derzeit beteiligt er sich an den Arbeiten des Jüd. wissensch. Instituts.*“<sup>2788</sup> Ab dem Jahr 1933 war Weichert in dem *Vereinigten Wohlfahrtskomitee für das jüdische Handwerk* tätig.<sup>2789</sup> In welcher Position und mit welchem Aufgabebereich er bei dieser Organisation arbeitet, konnte nicht genau ermittelt werden – es dürfte aber für seine spätere Tätigkeit bei der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und seinen Weg an die Spitze dieser Einrichtung von Bedeutung gewesen sein, weshalb es hier Erwähnung finden sollte.

Er beherrschte wohl die Sprachen Polnisch (bedingt durch sein Umfeld und Schulausbildung), Deutsch (bedingt durch sein Studium und seine Zeit in Wien und Berlin), Jiddisch (bedingt durch seine Herkunft aus einem jüdischen Elternhaus und dann auch an seinen späteren Schriften zu erkennen) sowie Hebräisch (dafür spricht jedoch lediglich ein Artikel<sup>2790</sup>). Dafür, dass er auch die englische Sprache beherrscht hat, gibt es keine Anhaltspunkte.

Sein Lebenslauf mit den wechselnden Schwerpunkten in Rechtswissenschaft, Theater, Literatur und jüdischer Wohlfahrt bildete unter den Lebensbedingungen der jüdischen Minderheit im Polen der Zwischenkriegszeit keine Ausnahme.<sup>2791</sup> Da sich der Rechtssektor immer mehr für die jüdischen Juristen verschloss, fanden sie fortan im Kultursektor und den Selbsthilfeeinrichtungen ihre Betätigungsfelder.<sup>2792</sup>

„- [...] Sie werden das als Finanzmann verstehen.- Ich bin kein Finanzmann, antwortete ich.

- Also werden Sie das als Kaufmann verstehen.

- Ich bin kein Kaufmann, antwortete ich.

- Was sind Sie dann?, fragte er.

- Es gibt Juden, die weder Finanz- noch Kaufleute sind. Ich bin Mitarbeiter der Sozialfürsorge, und ich kenne mich mit finanziellen Transaktionen nicht aus. Ich weiß nur, dass den gläubigen Juden ein großes Unrecht geschieht. Ein Hieb nach dem anderen geht auf die nieder. Ich und meinesgleichen kommen ohne Mazze aus, aber für die Gläubigen ist das eine harte Gottesstrafe. Es geht hier nicht um das religiöse Moment, sondern um das psychologische. Wenn man einen gläubigen Juden auf der Straße überfällt und schlägt, ihn zu schwerer Arbeit verschleppt, ihm befiehlt, Gettomauern

<sup>2787</sup> Zu dem Leben Weicherts in seinen Jugendjahren, seiner Ausbildungszeit und den Vorkriegsjahren geben die ersten beiden Bände seiner vierbändigen jiddischsprachigen Erinnerungen sehr detailliert Auskunft. Weichert: Galitsie, Win, Berlin sowie Weichert: Warsche. Zu den hier angegebenen Daten und Stationen vgl. die Kurzbiographie Weicherts, in: Löw/Roth: Krakau, S. 93.

<sup>2788</sup> Vgl. Einträge zu Weichert, in: Jüdische National-Biographie sowie Leksikon fun der neier jidischer literatur.

<sup>2789</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 259 sowie ENGEL: Collaborator, S. 345.

<sup>2790</sup> Vgl. Eintrag zu Weichert, in: Jüdische National-Biographie.

<sup>2791</sup> Vgl. dazu auch Bömelburg: Kollaborationsvorwurf, S. 259.

<sup>2792</sup> Vgl. ebd.

zu errichten, ihm verbietet, Mazze zu verkaufen – und das alles fast gleichzeitig –, dann hat er den Eindruck, dass die Welt über ihm zusammenschlägt. [...] Meine Aufgabe ist es, mich um die Ärmsten zu kümmern, und in ihrem Interesse habe ich interveniert. Mit Erlaubnis der zuständigen Behörden hatten wir vor, die an Juden verkaufte Mazze zugunsten unserer Schutzbefohlenen zu besteuern. [...]“<sup>2793</sup>

Diese Zeilen schrieb Michał Weichert in einem Gedächtnisprotokoll, das nach einer Unterredung mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung „Landwirtschaft“ im Distrikt Warschau entstanden ist. In dem Gespräch ging es um den Umtausch von Roggen- und Weizenmehl, um für das „jüdische Osterfest“ Mazze herstellen zu können.<sup>2794</sup> Weichert war in der Zeit, bevor er Präsident der JSS wurde, bereits führend an der Einrichtung und der Arbeit der *Koordinierungskommission* in den ersten Kriegsmonaten beteiligt.<sup>2795</sup> Am 5. September 1940 trat das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* erstmals zu einer Sitzung zusammen. Die Wahl der Präsidiumsmitglieder war zu diesem Zeitpunkt aber bereits erfolgt<sup>2796</sup> – den Präsidiumsmitgliedern wurden deshalb lediglich noch ihre Zuständigkeitsgebiete zugeteilt; Michał Weichert wurde zum Vorsitzenden gewählt.<sup>2797</sup>

Nach der Wahl Michał Weicherts in das Präsidium der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* zog er mit seiner Familie von Warschau nach Krakau. Als Ursachen für den Aufstieg Weicherts an die Spitze der Selbsthilfeorganisation macht Bömelburg drei Faktoren aus: zum einen seine hervorragenden Deutschkenntnisse und sein Verhandlungsgeschick; zudem sei vorteilhaft gewesen, dass er Vertreter der größten jüdischen Gemeinde in Polen – also Warschau – war; und schließlich hatte er aufgrund seiner Tätigkeit in dem „Vereinigten Wohlfahrtskomitee für das jüdische Handwerk“ bereits gute Kontakte zu anderen jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen.<sup>2798</sup> Dem könnte wohl noch Weicherts schon erwähnte Tätigkeit bei der deutschen Presseverwaltung während des Ersten Weltkrieges hinzugefügt werden, auch wenn es kaum Angaben darüber gibt, in welcher Position er dort genau aktiv war und welche Beschäftigung er dort ausgeübt hat. Weichert wurde am 2. Juni 1942 bei dem Versuch, den in jiddischer Sprache schreibenden Musiker und Komponisten Mordechaj Gebirtig vor dem Transport ins Vernichtungslager zu retten, angeschossen. Er wurde am Ellenbogen von einer Kugel getroffen, die seine Lunge nur knapp verfehlte.<sup>2799</sup> Während der Deportation

---

<sup>2793</sup> Gedächtnisprotokoll vom Michał Weichert, Warschau, vom 14.4.1940, AŻIH, Ring II/118 (2), Bl. 17–19, veröffentlicht in: VEJ 4, S. 272–274, Zitat: S. 273f.

<sup>2794</sup> Vgl. ebd.

<sup>2795</sup> Vgl. KASSOW: Ringelblum, S. 180f.

<sup>2796</sup> Vgl. Niederschrift der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (Nr. 119/T/Sp.), Präsidium Krakau, vom 5.9.1940, YVA, O-21/18, Bl. 1–4, in: VEJ 4, S. 382–386, hier: S. 383. Wann genau und auf welche Weise die Präsidiumsmitglieder der JSS gewählt und von den Deutschen bestätigt wurden, kann beim jetzigen Stand der Recherche in den Akten im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes noch nicht gesagt werden. Das hier zitierte Schriftstück findet sich im Archiv in Yad Vashem und liegt in der Edition von Klaus-Peter Friedrich vor, sodass der Schluss nahe liegt, dass sich dort wohl auch andere zentrale Akten des Präsidiums aus der Frühzeit der Arbeit der JSS finden.

<sup>2797</sup> Vgl. ebd., S. 383.

<sup>2798</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 260.

<sup>2799</sup> Vgl. ebd., S. 261 sowie LÖW/ROTH: Krakau, S. 135f.



am 28. Oktober 1942 sollten Weichert und das gesamte Präsidium der *JSS* nach Belzec deportiert werden und verdankten ihre Rettung jüdischen Fürsprechern.<sup>2800</sup>

Weichert wurde nach der Schließung der *Jüdischen Sozialen Selbsthilfe* und der Gründung der *Jüdischen Unterstützungsstelle* durch die Besatzer zu deren Leiter ernannt. Eine Wahl oder auch nur eine Möglichkeit zur Wahl des neuen Leiters der *JUS* bestand nicht. Weichert musste sich der Anordnung fügen, da er sonst selbst der Gefahr ausgesetzt gewesen wäre, von den NS verhaftet und zur Rechenschaft gezogen zu werden.<sup>2801</sup> Dies lässt sich auch daraus ableiten, dass Weichert und seine Familie nach der zwischenzeitlichen Schließung der *Jüdischen Unterstützungsstelle* zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Er hat es dabei im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern – beziehungsweise ehemaligen Mitgliedern des Präsidiums der *JSS* – noch vergleichsweise gut getroffen: er arbeitete in der „Zentrale für Handwerkslieferungen“; die anderen ehemaligen Mitglieder der *JSS* wurden ins Zwangsarbeitslager Plaszów eingewiesen.<sup>2802</sup> Ende April des Jahres 1943 erhielt man dann die Genehmigung behördlicherseits, die Arbeit als *JUS* wieder aufnehmen zu können.<sup>2803</sup> Als sich Ende Juli 1944 die Nachrichten verdichteten, dass die Gestapo demnächst auch Weichert und dessen Familie verhaften würde, tauchte dieser am 31. Juli 1944 mit Hilfe polnischer Organisationen unter und überlebte im Versteck bis zur Befreiung Krakaus durch die sowjetischen Truppen im Januar 1945.<sup>2804</sup> Bereits im Jahr 1943 soll aus den Kampforganisationen im jüdischen Untergrund ein Todesurteil gegen Weichert ausgesprochen worden sein, das jedoch nicht vollstreckt wurde.<sup>2805</sup> Ob Weichert zu dieser Zeit bereits Kenntnis von der gegen ihn verhängten Strafe erhielt, ist unklar.

Weichert musste sich nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Gerichtsverfahren der Anschuldigung der „Kollaboration“ mit den NS stellen. Weichert kam im März 1945 in polnische Haft, doch im Januar 1946 sprach ihn das polnische Sonderstrafgericht in Krakau frei. Anders verlief ein Verfahren, das gegen den ehemaligen Vorsitzenden der *JSS* vor einem jüdischen Ehrengericht in Warschau im Jahr 1949 geführt wurde. Im Dezember des Jahres 1949 verurteilte ihn das Gericht als „Kollaborateur“.<sup>2806</sup>

<sup>2800</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 261.

<sup>2801</sup> Vgl. dazu Abschnitt 2.4.3 der vorliegenden Arbeit.

<sup>2802</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 261.

<sup>2803</sup> Vgl. Kurzer Bericht über die Tätigkeit der *JUS* vom 12. V bis zum 31. VII. 1943, AŽIH, 211 aneks/7, Bl. 1240. „Die Jüdische Unterstützungsstelle für das Generalgouvernement /*JUS*/ nahm mit Genehmigung des Höheren SS- und Polizeiführers im Generalgouvernement unter Aufsicht der Regierung des Generalgouvernements, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge Ende April 1943 ihre Tätigkeit wieder auf. Behördlicherseits wurde ihr das Haus Józefinska 2a zugewiesen, in dem Büroräume, Arzneiverteilungsstelle und Magazine untergebracht wurden.“ Darauf geht Bömelburg in seinem Aufsatz nicht ein. „Am 13. März am Tage der endgültigen Auflösung des Krakauer Gettos, wurde die Fortführung eines Büros der *JUS* mündlich bestätigt; jedoch wurde Weichert nach seinen eigenen Aussagen eine schriftliche Bestätigung zu keinem Zeitpunkt erteilt.“ BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 262. Die Angaben in dem Aufsatz und einem Bericht der *JUS* über ihre Tätigkeit weichen auch in den Daten voneinander ab. Bömelburg zieht seine Informationen aus Aussagen, die Weichert vor Gericht getätigt hat und aus dem Aufsatz von Engel. Vgl. ebd., S. 262, FN 51.

<sup>2804</sup> Vgl. ebd., S. 264f.

<sup>2805</sup> Vgl. ebd., S. 263f.

<sup>2806</sup> Vgl. ebd., S. 249–251.

Weichert wurde am 6. März 1945 verhaftet und zwei Tage später erstmals durch einen Untersuchungsrichter vernommen. Über die Bedingungen der achtmonatigen Haft äußerte er während der Gerichtsverhandlung, er sei im Gefängnis wie ein „Volksdeutscher“ behandelt worden und habe an seiner Gefängniskleidung ein Hakenkreuz tragen müssen. Die Anklage wurde in Krakau vor einem Sonderstraßgericht zur Aburteilung von Fällen der „Kollaboration“ zwischen November 1945 und Januar 1946 verhandelt. Die Anklageschrift warf Weichert vor, er habe sich durch seine Tätigkeit in der *JUS* von den Deutschen zu deren Zwecken benutzen lassen. Diesen sei es zu Propagandazwecken darum gegangen, dass im GG eine jüdische Institution bestanden habe, um auf internationaler Bühne die Ermordung der Juden zu verschleiern. Weichert habe den deutschen Besatzungsbehörden zugearbeitet und damit zum Schaden des polnischen Staates gehandelt.<sup>2807</sup>

Die Aussagen der Zeugen während der Prozessdauer waren – Bömelburg folgend – sehr ambivalent und teilweise variierten wohl auch solche von einzelnen Personen in den unterschiedlichen Vernehmungen.<sup>2808</sup> Weicherts persönliche Verteidigung zielte auf die Widerlegung des „Kollaboration“-Vorwurfes und eine ethische Rechtfertigung der Tätigkeit der Selbsthilfe ab. In einer Erklärung soll er ausgeführt haben, er habe nicht zum Schaden des polnischen Staates gehandelt und ihn treffe der Vorwurf schmerzlich, da er, obwohl mit „jüdischer Nationalität“, sich als guter Pole fühle. Zu einer Beachtung der Befehle des KK in Warschau sei er nicht verpflichtet gewesen, da er sein Mandat aus anderer Quelle, vor allem von jüdischen Selbsthilfeeinrichtungen, erhalten habe. Er habe sich den Anordnungen aus Warschau bewusst widersetzt und sich ausschließlich von einer jüdischen Verhaltensrason leiten lassen, denn die Einrichtung sei der einzige Weg gewesen, den Juden in den Lagern helfen zu können. Er sei in seiner Tätigkeit nicht den Besatzern zur Hand gegangen, sondern habe in schweren und risikoreichen Auseinandersetzungen immer neue Zugeständnisse erreicht. Gegenüber der Tatsache, dass er vielen Menschen helfen konnte, sei für ihn keine Strafe zu hoch.<sup>2809</sup> Zu einem hohen Urteil kam es dann aber nicht – im Gegenteil: am 7. Januar 1946 sprach ihn das Urteil des Krakauer Sonderstraßgerichtes von dem Vorwurf der „Kollaboration“ mit den NS frei. Zwar sei seine Tätigkeit objektiv vom Gesichtspunkt der Interessen von Staat und Nation – es handelte sich um ein polnisches Sonderstraßgericht und demnach bezieht sich dies auf den polnischen Staat und die polnische Nation – schädlich gewesen, aber es handele

---

<sup>2807</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 266 zu den beiden Prozessen gegen Weichert vgl. auch ENGEL: Who is a collaborator? Wobei gesagt werden muss, dass sich Engel auf Material bezieht, das in israelischen Archiven aufbewahrt wird. Die Hauptakten, auf die sich Bömelburg stützt, befinden sich in Polen. Aus diesem Grund wurde der Artikel von Engel auf Abweichungen zu dem von Bömelburg durchgesehen. Da die Angaben die beiden Prozesse betreffend übereinstimmend sind, wird im Folgenden v.a. der auf den polnischen Akten beruhende Artikel zitiert werden.

<sup>2808</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 266–269.

<sup>2809</sup> Vgl. ebd., S. 269.

sich bei Weichert um eine Person mit ehrwürdigen Motiven, der in der Aufrechterhaltung der Tätigkeit der *JUS* und der Hilfeleistung für die Juden die eigentliche Form seiner Tätigkeit gesehen habe. Er habe das an erste Stelle gestellt, was am kostbarsten sei, nämlich das Leben.<sup>2810</sup>

Weichert wurde nach seinem Freispruch wiederholt von der polnischen Justiz als Zeuge und Experte in Prozessen gegen nationalsozialistische Funktionäre herangezogen. Zugleich arbeitete er mit der staatlichen *Hauptkommission zur Verfolgung der deutschen Verbrechen* zusammen und sollte sogar im Auftrag der Kommission eine Monographie über die polnische Selbstbehauptung unter deutscher Besatzung vorbereiten. Aufgrund seiner Kenntnisse des deutschen Besatzungsapparates schien er auf dem Wege zu sein, einer der führenden polnisch-jüdischen Experten zum NS-Besatzungssystem zu werden.<sup>2811</sup>

„Ich bestaetige den Empfang Ihres Schreibens vom 20.vM. und teile Ihnen ueber Ihre Nachfrage Folgendes mit: Lothar Weirauch war in der Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge der Regierung des sog. Gen.Gouv. taetig. Dieser Dienststelle oblag die Aufsicht ueber die Taetigkeit der Fuersorge und Wohlfahrt, sowohl der juedischen als auch der polnischen, insbesondere des Polnischen Hilfsausschusses, der Juedischen Sozialen Selbsthilfe, des American Joint Distribution Committee. In seinen Handlungen ging uns L.W. stets weitestgehend an die Hand, bei Empfang und Verteilung der auslaendischen Liebesgaben, insbesondere aber beim Umtausch mancher Genussmittel im Sinne der Spenden gegen Lebensmittel des ersten Bedarfs, den wir sehr vorteilhaft mit den Polnischen Hilfsausschuss taetigten. Zweimal wurde unsere Organisation von den deutschen Polizeibehoerden aufgeloeset. Beide Male setzte L.W. gemeinsam mit dem Beauftragten des Deutschen Roten Kreuzes durch, dass uns die Wiederaufnahme unserer Taetigkeit genehmigt wurde. Auch sonst haben Ihm unsere Organisationen so manches zu verdanken. Sein Verhaeltnis zu der polnischen Hilfsorganisation veranlasste Se.Eminenz den Kardinal Fuerst-Erzbischof von Krakau und den ehem. Praesidenten des Polnischen Hilfsausschusses die Haltung Weirauchs ruehemd hervorzuheben. Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, mich an Sie mit Folgendem zu wenden: Ich bin seit etwa einem Jahr im Anschluss an die Staatliche Kommission zur Erforschung deutscher Verbrechen damit beschaeftigt, das zeitgeschichtliche Material aus der Okkupationszeit zu sammeln und zu sichten. U.A. bereite ich eine Arbeit ueber die Taetigkeit der Hilfsorganisationen im sog. G.G. und ueber den Anteil der auslaendischen charitativen Vereine vor. Ich wuerde Ihnen zu Dank verpflichtet sein, wenn Sie mir einen kurzen Bericht ueber die von Ihrem Vereine zwecks Linderung der Not der juedischen Bevoelkerung in Polen unternommene Schritte und die fuer die Juden in unseren Lande gesandten Liebesgaben zukommen liessen.“<sup>2812</sup>

Engel führte an, dass Weichert eine Anstellung am „Instytut Pamięci Narodowej“ fand und dort an einer Monographie zur deutschen Okkupation arbeiten sollte.<sup>2813</sup> Zugleich gab es aber auch Pressekampagnen, in deren Kontext Artikel über Weichert veröffentlicht wurden und die sich gegen seine Tätigkeit richteten.<sup>2814</sup> Weichert selbst sah sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen:

„Nach dem Freispruch durch das Sonderstraengericht in Krakau ließ die Ausstreuung der ekelhaftesten Verleumdung nicht nach, woraufhin ich mich aus der jüdischen Gesellschaft ausgeschlossen fand. Vergeblich bemühte ich mich um die Berufung einer Kommission, die die Gesamtheit der

<sup>2810</sup> Vgl. ebd.

<sup>2811</sup> Vgl. ebd., S. 271. Dafür spricht auch ein Text, der sich im Archiv des Jüdischen Historischen Institutes befindet und bei dem Michał Weichert als Autor angegeben ist: „O odpowiedzialności władz administracyjnych w szczególności sekretarza Stanu w tzw. Centralnym Gubernatorstwie [Die Verantwortung der Behörden, insbesondere des Staatssekretärs beim sogenannten Zentralgouvernement]“.

<sup>2812</sup> Michał Weichert an Elias Sternbuch, Präsident des Jüdischen Hilfsvereins, St. Gallen, 04.03.1947, in: GFHA Holdings Registry/9556.

<sup>2813</sup> Vgl. ENGEL: Who is a collaborator?, S. 361f.

<sup>2814</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 271f.

Tätigkeit der Wohlfahrtsorganisationen während der Besatzung und die gegen mich gerichteten Vorwürfe untersuchen sollte.“<sup>2815</sup>

Weichert versuchte alles, um die Gerüchte und Vorwürfe über seine Person und seine Tätigkeit aus der Welt zu schaffen. Die polnische Gerichtsbarkeit schien ausgeschöpft und aus diesem Grund bot sich nur die jüdische Ehrengerichtsbarkeit an. Zu dieser Zeit waren gerade die „Weichert-Gegner“ in dem Komitee, das für die Gerichtsbarkeit zuständig war. Da Weichert aber keinen anderen Weg sah, stimmte er einem Prozess vor dieser Instanz zu.<sup>2816</sup> In der ersten Jahreshälfte 1949 kam es zu einer Anklageschrift, die ihm wiederum die „Kollaboration“ mit den NS vorwarf. Auch hier fußte die Zuweisung nur auf der Tätigkeit in der *JUS* und nicht auf der vorangegangenen Tätigkeit bei der *JSS*.<sup>2817</sup> Zwar gelang es Weichert, in dem Prozess einige Entlastungszeugen aufzubieten, aber der Großteil der aussagenden Zeugen waren dezidierte Gegner Weicherts, die auch zuvor in den Pressekampagnen schon gegen ihn agiert hatten.<sup>2818</sup> Das Urteil des jüdischen Ehrengerichtes vom 28. Dezember 1949 führte aus, dass Weichert durch die Annahme der Nominierung als Leiter der *JUS* an die Spitze einer kollaborierenden Organisation getreten sei und durch sein dortiges Verbleiben trotz Aufforderung aus dem Untergrund sich einer Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Behörden schuldig gemacht habe. Durch das Urteil wurde Michał Weichert als „Kollaborateur“ gebrandmarkt.<sup>2819</sup> Mit dem Urteil wurde Weichert aus der jüdischen Gesellschaft in Polen ausgeschlossen und er galt fortan als Verräter. Er fand keine Anstellung in Polen und wurde in keine Berufsverbände für Juristen oder Schriftsteller aufgenommen. Im Jahr 1957 erhielt er die Ausreisegenehmigung nach Israel<sup>2820</sup> und wanderte im Jahr 1958 mit seiner Familie dorthin aus.<sup>2821</sup> In Israel war sein Stand in der Gesellschaft dann wohl ein anderer: Er bekam hier zumindest die Möglichkeit, seine bereits in Polen verfassten Werke, die er dort – wie später noch zu zeigen sein wird – nicht veröffentlichen konnte, zu publizieren. Zudem wurde ein Gedenkbuch der Geburtsstadt Weicherts, Podhajce, veröffentlicht. In diesem ist auf Seite 101 zum einen ein Bericht Weicherts zu seiner Geburtsstadt veröffentlicht worden, zum anderen findet sich unter der Kategorie „Memories of the City“ ein kurzer Bericht zum Leben Weicherts. Dieser ist in der hebräischen Fassung des Buches auf den Seiten 153 bis 155 zu finden. Neben dem Text zu Weichert und einem Portrait von ihm, das auch im ersten Band seiner Erinnerungen veröffentlicht ist, findet

---

<sup>2815</sup> AŻIH, 313/137, Bl. 239 zitiert nach Bömelburg: Kollaborationsvorwurf, S. 272.

<sup>2816</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 272.

<sup>2817</sup> Vgl. ebd., S. 273.

<sup>2818</sup> Vgl. BÖMELBURG: Kollaborationsvorwurf, S. 273. Eine ausführliche Behandlung der Zeugen und ihrer Aussagen folgt bei Bömelburg auf den folgenden Seiten des Aufsatzes. Aufgrund der gebotenen Kürze der vorliegenden Arbeit wird auf eine genauere Behandlung des Prozesses verzichtet und auf den Aufsatz verwiesen.

<sup>2819</sup> Vgl. ebd., S. 284.

<sup>2820</sup> Vgl. ebd., S. 249–251 sowie 285–288.

<sup>2821</sup> Vgl. Gedenkbuch der Stadt Podhajce (Übersetzung ins Englische von Jerrold Landau), auf: <<http://www.jewish-gen.org/yizkor/Podhajce/Podhajce.html>> (13.07.2012).

sich eine Fotografie der Gedenkfeier, die ein Jahr nach seinem Tod stattgefunden hat.<sup>2822</sup> Allein die Tatsache, dass Artikel von ihm und über ihn in dem Buch veröffentlicht wurden und auch, dass wohl ein Jahr nach seinem Tod eine Gedenkfeier für ihn stattgefunden hat, spricht dafür, dass er zumindest in Teilen der Gesellschaft wieder Anerkennung genoss beziehungsweise zumindest nicht mehr gänzlich ausgeschlossen wurde.<sup>2823</sup>

ABERKIEWICZ war Mitglied des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* in Warschau.<sup>2824</sup>

AJZENSTEIN, MALACHI war als Diener beim Präsidium der JSS tätig.<sup>2825</sup>

ALTEN, MAREK wurde in Złobzów (Galizien) geboren und besuchte die elementare und Mittelschule in Lemberg. Er studierte an den Universitäten in Wien und Lemberg Rechtswissenschaften. Während des Ersten Weltkriegs leistete er Militärdienst in der Österreichisch-Ungarischen Armee und diente bis November 1918. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs arbeitete er als Anwalt in Lublin. Seit seiner Zeit an der Universität war er in jüdischen Wohltätigkeitsvereinen aktiv. Bei der jüdischen Kultusgemeinde Lublin arbeitete er zudem als Gemeindesekretär, ab 1923 als Vizepräsident des Rates und nach der Besetzung als Obmannsstellvertreter des Judenrates. Anfang November 1940 wurde Berater der JSS beim Chef des Distrikts Lublin.<sup>2826</sup> Ab Mai 1941 war er zudem Mitglied im Präsidium der JSS für den Distrikt Lublin.<sup>2827</sup>

ARLT, FRITZ (1912–2004) war Anthropologe. Er trat 1932 der NSDAP bei und ab 1937 der SS. Er war im Führungsstab des HSSPF in Oberschlesien tätig. Ab November 1939 war er Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Danach war er Leiter des Zentralinstituts für Landesforschung und der Außenstelle Oberschlesien in Kattowitz. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er an dem Aufbau des Suchdienstes des DRK beteiligt und in den Jahren von 1954 bis 1975 als Leiter der Abteilung „Bildungsarbeit und gesellschaftspolitische Fragen“ beim Institut der deutschen Wirtschaft in Köln beschäftigt. Ferner war er stellvertretender Vorsitzender des deutsch-französischen Jugendwerks.<sup>2828</sup>

---

<sup>2822</sup> Vgl. ebd.

<sup>2823</sup> Vgl. ebd. Wobei gerade diese Gedenkfeier auch mit Vorsicht gesehen werden muss, da es sich auch um eine familiäre Gedenkfeier gehandelt haben könnte, die hier abgebildet wird. Zur Größe der Veranstaltung beziehungsweise der Teilnehmerzahl oder dem Ablauf werden keine Angaben gemacht.

<sup>2824</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2825</sup> Bescheinigung, 09.05.1941, AŽIH, 211 aneks/40, Bl. 70.

<sup>2826</sup> Lebensbeschreibung Dr. Alten, Marek, Lublin, 03.06.1941, AŽIH, 211 aneks/193, Bl. 44.

<sup>2827</sup> JSS an BuF betr. „Bestimmung eines neuen Mitglieds des Präsidiums“, 20.05.1941, AŽIH, 211 aneks/43, Bl. 84.

<sup>2828</sup> ERNST KLEE: Das Personenlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2005, S. 18f.

BENKIEL, STANISŁAW (?–1940?<sup>2829</sup>) verantwortete bei der *Koordinierungskommission* in Warschau die Fürsorge für Evakuierte und Obdachlose.<sup>2830</sup> Er war ein bekannter Jurist der Zwischenkriegszeit.<sup>2831</sup>

BIEBERSTEIN, ALEKSANDER (1889–1979) war Arzt und schrieb seine Erinnerungen über die Zeit im Krakauer Ghetto nieder.<sup>2832</sup> Er überlebte die Shoah als „Schindler-Jude“<sup>2833</sup> und wanderte nach Israel aus.<sup>2834</sup>

BIEBERSTEIN, ARTUR leitete die Arzneimittelverteilungsstelle der JSS.<sup>2835</sup> Er überlebte den Krieg und war in der Nachkriegszeit an der Universität in Edinburgh tätig.<sup>2836</sup>

BIEBERSTEIN, MAREK (1891/92–1944) war Lehrer und der erste Vorsitzende des Krakauer Judenrates. Er wurde im Juni 1941 verhaftet und wegen „Devisenvergehen“ verurteilt. Im Jahr 1942 wurde er herzkrank aus dem Gefängnis in das Krakauer Ghetto entlassen, bei der Auflösung dessen nach Krakau deportiert und dort im Mai 1944 ermordet.<sup>2837</sup> Er vertrat im Jahr 1940 in den ersten Sitzungen des *HHA* die Interessen der jüdischen Bevölkerung<sup>2838</sup> und in den ersten Wochen nach der Konstituierung des Präsidiums der JSS war er Mitglied dessen.<sup>2839</sup>

BLUMENTHAL war Angehöriger der NSV und mit dieser für kurze Zeit in Warschau.<sup>2840</sup>

BORNSTEIN, ISAAK (1899–1943) war einer der vier Direktoren des *JDC* in Warschau während des Zweiten Weltkriegs. Mit polnischer Hilfe gelangte er 1942 mit seiner Familie nach Częstochowa/Tschenstochau. Seine Familie verblieb dort und er ging weiter bis Oberschlesien. Er wurde 1943 von den NS ermordet.<sup>2841</sup>

BRAUDE, SZYJM betreute für die *Koordinierungskommission* in Warschau die Volksküchen.<sup>2842</sup>

BRAUNSCHWEIG, SALY (1891–1946) war von 1931 bis 1946 der Präses der jüdischen Gemeinde in Zürich und von 1943 bis 1946 Präsident des *SIG*.<sup>2843</sup>

---

<sup>2829</sup> Vgl. dazu WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI: Der Todesring um Warschau 1939 – 1944, Kraków 1969, S. 387.

<sup>2830</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 210/35.

<sup>2831</sup> Vgl. dazu HOLGER MICHAEL: Zwischen Davidstern und roter Fahne. Juden in Polen im XX. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 42.

<sup>2832</sup> BIEBERSTEIN: *Zagłada Żydów*.

<sup>2833</sup> K.L. Gross-Rosen-A.L. Brünnlitz/Liste der männl. Häftlinge, YVA, O.1/146, Bl. 115–128, hier: Bl. 116.

<sup>2834</sup> Übersetzung Alexander Bieberstein, Das Lager Plaszow, 03/2362, ITS, DOI 82115366.

<sup>2835</sup> Abschrift JSS an das Arbeitsamt Krakau, Nebenstelle jüdischer Wohnbezirk, 05.06.1941, AŻIH, 211 aneks/45, Bl. 14f.

<sup>2836</sup> Vgl. BIEBERSTEIN: *Zagłada Żydów*, S. 39.

<sup>2837</sup> VEJ 4, S. 386.

<sup>2838</sup> Vgl. Jahresbericht PHA 1940/41, Bl. 8.

<sup>2839</sup> Abschrift JSS an BuF betr. „*Wahl eines Mitglieds des Präsidiums*“, 25.10.1940, AŻIH, 211 aneks/24, Bl. 259.

<sup>2840</sup> WEICHERT: *Milchome*, S. 47f.

<sup>2841</sup> <[archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/isaac-bornstein.html](http://archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/isaac-bornstein.html)> (12.08.2015).

<sup>2842</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 210/35.

<sup>2843</sup> STEFAN MÄCHLER: Hilfe und Ohnmacht. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die nationalsozialistische Verfolgung 1933–1945, S. 57.

BRIANSKI, IZAAK war bei der *Koordinierungskommission* in Warschau für die die *Centos*-Anstalten zuständig.<sup>2844</sup>

BÜHLER, JOSEPH (1904–1948) war Stellvertreter der Generalgouverneurs Hans Frank. Bereits in den Jahren 1930 bis 1932 hatte er in der Anwaltskanzlei Hans Franks gearbeitet. 1933 wurde er Amtsgerichtsrat und im Jahr 1935 Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht München. 1938 wurde er Leiter des Ministerialbüros Hans Franks, der ab 1934 Reichsminister ohne Geschäftsbereich war. Im Dezember 1939 wurde Bühler Amtschef des Generalgouverneurs in Krakau, ab Frühjahr 1940 im Rang eines Staatssekretärs und kurze Zeit später Franks Stellvertreter. Er war Teilnehmer der Wannseekonferenz. Dabei plädierte er dafür, dass mit der „Endlösung“ im Generalgouvernement begonnen werden sollte. 1948 wurde ein Todesurteil gegen ihn verhängt und vollstreckt.<sup>2845</sup>

CHODŹKO war Mitglied des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* in Warschau.<sup>2846</sup>

CZERNIAKÓW, ADAM (1880–1942) war Ingenieur und Politiker. Er wurde von den Besatzern zum Vorsitzenden des Warschauer Judenrates bestimmt. Am Tag nachdem er die Aufforderung der Besatzer erhalten hatte täglich Listen mit zu deportierenden Menschen zu erstellen, nahm er sich im Jahr 1942 das Leben.<sup>2847</sup>

DAVIS, NORMAN war ein Vertreter des *Amerikanischen Roten Kreuzes*.<sup>2848</sup>

DIAMENT, JÓZEF (1894–?)<sup>2849</sup> war im *Toż* aktiv, Berater der JSS beim Chef des Distrikts Radom sowie und Vorsitzender des Oberältestenrates der jüdischen Bevölkerung des Distrikts.<sup>2850</sup> Er wurde im April 1942 nach Auschwitz deportiert.<sup>2851</sup>

DROZDOWSKI, HENRYK war Generalsekretär des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe* in Warschau.<sup>2852</sup>

EIDEL, CHAJA war als deutsch-polnische Stenotypistin beim Präsidium der JSS tätig.<sup>2853</sup>

<sup>2844</sup> Vgl. dazu etwa AŻIH, 210/35.

<sup>2845</sup> KLEE: Personensexikon, S. 81.

<sup>2846</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2847</sup> Zu dem Leben Czerniakóws sehr ausführlich MARCIN URYNOWICZ: Adam Czerniaków. Prezes Getta Warszawskiego, Warszawa 2009.

<sup>2848</sup> Vgl. I.2.2.

<sup>2849</sup> VEJ 4, S. 530.

<sup>2850</sup> Protokoll der Beratungen der Mitglieder der JSS in Krakau mit den Delegierten der Gesellschaft für den Gesundheitsschutz der Juden „T.O.Z.“ in den Diensträumen der J.S.S. am 22. und 23. Januar 1941, AŻIH, 211 aneks/34, Bl. 126–130.

<sup>2851</sup> VEJ 4, S. 530.

<sup>2852</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2853</sup> JSS an BuF betr. „Anstellung“, 05.04.1941, AŻIH, 211 aneks/37, Bl. 334.

FALK, ISRAEL war ab März 1941 Berater der JSS im Distrikt Radom.<sup>2854</sup> Für den JDC arbeitete er als Inspekteur.<sup>2855</sup>

FARBSTEIN, D. berief die Sitzung zur Gründung der *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* im Jahr 1939 in Zürich ein.<sup>2856</sup>

FELDSTEIN, JOSEF war einer der Hauptverantwortlichen der *Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen* in Zürich.<sup>2857</sup>

FEINER, LEON (1885–1945) war ein in Krakau lebender Jurist und Mitglied in der Leitung des Bundes. Ab dem Jahr 1947 war er Stadtrat in Krakau. Direkt nach der Überfall auf Polen floh er in den Osten, wurde inhaftiert, kam aber beim Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion frei. Er lebte ab Ende 1941 auf der „arischen Seite“ in Warschau. Er war Verbindungsmann des Bundes zum polnischen Widerstand. Von November 1944 bis Januar 1945 war der letzte Vorsitzende des RPŻ.<sup>2858</sup>

FÖHL, WALTER (1908–1975) war Historiker. Er trat 1933 in die SA und 1935 in die SS ein. Ab 1936 war er stellvertretender Leiter des Amts für Sippenforschung. Im Dezember 1941 wurde er stellvertretender Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Zwischenzeitlich nahm er von Juni bis Dezember 1941 und ab Januar 1943 am Krieg teil. Nach 1945 war er Kreisarchivar in Kempen.<sup>2859</sup>

FENSTER, ZVI lebte während des Zweiten Weltkrieges Jeziarzany und schrieb darüber einen Bericht nieder.<sup>2860</sup>

FRANK, HANS (1900–1946) warb 1923 Mitglied der SA und der NSDAP. Er war Teilnehmer des Hitlerputsches. Ab 1926 war er Rechtsanwalt in München und unter anderem Adolf Hitlers Rechtsbeistand. Im Jahr 1928 gründete er den „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“. Von 1930 bis 1932 war er Mitglied des Reichstages und Leiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP. 1933/34 war er bayrischer Justizminister. Von Dezember 1934 bis 1945 war er Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Ab 25. Oktober 1939 war er Generalgouverneur. Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg fällte ein Todesurteil gegen ihn, das 1946 vollstreckt wurde.<sup>2861</sup>

---

<sup>2854</sup> Vgl. etwa JSS an Israel Falk betr. „*Dienstbestimmung*“, 01.04.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 139 oder auch JSS an Josef Diamant betr. „*Dienstbestimmung des Herrn Israel Falk*“, 29.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 264.

<sup>2855</sup> BAUER: American Jewry, S. 89.

<sup>2856</sup> Vgl. I.2.3.

<sup>2857</sup> Vgl. dazu etwa III.3.2.

<sup>2858</sup> VEJ 9, S. 279.

<sup>2859</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 157 u. VEJ 9, S. 299.

<sup>2860</sup> Übersetzung aus dem Hebräischen ZVI FENSTER: Bericht über die Vernichtung (Juli 1941–April 1944), ITS, DOI 82188120.

<sup>2861</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 160.



GAMBLE war ein Delegierter der *Quäker*-Organisation, der in deren Auftrag in das Generalgouvernement reise, um die Ankunft und die Verteilung der Spenden zu kontrollieren.<sup>2862</sup>

GITERMAN, ISAAK (1889–1943) war Direktor der *JDC* in Polen in den Jahren von 1926 bis 1939. Er war ein Vorbild für Emanuel Ringelblum. Im Jahr 1939 floh Giterman, kehrte aber im folgenden Jahr nach Warschau zurück und arbeitete weiter als einer der vier Direktoren des *JDC*. Er wurde im Jahr 1943 von den NS umgebracht.<sup>2863</sup>

GÖTH, AMON (1908–1946) trat 1932 der SS bei und war unter anderem bei der „Volksdeutschen Mittelstelle“ in Kattowitz tätig. Ab Sommer 1942 war der Judenreferent in Stab des Reichsführer-SS in Lublin. Im März 1943 war er maßgeblich an der Auflösung des Krakauer Ghettos beteiligt. Ab 1944 war er Leiter des KZ Plaszow bei Krakau. Im September 1946 erging in Krakau ein Todesurteil gegen ihn, das noch im selben Monat vollstreckt wurde.<sup>2864</sup>

GOTTONG, HEINRICH (1912–1944) war Anthropologe. Er promovierte über Rassentheorie. Ab März 1940 war er Judenreferent in der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements und ab Oktober 1940 Assistent an der Sektion „Volkstumsforschung“ des „Instituts für Deutsche Ostarbeit“ in Krakau. Später nahm er am Krieg teil und gilt als in Ungarn verschollen.<sup>2865</sup>

GRÄBSCH, ROMAN war Angehöriger der NSV und mit dieser für kurze Zeit in Warschau.<sup>2866</sup>

GUTTER, DAWID war der dritte Vorsitzende des Krakauer Judenrates.<sup>2867</sup>

GUZIK, DAVID (1890–1946) war ab 1918 im Büro des *JDC* in Warschau beschäftigt und entwickelte sich in der Zeit des Zweiten Weltkrieges zu einer zentralen Figur der Organisation in der Stadt. Er überlebte den Krieg in einem Versteck auf der „arischen Seite“. Er verstarb 1946 bei einem Flugzeugunglück in Prag.<sup>2868</sup>

HARTIGAN, JOHN war ein Delegierter der *Commission for Polish Relief*, der in deren Auftrag in das Generalgouvernement reise, um die Ankunft und die Verteilung der Spenden zu kontrollieren.<sup>2869</sup>

HEINRICH, HERBERT (1905–?) war Volkswirt. Er trat 1934 in die NSDAP ein. Im Januar 1940 wurde er nach Krakau abgeordnet und dort Leiter des Referats „Freie Wohlfahrt und Judenfragen“ der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der

<sup>2862</sup> Vgl. I.2.2.

<sup>2863</sup> <[archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/isaac-giterman.html](http://archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/isaac-giterman.html)> (12.08.2015).

<sup>2864</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 191.

<sup>2865</sup> VEJ 4, S. 466.

<sup>2866</sup> WEICHERT: Milchome, S. 47f.

<sup>2867</sup> VEJ 4, S. 42.

<sup>2868</sup> <[archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/david-guzik.html](http://archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/david-guzik.html)> (12.08.2015).

<sup>2869</sup> Vgl. dazu etwa I.2.2.

Regierung des Generalgouvernements. Vom Frühjahr 1942 bis Ende des Jahres nahm er am Krieg teil. Ab Ende 1942 bis zum Ende des folgenden Jahres war er Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ im Distrikt Warschau. In der Nachkriegszeit war er unter anderem Sachbearbeiter im Bundesverteidigungsministerium.<sup>2870</sup>

HELLER, HUGO war ab Januar 1941 Beauftragter des „Deutschen Roten Kreuzes“ im Generalgouvernement.<sup>2871</sup>

HEXEL war bei der Regierung des Generalgouvernements tätig.<sup>2872</sup>

HILFSTEIN, CHAIM (1876–1950) war Arzt und vor dem Krieg Präsident des Hebräischen Gymnasiums in Krakau. Während der Zeit des Zweiten Weltkriegs war er Präsidiumsmitglied der *JSS* und arbeitete später bei der *JUS*. Zudem vertrat er die jüdischen Interessen im *HHA*. Er gehörte zu den von Oskar Schindler geretteten Juden und Jüdinnen. 1945 hielt er sich in Prag auf und wanderte im folgenden Jahr nach Palästina aus.<sup>2873</sup>

HILGENFELDT, ERICH (1897–1945) war Leiter der NSV. Er trat 1929 in NSDAP ein und wurde im Jahr 1932 Gauleiter und im Jahr 1933 Gauinspektor von Groß-Berlin. Er beging im Jahr April 1945 mit seiner Frau und seinen Kindern Selbstmord.<sup>2874</sup>

ILG war im Amt des Stadtpräsidenten in Warschau tätig.<sup>2875</sup>

JASZUŃSKI, JÓZEF (1881–1943) war ein Ingenieur, Wissenschaftler und Übersetzer. Er studierte u.a. in St. Petersburg<sup>2876</sup> und für zwei Semester in Charlottenburg (Berlin) und legte in der Zwischenkriegszeit einige Übersetzungen aus dem Polnischen ins Deutsche vor.<sup>2877</sup> Er sympathisierte schon früh mit der zionistischen Bewegung und fühlte sich dem Bund zugehörig.<sup>2878</sup> Er gehörte dem ersten Präsidium der *JSS* an.<sup>2879</sup>

KAPLAN, CHAIM ARON (1880–1942) war Lehrer für Hebräisch. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg und während der Shoah verfasste er ein Tagebuch. Darin wird sehr eindrücklich das Leben in Warschauer Ghetto geschildert. Er wurde 1942 in Treblinka ermordet.<sup>2880</sup>

---

<sup>2870</sup> VEJ 9, S. 215.

<sup>2871</sup> MORGENBROD/MERKENICH: Deutsches Rotes Kreuz, S. 307f.

<sup>2872</sup> Bericht über die I. Distriktkonferenz Jüdischen Sozialen Selbsthilfe im Distrikt Krakau am 27. Mai 1942, YVA, O.21/3, Bl. 57f.

<sup>2873</sup> VEJ 4, S. 385f.

<sup>2874</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 255.

<sup>2875</sup> Vgl. I.4.1.

<sup>2876</sup> HIRSZ ABRAMOWICZ: Profiles of a Lost World. Memoires of East European Jewish Life before World War II, Detroit 1999.

<sup>2877</sup> APW, Stadthauptmannschaft Warschau/14, Bl. 10.

<sup>2878</sup> ABRAMOWICZ: Profiles.

<sup>2879</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŻIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>2880</sup> VEJ 9, S. 89.

KARGOL, WŁADYSŁAW war der kommissarische Leiter der *JUS* nach dem Untertauchen der Familie Weichert ins Versteck ab Sommer 1944.<sup>2881</sup>

KEITEL, WILHELM (1882–1946) leistete bis 1935 Truppendienst und ab Oktober des Jahres Chef des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium. Ab Juli 1940 war er Generalfeldmarschall. Keitel war ab 1938 Chef des OKW. Er wurde im Oktober 1946 von dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu Tode verurteilt.<sup>2882</sup>

LANCKOROŃSKA, KAROLINA (1898–2002) war eine polnische Kunsthistorikerin.<sup>2883</sup> Sie war während des Zweiten Weltkrieges unter anderem für das *Polnische Rote Kreuz* und für den *Polnischen Hauptausschuss* tätig.<sup>2884</sup>

LANDAU, KAROL war Laboranten in der Arzneimittelverteilungsstelle der *JSS*.<sup>2885</sup>

LANDAU, LEIB war Mitglied des Präsidiums und Berater der *JSS* im Distrikt Galizien. Zugleich war er Mitglied des Judenrates in Lemberg.<sup>2886</sup>

LIEBESKIND, ADOLF (1912–1942) war Student der Rechtswissenschaft und gehörte der jüdischen Widerstandsgruppe „Akiba“ an. Er starb 1942 bei einem Aufstand.<sup>2887</sup> Zeitweise war er Angestellter des Präsidiums der *JSS*.<sup>2888</sup>

ŁOBZOWSKI war Stellvertreter des Leiters des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe*.<sup>2889</sup>

LOSACKER, LUDWIG (1906–1994) trat 1931 der NSDAP und 1933 der SS bei. 1934 wurde er Regierungsassessor der Polizeidirektion Baden-Baden. Ab 1936 war er im Reichsinnenministerium tätig, ehe er im Jahr 1937 ein Betriebspraktikum bei IG Farben absolvierte. 1938 wurde er Syndikus der Wanderer-Werke Chemnitz. Im Oktober 1939 wurde er Landrat von Jaslo/Jessel und im Januar 1941 Amtschef beim Distriktgouverneur Galizien. Im Januar 1943 wurde er Präsident der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Oktober 1943 ging er zur Waffen-SS. In der Nachkriegszeit war er unter anderem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie.<sup>2890</sup>

<sup>2881</sup> Komisaryczny Kierownik „JUS“ an RGO, 09.01.1945, JNL, Arc.Ms. Var. 371/XI 43.

<sup>2882</sup> KLEE, Personenlexikon, S. 303.

<sup>2883</sup> LANCKOROŃSKA: Mut ist angeboren.

<sup>2884</sup> Vgl. dazu etwa II.1.1.

<sup>2885</sup> Abschrift JSS an das Arbeitsamt Krakau, Nebenstelle jüdischer Wohnbezirk, 05.06.1941, AŽIH, 211 aneks/45, Bl. 14f.

<sup>2886</sup> Vgl. dazu etwa JSS an BuF betr. „*Neubenennung eines Mitgliedes des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“, 10.04.1942, AŽIH, 211 aneks/74, Bl. 731.

<sup>2887</sup> VEJ 9, S. 561.

<sup>2888</sup> JSS an BuF betr. „*Verlängerung der Kennkarten*“, 29.04.1941, AŽIH, 211 aneks/39, Bl. 48.

<sup>2889</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2890</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 381.

MACHNICKI war Mitglied des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe*.<sup>2891</sup>

MADRITSCH, JULIUS (1906–1984) war ein österreichischer Unternehmer, der während des Zweiten Weltkrieges jüdische Firmen im Generalgouvernement „treuhänderisch“ verwaltete und weitere gründete. Er setzte sich für die bei ihm beschäftigten Juden und Jüdinnen ein und wurde in der Nachkriegszeit von Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.<sup>2892</sup>

METZGER, ZYGMUNT war beim Präsidium der JSS als Diener beschäftigt.<sup>2893</sup>

MURRAY war ein Delegierter der *Comptel*, der in deren Auftrag in das Generalgouvernement reiste, um die Ankunft und die Verteilung der Spenden zu kontrollieren.<sup>2894</sup>

NELKEN, HALINA (1924–2009) war zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Gymnasiastin in Krakau. Sie musste ab März 1941 wie alle Menschen, die die NS als Juden und Jüdinnen definierten, im Ghetto von Krakau leben. In den Jahren von 1942 bis 1945 musste sie mehrere NS-Lager durchlaufen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte sie ihre Schulausbildung fort, studierte u.a. Kunstgeschichte und arbeitete im Anschluss in Polen und den USA. In den Jahren von 1938 bis 1942 schrieb sie ein Tagebuch.<sup>2895</sup>

NEUSTADT, LEON (AUCH: LEIB/LEJB) (1890–1943) war einer der vier Direktoren des JDC in Warschau während des Zweiten Weltkriegs. Er war mit der berühmten Schauspielerin Klara Segalowicz verheiratet. Da die Besatzer ihn als „Ausländer“ registriert hatten, wurde er wenige Tage vor den ersten Deportationen aus dem Warschauer Ghetto in das Gefängnis „Pawiak“ gebracht. Dort wurde er im Jahr 1943 umgebracht.<sup>2896</sup>

NICHOLSON, HAROLD war ein Vertreter des *Amerikanischen Roten Kreuzes*.<sup>2897</sup>

PANKIEWICZ, TADEUSZ (1908–1993) war ein polnischer Apotheker, dem die Besatzer es zugestanden eine Apotheke im Krakauer Ghetto zu haben. Diese war an einem zentralen Platz – dem Plac Zgody – gelegen und von dort beobachtete er das Geschehen. Über seine Beobachtungen und die Kontakte, die er in der Zeit hatte, schrieb er in der Nachkriegszeit Erinnerungen nieder.<sup>2898</sup>

POMARANZ, ANNA arbeitete als Beamtin beim Präsidium der JSS.<sup>2899</sup>

---

<sup>2891</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2892</sup> DANIEL FRAENKEL/JAKOB BORUT: Lexikon der Gerechten unter den Völkern: Deutsche und Österreicher, Göttingen 2005, S. 334–336.

<sup>2893</sup> Bescheinigung, 05.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 291.

<sup>2894</sup> Vgl. dazu etwa I.2.2.

<sup>2895</sup> VEJ 9, S. 69.

<sup>2896</sup> <[archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/leib-neustadt.html](http://archives.jdc.org/exhibits/in-memoriam/leib-neustadt.html)> (12.08.2015).

<sup>2897</sup> Vgl. I.2.2.

<sup>2898</sup> PANKIEWICZ: Apotheke.

<sup>2899</sup> Bescheinigung, 25.03.1941, AŽIH, 211 aneks/34, Bl. 99 oder auch Bescheinigung, 10.04.1941, AŽIH, 211 aneks/38, Bl. 240.

REINHARDT, MAX (1873–1943) war ein österreichischer Theaterregisseur und Intendant. Unter anderem war er im Jahr 1901 Mitbegründer der in Berlin aus dem „Überbrett“ entwickelten Kleinkunsthöhne „Schall und Rauch“ – das spätere „Kleine Theater Unter den Linden“ – dessen Leitung er 1902 neben dem „Neuen Theater“, dem späteren „Theater am Schiffbauerdamm“, übernahm. Max Reinhardt gründete 1905 die Schauspielschule Berlin.<sup>2900</sup>

RHOADS, J. EDGAR war ein Delegierter der *Quäker*-Organisation, der in deren Auftrag in das Generalgouvernement reiste, um die Verteilung der Spenden zu kontrollieren.<sup>2901</sup>

RINGELBLUM, EMMANUEL (1900–1944) war Historiker. Er war maßgeblich an dem Aufbau des Archivs im Untergrund des Warschauer Ghettos beteiligt – Oneg Shabbat-Archiv –, das heute auch nach ihm mit Ringelblumarchiv bezeichnet wird.<sup>2902</sup> Ringelblum war Generalsekretär der *Koordinierungskommission* in Warschau.<sup>2903</sup>

RONIKIER, ADAM (1881–1952) war ein polnischer, konservativer Politiker. Bereits während des ersten Weltkriegs stand der der polnischen Fürsorge vor. Im Zweiten Weltkrieg setzten ihn die Besatzer zum Vorsitzenden des *PHA* und des übergeordneten *HHÄ* ein.<sup>2904</sup>

ROPA, JAN war als Nichtjude beim Präsidium der *JSS* als Bote beschäftigt.<sup>2905</sup>

ROSENBLUM, JAKUB war bei der *Koordinierungskommission* in Warschau für die Gesundheitspflege durch *Toż* verantwortlich.<sup>2906</sup>

ROZANSKI, ADOLF war als Beamter bei dem Präsidium der *JSS* beschäftigt. Seine Hauptaufgabe war die Leitung des Referats „Ausländische Verwandtenhilfe“ und des Archivs.<sup>2907</sup>

SANNE, LOUIS (1875–1940) war Beauftragter des DRK im Generalgouvernement von Januar 1940 bis zu seinem Tod im Oktober desselben Jahres. Er hatte von 1915 bis 1935 die Arbeit der Rotkreuzorganisation in Hamburg maßgeblich bestimmt. Anfang der 1920er Jahre war Sanne im Auftrag des DRK über längere Zeit in den USA und beriet die amerikanischen Hilfsorganisationen bei ihrer karitativen Arbeit für die notleidende deutsche Bevölkerung. Sanne lebte vor seiner Tätigkeit im Generalgouvernement seit 1935 im Ruhestand in Meran.<sup>2908</sup>

---

<sup>2900</sup> GUSTI ADLER: Max Reinhardt. Sein Leben. Biographie unter Zugrundelegung seiner Notizen für eine Selbstbiographie, seiner Briefe, Reden und persönlichen Erinnerungen, Salzburg 1965 oder auch JOHN L. STYAN: Max Reinhardt, Cambridge 1982.

<sup>2901</sup> Vgl. I.2.2.

<sup>2902</sup> Vgl. zu Leben Ringelblums v.a. KASSOW: Ringelblums Vermächtnis.

<sup>2903</sup> Vgl. WEICHERT: Aleinhilf, S. 10. Vgl. dazu auch DERS.: Milchome, S. 18 sowie AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 2.

<sup>2904</sup> Adam Ronikier: Pamiętniki 1939–1945, Kraków 2001.

<sup>2905</sup> Vgl. etwa *JSS* an den Stadthauptmann der Stadt Krakau betr. „Erlaubnisschein zum Betreten des Judenwohnbezirkes für unseren Boten Jan Ropa“, 29.07.1942, AŽIH, 211 aneks/87, Bl. 254.

<sup>2906</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 210/35.

<sup>2907</sup> Abschrift *JSS* an das Arbeitsamt Krakau, Nebenstelle jüdischer Wohnbezirk, 05.06.1941, AŽIH, 211 aneks/45, Bl. 14f.

<sup>2908</sup> MORGENBROD/MERKENICH: Deutsches Rotes Kreuz, S. 307.

SCHENIRER, HELA war als „*als Wirtschafterin und Bedienerin vom Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe*“ beschäftigt.<sup>2909</sup> Bis zur Einrichtung des Ghettos in Krakau wohnten die aus Warschau stammenden Mitglieder des Präsidiums der JSS bei ihr während der Zeit der Sitzungen und Weichert dauerhaft.<sup>2910</sup>

SCHINDLER, OSKAR (1908–1974) war ein Industrieller im Generalgouvernement, der in seinem Betrieb und dem angeschlossenen Zwangsarbeitslager Juden und Jüdinnen beschäftigt. Diese wurden im Jahr 1944 mit einem Transport in ein Außenlager von Groß-Rosen deportiert. Dieser Transport rettete ihnen das Leben. Schindler wurde aus diesem Grund von Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.<sup>2911</sup>

SCHNEEWEIS, ANNA (1910–?) war Sekretärin des Präsidiums der JSS und gehörte zu den von Oskar Schindler geretteten Juden und Jüdinnen.<sup>2912</sup>

SEGALOWICZ, KLARA (1897–1943) war eine berühmte polnisch-jüdische Schauspielerin. Sie war mit dem Leiter des JDC-Büros in Warschau, Leon Neustadt, verheiratet.<sup>2913</sup>

SEYFRIED, EDMUND war der Direktor des *Polnischen Hauptausschuss*.<sup>2914</sup>

SIEBERT, FRIEDRICH (1903–1966) war ab 1931 NSDAP-Mitglied. Ab Oktober 1939 war der Leiter der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Mit einer Unterbrechung hatte er dieses Amt bis 1943 inne. 1948 wurde in der Krakau zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung wurde er Bürgermeister in Prien/Chiemsee.<sup>2915</sup>

SILBERSCHEIN, ALFRED führte bis 1941 das *Committee for Relief of the War-stricken Jewish Population* in der Schweiz.<sup>2916</sup>

ŚLIWIŃSKI, ARTUR (1877–1953) war ein polnischer Politiker. Nach dem Überfall auf Polen war er Leiter der *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe*.<sup>2917</sup>

SPIEGEL, RACHELA war als Beamtin beim Präsidium der JSS tätig.<sup>2918</sup>

---

<sup>2909</sup> Bescheinigung, 14.03.1941, AŻIH, 211 aneks/34, Bl. 311.

<sup>2910</sup> Vgl. dazu II.1.4.

<sup>2911</sup> Vgl. dazu etwa MIECZYSLAW PEMPER: Der rettende Weg. Schindlers Liste – die wahre Geschichte, Hamburg 2005 oder auch DAVID M. CROWE: Oskar Schindler, Frankfurt am Main 2005 oder auch JITKA GRUNTOVÁ: Die Wahrheit über Oskar Schindler. Weshalb es Legenden über „gute Nazis“ gibt. Übersetzt und herausgegeben von KLAUS KUKUK, Berlin 2010.

<sup>2912</sup> Vgl. vorliegende Studie.

<sup>2913</sup> Polski Słownik Biograficzny, Warszawa-Kraków 1995, S. 154.

<sup>2914</sup> Vgl. etwa II.1.7.2.

<sup>2915</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 581.

<sup>2916</sup> HANNA ZWEIG-STRAUSS: Saly Mayer (1882 – 1950). Ein Retter jüdischen Lebens während des Holocaust, Köln u.a. 2007, S. 191.

<sup>2917</sup> AŻIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2918</sup> Bescheinigung, 10.04.1941, AŻIH, 211 aneks/38, Bl. 239.

STERN, IZAAK (1901–?) lernte Handelswissenschaften in Krakau und Wien und war vor dem Zweiten Weltkrieg als Prokurist in Krakau tätig.<sup>2919</sup> Stern lebte nach Ausbruch des Kriegs zunächst weiter in Krakau und arbeitete für *Toż* und *JDC*.<sup>2920</sup> Er war ab März 1941 als Buchhalter im Präsidium der *JSS* tätig.<sup>2921</sup> Später war in der „Deutschen Emailwarenfabrik“ von Oskar Schindler angestellt.<sup>2922</sup> Er kam im Jahre 1943 in das Lager Plaszow und im Herbst 1944 in das Lager Brännlitz. Dort wurde er 1945 befreit. Er heiratete noch im Jahre 1945 in Krakau. Im Jahr 1949 wanderte er nach Israel aus, seine Frau folgte ihm 1950. Er war dort Leiter einer Fabrik in Giwat Herzl und wohnte in Tel Aviv.<sup>2923</sup>

STERN, NATAN arbeitete als leitender Beamter bei der *JSS*<sup>2924</sup> und führte das Referat „Ernährungshilfe und Sachzuwendungen“. <sup>2925</sup> Er überlebte den Krieg als „Schindler-Jude“. <sup>2926</sup>

STRZELECKI, JAN (1919–1988) war Stellvertreter des Leiters des *Hauptstädtischen Komitees für Soziale Selbsthilfe*.<sup>2927</sup>

SWIFT, ERNEST war ein Vertreter des *Amerikanischen Roten Kreuzes*, der in dessen Auftrag in das Generalgouvernement reiste, um Verteilung der Spenden zu kontrollieren.<sup>2928</sup>

SZALMAN, JÓZEF war beim *JDC* in Warschau tätig.<sup>2929</sup> Er wurde unter anderem als Inspektor eingesetzt.<sup>2930</sup>

TEITELBALBAUM, SAMUEL war Büroangestellter beim Präsidium der *JSS*.<sup>2931</sup>

TISCH, ELIASZ (1889–1956) war Rechtsanwalt und Politiker. Seit seiner Jugend war der zionistischer Aktivist in Ostgalizien. Er war im Präsidium der *JSS* tätig. Ab 1943 in Plaszow interniert, dennoch Mitarbeit bei der *JUS*.<sup>2932</sup>

<sup>2919</sup> Dr. Ball-Kaduri: Bericht ueber eine Zeugenaussage der Herrn Jizchak Stern, Tel-Aviv, Sokolow Str. 26, ueber Krakau, Lager Plaszow, Lager Bruennlitz, unter Benutzung von Originalmaterial, das von Herrn Schindler zur Veruegung gestellt wurde – angefertigt im Dezember 1956, YVA, O.1-164, Bl. 8–84, hier: Bl. 8f.

<sup>2920</sup> Ebd., Bl. 15–17.

<sup>2921</sup> Bescheinigung, 29.03.1941, AŽIH, 211 aneks/35, Bl. 249.

<sup>2922</sup> Dr. Ball-Kaduri: Bericht ueber eine Zeugenaussage der Herrn Jizchak Stern, Tel-Aviv, Sokolow Str. 26, ueber Krakau, Lager Plaszow, Lager Bruennlitz, unter Benutzung von Originalmaterial, das von Herrn Schindler zur Veruegung gestellt wurde – angefertigt im Dezember 1956, YVA, O.1/164, Bl. 8–84, hier: Bl. 47f.

<sup>2923</sup> Ebd., Bl. 8f.

<sup>2924</sup> Bescheinigung, 11.04.1941, AŽIH, 211 aneks/38, Bl. 211.

<sup>2925</sup> Abschrift *JSS* an das Arbeitsamt Krakau, Nebenstelle jüdischer Wohnbezirk, 05.06.1941, AŽIH, 211 aneks/45, Bl. 14f.

<sup>2926</sup> K.L. Gross-Rosen-A.L. Brännlitz/Liste der männl. Häftlinge, YVA, O.1/146, Bl. 115–128, hier: Bl. 122.

<sup>2927</sup> AŽIH, 302/25, Bd. 1, S. 1.

<sup>2928</sup> Vgl. I.2.2.

<sup>2929</sup> CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto, S. 33.

<sup>2930</sup> BAUER: American Jewry, S. 89.

<sup>2931</sup> *JSS* an BuF betr. „Anstellung“, 05.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 334.

<sup>2932</sup> VEJ 4, S. 384f.

TÜRK, RICHARD (1903–1984) Gau-, Schulungs- und Reichsredner. Er trat 1925 in die NSDAP ein und war Untergauleiter Niederschlesien. Ab 1944 war er Mitglied des Reichstags. Ab 1934 war er Bürgermeister in Schreiberhau/Riesengebirge. Er wurde im Januar 1940 Chef der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Distriktverwaltung Lublin und ab 1942 Referent für fremdvölkische Fürsorge und Judenfragen in der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Während dieser Zeit war er unter anderem für Deportationen nach Belzec verantwortlich. In der Nachkriegszeit war er unter anderem in einer Baumschule und auf einem Weingut tätig und eröffnete schließlich 1951 ein Reformhaus in Saarburg. 1958 wurde er Verlagsleiter beim Wegweiser-Verlag in Frankfurt am Main. Er war zudem Landesgeschäftsführer des „Bundes der Vertriebenen“ in Rheinland-Pfalz.<sup>2933</sup>

TURKOW, JONAS (1898-1988). Er war ein jüdisch-polnischer Regisseur und Schauspieler. Während des Zweiten Weltkrieges kämpfte er u.a. im polnischen Untergrund. 1947 wanderte er zunächst in die USA und in den 1960er Jahren nach Israel aus.<sup>2934</sup> Er hat im Warschauer Ghetto für den Judenrat und die Jüdische Wohlfahrt in den Jahren 1941/42 gearbeitet.<sup>2935</sup> Auf einer Meldekarte für Juden ist er als Leiter des Zentralstelle für soziale Fürsorge des Jüdischen Hilfskomitees Warschau am 1.XI.1939 eintragen – allerdings muss die Bescheinigung später ausgestellt worden sein, da der Name bereits mit *Jüdische Soziale Selbsthilfe* angegeben wird.<sup>2936</sup> Auch seine Frau Dyna Turkow war im „Jüdischen Wohlfahrtsverein Warschau“ tätig.<sup>2937</sup>

WEICHERT, FRYMETA war Ehefrau Michal Weicherts. Sie arbeitete bei der JUS.<sup>2938</sup>

WEICHERT, JÓZEF war Sohn Michal Weicherts. Während der NS-Zeit war er unter anderem zur Zwangsarbeit bei den Lager- und Instandsetzungswerkstätten des SS- und Polizeiführers in Krakau als Elektrotechniker eingesetzt.<sup>2939</sup> Er arbeitete bei der JUS.<sup>2940</sup>

WEICHERT, RUTH ELLEN war Tochter Michal Weicherts. Sie war während der NS-Zeit unter anderem in einer Arbeitsstätte des SSPF Krakau zur Zwangsarbeit eingesetzt. Sie arbeitete bei der JUS.<sup>2941</sup>

---

<sup>2933</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 632.

<sup>2934</sup> Zu seinem Leben im Allgemeinen vgl. Jonas Turkow, in: Encyclopaedia Judaica, Bd. 20, S. 203.

<sup>2935</sup> Vgl. die entsprechenden Ausweise, AŽIH, S 364 oder auch Bescheinigung, 09.01.1940, AŽIH, S 364. „Hiermit wird bescheinigt, dass Herr Jonas Turkow als Beamter der Koordinierungskommission des Warschauer Komitees für soziale Fürsorge täglich von 8 Uhr früh bis 17 Uhr nachmittags beschäftigt ist. Es wird höfll. ersucht den Genannten zu anderweitigen Arbeiten nicht heranzuziehen. Gültig bis zum 31. Januar 1940“

<sup>2936</sup> Vgl. Meldekarte Jonas Turkow, AŽIH, S 364.

<sup>2937</sup> Vgl. die entsprechenden Ausweise, AŽIH, S 364.

<sup>2938</sup> Vgl. Kapitel III.

<sup>2939</sup> Vgl. Beschäftigungsausweis von Józef Weichert, 22.02.1942, AŽIH, Nachlass Michal Weichert, nicht paginiert.

<sup>2940</sup> Vgl. Kapitel III.

<sup>2941</sup> Vgl. Kapitel III.



WEIRAUCH, LOTHAR (1908–1983) war Jurist. Er trat 1930 der SA und 1932 der NSDAP bei. Ab 1930 war er stellvertretender Kampfgruppenführer des NS-Studentenbunds und ab 1933 Kreisgruppenführer der Jungjuristen. In den Jahren von 1934 bis 1940 war er Leiter der Gauhauptabteilung Berufsbetreuung im NS-Rechtswahrerbund. Ab September 1939 war er stellvertretender Leiter und ab Mai 1941 Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in der Hauptabteilung „Innere Verwaltung“ der Regierung des Generalgouvernements. Er war am 27. Oktober 1942 als Teilnehmer der „Endlösungskonferenz“ im Eichmann-Referat und maßgeblich für die Judendeportation in die Vernichtungslager. In der Nachkriegszeit war er ab 1948 geschäftsleitend bei der FDP in Nordrhein-Westfalen tätig und von 1950 bis 1954 Bundesgeschäftsführer der FDP in Bonn. Ab 1956 war er Ministerialrat im Bundesverteidigungsministerium und ab 1960 Ministerialdirigent. In den Jahren von 1964 bis 1973 war er Ministerialdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Insgeheim war er Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR.<sup>2942</sup>

WIELIKOWSKI, GUSTAW war Mitglied im Präsidium der JSS und Mitglied im Judenrat der Stadt Warschau.<sup>2943</sup>

WOLLER, KOPPEL war als Heizer sowie Gebäudeverwalter beim Präsidium der JSS tätig.<sup>2944</sup>

WÜHLISCH, JOHN VON (AUCH: JOHANN) (1889-1943) war Beauftragter des „Auswärtigen Amtes“ im Generalgouvernement.<sup>2945</sup>

ZABŁUDOWSKI, BENJAMIN (?–1942) war bis zu seinem Tod Mitglied im Präsidium der JSS und zugleich Mitglied des Warschauer Judenrates.<sup>2946</sup> In der *Koordinierungskommission* in Warschau war er für die *Centos*-Anstalten zuständig.<sup>2947</sup>

ZIMMERMANN, JUDA (1879-?) war Jurist. Er studierte an der Universität Krakau Rechtswissenschaft und war im Anschluss als Rechtsanwalt in Krakau tätig. Er „nahm regen Anteil am öffentlichen Leben und bekleidete verschiedene Ehrenämter u.a. als Rat der Industrie- und Handelskammer in Krakau.“ Zudem war er Mitglied des Vorstandes des Industrieverbandes in Krakau, Vorstandsmitglied des Jüdischen Kaufmännischen Vereines in Krakau, Mitglied des Verwaltungsrates der Jüdischen Kultusgemeinde, sowie Schöffe der Krakauer Stadtverwaltung, er betätigte sich in mehreren wirt-

<sup>2942</sup> KLEE: Personenlexikon, S. 663.

<sup>2943</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>2944</sup> JSS an BuF betr. „Anstellung“, 05.04.1941, AŽIH, 211 aneks/37, Bl. 334.

<sup>2945</sup> Vgl. dazu etwa CONZE u.a.: Das Amt, S. 225f. sowie BERNARD WIADERNY: Der polnische Untergrundstaat und der deutsche Widerstand: 1939–1944, Berlin 2002, S. 3.

<sup>2946</sup> Vgl. dazu etwa Protokoll der I. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 5. September 1940, AŽIH, 211 aneks/7. Auch vorhanden in YVA, O.21/18, Bl. 1–4.

<sup>2947</sup> Vgl. dazu etwa AŽIH, 210/35.

schaftlichen Wohlfahrtsvereinen, Schul- und Turnverbänden, war ferner Vertrauensmann der Wiener-Österreichischen Semperitwerke, Vorstandmitglied der Krakauer Berson-Semperit Gummierkefabrik A.G., stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Industrierwerke Biezanów Hefefabrik A.G. sowie Mitglied der Revisionskommission der Bleistiftfabrik A.G.<sup>2948</sup> Zimmermann, der war Berater des Distriktchefs Krakau der JSS und ab Oktober 1940 für kurze Zeit Mitglied des Präsidiums.<sup>2949</sup>

---

<sup>2948</sup> Lebenslauf von Juda Zimmermann, AŻIH, 211 aneks/24, Bl. 260.

<sup>2949</sup> Abschrift Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe an die Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge betr. „Wahl eines Mitglieds des Präsidiums“, 25.10.1940, AŻIH, 211 aneks/24, Bl. 259.

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAN	Archiwum Akt Nowych [Archiv neuer Akten]
Abt.	Abteilung
AJDC/A.J.D.C./JDC	American Joint Distribution Committee
AfZ	Archiv für Zeitgeschichte Zürich
Anm.	Anmerkung
APK	Archiwum Państwowe w Krakowie [Staatsarchiv Krakau]
APL	Archiwum Państwowe w Lublinie [Staatsarchiv Lublin]
APW	Archiwum Państwowe Miasta Stolecznego Warszawy [Staatsarchiv der Hauptstadt Warschau]
AŻIH	Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego [Archiv des Jüdischen Historischen Institutes]
BAB	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
Bd.	Band
BdO	Befehlshaber der Ordnungspolizei
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
BJ	Biblioteka Jagiellońska [Jagiellonen Bibliothek]
Bl.	Blatt
BuF	Bevölkerungswesen und Fürsorge
BŻIH	Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego [Bulletin des Jüdischen Historischen Institutes]
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
Cekabe	Centrala Kaś Bezprocentowych [Zentrale zinslose Darlehenskasse]
Centos	Centralne Towarzystwo Opieki nad sierotami [Zentralgesellschaft für die Betreuung von Waisen]
CZA	Central Zionist Archive
DA	Deutsche Ausrüstungswerke
DEF	Deutsche Emailwarenfabrik
DHM	Deutsches Historisches Museum
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DRK/D.R.K.	Deutsches Rotes Kreuz
Dok.	Dokument
EuL	Ernährung und Landwirtschaft

EUSHMM	Enzyklopädie des United States Holocaust Memorial Museum
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Generalgouvernement
GŻ	Gazeta Żydowska [Jüdische Zeitung] (im manchen Quellen auch die Abkürzung für Gmina Żydowska [Jüdische Gemeinde])
HA	Hauptabteilung
Hafip	Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen
HHa/H.H.A.	Haupthilfsausschuss
HIAS	Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
IZ	Instytut Zachodni [Westinstitut]
IZGG	Izba Zdrowia w Generalnym Gubernatorstwie [Gesundheitskammer im Generalgouvernement]
JDC	siehe: AJDC
JHK/J.H.K.	Jüdisches Hilfskomitee
JSS/J.S.S. (später J.S.)	Jüdische Soziale Selbsthilfe
JSH/J.S.H.	Jüdische Soziale Hilfe
JUS/J.U.S.	Jüdische Unterstützungsstelle
KdO	Kommandeur der Ordnungspolizei
NRO/N.R.O.	Naczelna Rada Opiekuńcza [Haupthilfsausschuss]
NSV/N.S.V.	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OD	Ordnungsdienst
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
ORT	Towarzystwo popierania rzemiosła [Gesellschaft zur Förderung des Handwerks]
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PCK	Polski Czerwony Krzyż [Polnisches Rotes Kreuz]
P.H.A.	Polnischer Hauptausschuss
PRK/P.R.K.	Polnisches Rotes Kreuz
RGO/R.G.O.	Rada Główna Opiekuńcza [Polnischer Hauptausschuss]
RI	Rüstungsinspektion
SIG	Schweizer Israelitischer Gemeindebund
SKSS/S.K.S.S.	Stoleczny Komitet Samopomocy Społecznej [Hauptstädtisches Komitee für Soziale Selbsthilfe]
SSPF	SS- und Polizeiführer

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Toprol	Stowarzyszenie Szerzenia Pracy Rolnej wśród Żydów [Vereinigung zur Förderung der Landwirtschaft unter den Juden]
TOZ	Towarzystwo Ochrony Zdrowia [Gesellschaft für Gesundheitsschutz]
UHA/U.H.A.	Ukrainischer Hauptausschuss
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum
VBIGG	Verordnungsblatt für das Generalgouvernement
YVA	Yad Vashem Archives
ZA	Zivilabteilung
ZfH	Zentrale für Handwerkslieferungen
ŻIH	Żydowski Instytut Historyczny [Jüdisches Historisches Institut]
ŻSS/Ż.S.S.	Żydowska Samopomoc Społeczna [Jüdische Soziale Selbsthilfe]

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellenverzeichnis

#### *Archivische Quellen*

##### ***Archiwum Akt Nowych***

- 111 Regierung des Generalgouvernements
- 125 Rada Główna Opiekuńcza w Krakowie 1939–1945
- 540 Starostwo Miejskie we Lwowie
- 1335 Niemieckie władze okupacyjne 1939–1945 – zbiór akt
- 1992 Seyfried Edmund (1889–1968) – Materiały nieuporządkowane

##### ***Archiv für Zeitgeschichte Zürich***

- ACICR
- SIG-Archiv

##### ***Archiv des Deutschen Roten Kreuzes Berlin***

- RK 16

##### ***Archiwum Państwowe m.st. Warszawy***

- Stadthauptmannschaft Warschau
- Przewodniczący Rady Żydowskiej w Warszawie
- Stadthauptmannschaft Warschau
- Kreishauptmannschaft Warschau-Land

##### ***Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego***

- 200 Centrala Towarzystw Opieki nad Sierotami [...] Warszawa-getto
- 210 American Joint Distribution Committee
- 211 Żydowska Samopomoc Społeczna
- 211 aneks Żydowska Samopomoc Społeczna
- 218 Rada Żydowska w Krakowie
- 221 Rada Żydowska w Warszawie
- 230 Varia z okresu okupacji
- 233 Dokumenty niemieckie
- 301 Relacje
- 302 Pamiątniki

303/XX/288

313/137

S/364 Spuścizna Jonasa Turkowa

nicht verzeichnete und signierte Box mit Teilen des Nachlasses Michał Weicherts

***Archiwum Państwowe w Krakowie***

pnn 63

pnn 64

SMKr 433

IZGG

PCK

PolKoKr

29/2125/1–64

***lochamej haGeta'ot***

Collection Section

Registry Holding

***Biblioteka Jagiellońska w Krakowie***

195/57–199/57

31/97–49/97

***Bundesarchiv Berlin Lichterfelde***

R 52 II

R 53 III

R 54

R 58

R 8150

***Central Zionist Archives***

C 3

***ITS***

Sammlungsbestände

***JDC-Archive***

Records of the American Jewish Joint Distribution Committee: New York office 1933–1944

***Jewish National and University Library***

ARC. Ms. Var. 371 (L)

***Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes***

P 43004

P 43074f.

P 43080f.

R 43083–R 43087

R 60691

R 60757

R 99390

R 99311

R 99340

R 99433

R 100880

R 100919

R 127544

***YIVO***

RG 532

***Yad Vashem Archives***

M.2

M.20

O.1

O.3

O.6

O.33

O.21

O.53

O.62

O.75

P.13

P.41

Bilddatenbank FA32–FA36.



***Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland***

B.2/1 Nachlass Joseph Wulf

*Gedruckte Quellen*

***Amtliche Druckschriften***

Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete/Verordnungsblatt für das Generalgouvernement, hg. vom Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements, Krakau 1939–1944.

Das Arbeitsrecht des Generalgouvernements. Die Regelungen der Arbeitsbedingungen insbesondere der Lohngestaltung im Generalgouvernement. Zusammengestellt und erläutert von Regierungsrat Dr. iur. Heinz Melies, Krakau 1943.

Das Recht der Ostgebiete. Einführung und Neuordnung für die eingegliederten Ostgebiete, für das Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig und das Generalgouvernement. Gesetzsammlung mit Einführungsvorschriften, Durchführungsverordnungen und Runderlassen. Bearbeitet von Hermann Schütze. 1. Nachtrag nach dem Stande vom 1.9.1942, Berlin 1942.

FRITZ ARLT (Hg.): Die Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt im Generalgouvernement. Heft 2 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940.

FRITZ ARLT: Vom Sinn und Aufbau des Gruppendezernats Bevölkerungswesen und Fürsorge, in: DERS. (Hg.): Die Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement. Heft 2 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940, S. 3–7.

DERS. (Hg.): Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement. Heft 3 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940.

HERBERT HEINRICH: Aufbau und Organisation der freien Wohlfahrt, in: FRITZ ARLT (Hg.): Die Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt im Generalgouvernement. Heft 2 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940, S. 28–38.

HANS MÜLLER: Aufbau und Organisation der staatlichen Fürsorge im Generalgouvernement. Eine Sammlung von Rechtsquellen nach dem Stande vom 1. September 1940 zur Bearbeitung von Anträgen Hilfsbedürftiger, in: FRITZ ARLT (Hg.): Die Ordnung der Fürsorge und der Wohlfahrt im Generalgouvernement. Heft 2 des Volkspolitischen Informationsdienstes der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung, Bevölkerungswesen und Fürsorge, Krakau 1940, S. 14–27.

### *Publizierte Quellen*

WŁADISŁAW BARTOSZEWSKI: Der Todesring um Warschau 1939–1944, Warszawa 1969.

WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI/ZOFIA LEWINÓWNA: Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, Warszawa 1969.

ADAM CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942. Übersetzt von SILKE LENT, München 1986.

ADAM CZERNIAKÓW: Im Warschauer Ghetto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942, München 2013.

STANISŁAW W. DOBROWOLSKI: Memuary Pacyfisty, Kraków 1989.

MAX FREIHERR DU PREL (Hg.): Das Deutsche Generalgouvernement. Ein Überblick über Gebiet, Gestaltung und Geschichte, Krakau 1940.

MAX FREIHERR DU PREL (Hg.): Das Generalgouvernement. Im Auftrage und mit einem Vorwort des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Frank, Würzburg 1942.

HEINRICH GOTTONG: Die Juden im Generalgouvernement, in: Das Vorfeld 1 (1940), 3. Folge, S. 20.

BRUNO HANS HIRCHE: Erlebtes Generalgouvernement, Krakau 1941.

WERNER HASSELBLATT: Rechtsgestaltung deutscher Polenpolitik nach volkspolitischen Gesichtspunkten. Im juristischen Teil als Vorlage für den nationalitätenrechtlichen Ausschuss der Akademie für deutsches Recht, Januar 1940.

MARCEL JUNOD: Kämpfer beidseits der Front, Zürich/Wien 1947.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

ABRAHAM I. KATSH (Hg.): Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des CHAIM A. KAPLAN, Frankfurt am Main 1967.

KAROLINA LANCKORŃSKA: Wspomnienia wojenne. 22 IX 1939 – 5 IV 1945, Kraków 2003.

KAROLINA LANCKORŃSKA: Mut ist angeboren. Erinnerungen an den Krieg 1939–1945. Aus dem Polnischen von KARIN WOLFF, Köln/Wien/Weimar 2003.

ALEXANDER LEWIN: So war es wirklich. Die letzten Lebensjahre und das Vermächtnis Janusz Korczaks, Gütersloh 1998.

MENACHEM LINDER: A ior jidische sotsiale aleinhilf, in: Bleter far geschichte 1 (1948), S. 3–13.

Die Judenausrottung in den deutschen Lagern. Augenzeugenberichte Posen – Kratzau – Auschwitz – Bergen–Belsen – Theresienstadt, Genf 1945.

JULIUS MADRITSCH: Menschen in Not! Meine Erlebnisse in den Jahren 1940 bis 1944 als Unternehmer im Generalgouvernement, Wien 1946.

JULIUS MADRITSCH: Menschen in Not! Meine Erlebnisse in den Jahren 1940 bis 1944 als Unternehmer im Generalgouvernement, Wien 1962 (2. Aufl., zuerst 1946).

HALINA NELKEN: Freiheit will ich noch erleben. Krakauer Tagebuch, Gerlingen 1996.

HEINRICH SCHÖNKER: Ich war acht und wollte Leben. Eine Kindheit in Zeiten der Shoah, Düsseldorf 2009.

TADEUSZ PANKIEWICZ: Aptekta w ghetcie krakowskim, Kraków 1946.

TADEUSZ PANKIEWICZ: Die Apotheke im Krakauer Ghetto, Essen u.a. 1995.

MIETEK PEMPER: Der rettende Weg. Schindlers Liste – die wahre Geschichte, Hamburg 2005.

MARCEL REICH-RANICKI: Mein Leben, München 2000.

EMMANUEL RINGELBLUM: Ksovim fun geto, Bd. 1: 1939–1942, Warszawa 1961.

EMANUEL RINGELBLUM: Ghetto Warschau. Tagebücher aus dem Chaos, Stuttgart 1967.

ADAM RONIŁKIER: Pamiętniki 1939–1945, Kraków 2001.

JACOB SLOAN (Hg.): Notes of the Warsaw Ghetto. The Journal of EMMANUEL RINGELBLUM, New York u.a. 1958.

WŁADYSŁAW SZPILMAN: Das wunderbare Überleben. Warschauer Erinnerungen 1939–1945, Düsseldorf/München 1998.

JONAS TURKOW: Azoi iz es gewen. Churbn Warsche, Buenos Aires 1948.

MICHAŁ WEICHERT: Jiddisches Theater, in: Menorah, 5 (1927), S. 408–410.

MICHAŁ WEICHERT: Zichroines. Band 1: Galitsie, Win, Berlin, Tel Aviv 1960.

MICHAŁ WEICHERT: Zichroines: Band 2: Warsche, Tel Aviv 1961.

MICHAŁ WEICHERT: Jidische Aleinhilf, Tel Aviv 1962.

MICHAŁ WEICHERT: Zichroines: Band 3: Milchome, Tel Aviv 1963.

MICHAŁ WEICHERT: Zichroines: Band 4: Nochn Churbn, Tel Aviv 1970.

FREDERIK WEINSTEIN: Aufzeichnungen aus dem Versteck. Erlebnisse eines polnischen Juden 1939–1946, Berlin 2006.

HERMANN WENKART: Befehlsnotstand anders gesehen. Tatsachenbericht eines juedischen Lagerfunktionärs, Wien 1963.

Zweieinhalb Jahre Pressearbeit im Generalgouvernement. Anlässlich der Einweihung des Hauses der Presse in Krakau überreicht von der Regierung des Generalgouvernements, März 1942.

Das Generalgouvernement

Gazeta Żydowska

**Quelleneditionen**

KLAUS-PETER FRIEDRICH (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 4: Polen September 1939 – Juli 1941, München 2011.

KLAUS-PETER FRIEDRICH (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Band 9: Generalgouvernement August 1941 – 1945, München 2014.

WERNER PRÄG/WOLFGANG JACOBMEYER (Hg.): Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen. 1939–1945, Stuttgart 1975.

WASYL VERYHA: The Correspondence of the Ukrainian Central Committee in Cracow and Lviv with the German Authorities, 1939–1944, Toronto 2000.

Faschismus –Ghetto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1962.

**Literaturverzeichnis**

HIRSZ ABRAMOWICZ: Profiles of a Lost World. Memoires of East European Jewish Life before World War II, Detroit 1999.

CHIMEN ABRAMSKY/MACIEJ JACHIMCZEK/ANTONY POLONSKY (Hg.): The Jews in Poland, Oxford 1987.

GUSTI ADLER: Max Reinhardt. Sein Leben. Biographie unter Zugrundelegung seiner Notizen für eine Selbstbiographie, seiner Briefe, Reden und persönlichen Erinnerungen, Salzburg 1965.

SALOMON ADLER-RUDEL: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974.

GÖTZ ALY/SUSANNE HEIM: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung, Hamburg 1991.

GÖTZ ALY: „Endlösung“. Völkerverschiebung und Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 1998.

ANGELINA AWUTSZEWSKA-ETTRICH: Plaszow – Stammlager, in: WOLFGANG BENZ/BARBARA DISTEL (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 8: Riga, Warschau, Kaunas, Vaivara, Plaszow, Klooga, Chelmo, Belzec, Treblinka, Sobibor, Berlin 2008, S. 235–287.

AHARON APPELFELD: A different Testimony, in: WALTER SCHMITZ (Hg.): Erinnerter Shoah. Die Literatur der Überlebenden. The Shoah remembered, Dresden 2003, S. 3–10.

YAIR AURON: The Banality of Indifference. Zionism and the Armenian Genocide, New Brunswick 2009.

FRANK BAJOHHR/ANDREA LÖW (Hg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015.

YEHUDA BAUER: American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945, Detroit 1981.

WOLFGANG BENZ U.A. (Hg.): Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996.

TATIANA BERENSTEIN/ADAM RUTKOWSKI: Hilfsaktionen für Juden in Polen 1939–1945, Warschau 1963.

WOLFGANG BENZ/BARBARA DISTEL (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 8: Riga, Warschau, Kaunas, Vaivara, Plaszow, Klooga, Chelmo, Belzec, Treblinka, Sobibor, Berlin 2008.

BENJAMIN BLOCH: Zedeka – die Gerechtigkeit, in: Tribüne (38) 1999, S. 127–139.

JOST G. BLUM: Zur Transkription des Standartjiddisch, in: Jiddistikmitteilungen 7 (1992), S. 1–30.

HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/BOGDAN MUSIAL: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945, in: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ/KLAUS ZIEMER (Hg.): Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000, S. 43–111.

HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 bis 1945, in: BERNHARD CHIARI/JERZY KOCHANKOWSKI (Hg.): Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2003, S. 51–86.

HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Der Kollaborationsvorwurf in der polnischen und jüdischen Öffentlichkeit nach 1945. Das Beispiel Michał Weichert, in: JOACHIM TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa, Wiesbaden 2006, S. 250–288.

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ/KLAUS ZIEMER (Hg.): Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000.

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.

CHRISTOPHER R. BROWNING: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003.

MICHA BRUMLIK/SUSANNE MEINL/WERNER RENZ (Hg.): Gesetzliches Unrecht. Rassistisches Recht im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main u.a. 2005.

TATIANA BRUSTIN-BERENSTEIN: Jüdische Soziale Selbsthilfe, in: WOLF GRUNER (Hg.): Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, Berlin 1990, S. 156–174.

ANNA-VERA SULLAM CALIMANI: A Name for Extermination, in: The Modern Language Review 94 (1999), S. 978–999.

BERNHARD CHIARI/JERZY KOCHANKOWSKI (Hg.): Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2003.

DAVID M. CROWE: Oskar Schindler, Frankfurt am Main 2005.

WILLI DREßEN/VOLKER RIEß: Ausbeutung und Vernichtung. Gesundheitspolitik im Generalgouvernement, in: NORBERT FREI (Hg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 157–172.

ANNEGRET EHMANN/WOLFGANG DRESSEN (Hg.): Jüdisches Leben, Berlin 1985.

DAVID ENGEL: Who is a Collaborator? The Trials of Michal Weichert, in: SŁAWOMIR KAPRAŁSKI (Hg.): The Jews in Poland. Bd. 2, Krakau 1999, S. 339–370.

ESTER FARBSTEIN: Hidden in Thunder. Perspectives on Faith, Halachah and Leadership during the Holocaust, Jerusalem 2002.

NORBERT FREI (Hg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991.

KLAUS-PETER FRIEDRICH: Zusammenarbeit und Mittäterschaft in Polen 1939–1945, in: CHRISTOPH A. DIECKMANN (Hg.): Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945, Göttingen 2005 (2. Auflage, zuerst 2003), S. 113–150.

CHRISTIAN GERLACH: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.

GIDEON GREIF: Anklageschrift: Deutsche, Polen, Juden. Die Versteck-Tagebücher von Cael Perchodnik, in: WALTER SCHMITZ (Hg.): Erinnerter Shoah. Die Literatur der Überlebenden. The Shoah remembered, Dresden 2003, S. 27–41.

WOLF GRUNER (Hg.): Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, Berlin 1990.

JITKA GRUNTOVÁ: Die Wahrheit über Oskar Schindler. Weshalb es Legenden über „gute Nazis“ gibt. Übersetzt und herausgegeben von KLAUS KUKUK, Berlin 2010.

ISRAEL GUTMAN: The Jews of Warsaw, 1939–1945. Ghetto, Underground, Revolt, Brighton 1982.

INGO HAAR: Bevölkerungspolitik im Generalgouvernement. Nationalitäten-, Juden- und Siedlungspolitik im Spannungsfeld regionaler und zentraler Initiativen, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 281–305.

ULRICH HERBERT: Holocaust-Forschung in Deutschland. Geschichte und Perspektiven einer schwierigen Disziplin, in: FRANK BAJOHHR/ANDREA LÖW (Hg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015, S. 31–79.



ESRIEL HILDESHEIMER: Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994.

GERHARD HIRSCHFELD: Formen nationalsozialistischer Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg, in: JOACHIM TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa, Wiesbaden 2006, S. 40–55.

JOHANNES HÜRTER/JÜRGEN ZARUSKY (Hg.): Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008.

STEFI JERSCH-WENZEL/FRANCOIS GUESNET (Hg.): Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln u.a. 2000.

LARS JOCKHECK: Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945, Osnabrück 2006.

ANNA JODŁOWIEC-DZIEDZIC/STANISŁAW PIWOWARSKI: The Holocaust of Cracow Jews on the 60th anniversary of the liquidation of the Cracow Ghetto, Krakau 2006.

ŚLAWOMIR KAPRAŁSKI (Hg.): The Jews in Poland. Bd. 2, Krakau 1999.

FELICJA KARAY: Death Comes in Yellow. Skarzysko-Kamienna Slave Labor Camp, Amsterdam 1996.

SAMUEL D. KASSOW: Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbeck bei Hamburg 2010.

JANUSZ KŁAPEĆ: Rada Główna Opiekuńcza w dystrykcie Lubelskim w latach 1940–1944, Lublin 2011.

RYSZARD KOTARBA: Niemiecki Obóz w Płaszowie 1942–1945, Warszawa/Kraków 2009.

DAVID KRAMER/ROLF LANDWEHR: Zur Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege – von der Emanzipation zur Vernichtung, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 40 (1989), S. 18–25.

BOGDAN KROLL: Opieka i samopomoc społeczna w Warszawie 1939–1945. Stoleczny Komitet Samopomoc Społecznej i Warszawskie agendy Rady Głównej Opiekuńczej, Warszawa 1977.

BOGDAN KROLL: Rada Główna Opiekuńcza. 1939–1945, Warszawa 1985.

ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT U.A. (Hg.): „Żegota”. Rada Pomocy Żydom 1942–1945, Warszawa 2002.

ROLF LANDWEHR: Zur Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland, in: ANNEGRET EH-MANN/WOLFGANG DRESSEN (Hg.): Jüdisches Leben, Berlin 1985, S. 44–53.

ANDREA LÖW: „Nicht in Melancholie verfallen“. Reaktionen jüdischer Minderheiten im deutsch besetzten Polen 1939–1941, in: KLAUS-MICHAEL MALLMANN/BOGDAN MUSIAL (Hg.): Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, Darmstadt 2004, S. 170–186.

ANDREA LÖW: Zwischen Untergang und Selbsthilfe. Juden im Kreis Radzyn während des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG 53 (2005), S. 716–735.

ANDREA LÖW/MARKUS ROTH: Juden in Krakau unter deutscher Besatzung, Göttingen 2011.

ANDREA LÖW/MARKUS ROTH: Das Warschauer Getto: Alltag und Widerstand im Angesicht der Vernichtung, München 2013.

ANDREA LÖW: Handlungsspielräume und Reaktionen der jüdischen Bevölkerung in Ostmitteleuropa, in: FRANK BAJOHR/ANDREA LÖW (Hg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015, S. 237–254.

INGO LOOSE: Kredite für NS-Verbrecher. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, Oldenburg 2007.

CZESŁAW MADAJCZYK/BERTOLD PUCHERT: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen. 1939–1945, Berlin 1987.

CZESŁAW MADAJCZYK: Allgemeine Richtlinien der deutschen Besatzungspolitik in Polen, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 37–51.

STEFAN MÄCHLER: Hilfe und Ohnmacht. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die nationalsozialistische Verfolgung 1933–1945.

DIETMUT MAJER: Das besetzte Europa als deutsche Kolonie (1939–1944). Die Pläne der NS-Führung zur Beherrschung Osteuropas, in: MICHA BRUMLIK/SUSANNE MEINL/WERNER RENZ (Hg.):

Gesetzliches Unrecht. Rassistisches Recht im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main u.a. 2005, S. 111–135.

PIOTR MAJEWSKI: Nationalsozialistische Unterdrückungsmaßnahmen im Generalgouvernement während der Besatzung, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 173–196.

KLAUS-MICHAEL MALLMANN/BOGDAN MUSIAL (Hg.): Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, Darmstadt 2004.

KLAUS-MICHAEL MALLMANN: „... Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören“. Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: KLAUS-MICHAEL MALLMANN/BOGDAN MUSIAL (Hg.): Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, Darmstadt 2004, S. 71–89.

ANDRZEJ MARCINKIEWICZ: Słownik niemieckich nazw miejscowości Drugiej Rzeczypospolitej pod kontrolą III Rzeszy (1939–1945), Warszawa 2003.

JOSEPH MARCUS: Of the Social and Political History of Jews in Poland 1919–1939, Berlin 1983.

GRZEGORZ MAZUR: Der Widerstand im Generalgouvernement 1939–1945, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 405–426.

BEATE MEYER: Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.

HOLGER MICHAEL: Zwischen Davidstern und roter Fahne. Juden in Polen im XX. Jahrhundert, Berlin 2007.

DAN MICHMAN: Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust, Frankfurt am Main 2012.

JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK: Judenmord in Zentralpolen. Das Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007.

JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009.

JACEK ANDRZEJ MLYNARCZYK: Zwischen Kooperation und Verrat. Zum Problem der Kollaboration im Generalgouvernement 1939–1945, in: JACEK ANDRZEJ MLYNARCZYK (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 345–383.

BIRGIT MORGENBROD/STEPHANIE MERKENICH: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933–1945, München 2008.

BOGDAN MUSIAL: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 2011 (2. Auflage, zuerst 2000).

PETER ORTAG: Jüdische Kultur und Geschichte. Ein Blick, Potsdam 2004.

HANS-MARTIN OTTMER: „Weserübung“ – Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940, München 1994.

GUNNAR S. PAULSSON: Hilfe für Juden und jüdische Selbsthilfe in Warschau (1940–1945), in: BEATE KOSMALA (Hg.): Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945, Berlin 2002, S. 297–307.

WŁADISŁAW B. PAWLAK: Urodzeni w Warszawie. Opowieść, Warszawa 1986.

HANS-CHRISTIAN PETERSEN: „Ordnung schaffen“ durch Bevölkerungsverschiebung. Peter-Heinz Seraphim oder der Zusammenhang zwischen „Bevölkerungsfragen“ und Social Engineering, in: Historical Social Research 31 (2006), S. 282–307.

DIETER POHL: Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt am Main 1993.

DIETER POHL: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996.

NEHEMIA POLEN: The Holy Fire. The Teachings of Rabbi Kalonymus Kalman Shapira, the Rebbe of the Warsaw Ghetto, Lanham 1999.

TERESA PREKEROWA: Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942–1945, Warszawa 1982.

THOMAS RAHE: „Höre Israel“. Jüdische Religiosität in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Göttingen 1999.

MARKUS ROTH: Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.

MARKUS ROTH/ANNALENA SCHMIDT: Judenmord in Ostrów Mazowiecka. Tat und Ahnung, Berlin 2013.

ARNON RUBIN: Facts and Fictions about the Rescue of Polish Jewry during the Holocaust: Jewish Welfare Services in the Occupied Poland, Tel Aviv 2003.

RUTA SAKOWSKA: Dwa etapy. Hitlerowska polityka eksterminacji Żydów w oczach ofiar. Szkic historyczny i dokumenty, Warszawa 1986.

RUTA SAKOWSKA: Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer. Ein historischer Essay und ausgewählte Dokumente aus dem Ringelblum-Archiv 1941–1943, Berlin 1993.

RUTA SAKOWSKA: Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939–1943, Osnabrück 1999.

SONJA SCHWANENBERG: Die wirtschaftliche Ausbeutung des Generalgouvernements durch das Deutsche Reich 1939–1945, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK: Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 103–130.

ROBERT SEIDEL: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn 2006.

DAVID SILBERKLANG: Gates of Tears. The Holocaust in the Lublin District, Jerusalem 2013.

DAVID SILBERKLANG: Am seidenen Faden. Überlegungen zum Schicksal der Juden im besetzten Polen 1939–1945, in: JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK: Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, S. 233–249.

ALINA SKIBIŃSKA: Źródła do badań nad zagładą Żydów na okupowanych ziemiach polskich, Warszawa 2007.

JOHN L. STYAN: Max Reinhardt, Cambridge 1982.

BOZENA SZAYNOK: Jüdische Selbsthilfe in Polen 1945–1950, in: STEFI JERSCH-WENZEL/FRANCOIS GUESNET (Hg.): Juden und Armut in Mittel- und Osteuropa, Köln u.a. 2000, S. 435–453.

JOACHIM TAUBER (Hg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa, Wiesbaden 2006.

TATJANA TÖNSMEYER: Besatzung als europäische Erfahrungs- und Gesellschaftsgeschichte: Der Holocaust im Kontext des Zweiten Weltkriegs, in: FRANK BAJOHHR/ANDREA LÖW (Hg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015, S. 282–298.

IRENE TOMASZEWSKI/TECIA WERBOWSKI: Zegota. The rescue of Jews in wartime Poland, Montreal 1994.

IRENE TOMASZEWSKI/TECIA WERBOWSKI: Zegota. The Council to Aid Jews in Occupied Poland 1942–1945, Montreal 1994.

LEO TREPP: Die Juden. Volk, Geschichte, Religion, Wiesbaden 2006.

ISAIAH TRUNK: Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1977.

MARCIN URYNOWICZ: Adam Czerniaków. Prezes Getta Warszawskiego, Warszawa 2009.

YFAAT WEISS: Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940, München 2000.

BERNARD WIADERNY: Der polnische Untergrundstaat und der deutsche Widerstand: 1939–1944, Berlin 2002.

ULRICH WYRWA: „Holocaust“. Notizen zur Begriffsgeschichte, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung (1999), S. 300–311.

LENI YAHIL/JOCHEN H. BUSSMANN: Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998.

HANNA ZWEIG-STRAUSS: Saly Mayer (1882 – 1950). Ein Retter jüdischen Lebens während des Holocaust, Köln u.a. 2007.

Zagłada Żydostwa Polskiego. Album Zdjęć, [Łódź 1945].

Erinnerungsbuch der Stadt Podhajce, auf: <<http://www.jewishgen.org/yizkor/Podhajce/Podhajce.html>> (08.05.2012).

Bleter far geschichte 1 (1948) bis 31 (1993).

*Nachschlagewerke*

DANIEL FRAENKEL/JAKOB BORUT: Lexikon der Gerechten unter den Völkern: Deutsche und Österreicher, Göttingen 2005.

GUY MIRON (Hg.): Die Yad Vashem Enzyklopädie der Ghettos während des Holocaust, Göttingen/Jerusalem 2014.

Polski Słownik Biograficzny, Warszawa-Kraków 1995.

<<http://www.jewishgen.org/yizkor/Podhajce/Podhajce.html>> (08.05.2012)

